Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Nürnberg

vom 13. bis 19. September 1908

sowie

Bericht über die 5. Frauenkonferenz

am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv
0 054

Berlin 1908

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

X 1275

Programm
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Beschlossen auf dem Parteitage in Erfurt 1891.

— —

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Welt verkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Beschlossen auf dem Parteitage in Jena 1905.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 4 und 5 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 8. In allen Wahlkreisen, in denen keine Vereinsorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Berichterstattung.

§ 9. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anschluß an den voraufgehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Die gleiche Bestimmung findet dort, wo keine Vereinsorganisation vorhanden ist, auf die Wahlkreis-, Bezirks- und Landes-Vertrauensperson sinngemäße Anwendung.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 10. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 11. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 13. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 16. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 17. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 11 und 12).

Parteivorstand.

§ 18. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und zwei Beisitzern, die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 19. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 20. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 21. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 22. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 23. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bezw. der Landesorganisation ergeben.

Kontrollkommission.

§ 24. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 25. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 26. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 27. Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Wiederaufnahme.

§ 29. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur auf dem Parteitag erfolgen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme ist so zeitig beim Parteivorstande anzumelden, daß er zugleich mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die seinerzeit den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes zu hören.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 14 und 17 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung des Parteitages

Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 14. September, und die folgenden Tage

1. **Geschäftsbericht des Vorstandes:**
   a) **Allgemeines.**
   b) **Organisation, und zwar: I. Frauenorganisation. II. Jugendorganisation. Berichterstatter H. Müller.**
   c) **Kasse und Presse. Berichterstatter A. Gerisch.**
   d) **Bildungsausschuß. Berichterstatter H. Schulz.**
2. **Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter A. Kaden.**
3. **Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter E. Eichhorn.**
4. **Maifeier. Berichterstatter R. Fischer.**
5. **Sozialpolitik und der neue Kurs. Berichterstatter H. Molkenbuhr.**
6. **Die Reichsfinanzreform. Berichterstatter F. Geyer.**
7. **Sonstige Anträge.**
8. **Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.**

Sitzungszeit des Parteitages:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer-Berlin — Dorn-Nürnberg.

Schriftführer:

Ottilie Baader-Berlin	Lesche-Hamburg	Pollender-Leipzig
Engler-Freiburg	Liepmann-Berlin	Westmayer-Stuttgart
Knieriem-München	Milenz-Stettin	Schütz-Breslau

Mandatsprüfungs-Kommission:

Leopold-Zeitz	Schmitt-München	Wolderski-Berlin
Mehrlein-Breslau	Sindermann-Dresden	Luise Zietz-Hamburg
Schadow-Kottbus	Trinks-Karlsruhe	Zorn-Fürth

Beschwerde-Kommission:

Frau Baumann-Hamburg	Honrath-Aachen	Raith-München
Faber-Frankfurt a. O.	Meyer-Heidelberg	Seeger-Leipzig
Fahrow-Berlin	Raab-Darmstadt	Wicky-Mülhausen

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908

Allgemeines.

Die Verhandlungen des Essener Parteitages lieferten den Beweis, daß die „niedergerittene" Sozialdemokratie auf dem Weg zu ihrem Ziele in ungebrochener Kraft weiterschreitet. Wenn das Jahr vor dem Essener Parteitag von uns als Kampfjahr von ungewöhnlicher Schärfe bezeichnet werden konnte, so verdient das abgelaufene Berichtsjahr diesen Ehrentitel nicht minder. Hinter uns liegt ein Jahr der Wahlrechtskämpfe, wie sie schärfer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht verzeichnet werden konnten. Besonders die Wahlrechtskämpfe in Preußen nahmen das Interesse von ganz Deutschland in Anspruch; denn Preußen ist der Hort der Reaktion im ganzen Reiche. Ein Kampf um die Erweiterung der Rechte des deutschen Volkes ist in erster Linie ein Kampf gegen die preußische Reaktion. Die Industriefeudalen und Agrarier Preußens wollen in alle Ewigkeit an dem schmachvollen Dreiklassenwahlsystem festhalten, weil es ihnen ein bequemes Mittel ist zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Aus Dreiklassenwahlen kann kein Parlament hervorgehen, das den Namen Volksvertretung verdient. Das preußische Volk ist längst reif für eine moderne Verfassung und heischt unter der Führung der Sozialdemokratie gebieterisch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen beider Geschlechter. Die Sozialdemokratie ging im Winter 1907/08 im preußischen Wahlrechtskampfe zu einer kräftigen Offensive über. Auch die preußische Regierung, die sonst beliebt, den „starken Mann" zu mimen, kann angesichts der gespannten internationalen Lage die Forderungen des preußischen Volkes nicht länger ignorieren. Die preußische Wahlrechtsbewegung fand in dem Junisieg bei den preußischen Landtagswahlen einen vorläufigen Abschluß. Aus den Folgen des Wahlsieges wird die preußische Wahlrechtsbewegung neue Kraft ziehen, wird die Wucht ihres Angriffs sich bis zur Unwiderstehlichkeit steigern. Die Wellen der preußischen Wahlrechtsbewegung schlugen über die preußischen Grenzen hinaus und kräftigten die Wahlrechtsbewegung in Mecklenburg, Braunschweig, Thüringen usw. Wir haben den Wahlrechtskämpfen, die den größten Teil des Jahres in den meisten Bundesstaaten die volle Tätigkeit der Genossen in Anspruch nahmen, ein besonderes Kapitel gewidmet.

In den Wahlrechtskämpfen haben die Gewerkschaften die Partei nach Kräften unterstützt. Die meisten Gewerkschaftsblätter haben ihre Leser auf die Bedeutung des Wahlrechts in den Einzelstaaten und auf die Wichtigkeit der Landtagswahlen aufmerksam gemacht durch eine Artikelserie, die im Auftrag des Parteivorstandes der Gewerkschaftspresse zugestellt wurde. Einige Gewerkschaftsblätter haben durch eigene Artikel die Berufskollegen darüber aufgeklärt, wie wichtig es gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten, die in vielen Berufsfragen tiefeinschneidende Entscheidungen treffen können. Die Agitation gegen den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes wurde von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geführt. In der Bekämpfung des reaktionären Entwurfs der Regierung, der als Frucht der „liberalen" Blockära zum Ausnahmegesetz wider die fremdsprachlichen und jugendlichen Arbeiter wurde, war vom Tage seines Erscheinens ab nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften.

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß, der vom 22. bis zum 27. Juni in Hamburg tagte, zeigte, daß die Gewerkschaften den festen Willen haben, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei an der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu arbeiten. Die Gegensätze, die in und nach Köln zu theoretischen Auseinandersetzungen führten, machten sich auf der Hamburger Tagung nicht bemerkbar. Am Schlusse des Kongresses konnte Genosse Bömelburg unter der Zustimmung der Delegierten feststellen: „Wir können mit Recht sagen, daß es heute zwischen den beiden großen Teilen der Arbeiterbewegung Differenzen grundsätzlicher Natur überhaupt nicht mehr gibt." Die Gewerkschaftskongresse finden nur alle drei Jahre statt. Die Reihen der Gewerkschaften haben sich seit dem vorletzten Kongreß ganz außerordentlich verstärkt. In Köln konnte über 1 116 723, in Hamburg über 1 873 146 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Heerschau gehalten werden. Vor einem Jahrzehnt hätte niemand für möglich gehalten, daß die deutschen Gewerkschaften an Zahl und Stärke die englischen Trade Unions sobald einholen würden. Nachdem die Reichsregierung es abgelehnt hatte, den Heimarbeiterschutzkongreß zu beschicken, verzichteten die Gewerkschaften auf eine Einladung der Regierung zum Hamburger Kongreß. Die Regierung kann die tatsächliche Macht, die die vereinigten deutschen Gewerkschaften repräsentieren, nicht ignorieren. Der Verlauf der Hamburger Tagung bewies, daß die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkennen. Sie rasten nicht, sondern sie rüsten sich für die kommenden Kämpfe, die der Scharfmacherwille der „Herren im Hause" vorbereitet. Die Unternehmerverbände stehen heute größer und geschlossener da denn je. Sie üben mehr denn je auf die Regierungen einen für die breiten Volksmassen unheilvollen Einfluß aus. Zur Bekämpfung dieser volksfeindlichen Einflüsse ist die Einigkeit des klassenbewußten Proletariats dringend erforderlich. Im Laufe des Jahres gelang es in langwierigen Verhandlungen, einen großen Teil der früher Lokalorganisierten unter Vereinbarung bestimmter Uebertrittsbedingungen zum Eintritt in die Zentralverbände der Gewerkschaften zu bewegen. So waren langjährige Bemühungen um die Einigung der gewerkschaftlichen Arbeiter erfreulicherweise endlich von Erfolg gekrönt.

Am 15. Mai d. J. trat das Reichsvereinsgesetz in Kraft. Nach 87jährigem Bestehen der Reichsverfassung wurde endlich dieses der reichsgesetzlichen Regelung vorbehaltene Gebiet auch wirklich durch Reichsgesetz geregelt. Die Vereinheitlichung des Vereins- und Versammlungsrechts geschah in der

Weise, daß in der Hauptsache das reaktionäre preußische Vereinsrecht auf das gesamte Reich übertragen wurde, soweit nicht einzelne Bestimmungen deshalb wegfielen, weil sie infolge der Entwickelung der Verhältnisse ihre praktische Bedeutung verloren hatten. Im übrigen hat die kurze Zeit seit Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bewiesen, daß vielfach in Stadt und Land die Verwaltungsorgane bestrebt sind, möglichst alles beim alten zu lassen, selbst dort, wo der klare Wortlaut des Gesetzes es anders bestimmt. So hat z. B. der Breslauer Polizeipräsident eine Versammlung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins auflösen lassen, weil der Vorsitzende sich die ungesetzliche polizeiliche Ueberwachung der Versammlung eines geschlossenen Vereins verbat. In der Begründung heißt es, daß die Mitgliederversammlung des Vereins nicht als Mitgliederversammlung zu betrachten ist, weil der Verein in Breslau 6000 Mitglieder hat und es leicht sei, die Mitgliedschaft des Vereins zu erwerben. Gegen diese Verfügung ist der Rechtsweg beschritten. Wenn sich das in der zweitgrößten Stadt Preußens unter dem neuen „freiheitlichen" Vereinsgesetz ereignet, kann man sich vorstellen, was hie und da auf dem platten Lande geschieht. Es wird Aufgabe unserer Parteigenossen sein, die Ausführung des Vereinsgesetzes allenthalben zu überwachen. Ueber alle das Vereins- und Versammlungsrecht betreffenden Uebergriffe und Ungesetzlichkeiten muß Bericht erstattet werden, damit die Fraktion in der Lage ist, im Reichstag die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes zu kritisieren. Es muß dem Staatssekretär des Innern klar gemacht werden, welcher Beachtung sich seine Erklärungen in der Reichstagskommission vielfach bei den unteren Verwaltungsbehörden erfreuen.

Das Reichsvereinsgesetz ist eine Frucht der Blockpolitik. Der Block hat bisher zusammengehalten. Um die Blockpolitik nicht zu gefährden, hat der Freisinn sogar einer den Agrariern genehmen Börsenreform zugestimmt. Der Freisinn wird im kommenden Winter sicherlich auch einer nach dem Willen der Agrarier gestalteten, hauptsächlich auf Vermehrung der massenbelastenden indirekten Steuern beruhenden Finanzreform zustimmen. Nachdem Bülow am 4. Dezember v. J. hinter den Reichstagskulissen die Vertrauensfrage stellte und die Blockführer darauf einschwenkten wie die Unteroffiziere, ist anzunehmen, daß der Freisinn alles schluckt, was die Junker- und Bourgeoisregierung von ihm verlangt, um nur den Irrwahn aufrecht zu erhalten, als ob der Linksliberalismus einen Zipfel der Macht in Händen hielte. Das Verhalten der Blockparteien bei der Beratung der Reichsfinanzreform und der Gewerbeordnungsnovelle muß der Sozialdemokratie im kommenden Winter reichen Agitationsstoff liefern.

Die deutsche Arbeiterschaft hat schwer zu leiden unter der fast alle Gewerbszweige umfassenden Krise, die seit 1907 das Wirtschaftsleben lähmt. Durch reichliche Ueberstundenarbeit hatten in vielen Berufen die Arbeiter in den Jahren der Hochkonjunktur einen höheren Lohn erzielt. Wer in diesen Jahren irre wurde an den Lehren des Sozialismus und zurückkehrte zum großväterlichen Glauben an die Vorzüglichkeit der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dem zerstörte die schwere Krise grausam die Illusionen. Die Folgeerscheinungen der heutigen anarchischen Produktionsweise rütteln die Gleichgültigen jetzt unsanft wach. Die schlechte wirtschaftliche Lage stärkte allenthalben den revolutionären Geist des kämpfenden Proletariats.

Die bürgerlichen Parteien setzten in der Krisezeit ihre Bemühungen zur Korrumpierung der Arbeiterschaft fort, indem sie sogenannte nationale Arbeitervereine zu gründen versuchten. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie lieh den bürgerlichen Parteien seine Hülfe bei diesen Gründungen. Die Erfahrungen der Krisezeit werden den ihren Klassengenossen

entfremdeten Arbeitern die Augen öffnen. Die Unternehmer der großen Industrie fuhren in der Züchtung gelber Gewerkschaften fort. Hie und da gelang auch die Gründung von solchen Streikbrechervereinen, deren Wohltätigkeitskassen die Unternehmer sich etwas kosten lassen. Alle diese Bemühungen, Zwietracht in die Reihen der Arbeiterschaft zu säen, hatten jedoch nicht den Erfolg, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu schwächen. Wie auch in der Krisezeit die Macht der organisierten Arbeiterschaft von dem koalierten Unternehmertum anerkannt werden muß, das zeigten treffend die Tarifverhandlungen, die dieses Frühjahr für das Baugewerbe, die Holzindustrie, die Malerei, die Steinsetzerei, die Portefeuillebranche, die Schneiderei usw. stattfanden.

In einigen Orten, in denen die Krise besonders stark wütete und eine wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit für zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen mit sich brachte, erfuhr die gewerkschaftliche Organisation einen kleinen Rückgang. Aus den gleichen Gründen ist insgesamt keine so starke Weiterentwickelung der politischen Organisation zu verzeichnen, wie wir sie im vorigen Jahre berichten konnten. Erfreulich bleibt immerhin die Tatsache, daß die Kraft der Arbeiterbataillone durch die verheerenden Wirkungen der Krise nicht nur nicht gebrochen werden konnte, sondern daß die Präsenzstärke der proletarischen Armee in so ungünstiger Zeit sogar wesentlich erhöht werden konnte. Eine Partei, die eine solche Widerstandskraft bewiesen hat, kann in Gewißheit des endgültigen Sieges allen Feinden zum Trutz getrost in die Zukunft sehen.

* * *

Vom Parteitag überwiesene Anträge.

Der Essener Parteitag überwies die Anträge 62 und 67, die die Landarbeiterfrage betreffen, dem Parteivorstand zur Erwägung. Der erste Antrag wünschte eine Enquete über die Landarbeiterverhältnisse und die Ausarbeitung eines Landarbeiterschutzprogrammes. Es wurden in ihm vor der Abstimmung die Worte „vor den nächsten Parteitag" gestrichen, weil die Schwierigkeiten einer solchen Enquete eine schnelle Erledigung unmöglich machen. Der zweite Antrag wünschte, daß die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden sollte. Wir haben über die Landarbeiterfrage mit der Generalkommission der Gewerkschaften verhandelt. Auf dem Gewerkschaftskongreß hat Genosse Legien bereits erklärt, daß eine besondere Land- und Waldarbeiterorganisation geschaffen werden soll. Bisher war für die Landarbeiter der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband zuständig, der naturgemäß neben seiner großen Aufgabe, die Fabrikarbeiter zu organisieren, nicht nebenbei die Aufgabe der Organisierung der Landarbeiter lösen konnte. Da in dieser Frage zurzeit Verhandlungen schweben, erschien uns eine Behandlung der Landarbeiterfrage auf dem diesjährigen Parteitag nicht angebracht.

Ein Antrag 68 ersuchte den Parteivorstand, die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags zu setzen. Die Genossenschaftsfrage wurde bereits auf dem Berliner Parteitag 1892 verhandelt. In Hannover hat die Partei 1899 bei Beratung der parteitaktischen Fragen im 4. Absatz der Resolution Bebel die prinzipielle Stellung der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften erneut präzisiert. Den Antragstellern war es um eine prinzipielle Erörterung nach der Begründung, die sie ihrem Antrage in Essen gaben, nicht zu tun, sondern sie wollten speziell die Frage der Lohn- und Arbeiterverhältnisse in den Genossenschaften einmal auf einem Parteitag erörtert haben. In dieser Frage verhandeln seit

Jahren Gewerkschaften und Genossenschaften. Sowohl der Gewerkschaftskongreß in Hamburg als der Genossenschaftstag in Eisenach haben sich in diesem Jahre bereits mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Parteivorstand sah davon ab, diese Frage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen, weil in diesem Jahre andere Referate wichtiger sind.

Aus dem gleichen Grunde hat der Parteivorstand abgelehnt, den ihm zur Erwägung überwiesenen Antrag: die Agrarfrage 1908 auf dem Parteitag zu verhandeln. Der Reichstag hat bereits mit der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung begonnen. Da erschien es uns dringend nötig, das Interesse der gesamten Arbeiterklasse auf die sozialpolitischen Fragen zu lenken, die im kommenden Herbst und Winter die Kommission und das Plenum des Reichstags beschäftigen werden. Hierbei kommen die wichtigsten Interessen der organisierten Arbeiterschaft in Frage, deshalb mußte diese Frage vorgehen. Ebenso erschien die Behandlung der Reichsfinanzreform nötig. Der Block soll ja im Herbst Mittel und Wege finden, dem deutschen Volke, d. h. in der Hauptsache den Minderbemittelten, mindestens eine halbe Milliarde neuer Steuern aufzuhalsen. Hiergegen kann das Parlament der Arbeit nicht früh und nicht entschieden genug Stellung nehmen.

Ferner wurde in Essen der Antrag 83 „zur Vermehrung der Wanderbibliotheken mehr Mittel zu bewilligen", dem Parteivorstand überwiesen. Der Parteivorstand stellte die Erledigung dieses Antrags zurück, bis der Bildungsausschuß seine Musterkataloge für Bibliotheken herausgegeben haben wird. Diese Kataloge sind bei Abschluß unseres Jahresberichts unter der Presse. Einstweilen haben wir wiederum einer Reihe kleiner Orte, die sich aus eigenen Mitteln keine Bibliotheken anschaffen konnten, kleine Bibliotheken bewilligt. Zur Fortbildung der Genossen wurden im Berichtsjahre 18 solcher Bibliotheken von uns geliefert.

Der Essener Parteitag sprach sich unter gleichzeitiger Ablehnung eines Einheitsbeitrages für die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und einheitlichen Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials aus. Die Ausführung des Beschlusses wurde dem Parteivorstand übertragen. Im November v. J. versandte der Parteivorstand eine Anzahl Muster-Mitgliedsbücher an die Bezirks- und Kreisorganisationen. Diese Mitgliedsbücher sind so eingerichtet, daß ihnen die Statuten der Landesorganisationen, Provinzialorganisationen, Kreisorganisationen usw. eingeheftet werden können. Die Musterexemplare sind in vielen Distrikten bereits im Gebrauch. Wo es noch nicht der Fall ist, soll zuerst der vorhandene Vorrat älterer Mitgliedsbücher aufgebraucht werden. Die einheitlichen Mitgliedsbücher werden sich so allmählich überall durchsetzen. Den Mitgliedsbüchern ist das Parteiprogramm und das Organisationsstatut der Gesamtpartei beigedruckt. Nach dem Nürnberger Parteitag wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse über die Eingliederung der Frauen in die Gesamtorganisation, über die Vereinheitlichung des Abrechnungs- und Verwaltungsmaterials den Organisationsleitungen Vorlage gemacht werden.

* * *

Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten.

Die Verhandlungen des Essener Parteitags haben die Einigungsbestrebungen wesentlich gefördert. Die dort von allen Seiten zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und der Hinweis auf den Beschluß des Internationalen Kongresses in der Gewerkschaftsfrage haben ihre Wirkung auf die in den Reihen der Lokalisten befind-

lichen Parteigenossen nicht verfehlt. Außer den Vereinigungen der Zimmerer und Schiffbauer und dem Verbande der Kürschner, die sich schon vor dem Essener Parteitag für Einigungsverhandlungen erklärt hatten, haben sich später noch die Vereinigungen der Maurer, der Bauarbeiter und der Fliesenleger, der Verband der Isolierer und Steinholzleger und der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband zu Verhandlungen bereit erklärt. Nachdem die in Frage kommenden Zentralorganisationen ebenfalls zugestimmt hatten, fanden zwischen den einzelnen Berufsorganisationen beider Gruppen mündliche Verhandlungen statt, die von Vertretern der Generalkommission und des Parteivorstandes geleitet wurden.

Die Verhandlungen waren meist recht schwierig, teils auch recht langwierig, führten im ganzen aber doch zu erfreulichen Ergebnissen.

Bei den von den lokalistischen Organisationen gestellten Einigungsbedingungen handelte es sich hauptsächlich um: die Anerkennung des Rechts der freien politischen Betätigung, die Aufhebung des Bestätigungsrechts der Zentralvorstände bei den Wahlen der Ortsverwaltungen, die Kompetenzen der einzelnen Organisationsinstanzen bei Entscheidungen über Lohnbewegungen, den obligatorischen oder fakultativen Charakter der Unterstützungseinrichtungen und die Anrechnung der Mitgliedsdauer bei der bisherigen Organisation.

Die Zentralverbände haben unter Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze Entgegenkommen gezeigt und waren bestrebt, die Einigung möglichst zu fördern. Ueber die einzelnen Verhandlungen und deren Ergebnis ist in der Gewerkschaftspresse eingehend berichtet worden, so daß wir auf Einzelheiten hier nicht einzugehen brauchen.

Das Gesamtergebnis der Verhandlungen kann wie folgt zusammengefaßt werden.

Die Vereinigung der Maurer ist mit 2112 Mann in den Zentralverband übergetreten. Etwa 100 Mann blieben bei der Freien Vereinigung und haben in Berlin einen neuen Lokalverein gegründet.

Bei der Vereinigung der Zimmerer hatte die Einigung weniger Erfolg. Trotzdem die Konferenz der Vereinigung dem Ergebnis der Einigungsverhandlung zugestimmt hatte, wurde die Einigung von der Minderheit doch heftig bekämpft. An der Spitze der Minderheit befand sich ein Teilnehmer an der Einigungsverhandlung, der sich dort für die Durchführung der Einigungsbedingungen verpflichtet hatte. Uebergetreten in den Zentralverband sind 617 Mann. Die größere Hälfte blieb bei der Freien Vereinigung, während ein Teil zurzeit überhaupt nicht organisiert ist.

Von der Vereinigung der Bauarbeiter sind 573 Mann in den Zentralverband übergetreten; etwa ebensoviel blieben bei der Freien Vereinigung.

Die Konferenz der Vereinigung der Fliesenleger hat dem Anschluß an den Zentralverband der Maurer zugestimmt; der Beschluß ist aber nur von einem kleinen Teile der Mitglieder befolgt worden; es sind 57 Mann übergetreten.

Der Verband der Isolierer und Steinholzleger beschloß auf seiner vom 7. bis 9. Juni d. J. abgehaltenen Konferenz einstimmig, bis zum 1. Juli aus der Freien Vereinigung auszutreten. Weiter erklärte sich die Konferenz im Prinzip mit 11 gegen 5 Stimmmen für eine Verschmelzung mit dem Zentralverband der Maurer. Eventuell soll der Verband als selbständige Organisation bestehen bleiben und der Generalkommission angeschlossen werden. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Ueber die Ausführung dieser Beschlüsse kann zurzeit noch nichts bestimmtes gesagt werden.

Zwischen dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband fanden am 6. Dezember vorigen Jahres mündliche Verhandlungen statt, die damit endeten, daß der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte, die von dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband aufgestellten Uebertrittsbedingungen einer Vorstandssitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzulegen und das Resultat schriftlich an den am 8. Dezember vorigen Jahres in Dresden tagenden Verbandstag des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes gelangen zu lassen. Dem Verbandstag ist dann auch eine sehr eingehende Erklärung vorgelegt worden. Der Verbandstag erklärte jedoch die Verhandlungen als gescheitert und beschloß, „daß in Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband überhaupt nicht mehr eingetreten, sondern daß unentwegt die auf dem 7. Kongreß (Freie Vereinigung) gefaßte Resolution hochgehalten" werden soll. Der Antragsteller hat u. a. ausgeführt, daß er „strikter Gegner einer jeden Einigungsverhandlung" sei und „unter keinen Umständen" zu Verhandlungen neige. Nach dem 8. Kongreß der Freien Vereinigung entstanden wegen der ferneren Zugehörigkeit zu derselben im Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband Differenzen, die dazu führten, daß sich ein Teil des Verbandes unter Führung Wiesenthals von der Freien Vereinigung lossagte. Diese Gruppe erklärte sich im März d. J. zu erneuten Einigungsverhandlungen bereit und unterbreitete uns Vorschläge. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte jedoch, daß er seine Stellung, die er dem Dresdener Verbandstag des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband gegenüber dargelegt habe, nicht ändern könne; außerdem habe er für die dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband angehörenden Rohrleger in Berlin bereits besondere Uebertrittsbedingungen genehmigt.

Die Vereinigung der Schiffs- und Bootsbauer ist mit etwa 450 Mitglieder geschlossen dem Zentralverband der Schiffszimmerer beigetreten.

Ebenso geschlossen ist der Verband der Kürschner Berlins mit zirka 500 Mitglieder in den Zentralverband der Kürschner übergetreten.

Es sind außerdem aus anderen lokalistischen Vereinen vielfach Mitglieder einzeln in die Zentralverbände übergetreten; genaue Feststellungen haben wir darüber nicht gemacht.

Mit dem Industriearbeiterverband in Solingen sind bisher Einigungsverhandlungen noch nicht geführt worden. Wir haben schon auf dem Essener Parteitag betont, daß die Verhältnisse in Solingen wesentlich anders lägen, als bei den der Freien Vereinigung angeschlossenen Organisationen und daher zunächst die mit diesen Gruppen eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß zu bringen seien. Das ist aber erst in den letzten Wochen möglich geworden.

Bei den Verhandlungen mit den zur Freien Vereinigung gehörenden Vereinen ist alles geschehen, was geschehen konnte, um es diesen zu ermöglichen, auf dem Wege der Verhandlung und der Verständigung dem Beschlusse des Essener Parteitages Rechnung zu tragen. Von den Vereinen, die Verhandlungen und Verständigung abgewiesen haben, muß angenommen werden, daß sie nicht gewillt sind, dem Parteitagsbeschluß zu entsprechen, sich vielmehr bewußt in Gegensatz zur Partei stellen. Dafür zeugen auch das Verhalten der Leitung der Freien Vereinigung — deren Vorsitzender Kater übrigens aus der Partei ausgeschieden ist — die Haltung ihres Organs, der „Einigkeit", und die Verhandlungen und Beschlüsse des 8. Kongresses der Freien Vereinigung.

* * *

Organisation.

Wir haben schon hervorgehoben, daß infolge des wirtschaftlichen Niederganges begreiflicherweise auch die Entwickelung unserer Parteiorganisation gehemmt worden ist. Vier Agitationsbezirke erlitten sogar einen Mitgliederverlust, alle anderen Bezirke haben jedoch Mitgliedergewinn aufzuweisen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgender Mitgliederstand:

1907	Mitgliederzahl	530 466
1908	Mitgliederzahl	587 336
	Zunahme	56 870

Das ist eine Zunahme von 10,7 Proz. gegen 38,0 Proz. im Vorjahre. Im Vergleich zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt die Mitgliederzahl 18,0 Proz., während im vorigen Jahre das Verhältnis 16,4 Proz. betrug.

Der Ausbau der Organisation hat im vergangenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht; es ist uns auch gelungen, in Wahlkreise einzudringen, in denen wir bisher noch nicht Boden fassen konnten. Die Zahl der Wahlkreise, in denen wir bisher Vertrauensmänner, aber keine Parteiorganisationen hatten, beträgt 31; im vorigen Jahre waren es 46. Zu 12 Wahlkreisen hat die Partei noch keine organisatorischen Beziehungen.

Ueber die Organisationsverhältnisse in den einzelnen Agitationsbezirken gibt die umstehende Tabelle Auskunft.

Die Mitglieder der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands (P. P. S.) sind bei der tabellarischen Aufstellung nicht berücksichtigt. Nach Angaben der Leitung der P. P. S. beträgt die Mitgliederzahl 1290, wovon 821 auf Oberschlesien entfallen.

In der Tabelle sind in die Mitgliederzahl der Parteiorganisation die weiblichen Mitglieder einbegriffen, deren Zahl infolge der Aenderung des Vereinsgesetzes, insbesondere aber infolge der regen Agitation unserer Genossinnen, ganz erheblich gestiegen ist. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 29 458 gegen 10 943 im Vorjahre. Davon entfallen auf:

Preußen	12 282	Altenburg	36
Bayern	281	Oldenburg	523
Sachsen	6 371	Braunschweig	402
Württemberg	241	Sachsen-Meiningen	345
Baden	345	Anhalt	1 127
Hessen	1 076	Hamburg	3 989
Mecklenburg	168	Bremen	968
Thüringen, Agitat.-Bez. Weimar	634	Lübeck	219
„ Agitat.-Bez. Jena	395	Elsaß-Lothringen	111

Weitere Bezirkssekretäre sind im letzten Jahre angestellt worden für: Oldenburg Schulz-Bant; Elsaß-Lothringen Knauf-Straßburg; Südbayern Rimmerfall-München; Oberlangenbielau Schönwälder-Neurode. Noch nicht besetzt ist die für den Zwickauer Agitationsbezirk bewilligte Sekretärstelle. Die Zahl der Wahlkreissekretäre ist auf 41 gestiegen.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise: die zum Bezirk gehören	Zahl der Wahlkreise: von denen Angaben vorliegen	Zahl der Ortsvereine der Partei	Mitgliederzahl der Parteiorganisation: 1907	Mitgliederzahl der Parteiorganisation: 1908	Verhältnis der Mitgliederzahl zu den soz. Reichstagswählern in Prozenten	Zahl der Sekretäre der Bezirks- bezw. Landesorganisationen
Ostpreußen	17	17	6	3 951	3 573	7,9	1
Westpreußen	13	10	7	916	1 185	5,9	1
Groß-Berlin	8	8	75	78 364	86 429	20,9	2
Brandenburg	18	16	134	17 312	18 754	14,4	1
Pommern	14	14	78	5 997	6 723	11,1	1
Posen	15	11	12	251	463	7,1	—
Schlesien (Breslau) . . .	15	9	48	10 013	10 394	16,0	1
„ (Görlitz) . . .	7	7	25	4 005	4 788	11,8	1
„ (Oberlangenbielau)	7	5	30	5 434	6 117	13,3	1
„ (Kattowitz . . .	6	4	7	598	601	3,9	1
Prov. Sachsen (Magdeburg)	8	8	80	11 737	11 430	12,1	1
„ „ (Halle a. S.)	8	8	91	11 442	12 397	14,8	1
„ „ (Erfurt) . .	4	4	21	3 926	3 637	12,4	—
Schleswig-Holstein . . .	10	10	84	28 152	29 066	26,1	1
Hannover	12	12	97	18 092	22 229	21,9	1
Westfalen (Bielefeld) . .	12	8	40	5 442	6 536	17,2	1
„ (Dortmund) . .	5	4	193	13 412	17 678	17,6	1
Rheinprovinz (Köln) . . .	19	14	22	8 140	8 537	14,8	1
„ (Elberfeld) .	15	15	76	22 591	23 989	11,3	1
Saargebiet	3	2	5	224	370	5,1	—
Hessen-Nassau (Frankfurt) .	12	12	134	12 941	14 452	15,8	1
„ „ (Kassel) . .	6	6	48	3 273	3 617	11,0	1
Nordbayern	20	20	167	23 653	27 528	26,0	2
Südbayern	20	20	51	10 300	13 545	16,0	1
Pfalz	6	6	92	8 612	8 885	17,8	1
Sachsen (Dresden) . . .	9	9	105	29 308	31 112	21,0	—
„ (Chemnitz) . . .	7	7	150	17 887	19 554	15,7	1
„ (Leipzig) . . .	4	4	99	26 760	29 707	32,8	—
„ (Zwickau) . . .	3	3	24	6 325	6 510	11,5	1
Württemberg	18	18	243	16 808	18 751	16,1	1
Baden	14	14	161	13 964	13 243	14,1	—
Hessen	9	9	206	17 422	17 718	23,0	1
Mecklenburg	7	7	31	—	4 702	9,3	1
Thüringen (Weimar) . .	5	5	72	5 335	6 757	17,9	1
„ (Jena) . . .	3	3	60	6 508	6 904	23,8	1
Sachsen-Altenburg . . .	1	1	36	4 277	4 318	22,6	—
Koburg-Gotha	1	1	44	2 240	2 282	14,1	—
Oldenburg	5	5	52	5 764	6 769	24,4	1
Braunschweig	3	3	42	5 809	6 650	17,8	1
Sachsen-Meiningen . . .	2	2	49	2 940	3 415	19,0	—
Anhalt	2	2	15	3 730	5 470	19,7	—
Hamburg	3	3	24	32 551	34 951	30,9	2
Bremen	5	5	28	17 179	19 030	30,2	—
Lübeck	1	1	2	3 100	3 260	28,1	1
Elsaß-Lothringen	15	14	54	3 181	3 311	4,0	1
Zusammen . .	397	366	3 120	530 466	587 336	18,0	87

Ueber die **Beitragshöhe** der Mitglieder haben 353 Wahlkreise Angaben gemacht:

Wahlkreise mit Monatsbeiträgen.

Einheitlicher Beitrag		Abgestufter Beitrag	
Zahl der Wahlkreise	Höhe des Beitrags	Zahl der Wahlkreise	Höhe des Beitrags
2	15 Pf.	1	10 bis 20 Pf.
99	20 „	1	10 „ 30 „
45	25 „	1	15 „ 20 „
106	30 „	2	15 „ 25 „
1	35 „	1	20 „ 25 „
24	40 „	18	20 „ 30 „
		1	20 „ 35 „
		2	20 „ 40 „
		4	25 „ 30 „
		1	25 „ 35 „
		2	25 „ 40 „
		2	30 „ 40 „
		1	35 „ 40 „
277		32	

42 Wahlkreise erheben 10 Pf. **Wochenbeitrag**
2 „ „ 5 „ „

Gegen das Vorjahr ergibt diese Aufstellung eine Erhöhung des Beitrags in einer größeren Zahl von Wahlkreisen. So ist die Zahl der Wahlkreise mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. von 29 auf 42 und die der Wahlkreise mit einem Monatsbeitrag von 40 Pf. von 12 auf 24 gestiegen. Durch die Krise ist allerdings auch diese Entwickelung gehemmt worden.

Schiedsgerichte gemäß § 27 des Organisationsstatuts sind in 44 Fällen berufen worden. Davon wurden 18 Streitfälle durch Vergleich erledigt; in 11 Fällen sind die Angeschuldigten aus der Partei ausgeschlossen worden, während in 7 Fällen die Ausschlußanträge abgelehnt wurden. In 5 Fällen sind die Angeschuldigten vor dem Zusammentritt des Schiedsgerichts aus der Partei ausgetreten oder haben es unterlassen, Beisitzer zu ernennen. Drei Sachen sind noch in der Schwebe.

* * *

Frauen-Organisation.

In Preußen, Bayern und den meisten übrigen Bundesstaaten war bis zu diesem Jahre die Organisation der sozialdemokratischen Frauen eine lose, weil den Frauen der Eintritt in die politischen Vereine verboten war. Mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes wurde im ganzen Reiche der Beitritt der Genossinnen in die Organisationen möglich, wie das bisher schon in Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Hamburg, Bremen, Lübeck, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen der Fall war. Am 9. Mai d. Js. beratschlagten Vertreterinnen der Genossinnen in einer Konferenz mit Mitgliedern des Parteivorstandes über die Konsequenzen der durch das Reichsvereinsgesetz veränderten Rechtslage. Die Vereinbarungen, die in dieser Konferenz getroffen wurden, sind in dem Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen wiedergegeben, auf den wir verweisen. (Seite 99 des Protokolls.)

* * *

Jugend-Organisation.

Seit etwa drei Jahren entstanden in Deutschland Jugendorganisationen mit ausgesprochen proletarischem Klassencharakter. Diese Jugendorganisationen waren weder von den Partei- noch von den Gewerkschaftsorganisationen gegründet, sondern aus der Initiative einer Anzahl Genossen hervorgegangen. In Norddeutschland mußten sich die Organisationen der arbeitenden Jugend auf Lehrlingsschutz und Bildungsbestrebungen beschränken, weil die reaktionäre Vereinsgesetzgebung die Jugendlichen an politischer Betätigung hinderte. In Süddeutschland schlossen sich die Vereine der jungen sozialistischen Garde zu dem „Verbande junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands" zusammen, der dank der freieren Vereinsgesetzgebung Süddeutschlands sich auch mit der Diskussion politischer Fragen beschäftigen konnte. Von Anfang an wurden die Organisationen der Jugend von den Behörden mit Aufmerksamkeit verfolgt. Der „Verband junger Arbeiter" hatte vielfache Verfolgungen durch Polizei und Gericht zu erleiden. Eine im Geiste sozialistischer Weltanschauung geübte Erziehung und Bildung der Jugend ist den herrschenden Klassen verhaßt. So benutzten denn die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der „liberalen" Blockzeit die Beratung des Reichsvereinsgesetzes, um den jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an politischen Vereinen und politischen Versammlungen bis zum 18. Lebensjahre bei Strafe zu verbieten. Ein Verbot, das nicht einmal der Regierungsentwurf enthielt und das erst infolge eines konservativ-nationalliberal-freisinnigen Kompromisses in den Vereinsgesetzentwurf aufgenommen wurde. Auch dieser reaktionäre Anschlag wird ein Schlag ins Wasser sein.

Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich vor und nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes mit der Frage der Organisation der Jugenderziehung in gemeinsamen Sitzungen beschäftigt.

In der Beratung wurde als notwendig anerkannt, daß sich Partei und Gewerkschaften mehr um die Erziehung der Arbeiterjugend zu kümmern haben als das bisher geschehen sei. Unsere politischen Gegner sind uns darin weit voraus. Sie marschieren zwar nach Konfessionen getrennt. Gemeinsam ist ihnen aber das Ziel: durch ihre Veranstaltungen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Einfluß der Sozialdemokratie immun zu machen. Wenn wir den großen Vorsprung einholen wollen, den unsere Gegner in der Beeinflussung der Arbeiterjugend haben, so gilt es die Massen der politisch und gewerkschaftlich organisierten **Eltern** für die Frage der Jugenderziehung zu interessieren. Unter Mitwirkung von Vertretern der Jugendlichen sollen deshalb in den einzelnen Orten die Parteiorganisationen und Gewerkschaften die zur Jugendbildung nötigen Veranstaltungen treffen. Diese Veranstaltungen sollen für die Jugendlichen **unentgeltlich** und eine besondere Jugendorganisation zu ihrer Durchführung nicht erforderlich sein.

Das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes hat dann politische Jugendorganisationen unmöglich gemacht. Der Parteivorstand und die Generalkommission einigten sich auf folgende Resolution, die dem Gewerkschaftskongreß vorgelegt wurde:

„Der Kongreß hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechts-

wissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernsten und auch heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen die Betätigung zu erwecken sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Uebertreibung, zu einer Sportfexerei ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftskartell und der Parteiorganisation unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bezw. politischen Organisationen."

Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg hat, nachdem ein Antrag auf Streichung des Absatzes 8 gegen 16 Stimmen abgelehnt war, diese Resolution einstimmig angenommen. Der gegen die Hamburger Resolution erhobene Vorwurf, daß die Jugendorganisation nicht ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein dürfe, entbehrt jeglicher Grundlage. Aus Absatz 5 der Hamburger Resolution geht deutlich hervor, daß Partei und Gewerkschaft der einzelnen Orte durch Beschluß des Gewerkschaftskongresses und des Parteitages verpflichtet werden sollen, das im Interesse der Jugendbewegung Erforderliche zu tun.

Die sozialistische junge Garde Süddeutschlands hat am 3. Mai auf ihrer Darmstädter Generalversammlung die Konsequenzen aus dem „liberalen" Ausnahmegesetz der Block-Aera gezogen und mit 47 gegen 5 Stimmen die Auflösung des „Verbandes der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands" beschlossen. In Uebereinstimmung mit den zwischen Parteivorstand und Generalkommission vereinbarten Richtlinien wurde für die Zeit vom Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bis zum Nürnberger Parteitag als Provisorium die Bildung örtlicher Komitees für die Jugendagitation beschlossen. In der in Darmstadt angenommenen Resolution heißt es:

„Damit die Ziele der Jugendorganisationen unter den neuen Verhältnissen erreicht werden, wird beschlossen:

1. Aus über 18 Jahre alten Genossen sind an allen Orten Agitationskomitees für die Jugend zu bilden, die für die Verbreitung der „Jungen Garde" zu sorgen und in Verbindung mit den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben haben.

2. Die bisher bestehenden Ortsvereine sind, wo sie möglich, in unpolitische Bildungsvereine umzuwandeln.

3. Die Agitationskomitees für die Jugend haben dafür einzutreten, daß überall die Gewerkschaftskartelle Lehrlingsschutzkommissionen bilden.

4. Der bisherige Hauptvorstand hat weiter in Verbindung mit den Agitationskomitees für die Herausgabe der „Jungen Garde" zu sorgen. Der bisherige Hauptvorstand nimmt den Namen „Zentralkomitee für die Jugendagitation" an.

5. Das Zentralkomitee hat das Recht, nach freiem Ermessen die „Junge Garde" und Geldmittel des Verbandes an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abzutreten."

Statt der Entrechtung der Arbeiterjugend, wie sie die Scharfmacher beabsichtigten, werden wir einen kräftigen Aufschwung der Jugendbewegung erleben, wenn Partei und Gewerkschaft allerorts sich der Arbeiterjugend annehmen. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen unter der Arbeiterjugend soll der Nürnberger Parteitag die Herausgabe eines Jugendblattes beschließen, wie es einige unserer ausländischen Bruderparteien — wir denken z. B. an den schwedischen „Fram" — schon besitzen.

* * *

Agitation.

Das Berichtsjahr war ein Jahr lebhafter Agitation, da in den meisten Bundesstaaten die Wahlrechtsbewegung in lebhaften Fluß kam. Vor allem im größten Bundesstaate, in Preußen. Auf dem preußischen Parteitag, der vom 21. bis 23. November 1907 in Berlin tagte, beschlossen die preußischen Genossen ein Landesorganisationsstatut. Im § 4 des Statuts heißt es: „Die (preußische) Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuß haben die Parteigeschäfte im Einverständnis mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen, der zu allen Sitzungen einzuladen ist."

Demgemäß hatte der Parteivorstand gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuß der preußischen Landesorganisation die notwendigen Aktionen für die Wahlrechtsbewegung und die Wahlbewegung in Preußen einzuleiten. Die Agitation für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts begann im November v. Js. Im Frühjahr wurde sie durch die Landtagswahlagitation abgelöst, die sich bis zum Ende des Berichtsjahres hinzog. Neben der Agitation in Versammlungen, über die im Kapitel: Wahlrechtsbewegung eingehend berichtet ist, wurden zur preußischen Wahlrechtsbewegung drei Musterflugblätter versandt. Die „Partei-Correspondenz" widmete mehrere Nummern der preußischen Wahlrechtsfrage. Als Material für die Redner wurden im November v. Js. 1500 Sonderabdrucke aus dem Landtagswahlhandbuch versandt, die dessen Kapitel über die Wahlrechtsfrage enthielten. An Broschüren wurden neubearbeitet: „Die preußischen Landtagswahlen" von Leo Arons und: „Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung", „Eine Schilderung der volksfeindlichen Politik des preußischen Dreiklassenparlaments". Hinzu kam ein Wahlrechts-Katechismus, vom Genossen Göhre geschrieben. Die Verhandlungen des Reichstages über die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation vom 22. Januar und die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar wurden nach dem amtlichen Stenogramm als Broschüren herausgegeben. Das preußische Landtagswahlhandbuch wurde neubearbeitet und wuchs zu einem Bande von 596 Seiten an. Für die Wahlbewegung wurden fünf Musterflugblätter herausgegeben, die auf Wunsch auch illustriert bezogen werden konnten. Soweit nicht von den Agitationsleitungen der Bezirksverbände besondere Flugblätter für die Bezirke ausgearbeitet wurden, sind nach diesen Mustern in den Druckereien der Bezirke Flugblätter hergestellt worden. Der Gewerkschaftspresse wurde im Dezember ein die Wahlrechtsfrage betreffendes Flugblatt beigelegt. Ferner wurden im Auftrag des Parteivorstandes drei Artikel über die Wahlrechts-

frage und sechs Artikel über die Bedeutung der Landtagswahlen abgefaßt und der Gewerkschaftspresse als Gratis-Manuskript zur Verfügung gestellt. Wir können erfreulicherweise konstatieren, daß diese Artikel zahlreich Verwendung fanden.

Gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes haben Parteivorstand und Generalkommission die Agitation gemeinsam eingeleitet. Die Parteiorganisationen wurden aufgefordert, mit den Gewerkschaftskartellen ihres Ortes sich zwecks Einberufung gemeinsamer Protestversammlungen in Verbindung zu setzen. Die Agitation setzte besonders in Süddeutschland, für das der Entwurf der „liberalen" Blockära bedeutende Verschlechterungen brachte, und in den gemischtsprachigen Gegenden lebhaft ein. An die Redner wurde Material in Form einer Broschüre versandt, die Auszüge aus den Reichstagsreden der Genossen Heine und Legien enthielt. Dieses Material wurde den Rednern unentgeltlich geliefert.

Nach Schluß der Reichstagssession wurde ein Flugblatt über die Tätigkeit des Reichstags herausgegeben.

Von der im vorjährigen Bericht angekündigten Serie sozialdemokratischer Flugschriften sind bisher vier Nummern erschienen. Vier weitere Nummern sind in Auftrag gegeben. Die bisher erschienenen Nummern behandeln die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterversicherung, zur Volkserziehung, zu den Gemeindeaufgaben und zu den technischen Angestellten. Die Broschüren kosten im Einzelverkauf 10 Pf. und werden zur Massenverbreitung zum Selbstkostenpreise abgegeben. Auf Ersuchen wurden an einige Bezirke 17 700 Exemplare dieser Flugschriften gratis abgegeben.

Die Kosten für die Agitationskalender wurden wieder für einige Bezirke ganz oder zum Teil von uns getragen, so u. a. für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, Schlesien, Hessen-Nassau, Rheinprovinz. Ueber die finanziellen Beihülfen, die an die Agitationsbezirke gewährt wurden, gibt der Kassenbericht Auskunft.

Nach Schluß der Reichstagssession haben wir die derzeitigen und früheren Abgeordneten angefragt, inwieweit sie sich zur mündlichen Agitation zur Verfügung stellen wollten. Es erklärten sich 14 Genossen zu längeren Touren in verschiedenen Bezirken bereit.

Gegen den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gaben wir ein Flugblatt heraus, das die Methode der Reichsverbandskampfesweise kennzeichnet. Den Lügen, welche über die sozialdemokratische Partei und ihre Führer bei den Wahlen immer wieder aufgewärmt werden, haben wir in dem Handbuch: „Wahllügen der bürgerlichen Parteien" eine eingehende übersichtlich geordnete Widerlegung gewidmet. Als Anleitung zum Erwerb des für die Agitationstätigkeit nötigen Wissens gaben wir den vom Genossen David bearbeiteten „Referentenführer" heraus, der bereits in dritter Auflage erschien. Die „Wahllügen" und der „Referentenführer" wurden für die Referenten an die Organisationen zum Selbstkostenpreise abgegeben. Die angekündigte Zusammenstellung der seit Bestehen des Reichstags von der sozialdemokratischen Fraktion dort eingebrachten Anträge konnte immer noch nicht in Druck gegeben werden. Die Zahl der selbständigen Anträge und die Zahl der zu den Regierungsvorlagen eingebrachten Amendements ist infolge der 40jährigen positiven Arbeit der Fraktion so groß, daß ihre übersichtliche Zusammenstellung nebst den auf die betreffenden Gesetze bezüglichen Hinweise über den Rahmen eines starken Bandes hinausgehen wird. Hingegen haben wir die auf den internationalen Kongressen und deutschen Parteitagen seit 1889 gefaßten Beschlüsse gesammelt und werden sie unter Hinzufügung der Nürnberger Beschlüsse nach dem Parteitag im Druck erscheinen lassen.

Zur Agitation unter der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung hat der Verlag der „Gazeta Robotnicza" in Kattowitz eine Serie Agitationsbroschüren herausgegeben, deren Verbreitung in allen den Gegenden angebracht ist, in denen es gilt, die polnischen Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen.

* * *

Wahlrechtsbewegung.

Im Jahre 1903 hat sich die preußische Sozialdemokratie zum ersten Male in umfassender Weise an den preußischen Landtagswahlen beteiligt. Die Sozialdemokratie brachte 314 149 Stimmen auf und blieb damit um wenig Stimmen hinter den Konservativen zurück, die 324 157 Urwähler zählten. Die konservativen Wahlmänner wählten 143 Abgeordnete. Die sozialdemokratischen brachten nicht einen einzigen Abgeordnetenkandidaten durch. Die schreiende Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems war aller Welt drastisch vor Augen geführt und löste in den entrechteten Volksmassen eine ungeheure Erbitterung aus. Der 21. Januar 1906 sah die ersten großen preußischen Wahlrechtsdemonstrationen. Die Regierung machte Infanterie, Kavallerie und Artillerie gegen das Volk mobil. Eine nachhaltige Wirkung übten die Massenversammlungen am „roten Sonntag" auf die Regierung der preußischen Kapitalisten und Junker noch nicht aus. Es kam eine Regierungsvorlage, die eine Flickreform bedeutete. Eine Reihe allzugroßer Wahlkreise in Berlin, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien wurden geteilt. Die Mandate des preußischen Abgeordnetenhauses wurden von 433 auf 443 vermehrt. Mit dieser Flickarbeit glaubte die Regierung genug getan zu haben. Das Volk war anderer Meinung. Die „Niedergerittenen" des Jahres 1907 bewiesen bald ihre Lebendigkeit, indem sie in der preußischen Wahlrechtsfrage zur Offensive übergingen gegen den mit Klassenprivilegien gesegneten Feind. Vom 21. bis zum 23. November 1907 hielt die preußische Sozialdemokratie ihren zweiten Parteitag in Berlin ab, der ganz im Zeichen des Wahlrechtskampfes stand. Die versammelten Mandatare der preußischen Sozialdemokratie gelobten, „den Kampf gegen das bestehende elendeste und erbärmlichste aller Wahlsysteme mit allen dem organisierten Proletariat zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mitteln zu führen" und nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen nach Maßgabe der Verhältniswahl erobert ist. Der erhebende Verlauf des preußischen Parteitages weckte in ganz Preußen Töne der Begeisterung. Das Signal zum Kampfbeginn war gegeben. Der Parteitag wurde zum Ausgangspunkt einer Volksbewegung, wie sie Preußen seit sechs Jahrzehnten nicht gesehen hatte.

Am 26. November vorigen Jahres trat der preußische Landtag zu seiner letzten Session der laufenden Legislaturperiode zusammen. Wilhelm II. war im Ausland. Bülow eröffnete den Landtag mit einer Thronrede, in der die Wahlrechtsfrage mit keinem Worte erwähnt war. Auf den Abend des 26. November hatte die preußische Sozialdemokratie in ganz Preußen Massenversammlungen einberufen, die einen außerordentlich starken Besuch aufwiesen. In den Versammlungen wurde das Schweigen der Thronrede gebührend beantwortet. Die Stimme des Volkes rief den herrschenden Klassen deutlich zu, daß es wahrlich an der Zeit sei, das auf einen Gewaltstreich gegründete

Wahlunrecht zu beseitigen. Im Anschluß an die Versammlungen kam es hier und da zu spontanen Massenkundgebungen. In Rixdorf wurden vor den abgesperrten Lokalen aus den Reihen der Demonstranten eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. In Bielefeld zogen 7000 Arbeiter durch die Hauptstraßen. Der Ruf: „Hoch das freie Wahlrecht“ erscholl von nun ab auch auf den Straßen.

Die Bewegung der Massen war auf die Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht ohne Einfluß geblieben. Die freisinnigen Parteien hatten im Abgeordnetenhause einen Antrag eingebracht, der 1. die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und 2. eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhause entsprechend den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 verlangte. Die Beratung dieses Antrages stand in der Sitzung vom 10. Januar 1908 auf der Tagesordnung, der ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien. Am Abend vorher fanden wieder in ganz Preußen Demonstrationsversammlungen statt, die trotz Schneestürme und bitterer Winterkälte allenthalben einen Massenbesuch aufwiesen und der Kampfbereitschaft des klassenbewußten Proletariats ein gutes Zeugnis ausstellten. Infolge der Versammlungsüberfüllung und -Absperrung bildeten sich bald in Berlin auf den Straßen Demonstrationszüge. Die Straßen nach dem Stadtinnern wurden durch doppelte Schutzmannsketten gesperrt. Nach Schluß der Versammlungen zogen endlose Züge von Männern und Frauen durch die Straßen Berlins. Sie sangen Kampflieder und gaben für das Proletariat als Parole des kommenden Tages aus: „Heraus mit dem freien Wahlrecht!“ Aus den Versammlungen wurden dringende Telegramme an das Abgeordnetenhaus, an den Ministerpräsidenten und an die preußischen Landtagsabgeordneten gerichtet, in denen die Wahlrechtsforderungen der Sozialdemokratie den Herrschenden zu nächtlicher Stunde in Erinnerung gebracht wurden. Ueber den Verlauf der Versammlungen wurde aus ganz Preußen sofort telegraphisch Bericht nach Berlin gegeben. Die Berichte wurden in der Nacht zusammengestellt und als Extrablatt des „Vorwärts“ in den frühen Morgenstunden auf den Straßen und an den Bahnhöfen Berlins in Massen gratis verbreitet. So wurde die Aufmerksamkeit auch der uns noch fernstehenden Kreise auf die kommenden Dinge im Dreiklassenhause gelenkt. Vom frühen Morgen ab bot die Prinz-Albrecht-Straße, in welcher das Abgeordnetenhaus tagt, ein bewegtes Bild. Aus den Hunderten, die sich dort versammelten und die Treppe des vis-a-vis liegenden Kunstgewerbemuseums besetzten, wurden Tausende, die auf den Bürgersteigen und dem Fahrdamm hin- und herfluteten. Je näher die Stunde der Sitzungseröffnung kam, desto lebendiger wurde das Volk draußen, das drinnen keine Vertreter hatte. Die Abgeordneten mußten sich einen Weg durch die dichte Menge bahnen, wobei den Vertrauensmännern der Junker und Geldsackkapitalisten die Rufe „Hoch das freie Wahlrecht“, „Heraus mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen“, „Her mit dem Frauenwahlrecht“ in die Ohren gellten. Männer und Frauen schwenkten das Extrablatt des „Vorwärts“ hoch, in dem es hieß: „Das Volk ist auf dem Plane.“ — „Lernet, Ihr seid gewarnt.“ Als Bülow in seiner Karosse anfuhr, mußten seine gefürchteten Ohren den Wutschrei des Volkes vernehmen. Ein tausendstimmiger Gesang des Wahlrechtsliedes umbrauste ihn: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen.“ So wurde seit 1848 noch kein preußischer Ministerpräsident vor dem Parlamentsgebäude vom Volke empfangen. Die Polizei, die sich am Morgen darauf beschränkt hatte, den Fahrdamm für die Auffahrt freizuhalten, „säuberte“ in den Mittagsstunden die

Prinz-Albrecht-Straße. Im Laufschritt nahten Schutzmannspatrouillen heran. Berittene gingen scharf vor und drängten die Demonstranten zurück, die unter dem Klang des Liedes: „Wer schafft das Gold zu Tage“ langsam zurückgingen, ihre Wahlrechtsrufe in die benachbarten Straßen und Stadtviertel verpflanzend. Während draußen das Volk stürmisch bewegt das Wahlrecht zum Losungswort des Tages machte, war drinnen das Haus nicht einmal anständig besetzt. Die freisinnigen Anträge begründete der Abgeordnete Träger, der zwar alle Verrätereien des Block-Liberalismus mitmacht, aber seinen Namen aus einer besseren Vergangenheit hat. Er raffte sich wenigstens dazu auf, zu sagen, daß er als Erwählter des Dreiklassenwahlrechts nicht den Mut habe, sich Volksvertreter zu nennen. Dann nahm der Blockkanzler und preußische Ministerpräsident zu seiner im ganzen Lande mit Spannung erwarteten Erklärung das Wort. Sie lautete:

„Die Königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preußischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die Königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die Königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist. Auch kann die Königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen und deshalb auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder, ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung und dergleichen, zweckmäßig abgestuft werden muß. Sobald die Königliche Staatsregierung für ihre Entschließungen feste Unterlagen gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann, wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.“

Lebhafte „Bravos! Rechts“ folgten den markanten Stellen dieser in schroffster Form die Linke brüskierenden Erklärung Bülows. Nur sachte zischten am Schluß die Freisinnigen über diese Kriegserklärung an den Liberalismus. Die konservativen Redner sprachen dem konservativen Ministerpräsidenten das Vertrauen der Kraut- und Schlotjunker aus. Sie hatten alle Ursache dazu. Der Redner der Nationalliberalen war im großen und ganzen mit Bülow zufrieden und liebäugelte mit dem Pluralwahlrecht. Das Zentrum ließ einen Redner für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts, aber gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise reden. Der Freisinn schickte Herrn Fischbeck vor, der eine geradezu klägliche Rolle spielte. Bülows Herausforderung der Freisinnigen vernichtete auch die kleinste Teilhoffnung der freisinnigen Fraktionspolitiker. Mit schneidendem Hohne hatte Bülow vor dem ganzen Lande festgestellt, daß die liberale Aera in Preußen-Deutschland ein Phantom ist. Die Blockpolitik hatte Fiasko gemacht. Fischbeck

kündigte dem Kanzler nicht den Block. Der Freisinn, unfähig eine Volksbewegung zu entfesseln, will abwarten, ob nach langen Erwägungen vielleicht in Jahren ein Reformbrocken vom Tische der Regierung fällt. Freudig wird er dann nach solchem Brocken schnappen, voll Stolz, daß der Liberalismus etwas „erreicht" haben wird. Parlamentarisch ging die Wahlrechts-„Aktion" der freisinnigen Parteien aus wie das Hornberger Schießen. Für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts stimmten nur Freisinn, Polen und Zentrum, für eine neue Wahlkreiseinteilung nur Freisinn, Polen und Nationalliberale, so daß beide Teile des Antrags Aronsohn und Genossen abgelehnt waren. Selbstverständlich verkündeten die Redner der bürgerlichen Parteien, daß sie mit den Straßendemonstrationen vor den Toren nichts zu tun hätten und Bülow versicherte ihnen, daß die Regierung sich durch Demonstrationen nicht von dem Wege abbringen lasse, den ihr das Staatsinteresse „vorschreibt". Die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien steigerte die Erbitterung der Volksmassen auf das höchste. Von Mund zu Mund ging in den Arbeiterquartieren die Losung: „Auf zu den Massenversammlungen", die Sonntag, den 12. Januar, wieder über ganz Preußen angesetzt waren. „Auf zur Abrechnung mit den Vertretern der herrschenden Klassen!"

In Erwartung der Dinge, die da kommen mußten, erließ der Berliner Polizeipräsident von Borries am 11. Januar eine Bekanntmachung, in der es hieß, daß Straßendemonstrationen überhaupt unerlaubt seien, und daß ihnen gegebenenfalls mit allem Nachdruck entgegengetreten würde. Diese Bekanntmachung verfehlte ihre Wirkung völlig. Kein Wunder. Am 25. Januar und 5. Februar 1907 hatten sogenannte patriotische Straßenkundgebungen stattgefunden, bei denen gesungen, Hochs ausgebracht und vor dem Kultusministerium mit „Pfui Studt" demonstriert worden war. „Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich." So heißt es wenigstens auf dem Papier der Verfassung. In langen Zügen marschierten die Genossinnen und Genossen am 12. Januar nach den Versammlungslokalen, die bald gefüllt waren und wahre Ströme von Menschen auf die Straße verwiesen. Nach Schluß der Versammlungen setzten die Kundgebungen wider die reaktionäre Regierung, wider die wahlrechtsfeindlichen Junker und Bourgeois, wider die waschlappige bürgerliche „Opposition" in verstärktem Maße auf den Straßen ein. So in Berlin, so in den Städten und Industriedörfern der Provinzen. In Berlin und seinen Vororten suchte die Polizei die Züge der Demonstranten zu hindern. Besonders die nach dem Innern der Stadt führenden Straßen sollten durch Schutzmannsketten gesperrt werden. Die Demonstranten fanden aber den Weg bis unter die preußische Triumphstraße: „Unter den Linden" und bis zum Lustgarten hinüber erschallten vom Opernplatze her Hochs auf das freie Wahlrecht und die Marseillaise. Der polizeioffiziöse Bericht sagte, daß zwei Züge nur mit größter Anstrengung vom Schlosse abgedrängt werden konnten. Im Zentrum der Stadt ging die Polizei rücksichtslos gegen die friedlich dahinziehenden, unbewaffneten Wahlrechtskämpfer mit blanker Waffe vor. Die Straßen Berlins wurden seit 1848/49 zum ersten Male wieder von Bürgerblut gerötet. Unter den Linden, in der Neustädtischen Kirchgasse, an der Alsenbrücke, am Lehrter Bahnhof, am Kottbuser Tor, am Rosenthaler Tor, am Schönhauser Tor, in der Michaelkirchstraße und an anderen Plätzen kam es zu ernsten Zusammenstößen, weil die Polizei den Wahlrechtsdemonstranten das Recht auf die Straße bestritt, das das Berliner Proletariat am 12. Januar mit allem Nachdruck für sich geltend machte. Bei den Attacken der Polizei wurden auch eine Anzahl harmlose Spaziergänger Unter den Linden verletzt. Als im Lustgarten die Hochs auf das freie Wahlrecht hörbar wurden, rückte

aus dem Schloßhof Polizei heran. Das Schloßviertel glich einem Kriegslager. In den meisten öffentlichen Gebäuden der inneren Stadt war Polizei untergebracht. Mit Niederreiten und Einhauen „arbeiteten" die Polizeimannschaften gegen das Volk, das sich seinen eigenen Weg wählen wollte. Nicht nur auf Wehrlose, langsam Zurückweichende, sondern auch auf Fliehende und auf an der Erde Liegende wurde eingehauen. Der schärfste Zusammenstoß ereignete sich in der schmalen Friedrichsgracht. Ein Zug von 3000 bis 4000 Demonstranten kam von der Fischerstraße her nach der Gertraudtenbrücke und fand den Mühlendamm gesperrt. Die Polizei ging vor. In den engen Straßen konnte die Menge nicht schnell zurück. Als die Demonstranten schon im Weichen waren, rückte, wie in dem späteren Aufruhrprozeß festgestellt wurde, unter Hauptmann Stephan die Polizeireserve heran und lieferte den Unbewaffneten ein Treffen. Die Fliehenden wurden verfolgt. Der Polizeisäbel verrichtete blutige Arbeit, trotzdem keinerlei Befürchtung vorhanden sein konnte, daß die durch den volksfeindlichen Starrsinn der Herrschenden zu friedlichen Kundgebungen auf die Straßen Getriebenen etwa Absicht hatten, sich auf die Polizei zu stürzen. An der Friedrichsgracht wurde auch ein Schuß abgegeben. Aber erst, nachdem die Säbel „arbeiteten". Wer den Schuß abgegeben hat, konnte nicht festgestellt werden. Unter die Demonstranten hatten sich Polizeibeamte gemischt. Der Kriminalschutzmann Draber, der sich den falschen Namen Gräfling beilegte, war unter den Demonstranten und rief tapfer: „Hoch das allgemeine Wahlrecht, Nieder mit Bülow!" Der Kriminalschutzmann Kassube wurde an der Friedrichsgracht sogar verwundet. Diesen beiden Schutzleuten wurde von ihrer vorgesetzten Behörde in dem späteren Wahlrechtsprozeß das Recht zur Aussage verweigert. In Berlin waren die Versammlungen auf 12 Uhr angesetzt. Zwischen ½2 und 2 Uhr waren sie zu Ende. Bis gegen 4 Uhr dauerten die Straßenkundgebungen. Bis in den späten Abend hinein waren an den öffentlichen Gebäuden und an den hauptsächlichsten Straßenkreuzungen Polizeipatrouillen, etwaige „nächtliche Angriffe" erwartend. Nach Angabe des Polizeiministers wurden in Berlin am 12. Januar ungefähr 30 Personen aus dem Publikum verletzt. In Wirklichkeit sind es bedeutend mehr gewesen. Die Verwundeten hatten kein Interesse daran, daß ihre Verletzungen polizeibekannt würden. Der Minister von Moltke gab im Dreiklassenhause die Zahl der Demonstranten auf 12 000 an. Daß diese Zahl viel zu niedrig ist, geht schon daraus hervor, daß selbst das polizeioffiziöse Wolff'sche Bureau von 30 000 und die „Nordd. Allgem. Ztg." von 50 000 Teilnehmern an den Straßenkundgebungen sprachen.

Die Straßendemonstrationen beschränkten sich nicht auf Berlin und seine Vororte. Wo in nennenswerter Zahl organisierte Genossen vorhanden waren, meldete der Telegraph von gelungenen Kundgebungen des entrechteten Volkes. In kleineren Orten erhielten die führenden Genossen vielfach Strafmandate, weil sie beschuldigt wurden, an unerlaubten Umzügen unter freiem Himmel teilgenommen zu haben. In Erfurt ersuchte ein Polizeikommissar seine Beamten, die heranziehenden Teilnehmer des Zugs einzeln aufzuschreiben. In Königsberg waren die Truppen konsigniert und die Schloßwache verstärkt. In Hannover zählten die vor dem Hoftheater vereinigten Züge der Wahlrechtskämpfer mehr als 10 000 Teilnehmer. In Kassel zogen die vereinigten Massen vor das Oberpräsidium. In Tilsit begleiteten 300 Genossen den Referenten Hofer-Skaisgirren zum Bahnhof. Hofer und zwei Genossen wurden verhaftet und nach 2¼ Stunden erst wieder freigelassen. Eine Anklage auf Hochverrat folgte, weil Hofer zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung aufgefordert haben sollte. Das Reichsgericht lehnte die Anklageerhebung

später ab. In Danzig wurde die angesetzte Versammlung polizeilich verboten und den Genossen der Zutritt zu dem gemieteten Lokal verweigert. In Breslau wurde nach prächtig gelungenen Straßenkundgebungen der Ring „gesäubert". In Köln wurden die Verkehrsadern der Stadt polizeilich unterbunden. In Frankfurt a. M. kam es auf der Kaiserstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. In Halle nahm die Polizei Sistierungen vor, als Tausende nach dem Volkspark zogen. In Magdeburg sperrten doppelte Schutzmannsketten den Genossen den Weg. Hier wie gleichfalls in Kiel wurden Verhaftungen vorgenommen. In Flensburg und Düsseldorf löste die Polizei die Züge der Demonstranten auf. In Stettin, in Essen, Elberfeld-Barmen, Altona, in den westfälischen Berg- und Hüttendistrikten war das Proletariat auf dem Posten. In Solingen kam es auch nach dem 12. Januar noch mehrfach im Anschluß an Versammlungen zu Straßenkundgebungen, wobei die Polizei sich Mühe gab, die Züge der Demonstranten zu zerreißen. Dort weigerte die Polizei den Genossen am 16. Februar auch den Eintritt in das Gewerkschaftshaus, so daß die Massen auf den Straßen bleiben mußten.

Die Straßenkundgebungen des klassenbewußten Proletariats verliefen so glänzend, daß die herrschenden Klassen sie nicht ignorieren konnten. Die Massenversammlungen hatte man früher einfach totgeschwiegen. Diese imposanten Straßenkundgebungen waren nicht totzuschweigen. Die Aufmerksamkeit des gesamten Auslandes war auf die schmachvollen inneren Zustände Preußens gelenkt. Aus dem Ausland sandten die sozialistischen Bruderparteien den Wahlrechtskämpfern herzliche Grüße. In Süddeutschland nahmen die Genossen an den preußischen Wahlrechtskämpfen besonders lebhaften Anteil. Flugblätter wurden verbreitet, in denen auf den für ganz Deutschland verderblichen Einfluß des preußischen Dreiklassenstaats hingewiesen wurde. Am 9. Februar tagte in Würzburg eine Konferenz der bayerischen, württembergischen, badischen und hessischen Mitglieder der sozialdemokratischen Kammerfraktionen, die gegen Bülows Erklärung vom 10. Januar protestierte, in ihr einen Angriff auf das konstitutionelle Leben Süddeutschlands und eine Gefährdung des Reichstagswahlrechts erblickte. In den süddeutschen Parlamenten wurde die Erklärung der preußischen Regierung zur Sprache gebracht. Die süddeutschen Minister wichen aus mit der gänzlich verfehlten Begründung, daß es sich nur um innerpolitische Angelegenheiten Preußens handle. Immer größeren Schichten der süddeutschen Bevölkerung machten unsere Genossen klar, daß die preußische Reaktion wie ein Alp auf ganz Deutschland lastet, ständig bestrebt, Fortschritte in anderen Bundesstaaten zu hemmen.

Im Reichstag wurde die preußische Wahlrechtsfrage aufgerollt auf Grund einer Interpellation, die die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hatte. Die Interpellation wurde am 22. Januar behandelt. Der Reichstag war von Polizeiketten umsponnen. Selbst Minister mußten sich legitimieren, ehe sie die Polizeiketten passieren durften. Am Tage vorher hatte nach einigen Arbeitslosenversammlungen die Polizei am Schiffbauerdamm friedlich demonstrierenden Arbeitslosen eine Schlacht geliefert und in der Charitéstraße das Verbandshaus der Metallarbeiter gestürmt, wobei auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung wartende Metallarbeiter mit gezücktem Säbel die Treppe hinauf verfolgt wurden. Die Polizei traf Vorbereitungen, als ob sie Straßenkämpfe erwartete. Den Unterschied zwischen Straßenkämpfen und zwischen den in allen zivilisierten Ländern erlaubten Straßendemonstrationen will die preußische Polizei nicht begreifen. Am 22. Januar fanden keine Demonstrationen statt. Nur die aufgebotenen Polizeimassen demonstrierten. Bülow lehnte eine Beantwortung der Interpellation ab, da die Konsignierung des Militärs Sache der Kommandogewalt sei und für innere preußische Angelegenheiten der Reichstag nicht zuständig sei. Sodann antwortete Bülow demnach, insofern er einige Redensarten über den „gefährlichen Unfug" der Straßendemonstrationen vom Stapel ließ und die bürgerlichen Parteien aufforderte, einig zu sein in der Verurteilung der Politik der Straße. Einer solchen Aufforderung bedurfte es freilich nicht erst. Auch die sogenannte bürgerliche Opposition versagte im Wahlrechtskampf völlig. Weder das Zentrum noch die freisinnigen Parteien machten auch nur den Versuch, eine Volksbewegung zu entfachen. Der schwäbische Volksparteiler Payer billigte im Reichstage sogar die Konsignierung des Militärs in den Kasernen, das gegen die Wahlrechtskämpfer bereit sein sollte. Die Sozialliberalen, eine Absplitterung der freisinnigen Vereinigung, gaben sich redliche Mühe, das Bürgertum für ein demokratisches Wahlrecht zu begeistern. Aber ihnen fehlte ein nennenswerter Anhang. Nachdem im Reichstag Genosse Fischer mit dem „Staatsmann" Bülow Abrechnung gehalten hatte, schnitten die bürgerlichen Parteien dem Genossen Bebel das Wort ab. Im preußischen Wahlrechtskampf sind Bourgeoisie und Junkertum eine Herz und eine Seele. Das Proletariat ist ganz auf seine eigene Kraft angewiesen.

Im preußischen Abgeordnetenhause schrie der Junker von Brandenstein nach einem Tessendorf, der schnelle Justiz gegen die Sistierten des 12. Januar üben sollte. Der Justizminister versprach, daß die Behörden alles tun würden. Aber bei allem Eifer der Behörden blieb das große Nachspiel aus. Allerdings mußten einige Genossen, die sich durch das Vorgehen der Polizei zu Aeußerungen und Handlungen hinreißen ließen, die unter den heute herrschenden Zuständen als Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen werden, im Aufruhrprozeß Paschke und Genossen auf die Anklagebank. Aber nur zwei Genossen wurden wegen Aufruhrs zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, von den übrigen Angeklagten wurden 14 wegen Widerstands, Beleidigung, groben Unfug zu insgesamt 18 Monaten, 6 Wochen Gefängnis und 230 Mk. Geldstrafe verurteilt. Und das nur mit Hülfe des dolus eventualis. Die von Brandenstein heiß ersehnten grausamen Strafen mußten ausbleiben. Der Wahlrechtssonntag war nicht zu diskreditieren. Die Gerichtsverhandlungen bestätigten den würdigen Verlauf der Straßenkundgebungen. — Die 445 dringende Telegramme, die dem Abgeordnetenhause aus den Versammlungen in der Nacht zum 10. Januar zugegangen waren, wurden auf Antrag der Petitionskommission der kgl. Staatsregierung am 3. April als Material überwiesen.

Am 18. März wurde in Berlin und einer Anzahl Großstädte durch Abhaltung von Nachmittagsversammlungen demonstriert. Die „Freis. Ztg." „enthüllte" vorher, daß für diesen Tag der Generalstreik proklamiert würde. Eine solche Absicht hatte nie bestanden. Die Arbeitsruhe sollte am 18. März nicht zum Kampfobjekt zwischen Unternehmern und Arbeitern gemacht werden. Arbeitgeberverbände drohten, die Feiernden vor dem 23. März nicht mehr einzustellen. Die preußischen Bourgeois kennen keine Neutralität in den Wahlrechtskämpfen, wie ihre Klassengenossen in Oesterreich und Ungarn sie in gleichen Fällen beobachteten. Die Klassengegensätze sind in Preußen-Deutschland mehr zugespitzt, denn irgendwo anders. Die Polizei war am 18. März wieder in ganz Preußen mobil gemacht. In Berlin war die innere Stadt, besonders die Schloßgegend, von Polizei überschwemmt. Die Märzdemonstrationen waren die schönste Märzfeier, die den Toten des 18. März 1848 seit 60 Jahren gewidmet wurde. Am Grabe der Märzgefallenen defilierten vom frühen Morgen bis zum späten Abend Tausende vorbei, die gelobten, nicht eher zu ruhen, als bis die Ideale der Märzgefallenen restlos erfüllt sind.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

In Sachsen ist immer noch das nach dem Wahlrechtsraub des Jahres 1896 oktroyierte Dreiklassenwahlrecht in Kraft, unter dem die Sozialdemokratie bisher nur ein Zufallsmandat erobern konnte. Nachdem 1903 ein Reformversuch gescheitert war, wurde nach der Volksbewegung vom November und Dezember 1905 ein neuer Reformversuch angekündigt. Von der Notwendigkeit einer Reform des bestehenden Wahlunrechts sind die Regierung und alle Parteien überzeugt. Der Minister Graf Hohenthal verlangte am 4. Dezember v. J., daß noch in dieser Session etwas zustande käme. Noch drastischer sagte Opitz, der Führer der Konservativen: „Es ist zu befürchten, daß Sachsen bei der nächsten Reichstagswahl ein knallrotes Königreich wird, wenn das gegenwärtige Wahlrecht bestehen bleibt." Die größte Uneinigkeit herrscht über das Wie der Reform. Die Regierungsvorlage will die Hälfte der 82 Abgeordneten durch ein Pluralwahlrecht (2 Zuschlagsstimmen) bei Verhältniswahl, die andere Hälfte aber durch die kommunalen Körperschaften wählen lassen. Diese Körperschaftswahlen fanden bei den bürgerlichen Parteien keine Zustimmung. Auch dann nicht, als man die Erwählten der Kommunalvertretungen auf ein Drittel bis ein Viertel der Sitze der 2. Kammer beschränken wollte. Ein Wahlrecht nach der Regierungsvorlage hätte nach gegnerischer Berechnung günstigstenfalls der Sozialdemokratie 10 bis 15 Mandate bringen können. Die Wahlrechtsvorlage wurde an eine besondere Deputation verwiesen, die monatelang erst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und nach der 23. Sitzung infolge von „indiskreten" Veröffentlichungen über das „Arbeiten" der „Dunkelkammer" in beschränkter Oeffentlichkeit alle möglichen und unmöglichen Wahlrechtsvorschläge diskutierte. Schließlich wurde selbst der Regierung dieses Treiben zu dumm und sie forderte energisch, Stellungnahme zu ihrer Vorlage. Dem Grafen Hohenthal bietet selbst ein reines Pluralwahlrecht mit 3 Zusatzstimmen noch keine genügende Garantie gegen eine „Ueberflutung" der Kammer durch „staatsfeindliche" Elemente. Die Vertreter der herrschenden Klassen wollen unter allen Umständen die Sozialdemokratie durch die „Reform" auch in späterer Zeit daran hindern, die Mehrheit in der 2. Kammer zu erhalten. Edler von Querfurth erklärte in der Deputation: „Pluralstimmen dürfen möglichst nur solche Wähler erhalten, die für die Ordnungsparteien zu haben sind." Glaubt der sächsische Junker wirklich mit solchen Mätzchen gegen den Willen der Volksmehrheit die Klassenherrschaft verewigen zu können? Endlich nahm die Deputation im Mai einen Kompromißvorschlag an, der ein Pluralwahlrecht mit höchstens drei Zusatzstimmen vorsieht. Eine Zusatzstimme für die Ansässigkeit, aber die kleinen Besitzer von Wohnhäusern mit weniger als 75 Steuereinheiten werden ausgeschlossen; eine Zusatzstimme für die Selbstständigkeit, aber die kleinen Handwerksmeister, die weniger als zwei Gehülfen haben, werden ausgeschlossen, während die Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten mit mehr als 1800 Mk. Einkommen als selbständig gelten; eine Zusatzstimme für die Wähler mit mehr als 2000 Mk. Einkommen; eine Zusatzstimme für die Vorbildung. Hierfür ist der Besitz des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses maßgebend. Ueber die Zusatzstimme für das Alter ist noch keine Einigkeit erzielt, ein Teil will 45, der andere gar 50 Jahre als maßgebend betrachten. Außerdem wird für die Grundstimme ein Alter von 25 Jahren, Entrichtung einer direkten Staatssteuer, die die letzten zwei Jahre auch bezahlt sein muß, und ein zweijähriger Wohnsitz am Orte nebst ebenso langem Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit verlangt. Das Fordern eines zweijährigen Wohnsitzes widerspricht früheren Regierungserklärungen, nach denen niemandem das Wahlrecht genommen werden soll, der es besaß. Ueber die Wahlkreiseinteilung ist noch keine Einigkeit erzielt. Die 2. Kammer soll in Zukunft aus

82 Abgeordneten bestehen. Die Regierung hat dem Kompromiß bis jetzt nicht zugestimmt und den Landtag bis zum Herbst vertagt. Der Kompromiß beabsichtigt, die Arbeiter, Unterbeamten und kleinen Leute einflußlos zu machen. Solches Wahlrecht wäre noch elender als das jetzt geltende. Aus Parteiegoismus hat die Mehrheit der Deputation mit 18 gegen 4 Stimmen dem Kompromiß zugestimmt. Den Antrag des Genossen Goldstein, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen beider Geschlechter auf Grund der Verhältniswahl einzuführen, lehnte die Deputation ab, ebenso einen freisinnigen Antrag auf Uebertragung des Reichstagswahlrechts. Die sächsischen Genossen protestierten im Dezember vorigen Jahres gegen die beabsichtigte neue Form der Volksentrechtung und im März d. J. demonstrierten sie in Massenversammlungen gegen die Verschleppungsarbeit der Deputation. Im Dezember v. J. war anläßlich der Versammlungen das Militär konsigniert. In Chemnitz ging bei den Massenversammlungen die Polizei gegen die Demonstranten vor. Im Herbst wird die Entscheidung in Sachsen fallen. Unsere Genossen werden es an einer machtvollen Volksbewegung gegen die Wahlrechtspfuscher nicht fehlen lassen.

Von den süddeutschen Staaten hat Hessen allein bisher noch das indirekte Wahlrecht. Auch der 33. Landtag, der im Mai geschlossen wurde, brachte keine Wahlreform zustande. Die Herren der Ersten Kammer verlangen als Gegengewicht gegen die demokratischen Tendenzen der direkten Wahl eine Erweiterung ihrer Budgetrechte. Die Regierung will dem nachgeben. Unsere Genossen verlangten, daß dem nächsten Landtag sofort bei Beginn eine Vorlage gemacht würde, die die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Zweiten Kammer vorsieht. Die Nationalliberalen, die Antisemiten und das Zentrum sind jetzt zu Kompromissen bereit, die die Rechte des Hessischen Herrenhauses erweitern sollen. Im Herbst finden die hessischen Landtagswahlen statt. Die Wahlparole lautet: Her mit dem direkten Wahlrecht! Fort mit der Herrenkammer!

Die beiden Mecklenburg haben immer noch keine konstitutionelle Verfassung. Das bestehende Regime basiert auf dem landesgrundgesetzlichen Erbvergleich vom 18. April 1755, der die Hoheits- und Besteuerungsrechte der Herzöge begrenzte und Herzöge, Ritterschaft und Landschaft (Abgeordnete der Magistrate) als gleichberechtigte Faktoren anerkannte. Die Junker hatten gesiegt. Nach der Revolution von 1848 mußten die Großherzöge einen aus direkten und geheimen Klassenwahlen herrührenden Landtag einberufen, aber im September 1850 wurde, gestützt auf Preußens siegreiche Reaktion, dieses Wahlrecht wieder geraubt. Die Junker bekamen ihren Verfassungsumsturz in förmlicher Schiedsgerichtssitzung von Preußen, Hannover und Sachsen bestätigt. Das Alte blieb bestehen. Am 4. März v. J. eröffnete der Schweriner Großherzog seinen Landräten, daß die Verfassung nicht mehr den berechtigten Anforderungen der neuen Zeit entspräche und auf eine zeitgemäße Umgestaltung hinzuwirken sei. Die Vorlage, die dem Landtag der beiden Mecklenburg zuging, hatte zunächst den Zweck, die Großherzöge in ihren Einkünften besser zu stellen. Das geplante Wahlrecht, eine Verkoppelung von Privilegienwahlrecht und Dreiklassenwahlrecht, ist noch widersinniger als das geltende preußische Wahlunrecht. Für Mecklenburg-Schwerin sollen 38 Abgeordnete der Privilegierten aus besonderen Wahlkörpern (Rittergüter, Magistrate, Hauswirte des Fürstentums Ratzeburg, Universität, Priesterschaft, Landwirtschaftskammer, Handwerkerkammer) hervorgehen, für Mecklenburg-Strelitz 9. Ferner sollten 25 Abgeordnete für M.-Schwerin und 7 für M.-Strelitz aus „allgemeinen"

Wahlen auf Grund eines Dreiklassenwahlsystems gewählt werden, dessen Klassen nach den Steuerleistungen gebildet werden und bei dem der Besitz des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses zwei Stimmen verleiht. Außerdem sollte der Schweriner Großherzog 5 und der Strelitzer 1 Mitglied auf Lebenszeit für die geplante Karikatur einer Volksvertretung ernennen dürfen. Das Wahlrecht sollte öffentlich sein und die Legislaturperioden sechsjährig! Auch diese Sorte „Wahlrecht" war den Junkern noch zu modern. Die Ritter verwarfen die Vorlage mit 291 gegen 65 Stimmen. Sie wollten an der landständischen Grundlage der Verfassung festhalten, weil Vertreterwahlen das politische Leben „vergifteten". Bei der Beratung der Vorlage schlugen zwei Ritter vor, auch einen Arbeitervertreter zu wählen. Man sah aber davon ab, da geeignete Wahlkörper für die Wahl eines Arbeiters noch nicht vorhanden seien. Als der Landtag in Sternberg am 13. November v. J. zusammentrat, erließ die mecklenburgische Sozialdemokratie einen Aufruf an das Volk, der in flammenden Worten dagegen protestierte, daß an Stelle der Käuflichkeit der Landtagssitze irgend ein Klassen- und Geldsackswahlrecht tritt. Nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes benutzten unsere mecklenburgischen Genossen den ersten Sonnabend und Sonntag zu einer umfassenden Versammlungskampagne gegen die Vorlage, die die Klasse des Volkes in der bisherigen Rechtlosigkeit erhalten soll.

In **Oldenburg** nahm der Landtag eine Vorlage an, die an Stelle des bestehenden indirekten Wahlrechts das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einführt. Die Vorlage brachte aber als Verschlechterung die Forderung einer dreijährigen Ansässigkeit im Lande und die Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre. Die Festlegung der Zahl der Abgeordneten soll durch besonderes Gesetz erfolgen. Bisher hat sich die Zahl der Abgeordneten mit der Zunahme der Bevölkerung automatisch vermehrt, dergestalt, daß auf je 10 000 Einwohner ein Abgeordneter kam. Das bisherige Wahlrecht schloß die beim Arbeitgeber in Kost und Logis befindlichen Arbeiter, Dienstleute und Handelsangestellten vom Wahlrecht aus. Diese erhalten jetzt das Wahlrecht. Ferner ist die Naturalisation nicht mehr Vorbedingung der Ausübung des Wahlrechts. Diese Verbesserung veranlaßte unsere Fraktion, für die Vorlage der Regierung zu stimmen, nachdem sie die prinzipielle Stellung der Partei in der Kommission ohne Erfolg zur Geltung gebracht hatte. Die Fraktion glaubte ein eventuelles Scheitern der Vorlage nicht verantworten zu können. Die Haltung der Fraktion fand im Lande Widerspruch, weil ein Teil der Genossen die Verschlechterungen für wesentlicher hielt als die Verbesserungen. Ehe die Vorlage Gesetz wird, muß der neuzuwählende Landtag sie nochmals sanktionieren.

Gewaltige Massendemonstrationen fanden am 22. Januar in **Braunschweig** am Tage der Eröffnung des Landtags statt. Als die Massen vor das Welfenschloß zogen und sangen: „Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann!" stürmte die Wache vor und sperrte die Schloßtore ab. Der Zug der 6000 schwoll nach Schluß der Fabriken auf 10 000 Personen an, die in den Straßen der Stadt und vor dem Ministerpalais Ottos die Marseillaise sangen und „Hoch das freie Wahlrecht!" riefen. Als am folgenden Freitag der Landtag die sozialdemokratische Wahlrechtspetition beriet, war das Militär konsigniert. In Braunschweig galt ein indirektes Klassenwahlrecht vom Jahre 1832 für die Wahl von 30 Abgeordneten, während 18 Abgeordnete Vertreter der Berufsstände waren. Von 108 051 Reichstagswählern haben nur 50 000 das Landtagswahlrecht. Sozialdemokraten konnten unter diesem Wahlrecht bisher nicht gewählt werden. Auf Antrag der Wahlrechtskommission beschloß der Landtag am 20. Mai d. J. mit 37 von 45 Stimmen, daß in Zukunft mindestens 10 Proz. der Wähler (bisher 5 Proz.) in der 1. Klasse, 20 Proz. in der 2. Klasse und 70 Proz. in der dritten Klasse wählen. Die Urwähler 1. Klasse haben 3, die der 2. Klasse 2 und die der 3. Klasse 1 Stimme. Das Wahlrecht ist direkt und an eine zweijährige Ansässigkeit geknüpft. Die Privilegiertenwahlen bleiben bestehen. Die sozialdemokratische Petition wurde durch den Landtagsbeschluß als erledigt erklärt. Das braunschweigische Volk wird sich bei dieser vom Klassenegoismus der Herrschenden diktierten „Reform" nicht beruhigen.

Die **thüringischen** sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten beschäftigten sich in einer Konferenz, die am 28. Dezember v. J. in Jena Eisenbahn- und Finanzfragen beriet, auch mit der Wahlrechtsfrage und plädierten für eine Erweiterung der Volksrechte in den thüringischen Staaten. Der **weimarische** Landtag hatte Mitte Februar seine Wahlrechtsdebatten, in denen die Vertreter der herrschenden Klassen Wünsche nach einem Pluralwahlrecht und nach allen möglichen Kautelen für die kommende Reform lautwerden ließen. Auch die Liberalen wollen nur das indirekte Wahlrecht, aber nicht die Privilegien der Großgrundbesitzer und Höchstbesteuerten beseitigen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags wurde in ihren Forderungen unterstützt durch 34 Massenversammlungen, die im ganzen Lande stattfanden. Gegen die Einführung direkter Wahlen hat die Regierung nach einer Erklärung des Ministers Rothe nichts einzuwenden. Im gemeinschaftlichen Landtage der Herzogtümer **Sachsen-Coburg-Gotha**, wo auch noch das indirekte Wahlrecht besteht, scheiterten die sozialdemokratischen Reformanträge an dem Widerspruch der Agrarier, die ihren Einfluß zu verlieren fürchten. In **Sachsen-Altenburg** hat eine kleine Gruppe Privilegierter die Macht in Händen. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts wurde von der um ihre Macht besorgten Mehrheit nicht einmal der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die „Liberalen" halfen gleichzeitig auch eine Wahlrechtspetition der Gewerkvereine niederstimmen. Im Januar fanden im Altenburgschen Massenversammlungen gegen das reaktionäre Vierklassenwahlrecht statt. Im Landtag des Herzogtums **Anhalt** lehnte es der Minister ab, eine Erklärung zu den vorliegenden sozialdemokratischen und liberalen Wahlrechtsanträgen zu geben, da vor zwei Jahren Anträge auf eine Wahlrechtsänderung abgelehnt worden seien. Der Landtag ging mit 16 gegen 15 Stimmen über die Anträge und damit unter anderem auch über die Einführung direkter Wahlen für die städtischen Wahlbezirke zur Tagesordnung über. In Anhalt wirken die Wahlkreiseinteilung und die Wahlprivilegien — 40 Großgrundbesitzer wählen 8 Abgeordnete — zugunsten der Agrarier. Der Zensus von 1050 Mk. entrechtet die Masse der Arbeiter in den Städten. Die Regierung will erwägen, ob nicht die Mandate für die Städte um 2 und die Großindustrie um 1 zu vermehren sind!! Unsere Parteigenossen protestierten energisch gegen diese Art Wahlreform. Die nächsten Landtagswahlen finden im Zeichen der direkten Wahl statt. In **Schwarzburg-Sondershausen** ging der Landtag über die sozialdemokratische Wahlrechtspetition zur Tagesordnung über. Nicht einmal das geheime Wahlrecht fand Unterstützung. Auch im **Lippeschen** kam eine Wahlrechtsreform in der abgelaufenen Landtagssession nicht zustande.

In **Bremen** fanden am Sonntag, den 2. Februar, fünf Volksversammlungen statt mit dem Thema: „Die Wahlrechtsschmach und der bremische Liberalismus." Tausende zogen nach dem Marktplatz und sangen den Privilegierten den Sozialistenmarsch vor. Da sich kein Schutzmann sehen ließ,

fanden keinerlei Störungen der Demonstration statt. Die liberale bremische Bürgerschaft hatte den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag am 29. Januar abgelehnt, wobei der Wortführer der Liberalen die eventuelle Uebertragung des Reichstagswahlrechts als ein Unglück für Bremen bezeichnete. Ein liberaler Antrag, die Zahl der aus allgemeinen Wahlen zu wählenden Abgeordneten auf 100 zu erhöhen, ist an eine Kommission verwiesen, wo er lagert. Die Protestaktionen des Bremer Proletariats werden die Wahlrechtsfrage in Fluß halten. In **Lübeck** wurde im März ein sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag von der Mehrheit der Liberalen abgelehnt. Auch gegen das Frauenwahlrecht erklärten sich dabei der Freisinn und der weiter rechtsstehende Hansaliberalismus.

In **Elsaß-Lothringen** fanden Sonntag, den 26. Januar dieses Jahres, imposante Straßendemonstrationen für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts statt. In Mülhausen zogen im Anschluß an 10 Versammlungen Tausende durch die Straßen nach dem Stadtzentrum. Am Obertor wollten Schutzleute vergeblich den Zug ableiten. In der Wildemannsstraße kam es zu einem neuen Konflikt mit einem starken Polizeiaufgebot. Drei Regimenter waren in den Kasernen konsigniert. Die Stadt sah aus, als ob der kleine Belagerungszustand verhängt wäre. In Straßburg wurde eine Versammlung aufgelöst, als Genosse Böhle auf die Straßenkundgebungen zu sprechen kam. Die „Aufgelösten" zogen unter Wahlrechts-Hochrufen durch die Straßen der Stadt. Im ganzen Lande nahmen die Massen regen Anteil an den Protestkundgebungen. Ueber die sozialdemokratische Wahlrechtspetition ging der Landesausschuß, in dem die Sozialdemokratie zurzeit keinen Vertreter hat, auf Antrag seiner Kommission wegen des schlechten Tones der Petition „zur Tagesordnung" über. Im übrigen wurde auf frühere Beschlüsse hingewiesen, die in gleicher Richtung gingen. Dabei wurde für den Fall einer Wahlrechtsreform auch der Wunsch auf Einführung einer ersten Kammer laut. Dies zu einer Zeit, wo unsere bayerischen und hessischen Genossen energische Aktionen zur Beseitigung der Herrenkammern einleiten. Die Angst vor der roten Gefahr treibt bei der deutschen Bourgeoisie eigenartige Blüten.

* * *

Landtagswahlen.

Die Sozialdemokratie errang bei der ersten umfassenden Wahlbeteiligung an den **preußischen** Landtagswahlen im Jahre 1903 kein Mandat, trotzdem sie über 300 000 Stimmen aufbrachte. Am 3. Juni 1908 eroberte sich die preußische Sozialdemokratie unter dem elendesten aller Wahlsysteme die Tribüne des preußischen Dreiklassenhauses. Der Landtag des größten deutschen Bundesstaates ist nicht mehr sozialistenrein. Trotz der öffentlichen Abstimmung ist in den Wall des Geldsackswahlrechts Bresche gelegt. Mit verstärkter Kraft wird der preußische Wahlrechtskampf weitergeführt werden, der jetzt auch im Hause der Privilegierten ein lautes Echo finden wird. Die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Partei hat gewaltig zugenommen. Infolge des indirekten Wahlrechts ist am Schlusse unseres Berichtsjahres eine genaue Uebersicht über die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen noch nicht vorhanden. Die Sozialdemokratie eroberte in der Hauptwahl am 16. Juni sechs Mandate und dazu am 23. Juni in der Stichwahl ein Mandat. Die von den Wahlmännern vorgenommenen Abgeordnetenwahlen ergaben für die eroberten sieben Wahlkreise folgendes Bild:

Wahlkreis	konservative Wahlmänner	nationallib. Wahlmänner	freisinnige Wahlmänner	sozialdemokr. Wahlmänner
1. Berlin V	—	—	206	303
2. „ VI	—	—	322	388
3. „ VII	—	—	296	356
4. „ IX	—	—	160	390
5. „ XI	—	—	115	352
6. Hannover-Linden	—	178	—	228
7. Berlin XII Hauptwahl	164	2	165	312
„ XII Stichwahl	—	—	307	313

Das Mandat im XII. Berliner Wahlkreis fiel uns in der Stichwahl zu, weil nicht alle bürgerlichen Wahlmänner für den freisinnigen Kandidaten zur Wahl zu bringen waren. Die nationalliberale und konservative Partei hatten sich schon vor der Abgeordnetenwahl auf den konservativen Kandidaten geeinigt, nachdem der Freisinn sich geweigert hatte, seinen Kandidaten zugunsten des Nationalliberalen zurückzuziehen.

Sozialdemokratische Kandidaten standen außerdem in fünf Wahlkreisen in Stichwahl:

Wahlkreis		Es stimmten von den Wahlmännern				
		kons.	natlib.	freis.	sozd.	Zentr.
1. Rixdorf-Schöneberg	Hauptwahl	187	35	344	528	—
	Stichwahl	—	—	556	528	—
2. „ Frankfurt-Land „	Hauptwahl	—	116	61	72	89
	Stichwahl	—	146	—	98	—
3. Elberfeld „	Hauptwahl	235	544		352	—
	Stichwahl	—	723		351	—
4. Kiel „	Hauptwahl	—	255	310	274	—
	Stichwahl	—	—	505	273	—
5. Altona „	Hauptwahl	66	80	177	284	—
	Stichwahl	—	—	307	234	—
6. Wandsbek-Stormarn „	Hauptwahl	169	74	—	127	—
„ „	Stichwahl	218	—	—	127	—

Gegen die Wahl in Rixdorf-Schöneberg ist ein umfangreicher Wahlprotest eingelegt, der zur Kassierung des Mandats führen muß. — In Frankfurt-Land stimmten im ersten Wahlgang 9 Wahlmänner des Zentrums für den sozialdemokratischen Kandidaten. In der Stichwahl enthielt sich ein Teil des Zentrums der Abstimmung. Von den freisinnigen Wahlmännern stimmten in der Stichwahl nur 9 für den sozialdemokratischen Wahlrechtsfreund, während sich 22 enthielten und 30 für den nationalliberalen Pluralwahlrechtsfreund stimmten. In Wandsbek-Stormarn stimmten gar 49 liberale Wahlmänner in der Stichwahl für den konservativen Kandidaten. Eine erhebliche Anzahl Wahlmänner brachte die Sozialdemokratie ferner in Berlin VIII, Berlin X, Teltow-Beeskow-Storkow, Ober- und Niederbarnim, Hannover-Stadt, Harburg, Magdeburg, Breslau, Wanzleben, Westhavelland-Brandenburg, Lennep-Remscheid, Frankfurt a. M., Stettin, Dortmund-Land, Hattingen-Witten, Hörde und so weiter auf.

Unsere Gegner behaupten, daß die sozialdemokratischen Wahlerfolge auf dem Terrorismus beruhten, den die Sozialdemokratie systematisch angewandt

habe, indem sie politische Gegner mit dem Boykott bedrohte. Nur kleinliche, gehässige Wut über unsere glänzenden Erfolge läßt unsere Gegner so reden. Die Sozialdemokratie hat es lediglich verstanden, die ihrer Klassenlage nach dem Proletariat nahestehenden kleinen Gewerbetreibenden durch eine intensive Kleinagitation zu einer energischen Stellungnahme gegen die reaktionären Anhänger der öffentlichen Wahl aufzurütteln unter ausdrücklicher Betonung der gemeinsamen Interessen, die die kleinen Gewerbetreibenden mit der Menge ihrer Käufer haben. Diese Agitation war ein Kinderspiel, verglichen mit dem Terrorismus, den der Staat und die herrschenden Klassen gegen die von ihnen abhängigen Elemente immer angewandt haben. Wenn die Junker und Kapitalisten, die in Preußen die Klinke der Gesetzgebung in der Hand haben, ernstlich verhindern wollen, daß die eifrige Agitation des Wahlkampfes den Wähler beim Wahlakt beeinflußt, so brauchen sie ja nur die geheime Wahl einzuführen. Solange sie das nicht tun, ist ihr Gezeter über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus eitel Heuchelei. Zugute kam der Sozialdemokratie die Aenderung des § 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes, derentwegen eine Anzahl Arbeiter infolge höherer Steuerveranlagung in der zweiten Klasse wählten. Die neue Wahlkreiseinteilung für Berlin war nur insofern von Bedeutung, als überhaupt drei Mandate mehr von Berlin zu vergeben waren. Günstig war die allgemeine politische Situation. Die Blockpolitik, die der Freisinn als getreuer Fridolin der Konservativen in allen Stücken mitmachte, brachte ihn bei allen wirklich Liberalen um jeden politischen Kredit. Diese Blockpolitik galt nur für das Reich. Die konservativen Parteien lehnten ausdrücklich die Uebertragung der Blockpolitik auf Preußen ab. Trotzdem prostituierte sich der Freisinn und warf sich auf offenem Markte den Konservativen an den Hals. Die Worte und die Taten des offiziellen Fraktionsfreisinns standen in schreiendem Widerspruch. Im Wahlaufruf der freisinnigen Parteien hieß es am 28. April: „Das Ziel des Kampfes ist die Beseitigung der konservativ-klerikalen Mehrheit und die Verstärkung der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus." In Wirklichkeit schloß der Freisinn nicht nur in den Ostmarken, sondern auch vor den Toren Berlins, in Niederbarnim, Bündnisse mit den Konservativen. Solcher würdelose Schacher um Mandate schadete dem Freisinn bei den eigenen Parteigenossen. Uebertrumpft wurde dieses schmähliche Verhalten der freisinnigen Partei noch bei der Abgeordnetenwahl in Flensburg, wo sich die Agrarier mit den freisinnigen „Volks"parteilern erfolgreich zur Verdrängung des Nationalliberalen verbanden.

Geht man den Ursachen der sozialdemokratischen Mandatserfolge nach, so muß man als entscheidend anerkennen den vorzüglichen Stand der Organisation in den beteiligten Wahlkreisen. Welche Schwierigkeiten bei der indirekten Wahl zu überwinden waren, davon ist die Tatsache, daß die Organisation von Groß-Berlin 18151 Wahlmänner aufstellen mußte, der beste Beweis. Die bis ins kleinste durchgeführte, jederzeit für den „Kriegsfall" vorbereitete Bezirksorganisation in Berlin und in Linden-Hannover hat auf schwierigem Kampfterrain so herrliche Siege erfechten können. Unablässlich muß im ganzen Reiche an dem Ausbau der Bezirksorganisation, dem Hebel der Kleinagitation, gearbeitet werden. Eine schlagfertige Organisation ist die Mutter aller künftigen Siege über wohlgerüstete Gegner. Der Sieg in Linden war gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der dort fieberhaft tätig war. Die preußischen Landtagswahlen zeigten überhaupt, daß die Bäume des Reichslügenverbandes nicht in den Himmel wachsen.

Das Gesamtergebnis der Wahl brachte keine wesentliche Veränderung der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Nationalliberalen verloren ein Dutzend Mandate, das Zentrum und die Polen gewannen ein Dutzend. Die Linke hätte wesentlich gestärkt werden können, wenn der Freisinn nicht in mehr als einem Dutzend Wahlkreise lange vor der Wahl krampfhaft Anschluß nach rechts gesucht hätte. Die sozialdemokratische Partei hatte ihre klare Stichwahlparole zeitig genug veröffentlicht. In Wahlkreisen, wo zwei und drei Abgeordnete zu wählen waren, wurde für die Sozialdemokratie ein Mandat verlangt. Der Freisinn überließ lieber der konservativen Reaktion drei Mandate, als daß er neben zwei lauen freisinnigen Anhängern des Reichstagswahlrechts einen sozialdemokratischen Wahlrechtsfreund mitunterstützte. Der Freisinn hat die selbstmörderische Taktik, die er bereits 1903 in Breslau, Teltow-Beeskow, Bielefeld usw. anwandte, zu seinem eigenen Schaden weiter geübt. In Wahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen war, beschloß die preußische Landeskommission die Unterstützung der Abgeordneten, die sich vorher schriftlich für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und für eine neue Wahlkreiseinteilung erklärt hatten, sofern das Zentralwahlkomitee deren Unterstützung billigte. Auf Grund dieser Beschlüsse haben im rheinisch-westfälischen Kohlen- und Hüttenrevier unsere Genossen in Dortmund-Land, Bochum und Mülheim a. d. Ruhr die Kandidaten des Zentrums gegen die wahlrechts- und koalitionsrechtsfeindlichen nationalliberalen Scharfmacher der Schwerindustrie unterstützt. Auch das Zentralwahlkomitee war der Meinung, daß in diesem Fall das Zentrum bei all seiner sonstigen Unzuverlässigkeit dennoch das kleinere Uebel war. Leider waren bei den Stichwahlen auch einige Disziplinlosigkeiten zu verzeichnen, die von dem Zentralwahlkomitee entschieden gerügt wurden. In Guben und in Liegnitz kam es sogar vor, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wahlmänner, um den Nationalliberalen König resp. den blockfreisinnigen Fischbeck zu Fall zu bringen, für die konservativen Abgeordnetenkandidaten stimmten. Dieses unverantwortliche Manöver hatte in beiden Fällen keinen Erfolg und ähnliche Fälle dürfen sich nie mehr wiederholen. In Teltow-Beeskow-Storkow unterstützten sich die Sozialdemokratie und die neugegründete demokratische Vereinigung gegenseitig schon bei den Wahlmännerstichwahlen, um die gemeinsamen Abgeordnetenkandidaten, wenn möglich, in die Stichwahl mit den Konservativen zu bringen. Das gelang nicht. Das nationalliberal-freisinnige Kartell erhielt rund 80 Wahlmänner mehr und kam mit den Konservativen in die Stichwahl. Die demokratische Vereinigung brachte bei der Abgeordnetenwahl keinen Kandidaten durch.

Nach den Wahlrechtsdemonstrationen des 12. Januar versuchte die bülowoffiziöse „Nordd. Allgem. Ztg." die Massen gegen die Führer aufzuhetzen. Sie schrieb: „Mit diesen Führern mögen die irregeleiteten Massen abrechnen." Am 3. Juni haben die „irregeleiteten" Massen den Führern ein glänzendes Vertrauensvotum ausgestellt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im preußischen Landtag ein dankbares Feld der Tätigkeit vor sich, auf dem sie für das Klasseninteresse des Proletariats und damit für den Kulturfortschritt in Preußen reiche Arbeitsgelegenheit haben.

Am 5. Januar d. J. fand in **Bayern** für Schwabach die erste Sonntagswahl statt. Sie endete mit einem Sieg der Sozialdemokratie. Bei den letzten allgemeinen Wahlen am 31. Mai v. J. stand der Sozialdemokrat mit 1912 Stimmen noch an letzter Stelle. Der Liberale siegte damals mit 800 Stimmen Mehrheit. Am 5. Januar d. J. siegte der Sozialdemokrat mit 2607 Stimmen über seine Gegner, von denen der Liberale 2236 und der Bauernbündler 2174 Stimmen erhielt. Der Blockliberalismus hatte für seine volksverräterische Haltung in einem heißen Wahlkampf eine schwere Niederlage eingeheimst.

Bei den sächsischen Landtagswahlen, die am 28. September d. J. stattfanden, konnte die sozialdemokratische Partei kein Mandat erobern, trotzdem sie bei den Urwahlen mehr Stimmen auf sich vereinigte, als irgendeine bürgerliche Partei. Das sächsische Dreiklassenwahlrecht ist trotz der geheimen Stimmabgabe in seinen Wirkungen der sozialdemokratischen Partei noch ungünstiger als das preußische. Die Konservativen, die 1896 das Geldsackwahlrecht in Sachsen durchsetzten, um ihre Macht zu verewigen, erlitten eine schwere Niederlage. Sie verloren 8 Mandate an die Nationalliberalen, womit die konservative Mehrheit der Kammer von 13 auf 5 sank. Im sächsischen Landtag sitzen jetzt 1 sozialdemokratischer, 3 freisinnige, 31 nationalliberale, 1 antisemitischer und 46 konservative Abgeordnete.

Im Wahlkreis Nürtingen in **Württemberg** legte der 1906 mit 15 Stimmen Mehrheit gewählte sozialdemokratische Abgeordnete das Mandat nieder. Bei der Nachwahl standen sich 1552 sozialdemokratische, 1389 demokratische und 1710 bauernbündlerische Wähler gegenüber. An dem bedauerlichen Stimmenrückgang von 489 Stimmen gegen 1906 war die Mandatsniederlegung hauptsächlich schuld. Auch die Liberalen hatten einen Rückgang von 200 Stimmen. Vor der Stichwahl trat der liberale Kandidat zurück. Die Liberalen gaben für den Bauernbund Parole aus, während die süddeutsche Volkspartei Wahlfreiheit proklamierte, mit der Einschränkung, daß der Bauernbündler nicht unterstützt werden dürfe. Es gelang unseren Genossen, das Mandat mit 37 Stimmen Mehrheit (2755 gegen 2718) in der Stichwahl zu behaupten. Für den verstorbenen Genossen Kloß fand eine Nachwahl nicht statt. Auf Grund der für die Stuttgarter Wahlen gültigen Listen- und Verhältniswahl rückte Genosse Reichel ohne weiteres an die Stelle von Kloß.

In **Baden** stiegen bei einer Nachwahl in Schopfheim-Schönau die Stimmen der Sozialdemokratie von 777 (1905) auf 1070. Für die Stichwahl wurde der sozialdemokratische Kandidat zurückgezogen, was in Baden möglich ist, zugunsten des Liberalen, der infolgedessen über den Zentrumskandidaten mit 3014 gegen 2228 Stimmen siegte.

Im Dezember v. J. fanden in **Braunschweig** Landtagswahlen statt, bei denen das geltende plutokratische Klassenwahlrecht einen sozialdemokratischen Mandatserfolg unmöglich machte. In Braunschweig 3 kam unser Kandidat infolge der Zersplitterung der Gegner in die Stichwahl, in der er mit 42 gegen 50 Stimmen seinem großkapitalistischen Gegner unterlag. In der Stichwahl hatten acht verärgerte mittelständlerische Wahlmänner sich den 34 sozialdemokratischen Wahlmännern zugesellt. Bei den Wahlmännerwahlen schnitt die Sozialdemokratie in den Orten gut ab, in denen die Organisation eine gute ist.

Im Herzogtum **Gotha** stiegen die sozialdemokratischen Stimmen gegen 1904 um 1381 von 10 434 auf 12 430. Dabei erhielten wir in 57 Orten keine Stimmen, weil wir keine Wahlmänner aufstellen konnten. In zwei Bezirken fehlten uns nur 1 bezw. 2 Stimmen an der Mehrheit. Ein von Wolkenbrüchen begleiteter Orkan, der stundenlange Zugverspätungen infolge Dammzerreißungen mit sich brachte, hatte eine große Anzahl im Erfurter Gebiet arbeitende Genossen an der rechtzeitigen Ausübung ihres Wahlrechts verhindert. Der Reichsverband gab sich vergebliche Mühe, der Sozialdemokratie durch seine gehässige Kampfesweise zu schaden. An Stelle der 6 Sozialdemokraten des vergangenen Landtags ziehen 7 in den neuen Landtag ein. Auch im Koburgischen stiegen die sozialdemokratischen Stimmen, in einzelnen Bezirken auf das doppelte. Im 1. Koburger Bezirk siegte der sozialdemokratische Kandidat, so daß im gemeinschaftlichen Landtag der Herzogtümer jetzt 8 Genossen sitzen.

Eine Ersatzwahl fand in Sachsen-Altenburg im Wahlkreise im Dezember d. J. statt. Unsere Stimmenzahl stieg gegen das Vorjahr von 992 auf 1037, das Mandat wurde behauptet.

In Reuß jüngere Linie behaupteten wir bei den Landtagswahlen am 30. September v. J. den 3. und 4. Kreis. Unsere Stimmenzahl stieg im 3. Kreise von 1087 auf 1223, im 4. von 1419 auf 1788. Der 5. Kreis ging uns verloren; trotzdem die Stimmen von 484 auf 643 stiegen. Außerdem verloren wir den 2. Kreis in der Stichwahl, da es die vereinigten bürgerlichen Parteien auf 817 gegen 689 sozialdemokratische Stimmen brachten. Hingegen gelang es uns, den 6. Kreis zu erobern. Mit Recht wird in Reuß darüber geklagt, daß es viele Arbeiter nicht für notwendig halten, sich naturalisieren zu lassen.

In Reuß ältere Linie beteiligten sich unsere Genossen im Juni d. J. im 6. Wahlkreise an den Landtagswahlen. Trotz Steigerung der Stimmenzahl konnten sie kein Mandat erobern.

In Hamburg besaß unsere Partei nach der vorjährigen halbschichtigen Erneuerung der Bürgerschaft 19 Mandate. Am 9. November d. J. eroberte die Sozialdemokratie bei einer Ersatzwahl den 50. Bezirk mit 235 Stimmen, während die liberalen Gegner 149 und 85, also zusammen 234 Stimmen erhielten. Am 21. Februar d. J. siegten wir in der Stichwahl im 45. Bezirk bei 98 Proz. Wahlbeteiligung mit 229 Stimmen über den Kandidaten der wahlrechtsräuberischen Linken, der es auf 178 Stimmen brachte. 9 Stimmen waren ungültig. In der Hauptwahl waren unsere Stimmen gegen 1904 um 40 auf 184 gestiegen. Unsere Stimmen hatten gegen die Hauptwahl um 45 zugenommen. Der linke Flügel der Liberalen hatte gegen den bürgerlichen Stichwahlgegner, einen ausgeprägten Gegner des Wahlrechtsumsturzes, entschieden Stellung genommen. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft zählt also jetzt 21 Mitglieder.

Wenig erfreulich war der Ausfall der Wahlen in **Schwarzburg-Sondershausen.** Hier wären Erfolge der Sozialdemokratie möglich, wenn unter der Arbeiterschaft nicht eine unglaubliche Lauheit herrschte. Da die Wahl öffentlich ist, bleiben die kleinen Geschäftsleute zu Hause. Würden die Arbeiter geschlossen antreten, so müßte ihren Kandidaten der Sieg zufallen. Es sind aber selbst organisierte Genossen, z. B. in Groß-Breitenbach, in größerer Anzahl der Wahl ferngeblieben. Ein solches Verhalten kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

In Bremen behaupteten wir bei einer Ersatzwahl den 6. Bezirk mit 282 gegen 242 Stimmen. Gegen die Wahl im Jahre 1905 waren sowohl die sozialdemokratischen als auch die gegnerischen Stimmen zurückgegangen.

Bei den Wahlen zur **Lübecker** Bürgerschaft ist in der 1. Klasse auf einen sozialdemokratischen Sieg nicht zu rechnen, dank der 1905 durchgeführten schmachvollen Wahlrechtsverkürzung. In der 2. Klasse siegten unsere Genossen mit 714, 1018, 728 und 546 Stimmen über die vom Reichsverband geführten Gegner, die es nur auf 310 bis 395 Stimmen brachten. Damit hat unsere Partei in Lübeck vier weitere Bürgerschaftsmandate erobert.

Im elsaß-lothringischen Landesausschuß wird die Sozialdemokratie weiter unvertreten sein, da sie bei den Gemeindewahlen in den Städten unterlag und nur auf diesem Umweg ein Sozialdemokrat in das Straßburger Notabelnparlament gelangen kann. Bei der Metzer Bezirkswahl kam Genosse Schleicher im August vorigen Jahres in Stichwahl, in der er mit 581 Stimmen seinem Gegner unterlag. Bei der Hauptwahl waren unsere Stimmen gegen die vorige Wahl von 230 auf 461, also um das Doppelte gestiegen.

Am Ende des Berichtsjahres sitzen in 19 deutschen Bundesstaaten 151 Abgeordnete in den Landtagen gegen 135 in 18 Staaten zu Anfang des Jahres. Es entfallen davon auf:

Bayern	21	Schwarzburg-Rudolstadt	7
Hamburg	21	Oldenburg	4
Bremen	17	Sachsen-Weimar	3
Württemberg	15	Sachsen-Altenburg	3
Baden	12	Reuß jüngere Linie	3
Coburg-Gotha	8	Lippe	3
Lübeck	8	Anhalt	3
Preußen	7	Sachsen	1
Hessen	7	Schaumburg-Lippe	1
Sachsen-Meiningen	7		

* * *

Nachwahlen zum Reichstag.

Vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 fanden 7 Nachwahlen zum Reichstag statt. Die Nachwahlen betrafen durchweg Kreise, in denen eine Eroberung des Mandats für die Sozialdemokratie noch ausgeschlossen ist. Erfahrungsgemäß ist es bei solchen Nachwahlen schwer, die bei den vorhergegangenen allgemeinen Reichstagswahlen abgegebenen Stimmenzahlen zu halten. Bei allgemeinen Wahlen sind auch in diesen Kreisen die Arbeiter zur Wahl zu bringen, weil jede Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen den Millionenprotest gegen das herrschende System steigert. Am 4. Juli 1907 fanden im 3. oldenburgischen Wahlkreise (Vechta-Kloppenburg) und im 5. mittelfränkischen (Dinkelsbühl) Nachwahlen statt, an denen sich die Genossen der beiden Wahlkreise nicht beteiligten. 1907 hatten im ersteren 3215, im letzteren 625 Wähler sozialdemokratisch gewählt. Die Nichtbeteiligung wurde damit begründet, daß eine sozialdemokratische Wahlbeteiligung auf das Endergebnis ohne Einfluß sei und kein Anlaß vorliege, unter den alten Wählerlisten fünf Monate nach den Hauptwahlen erneut die Wählerzahl der Sozialdemokratie festzustellen. Zur Regel darf in Kreisen mit immerhin erheblicher sozialdemokratischer Stimmenzahl solche Nichtbeteiligung bei Nachwahlen nicht werden. Bei den Nachwahlen im 1. Trierschen Wahlkreise (Daun-Prüm) und 7. posenschen (Krotoschin) kam die Sozialdemokratie nicht in Frage. Auch 1907 wurden in diesen dunkelsten Winkeln Deutschlands noch keine Stimmen für unsere Partei abgegeben. Im 7. Oppelner Wahlkreise (Pleß-Rybnik) erhielt der sozialdemokratische Kandidat 1907: 347 Stimmen. Bei der Ersatzwahl am 23. Januar 1908 wurden 345 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben. Am 19. März 1908 wurde über das durch den Tod des Fürsten von Inn- und Knyphausen erledigte Mandat im 1. hannoverschen Wahlkreise (Emden-Leer) entschieden. Unsere Stimmenzahl ging von 3711 auf 2916 Stimmen zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Emden und Leer nicht nur die Bautätigkeit darniederlag, sondern auch infolge der schlechten Arbeitsverhältnisse auf der Werft und im Hafen von Emden gegen 1907 zahlreiche Arbeiterwähler verzogen sind. Die Agrarier hatten an Stelle des verstorbenen konservativen Abgeordneten einen antisemitischen Rechtsanwalt aufgestellt. Die Antisemiten führten den Wahlkampf in der gewohnten wüsten Weise, was viele bürgerliche Wähler abstieß und dem freisinnigen Kandidaten, einem Domänenpächter zugute kam. Eine Kreiskonferenz unserer Organisation beschloß, für die Stichwahl den sozialdemokratischen Wählern Stimmenthaltung zu empfehlen und zwar mit besonderem Hinweis auf das gleichzeitige volksverräterische Verhalten der Blockfreisinnigen des Reichstags bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes. Diese Parole scheint aber nicht allenthalben befolgt worden zu sein. Bei der Stichwahl wurden nur 563 Stimmen weniger abgegeben als bei der Hauptwahl und bedeutende Reserven dürften die bürgerlichen Parteien nicht mehr gehabt haben. Der Freisinnige, dessen Sieg durch die Unterstützung des Gros der ausgefallenen 4531 Nationalliberalen sicher war, schlug in der Stichwahl mit 12 687 Stimmen seinen antisemitischen Gegner. Am 30. Juni d. J. fand im 1. Bromberger Wahlkreise (Czarnikau-Filehne), in dem 1907 unsere Stimmenzahl gegen 1903 von 750 auf 1827 gestiegen war, für den verstorbenen Abgeordneten Zindler (kons.) eine Ersatzwahl statt. 1003 Wähler stimmten 1908 für unsere Partei. In der Stichwahl blieb der Kreis den Konservativen erhalten.

* * *

Gemeindewahlen.

Die Stadtverordneten- und Gemeindewahlen verliefen, solange die Sozialdemokratie sich noch nicht an den Wahlen beteiligte, meist sehr idyllisch. Das Eingreifen der Sozialdemokratie belebte die Wahlbewegung allenthalben und förderte so das Interesse der gesamten Bevölkerung an den hochwichtigen Gemeindeangelegenheiten. In dem größten Teile Deutschlands verhindern raffinierte Klassenwahlsysteme, verbunden mit öffentlicher Abstimmung, die Sozialdemokratie die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Einwohner in den Kommunen entscheidend zur Geltung zu bringen. Den Besitzenden und Wohlhabenden ist in der 1. und 2. Klasse die Mehrheit gesichert und ihre Vertreter sind in der Lage, die praktische Mitarbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu hemmen und zu hindern. Je mehr es den sozialdemokratischen Gemeindevertretern einer Gemeinde gelingt, durch unerschrockene Kritik der kommunalen Klassenherrschaft und durch unermüdliches Einbringen von Anträgen, die im Interesse der minderbemittelten Klassen liegen, Einfluß auf die Gemeindetätigkeit zu erlangen, desto enger schließen sich auch in Gemeindeangelegenheiten die bürgerlichen Parteien zusammen. Die besitzenden Klassen fürchten die Sozialdemokratie wegen ihrer positiven Arbeit, deren Durchführung an den Geldbeutel der Besitzenden höhere Ansprüche stellt. Wo aber gar ein freieres Wahlrecht den Minderbemittelten erlaubt, ihre Stimme gebührend zur Geltung zu bringen, da steigert sich die Furcht vor der Sozialdemokratie zu wildem Hasse. Die Steuerscheu der Besitzenden steckt die scheinbar selbständigen, versinkenden Mittelschichten an und die Gmeindewahlkämpfe werden unter großer Beteiligung und so erbittert geführt, wie nur ein heißer Reichstagswahlkampf geführt werden kann. So war es z. B. in Offenbach a. Main, wo von 10 720 eingeschriebenen Gemeindewählern 9188 im November v. J. ihr Wahlrecht ausübten. Die sozialdemokratische Mehrheit hatte einschneidende Reformen durchgeführt: Aufhebung des städtischen Oktrois, Uebernahme der Straßenbahnen in eigener Regie, Unentgeltlichkeit der Lernmittel und der Geburtshülfe. Diese Reformen hatten zu einer Erhöhung der direkten Steuern geführt, was der Fabrikantenklüngel im Wahlkampf ausnützte. Trotz alledem hätten die Gegner die rote Fahne nicht vom Offenbacher Rathause herunterholen können, wenn nicht in letzter Minute infame Wahllügen über angebliche Spekulationen mit städtischen Geldern die Einwohner in Aufregung gesetzt hätten. Andererseits konnten viele Arbeiter wegen Steuerrückständen ihr Wahlrecht nicht ausüben. Trotz alledem erfochten die vereinigten bürgerlichen Gegner nur einen Pyrrhussieg. Die bürgerliche Liste brachte es im Mittel auf 4714, die sozial-

demokratische auf 4474, also auf ganze 240 Stimmen Mehrheit. Ab 1. Januar d. Js. sitzen 28 Bürgerliche neben 18 Genossen im Offenbacher Rathaus.

Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, wo Ende Juni die Gemeinderatswahlen in den Städten mit einer Niederlage der sozialdemokratischen Partei endigten. Trotzdem die sozialdemokratischen Stimmen in Straßburg um 2000 zunahmen, unterlag die Partei in den vier Wahlbezirken den vereinigten Gegnern und verlor damit 16 Sitze. Ebenso siegte in Mülhausen die Blockliste, während in Colmar ein demokratisch-klerikaler Block über die getrennt marschierenden Liberalen und Sozialdemokraten siegte. Die sozialpolitische Tätigkeit unserer Genossen im Straßburger und Mülhauser Rathause und die Erhöhung der Steuern führten dazu, daß die Gemeindewahlkämpfe des Reichslandes als erbitterter Klassenkampf ausgefochten wurden. Wenn die Sozialdemokratie daneben in Markirch fünf Mandate gewann, weil die dortigen Genossen sich einem Kompromiß aller Parteien angeschlossen hatten, so will das nichts heißen. Solche Mandate können nicht als erobert gelten. Es ist dringend zu wünschen, daß solche Wahlkompromisse allerorts aufhören. Solche Wahlkompromisse verekeln den Wählern das Wählen und hindern die Genossen daran, die Forderungen des auf kommunalem Felde besonders fruchtbaren Sozialismus vor den Wählern energisch zu vertreten. Für unsere elsaß-lothringischen Genossen muß der Ausfall der Wahl eine Mahnung sein, die Organisation auszubauen. Die Organisationsverhältnisse bedürfen dort dringend der Besserung.

Die Verluste in Elsaß-Lothringen und in Offenbach a. M. sind nur vereinzelte Erscheinungen. Im allgemeinen hat die Sozialdemokratie ihre Position in den Gemeinden nicht nur behauptet, sondern manchen schönen Sieg dazu erfochten. Wir verzichten darauf, die Namen einer großen Anzahl von Städten und Landgemeinden, in denen die Sozialdemokratie im Berichtsjahre Gemeindewahlerfolge erzielte, aneinanderzureihen, weil eine solche Liste ja immer unvollständig bleibt. Aus der langen Reihe der Siege wollen wir nur den Sieg in Karlsruhe in Baden hervorheben, wo die Sozialdemokratie die 32 Mandate der dritten Klasse mit 4820 gegen 3366 gegnerische Stimmen eroberte, so daß weitere 18 Sozialdemokraten gewählt sind. Unsere Stimmen sind gegen 1905 um 1400 gestiegen. Die Folge dieses glänzenden Sieges war, daß zwei Sozialdemokraten ihren Einzug in den Stadtrat der badischen Haupt- und Residenzstadt hielten.

In Württemberg trat am 1. Dezember vorigen Jahres die neue Gemeindeordnung in Kraft. Die Erwerbung des Gemeindewahlrechts ist von der Vollendung des 25. Lebensjahres, den Besitz der Staatsangehörigkeit, einer mindestens dreijährigen Ortsansässigkeit, und dem Nachweis einer mindestens dreijährigen Steuerzahlung abhängig. Für die 14 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern trat die Verhältniswahl an Stelle der Mehrheitswahlen, so daß auch die Minderheiten auf dem Rathause dieser Städte Vertretung finden können. Bei den württembergischen Gemeinderatswahlen, die im Dezember vorigen Jahres stattfanden, wurden in 56 Gemeinden 86 Gemeinderäte gewählt, davon sind 25 wieder- und 61 neugewählt. Dem bayerischen Landtag ging im Juni dieses Jahres eine Regierungsvorlage zu, nach der für die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern die regelmäßigen Wahlen der Gemeindebevollmächtigten, der bürgerlichen Magistratsräte, der nicht berufsmäßigen Adjunkten und Ersatzmänner nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit freien und verbundenen Listen stattfinden sollen. Die Vorlage ist die Folge eines bereits im Herbst 1907 gestellten Antrags der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der u. a. verlangte,

„daß die Wahl zu den Gemeindevertretungen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt". Die Regierung hat die Wahlrechtsänderung auf die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern beschränkt, weil zurzeit in den bayerischen Kammern nicht mehr durchzusetzen ist. Die Zweite Kammer hat die Vorlage genehmigt. Die Kammer der Reichsräte hat ihre anfänglichen Bedenken zum Teil fallen lassen. Bei Abschluß unseres Berichts sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Die Vorlage soll am 1. Oktober 1908 in Kraft treten. Der Staatsminister von Brettreich hat im Landtag ausdrücklich auf die theoretisch und praktisch großen Vorzüge des Verhältniswahlsystems hingewiesen, das sich bei den württembergischen Gemeindewahlen durchaus bewährt habe. So kommt allmählich — wenn auch vorerst nur in Süddeutschland — der Proporz, eine alte sozialdemokratische Programmforderung, bei den Gemeindewahlen zur Geltung.

Zu Anfang des Berichtsjahres konnte die Sozialdemokratie mit 4996 sozialdemokratischen Gemeindevertretern rechnen. Am Schlusse des Berichtsjahres waren es nach den Angaben unserer Kreisorganisationen in 1865 Gemeinden 5931 Vertreter. Diese Zahl verteilte sich auf die einzelnen Agitationsbezirke wie folgt:

Agitationsbezirke	Zahl der Gemeinden mit sozialdem. Vertretern		Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in	
	Städte	Landgemeinden	Städte	Landgemeinden
Westpreußen	1	1	8	1
Groß-Berlin	8	54	115	144
Brandenburg	12	41	48	136
Pommern	1	2	11	2
Schlesien (Breslau)	1	17	2	29
„ (Görlitz)	3	28	9	59
„ (Oberlangenbielau)	1	22	2	41
Pr. Sachsen (Magdeburg)	7	28	29	59
„ „ (Halle)	13	71	24	121
„ „ (Erfurt)	3	13	4	35
Schleswig-Holstein	6	33	12	82
Hannover	—	11	—	27
Westfalen (Bielefeld)	7	20	29	43
„ (Dortmund)	2	58	6	90
Rheinprovinz (Köln)	—	3	—	8
„ (Elberfeld)	18	14	92	27
Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.)	8	65	30	160
„ (Kassel)	3	13	15	35
Nordbayern	8	40	26	89
Südbayern	4	2	17	5
Pfalz	8	24	44	57
Dresden	10	253	29	513
Chemnitz	21	146	66	411
Leipzig	9	86	49	158
Zwickau	12	40	81	104
Württemberg	33	94	88	250
Baden	24	78	274	984
Hessen	11	107	38	297
Mecklenburg	5	—	23	—
Summa	239	1349	1116	3967

Agitationsbezirke	Zahl der Gemeinden mit sozialdem. Vertretern		Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in	
	Städte	Landgemeinden	Städte	Landgemeinden
Uebertrag . . .	239	1349	1116	3987
Thüringen (Weimar)	10	16	28	40
„ (Jena)	7	27	13	104
Sachsen-Altenburg	9	33	32	66
Gotha	1	29	6	108
Oldenburg	6	16	42	47
Braunschweig	5	16	20	41
Sachsen-Meiningen	3	7	3	28
Anhalt	13	17	34	43
Hamburg	—	10	—	30
Bremen	5	22	29	56
Lübeck	—	—	—	—
Elsaß-Lothringen	9	16	37	41
Summa . . .	307	1558	1360	4571
		307		1360
Insgesamt		1865		5931

* * *

Maifeier.

Die Maifeier hatte im Berichtsjahre in einigen Distrikten unter der schweren Krise des Wirtschaftsjahres 1908 zu leiden. Aus den meisten Bezirken wird aber über einen durchaus günstigen Verlauf der Feier berichtet, besonders aus Orten, in denen zum 1. Mai Umzüge stattfinden konnten. Wenn infolge der Depression in Handel und Industrie auch nirgends große Fortschritte zu verzeichnen waren, so ist im allgemeinen doch von keinem Rückschritt die Rede.

Für die Maifeier ist der Beschluß des Internationalen Kongresses in Amsterdam maßgebend, nach dem die Arbeitsruhe als die würdigste Art der Feier anzusehen ist. Die deutsche Delegation des Internationalen Kongresses zu Stuttgart trat vor dem Stuttgarter Kongreß zusammen und beschloß, dem Kongreß keinen Antrag, die Maifeier betreffend, zu unterbreiten. Zur besseren Durchführung des Amsterdamer Beschlusses sollte von Partei und Gewerkschaften gemeinsam die Unterstützung der bei der Maifeier Gemaßregelten geregelt werden. Die deutsche Delegation faßte folgenden Beschluß:

„Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß in Stuttgart empfiehlt, die Feier am 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelungen zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelungen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt der Verständigung der Instanzen, Partei und Gewerkschaften, vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist."

Dieser Beschluß hatte die grundsätzliche Bedeutung, daß Partei und Gewerkschaften an der finanziellen Verantwortung beteiligt sind. Ueber das Wie der Beteiligung sollte der Essener Parteitag entscheiden. In der kurzen Zeit zwischen der Stuttgarter und der Essener Tagung konnte eine Einigung über die in Betracht kommenden Einzelheiten nicht erzielt werden. Nach eingehender Debatte beschloß der Essener Parteitag:

„Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission nach den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen."

Für den Fall der Verständigung sollte schon die diesjährige Maifeier auf Grundlage dieser Verständigung stattfinden.

Die erneuten Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission zeigten, wie schwierig es ist, die Unterstützungsfrage einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Die Verhandlungen zogen sich so in die Länge, daß für die diesjährige Maifeier die gemeinsamen Vorschläge des Parteivorstandes und der Generalkommission fast allenthalben außer Betracht bleiben mußten.

Die Vereinbarungen hatten folgenden Wortlaut:

„Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen."

Diese Vereinbarungen fanden in den Gewerkschaftskartellen und in den Parteiorganisationen vielfachen Widerspruch. Auch die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher beschloß, daß diese Vereinbarungen für die Schuhmacherorganisation nicht bindend seien und daß nach wie vor die Ge-

maßregelten aus der Kasse des Zentralverbands Unterstützung erhalten sollten. Die Vereinbarungen wollten keinen Zentralverband, der statutengemäß bei Maiaussperrungen Unterstützung zahlt, daran hindern. Nur sollte ein solcher Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen durch die Vereinbarungen nicht begründet werden. Weiter wurde geltend gemacht, daß das Verlangen nach einer Bildung örtlicher Fonds dem Prinzip der Zentralisation widerstrebe. Das ist nicht zutreffend. Inwieweit es möglich ist, die Maifeier durch ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, zu begehen, das wird immer von der Stärke der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der einzelnen Orte abhängen. Gerade weil das Maß der Durchführung der Arbeitsruhe nicht von den Beschlüssen der Zentralen, sondern von den Beschlüssen der Orte abhängt, deshalb ist eine Beteiligung der örtlichen Organisationen auch an der finanziellen Verantwortung zweckentsprechend.

Der deutsche Gewerkschaftskongreß hat in Hamburg in seiner Sitzung vom 23. Juni nach längerer Debatte mit allen gegen 22 Stimmen den Vereinbarungen zugestimmt, aber mit 178 gegen 101 Stimmen gleichzeitig beschlossen, daß Generalkommission und Parteivorstand bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß nochmals über eine anderweitige örtliche Regelung der Unterstützungsfrage verhandeln sollen. Bessere Vorschläge wurden auch auf dem Gewerkschaftskongreß nicht gemacht.

* * *

Parteipresse.

Die sozialdemokratische Parteipresse wurde im Berichtsjahre um sieben neue Streiter vermehrt. Die Sonneberger Genossen gründeten im eigenen Heim eine Druckerei und geben den „Thüringer Volksfreund" heraus. Die Darmstädter Genossen eröffneten im Gewerkschaftshause eine eigene Druckerei und lassen den „Hessischen Volksfreund" erscheinen. In der Karlsruher Druckerei wird für den Pforzheimer Wahlkreis die „Pforzheimer Freie Presse" als besonderes Organ hergestellt. Um in Sachsen-Weimar und Schwarzburg-Sondershausen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung besser wahrnehmen zu können, gibt der Verlag der Erfurter „Tribüne" seit Oktober für diese Wahlkreise das Tageblatt „Thüringen" heraus. In Essen wurde mit Hülfe der Gesamtpartei eine Druckerei eingerichtet, in der für das „Königreich Krupp" die „Arbeiterzeitung" hergestellt wird. Auch die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung", die für den Duisburger Wahlkreis bis zum 1. November v. J. in Dortmund gedruckt wurde, wird jetzt in Essen hergestellt. Die Heilbronner Genossen geben in eigener Druckerei für den 3. württembergischen Wahlkreis seit Ende Februar das „Neckar-Echo" heraus. Das Dresdener Parteiunternehmen hat sich so glänzend entwickelt, daß es den Zittauer Genossen für 200 000 Mk. eine Druckerei hinstellen konnte, in welcher als Arbeiterblatt für die sächsische Oberlausitz die „Volkszeitung" erscheint. Mit der Einführung des neuen Organs trat der „Arme Teufel", der zehn Jahre lang als Wochenblatt für die drei ostsächsischen Wahlkreise Agitationsarbeit leistete, vom „Kriegsschauplatz" ab. Die sieben neugegründeten Blätter sind sämtlich Tageszeitungen. Insgesamt erscheinen am Ende des Berichtsjahres in 53 Druckereien 71 sozialdemokratische Tageszeitungen.

Zu den seit längerer Zeit erscheinenden Monatsblättern, die überwiegend gratis von den Agitationskomitees herausgegeben werden, sind im Berichtsjahre zehn Monatsblätter neu hinzugekommen.

Einige Parteiblätter mußten infolge der starken Vermehrung des Abonnentenstandes bedeutende Betriebserweiterungen vornehmen. Die Münchener Druckerei zog in das neue Heim im Stadtinnern, in dem eine 32 Seiten druckende Vierrollenmaschine neben anderen Neueinrichtungen aufgestellt wurde. Die Frankfurter Genossen kauften das Grundstück Hirschgraben 17 zu und erweiterten den gesamten Betrieb. Die Offenbacher Genossen, die die seit 1875 bestehende Druckerei Ulrichs in eigene Regie nahmen, schafften eine Zwillingsrotationsmaschine an. Der Karlsruher „Volksfreund" erweiterte sein Format auf mindestens acht Seiten täglich. Bedeutende Betriebserweiterungen veranlaßte die steigende Abonnentenzahl auch in dem Gothaer Unternehmen. Verlag und Druckerei der „Märkischen Volksstimme" wurden von Forst nach Kottbus unter gleichzeitiger Erweiterung des Umfanges der Zeitung verlegt. In Nürnberg soll der große Neubau des dortigen Unternehmens zum Parteitag fertig sein. Die Preßverhältnisse in Nordbayern werden dann einschneidende Aenderungen erfahren. Der Verlag der „Dresdener Volkszeitung", der früheren „Sächs. Arbeiter-Ztg.", gibt für den Meißener, Pirnaer und Freiberger Wahlkreis an Stelle des eingegangenen „Volksfreund" unter dem Titel „Volkszeitung" je ein besonderes Kopfblatt heraus, um den Bedürfnissen der betreffenden Wahlkreise besser gerecht werden zu können.

Für die Jugend geben die „Dresdener Volkszeitung" und das „Hamburger Echo" besondere Beilagen heraus, die der Arbeiterschaft behülflich sein sollen, die Lücken auszufüllen, welche die Schule des Klassenstaates in der Bildung und Erziehung der Jugend hinterläßt.

Der Umfang der „Kommunalen Praxis" wurde von 12 auf 16 Seiten erweitert. Ein größerer Druck soll das Organ der sozialdemokratischen Gemeindevertreter leichter lesbar machen.

Das wissenschaftliche Organ der Partei, dessen erstes Heft im Januar 1883 erschien, feierte seinen 25. Geburtstag. Die „Neue Zeit" wurde im Umfang um jährlich 24 Druckbogen erweitert, dergestalt, daß jeden Monat eine Feuilletonbeilage unter der Redaktion des Genossen Mehring erscheint, und das alle Vierteljahr ein Ergänzungsheft erscheint, in dem größere wissenschaftliche Abhandlungen gebracht werden sollen. Der Abdruck solcher Aufsätze litt früher unter der Teilung in viele Fortsetzungen. Die Feuilletonbeilage soll durch Behandlung literarischer, künstlerischer und naturwissenschaftlicher Fragen den regen Bildungsbestrebungen der Partei nützliche Dienste leisten.

Der Essener Parteitag beschloß die Errichtung eines **Pressebureaus**, das der Parteipresse wichtige Nachrichten politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur übermitteln, gesetzgeberisches und statistisches Material beschaffen und die Parteikorrespondenz herausgeben soll. Nach dem Statut des Pressebureaus sollte bei der Einrichtung des Bureaus, der Anstellung des Personals und der Erledigung der übrigen das Pressebureau betreffenden Angelegenheiten dem Parteivorstand ein Beirat von fünf Redakteuren der Parteipresse zur Seite stehen. Die Kontrollkommission und der Parteivorstand wählten in den Beirat die Genossen Gewehr-Elberfeld, Gradnauer-Dresden, Müller-München, Stolten-Hamburg und Ströbel-Berlin. Die Vorarbeiten für das Pressebureau sind soweit erledigt, daß das Bureau am 15. Juli d. J. in Kraft treten konnte. Nur die Einrichtung des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes muß bis zum Herbst verschoben werden, da über die zweckmäßigste Zuführung der gewerkschaftlichen Nachrichten an das Bureau noch Verhandlungen mit den beteiligten Gewerkschaften schweben. Mit der Leitung des Bureaus wurde Genosse Emil Eichhorn betraut. Neben einem brieflichen Dienst wird ein telephonischer Nachrichtendienst eingerichtet. Die Einrichtungskosten des Pressebureaus sind nach dem Statut von der Parteikasse zu tragen.

Ueber die an die Parteipresse geleisteten Zuschüsse gibt der **Kassenbericht** Auskunft.

* * *

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jakob" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

„Vorwärts".

1907/1908.

	Juli-September 1907	Oktober-Dezember 1907	Januar-März 1908	April-Juni 1908	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	277254 70	285753 20	285233 —	270036 35	1118277 25
Abonnementsgelder durch die Post	16774 90	16720 20	16778 40	15994 35	66267 85
Inseraten-Einnahme	87880 30	132524 55	111614 60	112783 50	444802 95
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		6751 50			6751 50
Gesamt-Einnahme Mk.	381909 90	441749 45	413626 —	398814 20	1636099 55
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Miete, Zeitungsabonnement, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare 2c.)	17053 35	20155 30	21492 55	27744 50	86445 70
Mitarbeiter:					
Politik	12729 70	9910 35	9293 45	7547 75	39481 25
Soziales u. Gerichtliches	1968 25	1888 70	1862 25	2154 90	7869 10
Gewerkschaftliches	2295 70	2253 10	1534 95	3628 45	9712 20
Versammlungen	461 70	583 85	214 05	128 60	1388 20
Lokales	2851 70	2984 15	3013 10	3371 65	12220 60
Vorort	680 25	1080 90	1122 20	849 25	3732 60
Feuilleton	3354 50	3210 15	3609 15	4130 —	14303 80
Redakteure	17354 60	15638 20	17746 85	17661 40	68399 05
Depeschen u. Parlamentsberichte	780 —	780 —	1155 —	1230 —	3945 —
Neue Welt	15485 —	16029 —	15994 35	15453 —	62911 35
Gehälter der Expedition	5509 35	6531 60	6508 10	6328 10	24877 15
Gerichtskosten	164 —	1405 80	1154 —	1105 10	3828 90
Redaktionsbibliothek	288 75	114 05	106 10	888 10	1397 —
Druckrechnung	265956 05	316683 75	304547 85	277671 95	1164859 60
Gesamt-Ausgabe Mk.	346877 90	399241 90	389353 95	369837 75	1505311 50
Gewinn „	35032 —	42507 55	24272 05	28976 45	130788 05
wie oben unter A Mk.	381909 90	441749 45	413626 —	398814 20	1636099 55

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 130 788,05.

Berlin, den 8. August 1908.

Revidiert und für richtig befunden:

Aug. Kaden. Fr. Brühne. Wilh. Bock. H. Koenen. Klara Zetkin.
E. Ernst. Otto Braun. Ad. Geck.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Ueberschuß um 39 894,85 Mk. geringer, was seine Erklärung findet einesteils in der Erhöhung der Ausgaben, dann aber besonders in der Vermehrung seines Inhaltes. Während z. B. im Jahre 1905/06 der „Vorwärts" nur 1249½ Bogen Umfang hatte, wies er 1906/07 bereits 1305 und 1907/08 1349 Bogen auf. Infolge dieser vermehrten Bogenzahl sind die Ausgaben für Satz, Druck und Papier um 133 338,10 Mk. höher geworden. Anderseits sind auch die Ausgaben für die Mitarbeiter und die Redaktion gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so z. B. für die Mitarbeiter in der Rubrik „Politik" um 6626,30 Mk., „Soziales und Gerichtliches" um 645,80 Mk., „Lokales" um 2473,25 Mk. Auch die Gehälter für Redaktion und Expedition sind erhöht worden, erstere um 4313,15 Mk., letztere um 1888,15 Mk.; infolge der gestiegenen Auflage erhöhten sich die Unkosten für die „Neue Welt" um 4568,40 Mk. Der Abonnentenstand ist gegenüber dem Vorjahre im Jahresdurchschnitt um 8315 gestiegen.

„Die Neue Zeit".

1. Januar — 31. Dezember 1907.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	58 477	48
Für Prospekte und Beilagen	414	97
	58 892	45
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	17 466	35
Papier	7 782	—
Buchbinder	2 603	06
Redaktion	12 500	—
Mitarbeiter	9 852	67
Porti und Unkosten	2 994	—
Remittenden	2 925	60
	56 123	67
Gewinn-Saldo	2 768	78
	58 892	45

Der Abonnentenstand betrug am 30. Juni 1907 . . . . 7 700
am 30. Juni 1908 . . . . 9 000

„Die Gleichheit".

1. Januar — 31. Dezember 1907.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	62 243	25
	62 243	25
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	14 433	14
Papier	15 364	78
Redaktion	6 875	—
Mitarbeiter	5 128	64
Porti und Unkosten	4 018	60
Remittenden	721	75
	46 541	91
Gewinn-Saldo	15 701	34
	62 243	25

Der Abonnentenstand betrug am 30. Juni 1907 . . . . 67 000
am 30. Juni 1908 . . . . 84 000

„Der wahre Jakob".

1. Januar — 31. Dezember 1907.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	219 796	65
Inserate	29 848	92
	249 645	57
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen	82 603	70
Papier	78 766	25
Redaktion	11 800	—
Mitarbeiter, Zeichnungen	21 294	78
Aetzungen, Galvanos 2c.	14 335	72
Porti und diverse Unkosten	1 628	70
Remittenden	6 730	04
	217 159	19
Gewinn-Saldo	32 486	38
	249 645	57

Der Abonnentenstand betrug am 30. Juni 1907 . . . . 230 000
am 30. Juni 1908 . . . . 235 000

Zusammenstellung.

	Mk.	Pf.
Gewinn: „Neue Zeit"	2 768	78
„ „Gleichheit"	15 701	34
„ „Wahrer Jakob"	32 486	38
	50 956	50
Steuer, Versicherung, diverse Unkosten	956	50
Kassa: Im Jahre 1907	50 000	—
	50 956	50

* * *

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Die „Sozialdemokratische Agitationsbibliothek" konnte um vier neue Hefte vermehrt werden, die unter folgenden Titeln erschienen sind: Heft 8: „Sodom und Gomorrha", aus Anlaß des Prozesses Moltke-Harden*) (70 000); Heft 9: „Die Reichstagswahlen des Jahres 1907 und die politische Lage", auf Beschluß des Essener Parteitages herausgegeben (30 000); Heft 10: „Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie", eine Rede des Genossen Bebel (25 000) und Heft 11, das aus Anlaß der preußischen Landtagswahlen herausgegeben wurde: „Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage" (25 000).

Aus Anlaß der preußischen Landtagswahlen sind ferner folgende Broschüren herausgegeben worden: Die zur Information bestimmte Broschüre von Dr. Arons, „Die preußischen Landtagswahlen", in neu umgearbeiteter Auflage (10 000); „Handbuch für preußische Landtagswähler", im Auftrage des Parteivorstandes von Paul Hirsch herausgegeben (3000); „Materialien für den Wahlrechtskampf", im Auftrage des Parteivorstandes für die Referenten herausgegeben (1000). Als Agitationsbroschüren: „Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament" (5000); „Wahlrechts-Katechismus" von Paul Göhre (20 000) und in neuer Auflage „Gegen die Volksverdummung" (15 000).

*) Die in Klammern gesetzten Ziffern bedeuten die Anzahl der gedruckten Exemplare.

Im Auftrage des Parteivorstandes wurden ferner herausgegeben unter dem zusammenfassenden Titel „Sozialdemokratische Flugschriften" vier Hefte: 1. „Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung" (317 000); 2. Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie" (50 000); 3. „Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen" (55 000); 4. „Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten" (30 000). Die Sammlung wird den Bedürfnissen entsprechend fortgesetzt werden.

Broschüren allgemeineren Charakters wurden folgende herausgegeben: „Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung" von Kleeis (2000); Stern, „Gott?" (6000); im Auftrage des Parteivorstandes: „Die Wahllügen der bürgerlichen Parteien" (7500) und „Referenten-Führer", in drei Auflagen (14 000); Zietz, „Landarbeiter und Sozialdemokratie" (12 000); Schulz, „Sozialdemokratie und Schule" (6000); „Zur Frage des Frauenwahlrechts", Klara Zetkin (13 000); „Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht" (50 000); Kautsky, „Sozialismus und Kolonialpolitik" (11 000); Kautsky, „Die historische Leistung von Karl Marx" (11 000); „Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins" (2000); Wurm, „Alkoholfrage und Sozialdemokratie" (21 000); „An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter" (25 000), aus Anlaß des Todestags des Genossen Auer: ein Porträt des Verstorbenen und eine Broschüre zu seinem Gedenken von Ed. Bernstein (10 000), und endlich „Die parlamentarische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie", von Bebel neu herausgegeben, von der bis jetzt drei Hefte in je 3000 Auflage erschienen sind.

Von früheren Parteischriften sind neu aufgelegt worden: Lassalle, „Offenes Antwortschreiben" (3500); Lassalle, „Die Wissenschaft und die Arbeiter" (6000); Karl Marx, „Lohnarbeit und Kapital" (5000); Engels, „Entwickelung des Sozialismus" (11 000); Engels, „Der deutsche Bauernkrieg", neu herausgegeben von Franz Mehring in der Sammlung „Sozialistischer Neudrucke" (5000); Fischer, „Marx' Werttheorie" (5000); Bernstein, „Verschiedene Formen des Wirtschaftslebens" (2500); Zepler, „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?" (5000); Hirsch, „Prostitution und Verbrechen" (4000); Peters, „Der Weg zum Licht" (5000); Göhre, „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" (5000); „Das kommunistische Manifest" (10 000); Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" (91 000); „Parteiprogramm" (35 000); „Womit man vor Sozialdemokratengraulich macht" (37 000); Bracke, „Nieder mit den Sozialdemokraten" (65 000); Bebel, „Christentum und Sozialismus" (5000); Losinski, „Waren die Urchristen wirklich Sozialisten?" (5000); „Wahres Christentum" (5000); „War Jesus Gott?" (3000).

Protokolle wurden herausgegeben: Protokoll des Internationalen Kongresses zu Stuttgart" (18 000); „Protokoll des Parteitages in Essen" (45 000); „Protokoll des 2. Preußentages" (11 000).

Die „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" wurde um 2 Hefte vermehrt. Heft 6: „Die städtische Regie" von Dr. Lindemann (4000); Heft 7: „Das Submissionswesen" von Paeplow (5000).

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurden im ganzen 92 500 Exemplare gedruckt. Unter diesen befinden sich die neuerschienenen Hefte 14—16. Ferner wurden nachgedruckt: Zadek, „Schutz gegen Krankheitsgefahr" (5000).

Der „Arbeiter-Notiz-Kalender" für das Jahr 1908 erschien in 82 000 Exemplaren, und der für den Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter in 8000 Exemplaren.

Aus Anlaß des Internationalen Kongresses erschien eine illustrierte Nummer: „Von Genf bis Stuttgart" (70 000). Die Maizeitung erschien in 400 000 Exemplaren.

Das neue „Reichsvereinsgesetz", herausgegeben von Heine, erschien in 20 000 Exemplaren, und zwei weitere neu herausgegebene Gesetzesführer in 9000 Exemplaren. Von früher erschienenen Führern konnten 2 neu aufgelegt werden. (15 000.)

Von den „Sozialistischen Theaterstücken" wurde nur eins neu aufgelegt (1000); von Scävola, „12 Jahre Verbannung" wurden 4000 Exemplare nachgedruckt.

Das Büchelchen von Grottewitz, „Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur", wurde neu nachgedruckt (3000); neu herausgegeben wurde von demselben Verfasser, „Unser Wald" (3000); Seidel, „Gedichte" erschienen in 3000 Exemplaren; ferner für Weihnachten eine Jugendschrift von Brand, „Ulenbroek" (5000).

Die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden" hat sich ihren bisherigen Abonnentenstand erhalten.

Die „Kommunale Praxis" zeitigt folgendes Ergebnis:

„Kommunale Praxis"

1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908.

a) Eingänge:

Abonnements	19 853,98	Mk.	
Inserate und Beilagen	535,25	„	
Zurückgezahltes Guthaben	232,75	„	20 621,98 Mk.
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts			7 557,29 „
Summa			28 179,27 Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	5 696,68	Mk.
Mitarbeiter	4 935,15	„
Druck und Buchbinderei	14 188,95	„
Expedition und Agitation	3 351,49	„
Remittenden	7,—	„
Summa	28 179,27	Mk.

Am 30. Juni 1908 betrug der Abonnentenstand: 2296.

Der Umsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug 563 787,49 Mk., stieg also gegen das Vorjahr um rund 40 000 Mk. An den Parteivorstand wurden aus den Ueberschüssen 28 000 Mk. abgeliefert.

* * *

Parteischule.

Der zweite Kursus der Parteischule, der vom 1. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908 dauerte, hatte zu Beginn eine unerwartete Schwierigkeit zu überwinden. Wenige Tage vor der Wiedereröffnung der Schule erhielten zwei Lehrer, die Genossen Hilferding und Pannekoek, von der politischen Polizei die Androhung, daß sie bei Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit an der Parteischule die Ausweisung aus Preußen zu erwarten hätten. Da die beiden Genossen, von denen der eine ein Oesterreicher, der andere ein Holländer ist, sich durch ihre rein wissenschaftliche Lehrtätigkeit nicht „mißliebig" im üblichen politischen Sinne des Worts gemacht haben konnten, blieb als einziger Beweggrund der politischen Polizei und ihrer Hintermänner im preußischen Ministerium des Innern und im Reichskanzleramt nur die glorreiche Absicht übrig, die sozialdemokratische Parteischule in ihrer Existenz zu gefährden. Dieser Zweck wurde natürlich nicht erreicht, wie sich die preußische Regierung selbst hätte sagen können, wenn sie nur etwas mehr Einsicht in das Wesen und in die Kampfesmethode der Sozialdemokratie besäße.

So wurde, der politischen Heldentat zum Trotz, der zweite Kursus der Schule programmäßig am 1. Oktober 1907 eröffnet. An die Stelle des Genossen Hilferding trat die Genossin Rosa Luxemburg als Lehrerin für Nationalökonomie in den Lehrkörper der Schule ein; den Hauptteil des früheren Pannekoekschen Unterrichtsstoffes übernahm Genosse Heinrich Cunow (Geschichte der gesellschaftlichen Entwickelung), im weiteren wurde die Lücke dadurch geschlossen, daß Genosse Mehring seinen Lehrstoff, der bis dahin nur die Geschichte im neunzehnten Jahrhundert umfaßt hatte, auf die Deutsche Geschichte seit dem Mittelalter ausdehnte, und daß Genosse Wurm mit Vorträgen über Naturerkenntnis in das Lehrerkollegium eintrat. Die übrigen Fächer blieben im wesentlichen so, wie sie im ersten Kursus gewesen waren. Den juristischen Teil behandelten die Genossen Stadthagen (Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gesinderecht, Verfassung), Heinemann (Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug) und Rosenfeld (Bürgerliches Recht), Genosse Katzenstein beschränkte sich in diesem Kursus auf Vorträge über Kommunalpolitik; Genosse Heinrich Schulz behandelte wiederum den mündlichen und schriftlichen Gedankenausdruck und die Zeitungstechnik, wofür ihm, einer Anregung der Schüler des ersten Kursus entsprechend, im zweiten Kursus eine etwas größere Stundenzahl als früher eingeräumt worden war.

Im ganzen sind 777 Unterrichtsstunden abgehalten worden. Hiervon entfielen auf

Nationalökonomie	250 Stunden
Rede, Stil und Zeitungstechnik	105 „
Geschichte	90 „
Soziologie	80 „
Arbeiterrecht usw.	86 „
Strafrecht usw.	46 „
Bürgerliches Recht	46 „
Kommunalpolitik	46 „
Naturerkenntnis	26 „

In einer kurz vor Schluß des zweiten Kursus erfolgten Aussprache mit den Schülern wurde von diesen die Stoffverteilung im allgemeinen anerkannt; einige Wünsche gingen dahin, die Unterrichtsstunden der theoretischen Fächer in Nationalökonomie, Geschichte und Soziologie und in dem vorwiegend praktischen Kursus über Rede, Stil und Zeitungswesen zu vermehren, dagegen die juristischen Fächer und die Kommunalpolitik in der Stundenzahl etwas einzuschränken. In dem Lehrplanentwurf für den dritten Kursus sind diese Anregungen zum Teil berücksichtigt worden.

Die Leitung der Schule lag wiederum wie beim ersten Kursus in den Händen des Lehrerkollegiums, das sich in allen wichtigeren Fragen mit dem Parteivorstand verständigte. Es fanden im ganzen 7 Lehrerkonferenzen statt, an denen als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Bebel teilnahm. Die letzte Sitzung fand gemeinsam mit dem gesamten Parteivorstand statt. Sie diente einem kritischen Rückblick auf den zweiten Kursus und der Vorbereitung des dritten Kursus.

Die Lehrer, die zum größeren Teile schon am ersten Kursus beteiligt waren, und der Parteivorstand sind sich einig in der Ueberzeugung, daß die Parteischule den ihr gesetzten Zweck bisher in vollem Maße erfüllt hat. In den zwei Kursen haben insgesamt 64 (31 + 33) Schüler eine gründliche theoretische Durchbildung erfahren, die zwar nicht bei allen die gleiche Wirkung erzielen wird, aus der aber alle geistigen Gewinn gezogen haben, den sie später in der Praxis der täglichen Berufs- und Parteiarbeit zum Nutzen der Partei anwenden werden. Die günstigen Wirkungen der Parteischule auf das geistige Leben in der Partei, der von ihr ausgehende Antrieb zum ernsthaften Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, die Anregung des Lese- und Lernbedürfnisses und mannigfache andere Beeinflussungen des Parteilebens können nicht unmittelbar und mit einer für jedermann gleich greifbaren Deutlichkeit zutage treten. Aber sie sind bereits vorhanden, und sie werden je länger, je mehr sichtbar werden.

* * *

Strafkonto der Arbeiterbewegung.

Ueber die Strafen, welche wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit gegen Genossen verhängt werden, geben wir monatlich Bericht. Nach diesen Monatsberichten wurden im Berichtsjahr insgesamt 18 Jahre 8 Monate 4 Tage Gefängnis, 1 Jahr 6 Monate Festung und 33 446 M. Geldstrafen von deutschen Gerichten gegen Genossen erkannt. Auf Vollständigkeit darf diese Statistik keinen Anspruch machen. Sehr viele Haftstrafen und Geldstrafen in geringerer Höhe werden in der Oeffentlichkeit gar nicht bekannt. Hierzu gehören viele Strafen, die wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, wegen „groben Unfugs", wegen Uebertretung von Straßenpolizeiverordnungen beim Streikpostenstehen usw. verhängt werden. Die Fortschritte der modernen Arbeiterbewegung werden mit solchen Mitteln nicht im geringsten aufgehalten. In der Erkenntnis, daß diese Nadelstichpolitik für uns geradezu agitatorisch wirkt, hat das sächsische Zentralkomitee eine Broschüre erscheinen lassen, betitelt: „Die Polizei in Sachsen im Kampf gegen das Vereins- und Versammlungsrecht und die Veranstaltungen der Arbeiterklasse".

Aufsehen weit über Deutschlands Grenzen hinaus erregte der Hochverratsprozeß, den der Oberreichsanwalt gegen den Genossen Karl Liebknecht einleitete. Genosse Liebknecht hatte eine Broschüre über Militarismus und Antimilitarismus erscheinen lassen, die in Berliner militärischen Kreisen außerordentliche Beachtung fand. Die Broschüre war eine parteitaktische Abhandlung über das Wesen des Militarismus. Eingehend wurde untersucht, in welchen Formen am besten und zweckmäßigsten die Aufklärung über den Militarismus des modernen Klassenstaates erfolgen könne. Ueber die antimilitaristische Bewegung der einzelnen Länder orientierten besondere Kapitel. Hervés Anschauungen über den Militärstreik wurden ausdrücklich abgelehnt. Die zahlreichen Genossen, die die Broschüre gelesen hatten, dachten nicht an die Möglichkeit einer Strafverfolgung, bis die Anklage — auf Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vom Reichsanwalt erhoben und vom Reichsgericht bestätigt war. Der ganze Verlauf des Prozesses bewies, daß es sich hier um einen Kampf gegen politische Tendenzen handelte. Mit Recht bezeichnete sich Genosse Liebknecht vor dem Reichsgericht in seiner glänzenden Verteidigungsrede als ein Opfer der Staatsraison. Liebknecht hatte ausdrücklich antimilitaristische Agitation nur unter der nicht ihrer Militärpflicht genügenden Jugend empfohlen. Diese Agitation sollte sich im Rahmen des Gesetzes bewegen. Liebknecht hatte Kasernenagitation ausdrücklich abgelehnt. Das alles machte nichts. Der Antimilitarismus sollte in Deutschland unmöglich gemacht werden durch die Etablierung des weißen Schreckens. Liebknecht war angeklagt und wurde verurteilt, trotzdem die Verteidiger das Monströse des ganzen Verfahrens nachgewiesen, trotzdem unter den vernichtenden Argumenten des tapfer kämpfenden Angeklagten die Anklage völlig zusammengebrochen war, trotzdem das Reichsgericht die Beweisführung des Oberreichsanwalts strikte ablehnte. Das Reichsgericht fand Vorbereitung zu einem hochverräterischen Unternehmen gegeben, indem es Liebknecht imputierte, daß er gewaltsam einen wesentlichen Teil der Verfassung, nämlich die Wehrverfassung ändern wollte; die Wehrverfassung, nach der der Kaiser als oberster Kriegsherr gegen den äußeren und den inneren Feind unumschränkt über das Heer zu verfügen habe. Als Mittel zur gewaltsamen Verfassungsänderung mußten dem Reichsgericht zum Zweck seiner juristischen Konstruktionen die Jugendorganisationen herhalten. Für das Reichsgericht ist der Gedanke einer Entwickelung der Wehrverfassung in demokratischer Richtung undenkbar. Das Reichsgericht hält nur eine gewaltsame Aenderung für möglich und verurteilt den Angeklagten. Der Oberreichsanwalt wagte es, gegen Liebknecht zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust zu beantragen. Das Reichsgericht lehnte dieses Ansinnen glatt ab, erkannte aber auf die hohe Festungsstrafe von 1½ Jahren. Dem Hochverräter wurden über die Kreise der Partei hinaus Sympathien zuteil. Die Genossen des 11. Berliner Landtagswahlkreises wählten den Gefangenen in das preußische Abgeordnetenhaus. Die Prozeßverhandlungen, die als Broschüre erschienen, sind von großer agitatorischer Bedeutung für die Partei.

Der Oberreichsanwalt hat dem Genossen Liebknecht Urlaub zur Teilnahme an den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses verweigert und der Reichskanzler hat sich durch ein Schreiben des Staatssekretärs des Reichsjustizamts dem angeschlossen. Die Wähler des 11. Berliner Landtagswahlkreises erhoben Protest gegen diese Urlaubsverweigerung, die sie ihrer Vertretung im preußischen Landtag beraubt. Die preußische Justiz will sich übrigens mit dem Reichsgerichtsurteil nicht begnügen. Sie verlangt auch ein ehrengerichtliches Verfahren gegen Liebknecht, dem seine bürgerliche Existenz als Rechtsanwalt genommen werden soll. Das Ehrengericht der Anwaltskammer im Bezirke des Kammergerichts lehnte das Verfahren ab. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts leitete aber das Kammergericht das Verfahren ein. Das Ehrengericht der Anwaltskammer für die Mark Brandenburg fällte einen Freispruch. Dem Angeklagten habe jeder unehrenhafte Beweggrund gefehlt. Die Generalstaatsanwalt-

schaft legte Berufung an den Ehrengerichtshof der deutschen Anwaltschaft in Leipzig ein, in dem neben drei am Reichsgericht zugelassenen Anwälten vier Reichsgerichtsräte, also Richter, sitzen. Die Entscheidung dieser Instanz steht noch aus.

Die Königsberger Schubert-Kammer verurteilte den Genossen Markwald wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begangen in einem Artikel, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Er befaßte sich mit einer Memeler Denkmalseinweihung, zu der der Kaiser erschien. Der Artikel enthielt eine kritische Würdigung der Vorgänge von 1806/07, gegründet auf urkundliches, geschichtliches Material. Der Name des Kaisers war nicht genannt. Der dolus eventualis mußte aushelfen. Markwald wurde verhaftet und erst nach Hinterlegung von 10 000 Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt. Das Reichsgericht verwarf seine Revision. Am 14. Mai trat Markwald die Strafe an. Im Widerspruch zu § 16 des Str.-G.-B. wurde er mit Netzestricken beschäftigt. Erst als die sozialdemokratische Presse und mit ihr ein Teil der bürgerlichen Blätter hiergegen energisch Front machte, wurde Markwald vom 15. Juni ab Selbstbeschäftigung gewährt. — Gleichfalls wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wurde Genosse Kühn in Rostock zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In einem Artikel unseres Rostocker Organs sollte er den aus dem Mecklenburger Fürstenhause stammenden braunschweiger Regenten beleidigt haben.

Im Zusammenhang mit Streiks fehlte es auch in diesem Jahre nicht an großen Krawallprozessen. Anläßlich des Streiks in der Zimmermannschen Leimfabrik in Ludwigshafen kam es zu einem Auflauf. Von vier Dutzend Angeschuldigten wurden schließlich 17 unter Anklage gestellt, darunter ein 17jähriger und ein 14jähriger Arbeiter. Von den Angeklagten war nur einer am Streik beteiligt. Die Ausständischen waren dem Auflauf sichtlich ferngeblieben. Das Schwurgericht erkannte wegen Landfriedensbruch gegen einen Teil der Angeklagten auf Zuchthausstrafen. Der eigentlich Schuldige war die bürgerliche Gesellschaft. — Aus einem Lohnkampfe im Erfurter Baugewerbe entwickelte sich ein Aufruhrprozeß. Das Erfurter Schwurgericht verurteilte 6 Angeklagte zu insgesamt 27 Monate 3 Wochen Gefängnis. — Die Arbeitslosendemonstrationen, die am 21. Januar dieses Jahres in Berlin im Anschluß an die Arbeitslosenversammlungen stattfanden, hatten für einige Angeklagte schwere gerichtliche Nachspiele zur Folge. 7 Angeklagte wurden zu insgesamt 22 Monaten 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Wahlrechtsdemonstrationen veranlaßten die Polizei und die Gerichte vielfach, auf Grund des Vereinsgesetzes gegen demonstrierende Genossen vorzugehen. Besonders in Berlin, Rixdorf, Erfurt, Solingen, Kiel, Halle, Kalk-, Breslau, Tilsit usw. fanden Verurteilungen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und wegen groben Unfugs statt. Ueber den Wahlrechtsprozeß gegen Paschke und Genossen berichten wir im Kapitel: Wahlrechtsbewegung.

*

Internationales.

Der Internationale Sozialistenkongreß, der auch in der deutschen Partei sowohl des sachlichen Inhalts seiner Debatten als auch seines glänzenden äußeren Verlaufs wegen in der besten Erinnerung bleiben wird, fällt in unsere Berichtszeit. Wir gehen auf die Verhandlungen dieses Kongresses hier trotzdem nicht näher ein, da der Essener Parteitag bereits den Bericht des Stuttgarter Kongresses entgegengenommen hat und sich einstimmig mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden erklärt hat.

Zu den Sitzungen des Internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel wurden wieder die Genossen Bebel und Singer delegiert. Ueber die Sitzungen berichtet die Parteipresse. Als Jahresbeitrag an das Internationale Bureau hat die deutsche Partei 2500 Frank gezahlt. Dem Internationalen Bureau werden die Neuerscheinungen der Parteiverlage für seine Bibliothek regelmäßig zugesandt.

Dem Kampforgan der italienischen Parteigenossen, dem „Avanti" in Rom, überwies der Parteivorstand 5000 Lire. Die Reorganisation des italienischen Zentralorgans erforderte größere Summen, die in der Hauptsache von unseren italienischen Parteigenossen aufgebracht wurden. Bei der Bedeutung des „Avanti" erschien es uns Pflicht, die internationale Solidarität praktisch zu betätigen, als die Administration des „Avanti" um unsere Beihilfe nachsuchte.

Der Deutsch-sozialistische Leseklub in Paris feierte im November das Jubiläum seines 30jährigen Bestehens. Der Klub hat in dieser Zeit vielen ins Exil getriebenen deutschen Genossen Rat und Hilfe zuteil werden lassen und besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes der Partei gute Dienste geleistet. Der Parteivorstand sandte dem Verein zu seiner Jubiläumsfeier ein Glückwunschschreiben.

* * *

Unsere Toten.

Die Reihen der Alten, die vor und unter dem Sozialistengesetz schon in vorderster Reihe standen, lichtet sich in Stadt und Land beträchtlich. Es vergeht keine Woche, ohne daß die Parteipresse das Hinscheiden eines jener Alten meldet, ohne deren unermüdlicher Tätigkeit in schwerster Zeit die deutsche Sozialdemokratie nicht so rasch eine unüberwindlich starke Partei geworden wäre. Die Zahl derer, die nach zähem Kampfe für ihre sozialistischen Ideale dem Schnitter Tod zum Opfer fielen, ist so groß, daß an dieser Stelle nicht aller einzeln gedacht werden kann, denen die Parteiblätter im Laufe des Jahres Worte der Anerkennung und des Dankes widmen mußten.

Am 22. August 1907 starb in Frankfurt a. M. Genosse Wilhelm Schmidt, nachdem er noch tagsüber in der Redaktion der „Volksstimme" tätig war. Der erst 56jährige hatte alle Phasen der Frankfurter Parteibewegung mitgekämpft. Als 1886 nach den Massenausweisungen die Frankfurter Partei ihrer Führer beraubt war, trat Wilhelm Schmidt tapfer in die Bresche und unter seiner Leitung sorgte ein bald geschulter Ersatz dafür, daß die politische Polizei erfolglos viele brave Familienväter ins Exil getrieben hatte. Als 1890 die Frankfurter Parteigenossen an die Gründung des Parteiblattes gingen, war es selbstverständlich, daß Schmidt, der von Beruf Lithograph war, in die Redaktion eintrat. Mit Fleiß und Ausdauer widmete sich Schmidt der neuen Arbeit, die, wie bei allen Parteigründungen der älteren Zeit der Unzulänglichkeit der Mittel halber, mit Schwierigkeiten aller Art verknüpft war. Geld- und Gefängnisstrafen blieben Schmidt nicht erspart. Als 1890 Sabor seines Leidens wegen auf eine Wiederaufstellung verzichtete, sträubte sich der allezeit bescheidene Schmidt vergebens gegen die Uebernahme der Reichstagskandidatur. Von 1890 bis 1906 vertrat Schmidt Frankfurt im Reichstag, zu dessen fleißigsten Besuchern er gehörte. Nach der Reichstagsauflösung verzichtete Schmidt eines gesteigerten alten Leidens wegen auf Wiederaufstellung. Wer hätte damals gedacht, daß der brave Kämpe sobald ganz vom politischen Kampfplatz verschwinden würde.

Am 21. Januar starb 61jährig in Danzig Otto Jochem, den reiches Wissen und hinreißende Rednergabe zu einem Bahnbrecher des Sozialismus in Danzig und Westpreußen werden ließen. Seine Tätigkeit für die Partei

trug ihm unter anderem im Geheimbundprozeß drei Wochen Gefängnis ein. Wegen Differenzen persönlicher Natur, die 1895 auf dem Breslauer Parteitag verhandelt wurden, zog sich Jochem von der Parteitätigkeit zurück. Auch in der Zurückgezogenheit blieb er aber den Anschauungen der Partei bis an sein Ende treu.

Aus Hamburg brachte am 12. Februar der Telegraph die Trauerkunde, daß Karl Kloß im dortigen Krankenhause in der vorhergegangenen Nacht für immer die Augen schloß. Der nimmermüde Kämpfer hatte eine Agitationstour für den Holzarbeiterverband unterbrechen und das Krankenhaus aufsuchen müssen, das er nicht mehr verlassen sollte. Kloß, der am 15. April 1847 in Berlin geboren war, kam in jungen Jahren nach Stuttgart, wo sein Name bald mit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in Württemberg so eng verknüpft war, daß er bald im ganzen Reiche genannt wurde. Schon 1883 wurde er Vorsitzender des Zentralverbandes der deutschen Tischlervereine, was er bis zu seinem Tode, also schier 25 Jahre, blieb. 1890 wurde er Mitglied der neugegründeten Generalkommission der Gewerkschaften, 1892 präsidierte er dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß. Für Kloß waren Partei und Gewerkschaft immer eins. Gleich rastlos widmete er dem Holzarbeiterverbande und der Sozialdemokratie seine Kräfte. Auf dem Hallenser Parteitag 1890 hatte Kloß das Referat über: „Streiks und Boykott". Die Parteitage zu Erfurt 1891 und Stuttgart 1898 wählten ihn gemeinschaftlich mit Singer zum Vorsitzenden. 1891 hielt Kloß als erster Sozialdemokrat auf dem Stuttgarter Rathaus seinen Einzug, erst als Mitglied des Bürgerausschusses, dann als Gemeinderat. 1895 wurde er mit Glaser zuerst in den schwäbischen Landtag gewählt. Als nach 1½ Jahren Glaser starb, war Kloß von 1896 bis Ende 1900 einziger schwäbischer Landtagsabgeordneter der Partei. In dieser schwierigen Stellung leistete er tüchtige Arbeit, die die kommenden Wahlsiege einer heute 15köpfigen Fraktion erleichterte. 1890 kam Kloß zum ersten Male in Stuttgart in die Reichstagsstichwahl. 1898 gewann er auch dieses Mandat der Partei, das 1903 die Wähler in Hildenbrands Hand legten, weil Kloß glaubte, den Aufgaben der verschiedenen Tätigkeitsgebiete gleichzeitig nicht vollauf gerecht werden zu können. Das Landtags- und das Gemeinderatsmandat behielt Kloß bis zum Tode bei. Sein trefflicher Charakter, seine trotz ärmlicher Vorbildung in eisernem Fleiße erworbenen umfassenden Kenntnisse, sein taktisches Geschick wurden von Freund und Feind widerspruchslos anerkannt. In Karl Kloß haben Partei und Gewerkschaften viel verloren.

Am 19. Februar, wenige Tage später, wurde Karl Meist aus unserer Mitte gerissen. Gleich Kloß Holzarbeiter von Beruf, sehen wir Karl Meist bereits 1882 in Köln an der Spitze des dortigen Fachvereins der Tischler. 1885 gründete der geborene Deutzer in Köln ein Zigarrengeschäft, um sich besser, weil unabhängig, der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit widmen zu können. Im Elberfelder Geheimbundprozeß wurde Meist angeklagt, mußte aber freigesprochen werden. 1893 sandte ihn der Wahlkreis Lennep-Mettmann in den Reichstag. Das Mandat wurde 1895 kassiert, weil die Behörden den Wahlkreis falsch abgegrenzt hatten. In der Nachwahl konnte er nicht behauptet werden. 1903 erst eroberte Meist seinen Wahlkreis wieder. Die aufreibende Werbetätigkeit, die Meist leider vergeblich 1907 aufwandte, um den Wahlkreis zu behaupten, gab ihm den Rest. Ein langjähriges Asthmaleiden streckte den scheinbaren Hünen auf die Totenbahre. Er hat nur ein Alter von 51 Jahren erreicht.

In Metz trugen die Genossen unter großer Beteiligung der Bevölkerung den Genossen Schleicher zu Grabe, der seit 17 Jahren in den vordersten

Reihen der Lothringer Bewegung stand. Der erst 49jährige half nach besten Kräften der Partei Neuland erobern. Die Saat, die Schleicher gestreut, wird aufgehen und ihre Früchte tragen.

Die Magdeburger Genossen verloren am 22. März in Franz Königstedt einen ihrer Besten. Unter dem Sozialistengesetz trug ihm 1887 der Magdeburger Geheimbundprozeß 6 Monate und 7 Tage Gefängnis ein. 1890 nahmen die Genossen den gemaßregelten Tischler in die Expedition ihres Blattes. Der neue Beruf trug Königstedt bald eine Anklage wegen Verbreitung verbotener Schriften ein. In seiner Haftzelle fand die Behörde eine Wursthaut. Königstedt wurde vom 10. bis 28. April 1892 dafür in Ketten gelegt. Mit einer schweren Kette wurde er an den Fußboden geschlossen, mit einer anderen Kette wurde sein linkes Handgelenk mit beiden Fußknöcheln so aneinandergeschlossen, daß die Ketten die Haut wundrieben. Das Urteil lautete auf drei Monate; der barmherzige Wachtposten, der die Wurst nach der Zelle gegeben, erhielt 1½ Jahre Gefängnis. Diese Mißhandlung eines braven, allezeit aufrechten Kämpfers für Freiheit und Recht, der nur wegen Betätigung seiner Ueberzeugung Untersuchungshaft zu erdulden hatte, gereicht dem Klassenstaat ewig zur Schande.

Die Redaktion des „Hamb. Echo" erlitt am 9. Mai durch den Tod des Genossen Carl Heine einen schweren Verlust. Heine war von Beruf Holzbildhauer und betrieb unter dem Sozialistengesetz zuerst in Weißenfels, später in Hamburg, wo er in der Zwischenzeit sechs Jahre Kassenbeamter war, sein Handwerk selbständig. Unter dem Sozialistengesetz leistete Heine erst in der Provinz Sachsen, von 1884 ab in Hamburg der Partei treue Dienste. Ein Geheimbundprozeß brachte ihm 14 Tage Gefängnis ein. 1890 wählten die Hamburger Genossen ihn zum Berichterstatter, 1892 zum Redakteur. Sein Amt trug ihm mehrere Strafen ein, darunter eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten, die eine Brustkrankheit verschlimmerte, zu der in Weißenfels eine unschuldig erlittene Untersuchungshaft den Keim gelegt hatte. Gegen die Krankheit kämpfte die eiserne Energie Heines auf die Dauer vergebens an. Er erlag ihr, nachdem er im Süden vergeblich Heilung gesucht, im 62. Lebensjahre.

In der Nacht zum 29. September schloß in Leipzig Julius Motteler nach einem arbeitsreichen Leben die treuen Augen. Motteler gehörte zu den Mitbegründern der sozialdemokratischen Partei. Am 18. Juni 1838 zu Eßlingen geboren, lernte er die Tuchmacherei und erwarb sich eine gediegene kaufmännische und fachtechnische Bildung, die ihm später mannigfach auch in der Genossenschaftsbewegung zugute kam. In Sachsen finden wir seinen Namen bald mit den Anfängen der Arbeiterbewegung verknüpft. Motteler gründete den Arbeiter-Fortbildungsverein in Crimmitschau und im Herbst 1866 mit Bebel, Liebknecht, den Brüdern Freytag die sächsische Volkspartei, die unter solcher Leitung bald aus einer demokratischen zu einer ausgesprochen sozialdemokratischen wurde. Auf dem Geraer Arbeitertag 1867 stand Motteler in vorderster Reihe. Die Mehrheit der Vereine entzog sich dem Einfluß des Liberalismus. Bebel siegte über Max Hirsch als Vorsitzender. Im nächsten Jahre siegte in Nürnberg das Programm der Internationale und 1869 wurde in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Neben der politischen Bewegung vergaß Motteler die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche nicht. Als Eisenacher gründete er die internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik und Handarbeiter, und 1870 die Crimmitschauer Genossenschaftsdruckerei. Er gehörte zu den ersten Vorkämpfern für die volle soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und ließ sich von Anfang an die Organisierung der Proletarierinnen an-

gelegen sein. 1874 übernahm er die kaufmännische Leitung des „Volksstaat" in Leipzig und der Wahlkreis Crimmitschau-Zwickau wählte ihn in den Reichstag. Motteler war einer von den neun Eisenachern, die in einer Kommission mit neun Lassalleanern die Einigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorbereiteten, die 1875 in Gotha vollzogen wurde. 1877 behauptete Motteler sein Mandat, das er aber 1878 in den Attentatswahlen verlor. Nun begann für Motteler die Periode, die seinen Namen für alle Zeit in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fortleben lassen wird. Die Handhabung des Sozialistengesetzes machte in der deutschen Presse nicht nur eine entschiedene, sondern jede Vertretung sozialdemokratischer Grundsätze unmöglich. Die Partei war gezwungen, in der Schweiz ein Organ zu gründen, dessen Eindringen in das Deutsche Reich von Basel bis zum Bodensee ein Heer von Beamten und Spitzeln zu verhindern suchte. Das letztere war freilich vergeblich. Dank der exakten Arbeit der roten Feldpost ging die „Einfuhr" des von der bismarck-puttkamerschen Spitzelgarde so gesuchten Artikels glatt von statten. An der Spitze der roten Feldpost stand Motteler 11 Jahre als roter Postmeister. Seine Findigkeit und sein Organisationstalent sorgten dafür, daß den Parteigenossen unter den schwierigsten Verhältnissen der Hottinger Sozialdemokrat geliefert wurde. Das steigerte die Wut Puttkamers. Nach 8 Jahren wurden infolge des Drucks der Bismärckerei auf die „freie" Schweiz Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat" aus der Schweiz ausgewiesen. Mit dem „Sozialdemokrat" zog Motteler nach London. Als 1890 das Schandgesetz fiel und damit ein Auslandsorgan überflüssig wurde, durfte Motteler nicht nach der Heimat zurückkehren. Er widmete sich in London archivalischen Arbeiten und sorgte dafür, daß die Dokumente schwerer Verfolgungszeit für die Geschichte der Partei nicht verloren gingen. Erst 1901 wurden die Steckbriefe gegen Bernstein, Motteler und Tauscher nicht mehr erneuert. Nach 21 Jahren kehrte Motteler nach Deutschland zurück und ließ sich in Leipzig nieder. Die Leipziger Genossen stellten ihn 1903 in Leipzig-Stadt als Reichstagskandidaten auf und in der Stichwahl schlug er den alldeutschen Professor Hasse. 1907 trat der 69jährige hartnäckiger Leiden halber von der Kandidatur zurück. Das Leiden verschlimmerte sich und der Kämpfer, der nie gewohnt war, sich zu schonen, kämpfte seinen letzten Kampf mit dem tückischen Allbezwinger. Der heutigen und den künftigen Generationen wird das Wirken des roten Postmeisters stets gegenwärtig sein als leuchtendes Vorbild aufopfernder, rastloser Hingabe an die hehre Sache des proletarischen Sozialismus.

Als wir diese Blätter in Druck geben wollten, brachte der Draht eine neue erschütternde Kunde. Am 20. Juli erlag Franz Joseph Ehrhart in Ludwigshafen einem Nervenleiden, das ihn seit Monaten schon mit Unterbrechungen heimsuchte. Seit seinem 18. Jahre hatte Ehrhart sich bereits in die Reihen der sozialistischen Streiter gestellt. Die Jahrzehnte eines zähen, aber auch selten erfolgreichen Kampfes hatten die Nerven des unermüdlichen Agitators ruiniert. Der jugendliche Feuerkopf arbeitete mit Dreesbach, der ihm im Tode vorausging, in Baden und der Pfalz als Säemann des Sozialismus, bis er 1877 nach London ging, wo er sich dem kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein anschloß. Nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes gründete Ehrhart im Januar 1879 mit Most die „Freiheit". Als Most ins anarchistische Lager abschwenkte, versagte ihm Ehrhart die Gefolgschaft. 1882 in die Heimat zurückgekehrt, war Ehrhart bald die Seele der pfälzischen Parteibewegung. Bei seinen Landsleuten, deren typische Charaktereigenschaften er hatte, stand er in großem Ansehen. 1889 wurde er Stadtrat in Ludwigshafen. Sein proletarischer Sinn und sein taktisches Geschick förderten die Entwickelung der Partei in der Pfalz ganz außerordentlich. 1893 kam der „Pfalzgraf" auch in den bayerischen Landtag, wo er zuerst neben Vollmar und Grillenberger wacker die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute in Stadt und Land vertrat. Seit 1898 sandte Ludwigshafen Ehrhart bei allen Reichstagswahlen in den Deutschen Reichstag. Ehrharts Reden hatten immer das Ohr des Parlaments. Sie waren mit echtem Pfälzer Humor gewürzt und wenn er sprach, dann hatte er auch etwas zu sagen. Wenn Ehrhart auch den größten Teil seiner Arbeitskraft seiner engeren Pfälzer Heimat und seinem bayerischen Vaterlande widmete, so fehlte er dennoch nie, wenn die Interessen der Gesamtpartei seinen herzensfrischen Rat erheischten. Seit 1899 wählten ihn die Parteitage alljährlich in die Kontrollkommission. Die Parteileitung verliert in ihm einen treuen Freund und tatbereiten Helfer. Alle, die ihn kannten und schätzen lernten — Freund und Feind — werden Ehrhart ein gutes Angedenken bewahren.

Kassenbericht.

Der Kassenabschluß weist gegen das Vorjahr eine erhebliche Mindereinnahme auf. Dieses scheinbar ungünstige Ergebnis ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Erstens umfaßt die Berichtszeit, indem sie schon mit dem Monat Juni abschließt, nur elf Monate gegen zwölf im Vorjahre. Und gerade der Monat Juli des vorigen Berichtsjahres wies mit seinen 170 577,63 Mk. eine ungewöhnlich hohe Einnahme auf. Wenn die Eingänge im Monat Juli 1908 auch nicht die gleiche Höhe erreichen, so sind sie doch ebenfalls hoch, kommen aber erst im Berichtsjahr 1908/09, das wieder zwölf Monate umfassen wird, zum Vorschein. Zweitens war das Berichtsjahr 1906/07 ein Wahljahr, in dem der Parteikasse Mittel zuflossen, wie sie in Form von Extrabeiträgen usw. nur in den Zeiten des Kampfes geleistet werden. Neben den Erträgnissen von Einzelsammlungen erhielt im vorigen Berichtsjahr die Parteikasse allein von den Gewerkschaften in den Monaten Dezember und Januar 41 500 Mk. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände muß der Abschluß als ein relativ guter bezeichnet werden. Die eigentlichen, von den Organisationen geleisteten Parteibeiträge zeigen nicht nur keinen Rückgang, sondern eine Zunahme, was um so erfreulicher ist, als breite Schichten der Arbeiterschaft schwer unter der wirtschaftlichen Krise leiden. Wie in jeder anderen Beziehung hat sich auch hier die neue, straffere Organisation der Partei auf das beste bewährt. Unter der alten, loseren Form war in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges der Rückgang in den Einnahmen immer sehr beträchtlich.

Nach zwei Berichtsjahren, in denen die Reserven der Partei stark in Anspruch genommen werden mußten, zeigt der Abschluß für 1907/08 wieder einen Ueberschuß. Er ist allerdings nur den starken Rückzahlungen zu danken, die auf Darlehenskonto gemacht wurden.

Der Bedarf an Darlehen war im Berichtsjahr, da unsere Parteigeschäfte noch immer in der Entwickelung und Vergrößerung begriffen sind, wiederum

ein großer. Die Ausgaben im Darlehenskonto übersteigen die Einnahmen um rund 93 000 Mk., und sind noch um rund 15 000 Mk. höher als im Vorjahre.

Gestiegen sind ferner die Ausgaben für allgemeine Agitation, während die übrigen Konten, mit Ausnahme der Ausgaben für Wahlagitation, die im vorigen Berichtsjahr naturgemäß sehr hohe waren, ziemlich konstant geblieben sind. Sehr hoch sind noch immer die Ausgaben für Preßunterstützungen, da eine Anzahl unserer Parteiblätter von der wirtschaftlichen Krise schwer getroffen wurden und deshalb die Hilfe der Zentralkasse in Anspruch nehmen mußten.

Die Geschäftsergebnisse des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jakob" sind aus den besonderen Abrechnungen zu ersehen. Im Kassenbericht sind infolge des früheren Abschlusses nur die Erträgnisse von 3 Quartalen verrechnet worden, gegen 4 Quartale im Vorjahre.

Durch den um einen Monat früher erfolgten Abschluß ist es möglich geworden, die Angaben über die Beitragsleistungen der einzelnen Provinzen und Länder an die Zentralkasse, sowie die Aufstellung der von der letzteren gegebenen Zuschüsse, die bisher immer erst im mündlichen Bericht dem Parteitag unterbreitet werden konnten, bereits nachstehend im Kassenbericht aufzuführen.

Es hat an Beiträgen geleistet die Provinz Ostpreußen 1211,54 Mk., dagegen an Zuschüssen erhalten 27 402,— Mk. Darunter für Preßunterstützung 17 000,— Mk., für Zwecke der allgemeinen Agitation 10 402,— Mk.

Die Provinz Westpreußen hat Beiträge geleistet 506,85 Mk., Zuschüsse erhalten, fast ausschließlich zu Agitationszwecken, 4571,10 Mk.

Die Provinz Brandenburg hat Beiträge geleistet 120 241,93 Mk. Zuschüsse erhalten 6867,34 Mk. Darunter auf Darlehenskonto 5510,— Mk.

Die Provinz Pommern hat Beiträge geleistet 1874,— Mk., Zuschüsse erhalten, ausschließlich zu Agitationszwecken, 6668,— Mk.

Die Provinz Posen hat Beiträge geleistet 21,64 Mk., Zuschüsse erhalten 2976,75 Mk. Darunter für allgemeine Agitation 2167,— Mk., für Wahlagitation 500,— Mk.

Die Provinz Schlesien hat an Beiträgen geleistet 7822,97 Mk., Zuschüsse hat erhalten: a) Agitationsbezirk Breslau (umfassend Regierungsbezirk Breslau, 1.—8. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Oppeln, 1. und 2. und 9.—12. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Liegnitz, 6. Reichstagswahlkreis) 5222,50 Mk. Darunter für allgemeine Agitation 4262,— Mk.

b) Agitationsbezirk Görlitz (umfassend Regierungsbezirk Liegnitz, 1.—5. und 9. und 10. Reichstagswahlkreis) 3844,47 Mk. Darunter für allgemeine Agitation 3064,22 Mk.

c) Agitationsbezirk Oberlangenbielau (umfassend Regierungsbezirk Breslau, 9.—13. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Liegnitz, 7. und 8. Reichstagswahlkreis) fast ausschließlich zu Agitationszwecken 3132,— Mk.

d) Agitationsbezirk Kattowitz (umfassend Regierungsbezirk Oppeln, 3.—8. Reichstagswahlkreis) 42 419,45 Mk. Darunter für allgemeine Agitation 21 455,50 Mk., an Preßunterstützungen 16 500,— Mk., auf Darlehenskonto 3973,45 Mk.

Insgesamt hat die Provinz Schlesien an Zuschüssen erhalten 54 618,42 Mk.

Die Provinz Sachsen hat an Beiträgen geleistet 9037,46 Mk.

Zuschüsse hat erhalten: a) Agitationsbezirk Magdeburg (umfassend sämtliche 8 Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg) ausschließlich zu Agitationszwecken 4334,— Mk.

b) Agitationsbezirk Halle a. S. (umfassend sämtliche 8 Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg) fast ausschließlich zu Agitationszwecken 3171,— Mk.

c) Agitationsbezirk Erfurt (umfassend die vier Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Erfurt) 4060,40 Mk. Darunter für Preßunterstützung 3550,— Mk., für allgemeine Agitation 360,40 Mk.

Insgesamt hat die Provinz Sachsen an Zuschüssen erhalten 11 565,40 Mk.

Die Provinz Schleswig-Holstein hat an Beiträgen geleistet 16 837,84 Mk. Zuschüsse erhalten, ausschließlich zu Agitationszwecken 7000,— Mk.*)

Die Provinz Hannover hat an Beiträgen geleistet 12 171,76 Mk. (Die Parteibeiträge des 2. hannov. Wahlkreises befinden sich unter den Beiträgen des Großherzogtums Oldenburg, dagegen befinden sich die Beiträge von Bremerhaven unter denen der Provinz Hannover.)

Zuschüsse hat erhalten der Agitationsbezirk Hannover (umfassend Provinz Hannover, 4. und 5. und 7.—16. Reichstagswahlkreis) 2917,20 Mk.**) Darunter an Preßunterstützung (Lüneburg) 300,— Mk., für Zwecke der allgemeinen Agitation 2617,20 Mk.

Die Provinz Westfalen hat an Beiträgen geleistet 9471,91 Mk.

Zuschüsse hat erhalten: a) Agitationsbezirk Bielefeld (umfassend Regierungsbezirk Münster, 1., 2. und 4. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Minden, 1.—5. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Arnsberg, 8. Reichstagswahlkreis; ferner außerhalb der Provinz Westfalen liegend: die beiden Reichstagswahlkreise Lippe und Schaumburg-Lippe, sowie den 3. hannov. Reichstagswahlkreis) ausschließlich zu Agitationszwecken 4334,— Mk.

b) Agitationsbezirk Dortmund (umfassend Regierungsbezirk Arnsberg, 2. und 5.—7. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Münster, 3. Reichstagswahlkreis) 10 429,— Mk. Darunter zu Agitationszwecken 5529,— Mk., an Preßunterstützung 3000,— Mk., auf Darlehnskonto 1000,— Mk. Insgesamt hat die Provinz Westfalen an Zuschüssen erhalten 14 763,— Mk.

Die Provinz Hessen-Nassau hat an Beiträgen geleistet 7177,16 Mk.

Zuschüsse hat erhalten: a) Agitationsbezirk Frankfurt a. M. (umfassend Regierungsbezirk Wiesbaden, 1.—6. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Kassel, 5.—8. Reichstagswahlkreis; ferner außerhalb der Provinz Hessen-Nassau liegend: Regierungsbezirk Koblenz, 1. Reichstagswahlkreis, Regierungsbezirk Unterfranken (Königreich Bayern), 1. und 3. Reichstagswahlkreis) fast ausschließlich zu Agitationszwecken 6658,65 Mk.

b) Agitationsbezirk Kassel (umfassend Regierungsbezirk Kassel, 1. bis 4. Reichstagswahlkreis; ferner außerhalb der Provinz Hessen-Nassau liegend: den Wahlkreis Fürstentum Waldeck) 11 729,— Mk. Darunter zu Zwecken der allgemeinen Agitation 3679,— Mk., an Preßunterstützung 8000,— Mk.

Insgesamt hat die Provinz Hessen-Nassau an Zuschüssen erhalten 18 387,65 Mk.

Die Rheinprovinz hat an Beiträgen geleistet 12 064,05 Mk.

---

*) Anmerkung. Von der Agitationskommission für Schleswig-Holstein wird auch das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Lübeck bearbeitet, dessen Parteibeiträge unter den Beiträgen des ersten oldenburgischen Reichstagswahlkreises aufgeführt sind.

**) Anmerkung. Von den weiteren Wahlkreisen der Provinz Hannover gehören der 1. und 2. zum Agitationsbezirk Oldenburg, der 3. zum Agitationsbezirk Bielefeld, der 6., 17.—19. zum Agitationsbezirk Bremen.

Zuschüsse hat erhalten: a) Agitationsbezirk Köln (Oberrhein) (umfassend Regierungsbezirk Köln, 1.—6. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Koblenz, 2.—6. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Trier, 1.—3. Reichstagswahlkreis; Regierungsbezirk Aachen, 1.—5. Reichstagswahlkreis; ferner außerhalb der Rheinprovinz: Fürstentum Birkenfeld, zum 1. oldenburgischen Reichstagswahlkreis gehörig) 10 490,80 Mk. Darunter für allgemeine Agitation 7740,80 Mk., an Preßunterstützung 2750,— Mk.

b) Agitationsbezirk Elberfeld (Niederrhein) (umfassend Regierungsbezirk Düsseldorf, 1.—12. Reichstagswahlkreis; ferner außerhalb der Rheinprovinz: Regierungsbezirk Arnsberg, 1., 3. und 4. Reichstagswahlkreis) 192 496,58 Mk. Darunter für allgemeine Agitation 6604,— Mk., an Preßunterstützung 9424,58 Mk., auf Darlehenskonto 176 118,— Mk.

c) Agitationsbezirk Saarbrücken (umfassend Regierungsbezirk Trier, 4.—6. Reichstagswahlkreis) ausschließlich als Preßunterstützung 14 713,80 Mk.

Insgesamt hat die Rheinprovinz an Zuschüssen erhalten 217 701,18 Mk.

Königreich Preußen hat insgesamt an Beiträgen geleistet 198 439,11 Mark, an Zuschüssen empfangen 375 438,04 Mk.

Königreich Bayern hat an Beiträgen geleistet 12 341,45 Mk.

Zuschüsse erhielten: a) Agitationsbezirk München (Südbayern) (umfassend die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben, insgesamt 20 Reichstagswahlkreise) 7733,— Mk. Darunter an Preßunterstützung 7000,— Mk.

b) Agitationsbezirk Nürnberg (Nordbayern) (umfassend die Regierungsbezirke Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und vom Regierungsbezirk Unterfranken den 2. und 4.—6. Reichswahlkreis, insgesamt 20 Reichstagswahlkreise) ausschließlich zu Agitationszwecken 4438,— Mk.

c) Agitationsbezirk Ludwigshafen (Pfalz) (umfassend die 6 Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirkes Pfalz) ausschließlich zu Agitationszwecken 1449,99 Mk.

Insgesamt hat Königreich Bayern an Zuschüssen erhalten 13 620,99 Mk.

Königreich Sachsen hat an Beiträgen geleistet 51 172,60 Mk. Von den vier Agitationsbezirken Dresden, Chemnitz, Leipzig und Zwickau hat der Agitationsbezirk Chemnitz (umfassend den 10., 15., 16., 17. und 19.—21. Reichstagswahlkreis) fast ausschließlich zu Agitationszwecken 3262,— Mk. erhalten. Der Agitationsbezirk Leipzig (umfassend den 11.—14. Reichstagswahlkreis) hat ausschließlich zu Unterstützungszwecken 406,— Mk. erhalten.

Insgesamt hat Königreich Sachsen an Zuschüssen erhalten 3668,— Mk.

Königreich Württemberg hat an Beiträgen geleistet 5837,46 Mk. An Zuschüssen, fast ausschließlich zu Agitationszwecken, empfangen 2250,— Mk.

Großherzogtum Baden hat an Beiträgen geleistet 3962,56 Mk. An Zuschüssen empfangen 4519,— Mk. Darunter für allgemeine Agitation 3019,— Mk., an Preßunterstützung 500,— Mk.

Großherzogtum Hessen hat an Beiträgen geleistet 5061,— Mk. An Zuschüssen empfangen 10 080,— Mk. Darunter für allgemeine Agitation 8080,— Mk., an Preßunterstützung 7000,— Mk.

Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz haben an Beiträgen geleistet 600,— Mk. An Zuschüssen, ausschließlich zu Agitationszwecken, empfangen 2202,— Mk.

Beiträge haben geleistet:

Großherzogtum Sachsen-Weimar 1581,25 Mk.
Herzogtum Sachsen-Altenburg 1370,— Mk.
Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha 50,— Mk.
Fürstentum Reuß ä. L. 470,— Mk.
Fürstentum Reuß j. L. 800,— Mk.

Zuschüsse haben erhalten: a) der Agitationsbezirk Thüringen I (umfassend die Reichstagswahlkreise Sachsen-Weimar I und II, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Koburg), fast ausschließlich zu Agitationszwecken 3195,— Mk.

b) Der Wahlkreis Gotha 10 755,— Mk. Darunter auf Darlehenskonto 10 000,— Mk.

c) Der Agitationsbezirk Thüringen II (umfassend die Reichstagswahlkreise Sachsen-Weimar III, Reuß ä. L., Reuß j. L. und Sachsen-Altenburg*), ausschließlich zu Agitationszwecken 2128,10 Mk.

Großherzogtum Oldenburg hat an Beiträgen geleistet 2742,89 Mk.**) An Zuschüssen empfangen 14 739,— Mk. Darunter an Preßunterstützungen 11 000,— Mk.

Herzogtum Braunschweig hat an Beiträgen geleistet 2082,28 Mk. An Zuschüssen, ausschließlich zu Agitationszwecken, empfangen 2061,— Mk.

Herzogtum Sachsen-Meiningen hat an Beiträgen geleistet 977,73 Mk. Zuschüsse empfangen 1909,29 Mk. Darunter für Prozeßkosten 819,29 Mk., an Preßunterstützung 600,— Mk.

Herzogtum Anhalt hat an Beiträgen geleistet 861,98 Mk. Zuschüsse nicht empfangen.

Fürstentum Lippe hat an Beiträgen geleistet 101,40 Mk. (Zuschüsse befinden sich unter den Zuwendungen für den Agitationsbezirk Bielefeld).

Freie und Hansastadt Lübeck hat an Beiträgen geleistet 2150,— Mk. Zuschüsse nicht empfangen.

Freie und Hansastadt Bremen hat an Beiträgen geleistet 9133,34 Mk. Der Agitationsbezirk Bremen, umfassend den Reichstagswahlkreis Bremen sowie den 6., 17.—19. hannoverschen Reichstagswahlkreis, hat als Zuschuß zu Unterstützungszwecken 50,— Mk. empfangen.

Freie und Hansastadt Hamburg hat an Beiträgen geleistet 120 318,28 Mk. Zuschüsse nicht erhalten.

Die Reichslande Elsaß-Lothringen haben an Beiträgen geleistet 736,28 Mk. An Zuschüssen empfangen 52 622,85 Mk. Darunter an Preßunterstützung 20 269,85 Mk., auf Darlehenskonto 26 000 Mk.

Die Organisation der P. P. S. hat an Beiträgen geleistet 201,20 Mk. Die an die gleiche Organisation gezahlten Zuschüsse befinden sich unter den Zuwendungen für den Agitationsbezirk Kattowitz.

Bei sämtlichen vorstehend aufgeführten Beiträgen handelt es sich um Leistungen der Organisationen. Sonstige Beiträge sind als Diverse in der tabellarischen Uebersicht besonders aufgeführt.

Im einzelnen verteilen sich die gesamten Einnahmen und Ausgaben auf die verschiedenen Konten wie folgt:

---

*) Anmerkung. Der Wahlkreis Sachsen-Altenburg ist seit Anfang des Jahres 1908 aus dem Agitationsbezirk Thüringen II ausgetreten.

**) Anmerkung. Unter den Beiträgen des Großherzogtums Oldenburg befinden sich neben den Beiträgen der zum ersten oldenburgischen Reichstagswahlkreis gehörenden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld auch die Beiträge des zweiten hannoverschen Reichstagswahlkreises.

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1907 bis 30. Juni 1908.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:							
		Allgemeine Einnahmen	Darlehns-Konto	Zinsen	Ueberschuß des „Vorwärts“	Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung	Ueberschuß des „Wahren Jakob“, d. „Neuen Zeit“ u. „Gleichheit“	A. Y. Z.	Vermischte Einnahmen
1907	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
August . . .	36981,88	32361,88	4620,—	—	—	—	—	—	—
September .	45326,51	39941,51	5020,—	365,—	—	—	—	—	—
Oktober . .	98787,98	41545,48	500,—	1410,50	35032,—	—	15000,—	5000,—	300,—
November .	88345,24	22942,74	5402,50	—	—	—	—	—	60000,—
Dezember .	50383,82	49938,82	120,—	—	—	—	—	—	325,—
1908									
Januar . . .	179629,79	43029,41	37520,—	1572,83	42507,55	15000,—	5000,—	35000,—	—
Februar . .	88336,98	28101,53	57325,—	2910,45	—	—	—	—	—
März	64322,26	47087,26	7020,—	—	—	10000,—	—	—	215,—
April	69591,34	20971,28	2000,—	2208,01	24272,05	—	15000,—	5000,—	140,—
Mai	38103,56	29826,79	8100,—	100,—	—	—	—	—	76,77
Juni	93166,74	86356,74	2970,—	840,—	—	3000,—	—	—	—
	852976,10	442103,44	130597,50	9406,79	101811,60	28000,—	35000,—	45000,—	61056,77 [1]

852976,10 Mk.

Bestand vom 31. Juli 1907 2295,99 „

855272,09 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt	Von den gesamten Ausgaben entfielen auf:										
		Allgemeine Agitation	Wahl-Agitation	Unterstützungen	Prozeß- und Gefängniskosten	Parteischule	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben	Darlehns-Konto	Preß-Unterstützungen	Sozialdemokrat. Parteikorrespondenz	Archiv	Vermischte Ausgaben
1907	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
August . . .	45031,18	9710,90	10000,—	460,50	1321,60	50,—	3088,48	—	15250,—	1444,—	425,—	3280,70
September .	80789,—	23103,60	5000,—	485,—	611,65	125,20	2071,30	34423,45	13363,85	944,—	475,—	185,95
Oktober . .	81396,02	38413,76	—	1043,50	836,05	9968,95	2244,99	23850,—	2350,—	2037,72	325,—	326,05
November .	120644,90	17652,69	—	200,—	3233,94	11401,95	3653,64	66500,—	11102,43	5626,35	896,45	377,45
Dezember .	61790,38	21395,69	—	384,97	408,20	8391,41	2230,78	10700,—	16594,68	1529,45	100,—	60,20
1908												
Januar . . .	70999,80	14998,41	200,—	1040,—	405,70	6233,13	2264,05	37500,—	6646,76	1645,—	—	66,75
Februar . .	130198,58	23934,25	1000,—	1215,97	150,—	9729,41	3019,45	11800,—	12789,95	5611,20	480,55	60462,80
März	46116,65	13097,50	—	1650,10	519,65	7836,21	1733,99	9910,—	8450,—	1732,—	550,—	637,20
April	48718,81	19024,75	60,—	963,50	693,55	2478,90	2540,—	4579,—	11766,66	1444,—	100,—	63,45
Mai	68715,41	16058,17	500,—	1466,—	150,—	1189,30	3092,39	28000,—	16152,—	5957,10	813,65	336,80
Juni	84567,40	14372,64	500,—	590,50	153,30	1025,64	2130,95	1489,—	11875,—	1743,77	655,—	81,60
	783958,13	211762,36 [1]	17260,—	9500,04	8478,64	58430,10 [2]	28070,02	223701,45 [3]	126341,33	29714,59 [4]	4820,65 [5]	65878,95 [6]

783958,13 Mk.

Ausgabe für Kapitalanlage 52949,13 „

Kassenbestand am 30. Juni 1908 18364,33 „

855272,09 Mk.

Berlin, den 21. Juli 1908.

Revidiert und für richtig befunden:

August Kaden. Fr. Brühne. Wilh. Bock. H. Koenen. Clara Zetkin.

E. Ernst. Otto Braun. Ad. Geck.

C. Ausgaben für die Parteipresse

im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rh. Ztg."	Mk.	2 750,—
„Avanti", Rom	„	4 079,10
„Bochumer Volksblatt"	„	3 000,—
„Casseler Volksblatt"	„	8 000,—
„Düsseldorfer Volkszeitung"	„	450,—
„Erfurter Tribüne"	„	2 000,—
„Gazeta Robotnicza"	„	16 500,—
„Königsberger Volkszeitung"	„	17 000,—
„Lüdenscheider Volksstimme"	„	2 750,—
„Lüneburger Volksblatt"	„	300,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	5 000,—[1]
„Mülhauser Volkszeitung"	„	5 856,—
„Niederrheinische Volkstribüne"	„	6 224,58[2]
„Norddeutsches Volksblatt"	„	11 000,—
„Nordhäuser Volkszeitung"	„	1 550,—
„Oberhessische Volkszeitung", Gießen	„	2 000,—
„Offenburger Volksblatt"	„	500,—
„Saalfelder Volksblatt"	„	600,—
„Schwäbische Volkszeitung"	„	7 000,—
„Straßburger Freie Presse"	„	14 413,85
„Volkswacht" (früher „Saarwacht"), St.-Johann	„	14 718,80[3]
Preßbureau	„	654,—
	Mk.	126 341,33

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Unter den vermischten Einnahmen befinden sich 60000 Mk., die im Monat November als Darlehn aufgenommen, und im Monat Februar wieder zurückgezahlt wurden. — Der Ueberschuß der Kasse der Reichstagsfraktion, in Höhe von 10000 Mk., erscheint, da er im Monat Juli verrechnet wurde, erst in der Abrechnung für 1908/09.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter den Kosten der allgemeinen Agitation befinden sich auch 3568,50 Mk. Ausgaben für den Bildungs-Ausschuß.

[2]) Die Ausgabe für die Parteischule setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen: einmalige sachliche Ausgaben 1612,69 Mk.; einmalige persönliche Ausgaben an Lehrer 25,20 Mk.; einmalige persönliche Ausgaben an Schüler 2093,10 Mk.; Gehälter der Lehrer 12175,— Mk.; Monatsgelder der Schüler 26075,— Mk.; Familien-Unterstützung der Schüler 12222,28 Mk.; Miete, Beleuchtung, Reinigung usw 3416,15 Mk.; diverse kleinere Ausgaben 804,68 Mk.

[3]) Wie üblich wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Darlehen hauptsächlich den Parteigeschäften zur Vergrößerung ihrer Einrichtungen, Bauten usw. gewährt. Unter der Gesamtsumme befinden sich auch 20000 Mk., die als Kaution für die „Volkswacht" in St.-Johann gestellt wurden.

[4]) Die Kosten der „Partei-Correspondenz" beziffern sich im einzelnen auf 12382,90 Mk. Druckkosten, 9922,17 Mk. Ausgaben für die Redaktion, 2743,75 Mk. Kosten der Expedition, 3400 Mk. Ausgaben für Portis, 1265,77 Mk. diverse kleinere Ausgaben.

[5]) Die Reichstagsfraktion hat im verflossenen Geschäftsjahr während der Tagung des Reichstages den Archivar, der zugleich Fraktionssekretär ist, direkt besoldet. Aus diesem Grunde ist die Ausgabe gegen das Vorjahr entsprechend niedriger.

[6]) Unter den vermischten Ausgaben befinden sich auch die 60000 Mk. Darlehns-Rückzahlung.

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Durch die Gründung des Darmstädter Parteiorgans gingen der „Mainzer Volkszeitung" gegen 2000 Abonnenten verloren. Ehe dieser Verlust durch Erwerbung neuer Abonnenten im Verbreitungsgebiet der Volkszeitung ausgeglichen werden konnte, mußte zur Deckung des Ausfalls an Einnahmen die Mainzer Parteigenossenschaft die Hilfe der Zentralkasse in Anspruch nehmen.

[2]) Für die „Niederrheinische Volkstribüne" gilt noch das bereits im vorjährigen Bericht Gesagte.

[3]) Das Organ für das Saargebiet, das zuerst unter dem Titel „Saarwacht" als Kopfblatt der Frankfurter „Volksstimme" und dann unter dem Titel „Volkswacht" als Kopfblatt der Straßburger „Freie Presse" erschien, hört zum 1. Oktober d. J. auf zu erscheinen. An seine Stelle tritt die Kölner „Rheinische Zeitung".

Tabellarische Uebersicht der seit dem Parteitag in Essen eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1907 bis 30. Juni 1908.

A. Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstags-Wahlkreise geordnet.

Wahlkreis	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Königreich Preußen.												
Provinz Ostpreußen.												
1. Kreis, R.-B. Königsberg, Memel	—	—	—	—	—	12,76	—	—	5,84	—	—	18,60
2. „ „ „ Labiau-Wehlau	—	—	—	14,56	—	13,52	—	—	—	—	13,48	41,56
3. „ „ „ Königsberg-Stadt	614,14	—	—	—	351,40	—	—	—	—	—	—	965,54
4. „ „ „ Königsberg-Land	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62,70	62,70
1. Kreis, R.-B. Gumbinnen, Tilsit-Niederung	36,—	—	—	—	—	53,69	—	—	—	—	—	89,69
3. Kreis, R.-B. Gumbinnen, Insterburg-Gumbinnen	—	—	—	—	—	—	20,88	—	—	—	12,57	33,45
Provinz Ostpreußen total	650,14	—	—	14,56	351,40	79,97	20,88	—	5,84	—	88,75	1211,54
Provinz Westpreußen.												
1. Kreis, R.-B. Danzig, Elbing-Marienburg	—	—	—	—	—	24,—	—	—	—	25,48	—	49,48
2. Kreis, R.-B. Danzig, Danzig-Land	—	—	8,20	—	—	1,—	—	—	—	19,32	—	23,52
3. „ „ „ Danzig-Stadt	—	—	87,76	—	—	86,29	—	—	—	67,76	—	241,81
4. „ „ „ Neustadt-Karthaus	—	—	—	—	—	14,40	—	—	—	12,—	—	26,40
5. „ „ „ Berent-Pr. Stargard	—	—	—	—	—	15,76	—	—	—	4,50	—	20,26
1. Kreis, R.-B. Marienwerder, Stuhm-Marienwerder	—	—	—	—	—	12,18	—	—	—	8,04	—	20,22
2. Kreis, R.-B. Marienwerder, Rosenberg-Löbau	—	—	—	—	—	2,48	—	—	—	—,72	—	3,20
3. Kreis, R.-B. Marienwerder, Graudenz-Straßburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Kreis, R.-B. Marienwerder, Thorn-Kulm	—	—	36,36	—	—	18,40	—	—	—	16,—	—	70,76
6. „ „ „ Konitz-Tuchel	—	—	5,52	—	—	2,44	—	—	—	4,08	—	12,04
7. „ „ „ Schlochau-Flatow	—	—	5,32	—	—	5,20	—	—	—	2,80	—	13,32
8. „ „ „ Deutsch-Krone	—	—	—	—	—	—,68	—	—	—	4,—	—	4,68
Provinz Westpreußen total	—	—	8,24	—	—	—	—	—	—	12,92	—	21,16
	—	—	140,40	—	—	182,83	—	—	—	177,62	—	500,85

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Provinz Brandenburg.												
1. Kreis, Stadt Berlin	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	2423,70
2. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	7852,70
3. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	4071,80
4. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	36678,20
5. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	2022,95
6. „ „ „	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	45371,—
3. „ R.-B. Potsdam, Ruppin-Templin	—	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	100,—
4. „ „ „ Prenzlau-Angermünde	—	—	—	35,30	—	—	29,55	—	—	38,—	—	102,85
6. „ „ „ Niederbarnim	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	9436,15
7. „ „ „ Osthavelland	—	627,36	—	—	—	—	—	—	—	397,—	—	1024,36
8. „ „ „ Westhavelland	—	—	—	—	—	—	—	530,40	—	—	537,—	1067,40
9. „ „ „ Luckenwalde	419,50	—	—	—	162,72	—	—	135,75	—	143,—	—	860,97
10. „ „ „ Teltow-Beeskow	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	8143,50
1. „ „ Frankfurt, Arnswalde-Friedeberg	87,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	87,—
2. „ „ „ Landsberg-Soldin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	100,—
3. „ „ „ Königsberg-Neumark	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—
6. „ „ „ Züllichau-Crossen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46,85	—	46,85
8. „ „ „ Sorau-Forst	—	—	—	—	—	—	350,—	—	—	—	—	350,—
9. „ „ „ Cottbus-Spremberg	—	—	—	—	—	—	400,—	—	—	—	—	400,—
10. „ „ „ Kalau-Luckau	52,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52,50
Provinz Brandenburg total	559,—	627,36	—	35,30	162,72	—	929,55	666,15	—	624,85	637,—	120241,93
Provinz Pommern.												
1. Kreis, R.-B. Stettin, Demmin-Anklam	—	—	—	—	22,40	—	—	17,32	—	—	—	39,72
2. „ „ „ Ueckermünde-Wollin	—	—	—	—	80,—	—	—	80,—	—	—	—	160,—
3. „ „ „ Randow-Greifenhagen	—	—	—	—	406,76	—	—	236,24	—	—	—	643,—
4. „ „ „ Stadt Stettin	—	—	—	—	177,36	—	—	204,—	—	—	—	381,36

*) Von den Wahlkreisen der Stadt Berlin, sowie den zu Groß-Berlin gehörenden Wahlkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg sind nicht die einzelnen Monatsraten, sondern nur die Jahresbeiträge angegeben.

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
5. Kreis, R.-B. Stettin, Pyritz-Saatzig	—	—	—	—	—	—	—	14,76	—	—	—	14,76
6. „ „ „ Naugard-Regenwalde	—	—	—	—	9,08	—	—	9,—	—	—	—	18,08
7. „ „ „ Greifenberg-Kammin	—	—	—	—	8,80	—	—	4,—	—	—	—	12,80
1. „ „ Köslin, Stolp-Lauenburg	—	—	—	—	5,12	—	—	3,96	—	—	—	9,08
2. „ „ „ Bütow-Schlawe	—	—	—	—	13,04	—	—	5,20	—	—	—	18,24
3. „ „ „ Köslin-Kolberg	—	—	—	—	64,12	—	—	58,24	—	—	—	122,36
4. „ „ „ Belgard-Dramburg	—	—	—	—	2,—	—	—	—	—	—	—	2,—
5. „ „ „ Neustettin	—	—	—	—	8,—	—	—	5,20	—	—	—	13,20
1. „ „ Stralsund, Rügen-Stralsund	—	—	—	—	231,52	—	—	68,16	—	—	—	299,68
2. „ „ „ Greifswald-Grimmen	—	—	—	—	99,80	—	—	39,92	—	—	—	139,72
Provinz Pommern total	—	—	—	—	1128,—	—	—	746,—	—	—	—	1874,—
Provinz Posen.												
1. Kreis, R.-B. Posen, Posen Stadt und Kreis	—	—	6,26	—	—	3,78	—	—	—	—	—	10,04
5. „ „ „ Rawitsch-Gostyn	—	—	—	4,90	—	—	—	—	6,70	—	—	11,60
Provinz Posen total	—	—	6,26	4,90	—	3,78	—	—	6,70	—	—	21,64
Provinz Schlesien.												
2. Kreis, R.-B. Breslau, Militsch-Trebnitz	—	—	—	12,76	—	—	8,54	—	—	—	3,10	24,40
3. „ „ „ Wartenberg-Oels	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	—	4,—
4. „ „ „ Namslau-Brieg	—	35,40	—	36,16	—	—	35,70	—	—	—	26,44	133,70
5. „ „ „ Ohlau-Nimptsch	—	—	—	—	26,—	—	34,—	—	—	—	30,—	90,—
6. u. 7. Kreis, R.-B. Breslau, Breslau-Ost und -West	—	—	962,—	—	—	960,—	—	—	886,—	—	—	2808,—
8. Kreis, R.-B. Breslau, Breslau-Land	—	—	—	223,80	—	—	220,—	—	—	—	198,54	642,34
9. „ „ „ Striegau-Schweidnitz	—	—	—	195,85	—	176,70	—	—	195,40	—	—	567,95
10. „ „ „ Waldenburg	—	—	156,—	—	—	172,50	—	—	170,—	—	—	498,50
11. „ „ „ Reichenbach-Neurode	—	—	204,75	—	—	262,77	—	—	243,90	—	—	711,42
1. „ „ Liegnitz, Grünberg-Freistadt	20,94	—	—	—	—	8,30	—	—	8,30	19,10	—	56,64
2. „ „ „ Sagan-Sprottau	—	—	—	—	—	13,30	—	—	13,30	—	—	26,60
3. „ „ „ Glogau	—	—	—	—	—	10,—	—	—	10,—	—	—	20,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
4. Kreis, R.-B. Liegnitz, Lüben-Bunzlau	—	—	—	—	—	92,—	—	—	92,—	—	—	184,—
5. „ „ „ Löwenberg	—	—	—	—	—	22,30	—	—	22,30	—	—	44,60
6. „ „ „ Liegnitz-Hainau	—	86,74	—	59,—	—	—	56,04	—	—	—	89,18	290,96
7. „ „ „ Landeshut-Jauer	—	—	52,—	—	—	50,—	—	—	60,—	—	—	162,—
8. „ „ „ Schönau-Hirschberg	—	—	23,05	—	—	25,40	50,—	—	22,15	—	—	120,60
9. „ „ „ Görlitz-Lauban	128,44	—	—	—	—	220,54	—	—	220,54	196,36	—	765,88
10. „ „ „ Rothenburg-Hoyerswerda	44,12	—	—	—	—	22,92	—	—	22,92	—	—	89,96
2. „ „ Oppeln, Oppeln	—	—	—	1,12	—	—	—	—	—	—	—	1,12
4. „ „ „ Lublinitz-Gleiwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,—	12,—
5. „ „ „ Beuthen-Tarnowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,60	100,60
6. „ „ „ Kattowitz-Zabrze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	102,—	102,—
8. „ „ „ Ratibor	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,—	10,—
9. „ „ „ Leobschütz	—	—	—	—	—	—	4,—	—	—	—	4,45	8,45
10. „ „ „ Neustadt	—	—	10,24	—	—	—	15,—	—	—	—	15,51	40,75
12. „ „ „ Neiße	—	—	—	1,90	—	—	4,60	—	—	—	—	6,50
Extrabeitrag aus dem Eulengebirge, Oberlangenbielau	—	—	—	100,—	—	100,—	—	—	—	—	100,—	800,—
Provinz Schlesien total	193,50	122,14	1408,04	630,59	26,—	2136,73	431,88	—	1966,81	215,46	691,82	7822,97
Provinz Sachsen.												
1. Kreis, R.-B. Magdeb., Salzwedel-Gardelegen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33,80	—	33,80
2. „ „ „ Osterburg-Stendal	—	—	—	70,08	—	—	—	—	—	—	—	70,08
4. „ „ „ Stadt Magdeburg	800,—	—	—	—	800,—	—	800,—	—	—	700,—	—	3100,—
5. „ „ „ Wolmirst.-Neuhaldensleb.	105,—	—	—	—	—	—	110,—	—	—	—	—	215,—
6. „ „ „ Wanzleben	—	—	—	—	—	200,—	—	—	—	—	200,—	400,—
7. „ „ „ Aschersleben-Kalbe	121,40	—	145,80	—	—	—	267,75	—	313,30	—	—	848,25
8. „ „ „ Oschersleben-Halberst.	98,80	—	—	—	—	—	—	—	—	100,—	—	198,80
2. „ „ Merseby., Wittenberg-Schweinitz	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,—	110,—
3. „ „ „ Bitterfeld-Delitzsch	—	—	—	100,—	—	—	—	150,—	—	—	80,—	330,—
4. „ „ „ Halle u. Saalkreis	—	—	—	—	—	—	400,—	400,—	400,—	—	400,—	1600,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
6. Kreis, R.-B. Merseburg, Sangerhausen-Eckartsberga	20,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—
8. „ „ „ Naumburg-Zeitz	—	—	—	—	—	800,—	—	—	—	—	800,—	1600,—
1. „ „ Erfurt, Nordhausen	—	—	40,28	—	—	175,69	—	—	—	—	—	215,97
3. „ „ „ Mühlhausen-Langens.	—	—	—	—	52,80	—	44,52	—	—	—	48,24	145,56
4. „ „ „ Erfurt-Schleusingen	—	—	—	—	—	—	150,—	—	—	—	—	150,—
Provinz Sachsen total	1145,20	50,—	186,08	170,08	852,80	1175,69	1772,27	550,—	713,30	1633,80	788,24	9037,46
Provinz Schleswig-Holstein.												
1. u. 2. Kreis, Hadersleben und Flensburg	—	—	—	—	—	—	314,04	—	282,18	—	251,58	847,80
3. Kreis, Schleswig-Eckernförde	—	—	90,12	—	—	149,92	—	—	120,90	—	—	360,94
4. „ Tondern-Husum	59,34	—	—	52,56	—	—	29,94	—	—	35,34	—	177,18
5. „ Itzehoe	—	—	269,12	—	—	—	322,24	—	—	284,—	—	875,36
6. „ Pinneberg-Ottensen	—	1541,—	—	—	—	1590,—	—	—	—	1441,—	—	4572,—
7. „ Kiel	—	—	—	2200,—	—	—	2000,—	—	1600,—	—	—	5800,—
9. „ Neustadt i. Holst.	—	—	—	42,06	—	—	—	—	—	—	98,82	140,88
8. u. 10. Kreis, Altona u. Lauenburg	—	—	1367,28	—	—	1308,06	—	—	—	1388,34	—	4063,68
Provinz Schleswig-Holstein total	59,34	1541,—	1726,52	2294,62	—	3047,98	2666,22	—	2003,08	3148,68	350,40	16837,84
Provinz Hannover.												
1. Kreis, Emden-Norden	—	—	—	75,54	—	—	41,51	—	—	—	34,10	151,15
4. „ Osnabrück	—	—	—	—	—	222,60	—	—	—	—	—	222,60
5. „ Melle-Diepholz	—	—	—	—	—	—	24,50	—	—	—	—	24,50
7. „ Neustadt-Nienburg	—	—	—	—	—	—	—	123,25	—	—	—	123,25
8. „ Hannover-Linden	1000,—	—	—	1000,—	—	2000,—	—	1000,—	—	1000,—	1000,—	7000,—
10. „ Hildesheim	305,46	—	—	—	—	—	340,80	—	—	—	—	646,26
12. „ Göttingen-Münden	—	—	—	—	—	—	90,—	—	—	—	—	90,—
13. „ Goslar-Zellerfeld	—	—	—	77,—	—	—	81,—	—	—	—	—	158,—
14. „ Celle	—	—	—	—	—	314,60	—	—	—	—	—	314,60
15. „ Lüchow-Uelzen	—	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	50,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
17. Kreis, Harburg-Zeven	—	—	—	1033,20	—	—	—	—	500,—	—	—	1533,20
18. „ Stade-Blumenthal	—	—	—	—	—	—	829,20	—	—	372,90	—	702,10
19. „ Kehdingen-Neuh.-Bremerhaven	—	—	436,70	—	—	—	—	364,30	—	355,10	—	1156,10
Provinz Hannover total	1305,46	—	436,70	2185,74	—	2537,20	957,01	1487,55	500,—	1728,—	1034,10	12171,76
Provinz Westfalen.												
1. Kreis, R.-B. Münster, Tecklenburg-Steinf.	—	—	—	—	—	—	—	15,60	—	—	—	15,60
3. „ „ „ Borken-Recklinghaus.	—	—	130,50	—	—	158,15	—	—	175,32	—	—	463,97
1. „ „ Minden, Minden-Lübbecke	—	—	—	—	—	—	—	69,87	—	—	—	69,87
3. „ „ „ Bielefeld-Wiedenbr.	—	—	—	—	—	905,12	—	—	—	—	463,04	1368,16
1. „ „ Arnsberg, Wittgenstein-Siegen	5,—	—	—	7,60	—	—	—	—	—	—	—	12,60
3. „ „ „ Altena-Iserlohn	—	—	—	—	—	—	66,36	—	—	32,76	—	99,12
4. „ „ „ Hagen-Schwelm	—	—	388,96	—	—	289,05	—	—	359,58	—	360,—	1397,59
5. „ „ „ Bochum-Gelsenkirch.	—	—	—	—	800,—	—	748,45	—	—	777,75	800,—	3126,20
6. „ „ „ Dortmund-Hoerde	—	—	689,—	—	—	866,—	—	—	803,—	—	—	2358,—
7. „ „ „ Hamm-Soest	—	—	—	216,—	—	—	224,80	—	—	120,—	—	560,80
Provinz Westfalen total	5,—	—	1208,46	223,60	800,—	2218,32	1039,61	85,47	1337,90	930,51	1623,04	9471,91
Provinz Hessen-Nassau.												
2. Kreis, R.-B. Kassel, Kassel-Melsungen	—	—	432,60	—	—	235,44	—	—	—	317,92	—	985,96
5. „ „ „ Marburg-Frankenb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66,20	66,20
8. „ „ „ Hanau	—	—	—	—	300,—	—	300,—	—	—	—	300,—	900,—
1. „ „ Wiesbaden, Höchst-Usingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	812,—	812,—
2. „ „ „ Stadt Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,—	300,—
3. „ „ „ Unterwesterw.-Wirges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113,—	113,—
6. „ „ „ Frankfurt a. M.	—	—	980,—	—	—	1000,—	—	—	1050,—	—	970,—	4000,—
Provinz Hessen-Nassau total	—	—	1412,60	—	300,—	1235,44	300,—	—	1050,—	317,92	2561,20	7177,16

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Rheinprovinz.												
1. Kreis, R.-B. Koblenz, Wetzlar-Altenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,—	60,—
2. „ „ „ Neuwied	7,28	—	—	10,54	—	7,50	—	—	—	—	—	25,32
3. „ „ „ Koblenz-St. Goar	—	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	20,—
1. „ „ Düsseldorf, Lennep-Mettmann	—	—	—	507,90	—	—	481,08	—	—	—	250,—	1238,98
2. „ „ „ Elberfeld-Barmen	—	—	700,—	—	—	700,—	—	—	750,—	—	—	2150,—
3. „ „ „ Solingen	—	—	400,—	—	—	480,—	—	—	500,—	—	—	1380,—
4. „ „ „ Düsseldorf	—	—	318,90	—	—	332,12	—	—	364,—	—	—	1015,02
5. „ „ „ Essen	—	—	432,12	—	—	500,—	—	—	436,—	—	—	1368,12
6. „ „ „ Mülheim-Duisburg	—	—	423,24	—	—	275,71	—	—	419,28	—	—	1118,23
7. „ „ „ Moers-Rees	—	—	34,92	—	—	—	48,12	—	—	—	—	83,04
8. „ „ „ Kleve-Geldern	—	—	6,68	—	—	3,06	—	—	—	—	8,78	18,52
10. „ „ „ München-Gladbach	82,92	—	39,54	—	—	—	60,—	—	—	—	—	182,46
11. „ „ „ Krefeld	—	—	156,96	—	—	162,90	—	—	140,24	—	—	460,10
1. u. 2. Kreis, R.-B. Köln, Köln Stadt u. Land	—	—	—	—	—	—	600,—	—	—	—	1000,—	1600,—
3. Kreis, R.-B. Köln, Bergheim-Euskirchen	—	—	16,36	—	—	21,—	—	—	16,—	—	—	53,36
4. „ „ „ Rheinbach-Bonn	20,—	—	—	30,—	—	—	30,—	—	—	30,—	—	110,—
6. „ „ „ Mülheim-Wipperfürth	—	—	294,—	—	—	280,50	—	—	150,—	—	—	724,50
3. „ „ Trier, Trier	—	—	—	—	—	7,80	8,62	—	—	—	—	16,42
5. „ „ „ Saarbrücken	—	25,—	—	—	—	34,80	—	—	—	—	—	59,80
6. „ „ „ Ottweiler-St. Wendel	—	—	—	12,—	—	—	—	—	—	—	—	12,—
2. „ „ Aachen, Aachen-Land-Eupen	—	—	39,—	—	—	50,—	—	—	—	—	38,50	127,50
3. „ „ „ Aachen Stadt	—	—	—	74,36	—	—	92,08	—	—	—	74,24	240,68
Rheinprovinz total	110,20	25,—	2861,72	634,80	—	2955,39	1339,90	—	2775,52	30,—	1431,52	12064,05
Königreich Preußen total	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*	198489,11
Königreich Bayern.												
1. u. 2. Kreis, R.-B. Oberbayern, München I u. II	—	—	722,04	—	—	—	784,17	—	776,16	—	—	2282,37
3. Kreis, R.-B. Oberbayern, Aichach (Lechhaus.)	6,69	—	—	23,13	—	24,24	13,53	—	21,93	7,68	—	97,20
4. „ „ „ Ingolstadt	12,54	—	—	—	—	—	33,30	—	—	13,53	—	59,37
5. „ „ „ Wasserburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,06	—	3,06

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
6. Kreis, R.-B. Oberbayern, Weilheim	21,21	—	—	—	—	—	31,95	—	—	17,36	—	70,52
7. " " " Rosenheim	19,38	—	—	—	—	—	38,34	—	—	23,16	—	80,88
8. " " " Traunstein	11,37	—	—	—	—	—	35,73	—	—	27,90	—	75,—
2. " " Niederbayern, Straubing	3,—	—	—	—	—	—	8,22	—	—	2,79	—	14,01
3. " " " Passau	5,84	—	—	—	—	—	9,24	—	—	3,24	—	17,82
4. " " " Pfarrkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,37	—	2,37
1. " " Pfalz, Ludwigshafen-Speyer	—	—	—	454,53	—	—	410,37	—	—	440,22	—	1305,12
2. " " " Landau	—	—	—	85,26	—	—	72,80	—	—	73,16	—	230,72
3. " " " Germersheim	—	—	—	14,94	—	—	13,38	—	—	14,85	—	43,17
4. " " " Pirmasens-Zweibr.	—	—	—	90,48	—	—	92,43	—	—	95,16	—	278,07
5. " " " Homberg	—	—	—	2,01	—	—	3,03	—	—	3,18	—	8,22
6. " " " Kaiserslautern	—	—	—	66,51	—	—	71,55	—	—	63,54	—	201,60
Gau Pfalz, Extrabeitrag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,89	—	9,89
1. Kreis, R.-B. Oberpfalz, Regensburg	—	18,66	—	—	29,61	—	—	27,90	—	—	30,—	106,17
2. " " " Amberg	—	4,17	—	—	4,92	—	—	4,68	—	—	6,30	20,07
3. " " " Neumarkt	—	1,26	—	—	2,31	—	—	2,25	—	—	2,43	8,25
4. " " " Neuenburg v. W.	—	—	—	—	7,41	—	—	3,51	—	—	—	10,92
5. " " " Neustadt a. W.	—	—	—	—	14,25	—	—	13,62	—	—	13,80	41,67
1. " " Oberfranken, Hof	—	—	—	—	118,74	—	—	130,80	—	—	114,84	364,38
2. " " " Bayreuth	—	—	—	—	233,46	—	—	123,15	—	—	110,04	466,65
3. " " " Kulmbach	—	65,79	—	—	28,65	—	—	28,89	—	—	30,63	153,96
4. " " " Kronach	—	62,46	—	—	53,82	—	—	70,89	—	—	52,47	239,64
5. " " " Bamberg	—	48,30	—	—	24,03	—	—	36,03	—	—	36,81	145,17
1. " " Mittelfr., Nürnberg	—	—	—	—	995,07	—	—	1024,08	—	—	1072,98	3092,13
2. " " " Erlangen-Fürth	—	—	—	—	437,55	—	—	448,92	—	—	453,21	1339,68
3. " " " Ansbach-Schwab.	—	101,05	—	—	84,06	—	—	85,74	—	—	94,50	365,35
4. " " " Eichstädt	—	14,64	—	—	12,78	—	—	10,62	—	—	12,12	50,16
5. " " " Dinkelsbühl	—	13,98	—	—	13,14	—	—	14,01	—	—	17,01	58,14
6. " " " Rothenburg a. T.	—	—	—	—	19,77	—	—	6,21	—	—	7,59	33,57
1. " " Unterfranken, Aschaffenburg	—	—	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	50,—
2. " " " Kitzingen	—	13,89	—	—	9,57	—	—	9,18	—	—	12,60	45,24
4. " " " Neustadt a. S.	—	—	—	—	9,84	—	—	9,84	—	—	7,80	27,48
5. " " " Schweinfurt	—	53,79	—	—	54,66	—	—	63,39	—	—	60,84	232,68

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
6. Kreis, R.-B. Unterfranken, Würzburg	—	60,12	—	—	60,54	—	—	60,45	—	—	56,16	237,27
1. " " Schwaben, Augsburg	68,34	—	10,—	—	—	10,—	145,26	—	10,—	81,36	—	324,96
2. " " " Donauwörth	—	—	—	—	—	—	11,19	—	—	—	—	11,19
3. " " " Dillingen	—	—	—	—	—	—	1,26	—	—	3,84	—	5,10
4. " " " Illertissen	5,40	—	—	—	—	—	15,51	—	—	6,35	—	27,26
5. " " " Kaufbeuren	11,85	—	—	—	—	—	8,82	—	—	4,62	—	25,29
6. " " " Immenstadt	16,29	—	—	—	—	—	38,88	—	—	24,51	—	79,68
Königreich Bayern total	181,41	458,11	782,04	736,86	2214,18	84,24	1838,46	2174,16	808,09	921,77	2192,13	12341,45
Königreich Sachsen.												
1. Kreis, Zittau	—	—	149,80	—	—	—	—	—	—	361,60	—	511,40
4. " Dresden-Neustadt	—	—	—	—	—	—	1200,—	—	—	—	—	1200,—
5. " Dresden-Altstadt	—	—	—	600,—	—	—	—	—	—	1000,—	261,20	1861,20
6. " Dresden-Land	2000,—	—	1000,—	—	—	—	1000,—	—	1000,—	1400,—	1600,—	8000,—
7. " Meißen	—	—	—	—	—	—	600,—	—	—	—	—	600,—
12. " Leipzig-Stadt	—	—	500,—	—	—	500,—	—	—	—	500,—	500,—	2000,—
13. " Leipzig-Land	—	—	4000,—	—	6000,—	—	—	6000,—	—	—	7000,—	23000,—
14. " Borna	—	200,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,—
15. " Mittweida	—	400,—	—	—	—	400,—	—	400,—	—	—	400,—	1600,—
16. " Chemnitz	—	—	10000,—	—	—	—	—	—	—	—	—	10000,—
17. " Meerane	—	—	100,—	—	100,—	—	—	100,—	—	—	100,—	400,—
18. " Zwickau	—	—	—	—	—	—	—	600,—	—	—	—	600,—
19. " Stollberg	—	—	—	—	150,—	—	—	—	150,—	150,—	—	450,—
20. " Zschopau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350,—	350,—
21. " Annaberg-Schwarzenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350,—	350,—
23. " Plauen-Oelsnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—	50,—
Königreich Sachsen total	2000,—	600,—	15749,80	600,—	6250,—	900,—	2800,—	7100,—	1150,—	3411,60	10611,20	51172,60
Königreich Württemberg.												
1. Kreis, Stuttgart	—	—	598,36	289,64	—	473,72	—	—	684,80	—	—	2046,52
2. " Cannstatt	—	—	—	380,40	—	—	380,64	—	320,16	—	—	1081,20
4. " Böblingen	—	—	—	—	—	255,92	—	—	—	—	—	255,92
5. " Eßlingen	—	—	—	195,56	—	—	230,40	—	—	213,44	—	639,40

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
6. Kreis Reutlingen	85,20	—	—	—	—	—	97,66	—	—	—	—	182,86
7. „ Calw-Nagold	—	—	—	—	—	129,68	—	—	—	—	—	129,68
8. „ Freudenstadt	—	—	—	—	—	—	—	81,12	—	—	—	81,12
9. „ Balingen	117,24	—	—	—	—	—	236,12	—	—	—	121,40	474,76
10. „ Göppingen	—	—	—	171,44	—	—	183,24	—	—	183,48	—	538,16
11. „ Schwäb.-Hall	—	64,48	—	—	34,28	—	—	—	33,04	30,56	—	162,36
12. „ Gerabronn-Künzelsau	—	—	—	—	—	—	—	—	11,80	—	—	11,80
13. „ Aalen-Ellwangen	37,60	—	—	—	—	—	39,92	—	—	—	—	77,52
14. „ Ulm	—	—	—	—	—	—	—	—	51,—	—	71,64	122,64
15. „ Biberach	—	—	—	—	12,60	—	—	11,32	—	9,60	—	33,52
Königr. Württemberg total	240,04	64,48	598,36	1037,04	46,88	859,32	1167,98	92,44	1100,80	437,08	193,04	5837,46
Großherzogtum Baden.												
2. Kreis, Donaueschingen	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
3. „ Schopfheim-Waldshein	—	—	—	—	—	—	92,10	—	—	—	—	92,10
4. „ Lörrach-Müllheim	—	—	—	—	—	9,25	—	—	—	—	—	9,25
7. „ Kehl-Offenburg	—	—	—	—	—	—	85,20	—	—	—	—	85,20
8. „ Bühl-Rastatt	30,96	—	—	49,35	—	21,—	—	—	—	—	49,40	150,71
9. „ Pforzheim	290,40	—	—	275,10	—	—	—	—	301,20	—	—	866,70
10. „ Karlsruhe	—	—	—	—	241,15	197,95	—	—	—	—	—	439,10
11. „ Mannheim	—	—	700,—	—	—	800,—	—	—	500,—	—	—	2000,—
12. „ Heidelberg	77,50	—	82,—	—	—	110,—	—	—	—	—	—	269,50
Großherzogt. Baden total	448,86	—	782,—	324,45	241,15	1138,20	177,30	—	801,20	—	49,40	3962,56
Großherzogtum Hessen.												
1. Kreis, Gießen	—	—	—	—	—	180,—	—	—	—	—	135,—	315,—
2. „ Friedberg-Büdingen	—	—	—	—	—	240,—	—	—	—	—	240,—	480,—
3. „ Lauterbach	—	—	—	—	—	15,—	—	—	—	—	15,—	30,—
4. „ Darmstadt	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	—	600,—	900,—
5. „ Offenbach	—	—	—	—	—	1200,—	—	—	—	—	1050,—	2250,—
6. „ Erbach	—	—	—	—	—	60,—	—	—	—	—	60,—	120,—
7. „ Worms	—	—	—	—	—	120,—	—	—	—	—	105,—	225,—

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
8. Kreis, Bingen	—	—	—	—	—	28,50	—	—	—	—	37,50	66,—
9. „ Mainz	—	—	—	—	—	300,—	—	—	—	—	375,—	675,—
Großherzogtum Hessen total	—	—	—	—	—	2443,50	—	—	—	—	2617,50	5061,—
Großherz. Mecklenburg-Schwerin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	600,—	600,—
Großherz. Sachsen-Weimar.												
1. Kreis, Weimar	—	—	—	140,98	—	—	—	—	—	170,60	119,67	431,25
2. „ Eisenach	—	—	—	—	—	—	150,—	—	—	—	—	150,—
3. „ Neustadt a. O.-Jena	—	—	—	—	465,90	—	—	—	—	—	534,10	1000,—
Großherz. Sachsen-Weimar total	—	—	—	140,98	465,90	—	150,—	—	—	170,60	653,77	1581,25
Großherzogtum Oldenburg.												
1. Kreis Oldenburg	—	—	142,50	—	—	—	132,70	—	—	132,56	—	407,76
1. Kreis Oberstein	—	21,64	28,73	—	—	30,52	—	—	—	—	64,70	145,59
1. Kreis Fürstentum Lübeck	—	—	—	—	147,—	—	136,80	—	—	163,14	—	446,94
2. „ Jever und 2. hannov. Kreis	—	—	—	—	492,	396,—	—	—	—	629,—	—	1517,—
3. „ Delmenhorst	—	—	—	89,80	—	—	60,60	—	—	75,20	—	225,60
Großherz. Oldenburg total	—	21,64	171,23	89,80	639,—	426,52	330,10	—	—	999,90	64,70	2742,89
Herzogtum Braunschweig.												
1. Kreis, Braunschweig	—	—	511,52	—	—	—	495,96	—	—	534,68	—	1542,16
2. „ Helmstedt	—	—	82,48	—	—	—	79,72	—	—	58,60	—	220,80
3. „ Holzminden	—	—	163,24	—	—	—	85,80	—	—	70,28	—	319,32
Herzogt. Braunschweig total	—	—	757,24	—	—	—	661,48	—	—	663,56	—	2082,28
Herzogtum Sachsen-Meiningen.												
Meiningen I und II	—	200,—	—	—	294,09	—	—	264,94	—	—	218,70	* 977,73
Herzogtum Sachsen-Altenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1370,—	1370,—
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.												
1. Kreis, Coburg	—	—	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	50,—

* An dieser Beitragsleistung ist der Wahlkreis Meiningen I (Meiningen-Hildburghausen) mit 105,48 Mk., der Wahlkreis Meiningen II (Sonneberg-Saalfeld) mit 872,25 Mk. beteiligt.

Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Herzogtum Anhalt.												
1. Kreis, Dessau-Zerbst	—	100,—	—	140,—	—	—	—	—	—	—	280,—	520,—
2. „ Bernburg-Köthen	—	96,58	—	—	245,40	—	—	—	—	—	—	341,98
Herzogtum Anhalt total	—	196,58	—	140,—	245,40	—	—	—	—	—	280,—	861,98
Fürstentum Reuß ältere Linie	—	—	—	—	130,—	—	—	—	—	240,—	100,—	470,—
Fürstentum Reuß jüngere Linie	—	—	—	500,—	—	—	—	—	—	300,—	—	800,—
Fürstentum Lippe	—	—	—	—	—	—	101,40	—	—	—	—	101,40
Freie u. Hansestadt Lübeck	450,—	—	—	500,—	—	—	600,—	—	—	600,—	—	2150,—
Freie u. Hansestadt Bremen	—	—	2000,—	—	—	800,—	—	—	—	2000,—	4333,34	9133,34
Freie u. Hansestadt Hamburg.												
1. Kreis	—	—	—	—	5000,—	—	—	6000,—	—	—	8000,—	19000,—
2. „	—	—	—	—	5000,—	—	—	3000,—	—	—	6000,—	14000,—
3. „	10000,—	—	—	—	18000,—	—	—	10000,—	—	—	17000,—	50000,—
Hamburg, Gesamt-Partei	—	25000,—	—	—	—	—	—	—	318,28	—	12000,—	37318,28
Freie u. Hansestadt Hamburg total	10000,—	25000,—	—	—	23000,—	—	—	19000,—	318,28	—	43000,—	120318,28
Elsaß-Lothringen.												
2. Kreis, Mülhausen	—	—	51,04	—	—	45,96	—	—	77,72	—	52,84	227,56
3. „ Colmar	—	—	—	—	—	31,56	—	—	—	—	—	31,56
5. „ Rappoltsweiler	—	—	—	—	—	17,24	—	—	7,40	—	—	24,64
7. „ Molsheim	—	—	35,84	—	—	—	—	—	—	—	—	35,84
8. „ Straßburg-Stadt	—	257,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	257,40
9. „ Straßburg-Land	—	—	—	—	77,40	—	—	—	—	—	44,84	122,24
12. „ Saargemünd-Forbach	—	—	—	—	—	—	—	5,80	—	2,84	—	8,64
14. „ Metz (Bezirksbeitrag)	—	—	—	—	—	—	28,40	—	—	—	—	28,40
Elsaß-Lothringen total	—	257,40	86,88	—	77,40	94,76	28,40	5,80	85,12	2,84	97,68	736,28
Beitrag der P. P. S.	—	—	55,50	—	—	72,50	—	—	—	73,20	—	201,20

B. Sonstige Beiträge, [illegible] gehend.

Ort oder sonstige Bezeichnung	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Amora in Portugal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,—	—	4,—
Berlin	411,30	577,50	471,60	378,65	426,15	884,35	433,55	819,45	1144,25	387,05	798,45	6727,30
Bern	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	50,—	90,48	—	100,—	50,—	50,—	590,48
Bremen	—	—	—	—	7,—	10,—	—	—	—	—	—	17,—
Bromberg	—	3,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—
Brüssel	—	—	—	—	—	—	14,51	—	—	—	—	14,51
Butzbach	—,50	—	—	6,—	—	5,—	—	5,—	2,50	—	—	19,—
Buxtehude	—	—	—	2,—	—	—	—	2,—	—	—	—	4,—
Chemnitz	—	1,—	5,—	—	—	9,25	3,50	—	1,—	—	—	19,75
Crefeld	—	—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	10,—
Dresden	1,—	2,—	1,50	1,50	1,50	—	1,—	1,—	1,—	1,50	—	12,—
Falkenberg (Oberschlesien)	16,—	2,—	3,—	5,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,—	3,50	47,50
Friedenau	5,—	5,—	—	—	—	5,—	5,—	5,—	5,—	—	5,—	35,—
Friedrichsort	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	2,—
Ginsheim	—	—	—	—	—	20,—	—	—	—	—	—	20,—
Goldbeck	10,—	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	20,—
Grünau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—
Hamburg	303,15	52,30	553,25	130,—	147,75	155,70	136,37	118,70	229,25	176,50	—	2002,97
Hechlingen	—	—	—	—	—	—	9,74	—	—	—	—	9,74
Köln a. Rh.	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	20,—	30,—	20,—	20,—	230,—
Königsberg i. Pr.	—	—	—	—	22,50	—	—	—	—	—	—	22,50
Kopenhagen	—	—	—	—	—	37,—	—	—	—	—	—	37,—
Leisnig	—	—	—	40,—	—	—	—	—	—	—	—	40,—
Lima in Peru	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,—	20,—

Ort oder sonstige Bezeichnung	Augsburg	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summa
Limbach	—	50,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,—
Liebau i. Schl.	—	—	—	10,—	—	—	—	—	—	—	—	10,—
Luckenwalde	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	5,—	—	—	—	5,—	5,—	55,—
Mrotzen	—	—	—	—	—	25,—	—	—	—	—	—	25,—
München-Au	—	—	—	—	—	26,30	—	—	—	—	—	26,30
Niederfeldig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,60	—	10,60
Nürnberg	—	—	—	—	6,—	—	—	—	—	—	—	6,—
Oggersheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,—	—	30,—
Ottweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	3,—
Paris	—	—	—	—	—	100,—	—	—	—	—	—	100,—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	30,60	—	—	—	30,60
Saarbrücken	—	—	—	—	—	—	—	3,—	—	—	—	3,—
Schöneberg	1,—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,—
Sohland a. Spree	—	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	2,—
Stuttgart	10,—	10,—	10,—	10,—	10,—	—	10,—	—	10,—	10,—	10,—	90,—
Kegel	—	—	—	—	—	—	—	2,—	—	—	—	2,—
Vorwärts	—	—	35032,—	—	—	42507,55	—	—	24272,05	—	—	101811,60
Vorwärts-Buchhandlung	—	—	—	—	—	15000,—	—	10000,—	—	—	3000,—	28000,—
Wahrer Jakob, Neue Zeit, Gleichheit	—	—	15000,—	—	—	5000,—	—	—	15000,—	—	—	35000,—
X. y. Z.	—	—	5000,—	—	—	35000,—	—	—	5000,—	—	—	45000,—
Zehdenick	—	—	10,30	—	—	—	—	—	—	—	—	10,30
Zingst	—	—	—	—	—	6,—	—	1900,—	—	—	—	6,—
Diverse	4174,28	—	—	—	—	4494,80	—	—	—	—	—	10569,08

Bildungsausschuß.

Zweiter Jahresbericht 1907/08.

Allgemeines.

Am Schlusse des ersten Jahresberichtes wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das zweite Jahr der Tätigkeit des Bildungsausschusses die Fühlung mit den Genossen im Lande erweitern und zugleich fester gestalten möge. Erfreulicherweise kann der zweite Jahresbericht mit der Mitteilung beginnen, daß diese Hoffnung in Erfüllung gegangen ist. Im verflossenen Jahre haben die organisierten Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands mit regem Eifer die Bildungsangelegenheiten in die Hand genommen, an Form und Umfang zwar — je nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und der anderen Vorbedingungen — verschieden, im guten Wollen und in der Absicht, damit dem Befreiungskampfe des Proletariats zu dienen, alle gleich. Der Drang nach Aufklärung und Weiterbildung steckt zwar von jeher in der deutschen Arbeiterklasse, und sie hat auch stets Mittel und Wege zu finden gewußt, um ihr Bildungsbedürfnis zu befriedigen. Aber eine Reihe von Umständen, die in anderem Zusammenhange in den letzten Jahren hinlänglich erörtert worden sind, haben die deutschen Arbeiter gerade neuerdings angespornt, auf neuen Wegen und mit vermehrter Energie den besonderen Bildungsmitteln nachzueifern, die sie in ihrer Eigenschaft als bewußte Klassenkämpfer für ein neues soziales Ideal zu fördern vermögen.

Aber auch nach edlen künstlerischen Genüssen sehnen sich die Arbeiter. Sie empfinden es bitter, daß sie bisher von der Kunst und ihren Freuden abgesperrt worden sind, und daß man ihnen höchstens wertlose Pseudokunst geboten hat. Die organisierten Arbeiter sind heute wirtschaftlich zu einem Faktor herangediehen, der sich auch auf Gebieten Beachtung zu verschaffen weiß, auf denen er früher gar nicht mitsprach. In vielen Städten stehen den organisierten Arbeitern die Theater für Nachmittags- (gelegentlich auch für Abend-) Vorstellungen zur Verfügung, bei sonstigen künstlerischen Veranstaltungen (Konzerten, Ausstellungen) erleichtert man ihnen den Besuch, und zahlreiche hervorragende Künstler (Schauspieler, Sänger, Rezitatoren) sind jederzeit gern bereit, vor einem Arbeiterpublikum vorzutragen.

In diesem großen Bildungseifer, der mit Freuden zu begrüßen ist und der nach wie vor mit allen Kräften gefördert werden muß, liegt aber auch eine gewisse Gefahr, vor der wir warnen müssen. Die Bildungsbewegung darf heute nicht als Selbstzweck betrachtet werden, der sie als gleichberechtigte Institution

neben Partei und Gewerkschaften stellt, sondern die Weiterbildung soll sich dem großen Zweck der modernen Arbeiterbewegung unterordnen, sie soll ihm dienen. Und darum darf sie nicht, besonders nicht in ihrem unwichtigeren künstlerischen Teil, breitspurig in den Vordergrund treten und den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aktionen hindernd in den Arm fallen. Diese Gefahr tritt ein, wenn die Bildungsprogramme zu umfangreich und bunt sind. Leicht gewöhnen sich dann die indifferenteren Elemente der organisierten Arbeiter daran, in ihrer Teilnahme an den Bildungsveranstaltungen eine wesentliche Partei- oder Gewerkschaftstätigkeit zu sehen, während umgekehrt eine richtig geleitete Bildungsarbeit die Teilnahme der Arbeiter an den politischen und gewerkschaftlichen Aktionen steigern und beleben muß. Und vor einer weiteren Gefahr möchten wir die Leiter von Bildungsveranstaltungen warnen: sie müssen jetzt fast gewissenhafter als sonst vor Pseudowissenschaft und Pseudokunst auf der Hut sein. Der neuerwachte Bildungseifer der Arbeiter kann leicht von gewissenlosen Spekulanten auf die Urteilsunfähigkeit des einfachen Arbeiters ausgenutzt werden. Wissenschaftliche oder künstlerische Angebote, über deren Zuverlässigkeit nicht völlige Klarheit besteht, lehne man ab, wenn man nicht von kompetenter Stelle Erkundigungen einziehen kann. Ferner glaube man nicht, daß eine Veranstaltung schon dadurch zu einem Kunstabend wird, daß man sie so nennt. In den Anleitungen, die der Bildungsausschuß im vorigen Jahre versandt hat, und die er auch in diesem Jahre in erweiterter Form herausgeben und versenden wird, können sich die Parteigenossen im wesentlichen über die Voraussetzungen einer guten belehrenden oder künstlerischen Veranstaltung informieren.

Im übrigen ist der Bildungsausschuß jederzeit zu Rat und Hülfe bereit, soweit er dazu in der Lage ist. Auch in dem verflossenen Jahre hat er darin einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit gesehen. Die Zahlen der Korrespondenz des Bildungsausschusses geben ein ungefähres Bild von dem Umfang dieser Tätigkeit. Vom 15. Juli 1907 bis zum 1. Juli 1908 gingen ein 567 Briefe, 871 Karten, 39 Pakete, 15 Telegramme, 39 Drucksachen; in demselben Zeitraum gingen aus: 477 Briefe, 414 Karten, 68 Pakete, 15 Telegramme, 1701 Drucksachen. Bei dieser helfenden und anregenden Tätigkeit, die diese Zahlen widerspiegeln, ging der Bildungsausschuß aber niemals von dem Gedanken aus, schablonisieren oder nach irgendeinem organisatorischen Schema zentralisieren zu wollen. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Bemühen schon an der Verschiedenartigkeit der lokalen Verhältnisse scheitern würde, wäre es auch durchaus unrichtig, da einer fruchtbringenden Bildungsarbeit der Spielraum der frischen, freudigen Initiative in den einzelnen Orten bleiben muß. Wohl gibt der Bildungsausschuß Anweisungen, Musterprogramme und andere Ratschläge heraus. Aber sie sollen nur eine Anregung sein. Wo man ihrer entraten kann, wird man sie nicht benutzen; in anderen Städten wird man darüber hinausgehen; und für kleinere Orte, für die sie zurzeit noch zuviel bieten, richten sie zum wenigsten ein Ziel auf, dem nachgestrebt werden kann.

Lokale Bildungsausschüsse.

In vielen Orten sind Bildungsausschüsse eingesetzt worden; in den meisten Fällen von der örtlichen Parteiorganisation und von dem Gewerkschaftskartell gemeinsam, gelegentlich auch nur von einer der beiden Instanzen. Diese Bildungsausschüsse (oder Bildungskommissionen oder Bildungsinstitute) haben die Aufgabe, für die Gesamtheit der organisierten Arbeiter an dem betreffenden Orte alle Veranstaltungen belehrenden und künstlerischen Charakters zu arrangieren. Der zentrale Bildungsausschuß ist bei der Gründung solcher

Ausschüsse häufig um Rat und Material ersucht worden. Außerdem haben sich viele Orte, in denen noch kein Bildungsausschuß existiert, und wo deshalb die Bildungsarbeit von der Partei oder vom Gewerkschaftskartell geleistet wird, mit dem Bildungsausschuß in Verbindung gesetzt. An alle Adressen, die der Geschäftsstelle auf diese Weise bekannt geworden sind, werden die Veröffentlichungen des Bildungsausschusses gesandt.

Daß Bildungsveranstaltungen nicht den Zweck haben, finanzielle Ueberschüsse abzuwerfen, sondern, daß in den meisten Fällen umgekehrt erhebliche Geldaufwendungen notwendig sind, um gute Bildungsarbeit zu leisten, wird von den Organisationen fast allgemein gewürdigt. Besonders in den größeren Städten leisten die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaftskartelle den von ihnen eingesetzten Bildungsausschüssen aus diesem Grunde nennenswerte Zuschüsse.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die wichtigste Tätigkeit des Bildungsausschusses im verflossenen Jahre war die erstmalige Organisierung von wissenschaftlichen Wanderkursen. Zwar hat die Geschäftsstelle auch in zahlreichen Fällen Redner für Einzelvorträge vermittelt, aber da für die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit zusammenhängende Vortrags- und Unterrichtskurse ungleich wertvoller sind, kam es dem Ausschuß zunächst darauf an, die organisierten Arbeiter mit dem Wesen und dem Zweck wissenschaftlicher Kurse durch die Praxis vertraut zu machen. Für die Abhaltung der Kurse waren die beiden Genossen Dr. Hermann Duncker und Otto Rühle gewonnen worden, die vom September 1907 bis zum Mai 1908 für den Bildungsausschuß tätig gewesen sind.

Die beiden Genossen wurden von Anfang an so oft verlangt, daß sie in der ganzen Zeit beschäftigt werden konnten. Nur im Frühjahr 1908, als die Landtagswahlbewegung die preußischen Genossen in Anspruch nahm, entstand eine kleine Lücke.

In einem Prospekt, den die Geschäftsstelle im Juli 1907 an die Bildungsausschüsse, sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaftskartelle versandt hatte, waren Vortrags- und Unterrichtskurse empfohlen worden. Der Unterschied zwischen beiden besteht im wesentlichen darin, daß bei den ersteren die Teilnehmerzahl nicht begrenzt zu werden braucht, oder wenn doch, erst bei 250 bis 300 Teilnehmern; zu den Unterrichtskursen können dagegen nur 80—40, allerhöchstens 50 Teilnehmer zugelassen werden. Die Unterrichtskurse finden, wie schon im Namen liegt, in unterrichtlicher Form statt. Auch zu schriftlichen und mündlichen Arbeiten werden die Teilnehmer herangezogen. Es wurde empfohlen, zu solchen Unterrichtskursen nur die befähigtsten und bildungseifrigsten Genossen heranzuziehen; möglichst durch Anwendung eines Delegationssystems. Auch Vortragskurse können durch Delegation zusammengesetzt werden, was den Vorteil mit sich bringt, daß die von den Gewerkschaften und den anderen Korporationen gewählten Teilnehmer mit größerer Gewissenhaftigkeit an den Kursen teilnehmen.

Es hat sich herausgestellt, daß beim erstenmal in einer Stadt die Vortragskurse mit größerer Teilnehmerzahl vorzuziehen sind. Bei einer Fortsetzung der Wanderkurse in derselben Stadt dagegen ist den Organisationen zu empfehlen, Unterrichtskurse zu veranstalten, einmal, um die wirklich befähigten Genossen durch die intensivere Methode der Unterrichtskurse eine besondere Förderung ihres Wissens zu ermöglichen; ferner auch im Hinblick auf den Stoff der zweiten Kurse, der vorzugsweise theoretischer Natur ist (Marx'

ökonomische Lehren), während der erste Kursus historischer Art ist (Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens). Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich die Vortragskurse trotz ihrer größeren Teilnehmerzahl besser bewährt haben, als vorher angenommen worden ist. Die beiden Redner haben durch eine lebhafte Vortragsweise und durch gelegentliche Fragestellung die Vortragsabende so anregend zu gestalten gewußt, daß die Teilnehmer nicht nur während der Dauer des einzelnen Vortrags mit voller Aufmerksamkeit bei der Sache waren, sondern auch an den 8 Abenden des Kursus bis zum letzten mit gleichem Interesse teilnahmen. Wohl fehlte gelegentlich der eine oder andere Teilnehmer, was bei einem Zeitraum von 4 Wochen und mit Rücksicht darauf, daß an den Kursen in erster Linie die auch sonst in Partei und Gewerkschaften vielbeschäftigten Genossen teilnahmen, nicht weiter verwunderlich ist; aber die Durchschnittsziffer der Teilnehmer ist bei allen Kursen (siehe Tabelle 1) eine überaus hohe; und mehr als einmal ist es vorgekommen, daß sich die Teilnehmerzahl von Vortrag zu Vortrag gehoben hat.

Eine Vortragsreise der beiden Wanderredner war jedesmal — mit je einer besonderen Ausnahme — auf vier Wochen berechnet. Während einer solchen Reise war der Vortragende in drei verschiedenen Städten zugleich tätig, und zwar dergestalt, daß er an jedem Abend in einem anderen Orte redete. Es wurde dadurch möglich gemacht, daß in den einzelnen Orten stets mindestens zwei Tage Zwischenraum zwischen den Vortragsabenden lagen. Wenn sich in Zukunft 6 Städte zusammenfinden, die eine gute Bahnverbindung miteinander haben, so läßt sich auch der oft ausgesprochene Wunsch erfüllen, daß in jeder Stadt wöchentlich nur ein Vortragsabend stattfindet. In mehreren Fällen hatte das Arrangement der Kurse ein Provinzial- oder Landeskomitee in die Hand genommen, wodurch erreicht wurde, daß mehrere Wahlkreise oder Bezirke an den Kursen beteiligt waren. Doch hat die Geschäftsstelle es auch in anderen Fällen nach Möglichkeit einzurichten versucht, daß Orte verschiedener Wahlkreise oder Agitationsgebiete an einer Tournee beteiligt waren; ferner auch, daß kleinere Orte in der Umgebung einer größeren Stadt zu den Kursen herangezogen wurden.

Interessante Einblicke in das Bildungsstreben der organisierten Arbeiterschaft gewährt die Tabelle über das Alter der Teilnehmer (siehe Beilage Tabelle I, Seite 95).

Wie aus der Tabelle (siehe Beilage Tabelle II, S. 96): „Uebersicht über die wissenschaftlichen Wanderkurse 1907/08" hervorgeht, ist die systematische Aufklärungsarbeit der beiden festangestellten Wanderredner in dem Zeitraum September bis Mai an 232 Abenden 29 Hauptorten (und über 100 Nebenorten) zugute gekommen. In 15 Orten fanden Unterrichts-, in 14 Orten Vortragskurse statt. Die Teilnahme war 13mal durch Delegation geregelt. An den Unterrichtskursen haben 636 Genossen und 12 Genossinnen, an den Vortragskursen 3241 Genossen und 127 Genossinnen teilgenommen. Sehr erfreulich sind die Zahlen über den Durchschnittsbesuch. An den Unterrichtskursen nahmen regelmäßig 90 Proz., an den Vortragskursen 88 Proz. der eingeschriebenen Hörer teil. Durch diese Zahlen ist das früher sehr häufig erhobene Bedenken zerstreut, daß bei Vortragskursen die Teilnehmer von Vortrag zu Vortrag in größerer Zahl fortbleiben würden.

Wichtig für die allgemeine Beurteilung der Kurse sind die Urteile, die die Veranstalter der einzelnen Kurse, die lokalen Bildungsausschüsse, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, über die Art, den Verlauf und die Erfolge der Kurse abgegeben haben.

In den meisten Urteilen kehrt die Bemerkung wieder, daß derartige Kurse dringend notwendig seien, da besonders die ersten Unterrichtsabende offenbart hätten, wie mangelhaft die Kenntnisse der Teilnehmer in den Grundfragen des historischen Materialismus und der Nationalökonomie sind. Fast in allen Urteilen wird auch darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung und der Ausbau der Kurse dringend zu wünschen sei; mehrere Orte haben sofort eine Bestellung des Redners für nächsten Winter angefügt. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Württembergs, der das Arrangement der Kurse für Württemberg übernommen hatte, faßt sein Urteil dahin zusammen, daß er die Abhaltung solcher und ähnlicher Kurse auf Grund der gemachten Erfahrungen allen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen empfiehlt. Als erfreuliche Nebenwirkung wird in einigen Urteilen der durch die Kurse vermehrte Eifer im Anschaffen und Studieren guter Lektüre hervorgehoben; in anderen wird mitgeteilt, daß die Teilnehmer auch nach Beendigung des Kursus regelmäßig zu Diskussions- und Uebungsabenden zusammenkommen, um das Gelernte zu vertiefen und sich in der praktischen Anwendung zu üben. In einem Urteil wird das für die Kurse aufgewendete Geld als fruchtbare Anlage für die Agitation bezeichnet. Mehrere Urteile rühmen den Eifer der Teilnehmer, der sich besonders dadurch recht auffallend bekundet habe, daß viele Teilnehmer oft einen einstündigen Weg, einige sogar 2—3stündige Wege zum anderen Unterrichtslokal hätten zurücklegen müssen. Mehrmals wird auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Unterrichts- und Vortragsarbeit auf guten Boden gefallen sei und der Partei von praktischem Nutzen sein werde.

Ebenso günstig sind die Berichte, die die beiden Wanderredner über die Kurse in den einzelnen Orten und ihre voraussichtlichen Erfolge eingesandt haben.

Der Bildungsausschuß gewann aus diesen Tatsachen die Ueberzeugung, daß die wissenschaftlichen Wanderkurse einem dringenden Bedürfnis in der Partei entgegenkommen; deshalb hat er auch die Anstellung weiterer Wanderredner ins Auge gefaßt; die zahlreichen Bestellungen von Kursen für den Winter 1908/09, die bis jetzt schon bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, machten diese Absicht außerdem zur Notwendigkeit.

Der Bildungsausschuß hat auch die Anstellung weiterer Wanderredner ins Auge gefaßt; die zahlreichen Bestellungen von Kursen für den Winter 1908/09, die bis jetzt schon bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, machten diese Absicht zur Notwendigkeit.

Schon in der Berichtsperiode konnte der Bildungsausschuß nur dadurch den zahlreichen Wünschen nach Kursen gerecht werden, daß sich einige andere parteigenössische Kräfte in den Dienst der wissenschaftlichen Wanderkurse stellten. Es waren dies die Genossen Julian Borchardt (Nationalökonomie), Max Schütte (Parteigeschichte und Parteiprogramm), Hermann Wendel (Parteigeschichte) und Arbeitersekretär Hermann Müller (Gewerkschaftswesen). Wie sich aus Tabelle III, Seite 98, im einzelnen ergibt, haben an diesen Kursen insgesamt 1477 Hörer teilgenommen, so daß damit die Gesamtzahl der Teilnehmer an den vom Bildungsausschuß veranstalteten Kursen auf 5493 steigt. Auch die Urteile über diese Kurse lauten in ähnlichem Sinne durchaus befriedigend.

Das Winterprogramm.

Die im vorigen Jahresbericht angekündigten Ratschläge und Winke für ein Winterprogramm 1907/08 sind in vielen Hunderten von Exemplaren an alle Interessenten, die beim Bildungsausschuß gemeldet sind, versichert worden. Aus der Art und dem Umfange der Bildungsarbeit, die in der Berichtsperiode

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

in vielen Orten geleistet worden ist, läßt sich erkennen, daß die Ratschläge und Winke dabei gute Dienste geleistet haben. Der Bildungsausschuß hat deshalb beschlossen, auch in Zukunft regelmäßig derartige Anregungen zu versenden. Das Winterprogramm für 1908/09, das ausführlicher als das vorhergehende gehalten sein wird, kommt in diesem Jahre aus verschiedenen Gründen leider erst in der zweiten Hälfte des August zur Versendung.

Die Jugendschriftenbewegung.

Einen wichtigen Teil der Tätigkeit des Bildungsausschusses im verflossenen Winter bildete die Schaffung eines Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendschriften. Seit Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ein derartiges Verzeichnis gewünscht worden. Aber es fehlte bisher an einem Organ, das diese umständliche und schwierige Arbeit in die Hand nehmen konnte. Der Bildungsausschuß hat zunächst 132 Bücher geprüft. Jedes Buch ist von drei verschiedenen Stellen geprüft worden, wodurch ein lebhafter Paketverkehr notwendig wurde. Nachdem sämtliche Bücher geprüft worden waren, trat eine Subkommission des Bildungsausschusses zusammen, um an der Hand der eingegangenen Urteile die Zusammenstellung des Verzeichnisses vorzunehmen. Von den 132 geprüften Büchern wurden 83 in das erste Verzeichnis aufgenommen. Der Bildungsausschuß beschränkte sich nicht darauf, die Bücher in diesem Verzeichnis sachgemäß und übersichtlich anzuordnen, er hat auch jedem Buche eine kurze Kennzeichnung zugefügt, um dadurch den Eltern die Auswahl zu erleichtern.

Das Verzeichnis ist an die gesamte Partei- und Gewerkschaftspresse versandt worden; ferner an alle Adressen, die bei der Geschäftsstelle gemeldet sind. Auch der Vertrauensperson für die Genossinnen Deutschlands sind mehrere hundert Exemplare zur Verfügung gestellt worden. Erfreulicherweise haben fast ausnahmslos sämtliche Parteiblätter das Verzeichnis wörtlich abgedruckt; die Gewerkschaftsblätter haben fast sämtlich die Mitteilung gebracht, daß das Verzeichnis erschienen und von der Geschäftsstelle zu beziehen ist.

Durch diese allgemeine Veröffentlichung und Empfehlung des Verzeichnisses ist das Interesse der sozialdemokratischen Eltern für gute Jugendliteratur mehr und stärker als je zuvor angeregt worden. Die Buchhandlung Vorwärts, in deren Händen der Kommissionsvertrieb in der Hauptsache lag, hat in diesem Jahre erheblich mehr an guten Jugendschriften umgesetzt als in früheren Jahren, und zwar hauptsächlich an Schriften unseres Verzeichnisses. Die Wirkung des Verzeichnisses hoffte der Bildungsausschuß noch dadurch zu erhöhen, daß er in den Wochen vor Weihnachten den mit der Materie bestens vertrauten Wanderredner des Bildungsausschusses, Genossen Rühle, zu einer Vortragstour über: „Jugenderziehung und Jugendliteratur" veranlaßte. Leider war das Interesse für derartige Vorträge und für die Veranstaltung von Jugendschriftenausstellungen noch gering, da nur verhältnismäßig wenig Meldungen für die Vorträge einliefen und die Vorträge meistens nur schlecht besucht waren. Ferner hat der Bildungsausschuß an die Bibliothekskommissionen von Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Arbeiterbibliotheken, Gewerkschaften und Gewerkschaftskartellen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, ihre Bibliotheken durch Anfügung einer Jugendschriftenabteilung zu vervollkommnen.

Der Bildungsausschuß ist sich klar darüber, daß das gegenwärtige Verzeichnis nur erst einen ungenügenden Anfang darstellt; daß die meisten Rubriken

darin noch ungenügend besetzt sind; daß wichtige Bücher noch fehlen. Er hat deshalb beschlossen, daß die Prüfungsarbeit fortgesetzt werden soll, so daß zum nächsten Weihnachtsfest ein erweitertes Verzeichnis zustande kommt. Ferner soll der Parteivorstand ersucht werden, in Gemeinschaft mit dem Bildungsausschuß ein Schreiben an die Parteipresse zu richten, in dem sie gebeten werden soll, minderwertige Schriften nicht zu empfehlen. Soweit als möglich soll auch eine Auswahl guter und billiger Bilder (als Wandschmuck) zusammengestellt werden. Eine Vortragstour in den Wochen vor Weihnachten ist ebenfalls wieder in Aussicht genommen worden. Jedoch soll sie, ebenso wie das Verzeichnis, in diesem Jahre frühzeitiger vorbereitet werden.

Die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken.

Gute Bibliotheken sind eine notwendige Voraussetzung für planmäßige Arbeiterbildung. Der Bildungsausschuß hat deshalb von Anfang der Schaffung von Musterkatalogen und von sachgemäßen Anleitungen für die Praxis des Bibliotheksdienstes seine Aufmerksamkeit zugewendet. Bei der Fülle sonstiger Arbeiten und bei der Schwierigkeit der Frage selbst ist die Vorbereitung der Musterkataloge jedoch nur langsam gefördert worden, so daß erst im August dieses Jahres die Herausgabe und Versendung der zehn ersten Kataloge erfolgen kann.

Der Bildungsausschuß ist bei dieser Arbeit von den Bedürfnissen der kleinsten Organisationen, die sich erst eine Bibliothek anschaffen wollen, ausgegangen. Er hat im ersten Katalog eine Gruppe von Büchern zusammengestellt, deren Preis insgesamt und in gebundenem Zustande 10 Mk. beträgt. Hierbei hat er auch berücksichtigt, daß trotz des niedrigen Preises möglichst viele und doch wiederum auch wertvolle, für die Einführung in den Sozialismus geeignete Bücher gewählt werden müssen. Die zweite Bibliothek enthält die Bücher der ersten und dazu für 15 Mk. neue Bücher, die nach den eben entwickelten Grundsätzen den Bücherschatz der betreffenden Organisation erweitern sollen. Die nächsten Bibliotheken steigen weiter um 25 Mk., später um 50, 100 und 150 Mk., bis die zehnte (und vorläufig letzte) Bibliothek Bücher im Werte von insgesamt 500 Mk. umfaßt. Es ist im weiteren Verlaufe auch darauf geachtet worden, daß grundlegende Bücher aus den verschiedensten Wissensgebieten in die Kataloge eingeführt worden sind. Diese Musterkataloge haben auch für solche Organisationen Wert, die schon eine Bibliothek besitzen, da sie aus den Katalogen ersehen können, welche Bücher ihnen noch fehlen und deshalb bei der nächsten Erweiterung angeschafft werden müssen.

Die zahlreichen Anfragen, die bei der Geschäftsstelle nach solchen Katalogen eingelaufen sind, beweisen zur Genüge, daß sie einem dringenden Bedürfnisse in der Partei entgegenkommen. Wenn sie vorläufig noch nicht alle darauf gesetzten Erwartungen befriedigen sollten, so möge man das mit der Schwierigkeit einer derartigen Zusammenstellung entschuldigen. Im Bildungsausschusse hat gerade diese Arbeit viele Zeit und Mühe beansprucht.

Da die Kataloge auch nach dem pädagogischen Grundsatze angelegt sind, daß vom leichteren zum schwereren fortgeschritten werden muß, werden sie auch für solche Genossen, die eine Anleitung zum Studium der sozialistischen Literatur wünschen, ein willkommener Führer sein. Für sie stellt sich zudem der Anschaffungspreis der Bücher billiger als für Bibliotheken, da für sie nicht die Notwendigkeit vorliegt, die Bücher nur in gebundenem Zustande anzuschaffen (wenn es auch für jedermann zu empfehlen ist), und da sie

ferner nicht die auf besseres Papier und darum erheblich teuere Ausgabe, die bei den Musterkatalogen grundsätzlich in Rechnung gestellt worden ist, zu kaufen brauchen.

Die Einführungen in Dramen und Opern.

Der Bildungsausschuß hat die praktische Ausführung dieses schon im ersten Jahresbericht angekündigten Planes so weit gefördert, daß zum Beginn der nächsten Theatersaison die erste Serie von Einführungen vorliegen wird. In Vorbereitung sind u. a. Einführungen in folgende Dramen: Lessings „Emilia Galotti", Schillers „Kabale und Liebe", Goethes „Egmont" und „Faust I", Hebbels „Maria Magdalena", Kleists „Zerbrochener Krug", Molières „Der Geizige", Ibsens „Nora" und „Volksfeind", Halbes „Jugend", Anzengrubers „Pfarrer von Kirchfeld", Hauptmanns „Weber", Shakespeares „Hamlet", Langmanns „Bartel Turaser", Rosenows „Kater Lampe", Beethovens „Fidelio", Webers „Freischütz", Wagners „Tannhäuser". Die Serie der Einführungen soll dauernd nach Bedarf ergänzt werden. Der Preis ist so billig berechnet, daß die Organisationen, die Volksvorstellungen veranstalten, die Einführungshefte in Masse für die Besucher der Vorstellungen beziehen können. Für die Bearbeitung der Einführungen hat der Bildungsausschuß eine Anzahl parteigenössischer Schriftsteller gewonnen, die seit Jahren auf diesem besonderen Gebiete tätig gewesen sind.

Sonstige Arbeiten.

Der Bildungsausschuß hatte auch die Schaffung eines Verzeichnisses von Rednern für wissenschaftliche Vorträge geplant. Nach eingehender Erörterung dieses Planes ist aber davon Abstand genommen worden, weil befürchtet wurde, daß ein solches Verzeichnis mehr Mißhelligkeiten als Vorzüge im Gefolge haben würde.

Die Geschäftsstelle hat aber in Einzelfällen nach wie vor Redner für Einzelvorträge wissenschaftlichen Charakters vermittelt. Auch bei künstlerischen Veranstaltungen hat sie, soweit sie dazu in der Lage war, durch Vermittelung geeigneter Kräfte, durch Ratschläge bei Zusammenstellung des Programms und auf andere Weise mitgeholfen. Derartige Ratschläge wurden sehr oft mündlich eingeholt, so daß die Geschäftsstelle auch einen nennenswerten Teil ihrer Zeit für Besuche opfern mußte.

Schlußbemerkung.

Mit noch größerer Sicherheit als im vorigen Jahre, das vornehmlich der Vorbereitung seiner Wirksamkeit gewidmet war, hat der Bildungsausschuß in diesem Jahre ernster und planmäßiger praktischer Arbeit die Notwendigkeit seiner Existenz erkannt. Indem er an die verschiedenen Probleme systematischer Weiterbildung nur rührte, sprang ihm jedesmal eine Fülle interessanter Einzelprobleme und wichtiger praktischer Arbeitsgebiete entgegen. Je mehr er in seiner Arbeit fortschreiten wird, um so fruchtbarer wird sie sich im Interesse

der Partei erweisen. Im Interesse der Partei! Denn ihr gehört die Arbeit des Bildungsausschusses. Der Befreiung des Proletariats aus ökonomischer und damit auch aus geistiger Knechtschaft gilt das Streben des Bildungsausschusses. Dadurch ist es in gewissem Sinne begrenzt. In Wirklichkeit gewährt aber gerade diese Begrenzung die schönste und erhebendste Fernsicht in eine sonnige Zukunft wahrer und allgemeiner Volksbildung.

Das fürchten auch die Feinde des arbeitenden Volkes. Dieser Furcht sind die verschiedenen täppischen Versuche entsprungen, „das Licht des Himmels" zu verhängen: die Versuche, die Parteischule durch Ausweisungsandrohung an zwei ihrer Lehrer in ihrer Existenz zu gefährden; die Versuche, die Unterrichtskurse von erwachsenen Arbeitern unter einen alten verstaubten Schulparagraphen zu zwingen und sie damit unmöglich zu machen (Fall Katzenstein in Potsdam); die lächerlichen Versuche, den großen Arbeiterorganisationen die Säle vorzuenthalten, selbst für wissenschaftliche und künstlerische Arrangements (Elberfeld); die militärischen Aktionen in Brandenburg, durch die ein Theaterdirektor verhindert wurde, ein Hauptmannsches Drama vor Arbeitern spielen zu lassen; die geradezu grotesken Versuche, die ernste Arbeiterbildung als „Lustbarkeit" einzuschätzen und sie demgemäß zu besteuern (Cassel).

Wohlan! Es ist eine Lust zu leben! In diesem Sinne Huttens betrachten die Arbeiter das mühsame Werk ihrer Fortbildung, das fleißige Studium in den verschiedensten Wissenschaften allerdings als eine Lust, als ein Vergnügen. Und noch so lächerliche und noch so haßerfüllte Versuche der Reaktion, den Arbeitern die Lust an ihrer Weiterbildung und an ihrer Aufklärung über die Zusammenhänge des wirtschaftlichen mit dem politischen und dem geistigen Leben zu rauben, werden nur um so größere Energie bei der Arbeiterschaft entfachen. In dieser sicheren Zuversicht tritt der Bildungsausschuß in das dritte Jahr seiner Tätigkeit ein.

Tabelle I.

Gliederung der Teilnehmer nach Altersklassen.

	Es waren alt						Ohne Angabe	Insgesamt Schüler
	15—20 Jahre	20—25 Jahre	25—30 Jahre	30—40 Jahre	40—50 Jahre	über 50 Jahre		
Unterrichtskurse Duncker u. Rühle	18	60	196	261	56	1	56	648
Vortragskurse Duncker u. Rühle	93	490	788	1011	260	57	649	3368
Die sonstigen Unterrichts- und Vortragskurse (Borchardt, Schütte, Wendel, Müller)	88	226	360	473	178	48	159	1477
Insgesamt	149	776	1344	1745	509	106	864	5493

Tabelle II. **Uebersicht über die wissenschaftlichen Wanderkurse 1907/1908.**

Ort	Zeit	Gegenstand der Vorträge	Art der Kurse U = Unterricht V = Vortrag	Vortragender	War die Teilnahme durch Delegation geregelt?
1. Erfurt	Vom 30. Sept. bis 26. Okt. 1907	Wirtschaftsgeschichte	U	Rühle	ja
2. Weimar			U		ja
3. Apolda			U		ja
4. Stuttgart	14. Okt. bis 9. Nov. 1907	wie oben	U	Duncker	ja
5. Heilbronn			U		ja
6. Göppingen			U		ja
7. Altenburg	4. bis 30. Nov. 1907	wie oben	U	Rühle	ja
8. Schmölln			U		nein
9. Zeitz			U		ja
10. Kiel	25. Nov. bis 21. Dez. 1907	wie oben	V	Duncker	nein
11. Flensburg			V		ja
12. Neumünster			V		—
13. Hannover	6. Jan. bis 1. Febr. 1908	wie oben	V	Duncker	—
14. Harburg			V		—
15. Bremen			V		nein
16. Dortmund	6. Jan. bis 1. Febr. 1908	wie oben	V	Rühle	nein
17. Gelsenkirchen			V		nein
18. Witten			V		nein
19. Döbeln	17. Febr. bis 14. März 1908	wie oben	U	Duncker	nein
20. Limbach			V		nein
21. Chemnitz			U		ja
22. Braunschweig	17. Febr. bis 14. März 1908	wie oben	V	Rühle	nein
23. Halle			V		ja
24. Magdeburg			V		nein
25. Wismar	30. März bis 1. April 1908	wie oben	U	Rühle	nein
26. Rostock			U		nein
27. Elberfeld-Barmen	21. April bis 20. Mai 1908	wie oben	U	Duncker	ja
28. Essen			V		nein
29. Solingen			V		ja
29 Städte	28. Sept. 1907 bis 20. Mai 1908		15 U 14 V	15mal Duncker 14mal Rühle	13 ja 13 nein 3 ?

lichen Wanderkurse 1907/1908.

Wurden auch benachbarte Orte berücksichtigt? Und wieviel?	Zahl der Vorträge	Zahl der Teilnehmer (davon Frauen)	Wieviel Teilnehmer erschienen im Durchschnitt an den einzelnen Abenden?	War das Lokal fest gemietet?	Wieviel Miete wurde pro Abend gezahlt?
ja	8	49 (3)	43	ja	2,—
—	8	41 (1)	40	ja	2,50
—	8	45 (2)	38,3	ja	1,50
die Vororte	8	40 (1)	39,5	es wurden 2 städt. Schullokale benutzt, unentgeltlich; für Reinigung 17,77 Mk.	
ja 8	8	37 (0)	35,3	nein, für Licht und Heizung insgesamt 10 Mk.	
ja 8	8	38 (1)	37,5	Städt. Schullokal stand unentgeltlich zur Verfügung	
ja	8	37 (0)	34	ja	1,—
ja	8	35 (0)	30	ja	ca. 1,90
ja	8	46	42,2	—	—
nein	8	276 (5)	247	?	keine
nein	8	276 (21)	260	ja	12,50
?	8	250 (3)	220	ja	15,—
ja, Hildesheim-Gleidingen, Misburg	8	300 (13)	276,25	ja	15,—
ja	8	183 (14)	161	ja	5,—
ja, Vegesack	8	192 (7)	171	—	—
ja 40	8	245 (11)	187	ja	20,—
ja 28	8	160 (14)	128,6	ja	10,—
ja 19	8	161 (12)	120	ja	10,—
—	8	45 (1)	41	nein	nein
—	8	208 (3)	177	nein	keine
nein	8	49 (2)	46,4	—	—
nein	8	360	353	nein	—
auch beschränkte Anzahl freiwillig. Teilnehmer	8	229 (5)	211	nein	—
nein	8	377 (15)	361,5	nein	—
nein	8	45	35	ja	—,50
nein	8	39	36	ja	keine
nein	8	52 (1)	46	ja	—
—	8	142 (4)	108,6	—	keine
ja, Wald, Gräfenrath, Hohscheid	8	50	39,7	ja	keine
14 ja	232	U 648 (12)	585 = 90 %	18 ja	
9 nein		V 3368 (127)	2982 = 88 %	6 nein	
6 ?		4016 (139)	3567 = 89 %	5 ?	

Tabelle III. **Uebersicht über gelegentliche Kurse.**

Ort	Zeit	Gegenstand der Vorträge	Art der Kurse U Unterricht, V Vortrag	Vortragender	War die Teilnahme durch Delegation geregelt?	Wurden auch benachbarte Orte berücksichtigt Wieviel?	Zahl der Vorträge	Zahl der Teilnehmer (davon Frauen)	Wieviel Teilnehmer erschienen im Durchschnitt an den einzelnen Abenden?	War das Lokal fest gemietet?	Wieviel Miete wurde gezahlt?
Plauen	23. Juli bis 1. August 1907	Die Grundbegriffe der Nationalökonomie	V	Jul. Borchardt	nein	—	5	127 (5)	115	—	—
Werdau			V		nein	—	5	81 (5)	71	—	—
Zwickau	4. bis 18. Januar 1908	wie oben	V	Jul. Borchardt	ja	ja	5	106	90	ja	keine
Glauchau			V		nein	—	5	72	65	ja	1,25
Greiz			V		nein	—	5	90 (11)	77	ja	keine
Luckenwalde	Nov.-Dez. 07		U	Jul. Borchardt	ja	nein	7	44 (5)	41	nein	keine
Brandenburg	21. Jan. bis 17. März 1908	wie oben	V		nein	nein	8	270 (23)	235	nein	keine
Bernau	1. Quart. 08		U		ja	nein	8	30	26	ja	3,25
Tegel	11. Okt. bis 20. Dez. 1907	Erfurter Programm	U	M. Schütte	nein	—	11	51	33	nein	keine
Tegel	17. Jan. bis 20. März 1908	Partei-Geschichte	U		nein	nein	8	54 (2)	33,5	nein	keine
Rathenow	7. bis 28. Jan. 1908		V		nein	nein	4	204	169	ja	keine
Plauen	20. Januar bis 5. Februar 1908	Geschichte der deutschen Sozialdemokratie	V	H. Wendel	—	—	5	116	103	—	—
Crimmitschau			V		—	—	5	87	81,2	—	—
Werdau			V		—	—	5	70	65	—	—
Luckenwalde	Febr.-März 1908	Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbew.	V	H. Müller	—	—	5	75 (10)	70	—	—
Insgesamt			U 4 V 11 15		3 ja 8 nein 4 keine Auskunft	1 ja 5 nein 9 keine Auskunft	491	1477 (61)	1275 = 86%	5 ja 4 nein 5 keine Auskunft	

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1907 bis Ende Juli 1908.

Das letzte Geschäftsjahr hat sich durch wichtige Kongresse und Konferenzen ausgezeichnet, welche der Betätigung der Genossinnen mancherlei Anregungen brachten und neue Aufgaben zuwiesen. Sie seien daher an erster Stelle erwähnt. Die Tagung der Ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz war unstreitig ein bedeutsames Ereignis für die sozialistische Frauenbewegung aller Länder. Sie fand voraufgehend dem Internationalen Sozialistischen Kongreß statt und trat am 18. August 1907 in Stuttgart zusammen. Diese Konferenz war ein erster Versuch, die sozialistische Frauenbewegung aller Länder zusammenzufassen und entsprechend dem einen Ziele, das sie überall erstrebt, geschlossen in Reih und Glied der großen sozialistischen Internationale zu stellen. Ob ein solcher Versuch Erfolg haben würde, war von vornherein nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Die sozialistische Frauenbewegung der verschiedenen Länder stellt nämlich nicht bloß eine bunte Musterkarte verschiedener Organisationsformen dar, sondern auch verschiedener Entwickelungsstufen der prinzipiellen Klarheit und praktischen Aktionsfähigkeit. Ob trotz dieser reichen Mannigfaltigkeit des sich regenden und betätigenden Lebens die Einheitlichkeit des grundsätzlichen Erfassens unserer Aufgabe als sozialistische Kämpferinnen bereits groß und fest genug gewurzelt sei, um eine dauernde Verbindung zwischen den Bewegungen der einzelnen Länder anzubahnen und damit die Voraussetzung eines einheitlichen planmäßigen Vorgehens in der Zukunft, das war die Frage, auf welche die Stuttgarter Konferenz eine Antwort geben sollte. Die deutschen Genossinnen hatten bereits gelegentlich des Internationalen Kongresses zu London 1897 durch eine Besprechung der weiblichen Delegierten versucht, eine gewisse Fühlung zwischen den Sozialistinnen der einzelnen Länder herbeizuführen. Doch waren die Bemühungen erfolglos geblieben. Mit Ausnahme der Beziehungen, welche sich erfreulicherweise zwischen der sozialistischen Frauenbewegung Oesterreichs und Deutschlands angeknüpft hatten und der noch sehr losen Fühlung, welche sich zwischen der letzteren und den Schwestern

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

bewegungen in Belgien, Finnland, Holland und der Schweiz herauszubilden begann, war die internationale Verbindung zwischen den Genossinnen der einzelnen Nationen gleich Null. Als die deutschen Genossinnen dem Wunsche ausländischer Sozialistinnen folgend, die Initiative zur Einberufung der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen ergriffen, standen sie dem Unbekannten gegenüber. Sie mußten damit rechnen, daß unter Umständen die geringe Beteiligung an der einberufenen Tagung und der Verlauf ihrer Beratungen der Konferenz einen lediglich vorbereitenden Charakter verleihen könnte. Tatsächlich herrschte fast bis zur Eröffnung der Tagung Unklarheit darüber, ob ihr Stattfinden durch ihre Bedeutung begründet sein würde. Die meisten ausländischen Delegierten meldeten sich erst kurz vor dem Zusammentritt der Konferenz an. Die erbetenen Berichte liefen auch spärlich und obendrein noch sehr spät ein, so daß nicht einmal mehr alle übersetzt, zusammengestellt und gedruckt werden konnten. So fehlte ein sicherer Ueberblick über den Umfang der Beteiligung an der Konferenz, wie über den Charakter und Stand der Organisationen, die auf ihr vertreten sein würden. Zieht man das alles in Betracht, so muß man die Arbeit und den Erfolg der Tagung um so höher bewerten. 15 verschiedene Nationalitäten nahmen durch insgesamt 59 Delegierte an ihr teil, die deutschen Genossinnen waren durch 14 Delegierte vertreten; außerdem waren als Gäste Vertreterinnen des jüdischen Frauenbundes in Rußland, der Petersburger Sozialdemokratie, der organisierten Weberinnen von Lodz und eine Indierin aus Bombay anwesend.

Die Erste Internationale Frauenkonferenz hat, so hoffen wir, nicht nur einen äußeren und vorübergehenden Erfolg gehabt. Sie hat die sozialistische Frauenbewegung aller Länder in einer wichtigen Frage, der der Erkämpfung des Frauenstimmrechts auf den Boden einer scharf abgegrenzten grundsätzlichen Auffassung gestellt, und ihrer einschlägigen Aktion feste Richtlinien gezeichnet. In diesem Sinne zu wirken war aber wichtig, ja notwendig, weil die Wahlrechtskämpfe in allen Ländern immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Leben rücken, und weil damit die Frage des Frauenwahlrechts zunehmende praktische Bedeutung für die sozialistischen Parteien aller Länder gewinnt. Von großer Bedeutung für die Entwickelung der sozialistischen Frauenbewegung überall ist auch der erste Schritt, den die Konferenz zu ihrer festeren internationalen Verbindung getan hat. Mit der regelmäßigen gegenseitigen Information wächst auch die Möglichkeit, in strittigen Fragen von Anfang an eine allgemeine Verständigung und damit eine Einheitlichkeit der Auffassung und Aktion, wie auch wechselseitige Unterstützung herbeiführen zu können. Die Konferenz beschloß, eine Zentralstelle für den internationalen Austausch von Informationen einzusetzen. Ihr sollen die organisierten Genossinnen aller Länder Nachrichten, Berichte usw. einsenden über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, sowie über Ereignisse, welche von Wichtigkeit für sie, wie für die Interessen der Proletarierinnen sind. Die Zentralstelle soll diese Informationen veröffentlichen und den angeschlossenen korrespondierenden Organisationen übermitteln. Die sozialistischen Frauenorganisationen, welche sich in dieser Weise mit dem internationalen Sekretariat der Genossinnen in Verbindung setzen wollten, hatten für die einschlägigen Arbeiten eine internationale Korrespondentin zu ernennen. Als Sitz der internationalen Zentrale wurde von der Konferenz zunächst Deutschland bestimmt und zwar hier die Redaktion der „Gleichheit", die bereits die meiste internationale Fühlung hatte, davon abgesehen, daß die „Gleichheit" als die geeignetste Stelle für die Veröffentlichung der internationalen Korrespondenzen erschien, weil sie das sozialistische Frauenblatt ist, das in den meisten Ländern von Genossinnen gelesen wird.

Es ist bis jetzt gelungen, eine mehr oder minder regelmäßige Verbindung mit sozialistischen Frauenorganisationen in folgenden Ländern herzustellen: Oesterreich, Böhmen, Schweiz, Holland, Belgien, England, Finnland, Dänemark, Vereinigte Staaten von Nordamerika (Organisationen deutsch und englisch sprechender Genossinnen). In der „Gleichheit" lassen sich die aus den verschiedenen Ländern einlaufenden Korrespondenzen verfolgen. Die nächste internationale sozialistische Frauenkonferenz soll wieder im Anschluß an den allgemeinen Internationalen Sozialistischen Kongreß stattfinden. Die deutschen Genossinnen verfolgen die Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung aller Länder mit gespannter Aufmerksamkeit und größter Freude. In ganz besonderem Maße gilt das für die österreichische Schwesterbewegung, an deren Entwickelung sie den innigsten Anteil nehmen. Der ergangenen Einladung entsprechend, sich auf der letzten österreichischen Frauenkonferenz durch eine Delegierte vertreten zu lassen, leisteten sie daher freudig Folge. Sie beauftragten Genossin Zetkin mit ihrer Vertretung bei der Tagung, die in Wien zu Ostern stattfand und unstreitig dazu beigetragen hat, das Band der Schwesterlichkeit zwischen den österreichischen und deutschen Genossinnen noch fester zu knüpfen. Die Berichte in der „Gleichheit" haben ein Bild von dem Verlauf der Konferenz und der gesunden Entwickelung der sozialistischen Frauenbewegung in Oesterreich gegeben.

Die Wirkung der Internationalen Frauenkonferenz zeigt sich sofort auf dem sehr wichtigen Internationalen Sozialistischen Kongresse, der am 18. August 1907 in Stuttgart eröffnet wurde. Auf seiner Tagesordnung stand ebenfalls die Frauenstimmrechtsfrage, und es erwies sich nun, daß ihm zu diesem Punkt die Frauenkonferenz ganz erheblich vorgearbeitet hatte. Er trat ihrer grundsätzlichen und taktischen Stellungnahme durchaus bei, deren Schwergewicht in der entschiedenen Verurteilung des beschränkten Frauenwahlrechts liegt, wie in der Verpflichtung der sozialistischen Parteien aller Länder, bei Wahlrechtskämpfen im Parlament wie außerhalb desselben, mit allem Nachdruck auch für das aktive und passive Frauenwahlrecht einzutreten. Der betreffende Beschluß lautet: „Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechts zu den gesetzgebenden Körperschaften in Staat und Gemeinde zugunsten des Proletariats als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das energisch zu fordern und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck zu vertreten ist." Ebenso verzeichnen wir mit Befriedigung, daß die Stellungnahme der beiden internationalen Tagungen vom besten Einfluß auf die Belebung und Kräftigung der sozialistischen Frauenstimmrechtsbewegung in manchen Ländern gewesen ist und ihr insbesondere eine energischere Unterstützung seitens der Genossen gesichert hat. So in der Schweiz, in Holland, den Vereinigten Staaten, Dänemark usw. Zu beklagen ist, daß der Beschlüsse der sozialistischen Internationale ungeachtet ein Teil der englischen Genossinnen nach wie vor für ein beschränktes Frauenwahlrecht eintritt. Vermerkt sei, daß die deutschen Genossinnen zum Internationalen Sozialistischen Kongreß durch 12 Delegerte vertreten waren. Leider aberkannte die deutsche Delegation 2 Genossinnen, die aus Sachsen delegiert waren, die Mandate, weil sie die Form der Wahl nicht billigte. Jedoch ist erfreulicherweise später eine Einigung mit den Genossen zustande gekommen, die den Genossinnen der verschiedenen großen Agitationsgebiete in Zukunft auch ein Mandat für den Internationalen Kongreß sichert.

Die Aufforderung der Vertrauensperson der Genossinnen, Delegierte zum Parteitag in Essen zu entsenden, fand gutes Gehör. 19 weibliche Delegierte wohnten ihm bei, die regen Anteil an den Verhandlungen nahmen. Nachdrücklichst wurde auf diesem Parteitage aufs neue betont, wie notwendig es sei, an der Aufklärung und Organisierung der Proletarierinnen zu arbeiten und sie als geschulte Streitkräfte dem Heer der Klassenkämpfer zuzuführen. Insbesondere war es Genosse Bebel, der in seinem Referat in diesem Sinne mit Wärme für eine energische Unterstützung der proletarischen Frauenbewegung plädierte. In einer Resolution wurden die Genossen ausdrücklich verpflichtet, ebenso energisch wie für die übrigen Parteizeitungen auch für die „Gleichheit" eine intensive Agitation zu betreiben.

Eine nicht vorgesehene außerordentliche Beratung der Genossinnen wurde durch den Erfolg ihrer Arbeit auf einem besonderen Tätigkeitsgebiete notwendig, dessen Beackerung sie noch nicht lange begonnen hatten. Erst im Jahre 1906 hatte in Nürnberg dank der Agitation der dortigen Arbeitersekretärin, Genossin Grünberg, mit Unterstützung des dortigen Gewerkschaftskartells eine Dienstbotenbewegung eingesetzt, die einen klassenbewußten Charakter trug und zur Gründung eines Vereins führte, der sich nicht auf den Boden der Harmonieduselei stellte, sondern, den modernen Gewerkschaften gleich, auf denjenigen des Klassenkampfes. Das Nürnberger Beispiel hatte bahnbrechend gewirkt. Es mehrten sich rasch die Städte, in denen ebenfalls klassenbewußte Dienstbotenvereine entstanden. Ueberall waren es die Genossinnen, die den Löwenanteil der Arbeit leisteten, welche die Agitation unter den Dienstboten und ihren Zusammenschluß in Organisationen erforderte. An sehr vielen Orten wurden sie dabei in tatkräftigster Weise von den Gewerkschaftskartellen unterstützt und überall fand ein harmonisches Zusammenarbeiten mit ihnen statt. Die Dienstbotenvereine nahmen an Mitgliedern zu und konnten mit Hülfe der Kartelle und der Genossinnen manches zur Verbesserung der Lage der Dienenden schaffen. Mit dem Wachsen der Bewegung unter dieser ganz besonders rechtlosen Arbeiterkategorie machte sich aber eine gemeinsame Aussprache derjenigen notwendig, welche die Agitation in Fluß hielten, und die sie fördern wollten. Fragen waren aktuell geworden, über die man einer Klärung durch eingehende Besprechung bedurfte, um zu einer Verständigung und einheitlichen Haltung zu kommen. So z. B. die Frage des Dienstvertrages, die Errichtung eines eigenen Stellennachweises, die Beschaffung eines eigenen Organs für die Dienstbotenvereine, vor allem aber die Frage der Anbahnung einer Zentralisation aller klassenbewußten Dienstbotenorganisationen, die von den verschiedensten Seiten dringend befürwortet wurde. Um den schwebenden Fragen näher zu treten, hatten auf dem Parteitage in Essen, wie bereits vorher schriftlich, eine Anzahl Leiterinnen der Dienstbotenbewegung die Unterzeichnete aufgefordert, eine Konferenz der Genossinnen zur Erörterung der Dienstbotenfrage einzuberufen, an der auch die Vertreterinnen der Dienstbotenvereine teilnehmen sollten. Die Zentralvertrauensperson als zuständige Instanz kam dem Ersuchen nach. Sie berief auf den 19. November 1907 eine **außerordentliche Frauenkonferenz nach Berlin** ein, die von 25 Delegierten besucht war, welche an der jungen Dienstbotenbewegung hervorragend aktiven Anteil hatten. Den Verhandlungen wohnten außerdem eine Anzahl Gäste bei, darunter ein Vertreter des Parteivorstandes, ein Vertreter des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin und einige Vertreter von Gewerkschaften. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, wie dringend notwendig die Konferenz für die weitere Entwickelung der Dienstbotenbewegung war. Sie hat denn auch diese in durchaus günstiger Weise beeinflußt. Die Berichte

aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands ließen klar zutage treten, daß die Dienstbotenbewegung nur dort Aussicht auf Erfolg verspricht, wo die allgemeine sozialistische Bewegung bereits eine bestimmte Höhe erreicht hat und die sozialistische Frauenbewegung in geschulten Genossinnen die systematisch tätigen Kräfte für die nötige agitatorische und organisatorische Arbeit stellt. Allseitig wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Stellenvermittelung von der Dienstbotenorganisation selbst in die Hand genommen werden müsse, sie erweise sich dann als das Rückgrat der Bewegung. Auch die Bedeutung des Dienstvertrages wurde anerkannt. Er fand seine Würdigung zunächst als wirksames Agitationsmittel, das geeignet sei, der Organisation zahlreiche Anhängerinnen zu gewinnen. Des weiteren wurde aber auch seine Bedeutung als Mittel anerkannt, die Gesindeordnung auszuschalten und die Lage der Dienenden zu heben. Der Stand der Bewegung drängt aber bereits nach einheitlichem Zusammenschluß, drängt zur Zentralisation. Die Konferenz wählte daher eine fünfgliederige Kommission, mit dem Sitze in Hamburg, welcher die Aufgabe zugewiesen wurde, die Zentralisation wie den Anschluß an die Generalkommission in die Wege zu leiten. Beschlossen wurde ferner, daß ein einheitliches Organ für die Dienstbotenorganisationen zu schaffen sei. Weder die „Gleichheit" noch das „Blatt der Berliner Hausangestellten" genügt jetzt den Anforderungen, die an ein Fachorgan der Dienstboten zu stellen sind. Es wurde jedoch als äußerst wünschenswert bezeichnet, die Mädchen auch über ihre Berufsinteressen hinaus über die moderne Arbeiterbewegung aufzuklären, weil die meisten von ihnen doch Arbeiterfrauen werden, welche Verständnis für den wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf des Proletariats besitzen sollen. Die Konferenz stimmte daher der Anregung zu, die „Gleichheit" durch Zufügung eines bestimmten Teils so auszugestalten, daß sie auch den besonderen Ansprüchen der Dienstbotenorganisation Rechnung trage und das solcherart ausgestaltete Blatt als deren Organ einzuführen. Die eingesetzte Kommission hat seither im Sinne ihres Auftrages beraten und sich betreffs der weiteren vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung der Zentralisation mit der Generalkommission in Verbindung gesetzt. Der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Hamburg hat sich seinerseits ebenfalls mit der Dienstbotenbewegung beschäftigt. Er nahm einstimmig eine Resolution an, welche die Generalkommission beauftragt, den Gewerkschaftskartellen die Förderung der Dienstbotenbewegung anzuempfehlen und eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über eine einheitliche Agitation zu beraten. Die Resolution ist ganz im Sinne des Ziels ausgefallen, das der außerordentlichen Frauenkonferenz gesteckt war.

Zur Beteiligung der Genossinnen am letzten Kongreß des Jahres 1907, dem 2. **preußischen Parteitage**, war von der Unterzeichneten außer in einem Aufruf auch in einem Zirkular aufgefordert worden, welches auf die besondere Wichtigkeit der Tagung für den entbrannten Wahlrechtskampf hinwies, in welchem der Schlachtruf des Proletariats auch dem Wahlrecht der Frau gilt. 17 Genossinnen wohnten als Delegierte den Verhandlungen des preußischen Parteitages bei. Einer der von ihnen gestellten Anträge verpflichtet die Genossinnen, sich mit aller Kraft an den Wahlrechtsaktionen zu beteiligen. Zwei andere Anträge, denen der Parteitag seine Zustimmung gab, forderten unsere Genossen in den Gemeindevertretungen auf, unverzüglich die Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten durch die Kommune zu beantragen. Den Genossinnen wurde eine eifrige Propaganda für diese Forderungen zur Pflicht gemacht. Dem Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde galt ein weiterer Antrag, den die Genossinnen einbrachten und begründeten. Er besagte, daß zu den Gemeindevertretungen ebenfalls

das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu fordern ist, und daß die Genossen in den Kommunalverwaltungen schon jetzt mit allem Nachdruck für die Heranziehung der Frauen zu den öffentlichen Aemtern eintreten sollen.

Besondere Aufmerksamkeit ist in dem letzten Tätigkeitsjahr der Festigung und Ausdehnung der Organisation der Genossinnen zugewendet worden. Von allen in Betracht kommenden Instanzen wurde mit Eifer daran gearbeitet, die sozialdemokratischen Frauen untereinander wie mit den Parteiorganisationen in immer bessere Verbindung zu bringen. Die Organisation der Genossinnen ist ganz erheblich durch eine stattliche Reihe von Provinzial- und Bezirkskonferenzen der Genossinnen gefördert worden. Sie wurden teils aus eigener Initiative der weiblichen Vertrauenspersonen bestimmter Landesteile einberufen, teils auf das Betreiben der Zentral-Vertrauensperson der Genossinnen. Ueberall fanden sie im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Parteiorganisationen statt, die auch durch Vertreter an ihnen teilnahmen. Die Unterzeichnete wohnte solchen Tagungen besonders dann bei, wenn es sich darum handelte, die Genossinnen in Gegenden zu beraten, wo die proletarische Frauenbewegung noch rückständig war, oder wo aus anderen, besonderen Umständen das Eingreifen der Zentral-Vertrauensperson notwendig erschien. Die Provinzial- und Bezirkskonferenzen haben sich als ein gutes Mittel erwiesen, ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Genossinnen verschiedener Orte einerseits, ihr Einrücken in die Kampfesfront der Genossen andererseits zu fördern. Es ist nicht möglich, im Rahmen des Berichts auf sie alle einzugehen, doch seien einige erwähnt, die besonders wichtig waren. Am Tage vor dem Zusammentritt des Parteitages zu Essen fand entsprechend dem Wunsche der Genossinnen des Ruhrgebietes eine Konferenz statt, deren Zweck die bessere Regelung der Agitations- und Organisationsarbeit war. Die Bildungsvereine des Ruhrgebietes hatten seit Jahren gegen das rigorose Vorgehen der Behörden hart anzukämpfen. Auflösungen, Anklagen, Geldstrafen folgten in ununterbrochener Reihe aufeinander. Die Genossen und Genossinnen waren daher zu der Meinung gekommen, ihre Kräfte und Geldmittel könnten nützlicher für die Agitation verwendet werden, als für immer wieder vereitelte Versuche, Vereine zu erhalten, die unter den vorliegenden Umständen nie zu fruchtbringender Betätigung kommen konnten. Die Aussprache brachte Einvernehmen darin, die Bildungsvereine aufzulösen und an ihre Stelle lose Organisationen treten zu lassen. Diskutier- und Leseabende sollten die nötige geistige Verbindung unter den Frauen erhalten, und wo solche Abende nicht bestanden, sollten sie geschaffen werden. Die Genossinnen haben den Anregungen der Konferenz gemäß gehandelt und das mit gutem Erfolg. Insbesondere haben sich auch im Ruhrgebiet die Diskutierabende als vorzügliche Erziehungs- und Aufklärungsmittel bewährt.

Eine Konferenz der Vertrauenspersonen der Genossinnen in Bayern war von besonderer Bedeutung, weil sie zur besseren Verbindung der proletarischen Frauenbewegung in den einzelnen Agitationsgebieten und zur Ernennung einer Landesvertrauensperson führte. Als solche wurde Genossin Greifenberg einstimmig gewählt. An der Konferenz, die in Nürnberg stattfand, nahm auch ein Vertreter des Landesvorstandes der bayerischen Sozialdemokraten teil. In anderen Zentren unserer Bewegung noch zeitigten die Konferenzen das Ergebnis, daß zur einheitlichen und kräftigen Betreibung der Aufklärungsarbeit unter den Frauen des werktätigen Volks größere Agitationsbezirke geschaffen und Landes- bezw. Provinzial- oder Bezirksvertrauenspersonen der Genossinnen aufgestellt wurden. Eine Provinzkonferenz für Schleswig-Holstein bestimmte Genossin Baumann als Provinzialvertrauensperson. Für das niederrheinische Agitationsgebiet wurde Genossin W. Kähler mit dem Amt betraut. Die nämlichen Gründe, welche zur Aufstellung von Landes- und Bezirksvertrauenspersonen geführt haben, veranlaßten auch, daß die Zahl der Kreisvertrauenspersonen vermehrt worden ist. Es versteht sich, daß die Vertrauenspersonen jeder Art planmäßig und eifrig darauf hingewirkt haben, daß die aufgeklärten Proletarierinnen immer mehr der sozialdemokratischen Partei auch in aller Form beigetreten sind. Je nach der vereinsrechtlichen Lage, die bis zum 15. Mai bestand, haben sie dieselben entweder direkt den sozialdemokratischen Organisationen zugeführt oder sie als freiwillige Beitragszahlerinnen der Sozialdemokratie angeschlossen. Leider muß auch von zwei Bezirken berichtet werden, in denen die organisatorische Einheitlichkeit durchbrochen worden ist. Im niederrheinischen Agitationsgebiet und im Kreise Bochum sind eigene Beitragskarten und Marken eingeführt worden, während für das ganze übrige Deutschland, soweit dort Frauen sich politisch nicht organisieren durften, für freiwillige Parteibeiträge der Genossinnen die gleichen Karten und Marken, von der Zentralstelle aus erhältlich, in Gebrauch sind. Das Wachstum wie das steigende Ansehen der Frauenbewegung kam auch darin zum Ausdruck, daß die Genossinnen mehr und mehr an den Landes- und Provinzialparteitagen der Sozialdemokratie teilnahmen. So nahmen dieses Sommer weibliche Delegierte in der Zahl von vier an dem Parteitag der bayerischen Genossen zu München teil. Auf der Tagesordnung des Parteitags für Sachsen-Meiningen, der am 5. Juli in Saalfeld getagt hat, stand die Agitation und Organisation der Frauen, und eine Genossin erstattete das Referat dazu. Außer ihr nahmen noch weibliche Delegierte an den Beratungen teil, hoffentlich zum Vorteil der proletarischen Frauenbewegung, die in Meiningen in den letzten Jahren einen recht guten Anlauf genommen hat.

Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat ist mit altem Eifer, aber dank der besseren Organisation mit größerem Erfolge als früher betrieben worden. Ueberall, wo ein geschulter Stamm von Genossinnen vorhanden ist, haben diese in Verständigung mit der Partei und den Gewerkschaften an der Erweckung und Aufklärung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gearbeitet, haben sie sich bestrebt, diese den wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen ihrer Klasse zuzuführen. Sie haben zu diesem Zwecke jede sich bietende Gelegenheit nach besten Kräften ausgenutzt. Die rednerisch tätigen Genossinnen suchten zur Stelle zu sein, wo man ihrer bedurfte und wenn sie nicht allen Wünschen gerecht werden konnten, auch wenn sie mit der höchsten Energie und opferfreudig über die Grenze durchschnittlicher Leistungen hinausgegangen sind, so erklärte sich das aus dem überall erfreulich wachsenden Verständnis für die Notwendigkeit, die Frauen zu wirtschaftlichen und politischen Kämpferinnen zu machen. Die Verhandlungen des Parteitages zu Essen haben in dieser Hinsicht sehr gute Früchte getragen. So ist die Agitation unter den Frauen nicht bloß in den alten Zentren der proletarischen Frauenbewegung in lebhaftem Fluß geblieben, sie ist auch dort kräftig betrieben worden, wo diese verhältnismäßig noch jungen Datums und schwächer ist. Agitationstouren wurden veranstaltet im Rheinland, Königreich Sachsen, in der Provinz Sachsen, in Hannover, Thüringen, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen. Es fanden außerdem unzählige Einzelversammlungen statt. In Württemberg, Baden und Hessen haben die leitenden Genossen in Vereinbarung mit der Unterzeichneten größere Agitationstouren zur Aufrüttelung und Gewinnung

des weiblichen Proletariats veranstaltet. Sie hatten guten Erfolg. Vielerorts wurde der Grund gelegt zu ständiger Agitations- und systematischer Aufklärungsarbeit unter den Frauen des Volkes.

Soviel die äußerst schwierigen Verhältnisse es gestatteten, ist auch die Agitation unter den Landarbeiterinnen und Landarbeiterfrauen nicht versäumt worden. Um die Vertrauenspersonen und Rednerinnen, wie alle, welche Gelegenheit haben, agitatorisch unter dem ländlichen Proletariat zu wirken, sei es auch nur von Person zu Person, für diese Pionierarbeit besser auszurüsten, ist einem Beschlusse der Mannheimer Frauenkonferenz zufolge, das Referat von Genossin Zietz über die Landarbeiterfrage und Sozialdemokratie in Broschürenform in einer Auflage von 10 000 herausgegeben worden. Die Broschüre ist teils zum Selbstkostenpreise, teils unentgeltlich in ländlichen Bezirken verbreitet worden, so daß nur noch wenige Exemplare davon auf Lager sind.

Wie bisher, so haben auch im letzten Jahre die organisierten Genossinnen es für ihre Pflicht gehalten, sich an allen Kämpfen und Aktionen der Sozialdemokratie zu beteiligen. Das aber in Verfolgung des doppelten Zweckes, einmal diese Kämpfe und Aktionen selbst zu fördern, dann aber auch sie der Aufrüttelung und Aufklärung immer neuer Massen der weiblichen Bevölkerung nutzbar zu machen und sie für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen. Hervorragenden Anteil haben in diesem Sinne die Genossinnen an den verschiedenen Etappen des Wahlrechtskampfes in Preußen genommen, also auch an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus. Wenige Tage nach Schluß des Preußischen Parteitages am 20. November 1907 ging das Dreiklassenparlament in die Weihnachtsferien. Der Wahlrechtskampf setzte sofort ein, der Ansturm des Proletariats gegen das Geldsackswahlrecht begann. Der Parteivorstand hatte empfohlen, an diesem Tage in ganz Preußen Protestversammlungen der Massen gegen die Dreiklassenschmach abzuhalten. Ein Aufruf der Unterzeichneten forderte die Genossinnen auf, bei den Demonstrationsversammlungen ihre Pflicht zu tun, wie am ganzen Wahlrechtskampfe sich energisch zu beteiligen, der ja auch für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts geführt wird. Die Genossinnen folgten dem an sie ergangenen Rufe. Sie beteiligten sich in sehr großer Zahl an den Versammlungen und den Straßendemonstrationen. Unsere rednerisch tätigen Genossinnen wirkten als Referentinnen mit. Die redegewandten Genossinnen nahmen die Gelegenheit wahr, um in den Versammlungen die erhobene Forderung der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu begründen. Um die Genossinnen mit Material für den Wahlrechtskampf zu versorgen und ihnen das richtige grundsätzliche Verständnis für die Frage des Frauenwahlrechts zu geben, ist in einer Auflage von 10 000 Exemplaren Genossin Zetkins Broschüre: „Zum Frauenstimmrecht" von der Zentralstelle übernommen und zum Selbstkostenpreise an die organisierten Genossinnen abgegeben worden. Alle unsere Rednerinnen und Vertrauenspersonen haben je ein Exemplar der Schrift unentgeltlich erhalten. Durch ein Zirkular war auf die Wichtigkeit der Broschüre hingewiesen worden. Fast 7000 Exemplare derselben sind bis jetzt von den Genossinnen umgesetzt worden und haben sicher ihre Wirkung getan. Der entbrannte Wahlrechtskampf wurde im neuen Jahre mit verstärkter Wucht fortgesetzt. Galt es doch, die größten Massen der durch das Privilegienwahlrecht politisch Enterbten aufzurütteln und für unser Kampfesziel, das Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, zu gewinnen; nicht zum letzten sollten auch die Frauen zum Kampfe gerufen werden. Unsere Arbeit hatte Erfolg. An den Demonstrationen, die am 10. Januar, am

Tage der Wiedereröffnung des Geldsackparlaments, vor dem Landtagsgebäude stattfanden, nahmen Tausende von Männern und Frauen teil, und die letzteren haben angesichts der hauenden Schutzmannssäbel nicht weniger Mut bewiesen als die Genossen. Das trifft auch auf die Beteiligung der Genossinnen an der Demonstration des roten Sonntags in Berlin und anderswärts noch zu. Zu dem Erfolg aller weiteren Aktionen im Wahlrechtskampfe haben die aufgeklärten Proletarierinnen ihren redlichen Teil beigetragen, so auch zu den Massenversammlungen am 18. März und am 1. Mai. Selbstverständlich stellten sich auch die Genossinnen in Reih und Glied der Sozialdemokratie, als die Neuwahlen zum preußischen Landtag in den Wahlkampf riefen. Mit den Genossen zusammen führten sie ihn in erster Linie als Wahlrechtskampf, fest entschlossen, Bresche zu legen in dieses Parlament der Dreiklassenschmach. Wie im Jahre 1903 wurde auch bei der heurigen Landtagswahl, entsprechend dem § 21 des preußischen Vereinsgesetzes, zur Gründung von Frauenwahlvereinen geschritten, sobald die Behörden den Termin der Wahlen bekanntgegeben hatten. In Berlin fühlte der Polizeipräsident sich bemüßigt, kurz ehe das alte Vereinsgesetz eingesargt wurde, dem sozialdemokratischen Frauenwahlverein die Genehmigung zu versagen. Der nämliche Herr hatte 1903 als Landrat im Kreise Teltow-Beeskow den dortigen Genossinnen die Versammlungen ihres damals gegründeten Wahlvereins unmöglich gemacht. Dank dem Eingreifen der Parteigenossen wurde diesmal die ebenso ungerechtfertigte als lächerliche Maßregel in ihrer Wirkung zunichte gemacht. Die Genossen gründeten einen allgemeinen Wahlverein zu dem Zwecke, die Agitation zu den Landtagswahlen 1908 zu betreiben. Dieser Organisation konnten nach dem Gesetz Frauen beitreten, sie zählte bald 5000 weibliche Mitglieder und war in der Lage, 800 Mk. zu den Wahlkosten beizusteuern und außerdem 500 Mk. der Parteikasse zu überliefern.

In Altona hat ein sozialdemokratischer Frauenwahlverein unbeanstandet und unschikaniert von den Behörden bestanden. Seine Entwickelung ist erfreulich gewesen und hat das zunehmende politische Verständnis der proletarischen Frauen bekundet. Verzeichnet sei, daß die Zentralvertrauensperson in einem Zirkular die Genossinnen zur Gründung von Wahlvereinen aufgefordert hatte und ihnen zugleich damit ein Musterstatut zustellte, das auch die Mitgliedskarte enthielt.

Der Wahlkampf stellte die Genossinnen vor eine neue Aufgabe. Die Regierung hatte erklärt, an den Schönheiten der Dreiklassenwahl festhalten, auch nicht einmal die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime ersetzen zu wollen. Die offen reaktionären Parteien hatten dieser Erklärung zugejubelt, die verkappten Reaktionäre des Blockfreisinns wie des Zentrums hatten auf einen energischen, ehrlichen Kampf für das Recht der Massen verzichtet. Es handelte sich nun darum, den Wahlkampf zu nützen, um den bürgerlichen Kreisen die empörenden Mängel des elendesten aller Wahlsysteme fühlbar zu machen, ihnen aber gleichzeitig auch zu zeigen, daß das schwer benachteiligte Proletariat fest entschlossen sei, sich durch den Gebrauch seiner Machtmittel soviel als irgendmöglich gegen die Tücken des Wahlunrechts zu schützen. Die öffentliche Stimmabgabe bot die Handhabe dazu. Daß sie eine politische Inquisition bedeutet, das sollten die bürgerlichen Kreise, die gegnerischen Parteien am eigenen Leibe spüren. Dem Terrorismus, dem die öffentliche Abstimmung Tür und Tor öffnet, und der bisher von den Ausbeutenden, den bürgerlichen Parteien und dem bürgerlichen Staate skrupellos genug geübt worden ist, sollte der Terrorismus der Arbeiterklasse entgegengestellt werden. Das Proletariat handelte dabei unter dem Zwange einer Notlage und zu dem höheren Zweck, eine Quelle zu verstopfen, aus der die Vergewaltigung der politischen

Ueberzeugung fließt. Zu diesem Behufe mußte es die wirtschaftliche Macht geltend machen, die es als Konsument repräsentiert. Das konnte nur durch energische Einwirkung auf die kleinen Geschäftsleute geschehen, die zum größten Teil von der Arbeiterkundschaft leben und selbst durch die Dreiklassenschmach politisch minderen Rechts sind als die Großkapitalisten, trotzdem aber nur zu oft aus Unverständnis oder Feigheit mit den Interessen der Arbeiter ihre eigenen verraten, indem sie bürgerliche Politiker in den Landtag senden. Den Kleinkrämern, Handwerkern usw. mußte klar gemacht werden, daß, wenn sie sich nicht dazu entschließen konnten, für sozialdemokratische Wahlmänner bezw. Abgeordnete zu stimmen, sie doch wenigstens durch Stimmenthaltung die Wahl ihrer Gegenkandidaten verhindern sollten. Den Frauen als Einkäuferinnen für den proletarischen Haushalt fiel die wichtigste Rolle bei der Durchführung dieses „Terrorismus" zu. Die Unterzeichnete legte das in dem bereits erwähnten Zirkular den Genossinnen klar und schärfte ihnen ein, in Fühlung mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die proletarischen Frauen in Masse über die Lage und ihre Pflicht angesichts derselben aufgeklärt würden. Das ist denn auch geschehen, die Genossinnen sind planmäßig mit Feuereifer im Sinne der Anregung tätig gewesen, und sie haben dadurch ein gut Teil zum glänzenden Erfolge der Sozialdemokratie beigetragen. Die Vorbedingung ihres Vorgehens war natürlich eine rührige Agitation, welche sich an die Massen der Frauen des werktägigen Volkes wendete. An ihr haben es die Genossinnen nicht fehlen lassen, sie haben sie durch Wort und Schrift betrieben. Ein der „Gleichheit" beigelegtes Flugblatt, welches die Lage vom Standpunkte der Fraueninteressen aus beleuchtete, wurde von den Genossinnen noch besonders in 100 000 Exemplaren verbreitet. Es gelangte außerdem seitens der Parteiorganisation in sehr vielen Wahlkreisen zur Verteilung. Soviel in ihren Kräften stand, haben die Genossinnen auch bei allen Arbeiten der Wahlkampagne die Genossen unterstützt. Sie halfen bei den notwendigen Schreib- und Expeditionsarbeiten und beim Flugblattverteilen, am Tage der Wahlmännerwahlen standen sie vielfach mit Stimmzetteln vor den Wahllokalen, sie waren in den Wahlbureaus der Genossen tätig, und in mehreren amtlichen Wahlbureaus führten sie für unsere Partei die Listen. Sie haben auch Schlepperdienste geleistet und durch ihr aufklärendes, ermahnendes Wort manch einen an den Wahltisch gebracht, der sich bequem oder ängstlich um die Abstimmung herumdrücken wollte. Mit vollem Rechte dürfen sie sich des alle Erwartungen übertreffenden Wahlsieges freuen, der in doppeltem Sinne auch ihr Sieg ist, nämlich insofern, als sie für ihn opferfreudige Arbeit eingesetzt haben und insofern, als er eine Vorstufe zur Eroberung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bildet.

Ein anderer Kampf des klassenbewußten Proletariats noch forderte eine energische Beteiligung der Genossinnen. Der Kampf für einheitliches und freies Vereins- und Versammlungsrecht, in dessen Vordertreffen die Sozialdemokratie seit Jahren gestanden ist. Der Gesetzentwurf der Regierung zu einem Reichsvereinsgesetz enthielt zwar eine Verbesserung. Es machte der politischen Unmündigkeit des weiblichen Geschlechts auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts ein Ende und wollte gleiches Recht für beide Geschlechter schaffen. Allein es wies schwere Mängel auf, die in schroffem Widerspruch zu den Interessen und Forderungen der Arbeiterklasse standen. Als zwei der schwersten davon seien hervorgehoben, daß es weder das Koalitionsrecht der Arbeiter sichert, noch die Dienstboten und Landarbeiter von ihrer drückenden Ausnahmestellung befreite. Aber schlimmeres noch. Bald zeigte sich die drohende Gefahr, daß die bürgerlichen Parteien den mangelhaften Regierungsentwurf sogar noch verschlechtern würden. Angesichts dieser Lage mußte

eine kräftige Aktion für ein wirklich freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht einsetzen, die naturgemäß an Leidenschaftlichkeit und Schärfe zunahm, je augenscheinlicher wurde, daß die bürgerlichen Parteien reaktionärer waren als die reaktionäre Regierung. Die Genossinnen sind von der Gemeinsamkeit des Interesses des weiblichen und männlichen Proletariats tief überzeugt. Das Recht, das ihr Geschlecht endlich erhielt, weil es ihm nicht länger vorenthalten werden konnte, machte sie nicht blind für das neue Unrecht, das ihrer Klasse zugefügt werden sollte. Sie begriffen daher die Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zusammen die Stimme protestierend, fordernd zu erheben. Die Zentralvertrauensperson ließ sich angelegen sein, sie zur energischen und gut vorbereiteten Betätigung in der allgemeinen Bewegung zu veranlassen. Es geschah in einem Zirkular, das die Hinweise auf das für die Agitation wichtige Material enthielt, wie auch die Forderungen des Gesetzentwurfs zum Vereins- und Versammlungsrecht, den die sozialdemokratische Fraktion bereits im vorigen Reichstag eingebracht hatte. Nach der ersten Lesung des Regierungsentwurfs im Reichstage sollte laut Beschluß des Parteivorstandes und der Generalkommission eine allgemeine, große, einheitliche Protestbewegung stattfinden. Es galt die Frauen auf sie hinzuweisen, damit sie zu gegebener Zeit sich an den Veranstaltungen beteiligen und für sie agitieren konnten. Zu diesem Zwecke sandte die Unterzeichnete ein weiteres Zirkular an die Vertrauenspersonen. Auch die Veröffentlichung von Aufrufen in der Tagespresse taten in dieser Beziehung das ihrige. Das zustande gekommene Reichsvereinsgesetz ist bekanntlich reaktionär, nicht freiheitlich, und was die Einheitlichkeit anbelangt, so wird sie vielfach durch die einzelstaatlichen Ausführungsbestimmungen durchbrochen. Der Vorteil, den das Vereinsgesetz den Frauen bringt, das Recht zur politischen Organisation, wird von den Genossinnen ausgenutzt werden. Mit aller Kraft werden sie die politische Organisierung der Proletarierinnen durch Beitritt zur Sozialdemokratie zu fördern suchen, damit sie immer mehr politische Rechte, damit sie endlich auch das Wahlrecht erringen. Sobald das Reichsvereinsgesetz im Buchhandel erschienen war, hat die Unterzeichnete jeder Leiterin von Bildungsvereinen wie jeder Vertrauensperson ein Exemplar gesendet, damit die Genossinnen sich genau über die neuen rechtlichen Bestimmungen informieren können.

Die Rückständigkeit der deutschen Sozialreform, das Schneckentempo, in welchem sie im Interesse der ausgebeuteten Massen vorwärts schreitet, die Automobilgeschwindigkeit, mit der sie im Dienste des Unternehmervorteils daherrast, muß das Proletariat im Kampfe um sein Menschenrecht anspornen, welches vom ausbeutenden Kapital mit Füßen getreten wird. Der sozialpolitische Gesetzentwurf der Regierung, welcher nicht einmal für alle Fabrikarbeiterinnen ausnahmslos den Zehnstundentag festlegte, war eine neue Probe auf das Exempel. Es rief die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft auf die Schanzen. Die Genossinnen mußten in dem Kampf für eine gründliche Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in den ersten Reihen stehen. Um dem Willen der proletarischen Frauen nach Verkürzung der Arbeitszeit unzweideutigen Ausdruck zu geben und den Gedanken unter die Massen zu tragen, daß der Zehnstundentag nur eine Etappe zum Achtstundentag bedeutet, hat die Zentralvertrauensperson den leitenden Genossinnen aller Orte ein Zirkular zugesendet, das den Regierungsentwurf kritisch beleuchtete und zugleich die Anträge anführte, welche von der sozialdemokratischen Fraktion seit Jahren in Sachen des gesetzlichen Arbeiterschutzes gestellt worden sind. Die Frauen wurden zu lebhafter Agitation für diese unsere Forderungen und zur rücksichtslosen öffentlichen Kritisierung des nach jeder Richtung unzulänglichen Regierungsentwurfs aufgefordert. Es

haben daraufhin eine größere Anzahl öffentlicher Versammlungen stattgefunden, in denen eine gleichlautende Resolution angenommen wurde, die das verlangt, was unseren Forderungen entspricht. Die Versammlungen haben unstreitig in großen Kreisen des Proletariats das Verständnis für den Wert eines gründlichen gesetzlichen Schutzes geweckt, wie auch den Willen, einen solchen den herrschenden Klassen abtrotzen zu wollen. In diesem Zusammenhange muß auch eines Merkblatts über die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter gedacht werden, das die „Gleichheit" im Einvernehmen mit der Unterzeichneten veröffentlicht hat. Es entspricht einem längst gefühlten Bedürfnisse. Sehr viele Arbeiterinnen kennen die Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Bundesratsverordnungen nicht, die sie ein weniges gegen die kapitalistische Ausbeutung ihrer Kräfte schützen. Das von Genossin Kähler verfaßte Merkblatt gibt in leicht faßlicher Form eine Zusammenstellung der wichtigsten einschlägigen Vorschriften und wird daher eine willkommene Gabe für die Fabrikarbeiterinnen wie für die Organisationen sein, die weibliche Mitglieder haben und die Arbeiterinnen befähigen wollen, bewußt ihr Recht zu verteidigen und ihre Interessen zu wahren. Den Vertrauenspersonen ist in einem Zirkular empfohlen worden, in Zusammenkünften mit den Genossinnen das Merkblatt zu besprechen, es in Werkstubensitzungen zu verteilen und zu erörtern, überhaupt aber auf eine Verbreitung unter den Arbeiterinnen bedacht zu sein. Das Merkblatt ist vom Verlag der „Gleichheit" jederzeit zu beziehen. Sein Preis ist mit 1,50 Mk. pro 100, 12 Mk. pro 1000 Exemplare so gering, daß wohl an jedem Ort die Genossinnen, die Organisationen die Mittel aufbringen können, um das Blatt anzuschaffen und zu verteilen. Die Zentralstelle der Genossinnen hat übrigens den Genossinnen armer Gegenden die unentgeltliche Lieferung von Material zur Belehrung und Agitation nie verweigert, sie wird ihnen auch bei vorliegendem Bedürfnis das Merkblatt zustellen

Betont muß in diesem Bericht werden, daß unsere Genossinnen tief von der Ueberzeugung durchdrungen sind, wie notwendig und hochwichtig die gewerkschaftliche Organisation ist. Mit gutem Gewissen kann gesagt werden: es gibt keine politisch aufgeklärte Genossin, geschweige denn eine sozialistische Agitatorin, die nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit, bei jeder politischen Agitation für die Gewerkschaften Propaganda machte und sich ganz besonders bemühte, ihnen die Arbeiterinnen zuzuführen und die Arbeiterfrauen über ihre Bedeutung aufzuklären. Viele unserer Vertrauenspersonen wie die in internem Kreise tätigen Genossinnen nehmen häufig an Werkstubensitzungen teil, übermitteln den Beauftragten der Gewerkschaften, den Arbeitersekretariaten, der Gewerbeinspektion Beschwerden der Arbeiterinnen und dergl. Die rednerisch tätigen Genossinnen sind auch von den Gewerkschaften als Referentinnen sehr begehrt, und ein sehr großer Teil, ja bei manchen die Mehrzahl der abgehaltenen Versammlungen entfällt auf gewerkschaftliche Veranstaltungen. Die Genossinnen erfüllen mit ihrer gewerkschaftlichen Betätigung eine selbstverständliche Pflicht und bekunden, daß für sie Partei und Gewerkschaften eins sind. Mit Befriedigung verfolgen sie die glänzende Entwickelung der Gewerkschaften, besonders aber die äußerst erfreuliche Zunahme der Zahl der organisierten Arbeiterinnen, zu der sie durch opferfreudige Arbeit und Mühe das ihrige beigetragen haben. Wieviel übrigens aufgeklärte, geschulte Proletarierinnen den Gewerkschaften bei ihren Kämpfen beistehen und sie zum Siege führen können, hat in Berlin der Boykott der Jandorfschen Warenhäuser anläßlich der Aussperrung von 146 organisierten Hausdienern erwiesen. Dem energischen Vorgehen der Frauen ist vor allem die schnelle und erfolgreiche Beendigung des Kampfes zu verdanken gewesen.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses über den Boykott verschärfen die Verpflichtung der Genossinnen, durch eifrigste aufklärende Tätigkeit unter den Massen der proletarischen Frauen dafür zu sorgen, daß diese jederzeit im Falle eines Boykotts die gewerkschaftliche Bewegung in einsichtsvoller Weise und mit Hingabe unterstützen können.

Die Bestrebungen zur Klärung, Festigung und Vertiefung der theoretischen Schulung der Genossinnen haben im Berichtsjahre keinen Stillstand erfahren. Sie haben im Gegenteil rüstige Fortschritte gemacht. Aus Gründen, die weiter unten angeführt werden, ist es heuer nicht möglich, einen ziffernmäßigen Ueberblick über den Stand unserer Lese- und Diskussionsabende wie unserer Bildungsvereine zu geben. Aber ohne Uebertreibung kann im allgemeinen versichert werden, daß es ein recht befriedigender ist. Als erwiesen darf festgestellt werden, daß die Lese- und Diskussionsabende sich als ein vorzügliches Mittel zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen bewährt haben. Ihre Zahl ist daher fortwährend im Steigen begriffen und ihre Gründung ist vielfach auch dort von den Genossen angeregt und gefördert worden, wo die Genossinnen Mitglieder der Parteiorganisation sein können. Auch die Zahl der Teilnehmerinnen an den Lese- und Diskussionsabenden ist in den meisten Orten gewachsen. Durch eifriges Studium haben sich in ihnen Genossinnen Kenntnisse und Gewandtheit angeeignet, um nun ihrerseits als Lehrende oder auch als Diskussionsrednerinnen, als Referentinnen im kleinen Kreise wirken zu können. Wenn auch die Entwickelung der Bildungsvereine kein gleich einheitliches Bild zeigt, so muß doch festgestellt werden, daß auch sie gedeihen und Wertvolles leisten, sobald sie unter Berücksichtigung der grundsätzlichen und praktischen Gesichtspunkte gegründet worden sind und geleitet werden, welche von der Frauenkonferenz zu Mainz aufgestellt worden sind. Solchen Bildungsvereinen, auf die das zutrifft, sind durch das reaktionär gestaltete Reichsvereinsgesetz neue wichtige Aufgaben zugewiesen worden. Die Entrechtung der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre, die es ausspricht, verpflichtet die Genossinnen, sich noch mehr als bisher um die Erziehung der proletarischen Jugend zu kümmern. Die Frauen müssen befähigt werden, als Mütter ihre Kinder daheim in sozialistischem Geiste zu erziehen und dadurch dem reaktionären Einfluß der Schule und nach der Schule bürgerlichen Veranstaltungen kräftig entgegenzuwirken. Nach dieser Richtung hin können aber die Frauenbildungsvereine Bedeutendes leisten und Aufgaben erfüllen, die außerhalb des Rahmens der politischen Organisation liegen. Damit nicht genug. Sie können unter bestimmten Umständen auch Einrichtungen schaffen, die der gemeinsamen Bildung und Erziehung der Kinder im schulpflichtigen wie im nachschulpflichtigen Alter dienen. Bereits haben Bildungsvereine begonnen, sich in diesem Sinne zu betätigen. Sie sorgen dafür, daß die Kinder an den schulfreien Nachmittagen oder Sonntags aufs Land, in den Wald kommen und dort unter Aufsicht von Genossinnen spielen und versorgt werden. Eine andere Einrichtung hat der Berliner Frauenbildungsverein getroffen. Er hat eine Jugendabteilung für Mädchen gegründet. In bestimmten Zwischenräumen finden Veranstaltungen zur Belehrung und Unterhaltung der weiblichen Jugend statt. In anderen Orten noch haben sich den Bildungsvereinen der Genossinnen weibliche Jugendabteilungen angegliedert.

An den vom Bildungsausschuß der Partei in vielen Orten angeregten und organisierten Vortragszyklen und Unterrichtskursen haben fast überall auch Genossinnen sich beteiligt. Die Unterzeichnete hielt es für praktisch, die Genossinnen durch ein Rundschreiben auf diese

Veranstaltungen hinzuweisen und ihnen die Adressen der betreffenden lokalen und provinzialen Bildungsausschüsse mitzuteilen. Die Genossinnen wurden dadurch in den Stand gesetzt, sich zeitig genug orientieren und an den auch für sie so sehr nötigen Veranstaltungen zur besseren Durchbildung beteiligen zu können.

Von Einrichtungen der Genossinnen, die einem ganz bestimmten praktischen Zwecke dienen, seien die Kinderschutzkommissionen erwähnt. Auch sie sind in größerer Anzahl als im Vorjahre vorhanden. Zu den Orten, wo die Genossinnen in letzter Zeit eine solche Kommission gegründet haben, zählt Berlin. Wieviel Gutes durch diese Kommissionen geschaffen, wie manchem Kinde Dank ihrer das Leben erträglicher gestaltet werden kann, geht besonders aus dem Bericht hervor, den die Dresdner Kinderschutzkommission der Genossinnen veröffentlicht hat. Sie hat eine geradezu vorbildliche Wirksamkeit entfaltet, die sowohl das soziale Empfinden und Verstehen wie die hingebungsvolle Energie der Genossinnen bekundet. Die Kommission hat nicht bloß in vielen Einzelfällen zum Schutz von Kindern eingegriffen, sie sucht auch beim Schulamt dahin zu wirken, daß in Zukunft den Kleinen keine Erlaubnisscheine mehr zum Christhandel erteilt werden. Der Stadtrat versprach, die Forderung zu beraten, und unsere Genossinnen werden rechtzeitig daran erinnern, daß das geschieht. Auch in anderer Beziehung noch sind die Genossinnen vieler Orte für das Recht der Kinder eingetreten. Den Beschlüssen der Mannheimer Konferenz und des Preußischen Parteitages entsprechend, haben sie, soweit andere wichtige Aktionen es zuließen, für die Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten eine fleißige Propaganda entfaltet und dadurch das Vorgehen der Genossen in den Gemeindevertretungen unterstützt. So z. B. in Berlin, wo die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament einen Antrag auf Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten gestellt hat. Die freisinnige Mehrheit der Körperschaft lehnte den Antrag ab. Die Agitation der Genossinnen zum Schutze der Kinder hat sich auch auf Forderungen auf Fürsorge und Pflege für Säuglinge erstreckt. Die erschreckend hohe Säuglingssterblichkeit hat in manchen Gemeinden zu Einrichtungen und Maßregeln veranlaßt, die auf dem Wege zu unseren Forderungen liegen, die soziale Fürsorge für Mutter und Kind betreffend. Aber was in dieser Beziehung geschaffen worden ist, gleicht einem Tropfen auf einen heißen Stein. Damit mehr und Besseres geleistet werde, müssen besonders die Frauen der werktätigen Massen über die Notwendigkeit der einschlägigen Reformen aufgeklärt werden, so daß sie als Fordernde in die Oeffentlichkeit treten. Diesem Ziele hat die Agitation der Genossinnen gedient. Sie hat Tausenden proletarischer Frauen zum Bewußtsein gebracht, daß die großen sozialen und politischen Gemeinschaften, Kommune, Staat und Reich verpflichtet sind, fürsorgend für Mutter und Kind einzugreifen, weil die kapitalistische Gesellschaft eine immer größere Zahl von Familien der Mittel dazu beraubt, und ein körperlich und geistig gesunder Nachwuchs der größte gesellschaftliche Reichtum ist.

Es ist dieses Jahr leider nicht möglich, durch Zahlen das Wachstum und den Stand der verschiedenen Organisationen der Genossinnen zu belegen und dadurch gleichzeitig ein ganz genaues Bild der Tätigkeit zu geben, die sie auf verschiedenen Gebieten entfaltet haben. Die zum Zwecke ziffernmäßigen Nachweises von der Unterzeichneten verschickten Fragebogen sind bis jetzt nur spärlich zurückgekommen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß von dem Tage an, wo ein Reichsvereinsgesetz in Aussicht stand, das den Frauen das Recht zur politischen Organisation gewährleisten sollte, auch die Frage des

Beitritts der Genossinnen zu den Parteivereinen eine praktische aktuelle Bedeutung gewann. Ueberall begann man die gemeinsame Organisation vorzubereiten. Die proletarische Frauenbewegung trat in der Folge in ein Uebergangsstadium, dem es zuzuschreiben ist, daß die Fragebogen mit den genauen Angaben über die Tätigkeit der Genossinnen der einzelnen Orte und die Zahl der Organisierten, nicht pünktlich einlaufen.

Der summarische Ueberblick über die Tätigkeit der Genossinnen und die Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung wird durch das vervollständigt, was an Aufklärungsarbeit durch das gedruckte Wort geleistet worden ist. Dank der Unermüdlichkeit der Genossinnen hat die sozialistische Literatur in immer neue und größere Kreise der peroletarischen Frauenwelt eindringen können, hat sie bis dahin Schlafende erweckt und Erweckte geschult. An erster Stelle muß da die Verbreitung genannt werden, die unsere „Gleichheit" erzielt hat. Sie erscheint jetzt in einer Auflage von 85 000 und hat mindestens die doppelte Anzahl Leserinnen und Leser. Ihre steigende Verbreitung kommt unstreitig mit auf Rechnung der Zunahme an weiblichen Mitgliedern in solchen Gewerkschaften, welche für diese das Blatt als Nebenorgan eingeführt haben. Besonders muß da der Textilarbeiterverband genannt werden, der laut Erklärung von berufener Seite auf der letzten Generalversammlung das Ziel verfolgt, die Arbeiterinnen nicht bloß zu guten Gewerkschaftlerinnen, sondern auch zu durchgebildeten Sozialistinnen zu erziehen. Aber der zähen Arbeit der Genossinnen selbst ist es nicht weniger zu verdanken, daß der Leserinnenkreis der „Gleichheit" ständig wächst. Die Genossinnen scheuen keine Mühe, um ihr Eingang in die bescheidene Wohnung der Arbeiterfamilie, das Kämmerchen der Arbeiterin zu verschaffen. Sie wissen, was das Blatt für die Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung und die Erweckung und Schulung der Proletarierin für den Klassenkampf bedeutet. Wie kein anderes Blatt läßt sich die „Gleichheit" angelegen sein, die Frauen politisch und gewerkschaftlich zu fördern und zu Sozialistinnen heranzubilden. Ihre Beilage für die Mütter und Hausfrauen trägt durch gediegene Artikel viel dazu bei, die Proletariczinnen mit Wissen und Einsicht zur besseren Erfüllung ihrer mütterlichen Pflichten auszurüsten. Dazu gehört vor allem, daß sie befähigt werden, in die Seele des Kindes die Ideen des Sozialismus zu pflanzen. Die Kinderbeilage der „Gleichheit", welche im Sinne unserer Ueberzeugung auf die Kinder wirkt, wird von alt und jung mit gleicher Freude gelesen. Daß die Zeitschrift auch Ueberschüsse für den Parteisäckel abwirft, ist eine nicht zu verachtende Beigabe.

Die Agitation durch Broschüren ist im Geschäftsjahre selbstverständlich nicht verabsäumt worden. Es gelangten durch die Zentralstelle zur Verteilung, resp. zur Versendung: Bebel, „Die Frau und der Sozialismus" 150; Zetkin, „Zur Frage des Frauenstimmrechts" 7000; Zepler, „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin" 2000; Zietz, „Landarbeiter und Sozialdemokratie" 10 000; „Von Genf bis Stuttgart" 250; „Berichte zur Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz" 5000 (dazu noch 1858 Exemplare, die nicht alle Berichte enthalten); Ihrer, „Die Arbeiterin im Klassenkampf" 7; „Protokolle des Essener Parteitags" 320; „Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart" 50; „Führer durch die Versicherungsgesetzgebung" 100; Parvus, „Klassenkampf" 100; „Die kapitalistische Produktion" 100; „Ziele und Wege" 44; „Preußischer Volksschulgesetzentwurf", „Befreiungskrieg", „Gegen Volksverdummung" je 30; Hirsch, „Handbuch" 35; Arons, „Landtagswahlen" 1000; Heine, „Führer durch das Vereinsgesetz" 1000; Kautsky, „Die historische Leistung von Karl Marx" 250; verschiedene Hefte der „Gesundheitsbibliothek" zusammen

650; Kautsky und Schoenlank, „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie", 320. Außerdem wurden einzelne Bücher und Broschüren unentgeltlich an Genossinnen verabfolgt, die den Wunsch hegten, durch ihr Studium ihre theoretische Schulung zu vertiefen. Mehrfach wurde zu diesem Zwecke verlangt und abgegeben: Kautsky, „Marx ökonomische Lehren" und das „Erfurter Programm". Die empfangenen Anregungen haben viele Genossinnen lerneifrig gemacht und sie haben sich aus eigenen Mitteln Bücher angeschafft, deren Bezug die Unterzeichnete vermittelte. Auf diese Weise haben im letzten Jahre Bebels Buch, „Die Frau und der Sozialismus"; Schulz, „Die Mutter als Erzieherin" und andere Schriften und Veröffentlichungen noch eine gute Verbreitung unter den Genossinnen gefunden. Die Zentralstelle hat gelegentlich der Landtagswahlen 100 000 Exemplare des von der „Gleichheit" herausgegebenen Wahlflugblatts an die Genossinnen verteilt, in letzter Zeit 5000 Merkblätter für Fabrikarbeiterinnen.

Trotz der größeren Zentralisation unserer Frauenbewegung in manchen Bezirken ist die Korrespondenz der Zentralvertrauensperson eine sehr ausgedehnte gewesen. Ein Beweis dafür, daß die Zahl der Genossinnen wächst, die aktiven Anteil am Klassenkampf nehmen. Es gingen Briefe und Postkarten ein 1897. Versandt wurden 4795 Briefe und Postkarten sowie 5522 Drucksachen. Bemerkt sei noch, daß fast täglich Genossinnen ins Bureau der sozialdemokratischen Frauen kommen, um sich persönlich über Angelegenheiten der Bewegung zu beraten. Eine Aufstellung über die Zahl der Besucherinnen ist nicht gemacht worden, doch ist dieselbe nicht unbeträchtlich.

Die Gesamteinnahme der Zentralstelle betrug 8060,46 Mk., davon 6538,90 Mk. an Beiträgen, 1521,56 Mk. für Broschüren und Flugblätter. Die Gesamtausgabe belief sich auf 9288,66 Mk. Sie verteilt sich wie folgt: Allgemeine Unkosten 1456,60 Mk., Broschüren 4845,11 Mk., für Agitationstouren 1858,50 Mk., Fracht und Porti 1128,45 Mk. Die Ausgaben haben die Einnahmen um 1228,20 Mk. überstiegen. Um den fehlenden Betrag zu decken, ist die benötigte Summe von den 5000 Mk. abgehoben worden, die Genosse Bebel der Zentralstelle für die Zwecke der proletarischen Frauenbewegung überwiesen hat. Bücher und Kasse sind vierteljährlich von drei Revisoren geprüft und in voller Ordnung gefunden worden. Die gegen das Vorjahr gesunkenen Einnahmen machen ein Wort der Erklärung notwendig. Im letzten Jahre fanden Wahlkämpfe zu verschiedenen Parlamenten von außerordentlicher Bedeutung statt, allen voran der preußische Landtagswahlkampf. Die Genossinnen haben sich daher in richtiger Würdigung der Situation in erster Linie bemüht, möglichst viel Geld für die Wahlen aufzubringen. Auch die Krise hat zur Verminderung unserer Einnahmen beigetragen. Die Frauen, die ihre Wirkungen, wie die der Lebensmittelteuerung, am empfindlichsten verspüren, waren vielfach durch die Not in der Familie gezwungen, mit Aufwendungen für die idealen Zwecke der Bewegung zu kargen, ja sie ganz zu unterlassen.

Das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bedeutet für die proletarische Frauenbewegung einen neuen, wichtigen Abschnitt. Es braucht nicht länger Sonderorganisationen der Genossinnen zu geben, überall werden die Frauen den sozialdemokratischen Parteiorganisationen als Mitglieder beitreten. Wir freuen uns dessen, denn wir erwarten nach allen Seiten hin die günstigsten Wirkungen von einer gemeinsamen Organisierung der klassenbewußten Proletarier und Proletarierinnen. Die gemeinsame Organisation schließt jedoch nicht aus, daß in Hinblick auf das verfolgte Ziel und unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse solche von den Genossinnen geschaffene Einrichtungen erhalten bleiben, welche sich als treffliche Mittel bewährt haben, die weiblichen Parteimitglieder theoretisch zu schulen und unter den Massen der weiblichen Bevölkerung Mitstreiterinnen für den politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf des Proletariats zu gewinnen, und sie den Organisationen zuzuführen. Um darüber zu beraten, wie die betreffs der Organisation der Frauen vorliegende Aufgabe am besten gelöst werden könne, hatte die Unterzeichnete für den 9. Mai eine Zusammenkunft einberufen. Außer Genossinnen aus verschiedenen Gegenden Deutschlands nahmen an ihr auch Vertreter des Parteivorstandes und der Berliner Parteiorganisation teil. Bei der gründlichen Erörterung der zu behandelnden Frage zeigte sich in den Hauptpunkten völlige Uebereinstimmung. Das Resultat der gepflogenen Beratungen ist der nachfolgende Vorschlag zur Neuorganisation der Genossinnen. Er soll zunächst den Organisationen, dann aber auch der Frauenkonferenz zu Nürnberg zur Beratung unterbreitet werden. Das letzte Wort in der Frage wird natürlich der Parteitag sprechen.

Organisationsvorschlag.

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierungen der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Dieser Organisationsvorschlag ist den Vertrauenspersonen und Leiterinnen von Organisationen der Genossinnen zur eingehenden Erörterung zugesandt worden. In vielen Orten werden bereits mit den Genossen Beratungen über die fernere Gestaltung der Organisation gepflogen. Die Genossinnen beeilen sich fast überall, den sozialdemokratischen Vereinen beizutreten, sie wissen, dort ist ihr Platz. Die Genossen beweisen ihrerseits Verständnis für die oben hervorgehobene Notwendigkeit, den Zweckmäßigkeitsgründen Rechnung zu tragen, welche für das Fortbestehen bestimmter eigener Organe zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat und zur Schulung der Genossinnen sprechen. Die stattfindenden Erörterungen der wichtigen Frage werden deren Behandlung durch Frauenkonferenz und Parteitag wirksam vorarbeiten und dazu helfen,

die proletarische Frauenbewegung einer neuen Etappe ihrer Entwickelung, ihres Aufschwungs entgegen zu führen. Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in Stadt und Land aufgeklärt und organisiert dem Klassenkampf, dem Emanzipationskampf des gesamten Proletariats einzugliedern, sie mit der festgewurzelten Erkenntnis zu erfüllen, daß auch sie um ihrer vollen sozialen und menschlichen Befreiung halber, ihren Willen unbeugsam auf das eine hehre Ziel richten müssen, die Verwirklichung des Sozialismus: das ist die Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung. Von den Fesseln befreit, durch welche die vereinsgesetzlichen Bestimmungen in dem größten Teile des Reichs sie bisher wohl nicht gezwungen, doch aber gehemmt haben, wird sie künftig der Erfüllung dieser ihrer Aufgabe mit der alten Treue und Begeisterung und mit neuer, größerer Kraft nachgehen. Die Genossinnen wissen sich in diesem Gelöbnis eins mit dem ganzen klassenbewußten Proletariat, das immer schwereren und bedeutenderen Kämpfen entgegengeht, die es nur siegreich zu bestehen vermag, wenn es wie ohne Unterschied des Berufs und der Nationalität, so auch ohne Unterschied des Geschlechts zusammensteht, den Blick unverwandt nach der aufgehenden Sonne des Sozialismus gerichtet.

Ottilie Baader.

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

22. November 1907 bis 7. Mai 1908.

Inhalts-Uebersicht:

Einleitung 117; Reichshaushaltsetat 118; Die allgemeine Etatsdebatte 122; Der Militäretat 125; Marineetat und Flottengesetz 128; Kolonialpolitik 130; Finanzwirtschaft 135; Sozialpolitik 138; Rechtspflege 145; Reichskanzler und Wahlrecht 147; Auswärtige Politik 150; Reichspost 150; Reichseisenbahnen 151; Ostmarkenzulagen 151; Dampfersubvention 151; Teuerungszulagen 152; Majestätsbeleidigung 152; Reichsvereinsgesetz 153; Börsengesetz 156; Scheckgesetz und Postscheckverkehr 157; Wechselprotest und Wechselstempel 157; Automobilstempel 157; Telefunkengesetz 158; Münzgesetz 158; Maß- und Gewichtsordnung 158; Kleiner Befähigungsnachweis 159; Sicherung der Bauforderungen 160; Konkurrenzklausel, § 63 des Handelsgesetzbuches 160; Versicherungsvertrag 160; Unterstützungswohnsitz 161; Verlängerung der Zuckerkonvention 162; Einschränkung der Haftpflicht der Tierhalter 163; Viehseuchengesetz 164; Vogelschutzgesetz 164; Interpellationen 164; Initiativanträge 166; Petitionen 166; Wahlprüfungen 166; Schluß 167.

Die Reichstagsverhandlungen standen auch in der letzten Session unter dem Einfluß der Blockpolitik, nur daß in dieser 2. Session die grotesken Entartungserscheinungen noch schärfer zutage traten als in der im wesentlichen nur durch die Etatsberatung ausgefüllten 1. Session. Die Vereinigung von Parteigruppen, welche sich liberal nennen und formell noch ein liberales Programm anerkennen, mit den konservativen und antisemitischen Parteigruppen, deren politische und wirtschaftliche Grundsätze in allen Teilen das schroffe Gegenteil von Liberalismus sind, muß den gewohnten Gang der Dinge direkt auf den Kopf stellen. Dabei stehen die freisinnigen und demokratischen Gruppen in außergewöhnlich starker Weise unter dem Zwange des Blockbundes. Zum Teil gewählt mit Hülfe der schmählichen Praktiken des Blockwahlkampfes, mit Unterstützung der Regierung und konservativer Blockverbündeter, sind die meisten ihrer Abgeordneten zu charakterlos und zu verbohrt in fanatischem Sozialistenhaß, als daß sie auf die Gefahr der Auflösung des Blockbündnisses hin die steifnackige Politik der Gleichberechtigung mit den Junkern probieren sollten. Diese „Linksliberalen" haben lieber die Domestikenrolle im Block auf sich genommen, und sie spielen sie mit solcher Virtuosität, **als wären Freisinnige und Demokraten ihr Lebtag nichts anders als Bediente der Konservativen gewesen.**

Es ist zuzugeben, daß bis jetzt noch zwei bis drei Abgeordnete der linksliberalen Vereinigung eine Ausnahme hiervon machen, es ist diesen Vereinzelten anzumerken, daß sie sich unbehaglich in der neuen Kondition fühlen, sie helfen sich über das drückende Gefühl mit der kindlichen Selbsttäuschung hinweg, daß es ihnen im Blockbunde gelingen könnte, Junker und Regierung zu überlisten, und so gewissermaßen auf Schleichwegen liberale Errungenschaften zu ergattern. Ach, der Freisinn ist kein Odysseus, der den Zyklopen Junkertum zu blenden und ihm seine feisten, gut gehüteten Vorrechte entführen und dabei sich selbst noch mit heiler Haut aus der Höhle der Reaktion retten könnte. Uebrigens stürzte sich, wie schon bemerkt, der weitaus größte Teil der linksliberalen Parlamentsmitglieder gar nicht in die geistigen Unkosten einer solchen Selbsttäuschung, sie tragen ihr Strebertum, und die eitle Freude darüber, daß sie in der Nähe der Regierung und Junker geduldet werden, offen zur Schau, wobei ihnen sehr zu statten kommt, daß sie von politischer Klarheit und von festen Grundsätzen nicht weiter beschwert werden. Wenn Demokraten und Freisinnige lebhaft für agrarische und zünftlerische Forderungen eintreten, wenn sie von der Reichstagstribüne herab in überschäumenden Kriegervereinspatriotismus und in Kolonialenthusiasmus machen, warum sollen sie der Reaktion nicht die Schuhe putzen dürfen?

Die abgelaufene Reichstagssession sah ungezählte Beispiele solcher liberaler Gesinnungsverlotterung, und es könnte sich nun die Frage aufwerfen: sind das vorübergehende Erscheinungen, die mit dem Ende des Blocks wieder verschwinden oder hat man für die Dauer damit zu rechnen? Nun, trotz der anerkennenswerten Bestrebungen derer um Theodor Barth glauben wir nicht an eine Reorganisation, an eine Neu-Liberalisierung des heutigen nur noch nominellen Liberalismus. Mit dem Wachstum der Sozialdemokratie haben sich die bürgerlichen Parteien, unbeschadet verschiedener Weltanschauungen und politischer und wirtschaftlicher Programme, immer enger zusammengeschlossen; der Block ist nur eine, unter besonderen Umständen im Sprunge erreichte Etappe in diesem Entwickelungsgang. Es ist möglich und sogar sehr wahrscheinlich, daß der Block über kurz oder lang wieder zerfällt, an der Haltung der bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokratie und ihren auf das Wohl der breiten Massen des Volkes gerichteten Forderungen gegenüber wird das nichts ändern. Je mehr die Vorrechte der von ihnen vertretenen Klassen durch die Sozialdemokratie bedroht werden, desto fester werden sie sich zusammenschließen — ganz gleichgültig, wie sie sich nennen und auf welches Programm sie schwören.

Diese kurzen allgemeinen Bemerkungen vorausgeschickt, wollen wir uns nun den einzelnen Fragen zuwenden, welche den Reichstag in der Berichtsperiode beschäftigten.

Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1908/09.

Der Etat für das vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 laufende Rechnungsjahr weist wieder eine ganz gewaltige Steigerung der Ausgaben auf. Ungerechnet der durch Nachtragsetat bewilligten 46 125 000 Mk. für Kolonialeisenbahnen beziffern sich die Ausgaben auf

2 777 695 429 Mk.

gegen 2 596 891 629 Mk. im Vorjahre. Im einzelnen gestaltet sich der Reichsetat wie folgt:

Ausgaben:

Im ordentlichen Etat:

A. Fortdauernde Ausgaben.*)

	1908	1907
Reichstag	2 114 165 Mk.	2 044 400 Mk.
Reichskanzler und Reichskanzlei	306 360 „	302 730 „
Auswärtiges Amt	17 569 032 „	16 874 482 „
Reichsamt des Innern	77 326 192 „	15 236 545 „
Reichsheer	670 429 720 „	638 235 700 „
Marine	133 801 074 „	120 871 295 „
Reichsmilitärgericht	578 501 „	573 461 „
Reichs-Justizverwaltung	2 463 930 „	2 417 690 „
Reichsschatzamt	308 483 350 „	281 206 723 „
Kolonialamt	1 899 147 „	1 649 028 „
Reichseisenbahnamt	434 300 „	430 300 „
Reichsschulden-Verwaltung	682 500 „	802 500 „
Reichsschulden-Verzinsung	154 784 524 „	135 792 000 „
Allgem. Pensionsfonds	110 382 550 „	103 652 532 „
Reichs-Invalidenfonds	36 089 449 „	36 662 792 „
Post- und Telegraphenverwaltung	544 618 341 „	513 596 912 „
Reichsdruckerei	7 436 565 „	6 293 315 „
Reichseisenbahn-Verwaltung	95 148 000 „	88 966 790 „
Rechnungshof	1 072 746 „	1 019 382 „
Summe der fortdauernden Ausgaben	2 165 570 446 Mk.	2 026 628 607 Mk.

B. Einmalige Ausgaben.

	1908	1907
Reichstag	— — Mk.	197 600 Mk.
Auswärtiges Amt	185 950 „	770 350 „
Reichsamt des Innern	6 024 000 „	5 335 100 „
Reichsheer	127 235 930 „	108 977 101 „
Marine	129 037 453 „	111 966 950 „
Reichsmilitärgericht	1 000 000 „	892 320 „
Reichs-Justizverwaltung	35 000 „	— — „
Reichsschatzamt	2 082 500 „	1 589 700 „
Kolonialamt	40 053 372 „	35 988 457 „
Reichsschuld	505 000 „	852 000 „
Post- und Telegraphenverwaltung	16 295 488 „	16 070 229 „
Reichsdruckerei	87 084 „	87 084 „
Reichseisenbahn-Verwaltung	6 832 870 „	6 334 120 „
Teuerungszulagen	23 565 600 „	23 151 001 „
Summe der einmaligen Ausgaben	352 940 247 Mk.	312 262 012 Mk.

*) Insoweit die hier gegebenen Zahlen von den im vorjährigen Fraktionsbericht gegebenen abweichen, ist das darauf zurückzuführen, daß die Gehaltsaufbesserungen im Gesamtbetrage von 1 838 400 Mk. bei den einzelnen Kapiteln mit verrechnet sind.

Die einmaligen Ausgaben erhöhen sich durch die Nachtragsetats betreffend:

	1908	1907
Luftschiffahrt (Ballonhalle)	400 000 Mk.	— — Mk.
Einrichtung des Postscheckverkehrs	100 243 „	— — „
Ostmarkenzulagen	933 241 „	— — „
Summa	1 433 484 Mk.	— — Mk.
Mit den vorstehenden einmaligen Ausgaben von	352 940 247 „	— — „
Insgesamt	354 373 731 Mk.	312 262 012 Mk.
Hierzu fortdauernde Ausgaben	2 165 570 446 „	2 026 628 607 „
Ausgaben im ordentlichen Etat	2 519 944 177 Mk.	2 338 890 619 Mk.

Einnahmen:

	1908	1907
Zölle	666 974 000 Mk.	600 865 000 Mk.
Tabaksteuer	11 297 000 „	11 197 000 „
Zigarettensteuer	14 841 000 „	11 473 000 „
Zuckersteuer	141 436 000 „	138 566 000 „
Salzsteuer	57 194 000 „	55 820 000 „
Branntweinsteuer	116 797 800 „	116 883 000 „
Champagnersteuer	5 457 700 „	4 933 000 „
Biersteuer	55 266 000 „	51 744 000 „
Spielkartenstempel	1 757 470 „	1 694 770 „
Wechselstempel	16 000 000 „	14 418 000 „
Reichsstempelabgaben	40 470 000 „	47 901 520 „
Lotterielosssteuer	40 469 000 „	38 924 150 „
Frachtbriefsteuer	15 680 000 „	13 720 000 „
Fahrkartensteuer	23 520 000 „	20 380 000 „
Automobilsteuer	1 960 000 „	2 940 000 „
Tantiemensteuer	5 880 000 „	9 800 000 „
Erbschaftssteuer	42 000 000 „	36 000 000 „
Statistische Gebühr	1 432 300 „	1 329 000 „
Abfindung für Zölle und Steuern	100 910 „	92 680 „
Post- und Telegraphenverwaltung	644 106 700 „	610 157 740 „
Reichsdruckerei	10 929 800 „	9 732 000 „
Reichseisenbahn-Verwaltung	125 532 000 „	117 875 000 „
Bankwesen	34 669 000 „	22 615 000 „
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	42 655 799 „	40 637 653 „
Reichsinvalidenfonds	36 852 642 „	39 828 797 „
Ueberschüsse früherer Jahre	539 300 „	426 300 „
Ausgleichsbeträge	23 491 147 „	19 338 784 „
Matrikularbeiträge	343 135 109 „	290 598 225 „
Summe der Einnahmen im ordentlichen Etat	2 519 944 177 Mk.	2 338 890 619 Mk.

Der außerordentliche Etat weist auf an

Ausgabe:

	1908	1907
Expedition nach Südwestafrika	— — Mk.	40 518 900 Mk.
Reichsamt des Innern	24 000 000 „	19 000 000 „
Reichsheer	56 624 800 „	51 608 441 „
Marine	86 135 150 „	57 870 260 „
Kolonialamt	8 200 000 „	— — „
Post- und Telegraphenverwaltung	60 000 000 „	44 835 000 „
Reichseisenbahn-Verwaltung	19 786 500 „	37 638 500 „
Expedition nach Ostasien	3 055 802 „	6 584 909 „
Summa	257 751 252 Mk	257 501 010 Mk.

Einnahme:

	1908	1907
Rückzahlung aus dem Fonds für Arbeiterwohnungen	217 000 Mk.	206 800 Mk.
Aus verkauften Festungsgrundstücken	3 271 286 „	1 251 578 „
Expedition nach Ostasien	642 197 „	756 112 „
Rückzahlung aus dem Festungsbaufonds	51 761 „	51 761 „
Rückzahlung des Darlehns an Togo	168 000 „	162 000 „
Schuldentilgung der Reichseisenbahnen	370 910 „	358 370 „
Sonstige Einnahmen	— — „	824 080 „
Summa	4 721 154 Mk.	3 610 701 Mk.
Bleibt durch Anleihe zu decken	253 030 098 „	253 890 309 „
Zusammen, gleich der Ausgabe	257 751 252 Mk.	257 501 010 Mk.

Im ordentlichen Etat decken sich scheinbar Ausgaben und Einnahmen. Nur scheinbar! Das Gesetz betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld vom 3. Juni 1906 bestimmt im § 3, daß soweit die Matrikularbeiträge in einem Rechnungsjahr den Sollbetrag der Ueberweisungen um mehr als 40 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung übersteigen, diese überschießende Summe auf 3 Jahre „gestundet" wird. Unter Anwendung dieser Bestimmung schließt der ordentliche Etat mit 123 138 298 Mk. Defizit ab, welches als gestundete Matrikularbeiträge figuriert, also die Schuldenlast erhöht. Die abzüglich der geringen Einnahmen verbleibenden Ausgaben des außerordentlichen Etats gehen ohne weiteres auf Anleihe; dieselbe beziffert sich auf 253 030 098 Mk., wozu noch 7 800 000 Mk. für ein Darlehen an das südwestafrikanische Schutzgebiet und die vom Reich garantierte Kolonialanleihe im Betrage von 38 325 000 Mk. kommen. Die Reichsschuld, welche sich am 1. April 1907 auf 3 803 500 000 Mk. belief, ist jetzt auf 4 318 344 000 Mk. angewachsen — ungerechnet die Garantie für die 38½ Mill. Mk. Kolonialanleihe. Dabei ist trotz des vor zwei Jahren beschlossenen Gesetzes über Tilgung der Reichsschuld an eine Tilgung nicht zu denken; durch § 4 des Etatsgesetzes für das Etatsjahr 1908 wird jenes Gesetz einfach aufgehoben. Die im diesjährigen Etat eingesetzten 23 910 000 Mk., welche zur Schuldentilgung dienen sollten, werden auf das Defizit des ordentlichen Etats angerechnet, so daß sich dies auf rund 100 Millionen Mk. ermäßigt.

Ueber die Finanzlage des Reiches noch weiteres an anderer Stelle.

Die allgemeine Etatsdebatte.

Der vom 28. November bis 5. Dezember währenden allgemeinen Etatsdebatte wurde der Stempel aufgedrückt durch einen scharfen Konflikt im Block und Bülows Ausgleich mit nachfolgender Versöhnungskomödie. Alle anderen Fragen traten hinter dieser Episode zurück. Wohl wurden Fragen der auswärtigen Politik berührt, wohl rückten unsere Fraktionsredner, die Genossen Bebel und David, die unter der Kriseneinwirkung besonders drückend gewordene Lage der Arbeiterklasse in den Vordergrund ihrer Erörterungen, zu entscheidenden Auseinandersetzungen über diese Themata kam es indessen in der Generaldebatte nicht. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Freiherr von Stengel hatte ausnahmsweise einmal ganz unverschleiert den Finanzjammer geschildert und diese in den düstersten Farben gehaltene Darstellung über den gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen als Hintergrund für seine neuen Steuerpläne benützt. Dabei erklärte er von vornherein ganz kategorisch:

„Ueber eins aber möchte ich schon heute keinen Zweifel lassen: eine direkte Reichssteuer werden Ihnen die verbündeten Regierungen nicht bringen." (60. Sitzung vom 28. November.)

Während sich die Rechte erfreut über diese, offenbar auf Anweisung der preußischen Regierung erfolgte Erklärung zeigte, suchte der nationalliberale Fraktionsredner schüchtern Stimmung für eine Reichsvermögenssteuer zu machen, forderte aber weiterhin die Einführung der Wehrsteuer. Der preußische Finanzminister von Rheinbaben antwortete in außerordentlicher schroffer Form auf diesen zahmen nationalliberalen Versuch, gegen den agrarischen Stachel zu löken. Das gab den ersten Riß im Block. Der später folgende freisinnige Redner preist zwar die Festigkeit des Blocks, aber auch er deutet schüchtern an, daß der liberale Flügel gern sehen würde, wenn wenigstens in etwas direkte Reichssteuern bei dem gewaltigen Mehrbedarf in Aussicht genommen würden. Darauf ist nun nicht viel zu geben, der freisinnige Redner ist „im Prinzip" mit vielem nicht einverstanden, gibt aber gleich zu, daß er in der Praxis auch mitmachen werde. Indessen die rechte Blockfreude kommt nicht zum Durchbruch. Das Zentrum freut sich der keimenden Blockrise und erklärt lakonisch, daß es sich dieses Jahr nicht veranlaßt sehe, an der Steuersuche teilzunehmen. Neidlos wolle es dem Block diese staatserhaltende Tätigkeit überlassen.

Diese wenig angenehme Stimmung im Block wurde nicht verbessert durch die Rede des Genossen Bebel. Als erster Redner der Fraktion beschränkte sich Genosse Bebel nicht darauf, einige Schattenseiten der inneren und äußeren Politik hervorzuheben, wie das die bürgerlichen Etatsredner zu tun gewöhnt sind, seine Etatsrede war auch dies Jahr eine umfassende Kritik der politischen und wirtschaftlichen Zustände im Reiche. Bei dem Finanzelend anknüpfend, sprach er sich nachdrücklich für Reichsvermögens- und -Einkommensteuer sowie wesentliche Verschärfung der Erbschaftssteuer aus. Der Gegensatz zwischen rechts und links im Block in der Steuerfrage wurde dabei stark unterstrichen. Ueber diese eine Seite der Etatserörterungen hinaus wandte sich unser Redner dann der inneren und äußeren Politik zu, in gleicher Weise die Kriegshetzereien wie das Elend der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Krisenzeit beleuchtend.

Bülow hielt es an der Zeit, in diesem Stadium der Verhandlungen Oel auf die unruhigen Wogen zu gießen. Mit einem Trick, der bei dem Block nie versagt, begann er seine Rede; er machte graulich vor dem Zentrum. Nachdem so der Boden bereitet, gab er seine Ideen praktischer Blockpolitik zum besten:

„Konservative und liberale Grundsätze dürfen weder von der einen noch von der anderen Seite ignoriert werden; konservative und liberale Weltanschauungen dürfen nicht willkürlich untereinander gemischt und durcheinander geschüttelt werden. (Sehr richtig!) Es müssen also solche Fragen zurückgestellt werden (lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten), über welche eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint (Sehr richtig!) Es muß überhaupt vorsichtig operiert werden, namentlich im Anfang. Die Blockpolitik läßt sich auch nicht ohne weiteres und nicht mit starrem Doktrinismus vom Reich auf Preußen übertragen. (Sehr wahr! rechts.) Es läßt sich aber sehr wohl in Preußen so regieren, daß der Block im Reich nicht gesprengt wird, und es läßt sich im Reich so Blockpolitik machen, daß in Preußen nicht unüberbrückbare Gegensätze entstehen. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wahlrecht!)

Die Blockparteien können auch weiter zusammenhalten, wenn sie sich ihrer Verantwortung vor dem Lande bewußt bleiben, wenn sie sich klar machen, daß sie jetzt wichtigeres zu tun haben, als sich untereinander zu streiten, wenn sie sich vor allem klar machen, wie sehr ihr Auseinandergehen sie selbst und das Land schädigen würde. (Sehr richtig!) Die Blockparteien können in den großen Fragen zusammenhalten, von denen Wohl und Wehe des Landes abhängt, und sich doch die Freiheit wahren, in grundsätzlichen Fragen jede ihren eigenen Weg zu gehen. Der Block ist nicht so gemeint, daß er auch in untergeordneteren Fragen immer einheitlich zu stimmen hätte. (Sehr wahr!) Ich würde es z. B. ganz begreiflich finden, wenn in einer Frage, die keine politische Frage ist, die eine juristische und wirtschaftliche Frage ist, wie z. B. die Vorlage wegen der Milderung der Haftpflicht des Tierhalters (große Heiterkeit) —, wenn da die Blockparteien nicht einheitlich stimmen. Es kommt aber darauf an, daß sie zusammenhalten in denjenigen Fragen, von denen das Wohl und Wehe des Reichs abhängt. (Bravo!) Die Blockparteien sollten ihren Gegnern auch nicht das Vergnügen machen, sofort über Sprengung, über Zerfall des Blocks zu jammern (sehr richtig!), sobald einmal der Block in einer weniger wichtigen Frage nicht geschlossen stimmt (sehr richtig! links und rechts), oder sobald einmal Gegensätze im Block zutage treten. Es kommt auf die großen Entscheidungen an. (Bravo!) Es kommt namentlich darauf an, daß im Block nicht Gegensätze entstehen, die sein weiteres Zusammengehen unmöglich machen würden."

Wie in der Praxis sich eine Blockpolitik machen wird, wobei konservative und liberale „Grundsätze" nicht durcheinander geschüttelt werden, das zeigte der Kanzler an dem Beispiel der Erbschaftssteuer:

„Mit Theorien und Doktrinen kommen wir auf diesem schwierigen Gebiete (der Finanzreform) nicht durch. (Sehr richtig!) Dabei herrscht hinsichtlich der Doktrinen und hinsichtlich der Definitionen nicht einmal Einigkeit. Es ist ja noch nicht einmal eine Uebereinstimmung darüber erzielt worden, ob die Erbschaftssteuer eine direkte oder eine indirekte Steuer ist. (Heiterkeit.) Sogar im Laufe unserer Debatte trat diese Diskrepanz zutage: der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen betrachtet die Erbschaftssteuer als eine indirekte, Herr Wiemer hat sie soeben als eine direkte Steuer behandelt. Meine Herren, vielleicht ist es gerade dieser Zwiespalt der Anschauungen, daß die Erbschaftssteuer bald als eine direkte, bald als eine indirekte Steuer angesprochen wird, der schon einmal auf diesem Punkte zu einer Einigung geführt hat." (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Sehr einfach also! Jede der Blockparteien braucht nur anzunehmen, daß die Vorlagen der Regierung je nach ihrem prinzipiellen Standpunkt so zu betrachten sind, daß sie sich mit ihrem „Prinzip" vertragen, dann ist die Einigkeit gesichert. Das kostet einige Entsagung, aber Entsagung forderte ja auch der Kanzler weiterhin vom Block:

„Die Blockpolitik verlangt auf der einen Seite den Verzicht auf etwaige reaktionäre Anwandlungen, die mit konservativen Prinzipien nichts zu tun haben. Sie verlangt auf der anderen Seite das Abklappen jener

Blüten des Asphaltliberalismus, die in den Strahlen der sozialdemokratischen Sonne gedeihen (Heiterkeit), in dieser ungesunden Hitze aber bald verdorren. In der einen wie in der anderen Richtung bin ich ohne Sorge."

Diese Rede klang schließlich aus in einigen Reformversprechungen; damit der theatralische Pathos nicht fehlte, wurde zum Schlusse Uhlands Geist heraufbeschworen.

Für zwei Tage war der Sturm beschworen. Die Debatte nahm ihren Fortgang im Rahmen der Themata, welche sie von Anfang beherrscht hatten. Genosse David, der zweite Redner unserer Fraktion, rechnete mit Bülow und den bürgerlichen Parteien gründlich ab. Bei den Rednern der Linksliberalen brach auch der verhaltene Aerger wieder langsam durch. Da erhielt der Vizepräsident des Reichstags Paasche das Wort. Daß er für die Nationalliberalen auf die Angriffe Rheinbabens antworten würde, war sicher, aber er ging weiter. Während der Debatte war wiederholt der Moltke-Harden-Prozeß erwähnt und im Zusammenhang damit von Rednern aller Parteien die skandalösen Schweinereien in Hof- und höheren Offizierskreisen verurteilt worden. Der Kriegsminister verteidigte die Offiziere, sprach von „Buben in Zivil" und bemühte sich, möglichst leicht über die bösen Geschichten hinwegzukommen. Bülow hatte ihm dabei sekundiert. Jetzt kam Paasche und erhob schwerste Angriffe auf den Kriegsminister; nach seiner Darstellung mußte der Kriegsminister von den Zuständen in der Armee gewußt haben. Paasche erzählte, daß zynische Gedichte auf Moltke gemacht wurden, welche die jüngeren Offiziere leise vor sich hin sangen, sobald Moltke zu einem „Liebesmahl" im Kasino erschien, er versicherte weiter, die auf Briefbogen der kaiserlichen Hofhaltung geschriebene Liebeskorrespondenz des Grafen Hohenau mit Soldaten, sowie ein an einen Soldaten geschenktes Bild des Grafen in der Tasche zu haben. Diese Angriffe machten außerordentlichen Eindruck, der Kriegsminister fehlte, und es folgte nichts auf die Angriffe als die hypothetische Bemerkung eines Antisemiten, Herr Paasche möge wohl aus „Familienrücksichten" gehandelt habe. (Ein Sohn Paasches ist mit einer Nichte Hardens verheiratet.)

Der Blockfrieden war wieder dahin; anderen Tags erschien der Kriegsminister, antwortete auf die schweren Angriffe mit Heftigkeit und nicht ohne persönliche Spitzen gegen Paasche, dann wurde auf Antrag des Blocks die Sitzung plötzlich aufgehoben. Warum? Nun, die Drahtzieher des Blocks fürchteten jedenfalls, daß durch eine Debatte über die Paasche-v. Einem-Affäre nicht nur noch mehr appetitliche Dinge über die Liebhabereien in gewissen Offizierskreisen ans Tageslicht kommen könnten, sondern daß vor allem dadurch äußerste Gefahr für den Fortbestand des Blockes überhaupt entsteht. Der Riß konnte leicht unheilbar werden. Um das zu vermeiden, brachten die Blockführer zu Beginn der Sitzung gleich den Vertagungsantrag mit, über den der Blockpräsident Graf Stolberg so eilig abstimmen ließ, daß er sogar vergaß, die geschäftsordnungsmäßig erforderliche Unterstützungsfrage zu stellen.

Genosse Singer stellte daher sofort fest, daß die Abstimmung ungültig ist; er widersprach dann energisch der Vertagung, da gar kein Grund für eine solche abzusehen sei. In ihrer Verlegenheit rückten die Blockvertreter mit geheimnisvollen Andeutungen über „wichtige politische Vorgänge" heraus, welche ihnen eine Vertagung wünschenswert erscheinen lassen. Später phantasierte der Freisinn gar von einer Kanzlerkrise. Es war ergötzlich anzusehen, wie der Block sich bei der Rechtfertigung der Vertagung immer mehr in Widersprüche verwickelte und wie die Genossen Singer und Bebel sowie Redner des Zentrums immer sofort diese Widersprüche festnagelten.

Auf Antrag unserer Fraktion wurde über den Vertagungsantrag namentlich abgestimmt. Mit 169 gegen 133 Stimmen (Sozialdemokraten, Polen und Zentrum) wurde die Vertagung beschlossen.

Der nächste Akt spielt hinter den Kulissen. Die folgende Sitzung am 5. Dezember wurde mit der Friedenskomödie ausgefüllt. Die Blockführer gaben diese Erklärungen ab:

v. Normann (kons.): Wir haben durch unsere Redner im Laufe der Etatsberatung erklären lassen, daß wir entschlossen sind, die Blockpolitik des Herrn Reichskanzlers, insoweit es sich mit unseren Grundsätzen verträgt, aufrichtig und ehrlich mitzumachen. Wir sind auch ferner gewillt, in diesem Sinne innerhalb der aus den Wahlen hervorgegangenen Mehrheit zu arbeiten, und erklären, daß sich in unserer vertrauensvollen Stellung zu der Politik des Herrn Reichskanzlers und in unserem Verhältnis zum Block nichts geändert hat. (Bravo! rechts und links.)

Ich bin weiter ermächtigt, zu erklären, daß sich die Fraktionen der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformpartei voll unserem Standpunkte anschließen. (Lebhaftes Bravo! rechts und links.)

Bassermann (natl.): Wir erkennen in dem Zusammenwirken der konservativen und liberalen Fraktionen nach wie vor eine politische Notwendigkeit. Wir vertrauen, daß der Herr Reichskanzler diese durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 eingeleitete und bei den Neuwahlen durch das Volk als richtig befundene Politik im nationalen Interesse weiterführen wird (Bravo! links; stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten und in der Mitte), und sind bereit, ihn darin zu unterstützen.

Ich habe dieser Erklärung noch beizufügen: auf die Erörterungen zwischen dem Herrn Kriegsminister und meinem Freunde Paasche komme ich nicht zurück. Herr Paasche wird das in seinen Händen befindliche Material zur Verfügung des Herrn Kriegsministers stellen. Wie Herr Dr. Paasche gestern ausgeführt hat, hat derselbe nicht beabsichtigt, dem Herrn Kriegsminister persönlich zu nahe zu treten. (Heiterkeit in der Mitte.) Diese Erklärung zu wiederholen, bin ich beauftragt, unter Hinzufügung, daß wir unbeschadet sachlicher Kritik in einzelnen Fällen in langjährigem Zusammenwirken mit dem Herrn Kriegsminister volles Vertrauen zu seiner Person wie zu seiner Verwaltung gewonnen haben. (Bravo! rechts und links. Heiterkeit in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Wiemer (Freis.): Für die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, der die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volkspartei angehören, habe ich zu erklären, daß wir einmütig gewillt sind, getreu unserer bisherigen, aus sachlichen Gründen beobachteten Haltung, die Blockpolitik weiter zu unterstützen (lebhafter Beifall links), unter Wahrung unserer politischen Grundsätze (anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten und in der Mitte) —, unter Wahrung unserer politischen Grundsätze — — (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten und in der Mitte. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Wiemer: — — in dem Bestreben, durch unsere Mitwirkung Fortschritte in der Richtung unserer Anschauungen zu erreichen zum Besten des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall links und rechts.)

Eine Würdigung dieser Komödie war nicht möglich, der Block machte aus derselben Furcht, die sich tagszuvor gezeigt hatte, aus Furcht, die eben erst wieder geleimte Einigkeit könnte in die Brüche gehen, durch Schlußantrag der allgemeinen Debatte über den Etat ein Ende und schnitt Genossen Bebel das Wort ab.

Der Militär-Etat.

In der 8. Sitzung des Blockreichstags, am 25. Februar 1907, entwickelte der Reichskanzler das Regierungsprogramm seiner Blockpolitik und darin fand sich auch der Satz: „Ich denke an Ersparnisse durch Vereinfachung auch

in der Armee." Lebhaften Beifall verzeichnet der stenographische Bericht. Kein Wunder, wenn die Ausgaben für die Armee mehr als die Hälfte der gesamten Einnahmen verschlingen. Das Bülowsche Versprechen ist natürlich ebensowenig erfüllt worden, wie manche andere Verheißung des Regierungsprogramms, das vom Block mit tosendem Beifall begrüßt wurde. Im Gegenteil, der Etat für 1908 weist die ganz erheblichen Mehrforderungen von rund 55½ Millionen Mark für den Militarismus auf. Das ist eine Steigerung von ca. 6¾ Proz.! Und sie ist nicht etwa allein der vom Schatzsekretär v. Stengel beklagten „erheblichen Steigerung der Ausgaben für Naturalverpflegung" im Heeresetat aus Anlaß der hohen Lebensmittel- und Futterpreise zuzuschreiben; dieser den Junkern zugeschanzte Extragewinn aus dem Militarismus verschlingt wohl über 10½ Millionen Mark, und rechnet man alle Mehrausgaben, welche auf die durch den Zolltarif herbeigeführte Preiserhöhung zurückzuführen sind, so kommen gar 15 800 000 Mk. heraus. Aber daneben entfällt ein großer Teil der Mehrausgaben auf Heeresverstärkungen (Errichtung von Versuchskompagnien und Verstärkung der Luftschifferabteilung) und auf Umgestaltung in der Kriegstechnik. Die Fortschritte in Wissenschaft und Technik — sonst ein Segen für die Menschheit —, hier werden sie zum Fluche. Die „ganz ungeahnten rapiden Fortschritte der modernen Technik" haben zu „namhaft gesteigerten Ausgaben in allen Zweigen, namentlich auf dem Gebiete des Waffenwesens und des Schiffsbaues unaufhaltsam hingeleitet" (Frhr. v. Stengel in der 60. Sitzung vom 28. November 1907).

Wo bleibt angesichts dieser Tatsachen Bülows Versprechen von den Ersparnissen bei den Heeresausgaben? Es wird zur lächerlichen Phrase, die nur vom Blockliberalismus ernst genommen werden konnte, der aus damals noch nicht ganz überwundenem Schamgefühl sich selbst belog und betrog.

Vielleicht trägt zur Ernüchterung die Antwort des Generals Sixt v. Arnim bei, die er auf die Frage der Abgg. Bassermann und Haußmann nach den Ersparnissen in der 95. Sitzung vom 5. Februar 1908 gab:

„Zunächst erwidere ich dem Herrn Abgeordneten Haußmann, daß, wenn er fragt, auf welchem Gebiete des militärischen Lebens nun die Ersparnisse eintreten sollten, ich ihm keine andere Antwort geben kann als die, welche, wenn ich mich recht entsinne, der Herr Kriegsminister selbst schon darauf gegeben hat. Er hat seinerzeit ausgesprochen, daß, wie er annehmen müsse, der Herr Reichskanzler mit diesen Worten wohl gemeint hat, daß, wenn wir einmal mit unseren Landesbefestigungen und mit unserer Umbewaffnung fertig sein werden

(Heiterkeit in der Mitte und links),

die Zeit kommen werde, wo an Ersparnisse gedacht werden könne.

(Große Heiterkeit.)"

In der Debatte über den Militäretat standen im Vordergrund des Interesses die Erörterungen über den Aggregiertenfonds, über die Stellung des Militärkabinetts, über die zweijährige bezw. einjährige Dienstzeit für alle Truppenteile und schließlich die perversen Schweinereien in Offizierskreisen. Der sogenannte Aggregiertenfonds besteht in einer jährlich auszuwerfenden Summe, aus welcher Offiziere besoldet werden können, deren Stellen nicht im Etat aufgeführt und demgemäß auch nicht vom Reichstag genehmigt sind. Die Summe beläuft sich für 1908/09 auf 489 000 Mk. Vergeblich waren Versuche, den Fonds zu beseitigen und die nötigen Stellen zu etatisieren; die Militärverwaltung will Bewegungsfreiheit haben. Und die Blockmehrheit hat ebensowenig den Mut, gegen den Willen der Regierung eine Aenderung zu treffen, wie seinerzeit das Zentrum. Die sozialdemokratische Fraktion wandte

sich sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum scharf gegen die exzeptionelle Stellung des Militärkabinetts, es wurde verlangt, daß diese einflußreiche Stelle dem Kriegsministerium unterstellt werde; auch der linke Flügel des Blocks hielt Reden gegen das Militärkabinett. Die praktische Gelegenheit, das Militärkabinett wenigstens einigermaßen in seinen willkürlichen Maßnahmen zu beschränken durch Verweigerung des Aggregiertenfonds wurde von denselben Leuten abgewiesen.

Der Stellvertreter des Kriegsministers, Sixt von Arnim, konnte sich anmaßen, alle Angriffe auf das Militärkabinett in außergewöhnlich hochfahrender Weise abzutun: „das Militärkabinett ist die Kanzlei des Königs, der Chef nur dem König verantwortlich. An diesem Zustand darf nichts geändert werden. Wenn die Befugnisse, die jetzt Kraft der unbeschränkten Kommandogewalt in der Hand des Königs liegen, auch alle unter die Verantwortung des Kriegsministers gestellt werden sollen, dann treten sie damit auch unter die Kritik und unter die Einwirkung der gesetzgebenden Körperschaft und das sei eine Beschränkung der Kommandogewalt. Der preußische König werde sich die Rechte und Pflichten der Kommandogewalt nicht aus der Hand nehmen lassen und der preußische Kriegsminister müsse erst noch geboren werden, der die Hand dazu biete, an diesem Grundpfeiler der Armee zu rütteln!" — Nur die Sozialdemokraten verwahrten sich entschieden gegen diesen antikonstitutionellen Standpunkt, die Herren Freisinnigen beeilten sich, zu versichern, daß es ihnen sehr fern liege, in die Kommandogewalt des Kaisers oder in seine Kronrechte einzugreifen. Angesichts dieser Erfolge konnte Herr von Oldenburg-Januschau schon das Bekenntnis ablegen, daß er als Offizier von der Existenzberechtigung des Reichstags nicht überzeugt war, daß es ihm „wunderbar" gewesen, wenn

„400 Herren sich berufen fühlten, mit meinem alten großen König und seinem großen Kanzler mitregieren zu wollen".

Als später der Demokrat Haußmann ganz entsetzt gegen den reaktionären Geist dieser Bekenntnisse opponierte, rief man ihm von der Rechten höhnisch zu „Blockgeist!" — —

Hinsichtlich der Dauer der Dienstzeit beantragte das Zentrum Vorlegung einer Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und berittenen Artillerie —, ein Antrag, dem die sozialdemokratische Fraktion mit dem Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit für alle Truppen zuvorgekommen war. Der ehemalige General Häusler vom Zentrum begründete aus seinen Erfahrungen heraus das Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit der Kavallerie; ungewollt verteidigte er dabei auch den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Der Zentrumsantrag wurde angenommen, der sozialdemokratische abgelehnt.

An der weiterhin geübten scharfen Kritik der hohen Reisespesen, Diäten und Umzugskosten beteiligten sich selbst die rechtsstehenden Parteien, ein Zeichen, daß das Uebel schon recht sehr eingefressen sein muß.

Einzig die sozialdemokratische Fraktion trat dem Militarismus prinzipiell entgegen. Die prinzipiellen Ausführungen des Genossen Bebel wurden noch gestützt durch die Reden der Genossen Noske, Stücklen, Zubeil, Stadthagen u. a., die zahllose Mißstände der öffentlichen Kritik unterbreiteten. Unbeschadet aber der prinzipiellen Bekämpfung des Militarismus, ist die Sozialdemokratie bemüht, auch unter den bestehenden Verhältnissen zu bessern, wo nur irgend möglich. In diesem Bestreben beantragte die sozialdemokratische Fraktion außer Einführung der einjährigen Dienstzeit:

1. die Löhnung für Gefreite und Gemeine, einschließlich der Spielleute, Oekonomiehandwerker und Sanitätsmannschaften, für das

Rechnungsjahr 1908 entsprechend zu erhöhen und die Mittel dazu in einem Nachtragsetat anzufordern;

2. dem Reichstage baldigst einen Entwurf betreffend die Reform des Militärstrafrechts vorzulegen;
3. nachdrücklich dahin zu wirken, daß die gesetzlich garantierte Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Militärgerichte tatsächlich durchgeführt wird.

Der Antrag, die Löhnung in diesem Etatsjahr noch zu erhöhen, wurde abgelehnt, die beiden anderen Anträge fanden Annahme.

Der Marineetat und das neue Flottengesetz.

Nächst dem Militäretat ist es der Marineetat, welcher von Jahr zu Jahr beängstigendere Steigerung der Ausgaben aufweist. Im Etatsjahr 1908/09 beträgt die Steigerung gegen das Vorjahr 58 765 172 Mk.! Die Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat stiegen in diesem einzigen Jahre von 290 208 505 Mk. auf 348 973 677 Mk., das ist eine Steigerung von 20 Proz. Die Marine verschlingt schon halb soviel wie das Landheer, die diesjährigen Mehrausgaben übersteigen sogar das Mehr für den Militarismus um mehr als 3 Millionen. Diese unerhörten Mehrausgaben sind wesentlich auf das Konto der neuen Flottenvorlage zu setzen. Den treibenden Elementen im Flottenverein, den Panzerplattenlieferanten und sonstigen Schiffsbauinteressenten war das Tempo des Kriegsschiffsbaues schon immer viel zu langsam. Diese Interessententreiberei begegnet sich natürlich mit den Wünschen der Marineverwaltung und den Welt-Flotten-Phantasien, denen man an höheren unverantwortlichen Stellen nachjagt. Wenn das rapide Anschwellen der Marineausgaben nicht noch gefährlichere Dimensionen angenommen hat, so ist daran nur die große Geldnot schuld; so wie sich einmal die Hoffnung auf neue Einnahmen zeigt, sofort schwellen auch die Ausgaben für Rüstungszwecke an. In diesem Jahre rechnete man bestimmt mit der Erledigung der „Finanzreform", wie man ganz unzutreffenderweise die Jagd nach neuen Steuern nennt. Und noch bevor diese eigenartige Finanzreform noch rechte Formen angenommen hatte, entdeckte plötzlich die Marineverwaltung, daß der Schiffsbau viel mehr beschleunigt werden müsse. Daher die neue Flottenvorlage! Die Flottenvorlage hat eine kleine für die Blockpolitik nicht uninteressante Vorgeschichte: Bald nach Schluß der ersten Session des Blockreichstags erörterte zur allgemeinen Ueberraschung der Abg. Spahn in einer Volksversammlung die Frage eines rascheren Ausbaues der Flotte, er verlangte Verkürzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre. Herr Spahn ist Führer des rechten Flügels des Zentrums, jenes Teils, der es am bittersten empfunden hat, in Ungnade gefallen zu sein; Herr Spahn lenkte auch am raschesten in der Kolonialpolitik wieder ein. Seine unerbetene Propaganda für die „größere Flotte" war keine ungeschickte Spekulation auf die schwache Seite hochstehender schwärmerischer Anhänger des Wassersports, leuchtete von dort Versöhnung, dann konnte die Rückberufung an die Regierungskrippe nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die Spekulation war also nicht schlecht, sie hatte nur nicht mit dem Bewilligungseifer des Blocks gerechnet. In Gefälligkeiten gegen die Regierung läßt sich der Block nicht vom Zentrum übertreffen.

Nach der Flottenvorlage der Regierung sollte § 2 des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900, in welchem bestimmt wird:

Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen ersetzt werden: Linienschiffe nach 25 Jahren, Kreuzer nach 20 Jahren

folgende Fassung erhalten:

Ausgenommen bei Schiffsverlusten sollen Linienschiffe und Kreuzer nach 20 Jahren ersetzt werden.

Diese Verkürzung der Lebensdauer um 5 Jahre hat zur Folge, daß von 1908 bis 1911 fünf Linienschiffe mehr gebaut werden müssen, als das nach dem bisherigen Flottengesetz notwendig gewesen wäre und daß natürlich nun Jahr für Jahr die Schiffsbaukosten erheblich höhere sind.

Trotzdem waren die Nationalliberalen mit diesem verschärften Schiffsbautempo noch nicht zufrieden, die Regierung verlangte nur, was das Zentrum vorher schon gut geheißen und propagiert hatte, aber die Nationalliberalen wollten entschieden päpstlicher sein als der Papst. Außerdem hat die Schiffsbauindustrie großes Interesse an rascherem Bau. In der Budgetkommission verlangten die Abgg. Oriola, Semler, Stresemann, daß ganze Schiffsklassen — so die Kaiserklasse, die Wittelsbach- und die Siegfriedklasse — schleunigst durch Neubauten ersetzt werden, weil diese Klassen mehr oder weniger wertlos seien; weiter begehrten sie nicht nur eine Verkürzung der Lebensdauer der Schiffe, sondern auch eine Verkürzung der Bauzeit von ca. 43 auf 36 Monate und endlich sollte die Regierung jetzt schon für die Zeit von 1912 ab ein Bauprogramm aufstellen, welches dasselbe forcierte Tempo einhält, das bis 1911 maßgebend ist. Unterstützt wurde diese nationalliberale Flottentreiberei im Parlament durch die Flottenvereinsskribenten in der Presse. Die „Tägliche Rundschau" brachte heftige Angriffe auf den Marineminister v. Tirpitz, weil er nicht mit beiden Händen zugegriffen. In der Budgetkommission gab es wiederholt ernste Auseinandersetzungen dieserhalb; die Nationalliberalen lehnten zwar die Verantwortung für die Preßangriffe ab, indessen erhielt sich mit großer Hartnäckigkeit das Gerücht, daß der im Dienste der sächsischen Industriellen stehende Abg. Stresemann den Artikeln der „Täglichen Rundschau" nicht fernstehe.

Der Marineminister versicherte übrigens, daß er natürlich das von den Nationalliberalen verlangte Mehr gern nehme, wenn sie im Reichstag eine Mehrheit dafür zusammenbrächten.

Diese Mehrheit kam nicht! Im Plenum wiederholte sich abgeschwächt zwar dieselbe Treiberei wie in der Kommission, aber weder die Rechte noch das Zentrum biß an; der Freisinn, der sich in der Kommission mit eilender Zuvorkommenheit für die Regierungsvorlage erklärt hatte, wäre wohl gern mit den Nationalliberalen gegangen, wenn Aussicht auf Erfolg gewesen. Genosse Bebel ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen, dem Freisinn die Schwenkung vorzuhalten, welche er in Militär- und Marinefragen seit den Blockwahlen durchgemacht hat: „Heute ist tatsächlich keine bürgerliche Partei mehr vorhanden, die ernsthaft gegenüber den neuen Anforderungen der Militär- und Marineverwaltung sich in die Opposition zu stellen geneigt wäre." Mehr noch. Wie Bebel die gegenwärtige Flottenvorlage mit Sicherheit vorausgesagt, so wird er leider auch mit der Voraussage recht haben, daß, ehe noch das Jahr 1912 heran sein wird, der Reichstag seine neue Flottenvorlage hat.

Selbstverständlich sprach sich Bebel als Redner der sozialdemokratischen Fraktion entschieden gegen diese Flottenpolitik aus; er behandelte auch die von allen Parteien fast ganz aus dem Spiele gelassene Deckungsfrage und erreichte, daß in Zwischenrufen sich der linke Blockflügel zur Reichsvermögenssteuer bekannte.

In derselben Debatte aber erklärte der Staatssekretär Frhr. v. Stengel, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Finanzreform um zwei Steuergesetzentwürfe handele: „Der eine betrifft die Verstaatlichung eines Teiles des Zwischenhandels mit Branntwein, der andere befaßt sich mit der Einführung einer Banderolesteuer auf den Tabak und auf die Zigarren ..."

Das war deutlich! Aber die bürgerlichen Parteien wollten ja ihre Zustimmung zu der Vorlage nicht von der Deckungsfrage abhängig machen. So wurde die neue Flottenvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

In der weiteren Beratung des Marineetats unterzogen die Genossen Legien, Severing und Ledebour die Arbeiterverhältnisse in den Werften einer scharfen Kritik; Südekum wandte sich gegen die Steuerfreiheit der Staatsbetriebe in den Gemeinden und verlangte bis zur gesetzlichen Aenderung dieses Zustandes Einführung der Wertzuwachssteuer in den Gemeinden.

Zum Schluß wurde diese Resolution beschlossen:

„Der Reichskanzler wird ersucht, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebs gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichs-Marinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen."

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, hinter Arbeiterausschüssen einzufügen „und Arbeiterorganisationen" wurde in namentlicher Abstimmung vom Block einmütig abgelehnt.

Kolonialpolitik.

Die Kolonialpolitik ist in ein neues Stadium getreten —, so behaupten heute diejenigen Befürworter der Kolonialpolitik, die vor kaum zwei Jahren noch erbitterte Gegner derselben zu sein vorgaben. Und der Leiter des Kolonialamtes, Dernburg, ist eifrig bemüht, dieser Mär weiteste Verbreitung zu geben und jedem die Meinung zu suggerieren, daß mit dem Regime Dernburg eine neue Aera in der Kolonialpolitik begonnen habe. Aus zweierlei Gründen: Einmal möchte er der große Reformator scheinen, der nur aus der Darmstädter Bank in das Kolonialamt überzusiedeln brauchte, um dort Ordnung zu schaffen, die verkrachte Kolonialgründung zu sanieren und ungeahnter Blüte entgegenzuführen. Andermal erscheint ihm aber die Vorspiegelung einer Kursänderung notwendig, damit die freisinnigen Blockmänner unbelästigt durch etwelche Fragen und Monitas ihrer Wähler für alle Kolonialforderungen stimmen können.

Das Gerede von einer Kursänderung ist natürlich durchaus unzutreffend. In jeder Beziehung! Die Kolonialausgaben des Reiches bewegen sich weiter in der raschen Steigerung wie bisher.

Nicht eingerechnet die Ausgaben für Kiautschou, die bei der Marineverwaltung verrechnet sind, belaufen sich die gesamten Kolonialausgaben des Reichs auf 50 152 500 Mk. gegen 37 637 400 Mk. im Etat 1907/08.

Die Reichszuschüsse für die einzelnen Schutzgebiete betragen im diesjährigen Etat für:

Ostafrika	4 522 691 Mk.
Kamerun	2 780 189 „
Togo	— —
Südwestafrika	33 174 472 „
Neuguinea	1 141 569 „
Karolinen, Palau, Marianen und Marschallinseln	883 369 „
Samoa	144 482 „
Kiautschou	2 789 953 „
Summa:	56 886 675 Mk.

Zu diesen Reichszuschüssen kommen noch eigene Einnahmen der Schutzgebiete im Gesamtbetrage von 21 185 526 Mk., so daß für die Kolonien überhaupt über 78 Millionen Mark aufgewendet werden, ungerechnet die mehr als 46 Millionen, welche im Nachtragsetat für Eisenbahnbauten in den Kolonien bewilligt wurden und die mittelbar auch wieder dem Reich zur Last fallen. In den Kolonialla sten zeigt sich also keine Aenderung — jedenfalls aber keine Besserung!

Und stehen etwa günstigere Verhältnisse in Aussicht in bezug auf die Verwaltung und der Rechtspflege in den Kolonien, in bezug auf die Behandlung der Eingeborenen, der Kultivierung der Ländereien und ihrer wirtschaftlichen Nutzbarmachung für das Mutterland? Dernburg und seine Blocktrabanten behaupten es. — Der Staatssekretär Dernburg war im vergangenen Jahre 30 Tage in Ostafrika, wie er diesen Sommer zu einer Automobilfahrt durch Südwestafrika benutzt. Der Ertrag der vorjährigen Ostafrikareise war ein sogenanntes Kolonialprogramm, dessen Ziel zwar die Beseitigung der gröbsten Mißstände sein soll, das aber in erster Linie dazu dient, die Aufwendung Hunderter von Millionen für Kolonialbahnen zu rechtfertigen.

Ein Gutes hat die Dernburgsche Kolonialdenkschrift: sie mußte die von der Sozialdemokratie seit Jahr und Tag behaupteten Mißstände zugeben. Dernburg bestätigt, daß die ganze bisherige Kolonisation brutale kapitalistische Ausbeutung gewesen und daß die sich in assessoristischen Allüren gefallende Verwaltung den Ausbeutern Handlangerdienste geleistet habe.

Nach der Denkschrift Dernburgs (Anlage zu Drucksache 782) handelt es sich für die weißen „Kolonisatoren" ja nicht „wie für das Deutsche Reich darum, auf eine planmäßige Weise einen wichtigen Zugang zu den Aktiven der Nation zu erhalten, sondern für sie handelt es sich darum, in verhältnismäßig kurzer Zeit Geld zu verdienen. Denn zu lange können sie nicht draußen existieren und je mehr sie erwerben können, um so besser. An den Lasten, die Kriege und Aufstände bringen, tragen sie zudem nicht mit." Um das Geldverdienen zu erleichtern, hat man den Eingeborenen ihre einheimischen selbstgewählten Sultane genommen und ihnen weiße und schwarze Beamte aufoktroyiert, man hat ihnen teilweise die einheimische Gerichtsbarkeit genommen, man stellt sie unter eine „Unzahl von Kontrollen und Verordnungen": sie fühlten die „Hand der deutschen Obrigkeit schwer auf sich lasten". Dazu kommt eine starke steuerliche Belastung. In die gesamte Last der Verwaltung teilten sich die Neger und das deutsche Mutterland. Der weiße Pflanzer bleibt ohne alle Lasten. Selbst der Ausfuhrzoll ist dem Weißen erlassen, während die Ausfuhrprodukte der Neger mit solchem Ausfuhrzoll belegt sind.

Und wie sieht es mit der Rechtspflege aus? Der Neger hat ein stark entwickeltes Rechtsgefühl. Dernburg gesteht, in den Negergerichten sehr viel positives Recht gesehen zu haben, das zur Beilegung der Rechtsstreitigkeiten und Ahndung der Rechtsbrüche in der Bevölkerung gesprochen wird.

„Dagegen ist bei einem Streit zwischen einem Schwarzen und einem Weißen die Lage des Schwarzen ungünstig. Hat ein Weißer gegen einen Schwarzen etwas vorzubringen, so schreibt er einen Zettel, und die Sache wird durch einen Schauri abgemacht. Hat ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen, so muß er hingehen zum Gericht, muß Vorschuß zahlen, er wird mit den in der Heimat üblichen Formalitäten belastet, er bekommt schließlich ein Urteil oder einen vollstreckbaren Titel in die Hand, mit dem er nichts anzufangen weiß, mit laufenden Terminen und Fristen. . . . . .

In dem ganzen Schutzgebiet (Ostafrika) — es ist zweimal so groß wie Deutschland — gibt es drei Gerichte, wo der Schwarze gegen den Weißen etwas vorbringen kann. Wenn ein Schwarzer eine Klage gegen einen Weißen in Tabora hat, so muß er sich in 17 Tagereisen nach Muansa begeben, und wenn einer in Mrogoro oder in Mombo oder in dem Hinterlande, das zu dem Dar-es-Salamer oder Tanga-Gebiet gehört, dieses tun will, muß er mit der Eisenbahn einen Tag lang fahren."

Besonders im Norden macht sich diese Rechtlosigkeit schwer fühlbar, dort wo 15 000 Eingeborene in den Plantagen der Weißen als „Sachsengänger" arbeiten. Die Plantagenleiter und ihre Angestellten lassen sich Uebergriffe aller Art zuschulden kommen.

„An der Küste macht es einen unangenehmen Eindruck, daß so viele Weiße mit der Peitsche spazieren gehen. Auf dem Tische der Hauptkasse in Dar-es-Salam habe ich eine vorgefunden. Jeder Weiße hat ein gewisses Züchtigungsrecht gegenüber seinen Dienstboten, Arbeitern usw. ....

Die Uebergriffe haben vielfach darin ihre Ursache, daß der Weiße, der hinauskommt, sich nicht die Mühe gibt, die Landessprache zu erlernen, und dann mancherlei für Bösartigkeit oder Schlechtigkeit ansieht, was es tatsächlich nicht ist.

Daneben besteht noch weiter ein Züchtigungsrecht auf Grund von Verordnungen, die den Plantagenleitern und den Karawanenführern zu züchtigen ermöglichen.

Es ist begreiflich, daß die Schwarzen, die im Innern als freie Bauern ein Leben nach ihrem Gusto führen, schwer in die Plantagen zu bringen sind."

Die Weißen, die hinauskommen in die Kolonie, betreten sie mit der Prätension, daß sie als „Erzieher" der Neger kommen; jeder glaubt dort die Mission zu haben, den Neger zu Fleiß und wirtschaftlicher Tätigkeit — versteht sich im Interesse der Weißen! — anhalten zu müssen. Und beugt sich der Neger nicht völlig, so kommt die brutale Gewalt!

Ein Schulbeispiel bildet das Verhältnis der Pflanzer zu den Eingeborenen. Die Plantagen sind im Norden der Kolonie in einer dünnbevölkerten Gegend auf kleinem Raum zusammengedrängt. Zum Betrieb sind etwa 15 000 Arbeiter nötig, die aus dem Innern des Landes geholt werden müssen. Da verlangen nun die Plantagenbesitzer, die Regierung solle mit ihren Machtmitteln eingreifen und die Neger zwingen, in den Plantagen zu arbeiten.

Der Arbeitermangel ist nach Dernburg entstanden aus einer „Kette von falschen und unbedachten Maßnahmen der Pflanzer und einer Neigung zu einer sehr heftigen Behandlungsart." Der Pflanzer ist in der Kolonie allmächtig, er hat die materielle Macht des Besitzes, er beherrscht die Oeffentlichkeit, soweit dort davon die Rede sein kann, er zwingt sogar die Bezirksamtleute, ihm zu Willen zu sein, im Weigerungsfalle werden diese Beamten von ihm gesellschaftlich boykottiert.

Man kann sich denken wie die „Arbeitsbedingungen" sind, unter denen die Eingeborenen zu arbeiten haben: der Lohn hat sich seit 10 Jahren kaum verändert; er geht bis zum Höchstbetrag von 60 Pf. pro Tag. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Am Ende des Tages nimmt der Arbeiter eine Mahlzeit, in 24 Stunden bekommt er einmal warm zu essen. Das Klima ist sehr ungünstig. — Nach der Arbeitszeit muß der Arbeiter noch seine Hütte bauen, sein Feld bestellen und sich das Essen selbst kochen. Häufig bekommt er erst zwei Stunden nach beendeter Arbeit etwas zu essen.

Der Kontrakt ist der reine Sklavenvertrag. Er lautet nicht auf Kalender-, sondern auf Arbeitsmonate. Der Lohn von 12 Rupien versteht sich auf 30 abgearbeitete Tage zu je zehn Stunden. Sonntage und Regentage werden

nicht bezahlt. Bei Betriebsstörung oder Krankheit bekommt der Mann nichts. Nach 30 Arbeitstagen erhält er eine Monatsmarke und nach 6 Monatsmarken seinen Lohn —, das ist nach neun Monaten, einem Jahr oder nach mehreren Jahren! Nimmt der Arbeiter Vorschuß, so verlängert sich seine Dienstzeit automatisch!

Für die Gesundheit der Neger geschieht gar nichts. Es gibt wenig alte Neger, die Sterblichkeit ist größer als die der Weißen. Kein Wunder! In Ostafrika bestehen Seuchenherde, wo Pest und Lepra herrscht; die Neger leiden an Magen- und Darmkrankheiten; Malaria, Schlafkrankheit und eine ganze Legion anderer Krankheiten grassieren unter den Eingeborenen; auch die Syphilissterblichkeit ist sehr groß.

Daß die Eingeborenen nun nicht gern freiwillig eine 45tägige Reise machen, um zu einem solchen Eldorado zu kommen, erscheint erklärlich; da muß Gewalt helfen. Die Werber gehen zu den Sultanen, finden diese mit einem Geschenk ab und dafür bestimmen nun die Sultane die Arbeitsopfer, welche der Werber mitnehmen darf.

Da solche Maßregeln noch nicht genug helfen, verlangen die Pflanzer Steuererhöhung, um Polizei anstellen und damit größeren Druck ausüben zu können; sie verlangen weiter Erhöhung der Zölle auf die Lebensmittel der Neger, um sie damit zu verschärfter Arbeit anzupeitschen!

Zum Ausgleich der hierdurch vermehrten Einnahmen wollen sie für sich Erlaß des Zolles auf Rotwein. — —

Wie hier nach der Schilderung Dernburgs die Zustände in Ostafrika liegen, so auch in Kamerun und Südwestafrika. In Kamerun werden die Eingeborenen durch die Händler ausgebeutet in einer Weise, daß die Kolonie direkt vor einer Katastrophe steht. Dort handelt es sich um die Gummigewinnung; ein wahres Gummifieber sei entstanden, das nicht nur zu Raubbau in der Gummiproduktion, sondern auch zu ungeheurer Bedrückung der Eingeborenen durch die Karawanen der weißen Händler führt. Je geringer die Ausbeute an Gummi wird, desto mehr haben sich die Verhältnisse verschärft. Eine Wandergewerbesteuer ist eingeführt, es soll auch eine Trägerordnung folgen, ob es nützt, ist fraglich. Die Karawanen sind nicht selten 600 Mann stark und wenn sie in einen Ort kommen, dann werden Lebensmittel und Hütten einfach bei den Eingeborenen requiriert. Gewalttätigkeiten gegen Eingeborene und ihre Frauen sind an der Tagesordnung. Wenn der Handel aber infolge des Raubbaues völlig erschöpft ist, steht die Kolonie vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. 200 000 und mehr Menschen liegen auf der Straße, die einer geregelten Tätigkeit entwöhnt sind und findet sich da keine Versorgung, ist das Ende der Aufstand.

In Südwestafrika ist der Aufstand niedergeschlagen, damit aber auch die Kolonie von Menschen und Vieh entblößt. Mit dem ausgehungerten und kranken Rest von Eingeborenen, die ohne Heimat und Vieh sind, läßt sich nichts anfangen.

Wie die Eingeborenen in Togo von der Togo-Landgesellschaft um ihr Land geprellt wurden, ist bekannt; wenn der Raub nicht voll eingeheimst werden konnte, ist das den Sozialdemokraten zu danken und insbesondere dem Genossen Ledebour, dessen Kritik eine Revision dieser sauberen Landkaufsverträge zur Folge hatte.

Es kommt endlich noch dazu, daß der Schnapskonsum noch ganz erheblich in den Schutzgebieten ist; Togo kann nur deshalb ohne Reichszuschuß auskommen, weil der Schnapszoll einen großen Teil der Ausgaben deckt.

So sieht's in den Kolonien — nach den amtlichen Darstellungen! — aus.

Und nun das Dernburgsche Reformprogramm: Nicht viel Weiße in den Kolonien, statt Plantagenwirtschaft Eigenproduktion der Neger und Entwickelung des Handels. Als Voraussetzung aber Eisenbahnen —, viel Eisenbahnen, damit Handel getrieben werden kann. Daneben her Regelung der Ausbeutung der Menschen wie des Bodens durch Verordnungen. Soviel ist dem Leiter des Kolonialamts klar, daß der bisherige unbeschränkte Raubbau in kürzester Frist zum völligen Zusammenbruch führen muß.

Dernburg denkt nicht an eine Gleichstellung der Eingeborenen mit den Weißen, er verteidigt selbst die Prügelei gegen die Schwarzen, aber trotzdem ward er den kapitalistischen Kolonialhyänen verdächtig und mußte sich heftige Angriffe gefallen lassen. Besonders von den Nationalliberalen, die sowohl im Reichstag, wie seitdem im einer Versammlung der Kolonialinteressenten die Parole aufstellten: Nur nicht zu viel Humanität!

Die Bahnen, welche Dernburg bauen will, wurden von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages anstandslos bewilligt; es sind dies die Bahnen:
in Togo:

Lome—Otakpame, 170 km. Kosten: 11½ Mill. Mk.

in Kamerun:

Duala—Widimenge (Südbahn), 360 km. Kosten: 44 Mill. Mk.

in Ostafrika:

1. Mombo—Panganifluß, 45 km. Kosten: 3½ Mill. Mk.
2. Daressalam—Morogoro—Tabora, 700 km. Kosten: 70 Mill. Mk.

in Südwestafrika:

Kalkfontein—Seeheim, 183 km. Kosten: 16 Mill. Mk.

Als erste Raten und zum Ankauf von Anteilscheinen der großen Ostafrikabahn wurden 38 325 000 Mk. als Kolonialanleihe bewilligt, während die erste Rate für die südwestafrikanische Bahn in Form eines Reichsdarlehns von 7 800 000 Mk. an das südwestafrikanische Schutzgebiet bewilligt wird.

Die sozialdemokratische Fraktion ließ sich durch das Dernburgsche Kolonialprogramm nicht bestechen; in wiederholten Reden nahmen die Genossen Ledebour und Eichhorn Stellung gegen die ganze Kolonialpolitik. Die Fraktion gab selbstredend auch ihre Zustimmung nicht zu den Kolonialbahnen.

Diese beiden von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Resolutionen wurden vom Reichstag angenommen:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche die im Schutzgebiet Ostafrika gültigen Bestimmungen, betreffend den Betriebszwang für Plantagenländereien, sinngemäß auch für das Schutzgebiet Togo in Kraft gesetzt werden;

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche den Eingeborenenstämmen im Schutzgebiet Südwestafrika, denen infolge des Aufstandes ihr Land genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien soviel Land zurückgegeben wird, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der den Landesverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsweise in selbständigen Betrieben gewinnen können.

*

Bleibt bei dem Kapitel „Kolonialpolitik" noch zu erwähnen Kiautschou und die deutsche Garnison in Peking, die dort gewissermaßen als ewige Strafexpedition lagert. Kiautschou erfordert einen jährlichen Reichszuschuß von 9¾ Millionen Mark (10 600 000 Mk. waren gefordert!), und es stellte sich bei der Durchberatung dieser Forderung heraus, daß hier mit dem Geld in wirklich unverantwortlicher Weise gewirtschaftet wird. Jahr für Jahr werden auf Kiautschou große Summen deutschen Kapitals verschwendet. Bei

eigenen Einnahmen von noch nicht 1¾ Millionen Mark werden regelmäßig 10—12 Millionen aus Reichsmitteln zugeschossen. Es ist töricht, auf eine Entwickelung Kiautschous zum Handelsplatz und damit wirtschaftlich wichtigen Faktor für Deutschland zu hoffen, der geringe Handel ist in den letzten Jahren sogar noch zurückgegangen; er weist eine Ausfuhr nach Kiautschou von zirka 4 Millionen und eine Einfuhr von dort von 197 000 Mk. auf.

In der Verlegenheit redete die Regierung etwas von „Stützpunkt", aber dieser Einwand ist gegenwärtig so unhaltbar, daß er selbst bei der Blockmehrheit nicht verfangen wollte.

Selbst wenn es sich aber um einen militärischen Stützpunkt handelte, wäre die Verschwendung noch nicht gerechtfertigt. Ortszulagen von solcher Höhe, daß einfache Sekretäre auf 10 000 Mk., Oberlehrer auf 16 500 Mk. Gehalt kommen, erscheinen denn doch zu üppig. Die Zivilverwaltung kostet bei einer weißen Bevölkerung von 1450 Personen 1½ Millionen Mark. Und nun sollte gar noch eine Hochschule für Chinesen in Tsintau errichtet werden, ein „Kulturzentrum" will der Marineminister aus Kiautschou machen —, vielleicht weil aus Preußen so schwer ein Kulturzentrum zu machen ist.

Die sozialdemokratische Fraktion wandte sich nachdrücklichst gegen die hier geübte Geldverschwendung; auch der bürgerlichen Mehrheit behagte der Zustand nicht, aber sie ließ gleichwohl alles beim alten.

Mit gleicher Entschiedenheit wie gegen die Vergeudung von Reichsmitteln im „Pachtland" von Kiautschou wandte sich die sozialdemokratische Fraktion gegen den Fortbestand der deutschen Besatzung in Peking. Seit dem berüchtigten Hunnen-Feldzug wird dort eine Besatzung gehalten, die im Etat noch immer unter den Namen ostasiatische Expedition geht und in diesem Etatsjahr dem Reich 6½ Millionen Mark kostet. In der Ueppigkeit der Ausstattung steht das Pekinger Kommando Kiautschou nicht nach; man braucht sich nur zu vergegenwärtigen: auf 700 Soldaten kommen 26 Offiziere, 5 Aerzte, 80 Unteroffiziere und 28 sonstige Beamte. Die Buchhaltungsgeschäfte kosten allein 23 000 Mk. und die Besorgung der Bekleidungsgeschäfte 10 000 Mk. Jeder in Peking stationierte Mann kostet dem Reiche 7000 Mk. Das Verlangen, die Truppen zurückzuziehen, wurde abgelehnt; und die bürgerliche Mehrheit konnte sich auch nicht entschließen, die Anforderungen im Voranschlag kräftig zusammenzustreichen, im nächsten Jahre soll hier mit dem Sparen begonnen werden.

Die Kosten der Besatzung werden auf Anleihe genommen, und es ist kennzeichnend für unsere Finanzpolitik, daß selbst die Pensionen im Betrage von 3½ Millionen Mark aus Anlehensmitteln bestritten wurden.

Die Finanzwirtschaft.

Am 20. Februar erhielt das Reichsschatzamt einen neuen Leiter in der Person des bisherigen Unterstaatssekretärs im Reichspostamt Sydow. Der Wechsel kam einigermaßen überraschend, denn zu Beginn der Reichstagssession hätte niemand geglaubt, daß der seit vier Jahren amtierende Freiherr von Stengel die Flinte ins Korn werfen werde —, so mitten drin in den Vorbereitungen zur sogenannten „Finanzreform". An dieser Finanzreform wird schon gearbeitet seit der Verabschiedung der Steuergesetze in der Session 1905/06.

Bei der Skrupellosigkeit, mit welcher die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien Jahr für Jahr gesteigert werden, wächst der Geldbedarf des Reiches ungemein rasch. Vor 10 Jahren noch, im Etat 1898/99, balancierten Gesamtausgaben und Einnahmen mit 1434 Millionen, fünf Jahre später war der Etat auf 2417 Millionen angeschwollen und das Jahr 1908/09 zeigt ein weiteres

Anteigen auf 2777½ Millionen Mark. Trotz neuem Zolltarif, trotz äußerster Auftauchung der zahlreichen anderen indirekten Steuerquellen können die Einnahmen mit den rapid steigenden Ausgaben nicht Schritt halten.

Die Folge ist eine äußerst bedenkliche Finanzwirtschaft. Es werden Ausgaben auf das große Anleihekonto abgeschoben, die bei bescheidensten Ansprüchen an eine solide Finanzwirtschaft niemals aus Anleihen gedeckt werden dürften. Die Reichsschuldenlast steigt demgemäß zu schwindelnder Höhe empor. Das Reich hatte Schulden

1897	2149,9 Millionen Mark,
1907	3803,5 „ „

wozu noch die Anleihen für das Jahr 1907/08 und 1908/09 kommen, so daß gegenwärtig eine Schuldenlast von 4318,4 Millionen Mark vorhanden ist, ohne die Kolonialanleihe von über 38 Millionen. Man sieht, der preußische Finanzminister von Rheinbaben hatte nur zu recht, als er in der 61. Sitzung vom 29. November 1907 sagte, in der Fixigkeit des Schuldenmachens sind wir allen anderen Staaten über! Und trotzdem ewiger Geldmangel! Vor zwei Jahren sollte eine Finanzreform den Dalles eine Zeitlang verscheuchen, die Regierung verlangte 225 Millionen neue Steuern. Die Reichstagsmehrheit bewilligte die bekannten Steuern auf Fahrkarten, Bier, Zigaretten, Automobile usw., die aber, wie das von der verkehrsfeindlichen Fahrkartensteuer vorauszusehen war, nicht den erhofften Betrag einbringen. Statt der verlangten 225 Millionen werden nur 140 bis 160 Millionen aufgebracht, und da die Ausgaben weiter steigen, werden auch weiterhin Schulden gemacht oder die Regierung behilft sich mit sogenannten schwebenden Schulden.

Damit hat es folgende Bewandtnis: Auf Reichsanleihe sollen keine laufenden Ausgaben und von einmaligen Ausgaben auch nicht solche genommen werden, die dem raschen Verschleiß unterworfen sind. Reichen nun die Einnahmen nicht aus, die laufenden und die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat zu decken, so hatten die Bundesstaaten mit den Matrikularbeiträgen für die Fehlsummen aufzukommen. In den bundesstaatlichen Landtagen hörten die Klagen über diese Lasten nicht auf; insbesondere beschwerten sich die Finanzminister darüber, daß die wechselnde und unberechenbare Höhe der Matrikularbeiträge jede Ordnung in den bundesstaatlichen Finanzen über den Haufen werfe. Gelegentlich der Finanzreform von 1905/06 wurde nun bestimmt, daß die Matrikularbeiträge 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen dürfen, der darüber hinausgehende Bedarf muß auf 3 Jahre gestundet werden.

Schön. Aber das Geld wird gebraucht. Und so müssen für den Betrag der gestundeten Matrikularbeiträge Schatzanweisungen ausgegeben werden, welche Zinsen in nicht geringer Höhe verschlingen. Das ist die „schwebende Schuld".

Auf der Reichskasse lasten 28 Millionen gestundete Matrikularbeiträge vom Jahre 1906, 64 Millionen dergleichen vom Jahre 1907 und zirka 100 Mill. vom laufenden Etatsjahr. Dazu kommen Postvorschüsse an die Invaliditäts- und Unfallversicherung und Vorschüsse an den Reichsinvalidenfonds, die zusammen über 200 Millionen Mark betragen. Die schwebende Schuld hat also ganz erhebliche Dimensionen angenommen, und sie erhöht nicht nur die Zinsenlast des Reiches, sie drückt auch auf den Geldmarkt, was sich gerade bei den nicht kapitalkräftigen kleinen Geschäftsleuten wieder am empfindlichsten bemerkbar macht.

Natürlich ist an eine Tilgung der alten großen Reichsschuld gar nicht zu denken! Die in der Finanzreform von 1905/06 in Aussicht genommene planmäßige Schuldentilgung bleibt unausgeführt und es hat nicht den Anschein, als sollte das bald anders werden.

Die Rüstungsausgaben werden aller Voraussicht nach im bisherigen Tempo weiter steigen und dann sind doch schließlich auch noch einige andere und notwendigere Ausgaben zu bestreiten. Die Gehaltsaufbesserung für die Beamten dürfte ziemliche Beträge in Anspruch nehmen, denn 23 Millionen erforderte schon die jährliche Teuerungszulage.

Mit dem Jahre 1910 soll nach dem Zolltarifgesetz, woran Freiherr von Stengel erinnerte, das Problem einer Arbeiter-, Witwen- und Waisenversicherung ins Leben treten, „wobei es ohne eine erhebliche Weiterbelastung des Reichshaushalts schwerlich abgehen werde, und ein bis zwei Jahre darauf wird es mit der Herrlichkeit des Reichsinvalidenfonds zu Ende sein".

„Dieser Reichsinvalidenfonds," so führte der Schatzsekretär aus, „ist auch ein Kapitel in unserer Finanzgeschichte, über das sich Bücher schreiben ließen. Anstatt für die Deckung neuer Ausgaben neue Einnahmen zu erschließen, hat man lange Jahre hindurch es vorgezogen, die Lasten einfach auf den Invalidenfonds abzuwälzen. Das mochte allerdings bequem sein, aber weitschauend war es nicht. Und wenn ich vor nun etwa 4 Jahren alsbald nach Uebernahme meines jetzigen Amtes den Finger in diese Wunde legte und mit allem Nachdruck schleunige Remedur und entsprechende Entlastung des Fonds forderte, so war leider nicht mehr viel zu retten. Aber so viel ist dadurch wenigstens erreicht worden, daß wir nicht schon jetzt der Notwendigkeit gegenüberstehen, zu allem anderen auch noch für den Ausfall der Einnahmen aus dem Invalidenfonds mit 30 bis 40 Millionen Mark anderweitigen Ersatz beschaffen zu müssen."

Das denkbar trübseligste Bild! Eine ungeheure stets wachsende Schuldenlast, chronisches Defizit in der Deckung der laufenden Ausgaben und dringende Anforderungen an die laufenden Mittel für die nächsten Jahre. Was soll demgegenüber geschehen?

Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion haben in allen Stadien der Verhandlungen immer und immer wieder darauf hingewiesen: direkte Reichssteuern! An leistungsfähigen Steuerzahlern fehlt es ja nicht. Freiherr von Stengel war wohl der gleichen Meinung, als er am 28. November 1907 sagte:

„Meine Herren, wenn man sich vergegenwärtigt, wie seit Errichtung des Deutschen Reiches unter dem Einfluß eines alljährlich nach Milliarden zählenden Vermögenszuwachses unser Wohlstand im allgemeinen zugenommen hat, zu welcher Blüte unter den Segnungen eines fast vierzigjährigen Friedens sich namentlich unsere Industrie und unser Handel entfaltet haben, dann muß man sich in der Tat erstaunt fragen: wie ist es möglich, daß es trotz alledem nicht gelingen will, den Haushalt des Reichs seinen Finanznöten zu entreißen?"

Die Kreise, die den nach Milliarden zählenden Vermögenszuwachs bekommen haben, hat man bisher mit Steuern verschont und trotz der Einsicht Stengels wollte er auch jetzt die Konsequenzen nicht ziehen. In der allgemeinen Etatsdebatte versicherte er schon mit Nachdruck: Direkte Steuern gibt's nicht! Und als er endlich in der 89. Sitzung vom 29. Januar 1908 mit seinen Finanzreformplänen herausrückte, da erfuhr man, daß sie in der Hauptsache in zwei Steuergesetzentwürfen bestehen: Der eine Steuergesetzentwurf betraf die Verstaatlichung eines Teiles des Zwischenhandels mit Branntwein, und der andere Gesetzentwurf befaßte sich mit der Einführung einer Banderolesteuer auf den Tabak und auf die Zigarre, und zwar nach dem Vorbilde der Banderolesteuer, die für die Zigarette bereits eingeführt ist.

Diese Steuerpläne stammten von demselben Schatzsekretär, der einige Wochen vorher (28. November 1907) versichert hatte, die Regierungen würden „auf das Gewissenhafteste bemüht sein, den Steuervorlagen eine Gestalt zu geben, die auf die Bedürfnisse unseres Erwerbslebens, auf die Interessen des Arbeiterstandes und auf die Leistungsfähigkeit der Steuerträger tunlichst Rücksicht nimmt. — —

Freiherr von Stengel erntete mit diesen seinen Steuerprojekten auf keiner Seite Lorbeeren, es war sogar sehr wahrscheinlich, daß er mit beiden Gesetzen abgefallen wäre. Drei Wochen nach seiner Offenbarung stand daher ein neuer Mann, Sydow, an der Spitze der Reichsfinanzverwaltung. Der zog sich zunächst damit aus der Schlinge, daß er sich solange Schonzeit erbat, bis er sich in die Materie eingearbeitet habe. Sein Wunsch mußte ihm erfüllt werden, es wurde daher in dieser Session so fortgewurstelt wie bisher: neue Schulden, neue Stundung von Matrikularbeiträgen —, alle Rettung soll die Zukunft bringen!

Was seitdem von den Finanzreformplänen Sydows verlautete, läßt vermuten, daß das Volk bei dem Personenwechsel im Reichsschatzamt aus dem Regen unter die Traufe gekommen ist.

Sozialpolitik.

Aus der Erbschaft des Grafen Posadowsky übernahm der Reichstag beim Wiederbeginn seiner Arbeiten am 22. November 1907 noch einige sozialpolitische Vorlagen, so den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis, Nr. 850 der Drucksachen), den Entwurf eines Gesetzes betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit (Nr. 329 der Drucksachen), den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung in bezug auf Arbeitszeit der Frauen- und Hausarbeit (Nr. 352 der Drucksachen), die Vorlagen betr. das am 26. September 1906 in Bern abgeschlossene internationale Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und das Verbot der Anwendung des weißgelben Phosphors zur Anfertigung von Zündhölzern (Nr. 555 der Drucksachen).

Hierzu gesellte sich der am 16. Dezember 1907 dem Reichstage zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Drucksache Nr. 552), der den Lohnbüchern und Arbeitszetteln (§ 114a) einen anderen Inhalt geben und die Regelung der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben neben dem Bundesrat auch den Zentralverwaltungen der Bundesstaaten übertragen will; der Entwurf will ferner die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Werkmeister usw. anders ordnen, den zehnstündigen Arbeitstag für Arbeiterinnen unter bestimmten Einschränkungen einführen (Berner Konvention)] und versucht in der Hausarbeit einiges zu regeln.

Zur Sozialpolitik ist noch zu zählen der am 4. Februar 1908 im „Reichsanzeiger“ publizierte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, der nicht allein in der organisierten Arbeiterschaft aller Richtungen, sondern auch von Unternehmervereinigungen und Handelskammern, ja selbst von dem badischen Minister v. Bodmann abfällig beurteilt worden ist. Diese sozialpolitische Leistung hat aber den Bundesrat noch nicht verlassen und harrt noch einem ungewissen Schicksal.

Immerhin hat der Nachfolger des Grafen Posadowsky, Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, gerade diesen Gesetzentwurf als Stützpunkt für eine sozialpolitische Programmrede geeignet gehalten. In der am 4. März 1908 abgehaltenen Sitzung des Reichstages nannte er den Gesetzentwurf eines

der vielen Eisen, die die Regierung im Feuer habe. Herr v. Bethmann-Hollweg meinte, den von sozialdemokratischen Abgeordneten erhobenen Vorwurf, daß die Regierung unter der Patronage der Arbeitgeberorganisationen stehe, zurückweisen zu müssen. Er setzte zunächst auseinander, warum die Regierung fachliche Arbeitskammern und nicht territoriale Arbeitskammern für das ganze Reich mit fachlichen Unterabteilungen vorgeschlagen habe, verteidigt dann die geplante Anlehnung der Arbeitskammern an die mit Recht bei der Arbeiterschaft höchst unpopulären Berufsgenossenschaften, glitt über die Vorhaltung, daß die Regierung Arbeitskammern und nicht Arbeiterkammern vorschlage, mit der Wendung hinweg, daß sie damit sich nur den Wünschen der Reichstagsmehrheit füge und suchte zum Schluß durch allerhand Redensarten den reaktionären und von erbitterter Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen zeugenden Wahlmodus als eine harmlose Sache hinzustellen. Dieser Wahlmodus bestimmt bekanntlich, daß die eine Hälfte der Arbeitervertreter von den in vielen Unternehmungen gar nicht vorhandenen Arbeiterausschüssen, die andere Hälfte aber von den Beisitzern bei den Versicherungsanstalten zu wählen ist. Solche siebenmal gesiebten Körperschaften sollen das Kunststück fertig bringen, Personen als Mitglieder der Arbeitskammern zu wählen, die, wie der Herr Staatssekretär sich ausdrückte, nicht von vornherein mit der Absicht hinkommen, zu allem nein zu sagen.

Das Programm des Arbeitertrutzes, das der Nachfolger des Herrn v. Posadowsky nur in vorsichtigen Wendungen darzulegen wagte, entwickelte in derselben Reichstagssitzung vom 4. März 1908 ein Scharfmacher ersten Ranges mit erfrischender Deutlichkeit. Der Reichsparteiler Gamp, der für seine Haltung auf sozialpolitischem Gebiet in einen Freiherrn von Gamp-Massaunen umgewandelt wurde, leitete seine Rede mit einem giftigen Angriff gegen das „Automobiltempo“ ein, das sich in den sozialpolitischen Resolutionen des Reichstages ausdrücke. Dann folgte eine Lobpreisung des Oberscharfmachers Bueck dafür, daß dieser Leiter des Zentralverbandes deutscher Industrieller bei dem Crimmitschauer Streik viele Tage lang herumgereist sei,

„um die Industriellen Deutschlands zu veranlassen, die schwachen Schultern der Industriellen in Crimmitschau zu schützen. Viele Hunderttausende hat damals Herr Bueck für die sächsischen Industriellen von den deutschen Industriellen losgemacht.“

Diesem Wirken des Herrn Bueck, das der mit vollem Verständnis seiner Verdienste zum Freiherrn beförderte Herr Gamp in den Himmel erhebt, ist es bekanntlich zu danken, daß der kindermordende Elfstundentag für Fabrikarbeiterinnen in Crimmitschau bis auf den heutigen Tag zur „Ehre“ des deutschen Namens aufrechterhalten werden konnte.

Aber es kam noch besser aus dem Munde des Freiherrn v. Gamp. Er trat für eine Rückwärtsrevidierung der Bestimmungen über den Schankwirtschaftsbetrieb ein, die in den bescheidensten Grenzen der unmenschlichen Ausnutzung der Gastwirtsgehülfen Einhalt tun sollen.

Nach dem amtlichen stenographischen Bericht sagte er:

„Wenn diese Verordnung nicht zu größeren Beschwerden Anlaß gegeben, so liegt der Grund dafür darin, daß die Polizeibehörden so verständig gewesen sind, diese Verordnung überhaupt nicht strikte auszuführen. (Große Heiterkeit.) Das ist noch das beste, daß wir verständige Ausführungsorgane haben, die sich über die Torheiten, die sich in den Bundesratsverfügungen finden — zu meinem Bedauern muß ich das sagen —, hinwegsetzen.“

So erhalten also die Polizeiorgane, die die Arbeiterschaft und deren Wirte durch schikanöse Behandlung bis aufs Blut drangsalieren, aus dem Munde

eines der Regierung besonders nahestehenden Mannes Lob und Dank dafür, daß sie zugunsten des gewissenlosesten Ausbeutertums im Gastwirtsgewerbe Verfügungen des Bundesrats einfach als nicht vorhanden betrachten, als Luft ansehen!

So wird es denn auch nicht weiter auffallen, daß Freiherr v. Gamp-Massaunen die Verdienste des neuen Ministers für Sozialpolitik noch durch folgende, ebenfalls nach dem Stenographischen Bericht wiedergegebene Worte ins rechte Licht setzte:

„Meine Herren, wir danken dem Herrn Staatssekretär, daß er wieder die Fühlung mit den Arbeitgebern und den Weg zu dem Zentralverband deutscher Industrieller gefunden hat, der doch die größte und einflußreichste Vertretung unserer Industrie ist, daß er den Faden, den der Graf Posadowsky nach der bekannten 12 000 Mark-Affäre ohne Grund abriß, wieder angeknüpft hat."

Im einzelnen ist zu den in der letzten Session berührten sozialpolitischen Fragen folgendes zu bemerken:

Zigarren-Hausarbeit.

Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit wurde am 28. und 29. Februar und am 2. März gleichzeitig mit der Gewerbeordnungsnovelle (552) und der Berner Konvention verhandelt. Der Entwurf verbietet u. a. das Herstellen und Sortieren von Zigarren sowie das Lagern von Tabak in Schlafräumen, und ordnet bescheidene Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit für die Zigarrenfabrikation in Küchen und Wohnräumen an. Ebenso verbietet der Entwurf die Beschäftigung fremder Kinder und gestattet die Ausnutzung eigener Kinder erst, wenn diese zwölf Jahre alt sind. Viele Ausnahmebestimmungen machen das Gesetz dauernd oder doch für die bis 1913 angesetzte Uebergangszeit wirkungslos.

Zwei Fachleute in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Molkenbuhr und Geyer, hatten die Aufgabe, an dem Entwurf Kritik zu üben. Während Molkenbuhr in einer allgemeinen Abrechnung mit der Sozialpolitik der Regierung zeigte, wie sie in ihrer freundlichen Stellung zu dem Uebel der Hausindustrie mit dem Zentralverband deutscher Industrieller übereinstimmt, ging Geyer auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage ein. Er setzte auseinander, daß die Bestimmung gegen die Beschäftigung der Kinder überaus unvollkommen sei und führte weiter an, daß der Mangel an Kontrolle die Durchführung des Gesetzes unmöglich mache. Wo die Not eine so zwingende sei, daß die Arbeiter ihre eigenen Kinder zu so schwerer Arbeit heranziehen müßten, sei kaum daran zu denken, daß die Hausarbeiter aus eigenem Willen und eigener Einsicht auch die gesetzlichen Bestimmungen befolgen werden, wenn sie obendrein noch wissen, daß die Inspektion so lückenhaft, so unsicher ist, daß sie gar keiner Ertappung ausgesetzt sind. Der Redner kam zu dem Schluß, daß hier nur ein völliges Verbot der Zigarren-Hausarbeit helfen könne; ein solches Verbot sei nicht nur für den Arbeiter, sondern auch für die Tabakindustrie im ganzen von Vorteil.

Die Gegner wußten nicht allein rührende Geschichten von den idyllischen Zuständen in der Zigarren-Hausindustrie zu erzählen, sondern sie leisteten sich auch noch ein Extravergnügen, indem sie Geyers Ausführungen dahin verdrehten, als ob die Sozialdemokratie mit einem Schlage die gesamte Heimarbeit vom Erdboden hinwegfegen wolle. Unserem Genossen Stadthagen lag es in der Reichstagssitzung vom 2. März 1908 ob, zu beweisen, daß das Verlangen der Sozialdemokratie berechtigterweise nur darauf gerichtet ist, daß „die gewerbliche Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln durch Hausgewerbetreibende oder durch Heimarbeiter untersagt" werden solle.

Die Entwürfe gingen an eine Kommission von 28 Mitgliedern, die ihn gleich anderen sozialpolitischen Vorlagen noch nicht erledigt hat.

Arbeiterschutz.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern am 12. März 1908 nahm der sozialdemokratische Fraktionsredner Brey Gelegenheit, die Aufmerksamkeit des Reichstags auf die Arbeiter und Arbeiterinnen in der chemischen Industrie hinzulenken. Wie stark hier mit der Gesundheit der Ausgebeuteten gewütet wird, zeigte der Redner an der Statistik der Krankenkasse für die Badische Anilin- und Sodafabrik. Sie erstreckt sich auf eine Mitgliederzahl, die 1906 im Jahresdurchschnitt 7500 betrug, im Jahre 1907 sich auf 8006 bezifferte. Hier kamen trotz überaus starken Wechsels der Arbeiter im Jahre 1906 14 085 und im Jahre 1907 14 681 Krankmeldungen vor. Weiter führte der Redner an, daß die neuen Schutzvorschriften, die am 26. November 1907 für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Alkali-Chromaten erlassen worden sind (Drucksache 505), aus den zehnjährigen Erfahrungen keine einzige Nutzanwendung bringen, um die Chromatarbeiter besser zu schützen.

In der Reichstagssitzung vom 13. März 1908 nahm unser Genosse Brühne es bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern auf sich, auf die traurigen Zustände hinzuweisen, die in Ziegeleien wie in Fleischereibetrieben herrschen.

Am 5. Mai 1908 nahm der Reichstag in zweiter Beratung das internationale Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit gewerblicher Arbeiterinnen und über die Verwendung von weißem Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern (Berner Konvention) an.

Schmälerung der Invalidenrenten.

Das Sparsamkeitssystem, das auf Kosten gebrechlicher Arbeiter vom Reich in der Alters- und Invaliditätsversicherung geübt wird, brachte Abgeordneter Sachse am 12. März 1908 im Reichstage zur Sprache. Es sind bei diesem Titel 51 Millionen Mark in den Reichshaushaltsetat eingestellt; nur 1 180 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Hingegen machte der Mehrbetrag im Jahre 1902 3 953 000 Mk., im Jahre 1904 3 392 000 Mk. aus. Dann ging es rückwärts, so daß im Jahre 1906 nur 1 378 000 Mk. und im Etatsjahre 1907/08 1 266 000 Mk. mehr gebraucht wurden. Dementsprechend sind auch die Renten zurückgegangen. Während im Jahre 1903 noch 152 862 Invalidenrenten bewilligt wurden, waren es 1905 nur 122 868 und 1906 nur noch 110 969. Angewachsen sind hingegen die Verwaltungskosten in den Versicherungsanstalten, und zwar von 64 Mk. auf 1000 Mk. Gesamteinnahme im Jahre 1900 auf 74 Mk. im Jahre 1906.

Dies Sparsamkeitssystem auf Kosten hülfsbedürftiger ausgemergelter Arbeiter wird namentlich in Schlesien mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit geübt. Die Versicherungsanstalt Schlesien bewilligte 1903 noch 66 Proz., 1906 hingegen nur noch 47 Proz. der Anträge auf Rentenbewilligung; dafür sind aber an Gehältern und sonstigen Verwaltungskosten gerade in Schlesien verhältnismäßig ganz besonders hohe Ausgaben gemacht worden.

Als Sachse auf diese Blüte am Zweige deutscher Sozialreform hinwies, konnte der Regierungsvertreter nur mit einigen Verlegenheitsfloskeln antworten. Unter anderem schrieb er die hohen Schiedsgerichtskosten in Schlesien der dort angeblich unter der Arbeiterschaft herrschenden Neigung zu, mit Hülfe

von Winkelkonsulenten alle Fälle zur Entscheidung der höheren Instanz zu bringen. Also selbst die Abwehr gegen rigorose Benachteiligung wird den Arbeitern noch zum Vorwurf gemacht.

Legitimationspapiere für Ausländer. — Staatswerkstätten und Fabrikinspektion.

Die Stellung des preußischen Staates zur Sozialreform tritt grell zutage in der Verordnung der preußischen Regierung über die Legitimationspapiere der ausländischen Arbeiter und in der Verfügung des preußischen Eisenbahnministers, der die Eisenbahnwerkstätten, sowohl die staatlichen wie die privaten, außerhalb der Gewerbeordnung stellt. Die Verordnung über die Legitimationspapiere wurde von unserem Fraktionsredner zum Justizetat, Genossen Stadthagen, eingehender Kritik unterzogen. Der Staatssekretär Nieberding erklärte sich in der Frage für unzuständig, deshalb wurde die Besprechung bei dem Reichsamt des Innern wieder aufgenommen. In der Sitzung vom 3. März 1908 geißelte nunmehr Genosse Schmidt-Berlin diese Uebergriffe mit folgenden Worten:

Ein Vorgang, der doch symptomatisch ist dafür, in welchem Banne sich die preußische Regierung bei ihren Bemühungen, die einheimische Landarbeiterschaft durch ausländische abzulösen und diese in ein festes Vertragsverhältnis zu den Gutsbesitzern zu bringen, befindet, ist die Verordnung der preußischen Regierung über die Legitimationspapiere der ausländischen Arbeiter. Ich will auf die juristische Frage nicht eingehen, sie ist bereits von meinem Kollegen Stadthagen bei Erörterung des Etats des Reichsjustizamts zur Sprache gebracht worden; ich will nur ein paar Worte sprechen (lebhafte Zurufe rechts: Lesen!) über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage. Die Interessenten des Großgrundbesitzes wollen die Arbeiter bereits beim Uebertritt über die Grenze für einen bestimmten Unternehmer verpflichten, und sie sollen sich diesem bestimmten Unternehmer überhaupt nicht mehr entziehen können, denn sie werden für die ganze Kampagne für diesen Unternehmer fest engagiert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht nur für die landwirtschaftlichen Arbeiter ist das eine außerordentliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, sondern auch für die Industriearbeiter. Die Behörde wird dann um so leichter die Möglichkeit haben, bei jedem Streik, wo der betreffende Arbeiter den Arbeitswechsel vornimmt, ihn vor die Entscheidung zu stellen, entweder seine Arbeit wieder aufzunehmen oder ausgewiesen zu werden; denn es steht ausdrücklich in der Verordnung, daß der Ausländer ausgewiesen werden kann, wenn die Legitimationspapiere die Gültigkeit verlieren. Er wird dadurch indirekt gezwungen, als Streikbrecher tätig zu sein, und er kann sich dem ganzen Zwange nur entziehen, wenn er wieder nach dem Auslande flüchtet. Es ist mir sehr fraglich, ob die Herren Landwirte damit große Erfolge erzielen werden; denn ich glaube, daß die ausländischen Arbeiter wahrscheinlich sehr bald davon absehen werden, in Deutschland Arbeit zu nehmen.

Ich frage aber: wie kommt die preußische Regierung dazu, der deutschen Feldarbeiterzentrale, einer Privatgesellschaft, die die Aufgabe übernommen hat, die Legitimationspapiere an der Grenze auszustellen, die amtliche Befugnis zu erteilen? Diese ganze Bestimmung ist nach meiner Ansicht eine Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Durch eine solche Verordnung wird das Paßwesen in einer Weise berührt, die weit über das hinausgeht, was gesetzlich zulässig ist, und die Bewegungsfreiheit der Arbeiter vollständig einengt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der gleiche rückständige Standpunkt, der im Widerspruch steht mit irgendwelchem Geiste sozialer Fürsorge, ist auch in der Verfügung des preußischen Eisenbahnministers zu erkennen, daß die Fabrikinspektion für die Eisenbahnwerkstätten nicht mehr zuständig ist. Der preußische Eisenbahnminister beruft sich auf die Entscheidungen verschiedener Gerichte, daß die Eisenbahnwerkstätten nicht unter die Gewerbeordnung fallen. Auf diese Rechtsfrage ist schon beim Reichsjustizamt eingegangen worden. Ich möchte aber doch auch den Herrn Staatssekretär des Innern bitten, seine Auffassung darüber zu bekunden, ob er es für angemessen hält, daß nun hier für eine große Arbeiterschicht die Wohltaten der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, über die Begrenzung der Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft, über die Beschäftigung von Kindern usw. mit einem Schlage außer Kraft gesetzt werden. Selbst wenn die Entscheidung verschiedener Gerichte, daß die Eisenbahnwerkstätten nicht unter die Gewerbeordnung fallen, richtig wäre, so finde ich es doch sonderbar, daß der preußische Eisenbahnminister dazu kommt, nun auch die Fabrikinspektion aus seinen Betrieben hinauszuweisen. Nach den Februarerlassen haben wir es doch verkünden hören: unsere Staatsbetriebe sollen Musterwerkstätten sein. Befürchtet der preußische Eisenbahnminister, daß die Fabrikinspektoren etwa in ihren Berichten seine Betriebe nicht als Musterwerkstätten hinstellen? Hat er die Befürchtung nicht, dann liegt doch gar kein Grund vor, die Fabrikinspektion aus diesen umfangreichen Betrieben auszuschalten; die Eisenbahnverwaltung mußte im Gegenteil sagen: wir wollen ein Muster für die Privatindustrie aufstellen. Aber Muster nach dieser Richtung hin sind in Preußen allerdings außerordentlich selten zu finden; es sind immer nur Muster nach der schlechten Seite zu finden.

Mit dieser Rechtsprechung steht im inneren Zusammenhange, daß auch die Arbeiter bei Kleinbahnen und in Privatbetrieben außerhalb der Gewerbeordnung zu stehen kommen. Weiter ist die Eisenbahnverwaltung dahin gelangt, auch den ganzen Gastwirtsbetrieb auf den Bahnhöfen außerhalb der Gewerbeordnung zu stellen, denn hier haben einige Gerichte in vollständiger Verkennung der Bestimmungen der Gewerbeordnung entschieden: die Bahnhofswirtschaften und ihre Angestellten unterstehen nicht der Gewerbeordnung, denn die Bahnhofswirtschaften sind Teile des Eisenbahnbetriebs; es finden somit die Bundesratsverordnungen für das Gastwirtsgewerbe auf diese Betriebe keine Anwendung.

Verschiedenes.

In den Sitzungen des Reichstages vom 28. und 29. November 1907 stand der Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Niederlande zur Beratung, der die gegenseitige Anerkennung der Unfallversicherungsbestimmungen ausspricht. Der Vertrag wurde unter Stadthagens Vorsitz in der Kommission beraten und nach eingehender Besprechung, an der sich die Genossen Molkenbuhr und Stadthagen beteiligten, einstimmig angenommen.

In der Sitzung des Reichstages vom 12. März 1908 nahm unser Parteigenosse Legien Gelegenheit, auf die Mängel der amtlichen Streikstatistik hinzuweisen. Diese Statistik enthalte Fragen, wie die nach dem Schutz der Arbeitswilligen usw., die die Arbeiterschaft mit Mißtrauen erfüllen müßten. Infolgedessen haben die gewerkschaftlichen Organisationen nicht das geringste Interesse gehabt, die vom Reichsamt des Innern besorgte Statistik zu unterstützen, obgleich sie es bei allen anderen Statistiken getan haben, die vom Statistischen Amt veranstaltet wurden. Weil aber das Amt keine Statistik machen kann, ohne die Arbeiterorganisationen zu Hülfe zu ziehen, ist, wie Legien an treffenden Beispielen darlegte, die amtliche Streikstatistik überaus mangelhaft und absolut unzuverlässig ausgefallen.

Resolutionen zur Sozialpolitik.

In der Sitzung vom 11. März wurde über die zahlreichen Resolutionen abgestimmt, welche von allen Parteien zum Reichsamt des Innern eingebracht waren. Von den sozialdemokratischen Resolutionen wurden angenommen

eine Resolution, welche Maßnahmen zum Schutze der in Walz- und Hüttenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter verlangt; weiter eine Resolution, welche Maßnahmen zum Schutze der Bauarbeiter vorschlägt; die ersten zwei Absätze einer Resolution, in welchen Schutzvorrichtungen für Glasarbeiter und ein Verbot der Nachtarbeit in Glashütten, soweit der Betrieb das zuläßt, gefordert werden, der dritte Absatz wurde abgelehnt, der vierte, nach dem die Sonntagsarbeit in Glashütten zu verbieten ist, wurde mit 123 gegen 104 Stimmen wieder angenommen.

Abgelehnt wurden sozialdemokratische Resolutionen, welche verlangten: Erlaß eines Reichsberggesetzes, einheitliche Regelung des Knappschaftswesens und geheime Vertreterwahl zu den Knappschaftskassenvorständen; Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch welchen der Schutz der Arbeiter des Baugewerbes bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten, Unfallverhütungsvorschriften und Baukontrolle geregelt; Vorlage eines Gesetzentwurfs, der alle Arbeits- und Dienstverhältnisse, durch welche sich jemand verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen Lohn zu verwenden, durch reichsgesetzliche Vorschriften einheitlich regelt.

Kommissionsarbeiten an der großen Gewerbeordnungsnovelle.

Die Kommission, an welche die Gewerbeordnungsnovelle, das Gesetz über die Zigarrenhausarbeiter und die „Berner Konvention" überwiesen ist, hat eine Reihe von Sitzungen abgehalten. Die mangelhafte Vorbereitung und die völlige Unzulänglichkeit der Vorlage brachte es mit sich, daß eine Fülle von Anträgen gestellt wurde, die einige der gröbsten Mißstände zu beseitigen suchten. Vorläufig sind die Kommissionsverhandlungen über die §§ 113 bis 115, Lohnbücher, Lohnzahlung und Truckſystem, nicht hinausgekommen. Hierzu beantragten unsere Genossen, daß die Lohnbücher nicht allein nicht mit Merkmalen versehen werden dürfen, die den Zweck haben, den Inhaber zu kennzeichnen, sondern, daß auch solche Merkmale verboten werden, die geeignet sind, den Inhaber zu kennzeichnen.

Zu § 115 und folgende beantragten unsere Genossen, daß der Lohn wöchentlich ausbezahlt werden soll, daß jede Art des Truckſystems verboten wird und der Unternehmer Roh-Hülfsstoffe und Werkzeuge zu liefern hat, daß jegliche Aufrechnung verboten wird, daß Lohnsummen bis zum Jahreslohn von 2000 Mk. der Beschlagnahme nicht unterliegen sollen, ferner, daß für den Fall, daß der Arbeiter in einer Wohnung des Unternehmers wohnt, der Arbeiter bis zum Schlusse des Monats wohnen bleiben kann, der auf den Monat folgt, in welchem die Entlassung stattgefunden hat; dann wurde von unseren Genossen beantragt, daß, wenn bei Akkordarbeit vor Beginn der Arbeit ein Akkordsatz nicht festgesetzt ist, die Arbeiter Anspruch auf einen Lohn haben sollen, der dem Lohn gleichartiger Arbeiter entspricht. Um dem Unfug entgegenzuwirken, der mit dem Prämiensystem getrieben wird, beantragten unsere Genossen, daß Prämien und ähnliche in Aussicht gestellte Vergütungen auch als Lohn im Sinne der Gewerbeordnung betrachtet werden sollen. Im Sinne der Versicherungsgesetze sind die Prämien Lohn und werden bei der Unfallrentenberechnung mitgerechnet. In der Gewerbeordnung gelten sie nicht als Lohn und gelten daher nicht die Beschränkungen von Lohnabzügen für die Summen, die man Prämien nennt, obwohl sie Lohn sind.

Da die Verhandlungen nur so langsam vorwärts gingen, und bei dem bisherigen Gang der Verhandlung nicht abzusehen ist, wann die Novelle durchberaten ist, beantragten unsere Genossen, daß die Kommission im Herbst vor Beginn der Plenarsitzungen zusammentreten und dann eine Anzahl ganzer Tage sitzen soll. Dieser Antrag wurde trotz erheblichen Widerspruchs von der Mehrheit angenommen.

Rechtspflege.

Die fünftägige Justizdebatte (18. bis 26. Februar 1908) rückte eine neue Frage des sozialen Rechts in den Vordergrund des Interesses: Die Rechtsverhältnisse der Tarifverträge. Von Juristen verschiedener Parteirichtung wurde der Wert der zwischen Gewerkschaften und Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge anerkannt, aber auch auf die juristisch höchst unsichere Basis hingewiesen, auf der sie stehen. Der Vertreter des Reichsjustizamtes versprach baldige gesetzliche Regelung der Frage. Nebenher sei noch erwähnt, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Liebert, eine Resolution einbrachte, und in der Justizdebatte verteidigte, welche Strafkolonien auf den Südseeinseln schaffen und Strafgefangene dorthin deportieren will. Die menschenfreundliche Absicht fand keine große Gegenliebe.

Im übrigen bildete die mehrtägige Besprechung der deutschen Rechtspflege wieder ein Spießrutenlaufen für Richter und Rechtsprechung. Eine Fülle von Lebensäußerungen der Klassenjustiz marschierten zum Beweise dessen auf, daß im Klassenstaat eine wirklich unparteiische Rechtsprechung schier unmöglich ist. Klassenjustiz in der Straf- und in der Justizrechtspflege; Justiz, die sich in den Dienst der jeweilig vorherrschenden politischen Richtung in der Staatsverwaltung stellt (Verfolgung der Polenliteratur als staatsfeindlich!) und Justiz, welche die kulturfeindlichen Geschäfte des Muckertums besorgt (Sittlichkeitsschnüffelei, Bücherzensur usw.). Neben den Ausführungen der freisinnigen und polnischen Abgeordneten, die die Beweise für die Richtigkeit einer solchen Charakteristik der Justiz beitragen halfen, war es die Stellungnahme des nationalliberalen Abg. Heinze-Dresden, die besonderes Interesse beansprucht und auch hier nicht unerwähnt bleiben soll. Heinze ist Richter und amtiert in Dresden; sein Zeugnis darf als sachverständig gelten. Und in diesem Zeugnis mußte er zugeben, daß Klassenjustiz herrscht! Er führte nach dieser Richtung hin aus:

„Um nun auf die Klassenjustiz zu kommen, so sind bei genauer und objektiver Prüfung der Dinge die deswegen erhobenen Beschwerden nicht durchweg für unberechtigt zu erklären. . . . . Schließlich kann auch anerkannt werden, daß unsere deutsche Juristenwelt sich aus sozialen Schichten zusammensetzt, denen es nicht immer leicht fällt, sich in die Denk- und Anschauungsweise der Arbeiterschichten zu versetzen und aus diesen Anschauungsweisen heraus den einzelnen Fall richtig zu beurteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das kann alles zugegeben werden. So erklären sich die schiefen Urteile über Erpressungen und über die §§ 152 und 193 der Gewerbeordnung, die oft hier im Reichstag erörtert worden sind. So erklären sich auch falsche Definitionen, beispielsweise des Begriffs „Streikbrecher", wozu mir ein Urteil vorliegt, das nur denjenigen als Streikbrecher ansieht, der trotz ausdrücklichen Versprechens, nicht zu arbeiten, doch arbeitet, während es diejenigen, die ohne Versprechen von außen zugezogen sind, nicht als Streikbrecher betrachtet, — zweifellos eine falsche Entscheidung. Es kommen Entscheidungen vor wie diejenige, wo ein Gericht eine Gewerkschaft als politischen Verein bezeichnet hat, wel sie ihre wirtschaftlichen und sozialen Ziele auf gesetzlichem Wege verfolgen wollte. Das Gericht hat da in vollständigem

Mißverständnis der Dinge gesagt: wenn du auf gesetzlichem Wege deine Ziele erreichen willst, so willst du die Gesetzgebung für dich in Anspruch nehmen und bist deswegen, da die Gesetzgebung eine öffentliche Sache ist, ein politischer Verein. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Auch die Rechtsprechung bezüglich des Koalitionsrechts verteilt nicht immer Licht und Schatten in gleicher Weise, behandelt nicht immer die Unternehmerverbände absolut gleich mit den Arbeiterverbänden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Interessant ist auch eine Entscheidung über groben Unfug, die mir vor einigen Tagen in die Hände gefallen ist, und die als ein Monstrum von Rechtsprechung bezeichnet werden kann. Da hat sich eine Anzahl streikender Bauarbeiter in einer Restauration derart eingeln an die verschiedenen Tische gesetzt, daß, als die Arbeitswilligen kamen, alle Tische besetzt waren, und die Arbeitswilligen sich mit einem Streikenden zusammensetzen mußten.

Nun führt das Gericht aus:

„Trotzdem die Streikbrecher in keiner Weise belästigt oder beschimpft wurden, und trotzdem das Gespräch der Streikenden mit den Arbeitern sich ruhig abgewickelt hat, ist schon das Vorgehen der Streikenden an sich ein grober Unfug, denn schon das Setzen an den Tisch, um die anderen zu zwingen: Ihr müßt Euch an unseren Tisch setzen und uns anhören, — ist grober Unfug." (Hört! hört! — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Auch im Strafmaße wird bisweilen fehlgegriffen. . . . . "

Also alles das bestätigte der Richter Heinze, was wir an der Klassenjustiz verurteilen! Demgegenüber ist ohne Belang, wenn er später in der Befürchtung, durch sein freimütiges Bekenntnis anzuecken, bestritt, die Existenz einer Klassenjustiz zugegeben zu haben. Es macht auch einen sehr kuriosen Eindruck, wenn freisinnige Abgeordnete die Richter gegen den Vorwurf der Klassenjustiz in Schutz nehmen und wenn dann einer der ihren, der Abg. Ablaß, den folgenden Fall erzählen muß:

„Es hat es nicht jeder so gut, wie der Sohn eines hohen Justizbeamten in Posen, der als junger Student der Rechte auf die Jagd ging, keinen Jagdschein besaß, dann das Malheur hatte, auf das benachbarte Jagdgebiet überzutreten, endlich ein Wild schoß, das Schonzeit hatte und somit so gut wie sämtliche Bestimmungen, die die preußischen Jagdgesetze kennen, übertreten hat. Als er zur Rede gestellt wurde, beleidigte er den Forsthüter und wie man ihn dann schließlich zur gerichtlichen Verantwortung ziehen wollte, da blühte ihm das Glück, daß der Richter das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Handlung verneinte."

Klassenjustiz gibt's darum doch bei Herrn Ablaß nicht!

Es waren wieder die Redner der Sozialdemokratie allein, die Genossen Stadthagen, Frank und Heine, die rücksichtslos bloßlegten, wie Richter und Staatsanwalt nicht unbefangen ihres Amtes walten. Heine behandelte dabei ausführlicher das Verhalten der Staatsanwaltschaft in der Beleidigungsklage des Genossen Richard Fischer gegen den Redakteur der „Post". Die Kritik schlug so gut ein und war so stichhaltig, daß sich die aufs äußerste erbitterte Reichsverbandsgruppe in der konservativen Fraktion nicht anders zu helfen wußte, als daß sie in tendenziöser Weise das ehrengerichtliche Vorgehen gegen Stadthagen auszuschlachten suchte. Daß dieser Fall vor 16 Jahren schon eingehend im Reichstag verhandelt wurde, wobei sich auch die Gegner auf die Seite Stadthagens stellten, daß gerade jene ehrengerichtlichen Verfahren gegen Stadthagen und sein Ausschluß aus dem Anwaltsstande unsere Auffassung über die Justiz bestätigen, das beirrte den Herrn

von Maltzan, den Sprecher bei dem Ueberfall auf Stadthagen, nicht, er klammerte sich an den Wortlaut des ehrengerichtlichen Erkenntnisses, um nur der verhaßten Sozialdemokratie eins auszuwischen. —

Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden folgende Resolutionen zum Justizetat gestellt:

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die gesetzliche gleichmäßige Heranziehung aller Bevölkerungsklassen zum Dienst als Geschworene und Schöffen durch Gewährung von Reisekosten und Tagegeldern aus den Mitteln der Bundesstaaten ermöglicht wird.

2. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die an der Herstellung von Zeitungen beteiligten Personen das Recht erhalten, ihr Zeugnis über Tatsachen zu verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

3. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches nach Art und in Anlehnung an die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Bureaugehülfen und deren Arbeitgebern, zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern, sowie aus dem Gesindeverhältnis eingerichtet werden.

4. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das neuerdings in Frage gestellte Recht der Reichstagsabgeordneten, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft vertraut ist, das Zeugnis zu verweigern, ausdrücklich festgestellt und ein gleiches Recht für Mitglieder eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates und für Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers begründet wird, auch die Beschlagnahme von Gegenständen, die eine dieser Personen in dieser ihrer Eigenschaft erhalten hat, und von Aufzeichnungen, die sie in dieser ihrer Eigenschaft gemacht hat, untersagt wird.

Die ersten beiden Resolutionen wurden angenommen, die letzten beiden abgelehnt.

Reichskanzler und Wahlrecht.

Zum Etat des Reichskanzlers waren eine große Menge Resolutionen eingebracht, so wurde von verschiedenen Seiten ein bescheidenes Maß von Koalitionsfreiheit für die Beamten verlangt, die Polen beantragten Resolutionen zur Polenpolitik, weiter wurde verlangt Aenderung der Gesetze über Verlust und Erwerb der Staatsangehörigkeit und weiterer Schutz des Wahlgeheimnisses, insbesondere auch durch amtliche Wahlurnen usw.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte die folgenden beiden Resolutionen eingebracht:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Ausweisungen von Ausländern aus einem deutschen Bundesstaate nur auf Grund eines richterlichen Urteils zulässig sind, das auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften über die Zulässigkeit von Ausweisungen ergangen ist;
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach im Deutschen Reich, in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das allgemeine, gleiche,

geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach Maßgabe der Verhältniswahl eingeführt wird.

Beide Resolutionen wurden abgelehnt. Der Raum verbietet uns, ausführlicher die Resolutionen zu besprechen, nur über die letzte Resolution seien einige Bemerkungen gemacht, denn sie steht im Zusammenhang mit einer Interpellation, welche die sozialdemokratische Fraktion einzubringen genötigt war.

Am 10. Januar 1908 hatte der Reichskanzler im preußischen Junkerparlament das Reichstagswahlrecht für unvereinbar mit dem Staatswohl bezeichnet. Das war seine Antwort auf den Wahlrechtsantrag seiner freisinnigen Blockverbündeten, die in ihm die Hoffnung des Liberalismus sahen. Derweilen Bülow im Kreise der Junker Wahlrecht, Volk und Freisinn verhöhnte, schlug auf den Berliner Straßen die Polizei alles blutig, was vernehmlich nach einem vernünftigen Wahlrecht für Preußen rief. Besonders am 12. Januar kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Wahlrechtsdemonstranten und Polizei. Diese Vorgänge gaben unserer Fraktion Anlaß, am 13. Januar folgende Interpellation einzubringen:

1. Aus welchen Gründen hat der Herr Reichskanzler in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet; und
2. billigt der Herr Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen, zum Zweck etwaigen Eingreifens, Militär in den Kasernen konsigniert war?

In der 86. Sitzung vom 22. Januar wurde über die Interpellation verhandelt. — Bemerkt sei noch, daß am 21. Januar in Berlin zahlreiche Arbeitslosenversammlungen stattgefunden und daß dabei die Polizei wiederum in brutaler Weise auf die wehrlosen Arbeiter eingeschlagen hatte. Das Verbandsbureau der Metallarbeiter, wohin sich Arbeitslose geflüchtet, wurde förmlich gestürmt, Arbeiterblut netzte die Straßen. In die Erregung über diese Polizeiheldentaten fiel die Wahlrechtsinterpellation im Reichstag. Damit auch äußerlich das Ereignis in Erscheinung trete, umgab die Polizei vom frühen Morgen ab das Reichstagsgebäude mit einer dichten Postenkette, welche kaum für Abgeordnete zu durchbrechen war. Die polizeiliche Zernierung des Reichstags dauerte drei Tage. — Der Reichskanzler erschien am 22. Januar im Reichstage; er lehnte indessen die Beantwortung der Interpellation ab, da erstens die Gestaltung des Landtagswahlrechts in Preußen eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preußischen Staates darstellt. Und ferner seien

„auf Grund landesrechtlicher Befugnisse von der Berliner Polizei diejenigen Maßregeln ergriffen worden, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf der Straße abzuwehren. Insoweit Truppenteile in den Kasernen zusammengehalten worden sind, ist dies in Ausübung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können."

An diese Ablehnung der Beantwortung einer Frage, über deren Berechtigung ein Zweifel überhaupt nicht aufkommen kann, schloß Bülow eine Drohung gegen die Arbeiter und die Sozialdemokratie, wenn die Demonstrationen fortgesetzt würden. Es wird gut sein, wenn diese Drohung hier der Vergessenheit entrissen wird; er führte aus:

„Es ist nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen. Die Straße gehört dem freien Verkehr. Das Gesetz der öffentlichen Ordnung

als das höhere Gesetz anzuerkennen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet. Dem Gesetz Achtung zu verschaffen und, wenn es sein muß, zu erzwingen, ist wie die Befugnis so auch die Pflicht der Behörden. Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird zurückgewiesen werden. Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren einen Anspruch auf die Herrschaft über die Straße erheben. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Demonstrationen einer irregeleiteten Masse einer pflichtbewußten Regierung irgend etwas abtrotzen könnten. Das wird in Deutschland nie und nirgends der Fall sein. Ich habe die Zuversicht, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig sein werden in der Verurteilung und Zurückweisung dieses gefährlichen Unfugs.

Die sozialdemokratische Partei hat mit den Demonstrationen vom 12. Januar eine abschüssige Bahn beschritten. Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen. . . . ."

Nach dieser, im provozierendsten Tone herausgeschleuderten Drohung verließen die Regierungsvertreter den Sitzungssaal. Daß Genosse Richard Fischer, der die Interpellation begründete, mit Bülow wie mit der Berliner Polizei, die ihre agents provocateurs an die Spitze der Wahlrechtsdemonstranten kommandiert hatte, gehörig abrechnete, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden, es ist selbstverständlich. Wir wollen nur noch hervorheben, daß sich der Block einig mit Bülow zeigte, der geohrfeigte Freisinn ließ es sich nicht nehmen, seine unentwegte Blocktreue trotzalledem ausdrücklich zu betonen. Das Zentrum gab eine kurze platonische Erklärung für das allgemeine Stimmrecht ab, die angesichts der Tatsache, daß die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags kaum den Finger für das allgemeine Wahlrecht rührt, nicht sehr überzeugend anmutete.

So stand auch hier, an diesem stürmischsten Tage der ganzen Session, die Sozialdemokratie allein im Kampfe um die Volksrechte

Am 24. und 26. März (130. und 131. Sitzung) wiederholten sich die Auseinandersetzungen über das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Genosse Bebel begründete unsere oben mitgeteilte Resolution, die in allen Bundesstaaten dieses Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Personen fordert. Die erschöpfende Begründung dieser unserer programmatischen Forderung und die Schärfe, mit welcher Bebel den Kampf um das oberste der Volksrechte proklamierte, machte starken Eindruck; der Reichskanzler aber antwortete mit höhnenden Angriffen auf das Reichstagswahlrecht:

„Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht sakrosankt sein. Es sind mir in der politischen Tagesliteratur auch noch andere Vorschläge begegnet, z. B. die Verlängerung des notwendigen Aufenthalts am Wahlort, die Hinaufsetzung der Altersgrenze. Auch von Pluralstimmen war die Rede. (Zurufe links.) — Ich referiere nur! Aber würde mich irgend jemand widerlegen können, wenn ich sagte, daß kaum ein anderes Wahlsystem auf Reife des Urteils, auf geistige Bildung, auf politische Erfahrung so wenig Rücksicht nimmt wie das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht? Erst kürzlich habe ich einen Artikel gelesen, der das Reichstagswahlrecht hart angriff, weil es dem vielverzweigten Geistes- und Kulturleben unserer Zeit nicht gerecht würde, weil es den verschiedenen Ständen und Berufen nicht genügend Rechnung trüge. . . . . Es heißt in diesem Artikel: Also, meine Herren, ein Dogma ist das direkte, allgemeine, geheime Wahlrecht nicht; zum Dogma machen es nur sozialdemokratische Doktrinäre vom längsten Zopf! Die machen ein Dogma daraus, einen Fetisch, einen Götzen! Ich bin aber kein Fetischanbeter, ich treibe keinen Götzendienst, und an Dogmen glaube ich in der Politik überhaupt nicht."

Gegenüber diesen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht klang die Versicherung, daß die verbündeten Regierungen eine Aenderung desselben nicht

beabsichtigen, recht wenig überzeugend. Dieser Auffassung gab nicht nur unser zweiter Redner, Gen. Emmel, Ausdruck, auch das Zentrum äußerte die gleichen Bedenken. Selbst der ewig vertrauensselige Freisinn wurde einen Augenblick stutzig. Nachhaltige Wirkung hat freilich auch dieser Bülowsche Angriff auf das Reichstagswahlrecht auf den linken Blockflügel nicht ausgeübt, wie sich später wiederholt zeigte.

Auswärtige Politik.

Die auswärtige Politik wurde in der allgemeinen Etatsdebatte mit berührt, ohne Wichtigeres zutage zu fördern. Kaiserbesuche in England und Italien und deren Wirkung auf die äußere Politik, die Marokkopolitik, das englisch-russische Abkommen und die Haager Konferenz bildeten den Inhalt der nichts weniger als kurzweiligen Unterhaltungen, die Bülow mit einer seiner nichtssagendsten Reden krönte. Genosse Bebel und mit ihm Fürst Hatzfeld verlangten Klarheit und mehr Stetigkeit in der äußeren Politik — das, was uns am meisten nottut.

In der zweiten Lesung des Etats des auswärtigen Amtes wurde die Debatte infolge Eingreifens des Genossen Bebel auf ein höheres Niveau gebracht; Bebel brachte den Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth zur Sprache, beleuchtete die ganze äußere Situation und wandte sich besonders eingehend und scharf gegen die Ausweisungen ausländischer Arbeiter, die Rußland gegenüber oft direkte Auslieferungen sind, diktiert von kriechender Liebedienerei gegen das Zarenreich. (130. Sitzung vom 24. März.)

Etat der Reichspost.

Die Briefstieberei macht sich wieder breit. Unser Redner, Genosse Singer, mußte diesmal seine Rede zum Postetat mit Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses beginnen. Nun bestritt zwar der Leiter des Postwesens jedes Verschulden der Post, Tatsache bleibt aber, daß Spitzel das Briefgeheimnis verletzen können. Statt in der Pose des Entrüsteten große Worte zu machen, wäre es besser gewesen, eifrigste Unterstützung in der Verfolgung der Briefstieber zuzusagen.

In der wirtschaftlichen Lage der unteren Postangestellten hat sich trotz der Jahr für Jahr geübten Kritik noch nicht viel zum Besseren gewendet; Singer hatte ein vollgerüttelt Maß von Beschwerden, die sich nicht nur auf die materielle Lage der Postunterbeamten erstreckten, sondern auch auf den Gewissenszwang, der gegen diese Leute ausgeübt wird. Charakteristisch hierfür war der Fall des Arztes Dr. Schellenberg-Wiesbaden, der als Postarzt gemaßregelt wurde, weil er in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt hatte. Schellenberg zählt sich zu den Freisinnigen, aber die freisinnigen Politiker hätten sich gern um die Behandlung des Falles herumgedrückt. In der Blockära könnte es nur Mißstimmung in das schöne Einvernehmen bringen. — Nachdem die Sozialdemokratie freilich mit der Kritik eingesetzt hatte, mußten sie nachfolgen. Im Verlauf der Debatten kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Rednern unserer Fraktion, Singer, Eichhorn und Lehmann, und dem Staatssekretär des Reichspostamtes, da sich dieser in heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie erging und den Postangestellten jedes Vereinigungsrecht absprach.

Die sozialdemokratische Fraktion wandte sich gegen das System der gehobenen Stellen und für allgemeine erhebliche Aufbesserungen der unteren Beamten, sie verlangte Verkürzung der täglichen Dienststunden, schleunigste Gehaltsaufbesserung der mittleren Beamten und früheren Schalterschluß an Sonnabenden. Eine Resolution, die Schalter an diesen Tagen um 6 Uhr zu schließen, wurde angenommen.

Reichseisenbahnen.

Die Beratung des Etats der Reichseisenbahnen stellte gewissermaßen eine Fortsetzung der Debatten beim Postetat dar. Die Reichseisenbahnen unterstehen dem preußischen Verkehrsminister Breitenbach, es gelten demgemäß dort preußische Maximen. Arbeiterrechte gibt es nicht! Vereinigungsrecht der Eisenbahner gibt es nicht —, vorausgesetzt, daß sich dasselbe etwa nicht beschränkt auf einen „königstreuen" Gesangverein, der den Minister bei seinen Festlichkeiten antelegraphiert. Mehr noch, auch das politische Versammlungsrecht wird beschnitten; durch Anschlag wurden den Eisenbahnarbeitern der Besuch der Wahlrechtsversammlungen verboten. Unsere Fraktionsredner, Emmel und Böhle, unterzogen dieses preußische System der Entrechtung einer entsprechenden Kritik; sie hatten den Erfolg, daß der Minister Breitenbach, der sich in seinem Hauptamte gedeckt weiß durch den preußischen Klassenlandtag, ganz offen zweierlei Recht proklamierte. Hören wir ihn:

„Der Herr Abgeordnete (Emmel) fragte mich: was ist denn unter „ordnungsfeindlich" zu verstehen? Ich bin ihm sehr dankbar, daß er mir auch in diesem Jahre — ich hoffe, auch in den folgenden Jahren (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten) — Gelegenheit gibt, meinen Standpunkt erneut festzustellen. Als „ordnungsfeindlich" muß ich an erster Stelle bezeichnen die Betätigung unserer Angestellten für die sozialdemokratische Partei, das Bekenntnis, zu ihr zu gehören, auch: für sie Stimmung zu machen, für sie zu agitieren. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Ich gehe so weit, zu sagen, daß jeder Angestellte, mag er Beamter oder Arbeiter sein, der sich zu der Partei des Herrn Vorredners offen bekennt, nicht mehr zu uns gehören darf. . . . . Ich habe ferner bereits im Vorjahre ausführen müssen, daß wir als „ordnungsfeindlich" es betrachten, wenn unsere Arbeiter sich Berufsvereinigungen anschließen, die den Streik als ein erlaubtes Mittel zur Durchsetzung von wirtschaftlichen Forderungen ansehen. . . . ."

Genosse Molkenbuhr gab dem Minister Breitenbach die Antwort, die auf solche Ausführungen gegeben werden muß. Zur Schande des Blockfreisinns und der Demokraten muß konstatiert werden, daß sie auch in diesem Falle der Reaktion beisprangen und sich auf die Seite des Ministers stellten.

Ostmarkenzulagen.

Ein Bestandteil der preußischen Polenpolitik sind die Ostmarkenzulagen — Prämien für Polenbekämpfung, die an deutsche Beamte gezahlt werden. Die Abgeordneten Gamp und Genossen bombardierten wieder die Regierung mit Anträgen und Resolutionen und die Regierung kam diesen Wünschen in einem Nachtragsetat entgegen, in dem sie den Mund gleich gehörig voll nahm; sie forderte nicht nur 710 000 Mk. für die Postbeamten in der Provinz Posen, sie wollte, über die Wünsche der Hakatisten hinausgehend, auch noch 301 000 Mark für Unteroffiziere und die militärischen Kanzleibeamten bewilligt haben. In den ziemlich heftigen Auseinandersetzungen vertrat Genosse Ledebour den ablehnenden Standpunkt unserer Partei. Der Freisinn hat sich voll zu der preußischen Polenpolitik bekehrt, er bewilligte die Ostmarkenzulagen bis auf den für die Unteroffiziere bestimmten Betrag, der mit allen gegen 17 Stimmen abgelehnt wurde.

Dampfersubvention.

Durch Nachtragsetat verlangte die Regierung eine Zulage für den Norddeutschen Lloyd im Betrage von einer halben Million für Erweiterung des Postdampfschiffdienstes durch Einrichtung einer vierwöchentlichen Verbindung

zwischen dem Schutzgebiet von Neu-Guinea einerseits und Japan sowie Australien andererseits. Auf Grund der früheren Gesetze über Dampfersubventionen bezieht der Norddeutsche Lloyd eine Reichsbeihülfe von 5 590 000 Mark.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen die Vorlage; auch auf der Rechten war keine rechte Sympathie, es fand daher ein Antrag der Antisemiten Annahme, welcher, unter Abänderung der Verpflichtung des Lloyd, nur eine Zulage von 230 000 Mk. gewährt.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte im Interesse des Schiffspersonals noch den folgenden von den Genossen **Noske** und **Molkenbuhr** begründeten Antrag:

A. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. für die subventionierten Postdampfschiffe eine Bemannungsskala festzusetzen;
2. in die mit den Unternehmern der subventionierten Postdampfschiffsverbindungen abzuschließenden Verträge eine Bestimmung aufzunehmen, wodurch die Unternehmer verpflichtet werden, für die Ausreise der Dampfer so viel weiße Schiffsleute anzumustern, als zu einer ausreichenden Besatzung des Dampfschiffes erforderlich sind.

B. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Revision des Vertrages mit dem Norddeutschen Lloyd vom Jahre 1898 dahin vorzunehmen, daß Artikel 26 (welcher das Verbot enthält, mit den Subventionsdampfern landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland oder den holländischen Häfen einzuführen) gestrichen wird.

Der Antrag wurde, nachdem der freisinnige Abgeordnete Hormann-Bremen dagegen gesprochen, abgelehnt.

Teuerungszulagen.

In dieser Session sollte die Gehaltsaufbesserung der Reichsbeamten bestimmt kommen. Voraussetzung war indessen das Gelingen der Finanzreform, d. h. Schaffung von Mitteln durch neue Steuern, die soviel übrig lassen, daß die ziemlich erheblichen Anforderungen einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung Deckung finden. Dann fiel die Finanzreform ins Wasser und wollte man die Beamten dies nicht entgelten lassen, so mußte wieder eine Teuerungszulage bewilligt werden. Durch Nachtragsetat wurde für sie in der gleichen Weise wie im vergangenen Jahr — 100 Mk. für Unterbeamte, 150 Mk. für mittlere Beamte, sofern deren Gehalt 4200 Mk. nicht übersteigt — gefordert und bewilligt. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 23 565 600 Mk.

Die sozialdemokratische Fraktion, die sich wiederholt sehr energisch für eine Aufbesserung der Beamtengehälter aussprach, stimmte natürlich der Teuerungszulage zu.

Gesetzesvorlagen.

Bestrafung der Majestätsbeleidigung.

Das erste in der freudigen Aufwallung des Blocksiegs gegebene Geschenk war der Gesetzentwurf über die Abänderung der Majestätsbeleidigungsparagraphen. Danach sollten sogenannte Majestätsbeleidigungen nur noch strafbar sein, wenn sie „böswillig und mit Vorbedacht" begangen waren. Wenn die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, sollte Strafverfolgung nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung eintreten, und endlich sollte die Verjährung schon nach 6 Monaten eintreten. —

In der ersten Session kam dieser Entwurf nicht mehr zur Besprechung, er bildete den Gegenstand der ersten Arbeiten der laufenden Session.

Unsere Fraktion lehnte den Entwurf ab; ganz abgesehen von unserem prinzipiellen Standpunkt, der zum Ausdruck kam in dem gelegentlich der zweiten Lesung gestellten Antrag, die Majestätsbeleidigungsparagraphen aufzuheben, konnte die vorgeschlagene Aenderung schon um deswillen nicht als wesentliche Verbesserung angesehen werden, weil bei der herrschenden Klassenjustiz der Begriff „böswillig" mit tödlicher Sicherheit immer gegen die Sozialdemokraten ausschlägt. Die politische Ueberzeugung spielte stets bei Majestätsbeleidigungsprozessen eine große Rolle und das würde schlimm werden, wenn der Richter mit solchen Begriffen nach den Motiven einer Beleidigung suchen muß. Genosse **Heine** begründete diesen Standpunkt mit aller wünschenswerten Schärfe und entwarf dabei ein so abschreckendes Bild von der gegenwärtigen Praxis der Majestätsbeleidigungsprozesse, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Nieberding, ganz erschreckt ausrief: er könne es „nur tief bedauern, daß in dem ersten Augenblick, wo dieses **Zeichen des Vertrauens der verbündeten Fürsten gegenüber dem Volke** — nichts anderes soll der Entwurf bedeuten — im Reichstage besprochen wird, solche Aeußerungen als Erwiderung kommen." Die Wahrheit ist eben selten angenehm. In der Kommission wurde der Entwurf wenig verbessert, alle Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder wurden abgelehnt.

Nachdem der sozialdemokratische Antrag, die §§ 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 104 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich sind aufzuheben, abgelehnt war, fand schließlich die Vorlage in folgender Fassung Annahme:

„Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 97, 99 mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe oder die Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden.

Im Falle des § 95 kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden.

Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten.

Ist die Strafbarkeit nach Abs. 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung."

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen die Vorlage.

Es verdient noch erwähnt zu werden, daß sich in der zweiten Lesung der nationalliberale Abg. **Osann** zum Verteidiger der herrschenden Rechtsprechung in Majestätsbeleidigungsprozessen aufwarf und lieber noch eine Verschärfung statt Milderung gesehen hätte. Der freisinnige Abg. Eyßling trat ihm bei. (85. und 87. Sitzung vom 21. und 23. Januar 1908.)

Das Reichsvereinsgesetz.

Die erste Frucht der Blockpolitik ist nach dem Ausspruch des Abgeordneten Müller-Meiningen dieses neue Vereinsrecht. Und der Abg. Müller muß es wissen, denn er ist der Führer des linksliberalen Teils des Blocks. Aber wenn auch die Vaterschaft des Blocks nicht so ausdrücklich anerkannt worden wäre, wie dies hier geschah, die legitime Herkunft des Reichsvereinsgesetzes vom Block hätte sich nicht bestreiten lassen, sie ist bewiesen durch Inhalt und Fassung.

Daß das buntscheckige und überwiegend reaktionäre Vereinsrecht in Deutschland reformbedürftig war, braucht hier nicht erst dargelegt zu werden, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat seit dem Jahre 1878 Anträge in dieser Richtung eingebracht; unsere Partei hatte überdies am meisten

zu leiden unter der Willkür der Polizei auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens.

Die Frage ist nun die: Bringt die Blockfrucht erhebliche Fortschritte, sind die Anforderungen erfüllt, die man verständigerweise an ein Vereinsrecht für ein politisch reifes Volk stellen kann? Keinesfalls? Der Redner unserer Fraktion, Genosse Heine, faßte in der ersten Lesung sein Urteil über die Vorlage in folgenden Sätzen zusammen:

„Die Fortschritte lassen sich in drei Worte zusammenfassen: fortfallen sollen die Bestimmungen über Frauen, über Minderjährige und über Mitgliederlisten — ob sie ganz wegfallen, ob sie nicht auf Umwegen wieder eingeführt werden, ist noch eine andere Frage. Dagegen enthält das Gesetz eine ganze Menge Verschlechterungen, nicht bloß für die süddeutschen Staaten, die ein freieres Gesetz und eine freiere Praxis haben, sondern sogar Verschlechterungen für Sachsen und für Preußen (Hört! hört!) — und das will viel sagen. (Heiterkeit.)

Verzichtet haben die verbündeten Regierungen auf polizeiliche Befugnisse nur, soweit diese sich als völlig undurchführbar erwiesen haben."

Die klare zutreffende Charakteristik belegten dann die Genossen Heine und Legien, der andere Fraktionsredner, aus ihrer jahrzehntelangen Praxis mit einer solchen Fülle von Beweisen, daß jeder, der sich nicht böswillig allen vernünftigen Erwägungen verschloß, die Abweisung dieses Entwurfs für das einzig Richtige halten mußte. Unsere Redner wandten sich besonders gegen die Anzeigepflicht von Vereinen und Versammlungen, gegen die Ueberwachungs- und Auflösungsbefugnisse der Polizei, geegn die schwammigen Begriffsbestimmungen und vor allem gegen das Sprachenausnahmegesetz, das lediglich dem fremde Arbeiter ausbeutenden Unternehmertum dient. In der allgemeinen Etatsdebatte, und zwar vor der Blockkrise, war selbst ein demokratisches Mitglied des Blocks unserer Meinung; Abg. v. Payer führte in der Sitzung vom 2. Dezember 1907 in bezug auf das Vereinsgesetz aus:

„Können wir aber — so müssen wir uns auf der Linken fragen — diesen Entwurf annehmen, solange er bepackt ist mit der Ausnahmebestimmung des § 7, mit dem Verbot der öffentlichen Versammlungen in nichtdeutscher Sprache? . . . Was von uns verlangt wird, ist, daß wir Millionen von deutschen Staatsbürgern das Versammlungsrecht, welches sie bisher beschränkt, aber doch wenigstens in dieser Beschränkung gehabt haben, nun vollständig entziehen sollen (Sehr richtig! links), oder daß wir sie in bezug auf die Ausübung dieses staatsbürgerlichen Rechts wenigstens auf Gnade und Ungnade der preußischen Polizei überantworten sollen (Sehr wahr! links), zu der wir kein Vertrauen haben. Solange der Entwurf so liegt, können wir auch ihn jedenfalls als eine Abschlagszahlung auf die liberalen Forderungen nicht betrachten."

Dann kam freilich die Blockkrise vom 4. und 5. Dezember, die der Abg. Müller-Meiningen wichtigtuerisch „Kanzlerkrise" nennt. Der Freisinn drückt sich, und am 10. Dezember feiert Müller den Entwurf als „Blockfrucht", der allerdings noch einige Schönheitsfehler anhaften.

In den wochenlangen Beratungen der Kommission sind die Schäden des Gesetzes nicht ausgemerzt worden. Im Gegenteil! Durch eine große Reihe von Zusätzen sind die schlechten Bestimmungen nicht erheblich besser geworden, die Blockmehrheit hat aber obendrein ihre Scheinverbesserungen mit empfindlichen Verschlechterungen aufgewogen. Wir nennen nur das Ausnahmerecht gegen die Jugendlichen. Genosse Heine führte am ersten Tage der ersten Lesung (9. Dezember) aus:

„Endlich sollen die Bestimmungen über Minderjährige fallen — auch nicht so ganz; sie werden hinten herum wieder eingeschmuggelt werden. Aber die verbündeten Regierungen können es jetzt gar nicht vermeiden, das

Recht der Minderjährigen zu politischen Versammlungen anzuerkennen. Nachdem in der Wahlnacht der Fürst Bülow und der Kaiser selbst vor einer Schar junger Burschen Reden gehalten haben (Große Unruhe rechts und links; lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und in der Mitte), da kann man doch nicht mehr — — (Zuruf rechts.) — Jawohl! Ich kenne eine ganze Anzahl der jungen Leute, die in der Wahlnacht das „reife deutsche Blockvolk" gemimt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe.) Und die sind zum großen Teil noch nicht großjährig, gar nicht zu reden von der Wahlfähigkeit.

Trotzdem scheinen die verbündeten Regierungen nicht ganz auf die Bestimmungen über die Jugendlichen verzichten zu wollen. Ich habe wenigstens aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs entnommen, daß er eigentlich diesen Bestimmungen, die er preisgeben will, mit einer gewissen Sehnsucht, mit einem gewissen Bedauern nachblickt, daß er sie eigentlich lieber behielte. Ich habe — nehmen Sie es mir nicht übel — den Eindruck, daß der Herr Staatssekretär auch sehr angenehm berührt sein würde, wenn mit Hülfe des konservativen Flügels des Blocks diese Dinge wieder in das Gesetz hineinkämen. Ich weiß ja, daß solche Gesetze, namentlich, wenn sie von einer Kompromißgruppe gemacht werden, darauf zugeschnitten werden, daß jede Partei etwas abläßt. Nun fürchte ich, daß die Linke verlangen wird, man solle ihr noch manches konzedieren, und die Rechte wird ihr einen Schritt entgegenkommen; dann wird aber die Rechte verlangen, daß ihr die Beschränkung der Jugendlichen konzediert wird, und die Linke wird einen Schritt entgegenkommen. (Zurufe.) — Wenn der Erfolg mich Lügen straft, — mir um so lieber! Aber zu erwarten ist es eigentlich nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs und des Herrn Abgeordneten Dietrich."

Es ist buchstäblich so gekommen, wie Heine hier vorausgesagt hat. In der letzten Sitzung der Kommission stellte der konservative Justizrat Dietrich den Antrag — damit offenbar nach einem vorher im Block abgekarteten Spiel handelnd —, daß Personen unter achtzehn Jahren von politischen Versammlungen und Vereinen auszuschließen sind. Der linke Blockflügel nahm diesen Antrag ebenso ohne Murren hin, wie er das Ausnahmegesetz gegen die fremdsprachigen Staatsbürger jetzt guthieß. Derselbe „Demokrat" von Payer, der noch am 2. Dezember die Vorlage mit dem Fremdsprachenverbot für unannehmbar erklärte, verteidigte in der 140. Sitzung vom 4. April den Sprachenparagraphen, feierte nunmehr auch das Gesetz als „liberale Blockfrucht". Die Furcht vor einer neuen Blockkrise ließ ihn jetzt diese Rede halten:

„Vor Jahresfrist haben wir (der Block) uns innerhalb und außerhalb dieses Hauses zusammengeschlossen, und bald darauf ist — ich behaupte: nicht ohne einen inneren Zusammenhang — der Entwurf, den ich soeben gewürdigt habe, uns zugegangen. Wir betrachten das als ein Verdienst des Liberalismus. (Sehr richtig! links.) Dieser Entwurf hat uns etwas gebracht, was das deutsche Volk und der Deutsche Reichstag verlangt haben, seit überhaupt ein Deutsches Reich besteht (sehr richtig! links), und wir sind nicht der Meinung, daß man, wenn nach drei Jahrzehnten wieder einmal ein Entgegenkommen sich zeigt, dies leicht nehmen dürfe. Wir haben nicht die Absicht, diesen Entwurf in letzter Stunde deshalb scheitern zu lassen, weil er keine vollkommene Schöpfung ist, und weil er, wie wir nicht verkennen, auch eine Reihe von Fehlern enthält. Wir haben nicht die Absicht, deshalb unsere Organisation (die Organisation des Blocks), was unausbleiblich wäre, auseinanderfallen zu lassen. (Ah! ah! und Gelächter in der Mitte und bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall links und rechts. Andauerndes Lachen in der Mitte und bei den Sozialdemokraten. Wiederholtes sehr richtig! und stürmischer Beifall rechts und links. Glocke des Präsidenten.) Gewiß, meine Herren, das ist etwas, was ich ausdrücklich hier feststellen wollte und eben festgestellt habe. (Lebhafter Beifall rechts und

links.)' Wir wollen auf der Bahn weitergehen, auf der wir uns bisher bewegt haben, und deshalb wollen wir den verbündeten Regierungen weder einen Grund, noch einen Vorwand geben, uns auszuschalten, mit der Begründung, daß man uns, weil in uns selbst nicht einig und zu gemeinsamer Tätigkeit nicht entschlossen, zurückstellen und auf die Seite schieben müsse zugunsten anderer, welche zur Mitwirkung entschlossen sind. (Aha! und Lachen im Zentrum. Lebhafter Beifall rechts und links. Wiederholte Rufe: Aha! und Gelächter in der Mitte und bei den Sozialdemokraten. Stürmischer Beifall links und rechts. Glocke des Präsidenten.)"

Wie die vorstehende nach dem stenographischen Bericht wiedergegebene Episode zeigt, waren die Tage der zweiten Lesung (2. bis 6. April 1908) von heftigster Leidenschaft bewegt. Die Genossen Heine, Legien, Hildenbrand, David, Stücklen, Hue, Sachse, Brey, Emmel, Ulrich, Ledebour, Severing, Frank und andere kämpften Schritt um Schritt gegen Bestimmungen, die das freie Vereinigungs- und Versammlungsrecht bedrohten. Der Block war aber entschlossen, die „Frucht des Liberalismus" so zu pflücken, wie sie in der Sonne Bülowscher Blockreaktion gereift war; die Opposition wurde durch Schlußanträge mundtot gemacht und — meist in namentlicher Abstimmung — die Vorlage so angenommen, wie sie aus der Kommission kam. Alle die zahllosen Anträge — die sozialdemokratische Fraktion hatte allein 22 gestellt — wurden unbesehen niedergestimmt, der Arbeiterverrat in brutalster und zynischster Form betrieben. Und nach dem Verrat gingen die Freisinnigen, die hier im Reichstag die Macht gehabt hätten, die Anschläge auf die Rechte der Arbeiter zu vereiteln, hin in das preußische Klassenparlament, wo sie nichts zu sagen haben und stellten dort diesen Antrag:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für den Fall, daß ein Reichsvereinsgesetz in der vom Reichstag in zweiter Lesung beschlossenen Fassung zustande kommt, auf Grund der darin enthaltenen Ermächtigungen schleunigst durch Vorlegung eines Landesgesetzes oder im Wege allgemeiner Anweisung an die nachgeordneten Behörden dafür Sorge zu tragen, daß die fremdsprachigen Teile der Arbeiterschaft nicht durch Anwendung der Bestimmungen des § 7 in der Verfolgung gesetzlich zulässiger Bestrebungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie sonstiger Berufsangelegenheiten gehindert werden."

Zum Verrat also noch den Hohn! Hier die Namen dieser freisinnigen „Volksvertreter", die dieses unwürdige Doppelspiel in Szene setzten: Eickhoff, Fischbeck, Gyßling, Kopsch, Pachnicke, Träger, Wiemer. — Wenn je der Blockliberalismus seine politische Entartung in der abstoßendsten Form betätigt hat, dann war es bei dem Vereinsgesetz. Selbst die dritte Lesung wurde noch durch Schlußanträge gewaltsam verkürzt und den Verteidigern der Arbeiterrechte das Wort abgeschnitten. Die erneut eingebrachten Anträge unserer Fraktion wurden glatt abgelehnt.

Natürlich stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen das Gesetz.

Börsengesetz.

Noch eine Blockfrucht! Im Jahre 1896 erhielt das Börsengesetz eine ausgeprägt agrarische Fassung. Der geschädigte Handel konnte sich gegenüber den übermächtigen Agrariern keine Geltung verschaffen, die Versuche, das Gesetz im Jahre 1904 und 1905 zu ändern, blieben stecken. Der Block sollte nun auch diese „Reform" erreichen. Indessen: Im Block herrschen auch die Agrarier und daher ist die Reform eine sehr fragwürdige geworden. Genosse Singer, unser Fraktionsredner zum Börsengesetz und Vorsitzender der Börsenkommission, führte sehr zutreffend aus:

„Der Herr Reichskanzler hat neulich als maßgebend und beachtenswert für seine Blockpolitik den Grundsatz aufgestellt, die Blocktätigkeit müsse aus Zweckbewußtsein und aus Selbstbeherrschung zusammengesetzt sein. Meine Herren, nach diesem Rezept ist die Börsengesetznovelle gearbeitet. Sie vertritt das Zweckbewußtsein des agrarischen Teiles des Blocks und mutet die Selbstbeherrschung dem liberalen Teile zu."

Und der liberale Teil fand sich ziemlich rasch in die Entsagung. Das Verbot des Terminhandels in Effekten war in der Hauptsache beseitigt und das Fortbestehen des Terminhandels in Waren, Getreide und Mühlenfabrikaten schien die Vertreter des Börsenkapitals nicht weiter zu berühren, es schädigt ja nur das Gewerbe und die Getreidekonsumenten. In den langen Kommissionsverhandlungen wurden grundsätzliche Verbesserungen der Vorlage nicht durchgesetzt; in der zweiten Lesung mußte deshalb Genosse Frank sich ebenso ablehnend gegen die Tendenz der Vorlage wenden, wie Singer in der ersten Lesung. Kennzeichnend für die Situation war, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Abg. Roesicke, sehr warm für die Vorlage plädierte. In der dritten Lesung, die unmittelbar auf die Annahme des Vereinsgesetzes folgte (143. Sitzung vom 8. April), rechnete Genosse Singer nochmals gründlich mit dem Block ab. In der namentlichen Abstimmung lehnte die sozialdemokratische Fraktion das Börsengesetz ab.

Scheckgesetz und Postscheckverkehr.

Um den schon hoch entwickelten Scheckverkehr mit gesetzlichen Garantien zu umgeben, legte die Regierung ein Scheckgesetz vor. Das Gesetz wurde einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender Genosse Brühne war. Die Fraktion stimmte dem Gesetz, das fast unverändert die Kommission verließ, zu.

Dieselbe Tendenz, den Umlauf von Barmitteln möglichst einzuschränken, verfolgte eine Vorlage, die in Form eines Nachtragsetats Mittel für die Einrichtung des Postüberweisungs- und Postscheckverkehrs verlangte. Die sozialdemokratische Fraktion wandte sich hierbei mit Nachdruck gegen die von der Post festgesetzten hohen Gebühren und beantragte die Einrichtung auf gesetzliche Basis zu stellen. Die letztere Absicht wurde nur zum Teil erreicht, bei den hohen Gebühren blieb es. Genosse Singer wandte sich scharf gegen die engherzige Art, in der hier von der Postverwaltung eine kommerziell wichtige Einrichtung in Angriff genommen wurde, erklärte aber, daß die Sozialdemokratie trotzdem für die Vorlage stimmen werde.

Wechselprotest und Wechselstempel.

In zwei Vorlagen über das Wechselwesen wurden einige Erleichterungen für die gewerblichen und Handelskreise geschaffen; im ersten Gesetz handelte es sich um Erleichterung des Wechselprotestes. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte der Vorlage bei; unser Redner, Genosse Lehmann-Wiesbaden, verlangte gesetzliche Festlegung der Gebühren, da der Postverwaltung in solchen Dingen nicht zu trauen ist. Für unsere Anregung war keine Mehrheit zu haben.

Die andere Vorlage will in dem Gesetz über den Wechselstempel eine wesentliche Milderung schaffen. Diese Vorlage ist unerledigt geblieben.

Automobilstempel.

Eine Gesetzesvorlage will den Bundesrat ermächtigen, bei der Erhebung der Automobilstempelabgabe im Grenzverkehr Erleichterung zu schaffen. Genosse Severing erklärte für die Fraktion, daß wir der Vorlage zustimmen, benutzte aber die Gelegenheit, die industrieschädigende Wirkung der Automobilsteuer zu beleuchten.

Telefunkengesetz.

Die drahtlose Telegraphie (Funkentelegraphie) ist nunmehr in der Entwickelung soweit vorgeschritten, daß eine gewisse gesetzliche Sicherung angebracht erscheint. Es wurde zu diesem Behufe ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher Errichtung und Betrieb von elektrischen Telegraphenanlagen ohne Drahtleitung ebenso an die Genehmigung des Reichs bindet, wie die gewöhnlichen Telegrapheneinrichtungen. In der Kommission für die Vorberatung der Vorlage wurden von den Vertretern unserer Fraktion zwei Anträge gestellt, deren erster die Sicherung der Verkehrsinteressen, der andere eine gesetzliche Regelung der Gebühren bezweckte. Beide Anträge erlangten keine Mehrheit. Dem Gesetz selbst stimmte die Fraktion zu.

Münzgesetz.

In überraschend willigem Eingehen auf den in einer der Regierung zur Erwägung überwiesenen Petition ausgesprochenen Wunsch legte die Regierung eine Novelle zum Münzgesetz vor und verlangte darin die Genehmigung zur Ausprägung von 25-Pfennigstücken. Außerdem sollte die Kopfquote an Silberscheidemünzen von 15 auf 20 Mk. erhöht werden. Von der rechten Seite wurde die Gelegenheit der Beratung dieser Vorlage wieder einmal benutzt, die alten Weisen über die Silberwährung ertönen zu lassen. Nach heftigem Wortgefecht gelang es der Rechten, in die Vorlage auch die Bestimmung noch hineinzubringen, daß wieder Taler (Dreimarkstücke) auszuprägen sind. In der dritten Lesung versuchte zwar der Schatzsekretär Sydow, die Mehrheit umzustimmen, es gelang ihm indessen nicht. In namentlicher Abstimmung wurde der Beschluß der zweiten Lesung, das Dreimarkstück einzuführen, aufrecht erhalten.

Die sozialdemokratische Fraktion, deren Wortführer hierbei Genosse Singer war, wandte sich gegen das 25-Pfennigstück, da ein Bedürfnis hierzu nicht vorliegt, wohl aber anzunehmen ist, daß es infolge der Abrundungsbestrebungen im Detailhandel zu einer Verteuerung der Waren führt, die gerade die kleinen Leute wieder belastet. Auch gegen die neuen Taler stimmte die Fraktion.

Maß- und Gewichtsordnung.

In dieser Session ist auch die seit dem 1. April 1905 bei dem Reichstag liegende Maß- und Gewichtsordnung fertiggestellt. Ein paarmal wurde die Vorlage das Opfer des Sessionsschlusses, aber immer erschien sie wieder ungefähr in der gleichen Fassung. Die sozialdemokratische Fraktion beteiligte sich sehr lebhaft an den Beratungen der Vorlage in der Kommission und im Plenum; unsere Genossen Sachse und Stolle waren bemüht, die Eichpflicht zu verallgemeinern und insbesondere zu verhindern, daß für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Ausnahmen zu deren Gunsten geschaffen werden. Ferner stellte die sozialdemokratische Fraktion zum Schutze der Bergarbeiter folgenden Antrag:

„Soweit Förderwagen und Fördergefäße im Bergwerksbetriebe zur Ermittelung des Arbeitslohnes dienen, bedürfen sie ebenfalls der Eichung."

Zur Begründung des Antrags auf Nacheichung der Fördergefäße verwies Genosse Sachse auf die zahlreichen Betrügereien, die in Bergbetrieben durch Einführung größerer Fördergefäße gegen die Bergarbeiter begangen werden. Der Regierungsvertreter bestritt zwar die Absicht des Betrugs, mußte aber zugeben, daß Revisionen im Ruhrbezirk die Einführung größerer Förderwagen ergeben haben, „ohne daß den Arbeitern das bekannt gemacht, und ohne daß das Gedinge erhöht worden ist." Die Werksverwaltungen seien bestraft worden. Der Regierungsvertreter ersuchte um Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, die Mehrheit kam diesem Ersuchen nach.

Die Vorlage will auch allen kommunalen Eichämtern zu Leibe, sie sieht nur staatliche Eichämter und -Behörden vor. Gegen diese Verstaatlichungsbestrebungen wandte sich Genosse Stolle, welcher die kommunalen Eichämter neben den staatlichen erhalten wissen will. In dieser Richtung gestellte Anträge lehnte die Mehrheit ebenfalls ab.

Der ganzen Vorlage stimmte die Fraktion zu.

Kleiner Befähigungsnachweis.

Am 27. Februar 1908 stand im Reichstage die erste Beratung eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung — kleiner Befähigungsnachweis (Nr. 350 der Drucksachen) — auf der Tagesordnung.

Nach den Beschlüssen des Reichstages in dritter Lesung steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, die das 24. Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben (§ 129 G.-O.). Nach § 133 Absatz 1 dürfen den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks nur Handwerker führen, welche für das Handwerk die Meisterprüfung bestanden und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Der erste Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Albrecht, führte aus, die Sozialdemokratie sei durchaus nicht der Meinung, daß der heutige Handwerkerstand sittlich und fachtechnisch nicht auf der Höhe wäre; im Gegenteil, die Sozialdemokratie sei davon überzeugt, daß der heutige Handwerkerstand, der unter der Gewerbefreiheit großgezogen ist, durchaus auf der Höhe steht, sehr im Gegensatz zu den alten Zunftmeistern. „Als ich lernte," so sagte Albrecht, „war die Gewerbefreiheit schon eingeführt, ich wurde nicht als Geselle geprüft, ich war nur ein Gehülfe und habe als solcher bei verschiedenen Innungsmeistern gearbeitet. Aber ich kann sagen: von diesen habe ich nicht viel lernen können; aber manche haben von mir etwas gelernt."

Unser zweiter Fraktionsredner, Genosse Lehmann, präzisierte den Standpunkt der Partei dahin: „Wenn Sie die Volksschule verbessern, so erweisen Sie der Lehrlingsausbildung einen viel größeren Dienst, als wenn Sie sagen, es soll der Meister, der unterrichtet, gewisse Vorkenntnisse haben, und sich nicht darum bekümmern, ob der Meister auch in der Lage ist, den Lehrlingen die Arbeit in die Hand zu geben, die zu ihrer Ausbildung erforderlich ist. Meine Herren, der Schneiderlehrling in Pfarrkirchen wird nie einen Anzug nach Maß machen lernen, einfach deshalb nicht, weil bei seinem Meister nur Konfektionsarbeit gemacht wird."

Im Gegensatz zu der Sozialdemokratie, die nüchtern darlegte, wie wenig dem Handwerk mit der Vorlage gedient ist, zu der sich endlich die Regierung bequemt hat, legten sich nicht allein die Redner der Rechten, sondern selbst die Herren vom Freisinn tapfer für den kleinen Befähigungsnachweis ins Zeug. Auch an diesem Verhalten der ehemaligen Avantgarde der Gewerbefreiheit zeigt sich der Einfluß der Blockpolitik. Am 2. Mai 1908 kam das für den Handwerkerstand wertlose Gesetz in dritter Lesung glücklich unter Dach und Fach.

Sicherung der Bauforderung.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Sicherung der Bauforderungen am 27. November 1907 gab unserem Fraktionsredner, Genossen Bömelburg, Gelegenheit, die Mißstände auf dem Gebiete des Bodenwuchers zu beleuchten. Der Redner setzte auseinander, daß das Gesetz hier zuerst eingreifen müsse. Indem Bömelburg den guten Grundgedanken eines Gesetzes anerkannte, das die Bauhandwerker durch eine Sicherungshypothek schützen will, führte er aus, daß die gegenwärtige Vorlage viel zu widerspruchsvoll und unzureichend sei, um berechtigten Anforderungen genügen zu können. — Der Entwurf ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern und kam nicht mehr zur Erledigung.

§ 63 des Handelsgesetzbuchs.

In den Sitzungen vom 11. und 13. Januar und vom 5. Mai 1908 beschäftigte der Reichstag sich mit einer Regierungsvorlage, wonach § 63 des Handelsgesetzbuches dahin abgeändert werden soll, daß den Handlungsgehülfen im Erkrankungsfalle die Krankenunterstützung von dem fortzuzahlenden Gehalt gekürzt werden darf. Bis dahin ging die Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte in dieser Frage auseinander. In dieser Frage zeigte die Regierung mit aller Deutlichkeit, daß sie nicht nur im Kampf mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, sondern auch dem zum größten Teil noch gut „ordnungstreuen" „neuen Mittelstande" gegenüber konsequent die Interessen des Unternehmertums verficht. Die Organe des Großkapitalismus, so vor allem die „Post", erhoben ein mörderisches Geschrei ob der Prämie auf Faulheit, die der Reichstag den Handlungsgehülfen schenken wolle, indem er in der Einsicht, daß ein Kranker mehr Aufwendungen zu machen hat, als ein Gesunder, sich in seiner Mehrheit gegen die Aufrechnung der Krankenunterstützung in das Gehalt erklärte. Die Regierung blieb der Weisung des Scharfmachertums treu und dadurch kam dann die gegen die Interessen der Handlungsgehülfen gerichtete Vorlage zu Fall.

Versicherungsvertrag.

Aus der vorigen Session wurden die Entwürfe eines Gesetzes über den Versicherungsvertrag, eines dazu gehörigen Einführungsgesetzes und ein Gesetz über Aenderung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs über die Seeversicherung übernommen. In der ersten Lesung nahm Genosse Stadthagen namens der Fraktion Stellung zu den Entwürfen; er meinte, es wäre nützlicher gewesen, wenn endlich die Regierung dazu übergegangen wäre, eine Verstaatlichung der Versicherung vorzuschlagen. Die Prämiensumme der Versicherungsgesellschaften umfaßt ein Kapital von Hunderten von Millionen Mark und es würde eine Vereinfachung, eine bedeutende Ermäßigung der Kosten eintreten, wenn die Versicherungen zusammengezogen, wenn sie verstaatlicht würden. Es würde dann aber auch eine Reihe von Zwangsversicherungen durchgeführt und Bedingungen aufgestellt werden können zugunsten derjenigen, die nicht kapitalkräftig sind.

Aus Rücksicht auf das Großkapital hütet sich freilich die Regierung, auf eine Verstaatlichung hinzuarbeiten.

In der zweiten Lesung traten die Genossen Hengsbach, Sachse und Severing der dreisten Reklame, die die Scharfmacher mit der Wohlfahrtsplage treiben, entgegen. Bekanntlich gibt es Beispiele dafür, daß Arbeiter, die lange Jahre zu den Betriebsversicherungskassen beigesteuert hatten, an ihrem Lebensabend aus nichtigen Gründen auf die Straße gesetzt wurden und dann alle Ansprüche an die Kasse verloren. Diesen Mißbrauch haben Gewerbegerichte bei Klagen, die entlassene Arbeiter z. B. gegen die Kruppsche Pensionskasse anstrengten, als wider die guten Sitten verstoßend, bezeichnet. Für die bürgerliche Justiz ist es charakteristisch, daß diese die Ansprüche der Arbeiter anerkennenden Urteile von den Landgerichtskammern in der Berufungsinstanz ständig aufgehoben wurden. Unsere Abgeordneten stellten Anträge, die die Rechte der von der Wohlfahrtsplage betroffenen Arbeiter sichern sollten; es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages diese Anträge verwarf. So blieb denn unseren Abgeordneten nichts übrig, als an zahlreichen Beispielen darzulegen, daß das Großunternehmertum seine angeblich auf das Wohl der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen nur ins Werk setzt, um gefügige Sklaven zu haben, die aus Furcht, ihre Pensionen zu verlieren, vor der Ausübung des Koalitionsrechtes und vor einem selbständigen Auftreten ängstlich zurückschrecken.

Unterstützungswohnsitzgesetz.

Zu den traurigsten Erscheinungen sozialer Unkultur im Deutschen Reiche gehört die Armenpflege und was damit zusammenhängt. Das Freizügigkeitsgesetz und das Unterstützungswohnsitzgesetz lassen unerhörte Grausamkeiten gegen arme unterstützungsbedürftige Leute zu. Die in ganz Deutschland verbreitete Uebung, Arme vor der Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes wieder aus der Gemeinde abzuschieben, ist eine brennende Schmach für die herrschenden Repräsentanten der deutschen Kulturnation, die so hochmütig auf den gewaltig gestiegenen Nationalwohlstand pochen.

Hier zu ändern, wäre höchste Zeit! Im agrarischen Zeitalter denkt man freilich nur an den Vorteil der Agrarier. Vor zwei Jahren legte die Regierung eine fadenscheinige Novelle zum Unterstützungswohnsitz vor; sie wollte die jetzige zweijährige Karenzzeit für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes auf ein Jahr und die Altersgrenze, von welcher ab der selbständige Unterstützungswohnsitz erworben werden kann, von 18 auf 16 Jahre herabsetzen. Zweck der Uebung: die ländlichen Gemeinden zu entlasten, denn die Heimatsgemeinden sollten, wenn ihr schon ein Angehöriger den Rücken gekehrt hat, so rasch als möglich von jeder Verpflichtung ihm gegenüber frei sein. Die preußische Landwirtschaftskammer, denen die agrarische Bülowregierung die Vorlage zur Begutachtung unterbreiteten, gab ihren Segen.

Durch die Auflösung des Reichstags fiel die Novelle unter den Tisch, wurde aber dem neuen Reichstag in der alten Fassung vorgelegt.

Genosse Kaden stellte dem Pfuschwerk, das an den Leiden der Armen nichts bessern, eher dadurch noch verschlechtern wird, daß man sie nun alljährlich von Ort zu Ort hetzt, statt früher nur alle zwei Jahre, die sozialdemokratische Forderung entgegen die Armenlasten auf die größere Allgemeinheit, den Staat oder doch größer Kreisverbände zu übernehmen. Im übigen übte er rücksichtslose Kritik an dem Abschiebungs- und Ausweisungssystem. In der zweiten Lesung stellte die Fraktion die folgenden von den Genossen Stolle und Kaden begründeten Anträge:

§ 2. Die öffentliche Unterstützung hülfsbedürftiger Deutscher, mit Ausnahme der Staatsangehörigen des Königreichs Bayern, üben die einzelnen Bundesstaaten nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes durch Armenverbände.

§ 3. In den größeren Bundesstaaten bildet jede Provinz einen einheitlichen Armenverband.

Jeder kleinere Bundesstaat bildet einen einheitlichen Armenverband für sein Staatsgebiet.

Alle in einer Provinz oder in einem Bundesstaate zu einem Armenverband vereinigten Gemeinden und Gutsbezirke gelten in Ansehen der durch dieses Gesetz geregelten Verhältnisse als eine Einheit.

Den in einer Provinz oder in einem Bundesstaate zu einem Armenverbande vereinigten Gemeinden und Gutsbezirken verbleibt die Verteilung der Unterstützung und die Kontrolle der Unterstützungsbedürftigen durch Mitglieder der Gemeinden oder Angehörige der Gutsbezirke, in denen die Unterstützungsbedürftigen sich befinden.

§ 4. Die nach diesem Gesetze räumlich abgegrenzten Armenverbände sind entsprechend den Bestimmungen des § 3 innerhalb 6 Monate nach Veröffentlichung dieses Gesetzes einzurichten.

§ 8. Durch die Landesgesetzgebung werden Bestimmungen getroffen über die Zusammensetzung und Einrichtung des Armenverbandes oder der Armenverbände, über die Art und das Maß der im Falle der Hülfsbedürftigkeit zu gewährenden öffentlichen Unterstützung und über die Beschaffung der erforderlichen Mittel.

Die Unterstützung hülfsbedürftiger über 14 Jahre alter Personen darf in keinem Armenverbande weniger als die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes desjenigen Ortes betragen, durch den der Hülfsbedürftigen zu unterstützen ist.

Die Anträge wurden abgelehnt, die Fraktion stimmte dann gegen das Gesetz.

Verlängerung der Zuckerkonvention.

Die Regierung legte dem Reichstag Verträge vor über die Verlängerung der Brüsseler Zuckerkonvention auf weitere fünf Jahre und den Beitritt Rußlands zu derselben. Die Brüsseler Zuckerkonvention ist seinerzeit nur unter großen Schwierigkeiten und gegen den Widerstand der Agrarier zustande gekommen, die davon eine verstärkte Konkurrenz gegen den deutschen Zucker befürchten. Heute haben sie sich einigermaßen damit abgefunden, aber nun fürchten sie wieder die russische Konkurrenz. Das einzige Mittel, die deutsche Zuckerindustrie eventuellen Gefahren gegenüber schadlos zu halten, besteht, wie unser Redner, Genosse Südekum, anführte, in der Herabsetzung der heimischen Verbrauchsabgabe, womit eine Verbilligung des Zuckers und eine Vermehrung des Konsums eintritt. Allerdings ist dieser Ausweg größtenteils verbaut durch die Zollgesetzgebung, die mit ihren hohen Lebensmittelpreisen den Zuckerkonsum, selbst bei niederen Zuckerpreisen, außerordentlich einschränkt. Gleichwohl beantragten — wohlverstanden nicht im Interesse der Konsumenten, sondern im Interesse der Zuckerfabriken! — die Konservativen vom 1. April 1909 ab die Zuckersteuer von 14 Mk. auf 10 Mk. pro Doppelzentner herabzusetzen. Großmütig wollten sie aber auch für den Steuerausfall Vorsorge treffen; in einem zweiten Artikel war dem Reichskanzler die Befugnis erteilt, für den Fall, daß die Zuckersteuer 1909, 1910 und 1911 nicht je 140 Mill. Mk. bringen sollte, in der Höhe des jeweiligen Fehlbetrags Anleihen aufzunehmen. In der Tat: Gemütsmenschen, wie Südekum sehr zutreffend sagte. In der Kommission wurde der Anleihepferdefuß abgehackt und nunmehr stimmten natürlich auch die Sozialdemokraten für die glatte Herabsetzung der Zuckersteuer. —

Zwischen Kommissionsberatung und zweiter Lesung spielte sich dann wieder ein Akt hinter den Kulissen ab; auf Kommando der Regierung kleideten sich die Wiemer, Bassermann usw. in die Rolle als „verantwortliche Hüter der Reichsfinanzen". An Stelle des konservativen Antrags trat dieser Blockantrag:

„Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 Mk. von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zustandekommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten."

Gegen diese Verschleppung der Zuckersteuerherabsetzung wandte sich natürlich die sozialdemokratische Fraktion; nach heftiger Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag des Genossen Singer von dem Worte „sofern" bis Schluß zu streichen, abgelehnt! Die Fraktion stimmte nun gegen den ganzen Antrag.

Der Zuckerkonventionsverlängerung wurde zugestimmt.

Einschränkung der Haftpflicht der Tierhalter.

Noch eine Konzession an die Agrarier aus der Zeit vor der Auflösung des Reichstags. Am 24. Mai 1905 wurde eine Resolution von der damals noch anders zusammengesetzten Mehrheit angenommen, in welcher eine Abschwächung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begehrt wird. Dieser § 833 lautet:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen."

Diese hier festgelegte unbeschränkte Haftung ist natürlich den Agrariern sehr unbequem, sie wollen sich auf Kosten der armen Verletzten von der Verantwortung drücken und die Regierung ist immer sehr rasch bei der Hand, wenn die Agrarier schreien; sie legte im Februar 1906 den gewünschten Gesetzentwurf vor, und da er wegen der Auflösung nicht mehr fertig wurde, wiederholte sie ihn sofort bei Zusammentritt dieser Session. Zur Begründung erzählte Staatssekretär Nieberding, daß der § 833 in seiner jetzigen Fassung dem „Rechtsgefühl des Volkes" widerspreche. Welch feines Empfinden auf einmal für das Rechtsgefühl des „Volkes"! Genosse Molkenbuhr hielt ihm schlagfertig entgegen, daß er merkwürdigerweise keinerlei Beweise dafür gebracht habe, daß das ganze Volk oder nur ein großer Bruchteil des Volkes so denkt, wie er sagt.

„Es ist merkwürdig, daß die Regierung regelmäßig dann bereit ist, der Stimmung des sogenannten Volkes Rechnung zu tragen, wenn es lediglich im Interesse einzelner reicher, besitzender Leute liegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.) Aber umgekehrt, wenn einmal das Volk in seiner übergroßen Mehrheit Aenderungen des Gesetzes fordert, wie z. B. jetzt die Aenderung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit rechts), dann ist jedesmal die Regierung nicht bereit, auf die Intentionen des Volkes einzugehen. . . .

Die Regierung will ja alles, wodurch die Grundbesitzer irgendetwas gewinnen, und ich will es ja auch gutheißen, wenn die Herren danach streben, sehr viel zu bekommen. Aber sehr viel können sie hier ja gar nicht gewinnen, sie sind aber nach der Richtung bescheiden, sie nehmen eben das, was sie bekommen können, und wenn es selbst das bissel Brot ist, was der Krüppel auf seinem Tische hat.

(Pfuirufe rechts. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Wiederholte Pfuirufe rechts.) — Ja natürlich, darauf wollte dieses Gesetz hinaus."

Trotz dieser treffenden Kritik, der sich noch die Genossen Stadthagen und Stolle anschlossen, wurde die Regierungsvorlage unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge vom Block angenommen. Um den schlechten Eindruck nach außen einigermaßen zu verwischen, brach der mecklenburgische Junker Treuenfels eine Terrorismusdebatte vom Zaune.

Viehseuchengesetz.

Eine umfangreiche Novelle zum Viehseuchengesetz ging dem Reichstag gleich bei seinem Zusammentritt zu, aber sie kam nur bis zur ersten Lesung. Jetzt unterliegt sie der Kommissionsberatung und es ist fraglich, ob sie in der nächsten Session zur Verabschiedung gelangt. Unser Fraktionsredner, Genosse Scheidemann, erkannte an, daß die Vorlage wertvolle Bestimmungen enthält, welche dem Schutze der deutschen Viehzucht dienen können. Aber er wies auch darauf hin, daß es sich die Regierung auch in dieser Vorlage nicht hat versagen können, in allererster Linie agrarische Sonderwünsche zu berücksichtigen, nicht aber, wie wir es verlangen müssen, die Ernährungsfrage in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen zu stellen. Zahlreiche Bestimmungen machen den Eindruck, als ob die Reichsregierung das, was den Herren Agrariern noch gefehlt hat, ihnen in diesem Gesetz hätte genehmigen wollen. Es sind in der Vorlage Bestimmungen enthalten, die das, was der Zolltarif, die Grenzsperrbestimmungen und das Gesetz, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, noch übrig gelassen haben an agrarischen Wünschen, zu erfüllen geeignet sind.

Vogelschutzgesetz.

Sehr langsam reifte die Vorlage über Abänderung des Vogelschutzgesetzes vom 22. März 1888. In dieser Session ward sie endlich Gesetz. Vorgesehen ist darin eine weitere Beschränkung des Vogelfanges und des Handels mit heimischen Vögeln. Vertreter des großen Besitzes, besonders des landwirtschaftlichen, kämpften wie die Löwen um Freigabe des Krammetsvogelfanges und des Dohnenstiegs — erfreulicherweise ohne Erfolg. Genosse Geck als Fraktionsredner trat energisch für den Schutz der Vogelwelt ein. Die Fraktion stimmte der Vorlage mit den in der Kommission getroffenen Verbesserungen zu.

Interpellationen.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte in dieser Session vier Interpellationen ein; dieselben betrafen:

die hohen Lebensmittelpreise;
die gemeinschädliche Schädigung der Kohlenpreise;
das Knappschaftskassenwesen, und
die Angriffe des Reichskanzlers auf das Wahlrecht und die Berliner Polizeiattacken.

Dazu kam noch aus der vorigen Session die Interpellation über die Schiffahrtsabgaben. In der 75. Sitzung vom 25. November 1907 wurde verhandelt über die Interpellation wegen der hohen Lebensmittelpreise. Genosse Scheidemann begründete sie, zeigte an erdrückendem Material die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise und forderte als nächste Abhülfsmittel: Beseitigung der chikanösen Bestimmungen des Gesetzes über die Fleischbeschau, die das Fleisch verteuern helfen und sofortige Suspensierung der Zölle auf Lebensmittel.

Im Auftrage des Reichskanzlers vergoß der Staatssekretär Bethmann-Hollweg einige Krokodilstränen über die Teuerung, lehnte aber unter lebhaftem Bravo der Rechten jede Aktion zur Erleichterung der Not ab.

Die Debatte, in der kein weiterer Redner unserer Fraktion zu Wort kam, ergab sonst nichts von Bedeutung.

Am 26. November erfolgte die Besprechung der Kohlennot-Interpellation; auch die Konservativen hatten eine solche Interpellation eingereicht, welche gleichzeitig verhandelt wurde. In der Begründung zeigte Genosse Molkenbuhr zahlenmäßig, welche gewaltige Preissteigerung die Kohle seit 1893 durchgemacht hat; er kennzeichnete aber auch gebührend das bekannte Spiel der Unternehmer, die „gestiegenen Löhne" der Bergarbeiter für den Kohlenwucher verantwortlich zu machen. Er unterließ endlich nicht, hervorzuheben, daß jetzt bei der Kohlennot die Konservativen, die hier Käufer sind, mit uns gehen, während sie tags zuvor als Verkäufer die hohen Lebensmittelpreise ganz in der Ordnung fanden. Graf Kanitz suchte vergeblich mit einigen Redensarten über „normale Getreidepreise" aus dieser Zwickmühle sich herauszuwinden. Im übrigen rieb er sich kräftig am Kohlensyndikat und verlangte ein Kohlenausfuhrverbot.

Namens der Regierung polemisierte der preußische Handelsminister Delbrück gegen diese Ausführungen und versicherte, daß sich nichts gegen die Syndikate tun lasse.

Die Interpellation über das Knappschaftskassenwesen wurde mit zwei anderen von christlich-sozialer und Zentrumsseite gestellten ähnliche Fragen berührenden zusammen behandelt, und zwar am 16. und 17. Januar 1908. Genosse Hue begründete unsere Interpellation und erweiterte seine Rede zu einer Generalabrechnung mit dem Zentrum, das besonders durch seine Haltung im preußischen Abgeordnetenhause schwere Schuld auf sich geladen und dort in Arbeiterfragen seine Heuchelei kraß offenbart hat. Selbstverständlich lehnte Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg eine Uebertragung der Berggesetzgebung auf das Reich ab, und zwar mit der bequemen Ausrede, daß Bergwerksangelegenheiten Landessache seien. Dafür gestand aber Bergrat Meißner, daß die preußische Regierung Geheimakten über Zustände in den Bergwerken führt, aus denen hervorgeht, daß in einigen Gruben bis zu 28 Proz. der geförderten Produkte genullt, also den Arbeitern nicht bezahlt werden. —

Die Interpellation über Bülows Angriffe auf das Reichstagswahlrecht und die damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge sind an anderer Stelle behandelt worden.

Bleibt noch die Interpellation über die drohenden Schiffahrtsabgaben. Diese kam, obwohl gleich zu Beginn der ersten Session des neugewählten Reichstages gestellt, erst am 1. April 1908 zur Behandlung. Genosse Frank gab die Begründung. Aus der Antwort des Staatssekretärs war soviel zu entnehmen, daß Preußen nicht ruhen wird, bis es die Schiffahrtsabgaben durchgesetzt hat.

Die Sitzungen vom 14., 15. und 16. April wurden gleichfalls durch Interpellationen ausgefüllt, und zwar wurde verhandelt eine Interpellation der Konservativen über den hohen Bankdiskont und eine der Polen über die preußische Polenpolitik. Von sozialdemokratischer Seite sprachen dazu die Genossen Südekum und Ledebour. Ferner wurde am 10. März eine Interpellation des bürgerlichen Großblocks über die Gehaltsaufbesserung der Beamten erledigt, zu welcher namens der Sozialdemokratie Genosse Singer sprach.

Initiativanträge.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte am 23. November 1907, dem zweiten Sitzungstage der Session, drei neue Anträge ein, und zwar:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen, durch den die Steuer auf Eisenbahnfahrkarten gänzlich aufgehoben wird, und
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage gänzlich verboten wird, und
3. den Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verhältnisse der für industrielle Großbetriebe errichteten Pensionskassen nach näher angegebenen Grundsätzen für das ganze Reich einheitlich geregelt wird.

Sowohl von diesen als von den zahlreichen, dem Reichstag noch vorliegenden Anträgen unserer Fraktion kam keiner zur Verhandlung, die „Schwerinstage" wurden auch in dieser Session nicht eingehalten. Es wurde nur ein Mittelstandsantrag des Zentrums, zu dem die Genossen Schmidt-Berlin, Brühne und Albrecht sprachen (67., 68. und 74. Sitzung), ein konservativer Antrag über die Pensions- und Hinterbliebenenversorgung der Privatbeamten, zu dem unsererseits Schmidt-Berlin und Lehmann Stellung nahmen (74. und 99. Sitzung) und ein nationalliberaler Antrag über Regelung des Automobilverkehrs verhandelt (99. Sitzung). Zu letzteren sprach Ledebour für die Fraktion.

Petitionen.

Ebenso stiefmütterlich wie die Initiativanträge kamen die Petitionen weg. Zwei Sitzungstage wurden ihnen gewidmet, der 22. November und der 28. April. Eine kaum übersehbare Reihe Petitionen liegt verhandlungsbereit vor, wann sie aber erledigt werden, das ist nicht abzusehen. Die Fraktion stellte zahlreiche Abänderungsanträge gegenüber den Anträgen der Petitionskommission und beteiligte sich sehr stark an der Besprechung der Petitionen.

Wahlprüfungen.

Zwei Sitzungen waren auch den Wahlprüfungen gewidmet (26. Februar und 6. Mai). Die Wahlprüfungen sind schon seit 1903 einfache Machtproben geworden; die alten von der Wahlprüfungskommission in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit aufgestellten Rechtsgrundsätze wurden kurzerhand über den Haufen geworfen, sie taugen nicht, wenn man so weit ist, daß man die Sozialdemokratie nur noch durch willkürliche Kassierung ihrer Mandate bekämpfen kann. Die Blockmehrheit ist noch skrupelloser als die Mehrheit im alten Reichstag; selbstverständlich gibt es für sie keine Rechtsschranken — nicht einmal Schranken des Anstandes! Nur mußte sie ihre Macht bisher wesentlich ausüben, um eigene zweifelhafte Mandate zu erhalten. Nachdem das mit Ueberwindung alles Schamgefühls in der verflossenen Session so gut gelungen ist, geht die Blockmehrheit vielleicht in der nächsten Session daran, einige Mandate der Gegner zu kassieren. Der Wille hierzu ist schon sehr nachdrücklich zutage getreten.

Die Wahlprüfungsdebatten der letzten Session waren besonders für den Freisinn schmählich und blamabel. Am 26. Februar war u. a. zu entscheiden über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Enders-Sonneberg. Die Kommission beantragte Beweiserhebungen, wollte aber über eine der wichtigsten Protestbehauptungen: daß Bürgermeister unter Hervorhebung ihres Amtstitels für Enders agitiert haben, keinen Beweis erheben, da das „ganz belanglos" sei.

Das ist ein Bruch mit dem seit 30 Jahren in Uebung befindlichen Brauch, jede unter amtlichen Einfluß vollzogene Wahl zu kassieren. Vom Genossen Fischer-Berlin wurde dies Verfahren gebührend beleuchtet, es kam zu scharfen Zusammenstößen mit dem Freisinn, und schließlich wurde, unterstützt durch einen gewalttätigen Akt des freisinnigen Präsidenten Kämpf, der Wille des Blocks durchgesetzt.

Zu einer zweiten außergewöhnlich scharfen Auseinandersetzung kam es in der Sitzung vom 6. Mai gelegentlich der Beschlußfassung über die Wahl des Abg. Eickhoff. Es ist allgemein bekannt, welche Mittel angewandt wurden, diesen freisinnigen Professor gegen unseren verstorbenen Genossen Karl Meist in Lennep-Remscheid-Mettmann durchzudrücken. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Flottenverein mit Keim an der Spitze und die „Wilhelmstraße" in Berlin bemühten sich gemeinsam, diese verwandte Seele für den Block zu retten. Die geradezu unerhörten Vorgänge bei der Wahl Eickhoffs veranlaßten unsere Fraktion, Beweiserhebungen zu beantragen, welchen Anträgen sich das Zentrum anschloß. Auch hier war Genosse Fischer Fraktionsredner. Der im Laufe der Zeit die heftigsten Formen annehmende Kampf währte 8½ Stunden, die Blamage des Freisinns war riesengroß. Als aber endlich die Wahl Eickhoffs mit 147 gegen 143 Stimmen für gültig erklärt war, setzte sich dieser lächelnd auf seinen Platz und half andere Wahlen nach Blockmanier — prüfen. Aus Rache für die erlittene moralische Niederlage beantragten nämlich nunmehr die Freisinnigen, die Beweiserhebungen über die Wahlen unserer Genossen Schwarz-Lübeck und Böhle-Straßburg auszudehnen. Für den zweiten Antrag stimmte die Fraktion ohne Bedenken, den ersten lehnte sie ab, da selbst, wenn alle Behauptungen als wahr unterstellt wurden, noch eine Mehrheit für Genossen Schwarz blieb. Der Block drückte indessen seinen Willen durch.

Die sonstigen Wahlprüfungen verliefen ruhiger. Bisher wurde kein Mandat für ungültig erklärt, der Abg. Schwabach legte, um dem zuvorzukommen, sein auf äußerst anfechtbare Weise erworbenes Mandat nieder.

* * *

Wir sind am Schlusse des Berichts. Wie aus der gedrängten Darstellung der 6½monatigen Arbeit des Reichstags hervorgeht, dürfte die Fraktion das Zugeständnis beanspruchen können, daß sie voll ihre Schuldigkeit getan hat — ihre Schuldigkeit unter wesentlich veränderten, aber nicht besseren Verhältnissen wie früher. Das Niveau der Reichstagsverhandlungen ist unter dem Block stark gesunken, auf dem linken Flügel des Blocks die Charakterlosigkeit in höchster Potenz, auf dem rechten Flügel die armselige Methode skrupellosen Verleumdens nach der Anleitung des berüchtigten Reichsverbandes zur Virtuosität ausgebildet. Selbst Politiker, die ernst genommen sein wollen, nehmen bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie ihre Zuflucht zu dem „Material" jenes Verbandes.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich durch den verschärften Kampf nicht beirren lassen, in der durch unser Programm gegebenen grundsätzlichen und rücksichtslosen Weise die Interessen des Volkes zu vertreten. Kampf stählt die Kraft! Und die Bahn, die die Fraktion, unbekümmert um das Verhalten unserer Gegner, bisher gewandelt ist, wird sie auch weiter verfolgen.

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Kassel: Bei Punkt 3 der Tagesordnung (Parlamentarischer Bericht) die Frage der Budgetbewilligung in den bundesstaatlichen Landtagen erneut zu erörtern.

2. Berlin IV und Driesen: Der Parteitag wolle den Punkt: „Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung setzen.

3. Genosse Ritter-Berlin III: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse".

4. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg beantragt, auf die Tagesordnung des Nürnberger Parteitags als besonderen Punkt zu setzen: „Die auswärtige Politik und die Sozialdemokratie".

5. Berlin IV: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die gegenwärtige Kriegshetze in Deutschland."

Partei und Gewerkschaften.

6. Parteivorstand und Kontrollkommission:

Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der lokalistischen Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmäht.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben,

erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

7. Dortmund: Mitglied in der Partei kann nicht sein, wer einer anderen als der freien Gewerkschaft angehört.

Agitation.

8. Weimar III: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, alsbald die Herausgabe von kurzen Leitfäden der Geschichte der einzelnen bürgerlichen Parteien herauszugeben. Diese Leitfäden sollen jede Partei getrennt behandeln, deren Programme enthalten, sowie deren Stellung zu den wichtigsten Gesetzesvorlagen kurz präzisieren.

9. Fürth: Der Parteivorstand möge ein zur Agitation unter den Frauen geeignetes Flugblatt herausgeben, welches in ganz Deutschland zur Verteilung gelangen soll.

10. Dortmund: Die antimilitaristische Propaganda, sowie die Idee des Generalstreiks ist energischer zu betreiben.

11. Darmstadt: Der Parteitag in Nürnberg wolle beschließen, eine Anzahl mit den ländlichen Verhältnissen praktisch vertrauter Genossen anzustellen, die auf dem Lande praktische und agitatorische Tätigkeit zu entfalten haben. Ihre Erfahrungen sind durch den Parteivorstand in Berlin in Flugblatt- oder Broschürenform der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

12. Frankfurt a. M.: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. beantragt, der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften bereits vor Beginn der Reichstagsverhandlungen über die sog. große Gewerbenovelle eine umfassende Partei- und Gewerkschaftsagitation in die Wege zu leiten, welche auf die Erringung des gesetzlichen Neunstundentages für Männer und Frauen mit Uebergangsbestimmungen zur allmählichen Einführung des Achtstundentages durch das neue Gesetz abzielt und für gesundheitsgefährliche Industrien noch kürzere gesetzliche Arbeitszeiten fordert.

Organisation.

Eine Anzahl Anträge, die die Anfertigung einheitlicher Mitgliedsbücher beantragen, sind nicht mit abgedruckt, weil der Antrag bereits vom Parteitage in Essen angenommen und solche Mitgliedsbücher angefertigt sind. Die Einführung dieser Mitgliedsbücher ist aber Angelegenheit der verschiedenen Organisationen.

13. Lübeck: In Zukunft sind vor sehr wichtigen Aktionen und Vereinbarungen, die von der Haupt-Parteileitung getroffen werden sollen, die Vorstände resp. Vorsitzenden der Landesorganisationen oder Agitationskomitees zu einer Konferenz zusammenzuberufen; mindestens muß jedoch ihre Ansicht eingeholt werden.

14. Agitationskomitee für den 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis: Dem Parteivorstand wird empfohlen, bei wichtigen, die Gesamtpartei betreffenden Fragen die Vorsitzenden der Landes bezw. Bezirkskomitees vorher gutachtlich zu hören oder sie zu einer Besprechung zusammenzuberufen.

15. Solingen: Einheitliche Beiträge für ganz Deutschland einzuführen.

16. Frankfurt a. M. Nach dem Vorbild des Bremer Parteitages wählt der Parteitag eine Organisationskommission, die aus Vertretern der einzelnen Landesteile zusammengesetzt ist und den Auftrag erhält, eine Revision des Organisationsstatuts der Partei vorzunehmen und rechtzeitig vor dem nächstjährigen Parteitag den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts zu veröffentlichen.

Bei der Revision ist u. a. zu berücksichtigen: die endgültige Regelung der Frauen- und der Jugendorganisation, die Aenderung des Schiedsgerichts-

verfahrens, der Wahlmodus zu den Parteitagen eventuell die Einführung des Proportionalwahlverfahrens, die Festsetzung eines einheitlichen Geschäftsjahres für alle Orts-Wahlkreis- und Bezirksorganisationen und die Anpassung des Geschäftsjahres der Gesamtpartei an dasselbe.

17. Berlin VI: Dem § 11 des Statuts folgende Fassung zugeben:

§ 11. Der Parteitag usw.:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Maßgabe, daß Kreise, welche bis zu 5000 Mitglieder haben, durch drei, auf je weitere 5000 Mitglieder noch je einen Delegierten mehr vertreten sind.
2. Mitglieder der Fraktion.
3. Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder usw.

18. Siebenter sächsischer Wahlkreis (Meißen): Der Parteivorstand erhält den Auftrag, alljährlich ein Adressenverzeichnis der Vorsitzenden der Kreisorganisationen oder Kreisvertrauensleute herauszugeben. Diese Verzeichnisse sind den Leitern der Kreisorganisationen in gewünschter Anzahl zur Verfügung zu stellen.

19. Lechhausen: § 11 Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern:

1. Die Delegiertenwahlen zu den Parteitagen sind nach Reichstagswahlkreisen, nicht wie bisher nach Ortsvereinen vorzunehmen.
2. Auf 1000 Mitglieder soll ein Delegierter kommen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis mehr als drei Delegierte entsenden kann.
2. Hat ein Wahlkreis weniger als 1000 Mitglieder, ist selbem der nächstgelegene Wahlkreis anzufügen.
3. Die Kandidaten werden in einer Wahlkreiskonferenz aufgestellt und sind, wenn in einem Wahlkreise drei Delegierte zu wählen sind, sechs Kandidaten aufzustellen usw.
4. Die Delegationskosten trägt der oder die betreffenden Wahlkreise.
5. Die Tagesdiäten sind von dem Parteitage festzusetzen; Reisediäten bestimmt der betreffende Wahlkreis.

20. Westliches Westfalen: Für alle Parteiorganisationen der einzelnen Wahlkreise, sowohl der Bezirksverbände als auch der Gesamtpartei ist das Geschäftsjahr das Kalenderjahr, also die Zeit vom 1. Januar bis ultimo Dezember.

Frauenorganisation.

21. Vereinbarung des Parteivorstandes mit den Genossinnen:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortleben besonderer Frauen-Bildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.
4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.
5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.
6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierung der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

22. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Berlin IV: Im Organisationsstatut der Gesamtpartei ist im § 11 Absatz 1 der zweite Satz zu streichen.

23. Teltow-Beeskow: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um eine weibliche Sekretärin zu vermehren.

24. Hamburg II und III: Die Institution der weiblichen Vertrauensperson ist aufzuheben, dafür ist der Parteivorstand um eine resp. zwei Personen zu verstärken. Unter den Mitgliedern des Parteivorstandes muß ein weibliches Mitglied sein, die die Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen zu betreiben hat.

25. Hanau-Gelnhausen: Den Beitrag für die weiblichen Mitglieder auf die Hälfte der allgemeinen Mitgliedsbeiträge festzusetzen, ferner die „Gleichheit" an die weiblichen Mitglieder gratis abzugeben. Von dem verbleibenden Teil dieser Beiträge ist nichts an die Zentralkassen abzuführen, sondern es soll der ganze Beitrag möglichst für die Agitation unter den Frauen verwandt werden.

Jugendorganisation.

26. Parteivorstand und Kontrollkommission:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die von der Blockmehrheit des Reichstages beantragte und beschlossene politische Entrechtung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den rückständigen Reichsvereinsgesetzentwurf des Bundesrats noch reaktionärer gestaltet hat.

Der Parteitag hält daran fest, daß die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse ist.

Zur Lösung dieser Aufgabe verpflichtet der Parteitag die Organisationen Vorsorge zu treffen, damit die Arbeiterjugend im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung für den Klassenkampf erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftlichen Tätigkeit umfassen. Daneben ist durch Veranstaltungen ernsten und heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen und durch Sport und Spiel der Jugend Gelegenheit zur Sammlung zu geben.

Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisation erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten „Kommissionen für die Jugendagitation" zu bilden.

Die Kommissionen für die Jugendagitation werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertretern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet. Zur Förderung der Agitation unter den jugendlichen Arbeiterinnen soll unter den Vertretern der Parteiorganisation mindestens eine Genossin sein.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Kommissionen für die Jugendagitation haben dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftskartelle Lehrlingsschutzkommissionen bilden.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines besonderen Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bezw. politischen Organisationen.

27. Weimar III: Die Regelung der Jugendorganisation erfolgt in der Weise, daß die Selbständigkeit der Jugendvereinigungen gewahrt bleibt. Die zum Schutze der Jugend und zur Ausbildung derselben zu schaffenden Ausschüsse sollen mit der Jugendorganisation zusammenarbeiten, soweit dieses unter dem neuen Vereinsgesetz möglich ist.

28. Solingen: Nachdem durch das neue Reichsvereinsgesetz eine einheitliche Norm für die Jugendorganisationen geschaffen worden ist, empfiehlt der Parteitag den Genossen allerorts, dieselben mehr wie bisher zu unterstützen. In der Form ist die feste Organisation der losen vorzuziehen. Die Leitung der Organisation und die Verwaltung der Geschäfte sollen die Jugendlichen selbst besorgen, jedoch soll denselben ein Beirat von erfahrenen Genossen zur Seite gestellt werden. In diesem Sinne möge man die Form der norddeutschen Jugendorganisation auf ganz Deutschland übertragen.

29. Dreizehnter sächsischer Reichstagswahlkreis: Zum Zwecke der Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung sind allerorts Jugendbildungsvereine ohne Trennung nach Berufen zu gründen. — Die Jugend ist im weitesten Maße zur Mitarbeit an der Verwaltung und zum Ausbau der Vereine heranzuziehen. — Die politischen Organisationen sind verpflichtet, im Einverständnis mit den Gewerkschaften, die Bestrebungen der Jugendvereine durch finanzielle Unterstützung und tätige Mithilfe zu fördern. Zu diesem Zwecke sind die Jugendorganisationen an besondere, von erfahrenen Gewerkschafts- und Parteigenossen gebildete Kommissionen, Bildungsausschüsse usw. anzugliedern, in denen sie durch Delegierte zu vertreten sind. Der Zentralbildungsausschuß der Partei hat die Jugendbildungsbestrebungen durch geeignete Maßregeln zu fördern. Die Herausgabe einer Jugendzeitung für alle Jugendvereinigungen unter Wegfall der bisher erscheinenden Jugendzeitungen ist vom Parteivorstand in die Wege zu leiten.

30. Potsdam-Spandau:

Resolution.

Die Leistungen der bisherigen Jugendorganisationen sind bei den heftigen Verfolgungen, denen sie begegneten, und bei der geringen Unterstützung, die sie bisher vielfach gefunden haben, befriedigend; sie sind bei allseitiger freudiger Förderung, auch durch die Gewerkschaften, die anzustreben ist, im hohen Maße steigerungsfähig.

Die Frage der Form und der Aufgaben der Jugendorganisationen war für die Partei bisher erledigt; und zwar im Sinne der Selbständigkeit — die mit Zersplitterung nichts zu tun hat — und, wo angängig, des politischen Charakters.

Durch Erlaß des Vereinsgesetzes ist diese Frage wieder aufgerollt; aber nur die Frage: welche Aenderungen sind durch die veränderte Rechtslage nötig geworden, insbesondere: sind selbständige Jugendorganisationen hinfort noch möglich, nicht aber die Frage, ob sie, wenn möglich, noch nötig sind, was bereits aus wohlerwogenen Gründen, von den Beschlüssen der internationalen Kongresse 1900 und 1907 abgesehen, durch Beschluß des Mannheimer Parteitages 1906 bejahend entschieden ist.

Da nun für Norddeutschland (besonders Preußen und Sachsen) keine hier wesentliche Aenderung im gesetzlichen Zustande eingetreten ist, so ergibt sich die Konsequenz, daß kein Anlaß vorliegt, die norddeutschen Organisationen zu zerstören oder die Haltung der Partei zu ihnen zu revidieren. Es ist die Ausdehnung der norddeutschen Organisationsform auf ganz Deutschland zu empfehlen.

Diese Organisationsform hindert weder die gewerkschaftliche Organisation der Jugend noch die Einsetzung von besonderen Komitees für die politische Propaganda unter der Jugend, sondern öffnet ihr den Raum. Die Arbeitsteilung ergibt sich bei allseitigem guten Willen von selbst.

Die selbständigen Jugendorganisationen werden einer gewissen Kontrolle und Oberaufsicht durch erfahrene ältere Personen wie schon bisher auch künftig nicht entraten können, noch wollen; doch muß diese Kontrolle und Oberleitung mit Takt geführt werden.

Unbedingt festzuhalten ist:

1. die fernere Zulassung der im angegebenen Sinne selbständigen Organisationen;

2. gütliche Verständigung mit den bestehenden, von der Partei geduldeten und geförderten Organisationen über die etwaigen Aenderungen; keine Vergewaltigungen.

Eine Beratung der Jugendorganisationsfrage auf dem Parteitage ist aus taktischen Gründen zu vermeiden.

Mit der Beratung der nach obigem geeigneten Maßnahmen und der Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Beteiligten auch über die Zeitungsfrage wird der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission und dem Bildungsausschuß beauftragt.

31. Delmenhorst: Der Parteitag erkennt an, daß die Erziehung der arbeitenden Jugend zum Sozialismus nur das Werk besonderer Jugendorganisationen sein kann. Der Parteitag beschließt, den bestehenden Jugendorganisationen die weitgehendste Unterstützung angedeihen zu lassen.

32. Köln-Stadt und Köln-Land: Der Parteitag erhebt Protest gegen die von der Blockmehrheit des Reichstages beschlossene politische Entrechtung der proletarischen Jugend. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend vom Anschluß an die sozialistische Arbeiterbewegung abzuhalten, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen. Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Zur Gründung und Förderung dieser Jugendorganisationen können an jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaft, des Bildungs-

ausschusses und der Jugend zusammensetzen. Um die Arbeit der Komitees einheitlich zu gestalten, ist ein Zentralkomitee über ganz Deutschland zu errichten, das sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und Praktikern der Jugendbewegung zusammensetzt.

33. Stettin: Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Stettin empfiehlt dem Parteitag in Nürnberg, der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses beizutreten.

34. Teltow-Beeskow: Der Parteitag erhebt flammenden Protest gegen die von der Blockmehrheit des Reichstags beschlossene politische Entrechtung der proletarischen Jugend. Bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes hat sich die Verkommenheit des Freisinns abermals gezeigt, der mithalf, das Gesetz reaktionärer zu gestalten, als die Regierung vorgeschlagen hatte, und der mitwirkte, die Kritik der Sozialdemokratie an dem Gesetzentwurf gewaltsam einzuschränken. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Unter Beobachtung des Gesetzes sind überall Jugendorganisationen zu bilden und tatkräftiger als bisher zu unterstützen, jedoch muß die Selbständigkeit dieser Organisationen gewahrt bleiben. Die zu schaffenden Ausschüsse für Jugendschutz und Bildung sollen mit den Jugendorganisationen Hand in Hand arbeiten, soweit das Vereinsgesetz dies gestattet. Um die speziell politische Aufklärung der Jugend zu betreiben, können in jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gewerkschaften, der Parteiorganisationen, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen.

35. Berlin II, III und VI: Der Parteitag erhebt Protest gegen die von der Blockmehrheit des Reichstages beschlossene politische Entrechtung der proletarischen Jugend. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei im stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Der Parteitag sieht in der Betätigung der schulentlassenen Jugend in selbständigen unpolitischen Organisationen ein erfreuliches Zeichen des bei der heranwachsenden Generation erwachenden Tätigkeitsdranges, sowie ihres Freiheits- und Solidaritätsgefühls. Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen in Verbindung mit der Aufklärungsarbeit durch eigene Organisation der Jugend sind geeignete Mittel zur Heranbildung von tüchtigen Kämpfern für die moderne Arbeiterbewegung.

Unter Aufrechterhaltung der Beschlüsse von Mannheim und Essen verpflichtet der Parteitag die Genossen in allen Orten, die Jugendbewegung nach Kräften zu unterstützen.

Die Selbständigkeit der Jugendorganisationen bleibt gewahrt, jedoch ist es ratsam, daß örtliche Komitees, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften zusammensetzen, den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen unter der proletarischen Jugend wird ein Zentralkomitee für Deutschland eingesetzt, das sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und Praktikern der Jugendorganisation zusammensetzt.

An Orten wo selbständige Jugendorganisationen nicht bestehen, werden Komitees für die Agitation unter der Jugend gebildet. Dem Zentralkomitee wird die Herausgabe einer Jugendschrift übertragen.

36. Dortmund: Der Parteitag erhebt flammenden Protest gegen die von der Blockmehrheit des Reichstages beschlossene politische Entrechtung der proletarischen Jugend.

Bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes hat sich die Verkommenheit des Freisinns abermals gezeigt, der mithalf, das Gesetz reaktionärer zu gestalten, als die Regierung vorgeschlagen hatte, und der mitwirkte, die Kritik der Sozialdemokratie an dem Gesetzentwurf gewaltsam einzuschränken.

Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Unter Beobachtung des Gesetzes sind überall Jugendorganisationen zu bilden und tatkräftiger zu unterstützen, als bisher. Um die speziell politische Aufklärung der Jugend zu betreiben, können an jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gewerkschaften, den Parteiorganisationen, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen. Um die Arbeit des Komitees einheitlich zu gestalten, ist ein Zentralkomitee über Deutschland zu errichten, das sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, des Bildungsausschusses, der Generalkommission und Praktikern der Jugendorganisationsbewegung zusammensetzt.

37. München I und II: Die Frage der Jugendorganisationen ist in einer aus Mitgliedern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und aus Vertretern bestehender Jugendorganisationen gebildeten Kommission zu regeln.

Als prinzipielle einheitliche Grundlage neuzugründender Jugendorganisationen haben Jugend-Arbeiterbildungsvereine zu gelten, die unter Oberaufsicht älterer Personen unter weitgehender Selbstverwaltung durch die Jugendlichen geleitet werden.

Von den bestehenden Jugendorganisationen wird erwartet, daß sie eine Umwandlung ihrer Grundlage in diesem Sinne vornehmen.

38. Frankfurt a. M.: In Uebereinstimmung mit den Münchener Genossen erklärt die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M., daß schon vor dem Parteitag eine Beratung von Parteivorstand, Generalkommission, Bildungsausschuß und Delegierten der bestehenden Arbeiterjugendorganisation wünschenswert erscheint, welche dem Parteitag eine Vorlage zur einheitlichen Regelung der Jugendorganisation durch ganz Deutschland macht.

Zur Beförderung der körperlichen Uebungen in der künftigen Jugendorganisation wird der engere Anschluß an die Arbeiterturnvereine bezw. die Zuweisung der organisierten jugendlichen Arbeiter an die Jugendriegen der Arbeiterturnvereine empfohlen.

39. Halle a. S.: Der Parteitag wolle Mittel und Wege suchen, die proletarische Jugend zu organisieren resp. dieselbe für den proletarischen Klassenkampf vorzubereiten.

40. Königsberg i. Pr.: Gemäß dem Mannheimer Parteitagsbeschluß werden die Parteigenossen aufgefordert, Gründung und Ausbau von unpolitischen

Jugendorganisationen zu fördern, welche Weiterbildung, Pflege geselliger Unterhaltung und die im Einverständnis mit den zuständigen Gewerkschaften zu bewirkende wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterjugend zur Aufgabe haben sollen. In Parteiorten, wo solche Organisationen nicht bestehen können, soll ein in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann der Arbeiterjugend im Einverständnis mit dem örtlichen Bildungsausschuß und Gewerkschaftskartell die Jugendbewegung leiten. Die Verpflichtung der über 18 Jahre alten Arbeiter, sich politisch, und der jugendlichen Arbeiter, sich nach Möglichkeit gewerkschaftlich zu organisieren, bleibt unverändert bestehen.

41. Siebenter schleswig-holsteinischer Reichstagswahlkreis: Die am 16. August in Preetz tagende Generalversammlung des siebenten schleswig-holsteinischen Wahlkreises hält die Betätigung der schulentlassenen Jugend in den freien Jugendorganisationen für eine Notwendigkeit. Sie bedauert deshalb den Beschluß des Gewerkschaftskongresses, durch den die Zukunft der freien Jugendorganisationen in Frage gestellt ist. Sie erwartet vom Nürnberger Parteitag, daß er der Auffassung des Gewerkschaftskongresses nicht beitritt, sondern unter Aufrechterhaltung der Beschlüsse des Mannheimer und Essener Parteitages den freien Jugendorganisationen volle Bewegungsfreiheit läßt. Die Versammlung erwartet ferner, daß die Partei für die planmäßige Erziehung der proletarischen Jugend zum Klassenbewußtsein und zur sozialistischen Weltanschauung nach Kräften bemüht ist.

42. Stralsund-Franzburg-Rügen. Die Jugendorganisation möge in der Weise geregelt werden, daß die Unabhängigkeit der Jugendvereinigungen erhalten bleibt. Die zu schaffenden Organe für Jugendschutz und Bildungspflege sollen mit den Jugendorganisationen Hand in Hand arbeiten, soweit das Vereinsgesetz dies gestattet.

43. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg: Der Parteitag möge seine Meinung dahin aussprechen, daß er zum Zwecke der Jugendbildung zwar die Gründung von Jugendorganisationen nicht für unbedingt erforderlich hält, daß jedoch das Hand in Handarbeiten der durch die Hamburger Resolution vorgesehenen Ausschüsse mit den bestehenden oder noch zu gründenden unpolitischen Jugendvereinen wünschenswert sei. Des weiteren wird die Herausgabe einer Jugendzeitschrift für notwendig erachtet.

44. Frankfurt a. M.: Zur Jugendorganisation ist der lose Zusammenschluß durch Bildungs- und Erholungs-Veranstaltungen nicht als ausreichend zu erachten, sondern vielmehr die Schaffung fester Mitgliedschaften der Jugendlichen unter Anlehnung an Bildungsausschüsse oder Jugendkommissionen der Partei und der Gewerkschaften in die Wege zu leiten.

45. Dortmund: Die Generalversammlung erklärt die Gründung und Förderung selbständiger Jugendorganisationen unter Mitwirkung erfahrener Genossen für eine Hauptaufgabe der Partei, und erwartet, daß der Parteitag in diesem Sinne zu der Jugendfrage Stellung nimmt.

46. Berlin I: Der Parteitag zu Nürnberg wolle sich für die einheitliche Organisation der Jugendlichen beider Geschlechter in selbständigen Jugend-Organisationen unter Kontrolle befähigter erwachsener Genossen aussprechen.

47. Elberfeld-Barmen: Durch das neue Reichsvereinsgesetz ist eine einheitliche Norm für die Jugendbewegung geschaffen, deshalb haben die Genossen die Jugend allerwärts zu unterstützen. Die Leitung und Verwaltung ist den Jugendlichen zu überlassen, jedoch soll denselben ein Beirat von alten erfahrenen Genossen zur Seite gestellt werden.

48. Stuttgart: Der Parteitag hält in Befolgung des Mannheimer Parteitagsbeschlusses das Bestehen von selbständigen unpolitischen Jugendorganisationen nach wie vor im Interesse der proletarischen Jugend für nötig, und empfiehlt den Parteigenossen, sie nach Kräften zu unterstützen.

49. Nieder-Barnim: Unbeschadet der von den Gewerkschaften für erforderlich erachteten beruflichen Organisation und Ausbildung der der Jugend erklärt der Parteitag:

Den Jugendlichen bleibt es unbenommen, sich zu Bildungszwecken politisch neutral selbständig zu organisieren.

Um die Jugend aber auch mit den Aufgaben und Zielen der modernen Arbeiter vertraut zu machen, haben die örtlichen Parteileitungen Komitees einzusetzen, die durch entsprechende Veranstaltungen in diesem Sinne wirken sollen. Diesen Komitees sollen auch junge Genossen angehören.

50. Berlin IV: Der Parteitag spricht den selbständigen proletarischen Jugendorganisationen seine volle Sympathie aus und verpflichtet die Parteigenossen allerorts, unter strenger Beachtung des Vereinsgesetzes freie Jugendorganisationen nach norddeutschem Muster zu bilden und ihre Entwickelung tatkräftigst zu fördern.

Parteischule.

51. Vierter badischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag tritt dafür ein, daß bei Anmeldungen an die Parteischule in Berlin Schüler aus Südwestdeutschland (Ober-Elsaß, Oberbaden) in anbetracht des großen zu bearbeitenden Gebietes mehr als bisher berücksichtigt werden sollen, da dort ein großes Gebiet zu bearbeiten ist.

Bildungsausschuß.

52. Genosse W. Weißheimer und der 4. badische Reichstagswahlkreis: Behufs engerer Verbindung zwischen Partei und Kunst:

1. Wahl eines Partei-Kunstausschusses, bestehend aus drei literarischen und drei musikalischen Sachverständigen. Dieselben haben dichterische und musikalische Erzeugnisse aus Genossenkreisen zu prüfen und zur Veröffentlichung auszuwählen, desgleichen für würdig befundene dramatische Bühnenwerke mit oder ohne Musik denjenigen Bühnenleitern, welche unserer Partei nicht feindlich gegenüberstehen, zur Aufführung zu empfehlen.

2. Dieser sechsgliedrige Kunstausschuß der Partei wird mit der Prüfungskommission des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes vereinigt.

3. Regelung des musikalischen Teiles bei Eröffnung unserer Parteitage durch den Kunstausschuß: Vortrag von Massenchören, deren einheitliche Einübung durch einen hervorragenden Dirigenten des Arbeiter-Sängerbundes zu geschehen hat.

53. Stuttgart: Der Parteitag beauftragt den Bildungsausschuß, die Herausgabe einer sozialistischen Jugendzeitung in die Wege zu leiten.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

Presse und Literatur.

54. München I und II: In Ausführung wiederholt gefaßter Parteitagsbeschlüsse ist entsprechend der zum Referate „Volkserziehung und Sozialdemokratie" auf dem Mannheimer Parteitage angenommenen Resolution vom Bildungsausschuß baldigst ein Jugendorgan herauszugeben.

55. Fünfzehnter sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Ausstattung der Maifest-Zeitung in bildlicher Beziehung eine bessere und der Maifeier würdigere werde.

56. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, welche zu prüfen hat, inwieweit unsere Parteigeschäfte aller Art eine richtige geschäftliche Organisation haben, und hat diese Kommission dem Parteivorstande eventuelle Abänderungsvorschläge zu machen.

57. Augsburg: Der Parteitag wolle die Vorbedingungen schaffen, wonach die „Gleichheit" an die politisch organisierten Frauen der sozialdemokratischen Vereine obligatorisch verabreicht werden kann, und zwar unentgeltlich oder doch zu einem ganz geringen Bezugspreise.

58. Pinneberg und Bant: Der Parteivorstand möge dahin wirken, daß die „Neue Zeit" verbilligt wird, damit dieselbe in weitere Kreise wie bisher Eingang findet.

59. Genosse Haas in Freiburg i. Br.: 1. Verhandlungen anzubahnen, die es ermöglichen, die „Neue Zeit" und die „Sozialistischen Monatshefte" in eine Verschmelzung eintreten zu lassen. Der Titel „Neue Zeit" und ihre wöchentliche Erscheinungsperiode kann beibehalten werden, aber einer volkstümlicheren Sprache und billigerem Preise entsprechend als bisher. 2. Den Parteitag zu ersuchen, den „Vorwärts" zu einem billigeren Preise auszugeben als bisher und die in einer Zeitung geläufigsten Fremdworte abwechselnd unter besonderer Rubrik in Verdeutschung wiederzugeben.

60. Die Saarstädte: Den Parteibuchhandlungen und Kolporteuren wird es untersagt, Porträts lebender Parteigenossen, sei es als Bild oder als Ansichtspostkarte, im öffentlichen Handel zu verkaufen.

61. Halle a. S. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mehr Aufmerksamkeit auf die Inserate der Parteipresse zu verwenden, da die Aufnahme aller Schwindel- und fragwürdigen Inserate einem sozialdemokratischen Blatte zur Unehre gereicht.

62. Sechster hannoverscher Reichstagswahlkreis: Der Parteitag walle beschließen, daß eine Verbilligung der Parteischriften stattfindet.

63. Lübeck: Der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

64. Sechster württembergischer Reichstagswahlkreis: 1. Der Parteivorstand wird beauftragt, daß künftig Broschüren und Gesetzesausgaben (z. B. das Vereinsgesetz), welche den in der Agitation tätigen Genossen unentbehrlich sind, diesen möglichst unentgeltlich überlassen werden. 2. Die Parteiliteratur, insbesondere die zur Agitation bestimmten Broschüren sollen verbilligt werden.

65. Breslau: Die Zeitschriften und Agitationsbroschüren der Partei sind auf besserem, haltbarem Papier und zu billigeren Preisen erscheinen zu lassen. Eine zu diesem Zwecke zu veranstaltende Konferenz der Parteidrucker, Verleger und Buchhändler soll die Angelegenheit ernstlich in die Hand nehmen.

66. Frankfurt a. M.: Auf Grund der Tatsache, daß die „Buchhandlung Vorwärts" an die Parteibuchhandlungen im Lande nicht in Kommission liefert, so daß dieselben Neuerscheinungen, die von den Parteigenossen verlangt werden, auf eigenes Risiko auf Lager bestellen müssen, daß aber andererseits die „Buchhandlung Vorwärts" in vielen Fällen solche Neuerscheinungen nach kurzer Zeit den Gewerkschaftsorganisationen zu demselben und teils gar noch billigerem Preise als den Parteibuchhandlungen offeriert, so daß die Lagerbestände der letzteren unverkauft bleiben, wird der Parteivorstand beauftragt, im Geschäftsgebaren der „Buchhandlung Vorwärts" eine Aenderung zu veranlassen, durch die ohne Beeinträchtigung des Literaturabsatzes eine Schädigung der Parteibuchhandlungen im Lande vermieden wird.

67. Passau: 1. Der „Vorwärts" ist den Berliner Genossen als örtliches Organ zu belassen.

2. Es ist ein eigenes Zentralorgan zu schaffen, das die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse genau verfolgt, und auch Differenzen in der Partei selbst ruhig und objektiv, ohne jede persönliche Spitze zu besprechen weiß.

68. Passau: 1. Die zum Binden gehörende Nummer der „Parteikorrespondenz" ist zu belassen.

2. Die zur Agitation gehörende ist von jetzt ab in Agitationsblättern herauszugeben, wie dies von Seite des Metallarbeiterverbandes an seine Agitatoren zur gewerkschaftlichen Agitation geschieht.

3. Zur Sichtung derselben sind Hefter herauszugeben mit entsprechendem Aufdruck, die zum billigen Preise abgegeben werden können.

Parlamentarisches.

a) Reichstag.

69. Hamburg III, Distrikt Eilbeck:

Der Parteitag erklärt sich in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Parteitages zu München 1902 — für die staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung. Er unterstützt daher auch die diesbezüglichen Bestrebungen der Privatangestellten aufs nachdrücklichste. Der Parteitag betrachtet es als eine unerläßliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die staatliche Versicherung in einer Weise organisiert wird, die nicht eine Benachteiligung bestimmter Gruppen der Lohnarbeiterschaft in sich schließt.

Der Parteitag protestiert daher gegen den in der Denkschrift, betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten, vom Reichsamt des Innern geäußerten Plan, die Arbeiterschaft von einer angemessenen Verbesserung der staatlichen Versicherung auszuschließen und sie lediglich den Privatangestellten zu gute kommen zu lassen. Die Leistungen des heutigen Invalidenversicherungsgesetzes sind so unzureichend, daß davon der Arbeiter ebensowenig existieren kann als der Privatangestellte.

Eine Sonderversicherung der Privatangestellten — wie sie vom Reichsamt des Innern vorgeschlagen wird —, würde nicht nur die Arbeiter ausschließen, sondern, da der Begriff „Privatangestellter" keineswegs feststeht, auch weite Kreise der Angestellten in die Gefahr bringen, nicht in die Sonderversicherung aufgenommen zu werden. Daher und aus anderen für die Angestellten sehr wichtigen Gründen verwirft auch ein großer Teil der Privatangestellten das System der Sonderversicherung. Sie fordern eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungs-

gesetzes durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen, und Errichtung höherer Lohn- und Beitragsklassen.

In Uebereinstimmung hiermit richtet der Parteitag — unbeschadet seines grundsätzlichen Standpunktes, daß zur Aufbringung der erforderlichen Mittel alle Klassen der Bevölkerung durch direkte Steuern heranzuziehen sind — an die Gesetzgebung das dringende Ersuchen, diese Wünsche schleunigst durch den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes und zwar so zu erfüllen, daß die Berufsart an sich nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgendeine Kategorie der Versicherten zu benachteiligen. Hinsichtlich der Festlegung des Invaliditätsbegriffes jedoch ist die bisherige Tätigkeit des Versicherten, ebenso wie seine Ausbildung, Kräfte und Fähigkeiten voll zu berücksichtigen. Den Versicherten ist das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren.

70. Frankfurt a. M.: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Beratung der Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivilprozeßordnung zu beantragen, daß auch für die Zivilabteilungen und -Kammern der Amts- und Landgerichte Laien zur Rechtsprechung hinzugezogen werden.

71. Berlin II.: Die Reichstagsfraktion zu ersuchen, im Reichstag erneut einen Antrag zu stellen

gegen die den Zivilmusikern gefährliche Konkurrenz der Militärkapellen, weil durch das Spielen derselben die Zivilmusiker in ihrem Erwerb beeinträchtigt werden.

72. Rothenburg a. T.: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, baldigst einen Antrag einzubringen, nach welchem die entsprechenden Paragraphen des Krankenversicherungsgesetzes betreffend den ortsüblichen Tagelohn, dahin abgeändert werden, daß bei Festsetzung desselben nicht nur der Verdienst der gewöhnlichen Tagarbeiter, sondern auch der durchschnittliche Verdienst der gewerblichen (gelernten) Arbeiter berücksichtigt werden soll.

73. Elbing: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeigeführt wird.

b) Landtage.

74. Teltow-Beeskow und Berlin V: Die heutige Generalversammlung erblickt in dem Verhalten der badischen und bayerischen Landtagsfraktion einen Disziplinbruch und erwartet von dem Nürnberger Parteitag, daß derselbe in ganz entschiedener Weise dazu Stellung nimmt.

75. Frankfurt a. M.: Der Parteitag erklärt, daß er die Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Budget nicht billigt und für einen Verstoß gegen den Beschluß des Lübecker Parteitages ansieht.

76. Sorau-Forst: Die Generalversammlung des Wahlkreises Sorau-Forst verurteilt die Zustimmung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zum Gesamtbudget des bayerischen und badischen Staates. Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Resolution des Lübecker Parteitages strikte Beachtung erfährt. Um allen parlamentarischen Entgleisungen die Spitze abzubrechen, ersucht die Versammlung den Nürnberger Parteitag, aus der Lübecker Resolution den Passus zu streichen, der von einer „Budgetbewilligung aus zwingenden Gründen" handelt.

77. Berlin III: Die Versammlung des III. Berliner Wahlkreises verurteilt die langerhand vorbereitete Budgetbewilligung der bayerischen und badischen Landtagsfraktion als einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Gesamtpartei. Sie erklärt die Berufung auf den 3. Absatz der Lübecker Resolution als durchaus verfehlt. Zwingende Gründe hat keine der

Fraktionen für ihre Zustimmung anzuführen vermocht. Die Versammlung verurteilt ebenso die Weigerung, dem Parteivorstand als der von der Gesamtpartei bestellten Parteileitung Auskunft über die Beschlüsse der Fraktionen zu erteilen, als einen groben Verstoß gegen den Sinn des Organisationsstatuts und die Einheit der Partei. Ebenso kann das Verhalten derjenigen Parteipresse, die dem Vorgehen jener Fraktionen zugestimmt hat, nicht gebilligt werden. Die Versammlung fordert eine Regelung in dem Sinne, daß der 3. Absatz der Lübecker Resolution gestrichen wird.

78. Berlin IV: In der Stellungnahme der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Budgetbewilligung der Einzellandtage erblickt die heute, am 18. August, tagende Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis einen groben Verstoß gegen den Lübecker Parteitagsbeschluß und somit einen völligen Bruch der unbedingt erforderlichen und hochzuhaltenden Parteidisziplin.

Dieser Vorgang bedeutet einen kräftigen Vorstoß der revisionistischen Arbeit, einen Schritt nach rechts, eine Annäherung an die Bürgerlichen, zur Reformpartei. Die Generalversammlung erwartet deshalb, daß der in Nürnberg stattfindende Parteitag mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage auch für die süddeutschen Landtagsabgeordneten bindend sind. Die Stellungnahme des Parteivorstandes als oberste Instanz der Partei und die Haltung des „Vorwärts" als Zentralorgan in dieser Angelegenheit ist deshalb nur zu billigen.

79. Berlin V: In Erwägung: daß die Arbeiterklasse in den Einzelstaaten weder die volle Gleichberechtigung noch die gleiche Behandlung mit den herrschenden Klassen genießt; daß die Einzelstaaten vielmehr nach ihrem Wesen und ihrer Organisation den Charakter des Klassenstaates haben, d. h. die vornehmste Stütze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und demgemäß weder die Art der Staatseinnahmen noch der Staatsausgaben den Forderungen der Sozialdemokratie an eine Staatsverwaltung entsprechen; daß die Regierungen dieser Einzelstaaten durch ihre Zustimmung zu den Maßnahmen des Bundesrats (Umsturz- und Zuchthausvorlage, indirekte Steuern auf den Massenverbrauch, Lebensmittelzölle und Liebesgabenpolitik, Militarismus, Marinismus usw.) die Arbeiterklasse aufs ungerechteste und schwerste schädigen; die Bewilligung des Budgets aber als ein Vertrauensvotum für eine Regierung und als Billigung ihrer wesentlichsten politischen Maßnahmen angesehen wird, erwartet der Parteitag, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen künftig gegen das Budget stimmen werden.

Die Mitglieder sozialdemokratischer Fraktionen haben sich der Teilnahme an höfischen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten.

80. Darmstadt: Die im Gewerkschaftshaus tagende Parteiversammlung stellt sich in der Frage der Budgetbewilligung streng auf den Standpunkt der Lübecker Resolution, worunter sie versteht, daß, wo immer es ohne größere Nachteile für die Gesamtheit angängig ist, gegen das Budget gestimmt werden soll, um den heutigen Klassenregierungen unser Mißtrauen auszudrücken.

Nur in ausnahmsweisen Fällen kann dafür gestimmt werden. Dabei ist aber ausdrücklich hervorzuheben, daß die Zustimmung kein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll.

Die Versammlung fordert deshalb den Delegierten des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau, Genossen Raab, auf, entschieden für die Aufrechterhaltung der Lübecker Resolution und für die dementsprechende Selbständigkeit der Landesorganisation und ihres Vorstandes gegenüber dem Parteivorstande einzutreten.

81. 8. Hamburger Wahlkreis, Distrikt Hamm: Die Distriktsversammlung Hamm des 8. Hamburger Wahlkreises erblickt in den jüngsten Vorgängen innerhalb der Partei, wie sie bei den Etatsabstimmungen im badischen, bayerischen und vorher im oldenburgischen Landesparlament bei der Abstimmung über ein abgeändertes Wahlgesetz zutage getreten sind, das Bestreben einzelner parlamentarisch tätiger Genossen, sich von dem bisher mit Erfolg bewährten Gesamtwillen der Partei unabhängig zu machen. Die Abstimmungen in Baden und Bayern lassen erkennen, daß dort Parteigenossen durch vorher wohlüberlegtes Handeln den Disziplinbruch vorbereitet und durchgeführt haben. Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten auf dem Parteitage so zu wirken und zu stimmen, daß den schuldigen Genossen die schärfste Mißbilligung vom Parteitage ausgesprochen wird.

82. Dortmund: Die Generalversammlung erklärt die Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Budget für einen schweren Verstoß gegen die Lübecker Resolution und erwartet, daß der Parteitag zu Nürnberg dieser Resolution eine Fassung gibt, die derartige Vorgänge für die Zukunft unmöglich macht. In dem Verhalten des badischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstand erblickt die Generalversammlung eine schwere Auflehnung gegen den Geist des Organisationsstatuts, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei aufs schwerste zu gefährden.

83. Barmen-Elberfeld: Der Parteitag in Nürnberg hält an den ersten beiden Absätzen der Lübecker Resolution fest, wonach das Budget normalerweise abzulehnen ist. Der dritte Absatz ist folgendermaßen zu fassen: Eine Zustimmung zum Etat darf nur erfolgen, wenn unsere Partei in einem Landtag die Mehrheit hat und infolgedessen das Budget ihrem Verlangen entsprechend gestaltet werden kann.

84. Hamburg II: Der sozialdemokratische Verein des zweiten Hamburger Wahlkreises spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag in Nürnberg nicht nur den durch Budgetbewilligung begangenen Disziplinbruch badischer und bayerischer Landtagsabgeordneter scharf rüge, sondern auch Vorsorge treffe, daß in Zukunft für derartige Vorkommnisse eine Berufung auf Parteitagsbeschlüsse auch formell unmöglich sei.

85. Berlin I: In Anbetracht

1. daß die Etatbewilligung der badischen und bayerischen Genossen ein Verstoß gegen die Parteigrundsätze ist,
2. daß hier außerdem ein direkter Vorstoß gegen eine Parteitagsresolution, also ein Disziplinbruch, vorliegt.
3. daß die Geheimhaltung und die Brüskierung des Parteivorstandes zeigt, daß sie sich des doppelten Disziplinbruchs voll bewußt waren,
4. daß die Folge derartiger Handlungsweise zur Schwächung der Partei in prinzipieller und organisatorischer Hinsicht und schließlich zur völligen Auflösung der Partei führen muß,

spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die zuständigen Organisationen allen Disziplinwidrigkeiten ihrer Abgeordneten entschieden entgegentreten werden.

Maifeier.

86. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Betätigung des Klassenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelungsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Um diesen unliebsamen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorkommnissen vorzubeugen, erwartet der Parteitag, daß derartiges unterbleibt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

87. Hamburg III, Distrikt Hamm, Rothenburgsort, Billwerder, Finkenwerder, Cuxhaven: Die Maifeier nach den Beschlüssen des internationalen Kongresses, sowie des letzten Parteitages unter Fortfall der Unterstützungsfrage abzuhalten.

88. Königsberg i. Pr.: Für die Regelung der Unterstützung der Maifeier-Gemaßregelten sollen in erneuten Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission folgende Richtlinien maßgebend sein:

1. Ueber die Arbeitsruhe wird nach zu vereinbarenden allgemeinen Grundsätzen, für die bei einigen Gewerkschaften bereits bestehende als Vorbild dienen, entschieden.
2. Den Gemaßregelten wird die Unterstützung vom dritten Werktage ab gezahlt und zwar a) für sechs Tage aus lokalen Mitteln, die durch obligatorische Beiträge der am 1. Mai arbeitenden Organisierten, Sammlungen usw. aufgebracht werden; reichen die Mittel dieses Maifonds nicht aus, so sind die noch erforderlichen Summen am Orte auf die Parteiorganisation und die Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, angemessen zu verteilen; b) weiterhin aus den zentralen Hauptkassen der Partei und der Gewerkschaften in angemessener Verteilung. Als angemessene Verteilung gilt die Zahlung der Unterstützung für die allein politisch Organisierten aus Parteimitteln, für die allein gewerkschaftlich Organisierten aus Gewerkschaftsmitteln, und für die beiden Organisationen Angehörigen von beiden Seiten zu gleichen Teilen.
3. Die Gewerkschaften werden ersucht, von Erhebung besonderer Maibeiträge für andere Gewerkschaftszwecke in Zukunft Abstand zu nehmen.

89. Königsberg-Land, Fischhausen: Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind für die allein politisch organisierten Gemaßregelten aus der Zentralkasse der Partei, für die allein gewerkschaftlich Organisierten aus der Zentralkasse der Gewerkschaften, und für die beiden Organisationen Angehörigen aus beiden genannten Kassen zu gleichen Teilen zu zahlen.

90. Frankfurt a. M.: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.

91. Genosse Specht in Wiesdorf (Kreis Solingen): Der Parteitag möge wegen der Vereinbarung des Vorstandes mit der Generalkommission betreffs der Aufbringung der Mittel für event. Maßregelungen wegen der Maifeier eine endgültige Entscheidung treffen, wonach die Kostenfrage dahin zu regeln ist, daß nicht die einzelnen Orte damit belastet werden, weil dieses generell zu unerträglichen Zuständen führt, besonders für kleine Orte, die nicht allein die Prinzipien dieser Demonstration zur Unausführbarkeit bringt, ja sogar jeden Gedanken dafür ertöten kann.

Die Hauptverwaltungen der Organisationen der modernen Arbeiterbewegung, die nach wie vor den Beschlüssen betreffs der Maifeier Rechnung zu tragen haben, sollen gemeinsam die Kosten tragen.

92. Siebenter schleswig-holsteinischer Reichstags-Wahlkreis: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den siebenten schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis erklärt in Uebereinstimmung mit dem in einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre Kiels und der Umgegend gefaßten Beschluß die Arbeitsruhe nach wie vor als einzig wirksame Demonstration, da jede andere Feier

zur Verflachung und Bedeutungslosigkeit der Maifeier führen muß. Sie spricht sich gegen die von der Generalkommission und dem Parteivorstande empfohlene örtliche Regelung der Unterstützungsfrage aus, da auf diesem Wege einer Beseitigung der Arbeitsruhe zugesteuert wird.

93. Kiel: Die am 13. August tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kiel beschließt, nachstehende Resolution dem deutschen Parteitag zu unterbreiten:

Die heutige Versammlung betrachtet nach wie vor die Arbeitsruhe als einzig wirksame Demonstration, da jede andere Feier zur Verflachung und Bedeutungslosigkeit der Maifeier führen muß. Sie spricht sich gegen die von der Generalkommission und dem Parteivorstand empfohlene örtliche Regelung der Unterstützungsfrage aus, da auf diesem Wege einer Beseitigung der Arbeitsruhe zugesteuert wird.

94. Trebbin: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, erneut mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Unterhandlung zu treten; die strikte Arbeitsruhe am 1. Mai ist das Ziel der klassenbewußten Arbeiterschaft; die Mittel zur Erringung dieses Zieles müssen gemeinsam von den Zentralinstanzen der Partei und Gewerkschaften getragen werden.

95. Weimar III: Die heutige Generalversammlung sieht nach wie vor in der Feier des 1. Mai eine Betätigung auf dem Boden des Klassenkampfes, die, jemehr sie propagiert, an Kraft und Umfang gewinnt. Die Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die Bremserlasse und Abschwächungsversuche, mögen sie aus Partei- oder Gewerkschaftskreisen kommen. Um aber in Zukunft diesen ungerechtfertigten, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorkommnissen vorzubeugen, erwartet die Versammlung vom deutschen Parteitag in Nürnberg, daß er mit allem Nachdruck dafür eintritt, daß dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es erlauben, der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird. In diesem Sinne hat der Parteivorstand und auch die Generalkommission zu wirken.

96. Neuhaldensleben-Wolmirstedt: Die Parteigenossen des Wahlkreises Wolmirstedt-Neuhaldensleben bedauern, daß die Generalkommission und der Parteivorstand die Maifeier vollständig in den Hintergrund stellen und erwarten, daß der Parteitag die Generalkommission und den Parteivorstand ersucht, im nächsten Jahre ihr möglichstes zu tun, damit der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird.

97. Nürnberg: Der Parteitag fordert im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse die deutschen Arbeiter auf, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen und in gemeinsamer Aktion von Partei und Gewerkschaft mit allem Nachdruck für die Erweiterung und Steigerung des internationalen Feiertages des Proletariats zu kämpfen.

98. Hanau-Orb: Der Parteitag möge beschließen, für die Frage der Maifeier eine neue Regelung herbeizuführen, indem die getroffenen Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission eine absolut ungenügende ist und nur Verwirrungen unter den Parteigenossen sowohl als auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern hervorruft und die ganze Maifeier in der Zukunft unmöglich machen wird.

99. Ellerbeck bei Kiel: Die Beschlüsse zwischen Parteivorstand und Generalkommission betreffs Maifeier sind aufzuheben und beschließt der Parteitag: Die würdigste Feier des 1. Mai ist die Arbeitsruhe; jedoch bezahlt die Partei keinerlei Unterstützung an Gemaßregelte.

100. Berlin IV: Die Feier des 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu begehen und zu diesem Zwecke durch die Presse, durch Broschüren und Versammlungen geeignete Agitation dafür zu entfalten.

101. Dortmund: Den Parteivorstand zu beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu setzen, um sich über einen Beitrag zu einem Maifeiergemaßregelten-Fonds zu verständigen. Zu dieser gemeinsamen Sitzung sollen auch die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Die Parteigenossen, sowie die Gewerkschaftsmitglieder sollen einen gleich hohen Beitrag zahlen. Ferner soll von dem Maifeierfestüberschuß ein Teil an den zu bildenden Fonds abgeliefert werden. Von diesen Beiträgen sollen diejenigen unterstützt werden, die wegen der Maifeier gemaßregelt, resp. ausgesperrt werden. Der Fonds wird von dem Parteivorstand und der Generalkommission gemeinschaftlich verwaltet. Dieser Zentralfonds soll deswegen gegründet werden, weil die einzelnen Lokalkassen nicht leistungsfähig genug sind, eine derartige Unterstützung durchführen zu können, und die Maifeier auf diese Weise zu Grunde gehen würde, was unter allen Umständen vermieden werden muß. Ferner soll der Parteitag der sozialdemokratischen Presse die Verpflichtung auferlegen, für die Maifeier, und wo es die Verhältnisse gestatten, für die Arbeitsruhe die größte Propaganda zu machen. Desgleichen soll dieses die gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes, der Generalkommission und Gewerkschaftsvorstände der Gewerkschaftspresse gegenüber tun.

Alle Parteiangestellten haben den Lohn für den 1. Mai an die örtlichen Parteikassen abzuführen.

102. Berlin I: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Betätigung des Klassenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelungsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Um diesen unliebsamen, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorkommnissen vorzubeugen, erwartet der Parteitag, daß derartiges unterbleibt und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

103. Nieder-Barnim: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, nochmals mit der Generalkommission in Unterhandlung wegen einer anderen Regelung der Maifeierunterstützung zu treten und bei der Regelung dieser Frage auf stärkere Propagierung der Arbeitsruhe bedacht zu sein.

104. Frankfurt a. M.: Auf Grund der in Partei- und Gewerkschaftskreisen an der Maifeiervereinbarung gemachten Ausstellungen wird der Parteivorstand beauftragt, in Gemeinschaft mit der Generalkommission sowie Vertretern der Gewerkschaftsvorstände und der Bezirksverbände der Partei eine Revision dieser Vereinbarung vorzunehmen, und zwar so zeitig, daß das Resultat möglichst bis zum Jahresschluß den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen unterbreitet werden kann.

Anträge gemäß § 29 des Organisationsstatuts auf Wiederaufnahme in die Partei.

105. Jahn-Berlin III.
106. Schröder-Berlin IV.
107. Dobruch-Berlin V.
108. Siebel-Dortmund.

Sonstige Anträge.

109. Halle a. S.: Durch eine umfassende Agitation ist zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß durch private Vereinbarungen die Bestimmungen der Gesindeordnung außer Kraft gesetzt und andere Vereinbarungen über die Kündigungsfrist, Lohnzahlung usw. getroffen werden können.

110. Naumburg-Weißenfels-Zeitz: Eine über das ganze Reich sich erstreckende Agitation durch die Parteipresse und Flugblätter soll darauf aufmerksam machen, daß durch private Vereinbarung vor Eingehen eines ländlichen Dienstverhältnisses die von der Gesindeordnung festgesetzte Kündigungszeit aufgehoben werden kann.

111. Augsburg: In Anbetracht der Forderung, welche wir zum Schutz der Koalitionsfreiheit bei Vergebung von staatlichen und kommunalen Aufträgen an Staat und Gemeinde stellen, stellt der Sozialdemokratische Verein Augsburg den Antrag, daß Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine in Verbindung treten zwecks Regelung des Bezuges von Papier für unsere Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, um in den Papierfabriken die volle Koalitionsfreiheit zur Geltung zu bringen.

Sollte sich mit den Papierfabriken eine solche Regelung nicht ermöglichen lassen, so möge die Frage der Eigenproduktion besprochen und entsprechende Maßnahmen dazu getroffen werden.

112. Höchst: Zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit in den einzelnen Bundesstaaten ist von seiten des Parteivorstandes ein Merkblatt herauszugeben, welches den Mitgliedsbüchern der Partei und der Gewerkschaften beigelegt resp. in dieselben eingeklebt wird.

113. Nürnberg: Der Parteitag möge eine ständige Arbeitskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht.

114. Brandenburg-Westhavelland: Einsetzung einer Kommission, welcher die Aufgabe zu teil wird, die Agrarfrage zu studieren und dem folgenden Parteitag Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, uns der Landarbeiterschaft näher zu bringen.

115. 3. Hamburger Wahlkreis, Distrikt Hamm: Der Parteitag in Nürnberg beschließt, daß es mit den Zielen und Bestrebungen eines wahrhaft aufgeklärten und redlichen Mitgliedes unserer Partei unvereinbar ist, Mitglied der Deutschen Turnerschaft zu sein oder diese durch Entsendung ihrer Kinder zu deren Turnstunden zu unterstützen, fordert vielmehr die anwesenden Delegierten auf, innerhalb der Kreise ihrer Delegenten für den Austritt aus der nach § 2 ihres Statuts Hurrapatriotismus treibenden Deutschen Turnerschaft zu agitieren und diese Genossen den Reihen des Arbeiter-Turnerbundes zuzuführen; des ferneren empfiehlt der Parteitag, den Arbeiter-Turnerbund im Kampf gegen die Deutsche Turnerschaft, sowie gegen die rigorosen, schikanösen Handlungsweisen der Behörden durch eigenen Beitritt oder Entsendung ihrer Kinder zu den Turnstunden der Arbeiter-Turnvereine zu unterstützen; den bestehenden Jugendorganisationen dagegen empfiehlt der Parteitag einheitliches Arbeiten mit dem Arbeiter-Turnerbund und Festsetzung von Vereinbarungen betreffs Mitgliedschaft und Beitrag, wie dieses zwischen dem Jugendbund, Hamburg, und dem 3. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes besteht.

116. Königsberg i. Pr.: Der Parteitag empfiehlt allen Parteiorten, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften eine Rekrutenabschiedsfeier zu veranstalten, in der, neben geselligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Klassengenossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

117. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Stralsund, Rügen, Berlin III, Königsberg und Nieder-Barnim: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Landarbeiterfrage und die Organisation der Landarbeiter."

118. Bayreuth: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Agrarfrage zu setzen.

119. Teltow-Beeskow: In Anbetracht der lauen Beteiligung der Parteigenossen an der Genossenschaftsbewegung, möge sich der Parteitag eingehend mit derselben beschäftigen eventuell ist die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Der Parteitag möge sich klar für die Genossenschaftsbewegung aussprechen und die Genossen auffordern, dieselbe mehr wie bisher zu unterstützen.

120. Nieder-Barnim: Auf die Tagesordnung eines der nächsten Parteitage zu setzen: „Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen".

Ort des Parteitages.

121. Eisenach: Den nächsten Parteitag in Eisenach abhalten zu wollen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlung gestellte Anträge.

122. Magdeburg: Der Parteitag wolle die Einführung eines einheitlichen Beitrages für ganz Deutschland beschließen.

123. Molkenbuhr: Resolution zu „Sozialpolitik und der neue Kurs".

Die technische Entwickelung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Trustbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwickelung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entrechten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalt sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitskammergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufs angehört. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.

2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenzklausel, Personalkonventionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.

3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.

4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.

124. Geyer: Resolution zur Reichsfinanzreform. Die den materiellen Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuersystem nicht zu erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reichs von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reichs von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen Mark angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am schärfsten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Der größte Teil wird durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzzölle auf Gebrauchsartikel der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gesunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn

die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Banderolensteuer auf Zigarren und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuersätze nach dem Umfange des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftssteuerliche Heranziehung des Erbgutes für Ehegatten und Kinder.

125. Resolution der Frauenkonferenz. Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine wehrten, ist es Pflicht der Genossen, ihre weiblichen Angehörigen den Parteiorganisationen zuzuführen.

126. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution zur Budgetbewilligung. Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen:

daß der Staat, so lange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet,

daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist,

daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerläßliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

127. A. von Elm und 28 Genossen: Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind nicht gestattet. Zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen können jedoch besondere Vereinsabende zur Erörterung der die Frauen hauptsächlich interessierender Fragen Frauenversammlungen veranstaltet werden.

Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die männlichen

Zu der Leitung und Verwaltung in den sozialdemokratischen Vereinen und Kreisorganisationen sind, wenn möglich, Genossinnen heranzuziehen, ebenfalls zur Leitung der Gesamtpartei.

Den weiblichen Mitgliedern der Verwaltungen liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen und unter Mitwirkung der tätigen Genossen und Genossinnen zu betreiben.

128. Lipinski-Leipzig und 20 Genossen: Im Antrag 21 Ziffer 4 den Satz: „Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören" zu streichen.

129. Albert Rudolph-Frankfurt a. M. und 25 Genossen. Gemäß Antrag 16, eine Organisationskommission einzusetzen und derselben die Anträge 15, 17, 19 und 20 als Material zu überweisen.

130. H. Stubbe-Hamburg: Antrag 6, letzter Absatz, ist in der dritten Zeile hinter dem Worte „Metallarbeiterverband" einzufügen:

„und lokale Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind."

131. Pieck-Bremen und 20 Genossen: Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, für eine sachgemäße Erweiterung der Schule Sorge zu tragen.

132. Ed. Adler-Kiel und 20 Genossen: Wir beantragen, die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand mit der Maßgabe gutzuheißen, daß Absatz 3 und 4 gestrichen werden.

Gleichzeitig wird der Parteivorstand beauftragt, wegen der Unterstützungsfrage in erneute Verhandlungen mit der Generalkommission einzutreten.

133. Eugen Brückner-Berlin und 22 Genossen: Der Parteitag erhebt energischen Protest gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders gegen das Verbot der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen. Das Bestreben der kakatistischen Regierung, die Polen systematisch zu germanisieren, kann die Sozialdemokratie nicht nur nicht dulden, sondern sie muß es auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Zugleich fordert der Parteitag die polnischen Proletarier auf, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, denn nur auf diesem Wege, durch die Stärkung der Klassenpartei des Proletariats, kann die herrschende Reaktion, deren Teilerscheinung die polenfeindliche Politik ist, erfolgreich bekämpft werden.

134. Frohme-Hamburg und 22 Genossen: Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolution des Lübecker Parteitages. Er beschließt, um Streitigkeiten über eine eventuell aus zwingenden Gründen notwendig erscheinende Zustimmung zu einem Budget zu vermeiden, daß sich die Fraktionen in den Einzellandtagen darüber zunächst mit ihren Landesvorständen und dem Parteivorstand zu verständigen haben.

135. Georg Schöpflin-Leipzig und 19 Genossen: Den letzten Absatz der Lübecker Resolution zur Budgetfrage zu streichen.

136. Resolution Thiele-Halle: Der Parteitag erklärt, daß die zustimmende oder ablehnende Haltung der parlamentarischen Fraktionen gegenüber den Budgets eine Frage der Taktik ist. Der Parteitag beschließt deshalb, daß die Entscheidung in dieser Frage den Fraktionen in demselben Umfange

zusteht, wie die Stellungnahme zu allen anderen parlamentarischen Vorlagen und Gesetzentwürfen.

137. L. Schütz: Abänderungsantrag zu Resolution 126. Dem dritten Absatz folgende Fassung zu geben: Die Bewilligung des Budgets in den verschiedenen Landtagen ist unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

138. Parteivorstand und Kontrollkommission: Resolution betreffend Kriegshetze.

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und deutsche gegenseitig zu verhetzen und zum Kriege aufzustacheln, dient nur den engherzigsten und kurzsichtigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt: macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Ueberwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten.

139. Kommission für die Jugendorganisation: Resolution. Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben ist durch Veranstaltungen ernsten und heiteren Inhalts, sowie durch Sport und Spiel Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen.

Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich, auch an den anderen Veranstaltungen ist unentgeltlich.

Die Kommissionen sollen dahin wirken, daß die Gewerkschaftskartelle für den Lehrlingsschutz eintreten.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen.

Deklaration.

Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht.

140. Kontrollkommission: Nach eingehender Erörterung der in Betracht kommenden Verhältnisse beantragt die Kontrollkommission einstimmig:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Gehalt der drei älteren Sekretäre und des Kassierers um je 300 Mk. jährlich und
2. das Gehalt des vierten Sekretärs, des Genossen Müller, um 600 Mk. jährlich zu erhöhen.

Protokoll.

Vorversammlung.

Sonntag, den 13. September 1908, abends 7 Uhr.

In der städtischen Festhalle im Luitpoldhain fand heute um 7 Uhr abends die feierliche Eröffnung des Parteitages statt. Die Festhalle ist ein Riesengebäude aus Eisen und Glas. Vor zwei Jahren wurde sie als Maschinenhalle für die Landesausstellung erbaut. Nichts ist in ihrem Aussehen verändert, alle Verhältnisse gehen bei ihr ins Ungeheure. Das gewaltige Glasdach ruht auf freistehenden Eisenträgern. Der Blick des Eintretenden vermag kaum bis zum Ende des langgestreckten Raumes zu dringen. Alles ist auf Massenwirkung berechnet. Nach zuverlässiger Schätzung bietet sie Raum für 25 000 Personen. Und nun stelle man sich diesen, alle gewohnte Verhältnisse weit hinter sich lassenden Saal im Glanz unzähliger Bogenlampen vor, von einer unübersehbaren Menge gefüllt. Kein Parteitag hat je etwas Aehnliches gesehen. Die Nürnberger Arbeiter wissen wahrlich das vierzigjährige Jubiläum der Gründung der Partei in ihrer Stadt zu feiern. Fast verschwindet das Häuflein der Delegierten — und es sind annähernd 400 —, das sich um die in der Mitte einer Längsseite errichteten Tribüne schart, in dieser Menschenflut. Es erscheint unmöglich, daß die Stimme eines Redners durchdringt. Um 6 Uhr ist kein Stuhl mehr frei, und noch immer strömen neue Massen heran. Von Zeit zu Zeit brausen Hochrufe durch den Saal, wenn ein bekannter Führer erblickt wird. Um 7 Uhr setzt die Musik ein. Das Philharmonische Orchester bringt Richard Wagners „Einzug der Gäste auf der Wartburg" und die Ouvertüre zu „Tannhäuser" zu Gehör. Dann braust der Massenchor der Vereinigten Arbeitergesangvereine Nürnbergs durch den Saal. 900 Sänger hat Wendelin Weißheimer, unser Parteiveteran, um seinen Stab versammelt, und der von ihm komponierte Chor des unsterblichen Herweghschen Gedichtes „Bet' und arbeit'" gelangt zu machtvoller, hinreißender Wirkung.

Kaum sind die letzten Töne verhallt und der Sturm der Begeisterung vorübergerauscht, den Komposition und Vortrag geweckt hatten, so tritt — es ist 7¼ Uhr geworden — Genosse Dorn-Nürnberg an den Rand der Tribüne und spricht:

Werte Festversammlung, Parteigenossen und Parteigenossinnen! Mir ist seitens der hiesigen Mitgliedschaft des sozialdemokratischen Vereins der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden, Sie in Nürnbergs Mauern zu begrüßen, an der Stätte, wo schon so viele und große Kämpfe geführt worden sind für die Freiheit des Volkes, sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete. Eben sind 40 Jahre verflossen, seitdem in Nürnbergs Mauern der erste Arbeitertag versammelt war, der dem Nürnberger Proletariat die Wege gezeigt hat, auf denen es dereinst das Ziel erreichen wird, das es erstrebt. Außer dieser Tagung haben noch eine Reihe anderer in Nürnberg stattgefunden, so

im Jahre 1849, 1862, 1868, 1869 und 1874. Daß alle diese Tagungen nicht unfruchtbar geblieben sind, daß wir in Nürnberg in der Arbeiterbewegung Fortschritte gemacht haben, zeigt wohl am deutlichsten unsere heutige Tagung. Wir können mit Stolz zurückblicken auf das, was hier geleistet worden ist, wenn wir daran denken, daß noch im Jahre 1871 in Nürnberg nur 340 Stimmen bei der Reichstagswahl abgegeben worden sind, daß wir es aber schon im Jahre 1874 auf 5300 Stimmen und 1897 auf 20 000 Stimmen gebracht haben. Und gerade bei der Wahl im verflossenen Jahre, wo man glaubte, in ganz Deutschland die Sozialdemokratie niederreiten zu können, da haben wir in Nürnberg den Beweis erbracht, daß die Gegner uns nicht zur Strecke bringen können. Wir haben in diesem Wahlkampf einen glänzenden Sieg errungen und haben 35 000 Stimmen aufgebracht. (Lebhaftes Bravo!) Das ist ein Erfolg, auf den Nürnberg stolz sein kann. Auch mit unserer Beteiligung an den bayerischen Landtagswahlen haben wir Erfolge errungen. Bereits 1893 eroberten wir 4 Mandate, die wir allerdings durch verschiedene Umstände im Jahre 1905 wieder verloren haben. Wir können aber sagen, daß wir die Scharte, die wir zu jener Zeit erlitten haben, inzwischen auswetzten. Bei der Landtagswahl am 31. Mai 1907 haben wir von 6 Mandaten 5 erobert. So haben wir auf allen Gebieten Erfolge zu verzeichnen. Auch wenn wir die Zahl der Mitglieder nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch bei der politischen Organisation betrachten, können wir wohl sagen, daß es in Nürnberg vorwärts und wieder vorwärts gegangen ist. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung ist neuerdings von der Partei hier herausgegeben.

Die Nürnberger Arbeiterschaft, ja die Arbeiterschaft von ganz Deutschland blickt auf die Tagung des diesjährigen Parteitages. Wie wir auf unseren früheren Parteitagen immer Großes geschaffen haben für die Arbeiterschaft, so wollen wir wünschen und hoffen, daß auch dieser Parteitag die Hoffnungen erfüllt, die auf ihn gesetzt werden. Es ist die Pflicht auch des diesjährigen Parteitages, neue Anregungen zu geben, damit unsere Agitatoren hinausziehen können zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen. Wenn wir alle von diesem Wunsche beseelt sind, dann werden wir am Schluß des Parteitages sagen können: Schwere Kämpfe haben wir durchgefochten, aber wir haben uns doch wieder vereint zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Proletariats. In diesem Sinne heiße ich Sie alle, speziell die Delegierten aus ganz Deutschland, nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Singer (mit stürmischem Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Parteivorstandes trete ich an diesen Platz, um in seinem Namen und im Namen der gesamten Partei dem Vorredner herzlich zu danken für den festlichen Empfang, den die Nürnberger Parteigenossen dem Parteitag bereitet, und für die herzlichen Worte des Vorredners. (Beifall.) Die Empfindung, die der Vorredner zum Ausdruck gebracht hat, durchzittert heute jedes sozialdemokratische Herz. Wir alle sind der Ansicht, daß dieser Parteitag dazu berufen ist, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, die über eine Reihe von Fragen innerhalb der Partei auftauchten, und ich möchte gleich an dieser Stelle der Ueberzeugung Ausdruck geben, wie auch der Beschluß ausfallen wird, die Parteigenossen werden und müssen es als ihre Pflicht betrachten, die Beschlüsse des Parteitages unverbrüchlich hochzuhalten.

Wir sind hier in Nürnberg auf einem klassischen Parteiboden. Schon der Vorredner hat auf den 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine hingewiesen, der am 5., 6. und 7. September 1868 in Nürnbergs Mauern, auch auf städtischem Grund und Boden, wenn auch nicht in dieser Festhalle, sondern im Rathaus, getagt hat. Wir haben die große Freude, die damaligen beiden

Vorsitzenden in unserer Mitte begrüßen zu können, unseren Genossen Bebel und unseren Genossen Löwenstein, die beide noch in Rüstigkeit, Eifer und Fleiß dem Interesse der Partei dienen. (Lebhafter Beifall.) Auf der Tagung im Jahre 1868 waren 108 Vereine mit 13 965 Mitgliedern durch 103 Delegierte vertreten. Was diesem Nürnberger Vereinstage den Stempel aufdrückte, was ihn charakterisierte, was ihn zu einem Ehrentage der Sozialdemokratie gestempelt hat, das ist die Annahme eines Programmes, welches bis dahin noch fehlte, und der Beschluß, daß die Arbeitervereine Politik, daß sie Klassenpolitik treiben müssen, daß sie sich loszulösen haben von den bürgerlichen Parteien und Vereinen, in deren Schlepptau sie bisher gelebt hatten. Dieser Beschluß gibt dem Vereinstage von 1868 nicht nur die Weihe, sondern hebt ihn auch heraus aus allen Arbeitertagungen, denn auf Grund dieses Beschlusses erfolgte der Anschluß der deutschen Arbeitervereine an die Internationale Assoziation. Von dem Augenblick an waren die deutschen Arbeitervereine, wenn auch noch nicht in die Reihen der Sozialdemokratie getreten, die damals noch nicht existierte, so doch auf Grund sozialistischer Ueberzeugungen als in sich geeinte, geschlossene, von den bürgerlichen Parteien losgelöste Partei konstituiert. Der Verband der deutschen Arbeitervereine, deren Vorsitzender unser Genosse Bebel war, schlug dem Vereinstage vor, sich ein selbständiges Programm zu geben und als dieses Programm das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation anzunehmen. Schon darüber, ob dieser Vorschlag auf die Tagesordnung kommen sollte, entspann sich ein Streit, die Vertreter der bürgerlichen Anschauung wünschten, daß die Programmfrage überhaupt nicht oder doch erst auf einer späteren Tagung beraten werden sollte, aber die Mehrheit schloß sich dem Vorschlag des Vorstandes an, die Programmfrage kam als erster Punkt auf die Tagesordnung.

Als die Hauptverhandlungen begannen, da war es ebenfalls ein Parteigenosse, dessen Tod wir leider in den letzten Jahren zu beklagen hatten, Robert Schweichel, der als Referent in geistvoller, durchschlagender Beweisführung den Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation empfahl. Es ist selbstverständlich unmöglich, in diesem Riesenraum Ihnen eine ausführliche historische Darlegung der Verhandlungen jenes Arbeitertages zu geben. Lassen Sie mich aber kurz darauf hinweisen, daß die Diskussion, die sich an das Referat anschloß, bei der Mehrheit der Redner getragen war von dem Wunsche und dem Bestreben, die Arbeiter loszulösen von der bürgerlichen Gesellschaft, sie auf eigene Füße zu stellen, und in Rücksicht darauf, daß ihre Klassenlage eine eigene Vertretung der Arbeiter erforderte, sie loszulösen von allen Parteien. Es wurde mit Mehrheit beschlossen, dieses Programm, den Vorschlag des Vororts, zu akzeptieren, und im Anschluß daran nahm man einen Protest der bürgerlichen Vertreter auf dem Vereinstag gegen diesen Beschluß entgegen; und am nächsten Tage, als die Verhandlungen weitergeführt werden sollten, kam eine Erklärung der bürgerlichen Delegierten, daß sie an den Verhandlungen jenes Verbandstages nicht mehr teilnehmen wollten, weil der Verband durch das angenommene Programm eine Richtung eingeschlagen hätte, die den Interessen ihrer Vereine nicht entsprach. Der Verbandstag war schon damals, was erfreulicherweise die Sozialdemokratie später war und ebenfalls noch heute ist, ein Freund kräftiger, durchgreifender Beschlüsse, und ging einfach über diesen Protest zur Tagesordnung über. Die bürgerlichen Vertreter waren aus dem Verband ausgeschieden, der Verbandstag arbeitete weiter und kann als Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet werden. Durch den Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation, durch den Beschluß eines selbständigen sozialdemokratischen Programms war der Anstoß gegeben zur Gründung der sozialdemokratischen Partei, die sich ein

Jahr später in Eisenach auftat und ihr Programm entsprechend jenem Beschluß festsetzte. Dann ging die sozialdemokratische Arbeiterpartei nach sechsjährigem Kampf mit dem von Lassalle gegründeten allgemeinen deutschen Arbeiterverein in der deutschen sozialdemokratischen Partei auf. So dürfen wir mit freudigem Stolz in Erinnerung an jene Vorgänge sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie hier auf diesem Parteitag in Nürnberg zugleich die Erinnerung an einen ihrer ehrenvollsten Tage feiert. (Beifall.)

Wenn ich nunmehr kurz die anderen Gegenstände erwähne, die damals in Nürnberg verhandelt wurden, so möchte ich sagen, wir sind mitten in der Gegenwart. Damals wurden verhandelt die indirekten Steuern, die Wehrfrage und andere Fragen, die noch heute von ungemeiner Bedeutung für das arbeitende Volk sind und für deren Erledigung in einem dem sozialdemokratischen Programm entsprechenden Sinne wir heute mitten in der Arbeit stehen.

Indem ich diesen Gegenstand verlasse, möchte ich nur noch eine Ehrentafel aufrichten für diejenigen Genossen, die damals auf dem Verbandstage tätig waren und die wir die Freude haben, noch heute unter den Lebenden zu sehen. Es leben von den Mitgliedern dieses Verbandstages noch die Genossen Bebel, Löwenstein, Greulich-Zürich, Vahlteich-New-York, Demmler-Geyer, Stolle-Gesau, Dr. Degen-Fürth. Lassen Sie mich von dieser Stelle diesen Männern Dank aussprechen dafür, daß sie die Pioniere der Sozialdemokratie vor 40 Jahren waren. Dank dafür, daß sie die lange Zeit in reger Tätigkeit an der Spitze der Partei ihren Grundsätzen treu geblieben, die Sozialdemokratie geführt haben bis heute, wo wir mit stolzer Freude bekennen können, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste Partei Deutschlands ist. (Lebhafter Beifall.)

Aber auch eines von uns Geschiedenen will ich in Nürnbergs Mauern ehrend und dankbar gedenken — unseres Genossen Karl Grillenberger, dessen Name mit der Nürnberger Parteigeschichte unauslöschlich verbunden ist. Was Karl Grillenberger für die Partei, was er für Nürnberg gewesen — das Andenken hieran wird in der deutschen Sozialdemokratie für alle Zeit fortleben, sein Name und seine Arbeit unvergessen bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Wir haben Tage schwerer Arbeit vor uns. Die Gegensätze, die hier in Nürnberg auf diesem Parteitag verhandelt werden sollen, sind wichtig. Ich verzichte darauf, in diesem Augenblick die einzelnen Punkte ausführlich zu skizzieren. Aber dem Wunsch und der Hoffnung lassen Sie mich Ausdruck geben, daß jeder Teilnehmer des Parteitages in seinen Reden und Beschlüssen getragen sein wird von der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß alles, was auf diesem Parteitag beschlossen werden wird, der Partei zum Vorteil und zum Wohle dienen soll. (Beifall.)

Es wird namentlich eine Frage sein, die uns ausgiebig beschäftigen wird. Wir wollen — und mit dieser Hoffnung möchte ich schließen —, wir wollen uns vornehmen, auch diese Frage in rein sachlicher Weise zu erledigen. Aber heute darf ich schon erklären, daß ich es als die höchste Aufgabe dieses Parteitages betrachte, volle Klarheit in dieser Frage zu schaffen und mit Energie dahin zu wirken, daß der Wille der Gesamtpartei respektiert und beachtet wird.

Parteigenossen! Nachdem ich nunmehr namens der bisherigen Parteileitung den Nürnberger Parteitag für eröffnet erkläre, lassen Sie mich Sie auffordern, den Willen und die Ueberzeugung, nur das Beste der Partei zu fördern, zu bekräftigen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammlung stimmt brausend in das Hoch ein.)

Genossen! Nach dem bisherigen Brauch bitte ich Sie nunmehr, den Parteitag zu konstituieren und zunächst zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten und Pflichten zu wählen.

Genosse **Knieriem** schlägt zu Vorsitzenden vor die Genossen Dorn-Nürnberg und Singer. Die Delegierten beschließen einstimmig nach diesem Vorschlag.

Singer: Ich erkläre zugleich im Namen des Genossen Dorn, daß wir die Wahl annehmen und unser Bestes tun wollen, um die Geschäfte des Parteitages erfolgreich zu führen und zu erledigen. (Beifall.)

Ich schlage nun vor, unserem verehrten Senior, Genossen Löwenstein, zu einer kurzen Ansprache das Wort zu geben (Lebhafter Beifall) und werde dann vorschlagen, die weiteren Verhandlungen auf morgen zu vertagen, da es unmöglich ist, in diesem Raum geschäftliche Fragen sachlich zu erörtern. (Zustimmung.)

Gabriel Löwenstein (mit stürmischem Beifall begrüßt): Werte Versammlung! Genossen und Genossinnen! Sie werden wohl alle mit mir Freude und Genugtuung darüber empfinden, daß wir heute den Gedenktag feiern, an welchem vor 40 Jahren nicht nur der Ruf erscholl: Proletarier aller Länder vereinigt euch, sondern wo auch diesem Sturmrufe sofort praktischen Ausdruck verliehen wurde. Am Arbeitervereinstag zu Nürnberg im Jahre 1868 vollzog sich die notwendige Scheidung der proletarischen klassenbewußten Arbeiter von dem bürgerlichen Arbeiterverein. In Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation wurde auf dem Arbeitervereinstag zu Nürnberg der Programmsatz an die Spitze gestellt: Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft. Bei unentwegter Festhaltung dieser Grundsätze ist die sozialdemokratische Partei in Deutschland groß und stark geworden und auf ihre jetzige Höhe gelangt. Bei den hierzu erforderlichen Klassenkämpfen, bei beständiger Fühlung mit dem entrechteten und leidenden Proletariat war aber die Partei nicht gehindert, auch für die Gegenwart Erfolge zu erzielen, ja die Klassenkämpfe bedingten sie; hat doch selbst Bismarck anerkannt, daß das bißchen Sozialreform in Deutschland nur den Sozialdemokraten, das heißt unserem Klassenkampfe zu verdanken sei. Das Ziel, das die Sozialdemokratie sich gesteckt hat: Eine andere Staats- und Gesellschaftsordnung zu erringen, in welcher ein jeder die Frucht seiner Arbeit genießen kann, ist nur dann zu verwirklichen, wenn die Proletarier aller Länder einig und entschlossen sind, ihr Ziel durchzuführen. Dies hat aber selbstverständlich zur Voraussetzung, daß auch in den einzelnen Ländern die Proletarier in den Klassenkämpfen zur Erringung dieses Ziels einig in der Festhaltung der sozialdemokratischen Grundsätze sind, jedenfalls aber alles zu vermeiden haben, was irgendwie geeignet sein könnte, diese Klassenkämpfe abzuschwächen. In dieser Hoffnung und Erwartung wollen Sie auch mir als Parteiältesten und einem der Mitkämpfer am Arbeitervereinstag vom Jahre 1868 gestatten, die Genossen und Genossinnen zu begrüßen und ihnen ein herzliches Willkommen zuzurufen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Singer:** Die nächste Sitzung des Parteitages findet morgen vormittag 9 Uhr im Herkules-Velodrom statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Von neuem folgten Musik und Massenchor. Besonderen Eindruck machte der von Weißheimer komponierte Chor der Dichtung Emanuel Wurms: „Empor zum Licht!" So war ein würdiger und schöner Rahmen für den unvergeßlichen Abend geschaffen.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 14. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Im Herkules-Saalbau wurde heute mit den Arbeiten des Parteitages begonnen. Neben der Inschrift „Sozialdemokratischer Parteitag Nürnberg 1908" weist auch die Statue der Freiheit, die auf dem offenen Altan des schlichten Holz- und Fachwerkbaues unter Blumenschmuck steht, auf das Kongreßlokal hin. Der geräumige Saal, der keine Galerien hat, ist geteilt. Vorn sitzen unter der Bühne, auf der das Präsidium Platz genommen hat, vor der Rednertribüne die Delegierten an langen Tischen. Der hintere Teil ist für die Zuhörer bestimmt. Der Saal ist einfach geschmückt: Zwei alte Parteifahnen am Eingang, daneben die Bilder von Grillenberger und Liebknecht, an den Wänden Tafeln mit Sinnsprüchen, vor allem der Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch", und im Hintergrunde auf der Bühne wieder die Statue der Freiheit, und rechts und links von ihr Postamente mit den Büsten von Marx und Lassalle.

Singer eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Die Konstituierung des Parteitages wird fortgesetzt.

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Dr. Frank-Mannheim gewählt: Fräulein Baader-Berlin, Engler-Freiburg, Knieriem-München, Lesche-Hamburg, Liepmann-Berlin, Milenz-Stettin, Pollender-Leipzig, Westmayer-Stuttgart und Schütz-Breslau.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Vorschlag von Sachse-Bochum gewählt: Leopold-Zeitz, Mehrlein-Breslau, Schadow-Kottbus, Eduard Schmitt-München, Sindermann-Dresden, Trinks-Karlsruhe, Wolderskh-Berlin, Frau Zietz-Hamburg und Zorn-Fürth.

Entsprechend der Anregung des Essener Parteitages wird auch eine besondere Beschwerdekommission eingesetzt. Nach dem Vorschlage von Scheidemann-Kassel wird sie zusammengesetzt aus den Genossen: Frau Baumann-Hamburg, Faber-Frankfurt a. d. O., Fahrow-Berlin, Hohnrath-Aachen, Meyer-Heidelberg, Raab-Darmstadt, Raith-München, Seeger-Leipzig und Wicky-Mülhausen.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird gutgeheißen.

Die Tagungszeit wird festgelegt auf 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung.

Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
   a) Allgemeines.
   b) Organisation und zwar:
      I. Frauenorganisation.
      II. Jugendorganisation.
      Berichterstatter: H. Müller.
   c) Kasse und Presse.
      Berichterstatter: A. Gerisch.
   d) Bildungsausschuß.
      Berichterstatter: H. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission.
   Berichterstatter: A. Kaden.

3. Parlamentarischer Bericht.
   Berichterstatter: E. Eichhorn.
4. Maifeier.
   Berichterstatter: R. Fischer.
5. Sozialpolitik und der neue Kurs.
   Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Die Reichsfinanzreform.
   Berichterstatter: F. Geyer
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Hierzu liegen die Anträge 1 bis 5 vor.

Brückner-Berlin zieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage die Anträge 2 und 3 zurück.

Singer: Antrag 1 deckt sich mit einem Vorschlage, den ich machen wollte, nämlich daß wir die Frage der Budgetbewilligung als besonderen Punkt behandeln und zwar im Anschluß an den parlamentarischen Bericht. Parteivorstand und Kontrollkommission werden Ihnen hierzu eine Resolution unterbreiten, die Bebel begründen wird. Im Anschluß daran würde ich vorschlagen, einem bayerischen und einem badischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu erteilen, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Gründe ausgiebig darzulegen. Damit wäre die Frage des Korreferenten erledigt, weil ja dann eigentlich zwei Korreferenten ernannt sind. (Zustimmung.)

Zu dieser Frage liegt noch folgender Antrag Walter-Augsburg vor, der jedoch nicht genügend unterstützt wird.

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die Frage der Budgetbewilligung wird als besonderer Beratungsgegenstand als Punkt 3 behandelt.

2. Es wird eine Kommission von 15 Delegierten ernannt, welcher die Vorberatung dieses Punktes übertragen wird. Bei der Wahl dieser Kommission sollen nicht allein die an der Frage direkt Beteiligten, sondern auch solche Berücksichtigung finden, welche sich in der Polemik noch nicht festgelegt haben.

3. Zu der Berichterstattung der Kommission sind ein Referent und ein Korreferent von dieser zu bestellen und wird erst nach dem Referat im Plenum verhandelt.

Der Parteitag stimmt dem Vorschlag von Singer ohne Debatte zu. Dadurch erledigt sich der Antrag 1.

Den Antrag 4 begründet

Klühs-Magdeburg: Sie wissen, daß Bebel bereits in Briefen nach England eine Stellung eingenommen hat, die sich nicht ganz deckt mit Maßnahmen des Berliner Aktionsausschusses. Wir müssen die Frage einmal verhandeln, und zwar soll dabei nicht nur die gegenwärtige Kriegshetze besprochen, sondern überhaupt erörtert werden, was die Partei zu tun hat, um die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf die auswärtige Politik zu lenken.

Brückner-Berlin zieht mit Rücksicht darauf, daß der Parteivorstand die Absicht hat, eine Resolution über die auswärtige Politik vorzulegen, den Antrag 5 zurück.

Singer: Ich kann bestätigen, daß der Parteivorstand und die Kontrollkommission dem Parteitag eine Resolution über die auswärtige Politik unter-

breiten werden, bei deren Beratung ja auf das eingegangen werden kann, was der Antrag bezweckt.

Antrag 4 wird abgelehnt.

Singer teilt weiter mit, daß beim Geschäftsbericht des Vorstandes über die verschiedenen Materien getrennt verhandelt werden soll, und zwar soll Müller über die Organisation referieren, Ebert über die Lokalistenfrage, Gerisch über die Kassenverhältnisse und die Presse und Schulz über den Bildungsausschuß.

Der Parteitag stimmt auch diesem Vorschlage zu und genehmigt die Tagesordnung entsprechend den Vorschlägen von Singer.

Singer: Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, Genossen aus den ausländischen Bruderparteien bei uns begrüßen zu können, und zwar zu meiner großen Freude in verstärkter Anzahl gegenüber den Vorjahren. Als Delegierter der englischen Sozialdemokratischen Federation ist Genosse Quelch erschienen, der ja vielen von uns schon persönlich bekannt ist, ferner Genosse Sanders, der die Labour Party, die Independant Labour Party und die Fabian Society vertritt. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs sendet uns die Genossen Schuhmeier, Winarsky und die Genossin Popp. Ferner ist von der niederösterreichischen Landespartei der Genosse David-Wien anwesend. Belgien delegiert den Genossen Huysmans, den Sekretär des Internationalen Bureaus, den Genossen Müller für den deutschen Verein in Brüssel und den Genossen Meulebrook für die Junge Garde in Belgien. Die Schweiz sendet den Genossen Mohr als Vertreter der Partei. Das ausländische Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland delegiert die Genossin Schönberg.

Ich heiße alle diese Gäste aufs herzlichste willkommen und spreche den Dank und die Freude des Parteitages aus, eine so zahlreiche Delegation der Bruderparteien des Auslandes hier begrüßen zu können. Ich hoffe, daß unsere werten Gäste mit unseren brüderlichen Grüßen an die ausländischen Parteien die Ueberzeugung aus den Verhandlungen des Parteitages mitnehmen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor ihrer internationalen Solidarität und Verpflichtungen sich bewußt bleibt, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Organisation und in ihren Verhandlungen sich als Glied der proletarischen Parteien aller Länder fühlend, durch ihre Verhandlungen aufs neue beweisen wird, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach wie vor besteht und daß die deutsche Sozialdemokratie es sich nicht nehmen lassen wird, sowohl in der prinzipiellen Vertretung der sozialdemokratischen Grundsätze, als auch in der praktischen Politik, die sie zur Bekräftigung und Erfüllung dieser Grundsätze eingeschlagen hat, als wichtiges Glied im Kampfe für die Befreiung des internationalen Proletariats nach wie vor ihre Pflicht erfüllen wird. (Bravo!)

Es nehmen hierauf die ausländischen Delegierten zur Begrüßung des Parteitages das Wort.

Quelch-London hält folgende von Ledebour übersetzte Ansprache: Es ist nicht meine Absicht, hier auf innere Parteifragen Deutschlands einzugehen, die ja in jedem Lande von den Parteigenossen des Landes selbst für sich geregelt werden müssen. Mir kommt es darauf an, die großen, gemeinsamen Gesichtspunkte hervorzuheben, die uns verbinden in dem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. Wir haben Gelegenheit gehabt, in Deutschland die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Gebiete kennen zu lernen. Wir haben auf unserer Reise Gelegenheit gehabt, die außerordentliche Energie der deutschen Gewerkschaften zu sehen, wir haben ihre prächtigen Gebäude bewundert und freuen uns über diese Entwickelung. Wir

haben gleichzeitig, wie schon früher, die politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie studiert, und da kommt es mir vor allem darauf an, auf diejenige Frage einzugehen, die gemeinsam im Interesse der internationalen Sozialdemokratie von Parteigenossen aller Länder erledigt werden muß: die Sicherung des internationalen Friedens. (Beifall.) Wir haben in der letzten Zeit so viel gehört in allen europäischen Ländern, besonders in England und Deutschland, von der Kriegshetzerei. Ich brauche deutschen Parteigenossen nicht zu versichern, daß wir englischen Parteigenossen ebenso wie Sie mit aller Energie für die Aufrechterhaltung des Friedens eintreten. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um internationale Konflikte zwischen England und Deutschland im Keime zu ersticken. Denn wir sind uns wohl alle darüber klar: Wenn internationale Konflikte entstehen, wenn Kriege zwischen Völkern ausbrechen, so sind es nicht die Völker, die sie verursacht haben. Die Völker sind alle friedlich gesinnt in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit. Die Ursache solcher Kriege ist zu suchen bei den herrschenden Klassen. Man sagt mit Recht, daß wir in England ein demokratisches Verfassungsleben haben, daß in England das Volk in letzter Linie über seine eigenen Geschicke entscheidet. Das ist zutreffend, sofern man bloß die inneren Angelegenheiten des Landes in Betracht zieht; aber es trifft nicht zu in bezug auf die äußeren Angelegenheiten. Auch in England wird über den Kopf des Volkes hinweg durch die herrschenden Klassen, durch ihre Vertreter in der Regierung die Kriegshetzerei gefördert. Auch in England erfährt das Volk nicht alles, was es wissen müßte über den Gang der sogenannten auswärtigen Politik; auch in England werden durch die Diplomatie, durch die Kabinette hinter den Kulissen des öffentlichen Lebens die Fäden gesponnen, die unter Umständen zu Kriegen führen können. Eigentliche Kriegsparteien im wirklichen Sinne des Wortes gibt es in den europäischen Ländern nicht. Auch die bürgerlichen Parteien treten nicht als eigentliche Kriegsparteien auf. Aber wir wissen, daß es Interessenten gibt, Interessenverbände, die in allen Nationen auf den Ausbruch eines Krieges lauern, weil sie ihren Nutzen davon ziehen. Die Vertreter dieser Kriegsinteressen sind es, die gleich den Geiern über den blutigen Schlachtfeldern schweben, um aus dem Gemetzel, aus der Schlächterei ihre Beute zu erraffen, und gegen diese Kriegsinteressenten vorzugehen bei jeder Gelegenheit, haben wir nicht bloß jetzt, das haben wir im ganzen Laufe der Entwickelung stets für unsere Pflicht gehalten. Als der Burenkrieg auszubrechen drohte, haben wir englischen Sozialdemokraten von Anfang an unter großen Schwierigkeiten, entgegen der öffentlichen Meinung, gegen die Kriegshetzerei gewirkt; wäre damals das englische Volk unserem Rate gefolgt, so hätte sich das Sprichwort bewährt: Vorher gewarnt, ist vorher geschützt! Leider sind wir damals nicht durchgedrungen, erst nachher hat sich auch der Mehrheit des englischen Volkes die Ueberzeugung von der unglaublichen Torheit des Krieges aufgedrungen. Und auch in der letzten Zeit, als auch bei uns die Kriegshetzerei gegen Deutschland entstand, haben wir bei jeder Gelegenheit, wo irgendwo Komplikationen zu entstehen drohten, uns dagegen gewandt. Wir haben protestiert gegen die Entsendung der englischen Flotte nach Kronstadt, weil wir darin eine Demonstration gegen Deutschland sahen. Wir haben protestiert gegen die Reise des Königs Eduard nach Reval, wir haben protestiert gegen diesen Besuch nicht bloß deswegen, weil wir auch darin eine jener diplomatischen Machenschaften erblickten, die bis zu einem gewissen Grade gegen Deutschland gerichtet sind, sondern wir haben auch dagegen protestiert, daß der Vertreter des englischen Reiches sich so weit erniedrigte, die Hände des Zaren zu drücken, die noch triefen vom Blut seiner eigenen Untertanen. (Beifall.) Und, Parteigenossen, wenn wir in diesem Geiste handeln, wenn wir in diesem Geiste bei jeder Ge-

legenheit für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt haben, so fühlen wir uns bei dieser Friedensaktion nicht als Engländer, wie auch Ihr Euch bei solchen Gelegenheiten nicht als Deutsche fühlt; wir fühlen uns als internationale Sozialdemokraten, als Vertreter der Macht, die die künftigen Geschicke der Menschheit in ihren Händen trägt. Parteigenossen! Lassen Sie uns darauf hinwirken, daß die Beziehungen der Völker nicht mehr geregelt werden durch geheime Verträge der Diplomaten, durch geheime Abmachungen der einen Regierungen gegen andere, gegen andere Völker, sondern daß überall die Völker selber über ihre Geschicke bestimmen, daß sie in voller Offenheit ihre Beziehungen zueinander regeln, dann wird es dahin kommen, daß wirklich Frieden und Freundschaft unter den Völkern der ganzen Welt herrscht. (Lebhafter Beifall.)

Sanders-London: Werte Genossen und Genossinnen! Ich habe die Ehre, dem Parteitag die brüderlichen Grüße der englischen Labour Party, der Independant Labour Party und der Fabian Society zu überbringen. Diese drei englischen Organisationen beglückwünschen die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem schönen Erfolg bei den letzten Wahlen zum preußischen Landtag und zu dem unaufhörlichen Wachstum ihrer Bewegung. Gleichzeitig soll ich der aufrichtigen Dankbarkeit und Bewunderung Ausdruck verleihen für die Art, wie die deutsche Sozialdemokratie gegen die Versuche angekämpft hat, Feindschaft zwischen unseren beiden Völkern zu säen und einen Krieg zwischen Deutschland und England zu entfesseln. (Lebhafter Beifall.) Die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt, besonders aber die des englischen und des deutschen Volkes, sind auf das engste mit der Fortdauer des Friedens verknüpft, sie erheischen gebieterisch, daß internationale Streitigkeiten anders beigelegt werden als durch die Anwendung barbarischer physischer Kraft. Was die deutschen Sozialdemokraten hierzulande getan haben, um den Arbeitern die Wahrheit dieses Satzes klarzumachen, das wird die Labour Party auch in England fertigbringen. Sie wird mit der äußersten Energie alle Versuche bekämpfen, einen Krieg zwischen Deutschland und England als unvermeidlich hinzustellen. Schon jetzt hat sie zu diesem Zwecke Maßnahmen getroffen, die nicht ohne Erfolg geblieben sind. Je besser die organisierten Arbeiter der Welt einander kennen lernen, je genauer sie ihre Bestrebungen verstehen, um so schwieriger wird es für die Herrschenden werden, einen Krieg zu beginnen. Möge dieser Parteitag nicht nur zur Stärkung der sozialistischen Bewegung in Deutschland beitragen, sondern möge er auch das Band enger knüpfen zwischen den Arbeitern dieses Landes und anderer Länder, so daß sie Schulter an Schulter vorwärts schreiten auf ihrem Wege zum sozialistischen Ideal und zum dauernden Weltfrieden. Das ist der Wunsch, den ich von England hierher in das alte Nürnberg zu tragen habe. (Lebhafter Beifall.)

Winarsky: Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Schon auf dem 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine vor 40 Jahren waren Delegierte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung anwesend. Mit ihnen gemeinsam ist damals die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung und ihre Unabhängigkeit von der Bourgeoisie beschlossen worden. Seit dieser Zeit haben wir stets in enger Gemeinschaft mit der deutschen Bruderpartei gewirkt. Mit Bewunderung und Hochachtung haben wir den glänzenden Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie beobachtet, und auf allen Parteitagen haben wir von Euch gelernt. Auch dieser Parteitag wird uns Gelegenheit dazu geben, und wir haben das um so notwendiger, weil wir sehen, daß auch die bürgerlichen Parteien Oesterreichs von den bürgerlichen Parteien Deutschlands zu lernen suchen. Die Parole des Zusammenschlusses aller gegen die Sozialdemokratie wird auch in Oesterreich ausgegeben, und seitdem das neugewählte Parlament, für das wir in schweren Kämpfen eine größere Zahl von Sitzen errungen haben, zusammengetreten ist, haben wir auch eine mächtige Koalition aller bürgerlichen Parteien innerhalb des Parlaments gegen die Sozialdemokratie. Dieser Parteitag wird uns vor allem deshalb interessieren, weil wichtige taktische und organisatorische Fragen auf ihm erörtert werden. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen der Gegner wieder einmal zuschanden werden, wir sehen in der öffentlichen Behandlung dieser wichtigen Fragen nur einen neuen Beweis für die innere Stärke der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.) Uns interessiert besonders auch das Problem der Jugendorganisationen. Wir Sozialdemokraten in Oesterreich haben seit langen Jahren eine Jugendorganisation, die in enger Gemeinschaft mit der Partei arbeitet und von der Partei- und der Gewerkschaftskommission materiell und ideell unterstützt wird und mit der wir die besten Erfahrungen gemacht haben. Wir hoffen, daß diese wichtige Frage auch hier in Deutschland zum Wohle der Gesamtpartei nutzbringend gelöst werden wird. So haben wir seit 40 Jahren in enger Bruderschaft und Waffengemeinschaft gegen den gemeinsamen Feind trotz der trennenden Grenzen zusammengestanden, so wollen wir auch weiter mit Ihnen zusammenwirken. Wir hoffen neues zu lernen aus Ihrer Tagung und Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit in späterer Zeit zu finden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der österreichischen Sozialdemokratie den besten Erfolg zu Ihren Verhandlungen und begrüße Sie mit dem alten Parteikampfrufe: „Es lebe die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie." (Lebhafter Beifall.)

Huysmans-Belgien: Die belgische Arbeiterpartei schließt sich den Friedenskundgebungen unserer englischen und österreichischen Genossen an und begrüßt Sie brüderlich. Zwei Ereignisse haben die Politik unseres Landes in der letzten Zeit charakterisiert. Erstens die Wahlen und zweitens die Uebernahme des Kongostaates. In den Wahlen haben wir als einzige Partei gesiegt und haben zwei Mandate den Klerikalen abgenommen und drei den Liberalen. Unsere Mandatenzahl hat sich um 6 Proz. erhöht. In der Kolonialfrage haben wir mit einer Ausnahme im Sinne der Stuttgarter Resolution gehandelt. Belgien hat den Kongostaat annektiert, nicht weil Belgien das wollte, sondern weil die Großmächte und zwar England und die Vereinigten Staaten es wollten, und auch weil unser sehr verliebter, aber sehr wenig geliebter König (Heiterkeit und Sehr gut!) es zu bunt gemacht hat. England und die Vereinigten Staaten haben Belgien aufmerksam gemacht auf die Grausamkeiten im Kongostaat; Deutschland hat das leider nicht getan. (Hört, hört!) Wir haben im letzten Jahr die Mißwirtschaft Leopolds kennen gelernt. Gegenüber den Großmächten versprach er 1884 die Freiheit des Handels und was tat er? Er monopolisierte den Handel. Den Großmächten versprach er, den Schwarzen ein Vater zu sein, und was tat er? Er nahm die Peitsche und martyrisierte die Neger des Kongostaates. Weiter versprach er Belgien, daß man den Kongostaat unentgeltlich übernehmen kann, und was tat er? Er hat um 45 Millionen Trinkgeld. (Sehr gut!) Belgien hat also den Kongostaat nicht annektiert. Es ist der Kongostaat, welcher Belgien annektiert. Die Korruption im In- und Auslande haben sie auch kennen gelernt, sie haben gehört von den intrigierenden belgischen Konsuln in Deutschland, von den bestochenen Parlamentariern in Italien und auch von den Bussineßmen in den Vereinigten Staaten. Also ist Belgien hineingetrieben in den englisch-deutschen Gegensatz, und unsere sehr glückliche Neutralität ist dadurch sehr geschädigt worden. Neue Opfer müssen wir bringen für den Militarismus und vielleicht auch für den Marinismus. Aber wir werden weiterkämpfen mit Ihrer Unterstützung für die Entwickelung

unserer Macht. Wir nehmen zur Devise die Worte, die dort stehen: Trotzig kämpfen, nicht verzagen, kalten Blutes alles wagen. (Bravo!)

Genossin **Schönberg**-Rußland: Im Auftrage des ausländischen Komitees des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, Litauen und Polen überbringe ich dem Nürnberger Parteitage und damit der gesamten deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und Glückwünsche. Wir haben stets mit lebhaftestem Interesse alle Schritte der deutschen Bruderpartei verfolgt, ihre Kämpfe haben unseren Mut und unsere Energie gestählt. Das jüdische Proletariat hat zu leiden unter der wüsten nationalistischen Hetze, die von dem Schwarzen Hundert unter der offenen Billigung der Regierung veranstaltet wird. Schon kommt es in einigen Städten wieder zu Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, und wer weiß, ob nicht binnen kurzem das jüdische Proletariat wieder wird zu den Waffen greifen müssen, um sein Leben und seine Ehre zu verteidigen, deshalb läßt es aber seinen Mut nicht sinken, denn es weiß, es kommt die Stunde, wo die Revolution, die jetzt scheinbar zu Tode getroffen am Boden liegt, sich wie der Riese Antäus mit neuen Kräften erhebt und dem Zarismus den Gnadenstoß versetzen wird. Dieser Sieg der russischen Revolution wird der Sieg des Proletariats der ganzen Welt sein. Wenn über Rußland die goldene Morgenröte der politischen Freiheit aufsteigt, so ist es wiederum die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, zu der wir aufschauen werden, um aus ihren Kämpfen und ihren Siegen zu lernen. Möge dieser Sieg nicht mehr fern sein. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich habe dem Parteitag mitzuteilen, daß uns von der dänischen Sozialdemokratie in Kopenhagen sowie vom Zentralbureau der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei warme Begrüßungsschreiben zugegangen sind. Die russischen Genossen danken insbesondere für die Unterstützung, die ihnen die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den Zarismus hat zuteil werden lassen. Ferner ist wie immer ein Schreiben von unserem alten Genossen Leßner aus London eingegangen, der leider durch seinen körperlichen Zustand verhindert ist, selbst zu schreiben, es sich aber nicht hat nehmen lassen, durch eins seiner Familienmitglieder dem Parteitage seine Grüße und Wünsche zu übermitteln. Ferner sind Begrüßungen eingegangen aus dem 17. württembergischen Kreise, aus Ilmenau, aus Breslau usw. Ich danke all den Einsendern dieser freundlichen Begrüßungen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Den allgemeinen

Geschäftsbericht

erstattet Parteisekretär **Müller**-Berlin: Sie haben den ausführlichen gedruckten Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Partei im allgemeinen vor sich. Ich werde mich daher auf einige statistische Nachweise und Ergänzungen beschränken. Der Bericht ergibt, daß die Tätigkeit der Partei eine rege gewesen ist. Wenn die Zahl der Ausgänge im Bureau einen Rückgang erfahren hat gegen das Vorjahr, so liegt das daran, weil wir diesmal ein Geschäftsjahr von nur 11 Monaten hatten. Trotz der Krisis haben sich die Organisationsverhältnisse gebessert, wenn auch nicht ein gleicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen war wie im Vorjahre; er beträgt nur 10,7 Proz. gegen vorher 38 Proz. Nur mit 12 Wahlkreisen haben wir keine Verbindung. Besonders erfreulich ist, daß auch in der Zeit der Krise die Zahl der Wahlkreise zugenommen hat, die ihre Beiträge erhöht haben. Es erheben jetzt 66 Wahlkreise einen Beitrag von 10 Pf. wöchentlich resp. 40 Pf. monatlich. Die Beitragserhöhung ist notwendig, weil die Ausgaben der Organisationen immer mehr wachsen. Vor allem werden in vielen Wahlkreisen immer mehr Anforderungen für Bildungsbestrebungen gestellt, als das früher üblich war. Unsere Gegner, insbesondere der Reichsverband, behaupten immer, daß die sozialdemokratische Partei von den Mitgliedern Jahresbeiträge von 36,80 Mk., 52, ja sogar 66 Mk. erhebe. Demgegenüber wollen wir feststellen, wie gering eigentlich die Beiträge sind. Was das Organisationsverhältnis anlangt, sind in 26 Kreisen über 25 Proz. der Wähler organisiert. An der Spitze steht Leipzig-Land mit 41,7 Proz. Es folgt Hannover mit 39,5 Proz., Nürnberg mit 37,8 Proz., Erlangen mit 37,6 Proz., Pinneberg mit 36,9 Proz., Offenbach mit 36,6 Proz., Bremen mit 35,7 Proz., Hamburg III mit 33,4 Proz., Altona mit 33,2 Proz., Hamm-Soest mit 33 Proz., Westhavelland mit 32,5 Proz., Dresden-Land mit 30,7 Proz., Bielefeld mit 30,5 Proz., Verden mit 29,4 Proz., Harburg mit 29,2 Proz., Dresden-Rechts mit 28,3 Proz., Lübeck mit 28,1 Proz., ebenso Reuß j. L., Delmenhorst mit 27,9 Proz., Hamburg I mit 27,6 Proz., Hamburg II mit 27,4 Proz., Friedberg mit 26,9 Proz., Speyer mit 26,6 Proz., Meißen mit 26,1 Proz., Berlin VI mit 25,9 Proz. und Geestemünde mit 25,1 Proz. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß hier nur die großen Wahlkreise genannt sind. Selbstverständlich kann in kleinen Wahlkreisen mit sehr geringer Wählerzahl unter Umständen auch ein hoher Prozentsatz erreicht werden, der aber wenig beweisen würde. Die Zahl der Wähler läßt sich nicht absolut vergleichen mit der Zahl der Organisierten, weil unter diesen auch die unter 25 Jahren und die Frauen enthalten sind. Dadurch werden z. B. die Bezirke günstiger gestellt, in denen bereits früher Frauen organisiert werden konnten. Weiter haben wir statistische Auszüge gemacht über die Zahl der Organisierten in den einzelnen Wahlkreisen. Diese Statistik ist von Bedeutung, wenn wir über die Anträge auf Einführung des Proportionalwahlsystems beraten werden. Nach der Statistik haben wir 83 Wahlkreise unter 100 Mitgliedern, 41 Wahlkreise mit 100—200 Mitgliedern, 21 Kreise mit 200—300 Mitgliedern, 27 Kreise mit 300 bis 400 Mitgliedern, 18 mit 400—500, 10 mit 500—600, 9 mit 600—700, 12 mit 700—800, 11 mit 800—900, 6 mit 900—1000, 51 mit 1000—2000, 26 mit 2000—3000, 16 mit 3000—4000, 7 mit 4000—5000, ebenso viele mit 5000 bis 6000, 3 mit 6000—7000, 4 mit 7000—8000, 2 mit 8000—9000, 3 mit 9000 bis 10 000, 2 mit 10 000—11 000, 1 mit 13 000—14 000, 1 mit 14 000—15 000, 1 mit 19 000—20 000, 1 mit 20 000—21 000, 1 mit 21 000—22 000, 1 mit 23 000 bis 24 000 und 1 mit 25 000—26 000.

Die Agitation gegen das Reichsvereinsgesetz haben wir von vornherein mit den Gewerkschaften gemeinsam betrieben. Natürlich mußte die Agitation spezialisiert werden, weil unsere Genossen in Süddeutschland und den gemischtsprachlichen Gegenden sehr viel mehr von den neuen reaktionären Bestimmungen getroffen wurden, als die Genossen in Preußen und Sachsen. Es kam dazu, daß in einer Reihe von Bundesstaaten die Agitation auf die Wahlrechtsbewegung konzentriert werden mußte. Wir haben daher in diesem Falle nicht Versammlungen über ganz Deutschland an einem Tage angeregt. Es ist auch notwendig, daß nach dieser Richtung sich nicht eine Schablone einbürgert. In der nächsten Zeit wird es nun vor allem darauf ankommen, zu kontrollieren, wie das Reichsvereinsgesetz tatsächlich in Deutschland gehandhabt wird. Wir haben ja in dieser Richtung in der kurzen Zeit seines Bestehens schon die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht, ich erinnere vor allem an Breslau und Magdeburg, wo man die Versammlungen geschlossener politischer Vereine ebenso behandeln will wie Versammlungen, die als öffentliche politische Versammlungen nach dem Vereinsgesetz zu betrachten sind. Es muß den Behörden immer wieder klargemacht werden, wie nach den Erklärungen im Reichstag und den auf Grund dieser Erklärungen erlassenen Verordnungen das Reichsvereinsgesetz aufzufassen ist. Ich erinnere an die bekannte Verordnung, die

die Landräte in Preußen im Auftrage des Ministers des Innern erlassen haben, und in der es ausdrücklich heißt: „Es darf deshalb auch, soweit das Gesetz für ein behördliches Einschreiten gegenüber Vereinen und Versammlungen Raum läßt, ein solches doch niemals in kleinlicher und unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur dann eintreten, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich nötig ist, und nur in dem zur Erreichung dieses Zweckes gebotenen Umfang. Auch auf Umwegen soll das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden." Eine ähnliche Erklärung ist auch für Sachsen von dem Minister Hohenthal erlassen worden. Es wird deshalb Aufgabe der Fraktionen im Reichstag und den Landtagen sein, die behördlichen Organe, die sich um diese Erklärungen nicht kümmern, Spießruten laufen zu lassen.

Eine andere Frage, die noch nicht abschließend verhandelt werden konnte, ist die Frage der Organisierung der Land- und Waldarbeiter. Diese Arbeiter hat bisher der Verband der Fabrik- und Landarbeiter für sich reklamiert. Dagegen wurde seit längerer Zeit geltend gemacht, daß dieser Verband in den Fabriken, namentlich der chemischen Industrie, noch ein sehr großes Organisationsgebiet hat, so daß es ihm einfach unmöglich ist, auch noch die Organisierung der Landarbeiter vorzunehmen. Wir haben ja auf dem Gewerkschaftskongreß schon von Legien gehört, daß beabsichtigt ist, eine besondere Organisation der Land- und Waldarbeiter zu gründen, und inzwischen hat auch der Verbandstag der Fabrikarbeiter mit 75 Stimmen gegen 31 Stimmen beschlossen, daß er in Zukunft auf die Landarbeiter verzichtet und daß diese einer besonderen Organisation zugeführt werden sollen. Selbstverständlich wird auch ein besonderes Landarbeiterorgan gegründet werden. Daß diese Organisation vielfach anders zu behandeln ist als die übrigen Gewerkschaften, ergibt sich schon aus den besonderen gesetzlichen Verhältnissen, unter denen die Landarbeiter insbesondere in Preußen leben. Es ist erfreulich, daß wir uns von jetzt ab auch im preußischen Landtage der Landarbeiter ganz besonders werden annehmen können. Wir können uns der Erklärung des Vertreters der Generalkommission, Sabath, auf dem Verbandstage der Fabrikarbeiter nur anschließen, nach der die Gründung eines besonderen Landarbeiterverbandes höchst dringend ist. Partei und Gewerkschaften haben ein großes Interesse, diese Aufgabe gemeinsam im Interesse der Landarbeiter und im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu lösen. In einer ganzen Reihe von Orten sind bereits Verbindungen mit den Landarbeitern angeknüpft: es werden dort politische Organe schon von Landarbeitern gelesen, und das gemeinsame Arbeiten wird sicher die besten Früchte tragen.

Wir haben weiter im Bericht darauf hingewiesen, wie bei den preußischen Landtagswahlen Partei und Gewerkschaften in innigster Fühlung gestanden haben, und daß wir der Gewerkschaftspresse eine Reihe von Artikeln zur Verfügung stellten, in denen auf die Bedeutung hingewiesen wurde, die diese preußischen Landtagswahlen insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung hatten. Es waren 6 Artikel allgemeinen Charakters und einer, der ganz besonders für die Bauberufe zusammengestellt war. Diese Artikel fanden insgesamt 159 Nachdrucke. 57 Gewerkschaftsblätter haben Artikel über die Bedeutung der preußischen Landtagswahlen gebracht.

Auch in bezug auf die Parteischule sind wir neuerdings mit den Gewerkschaften in Beziehung getreten. Die Darstellung in der Presse über eine Vereinbarung mit der Generalkommission ist nicht ganz richtig, schon weil diese nach ihren Satzungen und Mitteln dazu nicht in der Lage war. Die Zuweisung von Gewerkschaftern erledigen die einzelnen Zentralverbände. Wir haben der Generalkommission erklärt, daß wir bereit sind, einzelne Sitze auch an Mitglieder der Gewerkschaften zu überweisen, und so werden wir auf dem am 1. Oktober beginnenden Kursus je einen Vertreter des Bergarbeiter- und Maurerverbandes begrüßen können, und zum nächsten Jahre hat uns der Transportarbeiterverband die Zuweisung von einem oder mehreren Kollegen zugesagt, so daß wir hoffen, daß auch in bezug auf die Parteischule eine innigere Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden wird. Die Unterhaltungskosten für die Familie der Parteischüler werden nicht mehr von der Zentrale, sondern von den Bezirken getragen werden; natürlich werden Bezirke mit geringeren Mitteln Zuschüsse erhalten. Die Parteischule ist kritisiert worden. Es ist aber gar nicht daran zu denken, sie etwa eingehen zu lassen. (Sehr richtig!) Das kritische Material und die Erfahrungen genügen in keiner Weise, um irgendeine Aenderung eintreten zu lassen. Es ist eine bessere Auswahl der Schüler empfohlen worden. Aber wie geschieht denn die Auswahl? Zunächst durch Vorschläge der einzelnen Agitationsbezirke, die dort geprüft sind; dann wird ein Ausschuß des Lehrerkollegiums eingesetzt, der das eingesandte Material prüft und für die engere Auswahl Vorschläge macht; dann erfolgt eine erneute Prüfung nach der Richtung, daß die einzelnen Bezirke Deutschlands in der Parteischule Vertretung finden. Wir wollen in keiner Weise etwas gemein haben mit der Art und Weise, wie der Reichsverband seine Agitatoren heranzieht, dessen Rednerschulen ja nichts als ein verschlechterter Abklatsch der München-Gladbacher Jesuitenschule sind, nur in das Evangelische übersetzt. Gewiß wäre für viele, ja die meisten Schüler ein einjähriger, statt des halbjährigen Kursus sehr gut; aber auch in einem ganzen Jahre läßt sich all das notwendige Wissen nicht beibringen; worauf es ankommt, ist, dem Schüler die Methode des Denkens und Arbeitens beizubringen, damit er, wenn er in seinen Beruf zurückkehrt oder ein Parteiamt bekleidet, sich selbst weiterhelfen kann. Wir haben in der letzten Zeit infolge einer Enquete gehört, wie die einzelnen Schüler über die Erfahrungen auf der Parteischule denken. Aber wir haben ja da ein besseres Material; wenn der Kursus zu Ende ist, halten Mitglieder des Parteivorstandes ohne Hinzuziehung der Lehrer eine gemeinsame Sitzung mit den Schülern ab, in der die Schüler ihr Herz ausschütten und in der protokolliert wird, was der einzelne an Aenderungen für nötig hält. Die Aussicht, etwa jedem nach Abschluß des Kursus eine Stelle in der Partei zu geben, können wir nicht gewähren, schon weil die meisten Stellen in der Partei durch die örtlichen und Bezirksorganisationen besetzt werden. Aber von den 64 Schülern der ersten beiden Kurse sind heute schon zwei Drittel in festen Anstellungen in der Partei oder in den Gewerkschaften. An der Parteischule nehmen ja auch eine Reihe von Agitatoren teil, die einen bürgerlichen Beruf haben, selbständig sind und gar keine Parteistelle wollen.

Nach Abschluß des Berichts ist auch das vom Essener Parteitag beschlossene Preßbureau am 15. Juni in Kraft getreten. Die kurze Zeit seines Bestehens hat schon seine Notwendigkeit bejaht. Insbesondere hat die kleinere Parteipresse mehrfach ihre Befriedigung über das Arbeiten des Bureaus ausgesprochen. Gewiß ist noch vieles besser zu machen und nachzuholen mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse bei der großen, der mittleren und kleinen Parteipresse. Für die Uebernahme auch der telephonischen Nachrichten auf die Generalunkosten des Bureaus müssen erst noch weitere finanzielle Erfahrungen gemacht werden; die Kosten sollen ja zum Teil auf die Parteiblätter repartiert werden. Ebensowenig war es bisher möglich, den gewerkschaftlichen Dienst einzuführen. In der Kontrolle der Pressegeschäfte haben wir einen Schritt vorwärts getan; mit der Revision der Geschäfte im westlichen Industriegebiet ist Genosse Heinrich betraut. Wir denken ähnlich auch in anderen Bezirken vorzugehen.

Ein Jahr intensiver Arbeit liegt hinter uns. In den einzelnen Bundesstaaten hatten wir Wahlrechtskämpfe. Der preußische Landtagswahlkampf hat bewiesen, was zu erreichen ist, wenn die Organisation gut ist und zielbewußte Kleinarbeit geleistet wird. 1908 sind in Berlin allein mehr Stimmen für uns abgegeben worden, als 1903 in ganz Preußen. (Hört! hört!) Selbstverständlich ist mit den Wahlen die Wahlrechtsbewegung nicht beendet. Wir werden auf diesem Gebiete noch viel Arbeit zu leisten haben. Natürlich dürfen wir darüber die anderen großen Aufgaben der Partei nicht vernachlässigen. Sie können sicher sein, daß auch das neue Jahr ein Jahr sein wird, in dem es für uns keine Ruhe gibt. (Beifall.)

Ich komme nun zu den Vorschlägen über die Frauenorganisation. Diese Vorschläge sind zunächst nur als Provisorium zu betrachten, eine endgültige Regelung wird erfolgen, wenn sich der Parteitag mit der Revision des Organisationsstatuts befassen wird, was ja voraussichtlich schon in dem nächsten Jahre geschieht. Ich kann mich in dieser Beziehung kurz fassen, weil ja bereits die Frauenkonferenz den vereinbarten Vorschlägen die Zustimmung erteilt hat, ich beziehe mich da auf die trefflichen Ausführungen der Genossin Zietz, die Ihnen ja durch die Presse bekannt sind. Wir haben bisher schon in einer Reihe von Bundesstaaten die Möglichkeit gehabt, die Frauen der Organisation einzugliedern. Und da, wo diese Möglichkeit durch das Gesetz beschränkt war, verstanden die Frauen, sich der losen Organisation so gut anzupassen, daß man mit Recht sagen kann, sie haben auf die reaktionären Bestimmungen gepfiffen und getan, was im Interesse der Frauenbewegung im besonderen notwendig war. (Sehr richtig!) Das Vereinsgesetz bedeutet ja nur einen unwesentlichen Fortschritt nach dieser Richtung, es ist bekanntlich nur deshalb zustande gekommen, weil es den Agrariern nicht mehr paßte, alljährlich ohne ihre Frauen die Vorstellungen des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch zu besuchen. (Heiterkeit.) Wir schlagen zunächst vor, daß keine Sonderorganisationen der Frauen gegründet werden sollen. Wir halten das für selbstverständlich, die deutsche Sozialdemokratie steht ja seit langem auf dem Standpunkt, daß vor allem die Einheitlichkeit der Bewegung notwendig ist. Frauenbildungsvereine sollen nur dort als Ausnahmen bestehen bleiben können, wo die Genossinnen des Ortes mit den Genossen dies wünschen. Aber die Mitgliedschaft in solchen Bildungsvereinen darf unter keinen Umständen einen Ersatz für die Zugehörigkeit zur Organisation bilden, in erster Linie sind die Frauen verpflichtet, der Wahlkreisorganisation beizutreten. Es liegt kein unbedingtes Bedürfnis vor, alle Frauenbildungsvereine unmöglich zu machen. In einer ganzen Reihe von Orten haben die Bildungsvereine ausgezeichnetes zur Aufklärung der Frauen geleistet und deshalb ist das Beibehalten dieser Vereine empfehlenswert, aber dringend muß daran festgehalten werden, daß die Frauen in diesen Vereinen nur diskutieren, daß sie sich über die Probleme des Sozialismus aufklären, aber unter keinen Umständen in Sachen der Organisation bindende Beschlüsse hier fassen können. Wir schlagen ferner vor, daß die Beiträge für die Frauen niedriger sein können als für die Männer. Man hat daraus gefolgert, daß dadurch Sonderrechte für die Frauen statuiert werden. Ich halte diesen Vorwurf für unberechtigt. In erster Linie haben wir die Frauen in Massen zur Organisation heranzuziehen, und wir haben ja auch bei der Beratung der Beiträge für die Frauen in letzter Zeit in einer ganzen Reihe von Organisationen die Erfahrung gemacht, daß tatsächlich die Beiträge niedriger festgesetzt sind, als die Frauen es selbst wollen. Es besteht zweifellos ein Bedürfnis, die Möglichkeit niedrigerer Beiträge für die Frauen zu schaffen. Es sollen dann entsprechend ihrer Zahl die weiblichen Mitglieder im Vorstand vertreten sein, zum mindesten aber soll eine Genossin dem Vorstand angehören.

Ich halte das für selbstverständlich. Wir wollen dadurch einen Ersatz schaffen für die Vertrauenspersonen, wir müssen im Vorstand Frauen haben, die in Fühlung bleiben mit der Gesamtheit und die das Notwendige tun, um bei der Agitation der Eigenart der Frauen Rechnung zu tragen. Es ist gesagt worden, daß dieser Passus teilweise undurchführbar sei, weil es eine Reihe von Orten gibt, wo Genossinnen nicht vorhanden sind, die dem Vorstand angegliedert werden können. Die Frage braucht uns nicht zu berühren. Wir haben den Grundsatz aufzustellen, was zu geschehen hat; wo keine Frauen sind oder wo sich keine Frauen bereiterklären, in den Vorstand einzutreten, da können selbstverständlich keine gewählt werden.

Absatz 5 unserer Vorschläge legt fest, daß die Frauen die für die Frau notwendige Agitation gemeinsam mit dem Gesamtvorstand der Vereine zu betreiben haben. Selbstverständlich muß der Gesamtvorstand die Gelder zur Agitation bewilligen, eine getrennte Kassenführung ist nicht mehr gestattet. Gegen Absatz 6, der zunächst Bezug nimmt auf die Frage der Delegationen, hat sich Widerspruch erhoben. Ursprünglich hatten die Frauen das Recht, besondere Delegierte zu dem Parteitage zu wählen. Dies Recht wurde ihnen auf dem Berliner Parteitage auf Antrag der Genossin Baader genommen, aber auf Grund der Erfahrungen wurde die Bestimmung auf dem Frankfurter Parteitag wieder eingeführt, und auch bei der Beratung des Organisationsstatuts in Mainz und Jena hat man die Sonderbestimmung stehen lassen. Die ganzen Vorschläge sind als Provisorium zu betrachten, es wird sich ja zeigen, inwieweit bei der Neuregelung des Organisationsstatuts eine Aenderung Platz zu greifen hat. Wenn durch das Proportionalwahlsystem die Vertretung überhaupt anders geregelt wird, dann wird es natürlich nicht notwendig sein, besondere Rechte für die Frauen zu statuieren. Sollte die Praxis etwa ergeben, was wir nicht wünschen wollen, nämlich, daß Frauen in bezug auf die Delegation nicht zu ihrem Recht kommen, dann wären wir ja immer noch in der Lage, besondere politische Frauenschutzbestimmungen einzuführen (Heiterkeit), die es den Frauen ermöglichen, unter allen Umständen auf Parteitagen vertreten zu sein. Ziffer 6 bestimmt, daß das Zentralbureau der Frauen bestehen bleiben soll. Auch das empfehlen wir aus Zweckmäßigkeitsgründen. Das Bureau hat bereits Fühlung mit den meisten Wahlkreisen, und es liegt noch keine Veranlassung vor, daß sich der Gesamtvorstand der Partei in seinen Sitzungen mit allen Einzelheiten der Frauenagitation befaßt; wichtige Angelegenheiten muß er natürlich in der Gesamtheit erledigen. Das ist schon deshalb selbstverständlich, weil ja auch in der Zentralkasse keine getrennte Kassenführung vorgesehen ist, sondern weil die Bewilligung der Mittel durch den gesamten Parteivorstand zu erfolgen hat. Die Bestimmung, daß die Vertreterin der Genossinnen im Zentralbureau dem Parteivorstand angegliedert werden soll, ist mißverstanden worden. Das ist nicht etwa so auszulegen, daß aus dem Bureau eine Frau zu den Sitzungen des Parteivorstandes delegiert wird. Die Frauenkonferenz hat ja beschlossen, daß zwei Genossinnen mit gleichen Rechten in das Zentralbureau der Genossinnen hineinkommen sollen, die in Zukunft die Frauenagitation für Deutschland zu betreiben haben. Wir wünschen auch, daß diese Genossin vom Parteitag gewählt werden soll. Sache des Parteitages ist es, selbst zu entscheiden, wen er wählen will, er ist souverän, aber die Wahl soll nicht auf Grund eines indirekten Wahlmodus erfolgen. Keine Bestimmungen sieht unser Vorschlag vor, über die Frage des Weiterbestehens der Frauenkonferenzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Frauenkonferenzen auch in Zukunft abgehalten werden, sie haben sich durchaus bewährt, und es geht nicht an, daß der Parteitag der Gesamtpartei mit diesen Detailfragen der Frauen befaßt wird, denn sonst würde es dahin kommen,

daß wir entweder länger als eine Woche tagen oder aber den ganzen Parteitag nur mit geschäftlichen Angelegenheiten belasten müssen, und das liegt doch gewiß nicht in dem Interesse der Partei. Mit Rücksicht darauf, daß die Frauenkonferenz sich mit den Vereinbarungen einverstanden erklärt hat, und mit Rücksicht darauf, daß es sich nur um ein Provisorium handelt, können wir den Vereinbarungen sehr wohl zustimmen, bis eine endgültige Regelung erfolgt. (Sehr richtig!)

Nun zur Frage der Jugendorganisation. Ein Antrag wünscht freilich, daß wir aus taktischen Gründen diese ganze Frage nicht behandeln. Ich glaube aber, daß es nicht nötig ist, von einer Behandlung der Frage abzusehen, wenn ich es auch für unbedingt erforderlich halte, sie einer Kommission zu überweisen, die dem Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Allerdings erscheint es mir nicht angängig, auf alle Fragen einzugehen, die in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Frage der Jugendorganisation in der Parteipresse erörtert worden sind. Sie wissen alle, daß unsere Jugendorganisationen in Deutschland keine Gründungen der Partei oder der Gewerkschaften sind. In dem Bericht, der seinerzeit der ersten Jugendkonferenz der Jungen Garde zugestellt ist, ist ja auch ausgesprochen, daß man erwartet hätte, daß der Parteitag in Bremen der Frage der Gründung von Jugendorganisationen näher treten wird, daß er es aber nicht getan hat, und kurz nach dem Bremer Parteitag sind Jugendorganisationen gegründet worden, aus der Jugend heraus unter Anteilnahme einer Reihe erwachsener Genossen, die sich dafür interessieren, die aber nicht im Auftrage der zuständigen Instanzen handelten. Im September 1904 wurde die Junge Garde gegründet, in Offenbach war schon ein Jahr vorher die Gründung eines Jugendvereins erfolgt, und bald darauf wurden auch in Berlin Jugendorganisationen gegründet. Aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ergab es sich, daß diese Organisationen in Norddeutschland unpolitisch, in Süddeutschland politisch waren. Der Parteivorstand hat ihnen gegenüber eine abwartende Stellung eingenommen. Es ist zwar behauptet worden, daß die Art und Weise, wie die Frage behandelt wurde, in Widerspruch steht mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Paris und Stuttgart. Das ist nicht der Fall. Auch im Ausland haben wir lose Jugendorganisationen, und es ist noch niemand eingefallen zu behaupten, daß diese in Widerspruch zu den Beschlüssen der internationalen Kongresse stehen. Auch der Essener Parteitag hat ja einen Beschluß gefaßt, der sich prinzipiell mit der Frage der Jugendorganisationen befaßt und der zunächst die intensivere Betreibung der Schaffung von Jugendorganisationen verlangt. Wir haben keine Veranlassung genommen, diesen Beschluß sofort auszuführen, wir hätten es nicht verantworten können, in einem Moment, wo das Reichsvereinsgesetz bereits in der Schwebe war, wo die Reaktion bereit war, jede Jugendorganisation unmöglich zu machen, in einem solchen Moment eine intensive Agitation zur Schaffung von Jugendorganisationen einzuleiten. Der Antrag war aber auch noch nach anderer Richtung hin undurchführbar. Wir waren nicht in der Lage, offizielle Agitatoren hinauszuschicken, um Jugendorganisationen zu gründen. Denn dann wäre auch der dümmste Staatsanwalt imstande gewesen, zu konstruieren, daß es sich um politische Agitationen handelt. Wir haben nicht geglaubt, daß ein taktisch so unkluger Antrag vom Parteitag angenommen wird. (Sehr richtig!) Auch über die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften sind Unrichtigkeiten verbreitet. Von einem Geheimkonventikel der Gewerkschaftsvorstände kann gar keine Rede sein, der Parteivorstand war zu der Sitzung der Zentralvorstände eingeladen, er hatte auch ein Mitglied dorthin delegiert. Wir waren vollkommen informiert über das, was dort vorging. Andererseits kann man es doch den Gewerkschaften

aus Gründen der Gewerkschaftstaktik nicht zumuten, über alles, was in den Konferenzen der Zentralvorstände beraten wird, der Oeffentlichkeit Mitteilung zu machen. (Sehr richtig!) Ich habe schon auf der Darmstädter Konferenz der Jungen Garde erklärt, daß wir im Prinzip in dieser Frage mit der Generalkommission einverstanden waren. Aber ich stelle ausdrücklich fest, daß eine Uebereinstimmung tatsächlich erst erfolgt ist, nachdem das Reichsvereinsgesetz angenommen war. Wenn wir auch im Prinzip einig waren, so haben wir uns doch erst am 24. April 1908 auf gemeinsame Grundsätze festgelegt. Wir hatten aus taktischen Gründen vereinbart, daß, wenn das Reichsvereinsgesetz noch nicht erledigt wäre, auch der Gewerkschaftskongreß über die Abmachungen nicht verhandeln sollte. Auch aus der Bekanntgabe unserer Stellung kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Am 24. April erfolgte die Zustimmung, und bereits acht Tage später auf der außerordentlichen Generalversammlung der Jungen Garde in Darmstadt gab Robert Schmidt im Auftrage der Generalkommission und ich im Auftrage des Parteivorstandes Erklärungen ab. Wir haben damals bereits gar keinen Zweifel über die Stellung des Parteivorstandes gelassen. Wenn uns von der „Leipziger Volkszeitung" der Vorwurf gemacht ist, wir hätten hinter dem Berge gehalten, so ist das nur dadurch zu erklären, daß die Redaktionen selbst unserer großen Blätter so schwach besetzt sind, daß so etwas mal in der Hitze passieren kann. Sie wissen ja, daß selbst die „Leipziger Volkszeitung" im vorigen Jahre monatelang einen akademischen Redakteur zur Erweiterung ihres Redaktionsstabes gesucht hat. Doch nicht etwa, damit Genosse Lensch einen satisfaktionsfähigen Kollegen hat (große Heiterkeit), sondern aus Mangel an Kräften. In bezug auf unsere Haltung gegenüber den Jugendorganisationen kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Parteivorstand und Generalkommission haben alles getan, was getan werden konnte. Nachdem durch das Reichsvereinsgesetz eine neuer Rechtszustand geschaffen war, mußten natürlich die vorhandenen Jugendorganisationen dazu Stellung nehmen. Daraus, daß die norddeutschen Organisationen unpolitisch waren, ergab sich, daß sie keine Veranlassung hatten, irgendwelche Aenderungen eintreten zu lassen. (Sehr richtig!) Die süddeutschen Jugendorganisationen dagegen waren ausgesprochen politische Organisationen, sie unmöglich zu machen, war ja der Zweck der neuen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, und es war ganz selbstverständlich, daß ich auf der Darmstädter Konferenz erklärte, daß politische Jugendvereine unmöglich sind, und daß wir deshalb auf anderem Wege suchen müßten, die Jugend in sozialistischem Geiste zu erziehen und sie über das Wesen des Sozialismus aufzuklären. (Sehr richtig!) Der Vorwurf, daß die Junge Garde vor der Reaktion zurückgewichen ist, trifft nicht zu, sie hat die richtigen Konsequenzen aus dem Reichsvereinsgesetz gezogen, als sie sich auflöste. Sie hat sich damit dem bestehenden Rechtszustand angepaßt. (Sehr richtig!) Es ist gesagt, die Junge Garde hätte nicht ohne Kampf ihre Position aufgeben dürfen. (Sehr wahr!) Mit Recht ist bereits erwidert, daß es mit unserem Verantwortlichkeitsgefühl sehr schlecht bestellt sein müsse, wenn wir die Junge Garde in einen Kampf mit der Polizei und den Gerichten hineinziehen wollten. (Sehr gut!) Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß die Rechtsverhältnisse unter dem neuen Vereinsgesetz viel schlimmer liegen als früher. Nicht nur der Vorstand, der Jugendliche aufnimmt, wird in Zukunft bestraft, sondern es kann auch jeder Jugendliche unter 18 Jahren, der einem Verein angehört oder eine politische Versammlung besucht, bestraft werden. Dazu kommt, daß in einer ganzen Reihe von Städten, besonders in Berlin, fortwährend Versuche gemacht werden, unsere Organisationen zu bespitzeln. Sie können sich also denken, wie es den Jugendlichen gehen würde, und schon deshalb müssen wir uns

darüber klar sein, daß Politik in solchen Vereinen nicht getrieben werden darf. Unsere Resolution, die sachlich mit der des Gewerkschaftskongresses übereinstimmt, ist mißverstanden worden. Es wurde so hingestellt, als ob der Parteivorstand geneigt sei, die gewerkschaftlichen Fachabteilungen als Ersatz für die früheren selbständigen Jugendorganisationen anzusehen. Davon kann gar keine Rede sein. Die gewerkschaftlichen Fachabteilungen müssen hier ganz ausscheiden. Sie haben ganz andere Aufgaben. Wir haben ja auch nur bei ganz wenig Gewerkschaften Fachabteilungen, nur da, wo die besonderen Verhältnisse sie bedingen. Die meisten Gewerkschaften denken gar nicht an die Gründung von Fachabteilungen, sie sind auch nicht dazu verpflichtet. Unserer Meinung nach darf die Jugend nicht nach Berufen getrennt sein, sondern im Interesse der Entwickelung des Klassenbewußtseins muß die Jugend aller Berufe an einem Ort gemeinsam den Bildungsbestrebungen zugeführt werden. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß irgendwie die Jugend durch unsere Bildungsbestrebungen mit dem politischen Tageskampf in Berührung kommt, politische Probleme müssen ausgeschaltet werden. Wir beabsichtigen vielmehr, im Sinne unserer Weltanschauung den Bildungstrieb der Jugendlichen zu fördern und die Lücken in ihrer Schulbildung auszufüllen. Wir haben z. B. das wieder auszuschalten, was den Jugendlichen an byzantisch verfälschter Geschichte gelehrt wird, wir haben im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung die Jugendlichen zu unterweisen, wir haben ihnen in bezug auf religiöse Probleme näher zu treten, weil ja gerade auf diesem Gebiete unendlich viel gesündigt wird. Ich erinnere nur an den Satz: Jesum Christum lieb haben, ist mehr als alles Wissen. Wir haben ferner die Naturwissenschaften in das Bereich der Erörterungen zu ziehen, wir haben die Jugend über Verfassungsfragen und volkswirtschaftliche Fragen aufzuklären. Daneben darf auch die körperliche Pflege der Jugend nicht vernachlässigt werden. Am meisten erörtert in den großen Diskussionen der letzten Zeit ist die Frage der besonderen Jugendorganisationen. Aus Absatz 5 der Resolution folgerte man, daß jede selbständige Regung der Jugendbewegung unterdrückt werden sollte. Davon ist keine Rede. Niemand denkt daran, etwa die Arbeiterjugend unter Kuratel zu stellen, sie schulmeistern zu wollen. Wir müssen aber immer im Auge behalten, daß in allen Fragen, bei denen die Jugend organisatorisch herangezogen werden kann, immer das politische Moment ausgeschaltet und immer das Bildungselement in den Vordergrund gestellt werden muß. Daher sind alle die Vergleiche, nach denen man der Jugend in der sozialdemokratischen Partei weniger Bewegungsfreiheit geben wolle, als selbst die Christlichen, besonders die Katholischen, angeblich ihren Jugendorganisationen geben, ganz hinfällig. Als ich das gelesen habe, habe ich mir gesagt: Heiliger Nepomuk! Wenn es uns einfiele, der Jugend selbst in der losesten Organisationsform so wenig Bewegungsfreiheit zu geben wie die katholische Kirche, welcher Sturm würde da losgehen! Die katholische Kirche denkt ja gar nicht daran, irgendwie der Jugend Selbständigkeit zu geben. Man braucht nur die Grundsätze zu lesen, die an die Präsides übermittelt werden, und die Mahnungen an die Meister zu hören, die sich um das Wohl der Lehrlinge und Gesellen kümmern sollen. Dann ist gesagt worden: selbständige Organisationen sind deshalb notwendig, weil sie das beste Erziehungsmittel sind, das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen zu stärken, Persönlichkeiten zu erziehen und Charaktere zu entwickeln. Das beruht zum Teil auf Uebertreibung. Es kommt vielmehr auf den Geist an, der in den Organisationen herrscht, als auf die Form. Die sozialdemokratische Partei hat ohne feste Organisationen das Sozialistengesetz überwunden und auch in der losesten Organisationsform Charaktere erzogen und Idealismus in die Herzen ihrer

Anhänger verpflanzt. Das wird bei der empfänglicheren Jugend erst recht möglich sein.

Vor allem ist der Absatz 5 unserer Vorschläge, die auch die Zustimmung der Generalkommission gefunden haben, so aufgefaßt worden, als ob das Wort „besondere Jugendorganisationen" die Selbstverwaltung der Jugend vollständig ausschließen solle. Das ist damit durchaus nicht gesagt. Es soll nur gesagt werden, daß die Jugend sich nicht ziellos selbst überlassen werden soll. Die Hamburger Genossen haben, während die Parteigenossen sich darüber stritten, das Problem eigentlich praktisch schon längst gelöst. Sie haben eine im gewissen Sinne mustergültige Organisation eingerichtet und zugleich eine Form, die durchaus im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen steht und unsere Absichten trifft, und da heißt es im § 5 an der Spitze: „Den jungen Leuten soll die Selbstverwaltung ihrer Organisation möglichst vollständig überlassen werden." Auf die Hamburger Organisation hat ja auf dem Gewerkschaftskongreß Robert Schmidt in seinem Schlußwort auch schon ausdrücklich Bezug genommen. Mit dem Wort „besondere Jugendorganisationen" soll nur ausgesprochen werden, daß wir eine autonome Jugendorganisation nicht haben wollen. (Sehr richtig!) Aber damit komme ich auch gleich auf die Schwierigkeit des Problems. Es kann gar nicht die Rede davon sein, daß Partei und Gewerkschaften unter den bestehenden gesetzlichen Verhältnissen irgendwie sich Organisationen der Jugend angliedern. Eine solche Organisation mit größtmöglicher Selbstverwaltung kann nur angegliedert werden an Bildungsorganisationen, die einen ganz ausgesprochen unpolitischen Charakter haben. In Hamburg haben wir solche Bildungsorganisationen, auch in Leipzig und Dresden; in Berlin haben wir die Arbeiterbildungsschule und werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit einen Bildungsausschuß bekommen, wie ja überhaupt eine Bewegung im Gange ist, möglichst überall solche unpolitischen Bildungsausschüsse hervorzurufen.

Vor allem muß selbstverständlich in bezug auf die Altersgrenze Vorsorge getroffen werden. Die Resolution besagt darüber nichts, die ganze Frage wird ja einer Kommission überwiesen werden. Wir stimmen wohl alle dem zu, was auf der Generalversammlung der Jungen Garde gesagt ist: Wenn die Jugend das 18. Jahr erreicht hat, hat sie die Pflicht, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen (Zustimmung), der gewerkschaftlichen auch schon vor dem 18. Jahre, soweit sie organisationsfähig ist. Nun erwarte ich ja ganz bestimmt, daß die bestehenden Vereine, soweit sie sich nicht wie die süddeutschen aufgelöst haben, sich den Verhältnissen anpassen und keinen Widerstand leisten werden. Ich kann erklären, daß selbst, wenn das nicht der Fall sein sollte, weder vom Parteivorstand noch von der Generalkommission irgendwelcher Versuch gemacht werden wird, etwa der Jugendorganisation das Genick zu brechen. Ich betone das gegenüber den Preßerörterungen der letzten Zeit, als ob es sich um eine Erdrosselung, eine Abwürgung von Partei wegen handele. Selbstverständlich müssen wir neben diesen Bildungsbestrebungen auch für die politische Aufklärung der Jugend sorgen. In den Vereinen kann es nicht geschehen, deshalb ist es notwendig, unter allen Umständen in den einzelnen Städten, wie es die Resolution verlangt, Agitationskomitees einzurichten. In der Begründung des Vereinsgesetzes motivierte die Regierung die Nichtaufnahme einer Bestimmung über die Jugendlichen damit, daß es auch auf anderem Wege möglich sei, an die Jugend heranzukommen. Diesen Beweis wollen wir allerdings liefern. Vor allem werden diese Komitees sich zu befassen haben mit der wichtigen Frage der Agitation für die künftige Zeitung für die jungen Arbeiter. Dieses Blatt muß die politische Aufklärung der Jugend betreiben, das Notwendige über den Sozialismus in einer Form

sagen, die der Jugend zugänglich ist, besonders auch in bezug auf das Wesen des Militarismus, die Zusammenhänge von Militarismus und Kapitalismus.

Selbstverständlich wird sich die Aufklärung der Jugend nicht beschränken auf die Jugend von 14 bis 18 Jahren, sondern wir werden auch die Jugendlichen von 18 bis 20 Jahren in den Wahlvereinen aufklären müssen. Wir haben jetzt bereits auf beide bestehende Jugendorgane zirka 20 000 Abonnenten. Es wird leicht sein, wenn ein solches Blatt gegründet wird, in ganz Deutschland dafür eine Abonnentenzahl zu finden, die sich vor dem Ausland nicht mehr zu verkriechen braucht. Es ist in der Resolution auch Bezug genommen auf den Lehrlingsschutz. In dieser Frage wollen ja Gewerkschaften und Jugendorganisationen ohne Differenzen gemeinsam arbeiten. — Die Zahl der bisher organisierten Jugendlichen ist freilich noch verhältnismäßig gering.

Wir haben nach der letzten Gewerbezählung im Jahre 1895 nahezu 3 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbstätig gehabt im Alter von 14 bis 18 Jahren. In den evangelischen Jünglingsvereinen sind etwa 120 000 Jünglinge organisiert und in den katholischen zirka 200 000 bis 240 000. Gegenüber dieser großen Zahl nimmt sich unsere Jugendbewegung noch ziemlich gering aus mit ihren etwa 10 000 bis 12 000 Organisierten. Wir haben alles Interesse daran, möglichst einmütig und einheitlich in dieser Frage der Organisierung der Jugendlichen vorzugehen; sie wird nur zweckmäßig gelöst werden können, wenn Partei und Gewerkschaften Hand in Hand gehen. Zum Beispiel sind uns die konfessionellen Bildungsvereine noch weit voraus in bezug auf die Beschaffung von Lokalen, in denen sich die Jugendlichen im Winter treffen können. Hier müssen noch sehr viel Kosten aufgewendet werden, wenn wir gleichwertiges schaffen wollen. Auch ein gut geleitetes Jugendorgan als Agitationsmittel wird wahrscheinlich in den ersten Jahren größere Zuschüsse erfordern. Ich kann deshalb nicht annehmen, daß sich ein großer Widerstand gegen diese gemeinsamen Abmachungen von Partei und Gewerkschaften, wie ich sie dargelegt habe, geltend machen wird. Sie werden mit mir darin einig sein, daß wir vermeiden müssen, auf diesem Gebiete Differenzpunkte zu schaffen. Es darf nicht so kommen, daß, wenn der Parteitag über die Frage der Jugendorganisationen beschließt, dann die Gewerkschaften sagen können: Das paßt uns nicht, wir werden abseits stehen und uns um die ganze Sache nicht kümmern. Nein, Partei und Gewerkschaften haben das größte Interesse daran, daß diese Frage gemeinsam gelöst wird in einer Weise, die sowohl Partei wie Gewerkschaften befriedigt. Wenn Sie in diesem Sinne die Abmachungen, die wir getroffen haben, besiegeln, dann werden nur ganz wenige Jahre vergehen und wir werden den Vorsprung, den die konfessionellen Verbände vorläufig haben, eingeholt haben. Wir werden dann neben der großen politischen Partei und der großen Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland eine Jugendbewegung haben, die sich in der ganzen Welt sehen lassen kann. (Lebhafter Beifall.)

Zur Berichterstattung über die

Einigungsverhandlungen zwischen den Zentralverbänden und den Lokalisten

nimmt nunmehr das Wort:

Parteisekretär **Ebert**-Berlin: Wir haben Ihnen über diese Einigungsverhandlungen im schriftlichen Bericht bereits Mitteilung gemacht. Danach ist festgestellt, daß es durch die Verhandlungen gelungen, etwa 5000 Lokalisten den Zentralverbänden zuzuführen. Ueber die Zahl derjenigen, die bei der Freien Vereinigung verblieben sind, kann bestimmtes nicht mitgeteilt werden. Einmal sind außer den geschlossen mit ihren Vereinen Uebergetretenen auch eine große Anzahl Einzelmitglieder von den Lokalvereinen in die Zentralverbände über-

gegangen. Und zweitens waren die Angaben der Freien Vereinigung über ihren früheren Mitgliederbestand stets mit größter Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls steht heute fest, daß die Freie Vereinigung mit dem bei ihr verbliebenen Rest der Mitglieder für den gewerkschaftlichen Kampf nirgends mehr ernstlich in Frage kommen kann. — In der politischen Haltung der Lokalisten ist seit dem letzten Parteitage eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Sie sind zwischen Sozialismus und Anarchismus hin- und hergependelt, und der Rest der Mitglieder, der bei der Freien Vereinigung verblieben ist, hat sich schließlich ganz offen zu den anarchistelnden Bestrebungen der Syndikalisten in den romanischen Ländern bekannt. Auf ihrem letzten Kongreß im Januar d. J. hat die Freie Vereinigung zwar nicht ihr früheres Programm geändert, sie gab ihm aber eine andere Interpretation, hat diese Interpretation für authentisch erklärt und weiter bestimmt, daß sie für die Geschäftsleitung und für die Redaktion der „Einigkeit" verbindlich sein soll. Auf einige Punkte dieser Programmrede muß ich hinweisen, um darzutun, daß unsere Charakterisierung der Freien Vereinigung gerechtfertigt ist. So sagte der Referent: „Wir müssen uns das Organ der französischen Syndikalisten zum Muster nehmen, das nicht hin- und herpendelt, das nicht anarchistelt, aber auch nicht parlamentarisch-sozialdemokratisch, sondern einfach ein Organ der syndizierten Gewerkschaften ist, die sich aus Interessenvertretungen zusammensetzen — das bedeutet Syndikat —, die aber, weil sie Gewerkschaftler sind, auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Dieser Kampf kann jedoch nach ihrer Meinung *nicht durch Beteiligung an der Gesetzgebung* geführt werden; sie verstehen darunter nicht, daß sie irgendeiner politischen Partei angehören müssen, sondern sie meinen, den Klassenkampf auf wirtschaftlichem, auf ökonomischem Gebiete durch Generalstreik, action directe, Sabottage, die sogenannte passive Resistenz usw. führen zu müssen. Wenn wir uns die Leitsätze unseres auf dem 7. Kongresse beschlossenen Programms ansehen, wo es heißt, daß wir die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks, und diesen Satz richtig verstehen und auslegen wollen, *so unterscheiden wir uns in keiner Weise von den syndikalistischen Gewerkschaften in Frankreich, Italien und anderen Ländern. ...*" Auch in bezug auf die Stellung zum Massenstreik hat man eine neue Interpretation gegeben, die zur Charakterisierung der Freien Vereinigung wesentlich ist. Der Referent sagte: „Wir müssen definieren, daß wir nicht nur den Massenstreik, sondern jeden Solidaritätsstreik, bei dem es sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, um die Herbeiführung höherer Menschenrechte handelt, mitzumachen haben. All dies gehört zum Massenstreik, solange es sich *nicht um einen politischen Massenstreik*, das heißt, um einen Streik des Parlamentarismus wegen handelt. Diesen lehnen wir ab, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, Arbeiter aller Art nur zu dem Zwecke zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, um dadurch irgendein Wahlrecht zu einem Stadt- oder Landesparlament zu erreichen." Es ist zweifellos, daß die Freie Vereinigung sich mit dieser Programmerklärung in offenen Gegensatz zur Sozialdemokratie gestellt hat. Allerdings hat man nicht den Mut gehabt, das offen und klar zum Ausdruck zu bringen, man treibt vielmehr ein erbärmliches Versteckenspiel, indem man sich hinter einer parteipolitischen Neutralität versteckt. Das, was man jahrelang den Zentralverbänden zum Vorwurf gemacht hat, die angebliche parteipolitische Neutralität, das hat jetzt die Freie Vereinigung zu ihrem Grundsatz erklärt. Wie nun aber diese Neutralität, auf die auch die Redaktion der „Einigkeit" verpflichtet ist, gegenüber der Sozial-

demokratie geübt wird, dafür nur ein Beispiel. In der Nummer 26 der „Einigkeit" vom 27. Juni d. J. wird in bezug auf die Sozialdemokratie gesagt: „An der hündischen Ergebenheit der bezahlten Schreiber der Parteipresse, an den servilen feinohrigen Redakteuren liegt es, daß die deutsche Sozialdemokratie entweder so gut wie nichts oder schlimmer noch, nur tendenziös Entstelltes von der Geringschätzung und dem Hohn erfährt, welchen die ausländischen Genossen der ohnmächtigen, feigen deutschen Dreimillionenpartei zuteil werden lassen, die nichts weiter kann, als ihren Parteigötzen, den Führern, nachlaufen, die die revolutionäre internationale Aufgabe des Sozialismus preisgegeben haben, aus Eitelkeit, Schwäche und Bequemlichkeit oder um sich eine gute Einnahme zu sichern." (Hört! hört!) Ich glaube, diese Probe genügt, um Ihnen zu zeigen, wie man in der Praxis die parteipolitische Neutralität übt. Man hat sich diesen Grundsatz einfach aus Zweckmäßigkeitsgründen geschaffen. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß die Freie Vereinigung in der Regel an solchen Orten auftaucht, wo infolge gewerkschaftlicher Kämpfe Differenzen, Unstimmigkeiten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsleitung entstanden sind. Da sucht dann die Freie Vereinigung ihr Süppchen zu kochen. Und bei dieser Gelegenheit ist es ihr auch lieb, wenn sie sich den harmlosen Charakter der parteipolitischen Neutralität geben kann. Das ist auf dem Kongreß von einem Redner ziemlich unverblümt zum Ausdruck gekommen. Er sagte nämlich: „Auf Grund dieses Kommentars — das ist die Programmrede — können wir in der Agitation den Gegnern klarmachen, daß wir nicht Anarchisten sind." Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Hauptbetätigung der Freien Vereinigung heute nur noch besteht in gemeiner, perfider Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Diesem Treiben muß nun endlich ein Ende bereitet werden, wir müssen eine klare, unzweideutige Scheidelinie ziehen zwischen uns und jenen. Diese bietet unsere Resolution. Sie ist so aufzufassen, daß nicht allein die Mitgliedschaft, sondern jede Betätigung für die Freie Vereinigung der Gewerkschaften unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie.

Nun noch einige Worte zu der Stellung gegenüber dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, dem sogenannten Wiesenthalschen Verband. Schon auf dem Mannheimer Parteitag hat die Kontrollkommission gelegentlich einer Beschwerde die Entstehungsgeschichte dieses Verbandes nachgeprüft und hat dabei festgestellt, daß die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach entstandenen Differenzen ihr Beschwerderecht nicht ausgenutzt haben, sondern sofort zur Gründung des Wiesenthalschen Verbandes geschritten sind. Die Kontrollkommission hat damals gesagt, daß diese Zersplitterung entschieden zurückgewiesen werden müsse. In Essen lag dann ein Ausschließungsantrag gegen Wiesenthal vor. Bei ihrem Bericht zu diesem Antrag hat die Kontrollkommission erklärt, daß die Gründung und Existenz dieser Sonderorganisation im Interesse des Klassenkampfes auf das schwerste zu verurteilen sei. Die Parteitage haben dem zugestimmt und es liegt kein Anlaß vor, von dieser grundsätzlichen Auffassung abzuweichen, die insbesondere auch nach den Vorkommnissen der letzten Zeit sich als richtig erwiesen haben. Ich erinnere nur an das Verhalten dieser Organisation bei dem augenblicklich in Berlin tobenden Kampfe im Rohrlegergewerbe. Auch mit diesem Verbande sind seit Essen Einigungsverhandlungen gepflogen worden, ich habe dem Bericht in dieser Beziehung nichts hinzuzufügen und bitte Sie, auch hier unserem Antrag zuzustimmen. Wenn auf jener Seite der ernstliche Wille vorhanden gewesen wäre, sich dem Beschlusse des Essener Parteitages anzuschließen, dann hätte es auch in diesem Falle zu einer Einigung kommen müssen.

Zum Schluß einige Worte zu den gewerkschaftlichen Streitigkeiten in Solingen. Dieser Streit hat in den letzten Jahren überaus scharfe und

heftige Formen angenommen. Dem Parteivorstande und der Generalkommission ist es aber in den letzten Wochen gelungen, auch hier zwischen den streitenden Parteien Einigungsverhandlungen anzubahnen. Diese Verhandlungen sind freilich noch im Stadium der Vorverhandlungen, so daß über den Stand der Dinge hier nichts Bestimmtes gesagt werden kann. Ich bin aber beauftragt vom Vorstand und von der Kontrollkommission, den Parteitag dringend zu bitten, den Streit in Solingen hier nicht zu erörtern, aus taktischen Gründen. Der Parteitag hat jedenfalls den einmütigen Wunsch, daß es den Verhandlungen gelingen möge, den in Solingen seit langem bestehenden Bruderzwist beizulegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein Wort zum Antrag 7: Ich bitte Sie, ihm nicht Ihre Zustimmung zu geben, schon mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Solingen. Dagegen hoffe ich, daß Sie unsere Resolution einmütig annehmen werden. Es gilt eine klare Scheidelinie zwischen uns und den Elementen zu ziehen, die absichtlich und bewußt bestrebt sind, die Einheit und Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes zu stören. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Singer**: Das Wort zur Berichterstattung über

die Tätigkeit des Bildungsausschusses

hat Genosse Schulz.

Heinrich Schulz-Berlin: Es ist gestern mehrfach auf den Vereinstag der Arbeitervereine hingewiesen worden, der hier in Nürnberg vor 40 Jahren getagt hat. Auch ich möchte kurz auf ihn Bezug nehmen. Die Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine, die zu einem Verbande vereinigt waren, standen unter bürgerlicher Leitung. Neben zweifelhaften Politikern wie Max Hirsch, Eugen Richter und Sonnemann gehörten zu diesen Führern auch wohlmeinende Gelehrte wie Roßmäßler, Wuttke, Büchner und F. A. Lange. Aber es war keine Klarheit im Wollen vorhanden. Das „Bildungsprogramm", das Max Hirsch entworfen hatte, umfaßte Unterricht in Elementarfächern, im Singen, Zeichnen, in der Buchführung, im Englischen, im Französischen und daneben auch in der Volkswirtschaft, in Gesetzeskunde, Geschichte und in den Naturwissenschaften. Demgegenüber gab es in den Arbeiterbildungsvereinen aber auch bereits Männer mit proletarischem Klasseninstinkt, die gegen die „Bildungsduselei", wie Bebel sich später einmal ausgedrückt hat, Front machten. Diese Männer mit proletarischem Gefühl hielten politische und wirtschaftliche Aufklärung für das wichtigste. Auch F. A. Lange, ein wirklicher Arbeiterfreund, stellte sich an ihre Seite und verlangte in seiner „Arbeiterfrage" die dienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter die dringenderen Zwecke der politischen und genossenschaftlichen Aktion.

Hier in Nürnberg erfolgte der endgültige Bruch mit den bürgerlichen Volksbildungsaposteln. Ein Jahr darauf konnte die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgen. In Nürnberg hatte die Richtung gesiegt, die die Befreiung der Arbeiter nicht durch breite Bettelsuppen bürgerlicher Wissenschaft und durch Wohlwollen erreichen wollte, sondern durch den Klassenkampf, und die die Selbständigkeit der Arbeiterklasse auch in geistiger Beziehung für notwendig hielt. Ihr galt die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterschaft als das Ziel und als Mittel hierzu der rücksichtslose politische Kampf. So ist es bis heute geblieben, und die Sozialdemokratie ist groß und stark dabei geworden. Aber dieses Programm bedeutet nicht den Verzicht auf die Arbeiterbildung, sondern nur den Verzicht auf die „Bildungsduselei", auf das Vielerlei der Bildung ohne Beschränkung auf bestimmte Zwecke. Die Bildungsarbeit galt von vornherein als ein wichtiges Hilfsmittel im Klassenkampfe. In diesem Sinne waren unsere besten Männer, waren

Lassalle und Marx Lehrer; ihre Schriften waren wertvolle Bildungsmittel, und Marx hat sogar, obwohl er kein Redner war, in Brüssel und London nationalökonomische Vortragskurse abgehalten. Und zu diesen Männern der Wissenschaft gesellten sich die schlichten Arbeiter, die sich durch Erweiterung ihrer Dorf- und Volksschulbildung zu bewunderungswürdigen Führern des Proletariats emporgearbeitet haben. Ich nenne nur Grillenberger, Meister, Dreesbach, Ehrhart und Auer, besonders Auer, dem sein Lehrer in der Dorfschule weissagte, es werde im Leben nichts aus ihm. Nun, wir sind vollauf zufrieden mit dem, was er geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen Arbeiterbildung betrieben, und unser heutiger Bildungseifer ist deshalb nichts Neues in Ziel und Stoff. Wohl aber ist er neu im Hinblick auf die Methode und die Intensität. Wir betreiben die Arbeiterbildung intensiver als früher, weil wir in den letzten Jahren immer schmerzlicher empfunden haben, daß der Ausdehnung der Partei in die Breite ihre Weiterentwickelung in die Tiefe nicht genügend entspreche; die Methode aber ist eine andere, weil bei dem ungeheuren Wachstum der Partei bessere Mittel gefunden werden mußten, um an die Massen heranzukommen, weil es ferner heute nicht mehr so leicht ist, die Partei, ihr Programm, ihre Stellung in Staat und Gesellschaft, ihre Aktionen zu erfassen und sich durch die Literatur und durch die Zeitungen hindurchzufinden, und weil das alles leichter und besser ist, je besser die theoretische Grundlage bei dem einzelnen und bei der Masse ist.

Eigentlich ist es erst zwei Jahre her, daß die Partei die Bildungsangelegenheiten in diesem Sinne planmäßig in die Hand genommen hat. Dabei wurde die Arbeit noch durch die Reichstagswahlen 1907 und in Preußen durch die diesjährigen Landtagswahlen beschränkt. Um so erstaunlicher ist es, was in dieser kurzen Zeit erreicht worden ist; es ist ein glänzendes Zeugnis für die Arbeitsenergie und die Lebenskraft der Partei. (Sehr richtig!)

Ueber die Parteischule will ich jetzt nicht sprechen. Ich behalte mir vor, in der Diskussion oder im Schlußwort darauf einzugehen, falls es durch den Verlauf der Debatte notwendig werden sollte. Nur ein kurzes Wort jetzt über die Stellung der Parteischule im Rahmen der ganzen Bildungsarbeit. Sie hat die Aufgabe, einen kleinen Kreis von etwa 30 geeigneten, also intellektuell befähigten und moralisch charaktervollen Genossen ein halbes Jahr lang systematisch zu unterweisen, vornehmlich in der Theorie, in der Volkswirtschaft, im wissenschaftlichen Sozialismus, in der sozialen Entwickelung, in der Geschichte, nebenbei auch in einigen praktischen Fächern; vornehmlich in der Theorie, denn wir sind der Meinung, daß der einzelne in seiner verantwortlichen Parteistellung um so rascher, zuverlässiger und richtiger seine Entscheidung in jedem aktuellen politischen oder wirtschaftlichen Einzelfall treffen kann, je tiefer und je gefestigter seine theoretische Einsicht ist, und daß auch der einzelne — was ja von jedem Parteischüler nach bestem Wissen und Können verlangt wird — um so besser andere aufklären und belehren kann, je klarer er selbst über die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und die daraus erwachsende sozialistische Theorie unterrichtet ist. (Sehr richtig!)

In diesem Jahre kann der Bildungsausschuß zum erstenmal auch über praktische Tätigkeit berichten und sie der Kritik des Parteitages unterbreiten. Ich verweise dabei auf die den Delegierten vorliegenden Drucksachen, auf das Winterprogramm, auf die Musterkataloge und auf die Einführungen in Dramen und Opern. Die Durchberatung der Leitsätze des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung und Sozialdemokratie hat er noch nicht vornehmen können; es ist aber notwendig, daß der Parteitag die Anschauungen in dieser Frage klärt und die Stellung der Sozialdemokratie festlegt. Im nächsten

Jahre muß das endlich geschehen, da auch bei den Beratungen des Bildungsausschusses gelegentlich Meinungsverschiedenheiten auftauchten, die auf die Verschiedenartigkeit der grundsätzlichen Auffassung zurückzuführen sind. Uebrigens sind wir in der praktischen Bildungsarbeit stets einig gewesen. Das wichtigste Stück waren die Wanderkurse. Wir sind bei ihrer Schaffung von der Ansicht ausgegangen, daß ein Wissensgebiet in mehreren Vorträgen gründlicher behandelt werden kann als in einem Vortrag. Da es aber zurzeit noch an Kräften für wissenschaftliche Vortragskurse fehlt, so hat der Bildungsausschuß diese wenigen Kräfte planmäßig zu konzentrieren und in Form der Wanderkurse ebenso planmäßig zu dezentralisieren versucht. 5493 Teilnehmer sind durch sie im letzten Jahre gegangen, ein deutlicher Beweis für den Bildungseifer im Proletariat. In diesem Winter wird voraussichtlich die Anstellung weiterer Wanderredner notwendig sein. Es sollen besonders Wanderredner für Geschichte und Naturwissenschaft gewonnen werden. Für das nächste Weihnachtsfest soll ein erheblich erweitertes Verzeichnis von empfehlenswerten Jugendschriften herausgegeben werden mit einem Anhang, das besondere Schriften für die arbeitende Jugend vom 14. bis 18. Lebensjahr aufführt und selbstverständlich auch die parteigenössischen Schriften besonders berücksichtigt. Der Bildungsausschuß bittet die Parteigenossen, in ihrer Heimat zu Weihnachten Jugendschriftenausstellungen zu veranstalten, besonders unter Berücksichtigung auch der bildenden Künste, namentlich des künstlerischen Wandschmucks, der dazu beitragen kann, das Proletarierheim etwas wohnlicher und angenehmer zu gestalten. Einige Wochen vor Weihnachten beabsichtigt der Bildungsausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand an die Redaktionen und Verlage der Parteiblätter den Wunsch zu richten, bei ihren Empfehlungen offenbare Schundbücher auszuschließen, was ja eigentlich selbstverständlich wäre, aber leider noch nicht überall geschieht. Das neue Verzeichnis mit seinen 200 Nummern dürfte allen Ansprüchen genügen. In der Bibliothekfrage haben wir die Wahrheit des Dichterwortes an uns erfahren: Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen! Die Schaffung der Musterkataloge war eine viel schwierigere Aufgabe als wir vorausgesetzt hatten. Dem kleinen Büchlein, das Ihnen jetzt vorliegt, sehen Sie nicht an, aus welchem dicken Folianten es entstanden ist. Die Schwierigkeit war für uns, Bücher auszuscheiden, um zu den ganz billigen Katalogen zu kommen. Sie sollen das Bibliothekwesen der kleinen Arbeitervereine, der politischen und gewerkschaftlichen, fördern. Nunmehr können wir auch an die Regelung des Wanderbibliothekwesens herantreten. Ueber die Einführungen in Dramen und Opern brauche ich wohl kein Wort weiter zu sagen. Ich spreche nur den Wunsch aus, daß die kleinen Heftchen bei Volksvorstellungen recht fleißig benutzt werden mögen.

In zwei Punkten mußte der Bildungsausschuß zu einem negativen Ergebnis kommen: der Herstellung eines Referentenverzeichnisses für wissenschaftliche Vorträge und der Schaffung einer Klassikerbibliothek. Geplant ist die Verbreitung eines Flugblattes gegen Scherls Emporleserei in Städten, in denen Scherl sich in Arbeiterkreisen einzunisten versucht. Der Schaffung von populär gehaltenen Broschüren elementar einführenden Charakters ist bisher noch nicht nähergetreten worden.

Die Schaffung einer Weltgeschichte, wie sie die „Schwäbische Tagwacht" angeregt hat, ist ein schöner Gedanke, aber schwer durchführbar. Er wird im Auge behalten werden. Die „Bergische Arbeiterstimme" wünscht vom Bildungsausschuß präzise Fragestellung bei etwaigen Kontroversen in der Partei. Das wird der Bildungsausschuß aber dankend ablehnen. Die „Bremer Bürgerzeitung" wünscht eine Verständigung der Wanderredner über ihre Leit-

sätze, um jetzt zutage tretende kleine Differenzen in der Auffassung zu vermeiden. Derartige Konferenzen sind schon ins Auge gefaßt. Was die kritischen Meinungsäußerungen gegen den Bildungsausschuß anlangt, so glaubt Baerer-Harburg, ein Genosse von der alten Garde, der Bildungsausschuß sei überflüssig, auch ohne ihn hätten sich früher tüchtige Kämpfer herangeschult. Das letztere ist richtig, aber neue Verhältnisse brauchen neue Maßnahmen. Südekum hat auf dem Würzburger Gautag der bayerischen Genossen gemeint, der Bildungsausschuß, „wie er sich in Berlin gebildet habe", sei wenig fruchtbringend. Es komme auf Bodenständigkeit an. Diese Kritik trifft den bestehenden Bildungsausschuß gar nicht. Zunächst hat sich in Berlin gar kein Bildungsausschuß gebildet, sondern der Mannheimer Parteitag hat einen zentralen Bildungsausschuß der Partei Deutschlands eingesetzt. Sodann will der Bildungsausschuß nicht eine Bildung von oben herab, wie Südekum meint, sondern im Gegenteil von unten herauf, wie ein vorurteilsfreier Blick auf seine bisherige Tätigkeit beweist. Der jetzt existierende Bildungsausschuß kann auch gar nicht bodenständig sein, weil es sich für ihn nicht um bodenständige, um preußische oder bayerische Wissenschaft handelt, sondern um die gemeinsamen elementar-theoretischen Grundlagen des Klassenkampfes. Auch die Wanderbibliotheken, die Südekum dankenswerterweise ins Leben gerufen hat, sind nicht bodenständig. Im übrigen entspricht es gerade den Wünschen des zentralen Bildungsausschusses, wenn neben ihm möglichst viele lokale und provinzielle Bildungsausschüsse errichtet werden, die dann nach lokalen und bodenständigen Rücksichten verwaltet werden können.

Auch auf den Artikel „Arbeiterbildung" in der Begrüßungsnummer der „Fränkischen Tagespost" muß ich mit einigen Worten eingehen, da er, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mit unverkennbarer Absicht seine Spitze gegen den Bildungsausschuß richtet. Beiläufig möchte ich bemerken, daß auch dieser Artikel beweist, wie notwendig die Besprechung und endgültige Beschlußfassung über die Mannheimer Leitsätze, über Volkserziehung ist, damit solche geradezu grotesken Behauptungen in Zukunft nicht mehr möglich sind, wenigstens nicht als sozialdemokratische Auffassungen ins Land hinausgehen können; (Sehr gut!) Behauptungen, die in Einzelheiten den Eindruck machen, als wären sie nur aufgestellt, um zu beweisen, daß man auch geradezu entgegengesetzte Anschauungen als sie bisher in der Partei üblich, mit einem Schwall schöner Worte und mit einem Schein logischer Berechtigung umkleiden kann. (Sehr gut!) Was richtig an dem Artikel ist, das ist die alte Parteianschauung: daß wir nicht Allerweltsbildung zu treiben haben, sondern nur solche Bildung, die den Arbeiter zur Entscheidung über politische und ökonomische Fragen befähigt. Wir wollen dem Artikel auch noch zugestehen, daß eine indifferente Masse, die nicht geschult und zur selbständigen Entscheidung und Verantwortlichkeit erzogen ist, leicht von gewissenlosen Demagogen irregeführt werden kann. Aber wie erreichen wir denn diese wünschenswerte Schulung der Masse? In diesem Punkt unterscheide ich mich grundsätzlich von dem Artikelschreiber. Er spricht es mit dankenswerter Offenheit aus: Wozu Theorie? Wozu Werttheorie? Wozu materialistische Geschichtsauffassung? Die Massen brauchen das nicht zu wissen, nur der Lehrer der Masse. Ich frage zunächst: Warum der Lehrer, wenn er es nicht zu lehren braucht? Vielleicht nur zu seinem Privatvergnügen? Oder um ihm das stolze Bewußtsein zu verschaffen, daß er mehr weiß, als die dumme Masse? Daß er über der Masse steht? Daß er klug genug sein übervolles Herz zu wahren weiß? Und dann: Wer ist denn beim klassenbewußten Proletariat Lehrer und wer ist Schüler? Der Schüler von heute ist Lehrer von morgen. Und mancher Lehrer von heute täte besser, zum Schüler herabzusteigen und von ihm zu lernen. (Sehr gut!)

In der Parteischule haben mir Lehrer mehr als einmal gesagt, daß sie selbst aus dem Unterricht, aus dem Verkehr mit den Schülern, aus dem proletarischen Empfinden, Denken und unmittelbaren Anschauen der Dinge durch die Arbeiter sehr viel gelernt haben, auch für die Theorie. Und weil ich keine Kaste von Lehrern beim Proletariat anerkenne, darum auch nicht den etwas wegwerfend klingenden Begriff „Masse", für den die Theorie angeblich keinen Wert hat, sondern „höchstens schaden kann", wie es in dem Artikel heißt, die nur so ein geistig minderwertiges Leben in der Tiefe unterhalb der „Lehrer" führt. Wo fängt denn die Masse an? Meint man unter „Masse" das, was wir Indifferente, Mitläufer nennen? Für die freilich wäre die methodische Unterweisung im theoretischen Sozialismus noch verfrüht oder doch schwer möglich; sie stellt sich auch gar nicht dazu. Für die sind die Wanderkurse und ähnliche Veranstaltungen auch gar nicht bestimmt. Meint man aber unter „Masse" die Scharen der hunderttausende organisierter Sozialdemokraten, die zehntausende der durch die Wanderkurse erfaßten Funktionäre und bildungseifrigen Genossen, dann zeugt es von einer im Klassenkampf und unter Partei- und Kampfgenossen ganz unangebrachten Arroganz, wenn der Lehrer hochmütig den besten Teil seines Wissens für sich behält und sagt: Für euch sind einige von mir ad hoc zurechtgemachte Anwendungen der Theorie gut genug, das Geheimnis aber, wie man diese Anwendungen selbst machen kann, behalte ich für mich, das „schadet höchstens"! Auf die Anwendung kommt es gerade an. Es ist bisher sozialistische Anschauung gewesen und wird es hoffentlich auch bleiben, daß die Beherrschung der Theorie des Sozialismus auch allein die Fähigkeit entwickelt, in den tausend Fragen der Praxis den richtigen Weg zu finden. Die sozialistische Theorie ist geradezu ein Kompaß auf dem weiten uferlosen Meere der praktischen Tätigkeit. Wer über sie im klaren ist, darf sich weit hinauswagen, er wird nie den richtigen Weg verlieren. Wer dagegen die Theorie hochmütig mißachtet, dem fehlt die Richtschnur, der kommt in Gefahr, von Fall zu Fall nach opportunistischen Erwägungen zu handeln. Und wer gar sagt: Ich will ja theoretische Klarheit, aber nur für die Lehrer und Führer, die Masse will ich nur für unmittelbare Aktionen erziehen, für Aktionen, die allerdings nur ich wegen meiner tieferen Einsicht voraussehen und vorbereiten kann, der ist noch nicht frei von der alten bürgerlichen Auffassung, daß die Masse geleitet und geschoben werden muß. Von dieser Auffassung hat sich die deutsche Arbeiterschaft vor 40 Jahren hier in Nürnberg freigemacht. Sie hat sich selbst für mündig erklärt, für fähig, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, sie hat damals ihren bürgerlichen Lehrern den Laufpaß gegeben, und Männer aus der Masse waren es, die entgegen den Mahnungen ihrer bisherigen Lehrer mit stolzer Entschlußkraft und proletarischer Intelligenz die deutsche Arbeiterschaft auf die eigenen Füße gestellt haben. Auf diesen eigenen Füßen ist sie seitdem vorwärtsgeschritten, von Erfolg zu Erfolg. Die proletarische Masse wird sich auch nicht wieder an das Gängelband nehmen lassen. Und das verhindert sie allein dadurch, daß sie die Kenntnis und die Pflege der Theorie nicht ein Monopol der Führer sein oder werden läßt, daß sie wie bisher eine möglichst innige Verbindung von Theorie und Praxis pflegt: daß sie dem Theoretiker nicht die Teilnahme an der praktischen Arbeit erspart, und daß sie dem schlichten Arbeiter nach Möglichkeit einen Einblick in die befreiende Weite unserer sozialistischen Theorie gewährt. In diesem Sinne ist der Bildungsausschuß bisher tätig gewesen. Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß dieser Parteitag diese Grundsätze der Sozialdemokratie in bezug auf die Bildungsfragen neu befestigen wird und damit der weiteren Tätigkeit des Bildungsausschusses eine klare Richtschnur geben wird. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Vormittagssitzung 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 3 Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Begrüßungsschreiben von der Freien Jugendorganisation aus Altona eingegangen ist.

Der Antrag 7 ist zurückgezogen mit Rücksicht auf die Erklärung des Berichterstatters, daß seine Annahme die Verhandlungen mit den Lokalorganisierten in Solingen erschweren könnte.

Hierauf wird

der Bericht über Kasse und Presse

entgegengenommen.

Kassierer **Gerisch**: Nachdem es in den letzten Jahren fast so aussah, als ob wir mit unseren Parteifinanzen dauernd im Zustand der Reichsfinanzen bleiben sollten, ist in diesem Jahre eine Besserung insofern eingetreten, als wir wenigstens nicht mit einem Defizit vor den Parteitag treten. Weit her ist es mit dem erzielten Ueberschuß ja gerade auch nicht. Daß wir mit einem Ueberschuß abschließen konnten, verdanken wir in erster Linie unseren Genossen in Hannover, Zwickau und Harburg, die in anerkennenswerter Weise bemüht waren, die Darlehen, die sie für ihre Parteigeschäfte erhalten hatten, möglichst schnell wieder an die Zentralkasse zurückzuzahlen. Im übrigen würde sich unser Abschluß wesentlich besser gestalten, wenn unsere lieben Parteigenossen bei der Berechnung der an die Zentralkasse abzuführenden prozentualen Beiträge nicht immer von einer bedenklichen Schwäche befallen würden, unter deren Einfluß sie sich zugunsten der Lokalkasse und zuungunsten der Zentralkasse verrechnen. (Heiterkeit.) Merkwürdigerweise zeigt sich diese Erscheinung im Osten und Westen, im Norden und Süden bei den ältesten wie den jüngsten Parteiorganisationen in gleichem Maße. So hat, um aus der Menge dieser Fälle nur das naheliegendste Beispiel herauszugreifen, die Organisation des Wahlkreises, in dem wir tagen, sich um 3000 Mk. zu ungunsten der Parteikasse verrechnet. Sie meinte jedenfalls, daß statt der 20 Proz., die sie statutengemäß abzuliefern verpflichtet war, 12 Proz. auch genügten. (Heiterkeit.)

Die genaue Feststellung der Summe, um die die Parteikasse in dieser Weise zu kurz gekommen ist, läßt sich in diesem Jahre noch nicht machen, weil das Geschäftsjahr der Parteikasse mit der Abrechnungszeit der lokalen Organisationen um einen Monat differiert. Die Parteigenossen des Königreichs Preußen ohne Groß-Berlin haben 20 000 Mk. rund an Beiträgen zu wenig abgeliefert, Bayern 9500 Mk. Das Königreich Sachsen hat über den Pflichtteil hinaus 5300 Mk. mehr an die Parteikasse abgeliefert, Württemberg desgleichen 600 Mk. Bezüglich der badischen Organisation ist leider eine Kontrolle nicht möglich, weil gerade die größte und bei der Berechnung der Beiträge ausschlaggebende Organisation dieses Landes sich dem Berliner Parteivorstand gegenüber Schweigegebot auferlegt hat. (Heiterkeit.) Die betreffenden Parteigenossen meinen wahrscheinlich, der Berliner Parteivorstand kann lange warten, ehe es uns gefällt, ihn in unsere Töpfe gucken zu lassen. (Heiterkeit.) Das Großherzogtum Hessen hat bis auf eine Differenz von 8 Mk. seinen Pflichtteil eingesandt. Von den Kleinstaaten haben Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Reuß ä. L. zusammen 876 Mk. über den Pflichtteil abgeliefert. Die übrigen Kleinstaaten haben zusammen 3500 Mk. zu wenig abgeführt. Bremen hat bis auf eine kleine Differenz ebenfalls den Pflichtteil eingesandt. Für Lübeck ist eine Kontrolle nicht möglich, weil auch diese Genossen Anhänger des Schweigegebots sind. Insgesamt sind mindestens 33 000 Mk. zu wenig an die

Parteikasse abgeliefert worden. An die Spitze aller Leistungen haben sich diesmal unsere Hamburger Parteigenossen gestellt, indem sie das 4½fache des Pflichtteils abgeliefert haben. Sie haben damit sogar noch die Genossen von Groß-Berlin geschlagen, die nur das 2¾fache des Pflichtbeitrages abzuliefern vermochten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unsere Genossen von Groß-Berlin ganz gewaltige Aufwendungen für die Provinz Brandenburg machen und daß der Landtagswahlkampf des letzten Jahres immense Summen verschlungen hat. Die Genossen der übrigen Organisationen sollten sich jedenfalls Berlin und Hamburg auf diesem Gebiete, soweit es in ihren Kräften steht, zum Muster nehmen, und sich vor allem bei der Abrechnung größerer Korrektheit befleißigen, damit in Zukunft in dieser Beziehung nicht wieder ein Tadel ausgesprochen werden muß.

Die Mitteilungen, die ich nun noch über den Stand der Parteipresse zu machen habe, sind leider nicht entfernt so günstig wie die Angaben, die dem vorigen Parteitag unterbreitet werden konnten. Bei der schweren wirtschaftlichen Krisis, unter der die Arbeiterschaft Deutschlands leidet, dürfte es eigentlich nicht überraschen, wenn die Ergebnisse noch viel ungünstiger wären. Im vorigen Jahre konnten wir einen ungewöhnlich hohen Gewinn von 211 917 neuen Abonnenten der Parteipresse konstatieren. Im abgelaufenen Jahre hat die Parteipresse in den Verbreitungsbezirken, in denen die Krise noch verhältnismäßig milde eingesetzt hat, ebenfalls noch eine Zunahme zu verzeichnen gehabt von insgesamt 45 000 neuen Abonnenten. Dafür haben aber leider eine ganze Reihe anderer Blätter große Verluste an Abonnenten erlitten, so daß insgesamt nur ein Gewinn von 11 582 neuen Abonnenten geblieben ist. Ohne die Abonnenten der „Neuen Zeit" und ohne die Empfänger der in recht hohen Auflagen hergestellten Monatsblätter, aber einschließlich der Abonnenten der „Gleichheit" hat die Parteipresse gegenwärtig 1 061 289 Abonnenten gegenüber 1 049 707 im Vorjahre. Wir haben also das Errungene nicht nur festgehalten, sondern noch eine bescheidene Zunahme erzielt. Wenn Tausende von Arbeitern im Berichtsjahre ihr Organ mit schwerem Herzen abbestellt haben, so lag das eben an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wenn das leibliche Brot nicht mehr beschafft, der Hunger der Kinder nicht mehr gestillt werden kann, so muß der Proletarier vorübergehend auf die gewohnte geistige Kost verzichten. — Verhältnismäßig günstig sind die Einnahmen der Parteipresse gewesen. Während im Vorjahr bei einem Zuwachs von über 200 000 neuen Abonnenten und einer Gesamteinnahme von 5 962 270 Mk. aus Abonnementsgeldern gegen das voraufgegangene Jahr eine Mehreinnahme von 1 128 810 Mk. konstatiert werden konnte, zeigt das abgelaufene Jahr bei einem Zugang von nur 11 582 neuen Abonnenten eine Einnahme aus Abonnements in Höhe von 6 782 359 Mk. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 820 089 Mk. Dies ganz ungewöhnlich günstige Ergebnis läßt sich nur so erklären, daß ein hoher Prozentsatz der im Vorjahr gewonnenen neuen Abonnenten nicht bereits ein ganzes Jahr zahlende Abonnenten gewesen sind, sondern erst am Ende des Berichtsjahres neu gewonnen wurden. — Gleich günstig sind die Einnahmen aus Inseraten. Im Vorjahre betrug bei einer Gesamteinnahme von 3 466 539 Mk. aus Inseraten die Zunahme gegen das Vorjahr 595 463 Mk. Im abgelaufenen Jahr betrug die Gesamteinnahme aus Inseraten 4 205 322 Mk. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 738 783 Mk. Nun ist freilich zu befürchten, daß die wirtschaftliche Krise noch nicht ihren Höhepunkt hat, ihre schlimmsten Wirkungen vielmehr erst noch kommen und auch unsere Presse hart treffen werden. Das müssen wir eben ertragen. Die meisten der Parteiorgane sind glücklicherweise geschäftlich soweit sicher gestellt, daß sie einen Stoß aushalten können und den Schwächeren, noch in der Entwickelung Begriffenen, muß eben mit Mitteln

der Gesamtpartei über die kritische Periode fortgeholfen werden. Die Presse ist unsere wichtigste Waffe im Kampfe gegen den Kapitalismus; für ihre Erhaltung darf kein Opfer zu groß sein. Dann wird der schließliche Erfolg, das verbürgt uns die bisherige Entwickelung, sicher nicht ausbleiben. (Bravo!)

Den Bericht

der Kontrollkommission

erstattet **Kaden**-Dresden: Die Kontrollkommission hat auch im verflossenen Jahre die ihr zustehenden Arbeiten nach bestem Können erledigt. Sie hat die Prüfung der Geschäfte in Berlin und Stuttgart vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich namens der Kontrollkommission den Parteitag bitte, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. Die uns überwiesenen Beschwerden haben wir einer eingehenden Behandlung unterzogen, um nach bestem Ermessen entscheiden zu können.

Die Kontrollkommission mußte sich auch mit Beschwerden befassen, die nicht in ihr Ressort fielen, die sie aber, um sie zur Erledigung zu bringen, dem Parteivorstand zur Entscheidung überwies. So beschwerte sich Friedrich Höhmann in Richrat bei Velbert, weil er in den sozialdemokratischen Volksverein in Velbert nicht als Mitglied aufgenommen wurde, obgleich er innerlich schon lange zur Partei gehöre. Er glaubte, die Nichtaufnahme sei erfolgt wegen seines Austritts aus dem Metallarbeiterverband. Wir überwiesen diese Beschwerde dem Parteivorstand zur weiteren Behandlung.

In Hagen hatte ein Schiedsgericht den Genossen Apenborn wegen Beteiligung an einem Werkstättenklatsch eine Rüge erteilt. Hiergegen wendet sich Genosse Apenborn. Die Kontrollkommission mußte diese Beschwerde zurückweisen, weil das in Frage kommende Schiedsgericht kein solches war, wie es das Organisationsstatut vorschreibt.

Der Genosse Otto Moritz-Hamburg führte Beschwerde über den Parteivorstand. Der Sachverhalt ist folgender:

Vor ungefähr fünf Jahren fand eine Parteiversammlung des 3. Hamburger Wahlkreises statt, worin einige derbe Worte fielen, die zur Klage führten. Genosse Moritz ist nun der Ansicht, daß der Genosse Schmelzmeyer die gefallenen Worte nicht richtig wiedergegeben habe und er dadurch im Nachteil gekommen sei. Moritz stellte darauf an den Vorstand des 3. Wahlkreises den Antrag, den Genossen Schmelzmeyer aus der Partei auszuschließen. Der Vorstand hat den Antrag Moritz abgelehnt.

Moritz ist nun der Ansicht, sein Antrag hätte vom Vorstand einer der nächsten Mitgliederversammlungen vorgelegt werden müssen. Da dies nicht erfolgt ist, verlangt Moritz vom Parteivorstand eine Untersuchung der Angelegenheit und die Feststellung des genauen Inhalts der damals gehaltenen Reden. Der Parteivorstand sah sich außerstande, diesem Verlangen nachzukommen und lehnte ebenso das Verlangen der Herausgabe eines von Moritz an den Vorsitzenden des 3. Wahlkreises gerichteten Briefes und die Beschwerde des Genossen Moritz ab. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung des vorgelegten reichlichen Aktenmaterials dem Parteivorstand nur beipflichten und die Beschwerde des Genossen Moritz ablehnen. Die Kontrollkommission möchte deshalb beim Parteitag anregen, ob bei einer eventuellen Revision des Parteistatuts die Frage der Verjährung nicht in Erwägung gezogen werden sollte.

Der Genosse Keiling erregte durch seine Handlungsweise, indem er den Genossen Schaub als Berichterstatter von Büdesheim denunziert hatte, sowie durch seine Teilnahme als Turner an einer Ovation, welche dem Grafen Oriola vor seinem Schlosse gebracht wurde, das Mißtrauen der dortigen Parteigenossen. Deshalb ist Keiling aus dem Wahlverein des Wahlkreises Friedberg-Büdingen ausgeschlossen worden. Das angerufene Schiedsgericht gab dem Keiling eine scharfe Rüge und hob den Ausschluß aus der Partei auf, schloß Keiling aber aus dem Wahlverein aus. Gegen diesen Schiedsspruch wandte sich der Wahlverein mit der Begründung, daß es nicht zweierlei Mitglieder geben könne.

Die Kontrollkommission erachtete die Beschwerde des Wahlvereins für berechtigt, hob den Beschluß des Schiedsgerichts auf und schloß den Keiling aus der Partei aus.

Der Genosse Karl Schröder, Zimmerer in Düsseldorf, wurde wegen Streikbruch (Zusammenarbeiten mit Streikbrechern) aus der Partei ausgeschlossen. Dagegen legte er Berufung ein. Schröder ist Polier, ihm wurde gestattet, bei der Arbeit zu verbleiben, jedoch mit Streikbrechern nicht zusammen zu arbeiten. Dies war jedoch nicht zu verhüten. Schröder erhielt bei seiner Anfrage, wie er sich zu verhalten habe, vom Hauptvorstand in Hamburg keine Auskunft.

Es fehlen im wesentlichen der Wortlaut des Ausschlußantrages sowie die Daten über den Verlauf des Streiks. Bei dieser unklaren Sachlage konnte Streikbruch nicht festgestellt werden, die Kontrollkommission hat deshalb das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben.

Durch Urteil des Schiedsgerichts wurde der Tischlermeister Genosse H. Beege-Berlin aus der Partei ausgeschlossen. Im Vorjahr lief der zwischen dem Holzarbeiterverband und den organisierten Unternehmern abgeschlossene Tarif ab, die Tischler traten in eine Lohnbewegung und erstrebten zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer aber lehnten die Forderungen ab und beschlossen, vor Ablauf des Tarifes die Arbeiter auszusperren. Beege, welcher dem Verein Berliner Tischlermeister angehörte, sperrte seine Leute ebenfalls aus und erklärte, daß er in ähnlichen Fällen ebenso handeln würde. Die Kontrollkommission konnte sich dem Urteil des Schiedsgerichts nur anschließen.

Martin Szymanski in Ilmenau wurde auf Antrag des dortigen Sozialdemokratischen Vereins durch ein Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen. Er hatte unserem Genossen, der Gemeindevertreter war, Mitteilungen über Lohnkürzungen der städtischen Arbeiter gemacht, und dieser hatte seiner Ansicht nach die Sache im Gemeinderat nicht richtig vertreten und ihn als Gewährsmann genannt. Darüber war Szymanski erbost und verlangte sein Schreiben zurück. Da es ihm nicht wiedergegeben wurde, klagte er auf Herausgabe, wurde aber abgewiesen. Das Schiedsgericht erachtete ihn für unwürdig und sprach ihm die Parteimitgliedschaft ab. Die Kontrollkommission hat dies Urteil aufgehoben.

Die Schriftsetzer Bayer und Clauder vom Sonneberger „Volksfreund" waren mit der Druckerei in Differenzen geraten und entlassen worden. Zu ihrer Rechtfertigung benutzten sie ein bürgerliches Blatt. Das Schiedsgericht erblickte hierin mit 5 gegen 2 Stimmen eine ehrlose Handlung, und mit 4 gegen 3 Stimmen wurde der Ausschluß vollzogen. Die Kontrollkommission konnte auf eine materielle Prüfung des Falles verzichten, da sie dem materiellen Einspruch des Beschwerdeführers über die Befangenheit der Schiedsrichter stattgab. In dem Schiedsgericht haben die drei Kläger bezw. angegriffenen Angestellten des „Volksfreund" als Schiedsrichter gesessen. Eine solche Zusammensetzung eines Gerichtshofes widerspricht den elementarsten Grundsätzen einer unbefangenen Rechtsprechung. Die Kontrollkommission hob das Urteil auf.

Der letzte Fall endlich betrifft den Zimmerpolier Rudolf, der des Streikbruchs beschuldigt wurde, da er während eines Streiks der Bauarbeiter Lehrlingsarbeit beaufsichtigt und geleitet hatte. Ein Schiedsgericht lehnte den Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab und erteilte Rudolf nur eine Rüge: weil sein Verhalten nicht einwandfrei war. Die Kontrollkommission hat das Urteil aufgehoben, sie erblickte in der Handlungsweise Rudolfs einen Streikbruch und stimmte deshalb dem Ausschlußantrage zu.

Schließlich habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Auch in diesem Jahre hat der Tod wieder einen treuen Genossen aus den Reihen der Kontrollkommission gerissen, Franz Josef Ehrhart. (Die Mitglieder des Parteitages erheben sich von den Plätzen.) Jahrelang war Ehrhart uns ein treuer Mitarbeiter, wir werden stets in Ehren seiner gedenken. (Beifall.)

Diskussion zum Geschäftsbericht.

Haase-Königsberg beantragt, sämtliche Anträge über die Jugendorganisation (Anträge 26—50 und die auf der Frauenkonferenz dazu gefaßten Leitsätze) einer 17gliedrigen Kommission zu überweisen, deren Bericht an das Plenum dann die Grundlage der Diskussion sein soll. Der Parteisekretär Müller habe der Resolution des Parteivorstandes eine Auslegung gegeben, die vielfach von der sehr vieler Genossen abweiche. Dies erfordere eine genaue Prüfung des Materials und diese sei um so notwendiger wegen des neuen Vereinsgesetzes.

Der Parteitag stimmt dem zu. In die Kommission für die Jugendorganisation werden gewählt: Brandler-Bremen, Dr. Frank-Mannheim, Grunwald-Mühlhausen, Haase-Königsberg, H. Müller-Berlin, Müller-Köln, Ritter-Ruppin-Templin, Rudolf-Frankfurt, Sänger-München, Scheib-Leipzig, Robert Schmidt-Berlin, Heinrich Schulz-Berlin, Stolten-Hamburg, Wels-Berlin, Westmeyer-Stuttgart, Klara Zetkin-Stuttgart, Luise Zietz-Hamburg.

Singer: Um falsche Auslegungen für die Zukunft zu verhüten, stelle ich fest, daß wenn auch Müller in die Kommission gewählt ist, damit nicht ausgesprochen werden kann, daß der Parteivorstand zur Teilnahme an solchen Kommissionen nur dann berechtigt ist, wenn ausdrücklich eines seiner Mitglieder von dem Parteitag hineingewählt ist. Ich nehme an, daß es Ueberzeugung des Parteitages ist, daß dem Vorstand an sich das Recht zusteht, in solchen Kommissionen die Meinung des Parteivorstandes zu vertreten. (Zustimmung.)

Von den zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträgen werden unterstützt: Zum Punkt Bildungsausschuß die Anträge 53 und 54, zur Lokalistenfrage die Anträge 6 und 130; zum Punkt Frauenorganisation, der gesondert diskutiert werden wird, die Anträge 21 bis 24, 125 und 127. Nicht unterstützt werden die Anträge 25 und 52.

Allgemeines, Presse, Bildungsausschuß und Lokalistenfrage.

Leinert-Hannover: In seinem schriftlichen Bericht sagt der Parteivorstand: „Die Kosten für die Agitationskalender wurden wieder für einige Bezirke ganz oder zum Teil von uns getragen, so u. a. für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, Schlesien, Hessen-Nassau, Rheinprovinz." Wir haben deshalb auch ein Recht, hier über diese Kalender ein Wort zu reden, und zwar sind ein unerträglicher Mißstand die beigegebenen Inserate. Der vom Parteivorstand herausgegebene ostpreußische Kalender enthält eine Unmasse von Inseraten (Hört! hört!), die allmählich anderen Bezirken angeboten werden, und die bei weiterer Verbreitung ein öffentlicher Skandal für die

Partei zu werden drohen, und die wir auf dem Lande zur Agitation unmöglich verwenden können. Da sind Inserate drinnen: „Wir verschenken 100 000 Musikinstrumente", das ist schon kein Inserat für den Kalender. Von der Solinger Stahlindustrie: Zu Weihnachten Glockengeläute mit Posaunenchor der Geburt Christi usw. Teilweise sind Inserate aus dem Auslande in dem Kalender enthalten. Inserate, vom Parteivorstand unterstützt, die in der Parteipresse als Schwindelinserate bezeichnet werden. Dann Kalender mit lauter Inseraten von Gastwirten; das ist doch keine Ausführung der Essener Alkoholresolution; wir wollen doch dem Landarbeiter etwas Gutes bringen, und fällt er nun auf solche ausländische Inserate hinein, so agitieren wir direkt gegen uns.

In diesem Jahre wurde von einem Parteigenossen ein verlockendes Angebot für Inserate gemacht; und es besteht die Gefahr, daß wir allmählich die Kalender so ausstatten, daß sie ihren Zweck vollständig verfehlen. Wir müssen beschließen, daß der Parteivorstand Kalender mit Inseraten nicht unterstützen darf, sonst kommen wir schließlich noch zu Flugblättern mit Inseraten. Wir haben auf früheren Parteitagen uns mit einem aus dem Brandenburgischen stammenden Antrag beschäftigt, der die Förderung der antimilitaristischen Agitation verlangt. Wie wird diese Idee nun in der Agitation gefördert? In dem Brandenburgischen Kalender, dem Märkischen Landboten von 1908 (Hört! hört!), steht fett gedruckt: Die Schlacht bei Sedan mit Musik, Hurrarufen und Gebet und viele tausend andere Märsche usw. bringen meine sehr laut und deutlich sprechenden Sprechapparate. Ist denn das die Vertretung der Ideen, die man hier so oft gerade aus der Mark Brandenburg auf dem Parteitag durchzubringen sucht. Da sagt man doch: Genossen! Wir machen antimilitaristische Agitation, aber kauft diese Musikapparate, dann habt ihr die Schlacht bei Sedan mit Gebet und Hurrarufen. (Heiterkeit.) Dieser Zustand der Inserate ist genau so auch im „Wahren Jakob". Wir sind doch in der Partei so weit, daß wir nicht nötig haben, unsere Agitation uns durch Inserate bezahlen zu lassen. Es ist nötig, daß die Agitationsmittel für die Landbewohner, die wir für uns gewinnen wollen, nicht geschäftlichen Interessen dienen. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 23 zurückgezogen ist.

Eisner-Nürnberg: Der Referent des Bildungsausschusses, Genosse Schulz, hat einige Bemerkungen über die gegenwärtig mit Recht so beliebte „Fränkische Tagespost" gemacht, die mir Anlaß geben, einige sachliche Ausführungen über die Bildungsfrage zu machen. Ich bin in diese Diskussion wider meinen Willen hineingezogen worden. Eine beiläufige Bemerkung in der Nürnberger Parteitagsversammlung, in der ich besonders betonte, daß ich nicht der Meinung wäre, daß man einen Antrag über die Parteischule einbringen solle, ist in die Presse gekommen und hat in der Folge zu einer Diskussion Anlaß gegeben. Ich halte die Frage der Parteischule in der Tat noch nicht für reif, glaube aber, daß sie in kurzer Zeit reif werden wird. Bis dahin können wir die eingehende Erörterung dieser Frage vertagen. Ich meine, die Parteischule ist schon heute in einer sehr erfreulichen Umwandlung begriffen. Sie verdankt ihre Entstehung — das wird zwar jetzt geleugnet, ist aber dennoch wahr — dem Mangel an geistigen Kräften in der Partei. Man hat also durch die Parteischule den Wunsch erfüllen wollen, mehr Redakteure, mehr Arbeitersekretäre usw. zu gewinnen. Im ersten Semester wurde die Sache auch so gemacht. Da hat man die Parteigenossen aus der Arbeit herausgerissen und hat sie in Berlin ausgebildet. Jetzt ist man schon zu einer verständigeren Auffassung gekommen. Jetzt bildet man Parteifunktionäre aus. Man gibt einigen Parteigenossen unter großen Opfern die Möglichkeit, sich ein halbes

Jahr wissenschaftlich unterrichten zu lassen. Dagegen läßt sich im Grunde wenig sagen, wenn die Opfer den Ertrag wert sind. Ich sehe in einer solchen halbjährigen Bildung vor allem den Vorteil, daß eine Anzahl von Parteigenossen Ehrfurcht vor der Wissenschaft erlangen; denn mit dieser Ehrfurcht entwickelt sich auch die geistige Bescheidenheit. Je mehr der Mensch weiß, desto mehr ist er überzeugt, wie wenig er eigentlich weiß. (Sehr richtig!) Ich sehe also in der Parteischule wesentlich den Wert, daß die an ihr unterrichteten Parteigenossen dem häufig herrschenden Mißbrauch nicht verfallen, daß jemand, der ein wissenschaftliches Buch gelesen hat, am Abend sich schon hinstellt und einen wissenschaftlichen Vortrag hält. (Sehr gut!) Die Parteischule hat den Zweck und nur den Zweck, bei einigen Parteigenossen die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben, und wenn die 30 Parteischüler in jedem Winter Genies gleich Karl Marx wären, so würden sie doch nicht die Möglichkeit haben, als vollendete Lehrer aufzutreten. Ich würde es bedauern, wenn es wahr wäre, was Schulz zu meinen scheint, daß die Parteischule dazu berufen ist, wissenschaftliche Lehrer auf die Provinz loszulassen. Wenn das erreicht wird, dann sollte man diese Schüler, die in einem halben Jahre so glänzende Resultate geben, lieber gleich an der Parteischule zu Lehrern machen. Wenn man liest, daß Parteischüler, die eben ein halbes Jahr Unterricht genossen haben, dann sofort einen Zyklus von 20 und einigen Vorträgen über die Werttheorie halten, so glaube ich, liegt darin nicht die genügende Hochschätzung vor der Schwierigkeit der Wissenschaft und vor allem nicht die genügende Achtung vor dem Lehrerberuf im Proletariat. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, alte Parteigenossen, wie Bebel, Singer, Segitz, die ein mühseliges Leben der wissenschaftlichen Durchbildung hinter sich haben, würden heute nicht den Mut haben, über diese schwierigste nationalökonomische Frage vor Arbeitern einen Zyklus von 20 Vorträgen zu halten. Die Parteischule soll Schüler ausbilden, aber zwischen einem Schüler und einem Lehrer ist ein großer Unterschied. Wenn auf der Parteischule Lehrer mit Hohenzollernscher Schnellreife erzeugt werden sollten (Heiterkeit), so bedauere ich die Partei, die von solchen Lehrern unterrichtet werden soll. Das steht in dem ausgezeichneten Artikel, von dem ich wünschte, daß er zur Grundlage der Diskussion überall da gemacht wird, wo Bildungsbestrebungen im Gange sind, den Genosse Maurenbrecher in der „Fränkischen Tagespost" geschrieben hat. (Lachen.) Man sagt: es gibt eigentlich keinen so großen Unterschied zwischen Lehrern und Schülern. Gewiß, es ist ein altes Wort, daß der Lehrer vom Schüler wie der Schüler vom Lehrer lernt. Aber um Volksschullehrer zu werden, um bloß die Elementarkenntnisse des Lesens und Schreibens den Kindern beizubringen, gehört eine außerordentlich große und umfangreiche Vorbildung. Lehrer, wie wir sie brauchen — ich rede gar nicht davon, ob akademische oder nicht akademische Vorbildung vorhanden ist —, wachsen nicht in einem halben Jahre, sie erwachsen aus einem Leben der Arbeit und nur der Arbeit, sie fallen nicht vom Baum, sie müssen sich entwickeln. Der Genosse Maurenbrecher, der jetzt Lehrer in unserem Bezirk Nordbayern ist, hat die unmaßgebliche Meinung ausgesprochen, daß man in der Massenbildung nicht mit den schwierigsten theoretischen Problemen anfangen soll, sondern von unten einheitlich aufbauen soll. Der Genosse Schulz ist, soviel ich weiß, Lehrer an der Parteischule. Eine der ersten Aufgaben eines Schülers liegt darin, daß er lernt, Gedrucktes und Gelesenes richtig aufzufassen. Wenn man das von einem Schüler verlangt, so meine ich, müßte man es auch von einem Lehrer verlangen. (Sehr gut! und Unruhe.) Es müßte denn sein, daß es umgekehrt, wie Genosse Maurenbrecher meint, Dogma wird, daß zwar der Schüler etwas von materialistischer Geschichtsauffassung und historischer Dialektik wissen muß, aber nicht der Lehrer. Maurenbrecher ist der Meinung,

daß der Schüler anfangen muß mit dem Unterricht in den Tatsachen, mit der Kenntnis der großen Entwickelungslinien der Menschheit, mit der unmittelbaren lebendigen Anschauung. Wenn Sie einmal ältere Programme unserer Arbeiterbildungsschule in Leipzig, zur Zeit als Liebknecht noch Lehrer war, durchsehen, so werden Sie finden, daß er ungefähr dieselben Themata behandelt hat, wie es hier Maurenbrecher für die Massenbildung vorschlägt. Es scheint mir in der Tat eine Gefahr zu sein, daß man mit den schwierigsten theoretischen Problemen anfängt, anstatt erst einmal mit den Stoffen des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens zu beginnen. Es ist gewiß viel leichter, gewisse dialektische Formen zu begreifen als die große stoffliche Anhäufung zu beherrschen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich muß schließen. Ich will nur noch sagen: es liegt in dem Artikel Maurenbrechers keine Verachtung der Theorie, sondern eine Hochschätzung der Theorie, die darin besteht, daß man es eben nicht für möglich hält, wie Genosse Schulz, von vornherein die große Masse mit den schwierigsten ökonomischen Problemen zu beschäftigen, sondern daß man, wie wir im Gau Nordbayern es tun, einen mächtigen Unterbau elementarer Kenntnisse verbreiten und auf deren Grundlage dann die theoretische Weiterbildung vollziehen wollen. (Beifall, Zischen, erneuter Beifall.)

Lehmann-Mannheim vermißt in dem Bericht nähere Angaben über die Verbreitung der Unterhaltungsliteratur der Partei und bedauert, daß die Satire in der Parteipresse zu wenig Beachtung findet. Früher haben wir uns auf mehreren hintereinander folgenden Parteitagen mit der Beilage „Neue Welt" beschäftigt und haben allseitig ihren Inhalt kritisiert. Das scheint geholfen zu haben; man scheint heute mit dem Inhalt des Blattes zufrieden zu sein. Vielleicht hilft häufigere Kritik auch beim „Wahren Jakob". Der „Wahre Jakob" bietet nach meinem Dafürhalten nicht das, was er bieten sollte. Er wird daher auch in der Parteipresse sehr selten zitiert, viel seltener als Gottlieb im „Tag" oder der „Simplizissimus". In der Tat ist er heute mehr ein Familienblatt geworden, er ist nicht das satirische Blatt, das mit scharfer Karikatur die Dinge kennzeichnet. Auch hat man bei den Karikaturen häufig den Eindruck, als habe der Zeichner weder die betreffende Person gesehen noch auch eine halbwegs gute Photographie. In dieser Beziehung könnte besseres geleistet werden.

Stubbe-Hamburg befürwortet den Antrag 130. Wenn wir mit den lokalen Gewerkschaften fertig werden wollen, müssen wir gegen alle lokalistischen Organisationen Stellung nehmen. In Hamburg gibt es zum Beispiel außer der freien Vereinigung lokalistische Organisationen der Bauhilfsarbeiter mit zirka 800 Mitgliedern, der Hausdiener und Kontorboten mit 1400 Mitgliedern und die bekannten Akkordmaurer mit 400 Mitgliedern. Alle unsere Bemühungen, uns mit ihnen über eine Vereinigung zu verständigen, sind erfolglos geblieben und die Führer der Gewerkschaften werden von diesen mit Schmutz beworfen. Wir müssen auch daran denken, daß Neubildungen lokalistischer Organisationen außerhalb der freien Vereinigung stattfinden können. Auch wenn in Solingen die Verhandlungen zu keinem Erfolge führen, würden die Betreffenden unter unseren Antrag fallen. Mit der Klage über die Inserate im Kalender haben die Genossen in Hannover durchaus recht. Arbeiter, die auf solche Inserate hereinfallen und betrogen werden, schieben dann der Sozialdemokratie häufig die Schuld zu. Es trifft auch nicht zu, daß so hohe Einnahmen durch die Annoncen erzielt werden; man vergißt die Satz- und Papierkosten. — Was den Vorstandsbericht im allgemeinen anbetrifft, so habe ich die Beobachtung gemacht, daß das Zusammenarbeiten des Parteivorstandes mit den örtlichen Funktionären ein besseres werden müßte. In

wichtigen Fragen gehen die Informationen vom Parteivorstand oft recht spät ein. Ich erinnere an die Maifeier und auch daran, daß der Organisationsentwurf zur Frauenorganisation uns erst viel später zuging, als der vertrauliche Entwurf in der „Gleichheit" veröffentlicht war. Bei wichtigen Fragen sollten zuweilen auch Konferenzen mit den einzelnen Sekretären stattfinden, wie das in der Gewerkschaftsbewegung der Fall ist. Wenn in Fragen wie der Maifeier vorher mit den örtlichen Funktionären eine Verständigung stattfindet, wird es viel leichter sein, die Beschlüsse in den örtlichen Organisationen zur Annahme zu bringen. Auch muß der Parteivorstand versuchen, mehr Fühlung mit den örtlichen Organisationen zu bekommen dadurch, daß er mehr an den Provinzkonferenzen und Landesversammlungen teilnimmt, wie es zum Teil ja geschieht. Dann werden Reibereien und Mißverständnisse sich leichter vermeiden lassen. In der Parteipresse werden vielfach Meinungen vertreten, die nur von den Redakteuren ausgehen und sich mit der Meinung der Parteigenossen nicht decken. Auch aus diesem Grunde ist es besser, wenn der Parteivorstand immer in Fühlung mit den örtlichen Organisationen steht.

Rosa Luxemburg-Berlin: Wenn ich das Wort ergreife, so nicht, um gegen die Kritik an der Parteischule zu protestieren, sondern im Gegenteil, um mich zu beklagen über den Mangel einer ernsten sachlichen Kritik. Die Parteischule ist ein neues und sehr wichtiges Institut, das von allen Seiten ernsthaft gewürdigt und kritisiert werden muß. Ich muß selbst bekennen, daß ich von Anfang an der Gründung der Parteischule mit größtem Mißtrauen begegnet bin, einerseits aus angeborenem Konservatismus (Heiterkeit), andererseits, weil ich mir im stillen Kämmerlein meines Herzens sagte, eine Partei, wie die sozialdemokratische, muß ihre Agitation mehr auf eine direkte Massenwirkung einrichten. Meine Tätigkeit an der Parteischule hat diesen Zweifel zu einem großen Teil gehoben. In der Schule selbst, in einem stetigen Kontakt mit den Parteischülern, habe ich gelernt, das neue Institut zu schätzen, und ich kann aus vollster Ueberzeugung sagen: Ich habe das Gefühl, wir haben damit etwas Neues geschaffen, dessen Wirkungen wir noch nicht überblicken können, aber wir haben etwas Gutes damit geschaffen, das der Partei Nutzen und Segen bringen wird. Allerdings ist noch manches zu kritisieren, und es wäre ein Wunder, wenn das nicht der Fall wäre. Wenn ich auch die Anregung auf eine Aenderung in der Auswahl der Schüler ablehne — denn wir haben als Lehrer die Erfahrung gemacht, daß die bisherigen Resultate ausgezeichnet sind, so daß ich mir ein besseres Elitekorps gar nicht wünschen möchte —, so finde ich doch einiges an dem Lehrplan auszusetzen. In dem Lehrplan müßte mit an erster Stelle die Geschichte des internationalen Sozialismus stehen. (Sehr richtig!) Auch die Wanderlehrer des Bildungsausschusses sollten diese Frage mehr würdigen, anstatt sich nur auf nationalökonomische Lehren zu beschränken. Die Geschichte des Sozialismus ist in knapper Form viel leichter darzulegen, ohne daß der Gegenstand darunter leidet, als die Nationalökonomie. Die Geschichte des Sozialismus ist für uns als Kampfpartei die Lebensschule. Wir empfangen daraus immer neue Anregungen. (Sehr richtig!) Die Schule krankt ferner daran, daß das Verhältnis der Parteiorganisationen zu ihren Schülern nicht das richtige ist; es müßte von Grund aus umgestaltet werden. Es kann jetzt vorkommen, daß Parteiorganisationen Schüler in die Schule schicken, wie den Sündenbock in die Wüste, um sich nachher nicht mehr darum zu kümmern, was aus ihnen wird (Sehr richtig!), ohne ihnen einen genügenden Wirkungskreis zur Verfügung zu stellen. Allerdings besteht auf der anderen Seite auch die Gefahr, daß an die Parteischüler, wenn sie einen Posten haben, gar zu große Anforderungen seitens der Genossen gestellt werden. (Sehr richtig!) Die Genossen werden sagen: Du warst an der Parteischule, nun zeige einmal stündlich

und auf jeder Stelle, was du gelernt hast! Solche Hoffnungen werden die Parteischüler nicht erfüllen können. Wir haben uns bemüht, ihnen von erster bis zu letzter Stunde klarzumachen, daß sie noch kein fertiges Wissen haben, daß sie noch weiterlernen, daß sie ihr ganzes Leben lang lernen müssen. Wenn auch die Parteischüler später Gelegenheit bekommen müssen, das Gelernte nutzbringend zu verwerten, so muß man andererseits doch auch dies berücksichtigen. Also es gibt ernste Gesichtspunkte genug, um die Frage der Parteischule nach allen Seiten hin zu kritisieren. Aber solche Kritik, wie sie Eisner übt, ist nicht angebracht. Eisner hat eine so große Ehrfurcht vor der Wissenschaft, daß mir davor bange wird; ich fürchte, der Wissenschaft im allgemeinen und besonders der sozialistischen Wissenschaft bei Eisner geht es so wie dem armen Klopstock, auf den Lessing die geflügelten Worte sagt:

„Wer wird nicht unsern Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? Nein.
Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger gelesen sein."

(Heiterkeit.) Ein weiterer Beweis, wie leichtfertig die Kritik von Eisner ist, ist das Beispiel, daß er uns als strahlendes Gegenstück zu der Parteischule entgegengehalten hat den Nürnberger Trichter (Heiterkeit), den man sich hier geschaffen hat in Gestalt des Genossen Maurenbrecher. Maurenbrecher soll als einziger Lehrer hier dem Proletariat die gesamte Bildung übermitteln. Sein Glaubensbekenntnis hat er in einem, wie Eisner meint, ausgezeichneten Artikel in der „Fränkischen Tagespost" niedergelegt, worin es heißt: „Wir treiben zuviel Theorie! Muß die Masse die Werttheorie kennen? (Hört! hört!) Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Ketzerei und sage: nein! Der Lehrer muß das wissen — um es in der Tasche zu behalten. (Eisner: Nein, das steht nicht da, das haben Sie zugesetzt!) Natürlich, das habe ich zugesetzt. „Aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden." Das habe ich nicht hinzugefügt, das hat Maurenbrecher gesagt. (Hört! hört!) Und weiter sagt er: „Die Theorie ist in ihrer zwar unbeabsichtigten, aber doch sehr häufig vorhandenen Wirkung oft geradezu eine Ertötung der Kraft zum Entschluß und zum Handeln." Die materialistische Geschichtsauffassung, die 40 Jahre einer glänzenden Entfaltung des Klassenkampfes in Deutschland und der Welt geschaffen hat, jene Theorie von Marx und Engels, die dem russischen Proletariat vorangeleuchtet hat in der größten Tat des Anfanges des Jahrhunderts, in der russischen Revolution, soll die Kraft zum Entschluß und zum Handeln ertöten! (Hört! hört!) Aber Eisner, Maurenbrecher und andere urteilen nach sich selbst, sie glauben, auf sie wirkt die materialistische Geschichtsauffassung, wie sie sie verstehen, in der Weise, daß sie ihre Tatkraft lähmt, und deshalb wünschen sie, daß auf der Parteischule nicht Theorie, sondern hauptsächlich der Stoff gelehrt wird, die stoffliche Seite des Lebens. Sie haben gar keine Ahnung davon, daß das Proletariat den Stoff aus dem täglichen Leben kennt, das Proletariat kennt „den Stoff" besser als Eisner. (Lebhafte Zustimmung.) Was der Masse nottut, ist die allgemeine Aufklärung, die Theorie, die uns die Möglichkeit gibt, den Stoff zu systematisieren und zu einer tödlichen Waffe gegen die Gegner zu schmieden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn mich irgend etwas überzeugt hat von der Notwendigkeit der Parteischule, der Verbreitung des Verständnisses für die sozialistische Theorie in unseren Reihen, so ist es die Kritik von Eisner. (Lebhafter Beifall.)

Knauer-Sonneberg: Die Masse der Parteigenossen, die ja in der Hauptsache eine schlechte Volksschule besucht hat, kann die Errichtung der Parteischule

nur mit Freuden begrüßen. Die Kontrollierung der Parteigeschäfte ist sehr notwendig. Daß das Parteiblatt für Königsberg Jahr für Jahr 17 000 Mk. verschlingt, damit kann es nicht so weiter gehen. Die Sonneberger Parteigenossen haben ihre Presse aus eigener Kraft gegründet und erhalten dieselbe auch ohne jeden Zuschuß. — Die Parteipresse muß den Verhältnissen des Bezirks angepaßt werden; die Mittel brauchen wir zur Agitation. In einer großen Reihe von Wahlkreisen fehlt es an den nötigen Mitteln zur Agitation, so unter anderem in Meiningen I. Eine Anzahl Parteigeschäfte müßten wie der „Vorwärts" ihre Ueberschüsse der Partei zur Verfügung stellen. Was den Bericht der Kontrollkommission anlangt, so darf doch nicht jemand aus formalen Gründen recht bekommen, der absolut im Unrecht ist. Wie darf man zulassen, daß jemand zur bürgerlichen Presse läuft und die eigene Parteipresse herunterreißt.

Braun-Königsberg: Die außerordentlich absprechende Kritik Leinerts am ostpreußischen Kalender, mit dem wir unter den größten Mühen gegen skrupellose Gegner und nicht ohne Erfolg seit 10 Jahren arbeiten, hätten wir nicht erwartet, glauben sie auch nicht verdient zu haben. Die Inserate unseres Kalenders geben ihm kein Recht, von einem Skandal für die Partei zu sprechen. Wir haben doch die Inserate nicht aufgenommen, um Musikinstrumente und böhmische Bettfedern zu empfehlen, sondern um dem Parteivorstand die Tragung der Kosten für den Kalender zu erleichtern und den Kalender selbst möglichst umfangreich zu gestalten. Es leiteten uns dieselben Motive, von denen sich alle Zeitungsverlage unserer Partei leiten lassen, wenn sie Inserate in ihren Blättern veröffentlichen. Schwindelinserate haben wir stets zurückgewiesen und ich bestreite, daß der von Leinert so unerhört scharf verurteilte Kalender für 1908 solche enthält. Und dann noch eins: Leinert ist bereits seit einem Jahr im Besitz des Kalenders. Riefen die Inserate so gewaltige Entrüstung bei ihm hervor, dann hätte er längst Gelegenheit gehabt, die beim Vorstande oder auch bei mir, bei unserem Zusammensein in Berlin anzubringen. Auch hätte er viel eher Anlaß gehabt, sich über Kalender zu entrüsten, die in ihm näher liegenden Bezirken erschienen sind. Jedenfalls muß ich es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, wenn eines unserer wirksamsten Agitationsmittel sehr zum Schaden für unsere so schwere Werbearbeit als ein Skandal für die Partei bezeichnet wird. Wir stehen im äußersten Osten auf dem exponiertesten Posten der Partei. Die stetige Abwanderung aus dem Osten nach dem Westen — und das sage ich auch besonders dem Genossen gegenüber, der den hohen Preßzuschuß für Königsberg monierte — bringt es mit sich, daß wir fortgesetzt Urboden zu beackern haben, daß die Früchte unserer sozialistischen Saat nicht zum wenigsten erst im Westen aufgehen. Das sollten die Genossen aus dem Westen beachten und uns nicht durch derartige unberechtigte Vorwürfe, wie sie Leinert hier erhoben hat, unsere mühsame und aufopfernde Arbeit erschweren.

Wels-Berlin: Braun hat mir einen Teil meiner Ausführungen gegen Leinert schon vorweg genommen; aber wenn dieser von dem brandenburgischen Kalender sprach, nun, der „Wahre Jakob" erscheint nicht in Brandenburg und wird wahrscheinlich nicht von Radikalen redigiert. Und da finden Sie ein Rezept für einen schneidigen Schnurrbart für jeden schneidigen Kavalier, Nährpulver gegen Magerkeit und für schöne volle Körperformen. (Heiterkeit.) Also das trifft für den Süden und Norden zu, für radikale und anders redigierte Blätter. Wir können nur auf dem Boden diskutieren, daß man fragt, ob die Inserate überhaupt im Agitationskalender aufgenommen werden sollen oder nicht. Als Vorsitzender der Preßkommission des „Vorwärts" weiß ich, daß häufig genug Beschwerden kommen, weil dieser oder jener trotz strengster Prüfung der Inserate sich übervorteilt glaubte. Alle unsittlichen und offenbar schwindelhaften Inserate scheiden wir von vornherein aus. Die Inserate haben dem „Märkischen Landboten" im letzten Jahr, allerdings einschließlich der Spesen, 4300 Mk. Einnahmen gebracht. Wir konnten aber die dreifache Einnahme haben, hätten wir nicht zwei Drittel der angebotenen Inserate zurückgewiesen. Wir nehmen also schon eine Sichtung vor. — Die Anregung möchte ich unterstützen, daß der Parteivorstand öfter mit den Bezirks- und Landeskommissionen zusammenkäme. Dann würden wir Auseinandersetzungen über die Maifeier usw. hier jedenfalls nicht haben. Daß zur Lokalistenfrage bisher sich wenigstens niemand zum Wort gemeldet hat, begrüße ich, es beweist mir, daß der Parteitag in dieser Frage einig ist und der Resolution des Parteivorstandes einmütig zustimmen wird; auch in der Verurteilung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes. Jetzt zeigt sich, wie unberechtigt unsere vorjährige Mäßigung gegenüber der Wiesenthalschen Organisation war. Wären wir damals dem Wiesenthal gegenüber konsequent vorgegangen, dann wären diese Schweinereien nicht möglich geworden, dieser Verrat, den sie jetzt beim Streik der Rohrleger durch Vermittelung von Streikbrechern gemeinsam mit Lebius, dem gelben Verband und den Hirsch-Dunckerschen begangen haben. Der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband hat jedenfalls für Berlin aufgehört zu existieren, übriggeblieben ist die Streikbrecheragentur Wiesenthal, Lebius und Kompagnie, Hauptgeschäft Berlin, Ackerstraße 128. (Zustimmung.)

Singer: Ich wäre am Schluß der Sitzung darauf eingegangen, tue es aber nun schon jetzt. Ich wollte den Parteitag ersuchen, die Akten der Ausschlußsache Wiesenthal, die im vorigen Jahre auf diesen Parteitag verschoben worden ist, der Beschwerdekommission zu überweisen, damit dieser Parteitag damit zu Ende kommt. (Zustimmung.)

Grunwald: Vor einigen Tagen erschien in der „Fränkischen Tagespost" ein Artikel Eisners, der sich mit der Frage der Begriffsbildung beschäftigte. Wenn man mit diesem Artikel seine heutige Rede vergleicht, so muß man sich fragen, ob der Artikel von derselben Person geschrieben worden ist. Denn eine solche begriffsverwirrende Rede, wie sie heute Eisner im Anschluß an eine Art Kritik der Parteischule gehalten hat, wird schwerlich ihresgleichen finden. Da ist es natürlich auch gar kein Wunder, wenn in einer solchen allgemeinen Fassung, die in einzelnen Sätzen alle mögliche Deutung zuläßt, jeder etwas findet, womit er einverstanden sein könnte. Man wird z. B. Eisner gewiß recht geben, daß der Beruf des Lehrers einer der schwersten und verantwortungsvollsten ist, aber dann daraus zu folgern, Arbeitern, die ein halbes Jahr die Parteischule besucht haben, nachdem sie jahre-, vielleicht jahrzehntelang in der praktischen Politik tätig gewesen sind, das Lehren zu untersagen, ist nur möglich, wenn man alles in einen Topf wirft. Denn diese Arbeiter, die dann von der Parteischule kommen, wollen nicht über alles mögliche und unmögliche unterrichten, den Ehrgeiz haben sie gar nicht, sondern sie wollen über ganz konkrete theoretische und praktische Fragen ihre Bildung weitergeben, nicht Lehrer schlechthin sein. Da schadet es auch gar nichts, und wir sehen es in der Partei wiederholt bewiesen, wenn einmal jemand über ein Thema redet, das seine bescheidenen Kräfte übersteigt. Das Goethesche: „So laßt mich scheinen, bis ich werde" hat einen großen und tiefsinnigen Inhalt (Sehr richtig!), daß wir in das, was wir uns vornehmen, selbst wenn wir es zunächst nur zu scheinen vermögen, hineinwachsen und es dann auch wirklich werden. Und in diesem Sinne hat es nichts geschadet, daß unter den Tausenden von Arbeitern, die als Lehrer aufgetreten sind, dieser oder jener seine Kräfte überschätzt hat. Und sie alle würden nicht zu ihren Erfolgen kommen,

wenn sie diese allgemeine ästhetisierende Theorie sich zum Vorbild genommen und sich davor gefürchtet hätten, Dinge zu erörtern, die vielleicht und tatsächlich anderen Klassen als sehr schwierige, ja als unmöglich zu lösende Probleme scheinen müssen. Indes, ich kann mir vorstellen, daß ästhetische Literaten bürgerlicher Tendenz in Fragen der Werttheorie nicht hineinwachsen können; aber Arbeiter, die die Praxis dieser Werttheorie jahrzehntelang am eigenen Leibe gespürt und sich dann theoretisch unterrichtet haben, können durchaus ehrlicherweise darüber lehren. Noch weiter als Eisner geht ja Maurenbrecher, und der hat nicht nur diesen Artikel in der „Fränkischen Tagespost", die ja immerhin noch ein Parteiorgan ist (Heiterkeit), geschrieben, sondern auch in der „Hilfe" noch viel konsequenter und energischer sich ausgelassen über das, was er eigentlich denkt. Und er ist ehrlich und offen genug, daß er in der „Hilfe" nicht nur mit der gegenwärtigen Praxis des Unterrichtens und Lernens ein Ende gemacht haben will, sondern radikal vorgeht und mit den Fundamentalsätzen unseres Programms ein Ende gemacht wissen will. In der „Hilfe" beschränkt er sich nicht mehr darauf, daß die Theorie nicht den Massen gelehrt werden dürfe, sondern er verlangt, daß man diese Theorie überhaupt aufgeben soll, also auch für die Lehrer. (Hört, hört!) Er schreibt: „Die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, jemals eine Produktionsordnung zu finden, die allen Menschen das volle und glückliche Leben als Kulturmenschen ermöglicht, ist mit Mitteln geschichtlicher und psychologischer Erfahrung nicht zu erledigen." (Hört, hört!) Das heißt also mit anderen Worten, das, was wir in der Praxis durch den täglichen Kampf um die politische Macht erreichen wollen, ist eine Sache, die durch die geschichtlichen und psychologischen Erfahrungen nicht zu erledigen ist. Das heißt nicht nur die Theorie aufgeben, sondern auch den ganzen geschichtlichen praktischen Kampf einfach für unmöglich, erfolglos, ziellos erklären. Wer das haben will, der mag zu allem anderen gut sein, aber zu einem Lehrer des klassenbewußten Proletariats scheint er mir der möglichst ungeeignetste Mann zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Verten-Düsseldorf: Die Düsseldorfer Parteigenossen sind sehr unzufrieden gewesen mit dem Beschluß der Kontrollkommission, den Ausschluß Schröders aufzuheben. Was ich aber besonders rügen muß, das ist, daß die Kontrollkommission es nicht für notwendig gehalten hat, irgendeine Begründung an die Parteiorganisation zu schicken. — Die Parteischüler sind doch zum allergrößten Teil Genossen, die schon jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig sind und deren Grundbegriffe schon längst erfaßt haben und nur noch eine systematische Ausbildung erhalten. Der Vergleich mit dem Volksschullehrer, der erst ein paar Jahre studieren muß, zeigt eine Art bürgerlicher Auffassung der ganzen Angelegenheit. Wenn Eisner die Werttheorie eine sehr schwierige Frage nennt, so hat er ganz gewiß recht, mancher lernt es sein Leben lang nicht. (Heiterkeit.) Als Genossin Luxemburg von dem Wirkungskreis sprach, der den Schülern der Parteischule eröffnet werden müsse, rief Eisner: Sehr richtig! Nun, in Hof hat man in diesem Frühjahr einen Redakteur gesucht, ein Hofer Genosse war im letzten Kursus einer der befähigsten Parteischüler und hat sich gemeldet. Und was taten die Genossen von Hof? Sie stellten einen Parteigenossen an, der kurz vorher noch der nationalliberalen Partei angehörte. (Hört, hört!) Fassen Sie den Beschluß, daß die Parteischule weiter ausgebildet wird; Mängel sind selbstverständlich vorhanden.

Inzwischen ist ein Antrag 131 **Pieck**-Bremen eingegangen.

Pieck-Bremen: Die Beweise liegen vor, daß es den Kritikern der Parteischule nicht auf Verbesserung, sondern auf Beseitigung des Instituts ankommt. Eisner ist ja offen genug, das in seinem Artikel in der „Tagespost" zuzugeben.

Eisner findet hier Elitezüchtung, während er wohlwollend für eine Massenbildung der Partei eintritt. Der Artikel Maurenbrechers zeigt, wie sich diese Leute die Massenbildung denken: In der Vermittelung von zusammenhanglosen Tatsachen! Sie wollen eine willenlose Masse, die sie gängeln können, die nicht in der Lage ist, sich den Zusammenhang der geschichtlichen Tatsachen zu erklären. Die Partei hat alle Ursache, denjenigen Leuten, die seit einigen Jahren systematisch versuchen, die Arbeiter von dem zielklaren Wege abzuleiten, sie auf Wege zu verleiten, die nicht zur Eroberung der politischen Macht führen, sondern lediglich dazu dienen, einzelnen rechtsstehenden Sozialdemokraten und linksstehenden Liberalen die Masse zu stellen für ihre sozialreformerischen Bestrebungen. — Ich kenne viele Parteigenossen, die nicht die Parteischule besucht haben und doch Vorträge über die Werttheorie halten. (Heiterkeit.) Welcher Vorwurf soll also darin liegen, daß ein Genosse aus der Parteischule 26 Vorträge darüber gehalten hat? Er hat die Vorträge gehalten, um im kleinen Kreise intelligenter Genossen sich selbst fortzubilden. (Sehr richtig!) Wir haben alle Ursache, das zu fördern. Der Ausdruck „Elitebildung" ist demagogisch. Wir können dies Institut nur begrüßen; wir wollen es nicht nur erhalten, sondern in sachgemäßer Weise ausbauen und erweitern. Ich denke es mir so, daß etwa ein dreimonatiger Sommerkursus außer dem halbjährigen Winterkursus eingeführt wird, um damit den Genossen, die zum Teil die Parteischule schon besucht haben oder geistig auf hoher Warte stehen, die Möglichkeit zu weiterer systematischer Fortbildung zu geben. Wir haben alle Ursache zu einem Votum des Parteitages, das der Befriedigung über die Parteischule Ausdruck gibt. Das Wohlwollen der Genossen, die fortgesetzt Unterminierungsarbeiten leisten, für die Massenbildung ist sehr durchsichtig: ihnen kommt es nicht auf die Art des Unterrichts, sondern auf den Inhalt dessen an, was in der Parteischule gelehrt wird. (Beifall.)

Eisner-Nürnberg: „Die Arbeiter selbst, wenn sie . . . . die Arbeit aufgeben und Literaten von Profession werden, stiften stets „theoretisch" Unheil an und sind stets bereit, sich an Wirrköpfe aus der angeblich „gelehrten" Kaste anzuschließen." Das hat nicht der Genosse Maurenbrecher geschrieben, sondern Karl Marx. (Hört, hört!) Ich halte dies Zitat für sehr übertrieben. Marx goß da seinen Aerger über den einstigen Berliner Parteigenossen Most aus; aber alles, was Maurenbrecher geschrieben hat, reicht bei weitem nicht an diese schwere Verurteilung der Arbeiter heran, daß sie überhaupt nicht einmal die Möglichkeit haben, Theoretiker zu werden. Wie gesagt, ich halte diesen Satz für übertrieben. Ich bin der Meinung, daß jeder normale und gesunde Mensch die Fähigkeit hat, alle Fragen der Menschheit mit einiger Mühe zu verstehen. Aber es handelt sich gar nicht um die psychologischen Erwägungen, die die Genossin Luxemburg und Genosse Grunwald angestellt haben, daß die Arbeiter wegen ihrer proletarischen Klassenlage in die Probleme der Werttheorie leichter eingeführt werden können als bürgerliche Gelehrte — wie Karl Marx. Wogegen ich mich gewendet habe, ist lediglich der Anspruch, daß ein halbes Jahr durchgebildete Genossen sofort als Lehrer auftreten. Sie haben hier Parteischüler gehört, deren Argumente darin bestehen, daß Parteigenossen, die es wagen, über die Parteischule anderer Meinung zu sein, nicht mehr zur Partei gehören. (Zuruf: Hat niemand gesagt!) Das hat mein Vorredner in seinen Schlußausführungen sehr deutlich gesagt. Wenn das die Erziehung ist, dann wäre allerdings mein Mißtrauen bedeutend verschärft worden. Ich halte es durchaus für nützlich, wenn Parteifunktionären die Möglichkeit gegeben wird, ein halbes Jahr sich wissenschaftlich zu betätigen. Ja, ich schließe auch die Redakteure nicht davon aus, und ich persönlich würde großen Wert darauf legen, einmal von den Nürnberger Genossen ein halbes

Jahr beurlaubt zu werden, um zu den Füßen der Genossin Luxemburg neue Wissenschaft zu lernen. (Heiterkeit.) Das würde mir nichts schaden und der Genossin Luxemburg auch nicht. Im übrigen hat sie in der ersten Hälfte ihres Vortrages, worin sie eigentlich gegen mich polemisieren mußte — denn wenn ich etwas sage, muß die Genossin Luxemburg gegen mich polemisieren (Sehr gut! und Lachen) —, hat die Genossin Luxemburg in der ersten Hälfte genau dasselbe gesagt wie ich, nur natürlich viel besser und tiefer als ich. Sie hat genau dasselbe gesagt wie Maurenbrecher (lebhafter Widerspruch und Zustimmung), namentlich daß man in erster Linie Geschichte lehren muß. Es handelt sich nicht darum, ob wir Marxisten sind oder nicht, sondern es handelt sich um die Methode des Unterrichts und vor allem darum, daß wir nicht durch eine Halbbildung einen Anspruch unter gewissen Parteigenossen erzeugen, den kein Parteigenosse der älteren Schule bisher erhoben hat. Es ist eine neue Mode, nicht eine alte Mode, daß Parteischüler mit diesem Aplomb auftreten und dann, mit der Fülle der Wissenschaft des Jahrhunderts ausgerüstet, als ob jeder von ihnen ein Karl Marx oder ein Lassalle wäre, gegen andere polemisieren. (Unruhe.) Bescheidenheit ist der Anfang der Bildung. (Zuruf: Wie lange ist Maurenbrecher Genosse?) Maurenbrecher ist zwar noch nicht sehr lange Genosse, aber er hat sich schon jahrelang wissenschaftlich betätigt. Man spricht von einem Nürnberger Trichter. Nürnberg und der Gau Nordbayern ist gegenwärtig in der Lage, am meisten für die Volksbildung zu tun, denn auch in Berlin haben es die Parteigenossen noch nicht dazu gebracht, die Wissenschaft so hoch zu schätzen, daß sie einen Lehrer im Hauptamt anstellen, der nichts weiter tut, als die Genossen zu unterrichten. Maurenbrecher ist bei uns auch keineswegs der einzige Lehrer, er ist nur gewissermaßen als Zentrum der Bildungsbestrebungen gedacht. Hier bei uns ist der einzige Versuch gemacht, wirklich systematisch von unten herauf in einem bestimmten Bezirk wissenschaftliche Bildung zu verbreiten. Auch mein Kollege Weill hält Vorträge; ich fordere Frau Luxemburg auf, auch mal zu meinen Füßen zu hören: ich habe den Ehrgeiz, wenn mir meine Zeit es gestattet, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, vier Vorträge über Karl Marx zu halten. Sie können versichert sein, daß ich über nichts spreche, was ich nicht vorher gearbeitet habe. Ich pflege mich zu allen meinen Vorträgen gründlich vorzubereiten. Mehr als je ist es heute notwendig, den Massen einmal elementare Bildung einheitlich beizubringen. Wer wie ich gesehen hat, daß die Bildungsbestrebungen der Massen daran scheitern, daß ihnen die einfachsten Begriffe und Worte fehlen, der wird mir beipflichten. Ich habe nichts gegen die Parteischule, sofern der Parteivorstand gleichzeitig die Mittel aufbringen kann, dies Problem der Massenbildung zu lösen. Dann mag die Parteischule nebenher existieren und sich vergrößern. Unsere heutigen Arbeiter haben es viel schwerer als die Führer, die die Partei groß gemacht haben. Unsere Führer haben mit den einfachsten theoretischen Erörterungen angefangen, mit den großen allgemeinen Gesichtspunkten. Heute ist die Partei nicht mehr eine wissenschaftliche Gruppe, sondern eine große politische Partei. Jedes Zeitungsblatt, das heute hinausgeht, enthält eine solche Fülle von Stoff, daß ich behaupte, daß kein Blatt von den großen Massen vollständig verstanden werden kann. Das liegt nicht daran, daß die Massen heute dümmer geworden sind, sondern daß die Ansprüche sich außerordentlich gesteigert haben. Ich erinnere mich eines wunderschönen Aufsatzes von Molkenbuhr, wie er anfing, sich zu bilden, wie er im engeren Kreise Schiller gelesen hat und wie er allmählich erst zehn Minuten reden konnte, dann 15 und 20 Minuten und auch dann noch nicht mit der Wissenschaft des ganzen Jahrhunderts ausgerüstet. Er hält heute noch keine 20 Vorträge über Werttheorie. (Molkenbuhr: Ich habe einen Zyklus von sechs Vorträgen gehalten.) Wenn Molkenbuhr darüber redet, dann hat er ein Recht dazu, er hat zwar nicht ein halbes Jahr in der Parteischule zugebracht, aber sein ganzes Leben dem Studium der Arbeiterbewegung gewidmet. Ich hatte eigentlich die Absicht, Maurenbrecher zu verteidigen, ich verzichte aber darauf und will nur bemerken, daß mein Vorredner aus dem Artikel von Maurenbrecher etwas ganz Falsches herausgelesen hat. Das beweist, daß die Parteischule allerdings in diesem Falle ihre Zwecke gründlich verfehlt hat, denn der ganze Artikel von Maurenbrecher läuft doch darauf hinaus, die Massen nicht zur wehrlosen Herde zu machen, sondern im Gegenteil die Menschen denkfähig zu machen und sie zu selbständigem Handeln und kräftigem Wollen zu erziehen.

Vogt-Merseburg tritt dafür ein, daß Genossen, die noch lokalistischen Organisationen angehören, aus der Partei ausgeschlossen werden. Der Teil der Zimmerer der freien Vereinigung, der in den Zentralverband übergetreten ist, besteht gerade aus den Leuten, die immer für die Partei gearbeitet haben, während die, welche bei der freien Vereinigung geblieben sind, nichts für die Partei getan haben. Wohl behauptet die „Einigkeit" immer, daß 90 Proz. ihrer Anhänger politisch organisiert sind. Es fragt sich aber, welcher politischen Partei sie angehören. Ich bitte den Parteitag, in dieser Sache endlich Schluß zu machen. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns. (Bravo!)

Leinert-Hannover: Wels hat mir gegenüber darauf hingewiesen, daß mit den Inseraten 4300 M. eingenommen worden sind. Dabei sind aber die Kosten des Drucks und Papiers nicht berechnet. Ich mußte diese Sache hier zur Sprache bringen, nachdem uns in Hannover ein Zirkular zugeschickt war von demjenigen, der die Inserate in alle Kalender bringen will. Es galt zu verhüten, daß die Inseratenplage allgemein in Deutschland Eingang findet. Bei den Kalendern, denen der Parteivorstand Zuschüsse gibt, können wir wohl eine Kontrolle über die Reinheit der Agitation verlangen. Daß ich mit meinen Ausführungen die radikale Richtung habe treffen wollen, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ich mich ja auch mit derselben Schärfe gegen die Annoncen im „Wahren Jakob" gewendet habe.

Klara Zetkin: Ich möchte einige Ergänzungen zu dem anführen, was unsere Genossin Luxemburg betreffs der Notwendigkeit gesagt hat, die Geschichte des Sozialismus sowohl dem Bildungsstoff der Parteischule hinzuzufügen, wie auch dem Bildungsstoff, der durch die Wanderkurse des Bildungsausschusses vermittelt wird. Der Bildungsausschuß stimmt durchaus dem Gedankengange zu, den Genossin Luxemburg in dieser Beziehung entwickelt hat. Er hat auch bereits alle einleitenden Schritte getan, damit die Wanderkurse nach dieser Richtung hin ausgebaut werden. Das kann aber nicht eher geschehen, als die Kräfte vorhanden sind, die dem Bildungsausschuß eine gewisse Garantie dafür bieten, daß die Geschichte des Sozialismus auch in einem wirklich gründlichen und befruchtenden Sinne vorgetragen wird. Es handelt sich um Kurse, die vorbereitet werden müssen. Ich bin aber überzeugt, es wird gar nicht lange anstehen, bis durch die Wanderkurse die sehr berechtigten Anforderungen unserer Genossin Luxemburg erfüllt werden. — Ich möchte dann einiges erwidern auf die Ausführungen Eisners. Eisner hat für die Bildungsbestrebungen die Losung ausgegeben: Zurück auf die Methoden, auf die Art und Weise der theoretischen Bildung, wie sie in den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung praktiziert worden ist, und er hat als mustergültig auf den Entwickelungsgang Molkenbuhrs hingewiesen. Genossen, wenn wir auf die als Muster aufgestellten Bildungsmethoden und den entsprechenden Bildungsinhalt zurückgreifen wollten, so würden wir die 40 Jahre der theoretischen Entwickelung, die seitdem verflossen sind, aus der Geschichte des

Partei streichen. Wir haben aber nicht 40 Jahre umsonst gearbeitet, sind nicht 40 Jahre lang umsonst mit der sozialistischen Erkenntnis unter die Massen gegangen. Es ist jetzt eine ganz andere geistige und sittliche Atmosphäre, ein ganz anderer Boden der Auffassung bei den Arbeitern vorhanden als vor 40 Jahren, und wir können deshalb auch einen weit höheren, theoretisch geklärten Bildungsstoff durchdringen, zusammenfassen und den Massen übermitteln, als es in jenen Zeiten geschehen ist. Die Massen bringen heutzutage für die sozialistische Erkenntnis und Theorie eine ganz andere psychologische Disposition mit als in den Zeiten, wo es galt, in geistiger Beziehung die Arbeiterbewegung erst von der bürgerlichen Ideologie überhaupt loszutrennen. Genosse Eisner hat sich entschieden dagegen verwahrt, daß die Parteischüler hinausgehen unter die Masse, um zu lehren, nachdem sie durchaus nicht fertig gelernt haben, sondern erst die tiefste nachhaltigste Anregung erhielten, um weiterzulernen. Aber wie liegen die Verhältnisse in der Partei, in den Gewerkschaften? Die Proletarier können nur arbeitend, können nur wirkend etwas werden, nach dem pädagogischen Grundsatz, daß lehrend gelernt werden muß. Das gilt auch für die Parteischüler. Um diesen Grundsatz in seiner ganzen Tragweite verwirklichen zu können, müssen sie meiner Ansicht nach ein Wirkungsfeld haben, sich arbeitend, lehrend betätigen, nachdem sie die Parteischule verlassen haben. Molkenbuhr ist gerade ein lebendiges Beispiel dafür, was ein Proletarier lehrend und lernend auch in theoretischer Beziehung werden kann. Er hat den besten Beweis der theoretischen Reife, arbeitend und lehrend als Agitator unter den Massen, als Parlamentarier im Reichstag und im letzten Winter in Berlin erbracht, wo er abwechselnd mit der Genossin Luxemburg die nämlichen theoretischen Probleme wie diese behandelt hat in großen, von Hunderten besuchten Volksversammlungen. — Es ist mit Bezug auf die theoretische Bildung der Genossen von einem Artikel Maurenbrechers in der „Hilfe" gesprochen worden. Ich muß sagen, ich glaubte zu träumen, als ich davon hörte. Seit wann ist denn der Parteitagsbeschluß von Dresden außer Kraft gesetzt, daß Sozialdemokraten an gegnerischen Blättern nicht mitarbeiten sollen über Fragen, die das Lebensinteresse der Bewegung berühren? Gelten Parteitagsbeschlüsse, die jeden Genossen binden sollen, nicht mehr für den Genossen Maurenbrecher? (Lebhafte Zustimmung.) Ich finde es seinerseits ja ganz begreiflich, daß er die „Hilfe" für die Veröffentlichung seines Artikels gewählt hat, nach dem alten französischen Sprichwort: „Car on revient toujours à premiers amours", zu deutsch: „Alte Liebe rostet nicht". (Große Heiterkeit.) Wenn ich das auch menschlich begreiflich finden kann, so stehe ich doch nicht an zu erklären, daß es meiner Ansicht nach keine ungeeignetere Tribüne für Erörterungen über unsere Grundsätze geben kann als jenes Blatt, das systematisch, planmäßiger wie jedes andere, darauf ausgeht, die Sozialdemokratie zu korrumpieren, auseinander zu loben, auseinander zu hetzen, auseinander zu schimpfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) In diesem Blatt des Blockfreisinns sollte ein Sozialdemokrat am allerletzten schreiben. (Lebhafte Zustimmung.) In Dresden wurde uns von den Hausgenossen und Hausfreunden bürgerlicher Blätter erklärt, daß das Mitarbeiten von Sozialdemokraten an bürgerlichen Organen vor allem dem Zweck diene, Erkenntnis über das Wesen der sozialistischen Bewegung in bürgerliche Kreise zu tragen. Ist das aber Erkenntnis vom Wesen der sozialistischen Theorie, wenn es in dem Artikel Maurenbrechers heißt, daß die Verwirklichung der sozialistischen Produktionsordnung nicht als Ergebnis der historischen Erfahrung erwartet werden darf, daß er lediglich eine „regulative Idee", Sache des Glaubens und Hoffens sei. Was heißt das anderes, als daß wir die Auffassung preisgeben, daß der sogenannte sozialistische Zukunftsstaat mit geschichtlicher Notwendigkeit kommen muß, als das Resultat der eigengesetzlichen Entwickelung der ganzen Gesellschaft. Was heißt das anderes, um mich populär auszudrücken, als daß der Sozialismus als Wissenschaft zurückgeführt wird nicht nur auf die sozialistischen Utopisten, sondern hinter sie, daß er aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis in eine pfäffische Glaubensformel verwandelt wird. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, mit aller Schärfe auszusprechen, daß Persönlichkeiten, die in ihrer eigenen theoretischen Reife noch einen derartigen Grad der Unentwickeltheit und Verworrenheit bekunden, am allerletzten berufen sind, das Proletariat über den Sozialismus zu unterrichten und lehrend und führend voranzugehen. (Stürmische Zustimmung.) Wer eine derartige Auffassung vertritt, die im letzten Grunde ein Faustschlag gegen die klare, festgewurzelte wissenschaftliche Erkenntnis ist, welche die Sozialdemokratie bemüht ist, jeden Augenblick unter die Massen zu tragen und zum Leitstern ihrer Praxis zu machen, sollte erst noch still bescheiden im Kämmerlein der Theorie sitzen bleiben, um dort lernend sich zur Kenntnis der sozialistischen Theorie durchzumausern, ehe er daran geht, die sozialistische Auffassung zu revidieren. (Langer lebhafter Beifall.)

Dr. **Lensch**-Leipzig: Ich hatte geglaubt, bei dieser Diskussion lediglich mit einer persönlichen Bemerkung davonzukommen; aber die Frage, die jetzt angeschnitten ist, veranlaßt mich doch zu einigen Ausführungen. Zunächst aber muß ich mich mit einer Aeußerung des Genossen Müller vom Parteivorstand beschäftigen. Müller hat in seinem Referat einen Witz gemacht, was ihm ja öfter passiert. (Heiterkeit.) Er sagte, die „Leipziger Volkszeitung" hätte deshalb einen akademisch gebildeten Redakteur gesucht, damit Lensch in der Redaktion einen satisfaktionsfähigen Kollegen hat. Ich muß sagen, der Scharfsinn dieses Witzes hat mich niedergeschmettert. Ich fragte Müller, ob er den Witz ganz allein gemacht habe; denn er schien mir so geistreich, daß ich anfangs glaubte, der Witz sei gewissermaßen Kollektivarbeit der geistvollsten unserer Parteigenossen, nämlich des Parteivorstandes. (Heiterkeit.) Aber Müller sagte, daß er ihn ganz allein gemacht habe. Sie sehen daraus, welche strahlende Geistesfackel wir am Parteisekretär Müller besitzen. (Heiterkeit.)

Die Debatte über die Parteischule ist ja in erster Linie von Nürnberg durch Artikel der „Fränkischen Tagespost" inszeniert. Da besteht allerdings in weiten Parteikreisen der Eindruck, daß die Polemik gegen die Parteischule nicht geführt worden wäre, wenn an Stelle von Luxemburg, Cunow und der übrigen sogenannten Radikalen die sogenannten Revisionisten als Lehrer tätig wären. (Sehr wahr.) In der „Fränkischen Tagespost" war ja gesagt, daß keineswegs die Absicht bestehe, die Parteischule aufzuheben, man wolle nur die Parteilehrer aus Berlin wegziehen. Das ist nach meiner simplen Auffassung genau dasselbe, als wenn man einem Käfer die Beine ausreißt, so daß das arme Tier vollständig bewegungslos bleibt. An sich ist es ja schwer, auf die Einwendungen von Eisner einzugehen; nicht etwa, weil sie so außerordentlich treffend und richtig wären, sondern im Gegenteil wegen ihrer Allgemeinheit, so daß man in der Tat nicht weiß, was man gegen solche allgemeine Behauptungen sagen soll. Er fordert uns auf, das Problem der Massenbildung gründlich zu studieren. Dieses Problem ist im Grunde ja nichts anderes als ein Problem des Kapitalismus; und die Grundanschauungen, die er über das Problem der Massenbildung selbst hat, hat er dadurch dokumentiert, daß er den Artikel von Maurenbrecher über das Schellendaus lobte als einen „ausgezeichneten" Artikel, der der gesamten Debatte als Grundlage dienen sollte.

Genossin Luxemburg hat Ihnen ja schon einige Blüten aus diesem Artikel vorgelesen, und Eisner selbst legt Wert darauf, daß möglichst viel daraus verlesen wird. Ich will diesen Wunsch als höflicher Parteigenosse erfüllen. Es heißt da:

„Wer wirklich verstehen will, was Marx uns gebracht hat, muß erstens wissen, was vor ihm da war: also Wilhelm von Humboldt, Hegel, Gervinus, Ranke, um nur die Deutschen zu nennen. Und er muß zweitens wissen, was seitdem von anderen gedacht und geleistet wurde. Eine einfach erklärende Lektüre der betreffenden Marxschen Stellen führt wahrhaftig nicht zu ihrem wirklichen, d. h. zu ihrem sie richtig begrenzenden und einordnenden Verständnis. Und mit der Wertlehre ist es nicht anders. Ihr müßt mindestens Thomas von Aquino, Ricardo, Marx und Böhm-Bawerk kennen, ehe Ihr über Werttheorie reden wollt."

Thomas von Aquino ist ein seit mehreren Jahrhunderten verfaulter Heiliger der katholischen Kirche. (Heiterkeit.) Man kann also nach den Anschauungen von Maurenbrecher und Eisner, der sich mit ihm solidarisch erklärt, über die Werttheorie nicht sprechen, wenn man nicht weiß, was der heilige Thomas von Aquino dazu sagt. (Heiterkeit.) Nun wurde der Name Molkenbuhr in die Debatte geworfen. Und Molkenbuhr gestand uns ja, daß er nicht nur einen, sondern sogar 6 Vorträge über die Werttheorie gehalten hat. Aber ich frage ihn, ob er denn auch vorher den Thomas von Aquino gelesen hat. (Große Heiterkeit. Bebel ruft: Den haben wir alle nicht gelesen. — Pfannkuch: Aber Frohme hat ihn gelesen. — Heiterkeit.) Ja, dann versteht Ihr ja alle nichts von der Werttheorie. (Erneute Heiterkeit.) Aber über diese Anschauung ließe sich reden, wenn Maurenbrecher sie wirklich konsequent und jedesmal vertreten würde. Wenn Sie aber mal die Vorrede zu seinem Buch über die Hohenzollernlegende zur Hand nehmen, dann finden Sie darin eine höchst merkwürdige Auseinandersetzung; er sagt, er habe leider nicht Zeit gehabt, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen; wer von seiner Arbeit als politischer Schriftsteller leben will, der muß eine hurtige Feder haben, der kann nicht solche Studien treiben, wie es sonst notwendig wäre. (Hört! hört!) Dieses Wort von der gründlichen Durchbildung erinnert mich an den bekannten Witz von Boerne, daß der Deutsche, wenn er sich einen Fleck aus dem Rock reiben will, vorher erst Chemie studiert. (Sehr gut!) Hiernach müßte man erst vorher Thomas von Aquino lesen, ehe man über die Marxsche Werttheorie spricht. Die Mitarbeit von Maurenbrecher an der „Hilfe" erscheint in merkwürdigem Lichte, wenn man sich darauf besinnt, daß Naumann Maurenbrecher, als er zur Partei übertrat, mit den Worten geleitete: Gehe hin und wirke im Sinne des Nationalsozialismus. (Hört! hört!) Genau so, wie Maurenbrecher sich in diesem Artikel ausgesprochen hat, über den Unterschied zwischen den Elitemenschen und den Parteigenossen, die zu dumm sind, um die Werttheorie und den historischen Materialismus oder, wie Eisner sagen würde, die historische Dialektik zu begreifen, genau so hat Professor Sohm sich in früheren Jahrgängen der „Hilfe" ausgesprochen: „Was ist die Masse? Die Masse ist die zum Leiden geborene Herde, keineswegs das wirkliche Volk, sie ist das Unvolk, und nur die wenigen, die aus der Masse hervorragen, sind diejenigen, auf die es in der Weltgeschichte ankommt." Sohm wurde später den Nationalsozialen zu reaktionär, und er schwenkte in der Tat nach rechts ab, und jetzt haben wir nun die Tatsache zu verzeichnen, daß der Sozialdemokrat Maurenbrecher in dieser Frage dieselbe Anschauung hat.

Diese erheblichen Widersprüche, die in den Ausführungen von Maurenbrecher liegen, müssen natürlich auf irgendeine Weise erklärt werden können. Ich erkläre sie mir dadurch, daß Maurenbrecher als früherer Theologe gewohnt ist, das Kamel des Glaubens durch das Nadelöhr der Vernunft zu treiben. (Heiterkeit und Beifall.)

Liepmann-Berlin: Eisner hat unter anderem gesagt, es wäre Aufgabe des Parteivorstandes, für einen gründlichen Unterricht der Masse zu sorgen und sie mit einer gründlichen Elementarbildung zu versehen. Ich habe mit meinem untergeordneten Menschenverstande bisher geglaubt, daß das Aufgabe des preußischen Staates oder der anderen Vaterländer sei, die ja auch nicht imstande gewesen sind, die Aufgaben zu lösen, die Eisner kurzerhand dem Parteivorstand zuweist. Vielleicht fassen wir eine Resolution darüber, dann wird es ja gehen. (Heiterkeit.) Das ist ungefähr die Sachkenntnis, mit der man darüber spricht. (Sehr gut!) Eisner hat es wieder für nötig gehalten, den Berlinern einen Hieb zu versetzen. Er sagte, die Berliner haben noch nicht einmal Lehrer angestellt. Ja, das ist ja eben das Unglück, daß man ohne Sachkenntnis über alles mögliche spricht. Die Berliner haben nicht einen Lehrer angestellt, sondern sie haben Zyklen von Vorträgen halten lassen. Wir haben vor 1½ Jahren sogar Eisners Freund, Maurenbrecher, einen Zyklus von historischen Vorträgen halten lassen, so vorurteilslos waren wir. (Hört! hört!) Wir haben auch einen Zyklus von naturwissenschaftlichen Vorträgen veranstaltet, und Molkenbuhr hat einen Zyklus von Vorträgen über Nationalökonomie gehalten. Es tut mir ja leid, daß Molkenbuhr den Thomas von Aquino nicht kennt und nicht so qualifiziert war wie Maurenbrecher. Aber ich kann versichern, daß die 2500 Leute, die den Vorträgen von Frau Luxemburg und Molkenbuhr gelauscht haben, den Sinn dieser Vorträge begriffen haben, davon befriedigt waren und profitierten. Ich erinnere weiter daran, was wir sonst für die Volksbildung tun, wie wir in Berlin die Arbeiterbildungsschule zu fördern suchen. Ich gehe darauf nicht ein, um die Zeit des Parteitages nicht in Anspruch zu nehmen. Das was Eisner hier gegen die Berliner ausgeführt hat, wenn auch in versteckter Weise, trifft nicht zu. Es ist nicht richtig, daß wir in Berlin nicht genug für die Ausbildung der Massen oder für die Ausbildung des einzelnen getan haben. Wenn man sich hier auf dem deutschen Parteitage hinstellt und es fertig bringt, der größten Organisation im Reich einen solchen Hieb zu versetzen, dann sollte man sich doch vorher wenigstens über die Tatsachen informieren. (Sehr gut!)

Brandler-Bremen: Eisner und Maurenbrecher suchen die Parteigenossen systematisch über die Tätigkeit der Parteischule und der Parteischüler irrezuführen, weil sie sich selbst über die Grundlagen nicht klar sind. Als Beweis möchte ich anführen nur die eine Unklarheit, die darin besteht, daß diese Genossen den Massen eine Unmenge von Einzeltatsachen beibringen wollen, ohne sie in den Stand zu setzen, diese Tatsachen im richtigen Zusammenhange zu würdigen. Was uns fehlt und was uns die Parteischule lehren soll, ist die methodische Gedankenarbeit, die es uns ermöglicht, die Gesetze der kapitalistischen Produktion sowie alles geschichtliche Geschehen zu begreifen, um danach unser Handeln einzurichten. Den Genossen aus bürgerlichem Lager mag es an diesen Einzeltatsachen fehlen, das ist begreiflich, weil sie von einer ganz anderen Seite zu uns kommen. Uns fehlen diese Tatsachen nicht, weil wir sie tagtäglich erleben müssen. Es ist durchaus falsch, zu behaupten, daß die Parteischüler sofort ihr frischerworbenes Wissen über die Werttheorie an die Masse bringen. Sie suchen sich durch Vorträge im kleinen Kreise, so ist es wenigstens bei uns in Bremen, die erforderliche Klarheit zu verschaffen und die Diskussion bewegt sich in kleinem, begrenztem Rahmen. Es ist die reine Demagogie, wenn Eisner und Maurenbrecher behaupten, daß die große Masse in die theoretischen Grundlagen des Sozialismus eingeführt wird. Es ist

ebenso Demagogie, wenn sie so tun, als handle es sich bei den Parteischülern um Leute, die sich früher gar nicht mit Programm und Theorie des Sozialismus beschäftigt hätten. Die Parteigenossen halten sorgfältige Auswahl und schicken nur die tüchtigsten unter sich auf die Parteischule, die jahre- und jahrzehntelang, jedenfalls viel länger als Maurenbrecher, für die Partei gearbeitet haben, damit sie ihre Erfahrungen dort sichten lernen. Die Agitation Eisners und Maurenbrechers läuft nur darauf hinaus, die Parteischule zu beseitigen, und zwar von hinten herum, da sie nichts Triftiges gegen sie einwenden können. Gerade Leute, wie Maurenbrecher einschließlich Eisner, sind die ungeeignetsten Lehrer des Proletariats. (Sehr gut!) Das lehrt uns auch, bei der Wahl der Lehrer vorsichtig zu sein und nicht Leute damit zu betrauen, die die Verflimplung und Gehirnverkleisterung systematisch betreiben. (Sehr gut!)

Damit schließt die Diskussion über diesen Punkt.

Der Bericht der

Mandatsprüfungskommission

wird entgegengenommen; ihn erstattet

Wolbersky-Berlin: Der Parteitag ist besucht von 312 Delegierten, dazu kommen: von Mitgliedern des Parteivorstandes 9, von der Kontrollkommission acht, vom Bildungsausschuß einer, 27 Reichstagsabgeordnete, je ein Vertreter der „Neuen Zeit" und der „Vorwärts"-Redaktion, außerdem 10 auswärtige Gäste. Im ganzen sind also 369 Parteigenossen anwesend. Beanstandungen und Proteste lagen uns nicht vor, deshalb beantragen wir sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Das Wort wird nicht verlangt. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Eine Reihe Zuschriften sind eingegangen. Darunter Begrüßungsschreiben der Partie socialiste revolutionaire russe und der sozialdemokratischen Partei Schwedens.

Die Weiterverhandlungen werden auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung 8¼ Uhr mit der Mitteilung von Begrüßungsschreiben. Es ist eine längere Erklärung des Genossen Maurenbrecher eingegangen:

„Verhindert, persönlich in die Debatten des Parteitags einzugreifen, kann ich zu einigen in der gestrigen Sitzung gegen mich gerichteten Angriffen nur diese Erklärung abgeben. Der Artikel in der national-sozialen „Hilfe", den Grunwald und Frau Zetkin erwähnten, trägt die Ueberschrift: Marx oder Kant? Er ward, wie aus den ersten Sätzen des Artikels zu sehen ist, auf Aufforderung des Herausgebers der „Hilfe" geschrieben und setzt sich mit der Forderung auseinander, die Sozialdemokratie solle in ihrer theoretischen Grundlegung auf Kant statt auf Marx zurückgehen. Diese Forderung lehnt er ab und gibt die Gründe an, warum nach meiner wissenschaftlichen Ueberzeugung ein Zurückgehen auf Kant heute unmöglich ist. Der Artikel ist wissenschaftlich gehalten, erscheint in einem Blatte mit zum guten Teil wissenschaftlich gebildeten Leserkreis, bemüht sich, das Recht der sozialdemokratischen Methode gegen einen Universitätsprofessor zu erweisen, enthält nicht eine Silbe, die nicht auch in einem sozialdemokratischen Organ stehen könnte und ist mit vollem Namen und Wohnort unterzeichnet. Er kann also unmöglich unter die bekannte Dresdener Resolution fallen. Der eine Satz, den der Genosse Grunwald aus einem Zusammenhang von sechs Spalten herausgepickt und dann noch verstümmelt hat, lautet wörtlich folgendermaßen:

> „Aus einem Problem für die aktuelle Politik wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch für die Marxisten immer mehr zur „regulativen Idee", die einer ganzen Reihe aktueller Probleme Richtung und letztes Ziel setzt. Die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, jemals eine Produktionsordnung zu finden, die allen Menschen das volle und glückliche Leben als Kulturmenschen ermöglicht, ist mit den Mitteln geschichtlicher und psychologischer Erfahrung nicht zu erledigen. Es ist eine Frage des Glaubens und Wollens, des Hoffens und Zielsetzens; die Idee einer solchen Gesellschaftsklasse ist die notwendige Konsequenz (kantisch gesprochen: die transzendente Vernunftidee) des Lebensinstinktes einer wachgewordenen Arbeiterklasse."

Diesen Schluß, der das positive Bekenntnis zum Sozialismus als Ziel unseres Wollens und Handelns enthält, hat der Genosse Grunwald dem Parteitag einfach unterschlagen. Max Maurenbrecher."

Der Parteitag nimmt von dieser Erklärung Akt, sie geht mit zu Protokoll.

Nunmehr beginnt die Diskussion über den gestern zurückgestellten Abschnitt des Geschäftsberichts über die

Frauenorganisation.

v. Elm begründet seinen Antrag 127. Der Antrag des Parteivorstandes ist zu zwingend und trägt den praktischen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke im Lande nicht genügend Rechnung. Mein Standpunkt in der Frage der Frauenorganisation ist der des Zusammenwirkens der Frauen und Männer. Die Männer haben dasselbe Interesse an der Betätigung der Frauen wie diese selbst. Gewiß sind besondere Veranstaltungen berechtigt, Einrichtungen von Abenden, um die Frauen praktisch und theoretisch zu schulen, besondere Versammlungen für ihre ganz besonderen Interessen und unter Umständen auch Frauenkonferenzen, nur darf es nicht für alle Orte vorgeschrieben werden; denn unter Umständen ist es nicht durchführbar, und dann entsteht Zank und Streit. Die Frauen sollten den Männern auch etwas Urteil über ihre Bedürfnisse zugestehen, das ist aber nicht der Fall. Der Antrag auf Streichung der besonderen Frauenbildungsvereine aus der Resolution ist auf dem Parteitag der Frauen nur mit 33 gegen 26 Stimmen gefallen. Bezüglich der Delegation von Frauen durch besondere Frauenversammlungen hat man in der Frauenkonferenz gesagt, es sei absolut notwendig, eine Frau mitzudelegieren, weil die Parteitage eine Schule seien, auf welchen die Frauen noch etwas lernen könnten. Das bestreite ich nicht, aber auf den Parteitagen werden unter Umständen Lebensfragen der Partei entschieden; ob da eine Frau delegiert werden soll, das soll man ganz ruhig den Genossen am Ort überlassen. Wenn man von Gleichberechtigung redet, soll man doch endlich damit aufhören, Sonderrechte für die Frauen zu verlangen. (Zustimmung.) Die Frauen verlangen: Kommt den Frauen zart entgegen, aber gegen uns haben sie immer Mißtrauen. Mißtrauen schließt ein gedeihliches Zusammenarbeiten aus. Die Frauen verfallen immer wieder in den Fehler, in ganz zwingender Form zu reden. Der Antrag der Frauenkonferenz ist ganz unmöglich annehmbar, da heißt es: Pflicht der Genossen ist es, ihre weiblichen Angehörigen der Partei-

organisation zuzuführen. Als ob die Männer über die Frauen zu kommandieren haben! (Heiterkeit.) Schon um die Frauen nicht zu beleidigen, müssen wir das ablehnen. Wenn es in meinem Antrag heißt, jede Genossin ist verpflichtet, beizutreten, dann genügt das, denn Nichtgenossen können wir auch nicht brauchen. Ganz etwas anderes ist die moralische Pflicht für die Männer, die Frauen zu Genossinnen zu erziehen. Nehmen Sie meinen Antrag an, der ja inhaltlich dasselbe will wie der Antrag 21.

Hoffmann-Berlin zieht den Antrag 22 zurück zugunsten des weitergehenden Antrages 17.

Lipinski-Leipzig: Obwohl ich im Prinzip mit Elm übereinstimme, halte ich den Vorschlag des Parteivorstandes doch für praktischer. Er will ein Provisorium für ein Jahr schaffen, um im nächsten Jahr das Organisationsstatut entsprechend zu ändern. Ich schlage deshalb vor, den Antrag des Vorstandes dahin zu ändern, daß der zweite Satz von Punkt 4 gestrichen wird, daß eine Genossin im Vorstand des Vereins sein muß. In den ländlichen Wahlkreisen ist das gar nicht durchführbar, weil keine Leute dafür vorhanden sind; das gibt auch Müller zu, aber dann darf es auch nicht in dem Beschluß eines Parteitages stehen, denn diese Beschlüsse sollen ausgeführt werden. Der Redner begründet die Undurchführbarkeit im einzelnen aus den Verhältnissen des Agitationsbezirks Leipzig, wo in zwei Wahlkreisen mit 300 zerstreuten Ortschaften nur 138 bezw. 119 Frauen organisiert sind. In solchen Wahlkreisen ist der Vorstand auch die Organisationskommission, muß in die einzelnen Orte und Sektionen hineingehen, sich die Nächte um die Ohren schlagen, um die Organisation vorwärts zu bringen. Schon jetzt ist die Arbeitskraft der Vorstandsmitglieder auf das äußerste angespannt, und wird auch ein Mitglied eine Genossin sein, dann werden die anderen Vorstandsmitglieder mehr überbürdet. Man kann doch nicht eine Frau, bloß weil sie Frau ist, in ein Amt hineinwählen, ganz gleich, ob es notwendig ist oder nicht. Bis jetzt war nicht das Geschlecht für die Besetzung eines Postens entscheidend, sondern die Tüchtigkeit, so soll es auch bleiben. Der erste Satz des Punkt 4 genügt vollkommen; er läßt die Möglichkeit offen, daß Genossinnen in den Vorstand eintreten können. Auch die Delegationsform halte ich nicht für glücklich, äußere mich aber jetzt darüber nicht, weil ich annehme, daß die Delegationsfrage auf dem nächsten Parteitag neu geregelt wird. Im Punkt 2 ersuche ich die Worte „der Männer" zu streichen, da es Vereinsabende der Männer nicht gibt, sondern der Vereinsmitglieder, zu denen auch die Frauen gehören.

Frau Zietz-Hamburg: Ich muß zunächst meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß, nachdem die in Frage kommenden Körperschaften zusammengetreten sind, um dem Parteitag einen Organisationsentwurf vorzulegen, uns nun hier ein ganz neuer Organisationsentwurf vorgelegt wird und noch dazu von einem Genossen, der an den Beratungen unserer Frauenkonferenz teilgenommen hat. Sie wissen, daß der Organisationsentwurf zustande gekommen ist zwischen dem Parteivorstand, den Vertretern der Berliner Organisationen und einer Anzahl Genossinnen. Ich habe es ja verstanden, daß Genosse v. Elm auf unserer Konferenz Abänderungsanträge gestellt hat; ich verstehe es aber nicht, daß uns nun ein ganz neuer Entwurf vorgelegt wird. (Widerspruch.) Gewiß erkenne ich das formale Recht an, aber ich finde die Praxis merkwürdig, daß damit die Grundlage der Diskussion verschoben wird. — Man sagt nun gegen unseren Entwurf, es sei in ihm überall ein Zwang ausgedrückt. In einem Organisationsentwurf aber muß doch auch genau bestimmt werden: das muß so sein. Man wendet ein, es seien nicht überall unter den Frauen die geeigneten Kräfte vorhanden, die in den Vorstand gewählt werden können. Wo

nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Wir haben doch aber auch in unserem Organisationsstatut für die Gesamtpartei ausgesprochen, daß die Grundlage für die politische Organisation die Kreisorganisation ist. Ja, wo in einem Kreise keine Genossen sind, können wir auch keine Kreisorganisation schaffen, und doch ist die Bestimmung notwendig, um eine Grundlage für die Organisierung zu schaffen. Und so werden auch hier die Grundlagen gegeben für das, was ist und angestrebt werden soll. Bisher hatten weibliche Vertrauenspersonen die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu entfalten. Wir wollen das historisch Gewordene entsprechend den neuen Verhältnissen umwandeln, an Stelle der weiblichen Vertrauensperson soll das weibliche Mitglied in den Vorstand treten. Der Name und die Stellung wird ein anderer, aber die Funktion bleibt dieselbe. Der einzige Unterschied ist, daß die weibliche Vertrauensperson aus eigener Initiative gearbeitet hat, während das weibliche Vorstandsmitglied in Uebereinstimmung mit dem gesamten Vorstand zu handeln hat. Wie kann man da von einem Sonderrecht für die Frauen sprechen. Es kommt nur darauf an, mit Rücksicht auf die Eigenart des weiblichen Charakters in der Agitation die Frauen bei ihren Interessen zu packen, indem man einmal ihr Interesse als Mutter, das andere Mal ihr Interesse als Erwerbstätige, als Hausfrau usw. weckt. Kein Ehrenamt, sondern eine ernste Arbeitspflicht soll dieser Posten der Frau im Vorstande sein. Unser Antrag ist gestellt, weil wir wissen, daß die männlichen Mitglieder im Vorstand ohnehin mit Arbeit überlastet sind. Wir wünschen eine gedeihliche Arbeitsteilung, wie sie schon bisher durch die Anstellung der weiblichen Vertrauenspersonen bestand. Die besonderen weiblichen Zusammenkünfte sollen besonders dem Zweck dienen, das weibliche Proletariat nicht nur zu zahlenden Mitgliedern zu machen, sondern auch zu aufgeklärten, überzeugten, grundsätzlich gefestigten Sozialdemokraten.

In die Bezirksabende der Männer können die Frauen in den meisten Fällen nicht kommen, weil sie nicht nur als Hausfrauen und Erwerbstätige mit Arbeiten überlastet sind, sondern noch daneben ihre Mutterpflichten zu erfüllen haben, und zwar gerade in der Zeit, wo die Frau am regsamsten, am elastischsten ist. Wir wollen verhüten, daß der Mann allein geistig emporsteigt und die Frau geistig stehen bleibt oder immer tiefer sinkt. Elm meinte, diese Zusammenkünfte könnten zu Streitigkeiten führen, die der Parteibewegung eher schaden wie nützen; so wären das eben Kinderkrankheiten, die schließlich die Frauenbewegung überwinden muß, wie sie auch die Parteibewegung überwunden hat, leider noch nicht überall. Ihr wißt doch aus eigener Erfahrung, daß Ihr Euch oft genug so bei den Köpfen habt, wie es gar nicht schlimmer sein kann, daß Ihr Euch bei Differenzen aufs schärfste und rücksichtsloseste auseinandersetzt. Warum sollen wir denn das nicht? (Große Heiterkeit.) Genosse Elm muß wohl, — wenn er solche Befürchtungen hegt, sehr böse Erfahrungen gemacht haben. (Erneute Heiterkeit.) — Was nun den Passus der Resolution anlangt, daß es Pflicht der Genossen sei, ihre Frauen der weiblichen Organisation zuzuführen, so will ich mich auf den Wortlaut nicht versteifen. Aber ich wundere mich, daß gerade v. Elm Einspruch dagegen erhoben hat. Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß ist eine Resolution der Tabakarbeiter, also der Kollegen des Genossen v. Elm, angenommen worden, die zum Ausdruck bringt, daß es Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, ihre weiblichen Angehörigen den Gewerkschaften zuzuführen. Dabei ist zum Ausdruck gebracht, daß darunter selbstverständlich nicht zu verstehen ist, daß der Mann der Frau sagt: Du sollst jetzt in den Verein eintreten, sondern man wollte damit den Umstand treffen, daß, wie Elm so hübsch auf der Frauenkonferenz gesagt hat, die Männer oft so maulfaul sind und so wenig für die Aufklärung der Frauen

tun. Das wollen wir auch zum Ausdruck bringen. Wenn aber gegen die Fassung Einspruch erhoben wird und Ihnen meine Interpretation nicht genügt, dann mag eine Umänderung im Wortlaut erfolgen. Dem Sinne nach wollen wir jedoch die Pflicht aussprechen, daß die Männer nicht nur Agitatoren draußen in der Masse sein sollen, sondern auch in ihrem eigenen Heim. — Am wenigsten kann man dagegen einwenden, daß, wenn notwendig, auch in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden. Ueber ihren Zeitpunkt und ihre Tagesordnung wird der Parteivorstand zu bestimmen haben. Ich bin überzeugt, daß sich die Frauenkonferenzen unbedingt als notwendig erweisen werden, weil eine ganze Reihe von Fragen, die die Frauen interessieren, keine gründliche Erörterung auf den ohnehin schon überlasteten Parteitagen finden können, z. B. die Fragen des Wöchnerinnen- und Schwangerenschutzes, die Frage der Betätigung der Frauen in den Gemeinden usw. Solche Fragen, Bestimmungen des Programms, sollen dabei in den Vordergrund des Interesses und der Diskussion gestellt werden. Dadurch werden die weiblichen Proletarier selbst Träger dieser Forderungen, und die Forderungen werden zu einem revolutionären Propagandamittel unter den Massen. Just die Genossinnen wünschen ein gedeihliches Zusammenarbeiten in Konsequenz der Erkenntnis, daß die Frauenfrage nur ein Teil der großen sozialen Frage ist und nur gemeinsam mit ihr durch den Sieg des Sozialismus gelöst werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Hoffmann-Hamburg: Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin Zietz bitte ich Sie, dem Antrag v. Elm ihre Zustimmung zu geben, einmal aus praktischen Gründen, und zweitens, weil ja jetzt die gesetzlichen Schranken gefallen sind, die es den Frauen bisher unmöglich machten, in die einheitliche Parteiorganisation einzutreten. Nach der Auffassung der Parteigenossen und des größten Teils der Genossinnen Hamburgs müssen die Frauen sich jetzt in diesen Rahmen einfügen. (Sehr richtig!) Wir in Hamburg sind den Frauen sehr weit entgegengekommen, bei uns besteht bereits seit Jahren die statutarische Bestimmung, daß dem aus 6 Personen bestehenden Vorstand eine weibliche Person angehören muß, und tatsächlich haben wir seit Jahren in jedem der drei Vorstände eine Frau. Aber was für Hamburg möglich ist mit seinen nahezu 4000 weiblichen Mitgliedern, ist nicht ohne weiteres für andere kleine Orte möglich. Wir wissen doch, wie schwer es dort oft hält, männliche Vorsitzende zu bekommen, und noch viel schwerer wird es sein, Frauen für den Vorstand zu gewinnen. Eine solche Zwangsbestimmung, wonach es Pflicht ist, eine Frau in den Vorstand hineinzuwählen, könnte doch niemals durchgeführt werden, und schon aus diesem Grunde empfiehlt es sich, aus einem Statut für die Gesamtpartei das Zwingende zu entfernen und die Hinzuziehung von weiblichen Vorstandsmitgliedern in das Ermessen der Organisationen zu stellen. Ich bin überzeugt, wenn wir agitatorisch fähige Frauen haben, dann werden die Männer das anerkennen und solche Frauen an die Spitze stellen. (Sehr richtig!) Wir haben in Hamburg in einigen Bezirken Frauen als Bezirksführerinnen, die ihre Pflicht tun, und wir sehen, daß die Genossen dort durchaus nicht engherzig sind, wenn auch hier und da mal ein Frauenhasser vorhanden ist, wie es ja umgekehrt auch Frauen gibt, die die Männer absolut nicht haben wollen. (Heiterkeit.) Den Antrag Hamburg ziehe ich zugunsten des Antrags Elm zurück. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Frauenkonferenzen kann ich trotz der Ausführungen der Genossin Zietz durchaus nicht einsehen; was dort geregelt werden soll, das kann ebensogut auf einem Parteitag geregelt werden; und wenn es einmal notwendig ist, eine besondere Frauenkonferenz einzuberufen, dann wird der Parteivorstand, dem ja ein weibliches Mitglied angehören soll, in der Lage sein, den besonderen Umständen Rechnung zu tragen.

Haberland-Barmen: Im Gegensatz zu meinem Vorredner bitte ich Sie, es bei den Vorschlägen des Parteivorstandes zu lassen. Auf die Frage der Delegation gehe ich nicht ein, diese Frage wird ja wohl bei der Aenderung des Organisationsstatuts überhaupt geregelt werden. Insofern ist mir allerdings ein Teil des Antrags Elm sympathisch, als auch ich die Beseitigung der Frauenbildungsvereine gewünscht hätte. Wir können aber wohl von der Loyalität der Genossinnen erwarten, daß Neugründungen solcher Vereine in Zukunft unterbleiben. Ganz entschieden möchte ich empfehlen, die Genossinnen soviel wie möglich zur inneren Organisation der Partei heranzuziehen, insbesondere müssen wir strikte verlangen, daß jedem Vorstand mindestens eine Genossin angehört. Wenn man fürchtet, daß keine Genossinnen vorhanden sind, so weise ich darauf hin, daß es wohl nur selten einen Vorstand geben wird, der nur aus befähigten Personen besteht. Ich kann mir sogar denken, daß wir in kleineren Orten keinen Genossen haben, der bereit ist, den Vorsitz zu übernehmen, wohl aber eine Genossin. Es scheint fast so, als ob manche Genossen glauben, daß die Männer an sich geistig höher stehen als die Frauen. Diese Anschauung kann ich nicht teilen.

Antrag 24 wird zurückgezogen.

Schreck-Bielefeld: Was Elm gesagt hat, klingt bestechend. Er stellt sich rein auf den Boden des Prinzips der Gleichberechtigung. Aber er sollte doch wissen, daß die Hauptsache ist, eine Absicht möglichst schnell durchzuführen. Und von diesem Standpunkt aus muß er das Abkommen zwischen Parteivorstand und Frauen beurteilen. Der Sinn dieses Abkommens ist, daß die Organisationsarbeiten unter den Frauen, die angesichts der früheren Gesetzgebung unterbleiben mußten, jetzt energisch in die Hand genommen werden. Dazu dient die Bestimmung, daß eine Frau im Vereinsvorstand sitzen muß. Ein neues Arbeitsgebiet ist für die Partei eröffnet, besonders in den kleineren Orten; in den Großstädten und in den Industriezentren suchten und wußten sich die Genossen ja auch schon unter den alten Ausnahmebestimmungen für die Frauen zu helfen. Aber jetzt gilt es, auch in den zurückgebliebenen Gegenden die Frauen heranzuziehen. Und wir kennen ja die Bequemlichkeit und das Ruhebedürfnis so mancher Genossen, die vor den neuen Elementen, vor den Frauen, die neuen Geist hineinbringen, ihre Ruhe haben wollen.

Ganz eng hängt auch die Frage der Jugendorganisation mit der Heranziehung der Frauen und ihrer besonderen Vertretung im Vereinsvorstand zusammen. Ich erwarte von der erstarkten Frauenorganisation im Rahmen der Gesamtpartei auch eine raschere Gewinnung der Jugendlichen. Was nun den Antrag der Frauenkonferenz über die Pflicht der Männer, ihre weiblichen Angehörigen der Partei zuzuführen, anlangt, so hat ja Frau Zietz erklärt, daß man sich nicht auf den Wortlaut berufen soll. Wenn es hieß, es sei die Pflicht der Männer, ihre weiblichen Angehörigen über die Notwendigkeit der politischen Organisation anzugehören, aufzuklären, dann würde der Antrag einstimmig angenommen werden. Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses kann zum Vergleich nicht herangezogen werden. Es ist doch ein Unterschied, ob man von den Männern verlangt, daß sie ihre im Erwerbsleben tätigen weiblichen Angehörigen den Organisationen, die wirtschaftliche Interessen vertreten, zuzuführen haben, oder ob man fordert, daß sie sie in die politischen Organisationen bringen, wo ein politisches Glaubensbekenntnis beim Eintritt verlangt wird. Das neue Abkommen stellt ja offenbar ein Provisorium dar. Sobald die Frauen in den politischen Organisationen sind, werden wir über die Form nicht mehr zu streiten brauchen.

Singer: Die Resolution des Frauentages hat eine Abänderung erfahren, sie lautet jetzt: „. . . muß es die Aufgabe der Genossen sein,

ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit solche Mitglieder der Partei werden."

Lipinski-Leipzig: Wenn irgend eine Parteimaßnahme die Mißstimmung der Masse hervorgerufen und die Unklarheit gefördert hat, dann ist es der von den Frauen mit dem Parteivorstand vereinbarte Vorschlag. Ohne der politischen Organisation auch nur das mindeste davon zu sagen, wurden die Vorschläge ausgearbeitet und uns dann als vertraulich ohne jede Begründung zugeschickt. Ohne Zweifel will die Vereinbarung den bisherigen Zustand in Preußen beseitigen; den Ausnahmezustand, daß die Frauen sich nicht organisieren durften, kannten wir in Sachsen nicht. Wir haben daher bereits vor Jahren die Sonderorganisation der Frauen aufgehoben und gemeinsam organisiert, mit dem Erfolg, daß statt früher 200 bis 300 Frauen in Bildungsvereinen, jetzt 4000 organisiert sind. Uns ist der Vorwurf gemacht worden, daß wir die theoretische Aufklärung der Frauen nicht wollten. Das ist nicht wahr. Wir wollen nicht Sonderorganisationen der Frauen *neben* der Partei. Wir wollen, daß die Einheit der Partei nicht beseitigt, daß sie nicht nach Geschlechtern getrennt wird. Wir wollen, daß alles durch die Parteiorganisation geschieht. Wir wollen gerade einen besseren Ausbau der Organisation zum Nutzen der Frauen. Wir haben bei uns die Frauen nach ihren Wünschen gefragt, sie eingehend geprüft und dann der Parteiversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet. Während früher die Frauendelegiertin von 15 bis 20 Personen zum Parteitag delegiert wurde, ist die Delegiertin jetzt von einer überfüllten Versammlung gewählt worden und sie erhielt so für ihre Ausführungen einen großen Resonanzboden. Aber wir wehren uns dagegen, daß Unmögliches gefordert und vom Parteitag festgelegt wird. Darum bitten wir Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Sieber-Altona: Im Interesse der Frauenagitation ist es notwendig, daß eine Frau im Vorstand ist. Elm sagt, Nichtgenossinnen können wir nicht brauchen; nun, er kennt doch unsere Kleinarbeit; wir wenden uns doch an das Proletariat und erziehen es in unserem Verein. Wenn man in Hamburg anerkennt, daß Frauen im Vorstand notwendig sind, so haben die Hamburger keine Veranlassung, das für die anderen Bezirke nur fakultativ zu machen.

Wackwitz-Dresden: Was der Entwurf des Parteivorstandes ausdrückt, haben wir in Dresden in allen drei Kreisen zum Teil gutgeheißen. Was aber bei uns gut und möglich ist, das sollte auch in den anderen Bundesstaaten der Fall sein. Die Resolution v. Elm ist unannehmbar. Ich meine aber, daß die strittigen Punkte in der Resolution des Parteivorstandes und der Berliner Genossinnen herausgestrichen oder gemildert werden können. Wenn man nun heute betont hat, daß die Frauenkonferenzen in Zukunft nicht mehr stattfinden sollen, ja, wie denken Sie sich denn einen Parteitag? Ist doch heute schon der Parteitag sehr mit Arbeit überlastet. Die Frauenkonferenzen haben gezeigt, daß sie von großer Wichtigkeit sind. Und ich frage Sie: haben Sie denn die Augen verbunden, daß Sie nicht die Minierarbeit der Gegner sehen? Wollen Sie unsere Frauen in den Händen unserer Gegner wissen? Das darf nicht geschehen! Die Parteitage reichen nicht aus, wichtige Frauenfragen zu behandeln, die für die Gesamtbewegung von großem Vorteil sind. Dasselbe gilt von den Diskussionsabenden. Bei uns in Dresden, im 6. Kreis, haben sich Vorstandsmitglieder, die daran Teil genommen haben, anerkennend darüber ausgesprochen. Es ist nicht wahr, wenn man sagt, es seien Sonderbestrebungen der Frauen. Genossin Zietz hat das bereits ausführlich dargelegt. Ich möchte Sie bitten, die Resolution des Genossen v. Elm abzulehnen und die des Parteivorstandes anzunehmen. Sie sind ja ständig in der Lage, uns die Daumenschrauben anzulegen, wenn Sie glauben, daß unsere Forderungen in den Himmel wachsen.

v. Elm: Genossin Zietz war gütig genug, mir das formale Recht zuzugestehen, gegen die Beschlüsse der Frauenkonferenz einen Antrag einzubringen. Ich sei aber eigentlich verpflichtet, für dieselben einzutreten. Wenn die Frauenkonferenzen sich in der Weise entwickeln, daß in denselben den Delegierten förmlich ein gebundenes Mandat erteilt wird, dann bin ich in Zukunft gegen die Frauenkonferenzen. (Hört! hört!) Frau Zietz ist ja lebhaft erstaunt, daß ich den Mut habe, wider den Stachel zu löcken, und hier gegen die Beschlüsse der Frauenkonferenz einen Antrag zu stellen. Was die Bemerkung der Frau Zietz über den Antrag der Tabakarbeiter auf dem Gewerkschaftskongreß anbetrifft, so weiß Frau Zietz doch sehr gut, daß ich nicht auf dem Gewerkschaftskongreß anwesend war, also auch nicht verantwortlich gemacht werden kann für die dortigen Anträge und Beschlüsse; aber selbst, wenn die Fassung dieselbe wäre, würde es ganz etwas anderes bedeuten. Bei dem Eintritt in die Partei handelt es sich um ein politisches Glaubensbekenntnis, bei dem Eintritt in die Gewerkschaften lediglich um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen. Gegenüber dem Genossen Sievert-Altona bemerke ich, in Hamburg haben wir 4000 weibliche Mitglieder, dort können wir sagen, es muß eine Frau die Vertreterin dieser 4000 sein. Aber wie steht es denn in den ländlichen Wahlkreisen? In unserem Wahlkreise haben wir selbst in einer Reihe von Dörfern sozialdemokratische Vereine, denen aber selbstverständlich nur eine kleine Zahl Frauen als Mitglieder angehören, unter denen in der Regel geeignete Personen für einen Vorstandsposten nicht vorhanden sind. Mein Antrag will im übrigen den Frauen inhaltlich ganz dasselbe geben, wie die Frauen es fordern, nur die Form ist gemildert, und damit hatte sich Frau Zietz auf der Frauenkonferenz ausdrücklich einverstanden erklärt und nun redet sie um die Sache herum. Ueber die Delegation zum Parteitag hat sie kein Wort gesagt. In der Frauenkonferenz sagte eine Genossin: Wir Frauen sind geborene Terroristinnen, auf mich haben nun die Zwangsforderungen der Frauen den Eindruck gemacht (Frau Zietz: Weil ich keine Zeit dazu hatte!), als ob man die ganze Partei unter den Pantoffel der Frau bringen will (Heiterkeit), dagegen haben wir alle Veranlassung, uns zu wehren.

Die *Diskussion* wird *geschlossen*.

Frau Zietz (persönlich): Ich habe nicht erklärt: Weil v. Elm an der Frauenkonferenz teilgenommen habe, habe er zwar das formelle Recht, Anträge einzubringen, aber eigentlich müßte er für die dort gefaßten Beschlüsse eintreten. Ich habe erklärt: Nachdem der Parteivorstand und die bisherigen Vertreter der Genossinnen selbst einen Organisationsentwurf vorgelegt haben, der auf der Konferenz auch bereits zur Diskussion gestanden hat, halte ich es für eigenartig, wenn er einen ganz neuen Organisationsentwurf einbringt. Ich habe erklärt, ich hätte es verstanden, wenn er es so gemacht hätte, wie auf der Konferenz, daß er Abänderungsanträge einbringt, aber nicht, daß er einen ganz neuen Entwurf einbringt, der eine ganz neue Basis für die Diskussion schafft. Ich erkläre das ausdrücklich, weil v. Elm sonst das weiter gegen die Frauenkonferenz ausspielen wird.

Singer: Ehe ich die Schlußworte erteile, mache ich Mitteilung, daß folgende Erklärung des Genossen Grunwald und der Genossin Zetkin im Anschluß an die Erklärung Maurenbrechers eingegangen ist:

„Zu der Erklärung des Genossen Maurenbrecher, die der Vorsitzende bei Beginn der heutigen Sitzung inhaltlich wiedergab und nach der wir den Artikel des Genossen Maurenbrecher in der „Hilfe" verstümmelt wieder-

gegeben und einen Satzschluß „unterschlagen" haben sollen, müssen wir unsererseits erklären:

1. Wir hätten mit Vergnügen den Artikel in der „Hilfe" ganz verlesen, wenn die Redezeit von 10 Minuten nicht von selbst solche Absicht vereitelte.
2. In dem von uns nicht mehr mitverlesenen Satzschluß umschreibt der Verfasser nur, was er vorher schon gesagt hatte und was wörtlich verlesen wurde, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht eine geschichtliche Notwendigkeit sei, sondern lediglich eine Frage des Glaubens und Hoffens. Damit bleibt der von uns konstatierte unüberbrückbare Gegensatz Maurenbrechers zum wissenschaftlichen Sozialismus bestehen.
3. Die „Hilfe" fällt, wie leicht festgestellt werden kann, durchaus nicht unter die neutralen wissenschaftlichen Organe, an denen nach der Dresdener Resolution unter Umständen Parteigenossen mitarbeiten können. Die „Hilfe" ist nicht ein Organ wissenschaftlicher Forschung, sondern ein Organ des politischen Kampfes und vertritt die Politik des Blockfreisinns.

Max Grunwald. Clara Zetkin."

Auch von dieser Erklärung nimmt der Parteitag Kenntnis; sie geht ebenfalls zu Protokoll.

Hierauf folgen die Schlußworte der Referenten zum Vorstandsbericht.

Parteisekretär **Müller** (Schlußwort zum Vorstandsbericht): Wesentliche Einwendungen gegen den Vorstandsbericht sind nicht gemacht worden. In der Kalenderfrage ist, wie aus den Ausführungen des Königsberger Genossen hervorgeht, Genosse Leinert doch wohl zu weit gegangen. Der Gesamtinhalt des Kalenders kann nicht in dem Maße durch die Inserate beeinträchtigt werden, daß man von einem Skandal reden kann. Bereits im vorigen Jahre hat der Parteivorstand über diese Inserate mit den ostpreußischen Genossen korrespondiert. Es ist nicht richtig, daß, weil wir einzelnen Bezirken Zuschüsse geben, wir deshalb den Gesamtinhalt der Kalender redigieren können; wir bezahlen zwei Bogen dieser Kalender. Im allgemeinen muß allerdings soviel als möglich vermieden werden, unsere Kalender mit derartigen Inseraten zu verquicken. Man soll nicht meinen, daß man dem Parteivorstand durch Aufnahme solcher Inserate Kosten erspart; bei Kalendern von zwei Bogen können wir auf die Inserate ruhig verzichten. Gegenüber dem Genossen Klühs-Magdeburg bemerke ich, daß in Essen ausdrücklich festgelegt wurde, daß zunächst davon abgesehen werden solle, den ausländischen Dienst dem Preßbureau anzugliedern. Prinzipielle Bedenken haben wir dagegen natürlich nicht, sondern es handelt sich um die Kostenfrage. Es muß erst abgewartet werden, wieweit wir die Parteipresse mit höheren Kosten belasten können. Klühs hat weiter gerügt, daß vom Parteitage aus nicht an die Presse Berichte gegeben werden. Ich kann nur bestätigen, daß der Parteivorstand das nicht gewünscht hat. Als das Preßbureau ins Leben gerufen wurde, ist ausdrücklich gesagt worden, daß die bisher bestehenden Bureaus, die sich mit der Abfassung von Leitartikeln, von Parteitagsberichten, mit der Kommissionsberichterstattung in den Parlamenten usw. befassen, nicht in das neue Preßbureau aufgehen sollen. Die Sache hat aber auch andere Bedenken. Wir werden zum Beispiel in den nächsten Tagen Debatten über wichtige taktische Fragen haben, und bei der ganzen Zusammensetzung und den Aufgaben des Preßbureaus halte ich es nicht für angängig, daß es über solche taktische Fragen Berichte liefert, da doch solche Berichte immer im gewissen Sinne subjektiv sind. Ich erkenne aber auch die Notwendigkeit gar nicht an. Die Blätter, die in Betracht kommen, sind doch fast

durchweg auf dem Parteitag vertreten, dadurch daß Redakteure anwesend sind, und es ist doch nicht zuviel verlangt, wenn die Redakteure ihrem Blatt über diese Debatten etwas schreiben. (Sehr richtig!) Also zu irgendeiner Aenderung in dieser Beziehung liegt kein Anlaß vor.

Zur Parteischule ist das wesentliche in der Debatte bereits gesagt worden. Nicht richtig ist, was Eisner sagt, daß zwischen der jetzigen Auswahl der Schüler und der Auswahl im ersten Kursus eine wesentliche Differenz besteht. Wir haben von vornherein ausdrücklich festgelegt, daß Parteifunktionäre in den Kursus aufgenommen werden sollen. Wenn das in dem ersten Kursus nicht gleich in dem Maße der Fall war wie später, so lag das daran, daß uns verhältnismäßig wenig Parteifunktionäre vorgeschlagen worden sind. Gegen den Vorschlag der Genossin Luxemburg, die Geschichte des internationalen Sozialismus in den Lehrplan aufzunehmen, hat der Parteivorstand nichts einzuwenden; das wird jedenfalls bald möglich sein. Davon kann keine Rede sein, daß wir ungeeignetes Schülermaterial bekommen haben. Auch muß ich bestreiten, daß die Vorträge für die Schüler zu hoch gewesen sind. Ich beziehe mich auf das Protokoll, das wir in jener Schülerkonferenz aufgenommen haben, als die Lehrer nicht dabei waren. Da konnten wir zu unserer Freude feststellen, daß gerade die Vorträge über Nationalökonomie und Theorie des Sozialismus den allergrößten Beifall der gesamten Schüler gefunden haben. Unter diesen Umständen kann man nicht davon sprechen, daß die Parteischüler mit einem unbescheidenen Stolz erfüllt würden, der nicht im Zusammenhang stehe mit dem, was die Parteischule nach den gegebenen Verhältnissen leisten könne. Es ist immer das Beispiel von den 22 Vorträgen über die Werttheorie angezogen worden. Ich habe noch keine solche 22 Vorträge gehalten, aber ich würde es viel bedenklicher finden, wenn ein Schüler die ganze Werttheorie in einem einzigen Vortrage behandeln würde. Gerade daß er 22 Vorträge gehalten hat, beweist, daß er sich gründlich mit der Sache beschäftigt hat.

Den Antrag, der den Parteivorstand ersucht, eine Erweiterung der Parteischule in Erwägung zu ziehen, glaube ich so deklarieren zu können, daß der Parteivorstand nach wie vor an der Entwickelung der Parteischule das größte Interesse nehmen und daß der Lehrplan erweitert werden soll. In diesem Sinne können wir uns mit dem Antrag einverstanden erklären.

Genosse Stubbe hat gewünscht, daß bei wichtigen, die Partei betreffenden Angelegenheiten in Zukunft die Leiter der Agitationsbezirke zusammenberufen werden sollen, damit sie besser informiert sind.

Ich kann namens des Vorstandes erklären, daß wir gegen diese Anregung durchaus nichts einzuwenden haben, wir haben ja bereits nach der letzten Reichstagswahl eine Konferenz der Bezirkssekretäre abgehalten; wenn das in diesem Geschäftsjahre nicht geschehen ist, so lag das daran, daß wir in der wichtigsten Frage, der Wahlrechtsfrage, die Agitationsleiter für Preußen dreimal in Berlin versammelt hatten. Jedenfalls werden wir alles tun, um eine bessere Fühlung mit den Genossen in den einzelnen Bezirken zu finden. Dadurch, daß wir die Bezirksorganisationen durchgeführt haben, ist heute die Verbindung zwischen Parteivorstand und den einzelnen Wahlkreisen ja nicht mehr so eng wie früher, wo jeder einzelne Wahlkreis direkt mit uns verkehrte. Was den Wunsch betrifft, der Parteivorstand möchte mehr als bisher auf den Provinzialparteitagen vertreten sein, so erinnere ich daran, daß wir in den letzten Monaten kaum einen Provinzial- oder Bezirksparteitag haben vorübergehen lassen, auf dem wir nicht vertreten waren.

Einige Worte über die Frauenorganisation. Es ist in der Diskussion nicht genügend darauf hingewiesen, daß unser Vorschlag nur ein Provisorium für ein Jahr sein und daß im nächsten Jahre eine Regelung für die nächste

Zukunft durchgeführt werden soll. Wenn hier so scharf unterschieden wurde zwischen Soll-Vorschriften, Muß-Vorschriften und Kann-Vorschriften, so habe ich ja schon in meinem einleitenden Referat erklärt, daß es doch nur darauf ankommen kann, einen Grundsatz festzulegen, daß aber dieser Grundsatz nur dort restlos durchgeführt werden kann, wo die Möglichkeit dazu besteht. Der Satz, daß dem Vorstand mindestens eine weibliche Person angehören muß, hat doch keine so große Bedeutung, solange der erste Satz bestehen bleibt, daß die weiblichen Genossinnen im Verhältnis zu ihrer Zahl vertreten sind. Gegen die Streichung des Wortes „Männer" im Absatz 2 ist nichts einzuwenden. Wir haben ja heute keine Zahlabende der Männer mehr, sondern zur Teilnahme an den Zahlabenden sind die Frauen ebensogut verpflichtet wie die Männer, soweit es den Frauen irgend möglich ist. Auch zu einer Aenderung des Delegationssystems liegt in diesem Jahre keine Veranlassung vor, da die Vorschläge ja nur provisorisch sind, ich glaube aber, daß in Zukunft das jetzige System nicht bestehen bleiben kann. Ebensowenig werden wir in Zukunft ganz auf die Frauenkonferenzen verzichten können. Noch einige Bemerkungen über Absatz 6, der von der Mitwirkung der Parteigenossinnen im Parteivorstand handelt. Zunächst eine Berichtigung. Ich sagte in meinem Referat, daß von den Genossinnen für den Parteivorstand Frau Zietz vorgeschlagen ist. Das ist falsch, die Frauenkonferenz hat sich nicht auf eine Person festgelegt, sondern die Genossinnen Zietz und Baader genannt, aber ich wiederhole, daß in bezug auf die Personenfrage der Parteitag unter allen Umständen souverän ist, die Vertreterin der Genossinnen im Vorstand wird durch den Parteitag selbst gewählt. Im Organisationsstatut würde es, wenn diese Aenderung endgültig vorgenommen würde, im Paragraphen 18 lauten:

„Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, unter denen eine Genossin sein muß. Die Vertreterin der Genossinnen im Parteivorstand wählt der Parteitag."

Ich glaube, daß nach dieser Deklaration die Bestimmung des Absatzes 6 vollständig klar ist. Der von der Frauenkonferenz übermittelte Antrag ist ja geändert worden. Ursprünglich hieß es, daß es Pflicht der Männer ist, ihre weiblichen Angehörigen den Organisationen zuzuführen, während jetzt von einer Verpflichtung der Männer zur Aufklärung der weiblichen Angehörigen gesprochen wird. Das ist überflüssig, denn es ist doch ganz selbstverständlich, daß jeder Genosse verpflichtet ist, seine weiblichen Angehörigen aufzuklären. Ist die Frau infolge solcher Aufklärung aber Genossin geworden, so muß sie der Organisation beitreten. Für selbstverständlich halte ich dies im Interesse der Gesamtpartei, in der in Massen die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes vereinigt sein müssen. (Beifall.)

Ebert erhält das Schlußwort über den Teil des Vorstandsberichts, der die Lokalistenfrage behandelt. Ich habe nur einige kurze Bemerkungen zu dem Antrag Hamburg zu machen, der eine Erweiterung unserer Resolution bezweckt. Unsere Resolution war auf die Freie Vereinigung und den Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband zugeschnitten, wir wollten es absichtlich vermeiden, zu generalisieren, weil es sich in diesem Falle um einen wichtigen Beschluß handelt, der für den einzelnen davon Betroffenen von weittragender Bedeutung sein kann. Wenn nun aber in Hamburg die der Freien Vereinigung nicht angehörenden Lokalisten auf ihrem Standpunkt verharren und trotz der von unseren dortigen Genossen geführten Einigungsverhandlungen dem Beschluß des Essener Parteitages nicht entsprechen wollen, so haben wir keinen Anlaß, dem Antrag der Hamburger Genossen zu widersprechen. Mit aller Bestimmtheit aber muß ich nochmals betonen, daß der so erweiterte Beschluß des Parteitages unter keinen Umständen Anwendung finden kann auf den Industriearbeiterverband in Solingen. Damit soll diesem Verbande natürlich nicht für alle Zeiten ein Ausnahmerecht eingeräumt werden, wir wollen damit lediglich verhindern, daß störend eingewirkt wird in die dort von uns eingeleiteten Einigungsverhandlungen. Wie lange diese Ausnahmebestimmungen gelten sollen, das möchte ich auch nicht festgelegt sehen. Die neue Parteileitung wird spätestens dem nächsten Parteitag über den Ausgang der Verhandlungen in Solingen berichten, und dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo auch hierüber endgültig entschieden werden kann. Ich gebe Stubbe auch recht, wenn er sagt, daß die so erweiterte Resolution auf alle künftigen Neugründungen Anwendung finden soll. Ich kann Sie nur bitten, dem Antrag Hamburg in dem Sinne, wie ich es vorgetragen habe, Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Das Schlußwort für den Bildungsausschuß erhält

Schulz-Berlin: Genossin Luxemburg hat gewünscht, daß der Bildungsausschuß sowohl als auch die Parteischule das wichtige Gebiet der Geschichte des Sozialismus, besonders des internationalen Sozialismus, mehr berücksichtige. Daß dies Gebiet bisher nicht berücksichtigt worden ist, empfinden wir selbst als schweren Mangel, aber uns wächst kein Kornfeld auf der flachen Hand, wir können nicht die Personen immer so schaffen, wie wir es möchten. Wir werden die Frage im Auge behalten und sobald es uns möglich ist, dem Wunsche Rechnung tragen. Ich muß es aber gleich zurückweisen, als ob das, was die Genossin Luxemburg gewollt hat, dasselbe sei, wie das, was Maurenbrecher und Eisner wünschen. Genossin Luxemburg verlangt Geschichte des Sozialismus. Das ist etwas anderes als Geschichte, Geschichte und nochmals Geschichte, etwas ganz anderes wie die von Maurenbrecher verlangten Biographien von Napoleon, Friedrich dem Großen, Bismarck (Lachen) u. a. Diese Art Behandlung der Geschichte führt, wie Maurenbrecher in seinem Artikel selbst durchblicken läßt, sehr leicht zum Heroenkultus (Sehr richtig!), während die Geschichte des Sozialismus mit dieser falschen Heldenverehrung gründlich aufräumt. Gegenüber dem Genossen Eisner bemerke ich, daß es nicht richtig ist, daß die Parteischule in einer Umwandlung begriffen ist; sie steht auf demselben Boden wie bei ihrer Gründung, nur sind die Umstände, unter denen sie wirkt, etwas andere geworden insofern, als durch die gegenwärtige schwere Krisis die Partei und die Gewerkschaften mit der Anstellung von Beamten zurückhalten und infolgedessen eine Anzahl Schüler nicht so schnell in Stellungen gelangen. Im übrigen aber soll durch die Schule doch nicht lediglich für eine spätere Anstellung gesorgt werden, sondern zugleich auch für einen guten Nachwuchs. Eisner hat dann ein großes Wesen gemacht von der Ehrfurcht vor der Wissenschaft und von der Bescheidenheit, die die Parteischüler angeblich vermissen lassen . . .

Singer: Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß der Bericht über die Parteischule nicht mehr zur Diskussion steht, sondern nur noch der Bericht über den Bildungsausschuß.

Schulz: Ich habe in meinem Referat Ausführungen gemacht, durch die die Diskussion mit auf dieses Gebiet gelenkt worden ist; ich habe außerdem erklärt, daß ich auf die Parteischule nicht eingehen würde, mir dies aber für das Schlußwort vorbehalte. Singer hat darauf nichts eingewendet, so daß ich dachte, er würde mir als dem Vertreter des Lehrerkollegiums dies gestatten. Ich bitte den Genossen Singer deshalb hiermit ausdrücklich, meine Ausführungen zuzulassen.

Singer: Ja, bitte sehr, aber nicht im Rahmen langer Ausführungen.

Schulz: Soweit es der Rahmen der Diskussion erforderlich macht. Ich muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen einlegen, als ob die Parteischule die Schüler zu arroganten, unbescheidenen Menschen macht. Es

ist den Parteischülern bei ihrem Eintritt in die Parteischule sofort mit allem Nachdruck gesagt worden, daß sich keiner einbilden solle, daß er als fertiger Mann der Wissenschaft die Schule verlasse, sondern daß die Schule nur die Aufgabe habe, den Schülern eine Grundlage zu vermitteln, auf der sie später selbst weiterarbeiten können. Die Parteischule hat gerade die nötige Bescheidenheit der Schüler vor der Wissenschaft herbeizuführen vermocht, wie ich mehr als einmal aus Ausführungen der Schüler deutlich genug erfahren habe. Allerdings darf man nicht vergessen, daß nicht alles Wissenschaft ist, was sich so nennt und in Form dicker Wälzer vor das Publikum tritt. (Sehr richtig!) So gut Bescheidenheit auf der einen Seite am Platze ist, so wenig angebracht ist Unterwürfigkeit vor der bürgerlichen Wissenschaft an sich, die sich oft genug zur feilen Dirne kapitalistischer Interessen herabwürdigt. (Lebh. Zustimmung.) Der Schüler lernt auch leichter und schneller auf der Parteischule, als die alten Genossen in vielen Jahren haben lernen können, denn die meisten von diesen mußten sich die Zeit zum Lernen gelegentlich abstehlen, sie mußten nachts lernen, wenn Körper und Geist ermüdet waren. Daß sie da in Jahren nicht soviel und so systematisch lernen können, wie ein Parteischüler in einem halben Jahre, der nichts weiter zu tun hat, als zu studieren, das liegt auf der Hand. Eisner hat auf ältere Parteigenossen hingewiesen, und ihren Bildungseifer sehr gerühmt. Auch ich habe die größte Hochachtung vor diesen Parteigenossen, ich habe allerdings gestern vermieden, lebende Führer oder gar solche, die im Saale anwesend sind, zu nennen. Dem Genossen Eisner ist ja auch seine Bezugnahme auf Molkenbuhr nicht gerade gut bekommen. Molkenbuhr paßte in seine Schlußfolgerung nicht hinein. Und Bebel erklärte lachend, daß er Thomas von Aquino nicht gelesen habe, wir alle sind aber doch wohl der Meinung, daß er dennoch etwas von der Werttheorie versteht. Ich verrate auch wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, daß auch Kautsky dazwischen rief, er habe ebenfalls Thomas von Aquino nicht gelesen, während Kautsky doch sicher auch etwas von der Werttheorie verstehen dürfte. Woher kommt überhaupt diese plötzliche Vorliebe für Thomas von Aquino? Ich habe in einem vielgelesenen Roman von Herman Hesse einiges darüber gelesen, aber Hermann Hesse ist bisher nicht gerade bekannt als Einführer in die Werttheorie. (Heiterkeit.) Eisner hat dann mit Behagen ein Zitat aus Marx vorgetragen, das von der Wirrköpfigkeit der Arbeiter spricht, die sich mit der Theorie beschäftigen. Wenn Marx das wirklich in einem Moment der Verärgerung über Most gesagt hat, so steht doch diesem einen Wort die ganze Lebensarbeit von Marx gegenüber und auch die Tatsache, daß Marx selbst vor Arbeitern der Internationale nationalökonomische Vorträge, Vorträge über die Werttheorie gehalten hat, die Bernstein, wie ich höre, jetzt im Druck herausgibt. Marx muß also doch wohl der Meinung gewesen sein, daß auch Arbeiter für die Theorie Verständnis haben können. Einen Beweis dafür liefern auch zahlreiche jüngere Proletarier und Proletarierinnen, die durch fleißiges Selbststudium mit überraschendem Verständnis in die Theorie des Sozialismus eingedrungen sind. Wenn Eisner gestern gesagt hat, daß Parteischüler hier mit großem Aplomb aufgetreten seien, so erkläre ich, daß ich davon nichts bemerkt habe. Ich habe nur bemerkt, daß zwei Parteischüler hier in temperamentvoller Weise für ihre Schule eingetreten sind. In wissenschaftlicher Beziehung haben die Genossen nicht die geringste Arroganz merken lassen. (Eisner: Aber in unverschämten Angriffen auf Parteigenossen!) Der Zwischenruf Eisners beweist nur, daß wir uns in gewissen Dingen nur noch sehr schwer verständigen können. Daß diese Genossen ihrer Meinung ungeschminkten Ausdruck geben, ist, glaube ich, ihr gutes Recht, das sie auch durch den Besuch der Parteischule nicht verscherzt haben. (Sehr richtig!) Zum Schluß muß ich noch auf eine persönliche Liebenswürdigkeit Eisners eingehen, der andeutete, ich hätte jedenfalls den Artikel Maurenbrechers nicht richtig verstanden, der nur verhindern wolle, daß man bei der Massenbildung gleich mit den schwierigsten Problemen beginne. Wenn dem so wäre, dann würde es sich bei dem ganzen Streit lediglich um eine pädagogische Frage handeln. So schlechte Pädagogen sind wir aber doch in der Parteischule und im Bildungsausschuß auch nicht, daß wir nun gerade gegen eine elementare pädagogische Regel handeln und beim Unterricht mit dem Schwierigsten beginnen. Ein Blick in das Winterprogramm des Bildungsausschusses wird Eisner beweisen, daß dieser pädagogische Elementargrundsatz von uns ebenfalls berücksichtigt wird, und wenn Eisner die Methode unserer Lehrer kennen würde, so würden auch seine letzten Bedenken in pädagogischer Beziehung schwinden. Wenn Eisner ferner das Winterprogramm der Nürnberger Genossen mit unserem vergleicht, so wird er einen geringeren Gegensatz finden, als zwischen dem Nürnberger Programm und der theoretischen Einleitung dazu, die Maurenbrecher geschrieben hat. Maurenbrecher hat eben nicht nur pädagogische Erwägungen im Auge, sondern er will überhaupt von der Theorie für die Massen nichts wissen. Ich fordere jeden, der Augen hat zu lesen, auf, den Artikel nachzulesen, ich beschränke mich auf zwei Zitate:

„Wir treiben zuviel Theorie. Muß die Masse die Werttheorie kennen, muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Ketzerei und sage: Nein! Der Lehrer muß das wissen, und der theoretische Forscher mag darin weitergraben. Aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden." (Hört! hört!)

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Was wir für die Masse der Parteigenossen brauchen, ist nicht die „Theorie des Sozialismus" oder „die Lehren unserer Meister" . . ."

(Eisner: In Gänsefüßchen!) — Um so schlimmer, wenn man die Lehren der Meister nur noch in Gänsefüßchen setzt —,

„sondern es sind die Tatsachen, auf Grund deren sie Entschlüsse zu fassen gezwungen sind." (Eisner: Selbst denken lernen!) —

Wenn Worte noch einen Sinn haben, heißt das: Fort mit aller sozialistischen Theorie und dafür, wie es in der letzten Spalte heißt: Geschichte, Geschichte, Geschichte! Unter Geschichte werden einige Themata genannt: „Geschichte der französischen Revolution" — gegen die wir ja nichts haben —, „des Jahres 1848, der preußischen Konfliktszeit, der politischen Parteien", und dann die Biographien von großen Männern. Da heißt es:

„Lassalle steht uns da am nächsten; aber warum nicht auch Napoleon, Friedrich der Große, Bismarck, Disraeli und andere."

Nichts aber steht darin von den Grundsätzen, die für uns im Bildungsausschuß maßgebend sind, deren Uebermittelung uns als das Wichtigste erscheint. Eisner brauchte ferner die etwas unklare Wendung von der elementaren Bildung als dem notwendigen Erfordernis. Aehnlich hat er sich auch auf dem Würzburger Gautag ausgesprochen, wo er sagte:

„Wenn dem Volke nur die bürgerliche Bildung von uns beigebracht wird, die ihm die staatlichen Schulen nicht geben, so ist schon viel erreicht."

(Eisner: Sehr richtig!)

Wenn wir das ganz milde auslegen, so heißt das, daß unsere Bildungsarbeit die Fälschung der Tatsachen, wie sie auf der Volksschule geübt wird, richtigzustellen hat. Das ist natürlich notwendig. Damit aber kommen wir lediglich zur Maurenbrecherschen Tatsachenübermittelung. Es fehlt aber alles, was wir von der eigentlichen proletarischen Bildung verlangen, die proletarische Weltanschauung, es fehlt der wissenschaftliche Sozialismus, die

richtunggebende Theorie, die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung. Und damit fehlt das Wichtigste. Dann geraten wir in Gefahr, zu der alten bürgerlichen Bildungsfimpelei zurückzugehen, zu jener Anschauung, die auch aus dem Spruche, den ich hier oben sehe, hervorzuleuchten scheint: „Je gebildeter ein Volk, desto freier." Aehnlich heißt es in dem bekannten Wort von Zschokke: „Volksbildung ist Volksbefreiung", oder wie Schmoller sagt: „Die sozialen Gegensätze sind im letzten Ende doch nur Bildungsgegensätze." (Eisner: Oder wie Liebknecht gesagt hat: Wissen ist Macht!) Wir können die Befreiung des Proletariats nicht durch die Bildung schlechthin erreichen, sondern wir können die Befreiung des Volkes aus ökonomischer und politischer Entrechtung nur beschleunigen, je konsequenter wir uns auf die besondere Arbeiterbildung beschränken, auf jene Arbeiterbildung, die von der sozialistischen Theorie, von der Werttheorie, vom historischen Materialismus getragen und durchleuchtet wird, die sich als einzigen Zweck stellt, die Schlagkraft, die Aktionsfähigkeit, besonders aber auch die Zielklarheit des Proletariats im Klassenkampf zu erhöhen, um durch den kühnen und möglichst energisch geführten Klassenkampf baldmöglichst die Freiheit für das Proletariat und damit für die Menschheit überhaupt zu erobern. Und nach der ökonomischen und politischen Befreiung die Bildung im weiteren Sinne und darum: nicht Volksbildung ist Volksbefreiung, sondern: durch Volksbefreiung zur Volksbildung! (Lebhafter Beifall.)

Gerisch (Schlußwort zu Kasse und Presse): Der Kassierer kann erfreulicherweise im Schlußwort kurz sein. (Heiterkeit.) Der Gerechtigkeit halber stelle ich fest, daß die Nürnberger Parteigenossen, die ich gestern als Beispiel angeführt habe, nicht ganz so schuldig sind, wie es nach den gemachten Feststellungen scheinen konnte. Die Hauptschuld trägt jene abscheuliche Bestimmung im Statut der bayerischen Landesorganisation, die ich schon auf einem früheren Parteitag auf das schärfste kritisiert habe, und die sobald als möglich aus dem Statut hinausgeworfen werden muß, nach welcher der Beitrag zerlegt wird in den eigentlichen Parteibeitrag und in den bekannten „Lokalzuschlag". — Weiter habe ich aus Lübeck die Mitteilung erhalten, daß von dort ein Bericht an den Parteivorstand abgesandt wurde, der aber wohl verloren gegangen sein muß. Die Lübecker Genossen halten es also nicht mit dem Schweigegebot. — In Sachen Presse hat der Genosse Lehmann mit seiner Kritik des „Wahren Jakob" dem Empfinden weiter Parteikreise Ausdruck gegeben. Auch die Redaktion des „Wahren Jakob" ist sich bewußt, daß das Blatt besser sein könnte als es ist, und sie wird für jede Anregung und für Hilfe dankbar sein. Wenn also der Genosse Lehmann mal einen guten Einfall hat, dann soll er ihn dem „Wahren Jakob" nicht vorenthalten. (Heiterkeit.) — Zutreffend war die Bemerkung des Genossen Lehmann, daß die Beschwerden über die „Neue Welt" verstummt sind. An Stelle der vielen Klagen, die früher über die „Neue Welt" laut wurden, ist bei allen aufmerksamen und verständigen Lesern Anerkennung und Befriedigung über das von der „Neuen Welt" Gebotene getreten. Das Blatt ist tatsächlich noch nie so gut gewesen, wie unter der gegenwärtigen Redaktion. Es ist reichhaltig und lebendig und damit sind alle Wünsche der Leser befriedigt. — Was die Ausführungen des Genossen Knauer über die hohen Zuschüsse an die Parteipresse anbelangt, so ist dem Parteivorstand wohl bekannt, daß solche Subventionen oft die unangenehme Nebenwirkung haben, daß die Genossen in den Verbreitungsgebieten der subventionierten Blätter leicht in der Tätigkeit für ihre Presse erlahmen und sich auf die Bärenhaut legen. Der Parteivorstand prüft deshalb die Unterstützungsbedürftigkeit der einzelnen Blätter fortgesetzt. Das Lied, das der Genosse Knauer speziell den Königsberger Genossen vorgesungen hat, weil Jahr um Jahr eine so beträchtliche Summe für das Königsberger Parteiblatt ausgegeben werden muß, das haben die Königsberger Genossen von uns bereits in allen Variationen gehört. Schließlich haben wir uns aber immer wieder überzeugen müssen, daß die Unterstützung notwendig ist. Niemand würde sich mehr freuen, als die Königsberger Genossen, wenn sie nicht mehr mit diesem Konto im Vorstandsbericht belastet wären. Aber die Schwierigkeiten, unter denen unsere Königsberger Genossen den Kampf führen müssen, sind ungewöhnlich große, und deshalb dürfen wir sie auch nicht im Stich lassen.

Der Berichterstatter für die Kontrollkommission verzichtet auf das Schlußwort.

Gemäß dem Antrage der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand für das verflossene Rechnungsjahr einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgen die Abstimmungen.

Der Antrag 131 wird in folgender Fassung angenommen: „Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, sie in der bisherigen Richtung weiter auszubauen."

Der Antrag 6 wird mit dem von Stubbe-Hamburg beantragten Zusatz angenommen: „Dasselbe gilt auch für solche lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind."

Zum Punkt „Frauenorganisation" wird der Antrag 21 angenommen unter Ablehnung des Antrages 128. Die Resolution der Frauenkonferenz 125 wird in folgender Fassung angenommen: „Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine verwehrten, muß es um so mehr Aufgabe der Genossen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden."

Weiter wird die Deklaration des Berichterstatters in bezug auf den Eintritt einer Genossin in den Parteivorstand angenommen und beschlossen, für ein Jahr so zu verfahren. Die Anträge 53 und 54 sind zurückgezogen.

Den Vorsitz übernimmt Dorn.

Der parlamentarische Bericht.

Eichhorn erstattet den Bericht unter Ausschluß der Frage der Budgetbewilligung.

Ich kann mich kurz fassen, denn Sie haben den schriftlichen Bericht sicher alle eingehend studiert. Ich kann mich auch deshalb kurz fassen, weil im allgemeinen an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion mit Ausnahme eines einzigen Falles Kritik von Bedeutung nicht geübt wurde und endlich, weil in der politischen Lage sich wesentliches seit der vorigen Session nicht geändert hat. Der Block ist noch Trumpf, höchstens hat sich im letzten Sessionsabschnitt der korrumpierende Charakter der Blockpolitik noch etwas schärfer offenbart als im ersten. Als der Block als Ergebnis der Bülowschen Wahlmache zustande kam, war man der Meinung, ein so heterogen zusammengesetztes Gebilde werde nicht lange Bestand haben, der Block werde die erste Session nicht überdauern, eine praktische Arbeit nicht möglich sein; und die Ergebnisse des ersten Sektionsabschnittes schienen dieser Annahme Recht zu geben. Aber man hatte außer Rechnung gesetzt das hohe Maß von politischer Verkommenheit, dessen die bürgerliche Opposition, der Liberalismus und der Freisinn, fähig ist. Die Erscheinungen der Blockpolitik sind Ihnen allen bekannt. Die Szenen, die wir im letzten Sessionsabschnitt erleben mußten, haben bei uns häufig genug fast

direkt physischen Ekel erregt und man mußte sich im Ernste die Frage vorlegen, ob man nicht Bedenken tragen müsse, mit Leuten, die sich derart politisch wegwerfen, überhaupt noch persönlich in Berührung zu kommen. Da war nichts mehr von Grundsatz, nichts mehr von der männlichen Sicherheit, die sich auf festgegründeten Anschauungen aufbaut, nur immer die Angst, daß der Block in die Brüche gehen könnte. Sie kennen die Versöhnungskomödie nach dem Zusammenstoß mit dem Finanzminister v. Rheinbaben und dem preußischen Kriegsminister von Einem. Und warum das alles? Lediglich, weil die bürgerliche Opposition in der Regierungsmehrheit bleiben, sich nicht ausschalten lassen will. Sie werden noch weiter gehen, sie werden — mit Sicherheit ist das schon jetzt anzunehmen — auch im nächsten Winter die Finanzreform, die neuen indirekten Steuern bewilligen; sie werden alles tun, um sich das Scheinrecht zu erhalten, mitzutun und die Verantwortung mit zu tragen. Der Niedergang des Liberalismus ist geradezu ein warnendes Exempel für die, die glauben, mit diplomatischen oder staatsmännischen Schachzügen die Regierung auf ihre Bahn drängen zu können. Denn die Liberalen verteidigen dieses fortdauernde mit Füßentreten aller liberalen Ideen und Grundsätze einfach damit, daß sie sagen, werden wir ausgeschaltet, dann sind wir außerstande, für den Liberalismus zu wirken, ihm irgendwelche Konzessionen von der Regierung abzutrotzen und abzupressen. Das sind dieselben Argumente, die man sehr häufig hört von diplomatisch angelegten Naturen, die da meinen, durch halbes Entgegenkommen, durch Sirenengesänge, durch ruhigeres Auftreten die Regierung bewegen zu können, ihnen entgegenzukommen, die reaktionären Parteien gewissermaßen überlisten zu können. Das ist dem Blockliberalismus bisher nicht gelungen, das wird ihm auch in alle Zukunft nicht gelingen. Welche Anstrengungen haben wir beim Vereinsgesetz gemacht, Garantien für wirkliche Vereins- und Versammlungsfreiheit zu schaffen! Vergeblich; an der Angst der liberalen Blockpolitiker gingen alle diese Versuche zu schanden und alle eindringlichen Vorstellungen und inständigen Bitten an den Liberalismus haben auch beim § 7 nichts gefruchtet. Nein, weder durch gute Worte, noch durch diplomatische Schachzüge kann man der Reaktion etwas abringen. Auch im parlamentarischen Kampf können Richtschnur einer Partei, die sich nicht selbst aufgeben will, nur ihre Grundsätze sein; nur ihre rücksichtslose Vertretung gibt die Möglichkeit, vorwärts zu kommen.

Als ich den Bericht über die Nürnberger Versammlung las, in der über die Tätigkeit des Reichstags Bericht erstattet wurde, glaubte ich in Eisner einen Anhänger dieser meiner Auffassung zu haben. Er übte an der Reichstagsfraktion dahin Kritik, es sei beim Vereinsgesetz nicht scharf genug gekämpft worden, man hätte Obstruktion treiben, die Abstimmung über die Osterferien hinausschieben sollen. Ich glaube nicht, daß man damit mehr positive Erfolge oder Vorteile für die arbeitende Klasse hätte erringen können. Die Fraktion hat in vollem Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit unter den schwierigeren Verhältnissen der Blockpolitik getan, sie hat den verschärften Kampf aufgenommen und alles, was möglich war, daran gesetzt, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen, keine Gelegenheit versäumt beim Etat und den zahlreichen Gesetzen. Durch Anträge und Interpellationen hat sie eingegriffen überall, wo es notwendig war, darum ist die Kritik Eisners nicht recht verständlich. Er vermißt eine Interpellation über die Hill-Affäre, bei der man die ganze Frage der auswärtigen Politik nach seiner Meinung hätte aufrollen können. Die Fraktion hat sich mit dieser Frage beschäftigt, die Mehrheit hat es abgelehnt, eine Interpellation einzubringen, aber im Plenum ist der Fall erörtert worden. Wenn nun noch bemängelt wird, daß die Fühlung der Fraktion mit den Arbeitermassen verloren gegangen sei, wenn verlangt wird, daß die Deputationen in den Foyers des Reichstages sich jagen und drängen müßten, so weiß ich nicht, was das für ein Vorteil sein soll. Die Fühlung ist viel intensiver, wenn die Abgeordneten selbst in die Versammlungen hineingehen, als wenn man diese bürgerlichen Geschichten nachmacht und Deputationen aufmarschieren läßt, vielleicht noch gar im feierlichen Aufzuge und im Frack. Wenn eine Kritik an der Fraktion fehlging, so war es diese einzige, die an ihr geübt worden ist. Das bedeutet nicht, daß die Fraktion sich einbildet, nun über jede Kritik erhaben zu sein. Sie wird immer und immer wieder Anregungen bedürfen und sie dankbar entgegennehmen. Ich empfehle, die zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträge der Fraktion zu überweisen.

Zur Verhandlung stehen die Anträge 69, 71—73; der Antrag 70 **wird nicht unterstützt.**

Witte-Berlin begründet den Antrag 71. Die Materie ist im Parlament bereits verhandelt. Die Zivilmusiker müssen die Steuern aufbringen und haben Anspruch auf Schutz gegen die Konkurrenz der Militärmusiker.

Crispien-Danzig empfiehlt kurz den Antrag 73.

Vogel-Rothenburg a. d. T. begründet den Antrag 72. Er verweist auf die Verteuerung der Lebensmittel, mit der die Erhöhung des Einkommens der Arbeiter nicht Schritt hält.

Molkenbuhr spricht zu dem Antrage 69: Der Antrag faßt eigentlich das zusammen, was die Fraktion bereits seit Jahren im Reichstag beantragt hat, und bezweckt nur eine Erklärung des Parteitages, daß er mit der Haltung der Fraktion in dieser Frage einverstanden ist. Wir haben jederzeit den Standpunkt eingenommen, daß die Arbeiterversicherung erheblich weiter ausgebaut werden muß. Wir erkennen an, daß das Verlangen der Privatangestellten nach ihrer Pensionsversicherung voll berechtigt ist, aber wir sagen: das Recht auf genau dieselben Forderungen muß auch der Arbeiter haben. Molkenbuhr legt dar, weshalb man für den Anschluß dieser Pensionsversicherung an die Arbeiterversicherung eintreten muß und nicht für eine Sonderversicherung.

Dr. Rosenfeld-Niederbarnim: Ganz besonders hat es mir gefallen, daß Eichhorn so scharf betont hat, daß es nicht Sache der sozialdemokratischen Fraktion sein könne, durch Diplomatie irgendwelche Vorteile zu gewinnen, sondern daß sie rücksichtslos nur im Interesse der Arbeiterklasse die Vorlagen prüfen und sie ablehnen müsse, wenn sie der Ansicht ist, daß die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat. Mit ganz besonderem Eifer hat die Fraktion bei der Beratung des Vereinsgesetzes diesen Standpunkt vertreten. Um so weniger begreife ich es, wie ein Mitglied der Fraktion, der Abg. Heine, in einem Artikel in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ eine Stellung einnimmt, die einfach unverständlich ist gegenüber der Haltung der Fraktion. Heine erklärt allerdings zunächst, daß es eine empörende Ungerechtigkeit sei, die Rechte der Jugendlichen zu beschränken, aber er fährt dann fort: „Aber allzu tragisch braucht man die Wirkungen dieses Verbots auch nicht zu nehmen.“ Und an einer anderen Stelle sagt er, daß ihm eine parteipolitische Beeinflussung der jungen Leute unter 18 Jahren nicht nur entbehrlich, sondern geradezu gefahrvoll erscheint. (Hört! hört!) Ich bedaure es, daß auf diese Weise ein Mitglied der Fraktion unseren Gegnern Material liefert, die Gegner haben sich das Material ja auch nicht entgehen lassen, die „Vossische Zeitung“ hat bereits darauf hingewiesen, daß der Artikel von Heine die glänzendste Rechtfertigung der Blockpolitik ist. (Hört! hört!) Ich halte es für notwendig, daß der Parteitag Kenntnis von dieser Stellung eines Fraktionsmitgliedes nimmt, die der Haltung der Fraktion ins Gesicht schlägt und nichts anderes ist als eine Rechtfertigung der Blockpolitik.

Ewald-Berlin: Einige Worte zum Antrag 71, der von den Zivilberufsmusikern handelt. Ich beneide die Zivilmusiker nicht darum, daß sie ihre Lage verbessern wollen. Aber es ist eigentümlich, daß man sich auf seine Parteigenossenschaft erst dann besinnt, wenn man sich die Konkurrenz vom Halse schaffen will, nicht aber, wenn es sich darum handelt, für die Partei einzutreten. Ich kenne Fälle, wo Zivilberufsmusiker bei Parteifestlichkeiten sich über den Tarif haben bezahlen lassen, während sie bei konservativen Festlichkeiten unter dem Tarif gearbeitet haben. Wenn sie verlangen, daß die Partei für sie eintritt, dann sollen sie die Partei auch so behandeln, wie es sich gehört. (Sehr richtig!)

Stolten-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrag 69 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen. Unter den Privatangestellten sind zwei Strömungen vorhanden, die eine wünscht einen Ausbau der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung herbeizuführen, die andere wünscht eine Sonderorganisation für Privatangestellte. Für diese Sonderorganisation dürfen wir einmal aus prinzipiellen Gründen nicht sein, sodann aber auch aus dem Grunde, weil damit der Versuch gemacht werden soll, in die Kreise der Arbeiter und Arbeiterinnen einen Keil hineinzutreiben, man will die bessergestellten Handarbeiter und Kopfarbeiter von den Arbeitern im allgemeinen trennen und die Interessen derselben, soweit sie gemeinsam sind, von einander loslösen. Wenn wir den Interessen der Angestellten gerecht werden wollen, dann müssen wir fordern, daß keine Trennung stattfindet, sondern daß Invaliden- und Altersversicherung einheitlich bleiben wie bisher und daß die weiteren Kreise, die hinzukommen, in diese einheitliche Organisation einbezogen werden.

Nun ein paar Worte zum Antrag 72. Der darin zum Ausdruck gebrachte Wunsch ist zweifellos berechtigt, die ortsüblichen Tagelöhne werden heute so niedrig festgesetzt, daß sie nicht einmal dem Einkommen gewöhnlicher Tagearbeiter entsprechen, und die Renten werden dadurch oft niedriger, als sie sein müßten, wenn man den ortsüblichen Tagelohn den wirklichen Verhältnissen entsprechend festsetzen würde. Aber in der vorliegenden Form ist der Antrag nicht annehmbar; der ortsübliche Tagelohn wird doch nur als Minimallohn betrachtet, der der Berechnung zugrunde gelegt werden soll. Der Antrag müßte also anders formuliert werden, wenn er sollte angenommen werden können.

Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort erhält

Eichhorn: In der Frage der Versicherung der Privatangestellten haben Molkenbuhr und Stolten die Haltung dargelegt, die die Fraktion bisher immer eingenommen hat. Wir sind stets gegen eine Sonderversicherung der Privatangestellten gewesen, der Parteitag in München forderte sogar die Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens. Der betreffende Antrag stößt also offene Türen ein. Das, was der Antrag 70 verlangt, daß auch bei der Zivilabteilung der Gerichte Laien als Teilnehmer an der Rechtsprechung von uns gefordert werden sollen, ist eine schon durch unser Programm selbstverständlich gebotene Forderung. Wir werden bei der sogenannten Justizreform nicht nur diesen, sondern auch eine ganze Reihe anderer Anträge auf Grund unseres Programms zu stellen haben. Die Forderung des Antrags 71 und von Berlin II ist wohl ein dutzendmal und mehr von uns im Reichstag erhoben worden.

In den letzten Jahren hat, soviel ich mich erinnere, der Vertreter des Kriegsministers in der Budgetkommission auch Berücksichtigung der gerechten Wünsche in dieser Beziehung zugestanden. Mit Recht hat aber Ewald bemerkt, daß die Zivilmusiker nun nicht etwa glauben sollen, daß, wenn von der Partei ihre Interessen vertreten werden, sie sich selbst nicht zu rühren brauchten. Es bleibt vielmehr ihre Aufgabe, sich zu organisieren, um ihre Interessen gegenüber den Soldaten, die den Musikerberuf nur nebenbei ausüben und ihnen dadurch unberechtigte Konkurrenz machen, zu vertreten. Auch die Frage der Berechtigung des ortsüblichen Tagelohnes im Krankenversicherungsgesetz hat die Fraktion häufig genug beschäftigt. Sie hat stets gefordert, daß die Berechnung nach den wirklich verdienten Löhnen erfolge und nicht nach den von den Verwaltungsbehörden auf Grund von Auskünften von Landwirtschaftskammern usw. berechneten Durchschnittslöhnen. Die Fraktion ist noch weiter gegangen und hat die Aufhebung der Gemeindekrankenversicherung, die die ländlichen Arbeiter besonders benachteiligt, verlangt. Vielleicht werden wir schon im nächsten Winter Gelegenheit haben, diese Materie ausführlich zu behandeln. Wir werden es uns angelegen sein lassen die Wünsche der Industrie- und Landarbeiter auf Verbesserung der Krankenversicherung und Erhaltung und Ausdehnung der Selbstverwaltung zum Ausdruck zu bringen. Angesichts der vorliegenden Anträge möchte ich nur dem Wunsche und der Bitte Ausdruck geben, daß die Genossen, welche künftig Anträge stellen, sich die Tätigkeit der Fraktion etwas eingehender ansehen möchten. Wäre das diesmal geschehen, wären manche der Anträge überflüssig gewesen. Vielleicht vergessen die Genossen deshalb manchmal, daß Anträge von der Fraktion seit langem gestellt sind, weil im Reichstag nur alle Wochen einmal Iniativanträge beraten werden. In der letzten halbjährigen Session sind sogar im ganzen nur zwei oder drei Tage den Initiativanträgen gewidmet worden. Es liegen jetzt noch an 200 Initiativanträge dem Haus vor, deren Erledigung gar nicht abzusehen ist. Wenn es an uns läge, würden wir in der Woche an drei oder vier Tagen Initiativanträge beraten, bis man sich bequemt, den Wünschen des Volkes etwas mehr entgegenzukommen. Aber die Fraktion steht hier der geschlossenen Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegenüber. Diese haben das Interesse, zunächst die Regierungsgeschäfte glatt abzuwickeln, und dann liegt ihnen nichts mehr am Weiterarbeiten des Reichstages. Die Genossen Singer und Bebel haben bei den verschiedensten Gelegenheiten in der schärfsten Weise gegen die geradezu unwürdige Durchpeitschung und Galoppарbeit im Reichstag gesprochen. Es hat nichts genützt. Im Gegenteil, es gehört keine große Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß auch in der nächsten Session der Block bestrebt sein wird, so rasch als möglich heimzugehen, damit jede Gelegenheit zu Konflikten vermieden wird. Gegen diese Hetze haben wir nur die öffentliche Kritik, und diese haben wir ausgiebig geübt.

Genosse Rosenfeld hat Stellen aus einem Artikel Heines über das Vereinsgesetz in den „Sozialistischen Monatsheften" verlesen. Nach den Zitaten hat es den Anschein, als wenn Heine eine andere Stellung zum Vereinsgesetz in diesem Artikel eingenommen hätte als im Reichstag. Ich kann nicht sagen, wieweit das richtig ist, denn ich lese die „Monatshefte" nicht regelmäßig. Im Reichstage hat Heine jedenfalls in der Vertretung der Fraktion beim Reichsvereinsgesetz eine Haltung eingenommen, die zu keinen Ausstellungen Anlaß gegeben hat. Wenn es richtig ist, was aus den „Monatsheften" verlesen worden ist, dann wäre es um so bedauerlicher, wenn man, nachdem man im Reichstag mit Entschiedenheit und Schärfe für die Rechte der proletarischen Jugend eingetreten ist, nachher an einer Stelle, wo eine solche Schärfe vielleicht nicht so angenehm empfunden wird, sich anders und entgegenkommender äußert. Ich bedaure, daß Genosse Heine hier nicht geredet hat, soviel ich weiß, ist er auf dem Parteitag anwesend. Ich schließe mit der nochmaligen Bitte,

alle Anträge, soweit sie unterstützt sind, der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo!)

Die Anträge 69 und 71 bis 73 werden der Reichstagsfraktion als Material überwiesen. Damit ist auch dieser Teil des Vorstandsberichts erledigt.

Vorsitzender **Dorn**: In unserer Tagesordnung muß eine Verschiebung eintreten. In der Nachmittagssitzung soll zunächst die Maifeierfrage behandelt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden. Ich konstatiere das und schließe die Sitzung

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Dorn eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Maifeier.

Zur Verhandlung stehen mit die Anträge 86 bis 90 und 92 bis 104. Der Antrag 91 wird nicht unterstützt.

Berichterstatter **Richard Fischer**-Berlin: Ich glaube, daß ich mit meinen heutigen Ausführungen Ihren ganz besonderen Beifall finden werde, vielleicht durch das, was ich sage, aber jedenfalls durch das, was ich nicht sage. (Heiterkeit.) Sie werden wohl alle mit mir einverstanden sein, daß wir uns über die Maifeier als solche, ihren Charakter, ihre Bedeutung heute nicht eingehend beschäftigen, denn das haben wir auf einer Reihe früherer Parteitage bereits gründlich getan und außerdem existieren in Partei- und Gewerkschaftskreisen keine Meinungsverschiedenheiten darüber. Wenn wir uns in diesem Jahre abermals mit der Maifeier zu beschäftigen haben, so deshalb, weil der Essener Parteitag dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses, der zum ersten Male für die Partei die Unterstützungspflicht der Opfer der Maifeier aussprach, über die Art und Weise der Regelung dieser Unterstützung nähere Vereinbarungen mit der Generalkommission zu treffen, Vereinbarungen, die für Partei und Gewerkschaften bindend sein sollten. Der Parteivorstand hat diesen Auftrag ausgeführt, dabei aber in Partei- und Gewerkschaftskreisen zum Teil sehr energischen und weitgehenden Widerspruch gefunden, und in den Anträgen, die Sie unterstützt haben, ist eine ganze Serie, die dieser weiten Unzufriedenheit Ausdruck verleihen. Nun ist die Frage für unseren Parteitag doch die: gibt es ein anderes, zweckmäßigeres und geeigneteres Mittel, den von der Stuttgarter Konferenz und dem Essener Parteitag sanktionierten Grundsatz zur Durchführung zu verhelfen, daß von nun ab die Opfer des Maikampfes unterstützt werden sollen? Die Generalkommission hat dazu bereits auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg ihre Erklärung abgegeben, und der Parteivorstand tut es durch das Referat, das mir übertragen ist, heute. Beide sind der Meinung, daß eine andere Art der Regelung unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sein wird. Die Lösung dieser Aufgabe hängt nicht von dem guten Willen und auch nicht von der Verstandesschärfe des Parteivorstandes und der Generalkommission ab, sondern sie liegt in Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinung dieser beiden Körperschaften liegen. In erster Linie geht durch alle Monita des Beschlusses von Parteivorstand und Generalkommission der Gedanke, daß die Unterstützungsregelung nicht auf lokalem Wege, sondern durch die Zentralkassen von Partei und Gewerkschaften geleistet werden solle. Die Anträge 87 und 99 gehen den radikalsten Weg zur Lösung der Frage, indem sie einfach erklären: die Unterstützungspflicht von Partei und Gewerkschaften für die Opfer des Maikampfes soll aufhören. Sie glauben das damit begründen zu können,

daß sie sagen: im anderen Falle werde die Bedeutung der Maifeier, ihr Charakter, die Beteiligung an der Arbeitsruhe wesentlich beeinträchtigt. Nun ist ja diese Lösung gewiß sehr einfach. Die ganze Frage der Form der Unterstützung, die Frage, wer die Verpflichtung zur Unterstützung hat, wird natürlich sofort beiseite geschafft, wenn die Frage der Unterstützungspflicht überhaupt verneint wird. Aber der Stuttgarter und Essener Beschluß sind doch beide nicht aus heiterem Himmel gefallen, sondern sie haben ihre Ursache gehabt in den Bedürfnissen der Partei und Gewerkschaften. Es wurde dort die Meinung vertreten, es sei unmöglich, daß Jahr für Jahr unter Umständen dieselbe Kategorie von Arbeitern, die opfermutigsten und kampfesbereitetsten, die bei dem Maikampf in die Bresche treten, als Opfer auf dem Kampfplatz bleiben, während die Tausende und Hunderttausende von Arbeitern, die vielleicht nicht in der Lage sind, den 1. Mai zu feiern oder die nicht von derselben Kampfeslust und Opferwilligkeit beseelt sind, teilnahmlos beiseite stehen und jene Opferwilligsten einfach ihrem Schicksal überlassen. Den Gedanken aber, daß durch die Art und Weise der Regelung der Maifeierunterstützung gleichsam der Charakter der Maifeier abgeschwächt, die Lust und Liebe zur Demonstration am Maitage beeinträchtigt werde, kann ich nicht verstehen. Glaubt man, daß die Opferbereitschaft, die Kampfeslust eher verstärkt wird, wenn man die Opfer wehrlos dem Gegner überläßt, als wenn man ihnen eine vielleicht nicht genügende Unterstützung zuteil werden läßt? Wenn die örtliche Unterstützung nach Ansicht der Antragsteller ungenügend und deshalb geeignet ist, die Kampfeslust zu schwächen, so verstehe ich nicht, wie die Kampfeslust gestärkt werden soll, wenn man überhaupt keine Unterstützung gewährt. Ein anderer Teil der Anträge — und ich glaube, in den Anträgen sind all die Einwände, die im Laufe der Zeit gegen den Beschluß des Parteivorstandes laut geworden sind, vereinigt —, die Anträge 88, 89, 91, 94, 98, 101, 103 und 104 gehen alle von dem gemeinsamen Gedanken aus, einmal die ganze Frage dem Parteivorstand und der Generalkommission zu einer erneuten Beratung zu überweisen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung nicht am Orte geregelt wird, sondern daß die Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften dafür in Anspruch genommen werden sollen. Gewiß, ein schöner Vorschlag, es fragt sich aber, ob er durchführbar sein wird in bezug auf die Parteikasse. (Hört! hört!) Ich glaube, wenn Sie nur einen Blick werfen auf die Einnahmen, die die Parteikasse in diesem Jahre zu verzeichnen hat, werden Sie selber zugeben müssen, daß, wenn man nicht eine grundlegende Aenderung der Art der Beitragsleistung und der ganzen Kassenverhältnisse der Partei vornehmen will, dem Parteivorstand unmöglich diese Aufgabe überwiesen werden kann.

Wir haben in diesem Jahre aus allgemeinen Parteibeiträgen eine Einnahme von zirka 442 000 Mk. zu verzeichnen. Das sind die gesamten Einnahmen aus Beiträgen der Wahlkreise an die Parteikasse. Glauben Sie etwa, daß eine solche Summe für einen Kampf von einigermaßen großer Ausdehnung ausreichen würde? Und selbst wenn Sie noch die ganzen Ueberschüsse des „Vorwärts", der Parteibuchhandlung und der übrigen Parteiunternehmungen hinzurechnen, so hätten Sie doch erst 600 000 Mk. Man braucht nur diejenigen Genossen, die im gewerkschaftlichen Leben einigermaßen erfahren sind, zu fragen, ob man Lohnkämpfe auf großer Grundlage mit solchen Mitteln unternehmen kann. Ich glaube, es ist nicht ein einziger unter Ihnen, der der Parteikasse zumuten kann, die Opfer der Maifeier zu tragen. Gibt es nun eine Möglichkeit, die Parteikasse so zu fundieren, daß man diese Anforderung an sie stellen kann? Nein, wir können nicht von heute auf morgen die Grundlagen der Partei ändern, wir sind eine politische Partei, die Mittel sind

notwendig für den politischen Kampf, für die daraus entstehenden Maßregelungen. Aber sie gleichzeitig zu einer Unterstützungskasse für allgemeine Kämpfe umzugestalten, das ist eine Aufgabe, die wir auf dem Parteitag nicht lösen können. Diesen Weg können wir nicht gehen, wir können auch dem Parteivorstand und der Generalkommission nicht zumuten, auf der Grundlage eines solchen Vorschlags die Frage zu regeln. Nun die andere Frage, ob nicht die großen zentralisierten Gewerkschaften in der Lage wären, die Opfer des Kampfes zu unterstützen. Die Frage ist gewiß diskutierbar, aber die in der Generalkommission vertretenen Gewerkschaften haben durch den Mund ihrer Teilnehmer an der Konferenz einhellig erklären lassen, daß sie eine solche Verantwortung nicht übernehmen können. Man kann den Zentralverbänden unmöglich zumuten, die finanzielle Verantwortung für Beschlüsse zu übernehmen, an deren Fassung sie nicht beteiligt sind, auf die sie keinen Einfluß haben, die nur erklärt werden können aus den lokalen Verhältnissen heraus. Die Gewerkschaftsvertreter haben weiter erklärt, wenn *sie* die finanzielle Verantwortung übernehmen sollen, dann begeben wir Gewerkschaften uns unserer Aktionsfreiheit und stellen es in das Belieben der Unternehmer, zu einer ihnen genehmen Zeit unsere finanziellen Kräfte in Anspruch zu nehmen und unsere Kassen zu leeren, so daß wir dann in einer den Arbeitern günstigeren Zeit nicht in der Lage sind, den Kampf aufzunehmen. Ferner wurde erklärt, wir können diese Unterstützungspflicht nicht anerkennen im Rahmen der jetzigen Beiträge; gestalten wir aber die jetzigen Beiträge anders, so fragt es sich, in welcher Art und Weise. Auch der Parteivorstand ging erst von dem Gedanken aus, einen Fonds zu sammeln, der gemeinsam vom Zentralvorstand und der Generalkommission verwaltet werden soll. Aber wie ist es möglich, die Mittel für diesen Fonds aufzubringen? Es ist vorgeschlagen, schon frühzeitig Sammellisten zirkulieren zu lassen. Gegen diesen Vorschlag ist eingewendet, daß Gelder auf Sammellisten erfahrungsgemäß nur für ganz aktuelle Zwecke eingehen. Dann wurde die Möglichkeit erwogen, diejenigen Arbeiter heranzuziehen, die auf Grund der Parteitagsbeschlüsse nicht in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Es wurde vorgeschlagen, daß diese Arbeiter den dritten Teil ihres Verdienstes vom 1. Mai an den Fonds abführen sollen. Aber die Generalkommission erklärte, daß sie ganz außerstande sei, einen solchen Vorschlag den Gewerkschaften als bindenden Beschluß zu empfehlen; in Ostpreußen, Schlesien, Bayern, kurz in den industriell abgelegenen Gegenden habe man alle Not und Mühe, die Arbeiter allmählich zu den Organisationen heranzubekommen; es sei ganz unmöglich, diesen Leuten, die sich kaum die Elementarbegriffe der Arbeiterbewegung zu eigen gemacht hätten, ein solches Opfer zuzumuten; man würde dadurch die Leute verlieren und an einem Tage die Arbeit langer Jahre vernichten. Einem solchen Argument gegenüber konnten wir uns nicht rundweg ablehnend verhalten. Die Frage ist nach den verschiedensten Seiten hin erwogen, es sind allerhand Vorschläge gemacht und diskutiert worden, aber das Endresultat der Diskussion, die sich durch eine Reihe von Sitzungen hindurchgezogen hat, war eben doch der Vorschlag, den im März dieses Jahres Parteivorstand und Generalkommission vorlegten und der folgenden Wortlaut hatte:

> Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.
>
> Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisation sowie der Beschlüsse des Parteitages, *für eine würdige Feier Sorge zu tragen*. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Generalkommission und Parteivorstand sind also von dem Gedanken ausgegangen, daß die Regelung der Unterstützungsfrage selbstverständlich erfolgen müsse auf dem Grundgedanken einer würdigen Maifeier, um der Idee des 1. Mai Rechnung zu tragen. Es kann aus dieser Resolution nicht hergeleitet werden, daß von einer würdigen Maifeier Abstand genommen werden soll, denn die Voraussetzung der ganzen Vereinbarungen war ja die, dafür zu sorgen, daß an allen Orten der 1. Mai würdig gefeiert wird. In den Vereinbarungen heißt es dann weiter:

> Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch gewerkschaftlich organisierten Mitglieder Anspruch.
>
> Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisation berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.
>
> Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.

Hierbei ging man von dem Gedanken aus, daß, wenn wegen der Aussperrung am 1. Mai Lohnforderungen erhoben werden, es sich nicht mehr um eine allgemeine politisch-gewerkschaftliche Aktion handle, sondern um einen Lohnkampf, der dann Sache der Gewerkschaften allein sei. Wenn einzelne Gewerkschaften, z. B. die der Schuhmacher, erklärt haben, sie würden nach wie vor die Unterstützung aus ihren Zentralkassen decken, so steht dem die Resolution nicht im Wege. *Nicht das Recht* der Gewerkschaften, im weiteren Sinne die Unterstützungsfrage zu regeln, ist bestritten worden, sondern es ist nur nicht anerkannt *die Verpflichtung* derjenigen Gewerkschaften, die dazu nicht imstande sind, aus der Zentralkasse Unterstützungen zu geben.

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat grundsätzlich diese Abmachungen anerkannt, aber Generalkommission und Parteivorstand beauftragt, nochmals in eine Beratung der ganzen Materie einzutreten, um zu sehen, ob doch noch den Wünschen der Gewerkschaftler und Parteigenossen irgendwie Rechnung getragen werden könne. Diese Besprechung hat stattgefunden, aber zu keinem anderen Ergebnis geführt, als daß man den Satz, wonach der Unterstützungsanspruch *erst von der zweiten Woche* an gelten solle, *aufhob*, indem man sich sagte, wenn es Sache der Organisation ist, die Unterstützung aufzubringen, dann muß es auch ihre Sache sein, den Beginn der Unterstützung zu bestimmen. Im übrigen waren Parteivorstand und Generalkommission nach wie vor der Meinung, eine andere Regelung sei nicht möglich, und deshalb ersuche ich Sie, alle Anträge abzulehnen, die den Parteivorstand zu

nochmaligen Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragen wollen, solange nicht aus der Mitte des Parteitages selbst Vorschläge gemacht werden, die Parteivorstand und Generalkommission als geeignet zur Erörterung anerkennen können. Der Parteitag kann ja einen sachlichen Beschluß nicht fassen, weil es sich um eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission handelt, von denen die letztere hier nicht vertreten ist. Und mögen Sie den Parteivorstand für noch viel gescheiter halten, als Sie sind, für ganz gescheit, eine andere Regelung geht doch über seine Kraft. Wir haben in einer ganzen Reihe von Sitzungen uns damit beschäftigt, die Vorschläge aufs eingehendste geprüft, der Generalkommission eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht und von ihr gemachte beraten. Wir sind auf den Weg der gegenseitigen Verständigung angewiesen und haben eben keine andere Verständigung erzielen können. Ist der Parteivorstand nicht in der Lage, für seine eigene Zentralkasse die Verantwortung zu übernehmen, können Sie es der Generalkommission auch für die ihre nicht zumuten, um so weniger, als wir die Maifeier nur den Gewerkschaften zugewiesen haben.

Und noch eins: Als der Gedanke der Maifeier auf dem Internationalen Kongreß in Paris auftauchte und in Deutschland zum erstenmal propagiert wurde, stand diese ganze Frage der Unterstützung überhaupt nicht zur Diskussion. Es hat sich um eine Demonstration gehandelt, um eine Bekundung der Arbeitersolidarität, deren weittragende Bedeutung man damals — ganz offen gesagt — nicht voraussah; und in all den Jahren ist man immer davon ausgegangen, daß nicht wir die Entscheidung über die Art der Gestaltung der Maifeier zu treffen haben, sondern, daß sie abhängig sei von den jeweiligen wirtschaftlichen Kämpfen. Wir haben gesehen, daß der Gedanke der Maifeier immer tiefer Wurzel schlug, die Feier immer mächtiger, imposanter geworden ist, und wenn sie in diesem Jahr den Erwartungen einzelner Genossen nicht entsprochen hat, so messen Sie die Schuld nicht den Vorschlägen des Parteivorstandes und der Generalkommission zu, sondern führen Sie sich die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen und die Geschichte der Maifeier. Immer in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs haben wir dieselbe Klage gehört, und immer, wenn die wirtschaftliche Konjunktur in die Höhe ging, ist auch die Demonstration größer geworden. Unsere Regelung ist nicht geeignet, die Möglichkeit, den Willen und den Eifer zur Demonstration zu beeinträchtigen und abzuschwächen, sondern, wenn sie auch nicht allen Erwartungen entspricht, setzt sie doch die durch die Maifeier zu Boden gestreckten Genossen in die Lage, besser, als es früher der Fall war, den Kampf weiterzuführen und wieder aufzunehmen. Und weil dies doch der Grundgedanke der Resolution ist, bitte ich Sie, den Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Die Abmachung ist aus zwei Gründen unerfreulich. Einmal ist sie den Mitgliedern erst fünf Wochen vor dem 1. Mai zugegangen, so daß die Unterstützungsfrage unmöglich geregelt werden konnte. Sodann aber ist die lokale Regelung nach Ansicht des größten Teiles der Parteigenossen unmöglich. Wenn Hamburg III und andere Orte beantragen, von der Unterstützung ganz abzusehen, so geschieht das aus dem von Fischer erwähnten Gesichtspunkt, daß man ursprünglich an eine Unterstützung überhaupt nicht gedacht hat. Nun sehe ich ein, daß es einstweilen ohne Unterstützung nicht geht. Aber wenn es auf zentralem Wege nicht möglich war, ausreichende Fonds zusammenzubringen, dann geht es auf lokalem erst recht nicht. Wir werden zur Einführung eines obligatorischen Beitrags kommen müssen; er braucht ja nicht sehr hoch zu sein, wenn erst von der zweiten Woche die Unterstützung bezahlt wird. Bei 50 Pf. Extrabeitrag bringen die Gewerkschaften schon eine Million

auf. Natürlich dürfte das nicht erst in den letzten Monaten vor dem 1. Mai sein, sondern etwa im dritten Quartal, Juli bis September. Lokal geht es nicht; da würden sich an einzelnen Orten Fonds ansammeln, die der Organisation entzogen bleiben, und anderen mit großen Aussperrungen würde es zu den Unterstützungen nicht reichen. Die Regelung auf lokaler Grundlage ist unmöglich, ebenso wie es unmöglich ist, die Streikunterstützung auf lokaler Grundlage zu regeln. Wenn man sagt, man könne nicht alle Arbeiter zu den Beiträgen heranziehen, die in absehbarer Zeit nicht feiern können, so meine ich doch, daß alle organisierten Arbeiter die Pflicht haben, zur Durchführung internationaler Beschlüsse beizutragen. Fischer hat darin recht, daß es heute unmöglich ist, einen definitiven Beschluß zu fassen; deshalb stimmen Sie den Anträgen zu, die nochmalige Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wünschen, und wenn die einzelnen Zentralvorstände und vielleicht auch Parteifunktionäre zugezogen werden, wird es vielleicht doch möglich sein, zu einer anderen Regelung zu kommen, wenn auch vielleicht einzelne Gewerkschaften Schwierigkeiten machen, weil sie ohne ihre Generalversammlungen eine Entscheidung nicht treffen können. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Als der Mannheimer Parteitag die Frage der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in ihrer ganzen Tragweite aufrollte und nach Mitteln und Wegen suchte, wie wir das im Interesse der beiden Zweige der Arbeiterbewegung unumgänglich notwendige innige Zusammenarbeiten erzielen könnten, gehörte ich zu denjenigen Genossen, die sich am wenigsten eine ersprießliche Zusammenwirkung auf dem Wege versprachen, daß die obersten organisatorischen Spitzen beider Zweige der Arbeiterbewegung in dualistischer Weise miteinander verkehren und Vereinbarungen treffen, die dann für beide Teile der Arbeiterbewegung maßgebend sein sollten. Ich glaube, daß nach den ersten beiden wichtigen Proben des Zusammenwirkens nach diesem dualistischen System, die wir jetzt erlebt haben, unsere Befürchtungen von damals vollauf bestätigt werden.

Diese zwei entmutigenden Proben sind die Maifeier und die Jugendorganisation. Die Frage der Maifeier ist auf sämtlichen deutschen Parteitagen verhandelt worden und mit Recht. Es entspricht das vollkommen der kolossalen Tragweite dieser Aeußerung unserer Arbeiterbewegung. Aber erst seit kurzem ist eine ganz neue Seite in die Betrachtungen hineingeworfen worden, die von sehr verhängnisvoller Wirkung für die Sache der Maifeier sein kann. Das ist die Frage der Unterstützung. Als wir in Stuttgart in der deutschen Delegation die Bestimmung getroffen hatten, daß die Partei gleichfalls bereit ist, an der Unterstützung der Opfer der Maifeier sich zu beteiligen, sollte damit nur ausgesprochen werden nach dem ganzen Sinn und Geist der Verhandlungen, daß auch die Partei ihrerseits alles tun will, was in ihrer Macht steht, um die Maifeier so würdig wie möglich auszubauen. In der Praxis hat sich die Unterstützungsfrage schon sehr bald als eine Schlinge erwiesen, in der die Maifeier erdrosselt werden kann, wenn wir nicht rechtzeitig der falschen Richtung in der Lösung dieser Frage vorbeugen. Genosse Fischer hat gesagt, er kann es nicht begreifen, wo die Logik liegt, wenn man den Gedanken vertritt, durch die Lösung der Unterstützungsfrage werde die Wirkung und Verbreitung der Maifeier vermindert.

Umgekehrt sagt er: Dadurch, daß wir Maßregeln treffen, um die tapfersten und kampfesmutigsten Opfer der Maifeier zu unterstützen und nicht auf dem Pflaster liegen zu lassen, wirken wir dafür, daß die Maifeier würdig gefeiert wird. Ich sehe keine Logik auf der Seite Fischers. Parteivorstand und Generalkommission haben vollständig recht, wenn sie erklären: wir haben vielleicht eine falsche Lösung der Unterstützungsfrage gefunden, nun bitte, gebt uns eine

bessere, dann werden wir sie ergreifen, wir haben bis jetzt keine bessere gefunden. Ich behaupte, eine vollkommene Lösung der Unterstützungsfrage in dem Sinne, daß einerseits die Maifeier immer mehr ausgedehnt wird, andererseits aber alle Opfer tatsächlich unterstützt werden, kann gar nicht gefunden werden. (Sehr richtig!) Darin liegt eben die Schlinge, in der die Maifeier erdrosselt wird, wenn wir uns weiter darauf einlassen, alle möglichen Kombinationen ausfindig zu machen, um die Unterstützung so zu regeln, daß alle Opfer gedeckt werden und doch die Maifeier ausgebaut wird. Die bisherige Praxis der Maifeier nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Ländern hat gezeigt, daß es nur einen einzigen Weg gibt, um den Opfern der Maifeier vorzubeugen. Das ist nicht irgendeine Regelung der Unterstützung, sondern die möglichste Ausdehnung der Maifeier. Nur dann, wenn die Zahl der Feiernden eine so gewaltige wird, daß eine Maßregelung unmöglich wird, nur dann, wenn man die wirkliche Macht der klassenbewußten organisierten Kämpfer der Arbeiterschaft mit ihrer ganzen Wucht dem Unternehmertum entgegenstellt, erst dann wagt das Unternehmertum nicht, Maßregelungen gegen uns vorzunehmen. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir haben Erfahrungen, die das auf Schritt und Tritt bestätigen. (Zuruf: Wo denn?) Ich bitte Sie, einen Blick zu werfen nach einem Lande, wo die Arbeiter genau aus demselben Teig gemacht sind, wie die deutschen Arbeiter, nach Russisch-Polen. (Widerspruch.) Wir haben dort in diesem Jahre wiederum in Warschau eine Maifeier gehabt, die einzig in der Welt dasteht. Sämtliche Fabrikarbeiter haben gefeiert. Es geschah das nicht etwa auf dem Höhepunkt der Revolution, wo alle Geister hochfliegen. Wir haben seit längerer Zeit bereits in Rußland und Russisch-Polen einen Niedergang, einen gewissen Stillstand der Revolution, der revolutionären Bewegung zu verzeichnen. Wir haben eine furchtbare wirtschaftliche Depression, eine kolossale geistige Depression, und trotz alledem hat man dort massenhaft den 1. Mai gefeiert. Und gerade deswegen sind in diesem Jahre ebenso wie früher die Maßregelungen für die Maifeier minimal gewesen. Genau dieselben Erfahrungen hat man in Deutschland gemacht. Ich glaube, es war eine Zahlstelle der Holzarbeiter in Berlin, die in diesem Jahre genau dasselbe festgestellt hat in einer Sitzung nach der Maifeier, daß nämlich nur durch die möglichste Ausdehnung der Zahl der Feiernden ein Riegel dagegen vorgeschoben wird, daß die Maßregelungen die Masse der Feiernden treffen. Deshalb würden wir einen ganz falschen Weg einschlagen, wenn wir uns tatsächlich mit der uns hingeworfenen Frage des langen und breiten beschäftigen wollten, wie die Feiernden unterstützt werden sollen. Fischer hat selbst unwillkürlich gezeigt, wie auswegslos eigentlich dieser Weg ist, indem er sagte: Ihr seid alle unzufrieden mit der bisher getroffenen Regelung, daß die lokalen Organisationen die Gemaßregelten unterstützen wollen — wer soll sie denn sonst unterstützen? Die zentrale Parteikasse ist nicht dazu da, sondern für politische Zwecke. Wir sind nicht imstande, diese kolossalen Opfer zu tragen. Die Zentralverbände ihrerseits erklären gleichfalls, sie müßten ihre Kassen für andere Kämpfe freihalten, ja wer soll denn die Unterstützung zahlen? Auf diese Weise wird gezeigt, daß weder so noch so eine befriedigende Lösung der Unterstützungsfrage gefunden werden kann. Die einzige Lösung ist eben die, daß man unabhängig von dieser oder jener Regelung der Unterstützung den Gedanken der Maifeier mit allem Nachdruck propagiert und nicht in dem zaghaften bremsenden Geist, wie es im letzten Jahre vom Parteivorstand und der Generalkommission geschehen ist. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Gerade auf diese Weise wirkt man dahin, daß die Opfer der Maifeier wachsen, denn durch diese Zaghaftigkeit der leitenden Behörden der Arbeiterbewegung bekommen die Unternehmer und ihre Verbände erst Mut, unsere Kämpfe mit

Maßregelungen zu treffen. Wir haben um so mehr Ursache, mit aller Schärfe darauf zu bestehen, daß die Idee der Maifeier ohne durch allerlei Nebenumstände, durch die Unterstützungsfrage verwirrt zu werden, mit vollem Nachdruck propagiert wird, als wir aller Voraussicht nach schweren Kämpfen entgegengehen. Die Maifeier hat, das muß man nach den bisherigen Erfahrungen sagen, in Deutschland nicht nur noch nicht gezeigt, was sie eigentlich leisten kann, sondern sie hat erst eine große Zukunft vor sich. Und dieser Zukunft entgegenzugehen, haben wir allen Grund, jetzt mit aller Wucht darauf zu bestehen, daß der Gedanke der Maifeier in aller Reinheit und mit aller Schärfe propagiert wird. (Beifall.)

Adler-Kiel: Ein deutscher Philosoph hat gesagt: Alles was ist, ist vernünftig. Nun könnte unter Umständen der eine oder andere meinen, es wäre besser gewesen, seinerzeit die Maifeier nicht zu beschließen. Nachdem sie aber einmal besteht, werden wir sagen müssen: Sie ist da, also ist sie vernünftig. Wenn wir sie jetzt aufgeben wollten, würde uns das weit größere Opfer kosten, als die Opfer, die wir tragen, wenn wir auf ihr bestehen. Wir hofften, daß Genosse Fischer, der sich so oft mit der Maifeier beschäftigt hat, sich recht angestrengt haben würde, uns heute etwas Neues zu präsentieren. Was wir hören mußten, war aber nicht sehr erfreulich, sondern es war die Erklärung: Hier stehen wir, wir können nicht weiter! Ich behaupte aber, wir können weiter, und ich bedauere es sehr, wenn wir von einem so eifrigen Parteigenossen, einem Spezialisten in der Maifeier (Heiterkeit), eine solche Erklärung hören. Dieses Grablied betrübt mich noch mehr als die Vorgänge im Laufe des letzten Jahres. Wie unangenehm hat nicht die Konvention zwischen Generalkommission und Parteivorstand in diesem Jahre auf die Maifeier gedrückt. Sie fuhr in die geplanten Veranstaltungen wie ein elektrischer Schlag hinein, und manch ein Ort hat davon eine kleine Lähmung davongetragen. Dadurch entstand Verwirrung, und so haben z. B. in Kiel Organisationen bei der Maifeier versagt, die bis dahin bei den Opfern an der Spitze gestanden hatten. Es mögen ja auch hier und da die Einwirkungen der Krise dabei gewesen sein, aber auf alle Fälle haben diese Vereinbarungen lähmend gewirkt. War das nötig? In Stuttgart war es doch ganz gewiß die Absicht der Parteivertreter und wahrscheinlich auch die der Gewerkschaftler, eine glänzendere Maifeier zu sichern, als man die Unterstützung einführte. Die Vereinbarung, daß Partei und Gewerkschaften zu gleichen Teilen mit den Kosten belastet werden, genügt, wenn man die Kassenverhältnisse der Partei kennt, die doch gegenüber den Gewerkschaften der arme Mann ist, ganz allein, um die Maifeier unmöglich zu machen. Ich hätte eine Lösung verstanden in dem Sinne, daß die Gewerkschaften einstehen für die gewerkschaftlich organisierten Kämpfer und die Partei für diejenigen, die sich gewerkschaftlich nicht organisieren können, aber der Partei angehören. Ich zweifle auch, ob die Vereinbarung dem Auftrage entspricht, der in Stuttgart erteilt wurde. Wir wünschten in Stuttgart einen Modus der Verteilung der Kosten; die Vereinbarungen aber enthalten Bedingungen über Karenzzeiten, über Sammellisten usw., von denen in Stuttgart mit keinem Wort die Rede war.

Wenn man radikal vorgehen will — ich will aber recht sanft sein, um eine möglichste Uebereinstimmung zu erzielen —, könnte man behaupten, die Sache sei mit Absicht so gemacht, um der Maifeier ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Ich persönlich bin ja nicht dieser Meinung, aber die Väter dieser Vereinbarung sollten sich über die Wirkung dieser Abmachung endlich klar werden. Wir haben aus den Antworten des Parteivorstandes auf die Vorstellungen gegen die Vereinbarung den Eindruck gewonnen, daß es dem Parteivorstand sehr lieb sein müßte, wenn wir protestieren, da er bei den Verhand-

lungen mit der Generalkommission in der schwächeren Position, gewissermaßen der arme Mann gewesen ist. Daher hoffe ich, daß der Parteitag scharf und deutlich seine Meinung über die Konvention ausspricht. In Kiel hat Legien etwa erklärt, der Parteitag dürfe eigentlich jetzt gar nicht mehr gegen die Neuregelung rebellieren, denn er dürfe den Beschluß der Gewerkschaften nicht desavouieren. Partei und Gewerkschaften sind doch aber gleichberechtigte Kontrahenten. Legien meinte weiter, die Vereinbarungen seien nur eine Festlegung der bestehenden Zustände und ein Mittel zur Förderung der Maifeier. Das zu begreifen, waren wir in Schleswig-Holstein zu schwerfällig und haben deshalb in einer Resolution einen Kommentar zu den Vereinbarungen gewünscht. (**Päplow**: Wir können doch nicht für die Dummheit der Schleswig-Holsteiner!) — Ich mache den Zwischenrufer darauf aufmerksam, daß an seinem Ort die Genossen auch zum großen Teil diesen Vorschlag als Bremse empfunden haben, also . . . ! Der Absatz 4 der Resolution wird einfach die Wirkung haben, daß in 60 Prozent aller Parteiorte die Maifeier in Zukunft unmöglich ist. Wir müssen verlangen, daß die Vereinbarungen vollständig dem Sinn der Stuttgarter Abmachungen entsprechen und können deshalb der Resolution nicht zustimmen. Weil ich aber ein guter Mensch bin (Heiterkeit), will ich dem Genossen Fischer eine Freude machen und will nicht empfehlen, die ganze Resolution zu streichen, sondern nur den Stein des Aergernisses zu beseitigen. Ich empfehle daher, daß wir die Absätze 1, 2 und 5 stehen lassen und die Absätze 3 und 4 streichen. Dann haben wir eine Resolution, die besagt, daß die Maifeier bereits im Anfang des Jahres in Kommissionen, an denen Partei und Gewerkschaften beteiligt sind, vorbereitet wird, die weiter ausführt, wie die Kommission zu arbeiten hat und feststellt, daß die Maifeier am Tage und durch Arbeitsruhe zu feiern ist. Absatz 5 spricht dann von dem Fall, wo die Gewerkschaften mit der Maifeier noch einen weiteren Lohnkampf verbinden. Gleichzeitig müßten wir beschließen, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Verhandlungen mit der Generalkommission wieder aufzunehmen. Dann kann man sich auch mit dem Gedanken beschäftigen, den Stubbe vertreten hat, obgleich ich mir davon nicht viel verspreche. Diese Stellungnahme des Parteitages wird dazu führen, daß der Parteivorstand nicht mehr als der kleine Mann bei den Verhandlungen mit der großen Generalkommission dasteht. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen, damit wir eine immer machtvollere Maifeier bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Nitsch-Magdeburg: Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist, daß man draußen im Lande mit der Form und Art der Maifeier nicht mehr einverstanden ist. (Sehr richtig!) Ich stimme vollkommen mit Adler überein, daß der Parteivorstand vielleicht schon jetzt eine durchgreifende Aenderung treffen muß, wenn nicht Partei und Gewerkschaft Gefahr laufen wollen, daß die Maifeier beseitigt wird. Auf dem Wege dazu ist sie infolge der Wirrnisse, die durch die Vereinbarungen herbeigeführt sind. Dadurch ist die Sache arg verrannt, so daß niemand mehr aus noch ein weiß. Ich habe den Beweis dafür in Händen gehabt, daß bei der ersten Maifeier das Unternehmertum sich mit dem Gedanken abgefunden hatte; es sagte, nun gut, wenn die Arbeiter feiern wollen, dann fügen wir uns. Aber im Augenblick des ersten Bremsversuchs des Parteivorstandes drohte das Unternehmertum sofort, die Feiernden zu entlassen, es trat eine allgemeine Verwirrung ein. Nun sind jetzt noch die großen Zentralverbände hinzugekommen, besonders ist es der Metallarbeiterverband, der ein dickes Buch herausgegeben hat, um zu beweisen, weshalb es unter den bestehenden Verhältnissen keine Maifeier mehr geben kann. Das wird ja nicht direkt gesagt, aber wer zu lesen versteht, der merkt, was damit gemeint ist. Man hat Argumente gefunden, um in einer guten Konjunktur die Maifeier als etwas nicht Wünschenswertes zu bezeichnen, man hat auch Argumente gefunden, um die Maifeier für die Zeit der Krisis als etwas durchaus nicht Schönes hinzustellen. Charakteristisch ist es, daß gerade aus Landkreisen so viel Anträge eingegangen sind, die ein korrekteres Vorgehen wünschen. Tatsächlich haben wir kleine Orte, die in bezug auf die Maifeier den Industrieorten vorangehen. Wenn nicht fortwährend in so unsichtbarer Weise gebremst wäre, dann hätten wir auch schon Erfolge hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Wenn wir keine klaren Bestimmungen treffen wollen, dann ist es besser, Schluß mit der ganzen Geschichte zu machen. Aber das darf nicht sein, der Parteitag muß sich klar aussprechen, damit die Massen nie irregeleitet werden und an der Leitung der Partei und Gewerkschaften verzweifeln. (Bravo!)

Seger-Leipzig: Fischer fordert die Zustimmung zur Abmachung des Parteivorstandes und der Generalkommission, weil erstens die Parteikasse zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht die Mittel habe und dann, weil die oberschlesischen Arbeiter von der Arbeiterbewegung noch nichts verstehen und man von ihnen deshalb einen solchen Extrabeitrag nicht verlangen könne. Wenn das die Anschauung der leitenden Parteigenossen ist, dann verstehe ich nicht, wo sie den Mut zu ferneren Kämpfen hernehmen sollen; dann können wir überhaupt einpacken. (Sehr richtig!) Ein weiterer Grund Fischers ist, daß man 1889 bei dem Beschluß über die Maifeier die Konsequenzen nicht hat übersehen können; aber 1904 hat man das können und da hat der Internationale Kongreß in Amsterdam ausdrücklich den Pariser Beschluß von 1889 sanktioniert und noch verstärkt, indem er als die würdigste Feier die Arbeitsruhe in das Programm aufnahm. Weil die Zentralkasse der Partei nicht die Mittel hat, sagt Fischer, könne man es auch der Gewerkschaftskasse nicht zumuten. Dabei sind die Gewerkschaftsbeiträge sechs- bis siebenmal so hoch wie die Beiträge zur Parteikasse. Die Gewerkschaften geben ja auch viel Geld aus für Aussperrungen, die sie selbst nicht gewollt haben. Da ist es ein unberechtigtes Verlangen, daß die Parteikasse die Hälfte für die Maifeieropfer zu tragen hat. Einen Hauptumstand hat Fischer vergessen, der zu den neuesten vorliegenden Anträgen geführt hat: es ist doch nicht von ungefähr, daß sämtliche 19 Anträge die Maifeier eher noch verschärfen wollen. Freilich die Gegnerschaft gegen die Maifeier ist uns bekannt und wenn man derartige Demonstrationen lediglich vom Geldstandpunkt aus betrachtet, dann allerdings! Aber das ist bei der Arbeiterbewegung ja ganz unmöglich, da müßte sie auf die ganzen wirtschaftlichen Kämpfe verzichten, denn einer zieht den anderen nach sich und die Gewerkschaftskassen werden geleert werden, ob die Gewerkschaften es wollen oder nicht. Nun hat man auch auf dem Hamburger Kongreß gesagt, die Maifeier passe in die Taktik der Gewerkschaften nicht mehr hinein; man müsse den Kampf aufnehmen, wenn die Situation dafür gegeben sei. Dies Argument ist gegen die Maifeier absolut nicht anzuwenden. Im Gegenteil, gerade in Krisenzeiten haben die Aussperrungen an Zahl und an Umfang zugenommen, was die Gewerkschaften also auch nicht verhindern können; dann wäre ja auch das ganze Unterstützungswesen nicht möglich, das ja den Gewerkschaften unendlich mehr kostet und lediglich die Staats- und Armenkosten erleichtert. Also den Vorschlägen des Vorstandes kann unter keinen Umständen zugestimmt werden. Ich bitte dem Frankfurter Antrag zuzustimmen.

Engler-Freiburg: Wenn etwas die Ratlosigkeit zeigt, so waren es die Ausführungen der meisten Redner von heute. Man kritisiert die Abmachung des Parteivorstandes, ohne etwas anderes an die Stelle zu setzen. (Sehr gut!) Wenn die Maifeier von der Unterstützung abhängig gemacht wird, so ist sie abgewürgt, darüber müssen wir uns klar sein. (Sehr richtig!) Die Maifeier

kann das, was sie nach dem Beschluß des Pariser Kongresses sein soll, nur dann sein, wenn der einzelne die Verantwortung übernimmt. Diesen Zustand werden wir aber nicht mehr erreichen. Da die örtlichen Organisationen es sind, die über die Form und Art der Maifeier zu beschließen haben, muß man ihnen auch die Verantwortung zuschieben. Wir haben in Freiburg dieses Jahr von einer Maifeier abgesehen, nicht wegen der Unterstützungsfrage, denn wir hatten jedes Jahr gefeiert ohne Unterstützung, aber es bestand eine Lohnbewegung und dazu eine Krise. Die Hamburger können ja feiern wie alle Jahr; wenn sie die Unterstützungsfrage nicht regeln wollen, dann mögen sie es ruhig bleiben lassen. (Sehr gut!) Die Abmachung soll der Maifeier ein Ende bereiten, meint Genossin Luxemburg. Nun, freiwillig ist der Parteivorstand an die Generalkommission nicht herangetreten, sondern die Maifeier ist nicht das geworden, was die, die sie beschlossen haben, erwartet haben, und jetzt sucht man nach Mitteln. Nun sagt Genossin Luxemburg, das beste Mittel, den Aussperrungen zu entgehen, ist die immer weitere Ausdehnung der Maifeier. Ja, darüber bin ich mir auch klar: Wenn erst alle Arbeiter oder wenigstens dreiviertel sich an der Maifeier beteiligen, dann werden die Unternehmer die Aussperrung nicht mehr wagen. Wie die Anarchisten sagen, wenn alle Arbeiter beschließen, nicht länger als acht Stunden zu arbeiten, dann haben wir den Achtstundentag. Dann sagt sie: Durch die zaghaften Schritte der Generalkommission seien die Unternehmer ermutigt worden. Gut, ich glaube, wir haben aus der Gewerkschaftsbewegung doch auch Beispiele genug, daß durch allzu scharfes Vorgehen man sich äußerst schaden kann. Außerdem sind es doch nicht die Zentralvorstände, sondern die Delegierten, die zu Hause recht radikal reden, aber auf den Generalversammlungen der Gewerkschaften reden sie anders. Darin hat Seger recht; ziehen wir in der Partei das Bewußtsein groß, daß bei allen Kämpfen und bei allen Demonstrationen sogar zuerst die Unterstützungsfrage geregelt werden soll, dann können wir einpacken. Lassen Sie es bei der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission.

Bleuel-Frankfurt: Eine andere Regelung der Maifeier muß unbedingt und so bald wie möglich Platz greifen. Es wäre wünschenswert, wenn über diese Frage unter Ausschaltung der Unterstützungsfrage diskutiert werden könnte, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen mich, zu sagen, daß ohne die Unterstützungsfrage die Maifeier nicht zu regeln ist, weil der Arbeiter nicht Rücklagen machen kann und jeden Feiertag möglichst vermeiden muß. Ueber den Bremsartikel vor zwei Jahren haben die Parteigenossen die Köpfe geschüttelt. Dann kam der Parteitag in Essen, der den Parteivorstand beauftragte, mit der Generalkommission in Verbindung zu treten. Und was war das Produkt der Verhandlungen? Eine Vereinbarung, die wohl an Länge nichts zu wünschen übrig ließ, aber in keiner Weise den Erwartungen der Partei- und Gewerkschaftsgenossen entsprach. Die Parteigenossen von Frankfurt a. M. haben eine wesentlich kürzere Ausdrucksweise für diese Vereinbarung gefunden, die lautet: Ihr sollt die Maifeier begehen, aber tragt selbst die Verantwortung. Es ist mir ganz unverständlich, wie man die Regelung jedem einzelnen Orte zuschieben kann, wo es gerade auf eine große einheitliche Kundgebung ankommt. Ich bitte um Zustimmung zum Frankfurter Antrag. Man sagt, wir wissen nichts an die Stelle zu setzen. Nun ist es doch leicht festzustellen, wie die Sache in den einzelnen Gewerkschaften liegt und wie man das noch ausbauen kann. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Generalkommission in Verbindung mit dem Parteivorstand derartige Mittel noch finden wird. Sodann nehmen Sie den Antrag an über die Abgabe eines Tagesverdienstes der Beamten und der Parteimitglieder, welche durch die Maifeier keinen Lohnausfall erleiden. Man wird zwar einwenden und hat

dieses auch schon getan, das sei ein Eingriff in die persönlichen Rechte, in das Portemonnaie des einzelnen. Tun wir aber nicht dasselbe, wenn wir zu den Parteigenossen, zu den Arbeitern sagen, Ihr müßt die Maifeier durch Arbeitsruhe begehen und dadurch auf den Lohn von einem Tag verzichten.

Zubeil-Berlin: Wenn gesagt wurde, daß die Maifeier nicht das geworden ist, was sie werden sollte, so liegt das daran, daß schon im Jahre 1890, als die Arbeiter Deutschlands die Vorbereitungen für die erste Maifeier trafen, die Warnung des Parteivorstandes wie eine Bombe in die Vorbereitungen fiel, und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Wie soll eine Maifeier werden, was sie werden sollte, wenn man jetzt seit 18 Jahren fortwährend die Pferdekur an ihr ausübt? Ich stehe deshalb auf dem Standpunkte der Magdeburger: Man sollte, wenn man sie so weit herabwürdigt, wie es jetzt durch die Vereinbarungen geschehen soll, auch den Mut haben und die Maifeier für ein verkehrtes Unternehmen erklären. So wie jetzt, kann es unter keinen Umständen weitergehen. Adler meinte, wir können das der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber nicht verantworten. Nun, die bürgerliche Gesellschaft ist in der Maifeierfrage schon den Rückgang von uns gewohnt, und nicht mit Unrecht konnte auf dem Arbeitgebertag der Holzindustriellen ausgerufen werden: Die Maifeier ist für uns Arbeitgeber ein fast überwundener Standpunkt, die Aussperrungen haben so gewirkt, wie wir es kaum für möglich gehalten haben. Kann es da noch ein weiteres „Zurück" geben? Von dem Augenblick an, wo die Unterstützungsfrage in den Vordergrund gerückt wurde, mußte die Maifeier rückwärts gehen. Die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sind völlig unannehmbar, sie können nur getroffen sein, um die Maifeier zu erwürgen. Was heißt es denn, die Unterstützungen, ja die ganze Frage der Maifeier den einzelnen Orten zu überweisen. Das heißt in den meisten Orten einfach, die Parteigenossen gebunden in die Hände der Gewerkschaften zu geben. (Sehr richtig!) In den meisten Orten ist die gewerkschaftliche Organisation doch doppelt so stark wie die politische, und die Macht der Gewerkschaften wird dazu benutzt werden, daß überhaupt an eine Maifeier nicht mehr gedacht werden kann. Und wie ist es denkbar, daß man die Unterstützungsfrage den einzelnen Orten überläßt? Nicht nur die kleinsten, sondern auch die Mittelstädte werden dazu gar nicht imstande sein. Durch den Stuttgarter Kongreß schien eine Hoffnung erweckt zu sein, es schien als ob ein frischer fröhlicher Zug Eingang findet, und heute haben wir nun das Resultat dieses frischen fröhlichen Zuges, heute haben wir die Hoffnung, die auf Stuttgart gesetzt wurde, begraben für jetzt und immerdar. Deshalb wäre es weit besser, den Schritt zu wagen und die Maifeierfrage einfach von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Eine Blamage für die Partei ist heute schon die Art, wie die Arbeitsruhe durchgeführt werden soll. Auch ich bin der Meinung, daß wir keinen der vorliegenden Anträge annehmen können; aus einer Zurückverweisung an Parteivorstand und Generalkommission kommt absolut nichts Vernünftigeres heraus, als was uns jetzt vorliegt. Der einzige Antrag, der vielleicht die Maifeier galvanisieren könnte, wäre der Antrag Hamburg, aber auch mit dem darin verlangten Fonds wird es nicht mehr möglich sein, die Maifeier zu dem zu machen, was sie werden sollte. (Beifall.)

Robert **Schmidt**-Berlin: Genossin Luxemburg hat gesagt, daß die Vereinbarungen in der Maifeier ein Produkt des dualistischen Verhältnisses seien, das in Mannheim zwischen Partei und Gewerkschaft begründet ist, und zwar ein trauriges Ergebnis dieses Verhältnisses. Ich höre diesen Ausspruch sehr gern, ich weiß ja, daß die Genossin Luxemburg sich sehr bemühte, die Vereinbarungen in Mannheim zu stören, sie hat mehr für einen Skandal inkliniert als für eine Verständigung (Unruhe); sie bedauert es, daß ein gedeihliches

Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften besteht. Eine Organisation wie die Generalkommission kann sich mit dem Parteivorstand nur verständigen auf Grundlage einer Koordination, nicht aber einer Subordination. Das haben wir in Mannheim ausgesprochen und daran halten wir auch heute fest. Sachlich wäre ich geneigt, wenn ich die Maifeier beseitigen wollte, der Genossin Luxemburg zuzustimmen; wir brauchten uns dann mit dem Parteivorstand nicht zu unterhalten, wir brauchten keine langen Auseinandersetzungen zu pflegen und auch hier auf dem Parteitag die Diskussion über die Maifeier nicht lange hinauszuziehen, wenn wir darin einig wären, daß es keiner Unterstützung für die Maiausgesperrten bedarf. Aber jeder vernünftige Gewerkschaftsführer weiß, daß die Ausgesperrten ohne Unterstützung nicht auskommen, daß wir keine Maifeier begehen können, ohne uns der Opfer anzunehmen, und deshalb sind wir der Meinung, daß die Unterstützungsfrage eine der wichtigsten ist, die von der Frage der Arbeitsruhe nicht losgelöst werden kann. Genossin Luxemburg meint, wenn alle feiern, dann kann doch niemand mehr ausgesperrt werden. Ja, wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot. (Heiterkeit.) Allerdings, wenn alle feiern, kann keiner ausgesperrt werden, aber weil wir es in der Arbeiterbewegung noch mit einer großen Zahl Indifferenter zu tun haben, weil wir mit einer sehr beachtenswerten christlichen Bewegung zu rechnen haben, die uns extrem gegenübersteht, und die leider erheblich an Umfang zunimmt und die einheitliche Aktion der Gewerkschaften stört, deshalb kommen wir nicht dazu, daß alle Arbeiter an der Maifeier teilnehmen, und damit die Aussperrung unmöglich machen. Ich wäre der Genossin Luxemburg sehr dankbar, wenn sie den Berliner Holzarbeitern im nächsten Jahre einmal auseinandersetzen würde, daß sie ohne Unterstützung feiern müssen. Es würde mich freuen, wenn es ihr gelänge, einen solchen Beschluß herbeizuführen. Vom ersten Tage ab, solange wir in Berlin die Maifeier begehen, erhalten die ausgesperrten Holzarbeiter eine Unterstützung, und sie verzichten auf keine Mark, sie haben ja auch ein Recht, zu verlangen, daß sie unterstützt werden. Wenn man aber sagt, die Maifeier ist nicht nur eine gewerkschaftliche Frage, sondern auch eine politische Frage, eine Kundgebung, an der Partei und Gewerkschaften gleichmäßig interessiert sind, und wenn Sie der Ueberzeugung sind, diese Kundgebung entspricht nicht mehr dem, was Sie wünschen, dann haben wir den einzig richtigen Weg zu gehen und zu sagen: Bitte, nicht Euer Rat kann uns nutzen, sondern Ihr müßt auch mittätig sein und nach allen Richtungen hin die Verantwortung übernehmen. Mit bloßen billigen Redensarten darf man sich dieser Verpflichtung nicht entziehen. Es ist früher oft gesagt, die Gewerkschaften hüten ihre Kassen, und jetzt klopfen wir an den Beutel der Partei und finden eine ganz überraschende Zurückhaltung. Ich habe das Gefühl, daß auch in der Partei im allgemeinen die Auffassung vorhanden ist, wir können uns der Verpflichtung der materiellen Mithilfe nicht entziehen. Dafür sprechen die zahlreichen Anträge.

Die Lösung der Frage ist ja sehr schwer; wir sind in der Generalkommission von vornherein der Ueberzeugung gewesen, daß wir nicht der Partei und den Gewerkschaften je die Hälfte der Lasten auferlegen können, denn die finanzielle Leistungsfähigkeit ist eine viel zu ungleiche. Was wir wollen, ist, daß wir es vermeiden, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen in uferlose Kämpfe zu kommen. Die Annahme der Genossin Luxemburg, daß die Holzarbeiter in diesem Jahre nicht in Mitleidenschaft gezogen sind, ist unrichtig. Die Berliner Holzarbeiter hatten in diesem Jahre eine Aussperrung zu verzeichnen, wie seit langen Jahren nicht. (Sehr richtig!) Allein die Berliner Zahlstelle hat annähernd 70 000 Mk. für Ausgesperrte gezahlt. (Hört! hört!) Wir hatten über 1000 Ausgesperrte, darunter Leute, die bis zu 20 Wochen

arbeitslos gewesen sind. (Hört! hört!) Wollen Sie von diesen Leuten verlangen, daß sie im nächsten Jahre wieder 20 Wochen ausgesperrt sind? (Sehr gut!) Solche Leute müssen doch unterstützt werden, es wäre eine Brutalität und Rücksichtslosigkeit, wenn wir das nicht wollten. (Zustimmung.) Mit unseren Kassen müssen wir dahinter stehen, aber auch mit unserer Verantwortung. So schön die Beispiele sind, die uns Rußland geboten hat, so viel Begeisterung wir für das russische Proletariat haben, für die großen Opfer, die es gebracht hat, so sind doch die historischen Betrachtungen der Gewerkschaftsbewegung in Rußland durch die Genossin Luxemburg uns zu wenig sicher, weil sich ergeben hat, daß ihre Auffassung über die russische Gewerkschaftsbewegung völlig unrichtig war. Ich erinnere nur daran, daß sie einmal den Buchdruckern zurief: Wir in Rußland haben den Achtstundentag erreicht, was habt ihr? (Hört! hört!) Die ganze russische Bewegung ist vollständig zertrümmert, zu meinem großen Bedauern. (Sehr richtig!) Aber wie können Sie diese plötzliche elementare Bewegung vergleichen mit der stetigen und fortschreitenden und ruhigen Arbeit der deutschen Gewerkschaften? Haben wir in Deutschland andere Verhältnisse, so haben wir auch andere Erfolge. Es ist durchaus nicht unsere Absicht, die Maifeier zu erdrosseln, wir haben uns loyal den Beschlüssen der Parteitage gefügt und gesagt, eine Aenderung in der Maifeier kann nicht herbeigeführt werden, wenn eine so erhebliche Zahl von Parteigenossen nichts davon wissen will. Zu einer solchen Aktion ist Einheitlichkeit notwendig. Da ist es auch notwendig, daß die Minorität sich der Majorität fügt. Aber wie gesagt, mit bloßem Reden ist das nicht getan. So angenehm es mir auch wäre, wenn die Genossin Luxemburg den Arbeitern begeistert vor Augen führen würde, daß sie feiern müssen, ohne Unterstützung zu bekommen, so genügen die Reden allein doch nicht. Wir verlangen, daß man auch in Taten seine Pflichten erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Pieck-Bremen: Als ich gestern das Treiben von Genossen kennzeichnete, die systematisch die Arbeiter vom richtigen Wege abbringen wollen, wurde mir das Wort „Unverschämtheit" zugerufen. Ich habe eben die Unverschämtheit eines Genossen gehört, der an erster Stelle der proletarischen Bewegung steht (Unruhe) und der einer anderen Genossin den Vorwurf gemacht hat, daß es ihr nur darauf ankomme, Skandal zu provozieren. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die schon den Beweis geliefert hat, daß sie jederzeit bereit ist, ihr Leben für den proletarischen Kampf in die Schanzen zu schlagen, nicht machen. (Unruhe.) Ich fühle nicht die Verpflichtung in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen, dazu ist sie selbst in der Lage, ich wollte damit nur den Ton kennzeichnen von Leuten, die (große Unruhe, Glocke des Präsidenten) ... ich nehme den Ausdruck „Leute" zurück, aber ich kann versichern, daß ich vor den Genossen, die ich damit kennzeichnen will, nicht die geringste Achtung als Parteigenosse habe. (Große, andauernde Unruhe, Ruf: Ist das der Erfolg der Parteischule? Pfuirufe.) ...

Vorsitzender **Dorn**: Ich bin gezwungen, den Redner zur Ordnung zu rufen. (Die Unruhe hält an.) Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, die Angelegenheit ist also wohl erledigt.

Pieck (fortfahrend): Ich füge hinzu, daß ich meine Art zu reden, nicht auf der Parteischule gelernt habe. (Lachen.) Ich habe schon vor dem Besuch der Parteischule in dieser Weise polemisiert. (Lachen.)

Nun zur Sache selbst. Die Frage der Maifeier scheint auf einen toten Punkt gelangt zu sein. Es ist begreiflich, wenn einzelne Genossen unter diesen Umständen sagen, es ist besser, wir beseitigen die Maifeier überhaupt. In der Vereinbarung ist es sicherlich ein Fehler, daß die Unterstützung von den örtlichen Fonds geleistet werden soll. Das hat einmal zur Folge, daß an den

Orten, wo die Organisation schwach ist, die Maifeier überhaupt nicht begangen wird, weil die Mittel zur Unterstützung nicht zur Verfügung stehen. Andererseits reizt gerade die Unterstützung aus den örtlichen Fonds die Unternehmer in den großen Industriezentren, zu Aussperrungen zu greifen, um die örtlichen Kassen der Arbeiter zu sprengen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Unterstützung der Ausgesperrten nicht Sache der Partei, sondern Sache der Gewerkschaften sein muß, die auf das Unterstützungswesen eingerichtet sind. Ich verstehe nicht, wie man Partei und Gewerkschaften scheiden will, beide sind doch Organe der gesamten Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften das Organ für den wirtschaftlichen, die Partei das Organ für den politischen Kampf. Führen unsere politischen Kämpfe nicht immer mehr dazu, daß die Unternehmer zu Aussperrungen greifen? Hätten die preußischen Arbeiter den Wahlrechtskampf durch einen Massenstreik unterstützt, und die Unternehmer hätten daraufhin Aussperrungen, wenn auch von kurzer Dauer, verhängt, hätten dann die Gewerkschaften sagen dürfen, jetzt muß die Partei auch für die erforderlichen Mittel sorgen?

Wiederholt wird der Einwand von den Gewerkschaften laut, die Maifeier bringe ihnen keinen Vorteil, sondern eher Schaden. Aber gerade die Aussperrungen der Unternehmer zeigen, welche Vorteile die Maifeier der Arbeiterbewegung bringt. Würden denn die Unternehmer zu Aussperrungen greifen, wenn sie nicht gerade das gewaltige Agitationsmittel der Maifeier so fürchteten? Nicht einverstanden bin ich mit der Art und Weise, wie Kommissionen und Deputationen zu den Unternehmern gesandt werden, um sie zu bitten, die Maifeier gütigst zu gestatten. Den Arbeitern muß klar werden, daß sie nicht erst mit Genehmigung, sondern auch gegen den Willen der Unternehmer den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern haben. Wenn die Maifeier nicht den Umfang angenommen hat, den wir wünschen, so ist es zurückzuführen auf die Hemmungsversuche und Widerstände in den Gewerkschaften. Nehmen Sie den Antrag 104 an, der eine nochmalige Prüfung verlangt; schließlich haben die Massen bisher noch immer einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten gefunden. Die Hauptsache ist, nicht ängstlich vor dem Unternehmertum zurückzuweichen, auch wenn die Unterstützung nicht vom ersten Tag ab an Gemaßregelte gezahlt wird. Die Arbeiter sind gern bereit, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Wenn wir die Unterstützung erst vom dritten oder sechsten Tage an eintreten lassen, dann ist auch der Reiz für das Unternehmertum beseitigt, die Kassen der Arbeiter vom ersten Tag der Aussperrung an zu schwächen.

Simon-Nürnberg: Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission mußten bei jedem Parteigenossen ein schmerzhaftes Gefühl auslösen, denn sie bedeuteten die Einsargung der Maifeier. Man sagt, daß die Gefahr großer Kämpfe infolge der Maifeier die Gewerkschaften schwäche. Durch die endlosen Artikel aber, in denen dargelegt wurde, daß die Mittel der Gewerkschaften nicht ausreichen, um die Ausgesperrten zu unterstützen, sind die Unternehmer geradezu darauf hingewiesen worden, daß sie nur auszusperren brauchen, um die Maifeier zu beseitigen. Ziffernmäßig läßt sich der Erfolg der Maifeier natürlich nicht berechnen, aber ich wage zu behaupten, daß ohne die Arbeitsruhe am 1. Mai die Gewerkschaftsbewegung nicht den Umfang angenommen hätte, den sie angenommen hat. Das wird jeder zugeben, der weiß, wie aufreizend es auf die Arbeiter wirkt, wenn ein Teil der Betriebe den ersten Mai feiern kann und ein anderer Teil durch die Unternehmer daran verhindert wird.

Ich bin überzeugt, daß, wenn durch diese Abmachungen die Arbeitsruhe am 1. Mai mehr und mehr verhindert wird, dann auch die Beteiligung an den Abendversammlungen nicht mehr so groß sein wird wie heute. Wenn wir

nur immer nach den augenblicklichen Erfolgen sehen wollten, so müßten wir auch manche andere Aktionen der Partei ebenso einzusargen, z. B. die Beteiligung an den Wahlen. — Schon an der Tatsache, daß Fonds für die Maifeier gebildet werden sollen, wird die Feier scheitern. In Offenbach wird seit achtzehn Jahren der 1. Mai gefeiert, ohne daß es einem Fabrikanten einfällt, dagegen irgend etwas zu unternehmen. In diesem Jahre drohten die Fabrikanten zum ersten Male mit einer Aussperrung: die große Masse der Arbeiter feierte aber doch und infolgedessen kam es nicht zur Aussperrung. An solchen Orten, wo man bisher immer ungestört die Maifeier begangen hat, wird man sich an dem Verlangen, einen Fonds zu bilden, sehr stoßen. Es ist sehr verkehrt bei unseren Aktionen, daß man sich immer fragt, ob wir auch stark genug sind, sie durchzuführen. Die Welt ist bei uns eigentlich umgedreht: Weil wir stark sind, deswegen fühlen wir uns schwach. Solange wir schwach waren, fühlten wir uns immer stark. (Sehr gut!) Der Verbandstag der Schuhmacher hat sich in schärfster Weise gegen die Abmachungen und für die Beibehaltung der Maifeier in der alten Form erklärt. (Richard Fischer: Könnt Ihr ja!) Die infolge der Feier Ausgesperrten sollen den anderen Streikenden in bezug auf die Unterstützung gleichgestellt sein. Wir werden dann so handeln, wie bei jeder Lohnbewegung. Wir dürfen den Arbeitern schon zutrauen, daß sie in der Zeit der Krise keine großen Forderungen stellen. Ich ersuche Sie deshalb, den Resolutionen zuzustimmen, die die Maifeier in der alten Form bestehen lassen wollen. (Beifall.)

Antrag 182, genügend unterstützt, ist eingegangen

Lipinski-Leipzig: Fischer spricht zu meiner großen Ueberraschung aus, der Parteitag habe über das Abkommen gar nicht zu beschließen, weil es mit der Generalkommission eine Vereinbarung darstellt. Das ist Kabinettspolitik. Das bedeutet, daß der Parteitag dazu nichts sagen darf, sondern der Parteivorstand selbständig entscheiden soll. Wo steht das im Organisationsstatut? Der Parteitag ist die letzte Instanz, die auch über diese Vereinbarung endgültig zu befinden hat. Die Auffassung Fischers wird noch dadurch gestützt, daß uns ein Antrag zur Beschlußfassung nicht vorgelegt worden, sondern auf das Protokoll hingewiesen worden ist. Die Ausführungen Fischers stehen auch in direktem Gegensatz zu den in Stuttgart getroffenen Vereinbarungen. Auf der Stuttgarter Delegation ist beschlossen: die Art, wie die Partei und Gewerkschaften die Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. Ich frage Sie nun: Ist der Parteivorstand die letzte entscheidende Instanz für die Partei oder der Parteitag? Der Essener Parteitag hat dem Parteivorstand gar nicht die Vollmacht gegeben, die Verhandlungen abzuschließen, sondern sie nur weiterzuführen. (Fischer: Es handelt sich doch um zwei Kontrahenten.) Was ist der Angelpunkt der ganzen Maifeier? Der, daß die Gewerkschaften die Opfer der Aussperrungen von sich abwälzen wollen und sie auf andere zu übertragen versuchten. Wie kam dieser Delegationsbeschluß in Stuttgart eigentlich zustande? Ich will zugunsten des Parteivorstandes annehmen, daß er von den Dingen überrascht worden ist. Es war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften durch je 150 Delegierte in Stuttgart vertreten sein sollten. Die Delegierten der Gewerkschaften sind einen Tag zuvor nach Stuttgart gekommen, haben eine Vorbesprechung über die Maifeier gehabt und unter sich einen Beschluß gefaßt. Die Delegierten der Partei sind in keiner Weise davon unterrichtet worden, daß in Stuttgart über die Maifeier gesondert gesprochen werden sollte. Die Folge war, daß wir auf dieser internationalen Delegation 110 bis 120 Parteidelegierte waren, während die Gewerkschaften voll vertreten waren und so die Mehrheit hatten. Wir befinden uns mit diesem Beschluß tatsächlich

im Schlepptau der Gewerkschaften, und die heutigen Ausführungen Fischers, daß wir gar nicht in der Lage wären, an dem Abkommen irgend etwas zu ändern, bestätigen mir die Tatsache, daß die Partei auf einen falschen Weg gedrängt werden soll. Ich bin der letzte, der nicht ein inniges Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften wünschte; aber so kann es nicht gehen, daß die Gewerkschaften uns vor die vollendete Tatsache stellen. Man hat erklärt: jetzt hat der Gewerkschaftskongreß beschlossen, jetzt habt Ihr überhaupt nichts mehr zu reden. Und jetzt hat man die ganze Frage auf den Pfennigstandpunkt gestellt und sagt: die leistungsfähigen Zentralkassen können die Unterstützung nicht tragen, aber die schwachen Lokalkassen sollen sie tragen. Dabei haben die Parteigenossen in den einzelnen Orten auf die Beschlüsse über die Arbeitsruhe am 1. Mai gar keinen Einfluß, weil die Beschlüsse in den einzelnen Betrieben gefaßt werden, wo die politische Organisation gar nicht hineinreden kann. Sehen Sie sich als Beispiel das Statut des Metallarbeiterverbandes an. Die Partei hat also nicht den geringsten Einfluß auf die Feier, soll aber die Kosten tragen. Das Organisationsverhältnis von Partei und Gewerkschaft ist ebenso wie die materielle Leistungsfähigkeit sehr ungleich. In Leipzig haben die Gewerkschaften 58 000 Organisierte, die Partei nur 26 000; schon das beweist, daß in der Praxis dieser Beschluß gar nicht ausgeführt werden kann. Ich sehe in dem Vorschlag den Hintergedanken, daß die Arbeitsruhe ausgeschaltet werden soll, darum kann ich dem Vorschlage nicht zustimmen.

Honrath-Aachen: Ich begrüße die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand als ersten Schritt, um in der Regelung der Unterstützungsfrage und der Durchführung der Maifeier zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Die Bedingungen, unter denen die Arbeitsruhe in den einzelnen Gewerkschaften und Betrieben beschlossen wird, sind heute so, daß es wesentlich der Geschicklichkeit einzelner Personen überlassen bleibt, in diesem oder jenem Betriebe die Arbeitsruhe zur Annahme zu bringen, während es in anderen nicht der Fall ist. Das führt zur Desorganisation. Heute stehen der Durchführung der Arbeitsruhe wesentlich andere Hemmnisse gegenüber als 1889. Heute haben wir die starken Organisationen der Arbeitgeber, heute haben wir die Tausende von Tarifverträgen. Es treten jedes Jahr Erscheinungen bei der Maifeier zutage, die wir einfach nicht ertragen können. Damals waren es wesentlich jugendliche Kreise, die die Gewerkschaftsorganisationen bildeten und auch das Gros der Parteigenossen; heute sind in den meisten industriellen Gegenden die älteren Jahrgänge der Arbeiterschaft sehr stark an der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft beteiligt. Wir können auf die Dauer unseren alten Partei- und Gewerkschaftsgenossen nicht zumuten, daß sie sich jedes Jahr für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai aussperren lassen, den Leuten, die in tausenden von Fällen alt und grau geworden sind, häufig auf einer einzigen Arbeitsstelle, deren Arbeitskraft zerschlissen ist, sich einer Maßregelung auszusetzen. Das ist zuviel von diesen Parteigenossen verlangt, das geht auf die Dauer nicht. Wir haben die Pflicht, auch dieser Wahrheit ins Auge zu schauen. Und wie geht es denn zu bei einer mißglückten Demonstration? Wir haben Erfahrungen auf diesem Gebiete. Da sind wir, wenn unser Organisationsstatut in Anwendung gebracht werden soll, unter Umständen gezwungen, Parteigenossen, die 20, 25 Jahre treu und redlich der Partei gedient haben, aus der Partei herauszuwerfen. Da ist die Arbeitsruhe nicht mehr von so großer Bedeutung, daß wir uns dem aussetzen müßten. Unsere alten Jahrgänge in der Partei sind uns zu schade, als daß wir sie dieser Gefahr fortwährend aussetzen. Die Arbeitsruhe ist aber auch nicht entfernt im Verhältnis zu den Organisationen gewachsen. Seit dem ersten Pariser Beschluß ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um das Vierfache, die

Zahl der gewerkschaftlich Organisierten um mehr als das Achtfache gestiegen. Wenn die russischen Parteigenossen, Genossin Luxemburg, die Arbeitsruhe ein, zwei, drei Jahre lang durchgeführt haben, so sind dort wesentlich andere Bedingungen. Wenn unsere deutschen Arbeiter in den vierziger Jahren mit den Unternehmern demonstriert haben, so waren es damals vielleicht ähnliche Verhältnisse wie heute in Rußland. In Rußland hatten doch bis zur Revolution auch die Unternehmer in der Verfassung nichts mitzusagen. So war das bei uns bis 1848. Erst nachher haben sich hier die Geister geschieden. Es kommt das aber auch für die deutsche Arbeiterbewegung nicht so in Frage. Was in spontanem Angriff gelingt, ist nicht immer von bleibendem Wert, das haben wir in Deutschland genügend erfahren, im Saargebiet, im Rheinland. Hier bedarf es der zähen organisatorischen Arbeit, wie wir sie in den beruflichen Organisationen zu verzeichnen haben. Mit der vorliegenden Vereinbarung kommen wir dahin, daß die Beschlüsse, ob Arbeitsruhe oder nicht, in den einzelnen Betrieben mit größerer Verantwortlichkeit entschieden wird.

Klupsch-Dortmund: Der Genosse Adler-Kiel hat auf die Protestresolutionen hingewiesen, die von Gewerkschaftskartellen gegen die Abmachungen angenommen wurden. Protestresolutionen sind aus den Gewerkschaftskartellen an die Zentralvorstände allerdings ergangen, aber ich bin überzeugt, weniger um die Maifeier zu halten, als weil auf Grund der Abmachungen die Unterstützung nicht aufgebracht werden kann. Gewiß wollen wir dafür eintreten, daß die Arbeitsruhe immer größer wird. Aber Schmidt hat schon darauf hingewiesen, daß, wenn das Wenn nicht wäre, manches anderes wäre. Genossin Luxemburg fordert mehr Idealismus; nun ich habe mit gut organisierten Leuten zusammen gearbeitet, denen die Arbeitsruhe schwer geworden ist, nicht weil es ihnen an Idealismus fehlte, sondern weil ihnen die Familie am nächsten stand. (Sehr wahr!) Falls Sie den Antrag Adler-Kiel annehmen, so überweisen Sie auch den Dortmunder Antrag dem Parteivorstand und der Generalkommission. Notwendig ist es auch, die Parteiangestellten zu verpflichten, am 1. Mai ihren Tageslohn abzuliefern, was ich eigentlich für selbstverständlich halte, aber leider bis heute nicht überall geschehen ist. Hoffentlich machen sich auch Gewerkschaften diesen Beschluß zu ihrem eigenen. Wenn wir so den breiten Massen mit etwas mehr Idealismus vorangehen, werden wir am besten fördernd für die Maifeier wirken.

Die Diskussion wird geschlossen.

Richard Fischer (Schlußwort): Aus den Ausführungen der einzelnen Redner ging vor allem der Gedanke hervor, daß durch die Vereinbarung mit der Generalkommission die Maifeier Schaden gelitten habe. Ich frage Sie, ob Sie nicht der Meinung sind, daß der Gedanke der Maifeier niemals mehr geschädigt worden ist, als durch die heutige Diskussion, durch die Uebertreibungen, die hier vom Stapel gelassen worden sind. (Zustimmung.) Was müssen Fernstehende von einer Partei halten, die ihre eigene Leitung der Dinge beschuldigt, wie wir sie heute im Laufe des Nachmittags hier gehört haben: die bremsende Art des Parteivorstandes und der Generalkommission könne nicht im Interesse der Maifeier und zur Förderung der Arbeiterbewegung sein; die Unterstützungsfrage sei die Schlinge, in der die Maifeier erwürgt werden soll. Es scheine, als ob man diese Vereinbarungen getroffen habe, um der Maifeier ein Ende zu bereiten! So kann man nur reden, wenn man so ganz ohne jedes Verantwortungsgefühl ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe Zubeil beneidet, daß er heute so mit dem ganzen Feuereifer der Jugend gesprochen hat. Ich hätte nur gewünscht, daß er sein Alter zu Rate gezogen und sich gefragt hätte: was wird man wohl draußen dazu sagen, wenn ich so daher rede, ich, einer der ältesten Parteigenossen in Deutschland! (Lebhafte Zustimmung.) Da wird

so gesprochen, als ob es ein feststehendes Dogma in der Partei sei, Arbeitsruhe und Maifeier sei ein gleichbedeutender Begriff! Und seit zwanzig Jahren ist die Partei nahezu einstimmig der Meinung, daß die würdigste Form der Maifeier die Arbeitsruhe sei, daß sie aber nur durchgeführt werden könne, wo es ohne Schädigung der Arbeiterklasse möglich sei. Und nun wird hier so operiert, als ob die ganze Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein Verrat wäre dem Grundsatz der Arbeitsruhe gegenüber! Wenn man den Gedanken der Maifeier, die Propagandafähigkeit dieses Gedankens hätte schädigen wollen, so hätte man es beinahe nicht anders tun können, als durch diese absolut verantwortungslosen Redensarten, wie wir sie heute gehört haben. Durch die Unterstützungen soll die Maifeier erwürgt werden! Das kann nur jemand sagen, der vom Wesen der Gewerkschaften keine Ahnung hat. (Lebhafte Zustimmung.) Jahrzehntelang sind die Kämpfe darüber gegangen, ob der Kampfescharakter der Gewerkschaften unter dem „Unterstützungsballast" leide. Wir haben die Erfahrung für uns; in dem Augenblick sind die Gewerkschaften aktionsfähig, kampfesfähig geworden, wo sie das Unterstützungswesen ausgebildet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Als es den Gewerkschaften gelungen war, es zu hohen Beiträgen und infolgedessen zu hohen Leistungen zu bringen, von der Stunde an datiert der Aufschwung der Gewerkschaften, und von da an sind sie der englischen Gewerkschaftsbewegung ebenbürtig geworden. (Sehr richtig!) Ich verstehe wirklich nicht, daß man diese Dinge, die man sich eigentlich an den Schuhsohlen hätte ablaufen sollen (Sehr wahr!) heute wieder so eingehend erörtern würde: ja, wenn — wenn — ich will das bekannte Sprichwort nicht zitieren. Aber wenn man sagt: wenn die Maifeier so gefeiert wird, daß keine Maßregelungen stattfinden können, dann denken auch die Unternehmer nicht mehr an Maßregelungen, so ist das ebenso geistreich, als wenn man sagen würde: es gibt keine Armen mehr, wenn jeder ein Millionär ist, oder wie der alte Bräsig umgekehrt sagte: Die verfluchte Armut kommt von der Powerteh. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Das sind Selbstverständlichkeiten, die nur dadurch einen Glanz bekommen, daß sie hier mit schöner, geistreicher Rethorik vorgetragen werden; wenn man sie aber prüft, so bleibt nur eine Wolke übrig und weiter nichts. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Man sagt, die Demokratie ist in Gefahr: Fischer habe gesagt, das sind Abmachungen, an denen nichts zu ändern ist. Ich habe zum Schluß meiner Ausführungen gesagt: Ich bitte Sie, diesen Abmachungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand Ihre Zustimmung zu geben und habe hinzugefügt, daß alle Anträge auf Ueberweisung an den Parteivorstand zur nochmaligen Beratung keinen Sinn haben, wenn man nicht zugleich bestimmte Vorschläge machen kann, deren Durchführung möglich ist. In einem halben Dutzend Sitzungen und stundenlangen Beratungen haben Generalkommission und Parteivorstand über die mögliche Form der Unterstützung sich unterhalten und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine andere Vereinbarung nicht möglich ist. Es handelt sich, wie gesagt, um eine Vereinbarung; der Parteivorstand hat nichts zu beschließen, sondern mit der Generalkommission zu beraten: wieweit könnt ihr gehen in der Frage der Unterstützung, wieweit können wir gehen? Und wenn die Generalkommission erklärt: wir können nicht weiter gehen, so war der Parteivorstand nicht in der Lage, der Generalkommission zu sagen: du mußt das aber tun, weil die und die Redner es wollen! Sie müssen zugeben, wenn Sie gerecht sein wollen, daß der Parteivorstand den in Essen erhaltenen Auftrag mit gutem Gewissen und der Treue und Ehrlichkeit, die er den Parteigenossen schuldet, zu erfüllen versucht hat. Es müßte denn sein, daß Sie dem Parteivorstand einen Auftrag überwiesen haben,

an dessen Erfolg Sie vielleicht selber gezweifelt haben. (Hört, hört!) In der Tat haben Sie dem Parteivorstand einen Auftrag erteilt, der nach Lage der Dinge beinahe unlöslich war, wenn man die Lösung in dem Sinne erzielen will, wie es hier von einzelnen Rednern angegeben worden ist. Genosse Pieck hat es sich freilich leicht gemacht, wenn er sagte: Die Gewerkschaften müssen sich daran gewöhnen, daß fortwährend Aussperrungen aus politischem Anlaß erfolgen. Gewiß, aber ist damit auch zugleich die Möglichkeit gegeben, zu sagen: deshalb haben die Gewerkschaften alles zu tun, was wir von ihnen verlangen? Die Gewerkschaften sind selbständige Organisationen, die, wie jeder sagen muß, im Geiste der Sozialdemokratie treu und kameradschaftlich, und wo es große Kämpfe gilt, Hand in Hand mit uns arbeiten; aber es sind eigene Organisationen, die ihren Mitgliedern für ihre Kassenverwaltung, für ihre Aktionen verantwortlich sind. Wenn Sie sich das vergegenwärtigen, können Sie nichts Unmögliches vom Parteivorstand verlangen. Man kann vielleicht daran zweifeln, ob der Parteivorstand diplomatisch, klug und geschickt genug war, aber an seinem guten Willen, alles zu erreichen, was möglich war für die Partei und für die Maifeier, ist unmöglich. Es ist auch nicht wahr, was Lipinski Ihnen über den Hergang der Abmachungen in Stuttgart erzählt hat, daß es sich um eine Ueberrumpelung gehandelt hat oder eine Situation, in der die Parteigenossen durch Unachtsamkeit des Parteivorstandes vielleicht nicht genügend unterrichtet waren. Wie lagen die Dinge in Stuttgart? Wir wissen, daß zwischen einzelnen Gewerkschaftsangehörigen, Führern und Mitgliedern, und einzelnen Parteigenossen über die Form der Maifeier seit Jahren gewisse Gegensätze bestehen. Man hat in Gewerkschaftskreisen öfter davon gesprochen, die Entscheidung über die Form der Maifeier einem neuen internationalen Kongreß zu überlassen, hat aber gleichzeitig auch darüber geklagt, daß da auch häufig kleinere Nationen mit die radikalsten Beschlüsse fassen, aber in ihrem Lande nichts für deren Durchführung tun. Daher standen die Gewerkschaften von ihrem Beschlusse, die Frage der Maifeier dem Stuttgarter Kongreß zu erneuter Beschlußfassung zu unterbreiten, ab und suchten die Frage in dem Sinne zu lösen, daß sie sich über die Unterstützungsfrage mit der Partei verständigten. Die Gewerkschaftler unterbreiteten ihre Vorschläge. Die Parteidelegation erklärte, daß von einer Halbierung der Kosten keine Rede sein könne, das sei eine ungerechte Verteilung. Dann gelangte man zu der Meinung, man sei überhaupt nicht kompetent und beschloß, daß Generalkommission und Parteivorstand beraten und dem Essener Parteitag einen Vorschlag vorlegen sollten. In Essen mußte der Parteivorstand erklären, die Materie sei so schwierig, daß sie nicht so schnell zu regeln war, und die Sache wurde vom Essener Parteitag dem Parteivorstand überwiesen: er solle mit der Generalkommission sich über Vorschläge einigen und diese gemeinsam herausgeben. Von einer Ueberrumpelung kann also keine Rede sein.

Simon verwies auf die Vorgänge in Offenbach. Wer die Vorgänge bei den letzten Wahlen in Offenbach beobachtet hat, wird vielleicht doch dazu kommen, daß die Dinge nicht mit den Führern, die angeblich keine Maifeier mehr wollen, zusammenhängen, sondern mit dem ganzen Zusammenschluß des Ordnungsklüngels bei den Gemeinde- und den Reichstagswahlen gegen die Sozialdemokratie. Was beweist aber das Beispiel Simons? Er sagt, je stärker wir werden, desto mutloser werden wir; weil wir stark sind, deshalb sind wir schwach! Ach, werft einen Blick auf die Partei- und Gewerkschaftsbewegung vor 10, 20 Jahren, und vergleicht sie mit der heutigen: wer hat dann noch den Mut, zu sagen, daß Partei- und Gewerkschaftsbewegung schwächer geworden sind, seitdem sie erstarkt sind? Das sind Redensarten, die klingen

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

interessant, sie tönen nach etwas, aber es ist nichts dahinter. Wünschenswert wäre es gewiß, wenn alle Gewerkschaften genau so handeln würden wie die Schuhmacher. Ich habe ja bereits gesagt, daß durch unsere Vereinbarungen den Gewerkschaften gar keine Schranken auferlegt sind; die Vereinbarungen enthalten nicht etwa ein Maximum, über das nicht hinausgegangen werden darf, sondern nur ein Minimum der Verpflichtungen.

Weiter sagte man, die lokale Regelung ist nicht möglich, und Adler erklärte: früher hatten wir in Schleswig-Holstein große Maidemonstrationen, in diesem Jahre haben wir nur in zwei, drei Orten demonstrieren können! Ach, glauben Sie das denn selbst, daß infolge der Abmachungen zwischen Partei und Gewerkschaften auch nur ein Ort verhindert ist, die Maidemonstration zu machen? (Adler: Das kann ich beweisen!) Schön, schade, daß Sie das nicht bewiesen haben, das wäre ein interessanter Beweis gewesen. (Heiterkeit.) Aber vielleicht ist Adler auch geneigt, die Frage unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß die Maifeier von jeher eine Demonstration war, deren Höhe abhängig ist von der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Situation. (Sehr gut!) Die Maifeier entspringt nicht einer Begeisterung, die man auf Flaschen ziehen kann, um am 1. Mai loszuknallen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Und wenn nun gar der Genosse Nietsch aus Magdeburg uns erzählt, im Jahre 1890 habe das Unternehmertum sich bereits mit dem Gedanken der Arbeitsruhe abgefunden, hätte keinen Widerstand geleistet — ach, da muß man ein sehr kurzes Gedächtnis haben, da muß man das große Hamburg vergessen haben, wo die Arbeiter durch die Maifeier auf ein halbes Jahrzehnt kampfunfähig gemacht worden sind. Da muß man vergessen haben, daß die Frage sich seinerzeit darauf zugespitzt hat, ob die Herrschenden einen letzten Kampf wagen wollen, ob Bismarck seinen Willen durchsetzen und, mit dem bekannten „Haudegen" an der Spitze der Regierung, das Wort von der Flinte, die schießt, und dem Säbel, der haut, wahrmachen wollte; da muß man vergessen haben, daß man davon die Fortdauer des Sozialistengesetzes abhängig machen wollte. (Sehr gut!) Wer das nicht weiß, der soll doch hier nicht so reden. Daß wir den Arbeitern keine Opfer mehr zumuten können, habe ich mit keinem Worte gesagt. Ich habe lediglich erklärt, daß bei unseren Verhandlungen auch die Frage erörtert wurde, ob es nicht möglich sei, durch Abführung des Lohnes derjenigen, die am 1. Mai nicht feiern können, vielleicht auch nicht den Mut dazu haben, einen Fonds anzusammeln, und daß die Generalkommission erklärt hat, daß sie damit auf große Schwierigkeiten in den einzelnen Gewerkschaften stoßen würde, weil man so etwas den Indifferenten, die eben erst gewonnen sind, nicht zumuten könne. Daraus macht Seger, ich hätte gesagt, wir können den Arbeitern in Schlesien und Ostpreußen dies Opfer nicht zumuten!

Man spricht von lokalen Schädigungen. Wenn aus kleineren Orten, z. B. Finsterwalde oder Luckenwalde, solche Klagen kommen, so kann ich das verstehen; es mögen da nur einzelne große Fabriken sein, so daß infolge dessen die lokale Organisation nicht imstande ist, die Mittel aufzubringen. Aber wenn Hamburg, Berlin oder Leipzig sich auf diesen Standpunkt stellen — nehmen Sie mir es nicht übel —, dann glaube ich an solche Argumentierung nicht. Das heißt ja geradezu die Genossen von Berlin, Leipzig und Hamburg beleidigen, wollte man sagen, sie sind nicht opferwillig genug, aus lokalen Mitteln für die Opfer des 1. Mai einzutreten. (Sehr richtig!) Die ganze deutsche Parteigeschichte ist doch ein fortgesetzter Beweis dafür, daß, wenn in einem großen Kampfe gegen die Unternehmer eine schwache Mitgliedschaft zu Boden geschlagen wird, die gesamten Parteigenossen auch ohne bindenden Beschluß für ihre Brüder eintreten. (Sehr richtig!) Es heißt geradezu sich an der Partei versündigen, wenn man mit solchen Argumenten kommt. Wenn schließlich auf Warschau und Rußland verwiesen wird, so hat ja schon Robert Schmidt das Nötige in dieser Beziehung gesagt. Ich unterschreibe Wort für Wort von dem, was er über die russische Gewerkschaftsbewegung und über die Erfolge der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesagt hat. Ich bin der erste, der Hochachtung vor dem russischen Proletariat hat; aber es ist doch vielleicht ein Unterschied zwischen Warschau und Deutschland. Was in Warschau notwendig ist, kann in Deutschland schädlich sein. In Deutschland wäre die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai den Scharfmachern vielleicht die bequemste Gelegenheit, ihren Willen durchzusetzen. Wir begehen die Maifeier nicht, um Heerschau zu halten, um eine Kraftprobe zu entfalten, sondern um den Gedanken der Arbeitsruhe und der Arbeiterschutzgesetzgebung zu propagieren. Und wenn die Regierungen versucht haben, diese Frage zu einer Machtprobe zu gestalten, so haben wir das immer abgelehnt. Heerschauen und Machtproben sind unsere Wahlkämpfe, da stehen wir unseren Mann, aber in wirtschaftlichen Kämpfen, wo das Unternehmertum über alle Machtmittel verfügt und wir nur über den elenden Flederwisch des Koalitionsrechtes, das noch dazu nur allzuoft von der Willkür der Polizei abhängt — nein, den Kampf nehmen wir nicht auf, wenn es nicht sein muß. Aber wenn der letzte Kampf einmal auf diesem Gebiete gekämpft werden muß, dann wird er auch gekämpft werden. Die Begeisterung, die uns Jahrzehnte geleitet hat, und von der wir auch heute noch durchdrungen sind, wird niemals aus unseren Reihen verschwinden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Adler wünscht, daß der Parteivorstand zu abermaligen Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragt wird, und zwar unter Streichung der Punkte 3 und 4. Ich kann die Stellung des Parteivorstandes zu diesem Antrage nicht präzisieren, weil ich keine Gelegenheit hatte, mit ihm Rücksprache zu nehmen. Aber meine persönliche Meinung geht dahin, daß durch die Annahme des Antrages die getroffene Vereinbarung hinfällig und eine andere nicht möglich ist. Dann wäre es besser, den Antrag anzunehmen, der die Maifeier in alter Form bestehen lassen will, und auf die Frage der Unterstützungspflicht zu verzichten. Die Annahme des Antrages Adler wäre ein Beschluß, der der Sache nicht würdig ist, ein Herumgehen um die Dinge, die strittig sind. Wenn Sie dem Parteivorstand die Sache überweisen wollen, so können Sie das nur tun, wenn Sie die Möglichkeit schaffen könnten, eine andere Regelung herbeizuführen. Der Parteivorstand erklärt aber, daß eine andere Form unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei. Also entscheiden Sie. (Bravo!)

Es wird abgestimmt.

Ein Antrag, über die Vereinbarung namentlich abzustimmen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Von der Vereinbarung werden die Ziffern 1, 2 und 3 unter Streichung der Worte „vom Beginn der zweiten Woche" (letztere Ziffer mit 191 gegen 122 Stimmen) sowie die Ziffer 5 angenommen, Ziffer 4 dagegen abgelehnt.

Die so geänderte Vereinbarung wird gegen einige Stimmen angenommen.

Damit ist der erste Teil des Antrages 182 erledigt; der zweite Teil wird angenommen.

Die Anträge 88, 89, 92—94, 98, 101 Abs. 1, 103 und 104, die sämtlich die Unterstützungsfrage regeln wollen, werden dem Vorstand als Material überwiesen.

Zu den Anträgen 86, 95—97, 100 und 102, die sich entweder ausschließlich oder doch überwiegend mit der Frage einer stärkeren Propagierung der Maifeier beschäftigen, erklärt

Dorn: Ich glaube wohl sagen zu können, daß durch diese Anträge ausgesprochen werden soll, daß für die Folgezeit eine intensivere Agitation für die Maifeier entfaltet werden soll, als bisher. (Zustimmung.)

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 90 wird angenommen. Antrag 101 Abs. 2 ist dadurch erledigt. Ebenso die Anträge 87 und 99.

Dorn: Selbstverständlich muß nun auch dafür gesorgt werden, daß der Antrag 90 durchgeführt wird. (Heiterkeit. — Zuruf: Wer soll das kontrollieren?)

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch festgestellt wissen, was sein soll, bevor eine andere Vereinbarung zustande gekommen ist. Deshalb beantrage ich, daß die Vereinbarung so lange bestehen bleibt, bis eine andere getroffen ist. (Heiterkeit und Widerspruch.)

Richard Fischer: Ein solcher Schluß, wie ihn Bömelburg zieht, ist unmöglich. (Sehr richtig!) Durch Ihre Abstimmung haben Sie der Vereinbarung die Zustimmung versagt, es existiert also keine Vereinbarung. (Sehr wahr!)

Honrath-Aachen erhebt Einspruch dagegen, daß über den geschäftsordnungsmäßig unzulässigen Antrag Bömelburg abgestimmt wird.

Lipinski-Leipzig: Auch ich bin der Meinung von Fischer, daß keine Vereinbarungen bestehen. Wir müssen es der Entwickelung der Dinge überlassen, ob es möglich ist, vor der nächsten Maifeier andere Vereinbarungen zu treffen. (Sehr richtig!)

Dorn: Die Vereinbarungen haben keine Annahme gefunden, sie bestehen also nicht. (Allseitige Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lipinski-Leipzig erklärt, er habe nicht, wie Fischer behauptet habe, den Gewerkschaften den Vorwurf der Treulosigkeit gemacht.

Adler-Kiel: Ich habe nicht gesagt, wie Fischer es darstellte, die Maifeier in Schleswig-Holstein wäre nur an drei, vier Orten möglich gewesen, sondern: unter diesen Vereinbarungen würde die Maifeier in Zukunft nur an drei, vier Orten möglich sein.

Richard Fischer: Ich will Adler zugeben, daß ich mich geirrt haben kann. Im übrigen habe ich nicht gesagt, daß Lipinski den Gewerkschaften den Vorwurf der Treulosigkeit gemacht habe, sondern er sprach von einer Ueberrumpelung oder mangelnden Unterrichtung des Parteivorstandes und dieser Vorwurf der Ueberrumpelung schließt den Vorwurf der Treulosigkeit in sich.

Lipinski: Ich habe mit keinem Worte von Treulosigkeit der Gewerkschaften gesprochen, sondern nur bemängelt, daß der Parteivorstand die Delegation zum Internationalen Kongreß nicht von der Tatsache verständigt hat, daß über die Maifeier verhandelt werden soll.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Schluß 7¼ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung von dem gestrigen Wahlsieg in Ludwigshafen-Speyer. (Stürmischer Beifall.)

Die Budgetbewilligung.

Es wird in die Verhandlung der Frage der Budgetbewilligung eingetreten. Dazu liegt vor die Resolution 126 und die Anträge 74 bis 85, die sämtlich mit zur Verhandlung gestellt werden. Der Parteitag hat beschlossen, daß nach dem Referenten Bebel einem badischen und einem bayerischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit gegeben wird. Es liegt ein Antrag des Genossen Böhle-Straßburg vor, nachdem die Frage auch der württembergischen Zustimmung zum Budget in die Resolution des Parteivorstandes aufgenommen ist, auch einem württembergischen Abgeordneten das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben.

Böhle begründet kurz den Antrag. Der Parteitag stimmt zu.

Bebel: Parteigenossen! Ich hoffe, daß der stürmische Beifall, dem Sie der Verkündigung des Wahlresultats bei der Nachwahl in Ludwigshafen soeben gezollt haben, etwas beruhigend auf unsere Debatten, in die wir jetzt eintreten, einwirken wird. Denn das Resultat zeigt doch uns allen, daß die Partei in glänzender Weise marschiert, aber auch vor allem, daß wir alle Kräfte in gemeinsamer Arbeit daran zu setzen haben, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhaftes Bravo!)

Ich habe vor 14 Jahren, als ich in Frankfurt auf dem Parteitag ebenfalls zu der vorliegenden Frage das Wort nahm, ausgesprochen, daß ich noch nie in einer so unerfreulichen und gedrückten Stimmung die Tribüne betreten hätte, als damals in Frankfurt. Und ich sage Ihnen ganz offen, es wäre mir der größte Gefallen erwiesen worden, wenn wir nicht in die Lage gekommen wären, heute abermals, und zwar zum dritten Male, über diese Frage zu verhandeln. Ich hatte geglaubt, daß, nachdem in Lübeck mit so großer Mehrheit, und zwar auch unter wesentlicher Zustimmung der süddeutschen Genossen, die damalige Resolution angenommen worden war, ein Weg gefunden worden sei, der es für die Zukunft überflüssig mache, uns noch einmal mit dieser Frage zu beschäftigen. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Vor den Parteitagen von Frankfurt und Lübeck hatte diese Frage in der Parteipresse und Partei kaum irgendwelche große Erregung hervorgerufen. Ganz anders diesmal. Wir sind in Diskussionen in der Presse und in Versammlungen eingetreten, die von einer Erregung Zeugnis abgelegt haben, die man bei dieser Frage kaum für möglich gehalten hätte. Wenn man sich fragt, was denn eigentlich die Ursache war, daß von vornherein eine so mächtige Erregung einsetzte, so muß ich sagen, das war die außerordentliche Ueberraschung, als wir auf einmal erfuhren, daß unsere süddeutschen Landtagsgenossen in Stuttgart zusammengetreten wären und sich verständigt hätten, für dies Jahr für das Budget zu stimmen. Und da schon Monate über diese Verständigung vergangen waren, ohne daß die weiteren Kreise der Parteigenossen das geringste davon gehört hatten, war die Erregung um so größer. Man war aus diesem Grunde der Meinung, es handle sich hier um eine Art Pronunziamento gegen einen Parteibeschluß. (Sehr richtig!) Es ist nicht meine Absicht, auf die Diskussionen in der Presse und in Vereinen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, über die hier zu erörternde Frage irgendwie einzugehen. Ich möchte dringend bitten, daß das auch die Redner nach mir soweit als möglich unterlassen. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Diskussionen herüber und hinüber in der schärfsten

Weise geschossen worden ist, daß sehr heftige und, wie ich gar nicht anstehe, zu erklären, auch teilweise sehr ungerechtfertigte Angriffe und Beschuldigungen erhoben worden sind. Wenn wir diese hier zum Gegenstand der Erörterung machen sollten, dann könnten wir wohl die ganzen Tage, die dem Parteitag noch zur Verfügung stehen, uns ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen. (Sehr richtig!)

Der Lübecker Beschluß war eine Art Kompromiß. Ich hatte dort eine Resolution eingebracht, die verschiedentlich von unseren süddeutschen Landtagsgenossen heftig angegriffen und für unannehmbar erklärt wurde. Wir traten in Verhandlungen ein, und das Endresultat war, daß ich zu der Ueberzeugung kommen mußte, es könnten Fälle eintreten, wo eine strikte Ablehnung des Landtagsbudgets der Partei zum großen Schaden gereichen müsse, und daß man in solchen Fällen unseren Landtagsgenossen eine gewisse Freiheit der Entscheidung geben müsse. Die Lübecker Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisationen der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind,

spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden."

Und in der Rede, mit der ich meinen Antrag begründete, führte ich aus:

„Nach meiner Auffassung sind es nur ganz ausnahmsweise Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich doch, wenn man einen solchen Satz vorschlägt, fragen muß, wann könnte das sein?, so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gekommen sind. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget fallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehalst wäre, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann das kleinere Uebel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Im Gothaer Landtag sitzen neun Genossen von uns und zehn Gegner. Nehmen wir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt! Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen."

Das waren die beiden Fälle, die ich damals als mögliche Fälle der Zustimmung zum Budget angeführt habe. Nun sagt ja der dritte Absatz der Resolution von diesen Fällen nichts, weil es überhaupt nicht üblich ist, daß man die Motive in eine Resolution aufnimmt; und so könnte ja der Fall eintreten, daß unsere süddeutschen Freunde erklären: ja, der Satz, wie er hier steht, gibt uns das Recht, auch andere Fälle als gegeben anzusehen, und danach zu handeln. Ich will mich für einen Augenblick auf diesen Standpunkt stellen; ich will annehmen, es soll auch ein dritter außerordentlicher Fall, an den wir gar nicht gedacht haben, vielleicht auch nicht denken konnten, vorgekommen sein. Ja, Parteigenossen, decken sich dann die Gründe, die diesmal von unseren Freunden in Baden und Bayern für die Zustimmung zum Budget als maßgebend erachtet werden, auch nur irgendwie mit dem dritten Absatz der Lübecker Resolution? Ich bestreite das auf das allerentschiedenste. (Sehr richtig!) Wir

werden das sofort sehen, wenn wir die Gründe, wie sie von unseren Freunden in Baden und Bayern uns angegeben sind, uns ansehen. Die badischen Genossen haben durch den Mund des Genossen Frank erklären lassen:

„Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Etatsgesetz.

Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt und durch ihre Haltung im Bundesrate, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte schädigte.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen."

Parteigenossen! Als ich diese Erklärung gelesen habe, war ich im höchsten Grade erstaunt, denn ich mußte annehmen, daß nach der Kritik, die der Redner der Sozialdemokratie an der Handlungsweise der badischen Regierung geübt hatte, ihr gar nichts anderes übrig blieb als ein glattes „Nein". (Lebhafte Zustimmung.) Es ist mir schier unbegreiflich, wie man bei einer so scharfen Kritik an dem Verhalten des badischen Ministeriums gegenüber der Sozialdemokratie und auch sonst dazu kommen konnte, dem Budget ein Ja zu geben. Allüberall in der Welt, wo parlamentarisches Leben existiert, gilt die Zustimmung zum Budget als Vertrauensvotum für die Regierung (Hört! hört), und wenn unsere Parteigenossen in Baden geglaubt haben, dieses durch eine Reihe kritischer Bemerkungen abschwächen zu sollen, so will ich ihren guten Willen anerkennen, aber logisch ist ihr Verhalten in keinem Fall. (Sehr richtig!) Der Hauptgrund und sozusagen der einzige im Gegensatz zu den bayerischen Genossen, deren Erklärung ich nachher besprechen werde und die eine Reihe weiterer Gründe anführen, ist für die Badenser, daß erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert waren. Deswegen stimmt man zu. Nun, Parteigenossen, haben die Bayern seit 13 Jahren, so oft die Landtagsperiode wiederkam, regelmäßig gegen das Budget gestimmt und die Badenser mit Ausnahme des Jahres 1901, welches Veranlassung gab zu unserer Verhandlung in Lübeck, gleichfalls. Wäre die Auffassung richtig, daß, indem man gegen das Budget stimmt, man damit auch alle Beamtengehälter und Arbeiterlöhne verweigert, ja, so haben Sie das doch auch schon früher getan. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Dann bitte ich, mir zu erklären, wie man jetzt auf einmal zu einer entgegengesetzten Ansicht kommt, nach 14 Jahren. In jedem Parlament, sogar im deutschen Reichstag kommt es vor, daß eine Reihe von Forderungen gestellt wird, denen auch wir als Sozialdemokraten unsere Zustimmung geben. Wir stimmen mit Rücksicht auf das ganze System, das der deutsche Reichstag repräsentiert, in der Schlußabstimmung gegen das Budget. Als 1863 in Preußen Herr von Bismarck Ministerpräsident geworden war mit dem Auftrag, den Konflikt mit der Kammer herbeizuführen, erklärte die Budgetkommission des preußischen Landtags, daß sie dem Budget ihre Zustimmung nicht gebe, daß sie aber damit nicht ausspreche, daß sie im einzelnen die Positionen für Gehälter verweigere, son-

dern daß sie den Männern, die an der Regierung ständen, nicht das nötige Vertrauen entgegenbringe für die Verwaltung des Budgets. (Hört! hört!) Bei uns kommt zu der Sache noch etwas anderes. Wir sind prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Wir sind aus diesem Grunde Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, das heißt, eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände in Staat und Gesellschaft den Massen in einer Weise klarzumachen suchen, daß sie zum Bewußtsein kommen, daß das unnatürliche, ungerechte, sie schwer belastende Zustände sind, an deren Stelle notwendigerweise andere, naturgemäßere, gerechtere zu treten hätten. Aus diesem Grunde können wir prinzipiell einer Regierung, deren Aufgabe es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen jeden Angriff von sozialdemokratischer Seite aufrechtzuerhalten, unter keinen Umständen ein Budget bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist die prinzipielle Seite der Sache. Nun steht hier die Frage aber noch etwas anders. Wie kam es denn, daß die Regierung nicht bloß in Baden, nein, auch in Bayern, jetzt auch in Preußen, das nächste Mal im Reich, das übernächste Mal in Württemberg (Zurufe bei den Süddeutschen! — Vorsitzender Singer bittet um Ruhe) . . . die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne erhöhten? Die Belastung des deutschen Volkes durch den Zolltarif, die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel ist die Ursache. (Sehr richtig!) Ich habe den Gewinn für die Agrarier aus den Wucherzöllen auf 1250 Millionen Mark jährlich berechnet — niemand hat mich widerlegt — heute nehme ich an, daß er eher größer als kleiner ist. Als die Konstellation der Verhältnisse es mit sich brachte, daß im Dezember 1906 der Reichstag aufgelöst wurde und wir zu den Hottentottenwahlen von 1907 kamen, da haben die Regierungen, um die kleinen Beamten von der Sozialdemokratie abzudrücken, ihnen Gehaltserhöhungen versprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Nachher ließ sich auch eine Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter nicht vermeiden, zumal die freie industrielle Arbeiterschaft ihre Lohnverhältnisse durch Lohnkämpfe zu verbessern gesucht hat. Wie wir in dieser Situation, die die Regierung geschaffen und für die sie allein die Verantwortung trägt, nun die Pflicht haben sollen, für das Budget zu stimmen, weiß ich wiederum nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein anderes. Die Wirtschaft des Deutschen Reiches hat die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten ganz außerordentlich beeinflußt. In den meisten Staaten fehlen die notwendigsten Mittel für Kulturaufgaben. Nun steht die Sache so, daß durch die Mehrforderungen, welche die Einzelstaaten für die Beamtengehälter und Löhne zu stellen gezwungen sind, auf der anderen Seite eine Steuererhöhung eintreten muß; also die Arbeiter werden mit doppelten Ruten gepeitscht: erst haust man ihnen den Zolltarif auf, verteuert ihnen die notwendigsten Lebensmittel, und wenn dann aus dieser Situation heraus die Beamten und die Staatsarbeiter höher bezahlt werden müssen, werden die Arbeiter auch noch zu höheren Steuern herangezogen. Ich habe den Eindruck, als wenn unsere Parteigenossen im Süden ihre Tätigkeit etwas zu eng auffassen, daß sie sich gewissermaßen Scheuklappen anlegen und nur auf das nächste Feld blicken, aber den Zusammenhang mit dem großen Ganzen verlieren. (Lebhafte Zustimmung.) Nur so ist eigentlich diese ganze Budgetzustimmung zu erklären. Wir können bei einer derartigen Frage die Regierungen der Einzelstaaten nicht ausschalten in bezug auf die Reichspolitik. Die Reichspolitik hat es herbeigeführt, daß wir in 20 Jahren von 720 auf 4500 Millionen Mark Schulden gestiegen sind, daß die eigenen Einnahmen des Reichs eine gewaltige Steigerung erfahren haben, weil nicht nur die Zölle auf Lebensmittel bedeutend

erhöht sind, sondern auch weil noch eine Reihe anderer Lasten für die Arbeiter entstanden sind. Militär, Marine, Kolonialpolitik sind von sämtlichen deutschen Regierungen unterstützt und bewilligt worden, wir sollen gegenwärtig wieder 500 Millionen neuer Steuern aufbringen, wir wissen alle, einerlei, wie das Steuerbudget sich schließlich gestaltet, daß doch der größte Teil der Summe, die aufgebracht werden muß, auf die Arbeiter abgewälzt wird. Da müssen wir doch fragen: Wie steht ihr süddeutschen Regierungen dazu? Wenn ihr solche Politik unterstützt, die in erster Linie gegen die Arbeiter gerichtet ist, so ist es doch ein starkes Stück, daß ihr von uns noch ein Vertrauensvotum haben wollt. (Sehr gut!) Und wir haben noch über ganz andere Maßnahmen zu klagen gehabt. Wir haben seit dem Fall des Sozialistengesetzes die Umsturzvorlage, einige Jahre später die Zuchthausvorlage und dann die Vorlage betreffend die sogenannte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gehabt. Alles das waren Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse. Ich habe aber nicht gehört, daß die süddeutschen Staaten gegen eine derartige Gesetzgebung je protestiert hätten. (Zuruf: Doch, Bayern!) Wogegen denn? (Zuruf: Gegen die Zuchthausvorlage!) Gegen die Zuchthausvorlage 1899? — Nun, dann freut es mich; aber, das kann Euch noch immer nicht veranlassen, der bayerischen Regierung ein besonderes Vertrauensvotum zu erteilen. (Sehr richtig!) Dazu kommt weiter, daß wir im nächsten Jahr wieder eine neue Militärvorlage bekommen werden — das ist ganz zweifellos. Es geht nicht an, daß wir da quasi eine schwarze und eine weiße Seele konstruieren, die schwarze sitzt in Berlin und die weiße in den süddeutschen Staaten. (Heiterkeit.) Ich glaube ja ganz gern, daß die süddeutschen Regierungen, weil diese ganze Entwickelung ihre Existenz als selbständige Staaten immer prekärer macht, weil sie dazu führt, daß man mit den vielen Regierungen, all den Ministerien usw., die ungeheure Summen erfordern, aufräumen will, kurz, weil die zentralistische Idee dadurch gefördert wird, nur mit sauersüßer Miene solche Forderungen gutheißen: aber sie heißen sie gut. (Sehr richtig!) Die bayerische Regierung sitzt in dem sogenannten Ausschuß für auswärtige Politik, wir haben aber nicht gehört, daß sie gegen die auswärtige Politik, die für das Reich schon so ungeheuer schädlich geworden ist und weiter werden wird, irgendeine Verwahrung eingelegt hat. Sie ist also mit dafür verantwortlich zu machen. Ihr selbst habt den Zusammenhang dieser Dinge vollständig anerkannt dadurch, daß Ihr bei den verschiedensten Gelegenheiten Interpellationen und Anträge eingebracht habt, wodurch Ihr Eure Regierungen nötigen wolltet, ihre Haltung zu ändern. Jedenfalls muß man bei diesem engen Zusammenhang des Reichs und der Einzelstaaten, wenn es sich um die Frage der Budgetbewilligung handelt, immer doch fragen, ob sie nach allen Richtungen hin ihre Schuldigkeit getan haben, und das wird niemand von ihnen zu behaupten wagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun ist in der Erklärung der Badener Genossen auf den Fall Schäufele hingewiesen worden. Er ist Eisenbahnarbeiter in den großherzoglichen Eisenbahnwerkstätten und ist in Karlsruhe von unseren Genossen als Kandidat für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt. Das hat die Regierung nicht geduldet. Zweifellos war das ein Faustschlag ins Gesicht der badischen Arbeiterklasse, und ganz mit Recht hat damals auch Kolb erklärt, daß man nach einem solchen Vorgang unmöglich ein Budget bewilligen könne. (Hört! hört!) Der Fall ist nicht rückgängig gemacht worden; trotzdem aber erklärt man nun durch die Bewilligung des Budgets der Regierung sein Vertrauen! Das sind aber nicht die einzigen Fälle. Ich erinnere unsere badischen Genossen daran, wie die Regierung vor drei Jahren in Konstanz gegen unsere auswärtigen Genossen Dr. Adler, Greulich und Todeschini vorgegangen und ihnen das Reden verboten hat. (Sehr richtig!)

Nun hat man ja gesagt, die innere Lage in Baden erfordere, daß man der Regierung durch eine solche Handlung entgegenkomme und namentlich auch den liberalen Parteien, mit denen wir bei der nächsten Wahl wieder zusammenzugehen gedenken, um keine Zentrumsmehrheit aufkommen zu lassen! Ich habe gegen ein derartiges Techtelmechtel immer meine großen Bedenken und namentlich in diesem Falle bin ich sehr im Zweifel, ob die von unseren Genossen geplante Taktik die richtige ist. Soviel ich weiß, haben in Baden die verschiedenen liberalen Parteien 28 Mitglieder mit einigen Demokraten, im ganzen wohl 32 oder 33. Zentrum und Konservative zählen etwa ebenso viele und den Ausschlag geben immer die 12 Sozialdemokraten. Das wird meines Erachtens auch dann der Fall sein, wenn bei den nächsten Landtagswahlen keinerlei Bündnis für die engeren Wahlen mit einer anderen Partei zustande kommt. Auch dann werden unsere Genossen in dieser dominierenden Stellung im Landtag verbleiben. (Zuruf: Das ist noch sehr zweifelhaft!) Dann ist das jedenfalls eine Doktorfrage und die kann hier nicht durch eine Abstimmung in dem von Ihnen beliebten Sinne entschieden werden. Das wäre noch schöner, wenn wir auf eine derartige Konjekturalpolitik hin unsere ganze Taktik vollständig ändern wollten; dann verlieren wir ja allen Boden. (Lebhafte Zustimmung.) Nun ist es unseren badischen Genossen nicht gerade übelzunehmen, wenn sie eine Zentrumsmehrheit nicht mögen, aber in Bayern ist das Ding ganz anders, da scheinen unsere Parteigenossen zur Zentrumsmehrheit ganz gut zu stehen. (Heiterkeit.) Sie haben all die kleinen Bewilligungen, die sie erlangt haben, mit Hilfe des Zentrums erlangt — ich werde später nachweisen warum. In Baden aber hat man einen wahren Horror vor der Zentrumsmehrheit. Da soll der badische Staat vor den Ultramontanen gerettet werden. Die Regierung empfindet offenbar nicht dies Bedürfnis; denn die Art, wie sie das Entgegenkommen unserer Genossen behandelt hat, beweist doch alles andere, als daß sie mit einer derartigen Taktik von unserer Seite einverstanden ist. Kolb hat erklärt, daß die Budgetabstimmung zu den Dingen gehöre, mit denen man sein Entgegenkommen gegen die Regierung betätigen wolle. Er hat weiter sehr offenherzig — wie er immer offenherzig ist — gesagt, daß auch der Gang zum Begräbnis des alten Großherzogs, den er und Frank gemacht haben, bereits zu dem Zweck unternommen sei, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten in Baden nicht die schlimmen Leute sind, für die man sie hält. (Hört! hört!) Wenn das politische Tätigkeit ist, wenn das die Mittel sind, mit denen wir politische Eroberungen machen, dann hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein. (Sehr wahr! Lebhafte Zustimmung.) Es ist dann auch in der Tat in Preßäußerungen, die ich hier nicht vorführen will, dahin gekommen, daß man als Endresultat ansehen kann: es handelt sich nicht mehr um eine einmalige ausnahmsweise Zustimmung zum Budget, nein, man will regelmäßig dafür und nur ganz ausnahmsweise dagegen stimmen. (Sehr wahr!) Und wenn es nun gar so weit geht, wie in Baden, daß man sagt, die ganze Taktik der Partei bewegt sich in unlöslichen Widersprüchen, so will ich diese Frage heute nicht erörtern, bin aber bereit, sie jeden Augenblick auf einem anderen Parteitag zu erörtern, weil ich mir sage, daß diejenigen, die eine grundstürzende andere Taktik von uns verlangen, aufhören, Sozialdemokraten zu sein, und daß die Partei, wenn sie diese Taktik billigte, aufhört, sozialdemokratisch zu sein, daß sie ihren Namen in den einer sozialreformerischen Arbeiterpartei umwandeln müßte. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun noch ein Drittes. Ganz anders wie in Bayern und Baden liegt es wieder in Hessen, denn dort sehen wir, daß augenblicklich die Nationalliberalen und das Zentrum im trauten Verein gemeinsame Sache machen, um unsere Freunde Ulrich, David usw. aus dem hessischen Landtag hinauszudrängen. (Sehr richtig! und Zuruf.) Das gehört allerdings hierher, weil es beweist, welcher Verlaß auf die bürgerlichen Parteien ist. (Singer bittet dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen, die die Verhandlungen nur aufhalten.) Als der Genosse Geck als Vizepräsident der badischen Kammer aus formalen Gründen sich weigerte, bei dem Begräbnis des Großherzogs zu erscheinen, hat man ihm in der Kammer den Stuhl vor die Türe gesetzt. Ich finde das in der Ordnung. Die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden der bürgerlichen Welt stehen, sagen sich, daß ein Mann, der seine republikanische Gesinnung in der Monarchie dokumentiert, nicht mehr ihr Vizepräsident sein dürfe. Ueber die Frage der Absetzung Gecks vom Vizepräsidium ist es zu Auseinandersetzungen in der Kammer gekommen. Unsere Parteigenossen haben namentlich den Minister des Innern, Freiherrn v. Bodmann, scharf angegriffen, weil er sich in diese Angelegenheit eingemischt habe. Dabei waren unsere Genossen zweifellos im Recht. Darauf verteidigte sich Herr v. Bodmann in folgender Weise: ihm sei vor allem die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus dem Präsidium erwünscht erschienen, und er habe sich der Sache wegen ihrer großen politischen Bedeutung angenommen. Aber in einer Beziehung, fährt er dann fort, muß seitens der Regierung zwischen Ihnen (den Sozialdemokraten) und den bürgerlichen Parteien ein Unterschied gemacht werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein kann, und ich finde es tief bedauerlich, daß bürgerliche Parteien sich zur Wahl eines Sozialdemokraten in den Landtag entschließen, sei es auch nur aus taktischen Erwägungen und zur Erreichung eines höheren Zieles." (Hört! hört!) So geht die Rede weiter. Das ist die stärkste moralische Ohrfeige, die unseren Parteigenossen erteilt werden konnte, und schon das Gefühl der Manneswürde hätte sie veranlassen sollen, einer Regierung, deren Minister eine solche Sprache führt, unter keinen Umständen das Budget zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht allein dieser Minister, sondern auch die Staatsminister von Marschall und von Dusch haben sich in ganz ähnlicher Weise gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Um nicht mißverstanden zu werden, will ich ausdrücklich erklären: Ich bin nicht erbost darüber, daß diese Minister das getan haben, ich finde es im Gegenteil ganz in der Ordnung. Ich bin nur im äußersten Grade darüber aufgebracht, daß unsere Parteigenossen nicht so viel Mannesgefühl und parteigenössische Würde hatten, um den Ministern einer derartigen Provokation entsprechend zu antworten. (Stürmische Zustimmung.) — Der Redner der badischen Genossen wird ja nachher darauf Bezug nehmen, daß die Regierung keineswegs von der Motivierung, die die badischen Genossen ihrer Zustimmung zum Budget gegeben haben, erbaut gewesen sei, denn der Minister habe sich sehr bitter darüber beschwert. Ich stehe nicht an zu erklären, daß Herr von Honsell ein sehr ungeschickter Herr ist. Für ihn war die gebotene Antwort die, daß er sagte: aus welchen Motiven ihr Sozialdemokraten das Budget diesmal bewilligt habt, ist mir gleich, die Hauptsache ist, daß ich durch Eure Zustimmung das Budget erhalte. (Sehr richtig!)

Auf die früheren Vorgänge in Baden will ich nach dieser Richtung nicht eingehen. Ich komme nun zu der Erklärung unserer bayerischen Genossen. Da wird gesagt:

„Das vorliegende Budget enthält außer den Mitteln zur Erfüllung einer größeren Anzahl von Kulturaufgaben, u. a. für den so wichtigen Ausbau unserer Wasserkräfte und die Elektrisierung von Eisenbahnstrecken, auch erhebliche Beträge für die Aufbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten. Wenn nun auch diese Aufwendungen in zahlreichen Einzelheiten selbstverständlich keineswegs genügen können, so erblicken wir doch in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt und haben ihnen deshalb zugestimmt

Obwohl wir keinen Anlaß haben, unsere grundsätzliche Stellung dem herrschenden System gegenüber zu ändern und diesem irgendwelches Vertrauen auszusprechen, erkennen wir doch an, daß durch Errungenschaften, wie die des direkten Wahlrechts für den Landtag, der Verhältniswahl für die Gemeinden und die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern, sich Ansätze zu einer besseren Entwickelung zeigen, die wir im Interesse des bayerischen und des deutschen Volkes mit allen Kräften fördern wollen.

Deshalb werden wir, ohne damit vor dem Volke die Verantwortung für die Regierungspolitik oder den Gesamtinhalt des Budgets zu übernehmen und ohne damit unserer künftigen Stellung irgendwie vorzugreifen, dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben."

Die bayerischen Genossen haben ähnlich wie die badischen sich auf die Aufwendungen der Beamten und Arbeiter bezogen. Darüber habe ich das nötige schon gesagt. Wenn sie weiter auf den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrisierung der Eisenbahnen usw. hinweisen — ja, Parteigenossen, das sind doch ganz selbstverständliche Dinge, auch für einen bürgerlichen Staat; es ist nichts weiter als die Entwickelung der ökonomischen und physikalischen Kräfte, die in einem Lande vorhanden sind, um die Wirtschaft des gesamten Landes zu heben. Das hat mit Sozialdemokratie absolut nichts zu tun. Wir sind nicht allein für derartige Dinge, wie sie jetzt in Bayern ausgeführt werden, für uns werden gar nicht genug Eisenbahnen gebaut, gar nicht genug Kanäle, gar nicht genug Telegraphen usw. errichtet. Wir sehen in einer derartig kulturellen Tätigkeit eine indirekte Förderung unserer Bestrebungen, insofern uns damit erleichtert wird, an die Massen heranzukommen. Wie man dies also zum Gegenstand eines besonderen Vertrauensvotums machen kann, verstehe ich nicht. Denn wenn das in der Tat ein Grund sein soll — damit komme ich wieder auf die Frage der regelmäßigen Budgetbewilligung —, wenn das ein Grund sein soll, dann kommt man überhaupt niemals mehr in die Lage, gegen ein Budget zu stimmen. (Sehr richtig!) Denn derartige Forderungen kommen in jedem Landtagsetat vor, das eine Jahr mehr, das andere Jahr weniger. Es wird hingewiesen auf die Eroberung des direkten Wahlrechts. Es ist sehr schön, daß wir es in Bayern erobert haben, wir haben uns darüber gefreut. Aber seien wir doch ehrlich gegen uns selbst: Das haben wir nicht unserer eigenen Macht und Kraft zu danken. Wenn wir in Bayern und Baden das allgemeine Wahlrecht erlangten, so deshalb, weil die Konstellation der Parteiverhältnisse das Zentrum nötigte, es auch zu verlangen. Man hat den Norddeutschen vorgehalten: Ja, was habt Ihr denn erreicht, was habt Ihr denn jetzt in Preußen? Seht uns mal an, was wir erlangt haben! Eure Tätigkeit in Ehren, Ihr habt Euch durchaus brav und wacker gehalten und alles getan, was in Euren Kräften stand, um den Staatskarren vorwärts zu schieben, aber auf der anderen Seite soll man doch nicht mehr behaupten, als billigerweise gerechtfertigt werden kann. Ich weiß nicht, wann wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht bekommen werden, ich fürchte, es wird erst zu haben sein, wenn wir mehr als das allgemeine Wahlrecht erobern (Sehr gut!), dort sind aber ganz andere Kräfte zu überwinden. Dort haben wir im Osten das Junkertum, in Rheinland-Westfalen und Schlesien eine starke Bourgeoisie, wir haben in Preußen keine bürgerliche Partei, die wirklich für das allgemeine Wahlrecht eintritt, denn auch das Zentrum ist nur platonisch dafür zu haben. (Sehr richtig!) Die Konstellation der Parteiverhältnisse ist im Norden eine andere als im Süden. Im Süden hatte das Zentrum ein Interesse am allgemeinen Wahlrecht, weil es nur auf diese Weise seine Macht voll entfalten konnte. Aber Ihr habt auch hohe Preise dafür zahlen müssen, Ihr habt eine Wahlkreiseinteilung gutheißen müssen, die auf lange Zeit hinaus dem Zentrum die absolute Herrschaft im bayerischen Landtage gewährleistet, Ihr habt zugeben müssen, daß das Wahlrecht vom 21. auf das 25. Lebensjahr hinaufgeschraubt ist. Ich mache Euch daraus keinen Vorwurf, ich gebe zu, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts an sich diese Opfer wert war. Aber Ihr in Bayern und Baden habt niemals solche Kämpfe zu führen brauchen, wie wir sie in Preußen geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das war für Euch unnötig. Ganz anders bei uns, wo wir noch zu Kämpfen kommen werden, die weit über die jetzigen hinausgehen. Die Klugheit gebietet mir, nicht mehr zu sagen, aber in der glatten Weise wie in Süddeutschland geht es bei uns im Norden nicht, da wird eines Tages Kopf und Kragen daran gesetzt werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber alles zu seiner Zeit, die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen, wir müssen uns nach den Dingen richten. (Sehr gut!) Wenn Ihr also in Bayern und Baden in eine günstigere Position gekommen seid, so ist das erklärlich, das soll Euren Verdienst nicht abschwächen, aber man soll auch die Sache auf den richtigen Standpunkt stellen. Das Zentrum hat eben die Situation begriffen, und nur mit seiner Hilfe ist es gelungen, das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen. Und wie steht es mit der Frage der Verhältniswahl bei den Gemeinden? Für das Dorf hat man sie abgelehnt. Ganz erklärlich, da dominiert das Zentrum. In den Städten hat das Zentrum nach seiner Meinung bisher zu wenig gehabt, da hat es also freudig Eurem Antrag zugestimmt. Ich begrüße das, weil damit ein sehr wichtiges Prinzip wenigstens in einem Staate Deutschlands verwirklicht ist. Wir erkennen auch die sozialen Reformen an, die Ihr durchgesetzt habt, z. B. die für die Bergarbeiter, aber wir wollen uns doch darüber nicht täuschen, daß auch diese Art von Konzessionen ihre Schranken hat. In Bayern stehen heute in bezug auf sozialreformerische Fragen die Dinge ungefähr so wie Ende der vierziger Jahre in England zwischen Tories und Whigs. Den Zehnstundentag haben die Tories gegen die Whigs beschlossen, weil sie, die Konservativen, die Herrscher des platten Landes, den Liberalen, den Herrschern der Industrie, das Leben sauer machen wollten. Ganz ähnlich ist es mit unserem Zentrum. Werdet Ihr mal den Versuch machen, mit Sozialreform für Landarbeiter und Dienstboten hervorzutreten, dann werdet Ihr vom Zentrum eine ganz andere Antwort bekommen. Das Zentrum ist naturgemäß industriefeindlich, es tut alles, um der kapitalistischen Entwickelung Einhalt zu gebieten. Wie war es z. B. 1877 in der Schweiz? Die gesamten Bauern stimmten für Verkürzung der Arbeitszeit für die Industriearbeiter und eine Reihe anderer Reformen. Aber als sie dann sahen, daß dadurch die Arbeiter in Scharen vom Lande in die Städte liefen, wollten sie nunmehr von weiteren Sozialreformen nichts mehr wissen. Mit einem Wort: heute ist in Bayern Zentrum Trumpf.

Aber abgesehen von den angeführten Gründen gab es auch eine Reihe anderer Umstände, die unsere bayerischen Genossen hätten bewegen müssen, gegen das Budget zu stimmen. Da ist vor allem das Kultusbudget, da ist Herr von Wehner, der Kultusminister. Herr v. Wehner in Bayern und Herr Holle in Preußen sind von der gleichen Farbe, beide sind reaktionär bis in die Knochen (lebhafte Zustimmung), und in bezug auf die Befriedigung von Kulturbedürfnissen in Bayern ist das Zentrum die rückständigste Partei, die man sich denken kann. (Sehr richtig!) Wie kann man einem solchen Ministerium den Kultusetat bewilligen? Genosse Timm hat in einer Versammlung gesagt: „Wir haben in unserer Kritik der Regierung gegenüber nicht zurückgehalten; dies trifft besonders zu auf den Etat Anton v. Wehners, genannt der Unterhachinger, mit dem wir manchen ernsten Kampf aus-

zufechten hatten, weil er als getreuer Schildknappe des gegenwärtigen übermächtigen Zentrums handelte.“ Timm erwähnte auch das Verhalten des Ministers gegenüber dem Lehrer Beyhl und sagte, wir haben deshalb Wehner als Reaktionär rücksichtslos bekämpft. Schöne große Worte! Aber dann stimmt man für das Budget? (Heiterkeit und Sehr gut!) Glaubt einer von Ihnen, daß ein anderes Ministerium einen Beamten, der so auftritt wie Beyhl, nicht ebenso behandeln würde, vielleicht noch schlimmer als Herr v. Wehner? (Sehr richtig!) Ihr sprecht von der allgemeinen Gleichberechtigung, Ihr beruft Euch darauf, daß ein Minister gesagt hat, es sei jetzt kein Verein vorhanden, dem anzugehören einem Beamten verboten ist. Das hat ein Minister gesagt. (Zuruf: Namens der Regierung!) Namens der Regierung? Wenn ich nicht irre, ist Euer Ministerpräsident Freiherr von Podewils. (Zuruf.) Hier möchte ich eins bemerken: Wenn man so intim mit den Ministern verkehrt, wenn man förmlich Hausfreund bei den Ministern geworden ist (Stürmische Heiterkeit), wenn man ihren Einladungen folgt, wenn man der Frau Minister die Hand küßt (Erneute große Heiterkeit), wenn solche Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Ministern bestehen, dann wird allmählich der Oppositionsgeist eingelullt, dann kommt man allmählich in eine ganz andere Stimmung, dann darf man sich über nichts mehr wundern. (Lebhafte Zustimmung und Zuruf.)

Was ich hier sagte, trifft unsere Genossen ohne Unterschied, einerlei, wo sie stehen und sitzen. (Heiterkeit.) Herr v. Podewils sagte also am 18. Oktober 1907 — es handelte sich um den Fall Roßhaupter, auch ein Eisenbahnarbeiter, dem im Gegensatz zu Baden die Regierung für die Ausübung seines Mandats nichts in den Weg legte —: Das Verhältnis der Staatsbeamten im Gegensatz zum Staatsarbeiter sei öffentlich-rechtlicher Natur. Der Staatsbeamte sei durch feierlichen Eid gebunden. Ein Staatsbeamter, der sich zu einer politischen Richtung bekenne, die die Grundlage der monarchischen Verfassung verneint, setze sich dadurch in unlöslichen Gegensatz zu seinem ganzen Dienstverhältnis, namentlich zu seinem Eid. (Hört! hört!) Nun, Parteigenossen, dieser Standpunkt des Herrn v. Podewils ist durchaus korrekt vom Standpunkt eines monarchischen Ministers. Dagegen läßt sich nichts sagen. (Zurufe.) Ich will nicht anfangen, Vergleiche zu ziehen; aber ich habe die Ueberzeugung, daß diese Grundsätze auch künftig die maßgebenden sein werden bei der bayerischen Regierung — es müßte denn sein, daß die Sozialdemokratie in Bayern allmählich so zahm wird, daß man von seiten der Regierung absolut nichts mehr gegen sie einzuwenden hat (Heiterkeit); dann läßt man die Beamten auch in sozialdemokratische Vereine. Aber wenn Ihr als Sozialdemokraten auftretet, und ein Beamter seiner oppositionellen Gesinnung in diesem Sinne Ausdruck gibt, so bin ich überzeugt, daß er einen letzten Gang nach seinem Bureau gemacht hat. (Heiterkeit und Zustimmung.) Also auch nach dieser Richtung ist die Auffassung, die unsere Genossen in Bayern von der Sache haben, durchaus falsch. Parteigenossen, wir wollen auch einige Jahre nach Nürnberg-Fürth zurückgehen. Als wir die großen Arbeiterausstände hier vor zwei Jahren hatten, als die Polizei in der gewalttätigsten, rücksichtslosesten Weise gegen unsere Leute vorging, was habt Ihr denn da für eine Genugtuung bekommen? (Sehr richtig!) Keine! Glaubt Ihr denn, daß dieselbe Polizei bei gleichem Anlaß nicht in ganz derselben Weise vorgehen wird? Da irrt Ihr Euch ganz gewaltig! Und wenn das als selbstverständlich erachtet werden muß, dann kann man ein solches Regierungssystem unter keinen Umständen unterstützen. Ich komme noch auf einen Fall. Ich war erstaunt, als im Frühjahr dieses Jahres Genosse Segitz in der Kammer an den Minister des Innern die Frage stellte, ob er dem Magistrat von Fürth nicht

wieder die Rechte in bezug auf die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts einräumen wolle, die jede andere Stadt in Bayern habe. Die Sache ist kurz folgende: Ich habe 1881 in Fürth eine Versammlung gehalten, also unter dem Sozialistengesetz, gegen die der Fürther Magistrat, der damals demokratisch war, nichts einzuwenden hatte. Darauf wurde dem Fürther Magistrat von der Regierung das Recht genommen, künftig in Vereins- und Versammlungssachen noch zu entscheiden, das wurde an die Kreisregierung übertragen. Es war ein Gewaltstreich, eine unerhörte Maßregel. Ich habe geglaubt, die Sache sei längst zu Ende. Da höre ich zu meinem größten Erstaunen aus der Anfrage von Segitz, daß nach 27 Jahren dem Magistrat von Fürth noch die Rechte vorenthalten waren. Und Segitz hat nicht etwa eine zustimmende Antwort bekommen, sondern der Minister hat den Zustand gerechtfertigt. (Zuruf von Segitz; Heiterkeit.) Nun, Ihr habt wahrhaftig keine Ursache, darüber zu lachen! 14 Tage danach ist endlich der Erlaß aufgehoben worden, aber daß ein solcher Zustand 27 Jahre bei Euch dauern konnte, ist ein Skandal, eine Schande! (Segitz ruft: Daß er aufgehoben ist, ist ein Erfolg!) Die Sache ist also jetzt beseitigt, sie hat aber volle 27 Jahre gedauert, und daß der Skandal endlich aufhört, nennt Ihr einen Erfolg. (Sehr gut!) Und da meine ich allerdings, Parteigenossen, daß das Dinge sind, die unsere Parteigenossen veranlassen müßten, von einer Zustimmung zum Budget Abstand zu nehmen. Eine Erklärung, die Ihr stets als maßgebend für die diesmalige Abstimmung angegeben habt, kann bei jeder neuen Budgetperiode wiederkehren, und sie wird wiederkehren. Die Bewilligung würde also permanent.

Parteigenossen! Es ist in der Verhandlung in einer jede Zweideutigkeit ausschließenden Weise gesagt worden: Wir müssen Freiheit der Bewegung haben in Süddeutschland, wir können sie uns in der Weise, wie es der Lübecker Beschluß tut, nicht mehr nehmen lassen, wir müssen nach unserem Gutachten entscheiden können, wie wir handeln wollen! (Zuruf.) Bitte, ja! — Ihr habt erklärt, den Lübecker Beschluß wollen wir haben, wenn eine ähnliche Deutung möglich ist, wie Ihr sie ihm jetzt gegeben habt. (Zurufe von den Süddeutschen: Sehr richtig!) Ja, sehr richtig! Das heißt, die ganze Bindung hört auf. (Widerspruch der Süddeutschen.) Na, natürlich, Ihr könnt machen, was Ihr wollt. Wir würden Jahr für Jahr derartige Debatten wieder haben. Parteigenossen! Ich kann Euch sagen, ich habe an den drei Malen mehr als genug. Noch einmal dieselbe Debatte zu haben — da möchte ich dafür sorgen, daß das ein für allemal unmöglich ist!

Nun müssen wir doch in der Tat bei all den Dingen uns einmal fragen: was ist denn seiner ganzen Natur nach der heutige Staat? Darüber kann doch gar kein Zweifel bestehen: der heutige Staat ist die politische Organisation zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft und zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Eigentums. Der heutige Staat ist der Schützer der bürgerlichen Produktionsweise, d. h. des Rechts der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Aufrechterhaltung des Lohnsystems, der Lohnsklaverei in der heutigen Gesellschaft. Das ist die Aufgabe, die der Staat zu erfüllen hat, um, sobald daran gerüttelt wird, mit all seinen Mitteln, all seiner Macht, all seiner Kraft dem entgegenzutreten. Nun, Parteigenossen, was ist denn für uns das Entscheidende: die kleinen sozialen Erfolge oder das Endziel? (Lebhafte Zustimmung.) Doch zweifellos das Streben nach der Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft, nach der Umwandlung des heutigen Staats in einen sozialistischen Staat. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das müssen wir unausgesetzt im Auge haben. Diesem Streben treten die Regierungen als Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft naturgemäß entschieden entgegen.

Die Bewilligung des Budgets heißt unter solchen Umständen nicht nur Anerkennung, sondern auch Unterstützung und Aufrechterhaltung des Systems, dem Sie laut Programm entgegenzutreten haben. (Sehr richtig!) Nun sagt man: Ihr habt da leicht Theorien entwickeln, aber draußen bei der Masse steht es anders! Das haben wir vor 14 Jahren gehört, das haben wir vor 7 Jahren gehört, das hören wir heute wieder. Nun möchte ich fragen: was hat es denn den Bayern geschadet, daß sie 14 Jahre lang das Budget verneint haben? (Lebhafte Zustimmung.) Was den Badensern? Was den Württembergern? Wir haben seitdem verschiedene Reichstagswahlen gehabt, Landtagswahlen, Gemeindewahlen. Allüberall haben wir Fortschritte gemacht. Der Genosse Kolb hat mit vollem Recht, mit besonderer Emphase nach dem Ausfall der letzten Hottentottenwahl erklärt, daß gerade in dem revisionistisch verseuchten Baden die Sozialdemokratie verhältnismäßig am stärksten zugenommen habe. Das war zu einer Zeit, wo sie beständig gegen das Budget gestimmt hatten. (Sehr richtig!) Also keinerlei Schaden, keinerlei Nachteil ist eingetreten. Aber zu verlangen, daß wir dem Vorurteil der Masse Rechnung tragen sollen, das geht gegen unser Prinzip, das geht gegen unsere Grundsätze. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kämpfen seit 45 Jahren gegen die Vorurteile der großen Masse, gegen die Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, die der großen Masse eingeprägt worden sind in der Schule, in der Kirche, in der Presse, durch alle möglichen Veranstaltungen. Wir kämpfen unausgesetzt dagegen und mit außerordentlichem Erfolg. Wir sind in immer größere Kreise gedrungen, nicht nur im Norden, auch im Süden. Wenn Ihr den Massen unser Programm entwickelt, im bayerischen Wald oder sonstwo, wenn Ihr ihnen auseinandersetzt, was unser Endziel ist, wenn Ihr von der allgemeinen Expropriation sprecht, von der kapitalistischen Produktionsweise, die beseitigt werden soll, um gerechtere Zustände zu ermöglichen, — so sind das doch alles Fragen, die der Arbeiter viel schwerer versteht, aber ihn weit mehr interessieren, als die Frage des Budgets. Nach allen diesen Richtungen haben wir unsere prinzipielle Auffassung zu vertreten. Stoßen wir auf Massen, die unseren Standpunkt nicht begreifen, so haben wir es ihnen klarzumachen. Und, Parteigenossen, es gibt im Deutschen Reiche keinen Arbeiter, der auf die Dauer unseren Lehren und Gründen widerstehen könnte. (Stürmischer Beifall.) Ich, der ich heute vor Ihnen stehe, ich war vor 45 Jahren und noch später einer der grimmigsten Gegner der Sozialdemokratie und war doch auch wahrscheinlich damals kein dummer Kerl. (Heiterkeit.) Und so unendlich viele. Wir sind alle aus Saulussen Paulusse geworden. Wir haben im Kampf mit der Sozialdemokratie die sozialistischen Schriften lesen, studieren müssen, und da wurden wir ganz allmählich umgewandelt. Und so wie uns ist es Millionen ergangen und wird es weiteren Millionen ergehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unser Ziel erringen wir nicht durch kleine Konzessionen, durch Kriechen am Boden, indem wir zu den Massen heruntersteigen, sondern indem wir die Massen zu uns emporheben, indem wir sie begeistern für unsere großen Ziele. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, bleibt uns der Sieg sicher, nicht aber, wenn wir glauben, wir müßten nach allen Richtungen Rechnungsträgerei treiben. (Sehr richtig!) Gewiß, kein Mensch kann mit dem Kopf durch die Wand. (Sehr richtig!) Auch im Reichstage tun wir alles, was wir nur tun können, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen. Wir tun es nur nicht in dem Glauben, daß es in besonderem Maße geschehen wird. (Sehr wahr!) Wir tun es, um die Arbeiterklasse kampffähiger, leistungsfähiger für den Kampf um unser großes Ziel zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Das erreichen wir aber nicht dadurch, daß wir durch Vertrauensvoten für die herrschenden Gewalten den Glauben der Massen an unsere eigenen Prinzipien erschüttern. (Lebhafter Beifall, Widerspruch.) Das ist der Fall! Ihr (zu den Süddeutschen) weist hin auf die Leute im Walde, auf die Leute in entfernten Gegenden. Nun, wir haben im Norden auch solche Gegenden, wir haben Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen .... (Zuruf eines Süddeutschen: Auch in Berlin! Heiterkeit und große Unruhe.) Das ist ein schlechter Witz. Die Partei ist den Berlinern ungeheuer viel Dank schuldig (Lebhafte Zustimmung.) Den verlangen sie gar nicht, aber gesagt muß es werden, wenn Ihr solch elende Witze macht. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben also auch im Norden Arbeiter, deren Aufklärung schwer ist. Aber deswegen dürfen wir unser großes Ziel nicht aus den Augen lassen, indem wir der bürgerlichen Regierung Entgegenkommen beweisen. Ich kann Sie, Parteigenossen, nur dringend bitten, daß Sie die vom Parteivorstande und der Kontrollkommission vorgeschlagene Resolution mit möglichst großer Majorität annehmen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Für die bayerische Landtagsfraktion erhält das Wort:

Timm-München: (Zuruf: Berliner Bayer!) Ebenso wie in dieser Frage, ohne uns gehört zu haben, die Parteipresse vorzeitig Stellung genommen hat, tun Sie (zu den Zwischenrufern) es auch. Ich würde es für richtig halten, wenn Sie mit solchen Anreden wie „Berliner Bayer" so lange zurückhalten wollten, bis Sie gehört haben, was ich zu sagen habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Ich gestehe Ihnen offen, Parteigenossen, daß es kein erhebendes Gefühl für mich ist, hier eine Sache vertreten zu müssen, die sich bei ruhiger, nüchterner und leidenschaftsloser Beurteilung als selbstverständlich ergibt. Vom Arbeiterstandpunkt aus habe ich das Gefühl, daß in einer Zeit wie gegenwärtig, wo sehr wichtige allgemeine politische Fragen, die Reichsfinanzreform, die Verschlechterung der Arbeiterversicherung usw., an uns herantreten, wir eigentlich Wichtigeres zu tun hätten, als uns über Dinge zu unterhalten, die eigentlich für erledigt gelten sollten. Die umgestaltende Kraft der Sozialdemokratie muß geschlossen auf das Ziel losarbeiten, durch gemeinsame große Aktionen in praktischer Arbeit für die Interessen des Volkes, der Arbeiterklasse zu kämpfen und die Kreise zu gewinnen, die noch nicht zu uns gehören. Statt dessen verschwenden wir einen sehr erheblichen Teil unserer kostbaren Zeit auf Auseinandersetzungen, deren Wert im umgekehrten Verhältnis zu dem Zeitaufwand steht, den sie kosten. (Sehr richtig!) So wenig erhebend meine Aufgabe mir also auch vorkommt, so werden Sie es doch verstehen, wenn ich als Vertreter der Angegriffenen sehr ausführlich spreche. —

Es handelt sich um die Auslegung der Lübecker Resolution, besonders in dem Absatz 3. Es handelt sich darum, ob wir bei unserer Zustimmung zum Finanzgesetz in Bayern zwingende, in den Verhältnissen liegende Gründe hatten, ebenso wie die badischen Genossen in diesem und die württembergischen Genossen im vorigen Jahre sie zu haben glaubten. Wir haben dem Finanzgesetz zugestimmt. Genosse Bebel hat gemeint, daß die Gründe, wie sie im Absatz 3 der Lübecker Resolution verlangt werden, für uns nicht vorgelegen haben. Aber bevor ich darauf eingehe, möchte ich eines noch besonders hervorheben. Im schärfsten Gegensatz zu der ruhigen, sachlichen Auseinandersetzung Bebels, die ich im höchsten Maße anerkenne, über die Budgetabstimmung der Süddeutschen, hat der „Vorwärts" als verantwortliches Zentralorgan die Leidenschaften gegen die süddeutschen Abgeordneten in einer Weise aufgestachelt, die als unerhört bezeichnet werden muß. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Wir müssen das hier zur Sprache bringen, schon um in Zukunft schlimmere Sachen zu verhüten. Seit einigen Jahren reißt in unserer Partei eine eigen-

tümliche Kampfesweise ein, die wir früher nicht gekannt haben. (Sehr richtig!) Sehr unverantwortliche Personen in unserer Partei hatten vor einigen Jahren das löbliche Bestreben, die verantwortungsvollen Gewerkschaftsführer von der Masse loszulösen, die Masse gegen die Führer aufzuhetzen. Dieses Kesseltreiben gegen die Gewerkschaftsführer ist nur der Vorläufer für die Kampfmethode gegen die süddeutschen Parteigenossen gewesen. (Sehr richtig!) Aber kein geringerer als Bebel hat wiederholt auf Parteitagen den Appell an die schwielige Faust aufs entschiedenste verurteilt. Auch der jetzige Kampf gewisser Parteigenossen gegen die Süddeutschen ist nichts anderes als die zügellose Aufstachelung der Genossen gegen ihre parlamentarischen Vertreter. (Große Unruhe. Lebhafter Widerspruch. Rufe: Das hat ja gar nichts damit zu tun!) Ich habe verschiedenes zu sagen, was Ihnen vielleicht unangenehm ist, und werde mich darin durchaus nicht stören lassen. (Sehr richtig!) Wir alle von der bayerischen Landtagsfraktion sehen unser Tätigkeitsgebiet nicht hauptsächlich im Parlament. Ich habe in 10 Monaten 20 Versammlungen in allen Distrikten Bayerns abgehalten, und meine übrigen Kollegen haben es ebenso gemacht. Da könnten Sie uns doch wohl zutrauen, daß wir mit unseren Massen im engsten Kontakt sind. Schon deshalb sollten Sie den Kampf unterlassen. Aber es liegt System darin. Ich habe die Empfindung, daß unsere theoretisch gebildeten Parteigenossen zu wenig mit der Masse in Berührung kommen. Ich habe Hochachtung vor aller wissenschaftlichen Arbeit. Aber wenn eine Wissenschaft sich loslöst von der Praxis, muß sie zu sehr einseitigen Ergebnissen führen. Und ich habe den Eindruck bei bestimmten Personen, daß ihre Theorie zu wenig Verbindung mit der Praxis hat.

Bei dem Ernst, den die Behandlung der Sache erfordert, muß ich Euch alle dringend bitten, Euch in der sachlichen Prüfung unserer Gründe durch nichts beeinflussen zu lassen. Sollte es wirklich der Fall sein, daß jemand mit einem fertigen Urteil zu dem Parteitag gekommen ist, so appelliere ich an ihn, es zurückzustellen, bis er unsere Gründe gehört hat. Diesen Appell richte ich besonders an die Theoretiker, die bereits den Stab über uns gebrochen haben. Wenn kein anderer Grund zu einer sachlichen Prüfung für Sie vorhanden ist, so doch der, daß Sie es hier nicht mit einzelnen Personen zu tun haben. Mit verschwindenden Ausnahmen stehen die bayerischen Parteigenossen hinter uns trotz aller Treibereien, die erfolgt sind, um uns von der Masse zu trennen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

Zunächst einiges zur formellen Seite der Streitfrage. Wie kam die Lübecker Resolution zustande? In Frankfurt lag eine Resolution vor, die da besagte, daß unsere Fraktionen, da die Gesamtbewilligung des Budgets als Vertrauensvotum gilt, gegen das Budget zu stimmen haben. Hierzu wurde ein Amendement Stadthagen angenommen, statt „da" „soweit" zu sagen. Die so veränderte Resolution wurde abgelehnt, es kam kein Beschluß zustande, die Fraktionen waren frei.

Im Jahre 1901 nahm dann der Lübecker Parteitag wieder Stellung zur Budgetfrage. Es kam ein Kompromiß zustande; die Formulierung des Absatzes 3 der Resolution erfolgte auf Grund eingehender Beratungen mit den Landtagsabgeordneten, und zwar wurde die Resolution nur deshalb angenommen, weil Absatz 3 die notwendige Bewegungsfreiheit einräumte. Wer entscheidet nun über die Auslegung? Auch hierüber hat der Parteitag in Lübeck entschieden. Singer, der sich gegen Absatz 3 wandte, hat erklärt: „Wer entscheidet denn, was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind?" Er fügte hinzu: „Das entscheiden dann diejenigen, die die Abstimmung vorzunehmen haben." Es bestand also Einigkeit darüber, daß die zuständigen Fraktionen entscheiden. (Widerspruch. Zuruf: Das war die Ansicht von

Singer!) Singer hat zweifellos als Mann, der die Geschäftsführung in Händen hat, seine Anschauungen zum Ausdruck geben wollen darüber, wer entscheidet. (Zuruf: Seine Anschauungen!) In der Debatte hat sich niemand dagegen gewendet, es entstand Einstimmigkeit darüber, daß die Landtagsfraktionen nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden haben. (Widerspruch.) Wollte man eine andere Meinung zum Ausdruck bringen, dann hätte man das klar entscheiden und festlegen müssen. Ich bin also vollständig berechtigt, zu behaupten, daß die beteiligten Fraktionen zunächst vollständig frei und unabhängig darüber zu entscheiden haben, ob die besonderen Verhältnisse gegeben sind. Wenn damals irgendeine andere Deutung und irgendeine andere Meinung zum Ausdruck gekommen wäre, dann hätten sich die beteiligten Genossen der in Betracht kommenden Staaten ganz entschieden dagegen gewendet, weil eine andere Deutung unmöglich ist und auch für die Zukunft — das betone ich schon jetzt — die Freiheit der in Frage kommenden Vertreter vollständig gewahrt werden muß. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Also die Fraktionen hatten zu entscheiden; das haben wir in Bayern, das haben unsere Genossen in Baden gemacht.

Kritik an den Handlungen der parlamentarischen Vertreter zu üben, ist ein selbstverständliches Recht der Presse. Aber wir konnten wohl verlangen, daß die Kritik in sachlichen Formen erfolgt. Wenn man zu schärferen Mitteln übergehen wollte, dann mußte man zunächst doch einmal unsere Gründe hören. Aber was schreibt das Zentralorgan? Es spricht von Disziplinbruch, von parlamentarischem Kretinismus (Hört! hört! Pfui! Lachen), von Bücklingen des Dankes an die Vertreter des Klassenstaates, von einem System des Partikularismus; es erhebt den Vorwurf, man wolle an Stelle des proletarischen Klassenkampfes das bürgerliche blockliberale System des Parlamentelns, des Abschacherns und des Abschmeichelns von Zugeständnissen setzen; es sagt ferner, die süddeutschen Abgeordneten hätten sich nicht wie demokratische Volksvertreter, sondern wie Mitglieder einer höfischen Fronde benommen. Ja, das verantwortliche Zentralorgan der Partei steigert seine Angriffe soweit, daß es uns Parteifrondeure nennt. Kann eine solche Sprache der Partei förderlich sein? (Frohme: Nein!) Auf die „Leipziger Volkszeitung" gehe ich nicht ein. Das ist Sache der sächsischen Genossen selbst. Ich bin auch nicht so ethisch-ästhetisch — ich glaube, so heißt die Lesart jetzt — veranlagt, daß ich persönlich mich durch den Ton verletzt fühlte. Namentlich nicht über die Art des Kampfes der „Leipziger Volkszeitung". Aber das will ich sagen: wenn ich Geschäftsleiter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wäre, so würde ich im stillen wünschen, daß diese Leute, die an der Parteipresse in Leipzig sind, der Partei noch lange erhalten bleiben. (Widerspruch, Zustimmung und Gelächter.) Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — das spreche ich in aller Ruhe aus — kann sich gar keine besseren Leute wünschen, als die, die solche Anwürfe gegen uns gerichtet haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Aber so ganz vogelfrei sind wir denn doch nicht; die Partei hat sich gültige Grundsätze geschaffen, die noch heute für den Verkehr der Parteigenossen untereinander maßgebend sind. In der Taktikresolution des Erfurter Parteitages, die Bebel eingebracht hat und die noch heute zu Recht besteht, heißt es:

> Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist; er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt wird, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder An-

klagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen. Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz, daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei, auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Man könnte ja sagen, die Verhältnisse im Verkehr haben sich seitdem verändert. (Heiterkeit.) Nun in seinem Wahlaufruf vom 15. Dezember 1906 empfiehlt der Parteivorstand den Parteigenossen dringend:

> Vor allem raten wir Euch, führt den Wahlkampf sachlich. Unsere prinzipielle und taktische Stellung ist so, daß wir nicht zu persönlichen Verunglimpfungen der Gegner zu greifen brauchen. Ueberlaßt diese Kampfesweise den bezahlten Agenten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Die Genossen, die dagegen gesündigt haben, könnten ja sagen, das war den Gegnern gegenüber gemeint (Heiterkeit), innerhalb der Partei gelten solche Grundsätze nicht, da ist jeder vogelfrei, alldieweil wir ja eine Partei der Brüderlichkeit sind. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wer so argumentiert, den möchte ich an den weiteren Aufruf des Parteivorstandes vom 9. Februar 1907 erinnern. Dort heißt es: „Es soll ferner auch nicht verschwiegen werden, daß die vielfachen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art oftmals in einer Weise ausgetragen wurden, die unseren Gegnern Stoff zu Angriffen liefert. Hier haben wir künftig ohne Ausnahme uns die größte Reserve aufzuerlegen. Müssen Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dies nur in der streng sachlichsten Weise geschehen, wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht angesehen wird." Ich frage Sie, wenn in diesem Aufruf zugegeben wird, daß die Auseinandersetzungen, die wir früher hatten, mit Schuld an der ungeheuren Wahlniederlage getragen haben, ist es dann nicht unverantwortlich, daß jetzt wieder in der gleichen Weise vorgegangen wird? (Lebhafte Zustimmung.) Es sind leider die alten Parteitraditionen bei den jüngeren Leuten etwas in Vergessenheit geraten. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Erklärung, die die Reichstagsfraktion im Jahre 1885 zur Zeit der Differenzen über die Dampfersubventionen veröffentlicht hat, wo es hieß: „In der letzten Zeit waren im „Sozialdemokrat" offene und versteckte Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags zu lesen. Die Angriffe gingen teils von der Redaktion, teils von Korrespondenten des Blattes aus und bezogen sich vorzugsweise auf das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder in der Frage der Dampfersubventionen. Auch ist eine Resolution der Züricher Genossen, die sich gegen die Haltung der Fraktion in dieser Sache aussprach, nicht bloß im Parteiorgan veröffentlicht, sondern auch in einzelnen Abzügen in Deutschland verbreitet worden, offenbar in der Absicht, eine Art Entrüstungsbewegung gegen die Fraktionsbegriffe hervorzurufen. Wenngleich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß, daß durch derartige Angriffe ihre Stellung nicht erschüttert werden kann, so betrachtet sie doch ein solches Verfahren als durchaus ungehörig. Sie bestreitet der Redaktion und dem Korrespondenten des Parteiorgans keineswegs das Recht der Kritik, sie erachtet es aber für eine schwere Schädigung der Parteiinteressen, wenn die Beschlüsse der Abgeordneten in einer Weise besprochen werden, welche geeignet ist, die Fraktion in den Augen der fernstehenden Parteigenossen herabzusetzen. Das Parteigefühl unserer Genossen, an welches wir appellieren, muß ihnen sagen, daß ein solches Verfahren geeignet ist, die Aktionsfähigkeit der Partei zu vermindern und in wichtigen Momenten sogar zu lähmen. Statt den gewählten Vertretern der Arbeiter in solcher Weise den schwierigen Kampf gegenüber dem mächtigen Feind noch zu erschweren, sollte jeder Parteigenosse bestrebt sein, den Keim der Zwietracht zu ersticken und das vereinigende Band fester und fester zu knüpfen." Die Fraktion war also damals der Meinung, daß es ein frivoles Beginnen sei, wenn das Vertrauen zu einer parlamentarischen Körperschaft in dieser Weise erschüttert wird. Ich frage Sie, ob nicht wir, die wir in der gleichen verantwortlichen Stellung sind, nicht den gleichen Anspruch auf eine sachliche Würdigung unserer Tätigkeit haben und ich frage Sie, ob es innerhalb der Parteigenossenschaft soweit gekommen ist, daß im zügellosen Tone jeder für vogelfrei erklärt wird, und daß man keine Rücksicht mehr zu nehmen hat auf die Schlagfertigkeit der Partei? (Sehr gut!) Ich klage aber auch den Parteivorstand an. Ich klage ihn an, daß er nicht eingegriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand — und nur so kann es für später Ruhe geben —, wenn irgendeine Kleingkeit in der Partei darauf hindeutet, daß eine große Aktion daraus gemacht werden soll — und es genügen ja bei uns Kleinigkeiten dazu, den Zündstoff zu zünden —, ich verlange also, daß der verantwortliche Parteivorstand, seine sämtlichen Mitglieder, dann zusammentreten und daß sie mit ihrer Erklärung nicht erst kommen, wie nach Dresden, wie nach den Reichstagswahlen, wenn der Schaden angerichtet, das Haus angezündet ist. Sondern ich verlange, daß man vorher sich nicht scheut, sondern den Mut hat, mit einer solchen Erklärung voranzugehen. Und ich verlange, daß das auch gegenüber den „Vorwärts"-Redakteuren geschieht und nicht nur gegenüber Leuten, wo man meint, man könne den Mut dazu hernehmen. (Unruhe.) Der „Vorwärts" hat die Meinung vertreten, daß das System der gebundenen Mandate mit Recht auf die Parteitage angewendet werde, ein System, das jeder Demokratie ins Gesicht schlägt. Warum hat der Parteivorstand nicht den Mut gefunden, zu sagen: so geht es nicht, wir dürfen aus dem Parteitag keine Aktion von Terroristen machen (Lachen und Bravo!), sondern von Parteigenossen, die sich untereinander aufzuklären haben durch sachliche Gründe. (Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhange ist auch die berühmte Stuttgarter Geheimkonferenz zu beleuchten. Wie war denn die Sache? Genosse Bebel hat gegen die bayerische Fraktion den Vorwurf erhoben, sie hätte Scheuklappen vor den Augen, wir kennten die allgemeinen Zusammenhänge nicht. In aller Ruhe muß dem Genossen Bebel gesagt werden, daß diese seine Auffassung eine durchaus irrige ist. Das geht daraus hervor, daß die erste Konferenz, die wir nach Würzburg einberufen hatten, gerade den Zweck hatte, über den Rahmen der bayerischen Interessen hinaus eine Aktion mitunterstützen zu helfen, von der wir uns sagten, daß sie für die Vertiefung der Demokratie in Deutschland gegen das System des Junkerabsolutismus in Preußen gerichtet war und der Gesamtpartei zugute kommen solle. Wir haben bei dieser Gelegenheit den Parteivorstand um seine Meinung gebeten, haben ihn als eine kollegiale Instanz angesehen, haben ihm gesagt, daß wir bereit sind, die preußischen Genossen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem schwierigen Wahlrechtskampf zu unterstützen. Ist das Partikularismus, ist

das eine zu enge Tätigkeit? Der Parteivorstand hat damals uns mitteilen lassen, wenn einer abkommen könnte, würde die Konferenz beschickt werden. Ich will auf die einzelnen Verhandlungen der Konferenz nicht eingehen; insbesondere — das halte ich für wichtig — haben wir angeregt, ob es nicht gehen würde, daß wir unsere Redner austauschen, daß die süddeutschen Genossen ihre Redner nach Norddeutschland dirigieren und die norddeutschen die ihrigen nach Süddeutschland. Wir glaubten, daß sich dann eher eine gewisse Verständigung erzielen ließe und daß Unstimmigkeiten, die sich immer wieder auch bei uns zwischen Nord und Süd ergeben, am besten ausgeglichen würden, wenn wir uns gegenseitig mehr verstehen lernen. Es ist kein Gebrauch von dieser unserer Anregung gemacht worden. In dieser Konferenz ist bereits die Frage der Budgetabstimmung beraten worden. Auf diesen Konferenzen, die immer tagen, werden selbstverständlich keine Beschlüsse gefaßt; aber es haben dort die verschiedensten Redner, zuerst Genosse Segitz und dann auch Vertreter der badischen und württembergischen Genossen, zu der Frage gesprochen. Von unserer Seite wies ich darauf hin, daß wir gegenwärtig unter besonders schwierigen Verhältnissen stehen und daß, wenn die Entwickelung weiter so ihren Lauf nehmen würde, wir ernstlich zu überlegen haben würden, ob nicht die besonderen zwingenden Gründe für die Zustimmung zum Finanzgesetz vorliegen, und ich habe schon damals den Standpunkt vertreten, daß wir innerhalb des Lübecker Beschlusses den nötigen Spielraum haben. Genosse Pfannkuch hat seine abweichende Meinung dahin geltend gemacht, daß er der Ansicht ist, es könne erst dem Budget zugestimmt werden, wenn die sozialdemokratische Fraktion ausschlaggebend sei. Aber gleichviel, welche Auffassungen vertreten wurden, wenn man als Freunde diese Dinge miteinander bespricht, dann frage ich Sie, konnte es in irgendeiner Weise überraschen, welche Strömung bei uns in Süddeutschland vorhanden war? Hat denn der Genosse Pfannkuch — dazu war er doch delegiert — den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes nicht berichtet? Wir waren vollständig baff, als man kurz vor unserer Abstimmung getan hat, als ob man gar nicht informiert wäre. — Und noch ein weiteres. Auf dieser Konferenz wurde aus Gründen, die mit der Budgetabstimmung nicht zusammengehören, sondern mit der bayerischen Politik und mit Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Württembergern, angeregt, ob nicht eine nochmalige Konferenz stattfinden könne. Und es wurde dabei auch ausdrücklich betont, man könne sich dann weiter über die Budgetfrage unterhalten. Es wurde den Württembergern überlassen, die Konferenz einzuberufen, und ausgesprochen, daß sie innerhalb drei Monaten stattfinden sollte. Alles im Beisein des Parteigenossen Pfannkuch vom Parteivorstand. Wenn Pfannkuch nur den Wunsch ausgesprochen hätte, auch an der zweiten Konferenz teilzunehmen, so wäre selbstverständlich dagegen nichts zu sagen gewesen. Ich frage alle, die dort anwesend waren, ob irgendeine Strömung gegen den Parteivorstand dort herrschte? (Zuruf: Aber nicht im geringsten!) Wir haben uns freundschaftlich, kollegial beraten. Ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zu einer öffentlichen Staatsaktion zum Schaden der Sozialdemokratie gemacht werden, besser erledigt würden, wenn man sich kollegial zusammenfindet. Allerdings nicht von dem Standpunkt der Herrscher und Beherrschten, sondern von dem Standpunkt der kollegialen Gleichberechtigung. (Sehr gut! bei den Süddeutschen!) Die württembergischen Parteigenossen haben dann zu der Konferenz eingeladen, und während wir bayerischen Abgeordneten an der ersten Konferenz, wo es sich um die Aktion für den preußischen Wahlkampf handelte, vollzählig anwesend waren, haben wir zu der zweiten Konferenz, auf der keine Beschlüsse gefaßt werden sollten, 7 Mitglieder von unseren 21 für eine genügende Delegation

gehalten; 5 sind schließlich nur dagewesen. Das beweist Ihnen schon, daß wir die Frage der Budgetabstimmung durchaus nicht als eine Haupt- und Staatsaktion aufgefaßt haben und daß bei uns alle anderen Motive vorhanden waren, als uns in irgendeiner Weise gegen Parteitagsbeschlüsse aufzulehnen, sondern wir haben immer gesagt, wir müssen uns im Rahmen der Lübecker Resolution halten. Ich bedauere, daß ich so ausführlich auf diese Dinge eingehen mußte, aber nachdem diese Dinge in der Preßpolemik eine so bedeutungsvolle Rolle gespielt haben, muß ich Gelegenheit nehmen, sie so darzustellen, wie sie sich in Wirklichkeit abgespielt haben, weil ich noch immer überzeugt bin, ich habe nicht die Aufgabe, den Parteikonflikt zu erweitern, sondern dahin zu wirken, daß wir uns nach Möglichkeit zusammenfinden.

Ich muß nun begründen, weshalb die bayerische Landtagsfraktion dem Finanzgesetz diesmal die Zustimmung gegeben hat. Zunächst betone ich: die treibenden Elemente bei dieser Zustimmung waren nicht unsere akademisch gebildeten Genossen, sondern die Arbeiter. (Hört! hört!) Der Ausfall der Wahlen in Bayern brachte uns eine Anzahl Mandate, die uns selbstverständlich eine höhere Verantwortlichkeit auferlegten. Schon in der ersten Fraktionssitzung haben wir unseren Aktionsplan festgestellt. Wir haben es darauf angelegt, die Regierung zu zwingen, jetzt bei der direkten Wahl und der für uns günstigen Situation so viel wie möglich für die Arbeiter zu bewilligen. Die Lohnerhöhungen, die sonstigen sozialen Verbesserungen, die Ausgestaltung der Pensionskasse usw. betragen in dem diesmaligen Finanzgesetz eine Summe von etwa 8 Millionen Mark. Ich habe gar keine Veranlassung, in irgendeiner Weise die bayerische Regierung zu loben. Es ist mir das von dem politischen Standpunkt aus unangenehm, daß ich hier Tatsachen feststellen muß, die ich und die Sie für selbstverständlich halten müssen. Aber es kann gesagt werden, daß es nicht ganz so liegt, wie Bebel auseinandergesetzt hat, daß alle diese Sachen bewilligt werden mußten, weil infolge der Zoll- und Aushungerungspolitik die Regierung auch entsprechende Zulagen geben muß. Das ist gewiß richtig, aber es kommt doch darauf an, ob nicht durch das Antreiben einer Gruppe, hinter der eine Macht steht wie die Sozialdemokratie, die Regierung vorangetrieben werden kann. (Sehr richtig!) Segitz war Vorsitzender des sozialen Ausschusses, der die sämtlichen Arbeitersachen vorzubereiten hat, und er hat es verstanden, in 27 Sitzungen so zu disponieren, daß bei jedem einzelnen Etat die Ergebnisse des sozialen Ausschusses vorlagen und die finanziellen Konsequenzen gezogen werden konnten. Früher wurden die Arbeiterangelegenheiten so verschleppt, daß erst am Schlusse der Session Beschlüsse zustande kamen, die nur den Wert hatten, nach außen hin zu prangen, ohne daß die finanziellen Konsequenzen gezogen wurden. Diesmal, wie gesagt, bei jedem Etat. So gelang es zum Beispiel beim Etat der Jagd-, Forst- und Triftverwaltung der geschickten Führung unserer Leute, noch eine Summe von 667 000 Mk. mehr einzustellen, als beabsichtigt war. Auch beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung haben wir eine größere Summe mehr einsetzen können. Es kommen da viele Parteigenossen in Betracht, die in den Betrieben arbeiten und unsere Tätigkeit genau verfolgen. Es ist doch bei uns ganz anders, wo die Staatsarbeiter organisiert sind, als in Preußen, wo das nicht möglich ist. Unsere Staatsarbeiter verfolgen unsere Tätigkeit viel mehr kritisch. Wir haben in Versammlungen ihre Stimmung kennen gelernt. Wir haben es verstanden, als eine Petition der christlichen Arbeiter, die der Regierung zunächst zur Berücksichtigung überwiesen war, dem Finanzausschuß überwiesen wurde, durchzusetzen, daß ein weitere Summe von 82 000 Mk. für Urlaubsgewährung an Arbeiter, die über zehn Jahre im Betriebe sind, eingestellt wurde. Es mag

zunächst kleinlich erscheinen, aber es ist immerhin für die in Betracht kommenden Arbeiter ein bedeutender sozialer Fortschritt.

Dann kam diesmal die wichtige Frage des Gehaltsregulativs und des Beamtengesetzes; und hier geht Bebel auch irrig, wenn er meint, daß die Beamtenaufbesserung ohne weiteres erfolgt wäre. Die Sache liegt vielmehr so: Seit 1893, wo die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag tätig ist, hat die Frage eines Beamtengesetzes und eines vernünftigen Gehaltsregulativs eine außerordentliche Rolle gespielt und die sozialdemokratische Fraktion war immer der Treiber. Diesmal lag das Gehaltsregulativ und das Beamtengesetz vor; es hat in der Budgetperiode 18½ Millionen gefordert. Wir haben im Ausschuß drei Genossen gehabt und es ist uns da insbesondere gelungen, die Verhältnisse der niedrigsten Schichten bedeutend günstiger zu gestalten, als es die Regierung beabsichtigt hatte. An den Gehältern der Klasse 1—12, das sind die oberen Beamten, wurden 870 470 Mk. gestrichen; bei der Klasse 13 bis 17, das sind die mittleren, 526 200 Mk. zugesetzt; in der Klasse 18—30, das sind die unteren Beamten, darunter unsere Parteigenossen, die auf uns gerechnet haben, ist es gelungen, eine Summe von 1 112 730 Mk. mehr einzustellen. Und wie haben sich die Sachen im einzelnen gestaltet? Ich muß das hier sagen, denn die Detailverhältnisse sind von unserem Zentralorgan vollkommen verkehrt berichtet worden. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich weiß nicht, aus welchen Gründen, aber es sind da Mitteilungen in die Welt gegangen, die vollständig unrichtig sind. Die Sachlage ersehen Sie aus einigen Beispielen. In der Klasse 18 z. B., die Bahnmeister, Werkführer usw., betrug das Anfangsgehalt 2115 Mk. und stieg in 26 Dienstjahren auf 3015 Mk.; jetzt von 2215 Mk. in 19 Dienstjahren auf 3115 Mk. In der Klasse 25, die Boten, Diener usw., statt wie früher von 1231 Mk. in 27 Dienstjahren auf 1555 Mk., jetzt von 1500 Mk. in 19 Dienstjahren auf 2100 Mk. Dann die Klasse 30: Bahnwärter, Straßenwärter, Waldwärter usw., bisher Anfangsgehalt 780 Mk., nach 26 Dienstjahren Höchstgehalt 1080 Mk.; jetzt haben sie ein Anfangsgehalt von 1200 Mk. (Hört! hört!); nach 19 Dienstjahren ein Gehalt von 1700 Mk. (Hört! hört! bei den Bayern.) Für die untersten Beamtenklassen hatte die Regierung 1100 Mk. eingesetzt; unserem Eintreten ist es mit zu danken gewesen, daß das Anfangsgehalt auf 1200 Mk. heraufgesetzt wurde. (Hört! hört!) Ich frage Sie, Parteigenossen, sind das Dinge, die von selbst entstehen? Und sind das nicht Sachen, die auch von unseren theoretisch gebildeten Genossen beachtet werden müssen? (Hört! hört! Segitz: Ach!) Sind das nicht alles Sachen, die für die große Masse unserer Bevölkerung von außerordentlicher Wichtigkeit sind? Wir als Sozialdemokraten haben also, im Rahmen unseres Parteiprogrammes stehend, alles aufgeboten, die sozialen Verhältnisse zu verbessern, das möglichste zu tun, was notwendig war. Bei der Lehreraufbesserung haben wir mitgewirkt, daß eine Summe von 3 565 000 Mk. bewilligt wurde. Wir haben unsere Hand geboten, daß bei allen anderen Kulturfragen vorgegangen wurde. Bebel sagt, ja in der Frage der Wasserkraftgewinnung, das ist selbstverständlich, das muß die Regierung machen! Das ist nicht selbstverständlich. Wer die Sache einmal studiert und verfolgt, wie die Regierung in Bayern zu der jetzigen Auffassung gekommen ist, daß mit der Gewinnung der Wasserkräfte vorangegangen werden muß, der wird finden, daß es der Stellung unserer Parteigenossen, insbesondere der planmäßigen Tätigkeit, die unser Parteigenosse Adolf Müller auf diesem Spezialgebiet entfaltet hat, zu danken ist, daß man endlich diesen Standpunkt einnimmt. (Gelächter.) Nicht um unserer schönen Augen willen (Ruf: Nein!) — ganz sicher nicht, sondern weil man die Macht, die hinter uns steht, respektieren muß. (Lachen.) Wir müßten ja eine traurige sozialdemokratische

Partei sein, überhaupt eine traurige Kulturpartei, wenn wir verneinen wollten, daß wir umgestaltend auch auf den gegenwärtigen Klassenstaat schon einwirken. (Zustimmung. Lachen. Widerspruch und Bewegung.) Ist denn die Sozialdemokratie politisch so machtlos in Deutschland, daß wir nicht erklären sollen, es ist vieles in Deutschland, was kulturell besteht nur dem Einfluß der Sozialdemokratie zu danken. (Lebhafter Beifall. Zuruf: Selbstverständlich!)

Es ist dann von Anfang an gesagt worden, der Disziplinbruch der bayerischen Abgeordneten qualifiziere sich um so schärfer, weil in Bayern der Militäretat mit in dem Budget enthalten ist und sie ihm zugestimmt haben. Das war eine besondere Anklage gegen uns, und, Parteigenossen, nicht ohne Absicht hat der „Vorwärts" sie gebracht; er hat gewußt, daß das die Empörung am ersten aufstacheln wird, wenn man sagt: der Militäretat war dabei und so weit sind die Leute schon gesunken, daß sie auch dem mit zugestimmt haben! Parteigenossen, die Sache wäre ja abgetan nach der loyalen Notiz, die der „Vorwärts" hinterher gebracht hat, daß er sich geirrt habe, wenn nicht nachher ein anderes Parteiorgan, ein wissenschaftliches Parteiorgan, wie es sich so gerne nennt, wiederum mit dieser Behauptung aufgetreten wäre, mangels besserer Mittel. Ich muß deshalb erklären: wir haben geschlossen und in namentlicher Abstimmung am 31. Januar gegen den bayerischen Militäretat gestimmt. Der bayerische Militäretat ist ein Quotenetat, er wird aus dem allgemeinen Reichsetat herausgeschnitten. Es geht daraus hervor, daß er in keinerlei Zusammenhang mit dem Zivilfinanzgesetz steht, weil er am 1. April beginnt und der andere Etat vom 1. Januar angeht. Er ist ein einjähriger Etat, der andere ein zweijähriger. Der „Vorwärts" aber, der das zurückgenommen hat, der „Vorwärts", der es vorher uns als das größte Verbrechen anrechnete, sagte hinterher ganz gelassen, es sei das übrigens herzlich belanglos. (Hört! hört!) Parteigenossen, ich muß Ihnen doch schon sagen: Ein Parteiorgan, das sich Zentralorgan nennt, das besetzt ist mit 11 Redakteuren, sollte über diese einfachen Finanzgesetze doch die nötige Kenntnis haben. Es sollte sich nicht nach außen hin so blamieren, daß es in den einfachsten Dingen nicht Bescheid weiß.

Wissen viele von Ihnen, die uns verurteilt haben, überhaupt was ein Budget ist? (Stürmisches Lachen.) Dann freue ich mich über den Fortschritt, den unsere Parteibewegung seit 1894 gemacht hat. Ich bekenne Ihnen offen, ich, der ich damals eine Resolution mit unterschrieben habe aus allgemeiner Ueberzeugung und pflichtgemäßem Parteigefühl, ich habe mir später, als ich mit dem Budget zu tun hatte, doch gesagt, du hast damals die Sache ziemlich leicht genommen. Sie können mir das als Schwäche auslegen, aber ich habe damals tatsächlich nicht gewußt, was ein Budget ist. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ich scheue mich nicht, das zu sagen, ich habe den Mut, zu bekennen. Wie ist denn das Budget in Bayern zusammengesetzt? Das Zivilbudget besteht aus einem ordentlichen und einem außerordentlichen Etat. Im ordentlichen Etat belaufen sich die direkten Steuern auf 46 Millionen. Diesem Etat haben wir selbstverständlich zugestimmt, ebenso einer Reihe anderer Etats, zum Beispiel dem Etat für die Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen, für die Verwaltung der Post und Telegraphen, dem Eisenbahnetat, auch dem Etat für besondere Betriebe des Staates — unter diesen besonderen Betrieben befindet sich auch das königliche Hofbräuhaus München — (Heiterkeit). Für den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern haben wir natürlich nicht gestimmt. Zu neun Zehnteln mußten wir den Einnahmen unsere Zustimmung geben, und zwar steht diese unsere Haltung in vollem Einklang mit der unserer Parteigenossen in den übrigen gesetzgebenden Körperschaften. Von den Ausgaben ist zunächst der Etat des königlichen Hauses und

Hofes mit 5,4 Millionen Mark zu nennen. Es ist gar nicht darüber zu reden, daß unsere Verwaltung in Deutschland mit den 44 Millionen, die die verschiedenen Monarchen bekommen, außerordentlich teuer ist. Natürlich haben wir gegen diesen Etat gestimmt. Zugestimmt haben wir unter anderem dem Etat für das Staatsministerium des Aeußeren, unter den die so wichtige Fabrik- und Gewerbeinspektion fällt. Zum Etat der Justiz hat Genosse Süßheim in vierstündiger Rede ausführlich den Standpunkt unserer Partei dargelegt, hier haben wir die Ausgabe für den Scharfrichter zu streichen beantragt, im übrigen haben wir zugestimmt, denn es ist uns gelungen, unseren Einfluß auch auf das Gebiet des Strafvollzuges usw. auszuüben, was ja später selbst der „Vorwärts" anerkannt hat. Es kommt dann der Etat des Staatsministeriums des Innern, unter ihn fällt das wichtige Gebiet der Arbeiterversicherung, auf dem große Fortschritte errungen sind. Dann kommt wieder ein betrüblicher Etat, der Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten, wir haben zwar dafür gestimmt, aber den Standpunkt unserer Partei dem Kultusminister gegenüber vollständig gewahrt. Es ist richtig, daß Herr von Wehner unter den bayerischen Ministern einer der rücksichtslosesten, rückständigsten ist, und daß wir ihn auf das schärfste bekämpft haben, aber bei unserer sachlichen Abstimmung mußten wir unterscheiden, ob der Etat in seinem größten Teil Ausgaben für Kulturzwecke enthält oder nicht. Der ganze Etat beträgt 38 Millionen, während allein die Ausgaben für Erziehung und Bildung sich auf 26 Millionen belaufen. Wir haben zirka 8 Millionen dieses Etats abgelehnt und 30 Millionen zugestimmt. Unter den 39 Kapiteln dieses Etats enthält eines die Ausgaben für die Landesuniversität. Nach Kautsky müßten wir allerdings dem Klassenstaat die Mittel für Universitäten verweigern, aber wir kommen da in einen Widerspruch. Kautsky hat doch auch die Grundlagen seiner theoretischen Bildung auf den Universitäten des Klassenstaates geholt. Freilich, wenn alle Akademiker, die zu unserer Partei kommen, so wie Kautsky nur in grauer Theorie machen, ohne Berücksichtigung der realen Verhältnisse, dann ließe sich vielleicht im Parteiinteresse darüber reden, ob wir nicht dem Klassenstaat die Mittel für Universitäten verweigern wollen. (Große Heiterkeit.) Auch dem Etat des Staatsministeriums für Finanzen haben wir zugestimmt und natürlich auch der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse für Staatsbeamte und der Aufbesserung des Einkommens der Geistlichen und Volksschullehrer. In seinem Artikel in der „Neuen Zeit" schreibt Kautsky, die Gehälter der Beamten seien bereits vorher bewilligt gewesen. Dabei ist ihm eine große Entgleisung passiert, diese Ausgaben stehen nämlich im Finanzetat. Aehnlich ist das außerordentliche Budget zusammengesetzt. Ich frage Sie nun bei ruhiger, nüchterner Betrachtung: Sieht ein Zivilbudget des bayerischen Staates nicht doch etwas anders aus, wie es sich der eine oder der andere gedacht hat? (Zurufe: Nein!) Dazu kommt, daß wir in Bayern das direkte Wahlrecht errungen haben, ich gehe nicht darauf ein, aus welchen Gründen, ich möchte nur erklären, daß sowohl die Auffassung von Bebel als auch die von Kautsky hierüber vollständig irrig ist. Ich nehme es Kautsky durchaus nicht übel, man kann ein großer Mann der Wissenschaft und ein großer Theoretiker sein, aber doch dadurch, daß man dauernd verurteilt ist, an einem Platz zu sitzen, wichtige Unterströmungen übersehen. Ich begreife es sehr wohl, daß Kautsky darüber nicht informiert ist. Wir haben dann in Bayern den Gemeindeproporz errungen, wir haben eine Vertretung in der Zentralstelle für Handel und Industrie und im Eisenbahnrat, wir haben die Teilnahme der Arbeiter an der Bauaufsicht, wir haben den Achtstundentag und das Verbot des Nullens in den Gruben, wir haben das Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter. Der Verkehrsminister mußte ausdrücklich erklären,

daß er an die Dienststellen eine Weisung erlassen würde, daß sie mit unseren Organisationen zu verhandeln haben. Eine solche Weisung ist tatsächlich ergangen. Weiter ist von der Regierung erklärt worden, daß es in Bayern keinen Verein gäbe, dem beizutreten den Staatsbeamten verboten sei, der Finanzminister hat wiederholt erklären müssen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise geschmälert werden soll, und als wir ihn über einen Fall interpellierten, wo ein Beamter von dem Vorgesetzten gezwungen wurde, aus dem sozialdemokratischen Verein auszutreten, da erklärte der Minister, daß er das Verhalten des Vorgesetzten nicht billigen könne. (Hört! hört!) Diese Tatsachen müssen wir doch anerkennen, wir wollen die Regierung nicht loben, wir wollen aber feststellen, was ist, und das soll doch nach Lassalle immer noch ein politischer Grundsatz der Sozialdemokratie sein. Dann kommt der Fall Roßhaupter, das ist ja auch etwas Selbstverständliches, aber manches, was wir als selbstverständlich ansehen, ist anderswo nicht selbstverständlich. (Sehr richtig!) Roßhaupter hat in rücksichtsloser Weise den sozialdemokratischen Standpunkt vertreten, er hat in keiner Beziehung der Regierung gegenüber geschwankt, er hat aufs schärfste verurteilt, daß die Gehälter der Minister so gewaltig erhöht wurden, er ist nicht gemaßregelt worden. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein Abgeordneter seine Meinung zu vertreten hat und daß die Sozialdemokratie es anstreben muß, eine gleichberechtigte Partei zu sein. Das wollen wir ja auch nach dem zweiten Teile unseres Programms. Gestern ist der Bürgermeisteradjunkt Binder als Reichstagsabgeordneter für Ludwigshafen gewählt worden, er ist im gewissen Sinne Beamter. Es wird zum Landtag als Nachfolger für Ehrhart wahrscheinlich ein bayerischer Lehrer aufgestellt werden, wir halten es für ganz selbstverständlich, daß er in seinem Amte bleibt; wir wollen nicht, daß ein Sozialdemokrat gemaßregelt wird, wenn er seinen revolutionären, klassenbewußten, sozialdemokratischen Standpunkt vertritt. (Sehr gut!) Wir haben alle Veranlassung, mit aller Schärfe und Verve, ohne unser Endziel aus den Augen zu verlieren, auch für politische Freiheiten in Deutschland zu kämpfen. (Sehr richtig!) All das spielte natürlich bei der Frage, wie wir uns in der Gesamtabstimmung verhalten sollen, eine Rolle. Es ist richtig, daß sich unter dem System von Feilitzsch Zustände in Bayern entwickelt hatten, die durchaus rückständig waren. Feilitzsch hat vielen Genossen unter dem Sozialistengesetz trübe Stunden bereitet, er ist derjenige, dem Grillenberger in seiner wuchtigen Anklagerede den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Und Feilitzsch war auch für die von Bebel mit Recht verurteilten Ausnahmezustände in Fürth verantwortlich. Aber als der neue Minister Brettreich kam — ich lobe keinen Minister, ich stelle nur Tatsachen fest —, da waren die alten Zustände, nachdem sie in der Abgeordnetenkammer von Segitz scharf gerügt wurden, nach 14 Tagen beseitigt. Wenn Sie die Verhandlungen nachlesen, dann werden Sie finden, daß speziell Segitz das Verdienst dafür reklamieren kann, daß mit diesen Zuständen aufgeräumt ist. Natürlich stehen unsere praktischen Erfolge weit hinter dem zurück, was wir für nötig halten. Auch die Regierung und die herrschenden Parteien in Bayern haben ihren Standpunkt gewahrt, aber die neue Ministergarnitur hat doch eine andere Haltung einnehmen müssen als die alte. Wenn wir nun unter diesen anderen Verhältnissen eine andere Stellung einnehmen, ist das nicht das Gleiche als wie bei unserer Reichstagsfraktion? Hat Sie nicht auch gegenüber einem Berlepsch, gegenüber einem Posadowsky in der letzten Zeit eine andere Haltung eingenommen wie früher? Genau so haben auch wir politisch unterschieden, und wenn wir das nicht tun wollten, dann wären wir unfähig für unsere Stellung. Es wird jetzt gewitzelt über Arbeiterdiplomaten. Das ist ja auch eine Methode mit einer gewissen Absicht. Wenn ein Arbeiter

Kenntnisse erlangt, wenn er unabhängig denken lernt, dann kommen solche Angriffe, dann appelliert man an die Arbeiterinstinkte, um ihn von der Masse zu trennen. Wenn wir Wert darauf legen, immer neue Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, dann dürfen wir uns nicht an die Zwirnsfäden bloßer Formalitäten hängen und deshalb haben wir uns gesagt: Der Fortschritt unserer Parteibewegung und das Interesse der Arbeiter muß für unsere Haltung ausschlaggebend sein.

Auf dem Lübecker Parteitag hat Bebel auf das Beispiel von Gotha hingewiesen und gemeint, wenn wir die Mehrheit haben, dann könnten wir dem Budget zustimmen. Auch Kautsky akzeptiert das als etwas Selbstverständliches. Nehmen wir nun einmal an, wir hätten im bayerischen Landtag die Mehrheit, dann würde das Budget auch noch kein sozialdemokratisches sein, denn außer uns hätte dann doch auch die Regierung und die Kammer der Reichsräte mitzureden. (Sehr richtig!) Wie liegt es denn in Bayern? Nehmen wir an, daß kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere Budget, die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als sie die Natur eines vorher zu übersehenden Staatsbedürfnisses waren, und wenn die Mittel nicht ausreichen, dann befriedigt die Regierung zunächst jene Staatsbedürfnisse, die auf gesetzlicher oder rechtlicher Verpflichtung beruhen und dann die, die ihr als die dringendsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundsatz von Bebel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andere Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, dann wäre es mit unserer Vertretung vorbei. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das alte Budget ungünstiger ist, und daß da dann die Aufbesserungen der Lehrer und Beamten unter den Tisch gefallen wären. Die Arbeiter würden das einfach nicht verstehen, die Christlichen würden daraus Kapital gegen uns schlagen. Selbst Kautsky sieht ja auf dem Standpunkt, daß das kleinere Uebel vorzuziehen ist, und wie die Verhältnisse in Bayern liegen, ist es das kleinere Uebel, dem wir zugestimmt haben. Kautsky läßt ja sogar den „ernsthaften Politiker" zu. Das hat mich eigentlich gewundert, denn seiner Auffassung nach hätte er, da er jeden Parlamentarismus verurteilen muß, doch auch die ernsthaften Politiker verurteilen müssen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Für die Auslegung der Lübecker Resolution ist nicht nur die Auffassung von Bebel maßgebend, sondern auch die anderer Redner. So hat Joos-Gotha Bebel gegenüber den Standpunkt vertreten, daß man auch ohne die Majorität zu haben, unter Umständen den Etat bewilligen müsse. Er sagte:

„Ich will Ihnen einmal das vorführen, was wir bisher dank unserer Stärke erreicht haben: die Entschädigung unschuldig Verurteilter nicht nur, sondern auch der unschuldig Verhafteten; eine Gewerbeaufsichts-Assistentin; eine Erhöhung der Löhne der Domänenarbeiter von 1,20 Mk. auf 3 Mk., die in den Etat eingestellt sind; die Bewilligung von 2000 Mk. für das Arbeitersekretariat ohne jede andere Bedingung, als der Ueberwachung der unparteiischen Auskunftserteilung durch einen Regierungsvertreter. Wir haben den zum mindesten moralischen Erfolg erreicht, daß unser Bock Vizepräsident geworden ist und zugleich auch in den Verwaltungsgerichtshof, des höchsten Gerichtshofes, auch über die Regierung, gewählt und sofort bestätigt worden ist. Nicht eine einzige Versammlung wird mehr von der Polizei überwacht. — Alles Zugeständnisse, weil man wußte, daß wir eine so starke Macht sind. Diesmal ist der Etat einfach verlängert worden, weil ein neues Steuergesetz in Vorbereitung ist. Wenn wir nun zu unseren Wählern gekommen wären und ihnen gesagt hätten, das alles haben wir erreicht, aber dann den Gesamtetat verweigert, glauben Sie, unsere Wähler hätten ein solches Verhalten begriffen?"

Interessant ist es, daß nach Joos eine große Anzahl von Rednern gesprochen haben, darunter Bebel und Wurm, daß ihm aber kein einziger entgegengetreten ist. (Hört! hört!) Waren wir also nicht vollständig berechtigt, dem Etat zuzustimmen? Dazu kommt noch ein anderes. Die Gothaer Genossen haben im nächsten Jahre tatsächlich die Konsequenz gezogen, sie haben dem Etat zugestimmt, aber keiner hat sich darüber aufgeregt. (Hört! hört!) Da kann man sehen, wie Unterschiede gemacht werden. (Sehr richtig!) In die Resolution des Parteivorstandes hat man fein säuberlich eine Mißbilligung der süddeutschen Abgeordneten hineingebracht, Württemberg, Bayern und Baden sollen verurteilt werden, aber Gotha und Sachsen hat man herausgelassen. Ueber Sachsen will ich nicht reden. Geyer hat ja erklärt, daß die sächsischen Abgeordneten weder aus taktischen noch aus prinzipiellen Gründen dem Budget zugestimmt haben, aber zugestimmt haben sie. In Breslau hat Bebel gesagt, wie er über die denkt, die nicht wissen, was sie im entscheidenden Moment zu tun haben. Lesen Sie es einmal nach. Es ist charakteristisch, daß die Sachsen, die bei welterschütternden Ereignissen eigentlich geschlafen haben (Heiterkeit), die nicht wissen, was sie tun, doch ganz genau wissen, daß wir, weil wir wissen, was wir tun, aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. (Sehr gut! Heiterkeit und Unruhe.) Es wäre die Pflicht des Parteivorstandes und der verantwortlichen Parteiorgane gewesen, nach dem ersten Sündenfall in Gotha einzugreifen. Wenn die Budgetfrage diese Wichtigkeit hat, die man ihr beimißt, dann hätte man damals schon an Gotha ein Exempel statuieren müssen, aber man ist still gewesen, und auch die Resolution des Parteivorstandes enthält keine Mißbilligung. Im vorigen Jahr haben die Württemberger gesündigt, aber sie haben Gnade gefunden vor dem Herrn. (Heiterkeit.) Unsere württembergischen Genossen haben dem Budget aus ganz gleichen Gründen zugestimmt wie wir. Das geht aus dem Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion deutlich hervor. Der Internationale Kongreß hat nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt, und ich muß offen erklären, daß wir uns zu einer solchen Konzessionspolitik nicht herbeilassen dürfen. (Sehr richtig!) Wir haben uns bei unserer Zustimmung zum Budget von politischen Rücksichten im Interesse der Partei, im Interesse der Wähler, im Interesse der Arbeiter leiten lassen, nicht aber von anderen Gesichtspunkten. Wir müssen auch die Organisationen berücksichtigen, mit denen wir in Bayern zu tun haben, die christlichen Organisationen der Eisenbahner, der Salinenarbeiter, des Postpersonals, und die übrigen christlichen Organisationen, in denen Staatsarbeiter organisiert sind. Die christlichen Agitatoren sind uns immer nachgefahren nach unseren Versammlungen und haben dargelegt: Ja, die Sozialdemokratie ist zwar diejenige, die im einzelnen etwas gibt, aber im großen lehnt sie ab. Wenn wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern für die Sozialdemokratie gewinnen wollen, dann darf es uns nicht gleichgültig sein, wie wir von diesen Leuten beurteilt werden, und es darf uns auch nicht gleichgültig sein, inwieweit diese reine Formsache uns bei der Gewinnung neuer Anhänger schadet. Bebel wirft heute die Frage auf, was entscheidend sei, die Sozialreform oder das Endziel, und er stellt sich auf den Standpunkt, kleine Konzessionen darf man nicht machen. Aber so steht die Frage nicht, sondern so: führt nicht eine durchgreifende Sozialreform zum Endziel? Dann aber frage ich, ob wir auf diesem wichtigen sozialen Gebiete irgend etwas vernachlässigen dürfen? Auf dem Münchener Parteitag hat Bebel der Tätigkeit der bayerischen Genossen Lob gespendet, er hat erklärt, daß wir mit unserer Haltung zur Sozialreform die Massen gewinnen. „An solchen praktischen

Fragen läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, den Unterdrückten zu helfen." Auch Liebknecht hat seinerzeit bei der Auslegung des zweiten Teils unseres Parteiprogramms gesagt, man solle sich nicht in das Wolkenkuckucksheim des Zukunftsstaates flüchten, sondern auch im Gegenwartsstaat mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln das, was für die Arbeiter von Vorteil ist, herauszuschlagen suchen. Es ist bei uns in der Partei so, daß, wenn wir irgend etwas Vernünftiges vertreten, immer gesagt wird, wir haben unseren Standpunkt gewechselt, und leider muß man sich schon immer mit Zitaten hervorragender Parteigenossen bewaffnen. Was hat Bebel zum Beispiel vor 20 Jahren auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris gesagt? Am 17. Juli 1889 sagte er: „Es ist eines der allerwichtigsten Symptome für den Gang unserer Entwickelung, daß man heute die Frage einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung erörtern muß. Vor noch kaum 20 Jahren wäre es unmöglich gewesen, mit einem solchen Programm Verhandlungen zu eröffnen, die Arbeiterbewegung beschäftigte sich damals weniger mit der Praxis als mit der Theorie. Die Diskussion der Prinzipienfragen legte die Vorstellung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Tür steht. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Ordnung der Dinge zwar unwiderruflich zum Untergang verurteilt ist, für den Augenblick aber noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, um sich eine Zeitlang aufrechtzuerhalten, und daß andererseits die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht genügend erstarkt sind, um die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft herbeiführen zu können. Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was soll gleich geschehen, um den unmittelbaren Nutzen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund und sie haben dazu um so mehr ein Recht, als sie eine eminente Werbekraft besitzen, die Arbeiter mehr und mehr in die sozialistische Strömung ziehen und so dem Sozialismus die Wege ebnen." (Hört! hört!) Decken sich unsere Gründe nicht vollständig mit dem, was Bebel gesagt hat? (Widerspruch und Zustimmung.) Hat nicht die bürgerliche Gesellschaft auch heute noch Widerstandsfähigkeit? Liegt es nicht heute noch so, daß wir nicht die genügende Macht besitzen, und liegen die Dinge nicht heute noch so, daß wir mit allen Mitteln der taktischen Ueberlegung die großen Schichten der Arbeiterklasse gewinnen müssen? Diese Ausführungen von Bebel waren nicht etwa eine Entgleisung, sondern systematisch verfolgt er diesen Gedanken weiter. In Halle sagt er: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen der Arbeitermasse haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht auf die Zukunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. (Hört! hört!) Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit es auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglich ist, zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden und müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen sollen."

Diesen Gedanken hat er dann weiter gesponnen auf dem Parteitag in Erfurt: „Wir wissen, daß alle die Hunderttausende, Männer und Frauen, wie wir heute mit Stolz sagen können, zumeist nicht kamen, weil sie sofort erkannten, das letzte Ziel der Sozialdemokratie ist auch unser Ziel, darum schließen wir uns ihr an, sondern sie kommen, weil sie sehen, unsere Partei ist die einzige, welche die Leiden der Arbeiterklasse zur Sprache bringt und für die Verbesserung ihrer Lage ficht." . . . . „Das sind die Erwägungen, welche die Massen bestimmen, sich uns zuzuwenden." Und sind sie erst zu uns gekommen, sagt Bebel, dann ist es selbstverständlich, daß sie, die sich anfangs nur der Hoffnung auf direkte Vorteile aus vielleicht mehr nebensächlichen Ursachen sich uns

angeschlossen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, daß sie schließlich volle und ganze Sozialdemokraten sind. „Wollen Sie denn mit den verhältnismäßig wenigen, die sich vollkommen klar sind, Staat und Gesellschaft erobern? Das ist doch eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, sind Sie nichts als politische Toren." (Hört! hört!) Das sage nicht ich, sondern immer wieder unser Genosse Bebel. Und ich sage, daß die Fragestellung: Sozialreform oder Endziel? ganz verkehrt gestellt ist, sondern logisch muß es heißen: durch die Sozialreform zum Endziel. (Sehr richtig!) Durch die Gewinnung der Massen zum Endziel! Die Massen müssen gewonnen werden dadurch, daß wir systematisch praktisch für sie tätig sind und diese systematische praktische Politik haben wir getrieben, ohne das wir das Endziel vergessen haben. Es soll einer auftreten und uns anklagen, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit den sozialistischen Standpunkt vertreten haben. (Sehr richtig!) Jetzt soll nach Karl Kautsky die Budgetbewilligung eine Anerkennung des Klassenstaates sein. Das verstehe ich nicht recht, ich mag vielleicht in solchen Dingen nicht so beschlagen sein. Den Klassenstaat müssen wir doch anerkennen, der ist doch da. (Ruf: Sehr gut!) Ich muß die Mauer anerkennen, die da ist. Der Begriff ist meines Erachtens nicht ganz richtig konstruiert. Man macht dann die Formel noch weiter und sagt: ja, zwar Mitarbeit im Parlament, zwar Wahlen, und man hat vollkommen den früheren anarchistischen Standpunkt aufgegeben, und angeblich bekämpft man auch jetzt den sogenannten anarcho-sozialistischen Standpunkt; aber das muß ich sagen: Klarheit besteht nicht in den Ausführungen, die zum Beispiel Kautsky in der „Neuen Zeit" entwickelt hat. Schon dadurch, daß wir in das Parlament eintreten, anerkennen wir doch den Klassenstaat (Ruf: Sehr richtig!), das läßt sich doch absolut nicht bestreiten. Wir sollen doch nicht bloß negieren, protestieren, sondern auch praktisch arbeiten. Der Standpunkt des reinen Negierens ist aufgegeben worden, und da muß man sich doch die wirkungsvollste politische Macht sichern, man darf sich nicht an formalistische Gründe halten, sondern wir müssen auch die Konsequenzen ziehen, die zum Beispiel die Württemberger, Badenser, Gothaer, Weimarer usw. gezogen haben. Das ist aber unter den gegebenen Verhältnissen notwendig. Will man das Gegenteil, dann soll man offen und klar auftreten. (Sehr wahr!) Dann soll man reinen Tisch machen, dann soll man sagen: der bisherige Standpunkt der Partei ist nicht mehr aufrechtzuerhalten und dann soll man — und die ganze Art scheint darauf hinauszugehen —, dann soll man den sogenannten radikalen Standpunkt vertreten und soll sagen: Gegen jeden Parlamentarismus! (Stürmische Zustimmung.) Das ist die einzige logische Konsequenz. (Rufe: Da geht es auch hin!) Und ich habe das Gefühl, wenn ich die Tatsachen heranziehe, es steht eine große Anzahl der Parteigenossen, die 1890 und 91 gegen die sogenannte Unabhängigkeitsbewegung gekämpft haben, heute auf demselben Standpunkt, den damals die Unabhängigen eingenommen haben. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

So liegen die Dinge in der Praxis. Und da sagt Kautsky: Dem Klassenstaat keine Mittel bewilligen! Ja, was macht denn unsere Reichstagsfraktion? Wie steht denn die zu den einzelnen Etatspositionen? Genosse Singer, der sicher nicht im Verdacht steht, irgendwie rechts oder links zu tanzen, sondern der gerade durchgeht, hat am 19. Januar den Standpunkt vertreten; für eine vernünftige Gestaltung der Erbschafts-, Reichseinkommen- und Vermögenssteuer würde er die Hand bieten. Bebel hat wiederholt der Klassenregierung Mittel angeboten. Sie wissen, daß seinerzeit in der Auseinandersetzung mit den Unabhängigen eine breite Debatte eingenommen hat seine Handlungsweise am 25. Juni 1890 im Reichstag, wo er sich bereiterklärte, für rauchloses Pulver

und für bessere Uniformen Mittel zu bewilligen. (Hört! hört!) „Weil", sagte er, „weil ich überzeugt bin, daß in Wahrheit eine produktivere Ausgabe nicht gemacht werden kann." Und als er sich den Unabhängigen gegenüber in Halle zu verteidigen hatte, da sagte er: wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine Zielscheibe für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas getan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? Dann habe ich nichts weiter getan als meine Bereitschaft zu erklären, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Tausende unserer Genossen durch die Ungeschicklichkeit der Regierung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden. (Hört! hört!) Singer hat am 13. März 1908 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß der Standpunkt dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unserer Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) — Singer hat die Bereitwilligkeit erklärt, zwei Millionen für Zeppelin zu bewilligen. (Hört! hört!) Er hat dabei ausgeführt: „Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn auch vorläufig überwiegend militärische Zwecke mit dem Luftschiff verbunden sind (Hört! hört!), das Werk Zeppelins über den militärischen Zweck hinaus wissenschaftlichen und Verkehrsinteressen dienen und damit zu einem Kulturwerk für die ganze Welt werden wird." Also keine Rede von dem nur verneinenden Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen. Und der Genosse Bebel: In der Reichstagsverhandlung am 3. Februar dieses Jahres wurde die Frage, unter welchen Umständen die Sozialdemokratie im Reichstag den Etat bewilligen würde, von ihm in folgender Weise beantwortet. Die sozialdemokratische Partei hatte beantragt, die Löhnung der Mannschaften zu erhöhen und Graf Oriola hatte gesagt, das sei rein agitatorisch; die Sozialdemokratie lehne ja doch schließlich den Etat ab. Darauf antwortete Bebel: Wenn Sie für dringende und notwendige Ausgaben Einnahmen in einer Form beantragen, die unsere Billigung finden, so werden wir für sie stimmen, und auf das Hört! hört! und die Heiterkeit fuhr er fort: jawohl, wir werden aber niemals einem Etat unsere Zustimmung geben, der in der Hauptsache Einnahmen aus Lebensmittelzöllen und indirekten Steuern auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen Masse enthält (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), für einen solchen Etat wird niemand von der sozialdemokratischen Partei eintreten können und eintreten dürfen bei Strafe ihrer Vernichtung durch ihre Wählerschaft." (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) „Wenn Sie also in anderer — sagt Bebel —, gerechterer Weise, einerlei, ob im Wege einer Einkommen-, Vermögens- oder Erbschaftssteuer, mit einem Worte im Wege einer direkten Steuer, so daß auch den reichen Leuten empfindlich gemacht wird, was der Militarismus dem Deutschen Reich kostet, wenn Sie auf diese Weise die Lasten des Reiches für Militärzwecke aufbringen wollen, werden Sie stets unsere Unterstützung finden." (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich habe vorausgeschickt, das ist nichts neues. Das ist immer Tradition der Partei gewesen. Aber wenn Karl Kautsky sagt, wir dürfen dem Klassenstaat überhaupt keine Mittel bewilligen, so beweise ich, daß der Standpunkt, den Kautsky als theoretischen vertritt, weit entfernt ist von der praktischen Handlung unserer Partei. (Sehr richtig!) Damals hat der „Vorwärts" einen Bericht gebracht, in dem er Bebel sagen läßt: „dann werden wir auch für den Etat stimmen." Es hat damals keine Entrüstung in der Berliner oder sonstigen Arbeiterschaft gegeben; man hat diesen Standpunkt offenbar für ganz richtig gehalten. Auch hier der praktische Bebel gegen den theoretischen Kautsky: Kein Wort davon, daß dem Klassenstaat die Mittel zu seiner Existenz verweigert werden sollten. Und heute tritt man auf und nimmt uns gegenüber einen ganz anderen Standpunkt ein! Als Vertreter des Volkes im Parlament müssen wir das Vertrauen beanspruchen, nach bestem

Wissen und Können die Interessen der Wähler zu vertreten. Unsere Fraktionen können nur als eine Körperschaft selbständiger Männer wirken, während jede Direktive von außen ihnen den notwendigen Einfluß und die notwendige Bewegungsfreiheit nehmen müßte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Entweder eine selbständige parlamentarische Vertretung oder gar keine! (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Damit steht nicht im Widerspruch, daß die parlamentarischen Vertreter sich keiner Kritik auszusetzen haben; sie unterstehen der Kontrolle ihrer Wähler und den zuständigen Organen, die dafür geschaffen sind. Aber wenn sie wirken sollen, dann darf die Erschütterung nicht in der Weise geschehen, wie sie von den verantwortlichen Organen der Partei erfolgt ist. Und Parteigenossen, wenn Sie irgend eine Direktive schaffen wollen, die dahin gehen soll, daß die parlamentarischen Vertreter in irgendeiner Weise in ihrer verantwortlichen Stellung eingeschränkt werden sollen, dann sage ich, gleichviel in welcher Form es geschieht, ist es unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Persönliche Verständigung mit allen Parteigenossen, ein persönliches Insbenehmensetzen, Verständigung in loyalster Weise, aber keine Herrscher und Beherrschten. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Keinen Einfluß, gleichviel von wem er auch sei! Dagegen werden wir uns aus demokratischen Gründen auf das äußerste wenden. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Der verstorbene Dreesbach hat unmittelbar nach Lübeck die Unterstellung, als ob seine Fraktion durch den Parteitag gezwungen gegen das Budget stimmen werde, im badischen Landtag mit Entrüstung zurückgewiesen. Dreesbach hat damals namens seiner Fraktion erklärt, sie würde kein Mandat annehmen, für das sie eine Direktive von außen bekäme, noch einen Beschluß fassen, der gegen ihre Ueberzeugung sei. Unter der ganzen Fraktion war damals auch der Parteigenosse Adolf Geck (Hört! hört!). Wir alle stehen auf demselben Standpunkt und dieser Standpunkt liegt im Interesse der Partei und im Interesse der Arbeiterklasse. Er steht auch nicht im Widerspruch mit der Theorie des Klassenkampfes. Wir wollen die politische Macht erobern. Schon in der Taktikresolution des Erfurter Parteitages wird scharf betont, die Eroberung der politischen Macht kann nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda unserer Ideen bieten. Wer sich zu diesen Grundsätzen bekennt, muß seinen politischen Einfluß einsetzen, er muß daran arbeiten, daß von innen heraus schon eine Umgestaltung des Klassenstaates stattfindet. Ich habe früher auch auf einem anderen Standpunkt gestanden, habe die Resolution auf dem Frankfurter Parteitag mitunterzeichnet, das kann man mir aber doch nicht zum Vorwurf machen. Auch Mattutat, der auch in Berlin war, hat sich in Württemberg überzeugen müssen, daß sein Standpunkt falsch war, auch Auer hat mit unterschrieben, hat den schärfsten Standpunkt eingenommen und hat den Standpunkt dann geändert. In Dresden stellte Bebel fest, daß in Frankfurt die stärkste Rede gegen Vollmar Auer gehalten hat; heute, meinte Bebel, würde er diese Rede wohl nicht mehr halten, und Auer sagte dazu: sehr richtig! Also Auer, der doch ein kühler Kopf war, dem Sie doch alle das Zeugnis ausstellen werden, daß er wußte, was er wollte, hat später diesen Standpunkt nicht mehr aufrechterhalten können. Und Parteigenossen, wenn ich Ihnen erkläre, aus der Erkenntnis der Verhältnisse habe auch ich ihn nicht mehr aufrechterhalten können, dann ist das eine Sache der politischen Ehrlichkeit, daß ich das hier erkläre. (Beifall bei den Süddeutschen.) Es wird jeder seinen Standpunkt in diesen Dingen ändern können, und wenn ich das tue, so verwahre ich mich dagegen, Partikularist in irgendeiner Weise zu sein, ich wüßte nicht wie und

ich wüßte nicht wo. Ich sage nur das: gleichviel in welchem Staate, ob in Hinterpommern oder Mecklenburg — wo ich politisch wirken würde, unter solchen Verhältnissen, wie sie in Bayern liegen, gibt es nichts anderes als den Standpunkt einnehmen, den wir eingenommen haben.

Die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution ist für uns einfach unannehmbar. (Sehr richtig!) Ich sehe ganz von dem Mißtrauensvotum ab. Eine Mehrheit kann sagen, eure Gründe erkennen wir nicht an, wir müssen sie mißbilligen. Das begreife ich, aber der Schwerpunkt liegt darin, daß die Resolution sachlich unhaltbar ist. Sie kann nur so aufgefaßt werden, daß die Sozialdemokratie nur dann, wenn sie die Mehrheit hat, einem Budget zustimmen kann. Nehmen Sie folgenden Fall: es gelingt uns, im bayerischen Budget eine große Anzahl von Forderungen durchzusetzen, für deren Ablehnung wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Nun müssen wir doch wissen, wie unsere Gegner stimmen. Bekanntlich haben wir die größten Schwierigkeiten mit den Bauernbündlern, nach deren Meinung die Arbeiter schon viel zu viel erhalten. Diese könnten beschließen, gegen das Budget zu stimmen, um die Errungenschaften für die Arbeiter zu Fall zu bringen. Sie werden sich sagen: die Sozialdemokraten müssen mit uns stimmen, sie sind durch Nürnberg gebunden. Können Sie uns ehrlicherweise so binden? Und würden wir wirklich dafür stimmen, dann würde — es wird ja, wie wir gesehen haben, von den Parteikritikern doch nicht geprüft, man läßt ja die Angegriffenen nicht erst zum Wort kommen, es wird gleich verurteilt von dem Zentralorgan, wo doch Leute mit juristischer Bildung sitzen, die eigentlich wissen müßten, daß man erst den anderen Teil hören muß — dann würde man uns also wieder Parteifrondeure und schlimmeres nennen, und wir hätten wieder denselben Krach. Diese Sache machen wir nicht noch einmal mit. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Deshalb ist diese Resolution für uns völlig unannehmbar, ob sie nun verbessert oder verböfert wird. Der einzige Weg, auf dem wir uns finden können, ist, daß Sie in loyaler Weise die Lübecker Resolution mit der Auslegung, die sie sachlich hat, bestehen lassen. Sie müssen absehen von dem Verlangen der Unterwerfung und von der ewigen Resolutionsmacherei, die nur immer zu neuen Schwierigkeiten führt, von den flüchtigen Kompromissen, die auf allen Parteitagen zustande kommen. Wir müssen endlich zum gegenseitigen Vertrauen kommen. Das Vertrauen in der Partei ist wesentlicher als alle Resolutionen. (Zustimmung.) Sie dürfen die Sache nicht vom Standpunkt der Herrschenden auffassen, sondern Sie müssen uns als gleichberechtigte Körperschaft betrachten. Es darf bei uns nicht alles nach augenblicklichen Strömungen gehen, danach, wie der oder der aufgelegt ist. Unsere Politik geht ja auch häufig nach den Stimmungen, die hier und da herrschen. Die ganzen Debatten entstehen dadurch, daß von irgendeiner unverantwortlichen Seite die Brandfackel angezündet wird, und dann haben wir den Parteikrakeel, heute wegen der Budgetfrage, morgen vielleicht wegen der Konsumvereinsfrage, einer Gewerkschaftsfrage oder der Maifeier. Und das alles in so verbissener Form, daß dagegen keine Resolution schützen kann. Die Dinge werden erst anders werden, wenn wir zueinander Vertrauen gewinnen. Liebknecht hat in Erfurt mit Recht gesagt: „Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern im Ziel .... Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Taktik ist ihr Erfolg, und unsere Taktik hat sich herrlich bewährt.“ Die Budgetablehnung stellt man als etwas besonders Radikales hin, während sie doch eine Waffe ist, die wir, wie das Eintreten für den Freihandel, den Liberalen entlehnt haben. Nein, sie ist nichts Radikales, sie ist einfach eine Frage der Taktik. (Sehr richtig!)

Das hat auch Genosse Bebel in Frankfurt zugestanden, als er sagte, „man kann sehr wohl, das verstehe ich, zu der Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik und nicht um eine Frage des Prinzips handelt. Hatten wir doch in Sachsen ursprünglich eine andere Taktik geübt als gegenwärtig.“ Und in Lübeck hat sich auch die Genossin Zetkin namentlich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine taktische Frage handelt. Taktische Sachen aber entscheidet man nach ihrer Zweckmäßigkeit. Darauf legt man sich nicht fest und läßt sich nicht darauf festlegen, solange man überhaupt noch im Interesse der Arbeiterschaft für die Partei tätig sein will. (Sehr richtig!) Die Gestaltung der parlamentarischen Tätigkeit in den einzelnen Ländern muß man den zuständigen Landesorganisationen überlassen; sie allein verfügen über die Kenntnis der Verhältnisse. Der Parteitag sollte sich darauf beschränken, Ratschläge zu geben. Ich bin selbst dafür, daß wir alle im innigsten Kontakt bleiben, und wenn der Parteivorstand seine Tätigkeit für die Partei ernst auffaßt, so sollte er ein Interesse daran haben, sich über die Fortschritte und Taktik in den verschiedenen Landesteilen stets zu informieren. Eine solche freundschaftliche Fühlung ist gewiß sehr wünschenswert und viel wichtiger als alle Resolutionen. (Sehr richtig!)

Ich bin gewiß kein Partikularist, die Sache ist ja beinahe ins Lächerliche gezogen worden. Ich habe in meiner Tätigkeit in Preußen so viel erfahren, daß ich voll die große Opferwilligkeit unserer norddeutschen Genossen anerkenne, obwohl die Bayern auch opferwillig sind. Ich habe den bayerischen Genossen oft die Berliner als Muster der Opferwilligkeit vorgehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß die Norddeutschen unter schwierigeren Verhältnissen leben. Aber auch an der Berliner Taktik gefällt mir manches nicht. Als zum Beispiel bei dem Landtagswahlkampf von gewisser Seite von Schulstreik und Steuerverweigerung gesprochen wurde, da habe ich doch einige Fragezeichen dahinter gemacht. Ich habe das Gefühl, daß vielleicht doch eine andere Aktion hätte herauskommen müssen, aber ich maße mir darüber kein endgültiges Urteil an. Keiner von uns hat es für angebracht gehalten, die Berliner wegen ihrer Taktik irgendwie anzugreifen; aber auch die Berliner Genossen müssen lernen, daß bei der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Staaten mit ganz anderen taktischen Mitteln gekämpft werden muß. Sie tun unserer großen Sache einen viel besseren Dienst, wenn Sie, was an demokratischen Errungenschaften in den süddeutschen Staaten erkämpft worden ist, auch für Ihre Staaten durchführen. Sie sollten es nicht machen wie Kautsky, der, vielleicht in der besten theoretischen Meinung, förmlich mitleidig von oben herab über die süddeutschen Errungenschaften geurteilt hat, als ob das gar nichts wäre.

Wenn diese Auffassung von der politischen Gemütlichkeit im Süden die richtige wäre, dann hätte ja der Junker Oldenburg in Preußen und der liberale Oehl in Hessen recht, wenn sie sich gegen die politischen Freiheiten wenden. Unsere Fortschritte im Süden haben doch dazu geführt, daß der Staatsstreich bei uns in Deutschland vermieden ist. Die Brutalität der preußischen Junker würde ohne diese Fortschritte viel weiter gehen. (Sehr richtig!) Auf denselben Standpunkt steht auch Bebel, den ich wieder gegen Kautsky ausspielen muß. Am 27. März hat er im Reichstag erklärt, Bülow sei kein Staatsmann, aber Prinz Ludwig von Bayern sei einer. (Heiterkeit.) Am 24. März hat Bebel gesagt: Ohne Preußen wäre Deutschland das fortgeschrittenste Land der Welt. (Große Heiterkeit.) Wenn das richtig ist, muß Ihre politische Taktik eine andere werden. Sie darf sich nicht darauf beschränken, nur zu kommandieren, sondern sie muß unsere politischen Fortschritte gegen Preußen ausspielen. Sie müssen mit uns zu einer Verständigung kommen. In

unserem Wahlrechtskampf in Süddeutschland haben wir auch große Schwierigkeiten durch die Haltung der Norddeutschen bekommen, die unsere Haltung nicht verstehen konnten. Damals haben unsere liberalen Gegner uns immer den vernünftigeren Bebel vorgehalten. (Sehr richtig!)

All diese Umstände sollten zu einer ruhigen, vernünftigen Beurteilung der Sachlage zwingen. Aus unseren Erfolgen geht doch klar hervor, daß auch wir etwas vom Sozialismus im allgemeinen und auch etwas von den Bedingungen des politischen Kampfes verstehen. Wir können uns deshalb nicht Ihren Willen zum Schaden unserer Bewegung aufzwingen lassen.

Eine Resolution wie diese, die Sie uns aufzwingen, würde — ich spreche das in aller Ruhe aus — für uns unannehmbar sein. Hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur den entschiedensten Widerstand. Wir hoffen aber, daß Sie es nicht bis zum äußersten kommen lassen werden. Unsere Ausführungen werden Ihnen eine andere Kenntnis von den Dingen gegeben haben. Sie dürfen in diesem Augenblick, wo es sich um die fernere Geschlossenheit der Partei handelt, sich nicht darauf stützen, daß Sie bereits gebunden sind. Sie müssen als freie Vertreter der Sozialdemokratie handeln und den Mut haben, Ihre nach reiflicher Erwägung gewonnene, vielleicht andere als bisherige Beurteilung der Streitfrage vor Ihren Genossen zu vertreten. Wenn Sie der Partei einen Dienst bereiten und wenn Sie den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit (große stürmische Unruhe, sehr richtig! bei den Süddeutschen) — (mit erhobener Stimme) den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit (stürmischer Beifall bei den Süddeutschen; erneuter stürmischer Widerspruch) und den damit begangenen Fehler wieder gutmachen wollen — das sage ich in aller Ruhe —, so setzen Sie die Partei keiner Kraftprobe aus. Vertrauen Sie vielmehr uns, wie wir Ihnen vertrauen, daß wir, wie Sie, das Beste der Partei im Auge haben, und daß jeder Teil am besten die einzelnen taktischen Maßnahmen kennen und treffen wird, die unserer gemeinsamen großen Sache dienen sollen. (Lebhafter wiederholter Beifall bei den Anhängern der Budgetbewilligung und einem Teil des Publikums.)

Singer: Ich bin jetzt in der Lage, dem Parteitag Mitteilung zu machen von dem zahlenmäßigen Resultat der gestrigen Wahl in Speyer-Ludwigshafen. Der Genosse Binder hat 21 087 Stimmen bekommen, der bürgerliche Kandidat Buhl 12 607. (Lebhaftes Bravo!) Die Sozialdemokratie hat mehr als 3000 Stimmen gewonnen, der Block 1000 Stimmen verloren. (Erneutes lebhaftes Bravo!)

Hierauf wird beschlossen, auf den von den Nürnberger Genossen geplanten Ausflug, wenn nötig, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitags dankend zu verzichten.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und bringt zunächst zwei geschäftsordnungsmäßige Anträge zur Abstimmung. Ein Antrag Rudolph-Frankfurt a. M. verlangt eine Redezeit von 30 Minuten für je einen Vertreter der Minorität der bayerischen und badischen Landtagsfraktion. Der Antrag wird angenommen. Es werden das die Genossen Simon-Nürnberg und Eichhorn sein. Der andere Antrag, von Wels-Berlin gestellt, verlangt, daß in der Diskussion abwechselnd je ein Befürworter und ein Gegner der Vorstandsresolution zum Wort kommt.

Wels führt aus, daß bis zum Schluß der Bebelschen Rede bereits 76 Wortmeldungen vorlagen, davon die ersten 31 mit ganz geringen Ausnahmen von Anhängern der Budgetbewilligung.

Segitz-Fürth: Ich hätte an sich gar nichts dagegen, kann mir aber nicht vorstellen, wie das gemacht werden soll. Wer entscheidet, ob für oder gegen? Es gibt auch noch andere Resolutionen wie die Vorstandsresolution.

Singer: Die Redner selbst erklären durch Meldung beim Bureau, ob sie für die Annahme der Vorstandsresolution sind oder nicht. Dabei haben sie volle Freiheit, in ihrer Rede auch die anderen Resolutionen zu behandeln.

Ulrich-Offenbach: Wenn es sicher ist, daß die Reihenfolge der Rednerliste sonst maßgebend ist, können wir den Vorschlag akzeptieren.

In dieser Voraussetzung wird der Antrag angenommen.

Für die badische Landtagsfraktion erhält das Wort:

Dr. **Frank-Mannheim:** Daß so viele Abgeordnete und Vertrauensleute der Partei aus Süddeutschland nahezu einmütig in der vorliegenden Streitfrage vor Ihnen stehen, hat manchen unter Ihnen — ich weiß das — bedenklich gemacht und zur Vorsicht gemahnt. (Zuruf: Oder nicht!) Denn jedes Wort der Beschimpfung oder Bedrohung, das gegen uns sogenannte Disziplinbrecher geschleudert worden ist, fiel und fällt mit voller Wucht zurück auf die Arbeiterklasse selber. (Zuruf: Machen Sie uns bloß nicht graulich!) Das Proletariat will eine Welt gewinnen und gestalten und soll nach der Meinung mancher Leute nicht einmal imstande sein, ein paar Dutzend Abgeordnete und Vertrauensleute richtig auszuwählen. Wenn man bloß die „Leipziger Volkszeitung" liest, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß in Süddeutschland planmäßig lediglich die Verräter und Kretins in den Landtag geschickt werden, während die Klassenbewußten daheim bleiben. Wie erklärt sich denn die Einmütigkeit der süddeutschen Genossen? Ein Teil jener Leute, die das Gras des historischen Materialismus wachsen hören, hat es sich in dieser Frage sehr ideologisch leicht gemacht.

Man sprach von Minierern und Verschwörern, die ihren Einfluß geltend gemacht hätten. Die „Neue Zeit" hingegen hat versucht, uns wissenschaftlich gerecht zu werden. Sie hat unsere Rückständigkeit zu erklären versucht aus der Betriebsstatistik. Ich will auf dieses Gebiet, das mancher von uns als wissenschaftliche Spielerei betrachtet (Sehr richtig!), heute nicht folgen. Ich will auch nicht in den Streit darüber eintreten, welche Kultur die wertvollere ist, die norddeutsche oder die süddeutsche; denn darüber sind wir alle uns einig, daß das Proletariat im Norden wie im Süden sich seinen Anteil an der Kultur erst erobern muß. Es waren, ich versichere Sie, keine revisionistischen Verschwörer, die uns beeinflußt haben. Wir sind nicht wie die Kinder hinter dem Rattenfänger von Hameln hinter irgendeinem Menschen mit dämonischem Einfluß hergelaufen, und es war auch kein bayerischer oder Berliner Hiesel, der uns den Dolch auf die Brust gesetzt hat. Ich versichere Sie, unser Entschluß ist hervorgegangen aus ernstlichen sachlichen Beratungen. Wir waren der Meinung, um ein Wort des alten Liebknecht zu gebrauchen, daß das Parteiprogramm mit den erläuternden Parteibeschlüssen kein papierener Papst sei, sondern daß wir berechtigt und verpflichtet seien, selber zu denken und zu prüfen, dann aber auch zu handeln. (Sehr gut!) Und deshalb haben wir an Sie den Anspruch, daß Sie anerkennen, wir hätten mit unserem Vorgehen keinerlei Disziplinbruch getan oder beabsichtigt. Was wir gewollt oder getan haben, war der Ausfluß unseres parteigenössischen Pflichtbewußtseins, und deshalb werden wir zu unserem Beschluß und zu unserer Ueberzeugung stehen wie Männer. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Unser Handeln ist nach unserer Ueberzeugung der Ausfluß unserer Be-

teiligung am parlamentarischen Leben überhaupt (Sehr wahr!), und deshalb haben diejenigen, die uns bekämpfen, ganz konsequent dazu kommen müssen, daß sie zunächst den Wert und die Bedeutung des Parlamentarismus überhaupt herabzusetzen suchten. (Sehr richtig!) Es ist dieselbe Weise und derselbe Text, wie er im Jahre 1890 und 1889 von den Berliner Jungen gesungen worden ist (Sehr richtig!); dieselbe Kampfmethode auch. Es wird zunächst prophezeit, daß die Versumpfung der Partei eintrete, und außerdem werden die Massen mißtrauisch gemacht gegen die Führer in gehobener Lebensstellung. (Sehr richtig!) Ein Unterschied, ein wichtiger: 1890 richteten die Berliner ihre vergifteten Pfeile gegen die Genossen Liebknecht und Bebel und die ganze Parteileitung. (Stadthagen: Die Berliner?) — Die damaligen Berliner, ja (Stadthagen: Donnerwetter!) — heute ist leider der Parteivorstand der Fahnenträger der Berliner geworden. (Lachen.) Ich habe mich, wenn Ihnen das komisch klingt, mild ausgedrückt; es gibt auch Leute, die meinen, der Parteivorstand sei der Gefangene der Berliner. (Stürmisches Gelächter. Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir zu der Auffassung gekommen sind, daß das so ist, so will ich das nicht zum Anlaß nehmen, hier Vorwürfe gegen den Parteivorstand zu erheben, aber eins muß und wird gesagt werden:

Diese Debatte ist hauptsächlich deshalb so vergiftet worden, weil ein Teil der Genossen, und nicht der schlechteste, der irrtümlichen Meinung war, es handle sich um ein Komplott gegen die Einheit der Partei. Gerade Leute, die in der Sache uns Recht gaben, haben gesagt, sie ließen in dem Punkt nicht mit sich spaßen, wenn die Partei, mit der sie verwachsen seien, angegriffen werden solle. Es ist im „Vorwärts“ und in anderen Blättern fort und fort die Rede gewesen von der Geheimkonferenz, in der unser schwarzer Plan ausgeheckt sei, und da haben wir nun gewartet und erwartet, daß aus der Mitte des Parteivorstandes heraus, der es besser wußte, ein Wort dagegen gesprochen würde. (Zuruf von Molkenbuhr.) Sie haben keine Auskunft von uns gebraucht, Genosse Molkenbuhr, wenden Sie sich nur an Ihren Vorstandskollegen Pfannkuch. Ich frage wiederholt den Genossen Pfannkuch, waren Sie nicht dabei in Würzburg auf der Abgeordnetenkonferenz, als in Ihrer Anwesenheit ohne Ihren Widerspruch beschlossen wurde, daß die süddeutschen Abgeordneten in Stuttgart zusammenkommen sollten, um die Budgetfrage zu erörtern? Gleichzeitig wurde beschlossen, daß auf dieser Stuttgarter Konferenz lediglich eine Aussprache stattfinden würde, daß aber keinerlei Beschlüsse gefaßt werden dürften. Das hat Pfannkuch gewußt, das hat der Parteivorstand gewußt, und wir sind der Meinung, daß ein Parteivorstand, der die Einheit und Geschlossenheit der Partei unter allen Umständen als das höchste ansieht, die Pflicht gehabt hätte, von dieser wichtigen Tatsache dem „Vorwärts“, dem er nahe steht, Mitteilung zu machen. (Pfannkuch: Haben Sie beschlossen, wann die Konferenz stattfinden sollte? — Müller: Sind wir eingeladen worden?) Ich habe mich deutlich genug ausgedrückt. Wenn Pfannkuch auch nur entfernt den Wunsch geäußert hätte (Lebhaftes Aha!) .... es war in Würzburg, als wir den Parteivorstand beigezogen haben, eine preußische Angelegenheit und damit eine deutsche Angelegenheit zu besprechen, für die, wie wir glaubten, der Parteivorstand mit uns Interesse hat. Was hat er geantwortet? Wenn „einer von uns abkommen kann“, wird er da sein. (Hört! hört!) Wir konnten nach dieser hingeworfenen Bemerkung nicht ahnen, daß der Parteivorstand Wert darauf legt, unseren Auseinandersetzungen beizuwohnen. (Lebhafte Zurufe aus der Mitte der Berliner Delegierten.) Ich gebe es vollständig auf, Ströbel vom Gegenteil zu überzeugen, aber es würde mich interessieren, zu erfahren, ob die „Vorwärts“-Redaktion und auch Ströbel von dieser Tatsache etwas gewußt hat. (Zuruf: Ströbel hat ja gar nichts gesagt! — Ströbel ruft: Es ist eine Infamie, mir das zu unterschieben!)

Singer: Ich kann nur dringend raten, die Verhandlungen nicht durch unnütze Zwischenrufe lebendiger zu gestalten. (Zurufe: Nicht provozieren!) Bis jetzt hat der Redner nichts gesagt, was Anlaß zum Einschreiten gegeben hätte. Ich bitte also Ruhe zu halten und die Situation nicht noch zu verschärfen.

Frank (fortfahrend): Von der Gewohnheit, scharfe Worte gegen Parteigenossen zu gebrauchen, ist der „Vorwärts“-Redakteur Ströbel auch hier nicht abgegangen, er hat mir Infamie vorgeworfen, weil ich ihn gefragt habe, ob er von dieser meiner Meinung nach wesentlichen Tatsache etwas gewußt hat. Ich hätte lieber ein Nein gehört. Das Gedankenschema, nachdem man die Süddeutschen beurteilt und verurteilt hat, ist sehr einfach. Man sagt, der heutige Staat ist ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klassen, das Parlament dient dem gleichen Zweck, also kann für die unterdrückte arbeitende revolutionäre Klasse das Parlament wesentlich nur den Zwecken der Agitation und der Demonstration dienen. Wenn Sie diese Anschauungen wirklich beherrschten, dann hätten Sie bitter Unrecht getan, als Sie die Anarcho-Sozialisten aus der Partei herausdrängten. (Sehr richtig!) Denn dann wäre ihr geistiger Vater der frühere Genosse Dr. Friedeberg; wir anderen aber könnten dann nicht verstehen, wie Sie für diesen wertlosen Parlamentarismus Opfer bringen wollen. (Sehr gut!) Wir können dann nicht begreifen, warum Sie auf die Straße steigen und Freiheit und Leben wagen wollen, bloß um die Bahn freizuhalten für parlamentarischen Kretinismus. (Sehr gut!) Wir sind überzeugt, daß die Masse der deutschen Arbeiter anders denkt, wir sind überzeugt, daß Lassalle die Stimmung der deutschen Arbeiter viel besser getroffen hat, wenn er den Leipziger Arbeitern und damit den deutschen Arbeitern zugerufen hat: „Ihnen, meine Herren, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, denn aus Ihnen besteht er“. Lassalle hat weiter gesagt, das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht sei die Grundbedingung aller sozialen Hilfe und das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Wir wissen heute, daß durch die außerparlamentarische Betätigung der Arbeiterschaft in Gewerkschaften und Genossenschaften, der parlamentarischen Arbeit erst Rückhalt und Kraft gegeben wird, aber wir sind auch überzeugt, daß durch das Zusammenwirken dieser drei Faktoren die materielle und geistige Lage der Arbeiterklasse gehoben werden kann und zum Teil schon gehoben worden ist. (Sehr richtig!) Die zähe rastlose Kleinarbeit der Gewerkschaften wäre überflüssig und sinnlos, wenn sie der Ansicht wären, daß es geschichtlich unmöglich ist, die Löhne der Arbeiter über das unbedingt notwendige Existenzminimum herauszuheben. Das eherne Lohngesetz hat sich als unhaltbar erwiesen. Wenn Sie aber sagen, es sei in den Parlamenten geschichtlich unmöglich, wesentliche Vorteile für die Arbeiterklasse zu erreichen, so würden sie damit das überwundene eherne Lohngesetz aus dem Gebiete der Oekonomie übertragen auf das Feld der Politik. (Sehr richtig!) Wenn Sie aber mit uns der Ueberzeugung sind, daß eine gewisse Besserung, also sogenannte positive Arbeit möglich ist, dann dürfen Sie uns nicht unerträgliche Fesseln dadurch anlegen, daß Sie einen dauernden Zwang zur Ablehnung des Gesamtbudgets statuieren. Ich appelliere an diejenigen, die den Klassenkampf täglich führen — nicht bloß im Munde führen —, an die Gewerkschaften. (Sehr gut!) Sie verhandeln wochenlang, monatelang mit den Unternehmern um Pfennige, und am Ende ihrer Tätigkeit prüfen Sie die Gesamtlage des Gewerbes, die wirtschaftliche Lage überhaupt und untersuchen, ob Sie zu dem

Tarifvertrag „Ja" oder „Nein" sagen. Wenn ihnen nun jemand zumuten wollte, sie dürften zwar den Tarif Posten für Posten durchberaten, wären aber gezwungen, am Schluß unter allen Umständen „nein" zu sagen. (Große Heiterkeit. Rufe: Lächerlich!) Man sagt uns, durch die Annahme des Gesamtbudgets würden wir den Klassenstaat anerkennen und ihm Mittel bewilligen. Mein Freund Timm hat Ihnen schon gesagt, daß der Staat eine Tatsache ist, mit oder ohne Anerkenntnis. (Sehr gut!) Wir wollen diesen Staat umformen und erobern. Das geschieht nicht dadurch, daß man mechanisch von Zeit zu Zeit „Nein" sagt, sondern durch zähe ausdauernde Arbeit. (Sehr richtig!) Mein Beispiel über den Tarifvertrag hat Ihre Heiterkeit erregt. Aber vergessen Sie nicht, so sinnlos die Zumutung wäre, die ich als Bedingung Ihnen vorgetragen habe — Leute, die das unbedingte Neinsagen bei Tarifverträgen verlangen, gibt es nach wie vor, und es läßt sich nicht leugnen, daß jeder Gewerkschaftler, der einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abschließt, damit die Tatsache anerkennt, daß für die Vertragszeit die auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsordnung noch besteht, daß sie eine Tatsache ist. (Sehr richtig!) Der Kampf gegen die Ausbeutung aber wird deshalb doch nicht aufgegeben.

Nach unserer Meinung ist das, was wir eben tun, ein echt deutscher Streit um eine Zeremonie, um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der Idee verneint werden. (Lachen.) Als wenn dadurch von dem Gebäude des Staates auch nur ein Steinchen verrückt würde! (Sehr wahr!) Wiegt es demgegenüber nicht schwerer, wenn eine so große Zahl süddeutscher Parteigenossen von dem Zwang zur Ablehnung des Budgets schwere Nachteile befürchtet? Ist es nicht merkwürdig, daß gerade diejenigen deutschen Länder, in denen man Erfahrungen gesammelt hat, gegen die Bindung auftreten? In Preußen haben Sie es leicht gehabt. Ihren Landtagsabgeordneten ist der innere und äußere Kampf erspart geblieben, Sie haben keine gehabt. (Lachen.) Sie wissen, daß uns Süddeutschen Ihr preußischer Wahlkampf eine ernste Sache ist, über die wir nicht lachen. Und wenn ich eben konstatierte, daß es Ihnen leichter geworden sei, in dieser Frage radikal aussehende Regeln aufzustellen, so bitte ich Sie, daß Sie das als Ausfluß eines ernsten Bestrebens um das Gedeihen der Partei auffassen. (Sehr gut!) Wir haben die feste Ueberzeugung, daß der Konflikt, in dem wir stehen, lediglich ein Ausfluß der Tatsache ist, daß die Preußen bisher ein allgemeines gleiches Wahlrecht nicht besitzen. Hätten Sie ein anständiges Wahlrecht, und eine der Stärke des preußischen Proletariats entsprechende Vertretung, dann würde zweifellos auch für die Preußen der Tag von Damaskus kommen, dann würde aus dem Saulus-Singer ein Paulus-Singer werden. Sie haben sich und andere in eine Aufregung hineingeredet durch die Behauptung, daß wir einen Disziplinbruch begangen hätten, und von Leipzig aus kam die Anklage des Parteihochverrats — man merkt die Nähe des Reichsgerichts. (Große Heiterkeit.) Wenn wirklich ein Disziplinbruch vorgelegen hätte, es wäre nichts so Unerhörtes gewesen. Die ganze Geschichte unserer Partei, der ganze Weg, den wir gemacht haben, ist geradezu besät mit Disziplinbrüchen. (Sehr richtig! Frohme: Von Anfang an!) Sie wissen, daß der Parteileitung in Halle von den Jungen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie einen zwingenden Parteitagsbeschluß von St. Gallen nicht gehalten hätten, durch den Kompromisse zur Unterstützung bürgerlicher Parteien verboten waren. Die Fraktion hat das Gegenteil getan, und damals waren die Angeklagten Bebel, Liebknecht usw. sogar geständig. Sie haben sich gar nicht gescheut, vor dem Parteitag zu erklären: ja, wir haben gegen den Parteitagsbeschluß gehandelt, aber wir glaubten, damit den Interessen der Partei zu dienen. (Sehr gut!) Dann weiter, 1903 haben wir in München nach einer sehr leidenschaftlich klingenden Rede unseres Genossen Bebel beschlossen, den

bürgerlichen Kandidaten, die sich um unsere Stimmen bewerben, eine ganze Anzahl verfänglicher Fragen vorzulegen. Was ist denn daraus geworden? Zeigen Sie mir doch den bürgerlichen Abgeordneten, dem diese Fragen wirklich vorgelegt worden sind! Sie werden es nicht können. Hingegen können wir Ihnen bürgerliche Abgeordnete zeigen, die damals mit Hilfe unserer parteigenössischen Stimmen gewählt worden sind unter Verletzung des Münchener Beschlusses. (Sehr richtig!) Und ist nicht weiter von einem Parteitag beschlossen worden, daß die Leipziger Genossen die Pflicht hätten, sich an ihren Landtagswahlen zu beteiligen? Wer war es denn, der diesen Parteitagsbeschluß mißachtet und die Fahne der Rebellion dagegen aufgepflanzt hat? Das waren die Leipziger Genossen. (Zuruf.) Ich weiß schon, daß es etwas anderes ist, ob ein Disziplinbruch in Leipzig geschieht oder in Süddeutschland. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wir sind überzeugt, daß wir einen Disziplinbruch nicht begangen haben, sondern daß zwingende Gründe im Sinne des Lübecker Parteitagsbeschlusses für uns vorlagen. Welche Gründe das waren, will ich Ihnen kurz auseinandersetzen. Das meiste hat Timm schon gesagt. Eins will ich vorausschicken. Das, was an dieser Parteidebatte das Bedauerlichste ist, ist die Tatsache, daß wir durch die Angriffe provoziert und gezwungen werden, so ungern wir es tun, in gewissem Maße unsere Regierung zu loben. (Sehr richtig!) Unsere temperamentvollen Genossinnen von der Frauenkonferenz, die uns Männer auf den rechten Weg führen sollen, mögen es mir nicht übelnehmen, wenn ich ein sehr ungalantes russisches Sprichwort anwende: Behandele deine Frau wie einen Apfelbaum, schüttele sie. Wir wenden dieses Wort auf unsere Regierung an: Man muß sie schütteln, damit Früchte herabfallen, und deswegen bedauern wir eben, daß wir gezwungen sind, sie im gewissen Rahmen hier zu loben. Sie wissen, daß wir der badischen Regierung nicht unser Vertrauen, sondern unser Mißtrauen ausgesprochen haben, aber wir bestreiten nicht, daß durch manche politische Vorkommnisse und Zugeständnisse die Stimmung für die Budgetbewilligung geschaffen worden ist. Ich will ein für allemal vorausschicken: wir wissen, daß es bescheidene Errungenschaften sind, und daß ein bescheidener bürgerlicher Staat, wenn er seine Interessen recht verstünde, tausendmal mehr bewilligen müßte. Aber wir wissen auch, daß kein bürgerlicher Staat der Arbeiterschaft etwas von allein herausgibt. Nein! Alles muß erst erkämpft werden. (Sehr richtig!) Wir haben in Baden während dieser Tagung erreicht, daß die Organisationen der Staatseisenbahnarbeiter ausdrücklich anerkannt worden sind. Die Regierung hat sich verpflichtet, in wichtigen Fällen sich direkt mit den Organisationsleitern in Verbindung zu setzen, während sie früher jahrelang erklärt hat, sie verhandele lediglich mit ihren Arbeitern oder deren Ausschüssen. Gewiß wird dadurch der Klassenstaat noch nicht aus den Angeln gehoben, aber wenn wir damit vergleichen, daß in Preußen die Eisenbahnarbeiter verhindert werden, sich einer Organisation anzuschließen, daß nicht einmal die Frauen der Eisenbahner einem Konsumverein angehören dürfen (Hört! hört!), dann haben wir doch Grund, zu sagen, daß etwas erreicht ist. Weiter ist uns die Zusage gemacht, daß in den Eisenbahnrat, der allerdings nur beratende Stimme hat, Arbeiter, Gewerkschaftsvertreter zugezogen werden. Das ist jedenfalls ein Ausfluß der Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklasse Gleichberechtigung und Berücksichtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens fordert. Es ist weiter von seiten der Regierung bei wichtigen Fragen, zum Beispiel dem Entwurf über die Arbeitskammern, das Gutachten der Freien Gewerkschaften eingeholt worden. Unser Fabrikinspektor und der Minister v. Bodman, der gegen uns die Hetzrede gehalten hat, hat sich in der Kammer ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt,

den die Freien Gewerkschaften dem Entwurf gegenüber eingenommen haben. Er hat sich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Arbeiter vom 21. Jahre an, ohne Unterschied des Geschlechts, erklärt (Hört! hört!) und hat diesen Standpunkt zweifellos auch im Bundesrat vertreten. Es ist weiter in der Kammer durch den Fabrikinspektor unter Zustimmung des Ministers erklärt worden, daß er es ablehnen müsse, die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu empfehlen auf Kosten der Freien Gewerkschaften. (Hört! hört!) Endlich können wir seit einigen Monaten auf den badischen Bahnhöfen die Parteipresse verkaufen. Ich weiß, daß bei der Wertschätzung, die unsere süddeutschen Parteiblätter in manchen Kreisen genießen, Ihnen das nicht besonders wertvoll erscheinen mag. (Heiterkeit.) Aber für uns hat es den Wert, daß wir dadurch beweisen: wir sind auf dem Wege zu voller bürgerlicher Gleichberechtigung.

Nun war aber der Grund zur Budgetbewilligung nicht zu suchen in den kleinen Zugeständnissen bei unserer Landtagstätigkeit, sondern der Grund, den wir angaben, war der: Wir haben im letzten Landtag eine wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne durchgesetzt. Es ist nicht so, daß bloß Gendarmen und Staatsanwälte davon Nutzen haben, wie ein norddeutsches Blatt schrieb, es waren Tausende von Eisenbahnarbeitern, Wegarbeitern, von Bureaudienern usw., lauter arme Teufel, Proletarier, die zu uns gehören und die wir gewinnen wollen und gewinnen können. Im einzelnen gewiß nicht Riesensummen, aber, wenn zum Beispiel die Weichensteller früher ein Anfangsgehalt von 600 und Höchstgehalt von 900 Mk. hatten, während sie jetzt ein Anfangsgehalt von 1000 und Höchstgehalt von 1400 Mk. haben, so werden Sie mit Recht sagen: Das sind immer noch erbärmliche Gehälter, aber für eine Arbeiterfamilie bedeutet das etwas und das werden die Genossinnen verstehen, wenn sie gezwungen waren, bis jetzt mit 600 Mk. auszukommen und über Nacht wird ihr Jahresbudget auf 1000 Mk. erhöht. Wir haben es für wichtig, für durchschlagend gehalten, daß wir den Anteil der Arbeiter am Gesamteinkommen des Landes erhöht haben.

Aber ich sage ganz offen und Bebel hat es auch schon angedeutet, wir haben noch einen Grund gehabt, der durchschlagend war bei unseren Fraktionsberatungen. Wir haben diesen Grund bei den Erklärungen nicht mit angegeben, weil wir uns nicht für verpflichtet gehalten haben, unseren Gegnern die Motive unseres politischen Handelns mitzuteilen; Sie, Parteigenossen, haben einen Anspruch darauf, es zu hören. Wir haben in Baden eine parlamentarische Konstellation, wie sie wohl ziemlich selten vorkommt. Es besteht keine Mehrheit einer bürgerlichen Partei; wir zwölf Sozialdemokraten sind das rote Zünglein an der parlamentarischen Wage und wir haben diesen parlamentarischen Zustand dadurch herbeigeführt, daß wir bei den vorigen Landtagswahlen 1905 im zweiten Wahlgang den sogenannten Großblock bildeten, daß wir zusammengegangen sind, offen zusammengegangen mit den Liberalen aller Schattierungen, auch mit den Nationalliberalen. Nun, Genossen, wir haben dadurch erreicht, daß das Land bewahrt geblieben ist vor einer klerikalen Mehrheit, die sonst unter allen Umständen eingetreten wäre und wir sind stolz darauf, daß wir das erreicht haben. (Lachen und Zurufe: Bayern? und Bayern?) Genossen, ich sage Ihnen aber, nach meiner Ansicht wäre unsere Haltung dieselbe gewesen, wenn die Liberalen im Begriff gewesen wären, sich eine Mehrheit zu erkämpfen. Wir hielten es im Interesse des Landes für notwendig, zu verhindern, daß eine einzelne bürgerliche Partei die Mehrheit erreichte, weil wir glaubten, dadurch den Einfluß der Arbeitervertreter zu erhöhen. (Sehr richtig!) Nun haben wir für die Neuwahlen, die im nächsten Jahre bevorstehen, uns die Hände in keiner Richtung gebunden. Welche Taktik

bei den nächsten Wahlen eingeschlagen wird, das ist Sache der badischen Parteigenossen, deren zuständige Organisationen darüber die Entscheidung treffen werden. Aber wir haben eins getan: es wurde von unseren Gegnern, vom Zentrum im Parlament und außerhalb des Parlaments, als Haupttrumpf gegenüber der Regierung und gegenüber den Liberalen ausgespielt: was wollt ihr Liberalen denn machen: die Sozialdemokraten sind durch ihre Parteibeschlüsse gebunden, das Budget abzulehnen; wenn wir nun, wir verfolgten Zentrumsleute einmal den Spieß umdrehen und auch das Budget ablehnen, dann sitzt ihr da ohne Budget! Ob das Zentrum diesmal von dieser wiederholt vorgetragenen Drohung Gebrauch gemacht hätte, weiß ich nicht und ich glaube es nicht; aber wir haben uns für berechtigt und für verpflichtet gehalten, dem Zentrum diese Waffe aus der Hand zu schlagen und uns den Weg frei zu machen, unsere Entschließungen mögen lauten wie sie wollen.

Bebel hat gesagt, wir hätten die Manneswürde verleugnet dadurch, daß wir einer Regierung, in der ein Minister v. Bodman sitzt, die Mittel bewilligten. Bebel hätte hinzufügen können, falls er unterrichtet worden ist, daß wir dem Minister v. Bodman kein Wort schuldig geblieben sind, daß wir ihn in der rücksichtslosesten und offensten Weise sofort und später bekämpft haben. Wenn wir am Schlusse aus den Erwägungen, die ich hervorhob, zur Annahme des Budgets gekommen sind, so wollten wir diesem Minister v. Bodman ein Vertrauensvotum am allerwenigsten ausstellen, aber eins darf doch gesagt werden: Auch dieser Minister v. Bodman hat in den wenigen Monaten seiner Amtstätigkeit erheblich Wasser in seinen Wein hineinschütten müssen. Es ist uns gegenüber damit operiert worden, daß der Eisenbahnarbeiter Schäufele von der Regierung gemaßregelt wurde, weil er eine Kandidatur der Sozialdemokraten für das Karlsruher Rathaus angenommen hatte. Ich meine, in Norddeutschland, in Preußen — ich mache daraus keinen Vorwurf — wäre der Konflikt nicht möglich (Sehr richtig!); dort können Sie, wenn Sie wollen, jeden Tag derartige Fälle haben, dort wird gar nicht mehr darüber geredet, dort regt man sich gar nicht darüber auf. (Sehr richtig!) Aber betonen muß ich doch: seit dieser Fall Schäufele vorgekommen ist und die schärfste Kritik im Karlsruher Rathaus und im Landtag gefunden hat, seitdem ist diese Praxis von der badischen Eisenbahnverwaltung aufgegeben. (Hört! hört!) Wir haben damit nicht in der Presse renommiert. In der gleichen Eisenbahnwerkstätte, aus der Schäufele hätte ausgestoßen werden sollen, wenn er sich von uns wählen ließe, sind eine ganze Anzahl Werkstättenarbeiter, die seitdem von der sozialdemokratischen Partei als Gemeindevertreter gewählt worden sind. (Hört! hört!) Auch für das Karlsruher Rathaus.

Es wird gesagt, wenn Ihr zustimmt, dann geht der Klassencharakter unserer Partei verloren. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wenn es jemals Sozialdemokraten geben würde, die den Klassenkampf aufgeben wollten, dann würde der Klassenkampf sie doch nicht aufgeben, denn der Klassenkampf ist nicht begründet in den Anschauungen eines Vertrauensmannes oder eines Abgeordneten, sondern in den Verhältnissen, und er ist nicht auszurotten durch Parlamentsbeschlüsse. (Sehr richtig!)

Um was handelt es sich? Ein großer Teil von Ihnen ist hierhergekommen, nicht um uns zu überzeugen, sondern um uns zu überstimmen. (Widerspruch.) Ich freue mich, daß Widerspruch erfolgt. Es hat Zeiten gegeben in den letzten Wochen, wo dieser Widerspruch nicht erwartet werden konnte, sondern wo die Parole ausgegeben wurde, es solle dafür gesorgt werden, daß überstimmt werden kann. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich weiß nicht, was Sie tun wollen und was Sie tun werden. Aber was ist damit gewonnen, wenn Sie uns eine Bindung auf den Weg geben, die wir nicht annehmen können? Was ist für Sie

und was ist für die Partei gewonnen, wenn wir vielleicht nach einem Beschluß von Ihnen das nächste Mal in den Landtag kämen und das Budget ablehnen würden, obwohl die Gegner wissen, daß das vielleicht gegen unsere Ueberzeugung geschieht. Wäre damit der Partei oder der Arbeiterbewegung ein Dienst erwiesen? Würde damit der Klassenstaat erschüttert werden? Vielleicht durch das Gelächter, mit dem man uns empfangen würde! (Sehr gut!) Das können Sie nicht wollen, wir halten Sie heute noch für unsere Kampfgenossen, für unsere Brüder, die mit uns zusammen schaffen wollen. Sie dürfen uns nicht in eine Situation bringen, die nach unserer Kenntnis der Verhältnisse den Einfluß der Arbeiterklasse zurückdämmen würde. Unser verstorbener Genosse Auer, der uns heute leider fehlt, hat einmal uns Süddeutschen den Rat gegeben, wie wir uns in solchen Fällen zu verhalten haben. Er sagte, wir sollten denken: Esel seid ihr zwar, aber ich füge mich! Dieser gutgemeinte Rat, dessen eine Hälfte vielleicht manchem sympathisch ist (große Heiterkeit), entspricht nicht der heutigen Situation. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie im Namen der Einigkeit, die wir brauchen, und die wir wollen: Treiben Sie es nicht zum Aeußersten! Wenn die Partei zerrissen würde (Zuruf: Wer will denn das? Das wollt Ihr vielleicht!) — wir sind doch keine Kinder, die sich gegenseitig die Schuld zuschustern wollen, wir sind hier beisammen, um ernst zu beraten, was geschehen soll, um ein Unglück abzuwenden. (Sehr richtig! Zuruf: Sie wollen, daß es nach Ihrem Kopf geht!) Wir würden mit Ihnen eine Zerreißung der Partei für ein Unglück halten, nicht bloß für den Norden und den Süden, nicht bloß für die Sozialdemokratie, sondern für die ganze politische Entwickelung von Deutschland und von Europa. (Sehr richtig!) Die Debatte, wie sie bisher geführt ist, und die Resolution entspricht nicht dem Geist, der sich des Ernstes der Lage bewußt ist. Wir alle gehen davon aus, daß der Feind draußen steht und nicht unter uns. (Sehr wahr!) Man hat eine Resolution vorgelegt, die man sogar noch für milde hält (Sehr richtig!), von der man gemeint hat, wir Süddeutschen würden direkt verblüfft sein über die entgegenkommende und gütige Form. (Sehr richtig!) Wir betrachten die Resolution als das Gegenteil des Entgegenkommens, sie ist für uns durchaus und unbedingt unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Es ist schon hervorgehoben, daß wir es nicht verstehen, warum in der Resolution nicht auch andere Staaten mit aufgezählt sind. Warum haben Sie Gotha vergessen? Die Gothaer haben noch nach Lübeck für das Budget gestimmt. In einer Situation, die nicht den beiden von Bebel angeführten Fällen entspricht. (Widerspruch.) Bock hat öffentlich und bei unseren Besprechungen erklärt, man habe in dem einen Fall *für* das Budget gestimmt, um die Stellung eines Ministers zu stärken, weil ein reaktionärer Minister vor der Tür gestanden habe. (Hört! hört!)

Im anderen Falle wurde dem Budget zugestimmt, um die Vorteile eines guten Domänenkaufs für den Staat einzusacken. Diese beiden Fälle, die Ihnen beweisen, wie mannigfaltig die Möglichkeiten sind, die dem parlamentarisch tätigen Genossen entgegentreten können, werden weder von der Lübecker Resolution in der ersten Auslegung, die Sie ihr geben wollen, noch in der heutigen Resolution vorgesehen. Ist es nun Ihre Meinung, daß künftig die Gothaer Genossen, wenn sie durch ihre Abstimmung einen etwas freier gesinnten Minister am Ruder erhalten können, das nicht mehr tun dürfen? In der Resolution ist gesagt, wenn man eine Verschlechterung verhindern kann, dann darf man den Grundsatz der Ablehnung des Budgets fallen lassen; wenn man aber etwas Gutes erreichen kann, dann darf man das nicht tun! Das verstehe wer kann. Den Bedürfnissen des parlamentarischen Lebens wird die Resolution nicht gerecht. Bei der Besprechung hat einer unserer Delegierten

erklärt, die Lübecker Resolution hat für die Vernunft noch eine Spalte gelassen, die Resolution des Parteivorstandes höchstens noch eine Ritze. Der Fall, den die Resolution ausnimmt, ist ein Fall, der vielleicht alle hundert Jahre in Hessen einmal vorkommen könnte. Damit wollen Sie verschleiern, daß künftig für alle Fälle und unbedingt die Zustimmung zum Budget unmöglich gemacht wird. Nun wird uns entgegengehalten: Ihr habt doch früher jahrelang das Budget abgelehnt und habt Fortschritte gemacht! Wir haben in Baden eine Zunahme der Stimmen der Reichstagswähler von 29 Proz. gehabt, wir stehen damit an erster Stelle unter allen deutschen Staaten und Provinzen, Sachsen z. B. hat um 5 Proz. abgenommen. Aber darauf kommt es gar nicht an, sondern darauf, ob wir den Zwang mitnehmen sollen, das Budget ablehnen zu müssen. Das ist etwas Neues. 1894 wurde in Frankfurt überhaupt kein Beschluß gefaßt, die Lübecker Resolution von 1901 ließ die nötigsten Möglichkeiten offen und Dreesbach hat ja auch damals trotz des Beschlusses im Landtage erklärt, daß er eine Bindung nicht anerkenne; es konnte uns also von der Regierung und den gegnerischen Parteien nicht entgegengehalten werden, daß wir den Etat unbedingt ablehnen müssen, gleichviel, wie er sich gestaltet. Die heutige Resolution aber würde unsere parlamentarische Stellung untergraben. Auf dies Exempel ist bisher eine Probe noch nicht gemacht worden, weil eben bisher eine vollständige Bindung nicht bestand.

Ich verkenne nicht die Unterschiede zwischen Süddeutschland und Norddeutschland. Wenn Süddeutschland eine fast hundertjährige parlamentarische Tradition hat, so dürfen wir das nicht übersehen, aber wir überschätzen es nicht. Im Gegenteil, wir wissen, daß durch die Entwickelung des Kapitalismus über die Eigenart der deutschen Stämme förmlich eine Nivellierwalze hinübergeht. Hier handelt es sich nicht in erster Reihe um einen Gegensatz zwischen Nord und Süd, denn wir haben — das erkenne ich gern an — sehr gute süddeutsche Parteigenossen, die aus dem Norden kommen, ebenso wie Sie in Berlin sehr viel Süddeutsche haben, die dort Berliner geworden sind. Nein, der Gegensatz ist ein anderer. Was die Verbitterung und Erbitterung geschürt hat, war die Tatsache, daß ein Ueberstimmen droht von seiten derjenigen Staaten, die kein Landtagswahlrecht haben. Wir haben ja oft Parteitagsbeschlüsse gefaßt, mit denen einzelne von uns nicht einverstanden waren. Ich erinnere an die Kämpfe über die Maifeierfrage. Wie wurde da mit Erbitterung herüber- und hinübergeschossen! Aber damals hatten die Beschlüsse ihre Wirkung auf das ganze Reich ohne Unterschied erstreckt, und das war das Versöhnende, das gab dem Parteitag auch das moralische Recht, unter allen Umständen die Disziplin scharf anzuziehen und durchzuführen. Hier aber liegt es anders. Ein Beschluß in der Budgetfrage würde nur diejenigen Staaten treffen, die ein Wahlrecht, die eine Vertretung der Arbeiter haben, und die Staaten, die ein Wahlrecht noch nicht oder nicht mehr haben, wie Sachsen und Preußen, die liefern die Stimmen für einen Beschluß, dessen Wirkung sie nicht selbst spüren, sondern dessen Wirkung die Staaten fühlen, deren Vertreter sich gegen den Beschluß gewendet haben. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Das ist der Kernpunkt. Ich bitte Sie nochmals: Ueberlegen Sie sich Ihre Abstimmung! Die Resolution des Parteivorstandes darf nicht angenommen werden. Wir wissen, daß ein Parteikörper Disziplin haben muß. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist die Mutter der Siege, aber die Staaten ohne Landtagswahlrecht dürfen nicht die anderen Staaten majorisieren. (Zuruf: Wo bleibt dann die Einheit der Partei?) Ich sage ja, es soll Disziplin sein, aber das schließt nicht aus, daß in dem durch Parteistatut gegebenen Rahmen Eigenarten bestehen. Schauen Sie hinaus auf die alten Dome in Nürnberg, wie da die Steine jeder einzelne verschieden gestaltet sind und wie sie doch alle höher-

wärts streben. Und wenn Sie ein paar Schritte zurückstehen, dann sehen Sie nur mächtige Quadern, dann haben Sie den Eindruck der Geschlossenheit. Ich glaube, es ist möglich, Disziplin zu halten und doch die Eigenart nicht zu töten. (Sehr richtig!)

Wenn Sie auf unser einzelstaatliches Verhältnis einwirken wollen, so kann man darüber reden, aber dann wäre zunächst nötig eine Aenderung des Parteistatuts, es wäre nötig, daß die Einzelstaaten und Provinzen dem Parteivorstand gegenüber eine geordnete Vertretung hätten, damit er nicht angewiesen wäre auf unverantwortliche Zwischenträger. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Es ist in den letzten Tagen oft hingewiesen auf den Nürnberger Vereinstag von 1868, und von mancher Seite wurde in nicht mißzuverstehender Weise mit dem Gedanken gespielt, daß vielleicht Nürnberg, wo der Geburtstag der Partei gefeiert wurde, eine traurige Bedeutung erhalten könnte. Ich bitte Sie auch in der Geschichte zurückzublicken, aber nicht so weit, ich bitte Sie zurückzublicken auf das Jahr 1875, auf das Jahr, in dem die deutsche Arbeiterklasse, die bisher getrennt marschierte, sich vereinigt hat. Ich bitte Sie daran zu denken, daß damals ein Programm angenommen wurde gegen den Rat unseres großen wissenschaftlichen Führers Karl Marx, ein Programm, das sicherlich wissenschaftlich mangelhaft gewesen ist. Aber damals haben unsere Genossen Liebknecht und Bebel das unvergängliche historische Verdienst gehabt, daß sie der Wissenschaft gegenüber die Forderungen der Praxis und der deutschen Arbeiterschaft durchgesetzt haben. (Bravo!)

Ich hoffe, ich wünsche und erwarte vom Nürnberger Parteitag, daß auch heute wieder die Genossen etwaige wissenschaftliche Bedenken zurückstellen gegenüber der Forderung, daß die deutsche Arbeiterklasse einig bleiben muß und soll. (Lebhafter Beifall der Anhänger der Budgetbewilligung.)

Singer teilt mit, daß zum Antrag 135 der Zusatzantrag eingegangen ist, im Absatz 2 der Lübecker Resolution die Worte „Normaler Weise" zu streichen.

Für die württembergische Fraktion erhält das Wort mit unbeschränkter Redezeit

Hildenbrand-Stuttgart: Parteigenossen, wir Württemberger sind dem Parteivorstand außerordentlich dankbar, daß er uns in seine Resolution mitaufgenommen hat, daß er dem Parteitag vorschlägt, auch uns zu verurteilen, weil wir diesem Entgegenkommen es verdanken, unser Verhalten vor der deutschen Sozialdemokratie zu rechtfertigen und weil uns dadurch auch Gelegenheit wird, unsere volle Solidarität mit den anderen Fraktionen der süddeutschen Staaten auszudrücken. (Bravo bei den Süddeutschen.) Es ist ja etwas auffallend, daß der Vorstand in diesem Jahre uns einen Rüffel zu erteilen beantragt, nachdem er im vorigen Jahre durch Nichtanschneiden der Frage in Essen zweifellos zum Ausdruck gebracht hat, daß er unsere Gründe als zwingend anerkannte. Auch aus der Rede Bebels, der mit keinem Wort unsere Zustimmung zum Budget irgendwie kritisiert hat, geht hervor, daß wir uns im Rahmen des Lübecker Beschlusses gehalten haben. Ganz falsch aber wäre die Anschauung, als ob unser Verhalten von dem Verhalten der anderen Fraktionen Süddeutschlands zu unterscheiden wäre. Im Auftrage meiner Fraktion muß ich erklären, daß wir eine Ausnahmestellung für uns nicht in Anspruch nehmen. Es waren zum großen Teil dieselben Gründe, die uns zu unserer Stellung veranlaßt haben. Die Anklage gegen uns geht auf Disziplinbruch und Parteiverrat. Die „Leipziger Volkszeitung" hat unsere Stellungnahme als parlamentarischen Kretinismus bezeichnet. Ich habe seit Jahren verlernt, die „Leipziger Volkszeitung" ernst zu nehmen. (Unruhe.) Ich glaube, daß meine bescheidene Ansicht auf die Redaktion keinen sonderlichen Eindruck machen wird. Ich glaube, wir werden, solange den Leipziger Parteigenossen eine solche Kampfesart ihrer Redaktion recht ist, uns in Geduld darein finden müssen, daß jeder anständige Mann in der Arbeiterbewegung von der „Leipziger Volkszeitung" angespuckt wird. (Große Unruhe, Widerspruch, Zustimmung.) Wir sind nicht die ersten, denen die „Leipziger Volkszeitung" angekündigt hat, daß sie mit glühendem Eisen aus der Partei ausgebrannt werden müßten. Aber deshalb reklamiere ich doch, als Parteigenosse anerkannt zu werden, vielleicht mit größerem Recht als Leute, die sich gewöhnt haben, die Parteigenossen zu beschimpfen. Ich nehme die „Leipziger Volkszeitung" nicht ernst. (Zuruf: Das merkt man!) Etwas anderes ist es mit dem „Vorwärts". Der „Vorwärts" ist das offizielle Zentralorgan, der Parteivorstand hat die moralische Verantwortung für den „Vorwärts", er hat sie dokumentiert, als er entgegen dem Willen und den Intentionen des Parteitages in Jena seine Allmacht durch eine Neubesetzung der Redaktion gezeigt hat. (Unruhe.) Ich will darüber hier nicht streiten. Genug, er hat die Verantwortung, und er übernimmt sie auch mit seiner Resolution. Mir tut es leid, daß ich hier vor der Oeffentlichkeit Dinge berühren muß, von denen ich voraussehe, daß unsere Gegner sie uns später in den parlamentarischen Verhandlungen entgegenhalten werden. Es ist das für Sie, die Sie nie in der Lage sind, in verantwortungsvoller Stellung die Partei den Gegnern gegenüber zu vertreten (Lebhafter Widerspruch und Lachen), vielleicht unverständlich. Ich nehme es Ihnen nicht übel, wenn Sie lachen. Mir ist es nicht gleichgültig, wenn uns in der parlamentarischen Verhandlung ein Gegner mit solchen Waffen gegenübertreten kann. Man hat versucht, die württembergische Zustimmung zum Etat als eine Entgleisung hinzustellen. Unsere Zustimmung war keine Entgleisung. (Hört! hört!) Ich glaube, daß kaum in der deutschen Sozialdemokratie, auch im Parteivorstand nicht, ein Beschluß je gefaßt worden ist, der Gegenstand so gründlicher Beratungen gewesen wäre, als unsere Zustimmung zum Etat im vorigen Jahre. Keine Parteiinstanz kann gewissenhafter, ja ängstlicher die Wirkung eines Beschlusses auf die Partei prüfen, als wir es in diesem Falle getan haben. Und ich will noch mehr verraten; schon um nachzuweisen, wie wenig es sich um eine planmäßige Aktion handelt. Nach tagelangen Vorberatungen stand in der Fraktion die Sache so, daß die Mehrheit sich für die Zustimmung zum Budget und eine Minderheit sich für die Ablehnung erklärte. Da hätten wir nun, dem Beispiel des Nürnberger Parteitages folgend, von unserem Mehrheitsrecht Gebrauch machen und die Minderheit vergewaltigen können. Wir haben uns aber gesagt, daß eine Budgetabstimmung einen Parteikrakeel nicht wert sei. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Wir haben es mit den Berlinern gehalten, die seither der Budgetabstimmung keinen Wert beigemessen haben und haben gesagt: nein, die Mehrheit tritt von ihrem Standpunkt zurück unter der Bedingung, daß mit dem Parteivorstand und den anderen süddeutschen, Fraktionen beraten wird, ob wir überhaupt gezwungen sind, regelmäßig die Budgets abzulehnen. Durch dieses Nachgeben der Mehrheit war zwei Tage vor der Abstimmung die Ablehnung des Budgets beschlossen. Am Tage der Abstimmung selber sind auch Genossen der Minderheit zu der Auffassung gekommen, daß die Gründe für die Bewilligung nicht leichterhand abzuweisen seien, daß die Rücksicht auf die Agitation, auf die Propaganda im Lande, auf die Entwaffnung der Gegner nicht zu unterschätzen seien; dazu kam die Kenntnis, daß unsere Abstimmung nicht ohne Einfluß sein würde auf die Haltung der Regierung dem internationalen Kongreß gegenüber, und da waren wir uns des Ernstes der Situation durchaus bewußt. Das kann doch die Partei mit dem Lübecker Beschluß nicht gewollt haben, daß wir einer reinen Formalität wegen unsere guten Gründe propagandistischer Art preisgeben müssen. In dieser Situation haben wir vielleicht eine Stunde vor der Abstimmung

unseren früheren Beschluß verändert und haben geglaubt, im Dienste der deutschen Sozialdemokratie, im Dienste der Partei, der ganzen Bewegung keinen Fehler zu begehen und keinen Schaden hervorzurufen, wenn wir entgegen unserem vorher gefaßten Beschluß in diesem ausnahmsweisen Falle einmal das Budget annahmen. Wir waren sicher, daß damit keine Aenderung unserer Stellung zum Klassenstaat und auch nicht eine solche der Regierung unserer Partei gegenüber irgendwie eintreten könne.

Also ich glaube Ihnen bewiesen zu haben, daß wir nicht beabsichtigt hatten, die Partei zu verraten oder die Disziplin leichtfertig zu brechen, und daß von einer wohlüberlegten Schädigung der Partei und Mißachtung der Parteitagsbeschlüsse nicht die Rede sein kann. Nun die Gründe, die bei der ersten Beratung schon entscheidend waren: daß es nicht richtig sein kann, daß die Sozialdemokratie, die Partei des Lebens, des wirtschaftlichen und politischen Lebens auf eine Schablone jahrzehntelang festgelegt wird (Sehr gut!); die Meinung, daß es der Sozialdemokratie gar nicht entspricht, diese Budgetablehnung zu einer Kapitalfrage, zu einer Prinzipienfrage, zu einer Frage des Seins oder Nichtseins der Partei zu machen. Der Parteivorstand drückt in seiner Resolution aus, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß. Ich habe mir Mühe gegeben, in der einschlägigen Literatur zu finden, ob unsere Partei oder eine andere Partei überhaupt offen auf dem Standpunkt steht, daß die Abstimmung über das Gesamtbudget eine Vertrauens- oder Mißtrauensfrage sei. Es ist mir in unserer Literatur kein Fall bekannt geworden, wo das irgendwie einmal beschlußmäßig oder sonst festgelegt worden wäre: wenn man nicht den Lübecker Beschluß so auffaßt. Und ich kann Ihnen sagen, bei uns in Württemberg ist kein einziger Politiker, der bis jetzt gedacht hätte, daß die Zustimmung zum Finanzgesetz den Ausdruck eines besonderen Vertrauens darstellt. Man hat bei uns in den politischen Parteien auch nicht daran gedacht, die Ablehnung zu einer besonderen Mißtrauenskundgebung zu benützen. Keinesfalls aber gilt das Umgekehrte. Unsere Zustimmung zum Budget, das ist die Annahme, daß die vorgelegte Verteilung der Steuereinnahme und Darstellung der Ausgaben ohne weitere Beanstandung akzeptiert wird. Aber die Ablehnung ist kein Mißtrauensvotum. Wenn die Ablehnung des Budgets eine Mißtrauenserklärung darstellt, so kann sie nicht wirkungsvoll sein, wenn sie einem Katechismusspruch gleich alljährlich ohne Rücksicht auf die politische Konstellation schablonenmäßig angewendet wird. (Sehr richtig!) Sie wird nur eine wirksame und entscheidende Waffe sein, wenn sie zur besonderen Betonung eines Mißtrauens benutzt wird, sobald ein besonderer Grund dazu vorliegt. Wir haben in Württemberg 12 Jahre hindurch das Budget abgelehnt und dadurch den Beifall aller Parteigenossen, auch aller Radikalen gefunden. Glauben Sie aber nicht, daß das an uns Beteiligten ebenso vorübergegangen ist, wie an Ihnen, die Sie der Sache fernstanden. Ich weiß aus persönlicher Beobachtung, daß unsere Gegner — und wir haben in unserem Landtag nicht zu unterschätzende Gegner für unsere Propaganda — in diesen ganzen Jahren immer mit dem Mittel hausieren gegangen sind, daß sie den Arbeitern erklärt haben: Gewiß, die Sozialdemokraten haben für die Arbeiter wunderschöne Reden gehalten, sie haben immer mehr verlangt als die anderen, aber was nützen alle Reden und Forderungen und die großartigste Ankündigung von höheren Löhnen, wenn am Schluß durch die Ablehnung des Budgets die dazu notwendigen Mittel verweigert werden. (Lachen.) Glauben Sie nicht, daß Sie damit eine besondere Intelligenz beweisen, wenn Sie darüber lachen. Das haben wir auch getan und haben jahrelang in Versammlungen und im Parlament das zu widerlegen gesucht. Aber immer sind die Gegner gekommen und haben gesagt: Halten Sie doch

keine großen Reden; Ihr ganzes Gebaren ist ja lächerlich, Sie lehnen am Schlusse ja doch die Mittel ab; wenn wir alle so handeln würden, würden wir gar keine Fortschritte machen. (Zuruf.) Mein lieber Genosse Ledebour, Herr Hieber geniert sich auch vor Ihnen nicht, und wenn sich auch manche vor Ihnen genieren. Es ist mir unverständlich, daß Sie mir ins Wort fallen, wo Sie doch als mein Kollege wissen, daß ich noch nie im Reichstage daran gedacht habe, daß auch nur der Gedanke in Erwägung gezogen werden könnte, im Reichstag das Budget anzunehmen. Die Verhältnisse im Reich und in den Einzelstaaten sind eben doch grundverschieden. Wenn wir in Württemberg der preußischen Regierung gegenübergestanden hätten, wären wir wahrscheinlich mit einer Fraktionssitzung von einer Minute fertig geworden. Einer Regierung wie der preußischen hätte keiner von uns Lust, auch nur die leiseste Konzession zu machen. Aber ich kann die württembergische Regierung nicht mit derselben Peitsche schlagen, mit der die preußische geschlagen zu werden verdient. (Sehr gut!) Ich will das kurz begründen. Sie haben ja nachher das Recht, zu prüfen, ob ich noch innerhalb oder außerhalb der Partei stehe, wenn ich Ihnen nicht radikal genug bin. In der Lübecker Resolution ist als besonderes Kriterium zum Ausdruck gebracht, daß der Staat von heute unter allen Umständen die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie gegenüber den anderen Parteien prinzipiell ablehne. Ich weiß, daß auch bei uns noch nicht in allen Detailpunkten die Sozialdemokratie diese Anerkennung errungen hat, aber ich fordere Sie alle auf, mir nachzuweisen, wo die Gleichberechtigung der Arbeiter in politischer Beziehung durch die württembergische Regierung ausdrücklich verletzt worden ist. Infolge unserer Tätigkeit und unseres Einflusses, den wir durch die hinter uns stehenden Massen zum Ausdruck bringen konnten, hat man bei uns den in früheren Jahren eingenommenen Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber von Grund aus reformiert. Ich rede nicht davon, daß es in der Justiz in Württemberg heute anerkannt ist, daß die politische Gesinnung als Sozialdemokrat kein Grund zum Ausschluß vom Amt eines Schöffen oder Geschworenen ist. Wir haben aber seit Jahren durch die Arbeiter gewählte Vertreter in der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, einem Institut, das für die Fabrikinspektion bei uns von ungeheurer Bedeutung ist. Wir haben Organisationen der staatlichen Eisenbahnarbeiter, in denen bekannte Parteigenossen an leitender Stelle stehen — alles Dinge, die Sie vielleicht nicht als nennenswert bezeichnen, die aber bei Ihnen jedenfalls absolut ausgeschlossen sind. (Sehr richtig!) Wir haben vor zwei Jahren durch unsere Initiative für die Werkstättenarbeiter der Staatsbetriebe den neunstündigen Arbeitstag erreicht. Und dieses Vorgehen ist der zwingende Grund für die preußische Verwaltung gewesen, uns auf diesem Gebiete zu folgen. (Hört! hört!) Wir haben uns außerordentlich gefreut, daß durch unsere parlamentarische Tätigkeit es möglich war, auch den Arbeitern in Preußen diese Wohltat zuteil werden zu lassen. Wir haben in der letzten Periode eine Aenderung der Steuergesetzgebung, eine Aenderung unserer Verfassung erhalten, haben das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht, ergänzt in einem Teil des Landes durch das Proportionalwahlrecht. Und wenn es uns nicht gelungen ist, bis jetzt eine Mehrheit im Landtage zu erreichen, so ist nicht das Wahlrecht schuld, sondern die noch zu geringe Zahl unserer Anhänger. Es ist in den letzten zehn Jahren kein Fall bekannt geworden, wo bei irgendeiner Wahl die Regierung oder ein Vertreter derselben irgendwie die Beeinflussung eines staatlichen Angestellten oder eines Privaten bei irgendeiner Wahl versucht hätte. Alle diese Gründe haben nicht als einzelne für sich, sondern in ihrer Gesamtheit einen gewissen Einfluß auf die Stimmung ausgeübt, und sie wurden unterstützt durch die Tatsache,

daß auch bei uns im vorigen Jahre eine allgemeine Arbeiter- und Beamtenaufbesserung durchgeführt wurde, die mit unserer Hilfe um über 1½ Millionen verstärkt und wesentlich zugunsten der Arbeiter abgeändert wurde. (Hört! hört!) Bei unseren Beratungen war ein Parteigenosse, der nicht in den Verdacht revisionistischer oder opportunistischer Anschauungen kommen kann, aber durch die Erfahrungen der letzten Reichstagswahlen nachdenklich geworden war, der erste, der erklärt hat: wir müssen aus Gründen des agitatorischen Bedürfnisses daran denken, daß uns nicht aus der Haltung in dieser Frage in der Propaganda Nachteile zugefügt werden können. (Hört! hört!) Die Arbeiter der staatlichen Anstalten und auch die übrigen seien gar zu leicht geneigt, die Behauptung, daß wir durch Ablehnung des Budgets alle früheren Annahmen illusorisch machten, als richtig anzuerkennen, ja, sie betrachten diese Stellungnahme als Interesselosigkeit, als Falschheit. Aus diesen rein praktischen Erwägungen und aus dem Bedürfnis heraus, der Partei keinen Schaden zuzufügen, ist in einem großen Teil unserer Fraktion der Gedanke wachgerufen, daß es notwendig sei, unsere Stellungnahme zum Budget zum Ausdruck zu bringen. Also von einem absichtlichen Disziplinbruch, von einem Parteiverrat kann bei uns nicht die Rede sein. Wer auf diesem Parteitage durch Annahme der Parteivorstands-Resolution das Mißtrauensvotum gegen uns zum Ausdruck bringt, der will nicht anerkennen, daß unsere Erwägungen und unsere Beschlußfassung aus dem guten Herzen für die Partei entsprungen ist, sondern er erklärt, daß wir gewissenlos unter Nichtbeachtung der Parteitagsbeschlüsse der Partei absichtlich Schaden zufügen wollten. Das müssen Sie sich bei Ihrer Abstimmung überlegen.

Ich habe vorhin gesagt, wir sehen in der Budgetabstimmung keine prinzipielle Frage, keine Staatsaktion, und habe betont, daß wir damit ganz der Meinung sind wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin. Der Berliner Etat ist wesentlich größer und umfangreicher als unser württembergischer Etat, und Sie werden zugeben, daß auch die Berliner Kommunalverwaltung eine wesentliche Einrichtung des Klassenstaates darstellt. Die Berliner haben aber bis jetzt nie daran gedacht, das Budget abzulehnen. (Lebhafte Zurufe der Berliner: Wir haben ja nie zugestimmt!) Parteigenossen! Für wie dumm müssen Sie mich halten, wenn Sie annehmen, daß ich, ohne etwas in der Hand zu haben, den Berliner Stadtverordneten hier einen solchen Vorwurf machen werde. Ich weiß aus langjährigen Erfahrungen, daß mit den Berlinern auf den Parteitagen schlecht Kirschen essen ist, wenn man nicht beschlagen ist. Ich hätte auch diese Berliner Geschichte nicht zum Gegenstand der Erörterung gemacht, wenn sie nicht gar so interessant gewesen wäre. (Hört! hört!) Die „Münchener Post" hatte vor längerer Zeit sich einmal das Vergnügen gemacht, den Umfang des Berliner Etats festzustellen, und hatte dann bemängelt, warum denn die Berliner, die so kritisch seien gegenüber den Bayern und Badensern, doch selbst gar kein Verständnis dafür gezeigt hätten, daß die Budgetabstimmung eine große Staatsaktion sei. Da hat sich natürlich der „Vorwärts" riesig entrüstet: eine solche Verleumdung, eine solche Gemeinheit und Niedertracht wie die der „Münchener Post" gibt es nicht wieder. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Die „Münchener Post" aber hat sich erlaubt, noch auf ihrem Standpunkt stehen zu bleiben — dies verächtliche Blatt. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Die Redaktion des „Vorwärts" ist natürlich über Berliner Verhältnisse genau instruiert, und so schrieb er folgendes:

„Unüberwindliche Abneigung gegen die Wahrheit. Die „Münchener Post" wiederholt in ihrer Sonntagsnummer: Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins haben das Budget nie abgelehnt. Der „Vorwärts" hat . . . festgestellt, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins niemals für den Etat der Stadt Berlin gestimmt haben . . Ist es der „Münchener Post" nicht möglich, ihre die süddeutschen Genossen irreführende Behauptung richtigzustellen?"

Die „Münchener Post" hat bis heute ihre Behauptung nicht richtiggestellt. Das hat mich außerordentlich interessiert. Ich habe mir gedacht: sind die Münchener wirklich genau so schlechte Kerle wie die vom „Vorwärts"? (Große Heiterkeit.) Ich habe hier den stenographischen Bericht der Stadtverordnetensitzung vom 31. März 1906, den Abschluß der Etatsberatung. Da werden eine ganze Reihe von Einzeletats angenommen. Verschiedene unserer Redner beteiligten sich mit großer Schärfe daran; ich habe dabei gesehen, wie die Berliner Parteigenossen im Rathause uns zum mindesten nicht nachstehen in der Vertretung der Interessen der Arbeiter, daß sie ganz wie wir in derselben revisionistischen und opportunistischen Weise suchen, Kleinigkeit um Kleinigkeit der kapitalistischen klassenstaatlichen Organisation abzuringen. Und dann sagt nach dem amtlichen Bericht der Stadtverordnete Liebenow: „Nachdem wir nunmehr mit sämtlichen Etats fertig sind, schlage ich Ihnen vor, den Stadthaushalt für 1906 im ganzen festzustellen in Einnahme und Ausgabe mit 139 467 646 Mk." Und dann heißt es weiter: „Die Versammlung beschließt demgemäß. . . ." (Zurufe der Berliner.) Parteigenossen! So ungefähr könnten wir es auch haben, wenn wir das wollten. Aber Sie verlangen ja von uns, daß wir nicht stillschweigen, wenn diese große Staatsaktion sich vollzieht. Sie verlangen nicht nur, daß wir nicht geduldig und vergnügt der Annahme des Gesamtbudgets durch die anderen zusehen, ohne etwas dazu zu sagen, sondern Sie verlangen von uns, daß wir das Budget ausdrücklich in der Form einer besonderen Mißtrauenskundgebung ablehnen. (Sehr richtig! Wurm: Weil Sie namentliche Abstimmung haben!) Ich gebe zu, daß meine Intelligenz bei weitem nicht heranreicht an die Intelligenz der Berliner Stadtverordneten, aber so weit glaube ich doch die Berliner parlamentarischen Verhältnisse zu kennen, daß es auch dort möglich ist, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen kann, und daß der nicht abgelehnt wird. Wenn der Antrag dann zur Abstimmung kommt, könnten die Berliner mit derselben demonstrativen Wucht, die sie von uns verlangen, den Etat von Berlin ablehnen und ihre Gegnerschaft zum Klassenstaat drastisch zum Ausdruck bringen. (Sehr gut!) Ich bin nun der Meinung, daß dadurch der Klassenstaat um keinen Zentimeter verrückt würde, aber was dem einen recht ist, muß auch dem andern billig sein. Ich habe Ihnen damit nur demonstrieren wollen, daß die Berliner mit uns der Meinung sind, daß die Annahme des Budgets nicht eine Frage von prinzipieller, grundlegender Bedeutung ist (Widerspruch), sondern eine Frage formaler, geschäftlicher Behandlung, die lediglich aus taktischen, aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Demonstration benutzt werden kann oder nicht.

Die Resolution des Parteivorstandes schlägt nun eine Verschärfung der Lübecker Resolution vor. Ich will noch einmal kurz an die Parteigeschichte dieses Falles erinnern. Im Jahre 1894, als sie zum erstenmal erörtert wurde, hatten die Süddeutschen das Glück, Grillenberger und Vollmar zu Wortführern zu haben. Es ist zweifellos, daß jene viel wirksamer all die Argumente zusammengetragen haben, als es uns möglich ist. Aber die Parteigenossen von damals waren sich wohl des Ernstes der Situation bewußt, was es bedeutet, einen Teil der Partei in gewisser Beziehung zwangsweise zu fesseln, und haben es abgelehnt, diesen Zwang auszusprechen; sie haben keinen Beschluß gefaßt. In Lübeck war die Situation etwas verändert. Aber die süddeutschen Abgeordneten von damals fanden beim Parteivorstand

noch soviel Gehör, daß sich der Genosse Bebel dafür einsetzte, ihnen die gewünschte Freiheit nach Möglichkeit zu erhalten.

Der Parteitagsbeschluß erklärt ja die Abstimmung für eine prinzipielle Frage, setzt aber sofort in der Resolution eine Ausnahme fest, und der Beschluß hört damit auf, ein Prinzip darzustellen. Wir haben in der Zwischenzeit seit Lübeck eine Veränderung unserer politischen Situation in verschiedenen Staaten erlebt. Die sozialdemokratische Partei ist stärker und kräftiger geworden. Die Parteigenossen, die unter schwierigen Verhältnissen uns in der parlamentarischen Vertretung die Wege geebnet haben, waren schon damals der Meinung, daß dieser parlamentarische Weg uns zu praktischen Resultaten führen soll und daß, wenn wir einmal die Gelegenheit haben, Vertrauensmänner in die Parlamente zu schicken, daß wir diesen dann auch das Vertrauen zukommen lassen, daß sie nach Pflicht und Gewissen die Partei fördern und ihr dienen. Genosse Timm hat die Frage ganz auf den richtigen Nenner zurückgeführt. Es handelt sich um die Frage des gegenseitigen Vertrauens und um weiter nichts. Uns haben diejenigen, die in den Vorwochen gegen uns Stellung genommen haben, ohne unsere Gründe zu kennen, dieses Vertrauens von vornherein für unwürdig erklärt. Sie haben das Vertrauen innerhalb der Partei und innerhalb unseres Landes bereits heute in einer Weise untergraben, daß wir schwer zu tun haben werden, das wieder gut zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir sind gezwungen, bei jeder Wahl diejenigen, die wir vorschlagen, den Wählern als vertrauenswürdige Männer zu empfehlen, und in Ihren Diskussionen sprechen Sie denen, welchen das Volk glauben soll, auch nur das einfachste Vertrauen ab, daß sie imstande sind, zu prüfen, ob ihre Haltung für oder gegen die Budgetablehnung im Interesse der Partei liegt oder ihr zum Schaden gereicht. Die Vorstandsresolution enthält die programmatische Erklärung des Mißtrauens gegenüber Parteigenossen, die seither parlamentarisch gewirkt haben, und wenn Sie uns mit diesem Mißtrauen belasten, geben Sie unseren Gegnern eine Waffe in die Hand, die sie bei jeder Gelegenheit gegen uns benützen werden, indem sie uns vorhalten: was wollen Sie, Sie sind ja von Ihrem eigenen Parteitag als Männer proklamiert, die gar nicht verdienen, eine solche Stellung einzunehmen. Parteigenossen, es geht mir wider die Natur, Ihnen zu sagen: wenn Sie die Resolution annehmen, dann wird dadurch ein Unglück geschehen. Lieber, sage ich, verzichte ich persönlich auf die Mitarbeit, als daß ich proklamieren wollte, die Partei soll Schaden leiden. Aber das kann ich Ihnen sagen: Mit der Vorstandsresolution belastet, ist es mir und meinen Genossen nicht mehr möglich, im Parlament wirksam für die Arbeiter einzutreten. Das können Sie nicht wollen, und das dürfen Sie in Norddeutschland schon aus dem Grunde nicht wollen, weil Sie uns dann ein Unrecht tun, dessen Tragweite Sie nicht ermessen können, weil Sie selber nicht darunter zu leiden haben. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Ich weiß nicht, ob wir auseinandergehen sollen von diesem Parteitage, ohne daß es uns möglich wäre, in dieser Frage zu einer Verständigung zu kommen. Die Rede des Genossen Bebel heute früh war, wie die Rede eines Parteiführers sein muß, im versöhnenden und ausgleichenden Tone gehalten. (Sehr richtig!) Ich bedaure nur, daß wir nicht einen Viktor Adler in unserem Parteivorstand haben, der sich auf den Standpunkt stellt: in parlamentarischen Fragen wird gehandelt und nicht geredet und Resolutionen gefaßt. Der Parteivorstand weiß — und das ist das Gefährliche an der Situation —, daß er es in uns mit alten Parteigenossen zu tun hat, die wie er mit ganzer Seele an der Partei und ihrer Tätigkeit in der Partei hängen. Weil er das weiß, deshalb vertraut er darauf, daß wir auch mit dem Stigma des Mißtrauensvotums belastet weiter

mitkämpfen und mitarbeiten werden. Parteigenossen, am Tische des Präsidiums sitzt der Genosse Singer. Er hat uns gestern in unserer Konferenz, als wir den Versuch gemacht haben, einen Ausgleich zu schaffen, zu verstehen gegeben, daß es endlich Zeit sei, mit dem Verschleiern und Verkleistern ein Ende zu machen. (Hört! hört!) Wenn das einer von uns sagt, die wir hier gegen eine Anklage uns verteidigen und mit den schweren Vorwürfen der verschiedensten Art belastet, wie sie uns in den letzten Wochen entgegengetreten sind, aus dem Gefühl beleidigter Ehre heraus sich so verteidigen würde, so würden Sie uns das sicher übel nehmen. Aber der Mann, der an der Spitze unserer Partei steht, hat die Aufgabe, zu vereinigen und nicht zu trennen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Die Anklage auf Parteiverrat, auf Disziplinbruch weise ich weit von mir. (Bravo!) Wenn ich Sie auffordere, uns zu schützen vor diesem Stigma, so, sage ich, wäre es die allererste Aufgabe des Parteivorstandes und seines Präsidenten, daß er auf unserer Seite stehen und daran denken würde, daß, wenn wir uns heute auch noch so erregen über diese Frage, doch wieder ruhigere Zeiten kommen. (Sehr richtig!) Ich erinnere daran, wie es gegangen ist, als wir uns seinerzeit über die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen unterhielten. Da habe ich zu denen gehört, die der Meinung waren: was ist das für eine Situation? Ein Land wie Preußen, mit einer solchen Arbeiterschaft, mit einer solchen Organisation soll stillstehen, soll dabei schlafen, wenn die Geschicke des Volkes in der Gesetzgebung beraten werden? Ich habe damals dafür gestimmt, daß die preußischen Genossen sich an den Landtagswahlen beteiligen sollten, und wir sind genau wie heute als dumme Kerle, als halbe Parteigenossen behandelt worden, die es gar nicht ernst meinen mit der Partei. Mit großer Gehässigkeit wurden damals die Beratungen geführt, und als wir zu Hause waren, war alles ruhig. Heute aber schreibt die „Vorwärts"-Redaktion Jubelartikel darüber, daß es gelungen ist, in den preußischen Landtag Abgeordnete zu wählen. Wir haben den Preußen diesen Beschluß aufgedrängt, und so gut sie damals unserem Beispiel gefolgt sind, ist es noch heute mit einer Reihe anderer Dinge gegangen. Ebenso haben wir uns in der aufregendsten Weise über die Frage der Annahme des Vizepräsidentenpostens unterhalten. Der es gewagt hatte, dafür zu stimmen, war ein halber Parteigenosse, ein Revisionist. Die Oesterreicher haben es einfacher gemacht, sie haben nicht geredet, sie haben es gemacht. (Sehr gut!) Die Leute, die auch wieder den Budgetkrakeel auf dem Gewissen haben, sind zum großen Teil Leute, die noch niemals daran gewöhnt waren, für ihre Tätigkeit innerhalb der Partei eine Verantwortung zu tragen, und das beleidigt uns, das kränkt uns, daß der Parteivorstand nicht imstande ist, zu verhüten, daß all diese Kämpfe in erster Linie von Leuten veranlaßt werden, die gar nicht in die Lage kommen können und wollen, dieselbe Verantwortung wie wir zu übernehmen und dann auch die Konsequenzen aus solchen Beschlüssen zu tragen. (Bebel: Das ist ja unmöglich!) Ja, das ist sehr möglich, Genosse Bebel, darüber denken nicht nur ich, sondern auch andere Leute so. Es gibt keine Partei in der Welt, die sich ihre taktische Beschlußfassung, ihre ganze Richtung vorschreiben läßt von Leuten, die nicht mitten im Kampfe stehen, die uns nur dirigieren wollen, aber nicht mit uns arbeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen; große Unruhe.) So geht es eben mit solchen Kämpfen, da kommen auch solche Dinge zur Sprache, die dem einzelnen unangenehm sind, die aber bei solchen Gelegenheiten auch zum Ausdruck gebracht werden müssen, um mit Lassalle zu sagen, was ist. Es sind dieselben Parteigenossen, die uns vor wenigen Jahren zu überzeugen versuchten, daß es notwendig sei, durch den Parteitag beschließen zu lassen, daß der Massenstreik angewendet werden

müsse — in Jena haben wir uns ja darüber die Köpfe beinahe zerschlagen! (Bebel: Unglaublich!) Genosse Bebel, ich habe Ihre Rede von damals jetzt vor dem Nürnberger Parteitag noch einmal durchgelesen. Auch die der Genossin Luxemburg. (Pfannkuch: Auch die von Elms?) Auch die. Es war nicht die schlechteste. (Pfannkuch: Nein, aber die röteste. Heiterkeit.) Ich will nur feststellen, wir haben uns erhitzt, und die, die die Resolution abgelehnt haben, wurden damals auch nur als halbe Genossen, als zweifelhafte Charaktere hingestellt. Unser Jenaer Parteitag ist vorübergegangen, der Mannheimer ebenso, und ich bin der Meinung, wenn wir den Massenstreik machen, dann beschließen wir ihn nicht vorher. (Zuruf Bebels.) Ja, darüber sind wir verschiedener Meinung, Genosse Bebel. Ich bin der Meinung, Massenstreik muß man machen, aber nicht an die Wand malen. So wie es mit diesen Dingen gegangen ist, geht es mit der Budgetabstimmung auch. Ich kann ja nicht das Verdienst in Anspruch nehmen, schon einmal prophezeit zu haben, aber das will ich doch prophezeien, daß einmal die Zeit kommen wird, wo in der Budgetfrage eine andere Abstimmung auf dem Parteitag notwendig wird. Es tut mir leid, daß wir so viel Kraft und so viel Nerven und Energie an die Beratung dieser Budgetfrage hier setzen müssen. (Sehr richtig!) Sie wären sehr viel nötiger anzuwenden gegen andere Leute und nicht gegen Parteigenossen. (Sehr richtig!) Heute erregen wir uns, und trotz dieser Erregung kann ich versichern, gehe ich getrosten Mutes von Nürnberg nach Hause, denn ich weiß, daß ich in diesem Falle zu denjenigen Besiegten gehöre, deren Anschauungen in späterer Zeit einmal anerkannt und durchgeführt werden. Die Frage wird eben so lange Frage des Prinzips sein, als sie sich auf einzelne beschränkt; sie wird aufhören, es zu sein, sie wird zur taktischen und praktischen Frage werden, sobald auch die anderen mit darunter zu leiden haben.

Die Resolution ist für uns unannehmbar, wenn der Parteivorstand nicht eine Aenderung macht. Und wenn Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen — das Recht haben Sie ja dazu —, so haben Sie uns einen Beschluß aufgedrängt, der uns nach unserer Ueberzeugung unsere Stellung erschwert, unsere Erfolge verhindert. Und deshalb ist er unannehmbar. Ich habe keinen Auftrag, Ihnen zu sagen, was wir tun, wenn Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen; aber ich für meine Person kann Ihnen sagen, nehmen Sie die Resolution an, so haben Sie uns damit nicht von der Pflicht entbunden, bei jeder nächstjährigen Budgetberatung zu überlegen, ob es das Interesse der Partei, das Interesse der Arbeiter und das Ansehen der Partei erfordert, dagegen oder dafür zu stimmen. Wir werden dabei selbstverständlich, soweit ich dabei in Frage komme, etwas vorsichtiger sein. Wir sind jetzt etwas gewitzigter geworden, wir werden die Kollegen vom Parteivorstand vor die Frage stellen, mit uns vorher zu beraten, um nicht eine Situation à la St. Gallen zu schaffen. (Zuruf: Na also!) Also nehmen Sie unsere Aeußerungen nicht als Drohung, als eine Absicht zur Spaltung der Partei, aber erkennen Sie daraus, daß wir überzeugt sind, daß Sie versuchen, uns in unserer Stellung, in unserer politischen Ehre zu kränken, und das sollten Sie nicht tun, im Interesse der Einigkeit, im Interesse der Geschlossenheit. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Simon-Nürnberg: Ich will auf die Polemik in der Presse nicht eingehen; auf beiden Seiten ist gefehlt worden. Und niemand als ich verurteilt schärfer, daß über das Ziel hinausgeschossen wurde. Ganz unnötig verschärft aber wurde die Behandlung der Frage von vornherein durch den Landesvorstand der badischen Parteigenossen, die dem Parteivorstand erklärt haben, hier haben wir ein Schweigegebot. (Sehr richtig!) Wäre das nicht geschehen, so wäre die Diskussion nicht in dieser Schärfe geführt worden.

(Sehr richtig!) Es wurde in der „Fränkischen Tagespost" die Meinung ausgesprochen, daß wir aneinander vorbeireden, und es ist so. Aber warum reden wir aneinander vorbei? Weil eben die Parteigenossen, die für das Budget gestimmt haben, von Voraussetzungen ausgegangen sind, die wir nicht billigen können. Es wurde hier gesagt, das Parteiprogramm ist kein papierner Papst. Und auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir nicht Beschlüsse fassen können, die Gültigkeit haben sollen für immer und ewig. Aber wenn man zu der Auffassung gelangt ist, daß Beschlüsse nicht mehr aufrecht erhalten werden können, dann soll man den Weg gehen, der bisher stets gegangen worden ist (Sehr richtig!), dann soll man auf den Parteitag gehen und soll die Abänderung zu erlangen suchen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb wären alle die wunderschönen Auseinandersetzungen hier viel angebrachter gewesen vor einem Parteitag, den man nicht vor das Faktum der Budgetbewilligung gestellt hätte, sondern auf dem man beraten hätte, aus welchen Gründen man die Abstimmung beim nächsten Male ändern müsse. (Sehr richtig!) Das wäre der richtige Weg gewesen, der uns vor solchen Erschütterungen, vor solchen parteischädigenden Diskussionen bewahrt hätte. Meine Kollegen in der Fraktion des bayerischen Landtages, die für das Budget gestimmt haben, waren der Auffassung — und ich will gern zugestehen, daß das nicht nur vorgeschoben, sondern tatsächlich ihre Auffassung war —, daß sie sich mit der Zustimmung zum Budget im Rahmen der Lübecker Resolution bewegten. Die Ausführungen Singers kann Timm für seine Auffassung nicht heranziehen. Es sind da auch noch Ausführungen von anderen Genossen und Genossinnen in dieser Frage, und da ist doch außerordentlich charakteristisch das, was die Genossin Zetkin angeführt hat, um eine Verschärfung der Resolution abzuwehren. Sie sagte, und zwar war das gegen einen Antrag Singers auf Streichung des letzten Absatzes der Lübecker Resolution gerichtet: Nehmen Sie den Antrag Bebel einstimmig an. Ich fürchte nicht, daß der Passus zum Hintertürchen führt, mittels dessen die Genossen den Beschluß umgehen. Ich fürchte keine Sophisterei. Gegen Illoyalität hilft uns auch die feingeschliffenste Resolution nichts. Betrachtet man die Frage von dem Gesichtspunkt aus der Begründung der Lübecker Resolution, und wie die Mehrheit für diese Resolution zustande gekommen ist, so muß man sagen, die Auffassung der Genossen war irrig. Die Zustimmung zum Budget in Bayern läßt sich unter die zwingenden Gründe nicht zusammenfassen. Es wurde so viel davon gesprochen, daß, wer im praktischen Leben steht, wer die Fühlung mit der Masse nicht verloren habe, zu einer ganz anderen Auffassung kommen müsse. Ja, man soll sich doch nicht so hinstellen und tun, als wenn man allein noch in Fühlung mit der Masse steht. (Sehr gut!) Aber so ist es ja gar nicht, wir waren gar nicht die Geschobenen, ich möchte den bayerischen Parteigenossen sehen, der an uns herangetreten ist und von uns verlangt hat, wir sollten für das Budget stimmen. (Hört! hört!) Sechs Wochen vor der Budgetabstimmung fand der bayerische Parteitag statt und hier wurde von keinem Delegierten die Budgetfrage erwähnt. (Lebhaftes Hört! hört!) Daß die Genossen sich jetzt hinter ihre Abgeordneten stellen, ist erklärlich, aber geschoben haben sie uns nicht. Ja, ich wage zu behaupten, daß, wenn wir gegen das Budget gestimmt hätten, nicht ein einziger Widerspruch bei der Berichterstattung in den Versammlungen laut geworden wäre. (Lebhaftes Hört! hört! — Zuruf: Beweisen!) Ich werde es beweisen. Wir haben bisher in Bayern das Budget abgelehnt und es ist außerordentlich charakteristisch, womit diese Ablehnung in dem Handbuch begründet ist, das den agitatorisch tätigen Genossen mit auf den Weg gegeben wird. Da heißt es:

„Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage ihrer Anwesenheit im bayerischen Landtag an unbestritten eine eminent praktische Tätigkeit ent-

faltet und auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich als die hauptsächlichste Triebfeder des Fortschrittes erwiesen. So hat denn auch der heftigste Gegner nicht vermocht, unserer Landtagsfraktion den sonst so beliebten Vorwurf eines Mangels an positiver Arbeit zu machen. Anstatt dessen sucht man aber ab und zu, wenn alle anderen Kampfmittel versagen, mit einem anderen Einwande gegen sie Stimmung zu machen. Man anerkennt zwar notgedrungen, daß sie für alle möglichen notwendigen und kulturellen Dinge, für Bildung und Erziehung, für Verkehr und Industrie, für Gewerbe und Landwirtschaft, für Arbeiter und Staatsangestellte mit Eifer eingetreten ist und bei den einzelnen Abschnitten des Staatshaushalts die dafür erforderlichen Mittel bewilligt hat. Aber — fügt man hinzu —, indem die Sozialdemokraten bei der Schlußabstimmung über das Finanzgesetz sich ablehnend verhielten, „verweigerten sie doch alle Mittel für die Staatsbedürfnisse". Diese Behauptung ist aber grundfalsch und zeugt — soweit es sich nicht um eine verwerfliche absichtliche Irreführung der Wähler handelt — von einer ungewöhnlich geringen Kenntnis des inländischen und ausländischen Parlamentarismus. Denn es ist eine alte Art auch bei bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer scharfen Oppositionsstellung befanden, daß sie die Gesamtabstimmung über das Budget dazu benützten, um ihre ablehnende Haltung gegen das herrschende System zum Ausdruck zu bringen."

(Lebhaftes Hört! hört!) Ich wage weiter zu behaupten, daß wir uns in Bayern noch niemals in einer günstigeren Situation befunden haben. Wenn man schon einmal die Gründe billigt, die für die Bewilligung des Budgets angeführt werden — ich billige sie nicht —, dann, ich wiederhole es, war die Position für uns niemals günstiger als diesmal, um das Budget abzulehnen. (Hört! hört!) Wir haben dem Kultusminister Wehner Verfassungsbruch vorgeworfen, unser Freund Segitz hat in einer geharnischten Rede nachgewiesen, daß der Minister die Verfassung verletzt hat, und er hat seine Rede mit den Worten geschlossen: „Die Frage — nämlich die, ob der Minister ein Recht gehabt habe, auf Grund der Verfassung den Lehrer Beyhl zu maßregeln —, diese Frage muß mit allem Nachdruck verneint und scharf hervorgehoben werden, daß in dieser Sache die Staatsregierung sich einer Verletzung der Verfassung schuldig gemacht hat. Meines Erachtens wäre es Aufgabe des Landtages, daraus die Konsequenzen zu ziehen, den Versuch zu machen, ein Verfahren zur Ministeranklage gegen die Staatsregierung einzuleiten." (Hört! hört!) Wenn wir in der Erklärung, die wir gegen das Budget abgegeben hätten, gesagt hätten, wir erkennen zwar an, daß auf den und den Gebieten Fortschritte erzielt sind, daß uns auf manchen Gebieten Entgegenkommen gezeigt ist, wir lehnen aber das Budget ab, weil wir einem Ministerium, das den Verfassungsbruch eines seiner Mitglieder deckt, kein Vertrauen entgegenbringen können — da hätten wir auch dem Indifferentesten unsere Haltung klar machen können. (Lebhaftes Sehr richtig!) Also auch nach der Richtung hin bestand kein zwingender Grund, das Budget zu bewilligen. Daß gewisse Ansätze zur Gleichberechtigung vorhanden sind, erkenne ich an, aber auch nur Ansätze, das Beamtengesetz, das von uns in seinen einzelnen Artikeln auf das entschiedenste bekämpft wurde, und gegen welches ich mehrere Male in Fraktionssitzungen gesprochen habe, ebenso wie Adolf Müller und Schmidt, dies Gesetz, welches ich als ein Ausnahmegesetz gegen uns selbst bezeichnet habe — ich habe mich trotzdem dem Beschluß der Mehrheit gefügt, weil ja hier kein Parteitagsbeschluß vorlag, ich kann mich selbst, wenn ich Gegner eines Gesetzes bin, einem Beschluß der Fraktion fügen, wenn dem nicht ein Beschluß des Parteitages entgegensteht (Sehr richtig!) —, dies Gesetz sagt in seinem Artikel 11: „Der Beamte hat alle Obliegenheiten des ihm übertragenen

Amtes, den Gesetzen, Verordnungen und Dienstvorschriften entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, würdig zu erweisen." Artikel 16 lautet: „Die Teilnahme an einem Vereine, dessen Zwecke oder Bestrebungen den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, ist den Beamten untersagt." (Hört! hört!) Und in Artikel 24 heißt es: „Die Vorschrift in dem Artikel 11 über das Verhalten außer dem Amte, sowie die Vorschriften der Artikel 14, 17, 20 finden auch auf die einstweilen oder zeitlich in den Ruhestand versetzten Beamten entsprechende Anwendung. Auf die im dauernden Ruhestand befindlichen Beamten finden lediglich die Vorschriften in dem Artikel 11 über das Verhalten außer dem Amte, sowie die Vorschriften der Artikel 14, 20 entsprechende Anwendung." (Lebhaftes Hört! hört! Zuruf: Ist ja desavouiert!) Mir wird zugerufen, das ist von Pfaff desavouiert, da er erklärt habe, in Bayern bestehe zurzeit kein Verein, dem ein Beamter nicht angehören könne. Demgegenüber steht aber die programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten Podewils, die Bebel vorher verlesen hat. Warum hat man sich denn geweigert, diese Artikel zu streichen? (Zuruf: Wegen der Staatsbeamten!) Wir wollen uns doch darüber nicht streiten. Wenn man einem Lehrer Beyhl wegen einiger kräftiger Worte die Disziplinierung androht, dann wird, wenn der Lehrer, den wir als Nachfolger für Ehrhart als Kandidaten aufzustellen beabsichtigen, der in Versammlungen unsere programmatische Forderung auf Trennung der Kirche vom Staat und der Kirche von der Schule begründet, Herr von Wehner erklären: Was fällt denn dem Menschen eigentlich ein? (Sehr gut!) Man glaube doch nicht, daß man, wenn man schon jemand zu disziplinieren sucht, der nur einige kräftige Worte gefunden hat im Interesse seiner Berufskollegen, daß man dann einen Sozialdemokraten, der wirklich sozialdemokratische Propaganda entfaltet, ungeschoren läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber noch ein anderes. In derselben programmatischen Erklärung, die Herr von Podewils über den Fall Roßhaupter abgab, äußerte er sich auch über die Reichstagsauflösung, und zwar sagte er, in erster Linie sei nur das Urteil der militärischen Autoritäten, nicht aber das Ermessen des Parlaments als ausschlaggebend anerkannt worden. „Es durfte nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die Truppenzahl durch das Parlament ziffernmäßig eingeschränkt werden könnte. Es durfte nicht ein Präzedens geschaffen werden, das eben nicht bestehen darf. Aus diesen Gründen hat die bayerische Regierung sich mit der Auflösung des Reichstages einverstanden erklärt für den Fall, daß der Reichstag den Nachtragsetat ablehne oder die Truppenzahl zur Beendigung des Aufstandes durch Aufstellung einer Ziffer einschränken sollte." (Hört! hört!) Also die Reichspolitik wurde in diesem Falle vollständig gebilligt.

Ich kann nicht auf all das eingehen, was Frank gesagt hat, ich will nur eines hervorheben: wenn Frank Tarifabschlüsse mit der Budgetbewilligung vergleicht (Heiterkeit), dann beweist er höchstens, daß er von Tarifabschlüssen nichts versteht. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt erleben wir das Schauspiel, daß in Versammlungen und auch auf dem Parteitage die Handlungen der Regierung und der Mehrheitsparteien unsererseits verteidigt werden, ein Schauspiel, das in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei einzig dasteht. (Stürmischer Beifall.) Man nimmt Resolutionen an, worin man von außergewöhnlichen Aufwendungen für die Staatsarbeiter spricht. Unsere Reden im Landtag waren ganz anderer Art, dort haben wir nachgewiesen, daß die Zuwendungen gar nichts bedeuten, daß sie nicht einmal das ausmachen, um wieviel das Leben durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise, durch Steigerung der Wohnungsmieten usw. verteuert ist. (Sehr wahr!) Und nun mit einem Male gibt man

dem Zentrum diese Waffe in die Hand, damit es hinausgehen und sagen kann: Seht, das haben wir gemacht, wir haben so Vortreffliches für die Arbeiter geleistet, daß selbst die Sozialdemokratie erklärt, das sind außergewöhnliche Aufwendungen, denen man zustimmen muß. Ein weiteres! Heute, nach 40 Jahren, nachdem wir 3¼ Millionen Stimmen im Reich auf uns vereinigt haben, heute, nachdem die Partei- und Gewerkschaftsbewegung eminente, vor Jahren noch ungeahnte Fortschritte gemacht hat, heute fragen wir uns, ob die Taktik, unter der wir unsere Siege erfochten haben, richtig war oder nicht. (Sehr gut!) Offen gesagt, das verstehe ich nicht. Ja, wenn es richtig wäre, daß wir den Genossen das nicht begreiflich machen könnten! Aber so liegen die Dinge nicht. Wollen wir unsere Handlungen und unsere Taktik so einrichten, daß uns die Gegner nicht angreifen können, daß uns die Indifferenten verstehen, dann behalten wir unser Parteiprogramm nur hübsch in der Tasche. (Sehr gut!) Nehmen wir aber einmal an, wir würden durch solche Taktik die Mehrheit gewinnen, dann wäre es doch unsere Aufgabe, unser Programm zur Durchführung zu bringen, die Regierung würde den Landtag auflösen — glauben Sie, daß die Massen uns dann noch einmal wählen würden? (Sehr richtig!) Ach, man soll doch nicht so töricht sein. Die Massen, denen wir gar nicht klar gemacht haben, warum wir so stimmen, die wir aufzuklären verabsäumt haben, diese Massen würden sagen: Donnerwetter, was fällt Euch denn ein! Dazu haben wir Euch doch nicht gewählt. Wir können der indifferenten Masse viel leichter begreiflich machen, warum wir den Etat ablehnen, als warum wir eine Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche herbeiführen wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es wurde gesagt, wir können keine Mandate annehmen, wenn uns eine gebundene Marschroute mit auf den Weg gegeben wird. Ich möchte fragen, ob denn in der Dresdener Resolution keine gebundene Marschroute liegt, denn es wird doch dort ausdrücklich betont, daß die Zustimmung zum Etat unter allen Umständen zu verweigern ist. Ich war ja nicht dabei, aber ich hätte auch für diese Resolution gestimmt, und tatsächlich ist sie auch mit ganz wenigen Ausnahmen angenommen worden, und zwar mit Hilfe der Stimmen aller bayerischen Genossen. (Hört! hört!) Es ist weiter gesagt, es darf keine Herrscher bei uns geben. Nein, wir sind Gleiche unter Gleichen, und wenn der Parteitag zu der Auffassung gelangt, daß in irgendeiner Frage nicht so gehandelt ist, wie es der Auffassung der Gesamtpartei entspricht, dann war es bisher so, daß die Minorität sich gefügt hat. (Sehr richtig!) Sehen wir, daß ein Beschluß nicht haltbar ist, dann arbeiten wir dahin, auf dem nächsten Parteitag einen anderen Beschluß herbeizuführen. Also ich sehe nicht ein, daß zwingende Gründe vorhanden gewesen sind, die es uns unter allen Umständen unmöglich gemacht hätten, gegen das Budget zu stimmen. Ich habe schon erklärt: ich habe die feste Ueberzeugung, meine Kollegen in der Fraktion waren der Auffassung, daß sie ihre Zustimmung mit der Lübecker Resolution vereinbaren könnten und da stehe ich nun auf dem Standpunkt, daß man diese ehrliche Auffassung auch auf Seite derer, die anderer Meinung sind, anerkennen soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sollen anerkennen: Ihr konntet vielleicht diese Auffassung haben. Ihr habt aber der Resolution eine falsche Auslegung gegeben. Ist das der Fall, dann muß es doch einen Weg der Verständigung geben. (Sehr richtig!) So liegen die Dinge nicht, daß man sagen kann: Eure Entscheidung bedeutet ein Mißtrauen gegen uns und damit können wir nicht hinausgehen. Das wünsche ich nicht, und ich glaube, Sie alle können es nicht wünschen, daß es auf diesem Parteitage Besiegte und Sieger gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß ein Weg der Verständigung gefunden werden, und wenn ich auch nicht

in der Lage bin, einen praktischen Vorschlag zu machen, so muß es doch im Laufe der Diskussion dahin kommen, daß wir den Parteitag verlassen können mit der Erklärung: wir sind heftig aufeinandergeplatzt, wir haben die Meinungen ausgetauscht, aber wir sind zu einem Resultat gelangt, auf Grund dessen wir nach wie vor brüderlich zusammenarbeiten können, um endlich den Sieg zu erringen. Wenn wir das wollen, wenn es uns allen darum zu tun ist, die Einigung herbeizuführen, wenn wir die Pflicht, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu wirken, ernst nehmen, dann muß ein Weg der Verständigung gefunden werden und bei einigermaßen gutem Willen dürfte das nicht unmöglich sein. (Lebhafter Beifall.)

Für die Minderheit der badischen Fraktion erhält das Wort

Eichhorn: Die Minderheit der badischen Fraktion erblickt in der Zustimmung zum Budget einen Verstoß gegen die Lübecker Resolution, einen Verstoß, der vielleicht im guten Glauben begangen wurde, weil man glaubte, daß sich die Haltung der Mehrheit decken ließe durch den Schlußsatz der Resolution. Ebenso wie Frank verlangt, daß man die Haltung der Mehrheit würdigt nach dem Grundsatz, daß Erwägungen ernster Männer der Abstimmung zugrunde liegen, ebenso verlange auch ich, daß man die Haltung der Minderheit unter diesem Gesichtswinkel würdigt. Es ist in der badischen Fraktion von der sehr starken Minderheit — 5 unter 12 — nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Zustimmung zum Budget einen Verstoß gegen die Lübecker Resolution bedeutet. Es ist mit allem Nachdruck auf die Folgen einer solchen Abstimmung aufmerksam gemacht worden; alle Gründe der Mehrheit sind geprüft worden, und die Minderheit ist zu der Anschauung gelangt, daß diese Gründe nicht zwingender Natur sind und auch nicht unter die Ausnahmebestimmungen der Lübecker Resolution fallen. Man hat die Warnungen und Einwände der Minderheit in den Wind geschlagen. Hätte die Mehrheit der Fraktion loyal handeln wollen, dann hätte sie schon an den Essener Parteitag herantreten müssen, denn schon damals bestand die Meinung, daß die Lübecker Resolution ihnen zu enge Fesseln auferlegt. Wäre es nicht möglich gewesen, durch den Essener Parteitag eine Aenderung der Resolution herbeizuführen, dann hätte man in diesem Jahre noch gegen das Budget stimmen und sich dann an den Nürnberger Parteitag wenden müssen. (Sehr richtig!) Man sagt, daß norddeutsche Genossen die Brandfackel erhoben hätten, daß unsere Verhandlungen provoziert seien von einigen unverantwortlichen Parteigenossen, die die Verhältnisse der einzelnen Parlamente nicht eingeweiht sind. Nein, wenn jemand die Verantwortung trägt für die unangenehmen Erscheinungen der letzten Wochen, dann sind es die Mehrheiten der Landtagsfraktionen Süddeutschlands infolge ihres illoyalen Verhaltens. Man spricht von Zwischenträgern, um der ganzen Debatte ein persönliches Gepräge zu geben und um Stimmung zu machen. Ich weiß nicht, was damit gemeint ist, ich weiß nicht, ob der Parteivorstand es nötig hat, Mitteilungen von unverantwortlichen Kreisen entgegenzunehmen in Formen, die man als Zwischenträgerei bezeichnen könnte. Die Genossen aber, die solche Vorwürfe erheben, sollten doch den Mut haben, zu sagen, wer die sogenannten Zwischenträger sind. (Sehr gut!) Wie lagen denn die Dinge? Auf der Würzburger Konferenz wurde die Frage der Budgetbewilligung zum ersten Male angeschnitten, aber die Verhandlung ist auf Einspruch unterblieben, vielleicht aus Mangel an Zeit, vielleicht auch, weil sich eine solche Frage nicht so ohne weiteres und unvorbereitet abtun läßt. Nebenbei bemerkt, ist es auch nicht besonders loyal, wenn man nicht alle Abgeordneten über die Pläne verständigt. Ich, der ich allerdings in diesem Jahre verhindert war, oft im Landtage zu sein, der ich aber seit 1901 dem badischen Landtage angehöre und früher keine einzige Sitzung versäumt habe, ich wurde

weder von der Würzburger noch von der Stuttgarter Konferenz unterrichtet. Erst am Tage vor der Stuttgarter Konferenz, als ich vom Reichstage heimkehrte, hörte ich zufällig, daß eine Konferenz stattfinden würde, die sich auch mit der Budgetfrage beschäftigen würde, und daß Kolb dazu delegiert sei. Früher kannte man Delegationen nicht. Da erging an alle Abgeordneten das Ersuchen, teilzunehmen. Man hat behauptet, die Stuttgarter Konferenz sei ganz belanglos gewesen, ich glaube, es war Ulrich, der gesagt hat, sie diente lediglich dazu, Drucksachen auszutauschen. (Heiterkeit.)

Nun, am Montag nach der Konferenz kam der Genosse Kolb zu mir, begrüßte mich und sagte, indem er aus seiner Freude kein Hehl machte — was ich an seinerstatt übrigens auch getan hätte: Ich kann Dir die Mitteilung machen, daß Vollmar festgestellt hat, am Schluß der Konferenz hätte volle Einmütigkeit darüber geherrscht, daß das Budget trotz der Lübecker Resolution bewilligt werden könne. (Hört! hört!) Und als besondere Verstärkung seiner Freude bezeichnete er, daß Genosse Keil, der bisher als Gegner gegolten hatte, derselben Meinung gewesen sei. (Hört! hört!) So liegt es in Wirklichkeit mit der Stuttgarter Konferenz. Es ist nicht richtig, daß besonders zwingende Gründe den Beschluß der badischen Fraktion herbeigeführt haben; ich glaube vielmehr, daß der Stuttgarter Beschluß den eigentlichen Anstoß gegeben hat, für das Budget zu stimmen. (Hört! hört!) Nun wird behauptet, daß der Beschluß durch die Lübecker Resolution und die Bewegungsfreiheit, die sie gibt, gedeckt sei. Nachdem Bebel, der berufenste Interpret (David: Die Resolution rührt ja gar nicht von ihm her! — Bebel: Sie ist von mir eingebracht!) sie deklariert hat, verstehe ich nicht, warum man sich nicht in Lübeck mit aller Schärfe und Deutlichkeit gegen diese Deklaration gewehrt hat, wenn man sie nicht für richtig hält. Das ist jedenfalls nicht geschehen. Von den beiden Fällen, in denen die Bebelsche Resolution die Zustimmung zum Budget freigibt, trifft nicht einer für die Mehrheit der Badener Fraktion zu. (Lebhafte Zustimmung.) In einem solchen Konflikt, noch dazu wenn die Minderheit so stark wie in diesem Falle ist — es waren 5 unter 12 — hätte die Majorität einsehen müssen, daß die Abstimmung höchst bedenklich ist. Hätte man nicht so loyal sein wollen wie die Stuttgarter Fraktionsmehrheit, als sie von ihrem Beschlusse zurücktrat, so hätte man doch wenigstens an den Vorstand schreiben und sagen sollen, es schweben Differenzen in der Fraktion, wir fordern ein Gutachten darüber, wie die Lübecker Resolution auszulegen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das hat man nicht getan, denn man wollte es nicht. Damit fällt auch die Frohmesche Resolution. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kommen damit nicht weiter. Man will eben den Parteivorstand nicht fragen; man erkennt ihn nicht als ausschlaggebenden Faktor an, weil er die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Landtagen angeblich nicht kennen soll. Ja, man kommt sogar und preist es von der Tribüne des Parteitages herab, daß Parteigenossen sich schämen, die Mehrheitsbeschlüsse des Parteitages anzuerkennen. Timm und Frank haben den Schatten unseres verstorbenen Dreesbach heraufbeschworen; es wäre besser gewesen, sie hätten es nicht getan. Seit wann ist es denn eine Schande, vor bürgerlichen Parteien im bürgerlichen Parlament einzugestehen, daß man sich den Beschlüssen der Partei zu fügen hat? (Sehr gut!) Seit wann ist es denn Mode, es zu loben, daß jemand sagt: nicht, weil der Parteitag etwas beschlossen hat, tue ich es, sondern aus anderen Gründen, ich lasse mich überhaupt nicht binden!? In einer Partei, und gerade einer Partei, die wie wir im heftigsten Kampfe steht und die die Disziplin so notwendig hat, gehört es zu den höchsten Pflichten eines Parteigenossen, Disziplin zu halten und zu zeigen, daß man versteht, sich Beschlüssen des Parteitages unterzuordnen. (Beifall.) Deshalb dürfen wir auch nicht auf die Resolution Frohme kommen,

die würde in Zukunft nichts bessern. Für uns in der Minderheit der badischen Fraktion und eine Zeitlang für die Gesamtheit der Fraktion war bindend der Lübecker Beschluß. Wir haben uns keinen Augenblick gescheut, das ehrlich und offen anzuerkennen. Als Dreesbach 1902 in der badischen Kammer die Ausführungen machte, die Timm verlesen hat, habe ich nach ihm geredet. Die Gegner, der Zentrumsführer Wacker, ein nationalliberaler Parteiführer, und der Demokrat Muser, glaubten Dreesbach nicht, daß er nicht aus Rücksicht auf den Lübecker Beschluß, sondern aus anderen Gründen und aus innerer Ueberzeugung gegen das Budget stimmte. Ich habe dann natürlich aus parteigenössischem Pflichtgefühl vor unseren Gegnern nicht polemisiert gegen meinen eigenen Parteigenossen; — kommt leider auch vor; wir haben das im letzten Winter leider erlebt im Reichstage! Ich habe aber ausgesprochen: wir fassen im Gegensatz zum Demokraten Muser die Bewilligung des Budgets als ein Vertrauensvotum auf, das darin liegt, daß man der Regierung des Staates die Mittel zum Weiterarbeiten bewilligt und ihr vertrauensvoll die Verfügung über das Budget in die Hände legt; und habe dann weiter ausgeführt: es kommt nicht allein auf die Ausgaben und Einnahmen des Budgets an, sondern darauf, wie die Politik der Regierung überhaupt beschaffen ist. Das ist auch in der Lübecker Resolution ausgesprochen, und ohne zu polemisieren, habe ich wenigstens in jener Sitzung den Gegnern gegenüber diesen Standpunkt auch damals gewahrt, den die Fraktion seitdem ununterbrochen eingenommen hat bis zur letzten Abstimmung. 1904 wurde ich beauftragt, im Namen der Fraktion eine Erklärung zum Budget abzugeben, die ganz kurz und bestimmt lautete: Weil wir dem heutigen Klassenstaat die Mittel nicht bewilligen wollen zu seiner Politik, stimmen wir gegen das Budget! Und 1906 — die Genossen Kolb und Frank gehörten damals der Fraktion schon an — hat Adolf Geck eine längere Erklärung abgegeben mit einer Begründung, die inhaltlich und prinzipiell genau dasselbe besagt. Das war beschlossen von der Mehrheit der Fraktion, einstimmig, wenn ich mich recht erinnere. Ich glaube, Kolb hat damals in der Fraktionsberatung schon seinen anderen Standpunkt vertreten, aber bei der Beschlußfassung hat er sich jedenfalls auf den Standpunkt gestellt: das Budget ist abzulehnen, und zwar unter den prinzipiellen Gesichtspunkten der Lübecker Resolution. Da hatten wir also die grundsätzliche Ablehnung von 1902 bis einschließlich 1906; für 1908 kam die Schwenkung. Nun sagt die Mehrheit unserer Fraktion: es ist ja gar keine Prinzipienfrage, es ist eine taktische Frage, und man ist noch weiter gegangen, man hat von leerer Zeremonie gesprochen, von einer leeren Formsache, die gar keine Bedeutung habe. Na, Parteigenossen, das eine werden doch auch die, die für die Bewilligung gesprochen haben, zugeben müssen, daß wir vorerst noch im Klassenstaate leben, daß nicht nur das ganze Reich als solches, sondern auch seine Bestandteile, die Bundesstaaten, Klassenstaaten in sich sind. Und man wird weiter zugeben, daß das Budget den Lebensnerv des Staates darstellt, daß es der rechnungsmäßige Ausdruck für die Herrschaftsverhältnisse im Klassenstaate ist. Wenn man das zugibt, wenn man zugibt, daß im Budget sich die Tendenzen der Regierungspolitik verkörpern, da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Haltung unserer Parteigenossen im Parlament, die jetzt für das Budget gestimmt haben, bei den einzelnen Budgettiteln eine ganz andere gewesen ist als bei der Schlußabstimmung. Daß wir im Klassenstaate leben und ihn sehr energisch bekämpfen, kann man auf jeder Seite der dicken stenographischen Berichte unserer Einzellandtage nachlesen. Auch in unserem badischen Landtage haben wir die Beweise dafür. So hat Kolb mit vollem Recht beim Justizetat die Klassenjustiz an den Pranger gestellt. Sein „Volksfreund" hat ganz richtig in seiner Schlußkritik über den Landtag auf die Schwenkung der badischen Re-

gierung nach rechts und ihre Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie hingewiesen. In seiner Schulrede sprach Kolb ganz richtig von dem Aschenbrödel Volksschule im badischen Staat, und diese Kritik können sich die bayerischen und württembergischen Genossen merken, denn bei ihnen liegen die Schulverhältnisse eher noch schlimmer. Und demgegenüber kommt nun Frank und stellt die Theorie vom Apfelbaum auf, der nur geschüttelt werden müsse. Er sagt uns, man könne eine ganze Menge schöner Früchte vom großherzoglich badischen Apfelbaum schütteln, und diese Früchte stellten die zwingenden Gründe für die Budgetbewilligung dar. Es ist richtig, die Eisenbahnerorganisation ist anerkannt, aber einstweilen ist es nur ein Versprechen. Bei den Arbeiterkammern hat Minister v. Bodman eine Erklärung zugunsten des gewerkschaftlichen Standpunktes abgegeben, aber ausdrücklich nur für seine Person. Wie die Entscheidung im Gesamtministerium fällt und wie später die Haltung der badischen Regierung sein wird, weiß man noch nicht. Und überdies hört man ja immer bei solchen Gelegenheiten vom Ministerium, daß es im Bundesrat keinen Einfluß habe. Für die Erhöhung der Gehälter sind wir auch in früheren Jahren eingetreten und haben das Budget doch abgelehnt. Man hat endlich vergessen, daß der Apfelbaum auch sehr wurmstichige Früchte trägt: Klassenurteile gegen Streikbrecher usw., Versammlungsverbote selbst gegen Kolb. (Kolb: Ich habe den Vortrag doch gehalten!) Das ist ganz gleichgültig, aber die Regierung hat ihn Dir verboten. Ich erinnere an die Steuergesetze, und auch im letzten Beamtengesetz haben wir nicht durchsetzen können, daß Beamte wegen ihres politischen Verhaltens nicht gemaßregelt werden dürfen, haben wir eine Gleichstellung der Frauen nicht erreicht. Das muß man doch alles mit berücksichtigen, wenn man von den Früchten spricht, die uns zufallen, wenn man den großherzoglich badischen Apfelbaum schüttelt. Und wenn gesagt wird, wir bilden das Zünglein an der Wage, nun, in vier Jahren haben wir ein einziges Mal den Ausschlag gegeben. (Hört! hört!) Handelte es sich darum, durch unsere Abstimmung die Gehaltsaufbesserung zu retten, dann müßten wir ja dafür stimmen. Aber unsere Abstimmung war für das Schicksal des Gesetzes ganz gleichgültig, eine große Mehrheit war ohnedies gesichert. (Hört! hört!)

Ich bedauere, daß die Redezeit mir nicht ermöglicht, auf die inneren Gründe, welche die Haltung der Fraktionsmehrheit bestimmten und die für sie viel wichtiger sind als bisher angeführt, einzugehen. Vielleicht bietet sich mir noch im Laufe der Diskussion die Möglichkeit. Hinter den Standpunkt der Vorstandsresolution werden wir uns unter keinen Umständen zurückdrängen lassen. Sie ist das mindeste. (Zustimmung.) Die Resolution spricht keinen Tadel, keine Kritik aus, sie fordert nur Klarheit, und Klarheit müssen wir haben, sollen wir nicht durch solche opportunistische Politik auf der schiefen Ebene immer weiter abwärts gleiten, auf die Abwege einer korrumpierenden Politik geraten, wie wir sie bei den liberalen Blockparteien in der letzten Zeit gesehen haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird auf morgen vertagt.

Singer (persönlich): Ich habe gegen die Ausführungen von zwei Genossen je eine persönliche Bemerkung zu machen. Timm hat meine Lübecker Ausführungen für seine Auffassung in Anspruch genommen. Ich will, da ich kein Freund von harten Ausdrücken Parteigenossen gegenüber bin, es nur als eine unbegreifliche Auffassung bezeichnen, die man sich nur erklären kann, wenn jemand etwas anderes aus Aeußerungen heraushören will, als darin steht. Ich habe in Lübeck gewarnt vor der Annahme des Absatzes 3 und habe als Motiv für diese Warnung gesagt: Es werden dann diejenigen Genossen, die sich den Absatz 3 für ihre Auffassung zunutze machen wollen, zu entscheiden haben, ob

das zwingende Gründe sind. Das halte ich für unrichtig, das führt zur Verwirrung, zu Mißhelligkeiten. Diese Warnung legt Timm als Zustimmung zum Absatz 3 aus, indem er sagt, ich hätte durch meine Aeußerung festgestellt, daß die Genossen ein Recht haben, auch außerhalb dieser beiden Bedingungen zu entscheiden, was die zwingenden Gründe sind! Das gerade Gegenteil habe ich in Lübeck ausgeführt. (Sehr richtig!) Soweit eine Richtigstellung der Timmschen Aeußerung. (Bravo!)

Dann hat Hildenbrand eine Mitteilung gemacht, die er entnommen hat einer Aeußerung, die ich gestern getan habe in einer Konferenz, die, wie ich betone, auf Wunsch der süddeutschen Parteigenossen stattgefunden hat, ein Wunsch, den Parteivorstand und Kontrollkommission bereitwilligst erfüllt haben. Hildenbrand hat mitgeteilt, ich hätte gestern gesagt, ich habe die Verkleisterung satt, es müsse Klarheit geschaffen werden. Das ist richtig. Ich habe aber damit ganz dasselbe gesagt, was Segitz eine Viertelstunde vorher von seinem Standpunkte aus gesagt hat. Dann hat Hildenbrand persönlich gesagt, ein Mann in der Stellung, die ich habe, der hat zu einigen und nicht zu trennen. Ich bemerke, daß ich in der Besprechung auseinandergesetzt habe, daß diesen Grundsatz zu verfolgen gerade die Absicht der Resolution gewesen sei. Ich habe ausgeführt, daß wir peinlich bemüht waren, aus der Resolution jedes Wort herauszulassen, was als Mißachtung, als Vorwurf gegen unsere süddeutschen Genossen ausgelegt werden kann. Das den Parteigenossen mitzuteilen, hat Hildenbrand nicht für nötig gehalten. Ich überlasse es dem Urteil des Parteitages, ob sein Angriff gegen mich berechtigt war und muß denselben als gänzlich unzutreffend energisch zurückweisen. (Bravo!)

Schluß 6¾ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 17. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Die Diskussion über die Budgetfrage mit den dazu gehörigen Anträgen wird fortgesetzt.

Frohme-Hamburg: Ich habe im Auftrage von 22 Genossen und für mich selbst den Antrag 134 zu begründen. Er will in den hochgehenden Meinungsdifferenzen eine Vermittelungslinie geben. Wir sind der Ansicht, daß der Resolution des Parteivorstandes aus mehreren sehr gewichtigen Gründen nicht zuzustimmen ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob man generell die Budgetbewilligung anerkennt oder nicht. Die Antragsteller halten es aber nicht für angängig, ja für höchst bedenklich, der Lübecker Resolution irgendeine Verschärfung zu geben, und sie halten es auch für unangebracht, in einer Resolution den bayerischen, badischen und württembergischen Genossen irgendeinen Tadel auszusprechen. Die Kritik mag sich mit den Anschauungen und den Handlungen, auf die es ankommt, beschäftigen. Das ist ganz etwas anderes, als wenn in einer Resolution ein formeller Tadel gegen die Vertreter ganzer großer Landsmannschaften erhoben wird. Die Lübecker Resolution ist nach unserem Dafürhalten völlig ausreichend, um die Grundlage abzugeben für eine den Parteiinteressen entsprechende Entscheidung der Budgetfrage. Man hat hier und da in Privatgesprächen in Delegiertenkreisen gemeint, daß es nicht wohl angängig sei, dem Parteivorstand mit einem anderen Vorschlage entgegenzutreten. Ich lasse gewiß das Ansehen des Parteivorstandes gelten, muß aber auch in Anspruch nehmen, daß die Anschauungen anderer als wohlgemeint die gebührende Berücksichtigung und Würdigung finden. Nicht darauf

kann es ankommen, wie man hier und da den Wunsch zu haben scheint, ein Gericht mit unseren süddeutschen Genossen abzuhalten, sondern darauf, eine streitige Frage — und zwar eine Frage der allerhöchsten Wichtigkeit — so zu entscheiden, daß die Partei keinen Schaden leidet. (Sehr richtig!) Die Mehrheit der Antragsteller, die ich zu vertreten habe, ist allerdings der Ansicht, daß es eigentlich zwingende Gründe nicht gewesen sein mögen, die für die süddeutschen Vertreter unserer Partei in Betracht kamen. Jedenfalls nehme ich hier mit äußerster Entschiedenheit und vollstem Nachdruck für unsere süddeutschen Genossen in Anspruch das Anerkenntnis, daß sie in der besten und rechtschaffensten Absicht so gehandelt haben, wie sie es haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Man soll doch nicht die Unvollkommenheiten, die in der Sache selbst liegen, eine ganze große Anschauungsrichtung entgelten lassen. Seht Euch doch die Lübecker Resolution an. Da heißt es — und das soll ja recht eigentlich der entscheidende Punkt sein — eine Zustimmung zum Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen erfolgen. Wer kann sich im geringsten darüber täuschen, daß mit dieser Bestimmung die Möglichkeit gegeben werden soll, für das Budget zu stimmen. Das ist ja von keiner Seite bestritten worden. Man streitet nur darüber, was denn nun gegebenenfalls zwingende Gründe sind. Im Gothaer Fall hat man die zwingenden Gründe ohne weiteres anerkannt. Wir dürfen die süddeutschen Genossen nicht hier mit einem Odium belasten, das zweifellos ihre berechtigte Autorität, ihr Ansehen in den Kreisen ihrer Wählerschaft ganz erheblich gefährden und erschüttern muß. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Frage der Budgetbewilligung leicht zu nehmen ist, o nein, aber das wiederhole ich auch hier wieder: für mich ist diese Frage keine prinzipielle. (Sehr richtig!) Sie ist lediglich eine Frage der Taktik. (Sehr gut!) Ach, Parteigenossen, wenn man will, kann man ja die möglichsten und unmöglichsten Gründe heranziehen, um zu beweisen, daß die Klassenkampftheorie, die Klassenkampfpraxis usw. in Gefahr ist. Wenn schon dadurch, daß unsere süddeutschen Genossen aus den beregten Gründen für das Budget stimmten, die Klassenkampftheorie gefährdet wird und das Interesse der Partei, ja bitte, dann sei man gefälligst konsequent: dann verwerfe man den Parlamentarismus überhaupt. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) In der Resolution des Parteivorstandes sind ganz erhebliche und mir ganz unfaßbare Widersprüche und Inkonsequenzen. Da heißt es, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden soll. Erschöpft sich denn das in der Bewilligung des Budgets? Ach nein, wenn wir im Reichstag oder sonstwo Arbeiterschutzgesetze machen und ihnen zustimmen, dann machen wir Konzessionen an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. (Sehr richtig!) Ich erinnere Euch nur daran, daß die reaktionären Gewalten und die mit ihnen verbündeten Parteien die gouvernementale Sozialpolitik ausdrücklich stets begründet haben mit der Absicht, sie als Waffe gegen die Sozialdemokraten zu gebrauchen. (Sehr richtig!) Haben wir uns dadurch abhalten lassen, mit äußerster Entschiedenheit für die Sozialpolitik einzutreten? Niemals! Ich wende mich an Eure Vernunft mit meinem Appell. Ist das eine Konzession an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung oder nicht? Nun, dann soll man auch nicht so einseitig sein und sich gerade auf die Frage der Budgetbewilligung kaprizieren, um in ganz besonderen Fällen ganzen großen Landsmannschaften daraus einen Strick zu drehen. (Sehr gut!) Und nun die Inkonsequenz in der Vorstandsresolution: es sei denn, daß die Ablehnung die Annahme eines ungünstigeren Budgets zur Folge hätte! Ich persönlich habe aus den Darlegungen unserer süddeutschen Genossen entnommen, daß für sie die Gründe, die sie zur Bewilligung des Budgets bestimmten, sehr wohl

als maßgebend und zwingend erachtet werden konnten, mindestens so zwingend, wie seinerzeit in Gotha. (Sehr richtig!) Also bitte nicht zweierlei Maß! Man hat bei unserer Resolution gefragt: wer soll denn da die schließliche und endgültige Entscheidung treffen? Ich habe in Uebereinstimmung mit den Mitantragstellern zu erklären, daß wir nichts dagegen haben würden, wenn etwa hinzugefügt wird: „Verneint eine der Körperschaften das Vorliegen zwingender Gründe, so darf die Zustimmung nicht erfolgen“. Wir kaprizieren uns nicht auf den Wortlaut der Resolution. Sie soll aber die große Vermittelungslinie bezeichnen, auf die wir treten müssen, wenn wir der Partei dienen und sie vor großen Schädigungen bewahren wollen. Da ergibt sich jetzt zum erstenmal eine Differenz bei der Auslegung der Lübecker Resolution und flugs weiß man nichts Besseres zu tun, als sie zu verschärfen! Das hat mich einigermaßen verblüfft. Statt die nötigen Kautelen zu schaffen, wie sie aus dem Geiste und der Tendenz der Lübecker Resolution sich von selbst ergeben, möchte man die Budgetbewilligung überhaupt unmöglich machen. Auf diesen Standpunkt kann ich nicht treten. Das eine erkläre ich ausdrücklich und mit vollem Ernst: so lange ich die Zunge und die Feder rühre, werde ich jeder Gefahr, die Partei durch unnütze, aufregende Diskussionen zu schädigen, zu zerrütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegentreten. Ich denke, wir haben in vierzigjähriger Parteigeschichte genug gelernt. Zieht die gemachten Lehren zu Rate! (Beifall.)

Geck-Offenburg: Ich bitte Sie, den Antrag Frohme abzulehnen. Von allem anderen abgesehen, enthält der Antrag nicht die Möglichkeit, einen Konflikt der Interessen befriedigend zu lösen, und zwar aus den formalen Gründen, die Frohme ja selbst anerkennt. Ich glaube, er wird denjenigen, denen er mit dem Antrag dienen will, keinen Gefallen tun, wenn nicht schon die Stellung des Antrages an sich und die dadurch hervorgerufene Verwirrung ein willkommener Anlaß sein sollte. Die Süddeutschen haben selbst zugegeben, daß sie sich in Stuttgart freie Bahn für die Budgetbewilligung schaffen wollten. (Widerspruch der Süddeutschen.) Der Antrag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission scheint uns die richtige Lösung herbeizuführen im beiderseitigen Interesse und im Interesse der Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist gemeint, wenn Ehrhart noch in der Kontrollkommission gewesen wäre, dann wäre es vielleicht nie zu dieser Resolution gekommen. (Sehr richtig!) Ehrharts Ueberzeugung in Ehren, ich gebe zu, daß er vielleicht gegen die Resolution gestimmt hätte, aber er hätte anerkannt, daß die Resolution getragen ist von wohlmeinender und ehrlicher Absicht (Gelächter und Lärm bei den Süddeutschen, Rufe von der anderen Seite: Ruhe da drüben!), daß sie nicht von unverantwortlichen Nomaden ausgeht, sondern von Parteigenossen, die Jahrzehnte in der Bewegung praktisch tätig sind. Sie dürfen uns glauben, daß uns jedes Mißtrauen fernlag, daß die Deklaration, die von Ihrer Seite der Resolution gegeben ist, eine falsche, eine gewaltsame ist, daß diese Interpretation, die Sie ihr geben, von uns nicht gewollt war. (Sehr wahr!) Sie sind, noch bevor die Resolution dem Haupte der Gottheit entsprungen war (Lachen bei den Süddeutschen), schon zur Verurteilung des Kindes geschritten. Lesen Sie nur, was der Karlsruher „Volksfreund“ am 12. September schreibt: „Sodiel kann aber jetzt schon mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Mitglieder der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, welche für das Budget votierten, unmöglich einem Beschlusse zustimmen können, der die Zustimmung zum Finanzgesetze als mit den Grundsätzen der Partei unvereinbar und daher grundsätzlich als verboten charakterisiert.“ (Sehr richtig! bei den Süddeutschen. Zuruf: Das hast Du ja auch gesagt!) Gut, also, wenn Sie lediglich die grundsätzliche Verweigerung des Budgets verurteilen, dann

haben Sie hier eine Resolution, die Ihnen die Möglichkeit gewährt, das Budget zu bewilligen unter Bedingungen, die bisher auch vom Lübecker Parteitag anerkannt sind. Sie vergessen, daß auch Dresden vorhanden ist. (Zuruf: Leider!). Dort ist mit Ihrer Zustimmung eine Resolution angenommen, an der Sie nicht vorübergehen dürfen. Was Simon gestern hier im bayerischen Sinne ausgesprochen hat, das kann ich von Baden aus nur unterstützen. Man braucht statt Bayern nur Baden zu setzen, und es trifft alles zu. Auch in Baden hatten wir die Absicht, die Regierung in Anklagezustand zu versetzen, weil sie einen offenen Verfassungsbruch durch ihre Stellung zur Sozialdemokratie begangen hatte, aber wir sind davon abgekommen, weil dieser Antrag gegen unsere Stimmen abgelehnt und unsere Stellung dadurch geschwächt worden wäre. Es wurde aber beschlossen, dies nachzuholen und der Regierung durch Ablehnung des Budgets ein Mißtrauensvotum zu erteilen. (Hört! hört!) Parteigenossen aus Bayern, Sie haben uns mitgeteilt, daß man in Ihren Kreisen Kenntnis davon gehabt hat, daß die badische Regierung es war, die die Elektrizitätssteuer bereits in Berlin gebilligt und dadurch die süddeutschen Staaten am meisten gefährdet hat. Sie haben Zuflucht genommen zu uns und uns gesagt: Geht Ihr voran, Eure Regierung ist die schlimmste. (Lebhafte Zurufe bei den Süddeutschen: Das ist nicht wahr!) Ja, dann hat Eisner uns eine Unwahrheit geschrieben. Wir haben die Regierung interpelliert, aber sie hat sich hinter das Schweigeverbot verborgen. Wir sagten: Qui tacet consentire videtur. Und dieser Regierung sollten wir das Budget bewilligen? Wir verlangen in unserem Programm die Aufhebung aller Ausnahmegesetze, wir haben stets beschlossen, für die Beseitigung der noch bestehenden Maigesetze zu stimmen, aber als es vor 2 Jahren zur Abstimmung kam, da verläßt Kolb den Saal und sagt: Da stimme ich nicht mit. (Hört! hört!) In dem Augenblick, wo es möglich ist, durch eine Vermögenssteuer die Kapitalisten zur Deckung der Staatsausgaben heranzuziehen, predigt unser Kollege Kolb für eine Anleihepolitik, eine Schuldenpolitik, so daß wir genötigt sind, von der Fraktion aus eine derartige Interpretation sozialdemokratischer Grundsätze zu verhindern. (Lebhaftes Hört! hört! und Widerspruch.) Wir haben schließlich für die Erhöhung der Einkommensteuer statt des Vermögenssteuerfußes gestimmt, weil die Mehrzahl der Fraktion so beschloß gemäß der Stellung in der Kommission. Hier hat sich die Minderheit der Mehrheit gefügt. — Und dann das Beamtengesetz, der Clou, an dem die ganze Budgetbewilligung hängt. Vor zwei Jahren, als die Arbeitergabe darin war, hat kein Arbeiter uns Mißtrauen entgegengebracht, weil wir damals das Budget abgelehnt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Heute sagen uns nachträglich die kleinen Beamten: Was! Ihr habt für dieses Beamtengesetz gestimmt, das oben die Gehälter der Minister um 50 Proz. erhöht und unten die der Arbeiter wenn es hoch kommt, um 10, 12, 15 Proz. (Lebhaftes Hört! hört!) Selbst in der Zentrumspresse haben die Leute zum Teil erklärt, wir bekommen ja weniger als vorher. Eine große Kategorie der kleinen Bediensteten ist durch das Gesetz nicht beglückt, und diejenigen, die es sind, sind es nur scheinbar. Sie werden in der nächsten Zeit die Wirkung dieser Finanzpolitik erkennen, wie sie Bebel geschildert hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit komme ich zum Schluß. Der letzte Absatz unserer Resolution entspringt einem Bedürfnis und der Wahrheit. Eine Aufklärung der Köpfe über das, was wahrhaft die sozialistischen Prinzipien sind, ist notwendig, und nicht die Organisation einer Fronde zum Kampf für die Los-von-Norddeutschlandbewegung, die jetzt inszeniert werden soll. (Lebhafter Beifall. Unruhe bei den Süddeutschen.)

Ulrich-Offenbach: Ich habe nicht Lust, mich in der aufgeregten Weise über diese Frage zu unterhalten, wie es teilweise von den anderen Parteigenossen

geschehen ist. Ich habe insbesondere nicht Lust, darauf einzugehen, was in dieser Sache der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ geleistet haben. Darüber wollen und können wir hier auf dem Parteitag nicht entscheiden, das wird die Geschichte entscheiden. Ich habe in den nahezu 39 Jahren meiner Tätigkeit in der Partei die Erfahrung gemacht, daß zu gewissen Zeiten immer mit einemmal eine große Prinzipienfrage auftaucht, die eine Weile traktiert wird, daß wir aber, wenn es vorbei ist, uns selbst sagen, jetzt haben wir uns die Köpfe abgeschnitten, und es wäre gar nicht nötig gewesen. Es wird beliebt von einem Teil der Genossen, alles in den allerschwärzesten Farben vorzutragen und dadurch eine Situation unter uns selbst zu schaffen, die wir später sehr bedauern. Selbst die Berliner. Ich bestreite ihnen gar nicht die Absicht, die Parteigrundsätze zu wahren und zu verhindern, daß das Proletariat in die Gleise irgendeiner bürgerlichen Partei hinübergezogen wird. In diesem Falle aber haben sie über das Ziel weit hinausgeschossen und haben den Süddeutschen Motive unterschoben, die nicht vorhanden waren, sie haben Töne angeschlagen, die ja bekannt sind: bei jeder Gelegenheit kann man sie ja von Berlin aus hören. Ich lache heute noch darüber, wie in einer Berliner Versammlung ein gewisser Genosse Juppenlatz es für notwendig hielt, mich als der Partei unwürdig zu bezeichnen. (Zurufe von den Berlinern: Das ist ja gar kein Sozialdemokrat!) Er hat aber bei Euch die große Rolle gespielt. (Widerspruch der Berliner.) Wenn Ihr den Mann jetzt abschütteln wollt, so freue ich mich darüber; aber lest gefälligst im „Vorwärts“ und in anderen Blättern nach, dann werdet Ihr bewiesen sehen, daß es anders war. Ich unterstelle den Berlinern durchaus nicht irgendwelche böse Absichten, aber sie sehen fortgesetzt da Prinzipienfragen, wo es gar keine gibt, wo es sich um rein taktische Fragen handelt. Ich wundere mich darüber, daß auch mein guter Freund Adolf Geck in eine prinzipielle Aufregung geraten ist. Er selber hat ja in Frankfurt 1894 ausdrücklich den Antrag 113 mit unterschrieben, in dem es ganz richtig heißt: „In Erwägung, daß die Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist.“ (Zurufe: Timm!) Timm ist heute noch der Meinung, daß er, von den damaligen Verhältnissen ausgehend, nicht anders handeln konnte. (Gelächter und Zurufe.) All den Zwischenrufen gegenüber bleibt doch bestehen, daß Geck die Budgetfrage in Frankfurt für eine reine Zweckmäßigkeitsfrage erklärt hat (Sehr richtig!) und auf diesen Boden stelle ich mich auch. Die ganze Frage ist nicht das Sackbändel wert, daß wir uns darüber aufregen. Ich habe in den nahezu 24 Jahren meiner Landtagstätigkeit mich häufig nachdrücklich davon überzeugen müssen, daß meine Abstimmung doch nicht richtig gewesen war, wenn ich nachher sah, wie die Verhältnisse sich entwickelten. Das geht Euch allen so, das ist der ewige Jungbrunnen der Partei, der vorwärtstreibende Gedanke, der in uns lebt. (Sehr richtig!) Nun bin ich ja in der glücklichen Lage, vor Ihnen als Süddeutscher zu stehen, der nicht mit verurteilt ist. Wir haben im hessischen Landtag gegen das Budget gestimmt, ja sogar außerdem noch eine besondere Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium ausgesprochen. Also ich gehöre nicht zu denen, die verbrannt werden sollen, und trotzdem erkläre ich, daß ich vollständig solidarisch fühle mit den Württembergern, Badensern und Bayern (Bravo! bei den Süddeutschen), weil ich weiß, daß es den einzelnen Fraktionen überlassen werden muß, solche Fragen zu entscheiden. Ob zwingende Gründe gegeben sind, wenn man in München für das Budget zu stimmen sich entschließt, das kann man nicht in Berlin beurteilen, das muß man in München beurteilen lassen. (Ganz richtig! Zuruf Molkenbuhrs.) Genosse Molkenbuhr, das muß man in Stuttgart entscheiden lassen. Die Bewegungsfreiheit der einzelstaatlichen Fraktionen muß in dieser Zweckmäßigkeitsfrage erhalten

werden. Wir bestreiten dem Parteitag nicht das Recht der Kritik und der Beschlußfassung, wohl aber das Recht, daß er uns auf alle Zeiten in einer Weise festlegt, die wir nicht verantworten können. (Sehr richtig!) Nun hat man die Stuttgarter Konferenz zum Ausgangspunkt der Angriffe gemacht. Die „Leipziger Volkszeitung" hatte etwas gehört, und das mußte natürlich in entsprechender Sauce serviert werden. Als ich das las, habe ich meine Kollegen, mit denen ich zusammen in Stuttgart war, gefragt: Haben wir denn die Sache — so aufgefaßt, wie die „Leipziger Volkszeitung" das bringt — überhaupt erörtert? Darauf wurde mir von allen Seiten bestätigt, daß gar keine Rede davon sein könnte, daß in der Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung" es gebracht hat, auch nur im geringsten eine Erörterung stattgefunden habe. Die Budgetfrage hatte in Stuttgart für uns lange nicht die Bedeutung, wie man es hinstellt. Das geht schon daraus hervor, daß wir gestützt auf den Lübecker Beschluß keinerlei Beschlüsse darüber fassen wollten und gefaßt haben. Die vorliegende Resolution des Vorstandes sollte also von dem Gesichtspunkte aus abgelehnt werden, daß wir kein Ketzergericht abhalten wollen, sondern daß wir freie Männer untereinander sind. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Westmayer-Stuttgart: Timm hat erklärt, die Vorstandsresolution sei unannehmbar; wird sie angenommen, so unterwerfen wir bayerischen Parlamentarier uns dem Willen des Parteitages nicht. (Hört! hört!) Das war der Kern seiner Ausführungen. Der Sprecher der badischen Landtagsfraktion hat im Grunde das Gleiche erklärt und der der württembergischen hat die vollständige Solidarität seiner Fraktion mit der bayerischen und badischen verkündet. Ich weiß nicht, ob Hildenbrand nur für die hier anwesenden Parlamentarier oder für die ganze Fraktion diese Erklärung abgegeben hat. (Hildenbrand bejaht die Frage.) Anwesend sind Heymann, Fischer, Reichel, Schlegel, Feuerstein und Keil. Diese Erklärung, wir fügen uns der Mehrheit des Parteitages nicht, wenn sie gegen uns entscheidet, wird abgegeben, obgleich es sich, nach der Meinung Ulrichs, um das Sackbändel handelt. Es ist geltend gemacht worden, daß die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten ihre Zustimmung direkt oder schweigend zum Verhalten der Fraktion gegeben habe. Danach könnte es scheinen, als ob die württembergischen Parteigenossen hinter der Landtagsfraktion stehen. Ich glaube doch, das ist ein Irrtum. Wie war die Sache? Als die Genossen in Württemberg dem Budget zugestimmt haben, hat es heftige Diskussionen gegeben in mehreren Versammlungen in Stuttgart. Es wurde eine Tadels- und eine Vertrauensresolution eingebracht. Hildenbrand stand auf und erklärte, wenn die Tadelsresolution angenommen wird, lege ich meine Mandate nieder. (Lebhaftes Hört! hört! Gegenrufe von den Süddeutschen: Das ist doch selbstverständlich!) Durchaus nicht! Ich möchte Heymann sagen, daß der Parteigenossenschaft stets das Recht vorbehalten bleiben muß, über die Abstimmung der Parlamentarier zu entscheiden. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte der Anschauung entgegentreten, als wenn die Parlamentarier über der Partei stehen. (Stürmischer Beifall, lebhafte Gegenrufe von den Bänken der Süddeutschen.) Genosse Ulrich, ich lasse mich durch Zwischenrufe, auch wenn sie schön organisiert sind, nicht stören. (Lebhafter Beifall.) Auf der Landesversammlung in Eßlingen ist ebenfalls eine Tadels- und Vertrauensresolution eingebracht worden. Dort stand Dr. Lindemann, der Sprecher der Fraktion, auf und erklärte, die Tadelsresolution ist für uns unannehmbar; (Zurufe: Derselbe Trick wie hier!) wir verzichten auch auf die Vertrauensresolution. Das war ungefähr der Sinn. Nun hatten wir drei schwere Wahlkämpfe hinter uns, Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahl; da schreckten die Parteigenossen natürlich vor einem Konflikt zurück

und lehnten die Tadels- wie die Vertrauensresolution ab. Ich behaupte, die Frage ist dort unentschieden geblieben; man hat also kein Recht, sich auf die Zustimmung der württembergischen Parteigenossen zu berufen. Frank, Timm und Hildenbrand haben in beweglichen Tönen uns beschworen, sie erst zu hören und dann zu urteilen; aber dieselben Genossen treten vor den Parteitag mit einem fertigen Urteil: Wir nehmen Euren Beschluß nicht an, wenn Ihr nicht so beschließt, wie wir wollen! (Lebhaftes Hört! hört!) Ist das noch Demokratie?

In tränenreichen Beteuerungen und Erklärungen hat Genosse Frank erklärt: „Parteigenossen, zerreißen Sie doch die Einheit der Partei nicht!" Jeder ehrliche Parteigenosse wird mit voller Kraft dafür wirken, daß die Einheit der Partei erhalten bleibt. Sie aber glauben, sie könne nur erhalten bleiben, wenn sich die Mehrheit Ihnen unterwirft. (Stürmischer Beifall.) Es ist uns erzählt worden (Zurufe: Erzählt?) — gut, es ist uns gesagt worden, daß viel, sehr viel erreicht worden ist in Bayern und in Baden: Lohnerhöhungen sind durchgesetzt worden, die staatsbürgerliche Gleichheit hat man, selbst der Minister v. Wehner — den heiligen Antonius von Unterhachingen nennt ihn die „Münchener Post" — kann Mitglied des sozialdemokratischen Vereins werden. (Große Heiterkeit.) In Baden dürfen sogar sozialdemokratische Zeitungen an den Bahnhöfen verkauft werden (Heiterkeit), in Bayern auch und in Württemberg. Diese farbenprächtigen Schilderungen können aber doch nicht verhindern, daß auch zur Jetztzeit noch Tausende und Abertausende in Bayern, Baden und Württemberg auf dem Pflaster liegen und nicht wissen, woher Brot nehmen! So sieht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aus! (Beifall.) Es ist uns vorgesungen worden von Nürnberger Sängern draußen im Festsaal:

Was ihr hebt ans Tageslicht,
Schätze sind es für den Wicht,
Was ihr kleidet und beschuht,
Tritt auf euch voll Uebermut!

Das ist die staatsbürgerliche Gleichberechtigung! Kaum jemals ist der Machttitel der Unternehmer, der Bourgeoisie, der Terrorismus dieser Klasse so stark gewesen, wie gerade in dieser Zeit; die besten Partei- und Gewerkschaftsgenossen fliegen auf die Straße, werden dem Hunger übergeben — und dann predigt man ihnen dieses! Einigkeit und Geschlossenheit der Partei ist sicherlich notwendig, aber merkwürdig nehmen sich diese Klagen des Genossen Frank aus, angesichts der Tatsache, daß sich neben diesem Parteitag ein anderer süddeutscher Parteitag konstituiert hat, ein Parteitag, zu dem nur die Budgetbewilliger geladen wurden, während diejenigen, die nicht für das Budget zu haben sind, ausgeschlossen waren (Hört! hört!), sowohl Abgeordnete als auch Delegierte. Stuttgart zählt 5600 organisierte Parteigenossen, es war nicht vertreten, der zweite württembergische Wahlkreis zählt 3600 Organisierte, er war ausgeschlossen. (Hört! hört!) Aus Göppingen mit 1500 Genossen hat man keinen Delegierten zugelassen, aber die drei Delegierten des Reutlinger Wahlkreises mit seinen 475 Genossen (Hört! hört!), die haben dort Württemberg repräsentiert. Das waren die Genossen Heymann, Reichel und Gugenheim. Die repräsentierten Württemberg! (Heiterkeit.) Außerdem waren auch noch andere da, zum Beispiel der Genosse Feuerstein, Landtagsabgeordneter mit einem formalen Mandat, der Genosse Keil, der auch ein formales Mandat gehabt hat, das ihm so angeboten ist. (Hört! hört!) Wir müssen endlich Klarheit schaffen, und ich will deshalb einen Vorschlag machen, den anzunehmen auch den Süddeutschen nicht schwer fallen kann, ich will ihnen entgegenkommen. (Lachen bei den Süddeutschen.) Um Klarheit zu schaffen und um zu verhindern, daß es wieder so kommt wie in Dresden, wo man die Resolution

unterschrieb und nachher dagegen handelte, beantrage ich, daß der Parteitag ausdrücklich die Zustimmung der bayerischen und badischen Landtagsfraktion zum Budget billigen möge. Ich bitte Sie, diese Resolution zu unterstützen und sie nachher mit glänzender Majorität abzulehnen. (Lachen bei den Süddeutschen, lebhafter Beifall auf der anderen Seite.)

Dr. Weill-Nürnberg: Der Grundton aller Reden und aller Angriffe, die gegen die Budgetbewilligung gerichtet worden sind, läßt sich in dem Satz zusammenfassen, der auch in der Vorstandsresolution zum Ausdruck kommt: Wir dürfen dem Klassenstaat kein Vertrauensvotum aussprechen. Im übrigen sind die Angriffe gegen die süddeutschen Landtagsfraktionen durchaus unwesentlich. Auch die Rede, die Simon in einer Parteiversammlung in Nürnberg gehalten und gestern an dieser Stelle wiederholt hat, trifft nicht den Kernpunkt. Die Budgetbewilligung braucht aber keineswegs ein Vertrauensvotum, die Abstimmung braucht nicht einmal immer eine Demonstration zu sein, wie es am besten die Beispiele von Berlin und Sachsen beweisen. Ich sage ausdrücklich Beispiele, denn dasselbe Schauspiel wiederholt sich in zahlreichen einzelnen Landtagen und Gemeinden. Niemals hat man den Eindruck von einer auch nur einigermaßen wirksamen Demonstration. Die Budgetabstimmung *kann* selbstverständlich eine Demonstration sein. Aber ist das dann wirklich eine Demonstration gegen den *Klassenstaat*, d. h. gegen die privatkapitalistische Organisation der Gesellschaft? Ich will gar nicht diese Auffassung in ihren letzten Konsequenzen durchdenken, ich will sie für einen Augenblick anerkennen, um Ihnen zu zeigen, zu welchen Konsequenzen sie führt. Dann sind nämlich die Ausnahmen, die von der anderen Seite vorgeschlagen werden, auch unverständlich. (Sehr richtig!) Dann brauchen wir keine großen Resolutionen zu fassen, dann können wir uns sehr kurz und knapp ausdrücken. Namentlich wäre der Satz der Resolution unbegreiflich, der die Zustimmung dann zuläßt, wenn die Ablehnung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Wie soll man überhaupt einen vergleichenden Maßstab finden zwischen zwei Budgets? Es liegen doch nicht immer mehrere Budgets gleichzeitig vor! Der Satz bedeutet in Wirklichkeit die Proklamierung des Grundsatzes, daß man in der Minderheit anders zu stimmen hat, als man in der Mehrheit stimmen würde, eines Grundsatzes, dessen politische Ehrlichkeit ich hier nicht erörtern will. Die Proklamierung dieses Grundsatzes bedeutet aber auch eine Diskreditierung aller unserer Beschlüsse, eine Diskreditierung der Haltung unserer Abgeordneten zu jeder Frage, denn es kann zu jeder Zeit ihnen entgegengehalten werden, daß sie nur deshalb ablehnen, weil sie in der Minderheit sind. Die praktische Durchführung eines derartigen Grundsatzes ist schon deshalb unmöglich, weil wir gar nicht immer von vornherein die Abstimmung unserer Gegner kennen und weil sie uns infolgedessen einmal den guten Streich spielen könnten, die von uns im Ernst gar nicht gewollte Ablehnung zu verwirklichen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Die im Ernst gar nicht gewollte Ablehnung! Denn gerade dieser Passus drückt aus, daß wir immer nur sagen: wir verweigern das Budget, wenn wir es nicht verweigern können, wir verweigern es aber nicht, gerade dann, wenn wir es verweigern könnten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen. — Ironischer Ruf: Ganz ausgezeichnet! — Gelächter.) Bebel hat in Lübeck als Beispiel für die Möglichkeit einer Zustimmung zum Budget den Fall erwähnt, daß wir etwa in Gotha zehn statt neun Mandate hätten. Timm hat schon darauf hingewiesen, daß dann ja noch die anderen gesetzgebenden Faktoren hinzukommen, aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, würde dadurch, daß wir die Mehrheit in Gotha haben, der Zukunftsstaat in Gotha eingeführt sein, würde dann der Klassenstaat nicht mehr

existieren? Freilich könnten wir das Budget mehr nach unseren Plänen gestalten, aber so weit werden wir innerhalb der privatkapitalistischen Gesellschaft wohl nicht gehen können, daß wir gerade im Herzogtum Koburg-Gotha den Zukunftsstaat einführen. Darin zeigt sich der ganze Widersinn dieser Argumentation, darin zeigt sich unwiderleglich, daß, wenn die Budgetabstimmung eine Demonstration sein will, sie unter keinen Umständen eine Demonstration gegen den Klassenstaat sein kann. Gewiß kann sie unter Umständen als Demonstration benutzt werden, aber nur im *politischen Tageskampf*. Wir vertreten im Klassenstaat zahlreiche Forderungen, die der bürgerliche Liberalismus nicht erfüllt hat, diese Forderungen stehen sogar im Vordergrund unserer Politik. Ich erinnere an den Kampf um das Wahlrecht, an die Steuerreform, an die Forderung des Volksheeres, an den Kampf gegen den Militarismus. Alle diese Forderungen der demokratischen und politischen Gleichberechtigung, die im Vordergrund des politischen Tageskampfes stehen, können durch eine Demonstration bei der Budgetabstimmung unterstützt werden. Die Notwendigkeit eines demokratischen Wirkens ist gerade in Deutschland gegeben wegen der Schwierigkeiten, von denen Bebel gesagt hat, daß sie sich den preußischen Genossen entgegenstellen. Aber auch Süddeutschland leidet unter dem preußischen Junkertum, Süddeutschland ist in vielen Fragen wehrlos der Uebermacht des preußischen Junkertums ausgeliefert. Diese süddeutsche Selbständigkeit haben wir stützen wollen. Deshalb haben die Parteigenossen in den Landtagen, als sie für das Budget stimmten, die Verschiedenartigkeit der politischen Verhältnisse in den süddeutschen Ländern von denen in Norddeutschland dokumentiert. Das war eine politische Demonstration für demokratische Verfassung gegen den preußischen Junkerstaat und niemand hier im Saal wird sagen können, daß das nicht einen Schritt vorwärts auf unserem Wege bedeutet, der zu unserem Endziel führt. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Clara Zetkin-Stuttgart: Als ich gestern die Rechtfertigung der Mehrheitsvertreter der württembergischen, bayerischen und badischen Landtagsfraktionen für die Zustimmung zum Budget hörte, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir eine Neuauflage der Verhandlungen von Frankfurt hörten. Allerdings eine Neuauflage, die nur beträchtlich vermehrt, aber was die Wucht der Gründe anbelangt, durchaus nicht verbessert worden ist. (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, daß die gegenwärtigen Parteiauseinandersetzungen mutwillig heraufbeschworen seien. Das trifft nicht zu, sie sind der Mehrheit der Genossen durch die Situation aufgezwungen worden. Die drei Redner der betreffenden Fraktionsmehrheiten haben mit etwas anderen Worten erklärt: Der liebe, gute, aber im übrigen, wie es scheint, schlecht informierte Parteivorstand ist der Gefangene der Berliner, ist das Opfer von unverantwortlichen Zwischenträgern. Daher seine Stellungnahme in der Streitfrage. Ich möchte gegen diese Auffassung protestieren. Unser Parteivorstand ist nicht das so willenlose und urteilsunfähige Organ (Sehr richtig!), als das er hingestellt worden ist. Es ist beleidigend für ihn und die ganze Partei, wenn der Schein erweckt wird, als ob er sich lediglich durch das bestimmen ließe, was er gelegentlich hört. Ich protestiere auch gegen die Auffassung, daß unverantwortliche Zwischenträger in der Partei ihr Unwesen treiben. Heraus mit Eurem Fledermisch, Genossen! (Lachen bei den Süddeutschen.) Wenn Ihr wißt, daß es solche Zuträger gibt, dann ist es Parteipflicht, sie hier namentlich zu nennen, nicht aber allgemeine Verdächtigungen zu erheben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueberhaupt möchte ich mich mit allem Nachdruck gegen die Auffassung verwahren, daß es in unserer Partei verantwortliche und unverantwortliche Träger der Bewegung gibt (Sehr gut!), und als ob die verantwortlichen

lediglich in den Reihen der Parlamentarier und der Parteibeamten zu suchen seien. Ich erlaube mir, der unmaßgeblichen Ansicht zu sein, daß weder mit dem Mandat noch mit der Beamtenstellung wie Verstand so Verantwortlichkeitsgefühl kommt. (Sehr gut!) Jeder einzelne von uns, der in die Oeffentlichkeit geht, der ein Wort schreibt oder redet, ist der Oeffentlichkeit und vor allem dem höchsten Richter, seinem eigenen Gewissen, verantwortlich. (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen irren, die da glauben, das Verantwortlichkeitsgefühl gehöre zu jenen himmlischen Gaben, die erst mit dem Mandat kommen. Wer als simpler Genosse kein Verantwortlichkeitsgefühl besessen hat, der bekommt es auch hinterdrein nicht durch das Mandat. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist behauptet worden, daß die Gegner der Budgetbewilligung auf demselben Standpunkt ständen wie die Jungen in Berlin und anderwärts. Wer das sagt, kennt die Geschichte der Partei und das Wesen der Streitpunkte nicht, um die es sich seinerzeit handelte, um die es jetzt geht. Die Genossen, die fortwährend erklären, unsere Taktik und unsere Grundsätze müssen revidiert werden, die sind es, die das Werk der Jungen fortsetzen, wenn auch nach dem entgegengesetzten Extrem hin. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ihre Haltung entspringt der gleichen Wurzel wie die Bewegung der Jungen, nämlich einer historisch falschen Einschätzung des Parlamentarismus und der Kräfteverhältnisse in der heutigen Gesellschaft. Die Jungen unterschätzen den Parlamentarismus und überschätzen die Kraft ihrer Lungen. Sie meinten, ohne den parlamentarischen Kampf könne die sozialistische Gesellschaftsordnung durch Posaunenblasen über den Haufen geworfen werden. (Heiterkeit.) Heute dagegen überschätzen manche Genossen den Parlamentarismus und unterschätzen dafür die Kraft des organisierten, klassenbewußt kämpfenden Proletariats. Statt von ihr erwarten sie sehr viel von der Einsicht, von dem Verständnis, von dem guten Willen der Herrschenden, denen wir nur durch freundliche gute Manieren entgegenzukommen brauchten. (Sehr gut!) Gegnerschaft zur Budgetbewilligung bedeutet durchaus nicht Verzicht auf den Parlamentarismus, Unterschätzung des Parlamentarismus. Es gibt niemand unter denen, die die Zustimmung zum Budget verurteilen, der nicht voll die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit und des parlamentarischen Kampfes würdigt. Timm hat erklärt: durch Sozialpolitik zum Endziel! Es ist mir innerhalb 10 Minuten nicht möglich, die Auffassung zurückzuweisen, als ob wir nur durch Sozialpolitik zum Endziel gelangen könnten. (Sehr gut!) Die Sozialpolitik ist gewiß ein wichtiger und unerläßlicher Faktor unserer Arbeit, um zum Endziel zu gelangen. Aber sie ist nicht der einzige Faktor. Ohne damit irgendwie der ungemein fleißigen, energischen und geschickten Arbeit unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zu nahe zu treten, müssen wir sagen: der springende Punkt ist, wie diese Arbeit geleistet werden soll, von welcher Auffassung aus. Es kommt darauf an, wo man ihre tragende, durchsetzende Kraft sucht, bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung oder draußen bei den proletarischen Massen. Wir suchen sie bei den Massen und können die Auffassung nicht teilen, als ob ohne die Zustimmung zum Budget jede parlamentarische Arbeit entwertet wird. Man sagt zwar, gerade die Massen würden uns ohne die Budgetbewilligung nicht mehr verstehen. Da tritt ein eigentümlicher Widerspruch zutage. Auf der einen Seite erklärt man, die Zustimmung zum Budget ist eine bloße Formalität, eine bloße Zeremonie, ein bloßer Zwirnsfaden, auf der anderen Seite aber behauptet man, unsere Arbeit im Parlament kann von der Masse nicht voll gewürdigt werden, wenn wir diese Zeremonie nicht mitmachen. (Sehr gut!) Nein, entweder das eine oder das andere. (Zuruf bei den Süddeutschen: Alles beides!) Die Zustimmung zum Budget ist unter

bestimmten Umständen eine Kampfeswaffe, sie wird aber unter allen Umständen die Bedeutung eines Bekenntnisses haben, eines Bekenntnisses, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten mit der sozialdemokratischen Partei im schärfsten Gegensatze zum Klassenstaate stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß, dies Bekenntnis legen unsere Genossen in den Parlamenten bei jeder einzelnen Aktion ab, aber bei der Budgetablehnung muß all das zusammengefaßt werden, weil das Budget der zusammengefaßte Ausdruck des Klassenstaates ist. Ob man sagt, es handelt sich um eine taktische oder um eine prinzipielle Frage, ist ganz gleich, denn auch unsere Taktik muß prinzipiell sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die Genossen so sehr erregt hat, das ist der Umstand, daß sie die Empfindung hatten, sie sollten seitens der süddeutschen Fraktionen vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. (Sehr richtig!) Das ist der Umstand, daß Beschlüsse, die die ganze Partei gemeinsam gefaßt hat, und die bisher gemeinsam respektiert worden sind, zwar nicht durch einen formalen Beschluß aus der Welt geschafft werden sollten — so klug sind die süddeutschen Genossen, um das nicht zu tun —, nein, aber daß sie aus der Welt interpretiert werden sollten. (Lebhafte Zustimmung.) Keiner von uns wird den Genossen den guten Glauben daran absprechen, sich mit ihrer Haltung in Uebereinstimmung mit der Lübecker Resolution befunden zu haben. Aber die Tatsachen haben ihre eigene Logik, die unabhängig ist von unserer Interpretation und von unserem Willen. Und die Tatsachen sagen, daß alle Gründe, die für die Budgetbewilligung angegeben sind, im Gegensatz stehen zu der Lübecker und zu der Dresdener Resolution. (Sehr richtig! Zuruf: Bock in Gotha!) Ich bin hier nicht als Kommissär für Bock, er wird sich selbst zu verteidigen wissen. Es ist weiter gesagt worden, die Frage sei nicht von weittragender Bedeutung, der Frankfurter Parteitag habe darum auch keinen bindenden Beschluß gefaßt. Dieser Behauptung gegenüber weise ich darauf hin, daß es nur infolge eines sogenannten Verwässerungsantrages zu keinem Beschluß kam. Er erhielt die Stimmen der Genossen, die in Sachen der Budgetbewilligung keine Bindung wollten. Das Votum schwächte die Resolution so ab, daß ein Teil der Genossen, die für die Bindung waren, schließlich dagegen stimmten. Die Frankfurter Erfahrung beweist uns die Notwendigkeit, eine klare Resolution zu fassen, die sich nicht wie Kautschuk dehnen läßt. Diesem Bedürfnis entspricht die Resolution des Vorstandes, die auch nicht ein Wort erhält, das kränkend oder beleidigend für die süddeutschen Abgeordneten wäre. Ganz entschieden muß der Parteitag dagegen protestieren, daß Genossen hierher kommen und ihm die Pistole auf die Brust setzen durch die Drohung: entweder fügt sich die Mehrheit dem Willen der Minderheit oder die Folgen übernimmt sie! (Sehr richtig!) Diese Genossen sollten sich wenigstens nicht auf Auer berufen, sie sollten davon absehen, diesen toten Cid auf den Klepper ihrer Argumente zu binden. Wenn es jemand gegeben hat, der in Sachen der Parteidisziplin keinen Spaß verstanden hat, mochte er persönlich noch so anderer Meinung sein als die Majorität und uns insgesamt für Dummköpfe halten, so war es Auer. Er hat sich stets der Mehrheit gefügt, er hat nie gedroht, nicht mehr mitspielen zu wollen, wenn die Entscheidung gegen ihn fiel. (Lebhafte Zustimmung.) Der Genosse Auer hat stets bekundet, daß er die Einheit der Partei über alles stellte. Halten wir dieses sein Vermächtnis fest. Einheit bedürfen wir, aber die Einheit der Partei auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms, die Einheit innerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Disziplin. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß inzwischen der von Westmayer angekündigte Antrag eingegangen ist. Er lautet: „Der Parteitag billigt ausdrücklich die Zustimmung

28
Sozialdemokratische Part
Deutschlands
Parteivorstand

der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Bayerns und Badens zum Budget." Unter großer Unruhe des Parteitages stellt Singer die Unterstützungsfrage. (Von den Bänken der Süddeutschen wird gerufen: Das hätten wir nur wagen sollen! — Von der Gegenseite erheben sich eine Anzahl Delegierte. Die Unterstützung reicht aus. Heftige Entrüstungsrufe.)

Dr. Quarck: Man hat die Budgetfrage bis jetzt seitens der Süddeutschen so gestellt, als ob ihnen die Gegnerschaft gegen ihren Standpunkt die Frage nahe lege, überhaupt auf die parlamentarische Tätigkeit zu verzichten. Nun sind aber die süddeutschen Genossen viel zu kluge Leute, um nicht zu wissen, daß das nicht gemeint ist und nicht gemeint sein kann. Aber wir müssen doch verlangen, daß sich der Parlamentarismus in die Gesamtbewegung einfügt und daß er nicht mit Mächten paktiert oder ihnen auch nur Stützen gibt, die wir außerhalb des Parlaments bekämpfen. Das ist der Sinn der Kritik an der süddeutschen Abstimmung. Und Simon hat mir gestern die Stelle aus dem Blaubuch vorweggenommen, die ich anführen wollte: Ihr ganzes bayerisches Landtagsagitationsbuch ist ein Beweis gegen Sie unter den heutigen Umständen. Auch die württemberger Genossen haben gesehen, wie weit man mit der Zustimmung zum Budget unter den heutigen Verhältnissen kommt. Es wurde nicht verhütet, daß nachher eine ganz gewöhnliche preußische Polizeibütteltat auch gegen den Internationalen Kongreß ausgeführt wurde. Wenn nun diese Dinge meine Frankfurter Parteigenossen und mich zur Ansicht führen, daß jedenfalls dieser bayerischen Bureaukratenregierung und dieser nationalliberalen Streberschaft, die jetzt in Baden an der Regierung sitzt, ein Budget unmöglich bewilligt werden darf, so ist damit doch nicht gesagt — und jetzt wende ich mich an die Norddeutschen —, daß nun die Art richtig wäre, wie Sie hier durch eine scheinbare grundsätzliche Resolution die Schwierigkeit lösen wollen. Es ist nicht richtig, daß die Ablehnung des Budgets eine notwendige Folge unserer grundsätzlichen Haltung zum Klassenstaat ist. Die Genossin Zetkin hat es ja eben selbst ausgesprochen. Wir können ebensogut im Klassenkampf unter Umständen die Budgetbewilligung als außerordentliches Mittel brauchen, und mit diesem einfachen Argument fällt die Resolution des Parteivorstandes. Das zeigt nicht bloß die theoretische Ueberlegung, sondern auch die praktische Erfahrung. Die Erfahrung in Hessen und das praktische Beispiel in Gotha. Dort hat Genosse Bock genau so nach bestem Wissen und Gewissen, wie das Genossin Zetkin verlangt, wie auch die Süddeutschen für das Budget gestimmt, in der Entscheidung zwischen einem reaktionären und einem fortschrittlichen Ministerium. Wo steht das in der Resolution des Parteivorstandes? Für diesen Fall ist in ihr keine Lücke gelassen, solange man sich der formalistischen Wendung bedient: weil wir grundsätzliche Klassenkämpfer sind, muß die Budgetverweigerung ein grundsätzliches Kampfmittel unter allen Umständen sein. Das ist ein Trugschluß. (Sehr richtig!) Daher glaube ich im Sinne der Frankfurter Genossen zu handeln, wenn ich mich für die Resolution Frohme erkläre, die vor der des Parteivorstandes den Vorzug der Folgerichtigkeit und Klarheit und außerdem den Vorzug hat, den Weg für künftig zu zeigen, auf dem schon im Keime derartige Differenzen erstickt werden können. Sie wiederholt die alte bewährte Resolution von Lübeck. Sie sieht davon ab, eine Gelegenheitsgesetzgebung zu machen und zeigt damit, daß nicht ab irato hier beschlossen werden soll. Denn, wenn der Antrag Schöpflin aus der Lübecker Resolution sogar das Wort ausmerzen will, daß nur „normalerweise" die Budgetverweigerung das Richtige sei, so beweist das nur die Verbitterung, die Sie in die Sache hineintragen wollen, daß Sie nicht mehr sachlich urteilen, wie Sie die ganze Agitation nicht sachlich betrieben haben. So gut wie Bebel und andere hier haben sachlich sprechen können, so gut wäre es auch gegangen, die ganze Vordiskussion sachlich zu führen. Wir haben in Frankfurt und Hannover wohl gezeigt, daß das sehr gut geht. Der Parteivorstand hätte, wenn er versöhnen und vermitteln wollte, nachdem die Badenser ihm die auch von mir nicht gebilligte Antwort erteilt hatten, nur nach Karlsruhe zu fahren und dort mit den Leuten zu sprechen brauchen. (Lachen.) Das macht heute jede Gewerkschaft, das macht die Generalkommission so (Sehr richtig!), und wenn solche Schwierigkeiten auftreten, muß es auch der Parteivorstand so machen. Diese Verständigung legt die Resolution Frohme außerdem der Parteileitung nahe. Nur auf dem Weg kommen wir weiter. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt Franks, daß viel herunterfallen werde, wenn man den heutigen Klassenstaat als Apfelbaum schüttelt, aber ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, daß wir dazu da sind, die süddeutschen Genossen zu schütteln, und Bock und andere, die dasselbe gemacht haben, laufen zu lassen, und den Parteivorstand laufen zu lassen, der seine Pflicht, zu vermitteln, nicht getan hat. (Bravo!)

Dr. Lensch-Leipzig: Die ganze Debatte ist schon seit langem über das Niveau hinausgewachsen, aus dem sie eigentlich hervorgegangen ist: wir unterhalten uns jetzt schon zum größten Teil über die wichtigsten Grundfragen der Partei. Da ist es ganz selbstverständlich, daß bei diesen Debatten auch die alte Melodie des revisionistischen Leierkastens wieder herauskommt: Wer das Lied nicht weiter kann, fängt auf die „Leipziger Volkszeitung" zu schimpfen an. (Heiterkeit.) Die Entrüstung, welche die drei offiziellen Redner der süddeutschen Budgetbewilliger hier über die „Volkszeitung" von sich gegeben haben, ist in Süddeutschland systematisch organisiert worden. Man hat in den entlegensten Orten Bayerns und Badens, in Ortschaften, die mir persönlich kaum dem Namen nach bekannt waren, Entrüstungsresolutionen gegen den „Vorwärts" und die „Leipziger Volkszeitung" angenommen, obwohl doch den Versammlungsbesuchern dort wahrscheinlich niemals auch nur der Kopf der Zeitung vor Augen gekommen ist. Auch die Ausführungen des Genossen Hildenbrand waren ein Beweis dafür, daß er selber die Zeitung, über die er sich entrüstet, und die spezielle Wendung überhaupt nicht gekannt hat. Er sagte, die „Volkszeitung" habe geschrieben, man solle die Budgetbewilliger mit glühendem Eisen aus der Fraktion hinausbrennen. Das würde ich nun nicht nur aus eithischen, sondern auch aus ästhetischen Rücksichten zurückweisen müssen. (Heiterkeit.) In der Tat wandte sich die betreffende Stelle gegen die Verweigerung der Auskunft durch den badischen Landesvorstand an den sog. Berliner, den deutschen Parteivorstand, und diese Auskunftsverweigerung wurde allerdings als ein Ausfluß des parlamentarischen Kretinismus bezeichnet, den mit glühendem Eisen auszubrennen die Aufgabe des Nürnberger Parteitags sein müsse. Das ist die Art und Weise, wie die Sache künstlich und verfälscht dargestellt wird, wie man gewissermaßen zu einer fable convenue kommt, daß in der „Leipziger Volkszeitung", wie Hildenbrand sagte, jeder anständige Parteigenosse angespuckt wird — den Genossen Hildenbrand hat die „Leipziger Volkszeitung" jedenfalls noch nicht angespuckt, ob er sich infolgedessen zu den anständigen Parteigenossen noch zählt, will ich ihm überlassen. (Heiterkeit.) Die Wendung von dem sogenannten bayerischen Hiesel ist dann in der Weise dargestellt worden, daß man im Lexikon nachsah und sich davon überzeugte, daß der bayerische Hiesel ein alter Mordbrenner gewesen ist. Daraufhin wurde dann in Versammlungen erklärt und die „Münchener Post" schrieb es an der Spitze des Blattes: Nun seht einmal, Mordbrenner hat man uns genannt, die „Leipziger Volkszeitung", dies verruchte Organ, nennt die altbewährten Parteigenossen Mordbrenner! Da kann man natürlich Entrüstungsresolutionen einbringen billig wie die Brom-

beeren, aber Sie können mir nachfühlen, welch außerordentlich tiefen Eindruck diese Sechsdreierentrüstung auf mich macht. Es ist eine Auffassung, die außerordentlich bezeichnend und in den Ausführungen des Genossen Timm besonders scharf zum Ausdruck gekommen ist, daß man den größten Frevel begeht, wenn man die sogenannten führenden Parteigenossen angreift. In der Budgetbewilligung sollten ja diese führenden Parteigenossen plötzlich nicht die führenden Parteigenossen gewesen sein, da wollten sie geschoben sein von den Massen. In allen übrigen Dingen aber sind sie die führenden Parteigenossen. Man kann, wie die letzten Wochen bewiesen haben, die Grundsätze der Partei preisgeben, man kann auf Parteitagsbeschlüsse pfeifen, man kann sogar mit der Sprengung der Partei drohen, aber wenn man ein scharfes Wort gegen die Personen, gegen die heiligen Parlamentarier, schreibt, dann ist Matthäi am letzten. Das bezeichnet man eben als parlamentarischen Kretinismus. Ich will noch hinzufügen, daß ich diesen Genossen, die hier den Ton und die Art und Weise der „Leipziger Volkszeitung" besonders hervorgehoben haben, nur von Herzen dankbar sein kann, vielleicht auch im Namen des Verlags für die Reklame, die sie für die Zeitung gemacht haben. (Eisner: Also deshalb!) Ob sie es deshalb gemacht haben, weiß ich nicht (Heiterkeit), jedenfalls wird der Erfolg so sein, und mir persönlich können Sie gar keinen besseren Empfehlungsbrief mit nach Leipzig geben, als wenn von den Budgetbewilligern in dieser Weise über die „Leipziger Volkszeitung" hergefallen wird. Ich würde glauben, meine Pflicht verletzt zu haben, wenn in einer Diskussion über die grundsätzlichen Anschauungen der Partei von den Revisionisten nicht über die „Leipziger Volkszeitung" geschimpft würde.

Und nun zur Sache. Frank sagte, das Ganze sei ein echter deutscher Streit um eine leere Zeremonie, eine verhältnismäßig gleichgültige Sache. Gleichzeitig aber sagt er: Gebt Ihr uns in dieser absolut gleichgültigen Sache nicht recht, dann drohen wir mit Sprengung der Partei. (Sehr gut!) Timm sprach von einem mutwillig heraufbeschworenen Parteikonflikt. Gewiß, dieser Parteikonflikt ist mutwillig heraufbeschworen worden, aber von den süddeutschen Budgetbewilligern. (Sehr gut!) In der Fraktionssitzung der bayerischen Landtagsfraktion hat Segitz ausdrücklich betont, welch große Empörung und Erbitterung über diese plötzliche Budgetbewilligung ausbrechen würde. (Eisner: Nicht Empörung, sondern Krakeel!) Er hat gesagt, er sei ja im Herzen für die Budgetbewilligung, aber er rate von diesem Schritte ab, weil er diese Parteiauseinandersetzungen (Zuruf: Krakeel!), diesen Parteikrakeel, jawohl, voraussehe. (Segitz: Den Sie gemacht haben!) Sie haben also den Krakeel kommen sehen und haben ihn nicht vermieden. (Segitz: Sie haben ihn aber gemacht!) Was diesem Schritt in Süddeutschland eine so außerordentliche Bedeutung gab, war die Tatsache, daß die Gesamtpartei von der Minorität der Süddeutschen vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, daß man uns hier auf dem Parteitag die Pistole auf die Brust setzt und sagt, wenn ihr, die Majorität, euch nicht unterordnet, werdet ihr sehen, daß wir uns nicht fügen. Wenn die Süddeutschen der Ansicht waren, daß die Lübecker Resolution nicht mehr zu halten war, so hatten sie die Verpflichtung, wenn sie loyal vorgehen wollten, offen zu erklären: wir stellen den Antrag, daß der Parteitag sich mit dieser Sache beschäftigt. Dann hätten wir eine ruhige und sachliche Debatte über diesen Punkt gehabt. (Zuruf: Na! na!) Es gibt keinen Programmpunkt, über den wir nicht jederzeit zu diskutieren bereit sind, aber was bei den Massen eine so außerordentliche Erbitterung hervorruft, das ist der Bruch der Disziplin, die bisher die Größe unserer Partei gewesen ist. Frank sprach von dem, wie er selbst sagte, rohen Gleichnis von der Frau, die man schütteln soll. Das Verhältnis der Süddeutschen zur Partei scheint mir auch ein eheliches Verhältnis zu sein, aber anderer Art, indem die Süddeutschen in der Form mit der Partei verheiratet sind, daß sie sagen: wenn wir beide, die Gesamtpartei und wir Süddeutschen, einig sind, dann gilt eure Meinung, wenn wir aber nicht einig sind, dann gilt unsere Meinung. (Heiterkeit.) So haben Sie in der Praxis Ihre Politik getrieben.

Unter allen Umständen warne ich vor der Resolution Frohme. Wenn wir hier, wo auf dem Parteitag die Partei durch die Drohung mit der Sprengung gewissermaßen durch die Süddeutschen terrorisiert werden soll, jetzt nachgeben durch die Annahme der Resolution Frohme, so ist es meine feste Ueberzeugung, daß dann die inneren Kämpfe in der Partei erst losgehen. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie, unter keinen Umständen einer Abschwächung der Vorstandsresolution Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Weiß-Marktredwitz: Wir, die wir aus einer der zurückgebliebensten Gegenden sind, hätten unsere bayerischen Abgeordneten nicht verstanden, wenn sie gegen das Budget gestimmt hätten. Und wir stützen hier unsere Abgeordneten. Mit den Brandreden will man nur Erregung in die Partei bringen. Es ist unbegreiflich, wie unsere Parteiblätter für eine rein taktische Frage so viel Raum aufwenden. Wir Parteigenossen in dem entlegenen Winkel klagen immer darüber, daß man unseren Einwendungen so wenig Beachtung schenkt. Frank hat zutreffend auf das Streben der Arbeiter nach Tarifverträgen hingewiesen. Bei uns in der bayerischen Oberpfalz muß erst die Gewerkschaftsorganisation ausgebaut werden, ehe die Partei Fuß fassen kann. Wird die Vorstandsresolution angenommen, dann werden die christlichen Agitatoren mit dem Parteiprotokoll in der Hand gegen uns losgehen, dann haben unsere Gegner, besonders das Zentrum, eine wirksame Waffe gegen uns. Die Norddeutschen kennen unsere Verhältnisse nicht, sonst würden sie anders urteilen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

Genosse Westmayer hat einen Antrag gestellt, den er zur Ablehnung empfohlen hat. Mir ist etwas derartiges noch nicht vorgekommen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Man glaubt die Süddeutschen mit einem derartigen Antrag verhöhnen zu können (Sehr gut!), und verhöhnt den ganzen Parteitag. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Da hätte der Vorsitzende eingreifen müssen. (Beifall der Süddeutschen.) — Grillenberger — und ich bekenne mich mit Stolz als sein Schüler — stand stets auf dem Standpunkt: Jeden Vorteil für den Arbeiter nehmen, und wenn er vom Teufel kommt! Wenn bei uns die Leute mit 1,70 Mk., mit 2 Mk. Tageslohn dasitzen, wäre es geradezu unverantwortlich, wenn unsere Abgeordneten anders gestimmt hätten. Die Genossen sollten sich lieber etwas mehr um die Landagitation kümmern, statt hinter allen reformerischen Dingen Parteiverrat und Disziplinbruch zu wittern. Wir verlangen Ablehnung der Vorstandsresolution und die Weitergeltung der Lübecker.

Singer: Der Vorredner meint, der Vorsitzende hätte den Antrag Westmayer nicht zulassen müssen. Der Vorsitzende ist verpflichtet, nach dem vom Parteitag beschlossenen Geschäftsordnung zu handeln. (Sehr richtig!) Wie ich persönlich über den Antrag denke, darüber habe ich Westmayer keinen Zweifel gelassen. Nachdem er aber formell eingebracht war, hatte ich die Verpflichtung, ihn zur Unterstützung zu stellen. Von dieser Verpflichtung, jedem einzelnen Mitgliede des Parteitages das ihm zustehende geschäftsordnungsmäßige Recht zu gewähren, werde ich mich durch keinen Umstand abbringen lassen. (Beifall.) Der Vorsitzende ist dazu da, jedes Mitglied des Parteitages in seinen Rechten, die ihm die Gesamtpartei gegeben hat, zu schützen. Seine Privatmeinung über bestimmte Vorgänge kann ihn nicht veranlassen, von dieser Verpflichtung eines loyalen Vorsitzenden abzugehen. Ich werde wenigstens keinen Schritt davon

abweichen. (Beifall.) — Im übrigen habe ich mitzuteilen, daß der Antrag Westmayer zurückgezogen ist. (Lachen bei den Süddeutschen.)

Huber-Landshut (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat korrekt gehandelt. Aber ich meine, derartige Resolutionen, die uns lächerlich machen vor den Bürgerlichen, dürfen nicht wieder eingebracht werden. (Beifall.)

Singer: Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen, und wenn Sie einen Vorsitzenden haben wollen, der die Rechte eines einzelnen Mitgliedes verletzt und Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht aufrecht erhält, müssen Sie einen anderen Vorsitzenden wählen.

Dr. **David** (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß es keine Verletzung des demokratischen Prinzips ist, wenn der Vorsitzende Anträge, denen es auf der Stirn geschrieben ist, daß sie eine Verhöhnung eines Teiles des Parteitages und damit des ganzen Parteitages zum Zweck haben, zurückweist. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.)

Singer: Ich für meine Person lehne es ab, mich über den Parteitag zu stellen.

Damit ist diese Geschäftsordnungs-Diskussion erledigt.

Zubeil: Wie schlecht die Sache der Budgetbewilliger stehen muß, hat die Tatsache bewiesen, daß alles Mögliche und Unmögliche herangezogen wird, um darzutun, daß auch selbst in der städtischen Vertretung, vor allem in Berlin, gegen die Beschlüsse des Parteitages verstoßen wird. Diese unwahre Behauptung ist aufgestellt, obwohl der „Vorwärts" sie ganz energisch zurückgewiesen hat. Singer blickt auf 25 Jahre Stadtverordnetentätigkeit zurück. Noch zu keiner Zeit bis zur heutigen Stunde haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten unter seiner Führung dem Budget ihre Zustimmung gegeben. (Zuruf von den Süddeutschen: Auch nicht dagegen gestimmt!) Schon 1890 hat Vogtherr unsere Stellung dahin zum Ausdruck gebracht: Da der Etat einer jeden Stadt nicht allein eine bestimmte Aufstellung von Zahlen sein soll, sondern gewissermaßen ein Gesamtbild von der Verwaltungsart und dem Verwaltungsprinzip, und da wir mit einzelnen dieser Prinzipien nicht einverstanden sind, können wir den Gesamtetat als solchen nicht annehmen. (Hört! hört!) Diese Stellung ist bis zum heutigen Tage nicht geändert. (Zurufe: Sie haben noch in keiner namentlichen Abstimmung abgelehnt!) Sie kennen nicht unsere Geschäftsordnung, sonst würden Sie wissen, daß über unseren Etat nur positiv abgestimmt werden kann und wir eine Gelegenheit zu namentlicher Abstimmung nicht haben. Aber städtische Etats können mit staatlichen auch nicht verglichen werden. (Zustimmung.) Sie sehen also, in welcher Weise alles versucht wird, den Disziplinbruch zu beschönigen. (Beifall.) Sie klagen über den Ton in Presse und Berliner Verhandlungen. Die süddeutschen Vertreter in den Landtagen mögen sich gratulieren, daß Timm nicht mehr bei uns in Berlin ist. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Timm gehörte auch zur Henkerkommission. (Zuruf: War Vorsitzender!) Und Frank mag sich gratulieren, daß Timm nicht in Berlin war, als er am Leichenbegängnis des Großherzogs teilnahm. Timm hat damals hervorragend mitgewirkt, daß drei Stadtverordnete gehängt wurden, die beim Begräbnis Forckenbecks dabei waren. Welch ungeheure Wandlung, wenn man vom Norden nach dem Süden kommt (Heiterkeit und Sehr gut!), die einzelne Parteigenossen und unser fast zum Anarchismus neigender Timm durchgemacht haben! Ich glaube, im Namen der Berliner Parteigenossen und wohl auch der meisten aus der Provinz Brandenburg sagen zu können, wir stehen auf dem Boden der Vorstandsresolution. (Zurufe: Geschlossen!) — Ich wollte nicht mehr sagen, als ich verantworten kann — wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt der Vorstandsresolution. (Beifall.) Wir sagen, das ist das wenigste, was angenommen werden kann und darf. Der

Parlamentarismus darf nicht Selbstzweck sein; aber hier stellen sich die Parlamentarier über die Massen. Der „Vorwärts" mag manches scharfe Wort geschrieben haben, aber jedenfalls hat er seine Schuldigkeit getan in der Aufklärung über den Stand der Budgetbewilligung auf beiden Seiten. Aber im Süden hat man diese Aufklärung den Massen verweigert. (Widerspruch Eisners.) Nein, Sie haben die Aufklärung der Presse des Nordens zum großen Teil ihren Lesern unterschlagen. (Unruhe und Zustimmung. Eisner: Und Rosa Luxemburg?) Rosa Luxemburg wird sich schon selbst verteidigen. (Eisner: Ich meine den Artikel von Rosa Luxemburg in der „Tagespost"!) Ihre Stellung, Genosse Eisner, hat sich seit Berlin in unbegreiflicher Weise geändert. In Berlin standen Sie noch auf meiner Seite gegen die Proportionalität. Sie scheinen sehr wandlungsfähig zu sein. (Beifall und Lachen.) Wenn man einen Ton anschlägt, wie heute morgen wieder die „Münchener Post" gegen die Berliner, dann darf man sich nicht gegen den Ton auf der anderen Seite beschweren. Sie haben uns gestern zugerufen: Unannehmbar! Gut, tragen Sie die Konsequenzen, wir gehen keinen Schritt zurück. (Lebhafter Beifall.)

Engler-Freiburg: Geck hat sich sehr darüber aufgeregt, daß man dem Parteivorstand in bezug auf seine Resolution die Ehrlichkeit abgesprochen habe. Ich weiß nicht, wer das getan hat, aber ich glaube, auf unserer Seite hat man viel mehr Recht, sich darüber zu beklagen. Ich bestreite entschieden, daß unsere Genossen im badischen Landtag Schuldenwirtschaft befürwortet haben. Was Kolb und andere verlangt haben, sind Anleihen, wo der Staat aus laufenden Mitteln notwendige Kulturaufgaben nicht erfüllen kann. Das tun wir in den Städten und anderswo auch. Was hat das aber mit der Frage der Budgetbewilligung zu tun? Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was die Genossen im Parlament im einzelnen tun. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Geck war zur Stuttgarter Konferenz eingeladen, er ist dringend gebeten worden, zu kommen, und ist nicht gekommen. Das ist seine Methode, die er immer anwendet: er zieht sich zurück in dem Moment der Entscheidung, und hinterher kommt er und kritisiert. Und er ist derjenige, der den Parteivorstand informiert, der in der unwahrsten Weise den „Vorwärts" und die „Leipziger Volkszeitung" informiert. (Unruhe.) Darüber werden wir auf dem badischen Parteitag noch ein ganz ernstes Wort zu reden haben.

Dann muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen das Märchen wenden, daß unsere Abgeordneten nicht die Parteigenossen hinter sich haben. Ich erkläre, daß mindestens 95 Proz. der badischen Parteigenossen hinter ihren Abgeordneten stehen. Und wo ich hingekommen bin in den ersten Tagen nach der Budgetabstimmung — und ich habe in den Versammlungen nicht darüber gesprochen — haben mir die Genossen, die in der Kleinagitation tätig sind, erklärt: Endlich ist mit diesem System gebrochen worden! Die Vorstandsresolution ist nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für uns unannehmbar, und selbst wenn ich ein Gegner der Budgetbewilligung wäre, wäre ich ein ebenso scharfer Gegner dieser Resolution. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, es wird in der Folgezeit in den süddeutschen Staaten in den meisten Fällen das Budget verweigert werden. Aber ein solches Votum muß aus der Ueberzeugung hervorgehen und nicht durch Parteibeschluß vorgeschrieben sein. Sonst verliert es jeden Wert. Der Parteivorstand sollte so konsequent sein wie die „Leipziger Volkszeitung": weg mit dem Ausnahmepassus, denn der besagt nur, daß der Parteivorstand selbst der Meinung ist, es kann Ausnahmen geben, aber nicht den Mut hat, die Konsequenzen zu ziehen. Wir sagen, es müssen Ausnahmen zugelassen werden und die Entscheidung ist den Landesorganisationen zu überlassen. Denn die Ausnahme, die hier in der Resolution genannt ist, gibt es nur in Hessen; das ist keine Ausnahme, das ist eine Spalte, aus der man nicht hinaus kann.

Daß Mißstände bestehen, haben wir gewußt, auch ehe Westmayer und andere das gesagt hatten. Auch wir wußten, daß 1000 Mk. kein Gehalt ist, mit dem man in Ueberfluß leben kann. Aber wir wollen die Zustände verbessern, und die Art, in der wir es tun können, muß von hier und nicht von Berlin aus beurteilt werden. Auch die sächsische und preußische Taktik ist manchem unserer Genossen befremdlich vorgekommen, aber wir haben uns gesagt, die Leute sind am Ort, die werden es schon selbst wissen. Es gibt ja manche Dinge bei solchen Fragen, die bestimmend sind, über die man aber in der Oeffentlichkeit nicht gerne spricht. (Sehr wahr!) Wir verlangen dasselbe Recht. Ich will mir kein Urteil über die Taktik bei den preußischen Landtagswahlen anmaßen, aber das badische Wahlrecht hätten wir mit dieser Taktik niemals erreicht. Manche Ausführungen der Genossin Zetkin und Westmayers kamen mir so vor, als wenn ein Huhn, das Entchen ausgebrütet hat, einen Schrecken bekommt, wenn es sieht, wie sie davonschwimmen. Seien Sie ganz ruhig: die Entchen versaufen nicht, und wir verfallen nicht in kleinbürgerliche Politik, sondern wir werden immer eine ganz klare Arbeiterpolitik treiben. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es ist eine Beleidigung, wenn gesagt wird, wir treiben eine Politik gleich den Freisinnigen. Diese haben in allen einzelnen Fällen Kompromisse geschlossen und Gesetzesbestimmungen verschlechtert; unseren Genossen kann man aber nicht den Vorwurf machen, daß sie bei irgendeinem Gesetz gegen das Programm gestimmt haben. Wenn wir aber das Recht in Anspruch nehmen, in der Gesamtabstimmung für das Budget zu stimmen, so tun wir es, um uns nicht um den ganzen agitatorischen und damit auch organisatorischen Erfolg unserer Tätigkeit bringen zu lassen. Die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Hildenbrand erwecken den Schein, als hänge die Vernichtung des Klassenstaates sehr wesentlich von der Technik der Abstimmung ab. Daß es in Gotha etwas anders ist als bei uns, das sind wir ja gewöhnt. Es ist in unserer Partei schon zum Teil der Grundsatz eingeführt, wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe, und wir Badenser sind es ganz besonders gewohnt, unter scharfer Kontrolle zu stehen. Westmayer sagt: sind nicht gegenwärtig so und so viele Arbeiter brotlos? Das weiß niemand besser als ich, der ich fast andauernd auf der Agitationstour draußen in den Industriegegenden bin. Aber wollen Sie die Abstimmung über das Budget davon abhängig machen, ob wir in einer hohen Konjunktur oder in einer Krise leben? Sie verlassen damit den Boden des Klassenkampfes genau so wie angeblich wir. Daß Blätter, die nur vier- oder sechsseitig erscheinen, die ganzen Serienartikel des „Vorwärts“ wörtlich abdrucken, werden Sie doch nicht verlangen. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Merkel-Nürnberg: Was gestern Timm und andere über die Schreibweise des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gesagt haben, unterschreibe ich voll und ganz. Wo soll das hinführen in unserer Partei, wenn sich einzelne Parteiblätter oder Genossen herausnehmen, andere Genossen, die in einer Frage abweichender Meinung sind, derartig zu behandeln? Aber wenn man den einen verurteilt, wird das Unrecht des anderen noch nicht zum Recht, und es war auch nicht ganz richtig, wenn die „Münchener Post“ in fast gleicher Weise geantwortet und die „Fränkische Tagespost“ nicht einen Tadel gefunden hat. Wenn die „Münchener Post“ die Süddeutschen aufgefordert hat, zu erwägen, ob man den Parteitag überhaupt beschicken wolle, so ist das ein Faustschlag ins Gesicht der ganzen Partei, und dagegen hat man in keinem der süddeutschen Blätter etwas gefunden. Der Parteitag kann nicht Beschlüsse für alle Zeiten fassen. Es muß eine Zeit kommen, wo wir auch dem Standpunkt unserer Vertreter in den süddeutschen Parlamenten Rechnung tragen müssen, aber heute ist die Zeit noch nicht gekommen. Mindestens muß ein Teil des zweiten Teiles unseres Programms erst in Erfüllung gegangen sein, dann läßt sich darüber

reden. Es ist dann weiter gesagt worden, in Süddeutschland, besonders in Bayern, hätten wir die Gleichberechtigung. Das habe ich in Bayern bisher nicht gefunden. (Hört! hört!) Da wird darauf hingewiesen, daß die bayerischen Staatsarbeiter das Koalitionsrecht hätten. Aber haben wir bisher nicht in allen Versammlungen gesagt: die deutsche Arbeiterschaft hat das Koalitionsrecht, aber mit dem Galgen daneben. (Sehr gut!) Das gilt auch für Süddeutschland. Hat nicht der bayerische Verkehrsminister erklärt: ein Koalitionsrecht haben die Staatsarbeiter wohl, aber kein Streikrecht. (Lebhaftes Hört! hört!) Ein Recht, von dem man keinen Gebrauch machen kann, ist ein Messer ohne Klinge. (Sehr gut!) Wenn man das eine sagt, sollte man auch das andere sagen. In der nächsten Umgebung Nürnbergs ist ein Genosse in die Schulkommission gewählt, aber ebenso wie Singer nicht bestätigt worden. Das Bezirksamt hat ihn nicht anerkannt, weil er Sozialdemokrat ist (Hört! hört!), und dieser Beschluß des Bezirksamtes ist vom Ministerium bestätigt worden. (Hört! hört!) Sieht Gleichberechtigung so aus? In der „Tagespost“ ist der Fall lang und breit besprochen worden. Wie da dieselben Genossen herkommen und von unserer Gleichberechtigung in Bayern sprechen können, ist mir unerfindlich. (Lebhafte Zustimmung.) Es lag gar kein Anlaß vor, der Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen. Nun sagt man freilich, die Budgetabstimmung sollte ein solches nicht sein, aber die Lübecker Resolution bezeichnet eine solche Zustimmung als Vertrauensvotum, und solange Parteitagsbeschlüsse bestehen, hat man auch die Pflicht, sie einzuhalten, ob sie einem gefallen oder nicht. (Lebhafter Beifall.) Dann wird weiter behauptet, die Löhne der Beamten und Staatsarbeiter seien erheblich aufgebessert worden. Auch das kann ich nicht zugeben. Ich will die Zahlen Timms nicht bestreiten, aber hinzugefügt muß werden, daß sie das Mindesteinkommen der Staatsarbeiter gar nicht darstellen. Alle diese Arbeiter müssen erst 9 bis 10 Jahre lang im Tagelohn arbeiten, dann erst kommen sie in den Genuß der Staatsbedienstetengehälter. (Lebhaftes Hört! hört!) Im Landtage ist beschlossen worden, daß die Tagelöhne der Tagelohnarbeiter zum mindesten dem ortsüblichen Tagelohn entsprechen müßten. Aber noch Tausende von Staatsarbeitern sind vorhanden, denen der ortsübliche Tagelohn nicht gewährt wird. (Lebhaftes Hört! hört!) Und in einer Zulage von 20 Pf. pro Tag ist auch keine Ursache, ein Vertrauensvotum zu erteilen. Die Privatindustrie ist ja teilweise viel weiter. Auf den Fall Roßhaupter wird hingewiesen. Aber weil man einmal kein Ausnahmerecht uns gegenüber angewendet, weil man uns einmal so behandelt hat, wie man alle übrigen Parteien immer behandelt, deshalb braucht man gleichfalls kein Vertrauensvotum zu erteilen. Schließlich wird behauptet, daß mit Rücksicht auf die Anwürfe der Gegner mit unserer Ablehnung des Budgets die Zustimmung sich rechtfertige. Ich kann wohl sagen, daß ich sehr viel aufs platte Land komme, vielleicht häufiger als Weiß, aber ein derartiger Vorwurf seitens der Gegner ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. (Lebhaftes Hört! hört!) Und dann: Wir haben Schwabach-Altdorf gewonnen, obwohl die Liberalen mit unserem angeblich negierenden Standpunkt operiert haben. (Zuruf: Also ist Ihnen ein solcher Vorwurf doch schon vorgekommen?) Aus alledem geht hervor, daß keine Ursache vorlag, das Budget zu bewilligen. (Lebhafter Beifall.)

Rauch-Hannover: Zunächst habe ich eine Erklärung im Namen der hannoverschen Delegation abzugeben: aus den Darlegungen der Genossen Timm, Frank, Hildenbrand und Simon haben die 11 Delegierten des Agitationsbezirks Hannover die Ueberzeugung gewonnen, daß die Zustimmung zum Budget in Bayern, Württemberg und Baden erfolgt ist, nicht wie der Genosse Eichhorn glaubt, im bewußten Gegensatz zu dem Lübecker Beschluß, sondern in dem Bewußtsein, damit ganz im Sinne des Lübecker Beschlusses zu handeln. (Bravo!

bei den Süddeutschen.) Das Gegenteil ist bis jetzt nicht bewiesen worden. Wir sind also überzeugt, daß ein Disziplinbruch nicht vorliegt. Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnen wir die Resolution 126 glatt ab. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Wir lehnen sie ab, weil sie einen unberechtigten Tadel ausspricht und insbesondere deshalb, weil nach den Erklärungen der Vertreter der Mehrheit der süddeutschen Fraktionen eine Spaltung zu befürchten ist, deren unheilvolle Folgen in ganz Deutschland und für die gesamte Arbeiterbewegung sich bemerkbar machen würden. (Unruhe.) Wir können und wollen nicht die Hand dazu bieten, daß das mühevoll Erreichte auf Jahre hinaus nicht nur gefährdet, sondern geradezu vernichtet und den Genossen die Freude an der Mitarbeit verekelt wird. (Sehr richtig!) Ebenso lehnen wir auch den Antrag Schöpflin und jede Verschärfung der Lübecker Resolution ab. (Beifall bei den Süddeutschen.) Noch habe ich zu erklären, daß wir die Art der Polemik, wie sie von einigen Parteiorganen im Norden geübt wird (Lebhafte Unterbrechungen. Rufe: Nur im Norden?), auf das entschiedenste verurteilen. (Zuruf: Nichts als Schall und Rauch! Heiterkeit.)

Persönlich habe ich hinzuzufügen, und dieser Standpunkt wird von mehreren Delegierten Hannovers geteilt, daß ich in den von den süddeutschen Genossen vorgetragenen Tatsachen die Bedingungen der Lübecker Resolution durchaus erfüllt sehe. (Widerspruch und Zustimmung.) Persönlich lehne ich die Vorstandsresolution auch deshalb ab, weil ich in dem Passus von der Politik des Entgegenkommens eine Vogelscheuche sehe, die man auf ein abgeerntetes Getreidefeld stellt. (Sehr gut!) Bisher ist mir kein Genosse genannt worden, der gewillt wäre, Konzessionen an die bestehende Gesellschaftsordnung zu machen. (Sehr gut!) Ich lehne die Resolution weiter ab, weil sie eine Politik der Unaufrichtigkeit empfiehlt. (Große Unruhe.) Es geht überhaupt ohne derartige Resolutionen. (Sehr gut!) Ich traue jedem Genossen die Fähigkeit und den Willen zu, in jeder Stunde die Interessen der Partei nach besten Kräften zu wahren. Ein jeder kann sich irren, wer hat nicht schon eine Dummheit gemacht. (Lebhafte Rufe: Aber man soll sie dann auch eingestehen!) Diese Irrtümer können ohne Resolution korrigiert werden. Es genügt eine parteigenössische Aussprache. (Sehr gut!) Ich lehne die Resolution ab, weil ich Aktionsfreiheit für die Abgeordneten will. (Lebhafte Unterbrechungen.) Wir bringen so ungeheuere Opfer an Zeit und Geld für die Wahlen nicht, damit dort einzelne brillante Reden halten, sondern um praktische Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen. (Sehr richtig!) Dann muß auch die Möglichkeit sein, in der Abstimmung Aktionsfreiheit zu haben. Es ist sehr leicht, eine von Radikalismus triefende Rede zu halten. (Unruhe.) Das kann ich auch (Heiterkeit), aber es ist nicht jeder gewissenlos dazu. (Stürmische Unterbrechungen.)

Vorsitzender **Singer**: Wenn dieser Ausdruck sich etwa auf eine Rede, die hier gehalten worden ist, beziehen sollte, so müßte ich ihn entschieden zurückweisen. (Rufe: Natürlich meint er sie, eine Feigheit!)

Rauch (fortfahrend): Kein Gedanke daran. Wenn man etwa meint, daß ich das in bezug auf die hier gehaltene Rede des Genossen Westmayer gesagt habe, so will ich mitteilen, daß ich während dieser Rede gar nicht im Saal war. Mir fällt aber ein Flugblatt ein, das in dem Kreise, wo Westmayer zum Reichstag kandidierte, verteilt wurde und worin vom Parteiprogramm nicht im mindesten die Rede war. Und da sage ich, es ist sehr leicht, sich hier als Radikalen aufzuspielen. (Unterbrechungen.)

Vorsitzender **Singer**: Ich muß bitten, zu erklären, was Sie gemeint haben. Wenn Sie den Ausdruck auf die Rede Westmayers angewandt haben, so weise ich ihn als ungehörig zurück. (Bravo!)

Rauch (fortfahrend): Ich will kein Hehl daraus machen, daß infolge einer Reihe von Aeußerungen hier auf dem Parteitag in mir der Verdacht rege geworden ist, als ob es sich für einzelne Parteigenossen weniger um die Frage der Budgetbewilligung, als vielmehr darum handelt, der Mehrheit mißliebige Parteigenossen den Stuhl vor die Türe zu setzen. (Unterbrechungen, Rufe: Wer hat daran gedacht?) Im „Harburger Volksblatt" hat ein Artikel gestanden, in dem von Parteiverrätern die Rede ist und davon gesprochen wird, eine reinliche Scheidung zwischen Revisionisten und Sozialisten vorzunehmen und in dem kurz und gut alle Elemente, die mit der Mehrheit nicht einverstanden sind, aufgefordert werden, der Partei den Rücken zu kehren. Bis jetzt sind die Revisionisten noch Parteigenossen. Sie unterscheiden sich von den Radikalen darin, daß sie andere Wege zum Ziel für richtig halten. Nun tröstet man sich damit, daß die anderen nicht die Massen hinter sich hätten. Da dürften wir uns täuschen. Das gilt nicht nur für Süddeutschland, sondern auch für ein gut Teil von Norddeutschland. (Unruhe und lebhaftes Hört! hört!)

Sollten Sie die Resolution oder eine andere Verschärfung annehmen, was ich im Interesse der Einheitlichkeit der Partei bedauern würde, eine Einheitlichkeit, die manche Genossen auf die leichte Schulter zu nehmen scheinen, dann werde ich mich fügen, aber mit den Worten Bebels werde ich mich trösten: Die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen. Auch angenommene Resolutionen können die Entwickelung nicht aufhalten. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Rosa Luxemburg: Wir haben seit einer Reihe von Jahren fast auf jedem Parteitag eine lebhafte Auseinandersetzung über die Grundfragen unseres Prinzips und unserer Taktik gehabt. Gerade jetzt jährt es sich zum zehnten Male, seit wir auf dem denkwürdigen Parteitag in Stuttgart die erste große Auseinandersetzung mit der sogenannten revisionistischen Richtung hatten. Seitdem hatten wir solche Auseinandersetzungen aus diesem oder jenem Anlaß fast jedes Jahr und mehr wie einmal wurden diejenigen, die in jener Richtung die größte Gefahr für die Partei erblickten, der Schwarzseherei und des Pessimismus beschuldigt. Nun, ich glaube, noch in keiner Parteidebatte ist mit solcher Schärfe, Klarheit und Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, wohin die Partei steuert, wenn sie dieser Richtung nachgeben würde, wie in dieser Debatte. (Sehr richtig!) Hier haben wir nicht mehr Diskussionen über abstrakte theoretische Fragen, hier handelt es sich um eine eminent praktische Frage, um die Frage des politischen Handelns der Partei, um eine Frage, deren Bedeutung auch von den breitesten Massen begriffen wird. Und was stellt sich dabei heraus? Daß wir, wenn es in der Richtung weitergeht, die jetzt in Süddeutschland vertreten ist, schließlich vor die Alternative gestellt werden: bürgerliche Reformpartei oder Anarchismus? Worauf lief die ganze Beweisführung von Timm, Frank, Hildenbrand hinaus? Das Leitmotiv ihrer Reden, ebenso wie der Grundgedanke aller Preßäußerungen ihrer Gesinnungsgenossen David, Kolb u. a. lief darauf hinaus: Entweder erkennen wir, daß wir auf dem Boden des heutigen Staates wichtige Errungenschaften positiver Natur erzielen können, und dann sei es notwendig, unsere unnütze grundsätzliche Feindschaft gegen den bestehenden Staat, deren unabweisbare Konsequenz die Ablehnung des Budgets des Klassenstaates ist, aufzugeben — oder wir sollen offen erklären: Auf dem Boden des bestehenden Staates ist keine namhafte Errungenschaft möglich. Dann aber sollen wir die Konsequenzen ziehen: heraus aus den Parlamenten, dann hätte unser Kampf um die Erringung der politischen Rechte gar keinen Sinn. Das wurde uns gestern gesagt. Daß es eine Politik geben kann, die ebenso weit entfernt ist von bürgerlicher Reformpolitik wie von anarchistischen Hirngespinsten, daß es eine

sozialistische Klassenpolitik geben kann, die mit allem Nachdruck um positive Errungenschaften kämpfen, zugleich aber mit ebenso kräftigem Nachdruck die prinzipielle Feindschaft gegen den bestehenden Staat auf Schritt und Tritt — und zwar auch durch die Budgetabstimmung — zum Ausdruck bringt, dafür scheint den Genossen in Süddeutschland, wenigstens in den Parlamenten, der Sinn abhanden gekommen zu sein. Sie haben den besten Beweis selbst durch ihre Verteidigungsreden geliefert, auf eine wie schiefe Bahn man sich begibt, wenn man sich auf ihren Standpunkt stellt. Dann, worauf lief hinaus die Verteidigung von Timm? Auf eine unbeabsichtigte, aber um so wirksamere Glorifizierung der Zentrumspartei in Bayern. (Sehr richtig!) Und worauf lief hinaus die Verteidigung von Frank? Auf ein ebenso unbeabsichtigtes aber um so wirksameres Plaidoyer für die fortschrittlichen Minister der badischen Regierung. (Sehr richtig! Zurufe bei den Süddeutschen.) Ich weiß, Ihr habt im Landtag ganz anders die Haltung der Regierung gekennzeichnet. Aber der Widerspruch zwischen jenen Worten und Euren Worten hier zeigt gerade so recht, wie Ihr Euch mit Eurer überschlauen Diplomatie in die Nesseln gesetzt habt. (Sehr gut!) Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht Eure Reden von gestern uns nochmals in die Hände kommen und zwar in Flugblättern des Zentrums und in den Kreisblättern der Regierung. Dort wird es heißen: freilich, dieselben Leute haben uns im Parlament — natürlich aus Diplomatie — ganz anders heruntergerissen, aber ihren eigenen Brüdern und Genossen haben sie wohl eher ihre ehrliche Ueberzeugung gesagt, und dort haben sie alles gelobt, was wir geleistet haben. Anstatt auf Schritt und Tritt den Massen zu zeigen, wie erbärmlich, wie geringfügig das ist, was Ihr errungen habt, habt Ihr Euch logisch gezwungen (Zurufe: Wer hat die Schuld daran!) — unterbrechen Sie mich nicht, Sie haben unbeschränkte Redezeit gehabt (Sehr gut!) —, diese Lappalien ins Große zu ziehen und uns in übertriebener Weise als etwas ganz Wichtiges als große Errungenschaft hinzustellen. Frank sagte: Weil die Parteipresse auf den Bahnhöfen verkauft werden kann, befinden wir uns auf dem Wege der politischen Gleichberechtigung (Lachen) und weil das Budget einer Staatsarbeiterfamilie von 600 und 700 Mk. auf 1000 Mk. erhöht ist, eine Zulage, die bei weitem nicht ausreicht, um den Ausfall, der durch den Hungertarif entstanden ist, zu decken, deshalb können wir nicht mehr der Regierung unser Mißtrauen ausdrücken. Ei, Parteigenossen, die Politik der Diplomatie und der staatsmännischen Klugheit ist eine Schule der Bescheidenheit. (Sehr gut!) Wie diese Bescheidenheit im Anfang aussieht, zeigen uns die süddeutschen Parlamentarier, aber wie sie am Ende aussieht, das zeigt uns der Blockfreisinn in Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat den großen Schatten Lassalles heraufbeschworen. Lassalle hätte besser als wir gewußt, was die Massen in Deutschland fühlen und erstreben. Nun, es war kein anderer als Lassalle, der das bekannte Wort geprägt hat von der verdammten Bedürfnislosigkeit der Massen, er erblickte seine Aufgabe als Sozialist darin, die Massen zur Unzufriedenheit zu erziehen, ihre Forderungen so hoch zu stecken, daß alles, was man hier erringen kann, dagegen als eine Lappalie erscheint. Wir haben als Sozialdemokraten bis jetzt genau so gehandelt. Wir haben den Massen gelehrt, die Errungenschaften, die wir für den bestehenden Staat erzielen können, nicht an dem Elend von anno dazumal zu messen, sondern an dem, was den Massen noch vorenthalten ist, mit einem Wort an dem Endziel. (Sehr richtig!) Wir haben die Massen dazu erzogen, an diesem Endziel zu sehen, daß alles, nicht nur das Recht, die Parteipresse auf den Bahnhöfen zu verkaufen, sondern alles andere, was wir durchsetzen können, nur erbärmliche Abschlagszahlungen sind. Man spricht von der Notwendigkeit, die indifferenten Massen zu gewinnen. Ich behaupte, es liegt darin eine unerhörte und unverdiente Verleumdung der proletarischen Massen in Deutschland und ebenso eine kolossale Unterschätzung der Werbekraft unseres sozialistischen Endziels, wenn man es so hinstellt, als wären es hauptsächlich diese winzigen positiven Errungenschaften, diese erbärmliche Sozialreform, womit wir die Anhängerschaft der proletarischen Massen bis jetzt erkauft haben. Womit haben wir denn die Massen unter dem Sozialistengesetz gewonnen, wo wir ihnen nichts bieten konnten, womit haben wir sie in Preußen gewonnen, wo wir überhaupt keinen Zutritt im Parlament bis jetzt hatten. Und bedenken Sie, womit wir die Millionen unserer Anhänger in Zukunft festhalten und neue gewinnen, wenn, wie es sich aus der immer zunehmenden Verschärfung der politischen Gegensätze in Deutschland unabweisbar ergibt, die positiven Errungenschaften der Sozialreform immer weniger und nicht mehr möglich werden. (Sehr gut!) Bis jetzt haben wir das Vertrauen von Millionen nicht durch Trinkgelder und winzige Konzessiönchen erhalten, sondern durch unsere rücksichtslose Kritik alles Bestehenden und durch unser soziales Zukunftsideal. (Lebhafte Zustimmung.) Wohin man kommt, wenn man von diesem Wege abgeht, wenn man glaubt, die Massen nur durch positive Trinkgelder erkaufen zu können, das zeigen wiederum jene bürgerlichen Reformparteien und die Nationalsozialen an erster Stelle: man kommt zum Schluß um das Vertrauen der Masse und um die Achtung der politischen Gegner, man gewinnt nichts, man verliert alles. Bürgerliche Reformpolitik, das war das Leitmotiv in allen Reden von dieser Seite. Und das andere Leitmotiv war: wir fügen uns nicht, ihr könnt abstimmen wie ihr wollt. Das heißt denn doch die Dinge ein wenig auf den Kopf stellen, wenn die Genossen Frank, Timm und Hildenbrand und ihre Gesinnungsgenossen sich hier als die Gekränkten, die Verfolgten, die man vergewaltigen will, hinstellen. Erinnern wir uns doch in aller Ruhe kurz, wie die Dinge lagen. Die süddeutschen Parlamentarier haben entgegen allen Meinungsäußerungen der großen Mehrheit der Partei für das Budget gestimmt, obwohl sie vorher durch ihre Kollegen gewarnt waren, daß es einen Skandal gibt in der Partei. Sie haben der obersten Parteibehörde jede Auskunft über ihre Beschlüsse versagt (Widerspruch), sie haben den Parteitag im voraus eine Polizeikomödie genannt. (Sehr richtig!) Sie haben versucht, die süddeutschen Parteigenossen, unsere Brüder, zur Nichtbeschickung unseres Gesamtparteitages aufzustacheln. (Sehr richtig!) Und nach alledem wenden sie sich hier gegen eine Resolution, die in der ruhigsten und sachlichsten Weise (Lachen) das knappste Minimum von dem sagt, was gerade notwendig ist, um den Standpunkt der Partei zu wahren. Alles übrige wird mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt und dabei setzen sie uns noch die Pistole auf die Brust und drohen uns mit Uneinigkeit. Parteigenossen, eine Einigkeit, die dadurch erkauft ist, daß die Majorität einer demokratischen Partei sich ihres Grundrechts begibt, ihre Meinung zu formulieren und bindende Regeln für ihre sämtlichen Mitglieder auszusprechen, ist eine Illusion. Wie dürfen solchem Treiben nicht entgegenkommen, die Einigkeit im Innern muß gewahrt werden. Wir haben allen Grund, dieser für uns den politischen wie den organisatorischen Ruin bringenden Richtung endlich kräftig zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter. (Lebhafter Beifall.)

Auer-München: Ich will nur konstatieren, daß der Genossin Luxemburg nahezu die doppelte Redezeit gewährt worden ist. (Große Unruhe.)

Singer: Diese Konstatierung des Genossen Auer kann nur auf der Tatsache beruhen, daß er eine falschgehende Uhr hat. (Große Heiterkeit.) Uebrigens ist bei der Rede der Genossin Luxemburg genau so verfahren worden wie bei allen anderen Reden.

Hue: Ich bitte Sie die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission abzulehnen und trete ein für den von unserem alten Freund Frohme so vortrefflich und in so versöhnendem Ton begründeten Antrag der holsteinischen Parteigenossen. Wir werden es einmal hoffentlich alle noch erleben, daß wir den holsteinischen Parteigenossen den Dank der Gesamtarbeiterschaft erstatten werden, daß sie in dieser kritischen und dramatischen Situation den kühlen friesischen Verstand sich bewahrt haben und einen solch praktischen, vernünftigen Antrag gestellt haben. Ich habe aus den ganzen Diskussionen hier und in der Presse vorher nur meine Ueberzeugung bestätigt gefunden, daß die Budgetabstimmung keine prinzipielle Frage ist. Wäre sie das, so müßte man mit demselben Maße, mit dem man die süddeutschen Kameraden mißt, auch die Genossen in Gotha, Weimar usw. messen. Weil man das nicht tut, entbehren all die Argumente, die man gegen die Süddeutschen vorgebracht hat, der inneren Wahrscheinlichkeit. Ich habe nicht erst seit gestern die Ueberzeugung gewonnen, daß es sich hier eigentlich gar nicht um die Frage der Budgetbewilligung handelt, sondern es handelt sich um eine Bewegung in unserer Partei, die einmal hier, einmal da einsetzt, die vor 2 Jahren versuchte, unsere Gewerkschaftsführer von der Masse abzutrennen (Sehr wahr!) und die heute dasselbe mit parlamentarischen Führern versucht. (Lachen.) Die Budgetbewilligung kann schon deshalb keine prinzipielle, vor allem keine speziell sozialdemokratische Frage sein, weil wir bürgerliche Parteien auch jetzt im Reichstag haben, die konsequent, entsprechend der Behandlung die sie erhalten haben, das Budget ablehnen — ich meine die National-Polen. Sie kann schon deswegen nicht eine prinzipielle Frage sein, weil ich aus den Worten unserer Genossen Bebel und Singer bei entsprechenden Gelegenheiten im Reichstag herausgehört habe, daß, wenn die Aufbringung der Mittel eine andere ist, wir dann auch mit uns reden lassen. Wäre in der Presse vor dem Parteitag die Frage so sachlich und kameradschaftlich behandelt worden wie der Referent Bebel sie gestern behandelt hat, wir hätten eine ganz andere Basis der Verständigung. (Sehr richtig!) Woher kommt es denn eigentlich, daß man einmal hier, einmal dort immer von „Zugeständnissen an die bürgerliche Gesellschaft" spricht. Ich wüßte wirklich nicht, wie ich dazu kommen sollte, als einer, der mitten unter den Arbeitern der Großindustrie und unmittelbar im Kampfe mit den gewaltigsten Großkapitalisten steht, Konzessionen an diese Gesellschaft zu machen. Wo finden wir eine glänzendere Bestätigung der Marxistischen Lehre von der Ansammlung des Kapitals in immer weniger Händen als gerade in der deutschen Bergwerks-, Hütten-, Stahl- und Eisenindustrie? Warum sollte ich nun gerade, der ich die Praxis mit der Theorie im Einklang finde, das sein, was man Revisionist nennt? Wir Gewerkschaftler stehen auf dem Standpunkt, daß wir in allen Fragen, die uns berühren, die Umstände ins Auge zu fassen haben, unter denen diese oder jene Entscheidung zu treffen ist. Das ist das, worauf wir Wert legen. Es gibt Gewerkschaftler, die die Budgetbewilligung nicht für richtig halten. Ich glaube sogar, daß es die Mehrzahl sein wird, aber gerade wir Gewerkschaftler haben das allergrößte Interesse daran, daß die taktische und organisatorische Einheit der sozialdemokratischen Partei nicht zerstört wird. Wir haben im ganzen deutschen Vaterlande keine Partei, die so umfassend, ohne Rücksicht auf das politische und religiöse Bekenntnis der Arbeiter die Arbeiterschaft vertritt, die Gewerkschaftsbewegung fördert, wie die Sozialdemokratie. Darum bin ich Sozialdemokrat und Gewerkschaftler. Und sollen wir nun, die wir in der Gewerkschaftsbewegung den Kampf unmittelbar zu führen haben, nicht den theoretischen, sondern den praktischen Kampf mit den gewaltigsten Kapitalmagnaten, nicht bangen und sorgen darum,

daß gerade das Instrument, welches am wichtigsten für uns ist, im Parlament zu erreichen, was überhaupt zu erreichen ist für die Gewerkschaftsbewegung, für die Arbeiterklasse, daß dies Instrument durch meines Erachtens überflüssig zugespitzte und überreizte Debatten zerstört wird? Im Namen der Arbeiterschaft möchte ich sagen: mögen Sie denken, wie Sie wollen, ich kann nur jedem der Parteigenossen, die, verärgert, überreizt, allzusehr in persönlichen Spitzen sich ergangen haben, bitten: stellen Sie das Interesse an dem, was Sie hier erörtert haben, das Interesse vielleicht, ob Sie einen billigen oder teuren Sieg erfechten, nicht so hoch wie das, worauf es uns ankommt: die Interessen der Massen, die draußen stehen. Waren Sie schon einmal in Nürnberg in der Herberge zur Heimat und haben Sie sich die große Zahl der Arbeitslosen angesehen? Ich meine, wir hätten wirklich viel besser getan, die kostbare Zeit des Parteitages dazu zu verwenden, die eigentlichen Schäden unserer bürgerlichen Gesellschaft bloßzulegen (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen) und unserem Genossen Molkenbuhr, dem vortrefflichen Sozialpolitiker, das Wort zu seinem Vortrage zu geben und uns darüber zu verständigen, wie es denn möglich ist, das schleichende Elend, das jetzt durch die Massen geht, zu bannen. Das halte ich von meinem Standpunkt als Arbeiter aus für das Wesentliche und wenn ich diesen Standpunkt der Arbeiterschaft nicht mehr in der Partei vertreten finde, dann haben wir vom Arbeiterstande alle Ursache zu sagen: Ihr verehrte Parteigenossen von der Theorie, überschätzt doch nicht das, was Ihr theoretisch ausklügelt, die Praxis ist oftmals anders. (Lebhafte Zustimmung.) In unserem Falle ist gar kein Gedanke daran, daß wir in der Gewerkschaftsbewegung und insbesondere, die wir mit der Bergwerks-, Stahl- und Eisenindustrie zu tun haben, irgendwelche Konzessionen machen sollten. Wir haben ja gar nicht einmal die Gelegenheit dazu, die Unternehmer hören uns ja gar nicht an, sie weisen uns die Tür. Fürchten Sie sich wirklich davor, daß wir Vertretern in der bürgerlichen Gesellschaft Konzessionen machen, die gar nichts von uns wissen wollen? Haben Sie nicht gehört, daß man im Ruhrgebiet 5000 unserer Kameraden auf die schwarzen Listen gesetzt hat, daß man nicht einmal die Christlichen anerkannt — und da sollten wir Leisetreter sein!

Unsere süddeutschen Parteigenossen haben nach meiner Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Ich kenne speziell die bayerischen Verhältnisse, soweit sie hineingreifen in unsere praktische Arbeit im Bergmanns- und Hüttenwesen, und kann sagen, daß unsere bayerischen Parteigenossen so vorbildlich gearbeitet haben, gerade im Interesse des Berufes, den ich vertrete und für den ich kämpfen werde, so lange ich atme, daß ich nur wünschen kann, unsere sieben Parteigenossen im preußischen Landtage, die einen so ungeheuer schweren Standpunkt haben, möchten dem Vorbild der bayerischen Parteigenossen auf dem Gebiete der Sozialpolitik folgen. Ich bitte Sie, lassen Sie sich vor allem von dem Gedanken der Brüderlichkeit leiten, von dem Gedanken, daß wir ja doch wieder hinausgehen müssen in die Reviere und den Leuten die Ideen des Sozialismus predigen, ihnen sagen müssen: Ihr müßt Euch befreien durch Euch selbst. Denken Sie daran, daß uns schließlich, wenn wir uns nicht einmal selbst hier befreien können von persönlichen Leidenschaften, von Animosität uns draußen die Leute sagen werden: Befreit euch selbst einmal erst! Befreien wir uns, Parteigenossen von der Voreingenommenheit, von dem, was uns hierhergeführt hat, ohne daß wir es vielleicht wissen, teilweise mit der Absicht, könnte man fast sagen, so zu handeln, wie es der andere Teil nicht gern wünscht. Lassen wir immer und immer wieder das Wort gelten, mögen auch die Unterschiede der Taktik

und Auffassung sein wie sie wollen: wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern und wollen es bleiben! (Lebhafter Beifall.)

Bock-Gotha: Ich möchte mit demselben Appell beginnen, mit dem der Vorredner geschlossen hat und ich bin überzeugt, daß dieser Appell allseitigen Anklang finden wird. Wenn der Vorredner aber gemeint hat, daß die Gewerkschaftler mit der Haltung der Süddeutschen einverstanden sind — nun ich bin seit 1869 Gewerkschaftler und ich bin heute noch genau derselbe Sozialdemokrat, der ich 1869 war. Die Süddeutschen klammern sich an den Strohhalm der Budgetbewilligung in Gotha. Wenn der Parteitag beschließt, daß auch wir Gothaer unter die Resolution fallen sollen, so widerspreche ich dem nicht, aber die Absichten, die uns seinerzeit geleitet hatten, waren doch ganz andere als die der Süddeutschen. Es war ein Antrag von mir auf Einführung zweijähriger Etatsperioden angenommen worden, die Regierung trat dem Antrag bei, und als uns nun ein zweijähriges Budget vorgelegt war, konnten wir doch natürlich nicht gegen unseren eigenen Antrag stimmen. Es ist gestern gesagt worden, in dem einen Fall hätten wir für den Etat gestimmt, um einen Minister zu halten, der sonst durch einen reaktionären ersetzt würde, und in dem anderen Fall habe es sich um einen Domänenkauf gehandelt. Nein, es handelte sich in beiden Fällen um eine für das kleine Land hochwichtige Sache. Ich hatte schon seit 1894 beantragt, eine Auseinandersetzung mit dem herzoglichen Fideikommiß herbeizuführen, der Antrag war mehrfach abgelehnt worden, wir haben ihn immer wiederholt. Für ein kleines Ländchen mit 156 000 Einwohnern kam da ein Vermögenserwerb von 20 Millionen in Frage. Es stand also unter Umständen die halbe Existenz des Landes auf dem Spiel. Diese Domänenauseinandersetzung wurde lebhaft befürwortet von dem damaligen Minister Hentig, der aber auch auf unseren Antrag eine Statistik hatte aufnehmen lassen, aus der hervorgeht, daß von 100 ackerbautreibenden Landwirten 80 Proz. von den Agrarzöllen gar keinen Nutzen haben, eine Anzahl einen minimalen Nutzen und ein noch geringerer Teil einen wirklichen Nutzen. Diese Statistik verteidigte der Minister angesichts der Agrarier im Landtage, er zog sich dadurch die Wut der Agrarier zu, die natürlich jede Gelegenheit benutzten, um ihn zu stürzen. Uns lag nicht der Minister am Herzen, sondern unser Domänenabkommen und da es nach unserer Ansicht mit diesem Minister stand oder fiel, haben wir mehrmals für seinen Etat gestimmt. Noch eines unterscheidet uns von den süddeutschen Genossen, das ist der Umstand, daß kein einziger von uns auch nur entfernt den Gedanken gehegt hat, irgendwie zu frondieren. (Zuruf: Wir auch nicht!) Ich habe das entnommen aus den süddeutschen Konferenzen, namentlich daraus, daß, nachdem die Badenser Genossen für den Etat gestimmt hatten und bereits eine heftige Polemik in der Presse einsetzte, acht Tage später demonstrativ auch die bayerische Fraktion dafür gestimmt hat, obwohl sie wußte, daß sich diese Haltung nicht mit der Lübecker Resolution verträgt. Wir haben die demonstrative Bewilligung des Budgets durch die Bayern als einen Faustschlag empfunden.

Die weimarischen Genossen haben mich beauftragt, zu erklären, daß ihre Abstimmung für ein Budget vor der Lübecker Resolution lag. Die 32 thüringischen Abgeordneten stehen mit einer einzigen Ausnahme auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes. Wir sind alte disziplinierte Parteigenossen, wir sind auch denkende Parteigenossen, aber wenn es sich darum handelt, ob wir uns einem Parteitagsbeschluß unterordnen oder eine Spaltung zum Gaudium der Gegner herbeiführen sollen, dann steht mir die Partei höher, dann erkenne ich meinen Irrtum an anstatt zum Gaudium der Gegner zu erklären: ich füge mich nicht. (Lebhafter Beifall.) Auch der verdienteste Genosse steht nicht über der Partei, sondern in der Partei. (Sehr richtig!) Er hat

sich den Beschlüssen zu fügen, wie es auch hervorragende Genossen von jeher getan haben. (Bravo!) Man spricht von den großartigen Errungenschaften der Süddeutschen. Ich bin erst hier auf dem Parteitag zu dem Bewußtsein gekommen: Donnerwetter, wenn die Badenser, die Bayern, die Württemberger das schon als große Errungenschaften preisen, was seid ihr dann in Gotha für prachtvolle Kerle. (Heiterkeit.) Man spricht von Gleichberechtigung. Nun, wir haben es durchgesetzt, daß wir die Leitung des Arbeitersekretariats in Händen haben, für das der Staat das Geld gibt. Wir haben einen Sozialdemokraten beim Arbeitersekretariat angestellt, wir haben Lohnerhöhungen für verschiedene kleine Beamtenkategorien durchgesetzt, wir haben 1902 den Lehrern die höchste Gehaltsskala durchgesetzt, ich war Mitglied des Verwaltungsgerichtshofs — ja, wenn das große Taten sind, dann sind wir unseren Ministern für unser Domänenabkommen ja noch einen Fackelzug schuldig. (Große Heiterkeit. Zuruf bei den Süddeutschen: Das kommt noch!) Das bringt Ihr fertig, wir nicht. Es wird gesagt, wir müssen den Kampf praktisch führen, täglich, stündlich, wir müssen den Arbeitern zeigen, daß wir für sie tätig sind, und daß jede kleine Errungenschaft etwas wert ist. Ja, tun wir denn das nicht von jeher? Tun wir das vielleicht erst, seitdem die Bayern, Badenser und Württemberger im Landtag sind? (Sehr gut!) Ich bin 41 Jahre in der Partei und von Anbeginn weiß ich nichts anderes, als daß wir täglich und stündlich für die Arbeiterklasse Vorteile herauszuholen gesucht haben. (Sehr richtig!) Wer hindert uns daran, dies auch für die Zukunft zu tun? Vielleicht die Lübecker Resolution? (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nehmen Sie die Vorstandsresolution an, nicht aber die Resolution Frohme, denn die bringt Sie in eine viel schiefere Situation. (Sehr richtig!) Ich wende mich besonders an die Süddeutschen. Unterordnen Sie sich nicht dem in Berlin gefangenen Parteivorstand (Heiterkeit), sondern nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an, Sie fahren damit besser. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David-Mainz: Auf die Ausführung von Bock war ich sehr gespannt, weil er uns versprochen hatte, auseinanderzusetzen, daß die Bugdetabstimmung in Gotha sich mit dem Lübecker Beschluß und der Vorstandsresolution vereinbaren ließe. Diesen Beweis ist er uns nach jeder Richtung hin schuldig geblieben. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Bock hat angedeutet, wenn man auch die Gothaer in die Vorstandsresolution aufnehmen wolle, so habe er nichts dagegen. Nun Bock ist Mitglied der Parteileitung, er hat die Resolution des Vorstandes mitunterschrieben, warum hat er denn nicht dafür gesorgt, daß Gotha mit hineinkommt? (Sehr gut bei den Süddeutschen.) Sie haben jedenfalls die Pflicht, diesen Fehler nachzuholen, indem Sie sofort ein Amendement zu der Resolution stellen. Das erwarte ich von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl. (Unruhe.) Dann hat Bock erklärt, er habe sich noch immer gefügt. Nun, mir ist aus Breslau die dramatische Szene in Erinnerung geblieben, als Bock erklärte, er sei als Gothaischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderung des Agrarprogramms eingetreten. Werde dies Programm jetzt abgelehnt, so müsse er sich entweder desavouieren oder sein Mandat niederlegen. (Hört! hört!) Er hat das Mandat nicht niedergelegt. (Zuruf: Na also!) Er hat sich aber auch nicht „gefügt", sondern er hat die Agrarresolution, die Ausgaben für die Landeskultur verbietet, Jahr für Jahr durchbrochen; er hat so gehandelt, wie oft gehandelt wird, daß man Beschlüsse einfach ignoriert. So sieht Ihre Fügung aus, Genosse Bock! Dieses System wollen wir nicht weiter haben, und deshalb sind wir ehrlich und sagen es Ihnen von vornherein, wenn Sie Beschlüsse fassen wollen, die wir nicht halten können. Was den Berliner Fall betrifft, so hat der Stimmenaufwand von Zubeil nichts von dem widerlegt, was wir aktenmäßig vorlegen. Die Vogt-

herrsche Erklärung stammt aus dem Jahre 1890. (Borgmann: Nach der haben wir immer gehandelt!) Damit haben Sie bewiesen, daß Sie die Budgetabstimmung durch eine Erklärung nach außen markieren können, aber Sie haben das Jahr für Jahr unterlassen. Auch unsere lieben Freunde aus Sachsen sollten so ehrlich sein und ihr Verhalten mit durch die Resolution rügen lassen. Die einfachste Lösung wäre ja, daß man erklärt: Die Zustimmung zum Budget ist weder aus sachlichen noch aus prinzipiellen Gründen zulässig, sondern nur aus Schlamperei. (Heiterkeit.) Fürwahr, es muß schlecht stehen mit der Sache der Ankläger, die in diesem Falle in Wahrheit die Angeklagten sind. (Gelächter.)

Nun zum Komplottschwindel! Geck war zur Sitzung in Stuttgart geladen, Geck ist Mitglied der Parteileitung, er ist nicht hingegangen. Ich gelte ja eher als einer, der geneigt ist, revisionistische Komplotte zu schmieden, aber ich habe die Konferenz nicht für so wichtig gehalten, um die Reise von Berlin dorthin zu machen. Und wenn wir wirklich ein Komplott schmieden wollten, halten Sie uns für so dumm, daß wir es so gemacht hätten? Erst den Parteivorstand benachrichtigen, dann Geck einladen und dann die geheime Verschwörung in Gegenwart von Geck. (Heiterkeit.) Diese Lächerlichkeiten schlagen sich von selbst.

Der ganze Zwist entspringt dem Widerspruch zwischen langjähriger parlamentarischer Praxis und weltfremder Theorie (Sehr richtig!), und es wird nicht zur Einigung kommen, solange Sie der weltfremden Theorie größeres Gewicht beilegen als der Praxis. Sie sprechen von parlamentarischem Kretinismus. Nein, parlamentarischer Kretinismus wäre es, wenn man unsere Abgeordneten in so schwierigen Situationen von vornherein festlegen wollte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wenn Sie den Leuten zutrauen, daß sie bei den wichtigsten Abstimmungen wissen, was sie zu tun haben, dann müssen Sie ihnen auch das Vertrauen schenken, daß sie bei der letzten Abstimmung wissen, ob sie ja oder nein sagen sollen. Die Budgetabstimmung ist zu wertvoll, um sie bloß als Demonstrationsobjekt zu gebrauchen. Wenn man aber demonstrieren will, dann hätte man auch in Sachsen, in Gotha und in Berlin demonstrieren müssen. Es muß anerkannt werden, daß viele Redner, die gegen uns stehen, die ehrliche gute Absicht anerkennen. Ja, wenn die Genossen, die für das Budget gestimmt haben, glaubten, daß sie damit nicht gegen die Lübecker Resolution verstoßen, wozu sollten sie dann die Sache erst noch vor einen Parteitag bringen? (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Hält es denn ein Mensch mit gesundem Verstand für möglich, daß eine Fraktion erst vorher einem Parteitag unterbreitet, wie sie im Landtag stimmen will? — Die Parteitagsbeschlüsse sind auch kein Evangelium. Wir wollen keinen neuen St. Paulus haben, der uns Evangelien predigt. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Die Disziplin kann nur bis zu der Grenze gehen, wo die Ueberzeugung anfängt, daß ein Beschluß der Sache schaden könnte. Wenn Sie etwas anderes konstruieren wollen, dann nennt man das nicht Disziplin, sondern Kadavergehorsam. (Gelächter.) Jawohl, das ist das, was viele meinen, daß man nämlich trotz des Bewußtseins, der Partei zu schaden, einen Beschluß durchführen müsse. Wir können nicht auskommen ohne eine richtig verstandene Disziplin, aber noch viel weniger ohne aufrechte Männer, die das Rückgrat besitzen, in jeder Situation nach ihrer Ueberzeugung zu handeln. Der Friede kann nicht hergestellt werden in der Frage, es sei denn, Sie geben den einzelnen Landesorganisationen die entsprechende Bewegungsfreiheit. Das ist der einzige Ausweg. Eine Abstimmung zumal bei dieser Zusammensetzung wäre eine Vergewaltigung. Lehnen Sie die Resolution ab und bekunden Sie damit, daß Sie das Vertrauen zu unseren Vertretern in den Landtagen haben,

daß sie nichts die Partei Schädigendes tun werden. Ich kann Sie versichern, in diesem Vertrauen werden Sie sich nicht täuschen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Lehmann-Mannheim: Hätten die badischen Abgeordneten diese Erregung in der Partei vorausgesehen, gar mancher hätte sich seine Budgetabstimmung dann doch anders überlegt. Und nun rechnet Frank sogar mit einer Absplitterung: Ich bin überzeugt, mancher badische Abgeordnete sagt sich jetzt: einen dümmeren Streich als die Zustimmung zum Budget hat er noch nicht gemacht. Man sagt uns: die Arbeiter haben es verlangt. Das Reichsbudget wird für unannehmbar erklärt, weil es auf indirekten Steuern aufgebaut ist; nun, das badische Budget hat neben 26 Millionen direkten 17 Millionen indirekte Steuern (Hört! hört!), darunter eine Fleischsteuer! Im Beamtengesetz ist das politische Recht der Beamten von den bürgerlichen Parteien einstimmig abgelehnt worden. Läge in der Budgetzustimmung kein Vertrauensvotum, dann hätte die ganze Abstimmung keinen Zweck. Die Bayern berufen sich darauf, daß der Militäretat in ihrem Finanzgesetz nicht enthalten sei; nun, wenn die Badenser für sich die Erhöhung der Beamtengehälter anführen, so ist der Eisenbahnetat, das ist fast die Hälfte der Beamtengehälter in dem Budgetgesetz, für das sie gestimmt haben, gar nicht mitenthalten. Das Staatsbudget balanziert mit 88 Millionen Mark, während das Eisenbahnbudget über 100 Millionen beträgt. Diese letzte hohe Summe ist in dem Finanzgesetz gar nicht enthalten. Dafür enthält das Budget Ausgaben für den Kultusgeistlichen, das Hofbudget usw. Als wir beim Beamtengesetz beantragt haben, daß Beamte wegen der Betätigung irgendwelcher politischer Anschauungen nicht gemaßregelt werden dürften, habe die Regierung diese Forderung mit aller Entschiedenheit abgelehnt und voller Entrüstung habe der Staatsminister erklärt, wenn der Antrag angenommen würde, dann könnte es möglich sein, daß ein Bezirksamtmann sozialdemokratische Reden halten könne. Eine solche Vorstellung sei für einen Minister allerdings fürchterlich, denn bisher wisse man es nicht anders, als daß die Bezirksamtmänner nationalliberale Reden halten. Die Gleichberechtigung der Frauen sei im Beamtengesetz allerdings insoweit anerkannt, als sie sich um alle Beamtenstellen bewerben könnten, würden sie aber angestellt, so erhielten sie jedoch nur drei Viertel des Gehaltes der männlichen Beamten. Die Resolution Frohme wird die Stellung der Abgeordneten nur verschlechtern; nehmen Sie aber die Vorstandsresolution an, so wird man verstehen, wenn sie sich fügen, und ich bin überzeugt, sie werden sich fügen. (Beifall.)

Die Diskussion wird auf nachmittag vertagt. Es folgen noch persönliche Bemerkungen.

Eisner erwidert auf die gegen ihn gerichteten Bemerkungen Gecks betreffs die Elektrizitätssteuer: Ich stelle fest, daß ich einen vertraulichen, streng vertraulichen Brief an die Redaktion des „Volksfreund" geschrieben habe. Ich stelle weiter fest, daß der Inhalt dieses Briefes vertraulich, streng vertraulich der badischen Fraktion zur Kenntnis gegeben ist. Ich stelle weiter fest, daß der Inhalt dieses Briefes falsch, unwahr wiedergegeben ist. Und ich erkläre schließlich, daß, wenn ich wünsche, daß Briefe von mir öffentlich bekannt werden, ich sie an den Genossen Geck vertraulich schreiben werde.

Geck: Es ist möglich, daß ich mich in der Person des Briefschreibers getäuscht habe und daß an Stelle Eisners, wie mir nachträglich gesagt worden ist, Genosse Auer in Betracht kommt. Allein die erwähnte Tatsache, daß uns das mitgeteilt worden ist zur Benützung in den Debatten der badischen Kammer, steht fest. Eine Mitteilung hatte keinen vertraulichen Charakter; es handelt sich hier offenbar um zwei verschiedene Briefe.

Was die Konferenz in Stuttgart anlangt, so hatte ich kein Interesse an den Verhandlungen in Stuttgart, weil durch meine Anwesenheit weder in der Sache noch in der Form eine Aenderung eingetreten wäre. Die Einladung erging an die badische Fraktion. Der Beschluß der Fraktion lautet: es ist jedem Fraktionsgenossen freigestellt, ob er hingehen will oder nicht. Also bestand gar kein Zwang, nach Stuttgart zu gehen. Engler soll mir beweisen, daß ich mich gedrückt habe, wo ich notwendig war. (Engler: Das wird auf dem badischen Parteitag geschehen!) Den Beweis wird er ebensowenig erbringen, wie für den Vorwurf, ich hätte der „Leipziger Volkszeitung" mit Wissen unwahre Tatsachen mitgeteilt. Daß es einem Korrespondenten einmal passieren kann, daß er einen Irrtum schreibt, wissen wir ja aus dem eklatanten Fall des „Volksfreund".

Nun kommt der Hauptfall. Sie haben also endlich einen erwischt und hier auf das Podium als corpus delicti geschleppt, der dem Parteivorstand unwahre Mitteilungen gemacht haben soll über das, was wahrscheinlich in der Angelegenheit der Budgetbewilligung vor sich gegangen ist. Nun muß ich eingestehen, daß ich der Verbrecher bin und Sie müssen mir gestatten, daß ich Ihnen die Tatsachen vorführe. (Singer: Ich bedaure, aber nicht im Rahmen der persönlichen Bemerkungen. Melden Sie sich zum Wort.) — Ja, dann komme ich aber nimmer dran! Ich erkläre also ausdrücklich, daß meine Mitteilungen an den Vorsitzenden des Parteivorstandes Singer darin bestanden, daß ich ihm vor dem Beschluß der Karlsruher Fraktionssitzung mitgeteilt habe, daß für und gegen die Budgetbewilligung ungefähr eine gleichmäßige Stimmung vorhanden sei, somit es auf eine Stimme ankomme. Als ich dann nach der Beschlußfassung den Genossen Singer auf dem Schwarzwald, wo er sich zur Kur aufhielt, traf, fragte er mich: Habt Ihr Euch denn schon entschieden? Da antwortete ich ihm: Lieber Paulus, mich zwingt ein Schweigegebot, die Mitteilung über die Fraktionsabstimmung Dir zu machen. Da sagte er: Na, wenn es so ist und Du den Mund halten mußt, dann weiß ich schon, wie beschlossen ist.

Westmayer-Stuttgart: Genosse Rauch, mein alter Redaktionskollege, hat es nicht unterlassen können, gegen mich den schwersten Vorwurf zu erheben, der überhaupt gegen einen Genossen erhoben werden kann, den Vorwurf der Gewissenlosigkeit. Er hat erst versucht, abzuleugnen, daß der Vorwurf gegen einen Anwesenden gemünzt ist, erst durch die Qualifizierung seiner Kampfweise aus der Mitte des Parteitages heraus hat er sich bequemt, eine Begründung seines Vorwurfes zu versuchen. Er hat gesagt, ihm schwebe noch ein Flugblatt vor, das einstmals in meinem Wahlkreise verteilt worden sei. Es sind viele Flugblätter verteilt worden zu den verschiedensten Zeiten, davon eins oder zwei von mir. Ich weiß es nicht und Rauch wird es auch nicht wissen, welches Flugblatt er meint und was drin steht. Den Nachweis, daß auch nur eine Zeile in einem von mir verfaßten Flugblatt gegen die Programmforderungen verstößt, hat er nicht versucht zu erbringen; das kennzeichnet den Genossen Rauch und seine Methode. Das Urteil überlasse ich jedem ehrlichdenkenden Parteigenossen. (Bravo!)

Bock-Gotha: David hat versucht, mich der Doppelzüngigkeit zu bezichtigen unter Berufung auf das Protokoll des Breslauer Parteitages, wonach die Zustimmung zu Ausgaben für Agrikulturzwecke untersagt sei. Das Agrarprogramm ist in Breslau abgelehnt und nur eine Resolution Kautsky angenommen worden, und diese läßt vollständig zu, daß man für Agrarzwecke, die im allgemeinen Interesse liegen, sehr wohl stimmen kann.

Engler-Freiburg: Geck verwahrt sich dagegen, Unwahres an die „Leipziger Volkszeitung" und den „Vorwärts" berichtet zu haben. Ich verweise nur auf zwei Dinge. Er hat vor einiger Zeit, einen Monat bevor ich den Posten eines Parteisekretärs angetreten habe, im „Vorwärts" berichtet, ich hätte mich durch den Abschluß eines Wahlabkommens bei den Freiburger Stadtverordnetenwahlen mit einem dolce far niente — einem süßen Nichtstun — in meinen Posten eingeführt. Vor einigen Tagen hat er in der „Leipziger Volkszeitung" einen Bericht aus Baden gebracht, worin er auf Versammlungen, deren Orte dem Genossen Lensch unbekannt sind, hinweist und mir den Vorwurf macht, ich sei in diesen Versammlungen mit einer Resolution hausieren gegangen. Hätte Geck den „Volksfreund" gelesen, so hätte er gelesen, daß ich in diesen Orten schon vor der Budgetabstimmung war und zu einer Zeit, wo ich Versammlungen im Lörracher Wahlkreis abgehalten und wo ich es ausdrücklich abgelehnt habe, eine Resolution einzubringen. (Hört! hört!)

Dr. David: Bock verwahrt sich dagegen, daß er in seiner Praxis als Gothaischer Landtagsabgeordneter Jahr für Jahr gegen den Breslauer Beschluß verstoßen habe. Ich halte den Vorwurf vollständig aufrecht. Die Breslauer Agrarresolution erklärt, daß Ausgaben für Landeskultur nicht im Interesse des Proletariats, sondern der Kapitalisten liegen, da sie deren Eigentum erhöhten. Mit diesem Argument hat Kautsky uns verboten, die Forderungen, die wir im Agrarprogramm hatten, zu bewilligen. Da sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Diesen Riegel schiebt Bock jedesmal auf, wenn er über Agrarforderungen abstimmt, — wie wir es in allen Landtagen so machen, denn es ist sehr vernünftig. (Heiterkeit.)

Schluß der Vormittagssitzung 1¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Debatte über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Segitz: Ich habe zunächst einige Feststellungen zu machen. Der Genosse Singer ist gestern apostrophiert worden darüber, daß er die Verhandlungen, die gestern nachmittag zwischen einer Kommission von uns, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission stattfanden, gerade in dem Moment abgebrochen hat, als von mir der Versuch gemacht wurde, eine Verständigung herbeizuführen. Genosse Singer erwiderte: was er getan habe mit den Worten, er habe jetzt die Konzessionen satt, das hätte eine Stunde vorher ich gesagt. Ganz so liegen die Dinge doch nicht. Die Verhandlungen haben sich folgendermaßen abgespielt. Ich war Berichterstatter der Mehrheit der süddeutschen Delegation und habe mich für verpflichtet gehalten, den Parteivorstand auf den ganzen Ernst der Lage hinzuweisen und ihm begreiflich zu machen, daß es sich nicht etwa um ein paar Dutzend Abgeordnete handelt, die im Gegensatz zur Resolution des Parteivorstandes stehen, sondern um mindestens 95 Proz. der süddeutschen Parteigenossen und die übergroße Mehrzahl unserer Wähler. Ich habe dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er nicht den richtigen Weg zur Verständigung gesucht hat, daß er im Gegensatz zu Lübeck und früher bei den Feststellungen seiner Resolution keinen von uns zugezogen hat. Ich habe ihm gesagt, daß seine Resolution wie eine Bombe im Pulverfaß gewirkt und zur Verschärfung der Situation wesentlich beigetragen hat. So haben wir ein paar Stunden hin und her verhandelt, und dann wurde uns vorgeworfen, daß wir keine positiven Vorschläge zur Verbesserung gegeben hätten. Ich habe dann Vorschläge gemacht, im Einverständnis mit den Genossen von Süddeutschland, und gerade in dem Moment, als ich diese Vorschläge gemacht habe, hat Singer die Mappe zugemacht und erklärt: Jetzt habe ich genug. (Lebhaftes Hört! hört!) Und weiter: Der Genosse Eichhorn, der wahrscheinlich

Verbindungen mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission hat, hat gestern zu dem Redakteur eines süddeutschen Parteiblattes gesagt, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, einige fliegen zu lassen. (Stürmisches Hört! hört! Rufe: Namen nennen!): Zu dem Redakteur der „Mannheimer Volksstimme". (Andauernde große Unruhe.) Unterbrechen Sie mich nicht, ich habe nur zehn Minuten. Wenn geflogen wird, dann fliegen nicht nur einige, dann gibt es einen großen Ausflug. (Große Unruhe. Langanhaltende Unterbrechungen.)

Heute hat mit den Genossen Bebel und Ebert eine Aussprache stattgefunden über die Situation des Parteitages. Wir haben uns alle gefreut über die versöhnliche Art und Weise, wie Bebel die Verhandlungen eingeleitet hat. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Das war für uns das erste Anzeichen, daß eine Verständigung nicht ausgeschlossen ist. In der Aussprache, die heute zwischen Bebel und Ebert stattfand, wurden Bebel die schärfsten Vorwürfe gemacht (Hört! hört!) über die versöhnliche Einleitung. (Stürmisches Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Man hat ihm gesagt, er habe alles verdorben und der Schlußeffekt ist der, daß das Schlußwort für die Resolution nicht Genosse Bebel erhalten wird, sondern der Scharfmacher Ebert. (Große anhaltende Bewegung. Erregte Zurufe. Andauernder Lärm.) Der Genosse Lensch hat heute früh zum Beweis dafür, daß von uns der Krakeel ausgeht, sich darauf berufen, daß ich die bayerischen Genossen gewarnt habe vor der Zustimmung zum Budget mit Rücksicht darauf, daß das zu einem Krakeel führen würde. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich die Parteigenossen auf diese Folge aufmerksam gemacht habe, aber nicht, weil ich nicht sachlich mit ihnen übereinstimme, sondern weil ich ein Gegner aller Parteizänkereien bin. (Beifall.)

Ich habe eine Erfahrung von 35 Jahren in der Partei, ich weiß, wie die Dinge gehen. Man hätte vielleicht noch ein paar Jahre fortwursteln können, dann wäre vielleicht eines schönen Tages, wenn erst die Parteigenossen in Berlin länger im Landtag sitzen, von dort aus der Antrag gekommen, die Lübecker Resolution aufzuheben oder zu erweitern, damit auch sie die Möglichkeit haben, für das Budget zu stimmen. (Widerspruch.) Was mich am meisten erbittert, was mich empört, das ist der unwürdige ekelhafte Streit, der bis zur Siedehitze gestiegen ist über eine Bagatelle, die man aufbauscht weit über ihre Bedeutung hinaus. (Lebhafte Zurufe: Da hört doch alles auf!) Zubeil hat heute mit aller Entschiedenheit bestritten, daß die Berliner Stadtverordneten-Fraktion das Budget annähme, er hat erklärt, in Berlin bestände gar nicht die Möglichkeit, gegen das Budget zu stimmen, namentlich die Möglichkeit, eine namentliche Abstimmung herbeizuführen. Wir haben uns darüber sehr genau orientiert, weil das Budget der Berliner Stadtverwaltung gar sehr interessant ist und weit schlimmer als das bayerische. Wir haben uns an einen Parteigenossen gewandt, der ebenso wie Zubeil in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sitzt, und der hat uns berichtet: „Bei der Gesamtabstimmung über den Etat war es dem Einzelnen überlassen, ob er dafür stimmen will oder nicht, mit der ausgesprochenen oder nicht ausgesprochenen Motivierung in der Fraktionssitzung, daß bei der Natur des städtischen Etats, der fast ausschließlich Kulturzwecken dient, gar keine Veranlassung besteht, dagegen zu stimmen. (Hört! hört! — Borgmann: Das ist niemals beschlossen!) Die Abstimmung erfolgt durch Aufheben der rechten Hand, wie alle Abstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung, sie ist keine namentliche, wenn ein solcher Antrag nicht ausdrücklich gestellt wird, was bei der Gesamtabstimmung über den Etat noch niemals der Fall gewesen ist." Wie sieht nun der Etat der Berliner Stadtverwaltung aus? Unter den Gesamtausgaben von

159 Millionen befinden sich 7 851 350 Mk. für die Polizei in Berlin, dieselbe Polizei, die unsere Parteigenossen, die für das Wahlrecht demonstriert haben, mit blutigen Köpfen heimschickten. (Hört! hört! bei den Süddeutschen. Große Unruhe.) Dieser Polizei bewilligen die Berliner Stadtverordneten 7 Millionen.

(Nach diesen Worten entsteht unter den Delegierten ein ungeheurer Lärm. Einige Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenfraktion rufen ihm die Worte zu: Das ist eine Lüge! Das ist ein gemeiner Schwindel! Es ist dem Redner unmöglich, sich verständlich zu machen. Da Singer ihn außerdem darauf hinweist, daß die Redezeit abgelaufen ist, schließt er mit den Worten: Bilden Sie sich selbst ein Urteil! (Langanhaltender Beifall bei den Süddeutschen, große Unruhe auf der anderen Seite.) Die zahlreichen Zuhörer im Saal und auf der Tribüne klatschen, als Segitz die Rednertribüne verläßt, demonstrativ Beifall, einige süddeutsche Delegierte rufen den Berlinern zu: Das ist die Stimmung der Masse! Nach einigen Minuten gelingt es dem Vorsitzenden Singer, endlich die Ruhe wiederherzustellen.)

Singer: Parteigenossen! Wenn Ihr Euch nicht mäßigen und die Erregung bemeistern könnt, so macht Ihr ordnungsgemäße Verhandlungen einfach unmöglich. (Sehr wahr!) Ich glaube im Namen der Gesamtpartei von den Delegierten, die hierhergeschickt sind, um die Interessen der Partei zu vertreten, verlangen zu können, daß sie sich soweit bemeistern, daß die Verhandlungen geführt werden können. (Beifall.) Es trifft dies alle Seiten des Saales. Die persönliche Erregung, die ja vielleicht berechtigt sein mag, muß niedergehalten werden im Interesse der Verhandlungen. Außerdem bitte ich, daß die Ordner dringend dafür sorgen, daß in den für die Delegierten bestimmten Raum nur Delegierte Platz nehmen, und endlich ersuche ich darum, daß die Zuhörer sich gefälligst an den Verhandlungen nicht anders beteiligen als durch Zuhören. (Lebhafte Zustimmung.)

Ströbel-Berlin: Ich habe gestern dem Genossen Frank „Infamie" zugerufen. Ich will diesen Ausdruck nicht entschuldigen, er ist mir in einem Augenblick der Empörung entfahren. Ich will nur erklären, wie ich zu diesem impulsiven unparlamentarischen Ausdruck gekommen bin. Der „Vorwärts" hatte die Stuttgarter Tagung als eine geheime Tagung bezeichnet, wo eine Verständigung in der Frage der Bugdetbewilligung unter den Süddeutschen gesucht und gefunden wurde. Er hatte dies Vorgehen scharf mißbilligt und als einen Ueberrumpelungsversuch gekennzeichnet. Und trotzdem glaubte Genosse Frank, sich erst noch durch eine Frage an mich darüber vergewissern zu müssen, ob der „Vorwärts" denn nicht längst etwas davon gewußt habe, daß die Frage der Budgetbewilligung dort unten verhandelt werden würde und verhandelt worden ist. Ich habe das so aufgefaßt, daß Genosse Frank es für möglich hielte, daß wir ein Spiel elender Heuchelei, verlogener Stimmungsmache trieben. Aus dieser Auffassung heraus kam der Zwischenruf.

Nun zur Sache. Der Genosse Timm hat uns ja besonders schlechten Ton vorgeworfen. Ich will nicht sagen, daß unser Ton immer der beste gewesen ist. Aber Timm hätte seine Kritik doch auf die andere Seite ausdehnen sollen. Wenn beispielsweise das Bochumer „Volksblatt" geschrieben hat: „Da haben wir wieder den fälligen Parteiskandal (Zurufe: Sehr richtig!) — die „Leipziger Volkszeitung" pfeift und der „Vorwärts" tanzt nach." (Zurufe: Sehr gut! Stadthagen: Da haben Sie den Ton!) Ja, das war der gute Ton, der sich eben in diesen Zwischenrufen qualifizierte! Parteigenossen, da wird uns eben unterstellt, nicht aus einer Gemeinsamkeit der Auffassung heraus, sondern aus dem bloßen Wetteifer, Parteiskandale anzuzetteln, habe der „Vorwärts" Stellung zu der Sache genommen. Wenn das nicht der denkbar schlechteste Ton ist, ein unendlich viel schlechterer Ton, als er sich viel-

leicht in einem heftigen Wort bei uns findet, dann muß man kein Gefühl mehr für solche Dinge haben. Timm hat uns aber ja selbst einige Proben des guten Tones hier gegeben. Er hat davon gesprochen, daß der Parteikrakeel „mutwillig vom Zaun gebrochen" werde, und Hildenbrand und andere haben immer wieder von Parteikrakeel gesprochen. Und das wagt man der großen Mehrheit des Parteitages ununterbrochen ins Gesicht zu schleudern! (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Sie nehmen für sich die Anerkennung bester ehrlichster Ueberzeugung in Anspruch. Wir konzedieren Ihnen das, aber wir, wir machen Krakeel! Die „Fränkische Tagespost" hat ja den originellen Standpunkt vertreten, nicht sachliche Meinungsdifferenzen hätten die Debatte hervorgerufen, sondern die ewige Krakeelsucht zanksüchtiger Genossen. Man ist versucht, den Spieß umzukehren: Wenn man anderen solche Motive unterschiebt, wie mag es dann um die eigene Moral stehen. (Lebhafter Beifall.) Es war wirklich ganz überflüssig, pathetisch zu fordern, daß man die ehrliche Ueberzeugung der süddeutschen Genossen zu respektieren habe. Wann hätten wir das jemals nicht getan? Wir glauben selbstverständlich an Ihren guten Glauben und Ihre ehrliche Ueberzeugung, wenn wir aber trotzdem Ihren Standpunkt bekämpfen, so deshalb, weil Ihre Ueberzeugung nicht der grundsätzlichen sozialdemokratischen Auffassung entspricht, sondern weil es der Wahn des Opportunismus und des Revisionismus ist. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir das Vorhandensein ernster Meinungsdifferenzen bestreiten, wie es Segitz eben getan hat, dann machen wir die Partei vor aller Welt lächerlich, dann wären wir ja entweder Komödianten oder Kindsköpfe, die gar nicht wissen, warum und weshalb sie sich streiten! Nein, diesen Auseinandersetzungen — und wir werden auf diesem Parteitag nicht die letzten gehabt haben (Hört! hört!) — liegen wirklich tiefe Meinungsdifferenzen zugrunde. Das haben ja die Verteidiger der Budgetbewilligug bewiesen; sie haben zuviel bewiesen.

Sie wollten beweisen, daß sie nur von der Ausnahmebestimmung der Lübecker Resolution Gebrauch gemacht hätten, daß aber im übrigen von ihnen der Grundsatz der normalen Ablehnung anerkannt werden müsse. Sie haben nun aber in ihren ganzen Reden lediglich nachzuweisen versucht, daß die grundsätzliche Ablehnung Unsinn ist, daß für die Ablehnung lediglich taktische Opportunitätsgründe maßgebend sein dürfen. Auch Genosse Ulrich hielt in dieser Frage reine Zweckmäßigkeitsgründe für entscheidend. Wir sind ganz anderer Meinung und wir haben unserer Auffassung doch weiß Gott ausführlich Ausdruck gegeben in sieben redaktionellen Leitartikeln im „Vorwärts". Weil wir diese wohlbegründete Meinung haben, daß die Budgetbewilligung vom grundsätzlichen Standpunkt aus beurteilt werden muß, deshalb haben auch wir das Recht, unserer ehrlichsten Meinung unverblümt Ausdruck zu geben mit aller Energie und aller gebotenen sachlichen Schärfe. Oder sollten wir vielleicht nur deshalb nicht dies Recht haben, weil wir uns zufällig in der Mehrheit befinden. (Sehr gut!)

Genosse Timm nannte auch das einen schlechten Ton, daß der „Vorwärts" die Behandlung der Budgetfrage als eine Zweckmäßigkeitsfrage, als Nachahmung der blockliberalen Konzessions- und Kuhhandelspolitik bezeichnet hat. Ist dem etwa nicht so? (Zuruf: Nein!) Hat man nicht die badische Abstimmung motiviert mit Rücksicht auf das Zustandekommen des national-sozialdemokratischen Großblocks, hat man nicht die bayerische Abstimmung damit motiviert, man müsse der Regierung entgegenkommen, um ihr zu zeigen, daß man ihr Wohlwollen und ihren guten Willen zu würdigen wisse. (Widerspruch.) Das hat der „Vorwärts" dem Genossen David, ohne von ihm berichtigt zu werden, vor mehreren Tagen nachgewiesen. Außerdem will ich Ihnen zum Beweise

dafür, wie gerade der von Nürnberg in Aussicht genommene Lehrer des Marxismus, Genosse Maurenbrecher, darüber denkt, eine Stelle aus einem Briefe vorlesen, den er an den Kreisvorsitzenden seines Kreises gerichtet hat. Es heißt da: „Gegenüber der heutigen bayerischen Regierung wäre eine Budgetverweigerung einfach sinnlos. Aendert sich die Regierung, gut, so ändert auch die Sozialdemokratie ihre Haltung. Aber zurzeit muß man doch sagen: die bayerische Regierung tut alles, was man von einer gerechten, vorurteilsfreien Regierung verlangt. (Große Heiterkeit.) Wollen wir da noch weiter erklären, daß wir trotzdem diese wie jede andere Regierung grundsätzlich bekämpfen, so würden wir nur erreichen, daß die Regierung sagt: Gut, wenn Ihr nicht anders wollt, so können wir auch nicht anders, so werden wir wieder reaktionär, wie die Preußen. Und die preußische Regierung könnte sagen: Ihr seht ja, die Bayern waren liberal, aber die Sozialdemokratie hat doch fortgefahren, alles abzulehnen. Also kehren wir uns nicht mehr an sie und bleiben reaktionär." Wenn das nicht blockliberale, nationalsoziale Auffassung ist, dann gibt es so etwas überhaupt nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Was hat denn der Blockfreisinn anderes getan? Auch er hat das Zentrum ausschalten wollen, hat durch Konzessionen liberale Zugeständnisse erringen wollen. Wir haben in Nord und Süd uns gemeinsam über diese Politik lustig gemacht, wir haben sie blutig verhöhnt und gegeißelt, und jetzt sollen Sozialdemokraten dieselbe Taktik einschlagen dürfen? (Zuruf: Berliner Stadtverordnetenversammlung!) Woher sollen dann ehrliche Politiker aus unseren Reihen noch den Mut nehmen, die Haltung des Blockfreisinns zu kritisieren? Und die blockfreisinnige Taktik verdient womöglich noch eine mildere Beurteilung, denn der Freisinn ist als kapitalistische Partei gewissermaßen blutsverwandt mit den Junkern. Außerdem ist für ihn das demokratische Programm ein Aushängeschild, während wir mit aller Leidenschaft für unser Programm eintreten.

Ich komme zum Schluß. Sie drohen uns mit Parteizerreißung — das Wort hat ja Genosse Frank ausgesprochen — weil Sie sich in der Frage eines angeblichen Zeremoniells, einer Formalität, der Mehrheit nicht fügen wollen. Aber die Mehrheit soll sich fügen, obgleich sie die Frage für eine prinzipiell ungeheuer wichtige hält, obgleich sie von den Konsequenzen dieser Politik die Parteizerrüttung befürchtet. Das ist doch geradezu absurde Zumutung. Aber wir lassen uns durch solche Drohungen nicht imponieren. Wenn auch diejenigen Genossen, die sich hier so oft als Verantwortliche gekennzeichnet haben, etwas derartiges tun wollen — ich glaube noch lange nicht, daß Genosse Segitz recht haben wird, daß allzuviele Ihnen folgen würden. Ich glaube im Gegenteil, daß die Masse der Unverantwortlichen die Verantwortlichen zur Ordnung und zur Pflicht zurückrufen würde. (Lebhafter Beifall.)

Schöpflin-Leipzig: Ich habe im Verein mit 19 anderen Genossen den Antrag 135 gestellt, der fordert, daß der Schlußabsatz der Lübecker Resolution gestrichen und im zweiten Absatz der Resolution das Wort „normalerweise" gestrichen wird. Man mag zu dem Antrag stehen, wie man will, eines wird man aber anerkennen müssen: Er schafft Klarheit, und würde er angenommen, so ist damit zweifellos ausgesprochen, daß Budgets überhaupt nicht bewilligt werden dürfen. Klarheit ist gerade in dieser Frage dringend notwendig. Wir haben schon eine Menge Resolutionen gefaßt und beschäftigen uns heute zum drittenmal auf einem Parteitag mit der Budgetfrage. Die Lübecker Resolution hat auch die Klarheit nicht gebracht, sondern hat nach Frank einen Spalt gelassen, durch den mit Grazie die Süddeutschen hindurchgeschlüpft sind, und die Nürnberger Resolution wird eine Ritze lassen, durch die sie wieder hindurchgehen. Das würde nur zu fortwährenden Schwierigkeiten führen. Nach

Annahme der Vorstandsresolution werden die süddeutschen Genossen auch das nächste Mal wieder glauben, daß sie nach ihrer Ansicht und aus den Gründen, die sie uns dargelegt haben, für das Budget stimmen sollen, und dann haben wir wieder dieselben Debatten. Mir ist lieber — ein so scharfer Gegner der Budgetbewilligung ich auch bin — der Parteitag spricht offen aus, es kann für ein Budget gestimmt werden, als daß dieser Zustand der Halbheit bestehen bleibt, der die Partei nicht aus der Aufregung kommen läßt. Ich wünsche Klarheit um jeden Preis. Diese fortwährenden Erörterungen, das Fassen von Resolutionen, die nicht klar aussprechen, was sein soll, erträgt die Partei für die Dauer nicht. Wenn sie sich auch gewiß einer guten, man könnte sagen, einer robusten Gesundheit erfreut, so kann sie doch auf die Dauer diese fortwährenden Erörterungen nicht ertragen. — Ich habe mit der Absicht das Wort genommen, gegen die Resolution des Vorstandes scharf anzukämpfen. Aber nachdem ich vorher den Genossen Segitz gehört habe, gehe ich auf die Resolution nicht mehr ein, obwohl ich nicht das aus ihr herauslese, was die Süddeutschen herauslesen, sondern vielmehr den Geist der Konzessionsmacherei. Darum habe ich eben meinen Antrag gestellt. Ein für die ganze Situation charakteristisches Wort hat gestern Timm ausgesprochen, als er sagte, der Parteitag solle sich darauf beschränken, der Partei Ratschläge zu erteilen, er solle nicht mehr Beschlüsse fassen. Ich habe bestimmt erwartet, daß der nächste Gewerkschaftsführer, der zum Worte kam, mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Auffassung Stellung nehmen würde. Timm hat diesen Satz nicht in der Hitze des Gefechts gesagt, er war wohl vorbereitet; wenn ich nicht irre, hat er ihn abgelesen. Wenn auf diese Weise der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie herunter degradiert wird zu einer Versammlung, die sich gelegentlich zu Erörterungen zusammenfindet, dann hört die einige deutsche Sozialdemokratie auf. (Sehr richtig!) Dann werden aber auch die Arbeiter dieselbe Konsequenz bei Gewerkschaftskongressen und nicht zuletzt bei Verbandstagen ziehen. Ich hätte geglaubt, Genosse Hue würde dagegen Einspruch erheben. Haben Sie nicht jetzt schon die Erscheinung, daß bei den Gewerkschaften ähnliche Aeußerungen getan werden, wie sie Timm zum besten gegeben hat? Haben wir nicht seit 1890 mit aller Kraft an der Zentralisation gearbeitet, an einer großen, geschlossenen Gewerkschafts- und Parteibewegung? Der Parteitag ist nicht nur da, Ratschläge zu geben, sondern seine Aufgabe ist eine Marschroute zu geben. Die Aeußerung des Genossen Timm ist aber eine logische Konsequenz der Bestrebungen, die wir seit langem beobachten. Weiter sagte David, Disziplin, jawohl, aber wenn etwas gegen meine Ueberzeugung geht, habe ich die Verpflichtung, dagegen zu handeln. (David: Sonst ist es Kadavergehorsam!) Dann legt sich jeder die Geschichte so aus, wie er will. (Sehr richtig!) Dann sind wir keine einige Partei mehr. Viel höher als parlamentarische Erfolge ist zweifellos für die Arbeiterbewegung die Geschlossenheit der Partei zu bewerten. Wir haben nicht die Machtmittel, wie die bürgerliche Gesellschaft. Neben unserem wissenschaftlichem Rüstzeug, neben unserem Opfermut ist die stärkste Waffe unsere Geschlossenheit, das einheitliche Marschieren und Schlagen. (Zuruf.) Wenn Sie behaupten, die Revisionisten wollen ehrlich die Arbeiterinteressen vertreten, so glaube ich Ihnen das, ohne eine Minute daran zu zweifeln, aber daß Ihr Vorgehen bei der Budgetbewilligung ein absichtliches ist, in der Verfolgung eines bestimmten Zieles, zeigt die ganze Art, wie operiert worden ist. Wenn wir hören, man solle den einzelnen Bundesstaaten die Taktik überlassen und andere Aeußerungen, wie die von Timm, so kann man nicht mehr sagen: wir haben im allerbesten Glauben gehandelt und gar nicht daran gedacht, gegen einen Parteitagsbeschluß zu verstoßen. Sagen Sie es doch offen und ehrlich,

Genosse David, was Sie wollen. Sie haben ja erklärt: ehrlich wollen wir sagen, was wir wollen! Verzeihen Sie mir, aber ich habe so meine eigenen Gedanken. Warum sollen Sie es nicht sagen, Sie haben ja das Recht dazu. Warum sagen Sie nicht: so wollen wir es haben in der Partei.

Ueber den Ernst der Situation sind wir uns einig. Sie berufen sich auf Ihre bayerischen Genossen. Aber hinter denen, die gegen die Budgetbewilligung sind, die die Süddeutschen nicht vergewaltigen wollen, die nur Einigkeit verlangen, hinter denen stehen auch Massen. Sollte es kommen das Bittere, was keiner von uns wünscht, wozu keiner seine Hand gibt, dann wollen wir sehen, Genosse David, wo der größere, der entschlossenere, der schlagfertigere Heerbann steht, bei Ihnen oder bei uns. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß ein Abänderungsantrag Schütz Nr. 137 zum Antrag 126 und eine Resolution Thiele-Halle Nr. 136 eingegangen sind.

Der Antrag und die Resolutionen werden mit zur Debatte gestellt.

Hoch-Hanau: Timm und Hildenbrand sagten: Hören Sie erst die Gründe. Nun, Sie haben die Gründe gehört, und nun muß der, der vorher schwankend war, zur Erkenntnis gekommen sein, daß wir unbedingt für die Resolution des Parteivorstandes eintreten müssen (Sehr gut!), einmal wegen der Gründe, die unsere Genossen für die Bewilligung des Budgets angeführt haben, und dann wegen der Disziplinfrage. Die Gründe haben viel mehr bewiesen, als die Genossen aus Süddeutschland beweisen wollten. Auch diese Genossen stehen auf dem Boden der Lübecker Resolution, auch sie wollen nicht ständig für den Etat stimmen, sondern nur Bewegungsfreiheit haben. Und wie haben sie das begründet? Immer wieder haben sie ausgeführt: in Bayern, in Baden mußte für den Etat gestimmt werden wegen der Beamtengehälter und der Löhne der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Es wäre, so führten die Genossen aus, unbegreiflich, wenn unsere Genossen, die für die Erhöhung der Gehälter eingetreten sind, hernach die Mittel zu ihrer Auszahlung verweigern wollten. Ja, müssen diese Mittel zur Auszahlung der Gehälter nicht jedes Jahr bewilligt werden? Probieren Sie es nur, Genossen, in Zukunft: wenn Sie sich einmal entschließen wollten, gegen den Etat zu stimmen, der Minister braucht nur die Reden von Frank, von Timm vorzulesen, um Ihnen mit Ihren eigenen Worten zu „beweisen", daß Sie für den Etat stimmen müssen. Die Konsequenz des Standpunkts jener Genossen ist daher: ein für allemal den Etat zu bewilligen. (Sehr richtig!) Sie haben ferner zur Begründung der Budgetbewilligung gesagt: wie zu jeder anderen parlamentarischen Frage soll auch zum Etat Stellung genommen werden. Aber ein Etat unterscheidet sich in seinem ganzen Wesen von jedem anderen Gesetz. Jedes andere Gesetz ordnet irgendeine besondere Frage; sind wir mit dieser Ordnung einverstanden, so haben wir unsere Zustimmung nur für die Regelung einer bestimmten Materie gegeben. Im Etat sind aber alle Mittel des Staatsorganismus zusammengestellt. Da haben wir es mit dem Staat im ganzen, mit der ganzen Staatswirtschaft zu tun. Daher ist die Etatdebatte auch eine Generalabrechnung. Und deshalb ist die Bewilligung des Etats etwas ganz anderes als jede andere parlamentarische Stellungnahme.

Die Frage der Disziplin ist gestern und heute auf die Spitze getrieben worden. Hildenbrand, mit dem wir so oft kameradschaftlich und freundschaftlich zusammenarbeiten, sieht in der Resolution, die uns der Parteivorstand vorgelegt hat, eine Beschimpfung, deshalb, weil darin gesagt wird, daß das Verhalten der süddeutschen Abgeordneten mit den Beschlüssen von Lübeck unvereinbar ist. Die süddeutschen Parteigenossen haben ausgesprochen und danach gehandelt, daß sie die Bewilligung des Budgets für vereinbar mit dem Lübecker Beschluß halten, und wir sollen nicht das Recht haben, unsere entgegengesetzte

Meinung auszusprechen; und deshalb, weil wir dieses Recht beanspruchen, sollen wir sie beschimpfen. Davon ist keine Rede. Aber das Recht müssen wir haben, zu erklären, daß wir Eure Auffassung für irrig halten. Und nun kommt Frank und sagt: Wir als Männer haben gewußt, was wir getan haben! Ja, sind denn die anderen nicht auch Männer? Wissen nicht auch sie, was sie beschließen, und haben nicht auch sie das Recht, ihre Meinung auszusprechen? Dann kommt er hierher und sagt: es widerspricht unserer Würde, uns einem Parteitagsbeschluß zu fügen! Das sagt derselbe Dr. Frank, der uns auseinandergesetzt hat, daß wir gegen das Budget auch deshalb nicht stimmen können, weil das die indifferente Masse nicht verstehen würde. Ihrem Wunsch will er sich fügen, aber wenn der Parteitag in Sachen der Budgetabstimmung einen Grundsatz festlegt, den Genosse Dr. Frank nicht für richtig hält, dann will er sich dem Beschluß des Parteitages nicht fügen. Und Genosse Dr. David weist die Zumutung, daß er sich dem Beschlusse des Parteitages fügen soll, mit der Behauptung zurück, wir verlangen Kadavergehorsam. Nein, wenn wir vor dem Beschluß Gründe und Gegengründe ausgetauscht haben und dann durch Mehrheitsbeschluß feststellen, was unser Gesetz sein soll, und wenn wir uns diesem, unserem, von uns selbst gegebenem Gesetz fügen, so ist das kein Kadavergehorsam. Es ist vielmehr eine Selbstzucht, die absolut unerläßlich ist. (Beifall.) Wenn wir ein einmütiges Vorgehen haben wollen, dann muß die Mehrheit entscheiden. Ich möchte Sie dringend bitten, Parteigenossen aus Süddeutschland, beherzigen Sie die vorzüglichen Ausführungen von Hue, in denen er Ihnen ans Herz gelegt hat, daß wir die Einigkeit hochhalten müssen. Ja, wie sollen wir es machen, wenn jeder auftreten kann und sagen: wenn Ihr nicht das tut, was ich will, dann machen wir Revolution und treiben die Partei auseinander! (Große Unruhe.) Einigkeit kann nur aufrecht erhalten werden, wenn der Wille der Mehrheit befolgt wird. Alle für einen und einer für alle. Wir wollen uns offen und ehrlich aussprechen, dann aber den notwendigen Schluß ziehen. Und Parteigenossen, so sehr ich bedauern würde — ich glaube noch nicht recht daran —, so sehr ich bedauern würde, wenn es eine Spaltung gibt, aber wir dürfen uns unter keinen Umständen dadurch einschüchtern lassen. (Stürmische Zustimmung.) Denn wenn die Zustände bei uns schon so weit sind, daß es aus einem solchen Grunde zu einer Spaltung kommen kann, dann nur zu mit der Spaltung! (Stürmischer Beifall. Große anhaltende Bewegung.) Und, Parteigenossen, glauben Sie nicht, Sie könnten die Partei dirigieren wie Sie wollen, Sie könnten die Partei spalten. Die Arbeiter können keine Spaltung haben, sie dürfen keine Spaltung haben. (Stürmischer Beifall, lebhafte Zurufe der Süddeutschen.) Ja, warum drohen Sie dann? Warum dann das Auftreten von Segitz? War das kein Kriegsruf oder war das etwa Eure süddeutsche Staatskunst, mit der Ihr in staatsmännischer Weise den Frieden herbeiführen wollt! Den persönlichen Tratsch hat man hereingezogen, um die Stimmung auf dem Parteitag zu vergiften. Sie können die Partei nicht spalten, und wer es wollte, der müßte daran scheitern. Für kurze Zeit können Sie den Erfolg haben: Verwirrung hervorzurufen. Die Arbeiter aber brauchen Einigkeit, sie müssen einig sein. Da kann selbst der erste Schauspieler hierhergestellt werden — — (Stürmischer Beifall, große Unruhe.) Und was Sie auch säen, die Ernte muß unter allen Umständen sein eine um so größere Einigkeit und um so festere Geschlossenheit der Arbeiterschaft. (Stürmischer Beifall.)

Stolten-Hamburg: Ich werde mich bemühen, mich durch das, was ich zu sagen habe, nicht in so große Erregung hineinbringen zu lassen, wie bedauerlicherweise viele der heutigen Redner. In der Reihenfolge der Rednerliste komme ich ja als Gegner der Vorstandsresolution zum Wort; ich erkläre aber

von vornherein, daß ich nicht als Verteidiger des Vorgehens der bayerischen und badischen Fraktionsgenossen hier stehe, sondern daß ich deren Vorgehen für durchaus unberechtigt halte. Warum ich Gegner der Resolution des Parteivorstandes bin, glaube ich ziemlich kurz auseinandersetzen zu können. Ich bin der Meinung, daß die Lübecker Resolution durchaus ausreichend ist. Wir haben damals lange gekämpft, um eine Form zu finden, durch die wir den Verhältnissen gerecht werden können, und ich glaube, wir dürfen die Form nicht enger ziehen, als sie damals gezogen wurde. Die Resolution des Parteivorstandes läßt nur noch eine Möglichkeit zu, unter der für ein Budget gestimmt werden kann, nämlich die Bedingung, daß dadurch ein ungünstigeres Budget verhindert wird. Aber diese Formulierung schließt nicht für alle Zeiten Streitigkeiten aus, man wird sich dann darüber streiten, ob ein Budget günstiger ist oder nicht. Es kann sehr wohl ein Budget mit höheren Steuern für die Arbeiterklasse günstiger sein, als eins mit niedrigeren, wenn die höheren Steuern im Interesse der Arbeiter verwendet werden. Die Interessen der Arbeiter lassen sich auch im Klassenstaat nicht ganz von diesem loslösen; es ist nicht ganz so, wie es Kautsky in seinem Artikel in der „Neuen Zeit" schreibt, wo er den Klassenstaat als Festung darstellt, die wir erobern müssen (was ja richtig ist), der wir aber keinen Proviant liefern dürfen. Das wäre ganz schön, wenn wir nicht in dieser Festung, im Klassenstaat darin wären, und wenn nicht der Proviant des Klassenstaates zum guten Teil den Arbeitern zugute käme. (Sehr richtig!) Gewiß, Bebel hat recht, wenn er sagt, der Staat ist ein Klassenstaat zum Schutze und zur Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft, aber solange wir nicht imstande sind, diesen Staat umzugestalten, solange sind auch wir, die wir in ihm leben, zum guten Teil auf ihn angewiesen; wir müssen uns damit abzufinden suchen. Und aus diesen Erwägungen heraus bin ich der Ueberzeugung, daß Situationen für unsere Parlamentarier entstehen können, in denen sich die Zustimmung zum Budget nicht umgehen läßt. Es lassen sich auch nicht alle Fälle voraussehen, die uns einmal zwingen können, dem Budget zuzustimmen. Ich habe schon in Lübeck gesagt, daß wir in einem kleinen Staat keine Revolution machen können, und wenn dort nun unsere Genossen im Landtag die Mehrheit erlangen, dann können sie zwar das Budget, soweit es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist, den Zwecken der Arbeiter entsprechend gestalten, sie können aber kein sozialistisches Budget machen. Deshalb muß soviel Spielraum, wie die Lübecker Resolution gibt, auch in Zukunft gelassen werden. Aber es darf in der Resolution nichts hineininterpretiert werden, was nicht darin steht und nach Meinung der Urheber nicht darin stehen sollte. Das Verhalten der süddeutschen Genossen könnte nun freilich bedenklich machen; sie erklären, daß sie glauben, im Einvernehmen mit der Lübecker Resolution gehandelt zu haben. Tatsächlich aber war doch ein solches Verhalten der Süddeutschen nur möglich dadurch, daß sie der Resolution eine erweiternde Auslegung gegeben haben. Wenn die Süddeutschen aber wirklich der Meinung waren, daß ihre Auslegung richtig sei, so konnten sie doch darüber nicht im Zweifel sein, daß die große Mehrzahl der deutschen Genossen anders denkt; sie hätten deshalb vorhersagen müssen, was sie beabsichtigten, daß sie für das Budget stimmen wollten, und sich der Zustimmung der Genossen versichern müssen. Verschärft wurde die Sache noch durch das Schweigegebot. Die Süddeutschen mußten sich bewußt sein, daß der Sturm losbrechen würde. Die Formen, in denen sich die Sache vollzogen hat, sind ja eigentlich schlimmer, als die Budgetbewilligung selbst. (Sehr richtig!) In diesen Formen liegt, wie Bebel erklärte, ein Pronunciamento gegen einen Parteitagsbeschluß. Wenn das auch nicht beabsichtigt war, der Eindruck ist zweifellos ein solcher gewesen. Dieser Eindruck ist nun freilich bei mir etwas abgeschwächt worden durch das, was erst hier auf dem Parteitag bekannt geworden ist. Wir dachten bisher,

daß die Sache sich tatsächlich so ganz im stillen entwickelt hat, und daß niemand außer den Mitgliedern der Fraktionen etwas davon gewußt hatte. Ich habe mit großem Bedauern vernommen, daß mehrere Vorstandsmitglieder unterrichtet waren, und wenn man in Würzburg wußte, daß in Stuttgart weiterverhandelt werden sollte, dann war es Pflicht des Parteivorstandes, sich darum zu kümmern, was geschah, damit diese Dummheit, die uns den ganzen Krakeel gebracht hat, vermieden wurde. (Sehr richtig!) Ich kann auch die süddeutschen Minoritäten nicht davon freisprechen, daß auch sie einen Teil der Schuld tragen; wenn sie wußten, daß so etwas in der Schwebe war, dann mußten sie Lärm schlagen, ehe die Tat vollbracht war. (Sehr richtig!) Ich füge mich gewiß gern Mehrheitsbeschlüssen, aber sobald etwas beschlossen werden soll, was gegen einen Parteitagsbeschluß, was gegen die Parteidisziplin verstößt, dann darf man sich nicht fügen, dann ist man verpflichtet, alles zu tun, um den Streit zu verhindern, und daß die Minoritäten das nicht getan haben, das rechne ich ihnen zum Vorwurf an. Solchen Unterlassungssünden, wie sie hier geschehen sind, und solchen Begehungssünden, wie sie da geschehen sind, vorzubeugen, ist die Resolution Frohme durchaus geeignet. (Sehr richtig!) Es soll dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, daß ein Eingriff von außen erfolgt, ehe die Dinge auf die Spitze getrieben werden. Wenn wir die Resolution Frohme im Anschluß an die Lübecker Resolution zum Beschluß erhoben hätten, dann wären unsere süddeutschen Fraktionen verpflichtet gewesen, zunächst ihre Landesorganisationen und den Parteivorstand zu hören. Es ist gesagt worden, was soll der Parteivorstand machen, er kann doch niemand kommandieren. Gewiß, aber es soll in einer so wichtigen Frage nichts hinter dem Rücken und über die Köpfe der Genossen hinweg gemacht werden, sondern man soll sich vorher verständigen. Das ist das, was die Resolution Frohme will. Wenn diejenigen, die für das Budget gestimmt haben, sich vorher mit Außenstehenden besprochen hätten, dann wären sie wahrscheinlich zu einer anderen Auffassung gekommen. Es muß eben ein Weg gefunden werden, um die Besprechung mit anderen vorher zu einer Pflicht zu machen, und das geschieht durch die Resolution Frohme. Wenn damit der Weg gefunden ist, um für die Zukunft zu verhindern, was jetzt geschehen ist, dann sollten wir uns daran auch genügen lassen. Ich bin überzeugt, daß die süddeutschen Genossen nicht beabsichtigt haben, die Partei zu schädigen, sondern daß sie das beste gewollt haben. Deshalb dürfen wir keinen Beschluß fassen, der so aussieht, als ob irgendeines Genossen Ueberzeugnug vergewaltigt werden soll. Die Einheitlichkeit der Partei muß uns über alles gehen, und wenn Simon gestern gebeten hat, einen Weg zu suchen, um die Einheitlichkeit der Partei zu erhalten, so glaube ich, dieser Weg ist gefunden durch die Resolution Frohme. (Beifall.)

Henke-Bremen: Wenn es sich mit der Kenntnis der Vorgänge der Konferenz seitens des Parteivorstandes so verhält, wie es seitens der süddeutschen Abgeordneten geschildert ist, dann kann auch ich den Parteivorstand nicht freisprechen von der Anklage, daß er nicht zu rechter Zeit eingegriffen hat. Im übrigen komme ich zu einem anderen Schlusse wie mein Vorredner. Es handelt sich im wesentlichen nicht um eine Verschiedenheit in der Beurteilung der Budgetfrage, sondern in letzter Linie um den Unterschied in unseren grundsätzlichen Anschauungen. Deshalb kann man es sich auch erklären, warum eine so tiefgreifende Erregung in unseren Reihen Platz gegriffen hat. Dann kann man sich aber nicht auf den Standpunkt stellen, wir sollen die Sache nach Möglichkeit sich wieder in Gemütlichkeit vollziehen lassen. Durch eine scheinbare Einheit wollen wir uns nicht täuschen lassen, wir wollen nicht wieder einer Resolution zustimmen, die uns eine Einheit vortäuscht, um dann zu erleben, daß einige Tage später in den „Sozialistischen Monatsheften" zu

lesen ist, wie uneinig wir in unserer grundsätzlichen Auffassung in Wirklichkeit sind. (Sehr richtig!) Darum kann ich nicht für die Resolution Frohme stimmen, sondern ich halte die des Parteivorstandes für die bessere. Infolge unserer verschiedenen grundsätzlichen Auffassung kommen wir auch zu einer verschiedenen Beurteilung des Parlamentarismus. Timm hat gestern gefragt, ob eine entschieden fortgeführte Sozialreform nicht zu unserem Endziel führen muß. Ich müßte mich sehr im Irrtum befunden haben all die Jahre hindurch, wenn die Mehrheit der Partei nicht der Meinung ist, daß wir einer solchen Auffassung nicht huldigen können. (Sehr richtig!) Ich und sehr viele, denen es fernliegt, den süddeutschen Genossen irgendwelche böswilligen Motive zu unterschieben, wir stehen auf dem Standpunkt, daß die letzten Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht außerhalb der Parlamente entschieden werden. Ist das der Fall, dann wird die Budgetfrage ganz von selbst zu einer prinzipiellen Frage, nicht nur zu einer solchen der Taktik, die übrigens im engsten Zusammenhang mit unseren Prinzipien steht. Ich behaupte, daß das in Bayern und Baden der Fall gewesen ist. Wir wehren uns dagegen, daß man aus der opportunistischen Auffassung heraus das Budget bewilligt; wir verlangen, daß dem aufs schärfste gegenübergetreten wird. Auf der einen Seite haben wir eine Mehrheit in der Partei, die auf dem Boden des Programms, auf dem Boden der Dresdener Resolution steht und die die Lübecker Resolution nicht so auslegt, wie es Timm getan hat, auf der anderen Seite eine Minderheit, die an ein Hineinwachsen in den Zukunftsstaat glaubt, und die die Mehrheit erlangen will. Darum die Kämpfe. Was wir heute in dem Streit um die Budgetfrage sehen, ist das gleiche, was wir vor 14 Jahren gehabt haben. Damals war es kein Unverantwortlicher, sondern ein sehr Verantwortlicher, der in dieser Frage eine andere Auffassung als die Bayern vertreten, es war Friedrich Engels, der in der Kritik des Erfurter Programmentwurfes von 1890 ausführte:

> Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein", ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülse ebenso gewaltsam sprengen müsse, wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fessel der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe.

Weiter sagt Engels: „Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen." (Eisner: Lesen Sie doch das Erfurter Programm.) Insbesondere Ihre Politik, Genosse Eisner, kann die Partei auf die Dauer irreführen, insbesondere Ihre Politik muß die Partei zersplittern, und darum bekämpfen wir sie mit äußerster Entschiedenheit. (Sehr richtig! Eisner: Lesen Sie das Erfurter Programm.) Weiter schreibt Engels:

> Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich" gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es und der „ehrliche" Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen . . . Das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man doch auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Wer auf dem Boden jener Auffassung steht, wie sie Timm, Hildenbrand und Frank vertreten, der kommt naturnotwendigerweise zu einer Ueberschätzung des Parlamentarismus. Diese aber führt wieder zu einer Ueberschätzung der Parlamentarier. Eine solche lag vor, als Hildenbrand gestern

sagte: wir haben in Württemberg den Neunstundentag für die Werkstättenarbeiter in Staatsbetrieben errungen, unserer Initiative ist das zu danken, und die preußische Regierung hat es nachgemacht. Ich habe den Kopf geschüttelt, als ich das hörte, und mich sehr darüber gewundert, daß die Gewerkschaftsführer nicht Einspruch erhoben. Nicht die Initiative unserer Abgeordneten, sondern der langjährige erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die wachsende ökonomische Macht der Arbeiter, die besonders in ihrer Zahl und Unentbehrlichkeit liegt, sind es meines Erachtens gewesen, wodurch die Staatsverwaltung zur Bewilligung des Neunstundentages gezwungen wurde. (Sehr richtig!) Solche Auffassungen, wie sie hier von den Budgetbewilligern vorgetragen sind, dürfen wir nicht die Mehrheit werden lassen, und darum bekämpfen wir sie.

Es stimmt nicht, daß die Resolution des Parteivorstandes eine Vergewaltigung der Süddeutschen bedeutet. Demokratischer Grundsatz ist es bisher gewesen, daß die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen hat, in welcher Frage es immer sei. Wir sprechen damit keinen Tadel aus über das, was die „Münchener Post" getan hat, was Eisner in der „Fränkischen Tagespost" getrieben, wie er insgeheim gewirkt hat bei den süddeutschen Abgeordneten, aber wir wollen klipp und klar erklären, daß wir eine solche opportunistische Fortwurstelei nicht länger dulden. (Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Geck hat heute früh mit halben und Dreiviertels-Wahrheiten und Unwahrheiten gegen mich polemisiert. Bei der kurzen Zeit kann ich darauf nicht eingehen, ich werde mich auf dem badischen Parteitag mit ihm darüber unterhalten. Einige Genossen haben mich gebeten, die Vorgeschichte meines journalistischen Unfalls zu erzählen, der der „Leipziger Volkszeitung" Veranlassung gegeben hat, mich vor aller Welt blamieren zu wollen. Ich habe keinen Grund, darauf einzugehen, um so weniger, als die Ironie des Schicksals dafür gesorgt hat, daß der „Vorwärts" künftig solche Dinge nicht mehr machen wird, denn ihm ist genau dasselbe passiert wie mir (Heiterkeit), und Thiele hat mich beauftragt, zu erklären, daß auch ihm dieser Tage das gleiche passiert ist. Bedauerlich ist es nur, daß Genossen von der Zunft, die wissen, wie leicht so etwas eintreten kann, einem anderen damit das Genick brechen wollen. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Eichhorn hat gestern als Vertreter der badischen Minderheit gesprochen und die Dinge so dargestellt, als ob die sämtlichen Vertreter der Minderheit seiner Auffassung wären. Ich muß feststellen, daß Eichhorn seinen Standpunkt nur im Namen Eichhorns, Lehmanns und Gecks hat vertreten können. Die beiden anderen Vertreter der Minorität waren grundsätzlich auf unserem Standpunkt. Der eine hat nur wegen des Falles Schäufele gegen das Budget stimmen wollen, und der andere hat den Standpunkt von Segitz vertreten.

Nun zur Sache selbst. Auf die „inhaltsschweren" Bemerkungen Eichhorns brauche ich nicht einzugehen. Der Parteitag hat bereits selbst sein Urteil gefällt. Ich will den grundsätzlichen Kern des ganzen Streits hervorkehren. Worum handelt es sich? Darum, ob die Frage der Budgetabstimmung eine grundsätzliche oder praktische ist. Wie man sich auch stellen mag, die Ehrlichkeit erfordert, daß man aus jedem dieser Standpunkte die letzten Konsequenzen zieht und sie hier offen vertritt. Welches sind die letzten Konsequenzen des Standpunktes, wenn man behauptet, die Budgetbewilligung ist etwas Grundsätzliches und wir können es nicht mitmachen? Ich bedauere, daß unsere Gothaer Parteigenossen nicht die Mehrheit im Landtag bekommen haben; hätten sie sie, dann wären wir, ohne ein Wort zu verlieren, über die ganze Geschichte hinweggekommen. Denn dann wäre die ganze Logik der prinzipiellen

Gegner der Budgetbewilligung in Scherben zusammengebrochen. Dann hätte es sich gezeigt, daß es die Utopie zu Pferde ist, zu glauben, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie in irgendeinem einzelstaatlichen Parlament die Mehrheit hat, nun auf einmal ein sozialdemokratisches Eden konstruieren könne. Stellen Sie sich vor, wir in Baden würden die Mehrheit im Landtag bekommen; glauben Sie, daß wir dann einfach dekretieren können: Der Großherzog ist abgesetzt, weil wir keine Zivilliste mehr bezahlen wollen? (Hört! hört! Heiterkeit.)

Nein, so entwickeln sich die Dinge in der Praxis nicht, wie sie Kautsky in seiner Studierstube sich ausmalt. Wir werden in wenigen Jahren über diese Streitfragen genau so hinwegkommen wie über so manche andere, über die wir uns auf früheren Parteitagen herumgestritten haben. Wenn die in der Vorstandsresolution niedergelegte Auffassung richtig ist, dann hat sich Bebel, dann haben wir uns alle, die wir im Parlament tätig sind, schon hundertmal gegen das Prinzip versündigt, denn dann dürfen wir niemals diesem Klassenstaat Mittel anbieten: oder sollen wir Komödie spielen, ihm Mittel anbieten und wenn er sie annimmt, sie ablehnen? Man mag die Dinge beurteilen wie man will, wie man sie auch überlegt, bei der ganzen Geschichte ist der Sack den Bändel nicht wert. Wenn die Budgetzustimmung ein Vertrauensvotum ist, dann ist die Zustimmung zu jedem Gesetz ein Vertrauensvotum, denn nicht wir haben die Handhabung der Gesetze in der Hand, sondern darüber verfügen die Organe des Klassenstaates. Wie wird die Sache draußen beurteilt? Bebel sagt und andere sagen es ihm nach: Ihr habt bisher ja auch schon ganz schöne Erfolge erzielt, trotzdem Ihr gegen das Budget gestimmt habt! Diese Fragestellung ist falsch; die Frage muß umgekehrt gestellt werden: Hätten wir nicht noch größere Erfolge erzielt mit unserer Taktik? (Lachen und Sehr wahr!) Täuschen Sie sich doch nicht darüber, daß durch derartige taktische Resolutionen unsere ganze Aktionsfreiheit eingeengt ist. Darüber bin ich mir auch klar: wenn einer einigermaßen reden kann, dann kann er in einer Volksversammlung den Leuten schon begreiflich machen, aus den und den Gründen haben wir das Budget abgelehnt. Die Leute glauben es einen Augenblick. Was viel schlimmer ist, ist, daß die Intelligenz sich auf solche Firlefanzereien nicht einläßt (Unruhe und Lachen. Rufe: Sehr wahr!), daß Leute, die selbst ein Urteil haben, sich durch solche Reden, die nicht an den Verstand gerichtet sind, nicht beeinflussen lassen. Und schließlich brauchen wir doch die Mehrheit. Oder glauben Sie, daß wir mit der Minderheit den sozialistischen Staat etablieren werden? Deshalb muß die Taktik den Verhältnissen angepaßt werden. Bebel sagt: wenn wir das Budget ablehnen, so lehnen wir damit noch nicht die Gehälter und Löhne ab. Gleich danach aber sagt er: den Kultus und die Zivilliste bewilligen wir mit der Zustimmung zum Etat! (Sehr gut!) Bebel meint, aus politisch taktischen Gründen hätten wir die Stellung eingenommen, um bei dem nächsten Male eine Parteikonstellation herbeizuführen, wie wir sie für notwendig halten. Das war einer der hauptsächlichsten Gründe, den wir natürlich nicht in unsere Erklärung aufgenommen haben. Es ist bedauerlich genug, daß durch diese Kümmelspalterei, durch diese theoretische Auseinandersetzung wir auf dem Parteitag immer gezwungen werden, die Karten unserer Taktik aufzudecken. (Hört! hört! Lautes Lachen und Zustimmung.) Bebel meint, wir erreichten doch unsere Absicht nicht; nun, wir kennen die Situation in Baden besser als Bebel. Bebel verweist auf Bayern; er vergißt, daß das Zentrum in Baden etwas ganz anderes ist. (Zuruf: Hört! hört! Lautes Lachen.) — Lassen Sie mich doch den Satz vollenden — etwas ganz anderes ist, wenn es einmal die Mehrheit hat, als was es ist, solange es die Mehrheit nicht hat. Wir haben in Baden die Simultanschule, in Bayern die Kon-

fessionsschule. Wenn das Zentrum einmal in Baden die Herrschaft hat, dann bekommen wir wieder die Konfessionsschule, wir bekommen noch anderes, und wir würden an der Partei ein Verbrechen begehen, wenn wir nicht alles tun würden, was in unseren Kräften ist, um eine solche Mehrheit, von der solche Gefahren zu befürchten sind, zu verhindern. Bebel meint, solche Techtelmechtel sehe er überhaupt nicht gerne. Ja, die Techtelmechtel sieht man so lange nicht gern, als man sie selbst nicht machen kann. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Die Preußen wären froh, sie könnten sie machen (Große Heiterkeit. Sehr wahr! und Lachen), wie sie auch froh wären, wenn sie noch manches andere machen könnten. Aber solange sie das nicht können, kommen sie her und schreien über das verletzte Prinzip. Ich kann nur erklären, daß wir in diese historisch-ökonomische Mausefalle nicht hineingehen. Wir können unmöglich eine Resolution akzeptieren, die unsere ganze parlamentarische Aktion lähmt, die uns jeden parlamentarischen, politischen und organisatorischen Erfolg in Baden unmöglich macht. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Die Berliner haben es ja leicht. Wer die Parteigeschichte kennt, der weiß, daß die Berliner schon zu Lassalles Zeiten und bis auf den heutigen Tag, wenn ich so sagen darf, das „staatserhaltende" Element in der Partei waren, das konservative Element, das allerdings in Organisation und Agitation beispiellos groß dasteht, das aber immer an der Bremse ist, wenn die Partei in der Politik und Taktik einen Schritt vorwärts machen will (Sehr gut! bei den Süddeutschen), und wenn sie den Schritt vorwärts endlich mitmachen müssen, dann stellen sie sich hinterher hin und sagen, wir haben es gemacht. (Heiterkeit.) Wenn Sie uns sagen, wir wollen den Bruch, dann erwidere ich Ihnen: wenn Sie den Bruch nicht wollen, dann tun Sie — nicht das, was wir wollen; wir wollen Sie nicht zwingen — dann tun Sie das, was ein großer Teil der norddeutschen Parteigenossen, der es ehrlich mit der Partei meint, Ihnen vorschlägt: Vereinigen Sie sich auf die Resolution Frohme, dann haben Sie die Einheit, dann ist der gute Wille gezeigt und dann werden wir mit Ihnen auch künftig überall zusammen kämpfen können. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Kautsky: Ich werde angesichts meiner zehn Minuten Redezeit auf alle die persönlichen Angriffe nicht anworten. Ich habe jetzt wichtigeres zu tun. Ich möchte vor allem eins konstatieren. Es wurde gestern die Frage der Gemeindeabstimmung in die Diskussion hineingetragen. In der Resolution steht vom Gemeindebudget kein Wort; es steht nur von gegnerischen Regierungen und ausdrücklich von Staatsbudgets. Die Frage der Abstimmung bei Gemeinden ist in der Partei überhaupt noch nicht diskutiert, noch weniger jemals erledigt worden; diese Frage ist ganz frei. Darüber wird diesmal nicht entschieden, wie wir uns dazu stellen. Jedenfalls muß man sich hüten, Gemeinde und Staat miteinander zu verwechseln. Das sind zwei ganz verschiedene Organismen, und es bringt nur Verwirrung, wenn man sie durcheinanderbringt. (Zustimmung.)

Nun zur Budgetfrage. Da ist wiederholt von verschiedenen Gegnern immer wieder vorgeführt worden, die Budgetfrage sei eine Formalität, eine Kleinigkeit, die es gar nicht lohne, daß wir uns darüber sehr echauffieren. Ja, wozu haben dann überhaupt die Parteigenossen im Süden einen solchen Wert darauf gelegt, daß sie uns vor eine solche Alternative stellen. Tatsächlich hat die Budgetbewilligung eine sehr große Bedeutung. Wir sehen ja schon, wie die Budgetbewilligung in Bayern und Baden, die gerade erst fünf Wochen alt ist, bereits auf unsere Parteigenossen wirkt. Vordem z. B. waren die bayerischen Genossen, sogar die Abgeordneten, die größten und schärfsten Kritiker des bayerischen Steuerwesens. Sie erklärten, es sei vollkommen

veraltet, verrottet, eines der verrottetsten in ganz Europa. Sie erklärten noch im letzten Wahlkampf, daß die bayerischen Arbeiter jetzt erst erobern müßten, was die Preußen bereits 1891 gewonnen hätten. Und nun, was hören wir jetzt? Jetzt ist plötzlich das bayerische Budget ein Ausdruck der Demokratie, der Freiheitlichkeit, der Kulturfreundlichkeit des bayerischen Staates, für das wir uns zu begeistern hätten. Und das ist kein Zufall, sondern ganz natürlich. Wo wir das Budget nicht bewilligen, da stehen wir dem Klassenstaat frei gegenüber, brauchen unserer Kritik nicht die mindeste Schranke aufzuerlegen. Im Gegenteil, in unserer Propaganda sind wir gezwungen, gerade die Schattenseiten dieses Systems hervorzuheben, um dem Volke klarzumachen, warum wir das Budget ablehnen. Ganz anders, wenn wir es annehmen: da sind wir die Mitschuldigen des Klassenstaates geworden und müssen ihn exkulpieren, müssen den Massen auseinandersetzen, wieviel Gutes er geleistet hat, um ihnen begreiflich zu machen, warum wir eigentlich für das Budget eingetreten sind. Unsere ganze Agitation und Propaganda wird auf ganz andere Grundlagen gestellt, sie verliert ihren oppositionellen Charakter dem Klassenstaat gegenüber. Wenn die süddeutschen Genossen auf eine solche Bahn gedrängt werden, so ist das nicht eine Angelegenheit, die sie allein angeht, nicht eine Angelegenheit der bloßen parlamentarischen Technik. Wir in Norddeutschland sind mit Euch Süddeutschen solidarisch verbunden, Eure Siege sind unsere Siege, aber wenn Ihr Fehler macht, wenn Ihr so verhängnisvolle Fehler macht, so leiden wir darunter ebenso wie Ihr, und darum haben wir das Recht und die Pflicht, darüber zu reden und Euch zu warnen. Man sagt, es sei eine Frage der reinen Taktik. Es gibt Prinzipienfragen, die keine taktischen Fragen sind, aber es gibt keine taktischen Fragen, die vollständig losgelöst sind vom Prinzip. Taktik heißt nichts anderes als die Auslegung des Prinzips. Der Satz, daß man sich von taktischen Erwägungen leiten lasse, bedeutet keineswegs, daß man sich nicht von Grundsätzen leiten lasse. Gerade in der Taktik ist die Einheitlichkeit viel wichtiger als in der Theorie. In der Theorie können wir ja verschiedener Meinung sein und sind es, aber in der Taktik müssen wir einheitlich sein, da muß sich die Minorität der Majorität fügen, sonst hören wir überhaupt auf, eine Partei zu sein. Man kann ein guter Parteigenosse sein, ohne an die materialistische Geschichtsauffassung zu glauben, aber man ist kein guter Parteigenosse, wenn man sich nicht dem Parteitag fügt. Man sagt, der einzelne habe seine persönliche Freiheit, es sei Kadavergehorsam, wenn man sich der Majorität unterwirft. Das ist nicht die Denkweise eines Sozialdemokraten, sondern eines Anarchisten. (Sehr gut!) Der einzelne hat nur Macht, wenn er sich mit Gleichgesinnten zum gemeinsamen Wirken verbindet. Dadurch vermehrt er seine Macht, aber diese Vermehrung seiner Macht bekommt er nicht umsonst, er muß sie erkaufen mit einem Opfer an Freiheit. Dies Opfer an Freiheit ist nicht Kadavergehorsam, es wird freiwillig gegeben, um etwas Größeres einzutauschen, einen Gewinn an Macht für die Durchsetzung seiner eigenen großen Sache. Wer sich in dieser Weise der Majorität fügt, verliert durchaus nicht an Achtung. Ich weise hin auf ein Beispiel, das gerade für die Genossen in Süddeutschland ausschlaggebend sein wird, das Beispiel des Genossen Jaurès. Jaurès ist Verfechter der Budgetbewilligung gewesen, als aber die geeinte Partei beschloß, das Budget zu verweigern, da hat er sich diesem Beschluß ruhig gefügt, und trotzdem alle Welt weiß, daß er anderer Ansicht ist, verweigert Jaurès das Budget. Er hat dadurch an Achtung, an Vertrauen nichts verloren, sondern gerade im Gegenteil durch dies Beispiel von Disziplin und Selbstlosigkeit an allgemeiner Achtung und Vertrauen nur gewonnen. An Vertrauen gewinnt man aber nicht, wenn man uns die Pistole

auf die Brust setzt. Da ich gerade von Frankreich spreche, will ich noch darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe sozialistischer Abgeordneter sich gegen den Beschluß der geeinigten Partei, das Budget zu verweigern, gewandt haben. Sie sind deshalb aus der Partei ausgeschieden, um Bewegungsfreiheit zu bekommen, wie sie sagen, um dem Proletariat durch positive Arbeit besser zu nützen. Was ist aus ihnen geworden? Diese Unabhängigen haben keine eigene Partei gebildet, sondern jeder von ihnen stimmt, wie er will, sie haben keinen Fraktionszwang, aber auch keine Partei hinter sich. Die einzelnen Wahlkreise der Partei, wo die Abgeordneten das Budget bewilligt haben, sind heute desorganisiert, zerrüttet. Von den geeinigten Genossen werden diese Budgetbewilliger verachtet als Streikbrecher, und von den Gegnern nicht geachtet, weil sie nichts sind als ein disziplinloser Haufen. Dieser Auflösung der Partei gehen wir entgegen, wenn wir uns das gefallen lassen, was die süddeutschen Budgetbewilliger von uns verlangen, wenn wir uns ihren Diktaten beugen. Sie wollen von uns durch ihre Drohungen erpressen, daß wir ihnen das Recht geben, die Partei vollständig aufzulösen. Sie treten als Fraktion dem Parteitag gegenüber, als eine gleichberechtigte Körperschaft, die mit dem Parteitag auf gleichem Fuße verhandelt. Wenn das gebilligt wird, dann hört der Parteitag auf, eine beschließende Versammlung zu sein, dann ist er nur eine vereinbarende Versammlung, dann ist die Partei nicht mehr eine geschlossene Körperschaft, sondern ein Konglomerat von Wahlkreisen, und jeder Abgeordnete macht in seinem Wahlkreise, was er will. Ich bitte Sie daher, sich unter allen Umständen machtvoll hinter die Resolution des Parteivorstandes zu stellen. Wenn eine große Macht dahinter steht, wird sie auch Einfluß haben auf die süddeutschen Genossen. Ich bin fest überzeugt, daß die Genossen in Süddeutschland sich solidarisch fühlen mit denen in Norddeutschland, und wenn sie sehen, daß es nicht bloß ein paar Krakeeler in Leipzig und Berlin sind, sondern die Gesamtmasse des Proletariats, die die Budgetbewilligung verwirft, dann werden sie sich fügen, dann werden wir das beschämende Schauspiel uns ersparen, daß die Partei gespalten wird und die Minderheit tut, was die Mehrheit nicht will. Ich bitte Sie dringend, im Interesse der Disziplin, im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei, stimmen Sie für die Resolution des Parteivorstandes. (Lebhafter Beifall.)

Walther-Nürnberg: Es ist gesagt worden, daß wir in Bayern bisher das Budget verweigert haben und trotzdem eine große Partei geworden sind. Das ist richtig, aber bei der Agitation ist uns die Budgetverweigerung von den Gegnern als wirkungsvollster Einwand stets entgegengeschleudert worden. Wenn wir den Gegnern diesen Einwand genommen haben, haben wir zweifellos eine Erleichterung der Agitation geschaffen. Bebel hat gestern erklärt, die Dinge richten sich nicht nach unseren Köpfen, wir müssen uns nach den Verhältnissen richten. Er hat im Anschluß daran betont, daß in Preußen keine bürgerliche Partei vorhanden sei, die jemals für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht stimmen würde. Damit ist nachgewiesen, daß die Verhältnisse im Süden und im Norden grundverschieden sind, und wir verlangen nichts weiter, als die logische Fortsetzung des Gedankens, das heißt die Ellenbogenfreiheit, die Verhältnisse in unserem Lande zunächst selbst beurteilen zu dürfen und auf Grund der bestehenden Verhältnisse unsere Beschlüsse zu fassen. Die Landespolitik, soweit sie sich mit taktischen Fragen befaßt, kann nicht nach einem einheitlichen, starren Schema, sondern nur nach den Verhältnissen des Landes sich richten. Die Budgetverweigerung ist kein Mittel des Klassen-, sondern ein Mittel des politischen Tageskampfes. Nicht der innere Wert, sondern nervöse Ueberreiztheit, ein völliges Verkennen des Wertes des Gegenstandes hat diesem parlamentarischen Akt zu einer unrühmlichen Bedeutung verholfen. Wenn nicht von Berlin aus das Wort Disziplinbruch hinausgeschallt wäre, dann hätte die ganze Angelegenheit die Bedeutung nicht erhalten, die sie traurigerweise erfahren hat. (Sehr richtig!) Als man in Gotha, Sachsen und Württemberg dasselbe getan hat wie in Bayern, hat kaum ein Hahn danach gekräht. Im übrigen hat der „Vorwärts" geschrieben, daß keine einzige parlamentarische Gruppe auch nur annähernd auf so viel praktische Erfolge zurückblicken könne wie die bayerische. Wenn auf Grund eines solchen Zeugnisses des Zentralorgans dem Budget nicht zugestimmt werden soll, wann sollen wir ihm dann zustimmen? Etwa nur, wenn wir möglichst wenig erreichen, aber ausschlaggebend sind? Simon, der in der bayerischen Landtagsfraktion den Sachsengänger gemacht hat (Sehr gut!), hat doch im Einverständnis mit unserer Fraktion einen Antrag eingebracht auf staatliche Subvention für die Gewerkschaften zur Arbeitslosenunterstützung. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der bayerische Landtag diesem Antrag stattgibt. Damit würden wir zweifellos einen außerordentlichen sozialpolitischen Fortschritt von tiefeinschneidender Bedeutung errungen haben; bei der Abstimmung über das Budget aber sollen wir die Mittel zur Durchführung dieses Antrages ablehnen. Das mag man für prinzipientreu halten, uns soll man aber nicht zumuten, das für eine verständliche Politik zu halten. Ich muß auch ein Wort über den „Vorwärts" sagen. Wenn jemals mit starken Worten eine oberflächliche Behauptung aufgestellt worden ist, dann die Behauptung, daß die bayerische Arbeiterschaft nicht hinter ihrer Fraktion steht. An der Spitze der größten und stärksten Provinz-Organisation Süddeutschlands stehend, habe ich zu bemerken, daß unsere Genossen mit verschwindenden Ausnahmen das Verhalten der Landtagsfraktion billigen, und zwar aus Ueberzeugung. Auch die Frauen in München und Nürnberg stehen geschlossen hinter unserer Fraktion. Wir billigen ausdrücklich die Erklärung, die Timm im Namen der Mehrheit hier abgegeben hat. Wir wollen den Frieden im Interesse des Proletariats und aller Institutionen, die es sich geschaffen hat. Aber die Resolution des Parteivorstandes bringt diesen Frieden nicht, sie will eine Verschärfung der gegenwärtigen Zustände. Deshalb haben wir für sie ein glattes, unabänderliches Nein. (Lebhaftes Bravo! bei den Süddeutschen.)

Singer erteilt nunmehr dem Genossen Stockinger-Pforzheim das Wort zur Geschäftsordnung und erklärt, als dieser auf das Wort verzichtet: Dann bin ich verpflichtet, eine Mitteilung zu machen. Es ist von jeher üblich und zulässig, daß Redner mit ihren Plätzen in der Rednerliste tauschen. Dieser Usus ist auch diesmal in Uebung. Heute vormittag ist ein Zettel heraufgekommen, auf dem steht, daß für den Genossen Stockinger der Genosse v. Elm auf die Rednerliste gesetzt werden möge. Vor ungefähr 5 Minuten kommt Stockinger in heller Entrüstung herauf und erklärt, er erbitte sich das Wort zur Geschäftsordnung, weil er mit niemand getauscht habe. (Hört! hört!) Das muß mich natürlich, der ich die Verpflichtung habe, die Rechte der Mitglieder zu wahren, stutzig machen. Und nachdem Stockinger seinerseits auf das Wort verzichtet hat, bin ich verpflichtet, zu erklären, daß dieser Zettel hier vorliegt und daß wir selbstverständlich in gutem Glauben gehandelt haben. Ich frage nunmehr den Genossen Stockinger, ob er seine Mitteilung, daß er mit niemand getauscht hat, aufrechterhält oder ob er sie zurückzieht. (Zurufe: Er ist einverstanden!) Ich nehme also an, daß er den Widerspruch zurückzieht.

Richard Fischer-Berlin: Solange die Streitfrage, die uns beschäftigt, spielt, habe ich sie immer unter dem Gesichtspunkt behandelt, daß es unsere Pflicht sei, einen Weg zu finden, der eine Verständigung in parteigenössischer, brüderlicher Weise ermöglicht. Als Genosse Bebel gestern den Standpunkt des

Parteivorstandes klarlegte, habe ich mich gefreut, weil ich mir sagte, es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn nach diesen Darlegungen nicht eine Verständigung mit den süddeutschen Genossen möglich wäre. Als ich aber heute nachmittag den Genossen Segitz hörte, da bin ich allerdings daran verzweifelt, daß auf allen Seiten der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist. (Sehr richtig!) Wenn man so redet, wie Segitz geredet hat, dann ruft man den Verdacht wach, daß es nicht auf eine Verständigung, sondern auf den Bruch abgesehen sei, daß man aber die Verantwortung für den Bruch anderen Leuten zuschieben wolle. (Sehr gut!) Das tut man, indem man auf solche Schwätzereien und Zuträgereien Gewicht legt! Genosse Ebert soll das Schlußwort erhalten, weil er ein Scharfmacher sei! Wie könnt Ihr eine solche Behauptung aufstellen! Wenn Genosse Bebel auf das Schlußwort verzichtet hat, so kann ich Ihnen offen sagen, daß ich vielleicht den ersten Schritt dazu getan habe, weil ich mir gesagt habe, es sei unverantwortlich von uns, wenn wir bei dem Gesundheitszustand des Genossen Bebel dies Opfer ihm zumuten, wenn es nicht absolut notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der gute Wille zur Verständigung da ist, braucht Bebel kein Schlußwort. Die Bayern sollten mich doch kennen, daß ich der allerletzte bin, der in der Frage für einen Vorschlag einträte, der nicht zu einer Verständigung mit den Bayern geeignet wäre. Ich glaube, Ihr wißt alle zusammen, daß ich mit dem Herzen bei Euch bin, (Hört! hört!) und daß ich nur in dieser Frage nicht Hand in Hand mit Euch gehen kann. Man spricht immer davon, daß die Berliner Stadtverordneten das Budget bewilligt haben. Ich meine, es ist unstatthaft, auf diese Frage zurückzukommen, nachdem soundso viel Genossen erklärt haben, wir haben nicht für das Budget gestimmt. Und nun gar die Behauptung, daß die Berliner Genossen sogar für die Polizei 7 Millionen bewilligt hätten, dieselbe Polizei, die uns bei der Wahlrechtsdemonstration niedergeknüppelt! Das kann ja keiner von Euch glauben! (Zurufe.) Es ist selbstverständlich, daß Sie das nicht sagen, wenn Sie nicht glaubten, einen Beweis für Ihre Behauptung zu haben. Aber es kommt hier doch darauf an, ob jemand mit der Absicht für das Budget gestimmt hat, mit der Ihr dafür gestimmt habt. Wir werden uns doch nicht darüber streiten, wenn einer einmal entgleist. Ihr Bayern sagt aber, wir stimmen aus den und den Gründen dafür, und wir anderen halten diesen Weg für falsch. Weil ich eine Verständigung wünschte, habe ich mir gesagt, den Antrag Frohme werden die Bayern selber nicht wollen, weil er sie in ihrer Taktik behindert, weil man ihnen gegnerischerseits vorwerfen könnte, daß sie erst die Erlaubnis von Berlin holen müssen. Nachdem aber Kolb dem zugestimmt hat, gebe ich noch nicht alle Hoffnung auf, daß wir wenigstens einen Weg der Verständigung finden. Ich habe nicht die Möglichkeit, jetzt den Weg anzugeben, denn ich habe nicht die Entscheidung. Solange aber diese Hoffnung nicht praktische Gestalt gewinnt, trete ich für den Antrag des Parteivorstandes ein. Ihr habt während der ganzen Debatte gesagt, man wolle Euch ein Kainszeichen aufdrücken, Euch verurteilen und strafen. Das ist nicht wahr, sage ich, und wenn es einzelne getan haben, so ist das nicht die Partei. Aber ich will alles tun, um Euch auch die letzte Möglichkeit zu dieser Behauptung wegzunehmen, und beantrage daher, daß der Satz im Antrage des Parteivorstandes, der ausdrücklich von der Bewilligung der Budgets in den Landtagen von Bayern, Baden und Württemberg spricht, aus der Resolution herauskommt. Das ändert am Wesen der Resolution nicht das geringste. Wir wollen doch lediglich aussprechen, daß die Majorität des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in dieser Frage einer anderen Meinung ist und daß die Süddeutschen künftig diesen Beschluß der Majorität respektieren. Sie werden doch auch zugeben, daß der Hinweis von David auf Gotha und die thüringischen Staaten nicht ganz unberechtigt war, und Sie werden ferner zugeben, daß die Württemberger nur noch nachträglich jetzt eine Ohrfeige bekommen sollen, weil eben die Bayern und Badenser genannt werden. Aber voriges Jahr in Essen war doch die Mehrheit des Parteitages geneigt, den Württembergern gleichsam Generalpardon zu erteilen. Vielleicht haben sich viele unter Euch, und zu denen gehörte ich, auch gesagt, daß sie an Stelle der Württemberger damals einen zwingenden Ausnahmefall angenommen und ebenso gestimmt hätten. Kann aber einer von Euch Bayern uns sagen, Ihr hättet einen zwingenden Grund gehabt, für das Budget zu stimmen, und daß der Partei Nachteile erwachsen werden, wenn Ihr genau so wie früher gegen das Budget gestimmt hättet? (Zuruf: Ja!) Ja, behaupten könnt Ihr es, aber so darlegen, daß wir, die wir doch den guten Willen haben, Euch zu glauben, das auch glauben müssen, könnt Ihr nicht. Könnt Ihr leugnen, daß der Schaden, der durch Eure Abstimmung für das Budget innerhalb der Partei angerichtet ist, nicht viel größer ist, als der Agitationsnutzen, den Ihr erwartet habt von dem Eintreten für das Budget? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist doch niemand unter uns, der Euch eine böse Absicht zugetraut hat. Ihr habt Euch auf Viktor Adler berufen. Es ist ja schade, daß sein Artikel nicht früher allgemein bekannt wurde, wo er schrieb, daß nur ein Kindskopf annehmen kann, daß Ihr mit der Absicht, gegen Parteigrundsätze vorzugehen usw., für das Budget gestimmt habt. Aber auch Adler, bei aller Liebe zu Euch Bayern und bei aller Seelengemeinschaft für Eure Taktik, kann in der Frage nicht anders, als zu Euch sagen: Kinder, der Weg, den Ihr gegangen seid, ist falsch. Nun sagt Ihr alle: Wir können uns dem Zwang nicht fügen. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr's. Für die Partei kann man alles! Es gibt nichts, daß zum Wohle der Partei dienen kann, was nicht jeder einzelne von uns kann, wenn er will. (Zustimmung.) Wenn die ganze Partei es mißbilligt, so müßt Ihr Euch fügen, nicht weil mehr sind auf der anderen Seite, sondern weil die Einheitlichkeit der Partei im anderen Falle leidet. (Sehr richtig!) Segitz hat die Klatscherei vorgebracht, es sei darauf abgesehen, einige fliegen zu lassen. Ein bißchen habe ich doch auch Verbindung mit dem Parteivorstand und wüßte etwas davon, wenn es darauf abgesehen wäre. Nein, es ist nicht darauf abgesehen. Nehmt es mir nicht übel, aber es ist ein Verbrechen, das Ihr begeht, wenn Ihr mit dem Gedanken spielt, daß man die Einheit der Partei um einer solchen Bagatelle willen aufgeben könne. (Zurufe.) Wenn es auch einer gesagt hat, schön, so hat er persönlich die Meinung. Ihr seid mit Recht stolz darauf, was Ihr im bayerischen Landtag geleistet habt. Aber Timm, Frank und Hildenbrand taten so, als ob die Majorität der Partei und die Parteileitung Euch angegriffen hätte wegen Eurer Tätigkeit im Landtag. Das ist ja nicht wahr. Eure Fraktion hat noch niemals ein so einheitliches Lob erhalten. Es wird zugegeben, daß Ihr äußerst geschickt die Situation ausgenützt habt. Aber wenn Ihr Politiker sein wollt, so müßt Ihr doch auch etwas Voraussicht haben. Ihr sagt, Ihr habt mit der Zustimmung zum Budget keine böse Absicht gehabt. Schön, dann seid Ihr aber wirklich nicht die feinen Politiker gewesen, wenn Ihr nicht vorausgesehen habt, daß Eure Abstimmung diesen Unfrieden und diesen Verdacht in der Partei bei einzelnen wachrufen wird. Wenn Ihr das nicht vorausgesehen habt, dürft Ihr Euch nicht beschweren, wenn man auf der anderen Seite die Dinge auch anders ansieht und Absichten vermutet, die Ihr bestreitet. Wenn die Genossin Luxemburg hier wieder ihre Kassandrarufe von den Revisionisten hat ertönen lassen, so hat sie ja sofort die beste Widerlegung dazu geliefert: in der ganzen Partei ist man sich einig in der lobenden Zustimmung zu Eurer Tätigkeit, abgesehen von der Frage der Budgetabstimmung! Niemand von uns kommt es in den Sinn, Euch das Kainszeichen der Treulosigkeit auf die Stirn

zu brennen. Aber es ist die Pflicht der Mehrheit, zu sagen, was ihre Meinung ist, und Eure Pflicht ist es, dann einer solchen Meinungsäußerung Folge zu leisten, weil mehr wert als die augenblicklichen Vorteile, die Ihr vielleicht durch Eure Taktik erreicht, die Geschlossenheit, die Einheit der Partei ist. Deshalb glaube ich, daß es noch möglich sein muß, eine Verständigung herbeizuführen. Aber dazu ist auch nötig, daß Ihr die Hand reicht, daß Ihr Euch nicht hinstellt als Verfolgte und Unterdrückte. Niemand spricht davon, aber schließlich hat die Partei ihre Meinung, und die muß respektiert werden. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm: Namens 16 Genossen, die den Antrag Frohme unterzeichnet haben, habe ich folgendes zu erklären: Wir sehen in der Zustimmung resp. Ablehnung des Gesamtbudgets keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Taktik. Wir wollen deshalb die Möglichkeit einer Zustimmung in Ausnahmefällen, wenn wirklich zwingende Gründe dieses als geboten erscheinen lassen, aufrecht erhalten.

Für die Haltung der süddeutschen Abgeordneten erkennen wir diese Gründe nicht an und billigen deren Stellungnahme nicht. Um ähnliche Fälle in Zukunft unmöglich zu machen, wollen wir, daß eine Verständigung zwischen den im Antrag genannten Instanzen Voraussetzung für eine eventuelle Etatszustimmung sein soll. Außer obigen Gründen veranlaßte uns zur Unterzeichnung des Antrags 134 der Gedanke, daß so eine Basis zur weiteren Festigung der Einheit der Partei geschaffen wird.

Da ich zu den Unterzeichnern dieser Erklärung gehöre und am Worte bin, kann ich die Gründe selbst klarlegen. Ich habe mit großem Interesse das Für und Wider bezüglich der Abstimmungen in den einzelnen Landtagen angehört. Ich habe eine Reihe vorzüglicher Darlegungen gehört und vor allen Dingen hat Timms Rede großen Eindruck auf mich gemacht. Besonders hat mir gefallen, daß er die Zustimmung zum Budget mit der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter begründet hat. Ich bin aber der Meinung, daß die Interessen der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments durch ihre Organisierung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete dauernd mehr gewahrt werden, als durch die Tätigkeit im Parlament selbst. Die Hauptsache ist diese Organisation. Ich kann nicht glauben, daß im Parlament dauernde Erfolge die Interessen der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments durch ihre Organisationen. Ich stehe ferner auf dem Standpunkt, den das „Hamburger Echo" im Jahre 1907 gegenüber der Budgetbewilligung in Württemberg eingenommen hat. Im „Hamburger Echo" wurde damals redaktionell betont, daß die Budgetverweigerung keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Taktik sei, daß die Sozialdemokratie aber nur dem Budget zustimmen könne, wenn sie von der Regierung und den anderen Parteien auf dem Fuße voller Gleichberechtigung behandelt werde. Wenn nun die süddeutschen Genossen sagen: wir sind auf dem Wege dahin, so glaube ich doch, daß auch sie von dieser gleichberechtigten Behandlung noch sehr weit entfernt sind. Wir alle sind der Ansicht, daß die Verhältnisse die Auffassungen bedingen. Im Norden haben wir nun mit viel schärferen Klassengegensätzen zu tun, als im Süden. Deshalb beurteilen wir auch die Dinge anders. Aber die Kämpfe, die soziale Entwickelung werden die Verhältnisse auch im Süden immer mehr zuspitzen, und deshalb werden unsere Genossen bald dazu kommen, wieder Stellung gegen die Regierung nehmen zu müssen. Jede Regierung hat bei ihrer Gesetzesmacherei die Tendenz, die staatserhaltenden Parteien zu stärken. Das wird sich auch im Süden zeigen, und so komme ich zu der Ueberzeugung, daß die Zustimmung der Süddeutschen zu den Budgets vereingelt bleiben wird. Aber wenn wir in den ökonomischen Verhältnissen die wesentlichen Grundbedingungen für die Auffassungen sehen,

dann können wir auch nicht glauben, durch Resolutionen alles zu machen. Die Verhältnisse müssen sich ändern, dann folgen die Anschauungen schon nach. Wir Schleswig-Holsteiner sind der Meinung: ihr Süddeutschen kommt zu unserer Auffassung, nicht wir zu der euren. Wir wollen aber ruhig die Entwickelung der Dinge abwarten. Deshalb wünschen wir, daß ein Weg zur Verständigung gefunden wird. Wenn nun die bayerischen Genossen uns erklären, für uns ist die Resolution des Vorstandes unannehmbar, so sehen wir auch darin nicht die Drohung, es unter allen Umständen zu einer Spaltung kommen zu lassen. Wir erkennen darin den berechtigten Wunsch der Süddeutschen, in einer schwierigen Situation ihre Interessen im Gesamtinteresse der Partei berücksichtigt zu sehen, denn die Schädigung ihrer Interessen wäre eine Schädigung der Gesamtinteressen. 16 Schleswig-Holsteiner haben die Erklärung, die ich verlesen habe, unterzeichnet. Wir Schleswig-Holsteiner waren darüber nicht einig, ob die Gründe, für das Budget zu stimmen, zwingend oder nicht zwingend waren, aber darin waren wir einig, daß ein Weg zur Verständigung gefunden werden muß. Wir dürfen nicht scheiden als zwei Parteien, wir müssen in alter Einigkeit aus Nürnberg wieder hinausgehen. Wir halten unsere Resolution für die Möglichkeit einer Verständigung. Die Süddeutschen haben bisher nicht erklärt, daß sie ihr zustimmen werden; aber ich möchte die Süddeutschen dringend bitten, sich dies wohl zu überlegen. Ich möchte auch die Genossen vom Vorstand und der Kontrollkommission bitten, gründlich zu prüfen, ob man sich nicht auf Grund dieser Resolution verständigen kann. Schwierigkeiten bietet jede Resolution. Nicht alle Schwierigkeiten werden durch die unsere überwunden. Aber eines wird sie bewirken, daß diese gehässigen Auseinandersetzungen der letzten Zeit und auch auf dem Parteitage verschwinden. Was wir wollen, hätte schon früher geschehen müssen. Die Süddeutschen hätten sich schon vorher in Verbindung mit dem Parteivorstand setzen müssen. Und der Parteivorstand würde dann jedenfalls nicht den Standpunkt des Herrschenden eingenommen haben, nein, man hätte sich aussprechen und verständigen müssen. Unsere Resolution soll nicht majorisieren, aber die Süddeutschen müssen sich doch auch sagen: bei unserer Abstimmung in den einzelnen Landtagen müssen wir auf die Gesamtpartei und die Interessen im Reiche Rücksicht nehmen. Die Reichspolitik muß von euch berücksichtigt werden, und es kann der Zustand eintreten, wo durch eure politische Haltung in den einzelnen Landtagen das Interesse der Partei in der Reichspolitik beeinträchtigt wird. Ihr Süddeutschen dürft die Verständigung mit den Norddeutschen nicht zurückweisen. Es hat in der Partei ungeheuer verschnupft, daß Ihr die Verständigung nicht schon früher gesucht habt. Ist sie gefunden, dann haben alle Diskussionen ihren giftigen Stachel verloren, und es bleibt keine Erbitterung zurück. (Sehr richtig!) Auch im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung bitte ich Euch, wohl zu beachten, was Ihr tut. Schon früher sind derartige Differenzen nicht beschränkt geblieben auf die politische Partei. Auch heute würden sie sich fortpflanzen auf die Gewerkschaftsbewegung und sie zerreißen. Zeigt Euch voll Eurer Verantwortung bewußt, gehen wir nicht auseinander, ohne uns verständigt zu haben. Man sagt: Unterwerfung unter Mehrheitsbeschluß sei Demokratie. Aber die Majorität hat die Verpflichtung, wenn eine große Minderheit vorhanden ist, auf die Anschauungen dieser Minderheit Rücksicht zu nehmen. (Sehr richtig!) Mit bloßen Abstimmungen kann man keine wirkliche Entscheidung herbeiführen, die Auffassungen müssen sich klären. Glauben Sie nicht, daß alle diese Debatten spurlos verhallen werden bei unseren süddeutschen Genossen. Sie werden ihre Wirkung haben, und die Entwickelung der Verhältnisse in Süddeutschland wird es mit sich bringen, daß solche Streitigkeiten verschwinden. Lassen Sie uns diesen Streit begraben und in

Einigkeit hier aus Nürnberg scheiden, im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Pfannkuch-Berlin: Zunächst möchte ich einige Angriffe gegen den Vorstand richtigstellen. Frank hat uns vorgeworfen, wir seien die Fahnenträger der Berliner, ja, er hat sogar den Ausdruck noch verschärft und gesagt, der Vorstand sei der Gefangene der Berliner Parteigenossen. Ich kann versichern, daß der bisherige Vorstand in sehr gutem Einvernehmen mit den Berlinern gelebt hat. Es gab eine Zeit, wo das brüderliche Verhältnis nicht so war, trotzdem wird heute kein Berliner aufstehen und sich vermessen, zu erklären, er habe einen entscheidenden Einfluß auf das Kollegium des Parteivorstandes ausgeübt. Selbstverständlich hat der Parteivorstand die Pflicht, die Parteigenossen, die zu ihm kommen, anzuhören, sich zu informieren und dementsprechend auch Aktionen einzuleiten. Oft wird ja der Vorwurf erhoben, daß der Vorstand nicht in genügendem Kontakt mit den Genossen sei. Nun, soweit wir imstande sind, haben wir dafür gesorgt, daß in unserem nächsten Wirkungskreise der Kontakt mit den Genossen innig und das Verhältnis zwischen beiden Teilen zufriedenstellend war. Das gibt aber keine Unterlage für die Behauptung, daß der Parteivorstand der Gefangene der Berliner sei. Ach, im Gegenteil, ich behaupte, seitdem durch Aenderung des Organisationsstatuts zwei Mitglieder der Berliner Parteiorganisation als Beisitzer in den Vorstand delegiert sind, ist gerade durch die ständige Zusammenarbeit unser Verhältnis zur größten Parteiorganisation Deutschlands zufriedenstellend geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die innige gemeinsame Tätigkeit mit dem Vorstand können die Beisitzer in der Berliner Parteiversammlung am besten darlegen, nach welchen Grundsätzen und Formen die Parteigeschäfte erledigt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Vorstand wird weiter vorgeworfen, zumal mir als Teilnehmer an der Würzburger Konferenz, daß er an der Stuttgarter Konferenz sich nicht beteiligt habe. Selbstverständlich habe ich gewußt, daß in Stuttgart die Konferenz stattfinden würde. Ich habe dem Parteivorstande auch Bericht darüber erstattet. Selbstverständlich habe ich auch in Würzburg gehört, daß die Erörterung der Budgetfrage dort abgelehnt worden ist. Verschiedene Termine wurden für die nächste Konferenz genannt. Unser leider verstorbener Genosse Ehrhart, der damalige Vorsitzende der Konferenz, hat schließlich der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die nächste Konferenz in den nächsten Monaten, jedenfalls aber noch vor Zusammentritt des deutschen Parteitages (Hört! Hört!) stattfinden und sich mit der Frage der Budgetabstimmung beschäftigen würde. Will man etwa mir oder dem Vorstande vorwerfen, es wäre unsere Pflicht gewesen, alle acht Tage bei den verschiedenen Landesvorständen anzufragen, wann denn die Konferenz stattfinden würde. (Heiterkeit.) Diese Unterlassungssünde hat allerdings der Vorstand im allgemeinen und sein Mitglied Pfannkuch im besonderen begangen. Aber es hätte ja nur einer Postkarte bedurft, um dem Vorstand mitzuteilen, es sei die Absicht, an diesem Tage und an diesem Orte die in Würzburg vorgesehene Konferenz abzuhalten. Dann wäre der Parteivorstand einwandfrei unterrichtet gewesen und dann hätte er sein Nichterscheinen vor der Konferenz hier zu verantworten. Weiter wird die Wendung im Briefe des Vorstandes kritisiert, wenn jemand abkommen könne, würde er an der Würzburger Konferenz teilnehmen. Wie war denn die Sache? Vor der Würzburger Konferenz habe ich mich brieflich an den Genossen Auer gewandt und darauf hingewiesen, es würde den Parteigenossen in Preußen sehr erwünscht sein, wenn die süddeutschen Parteigenossen sie in der einen oder anderen Form unterstützen wollten. Daraufhin teilte mir Auer mit, die Konferenz würde am 9. Februar stattfinden und lud mich dazu ein. Die Wendung in unserer Antwort darauf:

wenn einer abkommen könne, würde er erscheinen, erklärt sich sehr einfach damit, daß der Parteivorstand verschiedene wichtige Arbeiten in Angriff genommen hatte, so die Landeskonferenz wegen der Wahlrechtsbewegung, Konferenzen mit der Generalkommission und der Einigungsbestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung. Er konnte also nicht zu jeder Minute frei über seine Zeit verfügen. (Hört! Hört!)

Man kann also dem Parteivorstand nicht vorwerfen, daß er seine Pflicht nicht erfüllt hat. Nun noch ein anderes. Die süddeutschen Parteigenossen haben uns sehr ausgiebig vorgetragen, daß ihre Erfolge auf sozialpolitischem Gebiete sie veranlaßt hätten, für den Etat zu stimmen. Und es ist behauptet, daß auch die Berliner Stadtverordnetenfraktion den Etat angenommen hätte. Ich gehöre jetzt 8 Jahre der Stadtverordnetenversammlung an, aber mir ist nicht bekannt, daß ein einziger Kollege für den Etat gestimmt hat. Und das, obwohl unsere Erfolge sich doch auch sehen lassen können. Wir haben in Berlin 15 000 städtische Arbeiter, die nach 10 Jahren Ruhegeld erhalten, in Krankheitsfällen bekommen sie sechs Wochen lang die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, auf Beschluß der Verwaltungsdeputationen können sie diese Differenz sogar 13 Wochen hindurch beziehen, es steht ihnen das Recht der Organisationszugehörigkeit zu, nur müssen sie sich innerhalb der Betriebe der Agitation enthalten. Also ganz so schlecht sind die Verhältnisse, die wir geschaffen haben, nicht, aber bei uns wird damit nicht geprahlt, das ist verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, da der Stadtverordneten und dort der Abgeordneten. (Sehr richtig!) Mit Recht ist von Euch gesagt, Ihr bringt uns ja in die Verlegenheit, die Regierung loben zu müssen. Nun, das wußtet Ihr doch vorher. Nicht diejenigen, die hier gegen Euch reden müssen, sondern Ihr seid das Harnickel, das den Streit heraufbeschworen hat. (Beifall.)

Heymann-Stuttgart: Fischer fand es unbegreiflich, daß sich die süddeutschen Landtagsabgeordneten über die Vorstandsresolution so erregten. Die Resolution mußte von deswegen als ein Akt der Illoyalität angesehen werden, als das Hinwerfen des Fehdehandschuhs, weil sie in die Oeffentlichkeit hinausgegeben wurde, ohne daß auch nur der Versuch einer Verständigung mit denen gemacht wurde, welche die Aufgabe haben, sie zu befolgen. Am illoyalsten ist die Resolution gegenüber den württembergischen Genossen, die bereits vor dem Essener Parteitag für den Etat gestimmt haben. Es wäre Pflicht des Parteivorstandes gewesen, bereits vor einem Jahre die Angelegenheit dort zur Sprache zu bringen; aber als der Delegierte aus Göppingen auf dem Essener Parteitag die Frage anschnitt, erhielt er vom Parteivorstand keine Antwort. Infolgedessen konnten die Parteiblätter, sowohl das von Suttgart als auch das von Dresden, konstatieren, daß die Partei dadurch, daß sie der Zustimmung der württembergischen Fraktion keine Rüge erteilt hat, dokumentiert hat, daß gegen die Abstimmung der Württemberger nichts einzuwenden ist. Wenn sie jetzt sagen, Sie wollte die Prüfung unserer Landesversammlung überlassen, dann bedeutet die Resolution nicht mehr nur einen Tadel der Fraktion, sondern eine Brüskierung unserer vorjährigen Landesversammlung, denn dort ist eine Resolution eingebracht worden, welche die Abstimmung der württembergischen Fraktion mißbilligt, und diese Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. (Klara Zetkin: Aber auch die zustimmende!) Es ist gesagt, wir hätten dort denselben Trick gemacht, wie hier. (Zuruf: Jawohl!) Westmayer hat das in Worte gekleidet, wir hätten der Landesversammlung „die Pistole auf die Brust gesetzt". Das bedarf der Richtigstellung. Der Referent Genosse Dr. Lindemann hat im Auftrage von uns die Erklärung abgegeben: „Was die Resolution Kayser (die Mißbilligungsresolution) betrifft, so habe ich den Auftrag zu erklären, daß die Fraktion

dieselbe nicht annehmen kann. Wir befinden uns nicht in einer Rolle, daß wir uns bedauern lassen müßten. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir die Interessen der Partei vertreten haben. Die Resolution bedeutet eine Bindung der Fraktion über die Lübecker Resolution hinaus. Im Gegensatz zu dieser sieht sie keine Ausnahme vor. Wir wissen nicht, ob nicht das nächste Mal wieder besondere Verhältnisse vorliegen, die uns nötigen, zuzustimmen. Jedenfalls möchten wir uns die Rechte, die uns durch Parteitagsbeschlüsse gewährt sind, nicht noch weiter einschränken, uns nicht darüber hinaus binden lassen. Deshalb bitten wir um Ablehnung dieser Resolution." Das nennen Sie der Versammlung die Pistole auf die Brust setzen? Wenn weiter von Richard Fischer an uns die Aufforderung gerichtet ist, wir sollten denen, die uns auf der anderen Seite versichern, daß sie es ehrlich meinen, das glauben; dann können auch wir verlangen, daß unsere Versicherungen mit demselben Vertrauen und demselben Glauben entgegengenommen werden. (Sehr richtig!) Man behauptet immer und immer wieder, daß wir durch unsere Zustimmung zum Etat der Regierung ein Vertrauensvotum erteilen wollten. Das ist falsch. Lindemann hat in seinem Schlußwort ausdrücklich erklärt: „Die Zustimmung zum Etat ist weder ein Mißtrauens- noch ein Vertrauensvotum. Zwischen diesen beiden Voten gibt es noch eine ganze Reihe von Schattierungen des Verhältnisses zwischen einer Partei und einer Regierung." Wenn die Budgetbewilligung die Anerkennung des Klassenstaates bedeutet, dann müßten wir logischerweise ja jede Verfassungsreform, die nicht die Anerkennung der Republik einschließt, ablehnen, dann dürften Sie auch in Preußen keiner Verfassungsreform zustimmen, die nicht das Endziel auf einmal verwirklicht. (Widerspruch.) Die Frage der Zustimmung zum Budget ist früher niemals zu einer prinzipiellen Frage gestempelt worden, weder die Gothaer noch andere haben das behauptet. Als die württembergische Fraktion im vorigen Jahre dem Etat zustimmte, da erschien im Gothaer „Volksblatt" ein Artikel, worin es hieß: „Unsere Fraktion hatte keinen Grund, dem Ministerium Hentig, das uns in manchen Dingen entgegengekommen ist, durch Ablehnung des Etats ein Mißtrauensvotum zu geben, wenn man sich der Lübecker Resolution entsprechend auf den Standpunkt stellt, die Budgetbewilligung als eine taktische Angelegenheit zu betrachten." (Hört! hört!) Sie schimpfen uns Partikularisten, aber dann sind Sie Unitarier um jeden Preis, die Einheit in der Knechtschaft ist Ihnen lieber, als der Föderalismus, der einen Teil größere Freiheiten einräumt. (Lärm.) Wir treten auch deshalb in der Partei für einen gewissen Föderalismus ein, weil sonst die Rechte unserer Landesorganisationen entwertet werden. Im § 15 des württembergischen Landesstatuts werden die Aufgaben der württembergischen Landesversammlung genannt und da wird als eine ihrer Aufgaben die Entgegennahme des Berichtes der Landtagsfraktion bezeichnet. In dem Augenblick, wo Sie die Begutachtung unserer Haltung im Landtag der Landesorganisation nehmen und dem allgemeinen Parteitag übertragen, nehmen Sie der Landesorganisation ihren ganzen politischen Inhalt. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir wollen in unseren Landesorganisationen nicht eine Maschinerie sein zu dem Zweck der Einziehung von Beiträgen, sondern wir wollen auch der Organisation unseres Landes einen politischen Inhalt geben, und daran sollten Sie uns nicht hindern, indem Sie über die Rechte unserer Landesorganisationen zur Tagesordnung übergehen. (Beifall bei den Süddeutschen. Gelächter auf der anderen Seite.)

Sindermann: Als ich den Genossen Heymann soeben hörte, glaubte ich ihn auf dem Wege der Besserung, denn früher hatte er erklärt, der heutige Staat muß befestigt und verankert werden, und dazu sei die Budgetbewilligung nötig. Zum Schluß aber verfiel er wieder in den alten Fehler, er sagte: Unannehmbar! Wohin soll das führen? Dann habt Ihr den Disziplinbruch in ganz Deutschland. (Sehr richtig!) Daher warne ich ganz entschieden vor Annahme des Antrages Fischer, der die Vorstandsresolution abschwächt. (Sehr gut!) Glauben Sie, die Stimmung in Norddeutschland ist vom „Vorwärts" und der „Leipziger Volkszeitung" gemacht? Nein, aber unsere Organisierten sagen sich: jeder arme Teufel von Parteifunktionär wird an dem Kragen genommen, wenn er etwas verfehlt, und da versteht man nicht, wenn der Disziplinbruch der Süddeutschen so hingehen soll. Wenn wir Disziplin nach unten hin verlangen, so muß sie auch von oben gefordert werden. (Sehr richtig!) Nun wird erklärt, den Berlinern und Sachsen ist das ebenfalls passiert. Die Berliner haben das Märchen zerstört, ich tue es auch für Sachsen. Nicht ein einziges Mal hat unsere Landtagsfraktion für das Budget gestimmt. (Kolb ruft: Goldstein!) Das ist ja alles berichtigt worden, Genosse Kolb! Goldstein hat erklärt, daß er als einziger das erstemal aus Versehen sitzen geblieben ist. Aber außerdem wäre das etwas ganz anderes, denn die Süddeutschen haben durch ihre Konferenz die Budgetabstimmung gewissermaßen organisiert (Sehr gut!), durch die Motivierung ihrer Abstimmung dargetan, daß sie demonstrativ dem heutigen Klassenstaat die Mittel entgegenbringen. Und das verstehen wir nicht. Es muß zur Desorganisation, zum Disziplinbruch und zur Grundsatzlosigkeit, auch in den Gewerkschaften, führen, wenn das so durchgeht, wie das Fischer und Frohme mit ihren Resolutionen wollen. Nein, wir müssen einen solchen Verstoß gegen Parteitagsbeschlüsse unmöglich machen, sonst haben wir auf allen Parteitagen dieselben Auseinandersetzungen, und das müssen wir verhüten. Nun ist auch von den Süddeutschen ein sentimentaler Ton beliebt worden, der an das Gefühl appellierte. Man ließ durchblicken, daß seit 1903, seit dem Dresdener Parteitag, die Partei im Niedergang begriffen sei. Ja, wie soll man denn dies verstehen? Habt Ihr denn den Bericht des Parteivorstandes nicht gelesen? Dort steht das Gegenteil. Seit 1903 haben sich unsere Organisationen gewaltig entwickelt. Auch die freien Gewerkschaften sind in dieser Zeit um fast das Doppelte gestiegen. Für Bildungsbestrebungen geben wir jetzt Summen aus, die man früher für unmöglich hielt. Wie kann man da von einem Niedergang reden?

Bei diesen Debatten hat man Reden gehalten, die den Reichsverbändlern und auch dem Reichskanzler Bülow für seine nächste Rede das schönste Material liefern. (Sehr wahr!) Was über die „Leipziger Volkszeitung" gesagt worden ist, übertrifft alles, was bisher dagewesen ist. (Sehr wahr!) Leipzig hat im Verhältnis zu der Zahl der Reichstagswähler den besten Prozentsatz von Organisierten im ganzen Reich, und an der Spitze steht es auch im Verhältnis mit dem Prozentsatz der Abonnenten; ohne den Vertrieb auf den Bahnhöfen konzessioniert zu haben (Heiterkeit), hat die „Leipziger Volkszeitung" eine Auflage, auf die wir stolz sein können. Möchten auch anderwärts die Genossen so einmütig hinter ihrem Organ stehen. Wenn Ihr die Einigkeit wollt, die Ihr stets und ständig im Munde führt, dann laßt das Wort: Unannehmbar! (Sehr gut!) Dann steckt Euch, wie es auch andere Parteigenossen tun müssen, eine Rüge ein, und wir werden in Zukunft diese Debatte nicht mehr haben, sondern in Reih und Glied, Schulter an Schulter den gemeinsamen Feind bekämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Leinert-Hannover: Es ist wiederholt gesagt, wir müssen volle Klarheit schaffen. Nun, darüber ist bereits volle Klarheit geschaffen, daß nach Ansicht der süddeutschen Genossen zwingende Gründe für die Zustimmung zum Budget vorlagen. Nachdem die süddeutschen Genossen dies erklärt haben, müssen wir es ihnen glauben, denn sie sind ebensogut ehrenhafte Partei-

genossen wie wir und andere. Aber der ganze Streit ist ja in Wirklichkeit nicht ein Streit um die Zustimmung zum Budget an sich, das haben die Genossinnen Luxemburg und Zetkin klar bewiesen, das haben auch die Artikel bewiesen, die während des Streits vor dem Parteitag erschienen sind, vor allem der Artikel: „Zehn Jahre Revisionismus". Man will hier wieder einmal den Revisionismus beseitigen, und da geht man allerdings ziemlich konsequent vor. Genossin Zetkin sagt, die Zustimmung zum Gesamtbudget habe den Charakter eines Bekenntnisses des Entgegenkommens gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, und man sagt, in der Resolution des Parteivorstandes, die Gesamtabstimmung müsse als ein Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden. Aber man versucht nach keiner Richtung hin die Behauptung, daß das ein Vertrauensvotum sein muß, zu beweisen. (Sehr richtig!) Mit demselben Recht könnte man jede einzelne Abstimmung als ein Vertrauensvotum für die Regierung bezeichnen. (Sehr gut!) Vergessen Sie doch eines nicht: Nicht die Abgeordneten, nicht die Organisationen unserer Partei, sondern die Regierungen des Klassenstaates führen die Gesetze aus, an denen wir Sozialdemokraten mitwirken. (Sehr richtig!) Warum wollen wir denn dann den Abgeordneten für Einzelfragen nicht freie Hand lassen, warum soll die Gesamtabstimmung für ein Budget allein ausschlaggebend sein? Wenn die Gesamtabstimmung ein Vertrauensvotum ist, dann bildet sie nur den Schluß desselben, der Anfang wird gemacht, wenn man einzelne Kosten bewilligt, und warum soll denn dann der Anfang nicht auch schon ein Vertrauensvotum sein? Wenn wir die Resolution konsequent durchführen, dann müssen wir den Parlamentarismus überhaupt ablehnen, das hat auch Genossin Luxemburg so außerordentlich schön ausgeführt, als sie von den „erbärmlichen Abschlagszahlungen" sprach. Diese „erbärmlichen Abschlagszahlungen" sind es aber, mit denen wir als Erfolge der Partei in den Wahlkampf ziehen. (Sehr richtig!) Und da sagt Genossin Luxemburg: Nur zur Kritik des Bestehenden ist die Tribüne des Parlaments da. Was hat aber der Genosse, den Sie alle verehrt haben und der auch Erfahrung hatte, Wilhelm Liebknecht, darüber gesagt? Auf dem Hamburger Parteitag 1897 sagte er:

„Im Anfang der Partei, als wir noch wenige Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag, die Tribünen ausschließlich oder fast ausschließlich zur Propagierung unserer Ideen zu benutzen. Allein sehr bald wurden wir auf den Boden der Praxis gestellt. Wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Gesellschaftsordnung doch etwas mehr ist als eine Gelegenheit, schöne Reden zu halten, und daß es durch die schönsten und kräftigsten Reden nicht beseitigt wird. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, auf dem Boden der Praxis etwas zu tun." (Sehr richtig!)

Das sagt Liebknecht, und dann führte er weiter aus:

„Aus Arbeiterkreisen selbst sind wir aufgefordert worden, bei allen Arbeitergesetzen und allen anderen Vorlagen, die Gelegenheit bieten, durch Amendements, durch eigene Anträge für Verbesserung der augenblicklichen Zustände und Gesetze einzutreten. Ein solcher Antrag, Paktieren mit den gegebenen Verhältnissen, ist das Verrat?"

So fragt Liebknecht, so können wir auch heute fragen, und wir können die Frage genau so gut beantworten wie Liebknecht:

„Wer verlangt, daß wir uns anders verhalten und den Boden der Praxis verlassen und rein theoretisch wirken — der will, daß wir in die Eierschale zurückkehren, aus der wir vor langer, langer Zeit herausgekrochen sind." (Sehr gut!)

Also die Hauptsache war nach Liebknecht, etwas auf dem Boden der Praxis zu tun, und das befolgt die Arbeiterbewegung sowohl auf gewerkschaftlichem als auf politischem Gebiete.

In der „Neuen Zeit" erschien einmal ein Artikel eines Genossen, der sich die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften zur Pflicht machte. Es hieß da: ganz gleich, wie die Erfolge sind, die Hauptsache ist, daß die christlichen Gewerkschaften bekämpft werden. Darauf sprach ich mit einem Praktiker der Gewerkschaftsbewegung. Ich sagte ihm: Die Hauptsache, wenn Du etwas tun willst, ist, daß Du die christlichen Gewerkschaften bekämpfst. „Ach," meinte er, „die Hauptsache ist, daß unsere Maurer Geld verdienen. Darum handelt es sich, nicht aber um das Prinzip." So haben vernünftigerweise auch die Gothaer Genossen gehandelt. Bock sagte, sie hätten das Domänenabkommen retten wollen, das mit dem Minister unzertrennlich verknüpft war. Das Domänenabkommen hatte aber zur Folge, daß dem Klassenstaat 20 Millionen Mark mehr gegeben wurden (Sehr gut! bei den Süddeutschen), also eine finanzielle Verstärkung des Klassenstaates. Das Gesetz stand und fiel mit dem Minister, aber der Minister ist doch der Lenker dieses Klassenstaates, von dem es in der Resolution ganz richtig heißt, daß er ein Organ der Klassengesellschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Klassen bildet. Wie konnten nun die Genossen in Gotha einen Minister halten, der eine „erbärmliche Abschlagszahlung" von 20 Millionen, und nicht einmal in die Taschen der Arbeiter, sondern in die des Staates fließen lassen wollte. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Da war ihnen die Füllung der Taschen des Klassenstaates sogar wichtiger als die Vertretung der hier proklamierten Idee. Konsequenterweise hätte Bock zu einer Ablehnung der Resolution des Vorstandes kommen müssen. Er ist aber klüger gewesen, und zieht es vor, dafür zu stimmen, um dem Vorwurf zu entgehen, daß er den gothaischen Minister, den Scharfrichter der Klassenregierung, gestützt hat, und dann hat er dadurch auch noch das für sich, daß er hier als Scharfrichter unserer süddeutschen Genossen mitwirken kann. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Eigentlich sollten die Gothaer dem Schicksal auch nicht entgehen, die Gerechtigkeit erfordert, daß man vor Württemberg Gotha setzt. Verurteilen Sie die Süddeutschen, dann müssen auch die Gothaer hinein in die Eiserne Jungfrau. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wir wollen, daß der praktischen Arbeit innerhalb der Partei ein möglichst weiter Spielraum gegeben wird. Deshalb wollen wir die Lübecker Resolution aufrechterhalten. Lehnen Sie die Resolution des Parteivorstandes ab, um ein Unglück zu verhüten! Es ist notwendig, daß wir im Interesse der Partei die Erregung, die nicht die Zustimmung zum Budget, sondern die Diskussion über diese Frage hervorbrachte, aus den Massen herausbringen, und zwar dadurch, daß der Parteivorstand, der ja nicht von aller Schuld freizusprechen ist, seine Resolution zurückzieht. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Dann können wir die Resolution Frohme annehmen, und dann wird dieser Parteitag im Interesse der Gesamtpartei wirklich vornehm geschlossen werden können. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Wurm: Ich habe zunächst eine Erklärung abzugeben im Namen der hier anwesenden 12 Berliner Stadtverordneten. Die Erklärung lautet:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten Berlins, die als Delegierte auf dem Parteitage anwesend sind, erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung niemals für das städtische Budget Berlins gestimmt hat, sondern ihre entgegengesetzte Stellung zum Ausdruck gebracht hat.

Es ist auch niemals in der Fraktion ein Beschluß gefaßt worden, der den Mitgliedern der Fraktion freie Hand läßt, ob sie für oder gegen das Budget stimmen wollen.

Jede entgegengesetzte Behauptung ist unwahr.

Singer. Basner. Wurm. Ewald. Schubert. Ritter. Zubeil. Stadthagen. Borgmann. Wengels. Pfannkuch. Bruns."

Parteigenossen! Demgegenüber wird Segitz nun wohl endlich verstummen (Segitz: Nein! Unruhe) und einsehen, daß er falsch unterrichtet worden ist. Wenn Segitz wiederum den Brief vorzieht, den er merkwürdigerweise von einem meiner Berliner Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung bekommen haben will, so kann ich ihm sagen, der Berliner Kollege wird sich vor der Stadtverordnetenfraktion und den Arbeitern, die ihn gewählt, zu verantworten haben. (Eisner: Das glaube ich!) Glauben Sie, daß sich die Berliner Arbeiter solche Vertreter gefallen lassen? Was aus dem Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung vorgebracht ist, besagt ja gar nichts. Da steht bei der Abstimmung: „Die Versammlung beschließt demgemäß" — ja, weil eben die Mehrheit für die Bewilligung des Etats ist. Daß aber Leute, die jahrelang die Ehre hatten, am Berliner Zentralorgan mitzuarbeiten, behaupten können, wir Berliner Stadtverordneten hätten für den Etat gestimmt. — (Eisner: Nicht dagegen gestimmt!) Wenn Sie uns nicht irreführen wollen durch ein Spiel mit Worten, so wissen Sie doch, daß es nicht notwendig ist, ausdrücklich bei der Abstimmung aufzustehen, unter Umständen sogar unmöglich ist, sondern daß wir prinzipiell erklärt haben: wir stimmen dagegen und daß wir unser Verhalten danach einrichten. Im Reichstag ist es ja ebenso. (Zustimmung.) In dieser Kampfesweise liegt Methode. (Sehr wahr!) Deshalb ist es notwendig, ausführlich darauf einzugehen. Timm hat gestern gesagt, auf dem Lübecker Parteitag hat Joos-Gotha gegenüber Bebel seinen Standpunkt für Bewilligung des Budgets vertreten, nach Joos sprachen andere Redner, darunter Bebel und Wurm, und niemand fand es nötig, ihm entgegenzutreten. Wie war es aber in Wahrheit? Nach Joos wurde ein Schlußantrag angenommen und Bebel konnte nur eine persönliche Bemerkung machen. Timm aber sagt: Seht, da steht: nach Joos sprach Bebel und er hat kein Wort erwidert! Seht, so zitiert man, wenn man nicht anständig zitiert! (Lebhafter Beifall. Zuruf: Zitieren kann!) Wenn wir aber von diesen häßlichen Begleiterscheinungen unserer Meinungsverschiedenheiten absehen und nur den Grundgedanken des Streites herausschälen wollten, da würde man in große Verlegenheit kommen, wenn man fragen wollte: was wünschen denn eigentlich unsere Freunde in Süddeutschland? Der eine sagt, die Bewilligung des Budgets ist für uns eine Lebensfrage, der andere: wir müssen Bewegungsfreiheit haben, also auch unter Umständen das Budget ablehnen, und der dritte: wozu der Lärm, es ist ja nur ein ganz kleines Budget, wozu soviel Aufhebens von dieser Bagatelle? (Heiterkeit.) Wie sollen wir uns da eine Meinung bilden, wer da recht hat? Nach meiner Meinung handelt es sich allerdings um eine Lebensfrage der Gesamtpartei, und nicht um eine Frage der Taktik, sondern des Prinzips. Wir haben es ja schon auf so und so vielen Kongressen erlebt, daß man auf die Taktik abschieben will, sobald das Prinzip unangenehm ist. Was man als Prinzip nicht vertragen kann, das sieht man dann als Taktik an. (Sehr gut!) Der Antrag Thiele ist unannehmbar. Kautsky hat Ihnen ja gesagt, daß ein Unterschied zwischen Prinzip und Taktik gar nicht existiert, daß die Taktik das verkörperte Prinzip sein muß. Wie können Sie da sagen: es komme ja doch auf die unterschiedlichen Eigentümlichkeiten im Norden und Süden an! Genosse Frank aber geht noch weiter. Er sagt: wir sollten doch die Prinzipienfrage zurückstellen, da die Arbeiterschaft draußen

einig sein muß. Nun, wir vertreten nur 3¼ Millionen Arbeiter, 6 oder 7 Millionen Arbeiter haben wir noch nicht, sollen wir da, um einig zu sein, ein Kuddelmuddel machen und auch auf die Ansichten der Christlichen, der Hirsch-Dunckerschen und auch der Gelben Rücksicht nehmen? Sind wir dann noch eine Partei oder sind wir Rechnungsträger und Geschäftemacher. (Beifall.) Frank hat dann behauptet, wir müßten schon deshalb nachgeben, weil sie freie Männer sein wollen, das Recht haben wollen, ihre Meinung frei zu vertreten, die keinem Zwang sich unterwerfen können. Das hat Genosse Frank im Reichstag gelernt, dort hat es Genosse Bülow nur mit etwas anderen Worten gesagt. (Große Heiterkeit.) Genosse Bülow hat gesagt: bei den Sozialdemokraten heißt es: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein! Das hat Frank gefallen und er hat geglaubt, der gute Bülow ist sein Genosse und das kann er auf uns übertragen. (Heiterkeit.) Ach nein, wenn man eine wissenschaftliche Ueberzeugung als Zwang ansieht, dem man sich nicht unterwerfen will, als eine Demütigung, dann hört überhaupt alles auf. Die Gründe der Süddeutschen können wir als Gründe nicht anerkennen. Sie haben uns Gründe als nagelneu angeführt, die wir uns in der Sozialpolitik, ja in der ganzen Tätigkeit im Reichstag seit Jahrzehnten an den Schuhsohlen abgelaufen haben. Ihre Gründe für die Budgetbewilligung aber sind nicht Gründe der Ueberzeugung, sondern Gründe der Rechnungsträgerei. Wir leben in einer Zeit der Krisis; wenn Sie glauben, durch Schleicherei, durch Nachgiebigkeit irgendwie das Volk für sich gewinnen zu können, dann täuschen Sie sich! Dem Mutigen gehört die Welt, die Fahne vorwärts getragen wie bisher, und nicht glauben, daß wir durch Ducken und Kriechen und Schmeicheln etwas erreichen können! Die Brücke, die der Parteivorstand in seiner Resolution geschlagen hat (Lachen der Süddeutschen), ist das äußerste. (Lebhafter Beifall.) Jede Streichung daraus würde einen Pfeiler erschüttern und dann bricht die ganze Brücke zusammen. (Lebhafter Beifall.)

Maier-Heidelberg: Ich freue mich außerordentlich, daß wir Hinterwäldler endlich einmal nach Ansicht derer, die auf der äußersten Linken stehen, radikal geworden sind, denn unsere Bauern in verschiedenen kleinen Gemeinden lehnen den Etatsvoranschlag ab, weil sie sich vielleicht mit dem Bürgermeister schlecht stehen (Heiterkeit), und wir Sozialdemokraten stimmen dieser Ablehnung zu, überall da, wo man unsere Anträge nicht annimmt oder uns schlecht behandelt. Damit wären wir in den Dörfern des Odenwaldes also die klassenbewußtesten Genossen. (Große Heiterkeit.) Eine Wahlkreis- und Gemeindevertreterkonferenz des 12. badischen Reichstagswahlkreises, die außer von den Parteidelegierten auch von über 50 Bürgerausschußmitgliedern besucht war, hat einstimmig die badische Budgetbewilligung gutgeheißen und einstimmig — auch viele norddeutsche Genossen waren darunter, die im Süden arbeiten — wurde gewünscht, daß die Entscheidung darüber, ob dem Budget zuzustimmen sei, den Fraktionen und den Landesorganisationen verbleiben müsse, nicht aber denen, die fernab von den Verhältnissen die Situation nicht so genau beurteilen können. Wir streiten uns jetzt zwei Tage herum; man droht uns mit den schlimmsten Dingen. (Zuruf: Wer droht?) Die Sache ist viel einfacher, als wie sie durch unsere Gelehrten heraufbeschworen ist. Wir denken weder an eine Absplitterung, noch an eine Lockerung der Disziplin. Kommen Sie einmal zu uns, Sie werden finden, daß wir den Klassenkampf genau so scharf führen wie Sie, ja viel schärfer können wir ihn führen, weil wir mehr Ellenbogenfreiheit haben. (Lachen.) Sie sagen, wir müssen dem Budget die Zustimmung verweigern, weil die Massen unsere Haltung sonst nicht verstehen würden. Nun, die Mehrzahl der organisierten Genossen würde es auch bei uns verstehen, wenn wir ihnen auseinandersetzen, warum wir ein Budget ab-

lehnen, nicht aber die Massen, die wir erst gewinnen wollen, und auf die müssen wir doch Rücksicht nehmen. (Gelächter.) Lachen Sie soviel Sie wollen, aber kommen Sie einmal zu uns, um zu agitieren. (Zuruf: Ist das grundsätzliche Agitation?) Wir können bei aller Grundsätzlichkeit nicht verlangen, daß ein Schwarzwälder oder ein Odenwälder Bauer — nicht ein Großbauer, sondern ein armer Teufel, genau so arm wie wir — uns versteht, wenn wir ihm mit den extremsten Dingen kommen. Wir müssen auf die Massen Rücksicht nehmen, die wir gewinnen wollen. Wir haben in Baden das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, aber trotzdem ist unsere Fraktion noch klein, weil die große Masse der kleinbäuerlichen Bevölkerung uns noch fernsteht. Diese Leute können wir nicht durch die Theorie von Kautsky gewinnen; bei uns im Süden geht die Entwickelung der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zum Großbetrieb, und wenn wir auf den Moment warten wollten, bis die kleinen Bauern von den großen Grundbesitzern aufgefressen sind, dann können noch zehn Generationen darüber hinsterben. Zwingen Sie uns nicht etwas auf, wodurch unsere Agitation nur erschwert wird. Die Partei wird nach wie vor bestehen, auch wenn der Vorstand und die Kontrollkommission die Resolution zurückziehen, und wir werden ihnen zeigen, daß wir auch nach Nürnberg noch richtige Parteigenossen sind. Aber legen Sie uns keine eisernen Fesseln an. Es ist durchaus richtig, daß man mit Hinauswerfen gedroht hat. Eichhorn hat, wie ich jetzt authentisch festgestellt habe, gesprächsweise gesagt, es wird keine Ruhe geben, als bis die Personen, die in Süddeutschland in Frage kommen, weg sind. (Hört! hört!) Kommt es aber zur Spaltung, dann werden diese Leute in einem Jahre abgewirtschaftet haben! (Erneutes Hört! hört!) Wir protestieren dagegen, daß man uns hinauswerfen will. Aber wenn Sie unsere Abgeordneten hinauswerfen, dann werfen Sie uns Badenser alle hinaus. (Unruhe.) Wir stehen bei unseren Abgeordneten, wir gehen mit unseren Abgeordneten. Im nächsten Jahre haben wir in Baden Landtagswahlen; niemand hat unserer Wahlbewegung größere Prügel zwischen die Beine geworfen als die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen, große Unruhe auf der anderen Seite.) Wir kommen jetzt nach Hause, wir sollen den Kampf führen gegen die gesamten bürgerlichen Parteien, gegen die Regierung, gegen die Reaktion und wir dürfen deshalb nicht behandelt werden wie Schulbuben, die nicht wissen, was sie tun. (Beifall und Lärm.) Lehnen Sie die Resolution ab, wenn die Parteileitung nicht selbst soviel Verantwortlichkeitsgefühl besitzt und sie zurückzieht. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Schmidt-Gmünd: Wenn heute Segitz gesagt hat: kommt es zu einem Bruch, dann stehen in Bayern 95 Proz. der organisierten Arbeiter hinter ihm, so behaupte ich, das ist für Württemberg nicht wahr! Keine 10 Proz. stehen hinter unseren Abgeordneten. (Lebhafter Beifall und großes Gelächter.)

Die Diskussion wird auf morgen vertagt, es folgen persönliche Bemerkungen.

Singer: Ich muß auch heute eine persönliche Bemerkung machen und bedauere das um so mehr, als ich wünschte, daß man nicht mit solchen Waffen kämpfen sollte, wie die sind, gegen die ich jetzt die persönliche Bemerkung machen muß. Segitz hat behauptet, ich hätte die Besprechung der Parteileitung mit den süddeutschen Genossen abgebrochen in dem Augenblick, wo er seine Vorschläge zur Verständigung gemacht hat. Ich erkläre diese Behauptung in allen ihren Teilen für unwahr. (Hört! hört!) Der Verlauf der Sache war folgender: Segitz war der letzte Redner; er meinte, eine Verständigung sei zu finden, wenn die und die von ihm vorgeschlagenen Aenderungen an der Vorstandsresolution gemacht würden. Darauf habe ich ausdrücklich gefragt, ob jemand

das Wort zu der Sache nähme. (Bebel: Sehr richtig!) Es nahm niemand das Wort, und darauf habe ich gesagt: dann sind wir mit unserer Besprechung zu Ende, und als meine persönliche Meinung habe ich ausgesprochen, daß ich nicht glaube, daß in dieser Weise die Resolution abgeändert werden könne. Nun frage ich Euch alle, Parteigenossen: Ist es eine Art und Weise, diesen von mir wahrheitsgemäß geschilderten Vorgang, so zu behandeln und darzustellen, wie es Segitz mit seinen Ausführungen gemacht hat? (Lebhafte Entrüstungs- und Pfui-Rufe.) Und ich muß sagen, wenn es irgend etwas gibt, was einem die Arbeit in der Partei verleiden könnte, dann ist es diese Art Verdrehung der Worte, Mitteilungen aus vertraulichen Verhandlungen und Benützung von Treppengesprächen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe ferner namens des Parteivorstandes eine Erklärung abzugeben. Der Genosse Segitz hat behauptet, er habe von einer Besprechung zwischen Bebel und Ebert erfahren — augenscheinlich ein Treppengespräch. In dieser Besprechung seien Bebel von Ebert die bittersten Vorwürfe darüber gemacht worden, daß er in seiner Einleitungsrede so schwächlich gesprochen habe (Bebel ruft: Kein Wort wahr!), und damit die Sache des Parteivorstandes verdorben habe. Segitz hat dann noch zugefügt: das Ergebnis dieser Besprechung sei gewesen, daß Bebel von dem Schlußreferat zurückgetreten sei und der Scharfmacher Ebert an seine Stelle komme. Ich habe als Vorsitzender des Parteivorstandes die Erklärung abzugeben, daß bereits gestern abend auf den ausdrücklichen Wunsch Bebels der Vorstand in Rücksicht auf den augenblicklichen Gesundheitszustand Bebels beschloß, das Schlußwort Ebert zu übertragen. Parteigenossen! Ich frage Euch: ist das die Manier einer sachlichen Verhandlung (Pfui! Pfui!), oder ist es nicht vielmehr die Art hinterlistiger, illoyaler Kampfesweise? (Stürmische Zustimmung.)

Eichhorn: Genosse Segitz führte heute nachmittag laut den stenographischen Aufzeichnungen der Berichterstatter folgendes aus: Der Genosse Eichhorn, der wahrscheinlich Verbindungen mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission hat, hat gestern zu dem Redakteur eines süddeutschen Parteiblattes gesagt, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, einige fliegen zu lassen. Auf meinen Zuruf: Namen nennen! erklärte er weiter: Zu dem Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“. Und er schloß seine Bemerkung: Wenn geflogen wird, dann fliegen nicht nur einige, dann gibt es einen großen Ausflug.

Wenn dem Genossen Segitz durch Zwischenträger, wie sie schon Genosse Singer entsprechend charakterisierte, eine solche Aeußerung als von mir gefallen hinterbracht worden ist, dann erkläre ich diese Mitteilung für eine infame Lüge! (Hört! hört!) Ich habe kein Wort, das so gedeutet werden könnte, kein Wort von Parteivorstand, kein Wort von Fliegen gesagt. (Hört! hört!) Der ganzen Erzählung liegt ein gewöhnliches Biertischgespräch zugrunde. Ich habe mich mit Genossen Käppler über die Budgetfrage unterhalten und auseinandergesetzt die Unvergleichbarkeit der Bewilligung des Budgets einer Gemeinde mit relativer Selbstverwaltung und des Budgets eines monarchischen Staates. Ich habe die Auffassung vertreten, daß die Frohmesche Resolution unseren Genossen, die das Budget bewilligten, unannehmbarer sein müsse als die Vorstandsresolution, denn diese unterstellt sie bei ihren Maßnahmen nur einem das Programm ergänzenden Parteitagsbeschluß, jene aber macht sie abhängig von der Entscheidung des Parteivorstandes. (Sehr richtig!) Wir haben auch gesprochen von dem Ernst der Situation und in diesem Zusammenhang habe ich die Meinung vertreten, daß mit einer etwaigen Spaltung keine Ruhe in Süddeutschland eintreten würde, im Gegenteil, die Kämpfe würden erst recht beginnen und dabei habe

ich die hier wiederholt geäußerte Ansicht zu der meinigen gemacht, daß diejenigen, die auf eine Spaltung hindrängen, in einem Jahre abgewirtschaftet haben würden. (Hört! hört!) Das, Genossen, ist alles gewesen, was gesprochen wurde. Es ist absolut unrichtig, daß ich gesagt habe, es müßten erst ein paar in Süddeutschland aus der Partei entfernt werden, bevor Ruhe eintritt.

Eisner-Nürnberg: Bei den mühseligen Versuchen, wissenschaftlich festzustellen, ob die große revolutionäre Kundgebung der Budgetverweigerung in Berlin geschehen oder unterlassen ist, ist auch meine Person in die Debatte gezogen. Wurm hat mir indirekt vorgeworfen, daß ich entweder die bayerischen Parteigenossen falsch informiert oder eine pflichtgemäße richtige Information unterlassen hätte. Ich will deshalb feststellen, was ich über die Sache weiß und wovon ich noch heute überzeugt bin trotz aller Unterschriften. Ich habe es während meiner Berliner Anwesenheit nie anders gehört, als daß die Berliner Genossen für den städtischen Etat gestimmt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Berlinern.) Es war zur Zeit der Bernsteindebatten, wo ich häufig mit Singer in etwas spöttischer Weise darüber stritt. Ich war damals Gegner der Budgetbewilligung. Ich pflegte zu Singer zu sagen: Aber warum stimmen denn gerade diese ganz besonders radikalen Berliner nicht gegen das Budget? Da hat Singer mich aufmerksam gemacht auf eine Tatsache. Die verehrten Genossen, die diesen Zettel unterschrieben haben, wissen ja gar nicht was sie tun. (Unruhe.) Sie haben ja gar nicht das Recht der Budgetverweigerung in Berlin. (Zuruf: Dazu haben wir auf Sie gewartet!) Singer pflegte auf meine spöttischen Bemerkungen zu antworten: wenn wir gegen das Budget stimmen würden, dann würde uns die Regierung einen Etat aufoktroyieren. Wenn die Budgetverweigerung nicht ein wahrer Blödsinn ist, dann haben Sie nicht die Möglichkeit der Budgetverweigerung (Lachen), und wenn Sie nicht blödsinnig handeln wollen, so können Sie gar nicht gegen das Budget stimmen. (Lachen.) Ich bin höchst erstaunt, daß heute plötzlich dies alles nicht mehr wahr sein soll.

Ebert: Wie ich zu dem Schlußwort gekommen bin, hat Singer bereits festgestellt. Nun zu der Besprechung von heute morgen: Ehe Bebel hier diesen Saal verließ, ließ er mich um eine Unterredung bitten. Diese fand oben im Postzimmer statt, das dem öffentlichen Verkehr offensteht, und in dem sich meines Wissens zur Zeit unserer Unterhaltung außer den beiden Beamten nur der Genosse Thiele aus Halle befunden hat. (Bebel: Sehr richtig! Hört! Hört!) Bebel ersuchte mich in dieser Unterredung, in meinem Schlußwort in seinem Namen eine Erklärung abzugeben. Wir haben uns weiter unterhalten über die Richtlinien des Schlußworts, sodann weiter über die Situation auf dem Parteitag. Es ist aber erstunken und erlogen, daß ich mir angemaßt haben soll, auch nur mit einem Wort dem Genossen Bebel über seine Stellung in dieser Streitfrage Vorhaltungen zu machen. (Bebel: Sehr richtig!) Dazu lag auch nicht der geringste Anlaß vor (Sehr richtig!), weil Bebel und ich seit Anfang dieser Streitfrage bis zur Minute völlig einer Meinung waren. Es lag kein Anlaß vor, weil der gesamte Vorstand von dem Augenblick, wo die Streitfrage aufgetreten ist, bis zur Minute völlig einer Meinung gewesen ist. Es lag kein Anlaß vor, dem Genossen Bebel Vorhaltungen zu machen wegen seiner Einleitungsrede, weil diese ganz in unserem Sinne gehalten ist. Wir haben ihm alle einmütig unsere Freude, unsere Anerkennung ausgesprochen. (Hört! hört! und Beifall.) Nicht ein Mann ist in der Parteileitung, der sich gegen die Art der Ausführungen, überhaupt gegen die Rede Bebels in irgendeiner Weise abfällig geäußert hätte. (Hört! Hört!) Parteigenossen, nun frage auch ich: wie ist es möglich, hier im Parteitagslokal, hier im Kreise der Genossen solch perfider Verdächtigung ausgesetzt zu sein? (Stürmische Zustimmung?) Die im Vordergrund unserer Bewegung stehenden Genossen in Berlin sind der Gefahr ausgesetzt, von Achtgroschenjungen beschnüffelt zu werden. Hier aber im Parteitagslokal, wo wir Genossen, Kameraden unter uns sind, da sollten selbst in Stunden schwerer Kämpfe unsere Gegensätze doch nicht so weit gehen, daß man zu ähnlichen Mitteln greift! Ich weise deshalb die Ausführungen von Segitz mit aller Entrüstung als unwahr, als völlig aus den Fingern gesogen, zurück. (Große Unruhe, stürmischer Beifall.)

Bebel: Ich kann der Erklärung Eberts in allen ihren Teilen zustimmen. Was er ausgesprochen hat, ist die reinste Wahrheit. Sie alle wissen, daß ich seit Jahr und Tag krank bin, daß ich dieses Jahr wochenlange Kuren durchgemacht habe. Ich bin gegen den Willen meiner Aerzte hierhergekommen, die samt und sonders erklärten, sie übernehmen keine Verantwortung, wenn ich nach Nürnberg gehe. Ich habe es trotzdem gewagt, aber als ich gestern meine Rede beendet hatte, da mußte ich mir selbst sagen: ein zweites Mal kannst du das nicht riskieren. Deshalb habe ich meinen Vorstandskollegen erklärt, ich kann das Schlußwort nicht nehmen, wir müssen einen anderen dazu bestimmen, und ich selbst habe Ebert vorgeschlagen. (Hört! hört!) Ich verwahre Ebert ganz entschieden dagegen, daß man ihn als Scharfmacher bezeichnet (Zustimmung), ich bin höchst erstaunt, wie man ihm dies Epitheton beilegen kann. Nach meiner Meinung ist er ein so ruhig und objektiv denkender Mann, wie wir ihn uns nur wünschen können. Als dann gestern abend in der Sitzung, der ich nicht beiwohnte, der Vorstand beschlossen hat, Ebert das Schlußwort zu übertragen, habe ich heute mittag mit ihm über einige Punkte sprechen wollen und hatte den Wunsch, daß er gewisse Dinge, die mich persönlich berühren, in einer mir genehm erscheinenden Weise vorbringe, und das hat er zugesagt. Dann haben wir uns darüber unterhalten und ich habe den Wunsch ausgesprochen, daß Parteivorstand und Kontrollkommission noch einmal zusammentreten möchten. Auch dazu hat er seine Zustimmung gegeben. Während unserer ganzen Unterhaltung — wir wußten ja, daß wir Zuhörer hatten — ist nicht ein Wort des Vorwurfs gegen mich erhoben worden, und ich war höchst erstaunt zu hören, daß Segitz erklärt hat, Ebert hätte mir derartige Vorwürfe gemacht. Segitz ist zweifellos das Opfer einer Mystifikation geworden. Ich bestätige, daß außer Thiele kein Genosse während dieser Zeit im Zimmer war. (Hört! Hört!) Es kann also nur Thiele — ich spreche das offen aus — derjenige sein . . . . (Lebhafte Zurufe von den Süddeutschen: Nein! Nein! Thiele ruft: Das ist unmöglich!) Ich erkläre also rund heraus, daß von dem, was hier ausgeführt ist, kein Wort wahr ist. Ich bedauere nur, daß die Dinge bereits soweit gekommen sind, daß man nicht mehr an einem Tisch ein paar Worte mit einem Freunde und Gesinnungsgenossen sprechen kann, ohne daß das entstellt weitergetragen wird. (Unruhe und lebhafter Beifall.)

Käppler-Altenburg: Ich bitte Segitz, mir zu bestätigen, daß er sich bei seiner Aeußerung vom Fliegen nicht auf Unterlagen stützte, die er von mir erfahren haben könnte. Die Darstellung von Eichhorn ist richtig. Ich möchte nicht in den Geruch eines Zwischenträgers kommen.

Segitz: Ich verdenke es Bebel nicht, wenn er sich entrüstet über das Gespräch, das zwischen ihm und Ebert stattgefunden hat, wenn es den Tatsachen, was ja ohne weiteres anzunehmen ist, nicht entspricht. Ebert aber hätte gar keine Veranlassung gehabt, sich zu entrüsten. (Unruhe.) Er weiß ja den Gewährsmann schon seit heute nachmittag, als Thiele mich ersucht hat, ihm zu bestätigen, daß ich von ihm die Mitteilung nicht habe, habe ich Ebert sofort sagen lassen, daß es der Genosse Nimmerfall ist, der mich in dieser Weise informiert hat. Ich freue mich, wenn die Dinge so sind, daß der Wechsel des Referats

auf keine andere Ursache zurückzuführen ist, als auf den Gesundheitszustand Bebels. Wenn ich Ebert als Scharfmacher bezeichnet habe, dann habe ich die Verhandlungen von gestern nachmittag im Auge, wo Ebert gerade der war, der die schärfste Stellung gegen uns genommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) — Was dann die Erklärung Singers betrifft, so steht die Tatsache unverbrüchlich fest, daß in dem Moment, wo ich den Vorschlag zu einer Verständigung gemacht habe, Singer die Verhandlungen abgebrochen hat. (Singer: Weil sich niemand gemeldet hat!) Ob er vorher gefragt hat, ob jemand das Wort wünscht, das weiß ich nicht. (Lachen und Zurufe: Darauf kommt es doch an!) Singer hat ausdrücklich gesagt, daß er jetzt der Konzessionen genug hat; das sieht wirklich nicht so aus, als ob er die Verhandlungen fortsetzen wollte. — Was dann weiter den Fall Eichhorn betrifft, der mir als der untergeordnetste erscheint, so hat ja Eichhorn zugegeben, daß ein derartiges Gespräch zwischen den genannten Genossen stattgefunden hat (Lebhafter Widerspruch), und in der Hauptsache läuft es darauf hinaus, was uns mitgeteilt worden ist. (Lebhafter Widerspruch. Pfui-Rufe.) Aber das will ich bestätigen, daß wir die Mitteilung nicht direkt von einem Redakteur des Mannheimer Blattes haben. (Zuruf: Von wem haben Sie sie?) Die ganze Situation berechtigt uns zu dem Mißtrauen, das ich heute ausgesprochen habe. (Große Unruhe, erregte Zurufe.)

Wurm: Eisner hat behauptet, daß unsere Erklärung unrichtig sei und daß wir nicht wüßten, was wir unterschrieben haben. Wir haben unterschrieben, daß die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung niemals für das Budget gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Berlinern.) Was hat Eisner erwidert? Er hat uns erzählt, wir d ü r f e n nicht gegen das Budget stimmen. Also die Möglichkeit eines Zwangsetats bedeutet für ihn die Zustimmung zum Budget. Ja, Genosse Eisner, das sind Taschenspielerkunststücke. (Beifall.) Wir haben auch sonst noch Zwangsetatisierungen in Berlin zu erwarten, sobald wir einen Zuschlag zur Einkommensteuer über 100 Prozent erheben. Aber trotzdem erklären wir uns jedesmal dafür, weil wir auf einen Zwangsetat pfeifen. Ich erkläre, daß ich meine Behauptungen aufrecht erhalte, wir haben niemals für das Budget gestimmt und keine Rabulisterei kann diese Tatsache verdrehen. (Beifall.)

Thiele-Halle: Angesichts des Parteitages fordere ich nunmehr die Genossen Segitz und Nimmerfall — ich habe den Namen heute zum erstenmal gehört, ich kenne den Genossen nicht — auf, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen. (Sehr richtig!) Wenn schon Ebert meinen Namen nur in dem Sinn hat erwähnen können, daß er mich in den Verdacht einer Indiskretion hat bringen wollen, so war Bebel im Begriff, das klar auszusprechen, wenn er nicht durch einen Zwischenruf unterbrochen worden wäre. Ich habe mit der ganzen Sache nicht das allermindeste zu tun, und heute mittag telephonierte ich an unser Blatt in Halle. Ich mußte einige Minuten auf den Anschluß warten. Während dieser Zeit traten Bebel und Ebert ein. Auf ihre Unterhaltung habe ich gar nicht geachtet, denn ich entwarf mein Telephonat und bin dann meiner Wege gegangen. Diesen Sachverhalt habe ich Ebert heute nachmittag sofort erzählt; es ist ihm auch von Segitz bestätigt worden, daß nicht ich, sondern Nimmerfall sein Gewährsmann ist. Ich verstehe nicht, wie Ebert nun dazu kommt, meinen Namen zu nennen. (Zustimmung.) Es gibt doch keinen schimpflicheren Verdacht als derartige Indiskretionen. Es ist das eine unerhörte Leichtfertigkeit, die ich von einem Mitglied des Parteivorstandes nicht erwartet hätte.

Nimmerfall-München: Kleine Ursachen, große Wirkungen! Ich ging in das Postzimmer, um mir Briefmarken zu kaufen, und da standen Ebert und

Bebel auf der Mitte der Treppe zur Galerie. Ebert sagte: Die Geschichte ist deshalb verworrener geworden, weil Sie nicht mit genügender Schärfe die Resolution des Parteivorstandes vertreten haben." (Bebel: Kein Wort wahr!) Als Lügner lasse ich mich von Ihnen nicht hinstellen. (Bebel: Das sind Sie!) Bebel hat dann gesagt: „Ich habe diese Resolution doch scharf genug vertreten." (Bebel: Das ist nicht wahr!) Genosse Bebel, das haben Sie gesagt! (Zuruf: Horcher!) Das ist kein Horchen, wenn man vorbeigeht und dies bei dem laut geführten Gespräch hört. Ich notierte mir sofort diese Aeußerungen bei meinem Heruntergehen, weil sie mir sehr wichtig erschienen, und erzählte es dann sofort meinem Freunde Auer. Daß diese Aeußerungen, genau so wie ich sie schilderte und auch meinen Freunden erzählte, gefallen sind, davon gehe ich nicht ab, da können Sie mir entgegnen, was Sie wollen. (Lärm.)

Bebel: Zunächst konstatiere ich, daß ich den Verhandlungen heute mittag, die diese hier in Rede stehenden Aeußerungen brachten, nicht beigewohnt habe. Ich bin erst heute abend durch die Erörterungen hier im Saale darauf aufmerksam gemacht worden. Ich konstatiere also weiter, daß, wenn anfangs vom Postzimmer die Rede war — so hatte ich es verstanden —, außer mir und Ebert, soviel ich weiß, von den Genossen niemand als Thiele anwesend war. Nun versteht es sich doch von selber nach der Erklärung, die Thiele abgegeben hat, ganz abgesehen davon, daß der Attentäter sich gemeldet hat, daß es Thiele nicht gewesen sein kann, und ich erkläre ganz ausdrücklich, daß ich alles, was ich gegen ihn gesagt habe, hiermit zurücknehme. (Bravo!)

Nun ist es der Genosse Nimmerfall gewesen. Ich habe den Parteigenossen bisher nicht gekannt. Er sagte also, wir hätten ein Treppengespräch gehabt. Wir sind natürlich, als wir hinauf zum Postzimmer gingen, die Treppe hinaufgegangen. (Heiterkeit.) Genosse Ebert sagte mir, Genosse Singer hätte den Wunsch, daß eine Aeußerung des Genossen Hildenbrand gestern, der einen Gegensatz zwischen mir und Singer zu konstruieren versuchte, dahin richtig gestellt werde, daß ein solcher Gegensatz nicht besteht. Darauf habe ich gesagt, ich begreife den Paul gar nicht, ich habe doch in meiner Rede ganz klar den Standpunkt der Resolution vertreten. (Hört! hört!) Da kann doch kein Widerspruch zwischen uns konstruiert werden. (Hört! hört!) Nun hat Nimmerfall einige Worte aufgeschnappt und offenbar daraus in seinem Hirn eine große Geschichte gemacht, als wenn wir uns in der heftigsten Weise bekämpft hätten. Wenn Sie das dann in einer Weise weitersagten, daß Segitz an die Wahrheit dieser Aussage glauben mußte und im Vertrauen auf Ihre Aussage hier zum öffentlichen Ankläger sich gemacht hat, so haben Sie in der elendesten und erbärmlichsten Weise als Parteigenosse sich betragen. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Segitz auch!) Sie haben nicht gelogen, indem Sie bewußt die Unwahrheit sagten, aber Sie haben eine aus einzelnen aufgeschnappten Worten erdachte Geschichte dem anderen als Wahrheit hingestellt. (Erneute lebhafte Zustimmung und Rufe: Und Segitz?!)

Ebert: Es ist richtig, daß ich den Genossen Thiele wegen der Aeußerung des Genossen Segitz zur Rede gestellt habe. Es ist richtig, daß mir Thiele gesagt hat, er hätte nichts erzählt, es sei Nimmerfall gewesen. Ich habe Thiele aber gleich gesagt, die Sache sei so nicht klar. Segitz sprach nämlich von e i n e r A u s s p r a c h e ü b e r v e r s c h i e d e n e D i n g e. Die Aussprache hat aber im Postzimmer stattgefunden. Ich sagte Thiele weiter, daß ich seinen Namen l e d i g l i c h i n d e r A b s i c h t nennen werde, um volle Klarheit in der Sache zu erhalten. Irgendeine Schlußfolgerung habe ich an die tatsächlich richtige Behauptung nicht geknüpft und stehe nun nicht an, zu erklären, daß ich gegen Thiele keinerlei Vorwurf erheben wollte und keinerlei Verdacht hege. Weiter erkläre ich nach den Ausführungen des Genossen Nimmerfall,

daß sich, wenn er sich auf das Treppengespräch beruft, die Sache so zugetragen hat, wie Bebel es dargestellt hat. Meines Erachtens ist es weniger bedauerlich, daß Nimmerfall solche Schwätzereien macht, als daß ein Mann in der Stellung von Segitz auf so vage, elende Schwätzereien hin die schwersten Vorwürfe erhebt. (Lebhafte Zustimmung.)

Schluß der Sitzung 7½ Uhr abends.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnete die Sitzung um 9¼ Uhr mit der Mitteilung, daß die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, die zurzeit ihren 12. Kongreß abhält, von diesem dem Parteitag ihre brüderlichen Grüße gesandt hat mit dem Wunsche für erfolgreiche Arbeit. (Beifall.) Er werde im Namen des Parteitages diesen Gruß erwidern. (Beifall.)

Die Diskussion über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Keil-Stuttgart: Es wird nach außen einen wenig erhebenden Eindruck machen, was wir in den letzten zwei Tagen hier getrieben haben (Sehr richtig!), vor allem auf die Masse unserer eigenen Anhänger. (Sehr richtig!) Die Gegner aber können sich die Hände reiben, denn wir haben uns in diesen zwei Tagen arge Blößen gegeben. Es entspricht schon nicht der großen Bedeutung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Erörterung dieser praktisch-taktischen Einzelfrage zwei Tage der wichtigen Zeit des Parteitags und darüber zu verwenden. Ich meine, wir sollten es nun genug sein lassen des grausamen Spiels (Sehr richtig!) und zur Vernunft zurückkehren. (Ja, bitte!) Die Erbitterung, mit der zwei Tage gekämpft worden ist, und mit der vielleicht — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute noch fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht längst in der deutschen Sozialdemokratie zwei Parteien einander gegenüberstünden, und wenn nicht bei jeder Erörterung einer solchen Einzelfrage neben der speziellen augenblicklichen Entscheidung, die zu treffen ist, noch Nebenzwecke in Betracht kämen, für beide Richtungen.

Weil man diese Nebenzwecke hüben und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zurück, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verwunden und vergißt dabei, daß jeder von uns hintendrein an den Schmerzen dieser Wunden selber zu leiden hat. Ich selbst bin kein eingeschworenes Mitglied einer der beiden Parteien, von denen ich gesprochen habe. Ich habe daher auch keinen Nebenzweck im Auge. Ich bilde mir ein, daß ich mir in diesen häßlichen Kämpfen vor und auf dem Parteitage die volle Objektivität bewahrt habe. Ich bin der Meinung, daß unglaubliche Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sind. Zuerst durch die übertriebene Behandlung der Frage, die sie in den norddeutschen Parteiblättern und später in den norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Parteigenossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, hätte ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gemacht hätten, wenn sie denn einmal gemacht werden mußten. Jedenfalls wäre es jetzt besser, die begangenen Fehler einzugestehen, als neue hinzuzufügen. (Sehr richtig!) Der erste Fehler ist tatsächlich von den süddeutschen Fraktionen gemacht worden, (Hört! hört!) zu denen ich gehöre. Es wäre besser gewesen, wenn die süddeutschen Fraktionen sich nicht auf den Standpunkt gestellt hätten, daß die Sitzung, in der über die Budgetfrage beraten wurde, ausschließlich eine kombinierte Fraktionssitzung sein sollte. Man hätte besser getan, außenstehende Parteigenossen hineinzuziehen. (Sehr richtig!) Ein weiterer Fehler besteht darin, daß die Begründung der diesmaligen ausnahmsweisen Zustimmung zum Budget in den süddeutschen Staaten in einer Weise gegeben worden ist, daß sie in ihrer logischen Konsequenz allerdings auf die dauernde Zustimmung zum Budget führt (Hört! hört!), die die Süddeutschen ja gar nicht wollten.

Ich vertrete in der Sache selbst folgenden Standpunkt: Ich halte es für verfehlt, der Ablehnung eines Budgets unbedingt den Sinn einer Kundgebung unseres Gegensatzes zur bestehenden Staatsordnung zu geben. Das hat auf die Dauer nicht die Wirkung, die wir uns davon versprechen, sondern es bindet uns die Hände, und außerdem fehlt es uns gar nicht an anderen Gelegenheiten, bei denen wir unsere grundsätzliche Stellung der Staatsordnung gegenüber zum Ausdruck bringen können. Wenn die ganze bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen war, wie es uns im „Kommunistischen Manifest" gelehrt wird, dann wird sie auch nicht aufhören, eine Geschichte der Klassenkämpfe zu sein, wenn wir es einmal für erforderlich halten, aus der gegebenen Situation heraus für ein Budget zu stimmen. Bin ich so auf der einen Seite der Meinung, daß wir die Budgetfrage nicht zu einer Frage der Demonstration gegen die bestehende Staatsordnung machen sollen, so bin ich andererseits der Meinung, daß dadurch die Frage, ob wir positive praktische Arbeit treiben wollen, nicht entschieden wird. Praktische Politik kann jeder treiben, der das Budget ablehnt, und negierende Politik kann jeder treiben, der es annimmt. (Sehr richtig!) Es gibt ja nicht einmal in allen Staaten eine Endabstimmung über das Budget, und natürlich wird auch hier „praktische" Arbeit geleistet. Ich betrachte diese Endabstimmung als unser wichtigstes parlamentarisches Kampfesmittel, und es steht bei uns, ihr bei jeder Gelegenheit diese Bedeutung selbst zu geben. Naturgemäß wird dies Kampfesmittel bei dem Verhältnis zwischen uns und den Regierungen sowie den bürgerlichen Parteien in der Regel Anwendung finden müssen, aber nicht immer und unter allen Umständen, denn sonst würden wir eine Politik treiben, wie der Stier im Porzellanladen. So wenig wir sonst bei jeder Gelegenheit gegen jeden beliebigen Gegner und zu allen Zeiten ein und dasselbe schärfste Kampfesmittel anwenden, ebensowenig dürfen wir unter allen Umständen und zu allen Zeiten die schärfste Art des Kampfes gegen die Regierungen anwenden. Wir müssen differenzieren lernen. Wir werden ja leider nicht oft in die Lage kommen, die Regierungen durch Außerkraftsetzung dieses Kampfesmittels zu schonen, aber die Möglichkeit dazu müssen wir haben, denn wir würden sonst unter Umständen nicht nur die Annahme eines für die Arbeiter ungünstigen Budgets herbeiführen, sondern auch noch manchen anderen Schaden anrichten, wenn wir dies Mittel blindlings anwenden. Die Resolution des Vorstandes ist inkonsequent, denn sie will die Zustimmung zu einem Budget nur dann gestatten, wenn durch die Annahme eines ungünstigeren Budgets ein Schaden angerichtet werden könnte, und sie übersieht, daß je nach der Situation durch eine Budgetverweigerung auch ein Schaden angerichtet werden kann, der außerhalb des Rahmens des Budgets liegt. Aus der Verwirrung, in die wir geraten sind und die gestern ihren Höhepunkt erreicht hat, gibt es keinen anderen Ausweg als die Annahme des Antrages Frohme. (Zustimmung.) Ich verfolge damit keinerlei Nebenzwecke, ich stehe nicht im Verdacht, daß ich auf die Verwässerung der sozialdemokratischen Taktik hinarbeite, und wenn ich trotzdem versichere, daß die Resolution des Vorstandes, obwohl die süddeutschen Fraktionen voraussichtlich nur ganz selten bei freier Entscheidung ein Budget genehmigen würden, wenn ich Ihnen versichere, daß uns die Resolution des Vorstandes Schaden für unser praktisches Wirken zufügen würde, so müssen

Sie mir das glauben. Bei der Annahme einer anderen Resolution als der von Frohme werden wir — davon bin ich fest überzeugt — den Frieden in der Partei sobald nicht bekommen. Zur Spaltung wird es hoffentlich nicht kommen, aber den Frieden werden wir nicht bekommen, und der tut uns endlich not. Bei Annahme des Antrages Frohme werden auch die süddeutschen Fraktionen aus der Debatte Lehren ziehen und bei ihren Abstimmungen Rücksicht auf die Stimmung in der Partei nehmen. Wenn wir den Antrag Frohme annehmen, dann wird diese Debatte die letzte Budgetdebatte in der Partei gewesen sein. (Beifall.)

Frau **Zietz**-Hamburg: Ich habe zunächst namens der großen Majorität der Hamburger Delegierten zu erklären, daß wir für die Vorstandsresolution stimmen werden. (Beifall.) Und zwar just deswegen, weil wir die Einheitlichkeit und die Geschlossenheit der Partei für unumgänglich notwendig halten. Wir sind aber auch der Meinung, daß diese basieren muß auf der Einheitlichkeit der theoretischen Erkenntnis und der grundsätzlichen Auffassung, und daß sie zum Ausdruck kommen muß in der Einheitlichkeit unserer Aktion. Und da kann ich nicht umhin, zu erklären, daß die süddeutschen Fraktionen die Einheitlichkeit der Aktion nicht nur in dem Sinne gestört haben, daß die Einheitlichkeit der Gesamtpartei dadurch in die Brüche geht, sondern auch soweit die süddeutschen Staaten selbst in Frage kommen. (Sehr richtig!) Wenn gestern gesagt worden ist, durch diese Debatte würden unseren süddeutschen Genossen, besonders den badischen, die demnächst vor einer Landtagswahl stehen, außerordentliche Hemmnisse bereitet werden, so frage ich: wer trägt denn die Schuld daran und wie sehen diese Hemmnisse aus? Ist es vielleicht ein erhebendes Gefühl, wenn unseren Genossen in Baden von den Gegnern gesagt wird: Ach Ihr kleine Handvoll Landtagsabgeordnete, seid ja nicht einmal unter Euch einig gewesen! Daß in Bayern und Baden eine Minorität gegen die Budgetbewilligung war, hätte die Genossen aus der Majorität stutzig machen müssen. (Sehr richtig!) Da hätten sie es sich erst noch überlegen sollen, ehe sie den Parteitag vor eine vollendete Tatsache stellten. Timm hat eine Aeußerung getan, der ich voll und ganz beistimme, nur in anderem Sinne, als sie gemeint war. Er hat gesagt, ihm erscheine, als ob Theorie und Praxis nicht mehr in engster Verbindung stehen. Bedeutet die Praxis nur die Umsetzung der Theorie in die Tat, dann allerdings trifft Timms Meinung für die Süddeutschen zu. Von der Vorstandsresolution, die diese Einheit von Theorie und Praxis für die Zukunft festlegt, sagt Heymann, das sei die Einheit in der Knechtschaft. Wer wird denn bei uns Parteimitglied? Nach unserem Organisationsstatut nur derjenige, der die Grundsätze der Partei anerkennt; und in dem Moment, wo er es tut und Mitglied geworden ist, hat er in freigewollter Disziplin sich diesen Grundsätzen unterzuordnen (Sehr richtig!), und das darf die Partei für sein Tun und Handeln verlangen. Und wenn wir aus unserer grundsätzlichen Auffassung heraus Disziplin halten, wie kann man da von Einheitlichkeit der Knechtschaft reden. Ist denn unsere grundsätzliche Auffassung in bezug auf Militarismus und Marinismus nicht immer die gleiche gewesen? Basiert nicht diese einheitliche grundsätzliche Auffassung und Stellungnahme auf der Erkenntnis vom Wesen des Militarismus und wird keineswegs als „Einheitlichkeit der Knechtschaft" empfunden? Vor allem aber in der Praxis, selbst bei denjenigen, die in der Theorie manchmal andere Anschauungen zum Ausdruck gebracht haben, in der Praxis sind sie doch auch immer einig. Nicht Einheitlichkeit der Knechtschaft ist es, nein, innerer Drang auf Grund unserer Ueberzeugung. Ich muß aber ganz entschieden Verwahrung gegen die Behauptung einlegen, daß die süddeutschen Genossen, wenn sie durch Annahme der Vorstandsresolution in normalen Fällen, will ich einmal sagen, in Zukunft an der Budgetbewilligung gehindert werden, dadurch an der praktischen Arbeit gehindert werden.

Der Genosse Keil ist der einzige gewesen, der diese Behauptung zurückgewiesen und auf ihr richtiges Maß zurückgeführt hat. Sind denn nicht alle unsere Abgeordneten im Reichstag oder den Landesparlamenten stets mit ganzer Kraft dafür eingetreten, den herrschenden Klassen das Möglichste abzuringen, was ihnen abzuringen war? Keil hat sehr richtig betont, daß das, was wir für die arbeitenden Massen erringen können, mit der Budgetbewilligung absolut nichts zu tun hat. Wenn unsere badischen und bayerischen Genossen darauf hingewiesen haben, daß sie in der letzten Periode eine ganze Reihe von Forderungen durchgesetzt haben, dann beweist es ja gerade, daß das mit der Budgetverweigerung nichts zu tun hat, daß die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Regierung dadurch absolut nicht tangiert wird, denn das letztemal haben doch unsere bayerischen und badischen Genossen das Budget abgelehnt. Trotzdem aber haben sie ihre Forderungen in erhöhtem Maße als früher durchgesetzt. Die Erfahrung hat uns doch oft genug gelehrt, wenn wir das nicht schon auf Grund unserer theoretischen Erkenntnis gewußt hätten, daß die herrschenden Klassen uns in der Gegenwart nicht deshalb so bekämpfen, weil wir unsere grundsätzlichen Anschauungen zum Ausdruck bringen, sondern vor allen Dingen, weil wir praktische Arbeit leisten und dadurch den Herrschenden etwas abringen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verweise auf die Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen. Warum hat sich z. B. in Straßburg und Mülhausen die ganze Ordnungsstippe zusammengetan, um unsere Genossen aus dem Stadtparlament zu vertreiben? Weil sie praktische Arbeit geleistet und für unsere Genossen eine ganze Menge von Vorteilen errungen haben. Man sagt, es handelt sich um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich bestreite das, will mich aber auf diesen Standpunkt stellen. Dann frage ich Sie aber: was erreichen Sie denn bei Ihrer Agitation, wenn Sie das Budget angenommen haben? Wenn unsere süddeutschen Genossen betonen, daß die sozialen Verhältnisse bei ihnen nicht so verschärft sind, so haben wir doch danach zu forschen, warum die sozialen Gegensätze noch nicht so scharf wie in Nord- und Mitteldeutschland sind. Die Antwort kann nur die sein: weil die industrielle Entwickelung noch jüngeren Datums ist. (Sehr richtig!) Dann aber haben wir gerade in der Agitation die unüberbrückbare Kluft, die das Proletariat von den herrschenden Klassen scheidet, in den Vordergrund zu stellen, um sie den breiten Massen begreiflich zu machen. Das können wir aber nimmer dadurch, daß wir zuerst bei den einzelnen Positionen schärfste Kritik an den Maßnahmen der herrschenden Klassen üben und zum Schluß dem Budget zustimmen, wenn wir kein gutes Haar lassen an dem Klassenstaat, und dann im Parlament die Mittel zu seiner Erhaltung bewilligen. (Sehr wahr!) Wenn Timm uns den Rat gegeben hat: zurück zum Vertrauen, und er meinte damit, daß wir auch im gewissen Grade den herrschenden Klassen vertrauen sollen (Unruhe), dann meine ich, daß für einen Demokraten die höchste Tugend das Mißtrauen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn er aber hat sagen wollen, daß das Vertrauen in unseren Reihen mehr ausgebaut und wiederhergestellt werden soll, dann stimme ich ihm vollkommen bei. Dann kann es aber nimmermehr angehen, daß Gebärdenspäher und Geschichtenträger irgendwo gehört werden (Lebhafte Zustimmung), sondern die gemeinsamen Anschauungen müssen zur Grundlage der Diskussion gemacht werden. Dann werden wir auch zu einem guten Resultat für die Partei und damit für die proletarischen Massen kommen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag Müller-Köln auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Hiernach erhält das Schlußwort an Stelle des Referenten Genossen Bebel Genosse Ebert:

Ebert: Parteigenossen! Parteivorstand und Kontrollkommission haben sich gestern abend noch einmal mit der Situation beschäftigt, wie sie sich aus unseren bisherigen Verhandlungen ergeben hat. Nach Lage der Dinge, und nachdem auch gestern nachmittag geradezu systematisch auf die Zuspitzung der Gegensätze hingearbeitet worden ist (Widerspruch bei den Süddeutschen), konnten wir unmöglich unseren Standpunkt verlassen. Wir haben deshalb einmütig beschlossen, auf unserer Resolution zu beharren. (Bravo! und Hört! hört!)

Die Genossen Timm, Frank und Hildenbrand haben von der ihnen gewährten unbeschränkten Redezeit ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ich mache ihnen daraus keinerlei Vorwurf, sondern hebe das nur hervor, weil es mir danach unmöglich ist, ihren Ausführungen in allen Einzelheiten zu folgen. Es ist mir auch nicht möglich, die Diskussion einer eingehenden Würdigung zu unterziehen, ich muß mich auf das Allernotwendigste beschränken. Es handelt sich für mich darum, das Vorgehen der Parteileitung zu rechtfertigen und die gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Alle Redner, insbesondere auch Timm, Frank und Hildenbrand, haben anerkennen müssen, daß Bebel die Auffassung der Parteileitung in ruhiger und sachlicher Weise vertreten habe, Hildenbrand hat sogar anerkennen müssen, daß Bebel in versöhnlichem, ausgleichendem Tone gesprochen hat. Ich hätte nur gewünscht, daß Timm, Frank und Hildenbrand sich Bebel zum Muster genommen hätten. (Sehr gut!) Statt dessen haben sie, wie fast alle Gegner unserer Resolution, geradezu miteinander gewetteifert, um sich an Heftigkeit, an Leidenschaft, an skrupelloser Wahl der Kampfmittel zu überbieten. (Sehr richtig!) Man war geradezu systematisch bestrebt, den eigentlichen Streitpunkt, den Kern des Streites, zu verschieben und die Sache so darzustellen, als wenn die Parteileitung mit der parlamentarischen Tätigkeit unserer süddeutschen Genossen an sich nicht einverstanden wäre, und dagegen ankämpfte. Bebel hat doch ausdrücklich erklärt, daß unsere Genossen in den süddeutschen Parlamenten ihre volle Schuldigkeit getan haben, und ich darf hinzufügen, daß in der Parteileitung keiner sitzt, der das nicht unterschreibt. Ich glaube sogar, sagen zu dürfen, daß dies die einmütige Meinung des Parteitages ist. Wir behaupten lediglich, daß die erfolgte Zustimmung unserer süddeutschen Genossen zum Budget mit den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere der Lübecker Resolution, unvereinbar ist. Und, Parteigenossen, diesen Streit haben wir nicht mutwillig heraufbeschworen, wie Timm es uns zum Vorwurf gemacht hat. Wir haben vielmehr alles versucht, alles mögliche getan, um diesen Streit zu vermeiden. Timm sagte: „Ich klage auch den Parteivorstand an, daß er nicht eingegriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand, wenn irgendeine Kleinigkeit darauf hindeutet, daß eine große Aktion gemacht wird, zusammentritt und mit seiner Erklärung nicht erst kommt, wenn das Haus angezündet ist, sondern vorher den Mut hat, mit einer solchen Erklärung vorzugehen." Ich frage Sie, Parteigenossen, sind wir bei diesem Streit nicht genau so vorgegangen, wie es Timm von uns verlangt hat? Als wir erfuhren, daß unsere badischen Fraktionsgenossen gewillt waren, für das Budget im badischen Landtage zu stimmen, da haben wir uns gesagt, daß daraus zweifellos ein Parteistreit entstehen müsse, und daß wir alles versuchen müßten, diesen Streit zu vermeiden. Wir haben uns deshalb nicht, wie uns Frank unterstellt, an unverantwortliche Zwischenträger oder Ohrenbläser, sondern an die für uns in Betracht kommende Instanz der Parteiorganisation, an den badischen Landesvorstand gewendet. Das geschah am 4. August, also zu einem Zeitpunkt, wo über die Absicht der Badenser noch nicht das geringste in die Oeffentlichkeit gedrungen war. Man hatte aber offenbar in Baden nicht den Mut, uns gegenüber offen und klar zu erklären, daß man bereit und gewillt war, für das Budget zu stimmen. Wollte man haben, wie nachträglich behauptet worden ist, daß wir diese Mitteilung vertraulich behandeln sollten, dann hätten die Badenser das von uns verlangen können. Jedenfalls hätten sie uns auf unsere Anfrage eine Auskunft geben müssen.

Frank hat in sehr beredter Weise das Lassallesche Wort: Man soll offen aussprechen, was ist, für sich reklamiert. Zu jenem Zeitpunkt aber scheinen der Genosse Frank, die badische Fraktion und der badische Landesvorstand sich an diesen Grundsatz nicht erinnert zu haben. (Sehr gut!) Sonst hätten sie es uns gegenüber aussprechen müssen, um was es sich handelt. Statt dessen hat man sich hinter das bekannte Schweigegebot versteckt. Timm hat auch gesagt, das Vertrauen in der Partei ist viel wesentlicher als Resolutionen. Ich gebe ihm da nicht ganz unrecht. Aber wo blieb das Vertrauen der badischen Parteileitung zum Parteivorstand, als wir diese Frage an sie richteten? (Sehr richtig!) Wenn einmal Parteitagsbeschlüsse vorliegen, dann sind sie eben nicht allein bindend für die Parteileitung, sondern für die Gesamtheit der Parteigenossen, für jeden Parteigenossen. Frank hat sich bemüht — Frank oder Hildenbrand —, aus der Parteigeschichte eine ganze Reihe von Fällen vorzutragen, wo Parteitagsbeschlüsse nicht beachtet sein sollen. Diese Fälle können meines Erachtens hier nicht entscheidend sein. Hier handelt es sich um einen Beschluß des Parteitages, der jahrelang praktisch durchgeführt worden ist, ohne daß dadurch die Partei Schaden gelitten hat, die Partei vielmehr geradezu glänzende Fortschritte gemacht hat.

Die Geschlossenheit der Partei ist die Vorbedingung für unseren Erfolg. Sie verlangt aber die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sie verlangt die Respektierung der Parteitagsbeschlüsse von jedem einzelnen. Wenn das nicht mehr geschieht, dann kommen wir zur Desorganisation, dann kommen wir zu anarchischen Zuständen, dann ist die Aktionskraft, die Schlagkraft der Partei gelähmt. (Sehr wahr!) Timm sagte, ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zu einer öffentlichen Staatsaktion zum Schaden der Sozialdemokratie gemacht werden, besser erledigt würden, wenn man sich kollegial zusammenfände — allerdings nicht vom Standpunkte der Herrscher und Beherrschten, sondern vom Standpunkte der vollen Gleichberechtigung aus. Nun, Parteigenossen, nehmen Sie doch unseren Brief zur Hand — Sie haben eine Abschrift —, den wir an den badischen Landesvorstand gerichtet haben! Nicht ein Wort werden Sie in dem Briefe finden, das verletzend wirkt. Wer wagt zu behaupten, daß dieser Brief nicht inhaltlich und seiner ganzen Form nach so gehalten ist, wie es sich unter Kameraden, wie es sich unter Kampfgenossen geziemt? (Sehr richtig!) Was soll da die Behauptung von Timm über Herrscher und Beherrschte? Sie kann auf uns nicht zutreffen. Sie trifft auf keinen Fall zu für die Parteileitung. Wenn man dennoch mit solchen Redensarten hier vor den Parteitag tritt, dann erweckt man den Verdacht der Stimmungsmacherei. (Sehr richtig!) Dann erweckt man den Verdacht, daß solche Wendungen für die Wirkung auf die Parteigenossen berechnet sind, daß man die Parteigenossen aufputschen will gegen ihre Organisation, gegen ihre selbstgeschaffene Disziplin, gegen die Parteileitung. (Sehr wahr!) Wir konnten das Schweigegebot der Badenser nicht stillschweigend hinnehmen — nicht, weil wir uns persönlich darüber brüskiert fühlten, das kann nicht in Frage kommen —, nein, hier standen wichtige Interessen der Partei auf dem Spiel. Nicht uns Personen, sondern der Gesamtheit hat man in einer grundwichtigen Frage die Auskunft ver-

weigert, in einer Frage, die für die Gesamtpartei von allergrößtem Interesse ist. Nun soll unsere telegraphische Antwort an den badischen Landesvorstand es den Süddeutschen angetan haben. Ich muß schon sagen, daß es mich etwas verwundert hat, daß meine badischen Landsleute auf einmal so zart besaitet sein sollen. (Heiterkeit.) Ich erinnere mich daran, daß einmal einer meiner Landsleute auf einem Parteitag in ganz richtiger Selbsterkenntnis von den badischen Rauhbeinen gesprochen hat. (Heiterkeit.) Im Zusammenhange damit ist noch gesagt worden, es sei bedauerlich, daß Ignaz Auer nicht mehr unter uns weile. Ich glaube, dem stimmen wir alle zu. Aber das eine darf ich sagen, wenn Ignaz Auer das Telegramm an die Badenser verfaßt hätte, dann wäre es etwas kräftiger ausgefallen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Das Telegramm ist verfaßt von einem unserer Kollegen, der parteinotorisch als die geborene Liebenswürdigkeit gilt. (Zuruf: Pfannkuch!) Sehr richtig! (Heiterkeit und Sehr gut!) Erst als die wiederholten Aufforderungen an den badischen Landesvorstand unbeantwortet blieben, sind wir an die Oeffentlichkeit getreten und haben die Sache den Parteigenossen unterbreitet. Dazu kommt die Stuttgarter Konferenz.

Ich habe durchaus nichts einzuwenden gegen die Zusammenkünfte unserer Parlamentarier, wenn sie sich über parlamentarische Erfahrungen auseinandersetzen und verständigen, aber anders ist es, wenn sich solche Konferenzen damit beschäftigen, ob Parteitagsbeschlüsse beachtet werden sollen oder nicht. (Sehr richtig!) Damit greift man in die Organisation ein, überschreitet man seine Kompetenzen und dies muß böses Blut erregen. Tatsächlich hat man sich doch in Stuttgart über die Budgetbewilligung verständigt! Gewiß war uns gesagt worden, daß einmal eine solche Konferenz stattfinden soll, aber von dem Termin haben wir nichts erfahren, sind auch nicht eingeladen worden! (Hört! hört!) Diese Vorgänge waren es, die der Auseinandersetzung einen heftigen und — wie ich gern zugestehen will — zum Teil giftigen Charakter gegeben haben. Das ist aber in erster Linie Schuld der Süddeutschen!

Wie wir zur Preßpolemik stehen, das hat Bebel schon erklärt. Ich kann das nur unterstreichen als die Auffassung des Parteivorstandes. Man hat uns heftige Vorwürfe darüber gemacht, daß wir gegen die Art der Polemik nicht eingeschritten sind. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß der Parteivorstand im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden hat, und gerade der Parteivorstand war es, der von den süddeutschen Blättern fortgesetzt, zum Teil sogar in der heftigsten Weise angegriffen worden ist. Genosse Quessel hat in Darmstadt geradezu unglaubliche Vorwürfe gegen uns erhoben. (Hört! hört!) Ich erinnere weiter an die Notiz der „Münchener Post" über unser Polizeiaufgebot und an die Liebenswürdigkeiten, mit denen wir in der „Fränkischen Tagespost" bedacht worden sind. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn wir eingreifen wollten, dann hätten wir nach beiden Seiten hin eingreifen müssen. *Dann aber wären wir Richter in eigener Sache gewesen*, und Sie werden mir zugeben, daß unter den obwaltenden Umständen das unmöglich gewesen wäre.

Es ist gesagt worden, daß wir die Geschobenen wären, man hat von Leuten gesprochen, die der Partei die Taktik vorschreiben, aber nicht den Mut hätten, sich in den Kampf zu wagen. Frank ist sogar recht deutlich geworden. Er hat uns als „Fahnenträger der Berliner", als „die Gefangenen der Berliner" und dergleichen bezeichnet. Das soll heißen, der Parteivorstand trifft seine Dispositionen nach dem Wunsche der Berliner, er ist der Handlanger der Berliner. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Genosse Frank sollte als Jurist doch wissen, daß er für derartige Behauptungen auch Beweise

haben muß. Wo sind die Beweise? Es ist nichts als leeres Gerede, Klatsch und Tratsch, den man in Süddeutschland verbreitet. (Lebhafte Zustimmung.) In Berlin hat man in einer ganzen Reihe von Versammlungen den Berliner Parteifunktionären vorgeworfen, daß sie Werkzeuge des Parteivorstandes seien. (Sehr richtig! bei den Berlinern.) Bei den Debatten über die Maifeier waren wir die Gefangenen, das Werkzeug der Generalkommission! So versucht man Stimmung zu machen, wenn die Parteileitung etwas unternimmt, was einem nicht angenehm ist. Damit will man den „Berliner" Parteivorstand treffen, damit will man in Süddeutschland gegen uns Stimmung machen, will man appellieren an die niedrigsten Instinkte, an den blödesten Partikularismus. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteivorstand achtet mit großer Gewissenhaftigkeit darauf, daß seine Beschlüsse und Handlungen lediglich getroffen werden nach seiner eigenen, besten Ueberzeugung; und jede Einmischung, möge sie kommen, woher sie wolle, wird von uns in der allerentschiedensten und rücksichtslosesten Weise zurückgewiesen. (Bravo!) Ich erkläre mit aller Bestimmtheit, daß alles, was im vorliegenden Falle geschehen ist, entsprungen ist der eigenen Ueberzeugung der Parteileitung, und daß keinerlei Einwirkung von außen her von irgendeiner Seite aus erfolgt ist.

Wenn man die Reden von Timm, Frank und Hildenbrand hörte, dann mußte man zu der Annahme kommen, daß die Frage der Budgetbewilligung für die Partei eine offene sei. Das ist nicht der Fall. Die Frage ist in Lübeck entschieden, der Lübecker Beschluß ist einmütig gefaßt worden, ja, er ist gefaßt worden unter fast einmütiger Zustimmung der damals anwesenden zahlreichen Landtagsabgeordneten. Der Streit dreht sich jetzt lediglich darum, wie Absatz 3 der Lübecker Resolution aufzufassen und praktisch anzuwenden ist. Für uns ist für die Auslegung die Interpretation maßgebend, die Bebel ihr als Antragsteller gegeben hat. Für die Richtigkeit dieser Auffassung möchte ich auf einen Vorgang hinweisen. Ich war damals Mitglied der Bremer Bürgerschaft. Wir Landtagsabgeordneten sind in Lübeck in großer Zahl mit Bebel zusammengetreten und haben ihm gesagt, daß seine Resolution praktisch nicht durchführbar sei, da es Fälle gebe, wo man für das Budget stimmen müsse, und es ist besonders auf die Fälle von Gotha und Hessen hingewiesen worden. Bebel hat sich unserer Auffassung angeschlossen. Er hat den Landtagsabgeordneten die Formulierung des dritten Absatzes überlassen. Wir Abgeordneten waren einig, daß Bebel die Interpretation dieser Bestimmung in dem Sinne geben soll, wie er es in der Tat im Plenum getan hat. (Widerspruch von David.) Genosse David, das bestreiten Sie? Ich erinnere mich dessen bestimmt. Ich weiß, daß auch hier auf dem Parteitag Abgeordnete sind, die sich dieses Vorganges ebenso wie ich erinnern! Ich habe auch mit dem Genossen David, mit Hildenbrand und anderen, die damals mit zugegen waren, über diesen Vorgang gesprochen, und die Genossen haben allerdings erklärt, sie erinnerten sich dieser Vorgänge nicht mehr. (Hört! hört!)

Nach dem Verlauf der stattgefundenen Auseinandersetzungen sind wir in der Parteileitung nach wie vor der Meinung, daß die Zustimmung zum Budget sich mit dieser Bestimmung der Lübecker Resolution nicht verträgt. Ich kann auf alle Einzelheiten, die für den Nachweis dieser unserer Auffassungen in Frage kommen, jetzt nicht eingehen. Ich glaube, das ist auch nicht notwendig. Ich will nur auf einige wesentliche Punkte hinweisen. Für Baden, glaube ich, ist die Sache völlig klar, nachdem der Minister v. Bodman unsere Fraktionsmitglieder, unsere Partei im Landtage geradezu mißhandelt hatte, durfte man schon deshalb der Regierung das Budget nicht bewilligen. (Sehr richtig!) Dazu kommt der Fall Schäufele, der meines Erachtens nicht

ausgeschaltet werden kann, wenn man auch jetzt einige Staatsarbeiter in Baden Gemeindevertreter sein läßt. Was gibt den badischen Genossen denn die Garantie, das morgen nicht wieder dasselbe wie im Falle Schäufele eintritt? Warum denn dieses unbedingte Vertrauen zu Regierungserklärungen und zu Erklärungen von Ministern? Wenn man auch nur einen Teil des Mißtrauens, das der badische Landesvorstand gegen uns bekundet hat, gegen die Minister und die Regierung in solchen Fällen zur Anwendung bringen würde (Lebhafte Zustimmung), so könnte man gar nicht so argumentieren. (Zuruf: Gotha!) Darauf komme ich noch. Unsere bayerischen Genossen haben in der Hauptsache ihre Zustimmung zum Budget mit den sozialpolitischen Fortschritten, die sie errungen haben, motiviert. Aber unsere bayerischen Abgeordneten haben doch auch in früheren Sessionen ganz erhebliche sozialpolitische Fortschritte errungen, trotzdem sie gegen das Budget gestimmt haben! Dabei hat die Partei tüchtige Fortschritte gemacht. Das beweist, daß die Wähler die Budgetverweigerung zu würdigen wissen. Schon deshalb lag kein zwingender Grund vor, diesmal zuzustimmen. Wollte man den Standpunkt der bayerischen Abgeordneten konsequent durchführen, so müßten wir, wie schon wiederholt gesagt worden ist, in der Tat immer für das Budget stimmen. Man müßte schließlich auch dazu kommen, für den Reichsetat zu stimmen, der auch Hunderte von Millionen an Ausgaben für Staatsarbeiter und mittlere und kleine Beamte enthält. Die Gegner können die Ablehnung des Reichsetats in derselben demagogischen Weise bekämpfen, wie sie die Ablehnung des Staatsbudgets bekämpfen. Darüber sollten wir uns doch klar sein, daß das Verhalten der Gegner für unsere Taktik nicht entscheidend sein kann. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen sollen, müßten wir unter allen Umständen auf eine schiefe Bahn kommen. Hildenbrand hat gesagt, er bedauere, daß wir im Parteivorstand nicht einen Viktor Adler hätten. Ich will ihm das gar nicht bestreiten. Aber sagen muß ich ihm doch, daß ihm mit Viktor Adler in diesem Fall gar nicht geholfen wäre. Es ist schon wiederholt auf den Artikel des Genossen Viktor Adler, der am Sonntag in der „Wiener Arbeiter-Zeitung" stand, hingewiesen worden. Gestatten Sie mir, einige interessante Stellen daraus zu verlesen:

„Alles das kann dazu beitragen, die Taktik der Süddeutschen soweit zu verstehen, als dies überhaupt möglich ist, nicht aber dazu führen, sie zu billigen. Am wenigsten richtig ist das Argument, das am häufigsten gehört wird; und das auch uns Oesterreichern die Gegner vorhalten, wenn sie unsere Ablehnung des Budgets als unlogisch darstellen wollen. Weil die Sozialdemokraten an der Gestaltung des Budgets mitwirken, weil sie sogar eine ganze Reihe von Abänderungen und Reformen durchgesetzt haben, darum waren sie keineswegs verpflichtet, nun auch für das Budget, wofür sie die Verantwortung doch keineswegs übernehmen wollen, zu stimmen. Die Bewilligung des Budgets kann auch keineswegs die Bedingungen für die Annahme ihrer Anträge erleichtern und wird auch in Zukunft kaum ihren Einfluß auf weitere Erfolge verstärken. Ihre Zustimmung kann im Gegenteil von der herrschenden Partei als erzwungene Anerkennung ihrer Vortrefflichkeit gedacht und agitatorisch ausgebeutet werden, vielleicht in viel empfindlicherer Weise als die angeblich unlogische Ablehnung des Budgets.

Schließlich aber waren die bayerischen Genossen unseres Erachtens verpflichtet, zu erwägen, ob die Vorteile, die ihre neue Taktik möglicherweise im besten Falle bringen konnte, den Nachteil aufzuheben vermochte, den der Streit mit sich brachte, in den sie dadurch mit der Mehrheit der Gesamtpartei geraten mußten."

Diese Ausführungen wird Hildenbrand wohl nicht akzeptieren, und ich glaube sogar, daß Genosse Adler gar nicht so unrecht hat mit dem Hinweis, daß sich die süddeutschen Parteigenossen durch ihre Budgetzustimmung vielleicht sogar geschadet haben. (Zustimmung.) Wenn wir in Betracht ziehen, wie unsere süddeutschen Genossen in den letzten Wochen ihre Regierung und die Mehrheit ihrer Landtage herausgestrichen haben, dann glaube ich, daß ihnen dies bei ihrer Agitation mehr schaden wird, als irgendeine Budgetablehnung.

Aber bei dieser Auffassung, die wir mit großer Entschiedenheit auch jetzt noch vertreten, verkennen wir keineswegs, daß man sehr wohl über die Frage verschiedener Meinung sein kann. Wir haben nirgends und niemals während des ganzen Streites bestritten, daß die süddeutschen Abgeordneten bei ihrer Budgetabstimmung in gutem Glauben gehandelt haben. Wir haben nie bestritten, daß sie in dem Glauben sein konnten, mit ihrer Budgetabstimmung der Partei und der Arbeiterklasse zu dienen. Das haben wir, als wir am vergangenen Dienstag uns mit den Süddeutschen auseinandersetzten, ganz offen und klar von vornherein erklärt. Wie wir hier mit der Kontrollkommission zusammengetreten sind, hat an der Spitze unserer Auseinandersetzungen diese einmütige Erklärung gestanden. (Sehr richtig!) Ich muß weiter hervorheben, daß der Absatz 3 unserer Resolution, worin erklärt wird, daß die Zustimmung zum Budget mit dem Lübecker Beschluß nicht zu vereinbaren ist, durchaus nicht als Mißtrauensvotum aufzufassen ist. Auch das haben wir bei unserer Auseinandersetzung ganz klipp und klar erklärt. Wir haben gesagt: Wir können unmöglich eine Resolution vorlegen, in der unsere süddeutschen Parteigenossen gedemütigt werden, durch die die Positionen unserer süddeutschen Genossen in den Parlamenten und gegenüber den Gegnern erschüttert werden. Das haben wir auch bei den Verhandlungen, die wir mit den süddeutschen Parteigenossen geführt haben, ausdrücklich erklärt. Der Absatz 3 unserer Resolution ist lediglich eine sachliche Entscheidung über die Streitfrage. Es soll entschieden werden, ob die süddeutschen Parteigenossen oder die Parteileitung in der Auslegung des Absatzes 3 der Lübecker Resolution recht hatten. (Zuruf: Gotha!) Darauf komme ich noch. Um diese Entscheidung kommen wir nicht herum. Nachdem wir wochenlang die heftigsten Auseinandersetzungen geführt haben, werden es unsere Parteigenossen nicht verstehen, wenn der Parteitag in seiner Entscheidung der eigentlichen Streitfrage ausweichen wollte. (Sehr richtig!) Das habe ich auch am Dienstag in der Sitzung mit den Süddeutschen gesagt, und das war es, was mir von dem Genossen Segitz das Prädikat als „Scharfmacher" eingebracht hat. (Hört! hört!) Ich darf aber hinzufügen, daß er und seine süddeutschen Genossen es gewesen sind, die später erklärt haben, daß sie nach dieser Interpretation im Absatz 3 unserer Resolution durchaus kein Mißtrauensvotum erblicken. Also es kommt uns auf die sachliche Entscheidung an und dieses Recht der sachlichen Entscheidung einer Streitfrage müssen wir unter allen Umständen dem Parteitage vorbehalten. (Sehr richtig!) Wir haben die mildeste Form gewählt, und ich bin ermächtigt, für die Kontrollkommission und den Parteivorstand zu erklären, wenn Ihnen unsere Resolution mit dem Amendement Schütz, wonach der Absatz 3 folgende Fassung erhalten soll: „Die Bewilligung des Budgets in den verschiedenen Landtagen ist unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden" annehmbarer erscheint, werden wir uns dem nicht widersetzen. Damit scheidet dann aber auch der Fall Gotha aus und braucht von mir nicht mehr erörtert zu werden. Ich muß aber dabei bleiben, daß auch bei der Annahme dieses Amendements an der sachlichen Entscheidung, die die Resolution beabsichtigt, nichts geändert wird.

Nun einige Worte zum Absatz 2, der am meisten angefochten wird. Er lautet:

„Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung ist angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauenskundgebung für die Regierung aufgefaßt werden muß, jeder gegnerischen Regierung bei der Gesamtabstimmung das Budget zu verweigern. Es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde."

Dagegen ist von Timm der Einwand erhoben worden, daß die Resolution praktisch nicht durchführbar, nicht anwendbar sei, daß sie eine Verschärfung der Lübecker Resolution bedeutet. (Sehr richtig!) Das muß ich ganz entschieden bestreiten. Auch nach dieser Formulierung ermöglicht die Resolution künftig in den Ausnahmefällen, die wir in Lübeck im Auge gehabt haben, für das Budget zu stimmen. Wir haben nur die Absicht, die Lübecker Resolution aufrecht zu erhalten. Wir sind gar nicht gewillt, sie zu verschärfen. Wir wollen aber dem dritten Absatz eine bestimmtere Fassung geben, damit künftig Streitigkeiten und unrichtige Auslegungen vermieden werden. Ausnahmefälle sind auch nach der jetzigen Formulierung zulässig. Auch der Gothaer Fall, den wir übrigens für selbstverständlich halten.

Timm hat seinen Einwand wie folgt motiviert: „Wie steht es denn in Bayern? Nehmen wir an, daß kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere. Die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als sie die Natur eines vorher zu übersehenden Staatsbedürfnisses haben, und wenn die Mittel nicht ausreichen, dann befriedigt die Regierung zunächst jene Staatsbedürfnisse, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhen und dann die, die ihr als die dringlichsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundsatz von Bebel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andere Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, würde es mit unserer Vertretung vorbei sein."

Demgegenüber vergleichen Sie den Wortlaut unserer Resolution, wo es ausdrücklich heißt, daß dem Budget zugestimmt werden kann, wenn die Ablehnung desselben durch unsere Parteigenossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Ich glaube, unsere Formulierung trifft gerade auf den von Timm angezogenen Fall zu. Die Genossen wären in einem solchen Falle in der Lage, für das Budget zu stimmen. Timm meint dann weiter, wie sollten wir vorher feststellen, wie die gegnerischen Parteien stimmen werden, besonders bei dem Verhalten der Bündler im Landtage? Ich will zugeben, daß die Bündler sich einmal entschließen könnten, gegen das Budget zu stimmen, trotzdem sie im bayerischen Landtage von 163 Mandaten nur 12 haben, und kaum mit unseren Genossen zusammen ausschlaggebend werden können. Aber selbst zugegeben, es könnte die von Timm angekündigte Möglichkeit eintreten, glaubt Ihr denn, Parteigenossen, daß die bayerischen Bündler, ehe sie das Budget ablehnen, es sich nicht überlegen werden, daß damit auch die Errungenschaften für die Bauern verloren gehen? Weiter kommt in Betracht, daß das für die Staatsarbeiter und Staatsbeamten an Lohn- und Gehaltsaufbesserung Errungene vertragsrechtlicher Natur ist, und durch Ablehnung des Budgets eigentlich gar nicht alteriert wird. Anders liegt es bei den Errungenschaften für die Bauern, die durch Ablehnung des Budgets getroffen werden können. Es muß demgegenüber aber auch hervorgehoben werden, daß der Fall, daß bürgerliche Parteien das Budget ablehnen, nur in außerordentlich seltenen Fällen eintreten wird. Da muß es sich schon um einen heftigen Konflikt mit der Gesamtregierung handeln! Der entsteht und entwickelt sich aber nicht im stillen Kämmerlein, sondern tritt mit aller Deutlichkeit in Erscheinung, so daß eine Ueberraschung ausgeschlossen ist. Ich will da ein praktisches Beispiel anführen. In Bremen hatten wir den Fall, daß die weitaus größte Mehrheit der Bürgerschaft, die bürgerliche Linke, mit dem Senat in einen überaus heftigen Verfassungskonflikt geraten war. Wir haben diese rabiaten Liberalen wohl so weit veranlassen können, daß sie mit uns Obstruktion trieben, daß die Mehrheit der Bürgerschaft bei der Wahl eines Senatsmitgliedes die „Bürgerschaft" verließ; als wir ihnen aber später geraten haben, mit uns zusammen dem Senat das Budget zu verweigern, haben sie dieses Ansinnen weit von sich gewiesen.

Nach allem müssen wir dabei bleiben, daß unser Vorschlag keine Verschärfung der Lübecker Resolution ist, daß unser Vorschlag praktisch durchführbar ist, und daß unsere süddeutschen Parteigenossen sich sehr wohl auf den Boden unseres Vorschlages stellen können.

Noch eines muß ich besprechen. Es ist gestern mehrfach Bezug genommen worden auf die Verhandlungen, die wir hier mit den süddeutschen Parteigenossen geführt haben. Dabei ist versucht worden, Bebel in Widerspruch zu setzen mit anderen Mitgliedern des Parteivorstandes. Ich kann Ihnen darüber, wie der Vorstand und die Kontrollkommission zu ihrer Entscheidung und Festlegung der Resolution gekommen sind, folgendes mitteilen: Wir hatten zu Sonntag eine Sitzung vereinbart. Bebel ist leider durch einen Vorfall in seiner Familie verhindert gewesen, dabei zu erscheinen, hat uns aber brieflich seine Ansicht in der Sache mitgeteilt. Die von uns formulierte Resolution hat Bebel dann vorgelegen und er hat sich mit dem sachlichen Inhalt voll und entschieden einverstanden erklärt. Er hat lediglich eine ganz unwesentliche und formale Aenderung gewünscht. Ich habe Auftrag, im Namen Bebels dies mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit festzustellen. Das hat Bebel aber auch bereits in der Verhandlung, die wir mit den Süddeutschen gehabt haben, erklärt. Diese Verhandlung ist von Segitz in ganz einseitiger Weise dargestellt worden. Es ist richtig, daß Segitz die Verhandlungen eingeleitet hat, aber über die Art, in der er das getan hat, waren wir alle geradezu entsetzt. (Sehr richtig!) Das war nicht die Art der Einleitung von Einigungsverhandlungen, sondern das war ein Pronunziamento, eine klare und kühle Erklärung: „Wenn Ihr nicht so verfahrt, wie wir wünschen, dann fügen wir uns unter keinen Umständen einem Beschlusse des Parteitages." (Hört! hört!) Wir haben trotzdem stundenlang mit den süddeutschen Genossen verhandelt, wir haben, wie Sie wissen, dieserhalb die wichtige Verhandlung über die Maifeierfrage versäumt, bei der, wie vorauszusetzen war, der Parteivorstand heftig angegriffen wurde. Wir haben diese Sitzung selbst auf die Gefahr hin versäumt, daß unser Vorschlag abgelehnt werde. Am guten Willen haben wir es also nicht fehlen lassen! Am Schlusse der Verhandlung, als wir gehen wollten, hat Segitz allerdings einen weiteren Vorschlag gemacht. Er hat erklärt: „Wir sind bereit, der ganzen Resolution des Parteivorstandes mit einer Aenderung zuzustimmen. (Zuruf der Süddeutschen: Hinzunehmen!) Also gut, dann sagen wir: Segitz hat erklärt: „Wir sind bereit, die Vorstandsresolution hinzunehmen, wenn im entscheidenden Absatz 2 eine Aenderung vorgenommen wird, wenn in diesem Satze bestimmt wird, daß in der Regel das Budget abgelehnt werden soll. Ueber Ausnahmen, unter denen dem Budget zugestimmt werden kann, sollte überhaupt nichts bestimmt werden. (Lachen.) Das soll Sache der Landesorganisationen sein." Das war doch der Vorschlag? Segitz bestätigt mir das. Sie werden mir zugeben, daß wir nach Lage der Dinge ganz außerstande waren, diesem Vorschlage von Segitz zu-

zustimmen. Segitz hat uns weiter erklärt, daß diese Entscheidung einem Beschlusse der süddeutschen Delegierten entspreche, die Montag getagt hat, wozu man allerdings die süddeutschen Genossen, die gegenteiliger Meinung waren, absichtlich nicht eingeladen hat. (Hört! hört!) (Zuruf von Segitz: Das ist doch selbstverständlich!) So waren in der Tat unsere Verhandlungen und ich füge noch hinzu, daß „der Scharfmacher Ebert" dort erklärt hat, daß wir im Vorstand und in der Kontrollkommission nach wie vor gewillt seien, alles zu tun, um einen Weg zu finden, auf dem wir uns zusammenfinden können. (Zuruf bei den Süddeutschen: Habt Ihr aber nicht getan!) Ich glaube, diese Darstellung unserer Verhandlung gibt ein anderes Bild, als die gestrigen Ausführungen von Segitz. (Sehr richtig!) Noch eins: Ich weiß nicht, was das für eine Art ist, aus einer so ernsten vertraulichen Verhandlung Einzelheiten herauszureißen und sie in die Oeffentlichkeit zu werfen, in der Absicht, Personen zu verletzen oder zu verdächtigen. Diejenigen, die unserer Verhandlung beiwohnten, wissen, daß einem bekannten süddeutschen Parteigenossen in dieser Auseinandersetzung eine böse Entgleisung passiert ist, die er sicher in der Oeffentlichkeit nicht vertreten würde. Ich sage ganz offen: Wenn man das in der Oeffentlichkeit gegen diesen Genossen ausnutzen wollte, was ihm in der begreiflichen Aufregung entsprungen ist, so würde ich sagen, das ist unschön, das ist unfein, das gehört sich nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun zur Resolution Frohme. Bei aller wohlwollenden Aufnahme dieser Resolution muß ich aber doch fragen: Wie soll dadurch überhaupt eine Verständigung herbeigeführt werden können? Verhehlen wir uns doch nicht, daß die Anschauungen der Parteileitung und die der süddeutschen Genossen über die Auslegung der Lübecker Resolution weit auseinandergehen, und wenn wir das nächste Jahr, wenn die Württemberger zum Budget Stellung nehmen müssen, zusammensitzen, dann werden sich ganz natürlich dieselben Gegensätze zeigen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns nicht einigen, dann ist der Streit von neuem da. (Sehr richtig!) Anders wäre es, wenn diese Resolution festlegte, wer die Entscheidung zu treffen hat. Frohme hat gestern seine Resolution so interpretiert, daß eine Zustimmung zum Budget nur erfolgen könne, wenn keine der hier genannten Parteiinstitutionen Einspruch erhebt. Das wäre klipp und klar und darüber ließe sich vielleicht reden. Uns ist aber gestern abend erklärt worden, daß die süddeutschen Genossen diese Formulierung, wie sie Frohme wünschte, abgelehnt haben. (Hört! hört! Frank und Auer rufen: Wer hat das erklärt?) Wenn ich mich recht erinnere, hat Frohme das selbst dem Genossen Singer mitgeteilt. Unter diesen Umständen ist es für uns unmöglich, eine andere Stellung einzunehmen als bisher. Daß die Resolution Thiele ohne weiteres abzuweisen ist, liegt auf der Hand.

Uns ist der Ernst der Situation wohl bewußt! Nichtsdestoweniger wissen wir keinen anderen Ausweg, als die Entscheidung in die Hände des Parteitages zu legen. Möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß jeder Parteigenosse, mag er heißen, wie er will, so viel demokratisches Prinzip besitzt, daß er sich der Entscheidung unterwirft. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind in der Auseinandersetzung heftige Worte gefallen. Man hat von Trennung gesprochen. Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Phalanx, die ein Bismarck mit den brutalsten Mitteln des Polizeistaats nicht zu sprengen vermochte, die bisher allen Stürmen standgehalten hat, sie sollte gelöst und gebrochen werden wegen dieser Frage, um die wir uns hier streiten? Die machtvollste Kulturbewegung, welche die Welt bisher gesehen hat, sollte zum Gespött aller Volksfeinde werden? Dort oben im Saale leuchtet der Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Das ist die Mahnung, die wir den Arbeitern der ganzen Welt zurufen. Und das deutsche Proletariat, das bisher den Arbeitern der ganzen Erde ein leuchtendes Vorbild zielsicherer Einigkeit gewesen ist, das sollte von dieser Höhe herabsteigen, sollte sich zum Gaudium der Gegner selbst zerfleischen? Das kann nicht geschehen, das darf nicht geschehen! Wenn wir diesen Parteitag verlassen, dann soll es weder Sieger noch Besiegte geben, sondern nur Kampfgenossen, die gewohnt sind, nach erfolgter Aussprache den Willen der gesamten Partei zu respektieren und wieder einig und geschlossen zu marschieren. Zu marschieren gegen den gemeinsamen Feind! (Stürmischer Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Geiß-Mannheim: Ich hatte gedacht, daß es nicht nötig wäre, über den Verkehr zwischen dem badischen Landesvorstand und dem Parteivorstand noch weiter zu sprechen. Nachdem aber Ebert in seinem Schlußwort darauf eingegangen ist, erkläre ich folgendes: Wir haben am 4. August den Brief des Parteivorstandes bekommen, durch den wir angefragt wurden, wie es denn eigentlich mit der Sache stehe. Man habe gehört, daß in Bayern und Baden für das Budget gestimmt werden solle, wir sollten Auskunft darüber geben, ob etwas Wahres daran sei, damit der Parteivorstand in die Lage käme, Anfragen wahrheitsgemäß zu beantworten. In dem Brief stand nichts davon, daß sich der Parteivorstand für sich als eigene Korporation informieren wolle. (Lachen.) Wir mußten deshalb der Meinung sein, daß diese an den Parteivorstand gerichteten Anfragen seitens der „Leipziger Volkszeitung" und des Berliner „Vorwärts" erfolgt seien, denn schon bevor der Brief aus Berlin bei uns eintraf, war in der „Leipziger Volkszeitung" der bekannte Artikel mit der Ueberschrift erschienen: Wirds bald? Wir wollten dem Parteivorstand eine ganz authentische und sichere Nachricht geben und haben deshalb den folgenden Tag abgewartet, wo wir zu einer Fraktionssitzung nach Karlsruhe geladen waren. Die Einladung zu dieser Sitzung traf gleichzeitig mit dem Briefe Molkenbuhrs ein. In der Fraktionssitzung wurde gesagt, man sei gewillt, diesmal für das Budget zu stimmen, aus dem bereits von Frank angeführten Grunde. Die Landeskommission schloß sich dem an, sie war der Meinung, daß die Lübecker Resolution dadurch nicht verletzt wird. Aber es wurde weiter bemerkt, wir würden nur für das Budget stimmen, wenn das Deckungsgesetz angenommen und das Beamtengesetz gesichert ist. Die Regierung hatte nämlich gedroht, falls das Deckungsgesetz nicht in ihrem Sinne angenommen würde, das Beamtengesetz zurückzuziehen, und dann wären unsere Genossen genötigt gewesen, gegen das Budget zu stimmen. Diesen Moment wollten wir abwarten. Mir wurde auf meine Anfrage von der Fraktion mitgeteilt, daß das Deckungsgesetz am nächsten Tage erledigt sein würde. Aus diesem Grunde erließen wir das sogenannte Schweigegebot, bis die Fraktion bestimmt wüßte, wie sie stimmen würde. Nun hat sich aber die Entscheidung über das Deckungsgesetz bis Dienstag hingezogen, und nachdem das Telegramm von den Kindereien eingetroffen war, das uns so sehr erfreute, haben wir sofort bei der Fraktion angefragt, wie es mit der Deckungsfrage steht. Als die Entscheidung am Dienstag fiel, erschien bereits der Artikel im „Vorwärts" über Parteiverrat, Insubordination usw. (Frank: Das geht vom Parteivorstand aus!) Wir konnten gar nicht anders handeln, wir hatten den bestimmten Willen, dem Parteivorstand zu antworten, aber wir wollten ihm eine präzise Antwort geben. Wir verwahren uns dagegen, daß wir uns gegen den Parteivorstand auflehnen wollten.

Singer: Der Vorredner hat zwar keine persönliche Bemerkung gemacht, ich habe mich aber für verpflichtet gehalten, ihn ausreden zu lassen, weil ich es als eine Unfreundlichkeit angesehen hätte, wenn ich dem Vorsitzenden des

badischen Landesvorstandes die Möglichkeit dazu nicht gegeben hätte. (Zustimmung.)

Frohme: Ebert erwähnte eine Mitteilung, die ich Singer gemacht habe. Um von vornherein jeder Mißdeutung vorzubeugen, habe ich zu erklären: Ich habe mich im Einverständnis mit Singer bemüht, mit den süddeutschen Genossen eine Verständigung auf der Basis meiner Resolution zustande zu bringen, und es war ganz selbstverständlich, daß ich nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, dem Genossen Singer mitzuteilen, welche Bedingung die süddeutschen Genossen stellten. Das werden unsere süddeutschen Genossen mir zugeben, und Singer wird es mir bestätigen.

Timm gibt namens der Mehrheit der süddeutschen Delegierten folgende **Erklärung** ab:

„Wir werden der Resolution Frohme trotz aller Bedenken zustimmen, um den weiteren Beweis zu liefern, wie hoch uns die Geschlossenheit und das Gesamtwohl der Partei steht. In der vorgesehenen Art der Verständigung erblicken wir auch den Weg, die Frage der Budgetabstimmung in einer Weise zu lösen, die das gegenseitige Vertrauen mehr als bisher sichert, und weder die Selbständigkeit der Fraktionen außer acht läßt, noch eine den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Einzelstaaten widersprechende Bindung bezweckt. Würde aber die Resolution Frohme in irgendeiner Weise verschärft, so müßten wir sie ablehnen."

Singer schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: es soll zunächst abgestimmt werden über den Antrag Schöpflin Nr. 135, dann über den Antrag Thiele Nr. 136, und hierauf in namentlicher Abstimmung über die Resolution Frohme Nr. 134. Durch die Annahme der Resolution Frohme wäre die Resolution der Parteileitung erledigt; wird aber die Resolution Frohme abgelehnt, dann soll zunächst der Abänderungsantrag Schütz Nr. 137 zur Resolution der Parteileitung und dann diese Resolution Nr. 126 selbst zur Abstimmung kommen, und zwar würde absatzweise abgestimmt werden, die Gesamtabstimmung würde eine namentliche sein. Die Anträge 74—85 würden sich durch die Annahme der Resolution der Parteileitung erledigen; sollte diese Resolution abgelehnt werden, dann würden diese Anträge der Reihe nach zur Abstimmung kommen.

Heine-Berlin: Der Vorschlag von Singer ist zwar im übrigen ganz korrekt, aber über die Vorstandsresolution müßte vor der Resolution Frohme abgestimmt werden. (Widerspruch.) Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß der Vorschlag von Singer eine Absicht gegen irgend jemand verfolgt, aber es ist doch gar nicht denkbar, so abzustimmen, denn die Resolution des Parteivorstandes ist unzweifelhaft die schärfere, und das hat ja auch Ebert vorhin deutlich erklärt. Es wird Parteigenossen geben, die für den Fall der Ablehnung der Resolution der Parteileitung, und nur für diesen Fall, sich mit der Resolution Frohme begnügen würden. (Widerspruch der Berliner.) Das werden gerade Sie sein, Parteigenossen aus Berlin. (Erneuter Widerspruch der Berliner.) Vielleicht begnügen Sie sich auch dann nicht, aber logisch wäre es doch, daß man erst das weitergehende Verbot ausspricht und dann das geringere. Nach dem Vorschlag von Singer könnte es passieren, daß überhaupt nichts zustande kommt.

Singer: Ich bin dem Vorredner dankbar, daß er in die Lauterkeit meiner Absichten keinen Zweifel gesetzt hat, aber ich glaube, das hätte gar nicht erst betont zu werden brauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen stimme ich ihm nicht zu. Es muß den Befürwortern der Resolution Frohme, die das mindere wollen, die Möglichkeit gegeben werden, wenn sie abgelehnt wird, das schärfere anzunehmen. (Sehr richtig!) Der Wille aller Gruppen des Parteitages kommt viel reiner zum Ausdruck, wenn mein Vorschlag befolgt wird, als durch den Vorschlag von Heine. (Lebhafte Zustimmung.) Ich lasse die Frage der Absicht beiseite, ich würde mich schämen, wenn ich mich gegen einen solchen Vorwurf verteidigen müßte. (Lebhafter Beifall.) Mein Vorschlag geht dahin, den Willen des Parteitags zum Ausdruck zu bringen und dabei jeder Richtung die Möglichkeit zu geben, voll zur Geltung zu kommen. Wer das will, der kann gar nicht anders, als meinen Vorschlag annehmen. (Sehr richtig!)

Käppler-Altenburg schließt sich dem Vorschlag Singers an. Redner erklärt, daß er zwar auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes stehe, aber trotzdem für die Resolution Frohme stimmen würde, weil er es nicht verantworten könne, den Unfrieden in der Partei noch weiter gefördert zu sehen. Diesen seinen Standpunkt könne er nur durch den Vorschlag von Singer zum Ausdruck bringen.

Adler-Kiel ist gleichfalls mit dem Vorschlag von Singer einverstanden.

Heine: Singer muß in etwas gereizter Stimmung sein, wenn er aus meiner harmlosen und gutgemeinten Bemerkung etwas wie eine Spitze gegen sich herausliest. Ich hatte durchaus keine Hintergedanken, Singer hätte nicht so pikiert zu tun brauchen.

Auer-München erklärt, daß die Süddeutschen für den von Singer vorgeschlagenen Abstimmungsmodus sind.

Der Parteitag schließt sich mit großer Mehrheit dem Vorschlag von Singer an.

Zunächst wird der Antrag 135 in beiden Teilen mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag 136.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung die Resolution Frohme (Nr. 134) mit 216 gegen 160 Stimmen abgelehnt.

Mit **Ja** stimmten: **Adler**, Adelung, Arnold, **Auer**, **Baisch**, Bartels, Baumann, Baumeister, **Bérard**, Bischoff, Bleuel, Böhle, Bömelburg, Bohl, Bollmann, Bredow, **Brey**, Bruhns-Wandsbek, **David**, Deichmann, Deckelmann, Dietz, Dörnke, Dorn, **Ehrlitzer**, Eilken, Eisner, v. Elm, Endmann, Engelmann, Engelsmann, **Engler**, Erfurth, Evers, **Felz**, Feuerstein, Fischer-Stuttgart, Fischer-Mittweida, **Fischer**-Berlin, Frank, Freudenberger, Frohme, **Geiz**, Goller, Grünberg, Guggenheim, **Hähnsen**, Hasenzahl, Haupt, Hegenwald, Herzog, Heymann, Hierl, Hildenbrand, Höhne, Hoffmann-Bielefeld, Honrath, **Huber**, Hue, Hug, **Jacobsen**-Lockstedt, Jasper, Joos, **Kahmann**, Kaßner, Keil, Käppler, **Klupsch**, Klühs, **Knapper**, **Knieriem**, Koch, **Kolb**, Kreft, **Krilger**, Lachenmeyer, **Langer**, Lau, **Legien**, Leinert, **Leimpeters**, Lesche, Liebold, Lippl, **Maier**, Mehrens, **Merkel**, **Mehrlein**, **Müller**-München, Max Müller, Müller-Hamburg, **Niensdorf**, Nimmerfall, **Nitsch**, Nobis, Noske, Nöthlich, **Paeplow**, Panzer, Pelikann, **Pickelmann**, Poling, **Quarck**, Quessel, **Raab**, Raith, Rauch, Reichel, Rollwagen, **Sachse**, Säckler, Saenger, Seelmann, **Segitz**, Simon, Schlegel, Schlomer, **Schmid**-München, **Schmidt**-Lindau, Robert Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schmitt-Offenbach, Schmitz, Schneider, Schnettler, Schreck, Schrader, Schröder, Schumann, Schütz, Stabel, Stark, Stegen, Stelling, Stockinger, Stolle, Stolten, Straßer, Stuber, **Thiele**-Halle, Thöne, Timm, Trautewein, **Trinks**, **Ullmann**, Ulrich, **Vogel**, **Walter**-Augsburg, Walther-Nürnberg, Weill, **Weiß**-Oberstein, **Weiß**-Marktredwitz, Weißheimer, Werner, **Wettermann**, **Wizirowski**, Wunderlich, **Ziegler**, Zimmermann, Zorn.

Mit **Nein** stimmten: **Agnes**, Albrecht, **Baader**, Baerer, Bahr, **Barth**, Basner, **Baudert**, Bebel, Bellert, **Bendler**, Benther, **Berten**, **Biniszkiewicz**, Beckmann, **Bock**, **Böske**, Borchert, **Borgmann**, Brandler, **Braun**-Königsberg, Braun-Küstrin, **Brückner**, **Brühne**, **Bruns**-Berlin, **Budde**, **Büchner**, **Bühler**,

Colditz, Crispien, Daschmann, Dentzer, Deuper, Diehl, Drechsler, Drescher, Düwell, Eberhardt, Ebert, Eggert, Eichhorn, Emmel, Ernst, Ewald, Faber, Fahrow, Fanghänel, Faure, Fauth, Förster, Fuchs, Fröbel, Geck, Gehrmann, Gerisch, Geyer, Gräbert, Grauer, Greifenberg, Groger, Grunwald, Haase, Haberland, Hackelbusch, Heine, Hengsbach, Henke, Hetzschold, Heuer, Hilpert, Hoch, Hofer, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Hamburg, Horn, Hörsing, Jahn, Jahrmarkt, Jacobsen-Ober-Schöneweide, Jungnickel, Kaden, Kautsky, Kawier, Kayser, Kißling, Knauer, Knipping, Kögel, Köhncke, Koenen, Kohnen, Krohnberg, Kuhnert, Küter, Kurzhals, Laukant, Leber, Ledebour, Lehmann, Leidner, Lensch, Leopoldt, Lewerenz, Liepmann, Linde, Lipinski, Litfin, Litzinger, Löwenstein, Ludwig, Luxemburg, Matschke, Metzger, Michaelis, Milenz, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Grabow, Müller-Forst, Müller-Köln, Müller-Berlin, Nemitz, Neuhäuser, Neumann, Nürnberg, Otto, Paetzel, Pankert, Pfannkuch, Picard, Pieck, Pohl, Pollender, Polziner, Raute, Reiwand, Reißhaus, Reitze, Richter, Rietz, Ritter, Rohleder, Rosenfeld, Rößler, Rösner, Rudolph, Sailer, Seger, Seifert, Sidow, Sieling, Sindermann, Singer, Süß, Schadow, Schäfer-Berlin, Schäfer-Mühlhausen, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schirmer, Schlösser, Schleßmann, Schluchtmann, Schmid-Ketzin, Schmidt-Gmünd, Schmidt Carl, Fritz Schmidt-Berlin, Schöpflin, Schubert, Schuboth, Schulz-Berlin, Schulze-Cossebaude, Schulze-Köln-Sülz, Schwartz, Stadthagen, Stegner, Steinkopf, Stollberg, Stolpe, Ströbel, Stubbe, Taubadel, Teuber, Thiele-Guben, Tinius, Trippensee, Ullenbaum, Unger, Vieth, Voigt, Wackwitz, Wagner, Waldheim, Weber, v. d. Wehd, Weihnacht Weinheber, Wels, R. Wengels, Margarete Wengels, Werner-Rostock, Westmayer, Wicki, Winklmann, Winter, Witte, Woldersky, Wulff, Wurm, Zetkin, Zißmer, Zietsch, Zietz, Zubeil, Zucht.

Singer: Ich habe mitzuteilen, daß Dr. Südekum nicht anwesend sein kann, weil er wegen schwerer Krankheit in seiner Familie abberufen ist. Er hat mich ausdrücklich gebeten, das mitzuteilen.

Nunmehr kommt zur Abstimmung die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, und zwar zunächst in einer Vorabstimmung der Abänderungsantrag Nr. 137 zum dritten Absatz der Resolution. Dieser Antrag wird abgelehnt und dann die einzelnen Absätze der Vorstandsresolution mit Mehrheit angenommen.

Hierauf findet die Gesamtabstimmung über die Vorstandsresolution statt. Sie ist namentlich.

Während das Ergebnis dieser Abstimmung festgestellt wird, ersucht Singer, die Vorschläge für die Neuwahl des Vorstandes und der Kontrollkommission einzureichen. Die beiden Beisitzer werden von der Kontrollkommission gewählt. Die Genossin, die als Beisitzerin dem Parteivorstand angehört, wählt der Parteitag.

Genossin **Baader** (zur Geschäftsordnung): Es ist mir bekannt geworden, daß ich mit auf die Vorschlagsliste gesetzt worden bin. Ich bitte von meiner Person Abstand zu nehmen. Ich habe die Gründe bereits auf der Frauenkonferenz und der vorangegangenen Besprechung mit den Frauen klargelegt. Es ist dies mein eigener Entschluß, den ich mir reiflich überlegt habe. Es ist aber mein lebhafter Wunsch, mit der jüngeren Genossin, die in den Parteivorstand gewählt werden wird, in schwesterlicher Gemeinschaft zu arbeiten und unsere Bewegung zu fördern. Nur die Liebe zur Bewegung hat mich veranlaßt, meinen Entschluß zu fassen. (Bravo!)

Singer verkündet nunmehr das Ergebnis der Abstimmung. Mit „Ja" haben gestimmt 258 Mitglieder des Parteitages, mit „Nein" 119. Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist also angenommen.

Mit **Ja** stimmten: Adler, Agnes, Albrecht, Baader, Baerer, Bahr, Bartels, Barth, Basner, Baudert, Baumann, Bebel, Bellert, Bendler, Benther, Berten, Biniszkiewicz, Beckmann, Bleuel, Bock, Böske, Bollmann, Borchert, Borgmann, Brandler, Braun-Königsberg, Braun-Küstrin, Brückner, Brühne, Bruns-Berlin, Budde, Büchner, Bühler, Colditz, Crispien, Daschmann, Deichmann, Dentzer, Deuper, Diehl, Drechsler, Drescher, Düwell, Eberhardt, Ebert, Eggert, Eichhorn, Eilken, Emmel, Endmann, Erfurth, Ernst, Ewald, Faber, Fahrow, Fanghänel, Faure, Fauth, Fischer-Berlin, Förster, Fuchs, Fröbel, Geck, Gehrmann, Gerisch, Geyer, Goller, Gräbert, Grauer, Greifenberg, Groger, Grunwald, Haase, Haberland, Hackelbusch, Hähnsen, Haupt, Hegewald, Hengsbach, Henke, Hetzschold, Heuer, Hilpert, Hoch, Hörsing, Hofer, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Hamburg, Honrath, Horn, Jacobsen-Lockstedt, Jacobsen-Ober-Schöneweide, Jahn, Jahrmarkt, Joos, Jungnickel, Kaden, Kahmann, Kaßner, Kautsky, Kawier, Kayser, Käppler, Kißling, Klupsch, Knauer, Knipping, Kögel, Köhncke, Koenen, Kohnen, Kreft, Krohnberg, Kuhnert, Küter, Kurzhals, Laukant, Leber, Ledebour, Lehmann, Leidner, Lensch, Leopoldt, Lewerenz, Liebold, Liepmann, Linde, Lipinski, Litfin, Litzinger, Loewenstein, Ludwig, Luxemburg, Matschke, Mehrens, Metzger, Michaelis, Milenz, Molkenbuhr, Mucker, Müller-Grabow, Müller-Forst, Müller-Köln, Müller-Berlin, Nemitz, Neuhäuser, Neumann, Niensdorf, Nitsch, Nobis, Nürnberg, Otto, Paetzel, Pankert, Pfannkuch, Picard, Pieck, Pohl, Pollender, Poling, Polziner, Raute, Reiwand, Reißhaus, Reitze, Richter, Rietz, Ritter, Rohleder, Rosenfeld, Rößler, Rösner, Rudolph, Sailer, Seelmann, Seger, Seifert, Sidow, Sieling, Siebert, Simon, Sindermann, Singer, Süß, Schadow, Schaefer-Berlin, Schäfer-Mühlhausen, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schirmer, Schleßmann, Schlosser, Schluchtmann, Schmid-Ketzin, Schmidt-Gmünd, Carl Schmidt, Fritz Schmidt-Berlin, Schmitz, Schneider, Schöpflin, Schreck, Schroeder, Schubert, Schuboth, Schulz-Berlin, Schulze-Cossebaude, Schulze-Köln-Sülz, Schwartz, Stadthagen, Stegner, Steinkopf, Stelling, Stollberg, Stolle, Stolpe, Stolten, Ströbel, Stubbe, Taubadel, Teuber, Thiele-Guben, Tinius, Trautewein, Trippensee, Ullenbaum, Unger, Vieth, Voigt, Wackwitz, Wagner Waldheim, Walter-Augsburg, Weber, v. d. Wehd, Weihnacht, Weinheber, Wels, R. Wengels, Margarete Wengels, Werner-Rostock, Werner-Bischofsheim, Westmayer, Wicki, Winklmann, Winter, Witte, Wizirowski, Woldersky, Wulff, Wurm, Zetkin, Ziegler, Zismer, Zietsch, Zietz, Zubeil, Zucht.

Mit **Nein** stimmten: Adelung, Arnold, Auer, Baisch, Baumeister, Bérard, Bischoff, Böhle, Bömelburg, Bohl, Bredow, Brey, Bruhns-Wandsbek, David, Deckelmann, Dietz, Dörnke, Dorn, Ehrlitzer, Eisner, v. Elm, Engelmann, Engelsmann, Engler, Evers, Feltz, Feuerstein, Fischer-Stuttgart, Fischer-Mittweida, Frank, Freudenberger, Frohme, Geiß, Grünberg, Guggenheim, Hasenzahl, Heine, Herzog, Heymann, Hierl, Hildenbrand, Höhne, Hoffmann-Bielefeld, Huber, Hue, Hug, Jasper, Keil, Klühs, Knapper, Knieriem, Koch, Kolb, Krüger, Lachenmeyer, Langer, Lau, Legien, Leinert, Leimpeters, Lesche, Lippl, Maier, Merkel, Mehrlein, Müller-München, Max Müller, Müller-Hamburg, Nimmerfall, Noske, Nöthlich, Paeplow, Panzer, Pelikann, Pickelmann, Quarck, Quessel, Raab, Reith, Rauch, Reichel, Rollwagen, Sachse, Säckler, Saenger, Segitz, Schlegel, Schlomer, Schmid-München, Schmidt-Lindau, Robert Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schmitt-Offenbach, Schnettler, Schrader, Schumann, Schütz, Stabel, Stark, Stegen, Stockinger, Straßer, Stuber, Thiele-Halle, Thöne, Timm, Trinks, Ullmann, Ulrich, Vogel, Walther-Nürnberg, Weill, Weiß-Oberstein, Weiß-Marktredwitz, Weißheimer, Wettermann, Wunderlich, Zimmermann, Zorn.

Singer: Damit sind die Anträge 74 bis 85 erledigt. Zu einer Erklärung gebe ich dem Genossen Segitz das Wort.

Segitz: Parteigenossen! Im Auftrage von 66 Delegierten aus Bayern, Baden, Württemberg und Hessen habe ich folgende, von jedem einzelnen Delegierten unterzeichnete Erklärung abzugeben:

„Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß."

Adelung, Auer, Baisch, Baumeister, Bohl, Bredow, David, Dorn, Eisner, Engelmann, Engler, Feuerstein, Friedrich Fischer, Frank, Freudenberger, Geitz, Grünberg, Guggenheim, Hasenzahl, Herzog, Heymann, Hierl, Hildenbrand, Huber, Keil, Knapper, Knieriem, Kolb, Krüger, Lachenmeyer, Lippl, Maier, Adolf Müller, Nimmerfall, Nöthlich, Panzer, Pelikann, Pickelmann, Quessel, Raab, Reichel, Rollwagen, Sädler, Saenger, Segitz, Schlegel, Eduard Schmid, Franz Schmitt, Gregor Schmitt, Stadel, Stark, Stockinger, Straßer, Stuber, Timm, Ullmann, Ulrich, Vogel, Max Walther, Weill, Weiß, Weißheimer, Wettermann, Wunderlich, Zimmermann, Zorn.

(Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Singer: Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung. Dieselbe geht zu Protokoll.

Ich schlage nunmehr dem Parteitag vor, sich zu vertagen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schluß 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Dorn eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Sozialpolitik und der neue Kurs

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt die Resolution 123 und der Antrag 12 vor.

Referent **Molkenbuhr:** Man sollte meinen, daß es bei uns in Deutschland vom reinen Zufall abhängig ist, ob einmal in der Sozialpolitik Fortschritte möglich sind oder nicht. Die Gegner von heute sind die Freunde von morgen, um übermorgen in anderer Konstellation sich wieder geschlossen gegenüberzustehen. An die Stelle der Freihandelspolitik trat 1879 die Periode der Schutzzölle; dann kam 1890 die Aera der Februarerlasse, in der es schien, als ob wirklich Sozialpolitik getrieben werden solle, bis das soziale Kaisertum sehr bald vor dem Stummschen Scharfmachertum kapitulierte. Der kurzen Periode der Handelsvertragspolitik folgte die agrarische Periode, in der das Zentrum Trumpf war, die eigentliche Periode Bülow. Mit dem Zentrum als Trumpf hat man den Wuchertarif von 1902 gemacht, mit dem Zentrum als Trumpf die Steuerreform 1906. Und 1907 tritt dann wieder eine ganz andere Parteikonstellation ein. Da wird vielleicht mancher sagen, bei einem solchen Hin und Her kann es auch einmal eine Konstellation geben, in der die soziale Politik Trumpf ist, und es hat ja Leute gegeben, die vom Block Sozialpolitik erwartet haben. Die Zahl der sozialpolitischen Anträge im Reichstage könnte ja auf eine Neigung zur Sozialpolitik schließen lassen. Aber bei näherem Zusehen finden wir, daß der Block unfähig ist, überhaupt Sozialpolitik zu treiben. Soweit im Block der Liberalismus zur Aktion gelangt, ist es ein Liberalismus

im Gegensatz zum Sozialismus, ein Liberalismus für rein kapitalistische Politik. Es ist kein Zufall, daß gerade unter dem Blockkurs der bekannte Alexander Tille im Saarrevier die Frage der Gründung einer Partei der Arbeitgeber aufwirft, die die Gesetzgebung so beherrschen soll, wie bisher der Bund der Landwirte. Die Blockpolitik wurde ja eingeleitet durch den Brief an Liebert, wodurch der Reichslügenverband zur Bülowschen Wahlmaschine gemacht wurde und in dem bezüglich der Sozialpolitik nur der eine Satz stand, daß in keinem Lande der Welt soviel für die Arbeiter gesorgt sei, wie in Deutschland. Das bewog den Zentralverband der deutschen Industriellen, die Mittel herzugeben für die Blockwahlen. Die äußersten Gegner der Sozialpolitik haben die Wahlen bezahlt. Sie sind die Herren der Situation, und will der Block ihre Unterstützung auch ferner haben, so muß er ihre Wünsche befriedigen. Die Zentralverbändler hatten recht, den Fürsten Bülow zu unterstützen, denn noch nie hat es einen solchen Stillstand in der Sozialpolitik gegeben, wie unter Bülow. Und das in einer Periode eines unerhörten wirtschaftlichen Aufschwunges in ganz Deutschland, dem ein moderner Staatsmann in demselben Tempo auch mit der Sozialpolitik folgen müßte. Diese Entwickelung, diese Organisation, wie sie in den Kartellen und anderen kapitalistischen Gebilden sich heraus entwickelt haben, konnte auch ein so kühner Denker wie Marx in ihrem Umfange und in ihrer Größe nicht vorausahnen. Die Kapitalanhäufung bedeutet eine gewaltige Steigerung der Macht der Kapitalisten, und mit dem wirtschaftlichen Einfluß wächst auch der politische Einfluß dieser Klasse, und daraus ergibt sich eine Entrechtung der in der Produktion tätigen Personen, wie man sie unter früheren wirtschaftlichen Systemen kaum gekannt hatte. Mehr und mehr bilden sich große Werke und an Stelle des einzelnen Kapitalisten treten die Aktiengesellschaften. Wir haben zurzeit 5000 Aktiengesellschaften mit mehr als 14 Milliarden Mark Kapital in Deutschland. An Stelle des persönlichen Arbeitgebers ist das inpersonelle Kapital getreten. Aus der ganzen Produktion fast sehen wir einen früher wesentlichen Faktor ausgeschaltet: die Menschenfreundlichkeit des Arbeitgebers, seine persönlichen Beziehungen zum Arbeiter, die bei den bürgerlichen Sozialpolitikern eine so große Rolle spielten. Was die Herren dereinst vom Menschlichkeitsgefühl des Unternehmers erwarteten, muß jetzt vom gefühllosen, inpersonellen Kapital durch die Gesetzgebung errungen werden. Die Konzentration des Kapitals hat die freie Konkurrenz für eine große Reihe von Produktionszweigen beseitigt. Mit Preiskonventionen fing es an. Sehr bald wurden sie überall überholt durch die Kartelle und Syndikate, die als alleinige Abnehmer der Waren vom Produzenten und alleinige Verkäufer gegenüber dem Konsumenten dann auch die Produktion regelten durch die Kontingentierung der Produktion auf die einzelnen Werke. Im Jahre 1905 wurden in dem Deutschen Reiche 385 Kartelle ermittelt, deren kolossalen Einfluß auf den ganzen Produktionsprozeß ein Blick auf die Kartelle der Schwerindustrie, das Kohlen- und Koks-syndikat und den Stahlwerksverband zeigt. Die Kartelle sind da und sind notwendige Erscheinungen unserer kapitalistischen Entwickelung, und es ist eine große Utopie, zu glauben, daß sie durch irgendwelche Gesetzgebung wieder aus der Welt geschafft werden können. Dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat gehören 72 Zechen an mit einer Jahresproduktion von 77 Millionen Tonnen Steinkohle. Diese große Macht hat es vermocht, den Kohlenpreis in den 80 er Jahren von 4,50 und 5,50 Mk. bis auf 10,75 und 11,75 Mk. hinaufzubringen, und sie hielt auch den verheerenden Stürmen der Krise von 1900 bis 1902 stand. Da haben die Arbeiter ein Recht, einen steigenden Anteil an der Produktion auch für sich zu beanspruchen. Der ganze steigenden Gewinn dieser Organisation kommt ja nicht einmal allein im steigenden Preise zum Ausdruck, denn bei diesem werden auch die Arbeitslöhne für die gewonnenen Nebenprodukte mitverrechnet. Der Stahlwerksverband vereinigt

82 Werke, die für 1907 eine Beteiligungsziffer von 11 871 000 Tonnen angesetzt hatten, das ist annähernd ⅓ der gesamten Weltproduktion an Eisen, fast 2 Millionen Tonnen mehr als die gesamte englische Produktion beträgt. Und in der Konzentration des Kapitals ist bereits ein Uebergang zur Trustbildung vorhanden, die für das Eisen schon beinahe zum Ausdruck kommt in Thyssens Konzern. Aehnlich liegt es in der chemischen und elektrischen Industrie. Die Großbanken werden zu Herrschern. Es gibt Leute und Parteirichtungen, die durch Antikartellgesetze diese Entwickelung aufhalten zu können glauben, z. B. das Zentrum. In Amerika hat man das getan mit dem Erfolg, daß die Trustbildung nur um so schnellere Fortschritte macht.

Uns interessiert hier nur die Frage, wie diese Organisationen auf die Arbeiterschaft wirken. Bei der Kartellenquete erklärten ihre Vertreter: um die Arbeiterschaft kümmern wir uns nicht in den Kartellen, da existieren keine Vereinbarungen. Aber dieselben Leute, die im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat sitzen, sind auch im Bergbaulichen Verein, und da sind sie allerdings sehr mit der Arbeiterschaft beschäftigt. Und wenn es da noch nicht zum Ausdruck kommt, dann im Zechenverein, einem Verein für Maßregelung der Arbeiter. Schon im Jahre 1876, also zu einer Zeit, als die Gewerkschaftsbewegung noch daniederlag, schlossen rheinisch-westfälische Großindustrielle einen Vertrag, wonach die Teilnehmer bei einer Konventionalstrafe von 1500 Mark für jeden einzelnen Fall der Uebertretung verpflichtet wurden, keine von einem anderen Mitgliede entlassene Arbeiter binnen vier Monaten nach der Entlassung aufzunehmen. Arbeiter, die wegen Vergehen gegen die Disziplin entlassen worden waren, durften überhaupt nur auf Grund eines Komiteebeschlusses angenommen werden. (Hört! hört!) 1890 kam dann der Kühnemännerverband, dem sich auch die königlich preußische Regierung mit ihren Eisenbahnwerkstätten usw. anschloß, weiter der Zechenverband, der Tabaksverein u. a., so daß wir eine geschlossene Kapitalistenverschwörung gegen die Arbeiterklasse haben. (Lebhafte Zustimmung.) Und nicht nur gegen die Handarbeiter wandten sich die Unternehmerkoalitionen, sondern auch gegen die Kopfarbeiter, die sogenannten Privatangestellten. Ich erinnere an das Vorgehen der Metallindustriellen von Augsburg gegen die Techniker. Dieser sogenannte „neue Mittelstand" spielt eine ganz erhebliche Rolle in unserer modernen Produktion. In den Kruppschen Werken sind 5700 sogenannte Beamte angestellt. Wenn jeder von ihnen 1000 Mk. mehr Gehalt bekommt, so macht das schon annähernd 6 Millionen Mark aus. Gegen diesen neuen Mittelstand geht man vor mit der Konkurrenzklausel und der Erfinderklausel. Die Bezahlung dieser Leute ist verhältnismäßig sehr gering. Nach einer Umfrage des Vereins für Sozialpolitik haben 60 Proz. der Privatangestellten ohne Hochschulbildung in Berlin ein Jahreseinkommen von weniger als 2100 Mk., von denen mit Hochschulbildung 40 Proz.! (Hört! hört!) Man sagt, die Arbeiter in den Krankenkassen bezahlen ihre Aerzte schlecht. Aber nirgends werden von den Krankenkassen so geringe Löhne gezahlt, wie von den Kapitalisten an die Angestellten mit Hochschulbildung. Von den Angestellten mit Hochschulbildung haben 1,69 Proz. ein Einkommen unter 1200 Mk. (Lebhaftes Hört! hört!), ein Jahresgehalt von 2100 Mk. bis 3000 Mk. haben 25,39 Proz. der Angestellten ohne Hochschulbildung und 25,42 Proz. derer mit Hochschulbildung, über 3000 Mark nur 13 Proz. ohne Hochschulbildung und 30 Proz. mit Hochschulbildung, davon 2 Proz. der Leute ohne Hochschulbildung und 6 Proz. mit Hochschulbildung mehr als 4800 Mk. (Hört! hört!) Also auch die sogenannten Privatangestellten werden immer mehr proletarisiert. Wagen die Arbeiter Forderungen zu stellen, so gehen die Kartellunternehmer terroristisch mit großen Aussperrungen vor. Als im Jahre 1900 in Hamburg 61 Nieter einen Stundenlohn von 2 Pf. mehr forderten, wurden darauf 10 000 Werftarbeiter ausgesperrt. Genau dasselbe haben wir in diesem Jahre in Stettin erlebt. Während der einzelne Unternehmer bei der Aussperrung riskiert, seine Kunden zu verlieren, laufen die großen Syndikate diese Gefahr nicht, sie finden sicher einen Markt für ihre Produkte. Aber ganz abgesehen davon, daß die meisten Unternehmer ihren Kunden die Bedingung aufgezwungen haben, daß bei einem Streik keine Forderung auf Erfüllung des Lieferungsvertrages gestellt werden kann, ist jetzt die Situation so, daß ein Streik für die kartellierten Unternehmer häufig geradezu eine günstige Marktlage herbeiführt. Wenn es den Kohlenbaronen nicht gelungen wäre, im Jahre 1905 den Streik zu provozieren, so hätten sie 1906 und 1907 die Kohlenpreise nicht so enorm in die Höhe treiben können. Mit den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, den Pensionskassen, den beliebten gelben Gewerkschaften, sucht man die Arbeiter zu Verrätern an ihren Klassengenossen zu machen. Wenn die Arbeiter mit Arbeitsniederlegung drohen, falls eine ihrer Forderungen nicht erfüllt wird, so wird das von den Gerichten als Erpressung angesehen. Wenn aber die Unternehmer mit Aussperrung drohen, falls die Arbeiter sich nicht einen Lohnabzug gefallen lassen, gilt das nicht als Erpressung. Unsere Justiz geht ja bekanntlich nach dem Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Dazu kommt der gewaltige politische Einfluß der Großindustriellen. Der Zentralverband deutscher Industrieller bezahlt dem Fürsten Bülow die Wahlen, er unterzieht jedes Gesetz, was sich irgendwie mit Sozialpolitik befaßt, einer meist abfälligen Kritik. Wie gerade die Stellung der Industriellen zur Regierung ist, so ist auch der sozialpolitische Kurs. Auf einer Versammlung des Zentralverbandes der Industriellen am 28. Oktober v. J. begrüßte Herr Vopelius seine Gäste mit folgenden Worten: „Meine Herren! Dann habe ich die Freude, seine Exzellenz den Minister v. Rheinbaben hier begrüßen zu können. Exzellenz v. Rheinbaben ist ja eigentlich kein Ressortminister für den Zentralverband, aber seine frühere Stellung als Regierungspräsident eines außerordentlich industriellen Bezirkes hat ihn überall in die Lage gebracht, die Industrie zu verstehen, und so bin ich sicher, er ist einer der wärmsten Freunde der Industrie."

Also alle Minister, außer dem preußischen Finanzminister, werden von Herrn Vopelius als Ressortminister für den Zentralverband bezeichnet, und keiner dieser Minister hat es gewagt, dagegen zu protestieren. Die Industrie nützt ihren politischen Einfluß ebenso ihren Lohnsklaven gegenüber aus, wie die Junker dies bei den Landarbeitern tun. Wenn es für die Landarbeiter noch so wenig Arbeiterschutz gibt, so rührt das auch daher, daß die Landarbeiter der Sozialdemokratie bis heute noch zum größten Teil fernstehen, denn alle Sozialgesetze sind fast ausschließlich ein Erfolg der Klassenbewegung der Arbeiter. Ohne die Chartisten wäre in England seinerzeit der Zehnstundentag nicht durchgesetzt worden. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit 1868 fortgesetzt sozialpolitische Anträge gestellt. Die ganze Versicherungsgesetzgebung wurde zuerst April 1878 von Bebel angeregt. Aber die Sozialgesetzgebung hat sich immer in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. Selbst zur Zeit des bekannten Februarkurses hat man kapituliert vor dem brutalen Machtgebot jener Scharfmacher, welche gegen das sogenannte soziale Königtum energisch Front machten.

In der Seemannsordnung ist teilweise der Achtstundentag durchgeführt, und bei der letzten Regelung hat man verschiedene Bestimmungen, die bis dahin fakultativer Natur waren, zu einem zwingenden Recht gemacht. Aber man darf nicht vergessen, daß Fürst Bülow dieses Gesetz von seinem Vorgänger übernommen hat. Was ist während der Amtszeit des Fürsten Bülow selbst geschehen? Er trat sein Amt an, als die bekannte 12 000 Mk.-Affäre

spielte, also als die Arbeiter mit dem Zuchthausgesetz beglückt werden sollten. 1903 kam das Kinderschutzgesetz und dann eine Novelle zum Krankenkassengesetz. Es folgte der Gesetzentwurf über die Berufsvereine, womit man die Arbeiterschaft knebeln wollte. Das ist das, was man „Bülowsche Sozialpolitik" nennt. (Hört! hört!) Posadowsky, der immerhin einiges Verständnis hatte, der aber beim Zentralverband in Ungnade gefallen war, wurde entlassen. Die Industriellen haben auf ihren Zusammenkünften eine Marschroute für die Regierung aufgestellt. Sie wollten zunächst eine Revision des Krankenkassengesetzes nach der Richtung hin, daß die Unternehmer die Hälfte des Beitrages bezahlen sollten, um auf diese Weise den Einfluß der Arbeiter zu verdrängen und die Verwaltung der Kassen in die Hände der Unternehmer zu legen. Selbstverständlich werden die Unternehmer, wenn sie die Mehrheit in den Kassenverwaltungen haben, alles daran setzen, um die Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß zu beschränken. (Sehr richtig!) Die Beiträge der Unternehmer werden dann in Wirklichkeit nicht höher sein als jetzt, aber die Arbeiter werden ausgeschaltet und die Kranken müssen vieles entbehren was sie jetzt haben. Die Unternehmer wollen weiter eine Beseitigung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes, der die Ansammlung eines Reservefonds vorschreibt, der die Brücke bilden soll, um später einmal eine Verschmelzung aller Versicherungszweige herbeizuführen. Sie verlangen, daß für die Witwen- und Waisenversorgung zunächst Grundsätze herausgegeben werden sollen, damit sie dann endgültig zu dem Gesetz Stellung nehmen können. Die Privatbeamten sucht man mit der Pensionsversicherung zu ködern, als ob für sie etwas ganz Besonderes damit geschaffen werden soll; aber der Zentralverband verlangt für die Privatbeamten die Aufrechterhaltung der Konkurrenzklausel, und ferner fordert er, daß nur die Beamten mit geringem Gehalt versichert werden, sowie daß in den einzelnen Betrieben die jetzigen Pensionskassen als gleichberechtigte Einrichtung neben der Reichsversicherung bestehen bleiben. Mit anderen Worten: es soll aus den Pensionskassen der einzelnen Werke eine Fessel geschmiedet werden, um die Beamten dauernd an das Werk zu fesseln, denn wer in einer Werkskasse versichert ist, soll von der Reichsversicherung ausgeschlossen sein. Der Zentralverband sträubt sich ferner dagegen, daß in den Werken mit ununterbrochener Arbeitszeit die Achtstundenschicht eingeführt wird. Er sagt, die Industrie könne das nicht vertragen. Die Arbeiter könnten den Lohnausfall nicht ertragen, und es würde auch die erforderliche Zahl von Arbeitern fehlen. Nun, wir sehen, daß in den kontinuierlichen Betrieben überall zwei oder drei Schichten bestehen, ein Mittelding gibt es nicht. Wenn man also den Achtstundentag nicht will, dann bleibt dauernd der Zwölfstundentag. Hierbei kommen vor allem solche Betriebe in Frage, welche in Kartellen organisiert sind oder aber wo noch Monopolbetriebe bestehen, also Betriebe, die sehr wohl in der Lage sind, die Preise so zu gestalten, daß sie selbst Mehrausgaben, die aus der Verkürzung der Arbeitszeit entstehen, leicht tragen können. Haben wir für Feuerarbeiter auf See den Achtstundentag eingeführt, dann ist es nicht einzusehen, weshalb der Achtstundentag nicht auch für Feuerarbeiter auf dem Lande durchgeführt werden soll. Wenn jene Herren behaupten, daß sie nicht die Kosten tragen können, so ist das eine bewußte Lüge, denn seit einem Jahrzehnt ist die Produktivität so gestiegen und die Ausbeutung in jenen Werken so gewachsen, daß bei der ganzen Industrie der Achtstundentag heute mit Leichtigkeit durchgeführt werden könnte. Die Großeisenindustrie ist eine derjenigen Industrien, denen wir etwas genauer in die Papiere blicken können. Wir wissen, wie viele Werke im Deutschen Reiche betrieben werden, wir kennen die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Menge der erzeugten Produkte, die

dafür bezahlten Preise, wir kennen für einen erheblichen Bruchteil der versicherten Arbeiter die Löhne, und können daher schätzen, wie hoch im allgemeinen die Ausgaben für Löhne sind. Wir kennen ferner die Höhe der Preise für Rohstoffe, so daß wir mit einiger Genauigkeit nachprüfen können, wie sich die Verhältnisse dort entwickelt haben. Von 1895 bis 1906 steigerte sich die Produktion von 5 017 000 Tonnen auf 11 894 000 Tonnen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter erhöhte sich von 205 000 auf 355 000. Dagegen ist der Lohn im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo er am höchsten ist, einschließlich der Versicherungsbeiträge nur von 1114 auf 1554 Mk. pro Kopf gestiegen. Diese Steigerung müssen wir aber im Hinblick auf den erzielten Profit betrachten. Es sind im Jahre 1895 698, im Jahre 1904 1280 und im Jahre 1906 1740 Millionen Mark als Erlös aus den verkauften Waren erzielt worden. Durchschnittlich wurden von jedem Arbeiter produziert: 1895 24,45, 1904 30,73, 1906 33,47 Tonnen. Der Durchschnittspreis der Produkte stieg von 127 auf 146 Mk. Während also der Preis der Tonne um 19 Mk. stieg, blieb der Lohn auf die Tonne berechnet, konstant, denn 1895 kam auf eine Tonne Produkte einschließlich der Versicherungsbeiträge ein Lohn von 45,60, im Jahre 1904 ein Lohn von 45,64 und im Jahre 1906 ein solcher von 46,46 Mk. Der Lohn ist also im ganzen um 86 Pf. gestiegen, es hat demnach eine Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter stattgefunden. Auf je 100 Mk. des Produktenwerts kam 1895 ein Arbeitslohn von 35,83 Mk., 1904 ein Lohn von 33,81 Mk. und 1906 ein Lohn von 31,71 Mk. Wir sehen also, daß ein Lohnrückgang von 4,12 Mk. eingetreten ist, sobald man den prozentualen Betrag berechnet. In derselben Zeit sind zwar auch die Ausgaben für Eisenerze gestiegen, auch die Preise für Kohlen, aber infolge der technischen Verbesserung der Betriebe wurden weniger Kohlen gebraucht. Wir können also beweisen, daß das variable Kapital gesunken und der Mehrwert gestiegen ist. Der Achtstundentag könnte also ohne jede Schädigung durchgeführt werden. (Sehr gut.) Wir sehen weiter, daß mit dem intensiven Anspannen der Arbeiter die Unfallgefahr gestiegen ist. In der Rheinisch-Westfälischen Hütten-Walzwerksberufsgenossenschaft kamen 1895 auf 1000 Versicherte 152 Unfälle, 1904 191 Unfälle und 1906 198 Unfälle. Als ich diese Zahlen im Reichstage vorbrachte, da ergriff ein paar Tage später Herr v. Dirksen das Wort und verlas den Brief eines Gewerbeinspektors, der ihm mitteilte, daß diese prozentualen Zahlen nicht maßgebend seien, da die Produktivität gestiegen sei, und entsprechend der Produktivität der Arbeit auch die Unfallziffern steigen müßten.

Hiernach müßten also, wenn es einmal gelingen sollte, die Produktivität zu verfünffachen, sämtliche Arbeiter ausnahmslos Unfälle erleiden. Nein, es ist auch falsch, daß die Unfallgefahr im Verhältnis zur Produktivität steigt. Die Zahl der entschädigten Unfälle ist doppelt so schnell gestiegen, wie die Produktivität der Arbeiter. Während die Produktivität von 24,45 auf 33,47 Tonnen pro Kopf des Arbeiters, also um 36,9 Proz. stieg, stiegen die schweren Unfälle von 9,50 auf 16,11 für 1000 Versicherte, also um 69,37 Proz. Man sollte schon allein mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter einen kürzeren Arbeitstag verlangen, denn je komplizierter die Maschinen werden, desto größere Anforderungen werden an die Aufmerksamkeit der Arbeiter gestellt. Werden nun die Blockparteien bereit sein, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen? Wir haben in der Resolution gesagt, daß die sozialpolitischen Forderungen der Blockparteien schon in früheren Jahren von uns erhoben worden sind. (Sehr richtig!) Wir sind in der Lage, für jeden einzelnen Fall die Quelle nachzuweisen. Den Zehnstundentag z. B. haben die Sozialdemokraten schon 1867 gefordert, ebenso den Kinderschutz und die in der

Gewerbenovelle vorgelegte Fassung, an Stelle von Fabrik zu sagen: Betriebe mit zehn und mehr Arbeitern.

Sehr viel tun die Herren sich auf die Forderung von Arbeitskammern zugute. Als bei der Nachwahl im 16. sächsischen Wahlkreise ein sogenannter Sozialpolitiker damit agitierte, sagte ich zu ihm: „Wie sind Sie zu diesem Ausdruck gekommen, doch nur wie ein Vagabund zur goldenen Uhr." (Heiterkeit.) Der Ausdruck stammt aus einem im Jahre 1876 vorgelegten Antrag Fritzsche und Genossen. Genau so verhält es sich mit der Forderung des Reichsarbeitsamtes. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung wurde schon im Jahre 1878 von Bebel gefordert. Ueberall hat man unsere früheren Forderungen kopiert! (Sehr richtig!) In der Resolution haben wir gesagt, daß die Blockparteien weder den Willen noch die Fähigkeit haben, solche Forderungen durchzusetzen. Tatsächlich gibt es nicht eine einzige Forderung in den genannten Anträgen, gegen welche die Blockparteien nicht schon gestimmt hätten, als wir sie zuerst aufstellten. Man geht da nicht einmal so weit, die konsequente Durchführung solcher Bestimmungen zu fordern, die bereits gesetzlich festgelegt sind. Wir haben im Reichstage beantragt, daß den Akkordarbeitern, wenn ein Akkord nicht zustande kommt, ein Mindestlohn gesichert sein soll, wie er von den gleichartigen Arbeitern verdient wird. Dieser Antrag war nichts weiter als die Nachbildung einer Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches, aber selbst diesen Antrag wollte man nicht gelten lassen. Wir erleben es weiter, daß man mit Rücksicht auf die gelben Gewerkschaften die Bestimmung des § 134 Absatz 2 der Gewerbeordnung, wonach Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagesverdienstes übersteigen dürfen, umgeht, indem man einen Teil des Lohnes nicht Lohn, sondern „Prämie" oder „Tantieme" nennt. Man sichert den Arbeitern Prämien zu, die verwirkt sind in dem Augenblick, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in der Regel höher als der halbe Tagesverdienst. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des Gesetzes auch alle Prämien, Tantiemen usw. gelten sollten, daß also dem Unfuge des Umtaufens ein Riegel vorgeschoben werde, waren es die Heyl und Genossen, die sagten: mit den niedrigen Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte offen an, daß die ganze Praxis nur eine Umgehung des Verbotes des § 134 ist. Aber trotzdem stimmte die Mehrheit, auch das Zentrum, gegen unseren Antrag. (Hört! hört!) Das Zentrum agitiert ja damit, daß es gewissermaßen der Vater der Witwen- und Waisenversicherung ist. Wie verhält es sich damit?

Es stehen in den letzten Jahren rund 43 Millionen jährlich für diesen Zweck zur Verfügung. Bei der Begründung seines Antrages sagte Trimborn, daß keinerlei Beiträge von den Versicherten erhoben werden sollten. Also mit 43 Millionen jährlich will man eine Witwen- und Waisenversorgung einrichten. Das ist doch die ärgste Heuchelei. (Sehr richtig!) Will man eine Witwen- und Waisenversorgung, dann muß man recht erhebliche Mittel zur Verfügung haben. Wir hatten am 1. Dezember 1900 unter 56 Millionen Einwohnern 2 413 659 Witwen, also auf je 1000 Einwohner 42,87 Witwen. Rechnen wir dazu die Waisen, deren Zahl man ja ungefähr aus der Unfallversicherungsstatistik ermitteln kann, so kommen auf je 100 Witwen 141 Waisen. Demnach gäbe es auf je 1000 Einwohner rund 101 hilfsbedürftige Personen, die zu unterstützen wären. Nach der Berufszählung von 1895 kommen auf je 1000 Einwohner 427 Erwerbstätige. Diese 427 Erwerbstätige hätten demnach die 101 Personen zu ernähren. Will man jeder Witwe nur 100 Mk. jährlich geben, so müßte jeder Erwerbstätige einen Betrag von 24 Mk. entrichten. Rechnen wir bei den Witwen und den Waisen mit einer Jahresrente von je 136 Mk., wie sie der Unfallrente entspricht, so hat man bereits 600 bis 700

Millionen Mark im Jahre aufzubringen, also 15 mal so viel als aus den Getreidezöllen herauskommt. Wenn also Trimborn sagt, wir wollen nicht, daß Beiträge erhoben werden, so heißt das mit anderen Worten, man will die Witwen- und Waisenversorgung nicht! (Sehr gut!)

Es gilt, unsere sozialpolitischen Forderungen möglichst energisch zu vertreten. Wir zwingen dadurch die anderen Parteien wenigstens zu Scheinkonzessionen, oder wir können dadurch um so eher darauf hinweisen, daß alle Parteien, mögen sie sich auch noch so oft ein sozialpolitisches Mäntelchen umhängen, Gegner der Arbeiterklasse sind. Wir haben unsere bekannten Forderungen: Achtstundentag, Ueberwachung der gewerblichen Betriebe, Erforschung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch Reichsstatistik, all' diese Forderungen, die im „Erfurter Programm" und weiter die Forderungen, die wir an die Arbeiterversicherung stellen und in der Münchener Resolution niedergelegt haben, energisch in den Vordergrund zu stellen, wir haben eine große Bewegung in Szene zu setzen, daß von Nord und Süd, von Ost und West immer wieder gefordert wird, diese Dinge endlich einmal zur Durchführung zu bringen. Wir haben nicht nur für die Industriearbeiter, sondern für die Arbeiter aller Kategorien ein einheitliches Recht zu schaffen; wir haben dafür zu sorgen, daß der Arbeiterschutz erweitert, die Gesindeordnung und die Landesgesetze gegen die Arbeiterschaft auf dem Lande abgeschafft, daß durch Reichsgesetze die Bergarbeiterverhältnisse geregelt, die Eisenbahnarbeiter, die eigentümlicherweise der Gewerbeordnung nicht unterstehen, unter gewerblichen Schutz gestellt, dann aber auch nach der privatrechtlichen Seite Sicherungen getroffen werden. Wir haben in unsere Resolution einige neue Forderungen aufgenommen: außer der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes vor allem den Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, der Freizügigkeit, des Koalitionsrechtes gegen den Angriff durch Privatverträge, ein Verbot der Konkurrenzklausel, der Personalkonventionen und ähnlicher Abmachungen, die die Freiheit der Arbeiter beeinträchtigen. (Sehr gut!) Derartige Forderungen sind um so nötiger, als bei dem Auswachsen der Großproduktion in Kartelle den großen Unternehmerorganisationen gegenüber der Arbeiter aufhört, Vertragschließender zu sein, vielmehr Objekt eines Vertrages wird, den die Arbeitgeber unter sich schließen. In diesen Abmachungen, diesen Kartellen, den Personalkonventionen der chemischen Fabriken usw., die sich verpflichten, niemanden aufzunehmen, der nicht von der letzten Firma, die den Betreffenden beschäftigt hat, empfohlen wird, ist ein Stück Sklavenhandel etabliert worden, das auf dem Wege der Gesetzgebung bekämpft werden muß. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Konkurrenzklausel. Bei den in Syndikaten vereinigten Großbetrieben hat ja die Kundenliste aufgehört, Betriebsgeheimnis zu sein. Der ursprüngliche Anlaß der Konkurrenzklausel fällt damit weg. Man soll den bestrafen, der auf unlauterem Wege sich in den Besitz eines Betriebsgeheimnisses setzt und im übrigen auch dem Angestellten sein geistiges Eigentum sichern, auch wenn er aus dem Betriebe herausgeht. (Sehr richtig!) Wir verlangen dann weiter Vorschriften für die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, eine Kontrolle, die das Eigentumsrecht an den von Angestellten und Arbeitern bezahlten Beiträgen sicherstellt. Diese sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, diese Pensions- und Unterstützungskassen usw., die dazu angetan sind, die gelben Gewerkschaften zu züchten, werden ja aus demselben Fonds gespeist, aus dem sonst die Löhne genommen werden. Man fesselt damit den Arbeiter ans Werk, um ihn auf die Dauer billiger zu haben. Mit diesem Unfug muß aufgeräumt werden. Wo solche Kassen existieren, sollen sie der Kontrolle der Arbeiter wie auch der öffentlichen Kontrolle unterworfen sein. Das Geld, das dem Arbeiter abgenommen wird, soll sichergestellt werden.

Vielleicht wird das dazu führen, daß die eine oder die andere der Kassen nicht mehr aufrechterhalten wird.

Ich weiß nicht, ob die Arbeiter das zu bedauern haben, denn sie sollten darauf drängen, daß die öffentlich-rechtliche Versicherung derartig ausgebaut und ergänzt wird, daß sie auf Wohlfahrtskassen von einzelnen Fabriken nicht angewiesen sind. Jeder Arbeiter soll sich das, was er zum Unterhalt seiner Familie braucht, selbst erwerben können, und im übrigen soll die Reichsversicherung eintreten. (Sehr richtig!) Aber gerade auf diesem Gebiete herrscht überall Stillstand. Um die Art der Sozialreform, wie sie gegenwärtig im Block betrieben wird, so recht ins helle Licht zu stellen, hätte ich nur nötig, die im letzten Jahr im Reichstage eingebrachte Novelle zur Gewerbeordnung im einzelnen zu erörtern. Es gilt, überall eine Agitation einzuleiten, um die soziale Gesetzgebung vorwärts zu treiben. Da heißt es, in Versammlungen die Arbeiter aufrufen, daß sie fordern, worauf sie ein Recht haben. Sie haben ein Recht darauf, daß ihre Gesundheit, ihr Leben geschützt wird, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können, und das kann nur dadurch erlangt werden, daß man auch innerhalb der heutigen Gesellschaft in der Sozialpolitik das bewilligt, was bewilligt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Quarck-Frankfurt begründet den Antrag 12. Er will aus demjenigen, was Molkenbuhr in umfassender Weise als Gesamtprogramm in der Sozialpolitik entrollt hat, das Wichtigste für die allernächste agitatorische Praxis festlegen. Er setzt ein bei der im bevorstehenden Winter zu verabschiedenden sogenannten großen Gewerbenovelle und führt aus, daß für die Unterstützung der Aktion unserer Parlamentarier nichts dienlicher sein kann, als noch vor Zusammentritt des Reichstages eine großzügige, gemeinschaftliche Agitation von Partei und Gewerkschaften für den Kernpunkt des Arbeiterschutzes, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit, ins Werk zu setzen. Wir wollen eine Lehre ziehen aus der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes, bei der die Aktion unserer Abgeordneten nicht durch eine umfassende Agitation unterstützt worden ist. Es kann keine günstigere Gelegenheit geben als diese, die Massen aufzuklären über das Blockregime, das den Arbeitern eine Kleinigkeit hinwirft, die zwar als ein Schritt vorwärts erscheint, aber den regierungsfreundlichen Unternehmern nicht weh tut. Es gilt, den Arbeitern auseinanderzusetzen, wie ungenügend — selbst bei dem augenblicklichen Stand der Dinge — die Vorschläge in der Gewerbenovelle sind, insbesondere der Vorschlag des Zehnstundentages für die Frauen und Mädchen. Ist doch nach den Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes durch die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter jetzt schon erreicht, daß für Männer und Frauen in den 1907 abgeschlossenen Tarifverträgen eine Arbeitszeit von mehr als zehn Stunden überhaupt nur noch in 110 Betrieben vorkommt und für etwa 8000 Arbeiter, während 130 000 Arbeiter eine Arbeitszeit von bis zu 9 Stunden errungen haben. Da ist der Vorschlag der Gewerbenovelle ein wahrer Bettelpfennig. Den neunstündigen Arbeitstag fordern wir in der Resolution als zunächst erreichbar im Gegensatz zum zehnstündigen Arbeitstag in der Gewerbenovelle. Seit den kaiserlichen Erlassen und der sogenannten Berlepschreform von 1892/1893 bietet sich jetzt zum erstenmal die Gelegenheit, an diesem Hauptpunkt anzupacken und dem Parlament und der Reichsregierung darzulegen, daß sie seit 15 Jahren nichts mehr zu schaffen wissen und leisten können als diese kleinen, ungenügenden Vorschläge. Unsere Gegner sind früher aufgestanden als wir. Der Zentralverband der Industriellen und andere Scharfmacherverbände sind längst am Werke mit ihrer Miniertätigkeit sogar gegen diese armselige Novelle. Da gilt es, mit der ganzen Energie, die wir durch

Verbindung von Partei und Gewerkschaften erreichen, einzusetzen und damit auch zugleich die prinzipielle Aufklärung der Massen zu fördern und an der Hand dieser bestimmten Aufgabe. Es gibt gar keine volkstümlichere, keine praktischere Arbeit. Es gilt, den Arbeitern klar zu machen, wie in der Marxschen Broschüre „Lohnarbeit und Kapital", die auch in unseren Gewerkschaften viel zu wenig verbreitet ist, daß jede Verlängerung der Arbeitszeit eine Vergrößerung der industriellen Reservearmee bedeutet. Helfen Sie, die revolutionäre Energie, die Sie an einem anderen Punkt unserer Parteitagsarbeiten so entschieden bekundet haben, hier für eine praktische Aufgabe der allernächsten Zeit ebenso entschlossen einzusetzen! (Beifall.)

Knauer-Sonneberg: Ueber die Resolution des Vorstandes und die Resolution Frankfurt besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Wir müssen aber auch Protest erheben gegen die beabsichtigte Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Den gewollten Zweck wird man ja nicht erreichen, denn all die Beamten der Krankenkassen, die man hinaustreibt, werden in demselben Augenblick frei für die Partei und die Gewerkschaften. Aber man schädigt die gesamte Arbeiterschaft dadurch, daß ein Stillstand im Ausbau der Krankenkassen eintreten wird. Darum müssen wir uns mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß ihnen die Selbstverwaltung genommen wird. Dagegen müssen die Gemeindekrankenkassen verschwinden, die außerordentlich viel weniger leisten.

Ziegler-Bremerhaven macht auf die Mißstände in den Betriebskrankenkassen aufmerksam. Es sollten Erhebungen vorgenommen werden. In den Betriebskrankenkassen der Werften in Bremerhaven wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Familien zu versichern. Wiederholte Anträge in den Generalversammlungen auf Einführung einer Familienversicherung sind abgelehnt worden, obwohl die Arbeiter sich bereit erklärt haben, die Beiträge dazu aufzubringen. Man erklärte einfach, die Sache steht nicht auf der Tagesordnung, es wird nicht verhandelt. Durch den Mangel einer solchen Versicherung geraten viele Arbeiterfamilien in Not und Elend. Ein weiterer Mißstand speziell in der Betriebskrankenkasse des Norddeutschen Lloyd, der besteht darin, daß besonders jetzt bei der Krise Arbeiter, die längere Zeit krank gewesen sind oder im Verdacht stehen, daß sie krank werden könnten, vor respektive nach der Krankheit entlassen werden. Schon wiederholt sind Familienväter zu mir gekommen, die lange Zeit beim Norddeutschen Lloyd beschäftigt waren, und haben mir unter Tränen ihre Not geklagt. Selbst solche Arbeiter, denen man, bevor sie sich zur Kur begaben, versicherte, daß sie ohne weiteres nachher wieder eingestellt würden, sind dann doch nicht wieder angenommen worden. Diese Mißstände müssen mehr in der Oeffentlichkeit gegeißelt werden. Man sollte das Material sammeln, um bei der Aenderung des Krankenkassengesetzes den Beweis führen zu können, in welch rücksichtsloser Weise die Unternehmer in den Betriebskrankenkassen ihre Macht ausnützen. (Sehr richtig!)

Paul Müller-Hamburg: Molkenbuhr führt an, daß durch die Seemannsordnung für die seemännischen Arbeiter Deutschlands der Achtstundentag gesetzlich garantiert sei, soweit ihre Dienstzeit in die Tropen fällt. Er wollte offenbar den Unternehmern, die sich gegen die Einführung des Achtstundentages in der Industrie wenden, beweisen, daß dieser bereits teilweise eingeführt ist. Ich muß aber zu den Ausführungen Molkenbuhrs einige kritische Anmerkungen machen. In der Praxis steht nämlich diese Bestimmung des Gesetzes nur auf dem Papier. Die scheinbaren gesetzlichen Garantien der achtstündigen Arbeitszeit im § 35 der Seemannsordnung werden durch den § 34 desselben Gesetzes vollständig aufgehoben. Dieser Paragraph bestimmt, daß der Schiffsmann auch in den Tropen jederzeit jeden ihm übertragenen

Dienst ausüben muß, und die Auslegung dieser Bestimmung durch die Reeder und durch die Gerichte ist eine solche, daß die achtstündige Arbeitszeit illusorisch gemacht wird. Ich erkläre dies vor dem Parteitag, damit die binnenländische Bevölkerung sich keinen Illusionen hingibt über die „Romantik" des Seemannslebens, wie sie Ihnen in illustrierten Zeitschriften vor Augen geführt wird. Mit Nachdruck möchte ich besonders den Schluß der Resolution Molkenbuhr unterstützen, der eine scharfe, gesetzlich garantierte Kontrolle der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer fordert. Solche Pensionskassen, Invalidenkassen usw. werden auch von den großen deutschen Reedereien zu dem ausgesprochenen Zwecke geschaffen, sie als Knebelungsinstitut gegen die Arbeiterschaft zu verwenden. Im Falle des Austritts aus dem Betriebe haben die Arbeiter nicht den geringsten Anspruch auf Rückzahlung der bereits eingezahlten Beiträge und haben auch bei der Verwaltung dieser Kassen kein Wort mitzureden. Die Wohlfahrtseinrichtungen sollten daher mit aller Schärfe unsererseits bekämpft werden. (Beifall.)

Hoch-Hanau: Aus den Reichstagsverhandlungen vom vorigen Winter über die Gewerbeordnungsnovelle geht klar hervor, daß die Arbeiter fast nichts zu erwarten haben. Fast alle unsere Anträge sind niedergestimmt worden. Ueberhaupt haben die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien in der Sozialpolitik nur insoweit Zugeständnisse zu erwarten, als es die Festlegung der von den Gewerkschaften bereits den Unternehmern abgetrotzten Errungenschaften betrifft. Wie arbeiterfeindlich die Sozialpolitik gerade unter dem neuen Kurs sich gestellt hat, dafür ist der beste Beweis das unerhörte Vorgehen der preußischen Regierung mit dem Legitimationszwang für ausländische Arbeiter, den unsere Genossen im Reichstage als Verfassungsbruch bezeichneten. Dieser Zwang ist von einer Reihe anderer Bundesstaaten übernommen worden, und auch die bayerische Regierung soll sich mit ihm im Prinzip einverstanden erklärt haben. Der Arbeitskammerentwurf hat fraglos die Absicht, die gelben Gewerkschaften zu fördern. Bei der Regelung der Tarifverträge möchte man die Gewerkschaften haftbar machen für alle Verstöße gegen Vereinbarungen mit den Unternehmern. Bei dem Entwurf über die Anerkennung der Berufsvereine hat man das Streikrecht weiter Schichten der Arbeiter eindämmen wollen, und neuerdings sammelt man Material, um bei der nächsten Gelegenheit dieses Ziel zu erreichen. Den Versuch, bei der Novelle zu den Arbeiterversicherungsgesetzen den Berufsgenossenschaften die schlimmsten arbeiterfeindlichen Rechte einzuschränken, hat die Regierung infolge des Widerstandes des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der die ganze Arbeitgeberschaft mobil gemacht hat, wieder aufgegeben, wenn man das auch noch zu verheimlichen sucht. Den Arbeitern aber will man die Selbstverwaltung in den Krankenkassen beschneiden, nur, weil sie es wagen, von den ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechten Gebrauch zu machen. Gegen die Erhebungen über die Betriebskrankenkassen habe ich nichts einzuwenden. Aber durch Belehrung unserer Gegner erreichen wir nichts. Die Unternehmer wissen ganz genau, wie die Dinge liegen, und wollen die Betriebskrankenkassen gerade wegen der arbeiterfeindlichen Praxis der Betriebskrankenkassen. Was wir zu tun haben — und in diesem Sinne begrüße ich den Antrag der Frankfurter —, ist, zu protestieren und die Arbeiter zu allgemeinem Widerspruch aufzurütteln. Nur wenn die Arbeiter mit aller Kraft gegen die ungünstigen Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung und gegen die geplante Verschlechterung der Krankenversicherung protestieren, können wir einen Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben. Daher bitte auch ich, daß der Parteitag den Frankfurter Antrag annehmen möge, und erinnere daran, daß der Parteitag in Jena den Parteivorstand beauftragt hat, eine allgemeine Agitation einzuleiten, sobald die Vorlage zur Aenderung der Krankenversicherung erschienen ist.

Sachse-Bochum: Molkenbuhr und Hoch haben schon die Gründe angegeben, weshalb den Unternehmern soviel an einer Verschlechterung des Krankenkassengesetzes liegt. Vielleicht kommt noch ein anderer Grund für sie hinzu. Auf dem Krankenkassenkongreß in Braunschweig ist durch Fragebogen — nur 213 waren eingelaufen — festgestellt worden, daß die Arbeitgeber die Krankenkassen um 247 384 Mk. betrogen haben. (Hört! hört!) Damit solche Betrügereien nicht mehr ans Licht der Oeffentlichkeit kommen, will man wohl das Gesetz ändern. Auch sind Bestrebungen im Gange, um die Unfallversicherung zu verschlechtern. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften drängen darauf, daß die kleinen Unfallrenten unter 25 Proz. abgeschafft werden. Hauptsächlich sind es die christlichen Bauern, die solche Wünsche haben. Im preußischen Landtag haben sich nationalliberale und Zentrumsabgeordnete zu Wortführern solcher Wünsche aufgeworfen, und auch im Reichstage sind Zentrumsabgeordnete für diese Forderung eingetreten, so erst kürzlich der Zentrumsabgeordnete Irl und der christlichsoziale Dr. Burkhardt. Die Regierung hat sich ziemlich nachgiebig verhalten. Sie gab die Zahl der Beträge an, womit die kleinen Unfallrenten die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften belasten. Sie mußte aber gleichzeitig zugeben, daß 44 Proz. der jetzigen Unfallrentner nichts bekommen würden, wenn die Unfallrenten unter 25 Proz. beseitigt würden. Ferner sucht man auch den Reichszuschuß für die Invalidenversicherung zu beseitigen. Das Reich braucht eben sehr viel Geld, und hier will man sparen. An alle Versicherungsanstalten ist die Aufforderung ergangen, möglichst knapp in der Bewilligung der Renten zu sein. So sind denn auch im letzten Jahre 42 000 Renten weniger bewilligt. (Hört! hört!) Während früher der Reichszuschuß jährlich um 3, 4 oder 5 Millionen stieg, ist er im letzten Jahre trotz Bevölkerungszuwachs auf 51 Millionen stehengeblieben. Ebenso wird schon jetzt gegen die im Zollgesetz festgelegte Witwen- und Waisenversicherung vom Bunde der Landwirte und der „Deutschen Tageszeitung" Sturm gelaufen. Wir werden dahin wirken, daß die Regierung das hält, was sie beim Zollgesetz versprochen hat. Auch in anderer Weise soll das Zollgesetz durchbrochen werden. Bekanntlich sollen von 1910 ab die städtischen Oktrois beseitigt werden. Aus eigener Erfahrung kann ich mitteilen, daß Blockleute sich an mich gewandt haben, wie wir uns zur Beseitigung dieser Bestimmung stellten, in Bayern gäbe es Hunderte von Gemeinden, die dann ruiniert seien, ein wahrer Umsturz würde eintreten. Wir haben natürlich mit einem blanken „Nein" geantwortet. So sucht man gesetzliche Versprechungen zu anullieren. Aus alledem geht hervor, daß im Herbst, wenn Vorstand und Generalkommission sich beraten haben, eine kräftige Agitation eingeleitet werden muß. Ich bitte deshalb auch, den Frankfurter Antrag Nr. 12 anzunehmen, damit wir im Reichstag den Wünschen der Arbeiter besser Nachdruck verschaffen können bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle.

Das Schlußwort erhält

Molkenbuhr: Ich denke, mit der Agitation auf Erweiterung des Arbeiterschutzes kann jederzeit begonnen werden, auch dann, wenn eine besondere Anregung des Vorstandes und der Generalkommission nicht vorliegt, weil es sich hier um Dinge handelt, die dem Parteiprogramm entsprechen. Ich will aber zugeben, daß von Zeit zu Zeit eine einheitliche Agitation notwendig ist, und zwar besonders gegenwärtig. (Erneute Zustimmung.) Wenn Müller sagte, daß die Bestimmungen der Seemannsordnung, die den Achtstundentag für Feuerleute in transatlantischer Fahrt und für Seeleute in den Tropen vorsieht, wesentlich nur auf dem Papier stehen, so gilt das eigentlich für alle Bestimmungen des Arbeiterschutzes, deren Durchführung nicht von starken Organisationen überwacht und erzwungen wird. Deshalb habe ich auf die

Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter in meiner Resolution hingewiesen. So geht es überall. In den kleinen Orten z. B., wo die Bäcker keine Organisation haben, da ist die Bundesratsverordnung, die eine Maximalarbeitszeit von allerdings 12 bis 13 Stunden vorschreibt, nur auf dem Papier vorhanden. Jetzt muß die Agitation für die Ausdehnung des Arbeiterschutzgesetzes einsetzen, weil der Reichstag sich augenblicklich mit der Reform der Gewerbeordnung befaßt. Die Motive zu dieser Reform zeigen deutlich, daß man selbst im Reichsamt des Innern nicht genau darüber unterrichtet ist, was eigentlich in der Gewerbeordnung steht. (Hört! hört!) So wird § 120a von den Kommentatoren, darunter dem verstorbenen Wilhelmi, so ausgelegt, daß seine Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahr an Leib und Gesundheit sich auf alle selbständigen Gewerbetreibenden einschließlich der Handwerker und der hausgewerblichen Arbeiter beziehen. Die Motive behaupten, daß dieser Schutz für hausgewerbliche Arbeiter nicht besteht. Dagegen sucht der neue § 139q den bisherigen Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung den Giftzahn im Sinne der Unternehmer auszureißen, indem er die Schutzbestimmungen gegen übermäßig lange Arbeitszeit, die in § 120 für hausgewerbliche Arbeiter vorgesehen sind, beseitigt. (Hört! hört!) Daß dieser § 120a sich auch auf hausgewerbliche Arbeiter bezieht, geht auch daraus hervor, daß eine Reihe von Verordnungen, die sich nur auf diese beziehen, erlassen worden sind. So hat der jetzige Minister v. Rheinbaben als Regierungspräsident von Düsseldorf die Benutzung von Bleigewichten in der Hausweberei verboten, und keine Behörde hat darin eine Uebertretung der Gewerbeordnung gesehen. In einem sächsischen Bezirke ist durch Verordnung die Verwendung von Bleifarben zur Herstellung von Spielwaren verboten worden, wenn die Arbeitsstätte zugleich die Schlafstelle ist. Hier handelt es sich also offenbar um Familienbetriebe. Aus alledem geht klar hervor, daß man sich so stellt, als kenne man die Gewerbeordnung nicht, um einen Teil des bisherigen Arbeiterschutzes zu eskamotieren. (Lebhafte Zustimmung.) In den Motiven wird weiter behauptet, daß Bundesratsverordnungen nur für das ganze Reich erlassen werden können. Offenbar hat der Bundesrat die Gewerbeordnung nicht durchgelesen, denn der § 154 Abs. 5 besagt ausdrücklich, daß die kaiserlichen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen des Bundesrats auch für bestimmte Bezirke erlassen werden können. (Lebhaftes Hört! hört!) Da liegt der Widerspruch auf der Hand. Unsere Fraktion muß mehr fordern, als die Novelle zur Gewerbordnung bietet. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird z. B. in der Motivierung gesagt: So muß in den gesundheitsgefährlichen Betrieben in der Regel den Arbeitern das Mitnehmen von Nahrungsmitteln und geistigen Getränken oder das Rauchen bei der Arbeit verboten werden. Auch muß ihnen die Reinigung der Hände usw. vor der Einnahme der Mahlzeiten sowie die Benutzung der ihnen von den Arbeitnehmern zu stellenden Schutzvorrichtungen zur Pflicht gemacht werden. Gewiß kann man die verschärften Bestimmungen im allgemeinen nützlich finden, aber warum schreibt man dann nicht in das Gesetz hinein, daß es nur Vorschriften sein müssen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen? Man wählt eine Fassung, die es auch zuläßt, in die Verordnungen Bestimmungen hineinzubringen, die den unbedingten Gehorsam der Arbeiter fordern, ähnlich wie sie in der Seemannsordnung und in den Gesetzen für landwirtschaftliche Arbeiter bestehen? Es muß hier eine Beschränkung eingeführt werden. Charakteristisch ist es, daß die Verstöße gegen die Vorschriften mit Geldbuße bis zu 300 Mk. oder mit entsprechender Haft oder Gefängnis geahndet werden sollen. Der Arbeiter, der es unterläßt, seine Hand zu waschen, soll genau so bestraft werden wie der Fabrikant, der die Gesundheit Tausender von Arbeitern aufs Spiel setzt.

(Hört! hört!) Das ist eine eigenartige Bestimmung. Es entsteht dadurch folgende Gefahr: Es ist z. B. im Unfallversicherungsgesetz eine Bestimmung vorhanden, wonach dem Arbeiter, welcher bei Begehung eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens verunglückt, die Rente aberkannt wird. Bleibt nun die Strafe aus § 147 bestehen, dann ist die Bestrafung wegen Nichtachtung dieser Vorschriften eine Vergehensstrafe, die unter Umständen den Verlust der Unfallrente zur Folge haben kann. Darum ist diese Bestimmung so gefährlich. Man kann die ganze Gewerbeordnungsnovelle durchnehmen, sie ist nach der einen Seite unvollkommen, nach der anderen Seite enthält sie geradezu gemeingefährliche Bestimmungen, und aus diesem Grunde ist es geboten, eine Agitation dagegen zu entfalten und die Arbeiter aufzuklären über das, was ihnen droht, und über das, was sie im Augenblick fordern müssen. Dazu halte ich die gegenwärtige Zeit besonders geeignet. Es kommt darauf an, in jene Gegenden einzudringen, wo bisher die Arbeiter noch hinter anderen Parteien herlaufen; hier muß man den Arbeitern klarmachen, was sie zu fordern berechtigt sind. Dadurch werden ihnen die Augen geöffnet, und schließlich werden die Arbeiter, die bei den letzten Wahlen noch den Gegnern Heeresfolge geleistet haben, umgestimmt, und wir können sie bei den nächsten Wahlen als Wähler in unseren Reihen zählen. (Beifall.)

Resolution 123 und Antrag 12 werden einstimmig angenommen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wird das Referat von Geyer über die Reichsfinanzreform auf Sonnabend vertagt. Der Schluß der Sitzung wird durch die Erledigung weiterer Angelegenheiten ausgefüllt.

Zunächst erhält

Kaden das Wort, um dem Parteitag noch einen Entscheid der Kontrollkommission mitzuteilen. In Schneeberg in Sachsen waren schon seit Jahren Differenzen unter leitenden Parteigenossen ausgebrochen, die so sehr ausarteten, daß ein Schiedsgericht berufen werden mußte, das den Genossen Oehm und Seidel die Rechte aberkannte: Ehren- und Vertrauensämter innerhalb der sozialdemokratischen Partei auf unbestimmte Dauer zu bekleiden. Nur auf Beschluß der Kreisorganisation können dieselben in diese Rechte wieder eingesetzt werden. Dem Genossen Neef wurde ein Rüge und dem Genossen Jakob ein Verweis erteilt. Während die Genossen Oehm, Seidel und Neef sich bei diesem Urteil beruhigten, rief Genosse Jakob die Kontrollkommission an und verlangte, daß der Verweisbeschluß gegen ihn aufgehoben und die drei Genossen aus der Partei ausgeschlossen würden. Die Kontrollkommission kam nach Prüfung des sehr umfangreichen Materials zu dem Votum: Das Urteil gegen den Genossen Jakob wird aufgehoben. Sein Antrag auf Ausschluß der genannten drei Genossen mußte abgelehnt werden, da nicht Genosse Jakob, sondern nur die Organisation berechtigt ist, derartige Anträge zu stellen. Ich bitte den Parteitag, diesem Beschluß beizutreten.

Der Parteitag tritt dem Beschluß der Kontrollkommission debattelos bei.

Es folgt die Beratung der Anträge, die die

Organisationsfrage

betreffen. Anträge 18 bis 20, 56, 122 und 129. Die Anträge 18, 19 und 20 werden nicht unterstützt.

Auf Vorschlag von Singer wird zunächst der Antrag 16 zur Debatte gestellt. Der in diesem Antrag vorgesehenen Kommission sollen, falls der Antrag angenommen wird, alle übrigen Anträge überwiesen werden.

Pfannkuch: Wir haben uns bereits in der Debatte über den Geschäftsbericht damit befaßt, daß das Organisationsstatut schon wegen der Frauen-

organisation einer Aenderung bedarf, und es sind auch sonst Wünsche auf Abänderung hervorgetreten. Selbstverständlich kann der Parteitag nicht ohne genügende Vorbereitung diese Aenderungen vornehmen. Ich erinnere daran, daß wir seinerzeit auf Beschluß des Bremer Parteitages auch eine Kommission eingesetzt haben, die dem Parteitag in Jena ein neues Organisationsstatut unterbreitete, das die Kreiswahlvereine als Grundlage der Organisation festlegte. Bis auf wenige Wahlkreise, in denen eine nennenswerte Organisation zu schaffen noch nicht möglich war, ist diese Grundlage der Organisation durchgeführt, und sie hat in bezug auf die Gewinnung sowohl als auch in bezug auf die Aufklärung der Mitglieder und in bezug auf den finanziellen Effekt unsere Erwartungen, wenn auch nicht voll, so doch in hohem Maße erfüllt. Ich halte es für das richtigste, auch jetzt wieder eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, das Organisationsstatut zu revidieren und dem nächsten Parteitag eine Vorlage zu unterbreiten. Eine Vorschlagsliste, die von den Antragstellern selbst zusammengestellt ist, erlaube ich mir dem Bureau zu überreichen.

Haberland-Barmen: Auch ich halte die Wahl einer Kommission für die beste Lösung der Frage. Daß eine Aenderung des Organisationsstatuts nötig ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Ich erinnere nur an die Vorschriften über das Schiedsgerichtsverfahren. Es erscheint wünschenswert, die Einleitung von Ausschlüssen etwas zu erschweren. Heute kann es leicht vorkommen, daß ganz kleine Parteiorganisationen wegen verhältnismäßig geringfügiger Ursachen Ausschlußanträge stellen. Ich würde der Kommission empfehlen, zu erwägen, ob es nicht wünschenswert ist, in das Statut aufzunehmen, daß nur die Wahlkreisorganisation berechtigt ist, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen. In den großen Kreisen gilt das ja heute schon als selbstverständlich. Weiter würde es sich empfehlen, mildere Strafen vorzusehen. Wir kennen heute nur den unbedingten Ausschluß aus der Partei, aber eine Rüge oder ein Tadel ist nicht zulässig. Weiter wäre eine Einschränkung der Zahl der Delegierten zu empfehlen. Von Jahr zu Jahr ist eine immer größere Zahl von Wahlkreisen auf dem Parteitag vertreten, aber je mehr Kreise sich vertreten lassen, desto größer wird die Zahl der Delegierten. Sie wird schließlich so groß, daß geordnete Verhandlungen nicht mehr möglich sind. Schon aus diesen wenigen Andeutungen sehen Sie, wie notwendig die Einsetzung einer Kommission ist.

Röthlich-Lechhausen: Obwohl ich aus einem rein ländlichen Wahlkreis komme, bitte ich die Kommission doch, im Interesse der Gerechtigkeit die Einführung des Proporzsystems ins Auge zu fassen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Parteitag beschließt nach dem Antrag 16 die Einsetzung einer Kommission, der die obengenannten Anträge überwiesen werden.

Singer: Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß die Kommission nur auf Grund dieser Anträge zu arbeiten hat. Die Kommission ist natürlich frei, diese Anträge soll sie nur mit erwägen. (Zustimmung.)

Auf Grund einer Vorschlagsliste, die von Delegierten der betreffenden Landesteile zusammengestellt ist, werden in die Kommission gewählt: Wolderskÿ-Berlin, Schubert-Berlin, Braun-Königsberg, Schütz-Breslau, Gewehr-Elberfeld, Leinert-Hannover, Dittmann-Frankfurt a. M., Bartels-Altona, Beims-Magdeburg, Segitz-Nürnberg, Auer-München, Wasner-Stuttgart, Frank-Mannheim, Baudert-Weimar, Sindermann-Dresden, Lipinski-Leipzig, Stubbe-Hamburg, Hug-Bant, Raab-Darmstadt, Klara Zetkin-Stuttgart, Luise Zietz-Hamburg.

Außerdem erhält der Parteivorstand das Recht, zwei Mitglieder in die Kommission zu delegieren.

Damit sind die Anträge zur Organisation erledigt.

Es folgen die Anträge zur

Tagesordnung des nachsten Parteitages.

Die Anträge 117—120 werden sämtlich unterstützt.

Pfannkuch bittet, die Anträge nicht in der bindenden Form anzunehmen, sondern sie dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Es können im Laufe des Jahres Verhältnisse eintreten, die den Parteivorstand zwingen, die Tagesordnung anders zu gestalten, als es die Antragsteller wünschen, und der Parteivorstand würde dann in die Verlegenheit kommen, gegen einen bestimmt ausgesprochenen Parteitagsbeschluß zu verstoßen.

Singer teilt mit, daß inzwischen ein Antrag eingegangen ist, die Anträge 117—120 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Zubeil bittet trotzdem, dem Antrag 117 zuzustimmen. Es ist schon sehr häufig beantragt worden, die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen; der Parteivorstand hat aber noch niemals Gelegenheit gefunden, diese hochwichtige Frage zur Beratung zu stellen. Unsere Zukunft liegt nach meiner Ueberzeugung darin, daß wir die Landarbeiter in großer Zahl gewinnen. Ich bitte daher den Parteivorstand, diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Milenz-Stettin befürwortet ebenfalls den Antrag 117. Der letzte pommersche Parteitag hat sich eingehend über diese Frage unterhalten, und das Interesse, das die ländliche Bevölkerung daran nimmt, sollte auch die Partei ganz Deutschlands veranlassen, dazu Stellung zu nehmen. Nur wenn die Landarbeiter über unsere Ziele aufgeklärt werden, können wir das Joch der Junker in den östlichen Provinzen brechen.

Der Antrag, die Anträge 117 bis 120 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen, wird angenommen.

Nunmehr werden die Anträge über den

Ort des nächsten Parteitages

zur Beratung gestellt. Neben dem Antrag 121, der Eisenach vorschlägt, ist ein schriftlicher Antrag eingegangen, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

Leber-Jena: Unser Antrag ist hauptsächlich deshalb gestellt, weil vor 40 Jahren der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie in Eisenach getagt hat. Vor kurzem hat der Genossenschaftstag mit 800 Delegierten dort getagt. Für die Unterkunft der Parteigenossen ist also gesorgt, auch stehen uns schöne Lokale zur Verfügung.

Der Antrag, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten, wird von den sächsischen Genossen zurückgezogen und dafür beantragt, Leipzig zu wählen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch **Sindermann**, nachdem der Antrag, Eisenach zu wählen, abgelehnt ist, mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird nunmehr der Antrag 51, bei der Beschickung der Parteischule Südwestdeutschland in höherem Maße zu berücksichtigen, zur Debatte gestellt.

Pfannkuch: Ich halte den Antrag für gegenstandslos. Die Auswahl wird in der Weise getroffen, daß der Parteivorstand rechtzeitig eine Veröffentlichung erläßt, in der die Bezirksleitungen aufgefordert werden, Vorschläge zu machen von Genossen, die sie zur Aufnahme in die Parteischule für geeignet halten. Die Antragsteller nehmen offenbar an, daß die Schüler in die Bezirke

zurückkehren und ferner dort ihre Tätigkeit ausüben, woher sie gekommen sind. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall. Der Antrag würde also den Zweck, den er verfolgt, nicht erreichen, und ich bitte, es bei der bisherigen Gepflogenheit zu belassen.

Der Antrag 51 wird abgelehnt.

Lipinski-Leipzig: Wir waren höchst überrascht, daß uns diesmal für das nächste Jahr die Ehre zuteil werden soll, den Parteitag zu empfangen. Wir haben seit Jahren diesen Wunsch ausgesprochen. Leipzig ist die Geburtsstadt der Sozialdemokratie und hat stets bewiesen, daß es die Traditionen der Partei hochhält. Ich habe im Auftrage der Leipziger Delegierten für den uns erteilten Auftrag zu danken. Wir werden bemüht sein, Ihnen einen durchaus würdigen Empfang in Leipzig zu bereiten. (Bravo!)

Inzwischen sind die Vorschlagslisten eingegangen.

Für den Parteivorstand werden vorgeschlagen als Vorsitzende Bebel und Singer, als Kassierer Gerisch, als Sekretäre Ebert, Molkenbuhr, Müller und Pfannkuch, als Beisitzerinnen Helene Grünberg und Luise Zietz.

Als Mitglieder der Kontrollkommission werden vorgeschlagen: Bock-Gotha, Braun-Königsberg, Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Dorn-Nürnberg, v. Elm-Hamburg, Ernst-Berlin, Geck-Offenburg, Hildenbrand-Stuttgart, Kaden-Dresden, Kleemann-Leipzig, Koenen-Hamburg, Sachse-Bochum, Timm-München, Ulrich-Offenbach, Klara Zetkin-Stuttgart.

Singer teilt mit, daß Dorn-Nürnberg wegen Arbeitsüberhäufung auf eine etwaige Wahl verzichtet.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 19. September 1908 — Vormittags-Sitzung

Singer eröffnet um 9 Uhr die Sitzung mit folgender Mitteilung: Es liegt eine Erklärung des Genossen Segitz vor, welche lautet:

„Ueber die Mitteilung, welche ich dem Parteitage von einem Gespräch zwischen dem Parteigenossen Eichhorn und anderen Genossen gemacht habe, wurde ich nicht von dem Genossen Käppler informiert, was ich auf dessen Wunsch hiermit bestätige."

Die Erklärung geht zu Protokoll.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

„Die Reichsfinanzreform".

Hierzu gehört die Resolution 124.

Das Wort erhält der Berichterstatter Genosse

Geyer: Ich will mich mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit des Parteitages einer gedrängten Kürze befleißigen. Mit der sogenannten Reichsfinanzreform wird ein frivoles Spiel getrieben, nicht allein durch die Geheimnistuerei mit den neuen Plänen, sondern auch insofern, als man seit vielen Jahren die Vorspiegelung einer Reformierung der Reichsfinanzen für neue Steuervorlagen agitatorisch ausgenutzt hat. Aber niemals ist dem Reichstag ein gesundes, grundlegendes Projekt zu einer Reichsfinanzreform von den verbündeten Regierungen unterbreitet worden. Eine wirkliche Reform der Reichsfinanzen könnte nur darin bestehen, daß eine gerechte Verteilung der Steuerlasten erfolgt. Heute werden die Hauptlasten den arbeitenden Klassen aufgewälzt. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich. Der Massenkonsum wird fortgesetzt durch indirekte Steuern um Hunderte von Millionen belastet. Wenn einmal eine große Summe indirekter Steuern bewilligt wurde, so wurde die Frage der Finanzreform zurückgestellt, bis die Not drängte, und das frivole Spiel begann von neuem. Es wurde oft wiederholt; dafür sorgten schon die immer größer werdenden Forderungen für Militarismus und Marinismus. Die ungeheuren Ausgaben für militaristische Zwecke haben die Reichsfinanzen ruiniert, ihnen ist auch das neueste Defizit geschuldet. Allmählich wird aber auch den bürgerlichen Parteien angst. Sie wissen, daß die Bewilligung von Steuern ihnen die Sympathien weiter Volkskreise kostet. Der süddeutsche demokratische Abgeordnete Hausmann hat kürzlich in Tuttlingen richtig gesagt: „Es handelt sich bei der Reichsfinanzreform nicht um eine Regeneration der Reichsfinanzen, sondern der Gesamtpolitik, die diese Finanzreform verschuldet hat." Aber gerade die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, tun nichts dazu, um diese Regeneration der Gesamtpolitik zu vollziehen. Das würde bedeuten eine Beseitigung der bisherigen Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, denn gerade diese zerrütten die Finanzen des Reiches. Von dem Budget 1908, das sich auf zirka 2750 Millionen Mark beläuft, verschlingt allein der Militarismus 1500 Millionen Mark. Eine Regeneration der Gesamtpolitik würde auch bedeuten eine Beseitigung der jetzigen Zoll- und Steuerpolitik, die zugunsten der Agrarier die Massen belastet. 1250 Millionen fließen den Agrariern durch den Zolltarif vom Jahre 1903 in die Taschen.

Was nun das neue Projekt des Reichsschatzsekretärs Sydow anlangt, so ist es wohl am treffendsten gekennzeichnet von dem freisinnigen Abgeordneten Träger, der jüngst in Oldenburg sagte: Die in Aussicht stehende Reichsfinanzreform sei nichts als eine wohlwollende Umschreibung für Steuererhöhungen. Das haben wir längst festgestellt.

Die Entwickelung der deutschen Reichsfinanzen ist eine für das Deutsche Reich äußerst traurige und beschämende. Wenige Jahre nach der Gründung des heutigen Deutschen Reiches begann schon die Finanznot. Die fünf Milliarden der französischen Kriegsentschädigung wurden sehr bald aufgebraucht. Die Einnahmen des Reiches flossen damals aus Zöllen, aus den Zucker-, Salz-, Tabak-, Bier- und Branntweinsteuern und den Ueberschüssen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen sowie der Post- und Telegraphenverwaltung. Reichten sie nicht aus, so mußten die Matrikularbeiträge herhalten. Die Ausgaben betrugen bis 1878 jährlich durchschnittlich 350 Millionen. Davon wurden 250 Millionen durch die Einnahmen aus Zöllen und Steuern und der Rest durch ungedeckte Matrikularbeiträge aufgebracht. Die Einzelstaaten drängten natürlich nach Beseitigung der Matrikularbeiträge, durch welche ihr Etat schwer belastet wurde. Dieses Drängen der Einzelstaaten und die Steigerung der Ausgaben für das Heer, die kommen mußten nach dem Ausspruch Moltkes: Was wir mit den Waffen errungen haben, muß mit den Waffen fünfzig Jahre lang verteidigt werden, führte dazu, daß Bismarck zur Schutzzollpolitik überging. Zunächst wollte Bismarck nur einige ertragreiche Finanzzölle auf Tabak, Kaffee, Petroleum, Spirituosen und Wein haben. Als dann aber 1876 die schutzzöllnerische Agitation der Agrarier und Zünftler einsetzte, kam ihm dies sehr zu statten. Er schwenkte um und trieb selbst diese Agitation an. Das Ergebnis dieser Schutzzollpolitik war der Zolltarif.

Der Zolltarif von 1879 sollte dem Reich 300—400 Millionen Mark neue Steuern bringen. Unser leider viel zu früh verstorbener Genosse Bracke geißelte es damals in seiner Schrift, daß dem Volk 300 Millionen neue Lasten auferlegt werden sollten. Er wurde vor den Kadi geschleppt. Aber nach Einführung des Zolltarifes ergab sich die Richtigkeit seiner Behauptungen. Neben dem Zolltarif wurde in bezug auf die Matrikularbeiträge eine besondere Be-

stimmung geschaffen insofern, als die über 130 Millionen hinausgehenden Einnahmen der neuen Zölle den Bundesstaaten überwiesen werden sollten. Die Ueberweisungen haben zeitweise die Matrikularbeiträge weit überschritten, so daß die Einzelstaaten Geschenke vom Reich erhielten. In den letzten Jahren aber sind die Matrikularbeiträge wieder ständig höher als die Ueberweisungen, so daß man von ungedeckten Matrikularbeiträgen spricht. Als die Hunderte von Millionen neuer Einnahmen aus dem Zolltarif nicht ausreichten, wurden die Getreidezölle von 1 Mk. pro Doppelzentner auf 3 und später auf 5 Mk. erhöht, obgleich früher Bismarck erklärt hat, man müsse ihn für verrückt halten, wenn man annehme, daß er die Getreidezölle auf 3 Mk. erhöhen wolle.

Bis 1906 sind die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf 1800 Millionen Mark angeschwollen. Trotzdem die Summe nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs wieder gestiegen ist, haben wir doch wieder ein so großes Defizit zu verzeichnen. Schon 1906 betrug das Defizit bei einem Reichsetat von 2400 Millionen mit der Anleihe zirka 300 Millionen, 1907 ebensoviel und 1908 betrug die Anleihe 260 Millionen, das Defizit im Ordinarium 124 Millionen. Freiherr v. Stengel gab damals als Hauptursache die erhebliche Steigerung der Ausgaben für die Naturalverpflegung im Heeresetat an. Damit bestätigt auch die Regierung, daß die Ausgaben für den Militarismus der Hauptgrund des Defizits sind. Zur Beseitigung des Defizits forderte die Regierung 1906 neue Steuern in Höhe von 225 Millionen. Der Reichstag bewilligte nur etwa 170—180 Millionen. Aber infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und des Versagens einiger Steuern, besonders der Fahrkartensteuer, kamen nur 140—150 Millionen ein. Für den kommenden Etat haben wir noch mit einem größeren Defizit zu rechnen. Bekanntlich sind der Regierung im vorigen Jahre keine neuen Steuern bewilligt worden. Freiherr v. Stengel legte sein Steuerbukett nicht vor, um den Bestand des Blocks nicht zu gefährden. Er demissionierte, und sein Nachfolger, Herr Sydow, erschien mit der sogenannten Reichsfinanzreform.

Das Defizit, das jetzt zu decken ist, beläuft sich auf 410—420 Millionen. Ja, offiziösen Nachrichten zufolge soll es sogar 500 Millionen betragen. (Hört! hört!) Darüber, wie das Defizit gedeckt werden soll, hat die Regierung uns im Dunklen gelassen.

Die Geheimnistuerei, die mit der Finanzreform getrieben wird, übertrifft alles bisher Dagewesene. Es ist auch nicht möglich gewesen, etwa durch Verhökerung die neuen Steuerpläne in die Oeffentlichkeit sickern zu lassen. Da hat nun vor acht Tagen der Reichsschatzsekretär Sydow in der „Nordd. Allg. Ztg." einige Grundsätze über die neue Reichsfinanzreform bekanntgegeben. Aber näheres erfahren wir nicht. Er kündigt eine große, umfassende Reorganisation der gesamten Finanzgebarung an. Aber über die Art hat er verdammt wenig verlauten lassen; nichts als Stimmungsmacherei für die Bewilligung der neuen Steuern; eine Jeremiade über das Wachstum der Schulden des Reiches: 4½ Milliarden jetzt schon, und im Laufe des Jahres ist ihr Anwachsen auf zirka 5000 Millionen berechnet. (Hört! hört!) Im Vordergrund der Reform, sagt Sydow, muß eine stete Schuldentilgung stehen, und die Vermeidung neuer Schulden für unproduktive Anlagen. Ach, wenn der neue Schatzsekretär erst seine Hunderte von Millionen erhalten hat, wird er froh sein und an eine Schuldentilgungsform nicht denken, denn sonst müßten die angeforderten Summen noch viel höher sein als zirka 500 Millionen. Neue, große Forderungen für Heer und Marine sind schon wieder in Sicht, sie können bei den neuen Steuern noch gar nicht berücksichtigt werden. Dann aber heißt es in der offiziösen Auslassung, es muß der Versuch gemacht werden, auf eine längere Reihe von Jahren — zum

mindesten ein Jahrfünft — die Grundzüge des Finanzplanes festzulegen. Eine dunkle, aber schwerwiegende Andeutung.

Soll das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages auf fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden? Etwas anderes kann diese Erklärung gar nicht bedeuten. Dem Reichstage muß das Recht bleiben, alljährlich die Einnahmen und Ausgaben im voraus zu bestimmen. Auch die Matrikularbeiträge sollen geändert werden. Das ist nichts neues. Man will sie „veredeln"; nicht mehr nach der Kopfzahl, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Steuererträgnisse der einzelnen Bundesstaaten sollen sie umgelegt werden. Ueber dieses Problem zerbrechen sich die Schatzsekretäre seit langen Jahren den Kopf, ohne eine Lösung zu finden. Wir werden die Pläne der Regierung abwarten müssen.

Ueber die direkten Steuern enthält das offiziöse Communique nichts anderes, als daß man die Nachlaßbesteuerung weiter ausbauen wolle. Und doch ist die Einführung direkter Steuern für das Reich brennend geworden, und sie wird auch aus dem Block heraus gefordert, von Nationalliberalen und Freisinnigen. Aber nicht nur die Konservativen, die Agrarier, auch das Zentrum ist gegen direkte Steuern. Nicht einmal eine gründliche Reform der Erbschaftssteuer wagt die Regierung vorzuschlagen. In den Kreisen der Agrarier hat man die Erbschaftssteuer mit so unsinnigen Gründen bekämpft, daß selbst ein Mann wie Adolf Wagner sich mit scharfen Worten gegen die von jener Seite vorgebrachten Argumente gewandt hat! Aber damit kam er schön an. Die „Deutsche Tageszeitung" ist über ihn hergefallen und hat ihn gehörig abgekanzelt. Nur wir Sozialdemokraten sind für direkte Steuern, weil die indirekten Steuern die Arbeiter am meisten belasten. Das erkennen auch die anständigeren der Gegner unserer Bewegung an. Aber die Masse der Besitzenden kämpft gegen die Einführung direkter Steuern an. Charakteristisch ist ein Ausspruch von Adolf Wagner: „Gerade die „oberen" Klassen, ihre politischen Parteien, ihre Vertreter in den Parlamenten, im Reichstage sollten es als Ehrensache, die Konservativen als die Konsequenz des Noblesse oblige ansehen, für die Einführung einer solchen Reichserbschaftssteuer, die sie selbst mit zu tragen haben, in der Debatte über die Reichsfinanzreform mit einzutreten, ihr ein solches Banner vorantragen, um die Pflichten gegen die Reichsfinanzreform zu erfüllen." Aber das alles nutzt nichts, die bürgerlichen Parteien, speziell die Agrarier, kämpfen gegen die direkten Steuern und plädieren scharf für indirekte.

Welche indirekten Steuern beabsichtigt nun die Regierung uns vorzulegen? Darüber hüllt sie sich in Schweigen. Gerade in diesen Tagen wird das neue Finanzprogramm in Berlin von den Finanzministern beraten, selbstverständlich unter strengster Geheimhaltung. Es ist der Plan einer Wehrsteuer durchgesickert, und diese Forderung wird hauptsächlich von den Agrariern propagiert. Ob die Regierung dafür ist, ist zweifelhaft. Noch vor zwei Jahren hat der preußische Finanzminister sich in der Budgetkommission des Reichstages scharf gegen ein solches Projekt gewandt. Aber wenn Finanzminister neue Steuern brauchen, dann lassen sie bekanntlich ihre Grundsätze fahren und nehmen, was sie kriegen können. Weiter hat man gesprochen von der Erhöhung der Biersteuer, einer Besteuerung des Tabaks, einer Reform der Branntweinsteuer, von einer Aenderung der Weinsteuer, von einer Steuer auf Inserate und besonders soll eine Gas- und Elektrizitätssteuer eingeführt werden. (Hört! hört!) Ueber die Höhe der Summe, die aus diesen einzelnen Steuerquellen fließen soll, ist noch kein Sterbenswörtchen verlautet. Bedenkt man aber, daß 400—500 Millionen erforderlich sind, um das Defizit zu decken,

so kann man sich lebhaft vorstellen, daß die Steuern ungewöhnlich hoch sein müssen. Nach einer Mitteilung des „Berliner Börsencourier" soll sich die Besteuerung auf Gas und Elektrizität auf 5 Proz. belaufen und 60 Millionen bringen. Das Bier soll 30 bis 40 und der Tabak 40 bis 50 Millionen einbringen. Was aus der Branntweinsteuer fließen soll, ist noch nicht bekannt, man spricht lediglich von einer Reformierung dieser Steuer. Ob damit eine Beseitigung der Liebesgaben geplant ist, ist sehr zweifelhaft; die Agrarier wenden sich mit Zähnen und Nägeln dagegen, die Regierung würde also einen schweren Stand haben, wenn sie eine Beseitigung der Liebesgaben plant.

Worin aber die Reform der Branntweinsteuer bestehen soll, wenn nicht in einer Beseitigung der Liebesgaben, weiß ich nicht. Es ist also nicht vorauszusehen, wie die neuen Steuervorlagen beschaffen sein werden, wir müssen ruhig abwarten, bis die Regierung sie dem Reichstage unterbreitet. Vielleicht gibt sie bald ihr Steuerprogramm bekannt.

Wenn man berücksichtigt, daß, soweit zu übersehen ist, von den neuen indirekten Steuern eine Einnahme von 300 Millionen zu erwarten ist, so wird man einsehen, daß wir uns noch auf weit höhere Beträge aus der Besteuerung gefaßt machen müssen, denn diese Summe reicht zur Deckung des Defizits nicht aus. Ich glaube also, nicht fehlzugehen in der Annahme, daß noch andere und weit höhere Steuern geplant werden. Selbstverständlich werden die Arbeiter durch die Steuern am meisten belastet.

Deutschland geht schon jetzt allen Staaten in der Steigerung der indirekten Steuern voran. Diese sind innerhalb der letzten fünfundzwanzig Jahre von 7,15 auf 26,52 Mk. pro Kopf gestiegen. Für eine Familie von 5 Köpfen macht das 133 Mk. jährlich aus. Dazu kommt, daß die indirekten Steuern auf die arbeitenden Klassen noch in besonderer Hinsicht schlimmer einwirken als auf die besitzenden. Sie wirken nicht nur wie eine Kopfsteuer, sondern progressiv nach unten, wie sich aus folgendem ergibt. Die Lebensmittel, die die besitzenden Klassen kaufen, sind von besserer Qualität als die, die die Arbeiter sich leisten können. Aber beide Qualitäten sind mit der gleichen Steuer belastet, so daß die besitzenden Klassen auch hier wieder bevorzugt sind. Das erkennt auch Adolf Wagner an; er gibt dadurch die Richtigkeit dessen zu, was wir seit Jahrzehnten behauptet haben. Auch er sagt, daß die „indirekten Verbrauchssteuern und Zölle auf Massenkonsumartikel die unteren Klassen relativ schwerer, als die oberen belasten." Und doch sollen die unteren Klassen nach diesem System noch schwerer belastet werden! —

Die Nachrichten über die neuen Steuerprojekte sind aber bisher nur durch die Presse gegangen. Die Regierung scheint es darauf abzusehen, durch verwirrende Nachrichten eine Unordnung in die Bekämpfung der neuen Steuerpläne zu bringen. Es besteht dabei eine bestimmte Absicht: die Massen sollen getäuscht werden, damit sie sich über die neuen Lasten nicht klar sind. Aber das steht fest, daß alle Steuerobjekte außerordentlich schwer betroffen werden sollen.

Ich hebe besonders den Tabak hervor. Es wird uns nicht erspart bleiben, daß die Zigarrenindustrie mit der Banderolensteuer bedacht wird. Zwar ist in der Presse auch die Rede von einer Erhöhung des Gewichtszolles. Der Zoll von 85 Mk. pro Doppelzentner ausländischen Tabaks soll auf 150 Mk. erhöht werden. Auch diese Besteuerung würde noch nicht die Summe von 150 Millionen ergeben, die mindestens aus dem Tabak herausgeschlagen werden soll; es muß also noch eine weitere Besteuerung in bezug auf den Tabak beabsichtigt sein, nämlich die Banderolensteuer. Sie bedeutet aber den Ruin aller kleinen Existenzen in der Tabakindustrie. Zehntausende von Arbeitern würden dadurch arbeitslos, die Konzentration der Tabakindustrie durch das Großkapital würde dadurch gefördert. Man spricht so viel von Mittelstandspolitik, aber die Steuerpläne der Regierung schlagen jeder Mittelstandspolitik ins Gesicht. Die Erhöhung der Tabaksteuer von 1879 durch den Zolltarif hat nicht nur weit über 10000 Arbeiter brotlos gemacht, sondern auch eine ganze Reihe kleinerer Existenzen vernichtet. Anstatt Mittelstandspolitik betreibt man Mittelstandsmord. Man spricht davon, daß man mit dieser neuen Belastung dem Monopol zusteuere. In der Tat würden die neuen Steuern mit den kleinen Existenzen aufräumen, so daß die Bahn für das Monopol frei wäre.

Die geplante Licht- und Kraftsteuer, die etwa 30 Millionen einbringen soll, würde ebenfalls den Mittelstand sehr belasten, indem sie die Produktion der kleinen Unternehmer, die diese Kraftquellen benutzen, erschwert. Den kleinen Unternehmern ist es nicht so leicht wie den Großkapitalisten, die Steuern auf die Konsumenten abzuwälzen. Diese Steuern werden also auch wieder die Wirkung der Konzentration des Kapitals haben und damit zur weiteren Verschärfung des Klassenkampfes führen.

Auf die Besprechung der weiteren Steuerprojekte muß ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit verzichten. Zweifellos wird die Blockmehrheit des Reichstages durch die neue Steuervorlage ins Gedränge kommen. Die Freisinnigen werden vom Zentrum zur Bewilligung gedrängt. Das Zentrum hat sich der Regierung zur Hilfe im äußersten Falle bereits angeboten und dadurch kommen die Freisinnigen, die Regierungspartei bleiben wollen, in die Klemme und werden unter das kaudinische Joch kriechen müssen. Das Zentrum befindet sich in günstigster Position. Trotzdem es der Regierung seine Hilfe anbietet und die Freisinnigen dadurch zur Bewilligung drängt, führt es Opposition gegen einzelne Projekte. Diese demagogische Haltung des Zentrums muß von der Sozialdemokratie kritisiert werden. Wir müssen feststellen, daß das Zentrum mitschuldig ist an dem Unglück, das durch die neuen Steuern über die Massen gebracht wird. Die Gefahr, daß die neuen Steuern von der Blockmehrheit bewilligt werden, ist groß. Daher muß die sozialdemokratische Partei gegen die neuen Lasten, die im Reich dem Volke aufgehalst werden sollen, die schärfste Opposition machen. Unsere Forderungen sind in der Resolution niedergelegt, die Ihnen unterbreitet worden ist. Wir protestieren gegen dieses System der Auspowerung der Massen und kämpfen dagegen mit aller Macht an. Die Massen müssen aufgerufen werden zum Kampf gegen die neue und ungeheure Belastung, die durch die neuen Steuerprojekte geplant ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution 124 wird hierauf einstimmig angenommen.

Darauf erstattet ihren Bericht die

Beschwerdekommission.

Berichterstatter ist Genosse

Seger-Leipzig: Der erste Fall betrifft einen Antrag von Dobruch-Berlin auf Wiederaufnahme in die Partei. Der fünfte Berliner Wahlkreis hatte ihn ausgeschlossen, weil er einen Genossen in verleumderischer Weise des Umgangs mit der Kriminalpolizei bezichtigt hatte und weder in den Vorstandssitzungen noch in der Schiedsgerichtsverhandlung Beweise für seine Behauptung hatte beibringen können. Beschwerde bei der Kontrollkommission hat er nicht eingelegt. Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Parteitag, dem Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei nicht stattzugeben.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Der zweite Fall betrifft das im Jahre 1899/1900 von der Dortmunder Organisation aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Mitglied B. Siebel. Er hat einen von einigen Genossen mitunterschriebenen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens von 1899 an den Parteitag gestellt, also nicht, wie es dem Statut entsprechen würde, einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei. Er behauptet, ihm sei seinerzeit keine Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden, weil er wegen einer dringenden geschäftlichen Reise nicht habe erscheinen können und die Ausschlußsitzung trotzdem abgehalten worden sei. Der Ausschluß ist wegen Streitereien erfolgt und weil er Artikel über interne Parteivorgänge an die bürgerliche Presse gerichtet hat. Der Dortmunder Vertreter bestreitet seine Behauptung über die nicht genügende Gelegenheit zur Verteidigung. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens sieht das Organisationsstatut nicht vor, und eine Prüfung des Materials aus jener Zeit ist ja auch kaum möglich. Die Beschwerdekommission empfiehlt daher dem Parteitag, den Antrag Siebels abzulehnen.

Sachse-Bochum: Siebel ist bei mir gewesen und hat mir dieselben Gründe genannt, die der Berichterstatter schon vorgetragen hat. Er beruft sich weiter darauf, ein Vorstandsmitglied habe ihm gesagt, der Dortmunder Verein sei gar nicht in der Lage, ihn auszuschließen, sondern das könne nur im Schiedsgerichtsverfahren geschehen. Der Mann behauptet, es sei ihm unrecht geschehen.

Seger: Bereits der vorjährige Parteitag hat beschlossen, und daraus müßte es Siebel wissen, daß der damalige Verein in Dortmund statutengemäß sehr wohl berechtigt war, ihn aus der Partei auszuschließen. Die Wiederaufnahme des früheren Verfahrens ist unmöglich. Es ist Siebel anheimzustellen, sich in der Organisation von neuem zu melden und seine Wiederaufnahme in die Partei zu beantragen; dann wird darüber verhandelt werden.

Der Parteitag beschließt nach dem Antrag der Beschwerdekommission.

Die dritte Angelegenheit betrifft den Ausschluß des ehemaligen Parteigenossen Sprenger in Mannheim. Er ist vor etwa 2¼ Jahren wegen Streikbruchs aus der Partei ausgeschlossen worden; er hat in einer Fabrik, in der er als Packer tätig war, zwei Tage Arbeiten verrichtet, die den gelernten Arbeitern zukommen; gewerkschaftlich organisiert war er nicht. Er beantragt Wiederaufnahme in die Partei. Die Beschwerdekommission empfiehlt, dem zuzustimmen und, wie es ja auch die Gewerkschaften tun, ein solches Streikvergehen nach einer gewissen Zeit als gesühnt zu erachten, zumal der Fall hier ganz besonders milde liegt und Sprenger jahrelang als organisierter Parteigenosse seine Pflicht getan hat.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Der vierte Fall betrifft das ehemalige Parteimitglied Paul Jahn in Berlin. Die Angelegenheit hat schon mehrere Parteitage beschäftigt, noch der Essener Parteitag hat den Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei, der jetzt wiederholt ist, abgelehnt. Jahn beruft sich nun auf die Befürwortung Zubeils; dieser hat der Kommission erklärt, daß er besondere Gründe nicht vorbringen könne, sondern nur den allgemeinen Grund, daß, wenn ein Vergehen gesühnt sei und der Fall nicht sehr schwer liege, man es mit einer kurzen Ausschlußzeit bewenden lassen solle. Die Kommission empfiehlt indes dem Parteitag die Ablehnung des Antrages.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Fünftens liegt ein Antrag des ehemaligen Parteigenossen Schröder in Berlin vor auf Wiederaufnahme in die Partei. Er ist vor zwei Jahren ausgeschlossen worden, weil er Parteigelder unterschlagen, Listen gefälscht und Parteigenossen zu Unrecht dieser Vergehen bezichtigt hat. Die Kommission ist der Ansicht, daß dem Antrag für jetzt wenigstens nicht stattgegeben werden kann und empfiehlt Ablehnung, wie es der vorjährige Parteitag schon getan hat.

Der Parteitag beschließt so.

Der sechste Fall betrifft den Leiter des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes Wiesenthal in Berlin. Der vorjährige Parteitag hat lediglich aus Rücksicht auf die Verhandlungen des Parteivorstandes mit den Lokalorganisationen wegen Verschmelzung mit den Zentralverbänden beschlossen, daß der Ausschluß aus der Partei vorläufig unterbleiben solle, und die Angelegenheit dem diesmaligen Parteitag zur Erledigung übertragen. Gründe für den Ausschluß sind das organisationszersplitternde und arbeiterschädigende Treiben Wiesenthals, ferner die Beleidigungen, die er sich den Leitern des Metallarbeiterverbandes in Berlin gegenüber schuldig gemacht hat. Die Kontrollkommission hat in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Schiedsgerichts den Antrag der Kreisorganisation auf Ausschluß abgelehnt, weil Mitglieder der Rohrlegerorganisation erklärt haben, die Absplitterung vom Metallarbeiterverband wäre auch ohne Zutun Wiesenthals erfolgt. Gegen die Entscheidung der Kontrollkommission ist dann Rekurs an den Parteitag in Essen eingelegt worden. Der Antrag der Beschwerdekommission geht dahin, der Beschwerde gegen den Nichtausschluß Wiesenthals beizutreten und damit Wiesenthal aus der Partei auszuschließen.

Maier-Heidelberg ergänzt die Ausführungen des Berichterstatters dahin, daß Wiesenthal bei seiner mündlichen Vernehmung der Kommission des Essener Parteitages erklärt hat, er würde unter keinen Umständen mehr aus dem Allgemeinen Metallarbeiterverbande austreten, lieber lasse er sich hängen; das habe die Essener Kommission bestimmt, seinen Ausschluß aus der Partei zu empfehlen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Beschwerdekommission.

Der siebente Fall des Genossen Moritz-Hamburg hat die Parteiinstanzen schon mehrere Male beschäftigt. Er hat bei der zuständigen Parteiorganisation den Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei gestellt, gegen den ablehnenden Entscheid des Vorstandes Beschwerde beim Landesvorstand erhoben, dann beim Parteivorstand, dann bei der Kontrollkommission, ob alle diese richtig gehandelt hätten. Die Beschwerdekommission empfiehlt dem Parteitag, die nunmehrige Beschwerde von Moritz gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission zurückzuweisen.

Der Parteitag beschließt so.

Der letzte Bericht betrifft die Angelegenheit Keiling-Büdesheim in Oberhessen, der Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission eingelegt hat. Er ist wegen ehrloser Handlungen vom Ortsverein aus der Partei ausgeschlossen. Ein Schiedsgericht hat den Ausschluß aufgehoben, da ein Ortsverein aus der Partei nicht ausschließen kann, und hat dem Genossen für sein Verfahren eine Rüge erteilt und ihm gesagt, er möge sich an einem anderen Orte wieder in die Partei aufnehmen lassen. Hiergegen hat der Ortsverein Beschwerde bei der Kontrollkommission erhoben. Diese hat die beiden vorhergehenden Urteile aufgehoben und nach sachlicher Prüfung der Materie beschlossen, daß Keiling wegen ehrloser Handlungen aus der Partei ausgeschlossen werde. Die Beschwerdekommission beantragt die Zurückweisung der hiergegen eingelegten Beschwerde Keilings.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Es folgt der Bericht der Kommission über die

Jugendorganisation.

Dazu liegt die Resolution 139 mit der dazu gehörigen Deklaration vor.

Berichterstatter der Kommission ist Genosse

Haase-Königsberg: Sie werden es verstehen, wenn ich bei der vorgerückten Zeit des Parteitages mich mit dem proletarischen Erziehungsproblem nicht beschäftige, sondern mich auf die Frage der Jugendorganisation beschränke. Im Namen der Kommission, die sich auf der Ihnen vorgelegten Resolution nebst der ihr beigefügten Deklaration geeinigt hat, habe ich Sie zu bitten, en bloc unseren Beschluß anzunehmen. Die Kommission nimmt nicht etwa an, daß sie eine endgültige Lösung der Organisationsfrage gefunden hat, aber sie ist nach gründlicher Beratung zu der Auffassung gelangt, daß in der gegenwärtigen Situation etwas Besseres nicht gefunden werden kann. Der empfohlene Weg ist in jedem Falle sehr wohl geeignet, die Erziehung der proletarischen Jugend zu fördern. Sollte aus dem Bedürfnis der Praxis eine andere Organisationsform herauswachsen, so wird die Partei sicherlich nicht versäumen — im Einverständnis mit den Gewerkschaften — das Bessere an die Stelle des Guten zu setzen. Wir haben uns den Vorschlägen der Parteileitung in den meisten Punkten anschließen können. Eine wesentliche Aenderung bezieht sich auf Absatz 5 der Resolution der Parteileitung, der sowohl in Parteiversammlungen wie namentlich auch auf den Tagungen der Jugendlichen die allerschärfste Anfechtung erfahren hat. Nachdem in der Resolution in den Absätzen 3 und 4 die Aufgaben der Jugendbewegung dargelegt sind, heißt es im Absatz 5: „Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisationen erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten Kommissionen für die Jugendorganisation zu bilden." Dieser in Vorschlag gebrachte Wortlaut hat, wie auch die dem Parteitag vorliegenden zahlreichen Anträge beweisen, vielfach die Ansicht hervorgerufen, daß den selbständigen Jugendorganisationen damit das Lebenslicht ausgeblasen werden soll. Genosse Müller hat nun bereits in seinem Geschäftsbericht im Auftrage des Parteivorstandes ausgeführt, daß dies nicht beabsichtigt sei, daß jene ominösen Worte falsch ausgelegt worden seien. Wir haben, um jede Mißdeutung auszuschließen, diese Worte gestrichen, so daß der Absatz 5 jetzt lautet:

„Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden."

Wir sind aber noch darüber hinaus der Meinung gewesen, daß die bloße Streichung dieses Passus nicht ausreicht, sondern haben es für erforderlich gehalten, unserer Auffassung durch eine Deklaration eine bestimmte, klare Deutung zu geben. Sie lautet:

„Die Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht."

Die selbständigen Jugendorganisationen sind eine Schöpfung der Jugendlichen selbst. Früher als Partei und Gewerkschaften haben die Jugendlichen erkannt, wie wichtig die Zusammenfassung der proletarischen Jugend für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Dieses Verdienst ist auch auf dem Gewerkschaftskongreß anerkannt worden. Die Jugendlichen haben sich früher geregt als wir, und haben sich dadurch schon das Existenzrecht erkämpft. Die bestehenden unpolitischen Organisationen sind auch im Rahmen des neuen Vereinsgesetzes zulässig. Es kann deswegen nicht die Aufgabe der Partei, ebenso wenig wie die Aufgabe der Gewerkschaften sein, diesen Jugendorganisationen ein Ende zu bereiten. Die selbständigen Jugendorganisationen können freilich nicht eine Einrichtung der Partei als solcher sein. Sie können schon aus vereinsgesetzlichen Gründen der Partei nicht organisatorisch angegliedert werden. Aber unpolitische Jugendorganisationen, die aus innerer Kraft heraus an dem Werke der Erziehung der proletarischen Jugend arbeiten, werden sich immer wieder Anerkennung erringen. Nach der Deklaration haben wir es aus Erziehungsgrundsätzen für selbstverständlich gehalten, daß — soweit solche selbständigen Jugendorganisationen existieren — sie die Selbstverwaltung haben. Nur dann wird Lust und Liebe der Jugendlichen für solche Organisationen geweckt werden können, nur dann können die Jugendlichen zum starken Verantwortlichkeitsgefühl, zur Selbständigkeit gelangen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gefestigten Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranreifen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wir sind davon ausgegangen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalorganisiert sein sollen. Ich habe — namens der Kommission — zu erklären, daß damit nicht ausgesprochen worden ist, daß den Organisationen etwa ein Verbindungsverbot auferlegt werden soll. Es ist sehr wohl zulässig, daß sich eine Zentralstelle bildet, etwa zur Sammlung von Material. Aber was mit aller Bestimmtheit hat ausgeschlossen werden sollen, ist eine Zentralisierung der lokalen Organisationen. Von allen anderen Gründen abgesehen, ist eine Zentralisation schon deswegen unmöglich, weil Gebilde, die noch gar nicht fertig sind, die sich erst entwickeln sollen, nicht schon zu einer Zentralisation zusammengefaßt werden können. Wir haben es nicht für nötig gehalten, noch besonders auszusprechen, daß die Grenze des Lebensalters für die Mitglieder dieser Organisation das vollendete 18. Lebensjahr sein soll. Dies ist die von selbst gegebene Grenze. In der Resolution ist zunächst festgestellt, was die Partei als solche für Aufgaben zu erfüllen hat. Es sollen selbständige Kommissionen, die aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und aus Vertrauenspersonen der Jugendlichen zusammengesetzt sein sollen, gebildet werden. Auch in diesen Kommissionen sollen die Jugendlichen gehört werden, es soll nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Diese Kommissionen werden ihr Augenmerk vor allem darauf zu richten haben, daß überall Jugendheime errichtet werden, die einen Sammelplatz für die Jugend bilden. Es ist in der Kommission betont worden, wie wichtig solche Jugendheime für die Erziehung gerade unserer proletarischen Jugend sind. Es müssen freundliche, behagliche Räume sein, in denen die Jugend edle Geselligkeit pflegen kann. Weg von den Straßen, weg aus den Kneipen — das muß das Motto der Jugendlichen sein. (Beifall.) Wichtig ist es nun, wie die Erwachsenen ihren Pflichtenkreis ausfüllen. Und in dieser Beziehung sage ich, daß die besten Parteigenossen, die besten Gewerkschaftler nur gerade gut genug sind, um diesen Platz einzunehmen. (Sehr richtig!) Der ganze Erfolg wird wesentlich davon abhängen, welche Personen an der Spitze stehen. Es darf niemand in den Sinn kommen, als Schulmeister der Jugendlichen auftreten zu wollen und etwa die Schuljahre für die Jugendlichen zu deren Qual zu verlängern. Nur Persönlichkeiten, die sich in die jugendliche Seele zu versenken vermögen, die liebevoll mit den Jugendlichen zusammen arbeiten können und wollen, dürfen zu dieser Arbeit berufen werden. Das Jugendorgan, das der Parteivorstand ins Leben rufen will, wird die Aufgaben auf diesem Gebiete unterstützen müssen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Parteivorstand sein Bestes daransetzen wird, das Organ gut auszugestalten. Wir sind nicht im Zweifel darüber gewesen, daß die Herausgabe des Organs

dem Parteivorstand zu überweisen ist. Den Bildungsausschuß damit zu betrauen, wie es angeregt ist, ist schon deshalb nicht angängig, weil es sich hier um eine finanzielle Frage handelt. Allerdings muß der Bildungsausschuß innerhalb seiner Kompetenz mit herangezogen werden. Wir haben in der Resolution den Schlußpassus wiederholt, den Sie auch in der Resolution des Parteivorstandes und des Gewerkschaftskongresses finden. Es ist gesagt, der Passus sei überflüssig. Was darin ausgesprochen ist, verstehe sich von selbst. Daß die Jugendlichen in ihren Organisationen, die ja nur unpolitisch sein können, nicht die politischen Parteifragen entscheiden können, das ist ja schon gesetzlich ausgemacht. Aber es bestand die Befürchtung, daß sie übergreifen könnten in das Gebiet, das den Gewerkschaften vorbehalten bleiben muß, daß sie die Kreise der Gewerkschaften stören könnten. Ich habe zu erklären, daß damit nur gemeint sein soll, die Jugendorganisation darf nicht in Lohnkämpfe der Gewerkschaften eingreifen. Keineswegs ist es den Jugendlichen verwehrt — ja, das wird geradezu ihre Aufgabe sein — die Mißstände in der Behandlung der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiter festzustellen, Material zu sammeln, Anregungen zu geben, und die Lehrlingsschutzkommissionen, welche die Gewerkschaften einsetzen sollen, werden dankenswerte Anregungen, dankenswertes Material aus diesen Kreisen erlangen. So werden alle Konflikte vermieden, so, glaube ich, wird ein Feld einer reichen Betätigung geschaffen. Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ihre, der Delegierten Aufgabe wird es sein, wenn Sie nach Hause kommen, die Genossen und die Genossinnen anzufeuern, daß sie ihre Kinder der Jugendbewegung zuführen, damit wir bald alle Organisationen, die von katholischer und anderer Seite gegründet worden sind, überflügeln. Wenn wir schon in das Herz des Kindes innerhalb der Familie die Saat des Sozialismus streuen; wenn wir die Kinder später der Jugendorganisation zuführen und dadurch vor geistiger Verblödung und vor sittlicher Verwahrlosung schützen; wenn wir sie erfüllen mit der Glut des Idealismus, der das Proletariat auf die Höhe seiner historischen Aufgabe emporhebt, dann werden wir ihnen selbst einen vollen Lebensinhalt geben, und wir werden auf dem Vormarsch zu unserem hohen Ziele unüberwindbar sein. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Resolution 139 mit der Deklaration debattelos einstimmig angenommen.

Singer: Ich stelle die einstimmige Annahme fest und wünsche und hoffe, daß die neue Waffe, die die Partei sich geschmiedet hat, dazu beitragen wird, die Jugend mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen, damit sie dermaleinst als Mitstreiter in dem Kampf für die Befreiung des Proletariats tatkräftig mitwirken kann. (Bravo!)

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die

Agitation

beziehen: Anträge 8, 9, 10, 11, 109 und 110.

Die Anträge 10, 11 und 109 werden nicht unterstützt, es stehen also nur die Anträge 8, 9 und 110 zur Debatte.

Antrag 8 wird von

Leber-Jena begründet: Der Parteivorstand hat uns ja in den letzten Jahren eine ganze Masse Agitationsmaterial geliefert. Die Parteikorrespondenz, so Flugblätter, in denen die Tätigkeit der Gegner beleuchtet wird, das parlamentarische Handbuch, das nach jeder Legislaturperiode erscheint. Aber uns fehlt das Material, das unseren Gegnern, den Reichsverbändlern und Antisemiten über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstag zur Verfügung steht: sie konnten angeben, wie die sozialdemokratische Partei sich zu jedem einzelnen Gesetz gestellt hat. Ganz dasselbe müssen wir auch über die Abstimmungen unserer Gegner im Reichstag besitzen. Ein solcher Leitfaden, vielleicht in Buchform, würde der Agitation sehr viel nützen.

Pfannkuch-Berlin: Dieser Antrag könnte höchstens der Parteileitung zur Erwägung überwiesen werden. Der Parteivorstand hat zunächst noch einen Beschluß des Parteitages in Essen auszuführen: die Herausgabe einer Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage gestellten Anträge in chronologischer Reihenfolge. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, sie ist noch in Korrektur. Uebrigens war es eine Aufgabe, die außerordentliche Mühe gemacht hat. Nun will der Antrag, daß über die Tätigkeit jeder bürgerlichen Partei im Reichstag dieselbe Uebersicht gegeben wird, ja, man hat sich nicht einmal darauf beschränkt, etwa nur die letzte Legislaturperiode in Betracht zu ziehen. Im laufenden Geschäftsjahr kann der Antrag, so wie er lautet, nicht erledigt werden. Bleibt er aber unerledigt, so gibt das nur Anlaß zu unbegründeter Kritik an der Parteileitung. (Zustimmung.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 9 beantragt

Genossin **Grünberg** dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Die Ueberweisung wird debattelos beschlossen.

Den Antrag 110 begründet

Thiele-Halle: Ueber die Notwendigkeit, die elenden Rechtsverhältnisse der ländlichen Dienstboten zu verbessern, brauche ich nicht erst zu reden. Das weiß jeder von uns. Leider besteht keine Hoffnung, daß die Einzelstaaten oder das Reich zu einer solchen Besserung die Hand bieten werden. Wären die bürgerlichen Parteien hierzu gewillt gewesen, so hätten sie bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die beste Gelegenheit dazu gehabt. Sie haben es damals nicht getan und werden es heute nicht tun. Nur ein Beispiel will ich dafür anführen, wie unbedingt notwendig es ist, den Dienstboten die Möglichkeit zu geben, durch eine Verkürzung der Kündigungsfrist den Qualen zu entrinnen, denen sie unter Umständen ausgesetzt sind. Ich habe hier eine Klage in der Hand, die ein ländliches Dienstmädchen beim Amtsgericht Teuchern eingereicht hat. Sie beschwert sich darüber, daß ihr verheirateter Dienstherr sie in ungebührlicher Weise belästigt habe, so daß sie den Dienst verlassen mußte und klagt nun den rückständigen Lohn in Höhe von 40,50 Mk. ein und auf Herausgabe ihres Dienstbuches. Die Folge dieser Anzeige ist gewesen, daß das Dienstmädchen zu 15 Mk. Geldstrafe wegen unbefugten Verlassens des Dienstes verurteilt worden ist. Noch heute ist sie nicht im Besitz ihres Lohnes und Dienstbuches. Solche Fälle kommen hundertfach vor. Nun lassen sich aber jetzt schon die Bestimmungen der Dienstordnung aus der Welt schaffen, sobald ein besonderer Vertrag mit genauen Bestimmungen über die Kündigungsfrist usw. abgeschlossen wird. Ich habe einen solchen Vertrag hier, der mit einem konservativen Arbeitgeber sogar abgeschlossen worden ist. Dieser Dienstvertrag lautet: 1. Der Dienstnehmende hat alle seinen Kräften angemessenen Arbeiten in der Haus- und Landwirtschaft des Dienstgebers zu verrichten. 2. Als Vergütung gewährt der Dienstgeber: a) einen monatlich zu zahlenden Barlohn von . . . ., b) Beköstigung und Behausung. 3. Werden aus besonderen Anlässen Geschenke gegeben, so sollen diese nicht auf den Barlohn angerechnet oder zurückgefordert werden. 4. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. Die Kündigung aus-

zusprechen, steht dem Dienstgeber sowohl als dem Dienstnehmenden (oder seinem gesetzlichen Vertreter) zu jeder Zeit zu. 5. Für das Dienstverhältnis sind lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 611—630) maßgebend. Ein solcher Vertrag enthält alles Nötige. Der springende Punkt ist, daß das Gesinde jederzeit kündigen und den Dienst verlassen kann. Diese Bedingung bringt schließlich auch die anderen Verbesserungen mit sich. Deshalb ziehe ich einen solchen Vertragsentwurf dem Stadthagenschen Formular vor, das noch eine Reihe anderer Dinge umfaßt. Die Möglichkeit, derartige Verträge abzuschließen, muß allgemein bekannt werden. In allen Agitationskalendern, in den Zeitungen, in Briefkastennotizen, durch Zirkular des Parteivorstandes an die Parteisekretäre muß auf die Möglichkeit, private Vereinbarungen zu schließen und damit die reaktionäre Dienstordnung außer Kraft zu setzen, hingewiesen werden. Das will der Antrag 110. Ich bitte um seine Annahme.

Der Antrag 110 wird angenommen.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die

Presse und Literatur

betreffen: 55, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68. Hiervon werden unterstützt die Anträge 55, 58, 61, 63 und 66; 59 ist zurückgezogen.

Sie stehen zur Diskussion.

Der Antrag 55 wird ohne Diskussion angenommen.

Zum Antrag 58 bemerkt

Hug-Bant: Der Preis der „Neuen Zeit" ist an sich nicht hoch; wenn aber die „Neue Zeit" in den Massen möglichste Verbreitung finden soll, so müßte er noch niedriger sein. Wir wünschen daher, daß der Parteivorstand untersucht, ob eine Verbilligerung der „Neuen Zeit" möglich ist.

Singer: Nach den letzten Worten des Antragstellers darf ich annehmen, daß er wünscht, daß der Antrag dem Vorstande zur Erwägung überwiesen wird. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Gegen den Antrag 61 wendet sich

Pfannkuch: Jedes sozialdemokratische in Deutschland erscheinende Blatt steht unter einer Preßkommission. Diese wird schon Remedur schaffen, wenn die in dem Antrag gerügten Uebelstände eintreten.

Der Antrag 61 wird abgelehnt. Der Antrag 63 wird ohne Diskussion angenommen.

Den Antrag 66 begründet

Rudolph-Frankfurt a. M.: Aus dem Material, das uns veranlaßt hat, den Parteivorstand zu ersuchen, sich um die Preisfestsetzung zu kümmern, möchte ich einiges mitteilen. Die einzelnen Agitationsbezirke sind erfreulicherweise bestrebt, ihren Literaturvertrieb möglichst zu heben, aber unsere Buchhandlungen erfordern bedeutende Zuschüsse, auch die in Frankfurt a. M. Bei dem Vertrieb der Maizeitung wurde bei einem Bedarf von 8000 Exemplaren der Preis auf 5 Pf. festgesetzt. Denselben Preis brauchten aber auch die nur zahlen, die lediglich zehn Exemplare bezogen. Als Eisners Buch „Das Ende des Reiches" herauskam, betrug der Verkaufspreis 5 Mk., netto 3,50 Mk., auch noch am 5. April vorigen Jahres. Aber bereits 14 Tage früher, am 21. März, wurde dasselbe Werk in der „Bildhauer-Zeitung" für 2,50 Mk. angeboten. Natürlich konnten wir da die Bestände, die wir für 3,50 Mk. angekauft hatten, nicht los werden. Von dem Buch „Die Berliner Arbeiterbewegung" von Bernstein wurde den Berliner Genossen das Heft für 20 Pf. geliefert, während der Verkaufspreis im übrigen 30 Pf. beträgt. Liebknechts Hochverratsbroschüre kostete 50 Pf., netto 35 Pf. Den Gewerkschaften aber wurde diese Broschüre ohne Umschlag für 15 Pf. angeboten. Auf Grund dieses Materials, das ich natürlich noch weit vermehren könnte, bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Engler-Freiburg spricht ebenfalls für den Antrag. Wir haben im letzten Jahre 100 Broschüren über die Alkoholfrage für 20 Pf. bezogen und wenige Tage darauf konnte die Generalkommission die Mitteilung machen, daß sie die Broschüren für 10 Pf. zur Verfügung stellt.

Bruns-Berlin: Die Einrichtung der Herausgabe von billigen Agitationsbroschüren besteht schon seit vielen Jahren. Die Buchhandlung Vorwärts kann nicht nur danach sehen, daß die einzelnen Parteibuchhandlungen Geschäfte machen, sondern sie muß auch dafür sorgen, daß die Literatur in den Parteikreisen zur Verbreitung kommt. Deshalb stellt sie stets sogenannte Agitationsausgaben auf billigem Papier her. Bei einer Reihe von Broschüren hat die Vorwärtsbuchhandlung nichts verdient, sondern Zuschüsse geleistet. Auch von der Broschüre über die Alkoholfrage ist eine billige Massenausgabe erschienen und eine andere auf besserem Papier, die durch die Buchhandlungen vertrieben worden ist. Wenn die Buchhandlung Vorwärts nicht in Kommission liefert, so deshalb, weil sie sonst von unseren Parteibuchhandlungen, deren Organisation manchmal zu wünschen übrig läßt, eine Masse Makulatur zurückbekommen würde. Der Preis der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung" für Berlin beruht auf einem Uebereinkommen der Buchhandlung Vorwärts mit den eigentlichen Herausgebern, nämlich den Berliner Parteigenossen. Der Parteivorstand hat natürlich auch jetzt schon das Recht, die Preisfestsetzung der Buchhandlung Vorwärts zu überwachen.

Rudolph-Frankfurt a. M.: Auch wir wollen selbstverständlich den Vertrieb der Literatur in keiner Weise eingeschränkt sehen. Aber der Vertrieb der Broschüren muß so erfolgen, daß eine Schädigung der Parteibuchhandlungen dabei unterbleibt. Sehr gut ist, wenn Bruns sagt, wenn die Buchhandlung Vorwärts in Kommission liefert, würde sehr viel Makulatur zurückkommen. Bei dem heutigen Geschäftsgebaren bleibt die Makulatur auch, aber bei uns in den Buchhandlungen. Die Buchhandlung Dietz liefert auch an Vereine und Bibliotheken zu äußerst niedrigen Preisen. Da sind in einem Zirkular 40 Bände angeführt, die reell 140 Mk. kosten, aber 60 Mk. geliefert werden. Unsere Buchhandlungen können sie nur für 98 Mk. bekommen. Derartige Kollektionen werden natürlich meist von Vereinen bestellt und dann direkt beim Verlag, wo sie es billiger bekommen. Wenn es bei der bisherigen Praxis bleibt, müssen wir in Frankfurt ernstlich überlegen, ob wir überhaupt noch unsere Buchhandlung aufrechterhalten sollen. (Hört! hört!)

Parteisekretär **Müller**-Berlin: Ich empfehle Ihnen, den Antrag dem Vorstand zur Erwägung zu unterbreiten. Wir werden das Material prüfen und dann dazu Stellung nehmen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Buchhandlung Vorwärts im letzten Jahre eine ganze Anzahl billiger Agitationsbroschüren zum Teil zum Selbstkostenpreis herausgegeben hat, und daß sie nach dem Bericht an den Parteitag bei einem Umsatz von 563 737,49 Mk. nur 28 000 Mk. Ueberschuß geliefert hat. Man kann also nicht sagen, daß sie kapitalistisch betrieben wird.

Der Antrag 66 wird hierauf dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Singer teilt mit, daß der Antrag 140 der Kontrollkommission eingegangen ist.

Es werden nunmehr die Anträge 60, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 133, 138 und 140 zur Debatte gestellt. Nur der Antrag 60 wird nicht unterstützt. 114 ist zurückgezogen.

Den Antrag 111 begründet

Walter-Augsburg: Es wäre eine Beleidigung des sozialdemokratischen Parteitages, wenn ich über die Bedeutung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter noch ein Wort verlieren wollte. Wir sind jederzeit, sowohl als politische Partei und auch als Gewerkschaftler für dasselbe eingetreten. Der Geheimerlaß der süddeutschen Metallindustriellen hat ja bewiesen, daß jetzt nicht nur dem gewöhnlichen Proletariat, sondern auch den Kreisen, die uns bisher völlig fernstanden, den technischen und kaufmännischen Angestellten, das Koalitionsrecht genommen werden soll. Auf Grund dieses Erlasses haben einzelne Stadtverwaltungen beschlossen, bei der Vergebung gemeindlicher Arbeiten in die Lieferungsverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß den betreffenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet werden soll. Ich lege diesen Beschlüssen einzelner Gemeinden eine sehr geringe Bedeutung bei, denn die Bestimmung wird doch nicht ernstlich erfüllt. Wir können aber auch als Konsumenten für das Koalitionsrecht eintreten. Wir sind nicht allein in bezug auf Nahrungs- und Gebrauchsgegenstände Konsumenten, sondern auch als Partei und Gewerkschaften in ganz hervorragendem Maße durch unsere Institutionen. Es ist geradezu beschämend, wenn lorenweise jede Woche aus gewissen Papierfabriken das Druckpapier in die Zeitungen geht, wo dann unsere Grundsätze darauf gedruckt werden, während in den Betrieben die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden und den Arbeitern das Koalitionsrecht in rücksichtslosester Weise genommen wird. Hier können die Partei, die Gewerkschaften usw. mit Unterstützung der Genossenschaften einsetzen. Es ist schon der Versuch gemacht worden, die Lieferung des Papiers in eigene Regie zu nehmen. Ich weiß genau, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, wenn man aber berücksichtigt, daß es Millionen sind, die jährlich von Partei- und Gewerkschaftsdruckereien und von der gewaltigen genossenschaftlichen Literatur an Papier verbraucht werden, dann muß es doch möglich sein, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die „Leipziger Volkszeitung" hat beim Streit in der Budgetbewilligung unserer Parteipresse in Augsburg einige spöttische Bemerkungen an den Kopf geworfen, weil die Augsburger einen solchen Antrag gestellt hätten. Ich bin gewiß kein Revisionist, aber ich meine, Parteigenossen, daß die Zeitungen in dieser Beziehung sehr praktisch arbeiten könnten, wenn sie dafür eintreten wollten, daß in den sächsischen Konsumvereinen, die mit 10 bis 20 Prozent Dividende aufmarschieren, die Waren, die zum Verkaufe kommen, in Betrieben hergestellt werden, wo menschenwürdige Löhne gezahlt werden und das Koalitionsrecht garantiert wird. — Gewiß können wir dem Parteivorstand keine zwingende Marschroute geben, ich bitte Sie aber, den Antrag dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Der Antrag 111 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 112 begründet

Sieling-Höchst: Man soll wenigstens einen Versuch machen, die Kosten werden sich sicher lohnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 113 begründet

Eisner-Nürnberg: In diesem Augenblick ist nicht die Zeit, daß der Parteitag eine Agrarkommission wählen kann. Ich schränke daher den Nürnberger Antrag dahin ein, daß wir dem Parteivorstand den Wunsch unterbreiten, er möge im Laufe des Jahres den Versuch machen, eine solche Konferenz einzuberufen, vielleicht eine ständige Kommission zu ermöglichen. Dieser Antrag ist nicht etwa aus dem Bedürfnis gestellt, theoretische Debatten über die Agrarfrage zu veranlassen, etwa über die Frage, ob der Großbetrieb oder der Kleinbetrieb siegt und ähnliche Dinge mehr, sondern die Kommission soll sich mit praktischen unmittelbaren Fragen der Politik beschäftigen. Um für die Dringlichkeit des Antrages ein paar Dinge zu erwähnen: hier im Süden und auch in anderen Gegenden spielt z. B. der Kleinbauer die Rolle des Lohndrückers, indem er gewerbliche Nebenarbeit leistet. Diese gewerblichen Nebenarbeiter sind zur Organisation noch unfähig und bedeuten eine schwere Gefahr für die gewerkschaftlichen Bestrebungen in diesen Gebieten. Die Erörterung dieser Frage kann nur im Zusammenhange mit der ganzen Agrarfrage erfolgen. Es handelt sich da auch um die Entscheidung, ob die Partei auf dem Lande überhaupt Eingang findet und Vertrauen gewinnt. Es kommen noch andere Fragen in Betracht: die Landarbeiterfrage, die Produktivgenossenschaften von Kleinbauern in Deutschland und ihre Verbindung mit den städtischen Konsumgenossenschaften. Das sind alles Dinge, die außerordentlich wichtig sind. Man beschäftigt sich in Bayern damit — das Zentrum insbesondere legt großen Wert darauf —, das ländliche Gesinde zu organisieren. Auch diese Frage gehört hierher. Sie sehen also, der Zweck dieses Antrages ist nicht etwa, bloße theoretische Streitfragen zu erörtern, sondern einfach nur zu versuchen, wie die proletarischen Elemente auf dem Lande, die innerlich zu uns gehören, für uns gewonnen werden können, welches Aktionsprogramm, welche unmittelbaren Forderungen man für sie aufstellen kann. Wenn eine Kommission eingesetzt wird, die diese praktischen Fragen der proletarischen Bevölkerung auf dem Lande erörtert, dann wird es einmal möglich sein, auf dem nächsten oder einem künftigen Parteitag die Agrarfrage in dieser fruchtbringenden Beschränkung auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bitte Sie also, den Antrag mit der Umänderung anzunehmen, der Parteitag möge dem Parteivorstand den Wunsch aussprechen, eine solche Kommission im Laufe des Jahres einzuberufen.

Der Antrag 113 wird angenommen. Desgleichen der Antrag 115.

Den Antrag 116 begründet

Haase-Königsberg: Wir verfolgen mit unserem Antrage keineswegs den Zweck, der Partei eine antimilitaristische Spielerei zuzumuten. Der Antrag bewegt sich durchaus im Rahmen auch früherer Beschlüsse unseres Parteitages. Ich mache die Genossen darauf aufmerksam, daß unser Parteivorstand vor zwei Jahren ein Flugblatt an die Militärpflichtigen verbreitet hat, das ausgezeichnet gewesen ist (Sehr richtig!), das sehr gut gewirkt hat. Seitdem ist aber nichts weiter geschehen. (Parteisekretär Müller: Es ist neu aufgelegt worden!) Aber auch der Vorschlag, den wir machen, ist ein guter; wir selbst haben mit ihm Erfolge erzielt. Sie wissen ja alle, daß, wenn der Proletarier zum Militär kommt, während der ganzen Militärzeit ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit seiner Klasse ausgetrieben wird. Sie wissen weiter, daß man versucht, ihn, wenn er entlassen wird, dem Kriegerverein zuzuführen. Daher ist es sehr wichtig, ihm, bevor er eingezogen ist, solange er noch im Zivilverhältnis ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu seiner Klasse zu stärken und ihn nicht sang- und klanglos zum Militär zu entlassen. Natürlich kann man es nicht darauf anlegen, dem Mann die Militärdienstzeit zu erschweren. Das ist nicht der Zweck des Flugblattes und auch nicht der Zweck dieser Abschiedsabende. Aber man kettet die Leute innerlich an sich, sie behalten das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch während sie dienen, und treten hernach bald wieder in die Reihen des kämpfenden Proletariats. (Beifall.)

Zubeil: Ich bin mit dem Antrag vollkommen einverstanden. Aber noch wichtiger ist es, sich um die Reservisten zu kümmern. (Sehr richtig!) Unsere

Kriegervereine und die Leitung des großen deutschen Kriegerbundes machen ihren Einfluß auf die jungen Leute schon in den letzten Wochen ihres militärischen Verhältnisses nutzbar und fangen den größten Teil der jungen Reservisten ein. Sind sie erst einmal in den Kriegervereinen, dann ist es äußerst schwer, sie wieder heraus- und zu uns herüberzuziehen. Deshalb vor allem ist es notwendig, daß wir uns alle Mühe geben, in den einzelnen Orten die Adressen zu erfahren suchen, um die Reservisten gleich nach der Entlassung der sozialdemokratischen Organisation zuzuführen, ehe es zu spät ist. (Zustimmung.)

Der Antrag 116 wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages 140.

Kaden: Wir wollen nicht etwa eine Gehaltskala festlegen und jährlich eine Zulage von 300 oder 600 Mk. bewilligen, sondern es handelt sich um eine einmalige Gehaltserhöhung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Parteitag das Recht haben muß, über die Gehälter Beschluß zu fassen. Für unsere Redakteure und für die sonstigen Parteibeamten besteht eine bestimmte Skala, nicht aber für die Angestellten des Parteivorstandes. Obwohl diese Beamten ein sehr verantwortungsvolles Amt haben, bleiben sie doch mit ihren Gehältern vielfach hinter denen der Redakteure und anderer Beamten zurück. Wenn wir Ihnen vorschlagen, den drei älteren Sekretären je 300 Mk. Zulage zu geben, so ist das nicht zuviel; diese Genossen haben jetzt 4200 Mk., während der jüngste Sekretär Müller 3600 Mk. bezieht. Da nun die Tätigkeit Müllers dieselbe ist und da Müller ebenso eifrig ist wie die übrigen Sekretäre und ihnen nur im Alter nachsteht, so wollen wir ihm eine Zulage von 600 Mk. bewilligen, damit er später leichter den anderen gleichgestellt werden kann. Ich hoffe, Sie werden unseren Antrag einstimmig annehmen, denn wir können unseren Parteibeamten nicht das verweigern, was wir für die Beamten des Klassenstaates im Parlament fordern.

Der Antrag 140 wird einstimmig angenommen.

Biniszkiewicz-Kattowitz begründet hierauf die Resolution 133. Im vorigen Jahre hat sich die Gesetzgebung ganz besonders gegen die Polen gerichtet. Der preußische Landtag hat das Enteignungsgesetz beschlossen und der deutsche Reichstag das sogenannte liberale Vereinsgesetz. Das preußische Enteignungsgesetz richtet sich ja nicht gegen die Arbeiter, sondern vor allem gegen die besitzenden Klassen der polnischen Bevölkerung, aber wir als Sozialdemokraten müssen alles bekämpfen, was Unrecht und Niedertracht ist, und deshalb müssen wir gegen die Enteignungsvorlage den schärfsten Protest erheben. (Sehr richtig!) Schwerer werden wir durch das Vereinsgesetz getroffen, das uns die Möglichkeit nimmt, in den Orten, wo wir endlich Versammlungslokale errungen haben, polnische Versammlungen abzuhalten. Der polnische Arbeiter ist bisher überall als das größte Ausbeutungsobjekt benützt worden. Dort, wo die deutschen Arbeiter zu verständig und zu aufgeklärt sind, um sich ausbeuten zu lassen, wurde der polnische Arbeiter vor den Pflug gespannt, und er hat geduldig weitergearbeitet. Wir wissen ja, daß die Ausnahmebestimmungen gegen die polnischen Arbeiter auf Anregung der rheinischen Großindustriellen zustande gekommen ist. Wenn in einem Jahre zwei so brutale Unterdrückungsgesetze geschaffen sind, so ist es die Pflicht des deutschen Parteitages, energisch Protest dagegen zu erheben. Wir müssen den polnischen Arbeitern zeigen, daß wir deutschen Sozialdemokraten mit dieser brutalen Unterdrückungspolitik nichts gemein haben. (Beifall.)

Auch in den Landesteilen, wo viele Polen eingewandert sind, besonders in Rheinland-Westfalen, Hannover, Hamburg usw. müssen wir mehr als bisher für die Agitation unter den polnischen Arbeitern tun. Da es uns nicht möglich ist, dort Versammlungen abzuhalten, sollten wir wenigstens Literatur in polnischer Sprache verbreiten, um die Leute auf diese Weise zu Sozialdemokraten zu machen. Genau so, wie unsere Reichstagsfraktion das Jesuitengesetz bekämpft hat, weil es ein Ausnahmegesetz war, genau so sollten unsere Abgeordneten auch in Zukunft auf Schritt und Tritt die Ausnahmebestimmungen des Vereinsgesetzes gegen die Polen bekämpfen.

Nehmen Sie die Resolution einstimmig an und zeigen Sie damit unseren polnischen Brüdern, daß sich die deutsche Sozialdemokratie mit den Gewaltmaßnahmen der herrschenden Klasse nicht einverstanden erklärt. (Beifall.)

Die Resolution 133 wird debattelos einstimmig angenommen.

Singer: Durch die einstimmige Annahme wird der Protest gegen das Reichsvereinsgesetz, das den polnischen Genossen ihr Naturrecht nimmt, noch verschärft.

Es folgt die Beratung der Resolution 138.

Klara Zetkin: Im Auftrage des Vorstandes und der Kontrollkommission habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die vorliegende Resolution betreffend die sogenannte Kriegshetze zu richten. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Parteitag die Resolution einstimmig und ohne Debatte annehmen und dadurch den unerschütterlichen Willen des deutschen klassenbewußten Proletariats bekunden wird, seinen vollen Einfluß gegen die verderbliche Kriegshetze geltend zu machen. Sie alle wissen, welches die Ereignisse sind, die die in der kapitalistischen Ordnung unserer Tage stets bestehende Kriegsgefahr augenblicklich vergrößern. Es ist das skrupellose Treiben bestimmter kapitalistischer Kreise Englands und Deutschlands, das jetzt zum Kriege zwischen den beiden Nationen hetzt. Es ist das Treiben jener Kreise, für welche Kriegsrüstungen und Kriege ein lohnendes Geschäft sind, ein Treiben, das gefördert wird durch die schamlose Tätigkeit literarischer und wissenschaftlicher Zuhälter. Dadurch wird die Aufmerksamkeit der Massen auf die Tatsache gelenkt, daß die Kriege nicht das Werk jener diplomatisierenden „Staatsmänner" sind, jener Marionetten der Geschichte, welche die Regierung in der Hand halten, sondern daß es im letzten Grunde die ausbeutenden herrschenden Klassen sind, deren Interessen zum Kriege drängen. Die sogenannten nationalen Gegensätze sind nicht Gegensätze zwischen den Massen der Nationen, sondern lediglich Gegensätze zwischen den ausbeutenden und herrschenden Klassen innerhalb jeder einzelnen Nation. Die sogenannten nationalen Gegensätze sind nichts anderes, als die eine Seite jener geschichtlichen Erscheinung, deren andere Seite der große historische Gegensatz zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Klassen ist. (Sehr wahr!) Die fortschreitende Entwickelung des Kapitalismus ist es, die heute die stärkste Wurzel jeder Kriegsgefahr bildet. Wie die Dinge liegen, kann daher der bedrohte Frieden nun und nimmermehr gesichert werden durch die wohlmeinenden papiernen Beteuerungen der bürgerlichen Friedensfreunde, die selbst durch die Bewilligung von Mitteln für die Rüstungen wie durch ihr Eintreten für die Interessen der besitzenden Klassen, ihr Bemühen, die Gesellschaft der Klassengegensätze zu erhalten und zu festigen, dazu beitragen, daß die Kriegsgefahr bestehen bleibt. Ihr Treiben gleicht dem Tun der Menschen, die wohl die Flamme glimmen sehen, die sich aber erst zum Löschen entschließen, wenn die lohende Glut das Haus zu verschlingen droht. Nicht in papiernen Beteuerungen dieser guten Menschen und schlechten Musikanten, sondern in dem festen Willen der Masse des Proletariats ruht die Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens. (Beifall.) Genau so, wie die nationalen Gegensätze und die Klassengegensätze innerhalb der Nationen zwei Seiten ein und derselben geschichtlichen Erscheinung sind, so ist auch die internationale Solidarität der Ausgebeuteten nur eine Seite des Klassenkampfes zwischen Besitzenden und Ausgebeuteten innerhalb jeder einzelnen Nation. Gegenüber

der schamlosen Kriegshetze gilt es mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß das deutsche Proletariat dem englischen Proletariat, dem französischen Proletariat, dem Proletariat der ganzen Welt brüderlich die Hand zum gemeinsamen Werk für die Erhaltung des Friedens entgegenstreckt, daß das deutsche klassenbewußte Proletariat fest entschlossen ist, den Richtlinien des internationalen Sozialisten-Kongresses von Stuttgart entsprechend, Gebrauch zu machen von allen seinen Machtmitteln, die unter den jeweiligen geschichtlichen Verhältnissen in Betracht kommen können, um den Krieg gegen den Krieg, den Kampf gegen den Militarismus und seine Begleiterscheinungen aufzunehmen, um den Frieden mit allem Nachdruck zu sichern. (Beifall.) Der proletarische Klassenkampf ist die Arbeiterverbrüderung, der Sozialismus wird der Völkerfriede sein. (Lebhafter Beifall.)

Auch die Resolution 138 wird einstimmig ohne Debatte angenommen.

Singer: Durch den soeben gefaßten einstimmigen Beschluß hat der Parteitag im Namen der deutschen Sozialdemokratie aufs neue konstatiert, daß er, durchdrungen von der absoluten Notwendigkeit, daß die Völker in Frieden miteinander leben, in Frieden miteinander ihren Kulturaufgaben genügen wollen, alles daran setzen wird, um zu verhindern, daß durch das frevelhafte Spiel mit chauvinistischen Eroberungsgelüsten oder aus kapitalistischen Interessen die Völker zum Kriege aufeinandergehetzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) In dem Augenblick, wo in Berlin unter der Aegide des Fürsten Bülow eine Versammlung tagt, in der für die Entscheidung der Streitfragen durch Schiedsgerichte plädiert wird, in dem Augenblick, wo auf Veranlassung englischer Arbeiter die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter Berlins in Uebereinstimmung mit den Arbeitern ganz Deutschlands versichern, daß sie niemals Kriegsgelüste haben können, sondern daß sie alle durchdrungen sind von der Notwendigkeit, einzutreten für den Frieden — in dem Augenblick faßt der Parteitag diese Resolution und bekundet aufs neue die internationale Solidarität aller Völker, aller Länder. (Bravo!) Nicht der Bund europäischer Fürsten ist es, der den Frieden sichert, sondern die Einmütigkeit des Proletariats, das mit seinen starken Händen den Frieden wahrt gegen jene, die aus chauvinistischen Interessen den Krieg wollen, oder gegen die Bourgeoisie, die ihn aus kapitalistischen Interessen wünscht. (Lebhafter Beifall.) Das ist der Zweck der Resolution, durch deren Annahme wir uns verpflichtet haben, energisch mit allen in Betracht kommenden Mitteln einzutreten für die Bestrebungen zum Schutze der Kulturwelt vor mörderischen Kriegen. (Lebhafter Beifall.)

Singer verkündet hierauf das Ergebnis der Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission.

Abgegeben sind 364 Stimmzettel, wovon einer ungültig ist. Es haben erhalten: Vorsitzende: Bebel 359 Stimmen, Singer 297 Stimmen; Kassierer: Gerisch 357 Stimmen; Sekretäre: Ebert 331, Molkenbuhr 356, Müller 357, Pfannkuch 294 Stimmen; Beisitzerin: Frau Zietz 224 Stimmen.

Bei der Wahl der Beisitzerin erhielten außerdem Stimmen: Fräulein Grünberg 120, Fräulein Baader 2, Auguste Schulze 1.

Bei der Wahl der Sekretäre erhielten außerdem Stimmen: von Elm 2, Segitz 2, Fischer 2, Grunwald 1, Walther 1.

Zu Kontrolleuren wurden gewählt: Kaden mit 275 Frau Zetkin mit 274, Bock mit 249, Koenen mit 244, Braun mit 241, Geck mit 241, Ernst mit 240, Brühne mit 240, Timm mit 169 Stimmen. Ferner erhielten Sachse 135, Ulrich 135, von Elm 134, Brey 133, Hildenbrand 103, Kleemann 84, Dorn 74, Simon 10, Segitz 2 Stimmen; ferner Grunwald, Dr. David, Rosa Luxemburg und Zubeil je 1 Stimme.

Zu Beisitzern des Vorstandes hat die Kontrollkommission die Genossen Eberhardt und Wengels wiedergewählt.

In den Bildungsausschuß hat der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Genossen Heimann-Berlin, David-Mainz, Korn-Kiel, Mehring-Berlin, v. Vollmar-München, Klara Zetkin-Stuttgart und Schulz-Berlin, letzteren zugleich als Geschäftsführer gewählt.

Die Arbeiten des Parteitages sind damit beendet.

Singer: Ich danke zunächst den Nürnberger Parteigenossen — namens des Parteitages — für den festlichen Empfang, insbesondere dem Meister Weißheimer und seinen Sängern für ihre vorzüglichen Leistungen, mit denen sie den Empfangsabend verschönt haben. (Beifall.) Ich danke den Nürnberger Genossen weiter für die vorzügliche Art, mit der sie den Parteitag organisiert haben, für ihren Fleiß und ihren Eifer, insbesondere dem Lokalkomitee und den Ordnern, die die ganze Woche eine aufreibende Tätigkeit entfaltet haben. Ich danke weiter den Kommissionen, die Aufgaben im Auftrage des Parteitages erfüllt haben und sich deshalb teilweise den Verhandlungen im Plenum entziehen mußten.

Genossen und Genossinnen! Wir feiern auf diesem Parteitag nicht nur die Erinnerung an den Vereinstag deutscher Arbeitervereine vor vierzig Jahren, sondern wir haben auch ein Jubiläum der Partei gefeiert insofern, als dieser Parteitag der fünfundzwanzigste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist. Wir haben in den Jahren 1875, 1876 und 1877 Parteitage in Gotha gehabt. Wir hatten unter dem Ausnahmegesetz die drei Parteitage in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen. Wir haben seit dem Fall des Sozialistengesetzes von Halle bis Nürnberg neunzehn Parteitage gehabt. Möge auch der Nürnberger Parteitag als der fünfundzwanzigste in der Reihe, der Partei nur Nutzen und Förderung bringen.

Wir haben reiche Arbeit zu leisten gehabt: wir haben durch unsere Resolutionen zur Sozialpolitik und zur Reichsfinanzreform die Richtlinien gegeben, nach denen sowohl im Parlament als auch in der Partei selbst diese Fragen zu behandeln sind. Es ist überflüssig, im einzelnen darauf einzugehen. Die einstimmig angenommene Resolution zur Sozialpolitik beweist, wie die Partei die heutige Sozialpolitik auffaßt, wie sie dieselbe nur betrachtet als eine Abschlagszahlung, als eine Wegzehrung auf dem weiteren Vormarsch zu unserem großen Ziele, der Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, der Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische. (Lebhafter Beifall.) Durch die Resolution zur Finanzreform haben wir von neuem Ausdruck gegeben unserer Gegnerschaft gegen die indirekten Steuern, in denen wir eine Ausbeutung der breiten Massen des Volkes zugunsten der besitzenden Klassen erblicken. Wir werden nach beiden Richtungen hin unsere Agitation verstärken, damit die Reichstagsfraktion, getragen von der Unterstützung der gesamten Partei, gestützt auf tausendstimmige Voten von Versammlungen und Vereinen, den Kampf gegen die heutige Sozialpolitik und gegen die Reichsfinanzreform weiterführen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Resolution gegen die Kriegshetze habe ich bereits gewürdigt. Durch die Resolution zur Jugendorganisation haben wir den Grundstein gelegt zu dem Bau, auf dem die Jugendorganisation zu einer stärkeren Macht sich entfalten wird, den Grundstein zu dem Bau, der dermaleinst der Hort der Freiheit sein wird. (Beifall.) Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! Und die Jugend mit sozialem Geiste zu erfüllen, die Jugend kampfbereit zu machen, sie zu stärken für den Kampf gegen die heutige Gesellschaft, das ist der Zweck unserer Jugendorgani-

sation! Daneben haben wir noch das Bestreben, aufzuräumen mit dem Wust überlieferter Anschauungen, die die Schule in unsere Jugend pflanzt. Wir wollen in die Köpfe und Herzen unserer Jugend pflanzen den revolutionären, sozialistischen Geist, der die Dinge in logischer Entwickelung sieht, wie sie sind, sie als Folge des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bis in die letzten Konsequenzen durchdenkt und, wenn er sich über sein Ziel klar ist, auch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintritt. Nicht Vormünder sollen die älteren Genossen der Jugend sein im Sinne einer beschränkten Herrschaft, sondern Berater und Lehrer, um die Jugend einzuführen in die Kämpfe, die sie zu führen hat, wenn dereinst die volle wirtschaftliche und politische Freiheit erkämpft werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Heiß umstritten auf diesem Parteitage war die Frage der Budgetbewilligung in den Einzelstaaten. Ich kann auch hier anknüpfen an den Vereinstag vor 40 Jahren. Damals wurde die Loslösung des Arbeitervereins aus den Banden bürgerlicher Vormundschaft beschlossen, und den deutschen Arbeitern ein sozialistisches Programm gegeben. Es wurde beschlossen, daß der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse geführt werden muß einzig und allein durch die Arbeiterklasse selbst, weil die gemeinsame Tätigkeit mit den bürgerlichen Parteien niemals zur Befreiung des Proletariats führen kann. In diesem Jahre haben wir erklärt, daß unser Kampf nicht geführt werden kann im Sinne des Entgegenkommens an die bürgerliche Gesellschaft, sondern daß er geführt werden muß gestützt auf unser Programm, entsprechend dem Ziel, das die Sozialdemokratie sich gesetzt hat. Es ist aufs neue beschlossen worden, daß unsere Taktik im Sinne unserer Prinzipien zu halten ist. Vor 40 Jahren handelte es sich um die Lostrennung von den Bürgerlichen, und hier auf diesem Parteitag haben wir erklärt, daß wir entschlossen sind, unsere Politik einzig und allein auf dem Boden des Klassenkampfes zu führen und daß wir jedes Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft zurückzuweisen haben. Die Frage ist, wie gesagt, heiß umstritten worden, aber wir alle sind der Ueberzeugung, daß nun, nachdem der Kampf vorüber ist, die Angelegenheit nicht mehr Gegenstand des Streites unter den Genossen sein kann. (Beifall.) Ich weiß mich in Uebereinstimmung mit dem gesamten Parteitag, wenn ich die dringende Bitte ausspreche, daß bei den weiteren Diskussionen über diese Frage sowohl in der Presse als auch in Vereinen und Versammlungen der Ton der Brüderlichkeit nicht verletzt wird. Der Kampf ist vorüber. Wir alle wissen, daß hohe, schwere Aufgaben uns bevorstehen, und es wäre geradezu selbstmörderisch, wollte man die Frage aufs neue in so heftiger Weise erörtern, wie es freilich vorher nicht ganz zu umgehen war. Mögen die Gegner und die Anhänger des Parteitagsbeschlusses eingedenk sein, daß es sich für uns darum handelt, die Einigkeit und die Geschlossenheit der Partei im Kampfe gegen die Gegner herbeizuführen und zu verdoppeln. (Lebhafter Beifall.) Den Feind haben wir nicht in unseren eigenen Reihen zu suchen, den finden wir bei den Gegnern, die wir zu bekämpfen, zu überwinden haben. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere ganze Kraft müssen wir aufwenden, um die Gegner niederzuringen. Deshalb wiederhole ich meine Bitte und meine Mahnung nach allen Seiten: Führt den Kampf um die Meinungsverschiedenheiten sachlich, laßt alles Verbitternde aus Euren Polemiken fort. (Lebhafter Beifall.)

Ich will nicht von dieser Stelle scheiden ohne der Ueberzeugung und der Hoffnung Ausdruck zu geben, die getragen wird von dem innigsten Wunsch für das Wohlergehen der Partei, daß auch unsere süddeutschen Genossen von nun an die Wege finden werden, den Willen des Parteitages und der Partei zu respektieren. Wir müssen uns darüber klar sein: Eine Partei, die wie die Sozialdemokratie in unermüdlichem Kampf mit den Gegnern steht, braucht

die Einigkeit wie das liebe Brot. Wir müssen einig kämpfen, wir müssen geschlossen kämpfen, wenn wir unseren Gegnern nicht das beste Mittel geben wollen, unsere Kraft zu zersplittern. Das nehmen wir als Mahnung von diesem Parteitag mit in die Heimat und werden, wie ich überzeugt bin, allesamt dafür sorgen, daß in diesem Sinne auch die Parteitagsbeschlüsse gehalten werden. Und dabei spreche ich die Hoffnung und den Wunsch aus, daß dieser Punkt aus dem Streit der Meinungen jetzt ausgeschieden ist.

Genossen! Uns stehen schwere Kämpfe bevor. Das Monstrum, das unter dem Namen Reichsfinanzreform dem Reichstage präsentiert werden wird, wird die anstrengendste Arbeit der Genossen in Anspruch nehmen. Die wirtschaftliche Krise wird der Arbeiterklasse viel schwere Schäden zufügen. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen mit dem unerschütterlichen Entschluß, bei unserer Arbeit diejenigen Grundsätze, die wir bisher vertreten haben, auch weiter zu vertreten. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen in dem Bewußtsein und der Ueberzeugung, daß alles aufgeboten werden muß, um unsere Gegner niederzuzwingen. Deshalb möchte ich meine Ansprache schließen mit den Worten: Vorwärts an die Arbeit, das Banner hoch zum Kampfe gegen die kapitalistische Produktionsweise, zum Kampfe für die Befreiung des Proletariats, für die politische und wirtschaftliche Freiheit des deutschen und damit auch des internationalen Proletariats. Die Banner hoch mit dem unverbrüchlichen Gelübde, in diesem Kampfe zueinanderzustehen, nicht zu ruhen noch zu rasten, sondern bis der Sieg errungen, zu unserem unverrückbaren, gegebenen Ziele vorwärtszuschreiten. Das Gelübde, den Kampf in diesem Sinne zu führen, lassen Sie ausklingen in unseren alten Kampfesruf: Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch! (Die Mitglieder des Parteitages stimmen dreimal begeistert in die Hochrufe ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1 Uhr.

Bericht
über die 5. sozialdemokratische Frauenkonferenz in Nürnberg

Abgehalten am 11. und 12. September 1908

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 11. September — Vormittags-Sitzung.

In der „Goldenen Rose" trat heute die 5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands zusammen. Die Zentral-Vertrauensperson, Genossin Ottilie **Baader**, eröffnet kurz nach 9½ Uhr die Verhandlungen und heißt die zahlreich erschienenen Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Die Zahl der Delegierten zu dieser Konferenz ist bedeutend größer, als zu den vorangegangenen Konferenzen. Wir sehen viele neue Gesichter, viele die herangereift sind zu tüchtigen Parteigenossinnen, und die nun hier mit uns beraten werden, wie wir in Zukunft unsere Bewegung fördern können. Aber es ist auch manche nicht mehr unter uns von den alten, lieben Genossinnen, mit denen wir so viele Jahre gelebt und gekämpft haben. Gerade in den letzten zwei Jahren haben wir recht viele Verluste erlitten. Ich nenne zuerst die Genossin Kolditz aus Chemnitz, die viele Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen für die Partei gekämpft hat. Gerade unter den Zeiten des Sozialistengesetzes hat sie den Männern wacker zur Seite gestanden und durch ihre Klugheit, Opferwilligkeit und ihren Scharfsinn den Genossen über manche schwierige Situation hinweggeholfen. Weiter haben wir den Verlust unserer Mutter Ebel aus Hamburg zu beklagen. Die meisten von Ihnen werden sie gekannt haben. Als ich sie zum erstenmal sah, habe ich mich gefreut über das alte, liebe Gesicht mit den ruhigen, freundlichen Augen. Nun ist auch sie dahin. Weiter haben wir zu beklagen den Verlust der Genossin Mahn aus Magdeburg, von der wohl niemand geglaubt hat, daß sie so schnell den Weg gehen würde, von dem es keine Wiederkehr gibt. Auch die Genossin Scharschuh aus Crakau bei Magdeburg, die wir verloren haben, war eine eifrige Genossin, die alles daransetzte, um unsere Bewegung zu fördern. In ihrem ländlichen Bezirk hat sie so manche Frau zum Sozialismus geführt. Auch die Genossin Lea Heyden, auf die wir so große Hoffnungen gesetzt haben, ist uns entrissen worden. Aber abgesehen von diesen, deren Namen vielleicht ein Zufall in der weiteren Oeffentlichkeit bekanntgemacht hat, gibt es Hunderte von Namenlosen, die in fleißiger Kleinarbeit für unsere Bewegung tätig waren, und die nun auch dahingegangen sind. Wir ehren das Andenken aller dieser Verstorbenen, indem wir uns von den Plätzen erheben. (Geschieht.)

Unsere diesmalige Konferenz hat eine wichtige, wenn auch nicht sehr umfangreiche Tagesordnung. Hinsichtlich der Vereinsgesetzgebung stehen wir jetzt unter einem Buchstaben des Gesetzes. Ich sage ausdrücklich „Buchstaben". Denn die Handhabe des neuen Reichsvereinsgesetzes durch die Polizei gibt nach mancher Richtung Anlaß zur Kritik. Die Polizei kann es nun einmal nicht lassen, ihre nichtsnutzigen Finger überall hineinzustecken. So lesen wir auch jetzt noch täglich von Fällen, in denen sie sich „berühmt" macht. Wir werden diesmal nicht nur über unsere Tätigkeit in den letzten zwei Jahren Rechenschaft abzulegen haben, sondern wir müssen nunmehr auch zur Neuorganisation der Genossinnen Deutschlands, die uns das neue Vereinsgesetz ermöglicht, Stellung nehmen. Wir haben ferner auf der Tagesordnung die wichtige Frage der Kindererziehung, die für uns deshalb doppelt wichtig ist, weil das neue Vereinsgesetz die Jugend entrechtet hat. Demgegenüber müssen wir dafür sorgen, daß die Jugend im sozialistischen Sinn erzogen wird. Ich spreche zum Schluß die Hoffnung aus, daß unsere Konferenz reiche, fruchtbringende Arbeit leisten möge! (Bravo!)

Unsere österreichischen Genossinnen haben zu unseren diesjährigen Verhandlungen zwei Vertreterinnen entsandt, die Genossinnen Popp und Pölzer, über deren Hiersein ich mich besonders freue. Damit erkläre ich unsere Konferenz für eröffnet. Auf Grund der gestrigen Vorbesprechung schlage ich Ihnen als Vorsitzende mit gleichen Rechten die Genossinnen Zetkin-Stuttgart und Zietz-Hamburg vor, als Schriftführerinnen die Genossinnen Grünberg-Nürnberg, Steinkopf-Berlin, Wagner-Chemnitz und Niendorf-Kiel. Als Beisitzerin wird Ihnen die Genossin Reitze aus Vegesack vorgeschlagen, als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission die Genossinnen Greifenberg-Augsburg, Wengels-Berlin und Baumann-Altona.

Die Konferenz nimmt diese Vorschläge einstimmig an.

Klara **Zetkin**: Im Namen der Genossinnen, die Sie zur Leitung der Konferenz gewählt haben, danke ich Ihnen für das in uns gesetzte Vertrauen. Wir werden uns bemühen, diesem Vertrauen gerecht zu werden, indem wir die Verhandlungen nicht nur mit aller Objektivität, sondern auch jenem Geiste der Schwesterlichkeit entsprechend leiten werden, die uns alle vereinigt. Wir haben heute in unserer Mitte nicht nur Vertreter der allgemeinen Parteiorganisation aus Nürnberg und seitens der deutschen Sozialdemokratie begrüßen zu können, sondern auch wie in früheren Jahren Vertreterinnen unserer österreichischen Schwesterpartei. Es ist diesmal nicht bloß unsere Genossin Adelheid Popp, die uns unsere österreichischen Schwestern gesandt haben. Ich betone das Wort unsere Genossin Adelheid Popp, weil sie ja nicht zum erstenmal unter uns weilt, sondern wir die Freude haben, sie wieder und wieder in unserer Mitte zu begrüßen, und weil sie auch schon bei uns in Deutschland für unsere Genossinnen tätig gewesen ist. Außer ihr haben die österreichischen Genossinnen auch noch die Genossin Pölzer hierher gesandt, eine jener schönen Typen der kämpfenden Proletarierinnen, wie sie die Arbeiterklasse, die sich um das Banner des Sozialismus geschart hat, mehr und mehr in allen Ländern erzeugt, Typen von jener Zielbewußtheit, von jener Opferfreudigkeit, von jener Kraft, die lebendige Beispiele für die Erweckung der wertvollsten geistigen und sittlichen Kräfte sind, welchen der Sozialismus in der Arbeiterklasse das Werde und Wirke zuruft. (Bravo!)

Genossin **Grünberg-Nürnberg** begrüßt die Konferenz im Auftrage der Nürnberger Genossinnen. Nürnberg, die schöne alte Pegnitzstadt mit seiner stolzen Parteigeschichte, die sehr viel Frauenarbeit aufzuweisen hat, kann leider nicht von einer alten sozialistischen Frauenorganisation reden. Die

Vereinsgesetze haben es verhindert, daß die Genossinnen in früheren Jahren sich der Partei anschlossen. Schon 1875 beschäftigte man sich hier mit dem Gedanken, die Frauen zu organisieren, weil eben die Frauenarbeit hier einen ungeheuren Umfang angenommen hatte. Ein Beweis dafür, daß sich die Genossinnen schon damals rege an der Mitarbeit beteiligten, ist die Tatsache, daß auch einige von ihnen während des Sozialistengesetzes in Anklagezustand versetzt wurden. 1885 wurde eine Frauenversammlung polizeilich verboten. Trotzdem hatten sich eine Anzahl von Frauen zusammengefunden und einen Verein gegründet, der aber ebenfalls der polizeilichen Auflösung verfiel. 1889 setzte in der Nachbarschaft Fürth eine Arbeiterinnenbewegung ein und 1891 hier in Nürnberg. Die Genossin Ihrer hatte damals ein Referat gewerkschaftlichen Inhalts gehalten, und Genosse Oertel war es, der die Versammlung aufforderte, daß man auch einmal eine Frauenversammlung mit einem politischen Thema abhalten solle. Auf Grund dieser bloßen Anregung bereits verfiel die Versammlung der polizeilichen Auflösung. 1892 wurde hier ein Frauen- und Mädchenbildungsverein nach Berliner Muster gegründet, der aber 1894 aufgelöst wurde, weil man die Kassiererin des Vereins zum Frankfurter Parteitag delegieren wollte. Ein großer Teil der Mitglieder, 60 Frauen, bekamen damals ein Strafmandat. So wurde jede Organisation der sozialistischen Frauen im Keime erstickt. Erst 1906 setzte eine erfolgreiche Frauenbewegung ein, die in der Zwischenzeit es auf 450 Mitglieder gebracht hat.

Nebenher gingen die Bestrebungen, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu fördern. Als man 1894 in Nürnberg zur Gründung des ersten deutschen Arbeitersekretariats schritt, waren auch Frauen in der Versammlung anwesend, und weil Frauen und Minderjährige daran teilnahmen, wurde die Versammlung aufgelöst. Es waren Grillenberger und Segitz, die sich mit großem Eifer trotz des Widerstandes der Polizei bemühten, die Arbeiterinnenbewegung in Fluß zu bringen, und von 1896 ab ging die Bewegung dann langsam aufwärts. Im Jahre 1904 waren 1589 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Im Jahre 1905 wurde, um die Agitation unter den Arbeiterinnen einheitlich zu regeln, eine Sekretärin in meiner Person angestellt. Am Jahresschluß 1907 war die Zahl der organisierten Arbeiterinnen auf 5264 gestiegen. Es gelang, auch in Nürnberg eine moderne Dienstbotenorganisation ins Leben zu rufen. Es steht uns in Nürnberg noch eine ungeheure Arbeit bevor. Ich erinnere daran, daß trotz der ungeheuren Ausdehnung der Frauenarbeit in Nürnberg die rückständige Gemeindekrankenkasse keine Wöchnerinnenunterstützung zahlt. Das haben wir der rückständigen Freisinnsmehrheit im Stadtparlament zu verdanken. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen, bei den im Herbst dieses Jahres bevorstehenden Gemeindewahlen die Vorherrschaft der Freisinnigen zu brechen. — An der Tagesordnung der Konferenz interessiert uns namentlich die Frage der Kindererziehung. Tausende und Abertausende von Müttern, die dem Verdienst nachgehen müssen, sind dem Hause entfremdet. Da sind die Kinder ohne Erziehung und Mutter. Wenn die Konferenz Mittel und Wege findet, daß diese Frauen trotzdem einen erzieherischen Einfluß auf ihre Kinder ausüben können, so können wir ihr recht dankbar sein. Ich wünsche Ihren Verhandlungen recht vielen Erfolg. (Bravo!)

Genosse **Haugenstein** übermittelt einen herzlichen Willkommensgruß des sozialdemokratischen Wahlvereins Nürnbergs und des Gauvorstandes Nordbayern. Nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes haben wir alles aufgewandt, um die Frauen der sozialdemokratischen Partei zuzuführen, und ich bin überzeugt, daß uns in kurzer Zeit eine Menge weiblicher Streiter zur Seite stehen werden, um Schulter an Schulter mit uns den Emanzipations-

kampf zu führen. Auch ich wünsche Ihren Beratungen guten Erfolg und hoffe, daß Ihre Beschlüsse der Gesamtpartei zum Nutzen dienen werden. (Bravo!)

Genossin **Pölzer**-Wien: Bei Ihnen sind jetzt die Schranken des Vereinsgesetzes gefallen; wir in Oesterreich haben darum noch zu kämpfen. Daher werden wir aus Ihren Beratungen sehr viel lernen können. Vor allem aber ist der zweite Gegenstand Ihrer Tagesordnung für uns von großer Bedeutung. Wir in Oesterreich sind noch nicht dazu gekommen, zu der brennenden Frage Stellung zu nehmen, wie die Erziehung der Jugend im Hause erfolgreich gestaltet werden kann. Ich überbringe Ihnen herzliche Schwestergrüße und hoffe, daß Ihre Beschlüsse von Erfolg begleitet sein mögen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Sie lautet:

1. Bericht der Zentral-Vertrauensperson:
   a) Agitation,
   b) Presse.
   Referentin: Genossin Baader.
2. Die Neuorganisation der Genossinnen.
   Referentin: Genossin Zietz.
3. Die sozialistische Erziehung der Jugend.
   a) Die Erziehung im Hause.
   Referentin: Genossin Duncker.
   b) Die Jugendorganisation.
   Referentin: Genossin Zetkin.
4. Verschiedene Anträge

Referentin Genossin **Baader**: Die Frauenkonferenz in Mannheim hatte uns die Aufgabe gestellt, neben der aufklärenden Agitation für die Sozialdemokratie, für den Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz sowie für den Kinderschutz zu agitieren, für die Aufklärung der Dienstboten zu sorgen usw. Wir hatten gewiß alle den Wunsch, nun gleich in die Agitation für alle die Fragen einzutreten, aber wie so häufig haben die Gegner uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es kam die Auflösung des Reichstages dazwischen, die uns im übrigen allerdings nur willkommen sein konnte, da sie uns die schönste Gelegenheit zu erhöhter Agitation bot, die wir auch nach Kräften ausgenutzt haben. Wir haben tüchtig gegen die Flottenpolitik und gegen die Kolonialgreuel agitiert. Wir haben ungeheuer viel Versammlungen veranstaltet und Tausende von Frauen aufgerüttelt. Wenn unsere Frauenkonferenz heute so gut besucht ist, so ist das auch noch eine Wirkung dieser Agitation. Die Frauen sind lebendig geworden, der Geist des Widerstandes gegen die Unterdrücker ist in ihnen erwacht. Wenn die Frauen auch viele Eigenschaften haben, die unserer Bewegung nicht gut sind, so haben sie doch andererseits die Eigenschaft, hartnäckig und energisch an dem, was sie einmal erfaßt haben, festzuhalten. Wir haben durch die Wahlen zwar weniger Abgeordnete bekommen, aber mehr Agitatoren im Lande gewonnen. (Sehr richtig!) Und die Erfolge haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege waren. Die Frauen haben sich als fähig erwiesen, im politischen Leben tätig zu sein und Seite an Seite mit den Männern für den Sozialismus zu streben und zu kämpfen.

Dort, wo eine sozialistische Frauenbewegung schon bestand, vor allem in den größeren Städten, haben wir versucht, eine Dienstbotenbewegung ins Leben zu rufen. Auf der Mannheimer Konferenz hatte uns Genosse Stadthagen bereits einen Dienstvertrag vorgelegt, der als Material für die Agitation dienen sollte. Dieser Vertrag sollte auch unter den geltenden rück-

ständigen Gesindeordnungen für die Dienstboten ein Mittel sein, ihr Los zu erleichtern und gewisse Forderungen durchzusetzen. Ich weiß nicht, wieviel Dienstboten augenblicklich organisiert sind. 1907 waren es bereits 5000, und seitdem ist die Zahl bedeutend gestiegen. Allein in Hamburg beträgt die Zahl der organisierten Dienstboten weit über 4000. In vielen Fällen ist es uns gelungen, das Los der einzelnen Dienstboten zu bessern und ihnen der Herrschaft gegenüber das Rückgrat zu steifen.

Andere wichtige Fragen unserer Agitation betrafen den Wöchnerinnenschutz und Kinderschutz. Auch der Verkürzung der Arbeitszeit haben wir unsere Arbeit gewidmet. Leider hat sich unsere Regierung noch nicht veranlaßt gesehen, auch nur den Zehnstundentag für Arbeiterinnen gesetzlich festzulegen, vom Achtstundentag gar nicht zu reden. An der Agitation anläßlich der letzten Reichstagswahlen haben wir uns eifrig beteiligt. Wir haben ein Flugblatt in einer Auflage von einer Million verbreitet, in dem wir darlegten, welches große Interesse gerade die Frauen an diesen Reichstagswahlen hatten. Die „Gleichheit" unterstützte durch Artikel die Aufklärungsarbeit hinsichtlich dieses Wahlkampfes. Die Zahl unserer Rednerinnen war kaum imstande, allen Anforderungen nach Versammlungen zu genügen. Das ist auch ein erfreuliches Zeichen, denn es beweist, daß unsere Agitatorinnen zu den Frauen zu sprechen verstehen. Und was eine Frau mit dem Herzen erst erfaßt hat, das erfaßt sie auch bald mit dem Kopfe. Sie wird gedrängt, nachzudenken über das, was sie gehört hat. Zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen ist das System der Lese- und Diskussionsabende weiter ausgebaut worden, die ein wertvolles Mittel sind, die Frauen im kleinen Kreise zu belehren. Gerade auf diesen Diskussionsabenden haben wir aus den scheuen, gedrückten Frauen, die sich nicht trauten, ein Wort laut zu sprechen, tüchtige Agitatorinnen herangebildet. Diesen Diskussionsabenden ist es auch zu danken, daß unsere Parteiliteratur in den letzten Jahren von den Frauen ganz bedeutend mehr gelesen wurde, als früher. Die Zentralstelle hat den Vertrauenspersonen Broschüren zur Verfügung gestellt und, wo die Leiterinnen von Organisationen es sich angelegen sein ließen, einzelne Frauen aus diesen unpolitischen Bildungsvereinen für das politische Leben zu interessieren und zu schulen, da haben wir ihnen auch größere Werke überwiesen. Uns kommt es ja vor allem darauf an, die Köpfe zu revolutionieren, die Frauen sollen wissen, was der Sozialismus will. Die Polizei hat aber auch vielfach diesen Bildungsabenden ihre Aufmerksamkeit gewidmet und sie nach allen Richtungen hin schikaniert mit der Begründung, es seien politische Vereine. So ganz unrecht hatte sie damit nicht, denn wir wollten die Frauen tatsächlich zum Sozialismus erziehen. Da man Ideen nicht totschießen kann, so bewirkte in der Regel die Polizei das gerade Gegenteil: die Genossinnen schlossen sich um so enger zusammen. Jetzt sind wir von den vereinsgesetzlichen Hindernissen befreit, wir sind auf vereinsgesetzlichem Gebiet den Männern gleichgestellt. Ich habe leider keinen Mann (Heiterkeit), was ich jetzt bedauere, denn jetzt wäre ich mit ihm Arm in Arm in die Organisation hinübergegangen. (Große Heiterkeit. Zuruf: Kann ja noch geschehen!)

Auch unsere Kassenverhältnisse haben erfreuliche Fortschritte gemacht. Mit der Zunahme der organisierten Frauen hat Schritt gehalten die Zunahme der für die Agitation notwendigen Mittel. Ich habe es immer für ein ganz besonderes Mittel zur Hebung des Persönlichkeitsbewußtseins der proletarischen Frauen gehalten, daß sie die Mittel, die sie für die Bewegung brauchten, selbst aufgebracht haben. Das muß um so höher veranschlagt werden, da der Frau nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, weil die Frauenlöhne geringer sind als die Löhne der Männer und weil sie in vielen Fällen von

ihrem ohnehin schon geringen Wirtschaftsgeld sich die Pfennige abknapsen müssen.

In die letzten zwei Jahre fallen eine ganze Reihe Kongresse, an denen wir uns beteiligt haben. Ich nenne zuerst den Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart und die erste internationale Frauenkonferenz, um deren Gelingen die Einberuferinnen in Sorge waren. Erfreulicherweise war sie über alles Erwarten gut besucht. An den Vorarbeiten gebührt der Genossin Zetkin, die die schwierigen Sprachhindernisse überwand, der Löwenanteil. Mancher Fehler, der dieser ersten internationalen Konferenz anhaftete, wird sicher bei künftigen vermieden werden. Man vergesse nicht, daß alle Arbeit auf einer Schulter lag. Zwei wertvolle Ergebnisse hat die Konferenz aufzuweisen; sie hat den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Frauenwahlrecht in allen Ländern in die rechten Bahnen gelenkt. Auf ihr ist auch eine internationale Zentralstelle geschaffen worden, in der die Korrespondenzen der auswärtigen Genossinnen, wie ihre Berichte zusammenlaufen und veröffentlicht werden. Als diese Zentralstelle ist die Redaktion der „Gleichheit" ausersehen worden. An dem Essener Parteitag und dem Preußentag haben sich die Genossinnen in erfreulich lebhafter Weise beteiligt.

Das wichtigste Ereignis des letzten Jahres waren die Wahlen zum preußischen Landtag. Zum ersten Male ist es dabei der Sozialdemokratie gelungen, Abgeordnete in den preußischen Landtag hineinzubekommen. An dieser Wahl, die unter einem so korrumpierten Wahlsystem stattfand, haben sich die Frauen in hervorragender Weise beteiligt. Wir haben gemeint, daß die Frauen einmal zeigen sollten, wie sie den heutigen preußischen Staat hassen. Sie haben sich nicht nur auf die Agitation beschränkt, sondern sie haben den kleinen Geschäftsleuten, die von den Arbeitergroschen leben, auf den Zahn gefühlt und sie gefragt, wem sie ihre Stimme geben wollen. Sagten sie, sie wollten für den Gegner stimmen, dann antworteten wir: Gut, dann seid Ihr unsere Feinde, und wir werden unsere Kundschaft anderen zuwenden! Da unser heutiger Staat das Proletariat fortgesetzt terrorisiert, da die öffentliche Stimmabgabe es Hunderten und Tausenden von Beamten und Arbeitern unmöglich macht, nach ihrem Wunsche zu wählen, da das Unternehmertum Arbeitern, die sozialdemokratisch wählen würden, mit Entlassung gedroht hat, haben wir gemeint, auch einmal den Terrorismus predigen zu dürfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich habe an die Genossinnen ein Zirkular versandt, in dem ich ihnen mitteilte, was auf dem Spiele steht. Ich habe ihnen gesagt, daß die Mittel, die die herrschende Gesellschaft gegen uns anwendet, wir einmal gegen die herrschende Gesellschaft anwenden können. (Sehr richtig!) Nun haben wir einmal terrorisiert und die herrschende Gesellschaft hat Zeter und Mordio geschrien! Wie hat sie auf uns geschimpft! Ein bürgerliches Blatt hatte mein vertraulich gedachtes Zirkular in die Hand bekommen, hat es abgedruckt und hat nun kräftig losgeschlagen auf die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Ich habe mich gefreut, als ich das gelesen habe. Ich habe mir gesagt: hier seid Ihr auf dem richtigen Wege, diese Waffe hat eingeschlagen. Unser Terrorismus ist eine Waffe der Notwehr. Wenn wir sie diesmal noch nicht genug angewandt haben sollten, das nächste Mal wollen wir es noch energischer tun. (Beifall.) Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem die Hausfrauen aufklären. Es geht nicht an, daß viele Männer sagen: Meine Frau hat keine Zeit, sie muß die Wirtschaft führen. Wir müssen die Hausfrauen in Massen gewinnen, denn gerade bei der Waffe des Terrorismus und der des Boykotts brauchen wir die Hausfrauen, die die Einkäufe besorgen. Es hat sich glücklicherweise schon bei den ersten Versuchen gezeigt, daß unsere Frauen in keiner Weise

furchtsam sind. Ich erinnere nur an den Jandorfboykott in Berlin. Dort haben sie sich durch die Polizei in keiner Weise einschüchtern lassen.

Auch die Vorgänge der letzten zwei Jahre haben gezeigt, daß es nur ein Hüben und Drüben gibt: Hier Proletariat, dort herrschende Klasse! Der Sozialismus wird es sein, der die Menschen erlöst von allem Elend und aus geistiger und materieller Knechtschaft. Er wird die Finsternis überwinden, er wird siegen, wie das Sonnenlicht das Dunkel besiegt. In unseren Händen liegt die Erziehung der Jugend! Darum arbeiten wir, organisieren und agitieren wir, damit, wenn wir wieder zusammenkommen, wir nicht nur stärker an Zahl, sondern auch überzeugter im Geist sind. Dann wird auch die Zeit kommen, wo die Schwarzen, die heute die Geister in Fesseln legen, von der Macht des Sozialismus überwunden sind, dann wird der sozialistische Geist auch in die Herzen derer eingezogen sein, die heute noch unter dem Bann der Kirche stehen. Wir haben mit dem Himmel nichts zu tun! Wir wollen uns die Erde gut und schön machen und wollen hier als Menschen leben. Wer dann noch an den Himmel glaubt, mag das mit sich selbst abmachen. Wir wollen das Göttliche im Menschen wecken, wir wollen nicht, daß er geistig herabgedrückt lebt, sondern wir wollen jedem einzelnen den größtmöglichen Anteil an der Kultur verschaffen. Werden und werben wir deshalb Sozialistinnen, dann ist unser die Welt, dann haben wir gesiegt. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

In der Debatte werden die Punkte Agitation und Presse getrennt behandelt.

Genossin **Kähler**-Düsseldorf: Wer die Schwierigkeit der Aufklärungsarbeiten bei den Frauen kennt, wird zugeben müssen, daß in den letzten Jahren recht große Erfolge zu verzeichnen gewesen sind. Genossin Baader erwähnte auch das Bestreben der sogenannten himmlischen Garde, das darauf hinausgeht, den Geist der Jugend in Bann zu halten. Ich hatte Gelegenheit, den Verhandlungen des Katholikentages beizuwohnen und habe da auch ein Bild bekommen, wie die Zentrumsleute sich eigentlich die Frauenbewegung denken. Professor Zahn aus Straßburg erklärte, daß die Sozialdemokratie unter den Frauen verhetzend wirkte und den Unglauben in jedes Heim trage. Er meinte, es sei ein Skandal, daß man die Frauen in das öffentliche Leben hinausdrängen wolle. Ihre Aufgabe sei, im kleinen Kreise zu arbeiten und ihren Einfluß auf die Männer auszuüben, daß sie den richtigen Gebrauch von dem Stimmzettel machen. Die Frauen sollten alle ihre Kraft daran setzen, um ihre Kinder in dem altbewährten katholischen Glauben zu erziehen. Man solle nicht glauben, weil nun ein freiheitlicheres Vereinsgesetz geschaffen sei, müsse man auch den Frauen die Wege ebnen, um die Wahlurne zu stürmen. Derartiges ziemte sich für eine Frau nicht. Diese Ausführungen machte der Redner mit Bezug auf einen Antrag des Zentralkomitees für das katholische Deutschland, wonach in Zukunft den Frauen die volberechtigte Teilnahme an den Zentrumsparaden ermöglicht werden solle. Auch der Abgeordnete Wellstein machte Ausführungen, die sich im gleichen Gedankengange bewegten. Als eine Frau den Mut hatte, das Wort zu verlangen, geriet das Bureau förmlich aus dem Häuschen über diese Frechheit. Schließlich erklärte dann Graf Praschma, es sei ja nicht Sitte auf den Katholikentagen, den Frauen das Wort zu geben, aber in dieser einen geschlossenen Sitzung könne man wohl einmal eine Ausnahme machen. Es handelte sich um eine Frau aus dem Rheinland, die sich mit der Herstellung kirchlicher Gewänder befaßte, und ihre Ausführungen gingen schließlich nur dahin, man möge eine größere Aufmerksamkeit dem Ausbau der kirchlichen Kunst widmen. (Große Heiterkeit.) Dr. Pieper aus München-Gladbach betonte die Notwendigkeit,

daß die katholischen Herrschaften sich mehr mit dem Wohle ihrer dienenden Personen abgeben müßten; das habe die Sozialdemokratie leider zur Notwendigkeit gemacht. (Hört! hört!) Es müßten Dienstbotenvereine gegründet werden, wo die Damen, die Herrschaften, den Vorsitz führten (Hört! hört!), und wo man versuchen müßte, die „berechtigten" Forderungen der Dienstboten wohlwollend zu prüfen, um auf diese Weise das Eindringen der Sozialdemokratie in die Familie zu hintertreiben. Eine Gleichberechtigung im politischen Leben hätten die Frauen nicht zu verlangen, ihre Hauptaufgabe sei es, sich in der christlichen Charitas zu betätigen. Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften steht und nach immer neuen Mitteln suchen, um der enormen Verblödung der Geister durch die katholische Kirche entgegenzutreten. Haben wir es doch bei den Reichstagswahlen erlebt, wie Frauen ihre Männer mit Schmutz beworfen haben, weil sie einen Sozialdemokraten wählten, und wie sie im Straßenkot auf die Knie gefallen sind, um ihrem Herrgott zu danken, daß die Sozialdemokratie nicht bei den Wahlen gesiegt hat. Mit der Behandlung der Frauen auf dem Katholikentag ist diesmal nicht einmal die „Germania" zufrieden. Sie hat geschrieben, man solle endlich der katholischen Frau geben, was ihr gebührt, bevor es zu spät würde. Das heißt also, bevor die Frauen zu sehr mit sozialistischem Geiste durchseucht würden. Mit ganzer Energie müssen wir daran arbeiten, um die Frauen, um die Jugend aus dem schwarzen Bann zu erlösen und sie der Sozialdemokratie zuzuführen. (Bravo!)

Genossin **Greifenberg**-Augsburg: Auch in Bayern versucht man, die Frauen im Bann der Kirche zu halten und sie zur Beeinflussung der Männer zu benutzen. Auch durch polizeiliche Eingriffe ist uns die Organisation unter den Frauen sehr erschwert worden. Ich betone hierbei, daß es nicht zutrifft, daß Bayern ein besseres Vereinsgesetz gehabt hat, als Preußen. Aber das bayerische Vereinsgesetz war so kautschukartig, daß die Frauen ganz der Willkür der überwachenden Beamten ausgesetzt waren. Aus Versammlungen, die nach dem Vereinsgesetz unbedingt erlaubt waren, wurden Frauen trotzdem hinausgewiesen mit der unhaltbaren Motivierung, es handele sich um eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Beschwerden dagegen wurden ja als berechtigt anerkannt, aber die Versammlung war doch illusorisch gemacht. Trotz dieser Schikane hat unsere Bewegung in Bayern ganz schöne Fortschritte zu verzeichnen, und wir haben auch einen guten Stamm von agitatorisch tätigen Frauen gewonnen. Im Oktober vergangenen Jahres wurde eine Zusammenkunft der weiblichen Vertrauenspersonen veranstaltet, um über die Kleinarbeit zu beraten. Es waren 18 oder 19 Vertreterinnen anwesend, und die Konferenz hat bewiesen, daß wir in Bayern eine schöne Zahl von Genossinnen haben, die es verstanden haben, in der Kleinarbeit Tüchtiges zu leisten. In den Lese- und Diskussionsabenden werden die Frauen angehalten, sich nicht immer nur über Kochen und Putz zu unterhalten, sondern sie werden in die Grundsätze der Sozialdemokratie eingeführt. Als ich in München schon einmal dafür eintrat, daß die Frauen mit dem sozialdemokratischen Programm bekannt gemacht werden müßten, wurde mir zugerufen, es sei auch vielfach noch sehr notwendig, daß unsere Genossen das Programm studierten. (Sehr gut!) Wenn unsere Männer schließlich wankelmütig werden, so müssen wenigstens die Frauen soweit geschult sein, um unsere Grundsätze zu kennen. (Bravo!) Noch einige Zahlen darüber, wieviel Frauen an den Diskussionsabenden teilnehmen. Von den ausgesandten 34 Fragebogen sind leider nur 14 zurückgekommen. Aus diesen ergibt sich, daß 1322 Frauen sich als Sozialdemokratinnen dadurch legitimieren, daß sie monatlich einen freiwilligen Beitrag von 10 Pf. zahlten. In den 14 Orten, die berichteten, haben 200

bis 250 Genossinnen an den Diskussionsabenden teilgenommen. Die Früchte dieser Abende können wir heute auch in den Versammlungen in Bayern konstatieren. Während sich früher die Frauen genierten, als einzelne in die Versammlung zu kommen, haben sie sich jetzt daran gewöhnt, daß es nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht ist, die Versammlungen zu besuchen, und eine große Anzahl von Frauen ergreift jetzt auch das Wort in der Diskussion. Wir hoffen, daß es auch in dem schwarzen Bayern einmal so hell werden wird, daß auch die Frauen über die Geschicke Bayerns mitzubestimmen haben. (Bravo!)

Genosse **v. Elm**-Hamburg: Die Genossin Baader hat ihrer großen Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Terrorismus in Berlin bei den Landtagswahlen derart gewirkt hat, und sie hat erklärt, daß in Zukunft der Terrorismus dort noch weit schärfer angewandt werden würde, als bisher. Nach meinem Dafürhalten hat die Genossin Baader nicht genug betont, daß wir erstens als Sozialdemokraten grundsätzlich den Terrorismus verwerfen, daß wir es als grundsätzlich verkehrt erachten, die wirtschaftliche Macht zu mißbrauchen, um jemand zu zwingen, gegen seine eigene politische Ueberzeugung zu stimmen. Wenn die Sozialdemokratie ausnahmsweise bei den Landtagswahlen dazu kommt, nun dasselbe Spiel, welches die Gegner jahraus jahrein seit Bestehen des Landtagswahlrechts bei uns angewandt haben, auch auszuüben, so doch nur deshalb, um uns der Gegner zu erwehren und um das Landtagswahlrecht in seiner scheußlichsten Gestalt selbst ad absurdum zu führen und seine Widersinnigkeit zu beweisen. Das muß auch betont werden, wenn wir über den Terrorismus reden. Auch in meinem Wahlkreise macht man uns den Vorwurf des Terrorismus. Ich habe stets betont, daß mich niemals ein Rachegefühl leiten kann, sondern einzig und allein der Grundsatz, die Interessen des Proletariats zu wahren. Wenn der Terrorismus auf die Kleinbürger wirken soll, so setzt das voraus, daß wir dauernd die Zersplitterung aufrechterhalten, die auf wirtschaftlichem Gebiet vorhanden ist. Das bedeutet weiter eine dauernde Schädigung der Arbeiterklasse. Wir müssen daher suchen, uns von diesen wankelmütigen Kreisen, die heute so stimmen und morgen so, je nachdem der Wind weht, unabhängig zu machen. Dieser Grundsatz ist in Berlin bei den Frauen leider noch sehr wenig erkannt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frauen sich mehr um die Genossenschaften kümmern. Gerade auf diesem Gebiete haben die Frauen die Möglichkeit, besonderes zu leisten. Die Genossenschaftsbewegung kann ausgestaltet werden, um die Kraft des Proletariats in seinem Kampfe gegen das Kapital zu stärken. Darüber läßt sich heute in 10 Minuten nicht reden, aber die Möglichkeit ist vorhanden und wir müssen die Frauen darauf hinweisen, daß dies ein Gebiet ist, auf dem sie unendlich viel wirken können. Wenn wir den Terrorismus ausüben, so wollen wir nicht vergessen, daß es Torheit ist, zu glauben, daß man damit etwa dauernd wirtschaftliche Macht erlangt. Schließlich werden unsere Gegner schon Mittel und Wege finden, um uns diesen Terrorismus unmöglich zu machen. Wenn wir dauernd Erfolge erringen wollen, so müssen wir auch dauernd organisieren und dürfen uns nicht dem Irrtum hingeben, daß wir damit etwas Dauerndes für uns schaffen, wenn wir die Leute zwingen gegen ihre Ueberzeugung einmal für uns zu stimmen. Sowohl die gewerkschaftliche wie die genossenschaftliche Organisation sind notwendig, um dauernd die Macht des Proletariats auf wirtschaftlichem Gebiete zu begründen. Das haben die Genossinnen noch lange nicht genug beherzigt. (Bravo!)

Genossin **Nemitz**-Bochum: Genossin Baader hat darauf hingewiesen, daß die letzten Jahre Kampfesjahre waren, in denen es uns gelungen ist, die Köpfe der Frauen zu revolutionieren. Ich selbst bin in diesem Jahre durch

das, was ich erlebt habe, zur Mitstreiterin geworden. Besonders erinnere ich an das Kampfjahr 1906, wo man glaubte, daß die Arbeiterschaft in die geschliffenen Säbel auf der Straße laufen werde. Daß das nicht geschehen ist, ist der Disziplin der organisierten Arbeiter zu verdanken, und auch die Frauen haben dabei ihre Schuldigkeit getan. Ueber die Schikanierungen der Polizei und über den Druck, den die schwarze Garde auf die Arbeiterfrauen ausübt, haben auch wir zu klagen. Bei den Landtagswahlen hat man bei uns Frauen, die mit dem Stimmzettel vor den Lokalen standen, fortgewiesen, aber sie gingen nicht. (Bravo!) Die Schullehrer haben bei uns versucht, die Kinder zu beeinflussen, daß sie auf ihre Eltern einwirken. Unseren Genossinnen riefen die Schullehrer zu, sie sollten lieber Strümpfe stopfen. Die Frauen gaben darauf die sehr treffende Antwort, wenn der Schullehrer zerrissene Strümpfe hätte, solle er sie nur bringen. (Heiterkeit und Bravo!) Die Polizei versucht aus jeder einzelnen Besprechung in der Kleinarbeit eine öffentliche Versammlung zu machen. Den schlimmsten Druck aber üben die Pfaffen aus, die den Frauen die „rote Bande" als Verbrecher hinstellen, damit sie ihre Männer von den freien Organisationen abhalten. Trotz alledem haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen. 1244 Frauen sind der losen Organisation beigetreten und 928 Leserinnen der „Gleichheit" haben wir gewonnen. Stundenweite Wege scheuen die Frauen nicht, um zu gemeinsamen Beratungen über die Agitation zusammenzukommen. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß das neue Vereinsgesetz es uns gestattet, mit unseren Männern gemeinsam den Kampf zu führen. Nun haben wir auch die Möglichkeit, die Männer zur Verantwortung zu ziehen, wenn ihre Frauen nicht der Partei angehören. Vor allem müssen wir die Jugend für uns gewinnen, damit sie in Zukunft den Kampf noch intensiver aufnehmen kann, als wir. (Bravo!)

Genossin **Wadwitz**-Dresden: Die Genossin Baader hat auch darauf hingewiesen, daß der Deutsche Reichstag wiederum keine direkte Stellung zum zehnstündigen Arbeitstag der deutschen Arbeitermütter genommen hat. Bei uns in Sachsen ist wohl innerhalb der Textilindustrie in einzelnen großen Industriebezirken die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, aber im Durchschnitt besteht nach den Gewerbeinspektionsberichten der dreizehnstündige, ja sogar fünfzehnstündige Arbeitstag für die Frauen. Außerdem haben die Frauen auch noch zu Hause ihre Arbeit zu leisten, so daß ihre Arbeitszeit in der Tat achtzehn Stunden und mehr beträgt. Daher müssen die Frauen dafür sorgen, daß die Volksvertretung in den Parlamenten eine ganz andere wird. (Sehr richtig!) Auch die Kinderausbeutung ist bei uns eine furchtbare, und vor allem werden die Kinder in der Heimindustrie beschäftigt. Dort feiert das Unternehmertum seine Triumphe, im sächsischen Erzgebirge und im Vogtland, wo seit den letzten 7 bis 9 Monaten eine kolossale Arbeitslosigkeit herrscht, werden die Frauen und Kinder in der Heimindustrie gezwungen, zu furchtbar billigen Preisen zu arbeiten. Die Frage des Terrorismus, die auch angeschnitten wurde, ist gelöst dort, wo die Genossenschaftsbewegung mehr Ausbreitung gewinnt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wenn wir die kleinen Existenzen zwingen, gegen ihre Ueberzeugung ihre Stimme für uns abzugeben, so werden wir sie zu unseren geschworenen Feinden im geheimen machen. Und die geheimen Feinde sind die furchtbarsten, weil wir ihre stille Wühlarbeit nicht kennen. (Sehr gut!) Unser Hauptaugenmerk sollten wir darauf richten, neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation die genossenschaftliche Organisation zu fördern. (Sehr richtig!) Die Internationale Frauenkonferenz, die auch erwähnt wurde, hat nach meiner Meinung alle Hoffnungen erfüllt, sie hat vor allem zur Begründung eines Internationalen Bureaus geführt. Ihre Erfolge werden sich auf der nächsten

Konferenz zeigen, und zweifellos hat die sozialdemokratische Aufklärung der Frauen aller Länder große Fortschritte gemacht. In entschiedenster Weise werden wir mit der bürgerlichen Frauenbewegung in dieser Tagung abzurechnen haben. Die bürgerlichen Frauen üben ihren Einfluß aus in den Fabriken; sie haben bei uns in Dresden mit Genehmigung der Fabrikanten die Möglichkeit, während der Mittagspause unter den Arbeiterinnen Vorträge zu halten (Hört! hört!), sie werden in den großen Fabriken angestellt als Beamte und haben da die Aufgabe, nach Möglichkeit die Aufklärung der Arbeiterinnen zu verhüten (Hört! hört!), ja sie müssen genau untersuchen, ob die Arbeiterinnen gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind (Hört! hört!); dann werden die Arbeiterinnen einfach entlassen. (Ruf: Spitzel.) Ein derartiges Spitzelwesen seitens bürgerlicher Frauen muß auf unserem Kongreß festgenagelt werden. (Sehr richtig!) Es ist von allen Rednern über den Druck, den die katholische Geistlichkeit ausübt, gesprochen worden. Ich kann konstatieren, daß auch die protestantische Geistlichkeit es versteht, denselben Druck auszuüben. Ich erinnere nur an Crimmitschau, an die unzähligen Fabrikversammlungen, die Gründungen von christlichen Organisationen, die sogenannten gelben Gewerkschaften, die nationalen Arbeitervereinigungen, die Heimarbeiterorganisationen. Also auch die protestantische Geistlichkeit ist eine geschworene Feindin der Arbeiterbewegung. Unsere Aufgabe muß es demgegenüber sein, immer energischer gemeinsam an der Aufklärung der Frauen zu arbeiten. Es gilt nicht nur deren Zukunft, sondern die Zukunft unserer Kinder. (Bravo!)

Genossin **Wagner**-Chemnitz: Auch bei uns in Sachsen geht es mit der Frauenbewegung vorwärts, und speziell in Chemnitz haben dazu nicht zum wenigsten die letzten Reichstagswahlen den Anstoß gegeben. Die Reichstagswahlen haben der Frau die Augen geöffnet, und sie sind zu den Diskussionsabenden zusammengekommen. 35 bis 40 Frauen und Mädchen finden sich regelmäßig auf ihnen zusammen. Dem Studium des Parteiprogramms wird großes Interesse entgegengebracht. Was die Frauen leisten können, hat sich bei den letzten Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse gezeigt. Bisher wurden bei diesen Wahlen 1600 Stimmen abgegeben. 1907 beteiligten sich über 12 000 Personen daran, und zwar, weil die nationalen Mischmaschparteien eine Hetze gegen uns getrieben, die schon nicht mehr anständig zu nennen war. Man wollte den Ortskrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht beschneiden. Bei den erneuten Wahlen 1908 haben auch die Frauen in hervorragender Weise mitgewirkt und in einem Wahllokal, das besonders für sie reserviert war, haben 1716 weibliche Personen das Stimmrecht ausgeübt. (Bravo!) Nun glaubten unsere Gegner, sie würden in diesem Wahllokal sicher die Mehrheit bekommen. Aber sie haben sich gründlich geschnitten. (Heiterkeit.) 979 Stimmen wurden für das Gewerkschaftskartell abgegeben und nur 737 für den nationalen Arbeiterausschuß. (Bravo!) Das Stimmenverhältnis wäre noch mehr zu unserem Gunsten ausgefallen, wenn nicht die Verkäuferinnen in Gruppen zum Wahllokal geführt worden wären. Im übrigen haben sich die Frauen nicht nur in diesem Lokal an der Wahl beteiligt, sondern sie haben in allen Lokalen gewählt. Insgesamt wurden von den Frauen annähernd 4000 Stimmen abgegeben. (Lebhafter Beifall.) Das, was Genosse v. Elm über die Notwendigkeit des Anschlusses an die Genossenschaften gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. (Beifall.)

Genossin **Zietz**-Hamburg: Ich möchte noch einmal auf den Terrorismus zu sprechen kommen. Wie sind unsere Gegner hergefallen, als sie von dem Zirkular der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen hörten. Dieselben Leute, die nicht nur ihre wirtschaftliche Macht, sondern die gesamten organisierten Machtmittel des Staates benutzen, um uns zu terrorisieren, die nur zu diesem Zweck die öffentliche Stimmabgabe aufrechterhalten, wagen es, uns Vorwürfe zu machen, wenn wir den Terrorismus aus Notwehr gebrauchen. Aus den Worten des Genossen v. Elm könnte man heraushören, als ob wir den Terrorismus um seiner selbst willen gepredigt hätten. Das ist niemals geschehen. Wir haben uns einfach in der Notwehr befunden, und da ist der Terrorismus nicht nur ein Recht, sondern eine sittliche Pflicht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich könnte mich darauf berufen, daß, wenn wir die Geschäftsleute, das Kleinbürgertum aufforderten, bei der Wahl sozialdemokratisch zu stimmen oder wenigstens der Wahl fernzubleiben, wir ja nur von ihnen verlangten, entsprechend ihrer Ueberzeugung zu stimmen; denn wie viele von ihnen haben uns nicht wiederholt versichert: Wir sind ja Sozialdemokraten, oder aber: Wir sympathisieren ja mit Euch! Wenn wir als Kundschaft dieser Leute sie also aufforderten, für unsere Wahlmänner einzutreten, hätten wir ihnen nur den Rücken gesteift, gemäß ihrer Anschauung zu handeln. Ich könnte ferner mich darauf berufen, diese Kleinbürger sind ja ebenso rechtlos wie wir, ihr Interesse gebietet ihnen daher, mit uns gegen das elendeste aller Wahlsysteme zu kämpfen, darauf berufe ich mich jedoch nicht, sondern erkläre: Wir verurteilen den Terror und deshalb auch die öffentliche Stimmabgabe, die dem Terror Tor und Tür öffnet, ja mehr noch, die erhalten wird, um das Proletariat durch den Terror von der politischen Betätigung abzuhalten, und da gebot uns das Klasseninteresse, uns mit der Waffe zu wehren, mit der man uns unterdrücken und rechtlos halten will. Wir würden aber uns selbst zur Machtlosigkeit verdammen, wenn wir in der Notwehr nicht von allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Gebrauch machten. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die internationale Frauenkonferenz in Stuttgart anlangt, so bin ich der Meinung, daß sie voll und ganz die Erwartungen erfüllt hat, die wir an sie gestellt haben. Sie hat dazu geführt, die Beziehungen der Genossinnen in den verschiedenen Ländern zu bessern, und vor allem haben wir erreicht, daß durch die Diskussion auf dieser Konferenz die Frage des Frauenstimmrechts auf eine einheitliche und grundsätzliche Basis gestellt worden ist. (Sehr richtig!) Da der Internationale Sozialistenkongreß selbst nachher der Resolution zugestimmt hat, die wir vorgeschlagen haben, so haben wir jetzt in allen Ländern die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Parteigenossen überall zu der Frage, ob man einem beschränkten Frauenwahlrecht zustimmen soll oder nicht, grundsätzlich Stellung nehmen. Ich meine, wir könnten mit dem Erfolg dieser ersten internationalen Frauenkonferenz voll und ganz zufrieden sein. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Schlen**-Ludwigshafen: Wir sind eine noch junge Organisation, denn wir bestehen am 14. Oktober dieses Jahres erst ein Jahr. Aber unser Mitgliederbestand beträgt bereits über 400. (Beifall.) Ueber Polizeischikane hatten auch wir uns zu beklagen. Der Polizeiinspektor behauptete durchaus, wir verfolgten mit der Propagierung des Frauenstimmrechts politische Zwecke. Als ich ihm antwortete, daß die bürgerlichen Frauen doch dieselbe Forderung propagierten, sagte er: Ja, das ist etwas ganz anderes, ihr Sozialdemokraten schlachtet die Sache auch besser aus, als die bürgerlichen Frauen. (Heiterkeit.) In letzter Zeit haben wir über polizeiliche Schikane nicht mehr zu klagen. Dagegen sind die Christlichen jetzt überaus rührig. In den Blättern der Christlichen ist jeden Tag zu lesen, man sollte sich an der Arbeit der sozialdemokratischen Frauen ein Beispiel nehmen. Glücklicherweise zieht dieser Köder nicht mehr in Ludwigshafen, denn die Frauen haben dort in ihrer Mehrheit begriffen, daß ihr Platz nicht in den christlichen Vereinen ist, sondern einzig und allein in der proletarischen Arbeiterinnenbewegung. Am 15. September, dem

Tage der Reichstagswahl, werden die Ludwigshafener Frauen zeigen, was sie leisten können. Sie beteiligen sich offiziell an der Wahl, sie werden Stimmzettel verteilen und beim Schlepperdienst helfen. (Bravo!)

Genosse **Henke**-Bremen: Der Meinung, daß die proletarischen Frauen auf ihre rückständigen Männer einzuwirken haben, bin ich natürlich auch. Ganz besonders meine ich, daß die bayerischen Genossinnen das tun sollten. (Heiterkeit.) **Wir** haben ja eben von der Genossin Schley gehört, daß auch die **bayerische Polizei** schikaniert. Ich möchte die bayerischen Genossinnen bitten, daran die Genossen im Landtage zu erinnern, damit es nicht vorkommt, daß die bayerischen Genossen dann für diese Polizei die Mittel bewilligen. (Sehr gut! Zuruf: Gehört nicht hierher!) Es ist hier davon die Rede gewesen, in welcher Weise der Ultramontanismus unsere Bewegung bekämpft. Ich komme aus einer Hochburg des Liberalismus und kann nur sagen, daß der Liberalismus nicht besser ist. Als ich bei der Vertretung unseres Wahlrechtsantrages in der Bürgerschaft erwähnte, wir würden auch die Einführung des Frauenstimmrechts beantragen, bemächtigte sich der liberalen Herren große Entrüstung. Sie gebrauchten die alten Redensarten vom Strumpfstricken und Essenkochen und erklärten, den Frauen dieses politische Recht nicht zubilligen zu können. Man trinkt bei jeder Gelegenheit auf das Wohl der schönen Frauen, man läßt sie hoch leben, aber sobald es sich darum handelt, ihnen politische Rechte zu gewähren, dann werden diese Herren unsere schlimmsten Gegner. (Zustimmung und Beifall.)

Genossin **Steinkopf**-Berlin: Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben wir zu der Waffe des Terrorismus gegriffen. Mit welchem Erfolge wir sie gebraucht haben, dafür spricht die Wahl von 6 Sozialdemokraten in Berlin. Wir sind zu zweien und dreien zu den Geschäftsleuten gegangen und haben ihnen gesagt: Seht, dort liegt Euer Interesse, das zugleich das Interesse des Proletariats ist, und dort liegen die Interessen der herrschenden Klassen. Durch diese Aufklärung haben wir es sogar fertig bekommen, daß aus den kleinen Geschäftsleuten Parteigenossen wurden. Auch der Jandorf-Boykott wäre nicht gewonnen worden, wenn die Frauen nicht eingegriffen hätten. So beweisen die Frauen Berlins, wo sie können, daß sie die Idee des Sozialismus begriffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Klupsch**-Dortmund: Nicht nur die Berliner Genossinnen sind in dieser Weise vorgegangen, sondern wir im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben es ebenso gemacht. Was Genosse v. Elm gesagt hat, wird den Gegnern zugute kommen, und wir werden ja in den nächsten Tagen lesen, wie seine Ausführungen ausgeschlachtet werden. (Sehr richtig!) Wenn man einen Kampf um politische Rechte führt, muß man alle Mittel anwenden. Was will es denn heißen, wenn wir einem Geschäftsmann sagen, er müsse der Wahl fernbleiben, wenn er uns nicht wählen will. Die Geschäftsleute, die immer mit uns liebäugeln, sollen es einmal beweisen, daß es ihnen mit ihrer Ueberzeugung ernst ist; und heute sollen wir Geschäftsleuten nicht einmal sagen dürfen, daß sie uns nicht in den Rücken zu fallen haben. Das wäre doch noch schöner. Dem Genossen Henke gegenüber kann ich nur sagen, daß die Mittel, deren sich der Liberalismus bedient, noch lange nicht so schofel sind, als die Mittel des Zentrums. Wir brauchen nur einen neuen Abonnenten auf die Parteipresse gewonnen zu haben, sofort findet sich der Geistliche in der Wohnung ein, bearbeitet den Mann, und wenn er das nicht kann, die Frau. Demgegenüber gilt es, die Frauen aufzuklären. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Zeh**-Lechhausen: Wir in den Vororten Augsburgs haben vor allen Dingen mit den gelben Organisationen zu kämpfen, die mit allen möglichen Versprechungen die Arbeiter und Arbeiterinnen an sich zu ziehen suchen.

Sie gewähren den Arbeiterinnen 10 Mk. Wochenbeitgeld. Wenn wir nun die Frauen für uns zu gewinnen suchen, dann ist die erste Frage: Was bekomme ich denn, wenn ich monatlich so und soviel bezahle? Unter diesen Umständen ist es für uns ein schweres Arbeiten. Trotzdem haben wir in zwei Jahren 140 Genossinnen organisiert, die regelmäßig ihre Beiträge entrichten. Mit der Polizei haben wir keinerlei Scherereien, dagegen bereiten uns die Bürgerlichen mannigfache Schwierigkeiten. (Beifall.)

Genossin **Pollender**-Leipzig: Auch ich habe nicht gefunden, daß wir aus Liebe zum Terrorismus bei den preußischen Landtagswahlen vorgegangen sind. Wir haben die Geschäftsleute einfach darauf aufmerksam gemacht, wo ihre pekuniären Interessen liegen. Die Frauenbewegung hat bei uns in Leipzig gute Fortschritte gemacht. In Leipzig-Land ist die Zahl der organisierten Frauen von 2434 auf 2940 gestiegen und auch in Leipzig-Stadt, wo die Hautevolee wohnt, geht es vorwärts. Bei der Krankenkassenwahl 1905 haben wir die Zahl der weiblichen Stimmen noch gar nicht gezählt. 1907 aber sind bereits über 3000 Frauen zur Wahl gegangen. (Bravo!) Mit allen Mitteln sucht man uns die Arbeiterinnen abspenstig zu machen. Deshalb müssen wir um so entschiedener den Kampf führen, vor allem unter den jugendlichen Arbeiterinnen. (Beifall.)

Genossin **Lachenmeyer**-München: Es fehlt immer noch an Agitatorinnen, zumal wenn wir das große Feld übersehen, was noch zu bearbeiten ist. In der Anwendung der richtigen Taktik wird häufig noch gefehlt. Wir wollten uns die gewerkschaftlichen Erfolge zum Vorbild nehmen und auf politischem Gebiet dasselbe leisten. Auf den deutlichen Rippenstoß des Genossen Henke einzugehen, fehlt hier die Zeit. Auf dem Parteitag wird die Angelegenheit wohl ausführlich zur Sprache kommen. Nur soviel möchte ich sagen: Wenn gesagt wird, die bayerischen Frauen hätten alle Ursache, auf die bayerischen Genossen einzuwirken, so haben gerade die letzten Tage gezeigt, daß die norddeutschen Genossen, speziell die Genossen Berlins, es der Frauenbewegung gegenüber noch sehr an Entgegenkommen fehlen lassen. (Sehr richtig!) Obwohl die Opferwilligkeit unserer Genossinnen hat anerkannt werden müssen, haben sich unsere Genossen im Norden beim Uebergang zum neuen Reichsvereinsgesetz nicht auf der Höhe gezeigt. So wenig das neue Vereinsgesetz uns bietet, so sehr müssen wir es nach Möglichkeit für uns ausnutzen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Verhandlungen werden von der Genossin Zetkin um 3¼ Uhr wieder eröffnet.

Genossin **Zietz** verliest zunächst die eingegangenen Begrüßungsschreiben von den Parteigenossinnen Eisenbergs, vom Zentral-Agitationskomitee der tschechischen Genossinnen in Prag, vom Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes, von den Hamburger Genossinnen, von dem Deutschen sozialdemokratischen Frauenverein der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Genossin **Klara Zetkin**: Ich glaube, daß wir einstimmig in dem Danke für diese herzlichen Beglückwünschungen und auch in der Freude darüber sind, daß durch derartige Bekundungen, ebenso wie durch die Anwesenheit der Vertreterinnen unserer österreichischen Schwestern und durch die Anwesenheit unserer Genossin Angelika Balabanoff, die gleichmäßig in der russischen

wie der italienischen Bewegung arbeitet, scharf in die Erscheinung tritt, daß auch dann, wenn wir national tagen, wir immer von internationalen Gefühlen beseelt sind, und uns durchdrungen fühlen von jenem Geiste des revolutionären Sozialismus, der, so wenig er einen Unterschied des Geschlechtes kennt, auch nicht halt macht vor den Grenzbarrieren, die durch die politischen Verhältnisse gezogen werden. Wir sind alle Bein vom Bein und Fleisch vom Fleisch der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, wo immer wir auch tagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission

Genossin **Baumann**-Altona: Es sind auf der Frauenkonferenz 72 Delegierte mit 72 Mandaten vertreten. Außerdem sind als Gäste anwesend von Oesterreich die Genossinnen Adelheid Popp und Amalie Pölzer. Die Genossin Angelika Balabanoff aus Italien ist zugleich für den „Avanti" in Rom hier. Außerdem sind noch drei Genossinnen hier, die kein ordnungsmäßiges Mandat ausgestellt erhalten haben, und die uns erklärt haben, daß sie die organisierten Frauen des Wahlkreises Dortmund-Hoerde zu vertreten haben. Wir müssen es der Frauenkonferenz überlassen, ob sie diese Genossinnen als Delegierte anerkennt oder nicht. Außerdem ist Genosse Maier aus Heidelberg hier, der auch kein Mandat zur Frauenkonferenz, sondern ein Mandat zum Parteitag hat. Er hat uns mitgeteilt, daß die Genossinnen Heidelbergs, die bisher einen Bildungsverein gehabt haben, der aber aufgelöst werden soll, damit die Genossinnen sich der Parteiorganisation anschließen können, den Wunsch ausgesprochen haben, er möge an der Frauenkonferenz teilnehmen, um ihnen Bericht zu erstatten. Auch in diesem Falle müssen wir der Konferenz die Entscheidung überlassen, ob der Genosse Maier als Delegierter anerkannt werden soll.

Die Genossen Klupsch-Dortmund, Lewerenz-Krefeld und Maier-Heidelberg geben die Erklärung ab, daß sie als Delegierte zum Parteitag auch den Auftrag erhalten haben, an der Frauenkonferenz teilzunehmen.

Die Genossin Nemitz-Bochum bestätigt die Ausführungen des Genossen Klupsch.

Die Genossin **Zietz** schlägt im Namen des Bureaus vor, diese Genossen, die vom Wahlkreis ausdrücklich mit der Vertretung der organisierten Frauen auf der Frauenkonferenz betraut worden sind, als Delegierte anzuerkennen.

Die Konferenz schließt sich diesem Antrage an.

Hierauf wird die Debatte über den Punkt Agitation fortgesetzt.

Genosse **v. Elm**-Hamburg: Ich muß mich gegen einige irrtümliche Auslegungen meiner Rede wenden. Der Genosse Klupsch meinte, ich hätte mit ihnen die Gegner auf die Sache aufmerksam gemacht. Das ist unrichtig. Denn die Gegner haben sich der Sache längst bemächtigt. (Sehr richtig!) Der Genosse Klupsch scheint die Zeitungen wenig verfolgt zu haben, sonst würde er das wissen. Unsere Debatte hat die grundsätzliche Uebereinstimmung darüber ergeben, daß wir jemanden nicht zwingen dürfen, gegen seine politische Ueberzeugung zu stimmen. (Sehr richtig!) Nach meiner Ansicht werden die Gegner also in Zukunft nach dieser erfolgten Uebereinstimmung viel weniger Veranlassung haben, auf uns loszuschlagen. Im übrigen ist es mir ganz gleichgültig, was die Gegner zu einer Sache sagen. Ich frage mich immer: Welcher Standpunkt ist der richtige, den ich als Sozialdemokrat einnehmen muß. Was das Kleinbürgertum anlangt, so möchte ich der allzu trügerischen Hoffnung entgegentreten, als ob wir auf das Kleinbürgertum noch besonders rechnen könnten. (Sehr richtig!) Gewiß, wir haben mit dem Kleinbürgertum gemeinsame Interessen, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Dann scheiden sich unsere Wege. Vor allem, wo wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen.

Es wäre sehr falsch, wenn wir irgendwie auf das Kleinhändlertum und Kleinbürgertum besondere Hoffnungen setzen würden. (Sehr richtig!) Betrachten wir doch einfach die Entwickelung der Dinge im Ausland. Freilich hat in Paris das Kleinbürgertum wiederholt mit uns Sozialdemokraten gemeinsame Sache gemacht, aber viel häufiger ist es gegen uns aufgetreten. (Sehr richtig!) Und wer ist schuld an dem Niedergang der russischen Revolution. Niemand anders als das russische Kleinbürgertum. Lesen Sie nur die treffliche Kennzeichnung dieser Bevölkerungsschicht in Gorkis „Kleinbürgern". Es erschien mir einmal notwendig, auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen und Ihnen zu sagen, daß diese Art des sogenannten Terrorismus nur bis zu einem gewissen Grade fruchtbar sein kann. Das Kleinbürgertum wird niemals für uns zuverlässig sein. Deshalb müssen wir das, was wir schaffen, dauernd schaffen. In keinem Wahlkreis ist die Frage unseres Verhältnisses zum Kleinbürgertum so eingehend debattiert worden, als in den gegnerischen Versammlungen meines Wahlkreises. Dabei hatten wir noch nicht einmal diesen sogenannten Terrorismus empfohlen, sondern unseren Frauen nur gesagt, sie sollten sich genossenschaftlich organisieren und ihre Macht als Konsumenten erkennen. Diese Macht müssen die Frauen dauernd handhaben, nicht aus Aerger, weil sie ein Mandat nicht bekommen haben. Dann gestaltet sich die Frage auch ganz anders als wenn man diese Macht nur gelegentlich anwendet. Gegen eine solche gelegentliche Anwendung können sich die Leute schützen. Wenn wir zum Beispiel das geheime Wahlrecht haben, hört diese Art von Agitation ganz von selbst wieder auf. Und dann werden Sie auch sehen, was die letzten Reichstagswahlen gezeigt haben, daß die Wege sich scheiden. Dann wird es heißen, hier Arbeiterklasse und auf der anderen Seite alle diejenigen, deren wirtschaftliche Interessen mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht identisch sind. Deshalb sage ich: wir müssen darauf hinwirken, daß wir mehr wirtschaftliche und politische Macht gewinnen und das können wir nur durch dauernde Organisation. Theoretische Aufklärung ist gewiß notwendig, aber ebenso notwendig ist die Aufklärung darüber, welche Macht die Arbeiterfrauen in wirtschaftlicher Beziehung haben. Heute schließen sich die meisten Frauen nur der materiellen Vorteile wegen der Genossenschaftsbewegung an. Auf diesem Standpunkt stehe ich nicht, deshalb begeistere ich mich nicht für die Sache. Ich will die Genossenschaftsbewegung zu etwas Größerem und Besserem machen, zu einem wichtigen Teil der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Genossin **Winklmann**-Frankfurt a. M.: Es ist hier von fast allen Rednerinnen die Frage des Terrorismus gestreift worden. Ich glaube, in uns Frauen steckt überhaupt ein gut Teil Terrorismus drin, wenigstens behaupten es die Männer. (Heiterkeit.) Und das ist auch gut so. Wir in Frankfurt haben die Geschäftsleute ebenfalls terrorisiert und zwangen sie, in unserem Parteiorgan zu inserieren. Die Mitgliederzahl unseres Frauenbildungsvereins haben wir verdoppelt. (Bravo!) Die Gegner üben in ganz anderer Weise Terrorismus als wir. So lehrten bei den letzten Reichstagswahlen in Frankfurt die Lehrer ihre Schüler:

Wählt Ihr Quark, kostet das Brot 1 Mark,
Wählt Ihr Oeser, dann wird das Brot größer.

(Heiterkeit.) Der Jugendparagraph des neuen Vereinsgesetzes wird mit aller Strenge gehandhabt, so verbot die Frankfurter Polizei ein geplantes Tanzvergnügen der Dienstbotenorganisation.

Genossin **Endmann**-Recklinghausen: Ich komme aus dem schwärzesten Winkel, wo wir am allerschwersten zu kämpfen haben. Man nennt unseren Wahlkreis deshalb auch das schwarze Finsterland. Sogar die Kanzel wird dort zu politischen Zwecken gebraucht. Die Priester gründen Mütter- und

Elisabethvereine, in die die Frauen eintreten müssen. Diese selbst müssen am Altare schwören, keinen Alkohol mehr zu genießen und der Sozialdemokratie nicht beizutreten. Wie die Polizei bei uns vorgeht, beweist der große Recklinghäuser Polizeiprozeß. Den unglaublichsten Schikanierungen sind unsere armen Proletarier dort ausgesetzt. Sie werden aus den Häusern und von den Arbeitsstellen gehetzt. Die Angestellten der Gewerkschaften finden überhaupt keine Wohnung. Trotz alledem hat die Frauenagitation bei uns festen Fuß gefaßt und 353 Frauen gehören unserer Organisation an. Leider steht uns kein ausreichendes Versammlungslokal zur Verfügung und wir müssen in kleinen Stübchen tagen. Aber das nimmt uns den Mut nicht. Sollten noch so viel Hindernisse im Wege stehen, desto kräftiger werden wir mit der Agitation einsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Kögler**-Altwasser: Wir in der Lausitz haben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die Genossinnen in den anderen Gegenden. Auch bei uns kommt man uns mit dem alten Einwand, wir sollten uns lieber um unsere Wirtschaft bekümmern, als politische Angelegenheiten erörtern. Wenn doch nur die gleiche Besorgnis vorhanden wäre in den Fällen, wo wir Frauen mit unseren Männern Schulter an Schulter den ganzen Tag über in den Fabriken arbeiten müssen. (Sehr richtig!) Aber da fragt niemand nach uns, da kümmert sich niemand darum, daß uns die Nacht zum Tage gemacht wird. Man beute unsere Arbeitskraft nicht auf diese Weise aus, dann haben wir auch Zeit zur Verrichtung unserer Hausarbeiten. In Altwasser hat sich übrigens kürzlich gezeigt, daß die bürgerlichen Frauen auch einmal Hand in Hand mit den Proletarierinnen arbeiten können. Die Milch sollte um 2 Pf. pro Liter gesteigert werden. Der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein und unsere Presse nahmen sich sofort der Sache an und ein Milchboykott wurde beschlossen. An diesen Boykott hielten sich auch die bürgerlichen Frauen. Er wurde siegreich durchgeführt. (Beifall.)

Genossin **Deuper**-Essen: In Essen hat die Frauenbewegung gute Fortschritte gemacht. Früher waren 600 Frauen organisiert, heute sind es über 1000. (Bravo!) Und das trotz aller Polizeischikane! Sogar auf den Klosetts wurden unsere Frauen bewacht. (Heiterkeit.) An die regelmäßige Beitragszahlung haben sich unsere Frauen rasch gewöhnt und die „Gleichheit" haben wir zum obligatorischen Vereinsorgan gemacht. (Beifall.)

Genossin **Classen**-Hamburg: Eine meiner Vorrednerinnen hat den norddeutschen Genossen den Vorwurf gemacht, sie kämen uns nicht genug entgegen und gingen nicht genug auf unsere Anregungen und Beschwerden ein. Ich kann im Gegensatz dazu mit Freuden feststellen, daß in meinem Wahlkreis, in dem dritten Hamburger Wahlkreis, die Genossen hier in jeder Weise behilflich sind, die Agitation unter den Genossinnen zu fördern. Nachdem uns jetzt durch das Vereinsgesetz mehr Freiheit gegeben worden ist, sollten die Genossinnen überall jede Gelegenheit benutzen, um mit den Genossen gemeinsam zu agitieren. Wir in Hamburg haben es schon erreicht, daß einige Genossinnen zu Bezirksführerinnen herangebildet worden sind, ein Unterschied des Geschlechts wird bei uns überhaupt nicht gemacht, und gerade durch diese Einheitlichkeit der Bewegung erzielen wir den stetigen Aufschwung der Parteibewegung. Mir ist in Hamburg gesagt worden, ich sei sozusagen eine Gegnerin der Frauenbewegung. Davon kann keine Rede sein. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß wir im Rahmen der Partei, wo uns reichlich Gelegenheit dazu geboten wird, die Genossinnen zur Mitarbeit heranziehen sollen.

Genossin **Schlomer**-Lübeck: Ich muß es mir leider versagen, Ihnen einen Situationsbericht unserer Bewegung zu geben, so erfreulich sie sich auch in der letzten Zeit entwickelt hat. Ich habe im Bericht der Genossin Baader eine

Lücke gefunden, an welcher sie selbst allerdings nicht schuld ist. Das ist die Angabe der Erfolge unserer Agitation, die sich ausdrücken in den Zahlen der Genossinnen, die nun wirklich der Organisation zugeführt sind. Das kann die Genossin Baader nur feststellen mit Hilfe der Genossinnen aus allen Bezirken und Orten. Ich höre nun, daß die ausführlichen Fragebogen, die rechtzeitig verschickt worden sind, nicht rechtzeitig ausgefüllt zurückgekommen sind. Die Folge davon ist, daß wir nun nicht wissen, wieweit die Agitation in den einzelnen Bezirken Früchte getragen hat. Die Schuld liegt wohl zum Teil daran, daß wir jetzt eine Uebergangszeit haben, daß ein Teil der Genossinnen in Bildungsvereinen ist, ein anderer Teil schon in die politische Organisation übergegangen ist. Ich richte aber den Wunsch an Sie alle, daß Sie für das künftige Jahr diese Fragebogen in vollkommener Ausführlichkeit und rechtzeitig ausfüllen und vor allem dafür sorgen, daß die jüngeren Vertrauenspersonen dies auch tun. Ich halte das für sehr wertvoll, denn wir wollen genau wissen, was wir erreicht haben. Wir wollen uns nicht täuschen darüber, daß unsere Arbeit vielleicht mehr Früchte getragen hat, als es in Wirklichkeit der Fall gewesen ist, aber wir wollen auch die wirklichen Erfolge mit Stolz und Freude vor uns sehen. Die Feststellung dieser Zahlen ist auch notwendig, weil die Berichte, welche die Genossin Baader uns gibt, das Material sind für eine Geschichte der Entwickelung unserer Frauenbewegung, die sicher einmal geschrieben werden wird, die wir alle erleben und in uns aufnehmen, indem wir alljährlich diese Berichte lesen. Diese ausführliche Darstellung der Entwickelung unserer Frauenbewegung ist nur möglich mit Ihrer aller Hilfe. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Es folgt die Debatte über den Punkt Presse.

Genossin **Zietz**: Die Behandlung des Punktes Presse ist heute morgen ein klein wenig zu kurz gekommen. Ich meine, es ist aber notwendig, daß wir mit ein paar Worten noch näher darauf eingehen. Einmal aus dem Grunde, weil die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit" einen gewissen Gradmesser abgibt für den Umfang unserer proletarischen Frauenbewegung und ein anderes Mal, weil ich meine, daß wir noch weit mehr tätig sein müssen, nicht nur für die Verbreitung unserer Frauenzeitung sowohl wie der allgemeinen Parteipresse, sondern auch für die Mitarbeit der Genossinnen an den einzelnen Orten an der „Gleichheit" und der allgemeinen Parteipresse, damit in ihr die Fragen der Frauenbewegung mehr erörtert werden. Aus dem Bericht des Parteivorstandes haben Sie ersehen, daß die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit" am Jahresschluß 84 000 betrug. Inzwischen ist sie auf 85 000 gestiegen. Diese Steigerung beweist, daß unsere Genossinnen außerordentlich lebhaft die Agitation für die Verbreitung der „Gleichheit" betreiben. Diejenigen, die hinausgehen, um für die Parteipresse Abonnenten zu werben, werden erfahren haben, daß die Gewinnung von Abonnenten in der jetzigen Zeit außerordentlich schwierig ist mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Depression, unter der die Arbeiterschaft nun schon seit längerer Zeit leidet. Wenn trotzdem die Verbreitung unserer „Gleichheit" zugenommen hat in den letzten Monaten, so ist das ein Beweis dafür, mit welcher Hingabe die Genossen und Genossinnen in den einzelnen Orten für die Verbreitung wirken. Ich habe vielfach beobachtet, wie nicht nur die Redner, die rednerisch tätigen Genossinnen, sondern gerade die Genossinnen, die oft unbekannt und ungenannt die Kleinarbeit verrichten (Sehr richtig!), dafür Sorge tragen, daß wir die gewonnenen Abonnenten erhalten und neue dazu gewinnen, und daß sie nicht ermüden, den Genossinnen klarzumachen, wie überaus wertvoll, ja unentbehrlich unsere „Gleichheit" für die Aufklärung der Proletarierinnen ist. Es darf nicht um

ausgesprochen bleiben, daß wir es in erster Linie unserer „Gleichheit" zu danken haben, daß einmal unsere Genossinnen in so großer Zahl herangebildet sind zur Agitation unter ihren Arbeitsschwestern, und daß andererseits unsere Genossinnen theoretisch geschult und grundsätzlich gefestigt worden sind. (Sehr richtig!) Wenn heute unsere proletarische Frauenbewegung so vollständig frei ist von frauenrechtlerischer Ideologie, so haben wir das vor allem der „Gleichheit" zu danken. Gerade weil der Gedanke, daß wir Klassengenossen, Sozialdemokraten sind, ob Männer oder Frauen, und gemeinsam zu arbeiten haben, überall in den Köpfen so fest sitzt, ist das bisher heute gar nicht besonders ausgesprochen worden. Unser Hauptbestreben muß darauf gerichtet sein, neben neuen Abonnenten der „Gleichheit" auch neue Mitarbeiterinnen zu gewinnen. (Sehr richtig!) Weiter möchte ich auch wünschen, daß die Genossinnen an den einzelnen Orten, die fähig sind, ihre Gedanken nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich zum Ausdruck zu bringen, sich überall mit den Redaktionen unserer Parteipresse in Verbindung setzen und versuchen, an ihr mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Dadurch wird die mündliche Agitation auf das wirksamste unterstützt. Weiter möchte ich den Wunsch äußern, den vielleicht die Genossin Zetkin bei dem Verlage vertritt, daß am Schluß des Geschäftsjahres der „Gleichheit" ein Inhaltsverzeichnis beigegeben wird. Für viele Genossinnen, die sich die „Gleichheit" einbinden lassen, ist ein solches Verzeichnis sehr wertvoll. Außerdem könnte vom Verlage auch ein Umschlag geliefert werden. Das würde vielleicht zur Folge haben, daß mehr Genossinnen sich die „Gleichheit" einbinden lassen. Gerade der Umstand, daß die „Gleichheit" eine so unendliche Fülle von Material bringt, über Lohn- und Arbeitsbedingungen, über gesetzliche Bestimmungen, das wir als Agitationsmaterial immer verwenden können, macht es sehr wünschenswert, daß die „Gleichheit" als Nachschlagewerk benutzt werden kann. Wenn wir in dieser Weise für den Ausbau und die Verbreitung der „Gleichheit" Sorge tragen, wird sie hoffentlich noch mehr als bisher das Organ sein, das zur theoretischen Schulung der Genossinnen beiträgt und sie auch in den Stand setzt, erzieherisch auf ihre Kinder im sozialistischen Sinne zu wirken. Die Kinderbeilage der „Gleichheit" ist ihnen dabei ein wertvoller Helfer. Nicht nur jeder Kinderfreund, sondern auch jeder Pädagoge wird seine helle Freude haben über diese Beilage. Ebenso ist sie den Kindern ein lieber Freund geworden. Die Genossinnen, die Kinder haben, erzählen, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit" von den Kindern stets mit Sehnsucht erwartet wird. (Bravo!)

Genossin **Greifenberg**-Augsburg begründet einen Antrag auf obligatorische Lieferung der „Gleichheit" an die organisierten Genossinnen unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise. Unser Antrag ist aus dem Bestreben entsprungen, den sozialistischen Gedanken immer weiter in die Familien hineinzutragen. Genossin Zietz hat mit Recht betont, daß es unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr schwer ist, Abonnenten für die „Gleichheit" zu sammeln. Dazu kommt, daß die Frauenbildungsvereine die „Gleichheit" bisher für einen Monatsbeitrag von 20 Pf. gratis geliefert haben. Bei dem Uebergang der Frauen in die Parteiorganisation fällt dies fort. Andererseits hat der bayerische Parteitag beschlossen, daß die Genossinnen einen monatlichen Beitrag von 20 Pf. zu zahlen haben. Dadurch ist der „Gleichheit" ein großer Teil Abonnentinnen verlorengegangen. Unser Antrag ist bereits auf dem bayerischen Parteitage in München gestellt worden, er wurde auch von der Genossin Zölzsch ausgezeichnet begründet, aber nachdem unverständlicherweise zwei Gegner dagegen gesprochen hatten, zurückgezogen. Von Augsburg wurde angeregt, man solle für die Frauen Flugblätter anfertigen und über ganz Deutschland verbreiten. Damit haben wir schon sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wir tun am besten, die „Gleichheit", von der uns stets Probenummern zur

Verfügung gestellt werden, dazu zu benutzen. Wenn die „Gleichheit" nicht völlig unentgeltlich an die organisierten Genossinnen geliefert werden kann, so sollte man wenigstens so weit entgegenkommen, daß ihr Preis ermäßigt wird. Die „Gleichheit" ist heute nicht mehr nur eine Frauenzeitung, sondern das beste sozialistische Familienblatt. (Sehr richtig!) Wie die Genossin Zietz schon betont hat, können die Kinder gar nicht erwarten, bis die nächste Nummer der „Gleichheit" kommt. Sie bildet das beste Gegengewicht gegen die Schauerromane und die ganze Jugendliteratur, die heute unsere Jugend vergiftet und ihr den knechtischen Sinn anerziehen will, der der bürgerlichen Gesellschaft anhaftet. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo!)

Genossin **Hagen**-Regensburg: Auch wir in unserer ganz schwarzen Domäne in Oberfranken haben in der Frauenbewegung ziemlich darunter gelitten, daß der letzte bayerische Parteitag den Beschluß gefaßt hat, einen Monatsbeitrag von 20 Pf. zu erheben. Die Genossinnen, die in die sozialdemokratischen Vereine übertraten, mußten nun, wenn sie die „Gleichheit" behalten wollten, 40 Pf. bezahlen, und das ist für eine Proletarierfrau tatsächlich zu hoch. (Sehr richtig!) Wir haben nun vom Verein aus eine Anzahl Nummern der „Gleichheit" abonniert, die wir leihweise herumgehen lassen. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Genossinnen die „Gleichheit" sehr liebgewonnen haben, und besonders sind es die Kinder, die jede Woche zwei-, dreimal kommen und fragen, ob denn die „Gleichheit" noch nicht da ist. In der letzten Zeit, wo bei uns die Schulen wegen Scharlach und Diphtheritis geschlossen werden mußten, haben wir die verliehenen „Gleichheiten" nicht einmal zurückverlangen können. Ich kann mich daher dem Antrag von Augsburg nur anschließen. (Bravo!)

Genossin **Winklmann**-Frankfurt a. M.: Eine öffentliche Versammlung in Frankfurt hat ebenfalls den Antrag gestellt, daß den Mitgliedern der politischen Organisation die „Gleichheit" obligatorisch geliefert werden sollte. Ich kann mich daher dem Antrage Augsburgs nur anschließen. Wir versprechen uns davon eine viel größere Verbreitung der „Gleichheit" und damit auch eine viel größere Aufklärung der Frauen, als wenn wir es ihnen selbst überlassen, die „Gleichheit" zu abonnieren, da dies doch nur die wenigsten unter ihnen tun. Wir haben es in Frankfurt gesehen, daß, als wir die „Gleichheit" noch nicht obligatorisch lieferten, es immer nur ein kleiner Bruchteil der Genossinnen war, der dieselbe las. Wir haben den Beitrag auf 30 Pf. erhöht und dann die „Gleichheit" obligatorisch geliefert.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Ueber den Antrag der Augsburger Genossinnen kann man verschiedener Meinung sein. Wir in Nürnberg liefern ebenfalls die „Gleichheit" allen unseren Mitgliedern obligatorisch. Aber etwas anderes ist es, ob wir die „Gleichheit" für ganz Deutschland obligatorisch einführen sollen. Dann müßte zunächst einmal der Parteibeitrag für die Frauen erhöht werden. Nun ist der Sprung von 10 Pf. freiwilligen Beitrag auf 25 Pf. Parteibeitrag, den die Frauen jetzt gemacht haben, an sich schon hoch genug. Noch ein anderes. Die Zahl der politisch organisierten Genossinnen beträgt heute etwa 30 000, die Abonnentenzahl der „Gleichheit" aber etwa 70 000. Es kommt das daher, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen 120 000 beträgt, die zum großen Teil die „Gleichheit" von der Gewerkschaft geliefert bekommen. Würde der Antrag Augsburg angenommen, so würden viele Genossinnen die „Gleichheit" doppelt geliefert bekommen, und das hätte doch keinen Zweck. Der Antrag Augsburg, so gut er gemeint ist, muß deshalb abgelehnt werden.

Genossin **Kähler**-Düsseldorf: Im niederrheinischen Agitationsbezirk liefern wir die „Gleichheit" allen Genossinnen gratis. Dafür bezahlen sie einen

Monatsbeitrag von 30 Pf. Diejenigen Genossinnen, die die „Gleichheit" von der Gewerkschaft geliefert bekommen, bezahlen nur 15 Pf. Parteibeitrag. Wenn das überall so gemacht würde, dann wären die Einwände der Genossin Grünberg hinfällig. Im übrigen wäre es das Beste, die ganze Angelegenheit den Bezirks- und Kreisorganisationen zur Regelung zu übertragen.

Genossin **Zetkin**: Ich weiß genau, wie unendlich schwer es für die große Masse der Proletarierfrauen ist, abgesehen von dem Parteibeitrag noch ein Abonnement für die „Gleichheit" zu bezahlen. Das tritt in den jetzigen Tagen der Krise besonders grell und fühlbar in die Erscheinung. Ich sympathisiere auch durchaus mit dem Zweck des Antrags, der in dem Wunsche kulminiert, daß alle politisch interessierten Frauen die „Gleichheit" lesen. Dennoch möchte ich vor der Annahme des Antrages Augsburg warnen. Ich bin gegen eine Uniformierung auf diesem Gebiet über ganz Deutschland, schon weil mir die Zahl der politisch organisierten Frauen als Leserinnen der „Gleichheit" noch viel zu klein ist. (Sehr gut!) Wenn wir den Antrag Augsburg annehmen, so würde für eine Reihe von Genossinnen ein Ruhekissen geschaffen sein, auf dem sie sich schlafen legen würden mit der Begründung: wir brauchen ja nicht mehr zu agitieren, die Genossinnen bekommen ja die „Gleichheit" umsonst. Ich wünsche gerade, daß die „Gleichheit" hinausgetragen wird zu den Frauen, die noch nicht organisiert sind. Noch andere Gesichtspunkte sprechen gegen den Antrag Augsburg. Ich weiß aus meiner praktischen Erfahrung, daß die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit" an einem Orte gleichsam eine Quittung ist für den Fleiß, die Geschicklichkeit und Klugheit, mit der unsere Genossinnen an den einzelnen Orten arbeiten. Der Wert dieser Quittung würde mit der Annahme des Antrags Augsburg herabgesetzt werden. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß dort, wo unsere Genossinnen selbst die „Gleichheit" verbreiten, in dieser Kolportage das lebendigste und stärkste Bindemittel von Person zu Person geschaffen ist. (Sehr richtig!) Diese Kolportage stellt einen so hohen ideellen Wert dar, daß sie meines Erachtens durch nichts ersetzt werden kann. Nicht alle Frauen sind in den Fabriken tätig. Und dann kommen die Frauen auch nicht so häufig zusammen wie die Männer, denn sie haben noch ihre häuslichen Aufgaben und mütterlichen Pflichten. Sie gehen auch nicht in die Rauchklubs und zu Kegelabenden. (Heiterkeit.) Deshalb müssen wir, die wir nicht die schönen Laster der Männer haben (Heiterkeit), andere Mittel und Wege benutzen, um zu unserem Ziel zu kommen. Und eines der besten Mittel ist die persönliche Berührung unserer Vertrauenspersonen mit ihren Klassengenossinnen. (Zustimmung.)

Die Genossin **Zietz** hat dem Wunsche nach einem Inhaltsverzeichnis der „Gleichheit" und nach einem Umschlag Ausdruck gegeben. Niemand vermißt ein solches Inhaltsverzeichnis häufig schmerzlicher, als ich selbst. Die „Gleichheit" ist jetzt 17 Jahre alt und man findet sich manchmal wirklich nur schwer zurecht. Ich wollte auch schon einmal ein General-Nachschlageregister schaffen, aber immer war die Zeit zu knapp. Für die Zukunft gelobe ich jedoch Besserung. (Beifall.) Wie Sie wissen, verlegt der Holzarbeiterverband am 1. Oktober den Sitz seines Vorstandes von Stuttgart nach Berlin. Damit geht auch die Maschine des Holzarbeiterverbandes nach Berlin, auf welcher die „Gleichheit" jetzt gedruckt wird. Wir stehen deshalb technisch vor der Notwendigkeit, den jetzigen Jahrgang der „Gleichheit" mit dem 1. Oktober zu schließen. Dann fängt der neue Jahrgang an, und infolge des notwendigen Druckes auf einer neuen Maschine nimmt die „Gleichheit" wieder ihr früheres Format an. Während sie aber früher in einem Umfang von 8 Seiten erschien, wird sie in Zukunft in Stärke von 24 Seiten erscheinen. (Beifall.) Ferner wird jede Nummer einen Teil für die Mütter und einen Teil für unsere Kinder ent-

halten. (Beifall.) Den Wunsch nach einem Umschlag werde ich dem Verlag unterbreiten und hoffe dort Entgegenkommen zu finden. Zum Schluß kann ich nur wieder einmal den Wunsch aussprechen, daß die Mitarbeit der Genossinnen draußen im Lande noch größer werde, als sie jetzt erfreulicherweise schon ist. Kein Blatt kann sich so vieler Mitarbeiter aus rein proletarischen Kreisen erfreuen, als die „Gleichheit". Das muß immer so bleiben. Die „Gleichheit" hat 1907 einen Ueberschuß von 15 000 Mk. erzielt. (Bravo!) Der Ueberschuß wäre bedeutend größer, wenn nicht die Agitation die Verbreitung tausender Agitationsnummern und tausender Flugblätter und Merkblätter erfordert hätte. Das ist notwendig, denn schließlich ist ja die „Gleichheit" kein Organ, das Ueberschüsse erzielen soll, sondern sie soll in erster Linie den Aufgaben zu entsprechen suchen, die die Genossinnen an sie zu stellen das Recht haben. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Wackwitz**-Dresden: Auch ich muß mich gegen den Antrag Augsburg wenden, der, so gut er gemeint ist, für ganz Deutschland undurchführbar ist.

Genossin **Nemitz**-Bochum: Auch ich kann dem Antrage Augsburg nicht zustimmen, da die Verhältnisse bereits vorgegriffen haben. Was der Antrag will, besteht in den meisten Organisationen bereits.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Genossin **Baader** (Schlußwort): Gegen meine Tätigkeit sind in der Debatte keine Einwendungen erhoben worden. Ich brauche mich deshalb nur mit den Ausführungen des Genossen v. Elm zu beschäftigen. Wir haben aus praktischen Gründen den Terrorismus ausgeübt und ich glaube, daß es nützlich war, es zu tun. Ob er auch bei anderen Gelegenheiten angewendet wird, wird die Zukunft lehren. Was Genosse v. Elm über die Konsumvereine gesagt hat, kann ich unterschreiben. Die Entwickelung hat vor allem bei den größeren Konsumvereinen gezeigt, daß sie sich eine Art Kampffonds aufsparen können. Die Genossin Grünberg meinte, es gäbe jetzt insgesamt etwa 30 000 organisierte Frauen. Das ist ein Irrtum. Durch den Bericht des Parteivorstandes ist festgestellt, daß wir jetzt bereits 30 000 politisch organisierte Frauen haben. Der Uebertritt ist aber noch nicht überall erfolgt. Nach meinen Schätzungen beträgt die Gesamtzahl der organisierten Frauen etwa 50 000. (Bravo!) Manche Rednerinnen haben bereits Forderungen für die Zukunft aufgestellt. Darauf muß ich bemerken, daß das Amt der Vertrauensperson aufgehört hat, zu existieren. Die zukünftige Leiterin unserer Bewegung hat der Parteitag zu wählen, und sie wird dem Parteivorstand angehören. Ich trete mit dem heutigen Tage zurück.

In der Abstimmung wird der Antrag Augsburg abgelehnt und der Genossin Baader einstimmig Decharge erteilt.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Neuorganisation der Genossinnen.

Hierzu liegt folgender Vorschlag der Vertrauensperson vor:

Organisationsvorschlag.

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierungen der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Ottilie Baader,
Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Außerdem liegt folgender Antrag des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin vor:

„Die in Nürnberg tagende Frauenkonferenz möge erklären, daß Frauen-Bildungsvereine trotz der Neuorganisation der Frauen ein wertvolles Mittel bilden können, die geistige Entwickelung der proletarischen Frauen zu fördern. Es ist daher zu empfehlen, daß dort, wo derartige Vereine bereits in guter Entwickelung bestehen, dieselben bei den Genossen und Genossinnen des Ortes nach wie vor tatkräftige Unterstützung finden."

Referentin Genossin **Zietz**: Das jahrzehntelange Ringen der deutschen Proletarier um ein einheitliches und freiheitliches Versammlungsrecht hat in diesem Jahr seinen vorläufigen Abschluß gefunden durch die Annahme des Reichsvereinsgesetzes. Leider ist die Vereinheitlichung nicht im freiheitlichen Sinne erfolgt. Dem kleinen Quentchen Freiheit für uns Frauen stehen eine ganze Reihe schlimmer Verböserungen gegenüber. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir Genossinnen, zur Entscheidung über das Schicksal des Reichsvereinsgesetzes berufen, unsere Zustimmung nicht gegeben hätten. Wir hätten das bißchen Freiheit für uns Frauen nicht eingetauscht gegen einen Sack von Reaktion für die gesamte Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Der reaktionäre Charakter dieser großen „liberalen" Errungenschaft zeigt sich nicht nur in den Paragraphen gegen die Jugendlichen und die fremdsprachigen Arbeiter, sondern vor allem auch in den Bestimmungen, die die Polizeiherrschaft in Deutschland funktionieren, zum Teil sogar erweitern. Die Praxis hat bereits gelehrt, daß der Auslegungskunst machtlüsterner Behörden Tür und Tor geöffnet ist. Es gilt also, den Kampf um ein freiheitliches Recht weiter zu führen, ferner gilt es, Maßnahmen zu treffen, diese Schläge der Reaktion zu parieren. Auf der anderen Seite aber müssen wir das Quentchen Reform des Gesetzes nach besten Kräften der Bewegung nutzbar machen. Dabei möchte ich betonen, und glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich sage: Dies Quentchen Reform für uns bedeutet eine Kapitulation der Regierung vor der Tatsache, daß die Frauen sich auch ohne politisches Vereinsrecht doch zusammenfanden zum gemeinsamen Vorgehen. Zudem kann man 8 Millionen erwerbstätiger Frauen, also einen wichtigen Teil des Trägers der Produktion, auf die Dauer nicht vollständig in politische Rechtlosigkeit erhalten.

Wie stand es nun bisher mit der politischen Organisation der proletarischen Frauen? Der Not der vereinsgesetzlichen Misere gehorchend, nicht separatistischen Wünschen folgend, war dieselbe eine mannigfaltige: Hier scharten sich die Frauen um ihre Vertrauensperson und dokumentierten durch Zahlung regelmäßiger, freiwilliger Beiträge ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, dort war der Frauenbildungsverein der organisatorische Rahmen für die Zusammenfassung der weiblichen Proletarier, wo aber die Vereinsgesetze bisher schon die gemeinsame Organisierung der Geschlechter ermöglichten, wie in Baden, Württemberg, Hessen, Sachsen, den freien Reichsstädten usw., ist auch seither schon so verfahren. Jetzt ist diese gemeinsame Organisierung überall möglich und daher auch selbstverständlich. Die gemeinsame Organisierung der Geschlechter ist nur die logische Konsequenz der Erkenntnis, daß die Frauenfrage nur ein Teil der großen sozialen Frage ist und nur mit dieser zusammen ihre Lösung finden kann durch den Sieg des Sozialismus. Mit anderen Worten: daß die Befreiung der Frau aus dem Doppeljoch der Lohn- und Geschlechtssklaverei nur erfolgen kann durch die Niederringung des Kapitalismus. Dieser theoretischen Erkenntnis, sowie dem praktischen Gegenwartsinteresse der Arbeiterklasse entspricht es, wenn gemeinsame Kampfesorganisationen geschaffen werden, die alle Glieder unserer Klasse umfassen. Daher lautet denn auch der § 1 der Vorlage: Es ist Pflicht aller Genossinnen, Mitglieder der örtlichen Parteiorganisationen zu werden.

Was den Passus, die Bildungsvereine betreffend, anlangt, stehe ich vollständig auf dem Standpunkt, den vor kurzem die „Gleichheit" in dieser Frage eingenommen hat. Sie werden diesen Artikel alle gelesen haben, ich kann mich deshalb damit begnügen, kurz zu resümieren: Heute können die Bildungsvereine nimmer als politische Organisationen oder als Ersatz gelten, sie können nur noch als der Mittelpunkt des geistigen Lebens gelten, soweit es nicht in den Rahmen der Politik fällt, d. h. wo Wissen vermittelt wird, das zwar nicht direkt dem Klassenkampf dient, das jedoch zur intellektuellen Hebung des weiblichen Proletariats beiträgt und wo außerdem die nötigen Kräfte zur Leitung des Vereins vorhanden sind, ohne daß die wichtigsten Pflichten der allgemeinen Arbeiterbewegung darunter leiden.

Mit Rücksicht auf die ungünstigere wirtschaftliche Stellung der Frau bin ich der Meinung, daß der Beitrag für die Frauen niedriger zu bemessen ist als der Beitrag für die Männer. Bei der Organisierung der Frauen muß es uns zunächst überhaupt nicht auf den finanziellen Effekt ankommen, sondern es muß sich für uns darum handeln, eine möglichst große Masse von Proletarierinnen organisatorisch und damit auch geistig zu erfassen. (Beifall.) Das kann aber nur mit einem möglichst niedrigen Beitrag geschehen. Wir müssen bei unserem Vorgehen Rücksicht nehmen auf die Eigenart des weiblichen Charakters, die durch Erziehung, Ueberlieferung, Tradition usw. beeinflußt wird. Wir dürfen nie vergessen, daß die politische Betätigung für die große Masse der Frauen ein Neuland ist. Dazu hat zu lange der Grundsatz gegolten, daß die Frau zu schweigen habe in der Gemeinde, und daß diejenigen Frauen die besten seien, von denen man am wenigsten spricht. Wenn dieser Grundsatz eine gewisse Berechtigung hatte in der Zeit, wo die Frau innerhalb ihrer vier Wände einen Lebensinhalt fand, so verstehe ich doch nicht, wie heute, wo acht Millionen Frauen in der Erwerbsarbeit tätig sind, dieser Standpunkt noch vertreten werden kann, und zwar auch von Genossen. (Sehr richtig!) Den Namen „Sozialdemokrat" verdient ein solcher Mann nicht. (Lebhaftes Sehr richtig!) Diese Anschauung ist vielmehr ein ganz arger Philisterzopf. (Erneute Zustimmung.) Doch wir wissen ja, daß nicht nur die politische Rechtlosigkeit heute noch vorhanden ist, daß nicht nur Gesetz und Recht sich wie eine

ewige Krankheit forterben, sondern auch die Anschauungen, und diese Anschauungen, die eine feste Stütze jener Gesetze und Rechte sind, passen heute nicht mehr in die Verhältnisse hinein. Da solche Anschauungen auch noch bei rückständigen Frauen vorhanden sind, müssen bei der Agitation in kluger Weise die Themen ausgewählt werden, um die Frauen zu packen in ihrer Eigenschaft als Mutter, als Erwerbstätige usw. Für den ersten Zweck wäre z. B. die Erörterung der Schulfrage und die Erörterung der Soldatenmißhandlungen und im Anschluß daran die Frage des Militarismus sehr geeignet. (Sehr richtig!) Um die Frauen als Arbeiterinnen zu packen, können wir nichts Besseres wählen, als eine Erörterung über den Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, z. B. über die Fragen, die bei der bevorstehenden Gewerbeordnungsnovelle in Betracht kommen, die Fragen des Zehnstundentages, des weiblichen Fortbildungsunterrichts usw. Das Interesse der Frauen als Hausfrauen können wir wecken, indem wir Stellung nehmen zu dem Brot- und Fleischwucher, zu der wahnsinnigen Zoll- und Steuerpolitik. Weiter muß auch Rücksicht darauf genommen werden, daß die Frauen nicht an jedem Tage in der Woche gleich gut die Versammlungen besuchen können (Sehr richtig!), weil die meisten die Doppellast der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit auf ihren Schultern haben. Es werden deshalb am Sonnabend Abendversammlungen für die Frauen an den meisten Orten nicht arrangiert werden dürfen. Hierbei kommt auch in Betracht, daß die Frauen Mutterpflichten zu erfüllen haben. Gerade darum müssen besondere Frauenversammlungen einberufen werden, weil zu den allgemeinen Volksversammlungen in erster Linie der Mann geht, und eines von den Eltern bei den Kindern zu Hause bleiben muß. Wer könnte auch wohl besser die Agitation unter den Frauen in die Wege leiten als eine Genossin, die das Empfindungsleben, die Gedankenwelt der Frauen genau kennt, weil sie selbst Frau ist und all das, was heute die rückständigen Frauen denken und empfinden, selbst empfunden hat, die unter derselben wirtschaftlichen Misere gelitten hat und die sich ebenso gegen die politische Rechtlosigkeit der Frau aufbäumt. Wenn daher der Organisationsentwurf empfiehlt, daß überall Frauen in den Vorstand zu wählen sind, denen die Agitation unter dem weiblichen Proletariat obliegt, so soll damit den Genossinnen kein Sonderrecht eingeräumt werden (Sehr gut!), wie es zu meinem Bedauern auf dem bayerischen Landesparteitag zum Ausdruck gekommen ist, es soll nur den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden, indem eine ersprießliche Arbeitsteilung unter den Genossinnen und Genossen vorgenommen wird. Diese Arbeitsteilung ist dringend notwendig, weil unsere Parteigenossen, die im Vordergrund der Bewegung stehen, ohnehin mit anderen Arbeiten überlastet sind, so daß sie selbst, wenn sie auf die Empfindungen der Genossinnen Rücksicht nehmen wollten, gar nicht die nötige Zeit hätten, um die entsprechende Agitation entfalten zu können. Die weiblichen Vorstandsmitglieder sollen gewissermaßen als Ersatz für die bisherige weibliche Vertrauensperson gelten. Der Titel und die Stellung soll geändert werden, aber die Funktionen sollen dieselben bleiben. (Sehr richtig!) Das historisch Gewordene soll in dieser Weise in den neuen Rahmen eingepaßt werden. Es soll das auch kein Ehrenamt für unsere Frauen sein, sondern eine ernste Pflicht. (Sehr richtig!) Außer aus Bayern habe ich auch nirgends einen Protest dagegen gehört, daß eine Frau Mitglied des Vorstandes sein soll. (Hört! hört!) Die Arbeitspflicht des weiblichen Vorstandsmitgliedes wird um so ernster und größer sein, da wir uns doch nicht damit begnügen können, die Frauen nur als Mitglieder zu gewinnen, sondern da wir dafür sorgen müssen, daß sie überzeugte Sozialdemokratinnen werden. (Sehr richtig!) Um dieses zu erreichen, müssen wir

noch energischer wie bisher die Zusammenkünfte pflegen, die, abgesehen von den Wahlkreisversammlungen und Bezirkszusammenkünften, der theoretischen und praktischen Schulung unserer Genossinnen dienen und sie zur Mitarbeit innerhalb der bestehenden politischen Parteiorganisation erziehen. Gegen diese besonderen Zusammenkünfte hat man sich vor allem in Leipzig gewendet! (Widerspruch Geyers.) Wenn inzwischen die sächsischen Genossen helle geworden sind (Heiterkeit) und sich bekehrt haben, so ist es mir um so lieber. Ich verstehe auch nicht, wie man sich dagegen wenden kann, daß sozialistisches Wissen unter den Frauen verbreitet wird. Die Gründe, die für eine besondere Agitation sprechen, sprechen auch für eine besondere Aufklärungsarbeit in diesen Zusammenkünften. Ich sagte, schon mit Rücksicht auf die Kinder könnten Mann und Frau nicht zugleich in die Versammlungen gehen. Es kommt doch vor allem darauf an, die Frauen in jungen Jahren emporzuheben. Dem Manne stehen alle Bildungsquellen zur Verfügung, die Frau aber bleibt geistig nicht nur stehen, sondern sie sinkt zurück. Um das zu verhüten, um sie in die Ideenwelt des Sozialismus einzuführen, sind diese besonderen Zusammenkünfte für die Frauen notwendig. Dort können die Genossinnen zum Beispiel in Nationalökonomie und Geschichte unterrichtet werden. Ich denke dabei an Abende, wie sie die Genossin Duncker in Leipzig veranstaltet hat, deren Tätigkeit es in erster Linie mit zu verdanken ist, daß wir gerade in Sachsen eine ganze Reihe tüchtiger Agitatorinnen bekommen haben. Auch in Hamburg haben wir seit 1900 für die Genossinnen Leseabende veranstaltet, in denen zu bestimmten politischen Fragen und auch zu der praktischen Mitarbeit Stellung genommen wurde. Wenn wir gegenwärtig in Hamburg zirka 4000 Frauen in den sozialdemokratischen Vereinen haben, so ist das in erster Linie diesen besonderen Frauenzusammenkünften zu danken. In den Zusammenkünften haben wir die Frauen z. B. dazu geschult, in großen Versammlungen neue Mitglieder zu gewinnen, haben sie in die Verwaltungsarbeit eingeführt usw. Auch die Dienstbotenorganisation in Hamburg, die an 4000 Mitglieder zählt, ist dieser Schulung der Genossinnen zu verdanken. Die beiden Delegiertinnen aus Hamburg, die außer mir hier sind, sind ebenfalls in dieser Schule groß geworden. Dort haben wir die Frauen an die Mitarbeit in den Bezirken und den Wahlkreisversammlungen gewöhnt und haben sie aufgerufen, sich zur Verfügung zu stellen, wenn die Verwaltungskörper neu gebildet wurden. Es sind doch auch nicht nur die Frauen, die davon profitieren, sondern auch die Männer werden es nur begrüßen können, wenn die Frauen ihre Ideale nicht nur begreifen, sondern auch für sie wirken und sich mit ihnen darüber unterhalten können. Wenn man sich gegen das Weiterbestehen dieser Diskussionsabende an einzelnen Orten wendet, so wurzelt das auch noch in einer gewissen Ueberschätzung des Parlamentarismus, die dazu beigetragen hat, daß die Tätigkeit unserer politischen Organisationen außerordentlich stark darauf zugeschnitten ist, Wähler heranzubilden und Wahlerfolge zu erzielen. (Sehr richtig!) Das soll kein besonderer Vorwurf sein, es ist in den Verhältnissen begründet, aber es ist eine Tatsache, daß aus diesem Grunde der Schulung der Genossinnen nicht die richtige Bedeutung beigemessen wird. Unsere Frauen haben eben keinen politischen Kurswert, weil sie kein Wahlrecht haben. (Sehr gut!) Von solch oberflächlichen Gesichtspunkten aus sollten aber Sozialdemokraten die Frage nicht beurteilen. Wir wollten uns alle Kräfte nutzbar machen, die der theoretischen Schulung der Angehörigen der Arbeiterklasse dienen. Wir betonen so oft den Gegnern gegenüber, daß alles formale Buchstabenrecht heute unter der Herrschaft des Kapitalismus zu einem furchtbaren Unrecht gegen die wirtschaftlich und sozial Abhängigen wird. Wenn das unsere Ueberzeugung ist, so müssen wir als Sozialisten uns vor

allem davor hüten, in denselben Fehler gegenüber den Frauen zu verfallen. Man spricht immer davon, es sei ein freier Arbeitsvertrag, den wir eingingen; wir wissen aber alle, daß der Hunger die Proletarier zwingt, die Löhne, wie sie der Unternehmer diktiert, zu akzeptieren, wenn sie ihm einzeln gegenüberstehen. Gerade so geht es den Frauen; sie sind durch die wirtschaftlichen Verhältnisse daran verhindert, von den Rechten, die ihnen zustehen, in der Art Gebrauch zu machen wie die Männer, und es wäre ein großes Unrecht, wenn man ihnen die Möglichkeit nähme, sich in die sozialistische Ideenwelt zu vertiefen, in einer anderen Art, wie das die Männer können. Wir brauchen die Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten, wir brauchen sie vor allem bei den außerparlamentarischen Kämpfen. Es ist schon auf ihre Beteiligung bei der Wahlbewegung hingewiesen worden. Auch zum Siege des wirtschaftlichen Boykotts haben sie häufig beigetragen. Wir wünschen ja nichts sehnlicher, als daß wir uns auch an den parlamentarischen Kämpfen beteiligen können; jedenfalls aber müssen wir doch, wo uns die Möglichkeit der Beteiligung heute gegeben ist, die Frauen für diese Beteiligung schulen.

Wir brauchen die Frauen vor allem als Rekrutenerzieher zum Klassenkampf. (Sehr richtig!) Dieselben Argumente, die geltend gemacht werden gegen eine besondere Aktion und Schulung der Frauen, wenn auch glücklicherweise nur an wenigen Orten, werden geltend gemacht gegen die Frauenkonferenzen. Man sagt, jetzt wo die Genossinnen in den Organisationsrahmen der Gesamtpartei eingefügt sind, brauchen wir diese Konferenzen nicht mehr, denn dieselben Fragen könnten auch auf dem Parteitag erörtert werden. Wer das behauptet, verkennt den Wert der Frauenkonferenzen. Diese Konferenzen haben außerordentlich viel dazu beigetragen, daß wir heute so viele geschulte Genossinnen haben. (Sehr richtig!) Hier haben die Frauen den größten Teil der Anregungen und Fingerzeige zur Agitation bekommen. (Sehr richtig!) Hier wurden auch die Genossinnen untereinander bekannt, was unsere Agitation ungemein fördert. Man könnte sagen, die Genossinnen könnten diese Fühlung ja auch auf den Parteitagen nehmen. Das ist in der Theorie richtig, in der Praxis aber gibt es nur wenige Orte, wo die Genossinnen die Möglichkeit haben, ein Mandat zum Parteitag zu bekommen. Die Bestimmung der Ziffer 6 des Organisationsentwurfes, wonach die Frauen in besonderen Frauenversammlungen Delegierte zum Parteitag wählen können, wird schon deshalb schwer durchführbar sein, weil dieses Vorgehen an vielen Orten doch als eine Demonstration gegen die Genossen aufgefaßt werden würde, und weil dadurch das harmonische Zusammenarbeiten der Genossen und Genossinnen, das wir so sehnlichst wünschen, und das eine Vorbedingung für die gedeihliche Entwickelung der gemeinsamen Organisation ist, gestört würde. Auch die Geldfrage würde übrigens hier mit in Betracht kommen. (Sehr richtig!) Eine prozentuale Vertretung der Frauen nach der Zahl der Organisierten wäre eine große Ungerechtigkeit, weil viele Frauen, die für die Partei arbeiten, doch nicht innerhalb der Bewegung öffentlich tätig sein können, sondern nur dadurch, daß sie den Männern es zu Hause möglichst gemütlich machen und es ihnen ermöglichen, mit viel größerer Kraft sich der Parteibewegung zu widmen. Das angenehmste wäre es mir, wenn man nach dem Vorgehen in Leipzig verfahren würde und unter allen Umständen bei einem gewissen Prozentsatz eine Frau wählen würde. Ich weiß aber, daß das nicht durchgeht, und deshalb schlage ich es gar nicht vor. Einen Vorschlag, der alle tatsächlichen Verhältnisse gerecht berücksichtigt, weiß ich augenblicklich selbst nicht. Man kann höchstens den Genossen empfehlen, auf die Frauen bei den Delegationen Rücksicht zu nehmen. Ich bestreite aber, daß dadurch die Frauenkonferenzen ersetzt werden können. Die Konferenzen

haben ihren Wert darin, daß auf ihnen aus unserem Parteiprogramm heraus Fragen, die die Frauen besonders interessieren, in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Auf den Parteitagen können solche Fragen nicht mit genügender Gründlichkeit erörtert werden, weil die Parteitage schon ohnehin überlastet sind, und weil die Genossen für diese Fragen doch nicht das notwendige lebendige Interesse haben. Die Frauenkonferenzen sind so ein vorbereitender Ausschuß der Parteitage für diese besonderen Fragen. (Sehr gut!) Es würde die ganze Frauenbewegung außerordentlich zurückwerfen, wenn die Frauenkonferenzen aufgehoben würden. Jedenfalls würden wir ein vorzügliches Agitationsmittel verlieren. Ich kann deshalb nicht glauben, daß der Parteitag dazu kommen sollte, die Frauenkonferenzen aufzuheben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn man in den Orten, wo man gegen das, was hier Besonderes für die Frauen geschehen soll, Protest erhebt, nur die Hälfte des Eifers dafür aufwenden würde, die Agitation unter den Frauen zu fördern. Das wäre für unsere Parteibewegung von viel größerem Nutzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Schließlich wünscht dann unser Organisationsentwurf, daß das Bureau der Genossinnen bestehen bleibt und die Vertreterin der Genossinnen dem Parteivorstande angegliedert wird. Auch diese Bestimmung hat eine Anfechtung gefunden und zwar auch in Hamburg. Das kann wohl nur auf einem Mißverständnis beruhen. Die Genossin Baader muß selbstverständlich, wenn sie die Organisation unter den Frauen entfalten soll, einen Raum zum Arbeiten haben, und es wird ihr wohl ganz gleich sein, ob sie Lindenstraße Nr. 69 oder Nr. 3 sitzt. (Heiterkeit.) Ich habe sogar persönlich die Ueberzeugung, daß es ihr viel lieber wäre, wenn sie bei unseren Parteivätern säße. Denn notwendige Rücksprachen sind dann viel leichter zu erledigen. Wie in den örtlichen Organisationen eine Genossin in den Vorstand zu wählen ist, so soll auch die Vertreterin aller Genossinnen dem Parteivorstand angehören. Damit hört dann natürlich die besondere Kasse der Genossinnen auf. Was an Mitteln aufzubringen ist, hat aus der gemeinsamen Parteikasse zu erfolgen. Ich möchte Sie bitten, diesen Vorschlägen zuzustimmen und hoffe, daß auch der Parteitag sie annehmen wird. Wenn man sich gegen diese Vorschläge wendet, so würde man damit aussprechen, daß die Partei sich fürchtet vor der sozialistischen Erziehung der Frauen. Die Rückständigkeit und Rechthaberei einzelner hat jedoch bisher noch immer die Gesamtpartei korrigiert und daher bin ich überzeugt, daß Frauenkonferenz und Parteitag den Vorschlägen zustimmen werden. (Andauernder lebhafter Beifall.)

Genossin **Bollmann**-Halberstadt: Im großen und ganzen kann ich mich den Ausführungen der Genossin Zietz anschließen. Nur in einem Punkte habe ich Bedenken. Ich halte es nicht für richtig, daß die Frauen- und Mädchenbildungsvereine noch weiter bestehen bleiben und warne Sie, der Resolution der Berliner zuzustimmen. Es liegt sonst die Gefahr vor, daß diese Vereine später einmal zum Schmollwinkel werden für diejenigen Genossinnen, die glauben, daß sie in der Parteiorganisation nicht zu ihrem vollen Rechte kommen. All das, was in dem Artikel der Genossin Zietz ausgeführt ist, bleibt den Genossinnen auch offen, wenn sie sich der Parteiorganisation anschließen.

Genossin **Wackwitz**-Dresden: Was die Genossin Zietz ausgeführt hat, besteht bei uns in Sachsen vor allem in den drei Wahlkreisen, die ich zu vertreten habe. Wir haben nicht nur in allen Kreisvorständen Frauen sitzen, die die Agitation fördern und überwachen, sondern auch in den einzelnen Verwaltungen. In dem Organisationsentwurf halte ich ein paar redaktionelle Aenderungen für notwendig. Im Absatz 2 heißt es „unabhängig“,

Dafür sollten wir lieber das Wort „neben den“ setzen. Es ist schließlich dasselbe, klingt aber in der Form doch etwas anders. Im Absatz 4 möchte ich auch eine Aenderung dahin haben, daß es nicht heißt, die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl in dem Vorstand vertreten, sondern die weiblichen Mitglieder sind auf ihre Fähigkeit zu prüfen und dann dem Vorstand anzugliedern. (Lebhafter Widerspruch.) Damit würden die Gründe für die Gegnerschaft einzelner Genossen gegen diesen Entwurf wegfallen. Ganz unverständlich ist es mir, wie man sich gegen das Weiterbestehen der Frauenkonferenzen wenden kann. Die Frauenkonferenzen leisten eine ungeheure Vorarbeit für den Parteitag, der mindestens eine Woche länger tagen müßte, wenn alle die hochwichtigen Fragen, die die Frauen besonders interessieren, auf ihm verhandelt werden sollten.

Genossin **Duncker**: Im großen und ganzen kann ich mich mit den Vorschlägen einverstanden erklären, vor allem bin ich auch für die niedrigeren Beiträge der Frauen, weil der Beitrag der Frau vielfach als eine Doppelbesteuerung der Familie aufgefaßt wird, zumal dann, wenn die Frau nicht mit verdient. Besonders möchte ich auch für die Frauenversammlungen ein Wort sprechen. Genossin Zietz hat schon betont, daß es Themata gibt, die die Frauen besonders interessieren, Fragen wie die des Mutterschutzes, des Kinderschutzes, der Kindererziehung werden den Frauen näher liegen als den Männern. Dazu kommt, daß auch solche politische Fragen, die beide Geschlechter interessieren, doch sehr häufig von den Frauen in ganz anderer Weise angefaßt werden. So hatten wir in Dresden einmal eine Protestversammlung gegen die Milchverteuerung. Der Redner ging von der Verteuerung der Futtermittel aus und sprach ausführlich über die ganze Zollpolitik usw. Ich hatte den Eindruck, daß die ganzen sehr zahlreich dasitzenden Frauen, zum Teil solche, die noch sehr selten in eine Versammlung gekommen waren, dem Vortrag gar nicht folgen konnten. Eine Frau hätte die Sache ganz anders angefangen. Sie hätte vielleicht genau dasselbe gesagt, aber sie hätte begonnen davon zu sprechen, was die Verteuerung der Milch für die Kinder usw. bedeute. Damit hätte sie das Interesse der Frauen geweckt, die dann auch den Ausführungen über die Zollpolitik zugänglicher gewesen wären. Das Denken der Frauen ist nicht geringwertiger, aber es ist anders als das des Mannes. Die Frauen gehen meist von der praktischen Seite des Lebens aus, und wenn wir sie packen wollen, müssen wir immer wieder von diesen praktischen Fragen anfangen und können von denen sehr gut Brücken schlagen auch zu der Theorie. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde brauchen wir also besondere Versammlungen für die Frauen und dann auch aus dem schon erwähnten Grunde, weil Frauen und Männer nicht gleichzeitig von zu Hause wegkommen können. Ich habe es zahllose Male erlebt, daß in Versammlungen, in denen eine Frau über ein Thema sprach, das besonders die Frauen interessierte, in der Hauptsache Männer anwesend waren. Wenn man sie fragt, warum sie ihre Frauen nicht hinkommen lassen und selbst bei den Kindern blieben, empfinden die süddeutschen Genossen diese Zumutung als eine furchtbare Herabwürdigung. (Heiterkeit.) Ich habe mich sehr darüber gewundert, daß man speziell in Leipzig gegen die besonderen Frauenversammlungen Sturm gelaufen hat. Geyer hat sehr mit dem Kopf geschüttelt, ich weiß nicht, wie das zusammenhängt. Ich habe in der „Leipziger Volkszeitung“ die Versammlungsberichte gelesen und habe auch zahlreiche Jammerbriefe von den Leipziger Genossinnen bekommen. Wir brauchen diese Abende, um den Frauen erst einmal zu zeigen, wie sie reden müssen, und weil nur in diesem kleinen Kreis die Kritik möglich ist, die wie aneinander üben müssen. Für das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine wäre ich nur dann, wenn sie schon lange bestehen und das Herz der Genossinnen daran hängt. Neugründungen solcher Vereine sollte man aber auf keinen Fall mehr zulassen. Die Genossin Wackwitz hat eine Art Befähigungsnachweis für die Frauen verlangt, die in den Vorstand kommen sollen. Wo wird denn ein solcher Befähigungsnachweis für die Genossen verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen doch der Frau nicht noch eine ungünstige Extrawurst braten. (Heiterkeit und Sehr gut!) Es wird sehr schwierig sein, dann noch eine Frau zu finden, die von der Ansicht der Genossen aus die nötige Befähigung hat. (Sehr richtig!) Wir haben aber sehr häufig alte tüchtige Genossinnen, die in der Frauenbewegung groß geworden sind, die jedoch durch die Unannehmlichkeiten, welche die ersten Anfänge der Frauenbewegung mit sich gebracht haben, ein wenig verbittert sind. So sehr auch derartige Genossinnen meist in ihrem Innern verwachsen sind mit der ganzen Frauenbewegung, so sollte man doch gerade sie nicht betrauen mit der Betätigung in den Verwaltungen, denn das hat die Gefahr, daß diese Genossinnen, so gut sie es auch meinen, dadurch, daß sie in jeder kleinen Anspielung eine Spitze sehen, mehr verderben als gutmachen. (Sehr wahr!) Eine besonders schwierige Frage ist die der Delegation zum Parteitag. Ich wünsche dringend, wir fänden einen Modus, nach dem diese Sache ein für allemal geregelt ist. Eine solche sichere Feststellung würde eine Unmenge Verbitterung aus der Welt schaffen, denn es ist für eine Frau, die eine Delegation durchsetzen soll, heute jedesmal ein Martyrium. Das beste wäre, die Sache so zu regeln, daß, wenn die Zahl der organisierten Frauen eine bestimmte Höhe erreicht hat, jedesmal eine Genossin delegiert werden muß. (Bravo!)

Genossin **Ottilie Baader**: Ich möchte einiges darüber sagen, wie in Zukunft die Arbeit der Zentralstelle der Frauen sich gestalten wird. Wir haben bisher eine Unmasse rein mechanischer Arbeit zu leisten gehabt, zu deren Erledigung die Zentralstelle eine Hilfskraft zur Verfügung hat. Gewiß, von vielen Arbeiten würde mit der neuen Organisationsform die Zentralstelle entlastet werden. Aber neue Anforderungen werden dann an sie herantreten. Die Frauen werden sich im politischen Leben intensiver betätigen, sie werden den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften größeres Interesse entgegenbringen, und das wird auch für die Zentralstelle seine Rückwirkung haben. Wir müssen uns sagen, daß unsere Bewegung jetzt bis zu einem gewissen Grade herangereift ist. Die neuen Aufgaben werden so vielseitig sein, daß eine Person die Agitation nicht mehr zu leiten vermag. Mindestens zwei Genossinnen müssen dem Parteivorstand angehören. (Beifall.) Die zweite Person muß eine vollwertige Kraft sein, die in Deutschland bekannt ist, die die Agitation genau kennt, kurz, die Eigenschaften hat, wie sie nur in unserer Luise Zietz verkörpert sind. (Lebhaftes Bravo!) Also wir verlangen vorläufig zwei Mitglieder im Parteivorstand, später können es ja mehr werden. (Heiterkeit und Beifall.) Selbstverständlich, wenn sich unsere Bewegung ausdehnt, dann erheben wir auf die Zahl der Mitglieder im Parteivorstand denselben Anspruch wie die Männer. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist gewiß keine unbillige Forderung, wenn wir zwei vollwertige Personen verlangen, welche die Frauenbewegung in Deutschland zu leiten haben.

Genossin **Zetkin**: Nachdem die Genossin Baader einen für den Fortbestand unserer Frauenbewegung so hoch bedeutsamen Vorschlag gemacht hat, möchte auch ich dazu Stellung nehmen, und zwar in dem Sinne, daß unser Verlangen nach zwei vollwertigen Kräften in jeder Hinsicht sachlich gerechtfertigt ist. Er ist sachlich gerechtfertigt zunächst durch den Umfang, den unsere Frauenbewegung genommen hat, und durch den Anteil, den sie an allen

Parteiaktionen nimmt. Die Forderung ist aber sachlich noch mehr berechtigt durch das, was die Frauenbewegung in Zukunft auf Grund der neuen Organisationsform leisten wird. Es werden vielleicht kluge Leute kommen und sagen, wenn erst die Genossinnen mit den Genossen zusammen arbeiten, werde die Arbeitsfülle ja verringert werden. Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt. In dem Augenblick, wo unsere Genossinnen überall als Gleichberechtigte mit den Genossen leben und weben, da wird die Arbeitsfülle für die Zentralstelle nicht verdoppelt, sondern verzehnfacht werden. (Sehr richtig!) Eine Hilfskraft, und mag sie noch so geschickt und fleißig sein, kann das nicht leisten. Dazu gehört eine Genossin, die mit unserer Frauenbewegung von Anfang an verwachsen ist. Da nun einmal die persönliche Seite der Sache besprochen ist, so kann ich nicht umhin, die Anregung zu geben, den Vorschlag unserer Genossin Baader zu dem unsrigen zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wir ehren mit der Annahme dieses Vorschlages nicht nur die Genossin Zietz, sondern die gesamte Frauenbewegung, in deren Schoß solche Kräfte herangewachsen sind. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 12. September — Vormittags-Sitzung.

Genossin **Zetkin** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Die Diskussion über die Frage der Neuorganisation der Genossinnen wird fortgesetzt.

Zunächst gibt Genossin **Baader** zur gestrigen Diskussion folgende Erklärung ab: Wenn ich gestern gesagt habe, es müßten künftig zwei vollwertige Genossinnen in den Parteivorstand gewählt werden, so habe ich mich vielleicht etwas voreilig ausgedrückt. Diese Parteigenossinnen zu wählen, ist Sache des Parteitages, dem die Entscheidung in der ganzen Frage zusteht. Ich wollte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß unbedingt zwei Genossinnen gewählt werden möchten.

Genossin **Schlösser**-Braunschweig: Vielfach sind die Genossinnen, und gerade die in leitender Stellung, gegen die Frauenbildungsvereine und gegen die Frauenagitation. (Sehr richtig!) So auch in Braunschweig. Uns wurde, als wir den Bildungsverein auflösen mußten, die Abhaltung von Versammlungen zugesagt, aber die Zusage nicht gehalten. Im ganzen haben wir nur zwei Versammlungen abhalten können. Die Genossen haben das für Extravaganzen erklärt, wir könnten ja Männerversammlungen besuchen. Aber die Frauenversammlungen sind eine absolute Notwendigkeit zur Agitation. (Sehr richtig!)

Genossin **Popp**-Wien: Auch hier zeigt sich die Gemeinsamkeit der Bewegungen in den verschiedenen Ländern. Auch wir haben den Kampf gegen die Reaktion zu führen. Wir stehen erst vor dem Kampf um das Vereinsrecht der Frauen. Wir wissen uns ja zu helfen in unserem „schwarzen Winkel", in einer Zusammensetzung von schwarzen Winkeln. (Heiterkeit.) Wir erobern eine schwarze Burg nach der anderen im Kampf gegen Verdummung und Klerikalismus. Bei uns lastet leider dieser noch auf der Masse der Frauen und wir haben die schwere Aufgabe, die Saat der Kindheit wieder zu vernichten. Aber wenn man sieht, daß die Zahl der Kämpfer immer größer wird, so kommt die Siegeszuversicht. Nur Einigkeit und Zusammenhalten ist notwendig. Die Frage der Frauenkonferenzen ist auch für uns sehr brennend. Wenn wir auch noch so sehr für Gleichheit zwischen Mann und Frau sind, so kommen wir doch nicht darüber hinweg, daß die Verhältnisse für die Frauen doch so ganz verschieden, daß sie andere Mittel brauchen als der Mann zur Aufklärung. Auch unsere letzte Frauenkonferenz im Frühjahr, die zu unserer Freude auch Genossin Zetkin besucht hat, und an der sie sich eifrig und überaus erfolgreich beteiligte, hat uns neue Wege gewiesen, die uns vorwärts bringen werden in unserer Agitation. Bei uns ist ganz ausgeschlossen, daß die Frauen in die Vereinsabende der Männer gehen. Sie haben keine Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen für ihre Kinder. Wenn die Frau des Arbeiters, die arbeitende Frau in die Versammlung geht, dann kann der Mann ein paar Stunden die Kinder warten, während die Frau sich Aufklärung verschafft, damit sie ihren Kindern eine aufgeklärte und unterrichtete und wissende Mutter sein kann. (Beifall.) Deshalb gedenken wir unsere Frauenkonferenzen, die wir alle zwei Jahre abhalten wollen vor dem Parteitag, nicht aufzugeben. Was der Genosse aus Bremen über die brutale Haltung der Bürgerschaft gegen die Forderung des Frauenwahlrechts sagte, ist ein Lied, das auch wir singen können. Als in unserem niederösterreichischen Landtag unser einziger Vertreter auch für die Frauen das Wahlrecht forderte, da brach die ganze reaktionäre Horde in ein Geheul aus: Unsere Frauen brauchen das nicht, sie wollen es nicht, sie verzichten! Nun, wenn die besitzenden Klassen es nicht brauchen, die Arbeiterfrauen sagen: Wir tragen die Last der Arbeit, wir tragen die Last der Teuerung, wir tragen die Last der Steigerung der direkten und indirekten Steuern mit unseren Männern gemeinsam, wir wollen auch das politische Recht und auch das Wahlrecht mit unseren Männern teilen. Und mögen jene es auch für überflüssig oder auch für unweiblich und unziemlich für das weibliche Geschlecht halten, wir, die wir das schwere Los der Arbeiterfrau kennen, die Bürde und das schwere Joch, das die Arbeiterin in der Fabrik, die Heimarbeiterin und die Frau des Proletariers zu tragen hat, wir wollen die politischen Rechte, damit sie sich dies Joch erleichtern können, mit aller Begeisterung, mit aller Leidenschaftlichkeit, deren sie fähig sind, ihre Stellung zu verbessern, nicht als Gnadengeschenk, das man hinnimmt, sondern als das Recht, das uns gebührt. (Beifall.) Ihre Beschlüsse jetzt werden auch uns wieder einen Schritt vorwärtsbringen, damit unsere sozialistische Arbeiterbewegung groß und stark wird und immer weitere Massen entrechteter, gedrückter und ausgebeuteter Frauen ergreift. Ihre Beschlüsse werden von neuem zeigen, wie wichtig und notwendig es ist, daß wir deutschen und österreichischen Genossen, so oft wir Gelegenheit haben, zusammenkommen, um Gefühle der Sympathie auszutauschen und um gemeinsam zu lernen, wie wir dem Ziel immer näher kommen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Pollender**-Leipzig: Ich glaube, die Oesterreicher sind viel leichter zu begeistern, als wir Deutsche. Wenigstens muß man zu diesem Schluß kommen, wenn man sieht, welch großen Anteil die Jugend und vor allem auch die Studenten an den Freiheitskämpfen dort nehmen.

Wie bereits gestern erwähnt wurde, ist bei uns in Leipzig der neue Organisationsvorschlag seit Jahren bereits praktisch eingeführt, und zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die Leipziger Genossen uns in weitestem Maße entgegengekommen sind. So bekommen wir die „Gleichheit" unentgeltlich geliefert. Widerspruch bei den Genossen findet nur die Bestimmung der neuen Organisationsform, daß die weiblichen Mitglieder im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten sein müssen. Die Genossen wenden ein, daß besonders in den ländlichen Kreisen sich gar nicht so viele Genossinnen finden, die ein Vorstandsamt ausüben könnten. Wenn das der Fall sein sollte,

so liegt die Schuld daran einzig und allein bei den Genossen selbst, die es verabsäumt haben, die Frauen heranzubilden. (Sehr richtig!)

Genossin **Greifenberg**-Augsburg: Auch ich kann Ihnen nur empfehlen, die neue Organisationsform hier anzunehmen. Wir in Augsburg sind bereits in der glücklichen Lage, von den Genossen Sitz und Stimme im Ausschuß eingeräumt erhalten zu haben. Auch ist eine Frau als Sektionsleiter gewählt worden. Bezeichnend ist, daß von einem leitenden Genossen in Augsburg nach dieser Wahl erklärt wurde: Seid Ihr denn schon so weit gekommen, daß Ihr ein Frauenzimmer dazu nehmen müßt. (Hört! hört! Unruhe.) Habt Ihr denn keine Männer, die diese Posten ausfüllen können. (Zuruf: Das ist doch stark!) Wir verlangen kein Entgegenkommen und keine Geschenke, sondern wir verlangen von den Genossen unser Recht. Und unser Recht besteht darin, daß man Genossinnen, die befähigt sind, in den Vorstand beruft. Hoffentlich findet unser Organisationsplan auf dem Parteitag Annahme. Wie die Vorrednerinnen meine auch ich, daß wir auf zwei Plätze im Parteivorstand Anspruch haben. Unsere Frauenkonferenzen müssen beibehalten werden. Unsere gestrigen und heutigen Debatten beweisen, daß diese Fragen im Rahmen des Parteitages gar nicht erledigt werden können. Leider findet die Frauenbewegung auch bei vielen Parteigenossen nicht das Maß der Sympathie, das sie finden müßte. Auf dem Münchener Parteitag erwiderte mir auf diese Feststellung hin Genosse Timm, wir sollten doch Vertrauen zu den Genossen haben. Wie angebracht unser Mißtrauen ist, beweist die Haltung wiederum eines leitenden Augsburger Genossen, der den Genossen Segitz deswegen rektifizierte, weil er mir als Gast des bayerischen Landesparteitages bei der Frage der Frauenorganisation das Wort erteilt hatte. (Hört! hört!) Dieser Genosse behauptete ferner, ich sei noch nicht einmal politisch organisiert. Da er wußte, daß wir Frauen bis zum 1. Juli die freiwilligen Beiträge an die Parteikasse abführten, hat er damit wissentlich etwas Unwahres gesagt. (Sehr richtig!)

Genossin **Kaßner**-Magdeburg: Ich möchte auch wünschen, daß wir die Organisation im ganzen Deutschen Reich möglichst einheitlich vornehmen. Wir haben auf einer Konferenz in Halberstadt zum 1. Oktober die Auflösung der Frauen- und Mädchenbildungsvereine beschlossen, und speziell in Magdeburg sind fast alle Mitglieder des Vereins in die politische Partei übergetreten. Wir sollten Schulter an Schulter mit den Männern für unsere Sache kämpfen. Wenn wir auch selbst nichts mehr davon haben, so kommt es doch unseren Kindern zugute. (Bravo!)

Genossin **Schlomer**-Lübeck: Der niedrigere Beitrag für die Frauen ist durch die Verhältnisse begründet. Höchstens könnte man daran denken, von den alleinstehenden Frauen einen etwas höheren Beitrag zu verlangen. Aber wir wissen ja, daß diese, soweit sie im Erwerb tätig sind, sehr viel weniger verdienen, so daß auch für sie der niedrigere Beitrag gerechtfertigt ist. Besondere Frauenversammlungen sind dringend notwendig. Vor drei Jahren waren in Lübeck neben 2000 männlichen Genossen nur 20 Frauen Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins. Man beschloß, regelmäßige Sonderversammlungen für diese kleine Mitgliedschaft einzurichten. Es kamen bei dem ersten Versuche nur 8 Frauen, als wir aber zwei Monate hindurch diese Besprechungen regelmäßig fortführten, kamen ohne besondere Agitation von Woche zu Woche neue Mitglieder hinzu, und jetzt beträgt die Zahl der organisierten Frauen 230. Auch durch die Dienstbotenbewegung haben wir den Frauen ein Arbeitsfeld gegeben, wo sie sich selbständig betätigen können. Ich möchte weiter vorschlagen, überall ohne Rücksicht auf die Zahl der weiblichen Organisierten ein weibliches Mitglied in den Vorstand zu senden. Rechtfertigen läßt sich das überall einfach daraus, daß den Sonderaufgaben der Agitation unter den Frauen ein Mittelpunkt gegeben werden muß, und das ist am besten eine Frau. Gerade weil wir noch so wenige sind, müssen wir eine Frau im Vorstand haben, die das nachholt, was bisher auf dem Gebiete der Frauenagitation versäumt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nur in den kleinen Orten, wo vielleicht drei, fünf, vielleicht noch gar keine Frauen organisiert sind, sollte man einem männlichen Mitgliede des Vorstandes die Agitation unter den Frauen als besondere Aufgabe stellen. Diesem Manne müßte eine Frauenkommission beigegeben werden, in der den Frauen Gelegenheit gegeben wird, sich zu leitenden Persönlichkeiten auszubilden. Es kann uns nichts daran liegen, daß in solchen Orten womöglich eine ungeschickte oder unreife Frau in den Vorstand hineinkommt, und wir müssen damit rechnen, daß wir bei den Genossen nicht überall für unsere Bestrebungen volles Verständnis finden, sondern vielfach auf Gleichgültigkeit und Ueberhebung stoßen. Wenn nicht ein absoluter, so wird doch meist ein passiver Widerstand der Genossen zu überwinden sein, und dazu sind nicht alle Frauen geeignet. Ich bitte Sie daher, meinem Vorschlage zuzustimmen. Für selbstverständlich halte ich es, daß mit dem Augenblick, wo so große neue Aufgaben an unseren Spezialzentralvorstand herantreten, wir zwei Frauen im Parteivorstand verlangen müssen. Vor allem müssen wir wünschen, an dieser Stelle jemand zu sehen, der vollkommen diesen schwierigen Posten ausfüllt, und es gibt wohl keinen Winkel in Deutschland, wo unter den Frauen der Name der Genossin Zietz nicht genannt würde. Ich empfehle Ihnen, mit aller Kraft und Begeisterung dafür einzutreten, daß diejenige Frau in den Parteivorstand hineingewählt wird, die unser Vertrauen besitzt und die befähigt ist, in großzügiger Weise die Agitation unter den Frauen zu leiten. (Bravo!)

Genossin **Baumann**-Altona: Wer die Schwierigkeit der Frauenagitation aus langjähriger Arbeit kennt, kann den Vorschlägen der Genossin Zietz und der anderen Befürworter der Organisationsvorschläge nur zustimmen. Wir haben ja nicht erst auf die Gewährung des politischen Vereinsrechts gewartet, wir haben in der Agitation Erfahrungen gesammelt, und die dürfen wir doch jetzt, wo wir größeren Spielraum haben, nicht ohne weiteres zurücksetzen. Die Gegner der besonderen Frauenagitation kennen offenbar die Verhältnisse nicht. (Sehr richtig!) Es ist von größter Wichtigkeit, persönliche Anknüpfungspunkte bei der Agitation zu suchen, um die Frauen für uns zu gewinnen. Es ist ja nicht in unseren Vorschlägen gesagt, daß an jedem einzigen Orte eine Vertrauensperson vorhanden sein muß. Aber über diese Schwierigkeiten kommen wir hinweg, da wir ja die Kreisorganisation haben. Die Zentralvertrauensperson soll dort die Anregungen geben, wo am Orte keine geeignete Person vorhanden ist. Bei uns in Schleswig-Holstein ist das sehr gut geregelt. Wir haben ja im vorigen Jahre schon den Versuch gemacht, wenigstens an drei Stellen in Deutschland besondere Agitationsbezirke zu schaffen. Diese Erfahrungen sollen wir nicht über Bord werfen, bloß deshalb, weil wir jetzt die Möglichkeit haben, uns mit den Männern gemeinsam zu organisieren. Gleichberechtigung soll nicht in Gleichheitsfanatismus ausarten. Der Vorschlag der Genossin Baader, zwei Frauen in das Vorstandsbureau zu schicken, ist eine absolute Notwendigkeit. Es werden immer mehr Anregungen von den Frauen kommen, und die Arbeit der Zentralstelle wird weit ausgiebiger werden müssen.

Genosse **Haberland**-Barmen: Die Klagen über die Genossen, daß sie den Bestrebungen der Frauen nicht genügend gerecht werden, richten sich auch gegen Kreise, bei denen man es am wenigsten erwarten sollte. Wir am Niederrhein sind jedenfalls bessere Menschen. (Heiterkeit.) Wenn die Genossen vielfach

der Agitation der Frauen zweifelnd gegenüberstehen, so ist das nicht böser Wille, sondern sie sagen sich, wo es schon schwer fällt, die Männer zu organisieren, wird bei den Frauen noch weniger zu machen sein. Aber in den großen Kreisen sind die Genossen nicht dagegen, wie ja auch unsere Vorschläge zeigen. Wir fordern „mindestens“ eine Frau im Vorstand. Wir wollen, daß die Gleichberechtigung nicht schematisch ist, aber wir halten es nicht nur für das Recht, sondern für die Pflicht der Frau, so viel wie möglich an den Veranstaltungen der Männer teilzunehmen. (Beifall.) Aber wir sagen, es wird vorläufig noch nicht genügen, sondern es muß den Genossinnen das Recht gewahrt werden, nicht nur öffentliche Versammlungen zum Zwecke der Organisation abzuhalten, sondern auch spezielle Mitgliederversammlungen. (Sehr richtig!) Natürlich nach vorhergehender Verständigung mit der Parteiorganisation. Man hat eingewendet, daß da, wo wir noch keine eingearbeitete Agitation haben, sich diese Frauenversammlungen zu Klatschkränzchen ausbilden könnten; aber dem kann dadurch vorgebeugt werden, daß dort überall ein oder ein paar Genossen aus dem Vorstande delegiert werden. (Beifall.) Was den Mangel an fähigen Genossinnen anlangt, nun, bisher ist auch noch nicht das Problem gelöst, nur absolut fähige Genossen in den Vorstand zu wählen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir sind ja nicht egal gescheit, aber diesen etwaigen Mangel — und das haben wir in unseren Vorschlägen zum Ausdruck gebracht — kann man dadurch abhelfen, daß auch die Genossinnen ihre Bezirksführerinnen haben, die vollständig gleichberechtigt mit den Bezirksführern und auch verpflichtet sind, den Bezirksführersitzungen beizuwohnen mit gleichen Rechten und Pflichten. (Beifall.) Geschieht das überall, so werden sich in kurzer Zeit die Kräfte heranbilden, die wir zur Organisierung der Genossinnen notwendig brauchen. Wir sind der Meinung, daß diese Organisationsvorschläge im großen ganzen angenommen werden können. Aber gegen die Anträge Berlin und Ludwigshafen in bezug auf den weiteren Fortbestand von Frauenbildungsvereinen habe ich doch ein Bedenken: für Kaiserschnitte bin auch ich nicht, aber es ist die Gefahr von Neugründungen vorhanden (Sehr richtig!), und da ist der Vorschlag am sympathischsten, die Vereine können weiterbestehen, aber sie haben sich als Sektionen der Partei anzuschließen. Neugründungen müssen aber auf jeden Fall ausgeschlossen sein. Sie würden zur Kräftezersplitterung führen, zu einer Sammlung separatistischer Bestrebungen von Genossinnen, die mit ihren Spezialideen in der Gesamtpartei nicht durchdringen können. Da ist die größte Vorsicht nötig. Im übrigen aber fordere ich die Genossinnen auf, der Organisation der Genossinnen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und es kann gar nicht schaden, wenn die Genossinnen ein wenig Feuer dahinter machen. (Sehr gut!) Wir müssen damit rechnen, daß die herrschenden Klassen dazu übergehen, die Frauen als Sturmbock gegen die moderne Arbeiterbewegung mobilzumachen. (Sehr richtig!) Daher müssen wir so schnell wie möglich organisieren. Auf der anderen Seite erwarte ich aber, daß, je stärker die Genossinnen zu uns stoßen, um so mehr Forsche und Schneid in unsere politische Bewegung kommt, mehr Enthusiasmus, mehr Idealismus, den heute die Genossen hier und da vermissen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Zetkin**: Wir müssen hier unsere Debatte unterbrechen, denn zu unserer, wie ich wohl sagen darf, allseitigen Freude ist im Auftrage des Parteivorstandes der Genosse Singer in unserer Mitte erschienen, der einige Worte an die Versammlung zu richten wünscht.

Genosse **Singer** (mit Beifall begrüßt): Ich habe zunächst um Entschuldigung zu bitten, daß ich den Auftrag des Parteivorstandes etwas verspätet ausführe. Ich wollte gestern erscheinen, aber durch unaufschiebbare Vorarbeiten

für den Parteitag bin ich daran gehindert worden. Wenn auch verspätet, so nicht minder herzlich kommt der Gruß, den ich namens des Parteivorstandes der Frauenkonferenz überbringe. Wir im Parteivorstand wissen die Arbeit unserer Genossinnen sehr wohl zu schätzen. Wir sind seit Jahren Zeugen des immer wachsenden Eifers, der immer wachsenden Tätigkeit und der immer wachsenden Erfolge, die die Frauenbewegung in Deutschland zu verzeichnen hat. Und wir sind stolz darauf, daß wir in Deutschland eine Frauenbewegung haben, die, im größten Teil Deutschlands bisher politisch rechtlos, aus reinem Enthusiasmus für die große Sache des Proletariats so wirkungsvoll, arbeitsfreudig und erfolgreich tätig gewesen ist. (Lebhafter Beifall.) Wir im Parteivorstand wissen es genau zu würdigen, welche Unsumme von Arbeit und Eifer unsere Genossinnen in der Agitation aufgewendet haben. Schulter an Schulter mit den Parteigenossen haben sie gekämpft, und es war ihr eifrigstes Bestreben, durch die Verteilung von Flugblättern und die Veranstaltung von Versammlungen die Aufklärung in die breiten Massen des Proletariats zu tragen und zu wirken für die Durchdringung des weiblichen Proletariats mit den großen Ideen der Sozialdemokratie. (Beifall.) Sie haben durch ihre Teilnahme an der Wahlbewegung uns außerordentlich genützt. Ich kann dreist sagen, daß unsere Genossinnen an selbstloser Hingabe und an Opferfreudigkeit mit unseren Genossen durchaus konkurrieren können, ja, daß sie teilweise die Genossen an Aktionskraft und Eifer übertroffen haben. (Lebhafter Beifall.) Wir sind erfreut, daß jetzt die Möglichkeit gegeben ist, die Organisation der Frauen in festere Formen an die Partei anzuschließen. Die Gegner werden vielleicht das, was ich jetzt sagen werde, gegen die Haltung ausschlachten, die die Sozialdemokratie zum Reichsvereinsgesetz eingenommen hat. Aber wir werden nie solche Narren und Esel sein, die Vorteile, die ein innerhalb der heutigen Gesellschaft bestehendes Gesetz uns heute bietet, deshalb nicht auszunutzen, weil das Gesetz an sich nach wie vor von uns als volksfeindlich bezeichnet werden muß. Unsere Opposition gegen das Vereinsgesetz besteht nach wie vor. Wir müssen feststellen, daß dieses Gesetz trotz einiger Erleichterungen im großen und ganzen ein Machwerk finsterer Reaktion ist, ein Gesetz, welches die Rechte der in unseren Grenzen wohnenden Ausländer in einer solchen Weise beeinträchtigt, daß wir es als eine Schande für einen Kulturstaat betrachten müssen. (Sehr richtig!) Wir wissen auch, daß die Arbeiterbewegung, namentlich die Gewerkschaftsbewegung, durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes schwer beeinträchtigt wird, und es kann in keinem Fall davon die Rede sein, daß dies Gesetz durch die geringen Verbesserungen, die es bringt, etwa gerechtfertigt werden könnte. Aber wir werden die Fortschritte, die das Vereinsgesetz bringt — nicht der schönen Augen des Proletariats willen sind sie gegeben —, für uns ausnutzen. Wir werden uns nicht einreden, daß innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung auch nur ein einziges Gesetz ausschließlich zugunsten der Arbeiterklasse gemacht wird. (Sehr richtig!) Die Erleichterungen, die das Gesetz bringt, sind im Interesse der bürgerlichen Parteien erlassen worden. (Sehr richtig!) Weil die bürgerlichen Parteien ihre Frauenorganisationen haben, weil sie diese Frauenorganisationen für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke ausnutzen wollen, deshalb haben sie diese Verbesserungen geschaffen. Glücklicherweise ist die deutsche Sozialdemokratie schon so stark, daß nicht Gesetze gemacht werden können, die den bürgerlichen Frauen diese Erleichterungen geben, sie den proletarischen Frauen aber vorbehalten. Wir müssen nun diese Erleichterungen ausnutzen, um die Ziele der Sozialdemokratie auch unter den Frauen nachdrücklich und kräftig zu propagieren. Daß Sie dazu entschlossen sind, dafür bürgt die Arbeit, die Sie bisher unter noch schwierigeren

Verhältnissen geleistet haben. Deshalb dürfen wir mit Stolz und Freude sagen, daß die Frauenbewegung in Deutschland immer tiefer in die Proletariermassen eindringen wird. Sie sind im Begriff, Ihre Organisation den neuen Verhältnissen anzupassen. Zu dieser Arbeit wünscht Ihnen der Parteivorstand volles Gedeihen und vollen Erfolg. Die Sozialdemokratie in Deutschland kann und muß jede Mitarbeit jedes Genossen und jeder Genossin aufs höchste schätzen, denn sie ist dieser Mitarbeit noch bedürftig. Wir haben in Deutschland noch viel zu tun, noch viel zu arbeiten, um selbst unter den bestehenden Gesetzen die Rechte der Arbeiter nach allen Richtungen hin zu wahren. (Sehr richtig!)

Was wir im Parteivorstand als das erfreulichste Moment in der Frauenbewegung ansehen, ist die prinzipielle Festigkeit, die gerade unter den organisierten Frauen herrscht und die deutlich zeigt, daß sie durchdrungen sind von der Ueberzeugung, daß das letzte Ziel, die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Hauptaufgabe Ihrer Organisation ist. (Lebhafter Beifall.) Was wir innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaftsordnung den herrschenden Klassen abringen, sind nur Abschlagszahlungen, Zehrgelder auf dem weiteren Vormarsch zu unserem Endziel, zu der Befreiung des Proletariats aus dem Doppeljoch politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Unterdrückung. (Lebhafter Beifall.) Das ist das Ziel der Sozialdemokratie, zu dessen Erreichung wir praktisch arbeiten, das wir aber immer im Auge behalten müssen, wie es die Frauen getan haben. Ich habe die feste Zuversicht, daß Sie auch in der neuen Organisation, die Sie sich jetzt geben werden, den gleichen Eifer und die gleiche Freudigkeit zur Erreichung dieses Zieles an den Tag legen werden. Was innerhalb der bestehenden Verhältnisse an Vorteilen für das Proletariat erreicht wird, wird und soll nur benutzt werden, um unserem Endziel immer näher zu kommen, das unser Programm uns vorschreibt, die Befreiung des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihren Arbeiten den allerbesten Erfolg. Ich habe die Hoffnung, daß Ihre Vorschläge sich in dem Rahmen halten werden, in dem der Parteitag sie zu sanktionieren in der Lage ist. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß in Ihnen allen die Meinung wach ist, daß die organisierten Frauen gemeinsam mit den politisch organisierten Männern für die Interessen der Arbeiterklasse zu arbeiten haben. (Stürmischer Beifall.)

Genossin **Zetkin**: Ich glaube, im Sinn und Auftrag der Konferenz zu handeln, wenn ich den Genossen Singer bitte, den Parteivorstand und der gesamten Partei unseren herzlichen Dank zu sagen für die Anteilnahme und Sympathie an unseren Arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich darf wohl die Versicherung hinzufügen, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung auch in Zukunft bleiben wird, was sie bis jetzt war: ein werktätiges Glied im allgemeinen Emanzipationskampf des Proletariats. (Beifall.) Wir haben danach zu trachten, ausgerüstet zu sein mit allen Rechten und Kenntnissen, mit aller Begeisterung, Opferfreudigkeit und Energie, um wie in der Vergangenheit, so in der Zukunft mit der Sozialdemokratie eins zu sein in dem Wollen und in dem Handeln, diese verfaulende und vermorschende Gesellschaftsordnung möglichst bald dem Orkus zu überliefern. (Stürmischer Beifall.)

Genosse **Müller-Berlin**: Gestatten Sie mir auch einige Worte zu dem Referat der Genossin Zietz. Ich kann mich kurz fassen, weil die Genossin Zietz die gemeinsamen Vorschläge des Parteivorstandes und der Vertreterinnen der Genossinnen Deutschlands ganz in unserem Sinne begründet hat, und weil auch in der Debatte wesentliche Einwände gegen diese Vereinbarungen nicht erhoben worden sind. Die Genossin Schlomer aus Lübeck meinte, daß dort, wo Genossinnen nicht vorhanden seien, die in den Vorstand delegiert

werden könnten, ein männliches Mitglied beauftragt werden solle, sich speziell mit der Frauenagitation zu beschäftigen. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, eine derartige Bestimmung in die Vereinbarung aufzunehmen. (Sehr richtig!) Hier handelt es sich nur darum, den Grundsatz festzulegen, daß dort, wo es irgend angeht, eine Frau im Vorstande sein soll. In den anderen Fällen ist es selbstverständlich, daß nicht nur ein Genosse, sondern der ganze Vorstand die Frauenagitation betreibt und dafür sorgt, daß er sobald als möglich durch ein weibliches Mitglied vervollständigt wird. —

Nun möchte ich noch eingehen auf die beiden Punkte, die in den Vereinbarungen nicht erwähnt sind. Ich kann hier nur für meine Person sprechen, weil der Vorstand zu diesen Vorschlägen noch keine Stellung genommen hat. Daß auch in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden, halte ich für ganz selbstverständlich. Es wäre ganz unverständlich, wenn man den Parteitag, der an und für sich meist eine überreiche Tagesordnung hat, noch mit all den Fragen belasten wollte, die die spezielle Frauenagitation betreffen. Wir haben bereits Sekretärkonferenzen und Redakteurkonferenzen gehabt, und es ist selbstverständlich, daß mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch viel wichtiger, die Frauenkonferenzen sind. (Bravo!) Natürlich können diese Frauenkonferenzen dann nicht irgendwie bindende Beschlüsse für die weiblichen Vertrauenspersonen fassen, die ja als solche nicht mehr vorhanden sind, sondern es kann sich nur darum handeln, auf diesen Konferenzen zu debattieren und den Parteitag respektive dem Parteivorstand Vorschläge zu machen. (Sehr richtig!) Weiter ist gestern davon gesprochen worden, daß es notwendig sein werde, nicht nur eine Genossin, sondern zwei mit gleichen Rechten in dem Zentralbureau zu haben, und es ist dafür plädiert worden, daß diese beiden Genossinnen dem Parteivorstande angegliedert werden sollen. Die Genossin Baader hat ja heute bereits erklärt, daß es unter Umständen auch genüge, wenn nur eine von den beiden Genossinnen in den Parteivorstand gewählt werde. Ich weiß ja nicht, wie der Parteitag über diese Frage entscheiden wird. Manche Gründe, die dafür geltend gemacht worden sind, lassen sich gewiß hören, aber ich weiß auch, daß selbst unter den Frauen eine Strömung vorhanden ist, welche diese Gründe nicht gelten lassen will. Der Grund der Genossin Baader, die auf die vermehrte Verantwortlichkeit hinwies, scheint mir nicht stichhaltig. Der gesamte Parteivorstand wird diese Verantwortlichkeit für die Frauenagitation in Zukunft mitzutragen haben. Jedenfalls müssen wir damit rechnen, daß vielleicht die Majorität des Parteitages sich auf den Standpunkt der Vereinbarungen stellt und sich dahin entscheidet, den Parteivorstand nur um ein weibliches Mitglied zu vermehren. Daher muß meiner Meinung nach auch hier für diesen Eventualfall Vorsorge getroffen werden. Ich weiß nicht, ob es gut war, die sachliche Frage mit der Personenfrage zu verquicken. (Sehr richtig!) Auf Parteitagen war das bisher nicht üblich. Nachdem es hier einmal geschehen ist, halte ich es für meine Pflicht, auch dazu Stellung zu nehmen, weil sonst der ganz unbegründete Verdacht erweckt werden könnte, daß der Parteivorstand gegen eine der vorgeschlagenen Genossinnen irgend etwas hätte. Es sind bisher nur die Genossinnen Baader und Zietz vorgeschlagen. Beide Genossinnen sind uns auf Grund unseres Zusammenarbeitens gleich ans Herz gewachsen. Wir haben mit der Genossin Baader die ganzen Jahre hindurch stetige Fühlung gehabt, und wir wissen die Kräfte, die sie besonders für die Frauenbewegung aufgewandt hat, zu schätzen. Es könnte uns also nur angenehm sein, wenn sie dem Parteivorstand angegliedert werden sollte. Ebenso lieb ist uns selbstverständlich die Genossin Zietz, für die ja insbesondere geltend gemacht worden ist, daß sie eine reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Agitation

hat. Sie wissen ja alle, daß die Genossin Zietz durch ihre vielen Agitationsreisen im Interesse der Partei, man kann wohl sagen, in ganz Deutschland bekannt ist. Ich weiß nicht, ob es viele Männer gibt, die so mit den Parteiverhältnissen an den einzelnen Orten vertraut sind wie die Genossin Zietz. dem ist die Genossin Zietz auch theoretisch durchgebildet, es sind also bei ihr all die Voraussetzungen für die Bekleidung eines derartigen Postens vorhanden. Wenn also der Parteitag beschließen sollte, daß die Genossin Zietz in den Parteivorstand eintritt, so wäre auch das uns nur recht, wir würden sie gewiß alle mit offenen Armen empfangen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Heuer**-Hamburg: Der zweite Kreis Hamburg steht auf dem Standpunkt, daß die Frauen gemeinsam mit den Männern zu organisieren sind. Ich halte es aber für notwendig, daß wir doch innerhalb der Partei für die Frauen noch besondere Bildungsbestrebungen veranstalten müssen.

Im einzelnen ist die Art der Verbreitung von Bildungsorganisationen Sache der Lokalorganisation. In Hamburg ist man uns bei den Genossen durchaus nicht gegnerisch gesinnt.

Genosse **v. Elm**: Ich habe zum Organisationsentwurf den Antrag gestellt, die beiden Schlußsätze von Punkt 1, Punkt 2 ganz, und Punkt 6 bis auf den Schlußsatz zu streichen. Er wird Ihre Zustimmung nicht finden, darüber bin ich mir klar. Vielleicht sehen einige Genossinnen einen verkappten Weiberfeind in mir, der die Frauenbewegung nicht hochkommen lassen will. Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem die Frauen wahrscheinlich am allerbesten organisiert sind, dem sechsten schleswig-holsteinischen: 7461 männliche, 1287 weibliche organisierte Parteigenossen, in einem rein ländlichen Wahlkreise; aber das ist nur erreicht durch die gemeinsame Arbeit von männlichen und weiblichen Genossen. Wir haben ja auch im Wahlkreise den einen oder anderen „männlichen Esel", rückständige Genossen, die noch auf einem urkomischen Standpunkt in bezug auf die Frauen stehen; die werden wahrscheinlich aussterben müssen. (Heiterkeit.) Aber der ganze Organisationsentwurf geht von dem Grundgedanken aus, daß die Mehrzahl der Männer Esel sind; das ist ein nach den Erfahrungen durchaus nicht berechtigtes Mißtrauen. Solange die Frauen sonderorganisiert sind, wird ein Teil der Männer die Verantwortung den Frauen überlassen. Auch ich könnte Zeugen vorführen, die mir gesagt haben: wir wollen sie gar nicht haben, die Weiber, mögen sie unter sich bleiben, viel besser! Was ich will, ist, daß die Männer die volle Verantwortung auch für die Entwickelung der Frauenbewegung fühlen.

Sie wollen die Entscheidung über das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine den Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte überlassen. Wozu wollen Sie das noch besonders bestimmen? Wo die Genossen und Genossinnen uneins sind, haben die Genossen die Mehrheit. Die Genossin Zietz sagt ja, die Frauenbewegung muß in der Gesamtbewegung des Proletariats aufgehen; nun, dann soll man jetzt, wo die Möglichkeit besteht, nach dem neuen Vereinsgesetz die Frauen der Partei anzugliedern, das auch konsequent durchführen und nicht Hintertüren aufmachen. Sie als Sektionen der Partei anzugliedern, wie Haberland empfiehlt, ist ganz undurchführbar. Was würde das für einen Wirrwarr geben. Es sollen abendliche Veranstaltungen eingerichtet werden, wiederum eine Vorschrift! Die Männer sollen mit den Frauen gemeinsame Veranstaltungen besuchen, sie sollen die Frauen aufklären, unsere Frauenbewegung würde ja viel weiter sein, wenn unsere Männer nicht so maulfaul wären (lebhafte Zustimmung), wenn sie die Frauen unterrichten würden, statt zu sagen: Was geht denn die das an, ich tue ja meine Schuldigkeit. Wir in unserem Wahlkreis haben es für die moralische Pflicht der Männer erklärt, dafür zu sorgen, daß ihre Frauen Parteimitglieder werden. Daß mindestens

eine Genossin im Vorstand sein soll, wird nicht immer durchführbar und auch nicht immer zu empfehlen sein. Sie gehen hier immer von dem Gedanken aus, die Förderung der Frauenbewegung verstehe nur die Frau. Gewiß können unter Umständen besondere Frauenversammlungen notwendig sein, aber man soll das nicht vorschreiben. Gewiß wird wahrscheinlich die Beibehaltung von Frauenkonferenzen notwendig sein, aber man überlasse doch die Entscheidung dem Parteivorstand, in dem Sie ja auch vertreten sein werden. Dann verlangen Sie mindestens zwei Vertreter im Vorstand. Man hat wahrhaftig den Eindruck, als wenn Sie der Meinung sind, die Frauenbewegung habe doch eigentlich über der Gesamtbewegung zu stehen. Sogar eine bestimmte Person verlangt man! Frau Zietz im Vorstande würde ihre Agitation ganz erheblich einschränken müssen, oder es würde ein Vorstand auf Reisen sein. Zum mindesten streichen Sie den Punkt über die Delegationen zum Parteitag. Sie motivieren das damit, die Frauen können dort etwas lernen, haben also den Standpunkt, daß unsere Parteitage Schulen sind. Nun gerade in der letzten Zeit hat man doch immer betont, die Parteitage sollen der Ausdruck des Gesamtwillens der Partei sein, urteilsfähige Leute müssen wir hinschicken! Aber ich meine, die Frauen sind in vielen Fällen nicht urteilsfähig genug. Man muß auch mit den Verhältnissen der Wahlkreise rechnen. Wir senden beispielsweise nicht immer drei Delegierte auf den Parteitag, weil wir unser Geld notwendig für die Agitation brauchen. Auch wenn es nicht festgelegt ist, können Sie dahin wirken, daß eine Frau gewählt wird. Sie brauchen sich nur vorher zu verständigen, für wen Sie stimmen wollen. Aber um das Mandat reißen sich fünf oder sechs Frauen, und da ist es selbstverständlich, daß keine gewählt wird. (Zuruf: Die Männer tun es auch!) Nun gerade dann sollten Sie sich erst recht nicht zersplittern, dann setzen Sie die Frau durch. Lassen Sie also die Vorschriften, heben Sie den Zwang auf und anerkennen Sie, daß auch wir Männer ein Urteil über die Frauenbewegung haben, daß wir bereit sind, mitzuwirken und allen möglichen Gründen Gehör schenken.

Genossin **Wengels**: Was den Berliner Antrag anlangt, so liegt die Sache so, daß wir die kleinen Frauenbildungsvereine in den Vororten von Berlin sämtlich schließen wollen. Wir wünschen nur, daß der große Berliner Frauen- und Mädchenbildungsverein so lange bestehen bleibt, bis ein anderes Institut von den Wahlkreisen geschaffen ist, das seine Arbeit dann übernimmt. Wenn sich Genosse v. Elm gegen den zweiten Passus wendet, weil darin ein Zwang für die Bildung von besonderen Frauenzusammenkünften ausgesprochen werde, so könnte die Fassung dieses Passus dadurch gemildert werden, daß man statt „sind zu bilden", „können gebildet werden" sagt. (Sehr richtig!) Ich bin ja auch der Meinung, daß die Männer ebenso der theoretischen Schulung bedürfen wie die Frauen (Sehr wahr!); die Diskussionsabende sollen auch nicht für die Frauen geschaffen werden, die Männer sollen zugelassen werden, aber in den meisten Fällen wird doch immer nur der Mann o d e r die Frau hingehen können, weil nicht beide zugleich von Hause abkömmlich sind. Ueber die Wahl von Frauen in den Vorstand werden sich schon die männlichen und weiblichen Genossen in den einzelnen Orten verständigen, wenn von beiden Seiten vernünftige Leute zusammenkommen. Genossin Greifenberg brauchte sich gar nicht so zu ereifern, wenn da mal ein scharfes Wort gegen die Frauen gefallen ist. Solche Ausführungen gehören nicht auf die Frauenkonferenz. Wenn wir alles erzählen würden, was uns in Berlin gesagt wurde, so würden sie staunen. (Heiterkeit.) Darüber geht man zur Tagesordnung über. Natürlich dürfen wir keine Frauen in den Vorstand bringen, die nichts verstehen, sondern wir dürfen nur die Tüchtigsten und Besten vorschlagen. (Sehr richtig!) Für die

Streichung des Passus 6 im ersten Absatz bin ich auch. Wir wollen nicht so rückständig sein, etwas zu beantragen, was nicht mehr zu halten ist. Diese Bestimmung ist nicht mehr haltbar, weil nach dem Anschluß der Frauen an die Wahlvereine gar keine Geldmittel mehr vorhanden sind, damit die Frauen besondere Delegierte schicken können. Auch hierüber müssen wir uns mit den Männern verständigen können. Für ganz unmöglich halte ich den Vorschlag des Genossen Haberland, die Frauenbildungsvereine als Filialen den Wahlvereinen anzuschließen. Wir wollen gleiches Recht und haben daher auch die gleiche Pflicht, als Einzelmitglieder den Wahlvereinen anzugehören. Dagegen, daß zwei Frauen in den Parteivorstand kommen, werden wir gewiß nichts haben. Aber ich möchte wünschen, daß in Zukunft die Frauen insofern von den Männern lernen, als in solchen Fällen, wie es auf den Parteitagen üblich ist, erst der sachliche Vorschlag beraten und über die Personenfrage nachher diskutiert wird. (Sehr richtig!)

Genossin **Reitze**-Bremerhaven: Die Frauendiskussionsabende sollten gewiß möglichst überall eingerichtet werden, aber vielfach wird es uns an den nötigen Kräften zur Leitung solcher Leseabende fehlen. Die in der Agitation tätigen Genossinnen sind schon heute außerordentlich in Anspruch genommen. Das Wichtigste ist, daß die allgemeinen Parteiveranstaltungen besser von den Frauen besucht werden. Dort erhalten sie die nötige praktische und theoretische Schulung. Bisher sind die Unterrichtskurse von 636 Genossen und nur 12 Genossinnen und die Vortragskurse von 3241 Genossen und 127 Genossinnen besucht worden. Also die Teilnahme der Frauen an den allgemeinen Parteiveranstaltungen muß eine bessere werden! (Bravo!)

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Es ist in der Debatte behauptet worden, die Dienstbotenorganisationen ständen unter sozialdemokratischer Leitung. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß das nicht der Fall ist, die Dienstbotenvereine arbeiten im rein gewerkschaftlichen Sinne. Weiter ist der bayerische Parteitag angegriffen worden, weil er sich dagegen ausgesprochen haben soll, daß weibliche Vorstandsmitglieder in die Verwaltungen gewählt werden. Auch das ist nicht ganz richtig. Man hat sich nur dagegen gewandt, daß in dem Vorschlag steht, es m ü s s e unbedingt ein weibliches Vorstandsmitglied gewählt werden. Man war der Meinung, daß es Orte gibt, wo eventuell sich keine Frau findet, die fähig ist, einen solchen Posten einzunehmen. Wir arbeiten in München und Nürnberg mit den Parteigenossen sehr harmonisch zusammen, und ich möchte nicht, daß es in die Welt hinausgeht, daß ganz Bayern gegen die Frauenorganisation ist. In den 103 Bezirken in Nürnberg sollen den Vertrauensmännern Frauen zur Seite gegeben werden, die die Agitationsarbeit mit zu betreiben haben. Die Leseabende, die wir bisher für die Frauen gehabt haben, sollen weiterbestehen. Was die Frauenbildungsvereine anbetrifft, so bin ich auch dafür, daß dort, wo große derartige Vereine seit längerer Zeit bestehen, sie nicht ohne weiteres aufgelöst werden. Natürlich enthebt die Mitgliedschaft im Frauenbildungsverein keine Genossin der Pflicht, Mitglied des Wahlvereins zu sein. (Sehr richtig!) Daß wir zwei weibliche Mitglieder im Parteivorstand bekommen, halte ich für durchaus angemessen. Die Frauenkonferenzen werden hoffentlich bestehen bleiben.

Genossin **Kähler**-Düsseldorf: Wir im niederrheinischen Agitationsbezirk haben bereits seit einem Jahre die Angliederung der Frauenagitation an die Gesamtbewegung durchgeführt und großartig mit dem Agitationskomitee zusammengearbeitet, deshalb erfüllt mich der Organisationsentwurf mit großer Freude. In der Theorie ist der Standpunkt Elms wunderschön; wäre er verheiratet (Große Heiterkeit) und hätte das Haus voll Kinder, dann würde er anders darüber denken. Ueber Gegnerschaft der Männer haben wir in unserem

Agitationsbezirk nicht den geringsten Grund zu klagen. (Zuruf: Na also!) Was die Frauenbildungsvereine anbetrifft, so sollte man den Mittelweg finden, daß die gutgeleiteten bis zur nächsten Frauenkonferenz sich überlegen und entscheiden sollen, ob sie fortbestehen bleiben oder nicht. Was die zwei Frauen im Vorstand anlangt, so kann uns die Erklärung des Genossen Müller durchaus genügen. Hoffentlich wird der Parteitag mit wohlwollenden Genossen beschickt sein, die sich unserer Sache annehmen. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Referentin Genossin **Zietz** (Schlußwort): Es ist ein Irrtum der Genossin Grünberg, daß ich gestern davon gesprochen hätte, unsere Dienstbotenvereine ständen unter politischer Leitung und hätten politischen Charakter. Ich habe gesagt, aus unseren Diskussionsabenden heraus seien die Personen gekommen, die die Agitation für die Dienstboten in die Wege geleitet und auch die Verwaltung übernommen haben. Und so wird es auch überall sein. (Sehr richtig!) Wenn das heißen sollte, unsere Dienstbotenbewegung hat einen politischen Charakter, dann müßte das auch für die ganze Gewerkschaftsbewegung gelten. Denn an ihrer Spitze stehen überzeugte Sozialdemokraten, und ich wünschte nichts sehnlicher, als daß auch alle Mitglieder das wären. (Sehr gut!)

Es hat ja nur Genosse v. Elm Widerspruch gegen die Vorschläge erhoben. Ich weiß nicht, wie er zu der Anschauung kommt, der Grundgedanke des Organisationsentwurfs sei, daß alle Männer Esel seien. Wir wollen Arbeitsteilung, und frühere Hemmnisse beseitigen, das ist der Grundgedanke. Die Vertreter des Parteivorstandes hatten ja am Entwurf mitgearbeitet; da müssen sie sich ja auch für Esel gehalten haben. (Sehr gut!) Darin stimme ich Elm aber vollkommen zu, daß die Genossen die Pflicht haben, ihre Frauen der Partei zuzuführen. Ich werde sogar nachher einen Antrag dahin einbringen und hoffe, daß der Parteitag ihm zustimmen wird, daß jeder Parteigenosse verpflichtet ist, seine weiblichen Angehörigen der Parteiorganisation zuzuführen, gerade so, wie das der Gewerkschaftskongreß für die Gewerkschaften beschlossen hat. Aber zwischen Pflichtgebot und Ausführung ist ein himmelweiter Unterschied, das hat sich gerade bei den Gewerkschaften gezeigt; auf dem Hamburger Kongreß haben gerade die speziellen Berufsgenossen Elms bittere Klage geführt. Die politische Organisation der Frauen gibt noch ein viel größeres Rekrutierungsgebiet, als die Gewerkschaften, bei denen doch nur die erwerbstätigen Frauen in Betracht kommen. Genosse Elm, wir wollen uns einmal nach ein paar Jahren wieder sprechen. Haben wir denn die Macht, die Genossen zu zwingen? Wir können nur eine moralische Verpflichtung aussprechen, aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, daneben auch eine besondere Frauenagitation einzurichten. Bei den großen wirtschaftlichen Kämpfen rufen wir ja die Frauen, da müssen wir sie vorher schulen, um sie im gegebenen Moment als überzeugte Genossinnen auf dem Plan zu haben. (Beifall.) Wir müssen die Möglichkeiten benutzen, die sich uns jetzt neu erschlossen haben, auf allen Gebieten zu organisieren. Früher konnten wir in vielen Bundesstaaten über öffentliche Angelegenheiten nicht reden. Ist es mir doch in Braunschweig passiert, daß ich, um die angemeldete Versammlung nicht auseinandergehen zu lassen, einen Vortrag über die Laubfärbung im Herbst hielt und das, was ich sagen wollte, dann in das gefärbte Laub einwickelte. (Große Heiterkeit.) Aber kam man wieder, dann war auch die Polizei findiger geworden. (Heiterkeit.) Ja, sagte Genosse Elm, bei den Zusammenkünften könnte Kritik geübt werden. Du liebe Zeit, wir sind doch Kämpfer, da können wir auch unter uns einmal kämpfen. Ich bin gar nicht so empfindlich über den Ton, oder über jedes Wort, das sind Kinderkrankheiten, die werden auch über-

wunden werden. Aber wenn wir die Genossinnen immer abhalten, sich zu üben und über ihre Angelegenheiten zu diskutieren, dann werden sie diese Kinderkrankheiten nie überwinden. (Sehr richtig!) Und wenn Elm meint, es werden persönliche Sachen vorgebracht werden und Privatangelegenheiten — ach, das haben die Männer ja auch oft genug gemacht. (Heiterkeit und Zustimmung.) Genosse Elm weiß aus eigener Erfahrung aus der letzten Zeit, daß Genossen, die an der Spitze der Bewegung stehen und sogar Reichstagsabgeordnete gewesen sind, solche persönliche Zänkereien machen. (Sehr gut!) Die Genossin Reitze hat es gut sagen, die Frauen sollen in die allgemeinen Abende gehen. Sie ist nicht erwerbstätig, und sie hat keine Kinder. Aber deswegen den anderen, die in anderen wirtschaftlichen und familiären Verhältnissen sind, die Möglichkeit eigener Veranstaltungen zu nehmen, das ist Egoismus, und der darf in unserer Partei nicht Platz greifen. (Sehr richtig!)

Was den Passus über die Bildungsvereine anlangt, der übrigens kein Wort von der Neugründung von solchen Vereinen enthält, so handelt es sich, soviel ich weiß, überhaupt nur um den Berliner Frauen- und Mädchenbildungsverein. Ueber das Schicksal dieses Vereins werden sich die Berliner Genossen und Genossinnen schon verständigen, der Passus könnte also schließlich wegfallen. Zur Frage der Delegation kann ich Ihnen keinen positiven Vorschlag machen, ich habe aber nichts dagegen, wenn die Bestimmungen über die Delegation aus dem Entwurf gestrichen werden und den Genossen an den einzelnen Orten empfohlen wird, nach Möglichkeit bei der Delegation auch die Genossinnen zu berücksichtigen. — Sie werden es mir nachempfinden, daß ich zu der Frage, ob in dem Bureau und im Parteivorstand zwei vollwertige Genossinnen sitzen sollen, nachdem mein Name genannt ist, kein Wort sage. — Wir haben alle Ursache, mit ganzer Kraft, Männer und Frauen, für die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu wirken, und der Parteitag hat alle Ursache, nicht Beschlüsse zu fassen, die in ihrer Konsequenz zu Fesseln werden würden für die Frauenbewegung.

Es müssen alle Quellen erschlossen werden, die der Aufklärung der Frauen dienen können. Werden die Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt, dann haben wir nachher dahin zu wirken, daß sie auch in diesem Sinne ausgeführt werden, zum Nutzen der Frauen, der Ausgebeuteten und Entrechteten, die vom Bildungshunger erfüllt sind, zu Nutz und Frommen der gesamten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Ueber die Abänderungsanträge von Elm wird getrennt abgestimmt. Der erste Vorschlag, die beiden Schlußsätze im § 1 des Organisationsentwurfs zu streichen, wird mit 33 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der zweite Antrag, Ziffer 2 des Organisationsentwurfs zu streichen, wird gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird der letzte Vorschlag, Ziffer 6 im Organisationsentwurf zu streichen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dagegen wird der Antrag Baader, daß, falls der Parteitag es sanktioniert, daß das Frauenbureau weiterbesteht, zwei Genossinnen mit gleichen Rechten darin tätig sein sollen, mit großer Majorität (gegen 6 Stimmen) angenommen.

Die Vorsitzende, Frau Zetkin, bemerkt ausdrücklich, daß die Konferenz mit diesem Beschluß nur ein Gutachten abgibt und daß die letzte Entscheidung dem Parteitag zusteht. Der im Organisationsentwurf enthaltene Vorschlag der Vertretung der Frauen im Parteivorstand wird dadurch nicht berührt.

Der Organisationsentwurf wird dann in der Gesamtabstimmung gegen drei Stimmen en bloc angenommen.

Gleichfalls angenommen wird die Resolution der Berliner Genossinnen auf Bestehenbleiben des Frauenbildungsvereins.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Persönlich erklärt die Genossin Greifenberg auf die Bemerkung der Genossin Grünberg, es läge nur an ihr, wenn die Augsburger Genossen so gegen die Frauenbewegung seien. Wie meine Arbeit in Augsburg eingeschätzt wird, geht daraus hervor, daß ich von diesem Wahlkreis nicht nur ein Mandat für die Frauenkonferenz, sondern auch für den Parteitag erhalten habe. (Bravo!)

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sozialistische Erziehung im Hause.

Referentin Genossin **Duncker**-Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Durch die Referate, die Genosse Schulz und Genossin Zetkin vor zwei Jahren in Mannheim gehalten haben, sind meiner heutigen Aufgabe von vornherein gewisse Grenzen gezogen. Diese Abgrenzung ist ja einesteils schon durch das Thema gegeben, das mir speziell die häusliche Erziehung zuweist, während Genosse Schulz hauptsächlich die Schulerziehung und Genossin Zetkin neben der Familienerziehung auch die Volkserziehung zu behandeln hatte. Aber auch aus meinem engeren Thema will ich eine Reihe Fragen ausschalten, die zwar genau genommen dazu gehörten, die jedoch Genossin Zetkin bereits erschöpfend beantwortet hat. Zunächst die Frage, ob die Familie bei der Umformung, die sie durch die Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse erlitten hat und weiter erleiden wird, überhaupt noch als wichtiger Erziehungsfaktor betrachtet werden kann. Diese Frage bejahe auch ich unbedingt. — Auch eine zweite Frage, wieweit die Proletarierfamilie unter den obwaltenden sozialen Verhältnissen, lange Arbeitszeit der Eltern, Wohnungsmisere usw., den Anforderungen, die eine Kindererziehung in unserem Sinne stellt, gerecht werden kann, lasse ich hier unerörtert, so wichtig sie auch ist. Wir schrecken doch auch sonst nicht davor zurück, zu sagen, was sein sollte, auch wenn wir sehr gut wissen, daß es nicht gleich so werden kann. Ist doch die Bekämpfung der „verdammten Bedürfnislosigkeit" — nicht nur den nackten Naturbedürfnissen, sondern auch den Kulturbedürfnissen gegenüber — eine unserer Hauptaufgaben. Der Nachweis, daß wir Sozialisten unseren Kindern mehr schuldig sind, als sie ordentlich zu nähren und zu kleiden, sie in die Schule zu schicken und sie schließlich irgendeinen Beruf erlernen zu lassen; dieser Nachweis soll ein Stachel mehr sein, der auch den relativ besser gelohnten und dauernder beschäftigten Arbeiter davor bewahrt, sich im Gegenwartsstaat allzu heimisch zu fühlen. — — Außer diesen beiden Grundfragen will ich aber auch die Behandlung einiger Einzelfragen — so die Aufgabe der geschlechtlichen Aufklärung sowie der Auswahl geeigneter Lektüre — aus meinen Betrachtungen ausschalten, einmal um nicht bereits ausführlich Erörtertes zu wiederholen, ferner um Zeit zu gewinnen für anderes. Denn das Gebiet der häuslichen Erziehung ist so außerordentlich groß, daß es ohnehin in einem Referat nicht möglich ist, es erschöpfend zu behandeln.

Was heißt Erziehung? Rein schulmäßig und formal lautet die Antwort: Erziehung ist die planmäßige Einwirkung Erwachsener auf die Entwickelung Heranwachsender. Ehe wir auf Art und Ziel dieser Einwirkung näher eingehen, wollen wir uns erst eine andere Frage vorlegen: Was kann

eigentlich die Erziehung, wie weit geht der Bereich ihrer Wirksamkeit? Ist das neugeborene Menschenkind weicher Ton, dem man jede beliebige Gestalt geben kann? Eine unbeschriebene Tafel, auf die die Erziehung schreiben kann, was sie will? Jeder Vater, jede Mutter, jeder Lehrer weiß genau, daß dem nicht so ist. Alles was ein Mensch in letzter Linie im Guten wie im Schlimmen werden kann, ist schon bei der Geburt im Keime vorhanden. Die Erziehung und später das Leben können die angeborenen Anlagen und Kräfte nur hemmen und fördern, lenken und modifizieren, nicht aber schaffen oder völlig ausrotten. Wie die Kinder körperlich meist ihren Eltern, zuweilen auch weiter zurückliegenden Vorfahren ähneln — im Schnitt des Gesichts, in der Farbe der Augen und Haare, im Gang, im Ton der Stimme usw., so vererben sich auch geistige Anlagen, Verstand, Temperament, künstlerische Begabung usw. Keine Erziehung der Welt ist imstande, aus einem phantastisch veranlagten Kind einen scharfen Verstand, aus einem phlegmatischen oder sanguinischen einen starken Charakter, aus einem unmusikalischen ein musikalisches Talent zu machen. Wohl aber können bescheidene Anlagen durch eine sorgfältige Erziehung wesentlich gesteigert werden, ausgezeichnete dagegen durch Mangel an Erziehung und sonstige ungünstige Verhältnisse unentwickelt bleiben. Kurz: „Erziehung" — sagt Lessing — „gibt dem Menschen nichts, was er nicht aus sich selbst holen könnte; sie gibt ihm das, was er aus sich selbst holen könnte, nur geschwinder und leichter."

An der Veranlagung, die unsere Kinder mit zur Welt bringen, findet also die Erziehung gewisse Grenzen. Aber haben wir nicht vielleicht die Tatsachen der Vererbung selbst mehr oder weniger in unserer Hand? Das könnte natürlich nur der Fall sein, soweit wir selbst, d. h. die Eltern, die Träger der Vererbung sind. Es kommt jedoch häufig vor, daß körperliche oder geistige Eigenschaften entfernter Vorfahren in unseren Kindern ihre Auferstehung feiern. Aber auch soweit unsere eigenen körperlichen oder geistigen Anlagen sich in unseren Kindern wiederholen, ist es zweifelhaft, wieweit eine Einwirkung unsererseits möglich ist. Die Frage, ob während des Lebens erworbene Eigenschaften, d. h. in unserem Falle, Eigenschaften, die wir uns durch Selbsterziehung anzüchten, vererbt werden können, ist zurzeit immer noch nicht geklärt. Nur eins ist in dieser Hinsicht bis jetzt wissenschaftlich festgestellt, nämlich daß gewisse körperliche und geistige Entartungserscheinungen, die durch geschlechtliche Ausschweifungen oder durch Alkoholgenuß von beiden Eltern oder auch nur einem von beiden erworben worden sind, sowie ferner die körperliche und geistige Verfassung der Eltern im Augenblick der Zeugung, sowie der Mutter in der Zeit der Schwangerschaft von sehr verhängnisvollen Folgen für die Nachkommenschaft werden können. Die Kenntnis dieser Tatsachen legt uns Pflichten auf, Pflichten, die um so zwingender werden, je mehr wir sozialistische Weltanschauung und sozialistische Ethik uns zu eigen gemacht haben. Wir wissen, die Gesellschaft steht über dem einzelnen, und auch die Erzeugung von Kindern ist nicht mehr absolute Privatsache der Eltern, sondern diese sind der Gesellschaft für die Qualität ihrer Nachkommen verantwortlich, wie sie auch ihren Kindern verantwortlich sind für die Qualität des Lebens, das sie ihnen schenken. Und so gibt es vor den Gesetzen einer feineren Moral auch Verbrechen gegen das keimende Leben, die nicht im Strafgesetzbuch verzeichnet sind.

Auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten der Eltern für die Kinder einzugehen, ist hier nicht der Ort. Nur so viel will ich sagen,

daß neben einem hohen Prozentsatz von Tot- und Fehlgeburten auch sehr häufig allgemeine Körperschwäche, Augen-, Knochen- und Nervenerkrankungen, Rückenmarks- und Gehirnleiden, sowie die Blindheit fast sämtlicher sogenannter Blindgeborener auf Konto geschlechtlicher Erkrankungen der Eltern zu setzen sind.

Etwas länger muß ich bei den Gefahren verweilen, die der Alkohol auf das werdende Geschlecht hat. Kinder von Trinkern werden außerordentlich häufig Epileptiker, Schwachsinnige und Idioten, ja die amerikanische Statistik, die Ribot in seinem Werke über die Vererbung zitiert, hat nachgewiesen, daß sich bei Nachkommen von Alkoholikern die Neigung zu Vergehen und Verbrechen zehnmal häufiger findet, als bei anderen Menschen. — Und nicht nur übermäßiger und gewohnheitsmäßiger Alkoholgenuß hat so unheilvolle Folgen. Auch die in einmaligem Rausche gezeugten Kinder werden oft Epileptiker und Schwachsinnige. Bezzola rechnete für die 9000 Idioten, die bei der Schweizer Volkszählung im Dezember 1900 festgestellt worden waren, die Zeit ihrer Zeugung aus. Er fand dabei zwei Zeugungshöhepunkte heraus, zur Fastnacht und zur Weinlesezeit, Perioden, die dagegen für die Gesamtbevölkerung die niedrigsten Zeugungszahlen aufweisen. Ein eindringlicher Beweis für die Gefährdung der sogenannten Rauschkinder. — Auch häufiger Alkoholgenuß der Mutter während der Schwangerschaft kann für die körperliche und geistige Gesundheit des Kindes schwere Folgen nach sich ziehen.

Wenn so das alte Wort von den Sünden der Väter, die an den Kindern heimgesucht werden, von der modernen Wissenschaft einstimmige Bestätigung findet, so scheint mir die erste Forderung, die eine soziale Moral an die Eltern zu stellen hat, die zu sein, alles zu meiden, was die psychische und physische Gesundheit des werdenden Geschlechts von vornherein in Frage stellen kann. Und es ist daher notwendig, allen denen, die Eltern sind oder es werden wollen, in dieser Hinsicht das Gewissen zu schärfen.

Die vererbten Anlagen und Kräfte sind es aber nicht allein, die der Wirksamkeit der Erziehung gewisse Schranken setzen. Die häusliche Erziehung, der Familienkreis, bildet ja nur einen Teil der Einwirkungssphäre, des sogenannten Milieus, in dem das junge Menschenkind sich entwickelt und von dem es beeinflußt wird. Der Verkehr mit Nachbarskindern und Schulkameraden, Eindrücke, die in anderen Familien, auf dem Hofe, auf der Straße, in der Schule auf das Kind einwirken, entziehen sich meist dem Einfluß, ja selbst oft der Kenntnis der Eltern.

Die Erziehung ist also nicht der einzige, wenn auch ein sehr wichtiger Entwickelungsfaktor im Leben unserer Kinder. Ich betone das, nicht um etwa zu entmutigen, sondern vielmehr, um darauf aufmerksam zu machen, daß wir bei der Erziehung mit dem Angeborenen rechnen müssen, daß wir deshalb unsere Kinder studieren und beobachten müssen, um ihrer Eigenart gerecht werden zu können. (Sehr richtig!)

Wenn die Erziehung wirklich eine planmäßige Beeinflussung unserer Kinder sein soll, und nicht ein planloses Durcheinander von Verhaltungsmaßregeln, Ermahnungen und Strafen, dann muß sie sich ein bestimmtes Ziel setzen. Dieses Ziel wird sie der Ethik oder Sittenlehre entlehnen. Nun wissen wir aber, daß die Ethik nichts absolut Feststehendes, ewig Unveränderliches ist. Auch sie wandelt sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es gibt keine allgemeine menschliche Moral, es gibt nur Klassenmoral, und zwar ist die jeweils geltende Moral stets

die der jeweils herrschenden Klasse. Wie das aufstrebende Bürgertum in der zwanglosen Betätigung des Individuums, in dem freien Spiel der Kräfte sein wirtschaftliches Ideal sah, so war auch das Ziel, das die besten Geister dieses aufstrebenden Bürgertums der Jugenderziehung steckten, ein rein individualistisches. Ob sie nun wie Herder und Lessing die „Humanität", wie Pestalozzi die „harmonische Entwickelung der menschlichen Anlagen und Kräfte", wie Jean Paul „das Freimachen des Idealmenschen" oder wie Herbart „die sittlichen Charakter" zum Ziel der Erziehung erhoben.

Das aufstrebende Proletariat hat andere sittliche Ideale als das Bürgertum. Ihm steht die Gesamtheit über dem Individuum; es sieht sein Ziel im gemeinsamen Emporsteigen aller; die Forderungen seiner Klassenmoral lauten: **soziales Empfinden, gegenseitige Hilfe, Solidarität!** Gewiß müssen auch wir eine möglichst hohe Entwickelung aller individuellen Anlagen und Kräfte erstreben, aber nicht um des Individuums, sondern um der Gesamtheit willen. Wir fragen: Was für Menschen braucht unser Kampf? Was für Menschen braucht die Gesellschaft, die wir erstreben?

Wir brauchen Menschen mit klarem, folgerichtigem, klassenbewußtem Denken, mit starkem Gerechtigkeitsgefühl und sozialem Empfinden, mit festem Willen und solidarischem Handeln.

Solche Menschen heranzubilden, das ist das Ziel der sozialistischen Erziehung. (Beifall.)

Die intellektuelle Erziehung, die Gestaltung der Gedankenwelt wird gewöhnlich, und zwar auch von Genossen, als das ureigenste Tätigkeitsgebiet der Schüler angesehen. Das ist aber nicht richtig, weder von allgemeinen psychologischen Gesichtspunkten, noch von unserem besonderen sozialistischen Standpunkte aus. Die Vorbedingung aller geistigen Entwickelung ist eine möglichst gute Ausbildung der Sinnesorgane. Die muß schon beim kleinen Kinde beginnen. Und ein großer Teil der Vorstellungen, mit denen der Geist später arbeitet, werden im vorschulpflichtigen Alter gebildet. Ein bekannter Psychologe sagt, ein Kind nehme in den ersten drei Lebensjahren mehr Vorstellungen in sein Hirn auf, als ein Student in den drei akademischen. Deshalb fällt der Mutter im vorschulpflichtigen Alter bereits die wichtige Aufgabe zu, die Sinnestätigkeit der Kinder anzuregen, ihre zahllosen Fragen zu beantworten usw. (Sehr wahr!) Von unserem sozialistischen Standpunkt aus aber ist es doppelt und dreifach falsch, der Schule allein die Gestaltung des kindlichen Gedankenkreises überlassen zu wollen. Unsere heutige Volksschule tut alles andere, als daß sie die Kinder zu klarem, folgerichtigem Denken erzieht. (Sehr wahr!) Die Hauptschuld daran trägt natürlich der Religionsunterricht. Er fälscht auf Schritt und Tritt, sowohl in der biblischen Geschichte, als auch im Katechismusunterricht das natürliche Verhältnis von Grund und Folge. Kein Naturgesetz, das nicht durch Wunder durchbrochen werden könnte! Und dazu die grausamsten Mißhandlungen aller gesunden Logik! Gott ist allwissend, aber er muß doch erst prüfen, ob Abraham ihm gehorchen wird. Er ist allgütig, aber eines Tages übermannt ihn der Zorn und er ersäuft „all sündhaft Vieh und Menschenkind". Ein Gott, aber drei Personen usw. Der gesunde Wirklichkeitssinn unserer Kinder wird vergiftet durch derartigen Unterricht. (Lebhafte Zustimmung.) Wo irgend möglich (wie z. B. in Württemberg und in Sachsen) sollten deshalb die Eltern unter allen Umständen ihre Kinder vom Religionsunterricht dispensieren lassen. Wo das unmöglich ist, sollten sie den offenen Kampf gegen diese systematische Verdummung aufnehmen, in dem sie konsequent und sachlich ihre Weltanschauung der in der Schule gelehrten entgegensetzen. Warum sollen wir die Autorität der Schule schonender behandeln, als diese die Autorität des Elternhauses behandelt? (Sehr richtig!)

Aber wir wollen nicht nur rein formal unsere Kinder zu klarem und folgerichtigem, der Wirklichkeit entsprechendem Denken erziehen. Wir wollen auch den Inhalt ihres Denkens in unserem Sinne beeinflussen. Wir wollen sie zu sozialem, zu klassenbewußtem Denken erziehen. „Oho", sagen da manche und nicht nur Gegner, auch Genossen, „sollen die Kinder vielleicht das sozialdemokratische Parteiprogramm auswendig lernen? Sollen ihre jungen Seelen mit Neid und Klassenhaß vergiftet werden?" Die so denken und reden, vergessen, daß der Sozialismus nicht nur ein politisches Programm, sondern eine Weltanschauung ist. (Sehr wahr!) Und zwar ist er eine so klare, so in allen ihren Teilen einheitliche und so sicher auf den Errungenschaften der modernen Wissenschaft aufgebaute Weltanschauung, daß keine frühere ihm an Größe und Geschlossenheit gleichkommt. In diese Weltanschauung können wir auch schon unsere Kinder einführen, vorausgesetzt natürlich, daß wir sie uns erst selbst zu eigen gemacht haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber damit liegt es freilich noch sehr im argen. (Zuruf: Leider!) Nur ein paar Beispiele dafür. Ein Grundpfeiler unserer sozialistischen Weltanschauung ist doch gewiß das Bewußtsein von dem hohen Wert der menschlichen Arbeit. Aus diesem Bewußtsein wächst der Stolz und die Würde des Arbeiters. Aber wo bleibt dieser Arbeiterstolz, wenn z. B. eine Genossin mir vor den Ohren ihrer Kinder erklärt, sie wolle alles daran setzen, daß ihre Kinder nicht „auch nur Arbeiter" würden. (Sehr gut!) Ich habe es nie verstehen können, wie Genossen, die oft ihr Leben lang treu in Partei und Gewerkschaft mitgearbeitet hatten, keine Opfer und keine Entbehrungen scheuten, um ihre Kinder „etwas Besseres werden zu lassen! (Sehr wahr!) Um sie in Berufe hineinzubringen, wo ihnen nicht nur der Zusammenhang mit ihrer Klasse verloren geht, sondern wo sie sich womöglich noch ihrer Abkunft schämen. (Sehr richtig!) Wir wollen doch in unseren Kindern Mitkämpfer erziehen. Gewiß ist es gut, sie etwas Tüchtiges lernen zu lassen, aber doch nur, damit sie es für ihre Klasse verwenden, nicht in andere Klassen abschwenken.

Wenn ich sagte, wir sollten unsere Kinder zum Klassenbewußtsein erziehen, so sehe ich den Inhalt des Klassenbewußtseins nicht in Klassenhaß oder Neid gegenüber den Angehörigen der anderen Klassen, sondern in Stolz auf die eigene. (Sehr gut!) Kleinlich persönlicher Haß und Neid scheinen mir ebenso zu den Lastern der Unterdrückten zu gehören, die nach dem bekannten Lassalleschen Wort den Arbeitern nicht mehr geziemen, wie Unterwürfigkeit und Speichelleckerei. Wohl gemerkt, die Empörung gegen die Ausbeutung des Arbeiters, gegen die Skrupellosigkeit, mit der man mit seinem Leben und seiner Gesundheit umgeht, gegen die ungerechte Behandlung, die er vor Gericht usw. erfährt, diese Empörung können wir nicht entbehren, und es schadet nichts, wenn sie auch in unseren Kindern rege wird. Aber wir müssen vor allem unsere Kinder zu mehr Arbeiterstolz und Arbeiterwürde erziehen. Lehrt sie den Wert der Arbeit für die menschliche Kultur kennen. Erzählt ihnen von den Kämpfen, die die Arbeiterschaft schon ausgefochten zur Hebung ihrer Lage, von den Verfolgungen und Opfern

des Sozialistengesetzes, von der Energie und dem Mut, mit denen man trotz des Gesetzes weitergearbeitet hat. Erzählt ihnen von den Freiheitskämpfen früherer Zeiten, von der Märzrevolution, der Kommune usw. Laßt sie teilnehmen an Eueren Sorgen, wenn ein Streik ist. Erweckt in ihnen den Wunsch, auch einmal Kämpfer für die Befreiung der Arbeit zu werden. Lest ihnen hier und da einmal ein schönes Freiheitsgedicht vor, singt mit ihnen unsere Arbeiterlieder. Entwerft ihnen eine Schilderung des gesellschaftlichen Zustandes, den wir anstreben, in großen Zügen und ganz kindlich. Kurz: begeistert die Kinder für unsere großen Ziele. (Beifall.) Wir gehören nicht zu denen, die die Romantik und die Begeisterung in den Köpfen und Herzen unserer Jugend verdammen, wenn sie sich auch mal in großen Worten und unreifen Reden äußern sollten. Sondern wir halten es mit St. Simon, der wenige Augenblicke vor seinem Tode zu seinem Lieblingsschüler die Worte sagte: „Erinnere Dich; daß man begeistert sein muß, um große Dinge zu vollbringen."

Der Grundpfeiler der proletarischen Klassenmoral ist das Solidaritätsgefühl. Dieses Gefühl in den Herzen unserer Kinder zu erwecken, ist eine Hauptaufgabe der sozialistischen Erziehung. Und die Familie, als engste soziale Einheit, ist die beste Pflegstätte dafür, vorausgesetzt natürlich, daß Einigkeit und Harmonie in ihr herrschen. (Sehr wahr!) Denn wenn auch bei der Gestaltung der kindlichen Gedankenwelt der mündlichen Belehrung ein breiter Raum zufällt — bei der Beeinflussung der Gefühls- und Willenssphäre können wir das Wort so hoch unmöglich schätzen. Es heißt auch hier: im Anfang war die Tat, d. h. das Beispiel, die Uebung. (Zustimmung.)

Besonders wichtig für die Pflege des Solidaritätsgefühls ist das Verhältnis der Geschwister zueinander. Echte, innige Geschwisterliebe ist aber eine sehr zarte Pflanze, die vorsichtig behandelt werden will. Hier sündigen viele Eltern schwer, wenn auch zugestanden werden mag, daß es nicht leicht ist, immer das Rechte zu treffen. Vor allem sei man peinlich gerecht. Kinder haben in dieser Hinsicht ein sehr feines Gefühl und empfinden die leiseste Bevorzugung des einen vor dem anderen als schweres Unrecht.

Ein Verbrechen an der Geschwistersolidarität begehen die Eltern, die ihre Kinder einander zu Aufpassern setzen und so ein häßliches Denunziantentum großziehen. (Sehr wahr!) Man soll im Gegenteil das Verklagen und Klatschen soviel als möglich zurückweisen, nicht nur im Interesse des geschwisterlichen Verhältnisses, sondern vor allem auch im Interesse der kleinen Kläger selber. (Sehr richtig!) Nichts macht ein Kind bei Geschwister und Kameraden unbeliebter, setzt es so sicher allgemeiner Verachtung aus, als wenn es in den Ruf einer „Petze" gerät.

Ein Stein des Anstoßes für die Geschwistersolidarität ist auch die Frage des Eigentums, denn, wie schon der alte Gottfried von Straßburg sagt:

Zwei schlimme Wörtchen „Mein" und „Dein",
Die schaffen schlimme Wunden auf der Erde.

Manche Eltern sind denn auch aus mißverstandenem Kommunismus heraus der Ansicht, daß alles Spielzeug der Kinder gemeinsames Eigentum sein soll. Nach meinen persönlichen Erfahrungen ist das falsch. Bei dem Spielzeug, das jedes meiner Kinder als persönliches Eigentum besitzt, hat sich ein friedliches Leih- und Austauschverhältnis entwickelt, während es um einige größere Gegenstände, die ihnen gemeinsam gehören, manchen Streit gibt. (Heiterkeit.)

Neben dem Verhältnis zu den Kindern ist das Spiel mit gleichaltrigen Kameraden eine Pflegstätte des Solidaritätsgefühls. Auch hier sollen die Eltern fördernd, nicht hemmend eingreifen. Gewiß ist in den großen Städten, wo man oft nicht mal weiß, wer mit einem unter demselben Dach wohnt, eine gewisse Vorsicht im Verkehr notwendig. Aber wenn man seine Kinder an Reinlichkeit gewöhnt hat und sich ihr unbedingtes Vertrauen zu wahren weiß, dann ist die Gefahr körperlicher oder moralischer Ansteckung nicht so groß. Und schließlich gefährden ein paar häßliche Ausdrücke, die unsere Kinder von anderen auflesen könnten, den Charakter auf die Dauer nicht so sehr, als der Egoismus und die Selbstüberhebung, die entsteht, wenn man ihnen immer einschärft: mit diesem und jenem darfst du nicht umgehen. (Sehr richtig!) Jedenfalls dulde man kein hämisches, schadenfrohes Gerede der Kinder über andere. Wo freilich die Eltern sich selbst nicht scheuen, vor den Ohren ihrer Kinder unfreundlich oder gehässig über andere zu sprechen, Klatschgeschichten zu erzählen oder dergleichen, da werden Ermahnungen nicht gutmachen, was das Beispiel verdarb.

Es scheint mir übrigens noch notwendig, zu betonen, daß das Verhältnis, das zwischen den Familienmitgliedern herrscht, wohl wichtig, aber nicht ausschlaggebend für die Entwickelung des Solidaritätsgefühls ist. Familiengefühl ist noch kein Solidaritätsgefühl in unserem Sinne. Es kommen sogar im späteren Leben nicht selten Fälle vor, wo beide miteinander in heftigen Konflikt geraten. Das ist es ja gerade, was die Psychologie des Proletariats von heute von der des mittelalterlichen Handwerkers, des Kleinbürgers, des Bauern unterscheidet. Für diese galten und gelten nur die Bande der Blutsverwandtschaft und der Nachbarschaft, die anderen sind Fremde. Für das moderne Fabrikproletariat jedoch sind jene Bande längst zerrissen. Die moderne kapitalistische Entwickelung würfelt die Arbeiter durcheinander wie Flugsand. Aber der Mensch ist ein soziales Wesen, angewiesen auf gegenseitige Hilfe. Wo Blutsgemeinschaft und Heimatsgemeinschaft nicht mehr binden, da bindet nur das gemeinsame Schicksal, die Klassenlage. Aus dem harten Erdreich der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erwächst die Blüte einer neuen sittlichen Forderung, der Forderung der Solidarität. (Beifall.) Und diese Forderung klingt nicht nur aus in den Schlachtruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Sie durchdringt auch allmählich, besonders in den großen Industrieorten, das tägliche Leben der Arbeiterschaft. Wie hilft man sich aus in den großen Miethäusern in Krankheits- und Wochenbettsfällen, so ganz selbstverständlich, so ohne Aufheben davon zu machen! Wie springt man füreinander ein in Fällen der Not! Wie versteht man Opfer zu bringen! Ich will nur an die Weihnachtsbescherungen für die Hamburger Hafenarbeiter und die Crimmitschauer Textilarbeiter erinnern, an die Bereitwilligkeit, mit der die Arbeiter in Rennes und Paris seinerzeit die Kinder der in Fougères ausgesperrten Schuhmacher bei sich aufnahmen. Gewiß, nicht überall ist das Gefühl der Solidarität schon so weit entwickelt. Ueberall da, wo es noch eine starke bodenständige Arbeiterschaft gibt, da ist es erst im Keime vorhanden — die Bande des Blutes und der Heimat herrschen noch vor. Hier gilt es eben der wirtschaftlichen Entwickelung mit bewußtem Willen nachzuhelfen, vor allem bei der Kindererziehung. Denn wenn Kautsky in seiner Schrift über Ethik und materialistische Geschichtsauffassung ausführt, daß das sittliche

Ideal zwar nicht ein Ziel, wohl aber eine Kraft, eine Waffe im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein sei, so gilt das ganz besonders vom Solidaritätsgefühl: es ist eine mächtige Triebkraft im proletarischen Klassenkampf.

Es ist aber nicht nur Aufgabe einer sozialistischen Erziehung, das Denken und Fühlen unserer Kinder in unserem Sinne zu beeinflussen, wir müssen auch ihren Willen so erziehen, damit sie dann das, was sie denken und fühlen, auch in die Tat umsetzen. Die Stärke des kindlichen Willens offenbart sich in dem sogenannten Eigensinn. Der Eigensinn wird von vielen Eltern als eine ganz besonders unangenehme Ungezogenheit des Kindes aufgefaßt, gegen die man ohne weiteres ankämpfen müsse. Das ist grundfalsch. (Sehr richtig!) In einem Kinde, das Eigensinn, d. h. eigenen Sinn zeigt, steckt mehr Material zu einem tüchtigen Charakter, als in einem schmiegsamen und fügsamen, sog. „guten" Kinde, wenn dieses vielleicht zunächst auch leicht zu erziehen ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die richtige Behandlung des Eigensinns ist wohl eine der schwierigsten Aufgaben der Erziehung. Gerade hier werden nach beiden Seiten hin die gröbsten Fehler begangen. Vielfach kann man ja gerade von Genossen die Ansicht äußern hören: „Meine Kinder sollen frei aufwachsen, die sollen keinen Zwang erleiden!" Was dabei herauskommt, haben Sie vielleicht alle schon einmal erlebt. Da wird dem Kinde von klein auf jeder Wille getan. Schreit es, dann wird es herumgeschleppt. Will es etwas haben, dann bekommt's das. Und es dauert gar nicht lange, da hat man sich einen kleinen launenhaften Tyrannen erzogen, sich selbst aber zum Sklaven gemacht. Und das nennt man dann: zur Freiheit erziehen. (Sehr gut!) Nein, wir wollen doch Freiheit nicht mit Willkür verwechseln, wir wollen doch nicht Menschen erziehen, deren Freiheit darin besteht, anderen die Freiheit zu verkümmern. Die Freiheit des einen hat ihre Grenze in der gleichberechtigten Freiheit des anderen. Wir erziehen die Kinder doch nicht für Robinsons Insel, sondern für die soziale Gemeinschaft, in der der einzelne sich zu fügen hat. (Beifall.)

Aber ebenso falsch wie es ist, einem Kinde ohne jede Einschränkung allen Willen zu lassen, ebenso falsch ist auch das Gegenteil, nämlich die Unterdrückung des Eigensinns durch barbarische Strenge, durch ewige Reglementiererei. Eltern, die hier nicht den richtigen Weg zu finden wissen, verderben den Charakter ihrer Kinder und schaffen aus Menschen, die zu willensstarken, tatkräftigen Naturen veranlagt waren, feige, verlogene, hinterlistige Kreaturen.

Sehr verbreitet, besonders bei den Müttern, ist die Viel-Kommandiererei, wobei es ihnen gar nicht einfällt, etwa bestimmte Prinzipien zu verfolgen, sondern sie befehlen und verbieten gerade, wie es ihnen einfällt. Jean Paul vergleicht einmal die Durchschnittsmutter mit einem Harlekin, der mit einem Aktenbündel unter jedem Arm auf die Bühne trat und auf die Frage, was er unter dem rechten Arm trage, antwortete „Befehle" und auf die, was er unter dem linken trage, versetzte, „Gegenbefehle" (Heiterkeit), nur daß die Mutter wie der Riese Briarrus hundert Arme hätte und unter jedem ein solches Paket.

Jeder sollte es sich zur Regel machen, nur dann zu befehlen oder zu verbieten, wenn es unbedingt notwendig ist, d. h. wenn es gilt, das Kind von etwas zurückzuhalten, was es entweder selbst gefährdet oder wodurch es die Freiheit oder das Recht anderer verletzt. Wenn man aber wirklich

meint, befehlen oder verbieten zu müssen, dann sei man unnachsichtlich und konsequent und dann verlange man auch, daß der Befehl absolut befolgt wird.

Damit kommen wir zur Frage des Gehorsams. Auch wir können den Gehorsam in der Kindererziehung nicht entbehren. Verlangen wir doch auch von dem Erwachsenen, daß er sich der Gesamtheit füge, Disziplin übe. Aber uns ist der Gehorsam, die Unterordnung in der Erziehung nicht Zweck, wie bei der Volksschule und dem Heerwesen, sondern nur Mittel zum Zweck. Und wir verlangen nicht blinden Gehorsam, der ohne Grundangabe schlechthin sich unterwirft, sondern freien Gehorsam, der durch Einsicht in die Gründe hervorgerufen wird. Sowie es der Fassungskraft der Kinder einigermaßen angepaßt ist, dann erkläre man ihnen, weshalb man irgend etwas von ihnen verlangt. Man höre auch ihre Einwände ruhig und freundlich an und widerlege sie dann sachlich. Aber man vermeide es, seine Verbote durch Begründungen zu unterstützen, die nicht in der Sache selbst liegen, etwa durch Drohungen mit figurierten Folgen. Auch hierin wird nur allzuviel gesündigt, vor allem wieder durch die Mütter. Wie oft kann man hören: Tu das nicht, sonst kommt der Schutzmann und steckt dich ein. Oder, was im Grunde auf dasselbe herauskommt: Der liebe Gott sieht's und straft. Diese Schutzmannsmoral ist sehr wenig dauerhaft. (Sehr richtig!) Was man nur aus Furcht vor dem Schutzmann nicht tut, das tut man dann getrost, wenn man sicher weiß, daß keiner in der Nähe ist. (Sehr richtig!) Und wenn der Schulglaube von dem lieben Gott, der sich um alle Kleinigkeiten kümmert und früher oder später straft, im Leben später verlorengeht, dann ist auch alle Moral, die allein auf der Furcht vor der Allwissenheit und der Strafe Gottes gegründet war, mit verlorengegangen. (Lebhafte Zustimmung.) Man suche die Gründe für seine Verbote vielmehr da, wo sie wirklich zu finden sind, nämlich in sozialen Momenten. Wenn mein Kind in öffentlichen Anlagen Blumen pflücken will, dann sage ich ihm nicht: „Tu das nicht. Es ist verboten, und wenn es ein Schutzmann sieht, dann wirst du bestraft." Sondern ich sage ihm: „Denk mal, wenn all die vielen Leute, die hier spazieren gehen, Blumen abreißen wollten, dann wäre bald kein einziges Blümchen mehr da, über das wir uns freuen könnten." (Sehr gut!)

Eine sozial verankerte Moral ist nicht der Gefahr ausgesetzt, im Leben draußen in die Brüche zu gehen, wie die religiös begründete Moral. Wie steht's denn aber, wenn das Kind trotz aller Belehrungen das Gebot übertritt? Dann bleibt natürlich — immer vorausgesetzt, daß man nur aus guten Gründen befohlen hat — nichts anderes übrig, als daß der Erzieher sich Gehorsam erzwingt resp. die Uebertretung straft. Es stehen da eine reiche Auswahl der Mittel zur Verfügung. Die Durchschnittseltern kennen freilich nur zwei: Schelten und Schlagen. Und gewöhnlich steht die Strenge der Strafe im umgekehrten Verhältnis zur Schwere des kindlichen Vergehens. Wenn ein Kind etwas verliert, zerreißt oder beschmutzt — was meistens doch nicht aus bösem Willen geschieht —, dann setzt's gleich Prügel. Roheiten gegen jüngere Kinder oder Tiere oder dergleichen werden dagegen meist recht leicht genommen. Gewiß, ein verlorener Groschen, eine zerrissene Hose bedeuten für den Proletarierbeutel einen Verlust, für die kurze Zeit der vielgeplagten Mutter eine neue Belastung. Aber das darf uns doch nicht vergessen lassen, daß wir mit der Strafe erziehlich wirken, das heißt den Willen beeinflussen wollen, daß wir deshalb ein ungewolltes Vergehen milde beurteilen müssen. (Sehr richtig!) Das Kind soll gewiß auch zu Ordnung, Sauberkeit und sorgfältiger Behandlung

seiner Sachen erzogen werden. Aber gibt's da nicht wirksamere Mittel als Prügel? Laßt doch die Kinder die Folgen ihrer Handlungen tragen. Gewöhnt sie früh daran, das, was sie verderben an ihrer Kleidung, selber zu reinigen oder auszubessern. Sagt: Da du dich so schmutzig gemacht hast, mußt du zu Haus bleiben, so kann ich dich nicht mitnehmen oder dergleichen. Man versuche es überhaupt damit, auf die Kinder die natürlichen Folgen der Handlungen wirken zu lassen, resp. sie nachzuahmen. Es lassen sich natürlich nicht für alle Fälle Rezepte geben. Kinder reagieren auch sehr verschieden auf Strafen. Es gibt solche, die so feinfühlig sind, daß die verminderte Zärtlichkeit der Eltern, ein Wort, ein Blick schon genügt, um sie wieder auf den rechten Weg zu bringen; es gibt andere, denen derartige Folgen ganz gleichgültig sind. Und nicht immer ist im zweiten Falle die Abstumpfung durch Strenge daran schuld, daß zartere Mittel nicht anschlagen. Ein überaus wichtiges Mittel der Willenserziehung ist richtige Beschäftigung der Kinder. Und zwar nicht nur als Ablenkungsmittel im Sinne des Wortes: „Müßiggang ist aller Laster Anfang", sondern vor allem im Sinne des schönen Wortes von Amos Comenius: „Durch Tun allein gelangt der Mensch zum wahrhaftigen Sein", das heißt in der Betätigung entwickelt der Mensch seine Anlagen und Kräfte zu dem, was sie sein können und sollen. Die Beschäftigung der Kinder kann als Spiel und als Arbeit auftreten. Ich muß es mir versagen, hier näher auf das Spiel einzugehen, so wichtig es auch ist. Ich möchte aber noch ein paar Worte über die Arbeit als Erziehungsmittel sagen. „Ja, sollen denn unsere Kinder überhaupt arbeiten?" fragte mich vor zirka zwei Jahren mal ein Genosse sehr erstaunt, „wir treten doch mit allem Nachdruck gegen die Kinderarbeit auf!" Es war ihm nicht eingefallen, daß eine Partei, die ihr zukünftiges Gesellschaftsideal auf die allgemeine Arbeitspflicht im Dienste der Gesamtheit aufbaut, doch unmöglich die Arbeit als solche aus der Kindererziehung verdrängen kann. Was wir bekämpfen, ist die Ausbeutung der Kinder durch die kapitalistische Lohnarbeit, die in ihrer Intensität und Einseitigkeit Geist und Körper der Kinder schädigt. (Sehr richtig!) Aber arbeiten sollen unsere Kinder lernen, sie sollen in der Arbeit die Pflicht und die Ehre des Menschen erkennen. Solange in den Schulen noch nicht ein obligatorischer Handfertigkeitsunterricht eingeführt ist, solange ist die Familie die einzige Stätte, wo die Arbeit dem jungen Menschen als soziale Pflicht zum Bewußtsein kommt. Die Erwerbsarbeit, wie sie dann später im Leben an ihn herantritt, hat jeden Reiz, jedes erzieherische Moment verloren. Weshalb arbeitet die Mehrzahl der Menschen heutzutage? Nicht aus Freude am Schaffen! Wer empfindet bei der Intensität, Dauer und Einförmigkeit, die der produktiven Tätigkeit in ihrer kapitalistischen Gestalt eignet, wohl noch Freude und Befriedigung an seinem Werke? Auch nicht aus Pflichtgefühl — wer hält es wohl für seine Pflicht, mit seinem Fleiß einem anderen, der ihn ausbeutet, die Taschen zu füllen? Auch nicht aus Ehrgefühl, denn er hat ja auch für die gelungenste Arbeit keine Anerkennung zu erwarten. Nein, die meisten arbeiten nur, weil das Damoklesschwert des Hungers über ihnen und ihrer Familie schwebt. Die Gesellschaftsordnung, die wir erstreben, setzt aber die Arbeitsfreudigkeit, das Pflichtgefühl, das Ehrgefühl des einzelnen voraus. Und Aufgabe der sozialistischen Erziehung ist es, diese Gefühle in den Kindern zu erwecken. (Lebhafter Beifall.) Jede Mutter sollte deshalb ihren Kindern gewisse kleine Pflichten übertragen, die sie regelmäßig zu erfüllen haben, gemeinsam oder abwechselnd. Sie soll

ihr Ehrgefühl anregen, alles möglichst pünktlich und sorgfältig zu verrichten. Vor allem soll sie die Kinder gewöhnen, frühzeitig sich selbst zu helfen. Ueberhaupt sollte man die Kinder so früh wie möglich zur Selbständigkeit erziehen, ihnen nicht alle Mühen und Schwierigkeiten aus dem Wege räumen. Auch nicht allzu ängstlich sein vor Gefahren, die etwa drohen könnten. „Man muß die Knaben wagen, wenn sie Männer werden sollen," sagt Herbart.

Ich weiß wohl, daß ich noch längst nicht alles erschöpft habe, was zu dem Thema der sozialistischen Erziehung zu sagen ist. Es konnte ja auch nur darauf ankommen, die Grundlinien einer solchen Erziehung zu ziehen und an Beispielen zu erläutern. Im Grunde wird es uns ja allen klar sein, daß dort, wo wirklich sozialistischer Geist in einer Familie herrscht, uns auch um die sozialistische Erziehung nicht bange zu sein braucht. Aber leider sind solche Familien fast noch zu zählen. Gar mancher Genosse, der in Partei und Gewerkschaft ganz tüchtig seinen Mann stellt, läßt vor der Tür seiner Wohnung den Sozialdemokraten draußen. Innerhalb seiner vier Wände, da ist sein Denken und Handeln noch absolut kleinbürgerlich, patriarchalisch. (Sehr wahr!) Die Frau ist dazu da, ihm daheim das Leben möglichst angenehm zu machen und sich sonst um nichts zu kümmern, die Kinder haben zu parieren — das ist sein Familienideal. In solchen Familien sind alle Worte über sozialistische Erziehung verschwendet. Die deutsche Sozialdemokratie geht bereits in ihr zweites Menschenalter — was für eine stattliche Schar tüchtiger junger Rekruten sollten wir da bereits haben! Statt dessen sieht man vielfach, daß die Söhne und Töchter tätiger Genossen abschwenken oder wenigstens gleichgültig beiseite stehen, bestenfalls erst dann zu uns kommen, wenn sie von der Not des Lebens gedrängt werden. — Hier muß Wandel geschaffen werden, Wandel bei uns selbst. Wenn es uns wirklich ernst ist mit der sozialistischen Erziehung der Jugend, dann müssen wir bei der Selbsterziehung den Anfang machen, dann müssen wir daran arbeiten, daß sozialistischer Geist nicht nur Eingang in unsere Köpfe, sondern auch in unsere Herzen finde, daß er unsere ganze Lebensführung durchdringe. Dann werden wir im proletarischen Heim eine Pflegstätte geschaffen haben, in der begeisterte Rekruten für unser Freiheitsheer emporwachsen, junge Kämpfer, die den Kampf, den wir begonnen haben, nicht nur ebensogut, sondern noch besser, noch energischer weiterführen, dem Sieg entgegen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Genossin **Baumann-Altona**: Wir alle, soweit wir Eltern sind, haben gewiß den sehnlichsten Wunsch, daß unsere Kinder das Werk fortsetzen mögen, an dem wir gearbeitet haben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Vorbedingung, das auszuführen, was die Genossin Duncker uns vorgetragen hat. Wenn die Schulen in die Kinder einen uns fremden Geist hineinpflanzen, dann müssen wir ihm unsere Weltanschauung entgegensetzen. Das hat mit der Autorität der Lehrer gar nichts zu tun. Leider sind wir für unseren Beruf als Erzieherinnen so schlecht vorbereitet, und leider sind die meisten Mütter trotz des besten Willens nicht in der Lage, ihren Kindern das beizubringen, was notwendig ist. Am meisten können wir auf die Kinder durch das Beispiel wirken. Die Kinder werden doch auch in die patriotischen Veranstaltungen mitgenommen, und ich sehe nicht ein, weshalb wir da unsere Kinder nicht zu unseren Festlichkeiten ebenfalls mitnehmen sollten. Wenn das geschieht, dann werden die Kinder auch nach Verlassen der Schule ganz von

selbst in die Versammlungen ihrer Kameraden gehen. Das Solidaritätsgefühl, das in unserem Kampfe eine so große Rolle spielt, muß schon in die Seele der Kinder hineingepflanzt werden. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Einstimmig wird beschlossen, das Referat der Genossin Duncker in Broschürenform herauszugeben.

Ueber den zweiten Teil dieses Punktes der Tagesordnung:

„Die Jugendorganisation"

referiert:

Genossin **Zetkin.** Sie unterbreitet der Konferenz folgende Leitsätze und folgende Resolution:

A. Leitsätze.

I. Die sozialistische Jugendbewegung entsteht notwendig in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft. Sie ist das Ergebnis einerseits der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in ihrer Rückwirkung auf die materielle und geistige Lage, sowie auf das Familienleben des Proletariats, damit auf seine Fähigkeit zum Unterhalt und zur Erziehung des Nachwuchses, wie auch andererseits der Rückwirkung dieser Umstände zusammen auf die Revolutionierung der Stellung und des Bewußtseins der proletarischen Jugend selbst.

II. Begünstigt durch die Not des Proletariats und die technischen Fortschritte der Produktion verwandelt das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals die jugendlichen Proletarier aus schutz- und erziehungsbedürftigen Angehörigen der Familie in selbständig erwerbende Lohnarbeiter in der Gesellschaft. Damit wird die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz aus der Familie in die Gesellschaft verlegt und das alte Verhältnis zwischen Eltern und Kindern von Grund aus umgewälzt, das auf dem absoluten Befehlsrecht der ersteren als wirtschaftlich Erhaltenden und ebenso der absoluten Gehorsamspflicht der letzteren als wirtschaftlich Erhaltener beruhte. Die frühe wirtschaftliche Selbständigkeit der jugendlichen Proletarier hat ihre frühe geistige, moralische und soziale Selbständigkeit zur Folge. Die Pflicht, ja der Zwang zur Selbsterhaltung zieht das Recht der Selbstbestimmung nach sich, das seinerseits die Möglichkeit zu freier, gesunder Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte des einzelnen in sich begreifen sollte.

III. Im Triebwerk der kapitalistischen Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, losgelöst von der alten sozialen Gemeinschaft der Familie, lernen sich die jungen Proletarier als eigenverpflichtete und eigenberechtigte Persönlichkeiten erkennen. Im Triebwerk der Produktion, der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen, werden sie aber auch gleichzeitig der neuen sozialen Gemeinschaft ihrer Klasse fest eingegliedert und begreifen sich als Gleiche unter Gleichen, als Lohnarbeiter unter der Masse der Lohnarbeiter, den gleichen sozialen Gesetzen der Lebensentwickelung und Lebensbetätigung unterworfen wie diese. Das Bedürfnis der jugendlichen Persönlichkeiten nach Schutz und Erziehung als Voraussetzungen für die Entwickelung der sich regenden leiblichen und seelischen Kräfte stößt an die sozialen Schranken der proletarischen Klassenlage und kann von dem bürgerlichen Klassenstaat, als dem politischen Herrschaftsorgan der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, nicht befriedigt werden. Es enthüllt sich den jugendlichen Proletariern als das Recht ihrer Klasse auf jene vollmenschliche Entwickelungs- und Wirkungsmöglichkeit, welche dem Stande der heutigen Kultur entspricht. Dieses Recht wurzelt in der ökonomischen und sozialen Bedeutung des Proletariats, muß sich gegen die ausbeutende Minderheit und ihren Staat im bewußt geführten

proletarischen Klassenkampfe langsam durchsetzen und findet erst mit der Ueberwindung der kapitalistischen Ordnung und der Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft freier, gleichberechtigter Arbeiter seine volle Anerkennung und Verwirklichungsmöglichkeit.

Für die jugendlichen Proletarier fällt daher das Lebensinteresse ihrer Jugend mit dem Lebensinteresse ihrer Klasse zusammen und führt sie mit zwingender Logik zum Sozialismus.

IV. Die Erziehung der jugendlichen Proletariermassen im Geiste des Sozialismus und für die Ziele des Sozialismus ist daher die Aufgabe der sozialistischen Jugendbewegung. Diese Aufgabe sucht sie auf dem Wege der proletarischen Selbsthilfe zu lösen, und zwar dadurch, daß sie erstens planmäßig der Verkümmerung und Vernichtung körperlichen und geistig-sittlichen Lebens entgegenwirkt, welche der proletarischen Jugend als Folge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, der Mängel ihrer Erziehung in der Kindheit durch Haus und Schule und bestimmter verwahrlosender Einflüsse der kapitalistischen Gesellschaft droht; zweitens ebenso planmäßig die normale Entwickelung dieses Lebens durch die Vermittelung materieller und ideeller Bildungselemente fördert. Die Durchtränkung der proletarischen Jugendmassen mit der sozialistischen Erkenntnis als der Vorstufe zum Wollen und Handeln, welche die sozialistische Jugendbewegung erstrebt, muß das Schlußergebnis eines normalen geistig-sittlichen Entwickelungsprozesses sein. Zu diesem Zwecke muß sich die sozialistische Jugendbewegung vor allem die wissenschaftliche Erkenntnis der eigengesetzlichen Entwickelung der Natur und Gesellschaft nutzbar machen, wie auch der persönlich hebenden Bildungselemente des Natur- und Kunstgenusses. Zu diesem Zwecke muß sie aber auch bei Vermittelung des Bildungsstoffes wie der Prägung ihres gesamten inneren und äußeren Lebens berücksichtigen, was die moderne Pädagogik betreffs der gesunden Entwickelung der leiblichen und geistigen Kräfte festgestellt hat.

V. Die sozialistische Jugendbewegung kann die ihr gestellte Aufgabe nur erfüllen als spezifisches Organ, beziehungsweise Glied des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, von dem sie Ziel und Inhalt empfängt. Sie muß daher in engstem, geistigem und, soweit das möglich ist, auch organisatorischem Zusammenhang mit den reifen Trägern dieses Kampfes bleiben, auf deren Unterstützung durch Rat und Tat sie als eine Bewegung reifender Kräfte angewiesen ist. Gleichzeitig bedarf sie aber zur erfolgreichen Erfüllung ihrer spezifischen Aufgabe der eigenen Organisation. Diese muß entsprechend dem Ziel — der Erziehung der proletarischen Jugend zum bewußten und organisierten Handeln als Masse im modernen Klassenkampf — volles Selbstbestimmungsrecht besitzen. Die Schranke ihres Selbstbestimmungsrechts bildet nicht die Autorität der Organisationen Erwachsener, welche das alte Familienverhältnis zwischen Eltern und Kindern sozial reproduzieren würde, sondern lediglich das Interesse der Gesamtbewegung.

VI. Die sozialistische Jugendbewegung bedeutet eine der wichtigsten geschichtlichen Lebensäußerungen, deren Tendenz darauf hinausgeht, den von der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, von der bürgerlichen Ordnung entwickelten Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwickelung und gesellschaftlicher Betätigung des Menschen bereits im Rahmen der bestehenden Ordnung bewußt zu überwinden und damit geschichtlich der sozialistischen Gesellschaft vorzuarbeiten, die nicht bloß in politischer und ökonomischer, sondern auch in geistig-sittlicher Beziehung eine neue einheitliche Weltanschauung verwirklichen wird. Praktisch stellt sich die sozialistische Jugendbewegung dar als ein Teil des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, und zwar als einen solchen Teil, der mit dem Fort-

schritt der kapitalistischen Produktion, der Verschärfung der Klassengegensätze und der Zuspitzung der Klassenkämpfe an Bedeutung gewinnt. Die reife, kämpfende Generation des klassenbewußten Proletariats darf nicht tatenlos zusehen, daß dessen jugendliche Glieder in dem kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb zu Lohndrückern und Streikbrechern, in der Kaserne zu Werkzeugen der brutalen Gewalt herabgewürdigt werden, welche die kapitalistische Klassenherrschaft schützen und verewigen sollen; daß bürgerliche Bewegungen Geist und Herz der proletarischen Jugend ihrer eigenen Klasse und deren historischen Aufgaben entfremden und mit bürgerlicher Ideologie vergiften. Sie muß, je mehr ihr zielbewußter Kampf das Gebiet ihrer Betätigung erweitert und die vorliegenden Aufgaben spezialisiert, um so eifriger darauf bedacht sein, Träger der proletarischen Emanzipationsbestrebungen zu erziehen, die eine gründliche und feste theoretische Erkenntnis mit praktischer Wirkungsfähigkeit und tatkräftigem, zukunftsfrohem Idealismus verbinden. Sie bedarf der vorwärtstreibenden, geistigen und sittlichen Vorzüge der Jugend als eines wesentlichen Faktors, der ihre eigene Bewegung jugendfrisch und jugendkräftig erhält. Sie ist im Hinblick auf das Endziel des Proletariats verpflichtet, für das Heranwachsen eines Geschlechts zu sorgen, das ihr eigenes Werk im besten geschichtlichen Sinne weiterführt, d. h. überflügelt. Das gesamte kämpfende Proletariat muß daher Mitträger der sozialistischen Jugendbewegung sein.

VII. Um in diesem Sinne seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, muß es der sozialistischen Jugendbewegung die Bewegungsfreiheit sichern, deren sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf. Es muß ihr gleichzeitig moralisch und materiell alle Beihilfe gewähren, die zur Erringung ihrer Ziele erforderlich ist und den großen grundsätzlichen Richtlinien des sozialdemokratischen Bildungsprogramms entspricht. (Siehe Resolution zum Mannheimer Parteitag.) Als Aufgabe des gesamten kämpfenden Proletariats erfaßt und vom gesamten kämpfenden Proletariat getragen, wird die sozialistische Jugendbewegung zum gewaltigsten Stück sozialpädagogischer Praxis, das die Geschichte kennt.

B. Resolution.

Die Konferenz sozialdemokratischer Frauen zu Nürnberg stimmt den ihr vorliegenden Leitsätzen zur Frage der sozialistischen Jugendorganisation und den sich aus ihnen ergebenden praktischen Konsequenzen zu.

Sie begrüßt aufs freudigste die internationale sozialistische Jugendbewegung als ein wichtiges, ja unentbehrliches Glied der proletarischen Emanzipationsbestrebungen.

Dem Ziel und dem Wesen der sozialistischen Jugendbewegung entsprechend, können ihre Aufgaben am erfolgreichsten in besonderen Jugendorganisationen erfüllt werden, welche die schulentlassenen jugendlichen Proletarier beider Geschlechter aufnehmen und volles Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung besitzen, deren Leitungen jedoch Vertreter des gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariats mit beratender Stimme zur Seite stehen.

Wo die Gründung solcher Organisationen nicht möglich ist, sind zweckentsprechende Jugendbildungskommissionen zu konstituieren.

Die Vereine und Kommissionen haben in engster innerer Fühlung und, wo es das Gesetz erlaubt, auch in organisatorischer Verbindung mit den übrigen Organisationen des Proletariats zu stehen. Ihre Hauptaufgabe ist, im Geiste der Resolution über die Bildung der arbeitenden Jugend, welche die internationale sozialistische Jugendkonferenz zu Stuttgart angenommen hat, die körperliche und geistig-sittliche Entwickelung der jungen Proletarier zu fördern. Sie sind daher organisch besonders mit den Bildungsinstitutionen zu verbinden, welche das klassenbewußte Proletariat in immer größerer Zahl und

Vollkommenheit zu schaffen beginnt. Inwieweit sie sich neben dem hervorgehobenen Hauptziel im Interesse der proletarischen Jugend oder des gesamten Proletariats der Erfüllung von Sonderaufgaben zuwenden (Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz, Verbreitung von Aufklärung über das Wesen des Militarismus usw.), können sie nicht allein entscheiden, sondern nur gemeinsam mit den in Betracht kommenden Organisationen des Proletariats.

Wo es die Verhältnisse irgendwie gestatten, sind die Institutionen zur Jugendbildung in zwei Sektionen zu gliedern, von denen die eine für die jungen Proletarier bis zum Alter von 16 Jahren, die andere für die über 16 Jahre bestimmt ist.

Die Bestrebungen zur sozialistischen Erziehung der Jugend erhalten einen festen geistigen Mittelpunkt durch ein eigenes periodisches Organ, das methodisch in die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einführt und neben der allgemeinen geistigen Entwickelung die Charakterbildung fördert.

Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sind verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung moralisch und materiell in weitgehender Weise zu unterstützen.

Neben der direkten Förderung, die sie ihr zuteil werden lassen müssen, können sie ihren Bestrebungen im besonderen noch förderlich sein durch die Errichtung von Bibliotheken und Lesezimmern, durch die Beschaffung von Lokalitäten ohne Trinkzwang, von Gärten und Spielplätzen, durch eine zweckentsprechende Gestaltung ihrer Feste und Ausflüge und auf andere geeignete Weise.

Es ist des weiteren ihre Pflicht, ihre Mitglieder unablässig daran zu erinnern, was sie als Eltern, Arbeitskameraden und Freunde den jungen Proletariern schuldig sind: Das Beispiel eines Lebens, welches die geistig und sittlich hebende Macht der sozialistischen Ideen verkörpert; ein Verhalten, das von jener Achtung und Sympathie durchdrungen ist, auf welches die Leidensgenossen von heute, die heranreifenden, gleichverpflichteten und gleichberechtigten Kampfesgenossen von morgen ein Recht haben; das ernstliche Bemühen, der sozialistischen Jugendbewegung neue Mitglieder zu werben und ihr Wirken zu unterstützen.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu Nürnberg beauftragt ihr Bureau, ihre Beschlüsse wie die vorliegenden Leitsätze dem sozialdemokratischen Parteitag zu überweisen und vor ihm vertreten zu lassen. Sie verpflichtet alle Genossinnen, mit regstem Eifer für die praktische Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu wirken.

Genossin **Zetkin**: Die Frage der Jugendorganisation steht im innigen logischen und sachlichen Zusammenhange mit der Frage der sozialistischen Erziehung im Hause. Sie ist geeignet, im höchsten Maße das Interesse der Proletarierinnen, insbesondere aber der proletarischen Mütter zu erregen, ihren Willen, ihre Energie, ihre Arbeitsfreudigkeit wachzurufen. Mittelst des Verständnisses, der Tatkraft, die wir Genossinnen entfalten, um die sozialistische Jugendbewegung zu dem zu machen, was sie ihrem Wesen nach sein muß, vollenden wir nur, was wir im Hause als Mütter zu beginnen haben. Unser Wirken im Dienste der Jugendbewegung bildet ein Mittelglied zwischen unserem Walten als Mütter daheim und unserer Betätigung draußen im öffentlichen Leben als Glieder der Gesellschaft, als kämpfende Proletarierinnen. Aber wollen wir die proletarische Jugendbewegung im Interesse unseres Nachwuchses und unseres Endziels fördern, so müssen wir sie als das auffassen, was sie meiner Ueberzeugung nach ihrem tiefsten Wesen nach ist: ein Stück, und ich sage unter Hinweis auf das geschichtliche Leben unserer

Tage, das bedeutsamste Stück der Volkserziehung. In der Tat: sie bezweckt die Erziehung des schulentlassenen proletarischen Nachwuchses, also der ungeheuren Mehrzahl des heranwachsenden Geschlechts. Und sie will diese Erziehung, soweit dies im Rahmen der heutigen sozialen Ordnung möglich ist, auf gesellschaftlichem Wege sichern, indem sie sie der sozialen Macht überträgt, die dank ihrer historischen Mission und ihres Endziels, ihrem Ideal in der Gesellschaft der Klassengegensätze sowohl im Betreff der Gestaltung der Gegenwart wie vor allem im Betreff der Gestaltung der Zukunft das weitestreichende, das allgemeine Gesellschaftsinteresse repräsentiert. Diese soziale Macht ist das kämpfende, das organisierte Proletariat. Nur wenn man die proletarische Jugendbewegung so auffaßt, wie hier kurz skizziert ist, so kann sie zu ihrem Recht kommen. Stellen wir uns aber auf den Boden der Auffassung, daß sie Volkserziehung im weitesten und höchsten Sinne des Wortes ist, so dürfen wir die Bedingungen für die Entwickelung der sozialistischen Jugendbewegung nicht zuschneiden nach dem, was den Virtuosen des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes jeweilig im Hinblick auf ihre Forderungen und die Formen ihrer eigenen Betätigung als zweckmäßig erscheint. Gewiß: es ist eine banale Selbstverständlichkeit, daß die proletarische Jugendbewegung auch der praktischen Zweckmäßigkeit ihr Recht werden lassen muß. Dazu wird sie schon durch die realen Umstände gezwungen, durch das lebendige Leben mit seinen Machtgeboten. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die proletarische Jugendbewegung die schulentlassenen jungen Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts auf ihre bewußte Betätigung im Klassenkampf, also in Sozialdemokratie und Gewerkschaft, vorbereiten soll. Eine Vorschule, eine Rekrutenschule für das politisch, für das gewerkschaftlich kämpfende Proletariat ist sie genannt worden. Aber wenn man dieses Ziel so eng faßt, wie es in dem heiß und leidenschaftlich entbrannten Streit um die Frage der selbständigen Jugendorganisation sowohl von deren Befürwortern, wie auch von ihren Gegnern gefaßt worden ist, so erschöpft man keineswegs, was der Inhalt des Lebens und Strebens der proletarischen Jugendbewegung sein muß. Ja noch mehr: das Ziel, proletarische Befreiungskämpfer zu schulen, kann die proletarische Jugendbewegung in möglichst vollkommener Weise nur erreichen, wenn sie mehr ist als eine bloße Vorschule der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Sie muß sich darüber hinaus erweitern und ein wichtiges, unentbehrliches Glied in der Kette der Einrichtungen zu einer planmäßigen Volkserziehung werden, wie wir sie unserem sozialdemokratischen Bildungsprogramm entsprechend fordern. Fassen wir in diesem Sinne die proletarische Jugendbewegung auf und an, so ist es nur das normale Ergebnis eines inneren Entwickelungsprozesses, daß die jugendlichen Proletarier ihrerseits eines Tages als gereifte Mitträger des proletarischen und gewerkschaftlichen Kampfes in die Arena treten.

Wollen wir die proletarische Jugendbewegung verstehen und fördern, so müssen wir uns zunächst klar darüber werden, welches die geschichtlich treibenden Kräfte sind, die hinter ihr stehen. Eine klare Antwort auf die Frage nach diesen läßt uns auch Ziel, Aufgaben, Inhalt und Charakter der sozialistischen Jugendbewegung erkennen, sie lehrt uns, diese Bewegung selbst als ein bedeutendes Stück der geschichtlichen Entwickelung auffassen. Die letzte treibende Kraft der sozialistischen Jugendbewegung ist die kapitalistische Produktionsweise. Die kapitalistische Produktion und die auf ihr beruhende bürgerliche Gesellschaft schaffen die Erziehungsbedürftigkeit der proletarischen schulentlassenen Jugend. Das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, das von den Fortschritten der Technik und der Produktionsverfahren angereizt wird, dem die Notlage des Proletariats als Klasse ebenso entgegenkommt, wie die Emanzipation der Frau vom Haushalt, wälzt das proletarische Familienleben gründlich um. So eignet der kapitalistischen Produktion die Tendenz, die proletarische Familie gleichsam in ihre Atome aufzulösen und alle Glieder derselben als unmittelbare Ausbeutungsobjekte der kapitalistischen Mehrwertpresserei zu überantworten: Nach dem Manne das Weib, nach dem Weib die Kinder. Das allein schon bedeutet eine Einengung, ja in Zehntausenden von Fällen die Aufhebung der Möglichkeit für die proletarische Familie, ihren Nachwuchs bis zur Reife zu erziehen. Die proletarische Klassenlage als Ganzes, nicht zum mindesten auch die geistige Armut und Not, die ihr Erbteil ist, tut das Ihrige, um die Voraussetzungen für ein ersprießliches erzieherisches Walten der proletarischen Eltern herabzumindern. Für unsere Frage kommt an erster Stelle die Rückwirkung der revolutionierten Verhältnisse auf die schulentwachsene Jugend in Betracht. Dank der hervorgehobenen Umstände wächst stetig und rasch die Zahl der jungen Proletarier, die als Erwerbstätige den Kampf ums Dasein aufnehmen müssen, lange ehe eine sorgfältige Pflege und Erziehung ihre körperlichen und geistig-sittlichen Kräfte zu einem gewissen Grad der Kraft und Reife hätte führen können. Die Berufs- und Gewerbezählungen, die Berichte der Fabrikinspektoren spiegeln diesen Tatbestand in Ziffern wider, sie bestätigen überdies, daß er einem Vorgang entspricht, welcher sich international in allen Ländern vollzieht, wo die kapitalistische Produktion ihre Herrschaft aufrichtet. Die Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte steigt überall in weit stärkerem Verhältnis als die Zahl der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Aber die kapitalistische Produktion kann mit den alten Formen des Wirtschaftslebens nicht aufräumen, ohne auch die überkommenen Formen der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen zu zersetzen und umzugestalten. Das ausbeutende Kapital kann die jugendlichen Proletarier nicht als selbständige „freie Lohnarbeiter" auf den Arbeitsmarkt schleppen und treiben, ohne daß sich auch eine tiefgreifende Umwälzung in ihrer Stellung zur Familie und in ihrem Bewußtsein vollzieht. Die Erwerbstätigkeit emanzipiert die jugendlichen Proletarier und Proletarierinnen wirtschaftlich von der Familie und verleiht ihnen ihr gegenüber Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Aehnlich wie durch die Berufsarbeit die Frau wirtschaftlich von der Familie losgelöst und derselbständigt wird und einen neuen Bewußtseinsinhalt bekommt, so wird durch die Erwerbsarbeit die Lage und die Psyche der jugendlichen Proletarier revolutioniert. Die Familie hört auf, für sie eine Stätte des Schutzes und der Erziehung zu sein, an die ihre wirtschaftliche Existenzmöglichkeit geknüpft ist. Sie „essen ihr eigenes Brot". Die Eltern sind nicht länger die Erhalter ihres Nachwuchses. Damit setzt eine Umwälzung des alten Verhältnisses zwischen Eltern und Kindern ein. Es bewahrheitet sich, was das Kommunistische Manifest sagt, daß das Verhältnis des Proletariers zu Weib und Kind nichts mehr gemein hat mit dem alten bürgerlichen Familienverhältnis. Dem gesellschaftlichen Wirtschaftsleben eingegliedert, erwachen Weib und Kind im Proletariat zu dem Bewußtsein ihrer eigenen Persönlichkeit. Das alte Familienverhältnis baute sich auf auf dem absoluten Befehlsrechte der Eltern als der wirtschaftlich Erhaltenden und auf der ebenso absoluten Gehorsamspflicht der Kinder als wirtschaftlich Erhaltenen. In dem Maße aber, als die schulentlassenen jungen Proletarier im Kampfe um die Existenz selbständig ihren Unterhalt suchen müssen, wird dies rohe, brutale Machtverhältnis revolutioniert. Soweit die Autorität der Eltern über die Kinder sich nur auf den Beutel, den Brotkorb stützt, geht sie in die Brüche. Nicht mehr als Ausfluß wirtschaftlicher Macht, nur noch als Ausdruck geistiger und sittlicher Ueberlegenheit vermag sie sich zu behaupten. Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern steht nicht mehr

im Zeichen des rücksichtslosen Befehlens und blinden Unterwerfens, sein Leitmotiv ist, Kameradschaft, Freundschaft zwischen beiden heranblühen zu lassen. Die Pflicht, ja der Zwang, daß die jungen Proletarier für ihre Existenz selbst sorgen, läßt sie geistig und sittlich früher älter werden, als ihre Jahre das ausweisen, weckt in ihnen Selbständigkeitsgefühl und Unabhängigkeitssinn. Die Bedingungen dieser Lebenslage nähren diese Eigenschaften. Auch wenn die jungen Proletarierkinder es nicht wollen, werden sie durch das Ringen um ihr Brot, die Eingliederung in das Getriebe des sozialen Lebens täglich gezwungen, selbständig zu entscheiden und zu handeln. In vielen Fällen bringen das schon die äußeren Umstände mit sich. Das Arbeitsverhältnis führt sie vielleicht weit vom elterlichen Heim, bringt ihnen dadurch die Unabhängigkeit von diesem scharf zum Bewußtsein und zwingt sie früh zu selbständiger Lebensführung. Das revolutionierte Verhältnis zu Eltern und Familie wirkt naturgemäß auf die ganze psychische Disposition der jugendlichen Proletarier zurück. Dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß eingegliedert, erkennen sie ihre soziale Bedeutung als Arbeiter. Nicht bloß von den Eltern, von allen Erwachsenen wollen sie als Mitberechtigte und Mitentscheidende in allen Fragen gewertet sein, die ihr eigenes Leben berühren, das Wort Leben in seinem weitesten Sinne genommen. Kurz, das Pochen der Dampfhämmer und das Sausen des Räderwerks in den kapitalistischen Betrieben weckt die jungen Proletarier zu dem Bewußtsein, daß sie eigenverpflichtete und eigenberechtigte Persönlichkeiten sind.

Wie kommt es nun, daß das Gefühl des Aufsichselbstgestelltseins, daß die geistige und sittliche Frühreife in der proletarischen Jugend nicht jene Strömung des Individualismus auslöst, welche heutzutage die weitesten Kreise der bürgerlichen Jugend beherrscht? Der Gegensatz ist augenscheinlich. Die proletarische Jugend setzt nicht den Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwickelung und gesellschaftlichen Betätigung. Ihr Polarstern ist ein anderes Prinzip. Das kommt schon im Namen: Sozialistische Jugendbewegung zum Ausdruck. Es ist das Prinzip des Sozialismus, des Genossenschaftstums in seiner edelsten Bedeutung, das zielsetzend und richtunggebend für die Entwickelung der jugendlichen Proletarier ist. Der Grund dafür liegt in ihren Existenzbedingungen selbst, ist in der proletarischen Klassenlage gegeben. Im Triebwerk der kapitalistischen Produktion erwacht der junge Proletarier nicht nur zur Erkenntnis seiner eigenberechtigten Persönlichkeit. Vom ersten Tage an, wo er in die Tretmühle des Erwerbslebens eingespannt wird, empfindet er auch, daß er in der kapitalistischen Gesellschaft nichts ist als ein Blatt, mit dem die Wolken und Winde der wirtschaftlichen, der sozialen Verhältnisse spielen. Er fühlt, daß er als einzelner ein Schwacher, ein Besiegter im Kampfe mit dem feindlichen Leben ist. Erstarken zur Kraft, zum Siege, so predigen ihm die Tatsachen, kann er nur in der Solidarität, in der Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns aller, deren Leiden seine Leiden, deren Wünsche seine Wünsche, mit einem Wort, deren Los auch sein Los ist. So lernt er sich nicht bloß als Persönlichkeit kennen, sondern auch gleichzeitig als Gleicher unter Gleichen, als ein Glied seiner Klasse. Nicht zum mindesten ist es das Recht seiner Jugend auf Entfaltung, auf Entwickelung, das ihm seine Zugehörigkeit zu der Klasse der Habenichtse, der Ausgebeuteten mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein kommen läßt. Der Kampf um die Existenz, dessen letztes soziales Wort Ausgebeutetwerden heißt, heischt Entfaltung der schlummernden Kräfte. Das Recht auf Selbstbestimmung sollte normalerweise das Recht auf gesunde Entwickelung aller Gaben des Leibes und der Seele zur Voraussetzung haben. Und glühende Sehnsucht regt sich in den jungen Proletariern nach Erblühen ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte.

Erziehungs-, Entwickelungsmöglichkeit für die junge Individualität innerhalb der Grenzen, welche durch das Interesse der Allgemeinheit, welche durch das Interesse der Klasse gezogen werden: das rufen Stimmen des inneren und äußeren Lebens. Hunderterlei Bedingungen ihrer Existenz aber antworten den jungen Proletariern: ihr könnt diese Entwickelungsmöglichkeit nicht haben, ihr sollt sie nicht haben! Es wird den Proletariersöhnen und -Töchtern klar, daß ihrem Erblühen zu schönem, vollem Menschentum in der Hauptsache nicht individuelle Umstände Schranken ziehen — weder persönliche Begabung und mangelnder Wille, noch Unlust und Unverständnis der Eltern. Ihr Schutz- und Erziehungsbedürfnis stößt vielmehr an soziale Schranken. Es ist die proletarische Klassenlage, welche sie setzt. Was die Entwickelung der jugendlichen Proletarier lähmt, die Last der „Kette, die den Leib bedrückt, die dem Geist die Flügel knickt", wie Herwegh sagt, lernen sie als Erbteil ihrer Klassenlage bewerten. Diese Erkenntnis verweist sie auf den Weg, an dessen Ende die soziale Sicherung der Bildungsmöglichkeit für alle steht. Dieser Weg beginnt in der kapitalistischen Ordnung, aber er führt aus ihr heraus. Was die kapitalistische Klassengesellschaft der proletarischen Jugend nicht geben kann, das muß diese sich auf dem Wege organisierter Selbsthilfe mit Unterstützung ihrer Klasse, in engster Fühlung mit deren historischem Leben erringen. Wie liegen denn die Dinge? Die bürgerliche Ordnung schränkt in hohem Maße die Möglichkeit eines erzieherischen Einflusses der Familie auf die Jugend ein, ja, sie hebt diese Möglichkeit zum Teil ganz auf. Die sozialen Mächte, Staat und Gemeinde, tun jedoch so gut wie nichts, um die Erziehungspflichten der Familie zu übernehmen. Am allerwenigsten tun sie in dieser Hinsicht für die jungen Proletarier, nachdem sie in das Erwerbsleben hinausgetreten sind. Schon in der Volksschule haben diese erfahren, was der Armeleuteschule tiefster Sinn ist: ein Werkzeug zur Herandrillung einträglicher Ausbeutungsobjekte und zur geistigen Daniederhaltung und Knebelung des Proletariats zu sein. Die verschiedenen Bildungsgelegenheiten, welche die bürgerliche Gesellschaft den schulentlassenen Söhnen und Töchtern der arbeitenden Massen bietet, sollen — von Ausnahmen abgesehen — vollenden, was die Schule des Klassenstaates begonnen. Das gilt in hohem Maße auch von dem Fortbildungsunterricht, der alle Gebrechen einer Klassenbildung für Ausgebeutete, Beherrschte trägt und obendrein noch das Stigma einer sozialen Ungerechtigkeit gegen das weibliche Geschlecht, da er für die jungen Proletarierinnen nicht obligatorisch ist. Wie könnte dem auch anders sein! Der Staat ist das Herrschaftsorgan der ausbeutenden Klassen. Die Gemeinde ist nicht nur von ihm abhängig, sondern bringt wie er die Klassengegensätze und die Klassenherrschaft zum Ausdruck. Obgleich eine allseitige, planmäßige Fortbildung der schulentlassenen proletarischen Jugend im Interesse der sozialen Entwickelung, im Interesse der Hebung der materiellen und geistigen Kultur liegt, erhebt sich daher unser Fortbildungswesen nicht über das Ziel, eine gewisse elementare technische Abrichtung der Arbeitermassen zu sichern und dadurch den kapitalistischen Profit zu fördern. Und schlimmeres noch: es wird wie die Volksschule zum Herrschaftsinstrument der politischen Interessen der ausbeutenden Klassen herabgewürdigt. Es soll das gefälschte Bild der Natur, der Gesellschaft, der geschichtlichen Entwickelung vertiefen und befestigen, durch das die Volksschule den Geist der proletarischen Kinder täuschte und betrog; es ist nicht geeignet, die Seele der jugendlichen Proletarier durch Wissen, durch Erkenntnis zu befreien, es vergiftet und verdummt sie. (Beifall.) Was die private Initiative von bürgerlicher Seite schafft, ist schon der Quantität nach unzulänglich, der Qualität nach meist sehr fragwürdig. Zum Teil seinem Umfang wie seinem Wesen nach außerstande, den schreienden Ge-

bresten des offiziellen Fortbildungsunterrichtes abzuhelfen, zweckt es zum anderen Teil bewußt darauf ab, jene sogenannte „Arbeiterbildung" zu fördern, welche im Interesse des Profits und der Herrschaft der besitzenden Klassen liegt, weil sie das berufliche, das technische Können der jungen Proletarier erhöht und ihnen eine bürgerliche Auffassung der Geschichte, der Gesellschaft einimpft. (Sehr richtig!) In unseren Tagen spricht aber die Logik der Tatsachen nicht mehr allein zu den jugendlichen Proletariern von diesem Stand der Dinge. Die geistige Atmosphäre, in der ihre Klasse lebt, atmet, ist erfüllt von den sozialistischen Ideen. Sie offenbart sich schon der proletarischen Jugend, daß ihr Recht auf Bildung und Erziehung nur das Recht ihrer ganzen Klasse ist auf soziale Zustände, welche jedem einzelnen Glied der Gesellschaft in seinem ureigensten Interesse die Möglichkeit verbürgen, alle körperlichen und geistigen Fähigkeiten zu hoher Vollendung zu entfalten, alle sich regenden reifenden und reifen Kräfte zur inneren Befriedigung, zum Wohle der Allgemeinheit zu betätigen. Dieses Recht ist nicht im Sinne jenes Naturrechts zu verstehen, auf das sich die wissenschaftlichen Vorkämpfer der politischen Emanzipation der Bourgeoisie beriefen. Nein, es ist ein soziales Recht, das in der wirtschaftlichen und sozialen Rolle fest verankert liegt, welche dem Proletariat in der heutigen Gesellschaft zugefallen ist. Sie erschöpft sich keineswegs in dem, was dieses im Produktionsprozeß leistet. So ungeheuer wertvoll das ist, es wird ergänzt und übergipfelt durch die historische Bedeutung des Klassenkampfes, den die Ausgebeuteten gegen die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft in der Gegenwart, für die Aufhebung und Ueberwindung dieser Gesellschaft in der Zukunft führen. In unseren Tagen ist das klassenbewußt kämpfende Proletariat das geschichtliche Salz der sozialen Erde, es ist der mächtigste Faktor, der die gesellschaftliche Entwickelung bewußt vorwärtstreibt. Dem sozial festgewurzelten Recht der Arbeiterklasse auf Bildungs- und Betätigungsmöglichkeit steht jedoch das Vorrecht der besitzenden und ausbeutenden Klassen entgegen. Nur im Kampfe gegen diese vermag es sich daher durchzusetzen und nur durch die Niederzwingung der Gesellschaft der Klassengegensätze und der Massenausbeutung kann es ganz triumphieren. Das Proletariat bedarf für seinen Emanzipationskampf des Wissens, der Erkenntnis, aber erst sein Sieg über die ausbeutenden Klassen, erst die sozialistische Ordnung freier, gleichberechtigter Arbeiter wird ihm, wird allen Gliedern der Gesellschaft Bildungs- und Wirkungsfreiheit sichern, die alle schlummernden Kräfte zum Leben erweckt, zur Blüte bringt und in sozialer Gesinnung Früchte tragen läßt. Angesichts des aufgezeigten Zusammenhangs der Dinge fällt für die jugendlichen Proletarier das Lebensinteresse ihrer Jugend mit dem Lebensinteresse ihrer Klasse zusammen. Sie lernen den Klassenkampf als die Macht würdigen, welche Bahn für ihre Entwickelung schafft. Sie werden der Erkenntnis voll, daß auch für ihr knospendes Menschentum das Sozialismus allein der große Befreier ist. Sie wissen, ihre Zukunft ist unlösbar verknüpft mit dem geschichtlichen Lebensinteresse des gesamten Proletariats. (Beifall.)

An diesem Punkte muß meiner Ansicht nach die sozialistische Jugendbewegung einsetzen. Die sozialistische Jugendbewegung ist ein Stück jener proletarischen praktischen Selbsthilfe, zu der das Proletariat durch seine Klassenlage gedrängt wird und die sich als Klassenkampf durchsetzt. Es entspricht nur dem Wesen der proletarischen Emanzipationsbewegung, daß die proletarische Jugend im Geiste des Sozialismus und für den Sozialismus erzogen werden muß. Die Lösung dieser Aufgabe muß aber in hohem Maße das Werk der Jugend selbst sein. Das politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Proletariat, das von der Ueberzeugung der Gleichberechtigung der Geschlechter tief durchdrungen ist, ruft die Frauen zur Mitarbeit in seine Reihen, damit sie sich lernend, arbeitend zu selbständigen Persönlichkeiten, zu Mitträgerinnen der Bewegung entwickeln, durch ihre Betätigung ihre Gleichwertigkeit erweisen und mit eigenen Kräften für ihre Befreiung wirkend. Gerade so muß das jugendliche Proletariat durch Selbsterziehung vorwärts und aufwärts dringen. Die sozialistische Jugendbewegung ist der Weg dazu. In ihr muß daher der Initiative, der Betätigung der Jugend selbst der größte Spielraum gelassen werden. Es entspricht dies nur unserem Grundsatz von der Gleichberechtigung aller Menschen, demzufolge wir in den jugendlichen Proletariern die werdenden Glieder der Gesellschaft, die künftigen Träger des proletarischen Befreiungskampfes sehen. Es entspricht das dem Prinzip der Selbstbetätigung, das im Sozialismus lebendig ist, der die Emanzipation der Arbeiterklasse als Werk der Arbeiterklasse selbst erstrebt, also ganz auf die Erweckung des Willens zur eigenen Tat gestellt ist. Durch richtige Erkenntnis diesen Willen schon in den jugendlichen Proletariern zu wecken, zu stählen und auf das eine Ziel zu richten: das ist es, was die sozialistische Jugendbewegung erstrebt. Sie muß sich an die Massen des jugendlichen Proletariats wenden, muß sie mit dem lebendigen Geiste des Sozialismus durchdringen und der Fähigkeit reifen Handelns entgegenführen. Ihr Ziel ist nicht etwa, einzelne frühreife Persönlichkeiten mit Formeln auszurüsten, die es ihnen ermöglichen, abzugucken, wie die Wissenschaft sich räuspert und wie sie spuckt, und für die auch der Sozialismus zu solcher Formel zusammenschrumpft. Die proletarische Jugendbewegung soll im lebendigen Geiste des Sozialismus das Wollen vorbereiten und mit dem Wollen zugleich zur Tat bereitmachen. Von einer Erkenntnis durchdrungen, von einem Wollen beseelt, werden die Massen der jugendlichen Proletarier, wenn ihre Kräfte aus reifenden zu reifen geworden sind, zukunftsfroh und begeistert im Interesse ihrer Klasse handeln. (Lebhafter Beifall.)

Wenn die sozialistische Jugendbewegung im Dienste dieses Zieles wirken will, so muß sie zunächst dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verfall entgegenarbeiten, welcher der proletarischen Jugend infolge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte droht. Körper und Geist sind eine Einheit. Ruin der körperlichen Gesundheit und Kraft bedeutet in der Regel auch eine Abnahme der geistigen Kräfte, eine Schwächung der sittlichen Stärke. Es ist ein Wahnsinn, gepaart mit einem Verbrechen, daß unsere Gesetzgebung den jugendlichen Arbeiter und die jugendliche Arbeiterin im Alter von 16 Jahren als erwachsen erklärt, als reif für die fast schrankenlose kapitalistische Ausbeutung. (Lebhafte Zustimmung.) Sie alle, die Sie durch die Hölle dieser Ausbeutung gegangen sind, oder die erleben mußten, daß junge Angehörige und Freunde in ihr litten, wissen, welche Leiden, welche schwere Schädigungen der leiblichen und geistigen Kräfte die skrupellose kapitalistische Auswucherung über die arbeitende Jugend verhängt. Die sozialistische Jugendbewegung muß den Kampf dagegen mit aller Energie aufnehmen. Das kann sie dadurch tun, daß sie vor allem unter den Massen der jungen Proletarier selbst die Erkenntnis des blutigen Unrechts verbreitet, das ihr geschieht. Sie muß hier, anknüpfend an die kapitalistische Ausbeutung der kindlichen und jugendlichen Arbeitskräfte, Aufklärung verbreiten über das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung selbst, wie über ihre Ordnung und ihren Staat. Sie muß den Jugendlichen die Gefahren für Leib und Seele zum Bewußtsein bringen, denen diese Ausbeutung sie preisgibt, muß durch Sammlung von Material darüber eine Epoche ihrer Leiden, eine Anregerin von Besserungen in ihrer Lage, eine Ruferin im Kampfe für Reformen zu ihren Gunsten sein. Ihr fällt gleichzeitig die Aufgabe zu, durch Verbreitung von Wissen über die

Forderungen, welche die Hygiene, die Wissenschaft überhaupt im Interesse gesunder körperlicher und geistig-sittlicher Entwickelung erhebt, den jugendlichen Proletariern sowohl zu zeigen, was das Kapital und die bürgerliche Ordnung an ihnen verbrechen, wie sie zu befähigen, soweit der enge Rahmen der Klassenlage es gestattet, den verwüstenden Einflüssen der Erwerbsarbeit bewußt entgegenzuwirken. Es liegt auf der Hand, daß die Jugendbewegung diesen Komplex von Aufgaben nicht allein, sondern nur zusammen mit dem reifen, politisch und gewerkschaftlich kämpfenden Proletariat in Angriff nehmen kann. Des weiteren ist es Ziel der proletarischen Jugendbewegung, nach Möglichkeit gutzumachen, was die Volksschule, was die anderen Bildungsinstitute des Klassenstaates an der proletarischen Jugend sündigen. Nicht bloß gegen ihren Geist, nein, auch gegen ihre Sittlichkeit. Die bürgerliche Gesellschaft ist bestrebt, wie die geistigen, so auch die sittlichen Ideale der Massen zu verfälschen. Ihr Ideal für die Bildung der Massen ist nicht die Freiheit, sondern Unterwerfung und Knechtschaft. In der proletarischen Familie fehlen jedoch oft genug die materiellen und kulturellen Vorbedingungen, um dem allen entgegenzuarbeiten. War sie in der Folge schon ohnmächtig, dem Anrecht der Kindheit auf Erziehung zu genügen, so kann sie erst recht nicht den vorliegenden Bedürfnissen der heranreifenden Jugend gerecht werden. Damit nicht genug: An die proletarische Jugend treten verschiedenartige verwahrlosende und verderbende Einflüsse heran, welche Produkte der kapitalistischen Gesellschaft sind. In erster Linie der Alkoholismus. Die Alkoholpest zu verbreiten, ist für bestimmte Kreise der besitzenden Klassen ein Geschäft, und zwar ein sehr einträgliches Geschäft. (Sehr richtig!) Ebenso entsprechend dem Grundsatz der kapitalistischen Welt: non olet — Geld stinkt nicht — die Verseuchung der Massen, der jugendlichen Massen insbesondere, mit Schundliteratur, wie mit allen Werken und Aeußerungen jener Afterkunst, die an die schlechtesten Instinkte appelliert. Die kapitalistische Gesellschaft erzeugt die Produzenten und Konsumenten solcher Afterkunst, sie erzeugt vor allem Unternehmer, die beide gründlich ausbeuten und aus ihrem sittlichen Ruin Gold münzen. Die pornographischen Reproduktionen, die mit Kunst nichts gemein haben, die Tingeltangel, Variétés usw. sind Mittel der kapitalistischen Plusmacherei auf Kosten der leiblichen und seelischen Volksgesundheit. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Jugendbewegung, diesen verwahrlosenden, verrohenden, Körper und Geist verderbenden Einflüssen entgegenzutreten.

Aber sie hat nicht nur eine negative, sondern auch eine positive Aufgabe. Sie darf nicht nur abwehren, sie muß auch aufbauen, planmäßig dafür sorgen, daß an die jugendlichen Proletarier Bildungselemente körperlicher, geistiger und sittlicher Art herantreten, die geeignet sind, eine harmonische vollmenschliche Entfaltung der jungen Proletarier zu fördern. Die Richtlinien für diese Wirksamkeit hat in vorzüglicher Weise Genossin Roland-Holst auf der Internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart aufgezeigt. Lesen Sie den Bericht. Er orientiert lichtvoll darüber, welcher Art die Bildungselemente sein sollen, die die sozialistische Jugendbewegung dem proletarischen Nachwuchs vermittelt. Zugleich läßt er erkennen, was die sozialistische Jugendbewegung ist und was sie will. Niemand wird sich dem Eindruck entziehen können, daß sie von den höchsten sittlichen, sozialen Idealen unserer Zeit getragen wird — sittlich selbstverständlich im sozialistischen Sinne — und daß sie nicht auf kleinliche Vereinsmeierei ausgeht. Nur kurz sei auf positive erzieherische Aufgaben hingewiesen, welche die sozialistische Jugendbewegung erfüllen soll. Weil nur in einem gesunden Körper eine gesunde Seele wohnen kann, muß sie zunächst den Schädigungen entgegenwirken, welche der normalen, kraftvollen körperlichen Entwickelung der jungen Proletarier drohen. In erster Linie als Ausbeutungsobjekt, dann aber auch sonst reichlich genug in der kapitalistischen Gesellschaft. Es sei nur daran erinnert, daß durch die Erwerbsarbeit im kapitalistischen Betrieb bestimmte Gruppen von Muskeln und Nerven entarten müssen, weil die einen einseitig in Tätigkeit gesetzt und überanstrengt werden, während andere zur Untätigkeit verdammt sind. Turnen, Märsche, Sport, Ausflüge, kurz systematisch betriebene Leibesübungen aller Art sind Mittel, das physische Verkümmern der proletarischen Jugend aufzuhalten. Solche Uebungen sollen auch den Zweck haben, den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Freude an der Kraft, an der Gesundheit und Schönheit des menschlichen Körpers wiedergeben. Die kapitalistisch ausgebeutete Arbeit raubt ihnen diese Freude. Für sie kommt Körper und Geist vielfach nur noch als Hand in Betracht. Der englische Unternehmer spricht bezeichnend genug von den Arbeitern nur als von Händen. Auch die christlich-spiritualistische Auffassung, daß der Körper etwas Niedrigeres als die Seele, daß er ein „Gefäß der Sünde" sei, hat die Freude am Leibe genommen, hat diesen gleichsam beschmutzt und entwürdigt. Hygienisch und ästhetisch gerichtete Körperübungen können in den jugendlichen Proletariern das Bewußtsein der Würde, der Schönheit, der Kraft des Körpers vermitteln. Sie sind dazu angetan, diese auch in innigen Zusammenhang mit der Natur zu bringen und mit dem Verständnis für sie die Freude an ihr, die gesteigerte Fähigkeit zum Genuß ihrer Herrlichkeiten zu entwickeln. Selbstverständlich dürfen körperliche Uebungen in der sozialistischen Jugendbewegung nicht überwuchern, nicht Selbstzweck werden. Unserer Auffassung entsprechend, daß Körper und Geist untrennbar zu einem verbunden sind, müssen sie stets auch als grundlegend für die normale Entwickelung geistiger und sittlicher Eigenschaften betrachtet werden. Dabei kommen gerade Geistes- und Charakterzüge in Betracht, die der reife, kämpfende Proletarier später betätigen muß.

Ohne einer leeren, gedankenlosen Vielwisserei Vorschub zu leisten, muß ferner die sozialistische Jugendbewegung auch — wie schon in anderem Zusammenhange erwähnt — hygienisches Wissen verbreiten. Unter dem, was sie in dieser Hinsicht zu leisten hat, sei an erster Stelle an die Aufklärung über den Alkoholismus und über sexuelle Fragen erinnert. Eine vernünftige, streng wissenschaftliche und dabei zartfühlende taktvolle Belehrung über die Fragen des sexuellen Lebens ist das beste Mittel, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auf eine gesunde sittliche Basis zu stellen. Gerade in dieser Hinsicht hat die sozialistische Jugendbewegung ein ungeheuer großes Wirkungsfeld vor sich. Was das proletarische Heim nicht leisten kann oder vernachlässigt, was die Schule heute noch nicht gibt, das kann sie dem proletarischen Nachwuchs ohne Unterschied des Geschlechts vermitteln: die Einsicht in die natürlichen Gesetze und Bedingungen, welche das Walten des mächtigsten, des stärksten Naturtriebes neben dem Hunger, des Geschlechtstriebes, regeln; die Würdigung der Tatsache, daß seine Befriedigung über dem physisch-psychischen Gefühl der Individuen hinaus der Erhaltung der Art dient, die nicht bloß existieren, die vervollkommnet werden soll; das Bewußtsein der ungeheuren Verantwortlichkeit, die daher dem geschlechtlichen Leben jedes einzelnen zukommt. Die jungen Proletarier müssen dazu erzogen werden, das rohe, blinde sexuelle Triebleben geistig und sittlich zu zügeln, es mit dem Gehalt unserer Kultur zu durchdringen, zu vergeistigen.

Die hygienische Aufklärung leitet hinüber zu einem Bildungsgebiet, dem die Jugendbewegung besonders hervorragende Aufmerksamkeit zuwenden muß. Sie hat die Aufgabe, die jungen Proletarier in die Naturwissenschaften ein-

zuführen, sie mit ihren wichtigsten Ergebnissen bekanntzumachen, ihrem Verständnis das Naturganze, das Weltall, den Kosmos zu erschließen. Selbstverständlich kann es sich dabei nicht um die Anhäufung von Einzeltatsachen handeln. Nicht verwirrende Vielwisserei, sondern geistige klare Beherrschung des Bekannten und Gelernten, Anregung zum selbständigen Beobachten und Denken muß die Parole sein. Worauf es ankommt, ist, den jungen Proletariern die gesetzmäßige Einheit alles natürlichen Seins zum Bewußtsein zu bringen, ihnen die großen, inneren Zusammenhänge zwischen seinen verschiedenen Formen und Erscheinungen aufzuzeigen, wie seinen unaufhörlichen eigengesetzlichen Entwicklungsprozeß. So lernen sie das Weltall in seiner reichen Mannigfaltigkeit wie in seiner Einheit begreifen, in seinem Wandel wie in seiner Gesetzmäßigkeit und empfinden sich selbst als eins seiner Teilchen. In der gleichen Weise muß das Bildungsgebiet behandelt werden, das meines Erachtens die Achse, den Zentralpunkt der Bildungsbestrebungen darstellt, deren Trägerin die sozialistische Jugendbewegung ist. Es ist das Gebiet der sozialen Wissenschaften. Auch hier darf das Schwergewicht nicht auf das Ansammeln einer Ueberfülle geschichtlicher und sozialer Daten gelegt werden. Das vermittelte Wissen muß vielmehr vor allem zu klarer Erkenntnis der eigengesetzlichen Entwickelung der Gesellschaft führen. Es muß die Triebkräfte des geschichtlichen, des gesellschaftlichen Werdens und Vergehens aufzeigen, die ehernen Gesetze, welche es regieren; es muß einen klaren Einblick in den Mechanismus der kapitalistischen Produktion und die auf ihr beruhende bürgerliche Gesellschaftsordnung geben und in die treibenden Faktoren, welche in ihr wirksam sind. Geschieht das, so wurzelt in den jungen Proletariern die Ueberzeugung fest, daß die geschichtliche Entwickelung mit Naturnotwendigkeit, unabwendbar und unaufhaltsam zur sozialistischen Gesellschaft führt. Sie lernen die Kräfte kennen, welche die kapitalistische Ordnung revolutionieren, die sozialistische vorbereiten, und so erwachsen sie zum Bewußtsein der gewaltigen Rolle, welche der zielklare Wille des Proletariats in der geschichtlichen Entwickelung unserer Zeit spielt, und der ungeheuren Verantwortlichkeit, welche in der Folge allen seinen Gliedern auferlegt wird. Erkenntnis der eigengesetzlichen Entwickelung der Natur und der Gesellschaft ist das wirksamste Gegengift gegen den religiösen Aberglauben und Mystizismus, der nur zu oft auch zum sozialen Mystizismus führt, d. h. im letzten Grunde zum Abdanken vor der kraftvollen Tat, zum Verzicht auf das bewußte Eingreifen in den Gang der gesellschaftlichen Entwickelung. Es versteht sich, daß die gepflegte Erkenntnis zur fruchtbaren Wurzel der Charakterbildung werden muß. Die sozialistische Jugendbewegung muß bewußt alle Eigenschaften, alle Tugenden fördern, deren der reife Proletarier für den Emanzipationskampf seiner Klasse bedarf, sie muß eine Pflanzschule sozialistischer Charaktere sein.

Das gedrängt Skizzierte über die Bildungsaufgaben der sozialistischen Jugendbewegung weist mit greifbarer Deutlichkeit darauf hin, daß den jungen Söhnen und Töchtern des Proletariats das nötige erzieherische Wissen nicht mit den Methoden und nach der Art der politischen und gewerkschaftlichen Massenagitation übermittelt werden kann. Nicht der Agitator und Organisator hat dabei das entscheidende Wort zu sprechen, sondern der Erzieher, was allerdings keineswegs gleichbedeutend ist mit Schulmeister in der landläufigen bürgerlichen Bedeutung des Worts. Die reiche Fülle der Bildungselemente, deren Vermittlerin die sozialistische Jugendbewegung sein soll, so zu gestalten und sie den jugendlichen Proletariern in der Weise nahe zu bringen, wie es den Gesetzen der leiblichen und geistigen Entwickelung entspricht: das ist Sache einer Pädagogik, die ihrem Wesen nach selbst von der

theoretisch wohl befestigten und geklärten sozialistischen Erkenntnis durchdrungen sein, die ihrer Form und ihrem Gebaren nach frei von jeder beschränkten fachgelehrten Zünftelei bleiben muß. Wirkt die sozialistische Jugendbewegung als Bildungs-, als Erziehungsbewegung im Sinne der angedeuteten Richtlinien, so führt sie zu einer festen, klaren sozialistischen Erkenntnis, die der Schlußpunkt einer natürlichen geistigen und sittlichen Entwickelungsreihe und Entwickelungsreife ist. Darauf aber kommt es an. Es kann nicht ihre Aufgabe sein, als eine Art Schnellbleiche oder „Presse" für einzelne besonders begabte proletarische Persönlichkeiten zu funktionieren, welche ihrer Eigenart nach für eine frühzeitige öffentliche Betätigung disponiert sind. Sie muß die breitesten Massen der proletarischen Jugend erfassen und im sozialistischen Sinne erziehen, so daß ihre festgewurzelte, unausrottbare sozialistische Ueberzeugung der Abschluß eines normalen inneren Werdeganges ist. Ist das der Fall, so wird der Sozialismus im persönlichen Leben der einzelnen zu einer lebendigen, einer wirksamen Kraft. Er versteinert nie zu einer toten Formel, er macht nie vor der Schwelle des Privatlebens halt. Zwischen Theorie und Praxis, zwischen Bekenntnis und Handeln wird sich dann nicht — wie heute leider so oft — ein klaffender Gegensatz zeigen. Erfährt man nicht gelegentlich, daß die brabsten Genossen, die besten Gewerkschaftler in ihrem Privatleben noch tief in bürgerlichen Ideen stecken, eine durch und durch bürgerliche Weltanschauung betätigen? Unsere Jugendbewegung muß ein Innenleben schaffen, welches von der sozialistischen Weltanschauung durchdrungen, welches in ihr so fest verankert und verwurzelt ist, daß kein Gesetzesparagraph und keine Bajonette, daß kein persönlicher Vorteil den einzelnen davon abzuhalten vermag, sozialistisch zu handeln. Sie muß Bekenner des Sozialismus erziehen, die in ihrer Ueberzeugung leben, weben und sind. (Zustimmung.)

Die sozialistische Jugendbewegung wendet sich an den Nachwuchs der ausgebeuteten Massen und bemüht sich, ihn für die spätere bewußte, zukunftsfreudige Betätigung im Dienste seiner Klasse vorzubereiten. Sie übernimmt damit eine ganz spezifische Aufgabe innerhalb der allgemeinen proletarischen Emanzipationsbewegung, eine Aufgabe, die unseres Dafürhaltens weder die politische noch die gewerkschaftliche Organisation allein zu erfüllen vermag, weil beide reife Proletarier zum Kampfe mit bestimmten Losungen sammeln und nicht reifende Kräfte erziehen wollen, soviel bedeutsame Erziehungsarbeit sie auch an den Erwachsenen leisten. Wenngleich die sozialistische Jugendbewegung ihr Ziel und ihren Inhalt von dem allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats erhält, so ist sie doch ihrem Wesen, ihrem Pflichtkreis nach ein besonderer, ein eigener Sproß der modernen Arbeiterbewegung. In dieser ihrer Eigenschaft bedarf sie aber auch eigener, selbständiger Organe, bedarf sie der Organisation. Ohne Organisation werden ihre Versuche, ihren Inhalt in die Tat umzusetzen, mangelhaft bleiben. Soweit die sozialistische Jugendbewegung Bildungsbewegung, Erziehungsbewegung ist — also durchaus unpolitisch und das nicht bloß der Auffassung des Gesetzes, sondern ihrem ganzen inneren Wesen nach — kann sie der eigenen, selbständigen Organisation nicht entraten. Was sie in dieser Hinsicht erstreben muß, das kann weder im Rahmen der gewerkschaftlichen noch der politischen Organisation geleistet werden. (Sehr richtig!) Ich sage das wahrhaftig ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des neuen Reichsvereinsgesetzes, dieser Spottgeburt von konservativem Feuer und liberalem Dreck. (Sehr gut! und lebhafter Beifall.) Die Aufgaben der sozialistischen Jugendbewegung als einer Erziehungsbewegung sind so speziell, so reich, heischen eine so eigene Behandlung, daß sie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der reifen Träger des proletarischen Klassenkampfes gar nicht erfüllen können. Diese haben ihr eigenes,

weitschichtiges, scharf umgrenztes Pflichtgebiet, das sie vollauf in Anspruch nimmt, sie können ihrem Wesen nach nicht mit dem komplizierten neuen Wirkungskreis belastet werden, den die Jugendbewegung eröffnet. Die energische Vertretung wirtschaftlicher Berufsinteressen einer bestimmten Arbeiterkategorie, wie sie Pflicht jeder Gewerkschaft ist, die treue Erfüllung der politischen Tagesarbeiten, die den Wahl- und Kreisorganisationen zufallen, ziehen dem Wirken für die Entfaltung sozialistischen Geistes in den proletarischen Jugendmassen bestimmte Schranken. In den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung diente bei uns in Deutschland ein und die nämliche Organisation den verschiedensten Aufgaben, sie war der Rahmen für die politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Betätigung, für die Bildungsbestrebungen, die Unterstützungseinrichtungen des Proletariats. Sie war gleichsam die Schale, die im Kern alle Institutionen umschloß, die sich die Arbeiter aus eigener Kraft zur Hilfe des leidenden, zur Wehrtüchtigkeit des kämpfenden Proletariats schaffen mußten. Aber die Erfolge des proletarischen Klassenkampfes selbst haben die Abgrenzung der Wirkungsgebiete und damit die Spezialisierung der Betätigung seitens der Organisation notwendig gemacht. Und je weiter sich das Tätigkeitsreich dehnt, das jeder einzelnen Art der proletarischen Organisation zufällt, je absorbierender, verantwortungsreicher die Zwecke sind, denen eine jede dient, um so weniger kann sie sich im Nebenamt der methodischen — ich betone das Wort — der planmäßigen Arbeit widmen, um die proletarische Jugend mit der sozialistischen Gedankenwelt zu erfüllen. Die Gründung von Bildungsausschüssen, Bildungskomitees usw. seitens der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in dieser Beziehung lehrreich. Sie ist der Nachweis dafür, daß die Spezialisierung der Arbeitsgebiete des proletarischen Emanzipationskampfes soweit fortgeschritten ist, daß Gewerkschaften und Wahlvereine von ihren Sonderpflichten derart in Anspruch genommen sind, daß die grundlegende Aufgabe der theoretischen Schulung und Vertiefung eigenen Organen überwiesen werden muß. Jedoch Bildungsinstitutionen für die reifen Träger des Klassenkampfes und für die erst reifenden ist zweierlei. Gewiß besteht zwischen beiden ein innerer logischer Zusammenhang, aber trotzdem können die allgemeinen Bildungsorgane des klassenbewußten Proletariats nicht ohne weiteres die Erziehungsaufgaben der sozialistischen Jugendbewegung übernehmen. Immerhin sind sie es, an die sich die aus der eigenen Initiative der proletarischen Jugend hervorgehenden Bildungsvereine anlehnen, mit denen sie sich unter Umständen verbinden können. Das ist auch insofern empfehlenswert, als in den Institutionen zur theoretischen Schulung der Proletarier das geistige Leben der Gewerkschaften und der Parteiorganisationen zu einem Strom zusammenfließt.

Aber ich gehe einen Schritt weiter. Die sozialistische Jugendbewegung bedarf als Erziehungsbewegung nicht bloß eigener Organisationen. Die Bildungsvereine der proletarischen Jugend müssen auch Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltungsrecht haben. Es versteht sich von selbst, daß die sozialistische Jugendbewegung in ihrer Gesamtheit sich in engster innerer Fühlung mit dem politisch und gewerkschaftlich kämpfenden, dem genossenschaftlich wirkenden Proletariat halten muß. Wo es die realen Bedingungen erlauben, einen organisatorischen Zusammenhang zwischen ihr und jenen zu schaffen, sollte er geschaffen werden. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die sozialistische Jugendbewegung in allen ihren Betätigungsformen nicht bloß der Unterstützung, sondern auch des Rats der reifen Träger des Klassenkampfes im weitesten Umfange bedarf. Das besagt jedoch keineswegs, daß sie unter der gestrengen Vormundschaft und Oberhoheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen darf. Die unpolitischen, nichtgewerkschaftlichen Bildungsvereine, welche die proletarische Jugend sich selbst schafft, müssen auch von dieser selbst verwaltet und geleitet werden. Ein Abhängigkeitsverhältnis ihrerseits, das sich eventuell auf gewährte materielle Unterstützung beriefe, würde nur sozial dem alten Machtverhältnis der Eltern über die Kinder entsprechen, es verträgt sich nicht mit dem revolutionierten Bewußtsein der jungen Proletarier, das bereits eingangs charakterisiert worden ist. Doch nicht bloß das. Selbständigkeit, Selbstbestimmungs- und Selbstentscheidungsrecht sind pädagogische Faktoren von höchster Bedeutung. Genossin Duncker hat in ihren vortrefflichen Ausführungen mit vollem Recht besonders darauf hingewiesen, wie wichtig es für die Entwickelung von Geist und Charakter ist, daß in der Familie schon das kleine Kind eine bestimmte, weitgehende Bewegungsfreiheit erhält, zur Selbstentscheidung und Selbständigkeit gewöhnt wird. Was in dieser Beziehung die Familie beginnt, muß die selbständige Jugendorganisation fortsetzen.

Alle moderne Pädagogik, die Anspruch auf Wissenschaftlichkeit macht, stellt die Selbständigkeit des Urteils und der Betätigung in den Mittelpunkt der Erziehung. Sie ist Sonne und Regen, kräftigender Wind und linde Wärme, unter deren fruchtbaren Einflüssen die Gaben des Geistes und Charakters erblühen. Durch die Freiheit muß für die Freiheit erzogen werden! Gewöhnung zur Selbständigkeit im Denken und Entscheiden bereitet bewußtes, kraftvolles Tun vor. Selbständigkeit heißt auch Selbstbesinnung, Selbstzucht, Selbstbezwingung und Selbstverantwortlichkeit. Das Recht zur Selbstentscheidung hat die Pflicht zu höchster Selbstbetätigung, zu opferwilligster Hingabe zur Voraussetzung. Gerade die Selbständigkeit der Leitung und Verwaltung, welche in den Bildungsvereinen der Jugend selbst zufallen muß, macht diese Organisation zur Schule der Bürgertugenden, welche die reifen Proletarier im Klassenkampfe zu betätigen haben. Indem sie die jungen Proletarier vor die Notwendigkeit stellt, selbst zu prüfen, zu wählen, sachlich zu erwägen, fleißig zu arbeiten und begeistert zu opfern, entwickelt sie Einsicht, Konzentration des Willens, Tatkraft und jenen reinen Idealismus, der zum Einsatz der ganzen Persönlichkeit in den Dienst der erkorenen Sache treibt. Daneben fördert sie nicht minder die praktische Arbeitstüchtigkeit. Des weiteren wird die selbständige Betätigung der Jugend in ihren Vereinen den größten Eifer, den höchsten Ehrgeiz — im besten Sinne des Wortes — die unermüdlichste Arbeitsfreudigkeit auslösen. Vor allem aber wird durch die selbständige Betätigung der Jugend in ihren eigenen Organisationen jenes ernste, besonnene Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeinschaft gegenüber entwickelt, welches die Wurzel treuester sozialer Pflichterfüllung ist. Kurz, die Pflicht der Selbstbetätigung und das Recht der Selbstentscheidung sind wichtige pädagogische Voraussetzungen dafür, daß die proletarische Jugend zum bewußten und organisierten Handeln als Masse im Klassenkampf heranwächst, das eines Tages ihre geschichtliche Aufgabe ist. (Beifall.)

Den hohen erziehlichen Wert der Selbständigkeit und Selbstbetätigung erkennen z. B. sogar die Leiter der katholischen Jugendorganisationen an, wie streng sie auch diese sonst — wie ja die Vereine der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auch — unter ihrer geistigen Vormundschaft halten. G. Heßdörffer-M. Gladbach, der die Frage der inneren Organisation der katholischen Jugendvereinigungen behandelt hat (siehe Dr. August Pieper, Jugendfürsorge und Jugendvereine, unter Mitwirkung des Vereinspräsides herausgegeben. Soziale Tagesfragen. Zwanglose Hefte, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. 20. Heft. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag), empfiehlt, den Mitgliedern selbst soviel wie möglich Mitarbeit und Betätigung zu überlassen. Die Mitglieder der Vereinigungen wählen ihren

Vorstand selbst, und der Vereinspräses ist auf die eifrige Mitarbeit seines Vorstandes angewiesen, damit er nicht durch Kleinarbeit überlastet wird. Der preußische Handelsminister hat kürzlich ebenfalls einer weitgehenden Selbstbetätigung der Jugendlichen das Wort geredet. In einem Erlaß, der Fürsorgeeinrichtungen für die Fortbildungsschüler gilt, heißt es: „Ich würde kein Bedenken darin sehen, sondern es vielmehr willkommen heißen, wenn die Fürsorgeeinrichtungen sogar auf Vereine gestützt werden, die sich zum Zweck der gemeinsamen Verwaltung der zu ihrem Bestem bestimmten Einrichtungen unter den Schülern bilden." Die pädagogische Wertung der Selbstbetätigung und Selbstentscheidung als Mittel der Selbsterziehung findet ihren Ausdruck in der Praxis der Landerziehungsheime. Diese stellen meiner Ansicht nach die reifste, höchste Frucht der bürgerlichen Pädagogik dar, zugleich aber enthalten sie bedeutsame Keime zur sozialistischen Erziehung. Keime, die allerdings in der bürgerlichen Gesellschaft nicht Wachstum, Entfaltungsmöglichkeit für all die Kraft, Schönheit und schöpferische Fruchtbarkeit finden können, die in ihnen steckt. Die gut geleiteten Landerziehungsheime haben — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — eine demokratische Verfassung, und den Zöglingen steht von frühem Alter an und in steigendem Maße das Recht der Mitberatung und Mitbestimmung in allen Angelegenheiten zu, die sie angehen. Das ganze Leben der Landerziehungsheime untersteht mit in weitestem Umfange der Entscheidung der Zöglinge, wie auch der Unterricht vor allem auf Selbstbetätigung gestellt ist. Das kämpfende Proletariat hat das stolze Wort auf seine Fahne geschrieben: „Die Wissenschaft und die Arbeit." Ich glaube, es wird, es darf sich bei Anerkennung und Anwendung der wichtigsten Grundsätze wissenschaftlicher Pädagogik nicht übertreffen lassen von bürgerlichen Erziehungsinstitutionen, von Leitern katholischer Jugendvereinigungen, von preußischen Handelsministern. (Sehr gut!)

Eines ist natürlich selbstverständlich und wurde auch schon nachdrücklich hervorgehoben. Die selbständigen Jugendorganisationen bedürfen in hohem Maße der Erfahrung, des Rats der reifen Träger des proletarischen Klassenkampfes. Es wäre unverantwortlich, wollte man sie sich ohne diese wertvollen Faktoren für gedeihliches Leben und Wirken entwickeln lassen. Jedoch nicht dank ihrer materiellen Mittel, gestützt auf den Zwang von Paragraphen sollen die Vertreter des erwachsenen Proletariats die Bildungsvereine der jugendlichen Proletarier bevormunden und beherrschen. Ihr Verhältnis zu diesen wird vielmehr das einsichtsvoller Eltern zu ihren Kindern sein. Kraft größeren Wissens und Könnens und reicherer Erfahrungen sind sie die berufenen und nicht zu missenden Berater, Helfer und Förderer der Jugendvereine; geistige und sittliche Ueberlegenheit wird dort ihrer Stimme ganz von selbst ein großes Gewicht, einen entscheidenden Einfluß sichern, vorausgesetzt natürlich — und das ist von ausschlaggebender Bedeutung —, daß sie geborene Erzieher sind, denen Verständnis und Sympathie für die Jugend, wie pädagogischer Takt eigen ist. Meiner Ansicht nach muß also auch den selbständigen Jugendorganisationen der beratende Einfluß Erwachsener zur Seite stehen. Eine Nebenfrage ist es, in welcher Form das der Fall ist, ob in Gestalt von erwachsenen Mitgliedern mit beratender Stimme in der Leitung, ob in Gestalt eines besonderen Beirats usw. Gewicht ist nur auf den Hauptpunkt zu legen: Die Beratung darf nicht zur Diktatur werden, um mich drastisch auszudrücken. Mit aller Entschiedenheit müssen Versuche abgewehrt werden, die Selbständigkeit der Jugendorganisationen aufzuheben, die das Werk der Jugend selbst sind. Daß die Dinge anders liegen, sobald die proletarische Jugend — wohlgemerkt die proletarische Jugend und nicht etwa die unpolitischen, nicht gewerkschaftlichen Jugendorganisationen — an Aufgaben

mitarbeiten, an Kämpfen teilnehmen will, die in der Hauptsache den reifen Proletariern zufallen, werde ich später erörtern.

Die Jugendvereine sollten meiner Ueberzeugung nach die jungen Proletarier beider Geschlechter aufnehmen. Manche Genossinnen und Genossen sehen in der gemeinschaftlichen Organisierung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen allerhand Gefahren für die gesunde Entwicklung der einzelnen, für das Leben und die Arbeit der Bildungsvereine selbst. Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt und erblicke in ihr eine Quelle der Förderung der Geistes- und Charakterentwicklung der Mitglieder wie des Gedeihens der Organisationen. Die Jugendvereine sind der gegebene Boden, um einen Anfang mit der Verwirklichung unserer grundsätzlichen Forderung der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter zu machen. Die gemeinsame Erziehung wirkt als Korrektur gegen Fehler, als Anreiz zur Entwicklung von Vorzügen ausgleichend auf beide Geschlechter. Je mehr in puncto dieser Forderung noch in den Schulen und hie und da auch in der proletarischen Familie gesündigt wird, um so notwendiger ist es, daß die proletarische Jugendorganisation daran geht, die schweren Schädigungen der getrennten Erziehung zu überwinden. Sie kann darauf hinwirken, daß der Jüngling in der Jungfrau, daß der heranwachsende Mann im Weibe mehr sieht als bloß das Geschlecht, den weiblichen Menschen, die Leidensgefährtin, die Kampfesgenossin, die Miterbauerin und Mitträgerin des gesamten Lebenswerks. Je zielbewußter die proletarische Jugendorganisation sich bemüht, die zweierlei soziale Wertung und die zweierlei Moral für das männliche und das weibliche Geschlecht zu besiegen, um so fester, reiner, sittlicher wird die Grundlage für das Zusammenwirken der beiden Geschlechter, nicht allein draußen, im proletarischen Klassenkampf, nein, auch drinnen, in der Familie. Es mag sein, daß es infolge des Zusammenfassens beider Geschlechter in einer Organisation vielleicht zu mancher kleinen Liebelei kommt. (Heiterkeit.) Aber meinen Sie, daß das, was in den Jahren, was in der Natur selbst begründet ist, nicht auch ohne Jugendorganisation geschieht? (Sehr richtig!) Ich behaupte sogar, daß Liebeleien zwischen den jungen Proletariern und Proletarierinnen außerhalb der Jugendorganisationen meist unter weit ungesünderen, ungünstigeren Verhältnissen auftreten werden als innerhalb dieser. Im ersteren Falle werden sie nur zu oft ausschließlich auf das Sexuell-Sinnliche gestimmt sein, in dem letzteren Falle aber wirkt das Sexuell-Psychische, wirken geistige und sittliche Umstände mit, weil die jungen Leute als gleichverpflichtete und gleichberechtigte Kameraden zusammenarbeiten und einen gemeinsamen höheren Lebensinhalt haben. Also keine Trennung der Geschlechter, die doch später in Partei und Gewerkschaften gemeinsam organisiert werden und kameradschaftlich zusammenarbeiten sollen.

Dagegen befürworte ich eine andere Trennung. Wo es praktisch durchführbar ist, sollten meines Dafürhaltens zwei verschiedene Sektionen der Jugendvereine geschaffen werden, und zwar die eine für die Altersstufe von 13 bezw. 14—16 Jahren, die andere für die Altersstufe von 16—18 Jahren. Ich weiß, daß ich mit dieser Forderung ziemlich allein dastehe und mich mit ihr sogar im Gegensatz zu meinem Freunde Heinrich Schulz befinde, mit dessen Anschauungen — zumal auch in pädagogischen Fragen — ich sonst in der Hauptsache übereinstimme. Nichtsdestoweniger halte ich an ihr fest. Der junge Proletarier wird zur Erwerbsarbeit, zum Kampf ums Dasein hinausgestoßen. In der harten Schule der kapitalistischen Ausbeutung altert, reift er sehr rasch. Zwischen den jungen Proletariern von 14 bezw. gar nur 13 Jahren — in Bayern endet bekanntlich die Schulpflicht mit diesem Jahre — und denen von 16 Jahren existiert daher betreffs der Geistes- und Charakter-

entwickelung ein größerer Unterschied als zwischen dem gleichaltrigen Bourgeoisnachwuchs. (Sehr richtig!) Dieser Unterschied muß meines Erachtens bei der Wahl und Ausgestaltung des Bildungsstoffes, bei den Methoden des Unterrichts usw. in den Jugendorganisationen beachtet werden. Daher meine Forderung zweier Sektionen. Selbstverständlich dürfen junge Proletarier lediglich ihrer Altersstufe halber nicht zwangsweise in der unteren Sektion festgehalten werden, wenn der Reifegrad ihrer persönlichen Entwicklung zum Uebertritt in die obere Sektion drängt. Worauf es mir ankommt, ist das Vorhandensein einer Bildungs- und Erziehungsinstitution innerhalb der Jugendbewegung, die ihrem ganzen Wesen und Inhalt nach geeignet ist, die Massen der ganz jugendlichen Proletarier aufzunehmen und ihre Bedürfnisse nach leiblicher und geistiger Entfaltung zu befriedigen. Zur Beurteilung der strittigen Frage kann für uns der Hinweis darauf nicht maßgebend sein, daß unsere Jugendorganisationen Mitglieder von 14 und 15 Jahren haben, die es an geistiger und sittlicher Reife, an Rührigkeit, Arbeitstüchtigkeit und Opferwilligkeit mit den älteren Kameraden aufnehmen, ja vielleicht sogar mit 30 Jahre alten Erwachsenen. (Heiterkeit.) Nicht einzelne frühreife Persönlichkeiten geben den Maßstab für das, was es zu schaffen gilt, sondern die Entwicklung, die Bedürfnisse der proletarischen Jugendmassen. Die vorzeitige persönliche Reife, welche das Produkt — und bis zu einem gewissen Grade unstreitig ein ungesundes Produkt — der proletarischen Existenzbedingungen ist, sollte meines Dafürhaltens nicht noch durch die Jugendorganisationen gesteigert und beschleunigt werden. Für den Durchschnitt der Jugend könnte das nur auf Kosten der späteren Kraftbetätigung und Leistungstüchtigkeit geschehen. Die Zusammenfassung der jugendlichen Proletarier von 13—18 Jahren in einer Organisation trägt meines Erachtens die Gefahr in sich, die halben Kinder einer gewissen künstlichen Frühreife entgegenzuführen oder aber — wenn ihre psychische Eigenart gebührend berücksichtigt wird — hemmend als eine Art Bleigewicht auf den Bildungsgang der älteren Mitglieder zurückzuwirken. Dazu kommt noch eine Erwägung. Die jungen Proletarier verlassen die Schule und werden Objekte der kapitalistischen Ausbeutung, ohne daß sie in Zehntausenden von Fällen eine Kindheit im eigentlichen Sinne des Wortes gekannt haben, ihnen blieb die sorglose Freude, das Spiel, der Sonnenschein der Kinderjahre vorenthalten. Es ist eine der Aufgaben der Jugendbewegung, den halben Kindern nach Möglichkeit zu ersetzen, was sie früher daheim entbehren mußten. Daher muß in den unteren Sektionen der Vereine einem erzieherischen Spiel, der Geselligkeit und Freude, kurz Veranstaltungen ein großer Raum gewährt werden, welche die Gemüts- und Charakterbildung im sozialistischen Sinne des Wortes fördern und das geistige Leben anregen und befruchten, ohne daß sie selbst in das Gebiet des strengen wissenschaftlichen Lernens und Arbeitens fallen. Das Schwergewicht hätte meiner Meinung nach darauf zu liegen, in dem Gemütsleben der ganz jungen Proletarier das Gefühl, das Bewußtsein der proletarischen Solidarität fest, unausrottbar einzuwurzeln und die ersten geistigen Elemente zu geben, auf denen sich die sozialistische Erkenntnis aufbaut. Sache der oberen Sektion wird es sein, durch planmäßige theoretische Schulung die Gefühle und primitiven Erkenntnisse zu klarer, wissenschaftlich wohlbegründeter Einsicht und Ueberzeugung zu vertiefen.

Es liegt auf der Hand, daß die sozialistische Jugendbewegung sich nicht in der Wirksamkeit der reinen Bildungs- und Erziehungsorganisationen erschöpfen kann. Ihr fallen unstreitig auch andere Aufgaben zu, Aufgaben, die auf dem Feld des politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfes liegen.

Solche Aufgaben in Angriff zu nehmen, dazu wird die sozialistische Jugendbewegung gedrängt durch die Existenzbedingungen der jungen Proletarier, an die sie sich wendet, wie durch die Interessen des gesamten Proletariats, von dessen geschichtlichem Leben sie Ziel und Inhalt empfängt. Außerdem spricht auch dafür, daß der Kampf selbst eine der stärksten und wertvollsten erziehlichen Kräfte ist. In seiner heißen Atmosphäre reifen rasch die Einsichte, Talente, Charaktereigenschaften. Es hieße daher die Entwicklung des proletarischen Nachwuchses zu Klassenkämpfern künstlich unheilvolle Schranken setzen, wollte die sozialistische Jugendbewegung ihn von praktischen Arbeiten und Kämpfen zurückhalten. Nein, die aufgeklärten jungen Proletarier können nicht bloß, sie müssen an solchen Arbeiten und Kämpfen teilnehmen. Ich denke dabei besonders an den Kampf für den Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Fabrikinspektion, des Fortbildungswesens, des Bildungswesens überhaupt, an den Kampf gegen den Geist des Mordspatriotismus, gegen den Militarismus usw.

Jedoch ist in dieser Beziehung mehreres festzuhalten. Zunächst, daß die Jugendvereine ihrer Natur nach nicht Träger der einschlägigen Arbeiten und Kämpfe sein können. Die Jugendbewegung muß sich für derartige Aufgaben ihre besonderen Organe schaffen, und sie kann sich dieselben trotz der ungünstigen Rechtslage schaffen, wie das Beispiel der sozialistischen Frauenbewegung — allerdings unter etwas anderen Umständen — bewiesen hat. Nicht minder wichtig ist es, daß man sich in der sozialistischen Jugendbewegung über ein anderes klar ist: Arbeiten und Kämpfe, die auf das gewerkschaftliche und politische Gebiet hinübergreifen, können nun und nimmermehr Sache der selbständigen Entscheidung und Aktion der jungen Proletarier allein sein. Sie dürfen nur in Uebereinstimmung mit den Vertretern des gewerkschaftlich und politisch kämpfenden reifen Proletariats und unter deren Führung in Angriff genommen werden. Wie in den Bildungsvereinen, welche der Initiative der jugendlichen Proletarier selbst ihr Entstehen verdanken, der Jugend werden muß, was der Jugend gebührt, so muß den Gewerkschaften bleiben, was den Gewerkschaften zukommt, so muß den Parteiorganisationen gegeben werden, was der Parteiorganisation ist. Wenn die verschiedenen Formen und Organe der Jugendbewegung in einem Geiste und einem Willen wirken, so werden sie auch ohne festen organisatorischen Zusammenhang untereinander zu dem einen Ergebnis beitragen: die proletarische Jugend mit jener Einsicht und Entschlossenheit zu erfüllen, welche sie befähigt, eines Tages als bewußte und organisierte Masse im Klassenkampf zu handeln.

Vielleicht wird mancher einwenden, daß es unvorsichtig sei, offen auszusprechen, welchem Ziel die sozialistische Jugendbewegung zustrebt. Angesichts der vereinsrechtlichen Bestimmungen würde sie dadurch ans Messer geliefert. Ich teile diese Aengste nicht und habe meine Ausführungen mit dem vollen Bewußtsein ihrer Tragweite gemacht. Wie liegen die Dinge? Unsere Jugendorganisationen, die ihrem Zweck nach Bildungsvereine sein müssen, stellen sich selbstverständlich auf den Boden, der durch die vereinsrechtlichen Bestimmungen umgrenzt ist. Wir wissen jedoch, daß sie durch die strengste Beobachtung des Gesetzes noch nicht vor Auflösung und Schikanen durch die Behörden gefeit sind. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß nicht bloß entscheidet, was in dem Text des Gesetzes steht, sondern wie das Gesetz gehandhabt und der Text ausgelegt wird. Wir kennen jene Praxis der Gesetze, die im Zeichen der Goetheschen Verse steht: „Im Auslegen seid frisch und munter, legt Ihr's nicht aus, so legt Ihr's unter!" (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach schützt auch die größte Vorsicht und Zaghaftigkeit nicht davor, daß alle Aeußerungen klassenbewußten Lebens in den ausgebeuteten Massen ausgelegt und gedeutet

werden. (Sehr richtig!) Diesem Los werden auch die Bestrebungen der sozialistischen Jugendorganisationen nicht entgehen. Der Klassenkampf hat in Deutschland eine solche Schärfe und Bitterkeit angenommen, daß wir die besitzenden Klassen auch durch die allerzahmsten und nichtssagenden Erklärungen nicht über das täuschen können, was das Proletariat geschichtlich will und wollen muß. Sie wittern es, ahnen es mit dem feinen, geschärften Instinkt von Klassen, die herrschaftsgewohnt sind, sich aber in ihrer Herrschaft ernstlich bedroht fühlen. Wir können erklären, was wir wollen, sie glauben nicht an die Harmlosigkeit des emporstrebenden Proletariats. (Sehr gut!) Auch wenn wir darauf verzichten auszusprechen, was das Ziel der sozialistischen Jugendbewegung sein soll, so sind die herrschenden Klassen nicht in Ungewißheit und Dunkel darüber, was ihr geschichtlich bedingtes Ziel sein muß. Durch unsere ausweichenden Worte machen wir uns nur den Gegnern verächtlich als Leute, die feig und verlogen sind. (Sehr wahr!) Und eine noch schlimmere Folge tritt ein. Wenn wir nicht offen sprechen, so wird in den Massen nicht die Erkenntnis geweckt von dem, was sie tun müssen. Durch Ueberängstlichkeit gewinnen wir also nichts bei den Gegnern und verlieren bei den proletarischen Massen. (Sehr richtig!) Wir dürfen im Proletariat überhaupt nicht jenen Geist der Untertänigkeit und Polizeifrömmigkeit aufkommen lassen, dem aus jedem Gesetzesparagraphen, aus jeder Pickelhaube gleichsam das Haupt der Medusa entgegenstarrt, und der sich bei diesem Anblick nicht mehr zu bewegen wagt. (Sehr gut!) Das Proletariat darf seine Tatkraft nicht durch den Blick auf die Gewalten der kapitalistischen Ordnung: Gesetzestexte, Büttelschneidigkeit, Juristenweisheit lähmen lassen. Umgekehrt: ihr Weben und Wirken muß uns zur Entfaltung unserer höchsten Energie, des Maximums unserer geistigen Kraft aufpeitschen. Daß das vorwärts drängende proletarische Klassenleben sich ungeachtet aller Gesetzesparagraphen, die wir als Ausdruck der Macht der herrschenden Klassen verachten, die wir aber nichtsdestoweniger als konkrete Dinge, mit denen wir rechnen müssen, zu beachten gezwungen sind, kraftvoll durchzusetzen vermag, dafür ist die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung ein Beispiel. Sie ist auch unter den alten Vereinsgesetzen aufgeblüht und gediehen und hat einen Grad der Stärke erreicht, vor dem die Gegner die Waffen strecken mußten, weil sie das emporsprossende geschichtliche Leben nicht zu erdrosseln vermochten. Die Gewährung des politischen Vereinsrechts an die Frauen ist im letzten Grunde die Kapitulation, ist der Ausdruck der Unmöglichkeit, mit dem Löschhütchen von Paragraphen und Polizeimaßregeln die hochlodernde Flamme der Lebensäußerungen auszublasen, die ihre Kraft aus den revolutionierten Verhältnissen saugen. Auch die sozialistische Jugendbewegung wird allen zu erwartenden Drangsalierungen zum Trotz gedeihen, denn hinter ihr stehen — wie wir gesehen haben — treibende geschichtliche Kräfte, die mit dem ehernen Zwang von Naturgesetzen wirken.

Die kämpfende, die reife Generation des Proletariats hat aber alle Ursache, mit Rat und Tat schützend und fördernd der sozialistischen Jugendbewegung zur Seite zu stehen. Diese gehört ihrem Inhalt nach zu den bedeutsamsten geschichtlichen Erscheinungen. Indem sie die Massen der proletarischen Jugend ergreifen, im Geiste der sozialistischen Weltanschauung und für die Ziele des Sozialismus erziehen will, ist sie ein hervorragender Träger der Tendenz, welche darauf abzielt, bewußt den Individualismus als Prinzip der persönlichen Entwickelung und gesellschaftlichen Betätigung zu überwinden. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt den Individualismus, die bürgerliche Ordnung entwickelt ihn, und bürgerliche Philosophen und Pädagogen — deren glänzendster Vertreter Rousseau war — haben ihn als

Lebensprinzip zum Mittelpunkt der Erziehung gemacht, noch ehe daß er sich dank der Auflösung der alten sozialen Bindungen zwischen den Menschen, insbesondere aber des Verfalls der alten Familienform in der Praxis in dem Umfange durchsetzte, wie dies später der Fall war, nachdem die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft angetreten hatte. Der Individualismus ist das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Ihn im Fühlen und Denken der Massen zu überwinden, ist eine der wichtigsten ideellen Vorbedingungen für die Verwirklichung des sozialistischen Endziels. Indem die sozialistische Jugendbewegung dafür wirkt, indem sie jugendliche Massen durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft ihrer Klasse erzieht, leistet sie ein gewaltiges Stück jener Arbeit zur Revolutionierung der Köpfe, welche der Revolutionierung der ökonomischen, der sozialen Ordnung vorangehen muß. So steckt in ihr ein inhaltschweres Stück Zukunftsarbeit für die Befreiung des gesamten Proletariats.

Jedoch schon für die Gegenwart gewinnt die systematische Aufklärung der proletarischen Jugend in unserem Sinne für das kämpfende Proletariat steigende praktische Bedeutung. Die Zahl der Jugendlichen schwillt an, welche im wirtschaftlichen Leben als Lohndrücker, wohl gar als Streikbrecher gegen die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgespielt werden können. Die sozialistische Jugendbewegung muß durch ihr Erziehungswerk dieser Möglichkeit entgegenarbeiten, sie muß bestrebt sein, die jugendlichen Ausgebeuteten zu Kampfesgenossen der erwachsenen Proletarier zu schulen. Je mehr die Klassenkämpfe sich zuspitzen, desto mehr wächst auch die Gefahr, daß die Proletarier in Uniform gegen die Proletarier ohne Uniform ausgespielt werden, daß die proletarische Jugend zum Werkzeug der brutalen Gewalt entwürdigt wird, welche als letztes Bollwerk der Klassengesellschaft die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats verewigen soll. Dieser Gefahr gilt es im Sinne der Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses zu Stuttgart über den Kampf gegen den Militarismus durch die Aufklärung der proletarischen Jugend zu begegnen. (Sehr gut!) Die Aufklärung über das Wesen des Militarismus muß schon im Heim beginnen, sie muß später durch Vermittelung der sozialistischen Jugendbewegung fortgesetzt werden. Ich bemerke ausdrücklich, daß sie jedoch keineswegs die Aufgabe der Jugendorganisationen sein kann, das Proletariat wird andere Mittel und Wege dazu finden. Wird von allen Seiten, die in Betracht kommen können, mit Ernst und Besonnenheit gewirkt, so werden auch wir mit der Zeit erreichen, was die „Junge Garde" in Belgien erreicht hat. Durch entsprechende Aufklärung der Jugend wird ohne besondere Kasernenagitation das Militär als Werkzeug der Klassenherrschaft zur Niederhaltung des Proletariats unbrauchbar. Revolutionierung der Köpfe höhlt den Militarismus von innen aus. Die Gegner der Befreiung des Proletariats suchen der Aufklärung der proletarischen Jugend über das Wesen des Militarismus planmäßig entgegenzuarbeiten. Es sei nicht nur an die bekannten Maßnahmen der bürgerlichen und militärischen Behörden erinnert, sondern auch an die entsprechenden Bestrebungen bürgerlicher Jugendorganisationen. Dr. Pieper befürwortet in seiner angezogenen Schrift ausdrücklich, daß die katholischen Jugendvereinigungen ihr Wirken auch auf die zum Militär einberufenen jungen Leute erstrecken müssen. Natürlich zum Zweck der „patriotischen Erziehung", der auch eine Militärsparkasse, „Weihnachtspaketchen" usw. dienen soll. Das Proletariat kennt die „patriotische Erziehung", die die herrschenden Klassen meinen. Ueberhaupt darf das kämpfende Proletariat nicht mit in den Schoß gelegten Händen zusehen, daß bürgerliche Bewegungen Geist und Herz seines Nachwuchses mit bürgerlichen Ideen erfüllen und ihm damit den

Weg zum Heerlager des proletarischen Befreiungskampfes versperren. Zahlen müssen zur eifrigsten Förderung der sozialistischen Jugendbewegung anspornen. Nach der Statistik der konfessionellen Jugendvereine, die Dr. Pieper mitteilt, weisen die zirka 2000 katholischen Jugendorganisationen 240 000 Mitglieder auf, die „Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands“ umfaßt rund 115 000 junge Leute, sie verfügt über 84 freigestellte Verbandssekretäre und 120 freigestellte Vereinssekretäre.

Doch noch andere Gründe sprechen dafür, daß die sozialistische Jugendbewegung eine ihrer Bedeutung entsprechende Unterstützung erfährt. Der erfolgreiche proletarische Klassenkampf erweitert ständig das Wirkungsgebiet der kämpfenden Arbeiterklasse und spezialisiert immer mehr die ihr zufallenden Aufgaben. Die Fülle der verantwortungsreichen Tagesarbeit, die der einzelne auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen, des proletarischen Klassenlebens leisten muß, macht es gar manchem unmöglich, mit ihr die weitere Pflege gründlicher theoretischer Bildung zu verbinden. Daher ist es nötig, daß ein Geschlecht heranwächst, welches, mit klarer und fester theoretischer Erkenntnis ausgerüstet, eines Tages an die praktische Arbeit herantritt. Erreichen wir dank der sozialistischen Jugendbewegung dies, so wird das Proletariat auf allen Gebieten seiner Betätigung über Persönlichkeiten verfügen, welche die tägliche Kleinarbeit mit der Begeisterung und Opferwilligkeit, mit dem Verständnis leisten, als ob es der Aufrichtung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft gälte, welche aber auch für das große sozialistische Endziel jederzeit mit jener Tatkraft, jenem Idealismus wirken, als könne es heute schon verwirklicht werden, Persönlichkeiten, welche die Kleinarbeit durch das Bewußtsein ihres Zusammenhanges mit dem sozialistischen Ideal adeln und daher nie über der mühseligen Tageslast das herrliche Endziel vergessen. (Sehr gut!)

Doch weiter! Die sozialistische Jugendbewegung muß im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes gefördert werden, weil die politische wie die gewerkschaftliche Bewegung nicht bloß der Jugend als des nötigen Nachwuchses bedarf, nein, weil beide der Jugend um der geistigen und sittlichen Vorzüge der Jugend halber nicht entraten können. (Sehr gut!) Die Jugend ist der ewig lebendige Jungbrunnen der Frische und Kraft für die Erwachsenen. Sie ist der beste Faktor, um uns in fortwährender geistiger und sittlicher Weiterentwickelung zu halten, um das Rasten und Rosten zu verhüten. Unser Nachwuchs ist Fleisch von unserem Fleisch, er hat unser Herzblut getrunken, er hat sich von unserem Geist genährt, und doch ist er nicht wir. Er ist er selbst, ein neues, anderes. Er sieht mit seinen eigenen Augen und hört mit seinen eigenen Ohren; er fühlt, denkt, urteilt selbst, hat sein eigenes geistiges Leben. Und wir dürfen nicht vergessen, daß, wenn seine Anfänge und Aeußerungen auch vielleicht kindlich sind, es doch über das unsere hinausstrebt, hinausstreben muß. Nach Nietzsches schönem Wort soll die Menschheit nicht bloß fortgepflanzt sondern hinaufgepflanzt werden. Jedes Geschlecht steigt auf den Schultern der voraufgegangenen Generation über diese empor. Daher ist die Jugend ein vorwärtstreibendes Element für den einzelnen sowohl wie für den Kampf, die Bewegung des Proletariats. (Sehr gut!) Außerdem brauchen wir die spezifischen Eigenschaften der Jugend im Klassenkampf: die Begeisterungsfähigkeit, die Hingabe, das Feuer, die Kühnheit usw. Neben den erwachsenen Kämpfern, deren Pflicht es ist, zu wägen, müssen jugendliche Elemente stehen, die wagen wollen. (Sehr richtig!) Gewiß, daß die Jugend auch ihre Mängel hat. Aber wir müssen diese um der Vorzüge der Jugend willen in den Kauf nehmen, und wahrhaftig, sie wiegen leichter als jene und sind um so weniger zu fürchten, als sie gerade durch die Selbsterziehung in der sozialistischen Jugendbewegung bekämpft und mit der fortschreitenden Reife überwunden werden. Wird das gesamte kämpfende Proletariat zum Mitträger der sozialistischen Jugendbewegung, so wird dank ihrem Wirken ein Geschlecht heranwachsen, daß das Werk der reifen Klassenkämpfer unserer Tage im geschichtlichen Sinne fortsetzt, d. h. es überflügelt.

Das deutsche klassenbewußte Proletariat hat den wenigsten Grund, mit Besorgnis auf das Heranwachsen einer selbständigen sozialistischen Jugendbewegung zu blicken. Das lehren uns die Erfahrungen im Auslande. Nicht etwa, als ob alles, was sich dort in der sozialistischen Jugendbewegung als lebenskräftig erwiesen hat, schablonenhaft nach Deutschland übertragen werden solle. Die Bedingungen, unter denen sich die Jugendbewegung in jedem einzelnen Lande entwickelt hat, sind verschieden. Trotzdem lösen sich von dem vorliegenden Beurteilungsmaterial verschiedene allgemeine Erkenntnisse los, die auch für uns ihre Bedeutung haben. Zunächst die Lehre, daß die sozialistische Jugendbewegung überall elementar aus den Lebensbedingungen der jugendlichen Proletarier emporwächst. Sie setzt sich daher erfolgreich durch trotz aller Hindernisse, welche die Klassenherrschaft der Besitzenden ihr entgegenwälzt, trotz aller Schwierigkeiten auch, die in der Natur der Sache liegen. Des weiteren: die sozialistische Jugendbewegung ist im Guten wie im Schlimmen aufs engste mit der allgemeinen politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ihres Landes verknüpft. Nicht bloß, daß sie deren hervorstechendste Wesenszüge kopiert, nein, auch in der Art, daß sie diese zu dem entgegengesetzten Extrem umprägt. Das hat sich in ungemein charakteristischer Weise in den skandinavischen Ländern gezeigt. Die Arbeiterbewegung derselben hat einen — nicht selten dominierenden — äußersten rechten Flügel, der stark mit kleinbürgerlichen Tendenzen durchsetzt ist und sein Gegenstück an anarchistischen oder anarchistelnden Bestrebungen findet. Ein Teil der proletarischen Jugendbewegung der skandinavischen Länder geriet daher ins anarchistische Fahrwasser, diskreditierte die gesamte Jugendbewegung und führte zu ihrer Spaltung. Der Gesundungsprozeß trgt in dem Maße ein, als in der allgemeinen Arbeiterbewegung die Auffassungen geklärt, die Anarchistelei überwunden wurde und mit der Unterstützung der Partei eine ausgesprochen sozialdemokratische Jugendbewegung sich entwickelte, welche bald die Oberhand über die anarchistelnde Jugendorganisation bekam. Anarchistelei wie kleinbürgerliche Züge haben ihre Wurzel in dem Mangel klarer theoretischer Erkenntnis, der seinerseits mit der verhältnismäßigen Rückständigkeit der ökonomischen Entwickelung jener Länder zusammenhängt. (Sehr richtig!) Schließlich zeigt uns das Ausland, daß Grundbedingung für das normale Emporblühen der sozialistischen Jugendbewegung ebenso die innigste innere Fühlung mit den reifen Trägern des proletarischen Klassenkampfes ist, wie die Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit ihres Lebens. Vergegenwärtigen wir uns diese allgemeinen Ergebnisse, so kann die deutsche Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften freudig daran gehen, die in Fluß gekommene Jugendbewegung tatkräftig zu fördern. Wir haben in Deutschland eine Partei und Gewerkschaften, denen ein hoher Grad innerer Reife, klaren Selbstbewußtseins eigen ist, ebenso wie Kraft und Geschlossenheit der Organisation. Partei und Gewerkschaften verfügen über reiche Erfahrungen in betreff aller Arbeit, die auf den Zusammenschluß der Massen, das Wirken unter ihnen abzweckt. Dazu kommt, daß das deutsche Proletariat in der Frage der sozialistischen Jugendbewegung nicht bahnbrechend, führend vorangeht, sondern langsam folgt und daher die Erfahrungen des Auslands ausnutzen kann. In dem Zusammenwirken dieser Umstände — zumal aber in der Klasseneinsicht der Proletariermassen, die politisch und gewerkschaftlich geschult auf dem Boden der sozialistischen Erkenntnis stehen — liegt die Bürg-

schaft für die gesunde Entwickelung einer Jugendbewegung, welche sich arbeitend harmonisch den proletarischen Emanzipationsbestrebungen eingliedert.

Es ist Pflicht der Partei, die sozialistische Jugendbewegung in dem Sinne durch Rat und Tat zu unterstützen, wie es die vorliegende Resolution vorschlägt. Der Parteitag wird ja in Sachen der Jugendorganisation und ihrer Förderung das entscheidende Wort sprechen. Worauf es ankommt, ist, daß er für die Bestrebungen der proletarischen Jugend Bewegungsfreiheit schafft, wie die von mir vorgelegte Resolution sie fordert. Ich bitte, stimmen Sie ihr zu. Ich weiß wohl, daß wir uns durch ihre Annahme in einen gewissen Gegensatz stellen zu den Vorschlägen des Parteivorstandes, wie auch zu dem Beschlusse des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Es gibt niemand, der das lebhafter bedauert als ich. Allein angesichts der Bedeutung der Sache, um die es geht, müssen wir diesen Gegensatz als das kleinere Uebel wählen (Sehr richtig!), der außerdem durch die Entwickelung der Dinge selbst bald überwunden sein dürfte.

Es genügt jedoch nicht, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats selbst mit Verständnis die Jugendbewegung fördern. Sie müssen auch unaufhörlich ihre Mitglieder daran mahnen, was ihr gegenüber Pflicht jedes einzelnen ist. Jeder klassenbewußte Proletarier, jede Proletarierin muß bemüht sein, die sozialistische Jugendbewegung auszubauen, ihr Gefolgschaft zu werben, ihr die eigenen Kinder als tätige Glieder zuzuführen. Als Eltern, Freunde, Arbeitskameraden muß ihr Verkehr mit den jugendlichen Proletariern von jener Sympathie und Achtung durchdrungen sein, die sie den Leidensgenossen von heute, den Kampfesgefährten von morgen schulden. Strengste Selbstzucht, damit jede Aeußerung der Brutalität und Roheit unmöglich wird, zu der sich Erwachsene leider oft genug Jüngeren gegenüber hinreißen lassen! (Sehr gut!) Jeder einzelne von uns hat vor allem die Pflicht, durch das Beispiel seines Lebens die Jugend mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen. Das Beispiel, die Tat ist die stärkste erziehliche Kraft. Der Jugend muß vorgelebt werden, daß der Sozialismus kein leerer Wahn, keine kalte, tote Formel ist, sondern eine lebendige Macht, die den einzelnen geistig und sittlich emporträgt, die seine besten Eigenschaften zur Entfaltung und Betätigung bringt.

Wirken wir alle mit ganzer Kraft im Sinne der Gedanken, die ich vor Ihnen skizziert habe. Sorgen wir dafür, daß das gesamte kämpfende Proletariat mit seiner inneren und äußeren Stärke hinter die sozialistische Jugendbewegung tritt und ihr moralisch und materiell die Beihilfe gewährt, die zur Erreichung ihrer Ziele notwendig ist und den grundsätzlichen Richtlinien des sozialdemokratischen Bildungsprogramms entspricht. Das gesamte klassenbewußte Proletariat muß das seinige dazu tun, damit die sozialistische Jugendbewegung wird, was sie sein kann. In ihr kann sich, nein, muß sich ein großes Stück unseres Ideals der Volkserziehung verkörpern. Sie muß ihrem Umfang, ihrem Wesen, ihrem Ziel nach das gewaltigste Stück Sozialpädagogik werden, das die Weltgeschichte kennt. Denn sie muß die breitesten Massen in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft erziehen, muß in sozialer Gesinnung den Willen jedes einzelnen auf die eine große Tat stellen, welche die geschichtliche Entwickelung vorbereitet hat, welche das Heil der Allgemeinheit gebietet. Marx hat das stolze Wort gesprochen: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, worauf es aber ankommt, ist, sie zu verändern." Die proletarische Jugend muß zum lebendigen Träger und Erfüller dieses Wortes werden. Wird sie vom Geiste des Sozialismus erfüllt, so wächst und reift unaufhaltsam der gewaltigste Wille, den die Weltgeschichte je am Werk gesehen hat: der Wille der klassenbewußten Proletarier aller

Länder. Und dieser gewaltige Wille konzentriert sich auf die größte Tat, welche die Historiker zu verzeichnen haben: die soziale Revolution, die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, mit welcher — wie Engels sagt — die Menschheit endgültig den Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit, aus dem Reiche der Tierheit in das wahren Menschentums tut. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzende Genossin **Zietz**: Wir stehen nunmehr vor der Frage, ob wir heute noch weitertagen oder erst morgen in die Diskussion eintreten wollen. Falls überhaupt keine Diskussion gewünscht werden sollte, könnten wir ja heute fertig werden, indem wir die Resolution und die Leitsätze dem Parteitag überweisen.

Genossin **Duncker**-Stuttgart: Ich meine doch, daß das Thema so wichtig ist, daß wir um eine Diskussion nicht herumkommen, und ich halte es für wünschenswert, wenn wir die Verhandlungen auf morgen vertagen, um eine ausgiebige Diskussion führen zu können. Heute sind wir zu erschöpft dazu, ich meine, wir geben den morgigen Vormittag noch dran und sprechen uns ausführlich über dieses so wichtige Thema aus.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Ich möchte mich gegen eine Diskussion und für Ueberweisung der Leitsätze und der Resolution an den Parteitag erklären.

Genosse **v. Elm**: Ich beantrage, die Leitsätze und die Resolution der Genossin Zetkin dem Parteitag als Material zu überweisen. Bindende Beschlüsse können wir ja doch nicht fassen und auch eine eingehende Diskussion zu pflegen, ist nicht möglich. Dazu müssen wir auch die Meinungen des Parteivorstandes und der Generalkommission hören. Viel richtiger ist es deshalb, wir überlassen die weitere Diskussion dem Parteitag. Wohin sollen wir sonst kommen, wenn die verschiedensten Körperschaften sich als vorbereitende Ausschüsse für den Parteitag etablieren und ihm die Entscheidung vorwegnehmen. Ich bitte also, nicht zu diskutieren und meinem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag v. Elm wird mit Mehrheit angenommen.

Genosse **Henke**-Bremen: In dieser Weise können wir die Frage nicht erledigen. So gut der Gewerkschaftskongreß einen Beschluß in dieser Frage gefaßt hat, so gut können auch wir unsere Ansicht der Partei kund tun. Ich bitte deshalb, nicht nur die Ueberweisung als Material zu beschließen, sondern zugleich eine Willenskundgebung der Konferenz im Sinne der Ausführungen der Genossin Zetkin zum Ausdruck zu bringen.

Genossin **Grünberg**-Nürnberg: Wenn jetzt hier von uns verlangt wird, daß wir ein Urteil abgeben sollen, dann müssen wir vorher eine Diskussion haben. (Zustimmung.) Dem, was der Parteitag dann beschließt, werden wir uns fügen.

Genosse **v. Elm**: Ich protestiere dagegen, wie jetzt die Abstimmung geschoben wird. (Unruhe.) Es ist bereits beschlossen worden, nicht zu diskutieren und keine Beschlüsse zu fassen. Dieser Beschluß kann nicht umgestoßen werden, denn die große Mehrheit der Konferenz hat ihn gefaßt. Was jetzt vorgenommen werden soll, ist keine Abstimmung mehr, das ist . . . (Genossin Grünberg: Eine Majorisierung!) Ich protestiere gegen diese Abstimmung.

Genosse **Henke**-Bremen: Wir wollen gar keine bindenden Beschlüsse für den Parteitag fassen. Das liegt nicht in unserer Macht. Wir wollen nur unseren Willen zum Ausdruck bringen. Und dazu sind wir berechtigt, ebenso wie der Gewerkschaftskongreß dazu berechtigt war. Ich beantrage deshalb darüber abzustimmen, ob die Konferenz sich mit dem Inhalt der Thesen und der Resolution der Genossin Zetkin einverstanden erklärt oder nicht. Ich habe mich durch die Ausführungen der Genossin Zetkin überzeugen lassen,

Wenn der Genosse v. Elm sich nicht hat überzeugen lassen, so braucht er ja nur gegen die Leitsätze der Genossin Zetkin zu stimmen.

Genossin **Grünberg**: Wenn der Genosse Henke durchaus will, daß wir hier einen Beschluß fassen, dann muß er vorher eine Diskussion zulassen. Beim Referat der Genossin Duncker war eine Diskussion nicht notwendig, weil die Genossin Duncker uns keine Resolution vorgelegt hat. Hier sollen wir aber über Leitsätze und über eine Resolution abstimmen und das können wir nicht, ohne vorher diskutiert zu haben.

Genossen **Zetkin**: Es ist durchaus unser Recht, einen Beschluß zu fassen, der dem Parteitag zeigt, wie wir über diese Frage denken. Daß unser Beschluß nichts als eine Meinungsäußerung bedeutet, ist klar und genügend betont worden. Ich bitte also diejenigen Delegierten, die meinen Leitsätzen und meiner Resolution zustimmen, die Hand zu erheben. (Genosse v. Elm: Bei einer solchen Abstimmung wird sich jeder vernünftige Mensch der Abstimmung enthalten! — Genossin Grünberg: Diese Art der Abstimmung ist ein Unfug und ein Skandal.)

Die Abstimmung ergibt eine große Mehrheit für die Thesen und die Resolution der Genossin Zetkin. (Unruhe bei der Minderheit.)

Ein Antrag von Genossin Zietz, der es jetzt nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes als eine Pflicht der Genossen bezeichnet, ihre weiblichen Angehörigen den Parteiorganisationen zuzuführen, wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Genossin **Zetkin**: Es ist noch ein Antrag des Genossen Katzenstein eingegangen, der zur Konferenz delegiert war, ihr aber nicht beiwohnen konnte. Genosse Katzenstein befürwortet, daß auf die Tagesordnung einer künftigen Frauenkonferenz die Fragen des Kinderschutzes und der Kinderfürsorge sowie des Kampfes der Frauen gegen den Alkohol gesetzt werden sollen. Wir sind nicht in der Lage, diesen Antrag formell anzunehmen, weil wir noch gar nicht wissen, ob in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden werden. Aber wir können den Antrag der Zentralstelle beziehungsweise dem Parteivorstand überweisen, damit er eventl. später in Berücksichtigung gezogen wird.

Die Konferenz stimmt diesem Vorschlage zu.

Noch eine Förmlichkeit. Die Frauenkonferenz muß Vorschläge machen für die beiden Genossinnen, die künftig in der Zentralstelle als gleichberpflichtet und gleichberechtigt tätig sein sollen, und von denen die eine in den Parteivorstand delegiert werden soll. Ich schlage die Genossinnen Zietz und Baader als Leiterinnen der Zentrale vor, ebenso als Vertreterinnen der Genossinnen im Parteivorstand. Der Parteitag wird entscheiden, welche der beiden Genossinnen dem Vorstand angehören soll. Wer für meinen Vorschlag ist, erhebe die Hand. Ich bitte um die Gegenprobe. (Zuruf: Die Gegenprobe ist fortgegangen! — Große Heiterkeit.) Wir werden den einstimmig angenommenen Vorschlag dem Parteitag unterbreiten.

Genossin **Zetkin**: Wir stehen nun am Schlusse unserer Arbeiten. Im Auftrage des Bureaus danke ich herzlich unseren Nürnberger Genossen und Genossinnen, besonders der Nürnberger Frauenorganisation, für die freundliche Aufnahme und die opferfreudige Arbeit, die sie geleistet haben, um den äußeren Verlauf dieser Tagung so angenehm und zweckmäßig als mögkich zu gestalten. Was sie in dieser Beziehung getan haben, ist der beste Beweis für das Blühen der proletarischen Frauenbewegung in Nürnberg, aber auch ein Zeugnis dafür, daß sie in bester Weise mit der allgemeinen Parteibewegung Hand in Hand arbeitet. Wir sind überzeugt, daß das auch in Zukunft so bleiben wird.

Ich danke ferner allen, die durch ihre Mitarbeit, die durch die Beteiligung an der Debatte zum Gelingen der Frauenkonferenz beigetragen haben. Unsere Konferenz wird die proletarische Frauenbewegung mächtig fördern, die an einem wichtigen Wendepunkte steht, indem sie nun, ihrem Inhalt entsprechend, auch organisatorisch vollständig dem Organismus des kämpfenden Proletariats eingegliedert werden soll.

Neue Aufgaben und neue Pflichten werden uns allen damit, wie durch die Weiterentwickelung unserer Bewegung gestellt. Tun wir das unsrige, stellen wir auch in Zukunft unsere ganze zielklare Kraft in den Dienst unserer Ueberzeugung. Wirken wir als kämpfende sozialistische Frauen auf allen Gebieten, die sich der Betätigung des kämpfenden Proletariats eröffnen. Seien wir als Mütter Erzieherinnen unserer Kinder in sozialistischem Sinne, fördern wir die proletarische Jugendbewegung, kämpfen wir als Parteigenossinnen und Gewerkschaftlerinnen im sozialen Leben gegen alle Gewalten und Mächte, die sich dem Aufstieg des klassenbewußten Proletariats entgegenstellen. Vergessen wir vor allen Dingen nicht, daß die Bewegung des Proletariats wohl eine Massenbewegung ist, aber daß innerhalb derselben jeder mit der strengsten Selbstzucht an sich selbst arbeiten muß, damit er zu immer höherer Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit emporsteige, ein immer größeres Maß geistiger und sittlicher Werte in den Klassenkampf einsetzen könne. Je höher die Qualität jedes einzelnen, der bewußt den proletarischen Klassenkampf mitkämpft, um so höher die Qualität der Stoßkraft der Masse. Stellen wir alles, was wir sind, alles, was wir haben, opferbereit in den Dienst unserer Ueberzeugung, ob wir nun auf weithin sichtbarem Posten stehen oder im kleinsten Winkel ungenannt und unbekannt doch auch mit am Webstuhle der Zeit sitzen. Unser Leitstern bei der pflichttreuen Arbeit, die wir alle zu leisten haben, sollen jene wunderbaren Verse von Herder sein:

Wir schwimmen in dem Meer der Zeit,
Auf Welle, Welle fort.
Das Meer der Allvergessenheit
Ist unser letzter Port.
Was tut's, wenn Welle Welle trieb
Und ohne Namen Wirkung blieb!

Wirkung sei unsere Losung, Wirkung, die in anderen lebendig bleibt, so daß das Beste, was wir gedacht und gewollt haben, vervollkommnet in der Erkenntnis und dem Willen derer weiter lebt, die nach uns in die geschichtliche Arena des Klassenkampfes treten. Das ist die Unsterblichkeit, an die wir glauben. Den höchsten Lebensinhalt unserer Zeit gibt der Sozialismus; arbeiten wir dafür, daß er zum Lebensinhalt immer größerer Massen werde, mag dann unser Leib zu Asche zerfallen. Das Beste unseres Seins wird in den Massen und mit den Massen fortleben, die bewußt am Fundament der sozialistischen Ordnung bauen, deren Aufrichtung unser Ziel ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir wissen heute nicht, ob und wann wir wieder zu einer Frauenkonferenz zusammenkommen. Aber des einen sind wir gewiß: wann immer und bei welcher Parteiarbeit auch wir uns wiedertreffen, wir werden als zielklare, tatkräftige Kämpferinnen für den Sozialismus zusammen wirken, zusammen handeln. (Stürmischer Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Die Versammelten stimmten die Arbeitermarseillaise an.

Anhang I.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Stellung zu den lokalen Gewerkschaften.

Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der lokalistischen Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmäht.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben,

erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband und lokale Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

(Antrag 6 mit Amendement 130.)

Agitation bei Aenderung der Gewerbeordnung.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt am Main beantragt, der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften bereits vor Beginn der Reichstagsverhandlungen über die sog. große Gewerbenovelle eine umfassende Partei- und Gewerkschaftsagitation in die Wege zu leiten, welche auf die Erringung des gesetzlichen Neunstundentages für Männer und Frauen mit Uebergangsbestimmungen zur allmählichen Einführung des Achtstundentages durch das neue Gesetz abzielt und für gesundheitsgefährliche Industrien noch kürzere gesetzliche Arbeitszeiten fordert. (Antrag 12.)

Organisationskommission.

Nach dem Vorbild des Bremer Parteitages wählt der Parteitag eine Organisationskommission, die aus Vertretern der einzelnen Landesteile zusammengesetzt ist und den Auftrag erhält, eine Revision des Organisationsstatuts der

Partei vorzunehmen und rechtzeitig vor dem nächstjährigen Parteitag den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts zu veröffentlichen.

Bei der Revision ist u. a. zu berücksichtigen: die endgültige Regelung der Frauen- und der Jugendorganisation, die Aenderung des Schiedsgerichtsverfahrens, der Wahlmodus zu den Parteitagen eventuell die Einführung des Proportionalwahlverfahrens, die Festsetzung eines einheitlichen Geschäftsjahres für alle Orts-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen und die Anpassung des Geschäftsjahres der Gesamtpartei an dasselbe.

Vereinbarung des Parteivorstandes mit den Genossinnen:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortleben besonderer Frauen-Bildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierung der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert. (Antrag 21.)

Ausstattung der Mai-Zeitung.

Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Ausstattung der Maifest-Zeitung in bildlicher Beziehung eine bessere und der Maifeier würdigere werde. (Antrag 55.)

Preis der Parteitagsprotokolle.

Der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. (Antrag 63.)

Maibeitrag der Parteibeamten usw.

Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben. (Antrag 90.)

Agitation betr. Gesindeordnung.

Eine über das ganze Reich sich erstreckende Agitation durch die Parteipresse und Flugblätter soll darauf aufmerksam machen, daß durch private Vereinbarung vor Eingehen eines ländlichen Dienstverhältnisses die von der Gesindeordnung festgesetzte Kündigungszeit aufgehoben werden kann. (Antrag 110.)

Agrarfrage.

Der Parteitag möge eine ständige Arbeitskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht. (Antrag 113.)

Arbeiter-Turnerbund.

Der Parteitag in Nürnberg beschließt, daß es mit den Zielen und Bestrebungen eines wahrhaft aufgeklärten und redlichen Mitgliedes unserer Partei unvereinbar ist, Mitglied der Deutschen Turnerschaft zu sein oder diese durch Entsendung ihrer Kinder zu deren Turnstunden zu unterstützen, fordert vielmehr die anwesenden Delegierten auf, innerhalb der Kreise ihrer Delegenten für den Austritt aus der nach § 2 ihres Statuts Hurrapatriotismus treibenden Deutschen Turnerschaft zu agitieren und diese Genossen den Reihen des Arbeiter-Turnerbundes zuzuführen; des ferneren empfiehlt der Parteitag, den Arbeiter-Turnerbund im Kampf gegen die Deutsche Turnerschaft, sowie gegen die rigorosen, schikanösen Handlungsweisen der Behörden durch eigenen Beitritt oder Entsendung ihrer Kinder zu den Turnstunden der Arbeiter-Turnvereine zu unterstützen; den bestehenden Jugendorganisationen dagegen empfiehlt der Parteitag einheitliches Arbeiten mit dem Arbeiter-Turnerbund und Festsetzung von Vereinbarungen betreffs Mitgliedschaft und Beitrag, wie dieses zwischen dem Jugendbund, Hamburg, und dem 3. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes besteht. (Antrag 115.)

Rekrutenabschiedsfeier.

Der Parteitag empfiehlt allen Parteiorten, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften eine Rekrutenabschiedsfeier zu veranstalten, in der, neben geselligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Klassengenossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen. (Antrag 116.)

Resolution zu: „Sozialpolitik und der neue Kurs".

Die technische Entwickelung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Trustbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwickelung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entrechten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalte sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitskammergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufs angehört. Ebenso

notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenzklausel, Personalkonventionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.

(Antrag 123.)

Resolution zur Reichsfinanzreform.

Die den materiellen Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuersystem nicht zu erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reichs von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reichs von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am schärfsten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzzölle auf Gebrauchsartikel der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gesunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Banderolensteuer auf Zigarren und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuersätze nach dem Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftssteuerliche Heranziehung des Erbgutes für Ehegatten und Kinder. (Antrag 124.)

Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine wehrten, muß es nunmehr Aufgabe der Genossen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden (Abgeänderter Antrag 125.)

Resolution zur Budgetbewilligung.

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen:

daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet,

daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist,

daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

/Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden./

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerläßliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit. /Antrag 126.)

Parteischule.

Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, die Tätigkeit der Parteischule in der bisherigen Richtung weiter auszubauen. (Abgeänderter Antrag 131.)

Maifeier.

Gleichzeitig wird der Parteivorstand beauftragt, wegen der Unterstützungsfrage in erneute Verhandlungen mit der Generalkommission einzutreten. (Antrag 132 Absatz 2.)

Ausnahmegesetz gegen die Polen.

Der Parteitag erhebt energischen Protest gegen die von der Mehrheit des Reichstages geschaffenen Ausnahmegesetze gegen die Polen, und besonders gegen das Verbot der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen. Das Bestreben der hakatistischen Regierung, die Polen systematisch zu germanisieren, kann die Sozialdemokratie nicht nur nicht dulden, sondern sie muß es auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Zugleich fordert der Parteitag die polnischen Proletarier auf, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, denn nur auf diesem Wege, durch die Stärkung der Klassenpartei des Proletariats, kann die herrschende Reaktion, deren Teilerscheinung die polenfeindliche Politik ist, erfolgreich bekämpft werden. (Antrag 133.)

Resolution gegen die Kriegshetze.

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und deutsche gegenseitig zu verhetzen und zum Kriege aufzustacheln, dient nur den engherzigsten und kurzsichtigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt: macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Ueberwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten. (Antrag 138.)

Jugendorganisation.

Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben ist durch Veranstaltungen ernsten und heiteren Inhalts, sowie durch Sport und Spiel Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen.

Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich, auch an den anderen Veranstaltungen ist unentgeltlich.

Die Kommissionen sollen dahin wirken, daß die Gewerkschaftskartelle für den Lehrlingsschutz eintreten.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen.

Deklaration.

Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht. (Antrag 139.)

Gehälter für Mitglieder des Parteivorstandes.

Nach eingehender Erörterung der in Betracht kommenden Verhältnisse beantragt die Kontrollkommission einstimmig:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Gehalt der drei älteren Sekretäre und des Kassierers um je 300 Mk. jährlich und
2. das Gehalt des vierten Sekretärs, des Genossen Müller, um 600 Mk. jährlich zu erhöhen. (Antrag 140.)

Ort des nächsten Parteitages.

Der Parteitag 1909 findet in Leipzig statt.

Anhang II.

Die Lübecker Resolution zur Budgetfrage hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Zuschriften und Telegramme.

Altona. Freie Jugend. — Amsterdam. Niederländische sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Ansbach. Arbeitersänger und Parteigenossen. — Beelitz. Die Patienten der Lungenheilstätte. — Berlin. Teilnehmer des ersten gewerkschaftlichen Unterrichtskursus 1908. — Genossen vom Bau Augsburgerstraße neben dem Elspalast. — Sechs blinde Genossen. — Bramsche b. Osnabrück. Genossen. — Breslau Anton Baumgarten. — Budapest. Parteileitung der ungarländischen Sozialdemokratie. — Coburg. Fritz Knöller. — Frankfurt a. M. Bezirksturnfahrt der freien Turner. — Fulda. Sozialdemokratischer Kreis-Zentralverband der Maurer. — Genf. Ausländisches Zentralbureau der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. — Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Rußlands. — Gernsheim. Mitgliedschaft. — Günzburg. Parlaments-Parteikonferenz Wahlkreis Günzburg. — Heusenstamm. Organisation. — Höhr. Wahlvereinsversammlung. — Ilmenau. Drei Genossen. — Kolbermoor. Sozialdemokratischer Verein. — Kopenhagen. Deutscher sozialdemokratischer Verein Vorwärts. — Dänische Sozialdemokratie. — Krakau. Parteivorstand der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens. — Vorstand der jüdischen sozialdemokratischen Partei Galiziens. — Lausanne. Allgemeiner Arbeiter-Verein. — Laibach. Südslawische sozialdemokratische Partei. — Leipzig. Radfahrer Leipzig Ost und Engelsdorf. — London. Leßner. — Ludwigshafen. Wahlsieg. — Nagold. Arbeiter-Verein. — Nossen. Zentralverband der Maurer. — Odense. Sozialdemokratische Partei Dänemarks von ihrem Kongreß. — Olsen Sigwald. — Paris. Conseil National Parti Socialiste France. — Päwesin in Westhavelland. A. Hoffmann. — Paris. Parti Socialiste revolutionnaire. — Ravensburg. 17. württembergischer Wahlkreis. — Sonneberg. Fabrikarbeiterverband. — Stockholm. Schwedischer Parteivorstand.

Präsenzliste des Parteitags.

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Adelung, Bernhard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Adler, Eduard	Kiel	Schleswig-Holstein 7
Agnes, L.	Düsseldorf	Düsseldorf
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	M. d. R.
Arnold, Rich.	Chemnitz	Chemnitz
Auer, Erhard	München	Straubing
Baader, Ottilie	Berlin	Genossinnen Berlins
Baerer, Heinrich	Harburg	Hannover 17
Bahr, Julius	Berlin	Berlin 5
Baisch, Joh.	Cannstatt	Cannstatt-Ludwigsburg
Bartels, Friedrich	Altona	Schleswig-Holstein 4 und 9
Barth, Adolf	Senftenberg	Calau-Luckau
Baßner, Emil	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Baudert, August	Weimar	Weimar-Apolda
Baumann, Linchen	Altona	Schleswig-Holstein 8 und 10
Baumeister, Ferdinand	Spalt	Ansbach-Schwabach
Bebel, A.	Berlin	Parteivorstand
Beckmann, Georg	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Bellert, Aug.	Solingen	Solingen
Bendfer, Heinr.	Herne	Bochum-Gelsenkirchen
Benther, Paul	Coburg	Coburg
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.
Berten, Peter	Düsseldorf	Düsseldorf-Neuß-Grevenbroich
Biniszkiewicz, Josef	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze, Beuthen-Tarnowitz
Bischoff, Werner	Kassel	Kassel-Mellungen
Bleuel, Heinrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Bock, W.	Gotha	Kontroll-Kommission
Bohl, Georg	Nürnberg	Nürnberg
Böhle, B.	Straßburg-Stadt	M. d. R.
Bollmann, Minna	Halberstadt	Halberstadt
Bömelburg, Th.	Hamburg	M. d. R.
Böske, Emil	Rixdorf	West-Prignitz
Borchert, Max	Hemelingen	Hannover 6
Borgmann, Hermann	Berlin	Königsberg (Neumark)
Brandler, Heinrich	Bremen	Bremen
Braun	Königsberg	Kontroll-Kommission
Braun, Franz	Küstrin	Königsberg (Neumark)
Bredow, Hermann	Tirschenreuth	Neustadt a. d. Waldn.-Weiden
Brey, Aug.	Hannover	M. d. R.
Brückner, Eugen	Berlin	Arnswalde-Friedeberg
Brühne, F.	Frankfurt a. M.	Kontroll-Kommission
Bruhns, Johannes	Wandsbek	Altona
Bruns, Bernhard	Berlin	Ober-Barnim
Büchner, Otto	Berlin	Berlin 4
Budde, Ewald	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Bühler, Rudolf	Essen	Essen-Ruhr, Moers-Rees
Colditz, August	Crimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Crispien, Arthur	Danzig	Danzig-Stadt
Daschmann, Heinrich	Kostheim	Mainz-Oppenheim

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
David, Eduard	Mainz	M. d. R.
Deckelmann, Philipp	Frankenthal	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal
Deichmann, Karl	Bremen	Einbeck-Northeim
Deutzer, Wilh.	Waidmannslust	Niederbarnim
Deuper, Mina	Essen	Essen
Diehl, Georg	Frankfurt a. M.	Lohr a. M.
Dietz, Heinrich	Stuttgart	M. d. R.
Dörnke, Ludw.	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Dorn, Konr.	Nürnberg	Nürnberg-Altorf
Drechsler, Hermann	Debschwitz	Gera (Reuß jüngere Linie)
Dreßcher, Reinh.	Halle	Schweinitz-Wittenberg, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckertsberga (3 Mandate)
Dülwell, Wilhelm	Lichtenberg	Niederbarnim
Eberhardt, W.	Berlin	Parteivorstand
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorstand
Eggert, Julius	Dresden	Dresden-N., 4. sächs. Wahlkreis
Ehrlitzer, Johann	Osnabrück	Hannover 4
Eichhorn, Emil	Berlin	M. d. R.
Eilken, Emil	Ottensen	Schleswig-Holstein 6
Eisner, Kurt	Nürnberg	Nürnberg-Altorf
Elm d., Adolf	Ottensen	Schleswig-Holstein 6
Emmel, L.	Mülhausen	M. d. R.
Endmann, Lina	Recklinghausen	Recklinghausen
Engelmann, Joh.	Worms	Worms-Heppenheim
Engelsmann, J.	Rendsburg	Kiel-Rendsburg, 7. schlesw.-holst. Wahlkreis
Engler, Wilh.	Freiburg	Freiburg, 5. bad. Wahlkreis
Erfurth, Ernst	Flensburg	Schleswig-Holstein 1 u. 2
Ernst, E.	Berlin	Kontroll-Kommission
Evers, Frau	Hannover	Hannover-Linden
Ewald, F.	Berlin	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt a. O.-Lebus
Fahrow, Karl	Berlin	Berlin 6
Fanghänel, Rich.	Meerane	17. sächsischer Wahlkreis
Faure, A.	Konsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann
Frauth, Albr.	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feltz, Paul	Straßburg	Straßburg-Stadt
Feuerstein, Franz	Stuttgart	Heilbronn-Besigheim
Fischer, Friedrich	Stuttgart	13. württembergischer Wahlkreis
Fischer, Johannes	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R.
Förster, Herm.	Hamburg	Reuß ältere Linie
Fuchs, Richard	Schiltigheim	Straßburg-Land
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	M. d. R.
Freudenberger, Felix	Würzburg	Würzburg-Heidingsfeld
Fröbel, Wilhelm	Berlin	Berlin 5
Frohme	Hamburg	M. d. R.
Gandorfer, Ludwig	Kelheim	Kelheim
Geck, A.	Offenburg	Kontroll-Kommission
Gehrmann, Karl	Berlin	Guben-Lübben
Geiß, Anton	Berlin	Parteivorstand
Gerisch, A.	Mannheim	Mannheim, 11. badischer Wahlkreis
Geyer, F.	Leipzig	M. d. R.
Goller, Michael	Kulmbach	Forchheim-Kulmbach-Pegnitz
Gräbert, Karl	Eberswalde	Oberbarnim
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Züllichau-Crossen
Greifenberg, Marie	Augsburg	Augsburg-Schwabmünchen-Bertingen
Groger, Max	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow
Grünberg, Helene	Nürnberg	Frauen Nürnbergs

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Grunwald, Max	Berlin	Mühlhausen-Langensalza
Guggenheim, Julius	Reutlingen	6. württembergischer Wahlkreis
Haase, Hugo	Königsberg	Königsberg 3
Haberland, Karl	Barmen	Elberfeld-Barmen
Hackelbusch, Richard	Berlin	Königsberg (Neumark)
Hähnsen, Louis	Magdeburg	Magdeburg
Hasenzahl, Ludwig	Erbach	Erbach-Bensheim
Haupt, Adam	Klein-Steinheim	Offenbach-Dieburg
Hegewald, Moritz	Chemnitz	Chemnitz
Heine, Wolfgang	Berlin	M. d. R.
Hengsbach, Klemens	Köln a. Rh.	M. d. R.
Henke, Alfred	Bremen	Bremen
Herzog, Rudolf	Mtt. Bruck	Erlangen-Fürth
Hetzschold, Karl	Berlin	Ost-Prignitz
Heuer, K., Frau	Hamburg	Hamburg 2
Heymann, Berth.	Stuttgart	Württemberg 6
Hierl, Michael	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	M. d. R.
Hilpert, Karl	Leipzig	Leipzig-Land
Hoch, Gustav	Hanau	M. d. R.
Höhne, Karl	Löbau	Löbau, 2. sächs. Wahlkreis
Hörsing, Otto	Beuthen O.-S.	Beuthen O.-S., Tarnowitz-Kattowitz-Zabrze, Ratibor, Gleiwitz-Tost-Lublinitz
Hofer, Adolf	Gr.-Skaisgirren	Tilsit-Niederung
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin 4
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg 2
Homrath, Jakob	Aachen	Aachen-Stadt
Horn, Georg	Sachsen	M. d. R.
Huber, Josef	Landshut	Landshut-Vilsbiburg-Dingolfing
Hue, Otto	Essen a. d. Ruhr	M. d. R.
Hug, Paul	Bant	Oldenburg 2 und Hannover 2
Jacobsen, J. D.	Lockstedt	Schleswig-Holstein 6
Jacobsen, Max	Ober-Schöneweide	Ober-Barnim
Jahn, H.	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Jahrmarkt, Louis	Bunzlau	Bunzlau-Lüben
Jasper, Dr. Heinrich	Braunschweig	1. und 2. braunschweigischer Wahlkreis
Joos,	Gotha	Gotha
Jungnickel, Max	Annaberg	20. und 21. sächsischer Wahlkreis
Kaden, A.	Dresden	Kontroll-Kommission
Kahmann, Hermann	Döhlen	Dresden-Land
Käppler, Hermann	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Katzner, Dorothea	Magdeburg	Magdeburg
Kautsky, Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Kawier, Richard	Berlin	Berlin 3
Kayser, Richard	Landsberg a. W.	Landsberg-Soldin
Keil, Wilhelm	Stuttgart	14. württembergischer Wahlkreis
Kißling, Franz	Kehl	Offenburg-Baden
Klühs, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Klupsch, Franz	Dortmund	Dortmund-Hörde
Knapper, Friedrich	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim
Knauer, Karl	Sonneberg	Meiningen 1 und 2
Knieriem, Konrad	München	München
Knipping, Gustav	Essen	Essen-Ruhr
Koch, Julius	Gr.-Ottersleben	Wanzleben
Koenen, H.	Hamburg	Kontroll-Kommission
Kögel, Anna	Altwasser	Waldenburg
Köhncke, Harro	Hamburg	Hamburg 3
Kohnen, Otto	Barmen	Elberfeld-Barmen

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal, 10. badischer Wahlkreis
Krest, Wilhelm	Stadthagen	Schaumburg-Lippe
Krohnberg, Karl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Krüger, Karl	Halle	11. württembergischer Wahlkreis
Kuhnert, Paul	Lößnitz	Stollberg-Schneeberg
Kurzhals, Max	Dresden	Dresden-Neustadt, 4. sächsischer Wahlkreis
Küter, Reinhold	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Lachenmeyer, Josefa	München	München 2
Langer, Albin	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Lau, Johannes	Lauterberg	Goslar-Ilfeld-Zellerfeld, 13. hann. Wahlkr.
Laukant	Berlin	Ost-Prignitz
Leber, Hermann	Jena	Eisenach-Dermbach
Ledebour, Georg	Berlin-Zehlendorf	M. d. R.
Legien, Karl	Berlin	M. d. R.
Lehmann, Gustav	Mannheim	M. d. R.
Leidner, Hermann	Neu-Seegefeld	Potsdam-Spandau-Ost-Havelland
Leimpeters, Johann	St. Johann	Saarbrücken
Leinert, Robert	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Lensch, Paul	Leipzig	Leipzig
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Lesche, Friedrich	Hamburg	Altona-Stormarn-Lauenburg
Lewerenz, Friedr.	Crefeld	Crefeld
Liebold, Emil	Hof	Hof
Liepmann, Leopold	Berlin	Berlin 5
Linde, Hermann	Königsberg i. Pr.	Gumbinnen-Insterburg
Lipinski, Richard	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Lippl, Wilh.	Günzburg	Dillingen-Günzburg
Litfin, Paul	Berlin	Berlin 4
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecke
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Hof
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Luxemburg, Dr., Rosa	Friedenau	Posen, Züllichau-Crossen
Matschke, Anna	Berlin	Berlin 6
Maier, Emil	Heidelberg	12. bad. Wahlkreis
Mehrens, Joh.	Neumünster	Kiel-Rendsburg
Mehrlein, Friedrich	Breslau	Breslau Ost und West
Merkel, Johann	Nürnberg	Dinkelsbühl-Gunzenhausen
Metzger, Wilh.	Hamburg	M. d. R.
Michaelis, Robert	Pegau	14. sächsischer Wahlkreis
Milenz, Richard	Stettin	Stettin
Molkenbuhr, H.	Berlin	Parteivorstand
Mucker, Max	Wurzen	11. sächsischer Wahlkreis
Müller, Adolf	München	München I
Müller, August	Grabow	Randow-Greifenhagen
Müller, Artur	Forst (Lausitz)	Sorau-Forst
Müller, Bernhard	Köln	Köln Stadt und Land
Müller, H.	Berlin	Parteivorstand
Müller, Max	Weißenburg i. B.	Eichstätt
Müller, Paul	Hamburg	Schleswig-Holstein 5
Nemitz, Anna	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen
Neuhäuser, Fritz	Dresden-Löbtau	6. sächsischer Wahlkreis
Neumann, Elise	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Niensdorf, Th.	Kiel	Kiel-Rendsburg, Schleswig-Holstein 7
Nimmerfall, Johann	München-Pasing	Traunstein-Rosenheim
Nitsch, Richard	Magdeburg	Wollmirstedt-Neuhaldensleben
Nobis, Ernst	Marten	Dortmund-Hörde
Noske, Gustav	Chemnitz	M. d. R.
Nöthlich, Anton	Lechhausen	Friedberg-Aichach
Nürnberg, Frau	Berlin	Berlin 2 und 5

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Otto, Ernst	Jena	Jena-Neustadt
Paeplow, Fritz	Hamburg	Hamburg 3
Paetzel, Wilhelm	Berlin	Landsberg-Soldin
Pankert, Peter	Aachen	Düren-Jülich, Aachen Land und Eupen, Bonn und Rheinbach, Bergheim-Euskirchen, Montjoie-Malmedy-Schleiden
Panzer, Hans	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Pelikann, Karl	Bamberg	Bamberg
Pfannkuch, W.	Berlin	Parteivorstand
Picard, Gustav	Cronenberg	Lennep-Mettmann
Pickelmann, Ludm.	München	Illertissen-Neu-Ulm-Memmingen
Pieck, Wilhelm	Bremen	Bremen
Pohl, August	Berlin	Berlin 3
Pollender, Bertha	Leipzig	Leipzig Stadt u. Land, 12. u. 13. sächsischer Wahlkreis
Poling, Ernst	Schiffbek	Altona
Polzimer, Adolf	Zehdenick	Ruppin-Templin
Quark, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Quessel, Dr. Ludwig	Darmstadt	Greifswald-Grimmen
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau
Ralth, Anton	München	München 1
Rauch, Fritz	Limmer	Hildesheim, 10. hannov. Wahlkreis
Raute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Reichel, Georg	Stuttgart	Reutlingen, 6. württemb. Wahlkreis
Reinwand, Karl	Halle a. S.	Halle a. S.
Reißhaus, Paul	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Reitze, Johanna	Vegesack	Hannover 18
Richter, Max	Dresden-A.	Dresden-Altstadt
Riesz, Hermann	Berlin	Berlin 6
Ritter, Adolf	Berlin	Ruppin-Templin
Rohleder, Franz	Elsterberg	22. sächsischer Wahlkreis
Rollwagen, Hans	Augsburg	Donauwörth-Nördlingen
Rosenfeld, Dr. Kurt	Karlshorst	Niederbarnim
Rößler, Richard	Meißen	7. sächsischer Wahlkreis
Rösner, F.	Berlin	Berlin 2
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Wiesbaden
Sachse, H.	Bochum	M. d. R.
Sädler, Josef	Schweinfurt	Schweinfurt-Ebern
Saenger, Alwin	München	München 1
Sailer, A.	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog
Seelmann, Josef	Kronach	Kronach-Lichtenfels
Seger, Fritz	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Segitz, Martin	Fürth	Ingolstadt-Pfaffenhofen-Freising, Kitzingen-Ochsenfurt
Seifert, Otto	Seesen a. H.	Braunschweig 3
Sidow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Sieling, Heinrich	Hebbernheim	Höchst-Usingen
Sievert, Wilhelm	Altona	8. u. 10. schlesw.-holstein. Wahlkreis
Simon, Josef	Nürnberg	Hof
Sindermann, Karl	Dresden	Dresden-Altstadt
Singer, P.	Berlin	Parteivorstand
Südekum, Dr. Albert	Berlin	M. d. R.
Sitz, Bruno	Pirna	Pirna-Sebnitz, 8. sächsischer Wahlkreis
Schadow, Wilh.	Cottbus	Cottbus-Spremberg
Schäfer, Fritz	Berlin	Berlin 2
Schefer, Otto	Mühlhausen i. Thür.	Mühlhausen-Langensalza

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Schaumburg, Karl	Hamburg	Hamburg 1
Scheib, Joh.	Leipzig	Leipzig-Land
Scheidemann, Ph.	Cassel	M. d. R.
Schirmer, Gustav	Brackel	Dortmund-Hörde
Schlegel, Louis	Eßlingen	5. württembergischer Wahlkreis
Schleßmann, Paul	Remscheid	Lennep-Remscheid
Schlomer, Else	Lübeck	Lübeck
Schlösser, Frau	Braunschweig	1. braunschweigischer Wahlkreis
Schluchtmann, Wilh.	Duisburg	Duisburg-Mülheim-Ruhr
Schmid, Eduard	Mimchen	Ingolstadt-Pfaffenhofen-Freising
Schmid, Richard	Ketzin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Schmidt, August	Gmünd	Gmünd-Göppingen, Württemberg 10
Schmidt, Carl	Wittenberge	West-Prignitz
Schmidt, Fritz	Berlin	Berlin 3
Schmidt, Richard	Linden	Hameln-Springe
Schmidt, Rob.	Berlin	M. d. R.
Schmitt, Franz	München	München 2
Schmitt, Gregor	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Schmitz, Hubert	Soest	Hamm-Soest
Schneider, Hermann	Lübeck	Lübeck
Schnettler, Heinrich	Zittau	1. und 3. sächsischer Wahlkreis
Schöpflin, Georg	Leipzig	13. sächsischer Wahlkreis
Schrader, Christ.	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Schreck, Carl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schröder, Heinrich	Holtenau	Schleswig-Holstein 3
Schuberi, Hermann	Berlin	Kalau-Luckau
Schuboth, Carl	Pritzwalk	Ostprignitz
Schulz, Heinrich	Berlin	Bildungs-Ausschuß
Schulze, Ernst	Cossebaude	Dresden-Land, 6. sächsischer Wahlkreis
Schulze, Max	Köln-Südt	Köln Stadt und Land
Schumann, Richard	Anderten	Celle-Peine, 14. hannov. Wahlkreis
Schütz, Oskar	Breslau	Breslau-Land-Neumarkt
Schwartz, Theodor	Lübeck	M. d. R.
Siabel, Karl	Birkach	Stuttgart Stadt und Amt 1
Stadthagen, Arthur	Berlin	M. d. R.
Start, Gottlieb	Amberg	Amberg-Sulzbach
Stegen, Wilh.	Göttingen	Göttingen-Münden
Stegner, Johann	Koburg	Koburg
Steinkopf, Frau	Berlin	Berlin 1 und 3
Stelling, Johannes	Lübeck	1. oldenburg. Wahlkreis
Stockinger, Friedr.	Pforzheim	Pforzheim-Durlach
Stollberg, Gustav	Burg	Jerichow 1 und 2
Stolle, Wilhelm	Gesau	M. d. R.
Stolpe, Hermann	Görlitz	Grünberg-Freistadt, Sagan-Sprottau, Rothenburg-Hoyerswerda, Löwenberg, Glogau
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg 1
Ströbel, Heinrich	Berlin	Redaktion des Vorwärts
Straßer, Therese	Miesbach	Miesbach-Rosenheim
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg 3
Stuber, Albert		5. württembergischer Wahlkreis
Taubadel, Paul	Görlitz	Görlitz-Lauban
Teuber, Heinr.	Dittersbach	Waldenburg i. Schlesien
Thiele, Adolf	Guben	Guben-Lübben
Thiele, Adolf	Halle	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Thöne, G.	Kassel	Kassel-Meisungen
Timm, Johannes	München	Immenstadt
Tinius, Frau Minna	Köpenick	Teltow-Beeskow
Trautewein, August	Gernrode	Anhalt 2
Trinks, Oskar	Karlsruhe	9. bad. Wahlkreis Pforzheim-Durlach
Trippensee, Ernst	Schwedt a. O.	Prenzlau-Angermünde

Name	Wohnung	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Ullenbaum, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Ullmann, Josef	Weilheim, Rosenheim	Weilheim
Ulrich, C.	Offenbach a. M.	M. d. R.
Unger, Max	Dresden	Dresden-Neustadt
Vieth, Max	Berlin	Berlin 6
Vogel, Hans	Fürth	Rothenburg-Windsheim-Neustadt a. A.
Voigt, August	Beuchlitz	Merseburg-Querfurt
Wadwitz, Maria	Dresden	Dresden, 5. sächs. Wahlkreis
Wagner, Wilhelm	Steinkirchen	Guben-Lübben
Waldheim, Fritz	Driesen	Arnswalde-Friedeberg
Walter, Anton	Augsburg	Augsburg-Schwabmünchen-Wertingen
Walther, Max	Nürnberg	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Weber, Albert	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Wehd v. d., Laura	Sonneberg	Meiningen 2
Weihnacht, Georg	Berlin	Berlin 1
Weill, Dr. Georg	Nürnberg	Regensburg
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg 2
Weiß, Hugo	Oberstein	1. oldenburg. Wahlkreis, Trier, Kreuznach und Koblenz
Weiß, Michael	Marktredwitz	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Weißheimer, Wendelin	Kandern	4. badischer Wahlkreis
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, R.	Berlin	Parteivorstand
Wengels, Frau Margar.	Berlin	Berlin 4
Werner, Emil	Rostock	Mecklenburg 5
Werner, Heinrich	Bischofsheim	Hanau-Gelnhausen-Orb
Westmayer, Friedrich	Nördlingen	Donauwörth-Neuburg-Nördlingen
Wettermann, Edgar	Stuttgart	Stuttgart, 1. württemb. Wahlkreis
Wick, August	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Winklmann, Katharina	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Witte, Otto	Berlin	Berlin 2
Wizirowski, Georg	Staßfurt	Quedlinburg-Aschersleben-Calbe
Wolderskt, Hugo	Berlin	Berlin 1
Wulff, Frieda	Berlin	West-Prignitz
Wunderlich, Robert	Regensburg	Regensburg
Wurm, Emanuel	Berlin	Reuß jüngere Linie
Zetkin, C.	Stuttgart	Kontroll-Kommission
Ziegler, Hans		Bremerhaven, 19. hannov. Wahlkreis
Zielsch, Fritz	Charlottenburg	Coburg
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg 1
Zimmermann, Joh.	Buch	Erlangen-Fürth
Zitzmer, Paul	Leisnig	10. sächsischer Wahlkreis
Zorn, Georg	Fürth	Erlangen-Fürth
Zubeil, Fritz	Berlin	M. d. R.
Zucht, Leo	Berlin	Landsberg-Soldin

Auswärtige Gäste.

Sanders, William, London, Fabian Labour Party.
Huysmans, Brüssel, Belgische Arbeiterpartei.
Müller, Brüssel, Deutscher Arbeiterverein.
de Man, Hendrik, Gent, Junge Garde.
Schönberg, Frau, Rußland, Jüdischer Arbeiterbund.
Quelch, Harry, London, Sozialdemokratische Partei.
Bowman, Guy, London, Sozialdemokratische Partei.
Schuhmeier, Franz, Wien, Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.
Winarsky, Leopold, Wien, Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.
Popp, Adelheid, Wien, Deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.
David, Anton, Wien, Niederösterreichische Landtagsfraktion.
Moor, Karl, Schweiz, Sozialdemokratische Partei der Schweiz.
Wynkoop, David, Amsterdam, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Holland.
Nayesteyn, W. van, Rotterdam, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Holland.

Sachregister des Parteitages.

Abänderung der Organisation 10.
Ablehnung des Reichsetats 416.
Abonnentenstand der Parteipresse 50.
— der „Gleichheit“ 53.
— „Der wahre Jakob“ 54.
— der „Kommunalen Praxis“ 56.
Abstimmung im Deutschen Reichstag 287.
Abstimmungsmodus 422.
Achtstundentag 109, 306, 430.
Agitation 25.
— durch Broschüren 113.
— unter den Frauen 245.
— der Frauen für die gewerkschaftliche Organisation 110.
— der Frauen für ein einheitliches Reichsvereinsgesetz 108.
— für die „Gleichheit“ 102.
— im eigenen Heim 246.
— unter den Landarbeitern und Arbeiterinnen 106.
— unter der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung 27.
— für das Wahlrecht 25.
Agitationsbezirke 21.
Agitationskalender 26, 232.
Agitatorisch fähige Frauen 246.
Agrarfrage 549.
Akkordarbeiter, Mindestlohn 432.
Allgemeiner Deutscher Metallarbeiterverband 19, 216.
Alters- und Invalidenversicherung 141.
Aenderung des Organisationsstatuts 252, 440.
Antrag betr. Gewerkschaftsfrage 16.
Anträge zum Parteitag 168.
— angenommen 564.
— betreffend Agitation 169.
— betr. Agrarfrage 17, 186.
— betr. Bildungsausschuß 177.
— betr. Frauenorganisation 170.
— betr. Jugendorganisation 171.
— betr. Landarbeiterfrage 16.
— betr. Maifeier 182.
— betr. Organisation 169.
Antrag betr. den Ort des nächsten Parteitags 187.
— betr. Parlamentarisches 179.
Anträge betr. Partei und Gewerkschaften 168.
— betr. Parteischule 177.
— betr. Parlamentarischen Bericht 259.
— betr. Presse u. Literatur 178
— betr. Tagesordnung des Parteitages 168.
— betr. die Tagesordnung des nächsten Parteitags 186.
— betr. Vermehrung der Wanderbibliotheken 17.
— betr. Wiederaufnahme in die Partei 185.
—, sonstige 186.
Arbeiterbildung 217.
Arbeiterschutz 141.
— bei Landarbeitern 429.
Arbeitskammern 432.
Ausbau der Organisation 20.
— der Wasserkräfte 292.
Ausländische Delegierte 200.
Ausnahmerecht gegen die Jugendlichen 154.
Ausschluß 9.
Auswärtige Politik 150, 289.
Außerordentliche Frauenkonferenz zu Berlin 102.
Automobilstempel 157.

Bauforderung, Sicherung der 160.
Beamtengesetz 346.
Befähigungsnachweis, kleiner 159.
Begräbnis des Großherzogs von Baden 290.
Beitrag für Frauen 208.
Beitragshöhe 22.
Bericht des Parteivorstandes 13.
— der Beschwerdekommission 447.
Berliner Budget 330.
Berufsvereine, Rechtsfähigkeit derselben 289.
Bildungsausschuß 87, 112.
Bildungsbestrebungen 217.
Blockpolitik 15, 117, 258.
Börsengesetz 156.
Boykott gegen Jandorf 110.
Buchhandlung Vorwärts 54.
Budgetabstimmung in Gotha 369.
Budgetbewilligung 285.
—, Resolution betreffend 289.
—, Erklärung der Berliner Stadtverordneten 399.
—, Abstimmung 423, 424.
Budgetbewilligungsrecht des Reichstags 445.
Bureau des Parteitags 12.
Bureauwahl 198.

Dampfersubvention 151.
Decharge-Erteilung für den Parteivorstand 257.
Delegation von Frauen 209.
Dienstbotenbewegung 102.
Diskussionsabende 248.
Druckfehlerberichtigung 568.
Diskussion über den parlamentarischen Bericht 259.

Einführung in Dramen und Opern 94.
Einnahmen der Parteikasse 78.
Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten 17.
— zwischen den Zentralverbänden und den Lokalisten 214.
Eisenbahner, Vereinigungsrecht 151.
Elektrisierung der Eisenbahnen 292.
Erbschaftssteuer 122.
Erfinderklausel 428.
Erklärung von 66 süddeutschen Genossen 426.
— von Maurerbrecher 242.
— von Grunwald, Berlin 250.
— der Berliner Stadtverordneten 399.
Etat der Reichspost 150.

Fahrkartensteuer, Aufhebung derselben 166.
Finanzreform 444.
Finanzverhältnisse der Einzelstaaten 268.
Finanzwirtschaft 135.
Flottengesetz 128.
Flugschriften, sozialdemokratische 26.
Frauenbeitrag 206.
Frauenbildungsvereine 208, 243.
Frauendelegationen 209.
Frauenkonferenz 246.
— zu Nürnberg 115.
—, Resolution betreffend 257.
Frauenorganisation 22, 243.
—, Vorschläge betreffend 208.
—, Resolution betreffend 189.
Frauensonderrechte 208.
Frauenstimmrecht 100.
Freie Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands 215.
Freihandelspolitik 426.

Gäste auf dem Parteitag 559.
Gebundene Mandate 301.
Gehalt der Parteisekretäre 552
Gelbe Gewerkschaften 16, 432.
Gemeindeproporz 306.
Gemeindevertreter 47.
Gemeindewahlen 45.
Genossinnenbericht 99.
Geschäftsbericht 204.
Geschlossenheit der Partei 413.
Gesindeordnung, Abschaffung derselben 433, 548.
Gewerkschaftskongreß 14, 50.
—, Kölner 245.
Gewerbeordnung, Novelle zur 434.
—, Agitation bei Aenderung 546.
Gewerkschaftliche Organisation, Notwendigkeit derselben 438.
„Gleichheit, Die“, Abrechnung 53, 113.
Großindustriellen, Einfluß derselben 429.
Gründung der sozialdemokratischen Partei 217.

Haftpflicht der Tierhalter, Einschränkung der 163.
Handelsgesetzbuch, Paragraph 53, 160.
Hochverratsprozeß gegen Liebknecht 58.

„Jakob, Der wahre“ 256.
Industriearbeiterverband Solingen 253.
Internationale Frauenkonferenz 99.
Internationaler Sozialistenkongreß 60.
Interpellation betr. Kohlennot 165.
— betr. Schiffahrtsabgaben 165.
Jugendorganisation 23, 210.
—, Resolution betreffend 191.
—, Deklaration derselben 551.
Jugendschriftenbewegung 92
Jugendschriftenverzeichnis 219.
Justizdebatte 145.

Kalenderagitation 250.
Kapitalanhäufung 427.
Kartelle und Syndikate 407.
Kassenbericht 65.
Kinderarbeit 140.
Kinderschutzkommissionen 112
Klassenjustiz 145.
Klassenstaat 350.
Koalitionsfreiheit für Beamte 147.
Koalition gegen Privatangestellte 428.
Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter 306.
Kohlennot, Interpellation betreffend 165.
Kölner Gewerkschaftskongreß 145.
Kolonialpolitik 130.
„Kommunale Praxis“ 51.
— —, Abrechnung 56.
Konferenz in Würzburg 301.
—, Stuttgarter 414.
Konflikt mit der Gesamtregierung 419.
Konkurrenz der Militärmusiker 161.
Konkurrenzklausel 428.
Kontrollkommission 9.
—, Bericht 224.
—, Beschluß derselben 439.
Kriegshetze, Resolution betreffend 191.
Kriegshetzerei 122, 201.
—, Maßnahmen dagegen 202.
Krise 15.
Kritik der Parteischule 207.
Kruppsche Pensionskasse 161.
Kultusbudget 293.

Lage der Postangestellten 150.
Land- und Waldarbeiter, Organisation derselben 28.
Landtagswahl - Agitation in Preußen 25.
Landtagswahl in Preußen 38, 208.
Landtagswahlen 206.
— in verschiedenen Staaten 41.
Legitimationspapiere für Ausländer 142.
Lokale Gewerkschaften, Stellung zu den 546

Maidemonstration 282.
Maifeier 48, 131, 133, 262.
—, Abstimmung 283.
—, Anträge betreffend 284.
—, Unterstützung 262.
Maizeitung, Ausstattung derselben 547
Majestätsbeleidigung, Bestrafung der 112.
Mandate, gebundene 301.
Mandatsprüfungen 242.
Mannheimer Parteitag 267.
Marineetat 128.
Matrikularbeiträge 136.
Maß- und Gewichtsordnung 158.
Massendemonstrationen in Braunschweig 36.
Massenstreik 215, 334.
Maßnahmen zum Schutze der in Walz- und Hüttenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter 144.
Mecklenburg 35.
Militäretat 126, 305.
Militärmusiker, Konkurrenz derselben 261.
Militarismus 214.
Mindestlohn bei Akkordarbeitern 432.
Mißstände in Betriebskrankenkassen 435.
Mitgliederzahl 20.
— der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands 20.
Mitgliederzunahme 20.
Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken 93.
Münzgesetz 158.

Nachwahlen zum Reichstag 44.
„Neue Zeit“, Die 51.
—, Abrechnung 53.
„Neue Welt“ 256.
Novelle zur Gewerbeordnung 434.

Opportunistische Erwägungen 221.
Organisation 20.
Organisationskommission 517
Organisationsstatut, Aenderung betreffend 6, 152, 440.
Organisationsverhältnisse 205.
Ort des nächsten Parteitags 441.
Ostmarkenzulage 151.

Paragraph 63 des Handelsgesetzbuchs 160.
Parlamentarischer Bericht 257
Parteidruckereien 50.
Parteipresse 50, 223.
—, Ausgaben 72.
Parteischule 57, 206, 233.
—, Diskussion betreffend 228.
Parteitag, Mannheimer 267.
— für Sachsen-Meiningen 105.
Parteizeitungen, Neue 50.
—, Betriebserweiterungen 50.
Partikularismus 299.
Pensionskassen 430.
Pensions- und Unterstützungskassen 433.
Petitionen 166.
Polengesetzgebung, Resolution betreffend 551.
Polenpolitik 151.
Postangestellten, Lage der 150.
Pressebureau 51, 207, 250.
Preßpolemiken 414.
Privatangestellten 280.

Privatangestellten, Einkommen 428.
—, Koalition gegen die 428.
Programm 3.
— der Freien Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands 215.
Proporz bei Gemeindewahlen 306.
Protest gegen die Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen 435.
Provinzialparteitage 251.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine 289.
Rechtspflege 145.
Reform des sächsischen Wahlrechts 34.
Rekrutenabschiedsfeiern 187.
Reichseisenbahnen 151.
Reichsetat, Ablehnung des 416
Reichsfinanzreform 442
—, Resolution betreffend 188.
Reichshaushaltsetat 119.
Reichskanzler und Wahlrecht 14.
Reichspolitik 288.
Reichstagswahlrecht 147.
Reichsvereinsgesetz 26, 108, 153, 205, 211.
Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie 26, 207.
Reichsversicherung 484.
Resolution betreffend die Ausnahmegesetze gegen die Polen 551.
— betreffend Budgetbewilligung 189, 551.
— betreffend Frauenkonferenz 257.
— betreffend Frauenorganisation 189.
— betreffend Jugendorganisation 24, 191.
— betreffend Kriegshetze 191.
— betreffend Reichsfinanzreform 188, 550.
— betreffend Sozialpolitik und neuer Kurs 187, 549.
— Frohme betreffend Budgetbewilligung 190, Abstimmung 423.
—, Auffassung der Lübecker 415.
— des Parteivorstandes betr. Budgetbewilligung 424.
Säuglingssterblichkeit 112.
Schäufele 415.
Scheckgesetz 157.
Schiffahrtsabgaben, Interpellation betreffend 165.
Schwangerenschutz 246.
Schweigegebot 413.
Seemannsordnung 429, 435.
Selbständigkeit der Jugend 212.
Sicherung des geistigen Eigentums der Angestellten 433.
Solingen, Industriearbeiterverband 253.
Sonderrechte für Frauen 208.
Sozialistische Frauenorganisationen 100.
— Erziehung 111.
Sozialpolitik 138, 352, 426.
—, Gegner derselben 427.
— und neuer Kurs 426.
— Resolution betreffend 187.
Sprachenausnahmegesetz 154.
Staatswerkstätten und Fabrikinspektion 142.
Stellenvermittelung der Dienstboten-Organisation 103.
Strafkonto der Arbeiterbewegung 58.
Strafvollzug 306.
Streik in Solingen 217.
Stuttgarter Konferenz 414.
Syndikate und Kartelle 427.

Tagesordnung 11.
— des nächsten Parteitages 441.
Tarifverträge 145.
Telefunkengesetz 158.
Terrorismus im Wahlkampf 107.
Teuerungszulagen 152.
Trennung der Kirche vom Staat 337.
Trucksystem 144.

Umsturzvorlage 286.
Unfallversicherung, Verschlechterung der 437.
Unterstützungswohnsitz 161.
Urlaubsgewährung an Arbeiter 303.

Verband junger Arbeiter 23.
Verbot des Trucksystems 144.
Verbreitung der „Gleichheit" 113.
Vereinbarung betreffend Maifeier 49.
Vereinigungsrecht der Eisenbahner 151.
Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften bei den Landtagswahlen 200.
Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen, Protest gegen die 425.
Verschlechterung der Unfallversicherung 437.
Versicherungsantrag 160.
Vertrauenspersonen 6.
Viehseuchengesetz 164.
Vogelschutzgesetz 164.
Vorlagen an den Parteitag 13.
Vorschlagsliste betreffend Wahl des Parteivorstandes 424.
Vorsitzende des Parteitags 197
„Vorwärts"-Abrechnung 52.
Vorwärts-Buchhandlung 54.

Wahlen in Offenbach 281.
Wahlkampf in Preußen, Unterstützung durch Frauen 107.
Wahlprüfungen 166.
Wahlrecht, Eroberung des direkten 292.
— in Braunschweig 36
— in Hessen 35.
— in Oldenburg 36.
Wahlrechtsbewegung 14, 27.
Wahlrechtsdemonstrationen 27.
Wahlrechtsinterpellation im Reichstag 25.
Wahlrechtskämpfe 208.
„Wahrer Jacob" 256.
— Abrechnung 54.
Wanderkurse 219, 237.
—, wissenschaftliche 89.
Wechselprotest und Wechselstempel 157.
Wehrsteuer 445.
Weibliche Mitglieder 20.
Wiederaufnahme 10.
Wirtschaftlicher Aufschwung 427.
Witwen- und Waisenversicherung 482.
Witwen- und Waisenversorgung 430.
Wöchnerinnenschutz 246.
Wohlfahrtseinrichtungen 429.
Wohlfahrtsplage 161.

Zehnstundentag 109.
— für Frauen u. Mädchen 434.
Zentralbureau der Frauen 209.
Zentralisation der Frauenbewegung 114.
Zigarren-Banderolensteuer 138.
Zigarren-Hausarbeit 140.
Zivilberufsmusiker 260.
Zuchthausgesetz 430.
Zuchthausvorlage 289.
Zuckerkonvention, Verlängerung der 162.
Zukunftsstaat 351.
Zuschriften an den Parteitag 552.
Zweiter preußischer Parteitag 103.

Sprechregister des Parteitages.

Adler 269, 284, 423.
Auer 365, 423.

Baader 424.
Bebel 285, 405, 407.
Berten 234.
Birnskiewicz 458.
Bleuel 272.
Bock 368, 372.
Böhle 285.
Bömelburg 284.
Brandler 241.
Braun-Königsberg 232.
Brückner 199.
Bruns-Berlin 455.
Büchner 199.

Davib, Dr. 358, 369, 373.
Dorn 193, 262, 275, 284, 426.

Ebert 214, 252, 404, 407, 412.
Eichhorn 257, 260, 339, 403.
Eisner 227, 235, 371, 404, 456.
Elm, v. 243, 249, 392.
Engler 359, 372, 455.
Ewald 260.

Fischer-Berlin 262, 279, 284, 389.
Frank, Dr. 317, 319.
Frohme 343, 422.

Geck 345, 371.
Geitz 421.
Gerisch 222, 256.
Geyer 442.
Grunwald 233.

Haase-Königsberg 226, 450, 457.
Haberland 247, 440.
Heine 422, 423.
Henke 382.
Heymann 395.
Hildenbrand 326.
Hoch 379, 436.
Hoffmann-Berlin 244.
Hoffmann-Hamburg 246.
Honrath 278, 284.
Huber 358.
Hue 356.
Hug 454.
Huysmans-Belgien 203.

Kaden 224, 439 458.
Käppler 405, 423.
Kautsky 386.
Keil 408.
Kühs 199.
Klupsch 279.
Knauer 435.
Knieriem 197.
Kolb 384.

Leber 441, 452.
Lehmann 229, 371.
Leinert 226, 237, 397.
Lensch, Dr. 239, 355.
Liepmann 241.
Lipinski 244, 248, 277, 284, 442.
Loewenstein 197.
Luxemburg 230, 267, 363.

Maier 401, 449.
Merkel 360.
Milenz 441.
Molkenbuhr 259, 426, 437.
Müller-Berlin 204, 250, 455.
Müller-Hamburg 435.

Nimmersatt 406.
Nitsch 270.
Nöthlich 440.

Paeplow 270.
Pfannkuch 394, 439, 441, 453, 454.
Pieck 274, 275.

Quarck 434.
Quelch-London 200.

Rauch 361, 362.
Rosenfeld, Dr. 259.
Rudolph 454, 455.
Sachse 437, 448.
Sanders-London 202.
Schmidt, Robert, Berlin 273
Schmidt-Gmünd 402.
Schönberg-Rußland 204.
Schöpflin 377.
Schreck 247.
Schulz-Berlin 217, 253.
Seger 271, 447, 448.
Segitz 317, 379, 405.
Sieber 278.
Sieling 456.
Simon 276.
Sindermann 396.
Singer 94, 197, 198, 199, 204, 217, 222, 227, 233, 242, 247, 249, 253, 285, 316, 317, 319, 326, 342, 343, 353, 357, 358, 362, 365, 373, 375, 379, 389, 402, 408, 421, 422, 424, 425, 426, 440, 441, 442, 452, 454, 455, 459, 460, 461.
Stolten 260, 380.
Ströbel 375.
Stubbe 229, 266.

Thiele-Halle 406, 453.
Timm 297, 422.

Ulrich 317, 346.

Vogel 259.

Wackwitz 248.
Walter-Augsburg 456.
Walther-Nürnberg 388.
Weill, Dr. 350.
Weiß-Marktredwitz 357.
Weis 232, 317.
Westmeyer 348, 372.
Winarski 202.
Witte 259.
Woldersky 242.
Wurm 399, 406.

Zetkin 237, 351, 459.
Ziegler 435.
Zietz 244, 249, 410.
Zubeil 273, 358, 441.

Druckfehlerberichtigung.

Seite 423 bei der Abstimmung über die Resolution Frohme steht **Genosse Kohmann** mit **Ja** verzeichnet. Er hat mit **Nein** gestimmt.

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 168 bis 192. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 546 bis 552. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet die Seitenzahl, auf der das Resultat der Abstimmung zu finden ist.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

10, 11 (452). **18, 19, 20** (439). **25, 52** (226). **57** (454). **60** (455). **62, 64, 65, 67, 68** (454). **70** (259). **91** (262). **109** (452).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

1 (199). **13, 14, 15, 17** (440). **26** bis **50** (226). **56** (440). **74** bis **85** (424). **86, 87, 95, 96, 97, 99, 100, 102** (284). **105** bis **108** (447 bis 449). **122** (440). **127** (257). **129** (440). **132** Teil I (283).

Zurückgezogene Anträge.

2, 3, 5 (199). **7** (222). **22** (244). **23** (227). **24** (247). **53, 54** (257). **59** (454). **114** (455).

Abgelehnte Anträge.

4 (200). **51** (442). **61** (454). **112** (456). **121** (441). **128** (257). **134, 135, 136** (423). **137** (424).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

8, 9 (453). **58** (454). **66** (455). **88, 89, 92, 93, 94, 98, 101, 103, 104** (284). **111** (456). **117** bis **120** (441).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

69, 71, 72, 73 (262).

Angenommene Anträge.

(Wortlaut dieser Anträge Seite 546 bis 552)

6 (mit Aenderung): Lokalorganisationen (257). **12:** Agitation bei Aenderung der Gewerbeordnung (439). **16:** Kommission wegen Aenderung der Organisation (440) **21:** Frauenorganisation (257). **55:** Bessere Ausstattung der Mai-Zeitung (454). **63:** Parteitagsprotokolle zum Selbstkostenpreis abgeben (454). **90:** Beitrag der Parteiangestellten am 1. Mai (284). **110:** Agitation wegen Gesindeordnung (454). **113:** Agrarfrage (457). **115:** Zugehörigkeit zu Turnvereinen (457). **116:** Rekrutenabschiedsfeier (457). **123:** Resolution zur Sozialpolitik (439). **124:** Resolution zur Finanzreform (447). **125** (mit Aenderung): Frauenorganisation (257). **126:** Resolution zur Budgetbewilligung (424). **130:** Abänderungsantrag zu 6 (257). **131 (mit Aenderung):** Parteischule (257). **132** (Teil 2): Maifeier (283). **133:** Ausnahmegesetze gegen Polen (459). **138:** Resolution zur Kriegshetze (460). **139:** Jugendorganisation (452). **140:** Gehaltserhöhung (458). **Nächster Parteitag** in **Leipzig** (441). **Dechargeerteilung** für den Parteivorstand (257).

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist:

Hegewald, Lippl, Dueffel, Dr. Südekum.

Präsenzliste der Frauenkonferenz.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Agnes, L.	Düsseldorf	Düsseldorf
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin
Batz, Anna	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Bellert, August	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf
Bendler, Heinrich	Herne	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten
Bollmann, Minna	Halberstadt	Halberstadt
Brandler, Heinrich	Bremen	Bremen
Bümner, Marga	Schweinfurt	Schweinfurt
Classen, D.	Hamburg	Hamburg 3
Deuper, Minna	Essen	Essen a. d. R.
Dunker, Käthe	Stuttgart	Referentin
Ehrlitzer, Johannes	Osnabrück	Osnabrück
v. Elm, Adolf	Hamburg	Schleswig-Holstein 6
Endmann, Lina	Recklinghausen	Recklinghausen-Borken
Evers	Linden	Hannover 8
Faure, A.	Ronsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann
Fleischmann, Rosa		München 2
Greisenberg, Marie	Augsburg	Augsburg-Schwabmünchen-Mertingen
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg
Haase, Hugo	Königsberg	Königsberg-Stadt
Haberland, Carl	Barmen	Elberfeld-Barmen
Hagen, Magda	Regensburg	Regensburg
Henke, Alfred	Bremen	Bremen
Heuer, K.	Hamburg	Hamburg 2
Kähler, Wilhelmine	Düsseldorf	Remscheid
Käßner, Dorothea	Magdeburg	Magdeburg
Katzenstein, Simon	Charlottenburg	Stralsund-Franzburg-Rügen
Kempf		Bamberg
Klupsch, Franz	Dortmund	Dortmund-Hörde
Kögel, Anna	Altwasser	Waldenburg
Kohnen, Otto	Barmen	Elberfeld-Barmen
Lachenmeyer, Josefa	München	München 1 und 2
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Leu, Käthe	Schwartau	Fürstentum Lübeck
Lewerenz, Friedrich	Crefeld	Crefeld
Logner, Margareta		Kulmbach
Lohr, Viktoria	München	München 1 und 2
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Maier, Emil	Heidelberg	Baden 12
Matschke, Anna	Berlin	Berlin 6
Mirich, Marie	Koswig	Anhalt
Müller, Louise	Stuttgart	Stuttgart

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Remitz, Anna	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten
Neumann, Elise	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Niensdorf, Th.	Kiel	Schleswig-Holstein 7
Nobis, Ernst	Marten	Dortmund-Hörde
Nürnberg	Berlin	Berlin 2 und 5
Pollender, Bertha	Leipzig	Leipzig-Stadt u.-Land, 12. u. 13. sächs. Wahlkr.
Precht, Margarete	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf
Reichler, Karoline		Fürth-Erlangen-Lauf
Reitze, Johanna	Vegesack	Lose-Blumenthal, Hannover 18
Ruppenstein, Doris	Erlangen	Fürth-Erlangen-Lauf
Schirmer, Gustav	Brakel	Dortmund-Hörde
Schley, Kath.	Ludwigshafen	Ludwigshafen
Schlomer, Else	Lübeck	Lübeck
Schlösser	Braunschweig	Braunschweig 1
Schluchtmann, Wilh.	Duisburg	Duisburg-Mülheim a. d. Ruhr
Steinkopf	Berlin	Berlin 1 und 3
Strasser, Therese	Hausham	Rosenheim-Miesbach-Tölz
Thiele, Adolf	Halle	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Tinius, Minna	Köpenick	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Wackwitz, Marie	Dresden	Dresden 3
Wagner, Helene	Chemnitz	Sachsen 16
Weber, Albert	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Wehd, v. d., Laura	Sonneberg	Sachsen-Meiningen 2
Wengels, Margarete	Berlin	Berlin 4
Wicki, August	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Winkimann, Katharina	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Wirthmann	Bamberg	Bamberg
Wolf, Sophie	Mannheim	Baden 11
Wulff, Frida	Berlin	West-Prignitz
Zeh, Adelheid	Lechhausen	Lechhausen
Zetkin, Clara	Stuttgart	Redaktion „Die Gleichheit", Referentin
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg 1

Auswärtige Gäste.

Popp, Adelheid, Oesterreich, Wien.
Pölzer, Amalie,
Balabanoff, Angelika, „Verband" „Avanti", Italien, Rom.

Sachregister der Frauenkonferenz.

Abstimmung 544
Alkoholgenuß 509.
Anarchistelei 541.
Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts 476.
Aufklärung, hygienische 529.

Bayrisches Vereinsgesetz 471.
Beitrag 491.
Bildungsbestrebungen 488.
Bildungsprogramm 522.

Denunziantentum unter Kindern 512.
Dienstbotenbewegung 467.
Dienstbotenvereine 505.
Diskussionsabende 471.

Ehrung der Verstorbenen 464.
Erziehung 507.
— der Jugend 470.

Frauenarbeit 466.
Frauenbildungsvereine 494.
Frauenkonferenzen 495.
Frauenkonferenz, Internationale 475.
Frauenstimmrecht 475.

Geschlechtliche Aufklärung 507.
Geschlechtskrankheiten 508.
Gewerkschaftskongreß 505.
Gewerkschaftliche Organisation 522.
Gewerkschaftsbewegung 472, 473.
Gleichheit 481.

Internationale Frauenkonferenz 469, 475.
— Sozialistenkongreß 469.
Jugend, Erziehung derselben 470.
Jugendbewegung, Proletarische 518.
Jugendorganisation 518.

Kassenverhältnisse 468.
Kinderausbeutung 473.
Kindererziehung 465.
Klassenhaß 511.

Landtag, preußischer, Wahlen zu demselben 469.
Leseabende 471, 504.

Militarismus 539.
Moderne Pädagogik 533.

Neuorganisation der Genossinnen Deutschlands 465.

Ortskrankenkassenwahl in Chemnitz 474.

Reichstag, Auflösung desselben 467.
Religiöse Moral 515.

Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz 467.
Sozialistische Erziehung im Hause 507.

Tagesordnung 467.
Terrorismus 469, 472, 474 475.

Ultramontanismus 476.

Vereinsgesetz, Bayrisches 471.
—, Oppotition dagegen 500.
Verstorbene, Ehrung derselben 464.

Wahlen zum preußischen Landtag 469.

Zehnstundentag für Arbeiterinnen 468.

Sprechregister der Frauenkonferenz.

Baader 464, 467, 485, 493.
Baumann 478, 497, 517.
Bollmann 491.

Claasen 490.

Deuper 480.
Duncker 492, 507, 543.

Elm, v. 472, 478, 502, 543.
Endmann 479.

Greifenberg 471, 482, 496.
Grünberg 465, 483, 504, 543.

Haberland 497.
Hagen 483.
Haugenstein 466

Henke 476, 543, 544.
Heuer 502.

Kähler 470, 483, 504.
Kaßner 496.
Kögel 480.
Klupsch 476.

Lachenmeyer 477.

Müller-Berlin 501.

Nehmitz 485.

Poelzer 467.
Pollender 477, 495.
Popp 494.

Reitze 504.

Schleie 475.
Schlomer 480, 496.
Schlösser 494.
Singer 498.
Steinkopf 476.

Wackwitz 473, 485, 491.
Wagner 474.
Wengels 503.
Winkelmann 479, 483.

Zeh 476.
Zetkin 465, 477, 484, 493, 494, 498, 500, 506, 521, 544.
Zietz 474, 477, 478, 481, 496, 505, 543.

Inhalts-Verzeichnis.

Parteiprogramm 3
Organisationsstatut 6
Tagesordnung des Parteitages 11
Bureau des Parteitages 12
Vorlagen an den Parteitag 13
Bericht des Parteivorstandes 13
Kassenbericht 65
Bildungsausschuß 87
Bericht der Genossinnen 99
Bericht der Reichstagsfraktion 117
Anträge 168
Protokoll des Parteitages 193
Protokoll der Frauenkonferenz 464
Anhang I: Wortlaut der angenommenen Anträge 546
Anhang II: Lübecker Budget-Resolution 552
Zuschriften und Telegramme 552
Präsenzliste des Parteitages 553
Auswärtige Gäste auf dem Parteitage 559
Sachregister des Parteitages 560
Sprechregister des Parteitages 563
Druckfehler-Berichtigung 568
Ergebnis der Abstimmungen 564
Präsenzliste der Frauenkonferenz 565
Sachregister der Frauenkonferenz 567
Sprechregister der Frauenkonferenz 567

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.